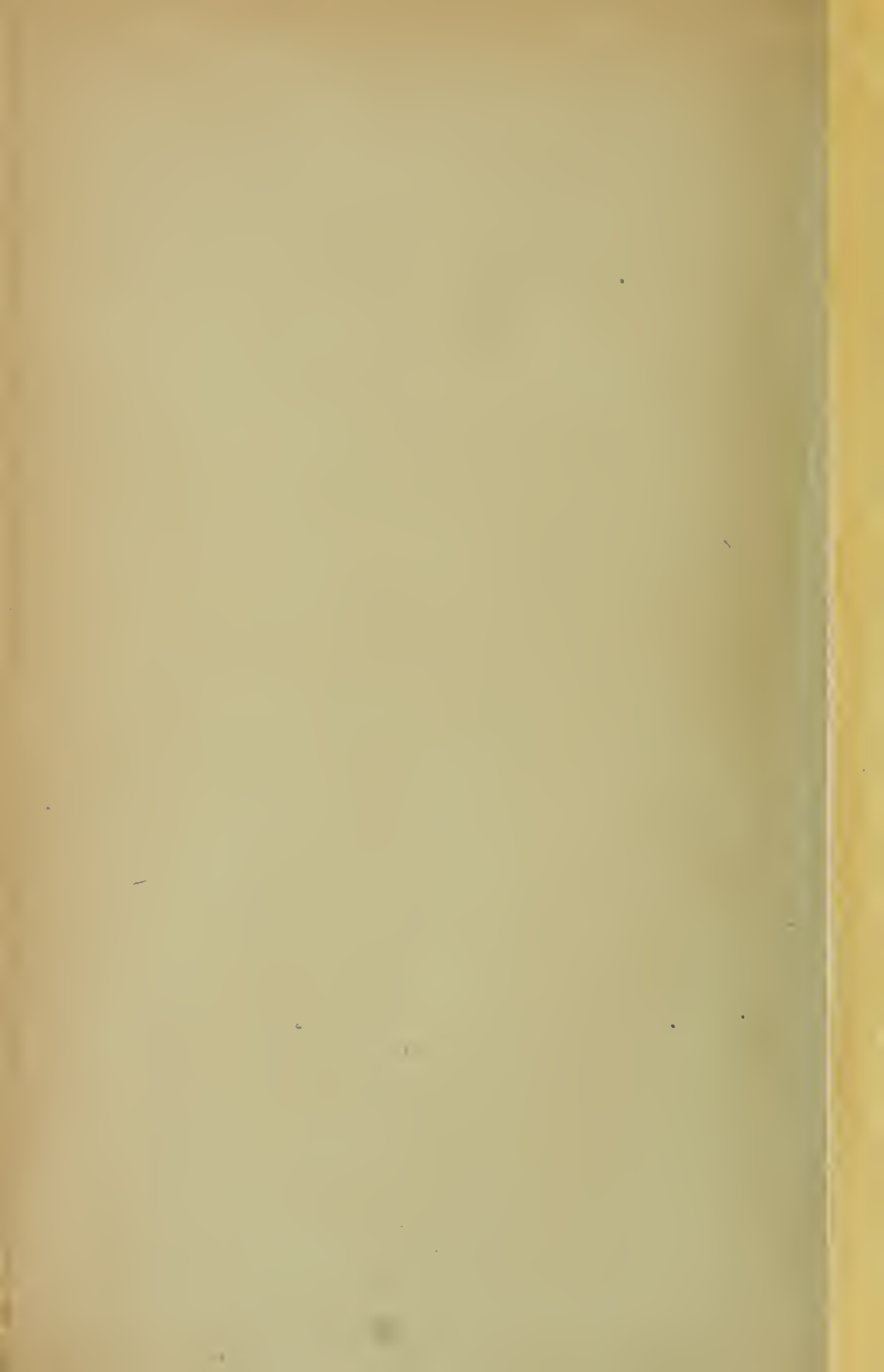
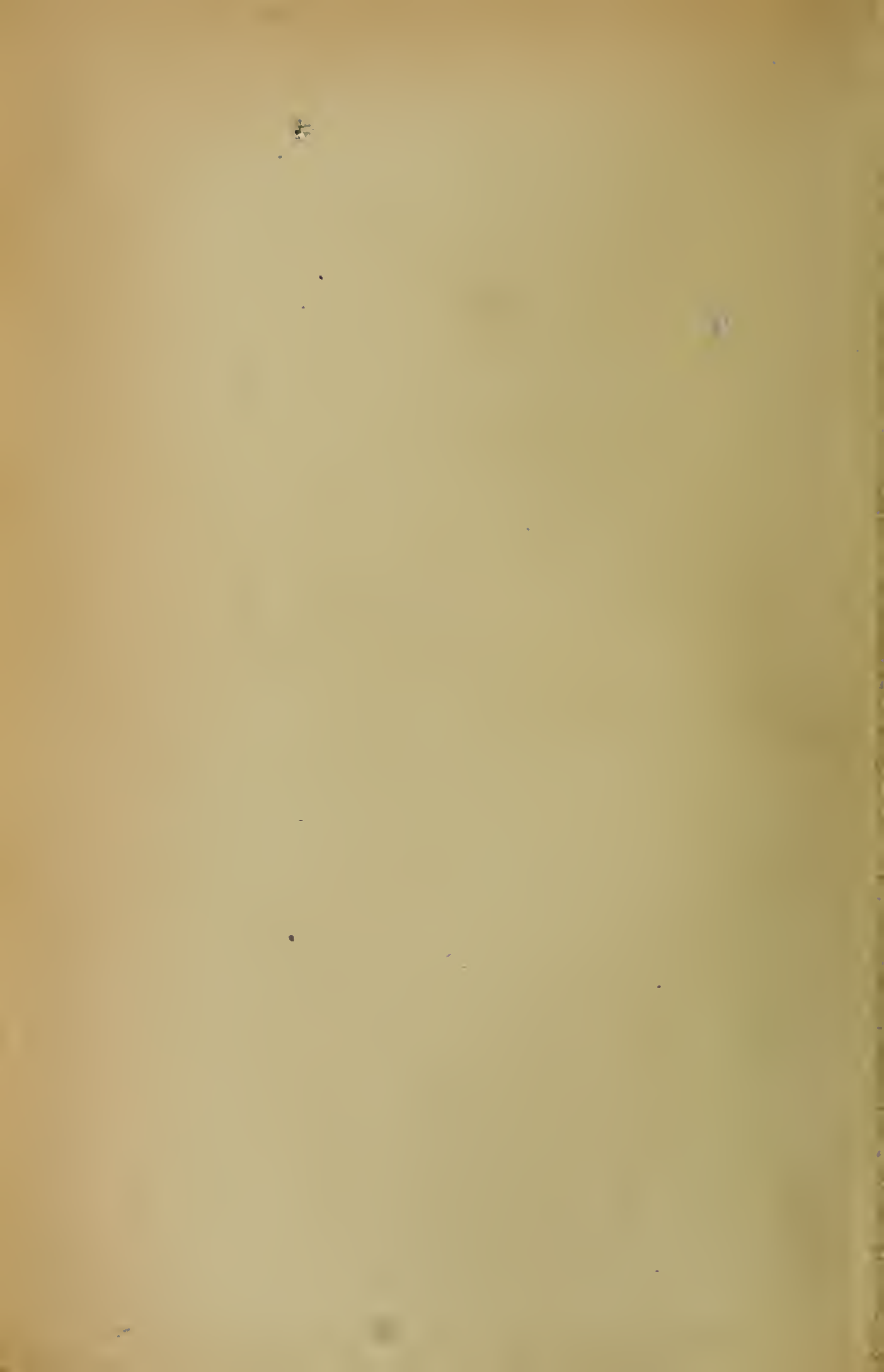
Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre ·1919·

in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen

Volksstaates







Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919

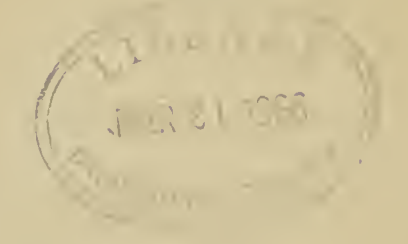
in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates

Herausgegeben von

Geh. Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilfron

4. Band

Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48



Hauptteil:

Vierte Abteilung
(29. Sitzung und folgende).

Inhaltsübersicht siehe am Schluß des Bandes.



29. Sitzung.

Mittwoch den 26. März 1919.

Friedensbedingungen. — Handwerk, Gewerbe. — Reichsbankbesteuerung. — Württemberg in die Biersteuergemeinschaft.

Geschäftliches. Ausschüsse. Urlaub.

Vor der Tagesordnung: Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums. Methode der Feinde, uns an schwere Bedingungen zu gewöhnen. Protest. — Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen. Ein Gebot: Zusammenstehen! — Spaa ist schlimmer als Brest. — Sonntagskundgebung in Berlin. — Protest gegen Fälschungsversuche der Reaktionäre. — Staatsgerichtshof für Schuldunterſuchung.

Schultz (Bromberg) (D. Nat.): zur Geschäftsordnung.

Schluß der Besprechung der Interpellationen: a) Arnstadt: Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe; b) Gröber—v. Payer: Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe und Handeltreibenden.

Hermann (Württemberg) (D. D.). — Dr. Hugo (D. Volksp.). — Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat. — Wurm (U. S.). — Eisenberger (b. k. F.). — Biener (D. Nat.).

Mündliche Berichte des Wahlprüfungsausschusses: Schmidt (Sachsen) (Soz.), Berichterstatter. — Dr. Hitze (Ztr.), Berichterstatter.

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Besteuerung der Reichsbank.

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Eintritt des Freistaats Württemberg in die Biersteuergemeinschaft.

Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen ist folgender Mitgliederwechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Semmler, Dr. Boerschmann, Nuschke, Dr. Dernburg, Waldstein die Abgeordneten D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Löbe, Dr. Böhme (Magdeburg), Schmidthals, Ziegler;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Schmidthals, Schneider (Sachsen), Baerecke, Witthoefft die Abgeordneten Hermann (Württemberg), Lockenvitz, Dr. Semmler, Dr. Becker (Hessen);

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Lüttich, Sachse die Abgeordneten Schmidt (Sachsen), Osterroth;

in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Vogel, Weinhausen, Wels, Dr. Hitze, Müller (Fulda) die Abgeordneten Meier (Sachsen), Haußmann, Vesper, Müller (Fulda), Becker (Arnsberg).

Es sucht für längere Zeit um Urlaub nach der Herr Abgeordnete Starosson für 3 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; der Urlaub ist bewilligt. Die Frau Oberstleutnant v. Klüber, Witwe, dankt der Nationalversammlung für ihre Beileidskundgebung und die schöne Kranzspende und bittet, ihren Dank der Versammlung mitteilen zu wollen, was hiermit geschehen ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Die auswärtige Politik der jungen deutschen Republik steht unter dem Zeichen unerhörten Zwanges. Täglich mehren sich die offiziösen und inoffiziösen Meldungen aus dem Auslande, in denen eine erneute Erschwerung der zu erwartenden **Friedensbedingungen** angekündigt wird. Unerhörte Summen Schadenersatz sollen uns auferlegt, weite Strecken rein deutschen Landes uns genommen, erdrückende Beschränkungen in unseren Finanz- und Militärangelegenheiten uns befohlen werden. Sicherlich ist ein großer Teil dieser angeblichen Bedingungen erfunden, erfunden zu dem Zwecke, uns nach und nach, durch ewige Wiederholungen, an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns schließlich die richtigen, endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen, erfunden zu dem Zwecke, eine Atmosphäre zu schaffen, so überhitzt, daß unter ihrem Druck der Protest selbst gegen einen Gewaltfrieden erstickt wird. Unser gequältes, vom Waffenstillstand noch grausamer als vom Krieg gequältes und mißhandeltes, Volk hat diese Methode erkannt. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Das ganze Deutschland ist ein Aufschrei nicht chauvinistischer Art, sondern ein Aufschrei aus Qual und Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz in allen Menschheitsdingen: an das Gewissen der Menschheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Zu Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern, bald in der Sprache des Staatsrechtslehrers, bald in ergreifenden Worten von Arbeitern und Bauern, immer aus der höchsten Not, aus der letzten Verzweiflung, nicht um Geld und Gut, nicht einmal aus persönlichen Schmerzen, sondern aus der vaterländischen Angst, durch Machtspruch — wie rechtlose Ware den Eigentümer — die Zugehörigkeit zur Nation zu verlieren. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Bei Deutschland wollen sie bleiben, bei dem verarmten, geschlagenen, mit Wunden und Schulden bedeckten Deutschland. Sie wollen Wunden und Schulden mittragen, das ganze Martyrium eines besiegten Volkes mitleiden, nur, weil sie sich im Leben und Sterben nicht anders fühlen und denken können denn als Deutsche! (Lebhafter Beifall.)

Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue zum Reich, die bis zur Selbstverleugnung geht, das wertvollste Gut ist, das ihrer Verwaltung anvertraut wurde. (Bravo!) Sie wird sie von keiner Seite schmälern lassen: weder von innen noch von außen, nicht von rechts und nicht von links.

Als das **Wilhelminische Reich** anscheinend in der höchsten Blüte stand, hatte es am meisten mit Reichsverdrossenheit zu kämpfen. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erlebt es, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen täglich lauter und inniger wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der viel verlästerte Spruch hat für uns eine Abänderung erfahren: Not kennt ein Gebot: Zusammenstehen! (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Keinen persönlichen oder lokalen Vorteilen nachjagen, zu sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not sich trennen und Gefahr! (Bravo!) Ich sagte vorhin schon: hier ist nichts von Chauvinismus — es gibt keine Chauvinisten im Zusammenbruch — nichts von nationalistischer Überheblichkeit.

Aber — so rufen uns die sogenannten Radikalen von links zu — das deutsche Volk hat gar kein Recht zum Protest gegen Vergewaltigungen; denkt an Brest-Litowsk, denkt an Bukarest, denkt an eure Schuld!

Wo deutsche Schuld liegt, darf es an deutschem Schuldbekenntnis nicht fehlen. Die Regierung hat den bisherigen Gegnern die Errichtung eines **internationalen Gerichtshofes** vorgeschlagen, der unparteilich und nach allen Seiten prüfen und urteilen sollte. England hat ihn abgelehnt! (Hört! hört) Es ist nicht unsere Schuld, wenn dieser furchtbare Prozeß um die Sünde an der Menschheit ungeführt bleibt.

Aber selbst wenn Deutschland aller Verbrechen, deren man es bezichtigt, überführt wäre, frage ich die Unabhängigen: hat es darum das heilige Recht auf Protest gegen Vergewaltigung verloren? Waren nicht Sie es, die aufs schärfste dagegen protestierten, daß Radek, der Bürgerkrieg und Bürgerblut auf sich geladen hat, in Fesseln gelegt werde? Und unser Volk sollte nicht das Recht haben, gegen Fesseln zu protestieren, die ihm die Gurgel zudrücken? (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Kennen Sie nur Gerechtigkeit für die anderen? (Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Was Sie auch immer den früheren Machthabern an beabsichtigten Gewalttaten nachsagen: es hält den Vergleich nicht aus mit dem, was die Machthaber

unserer Gegner schon ausgeführt haben und noch ausführen wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Spaa ist schlimmer als Brest, weil Spaa zeigt, daß es von Brest nichts gelernt und daß es alles vergessen hat, was das imperialistische Deutschland an Zukunft in Brest verspielt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht nur die äußerste Linke verfälscht und schwächt den Protest Deutschlands vor dem bitteren Ende.

Meine Damen und Herren, am letzten Sonntag fanden einige Versammlungen in Berlin statt, zusammenberufen unter dem Eindruck all der Alarmnachrichten, daß Westpreußen, daß Danzig, daß das Saargebiet in ihrer Zugehörigkeit zum Reich bedroht seien. Der Reichswehrminister zögerte nicht, für diese allen Deutschen gemeinsamen, allen Parteien gleichermaßen am Herzen liegenden Kundgebungen Bestimmungen des Belagerungszustandes aufzuheben und Säle und Straße freizugeben. Was aber erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon kennzeichnend, daß es lärmend die Ausführungen des Herrn Reichsministers Erzberger und meines Parteifreundes Bernstein unterbrach, gegen den Widerspruch der überwiegenden Mehrheit, weil beide in ihren Reden keinen Fußbreit vom Wilson-Programm abwichen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Welche Kräfte da am Werk politischer Sabotage waren, das zeigt aber so recht der sogenannte „Nationalbund deutscher Offiziere“ (sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien), ein Häuflein politisch urteilsloser Herren (Rufe rechts! Na! na! — lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), — gestatten Sie, daß ich das wiederhole, um es zu unterstreichen — ein Häuflein politisch urteilsloser Herren, in deren Kreisen der ehemalige Rechtsanwalt Bredereck eine führende Rolle spielt. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Diese Herren brachten es fertig, unter Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit für eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes Lärm für die armseligen Lappalien einer Partei, einer Kaste, einer Clique zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Widerspruch rechts.) Kaiserhoch, Heil Dir im Siegerkranz und Ovation für den General **Ludendorff**, der ganz zufällig, genau zu der Minute, in der sich der Zug des „Nationalbundes deutscher Offiziere“ — nebenbei eine Minderheit von zirka 1700 gegenüber 53 000 Offizieren des „Deutschen Offizierbundes“, der von solchen Politikastereien nichts wissen will (bravo! bei den Mehrheitsparteien), ich sage: Ovation für den General Ludendorff, der sich genau zu der Minute, ganz zufällig, in der Wilhelmstraße befand. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ihr habt das großgezogen!) Wir lassen uns das Recht, gröbliches Unrecht beim richtigen Namen zu nennen, nicht nehmen. Ebensowenig aber lassen wir uns unsere Proteste gegen Vergewaltigung zu chauvinistischen Treibereien umfälschen. (Lebhafte Rufe: Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wie leicht waren und sind immer noch mit der Anschuldigung des Landesverrats gegenüber Andersgesinnten gerade die Kreise bei der Hand, die am Sonntag den größten Unwillen des ganzen Landes erregt haben! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade sie haben den geringsten Anlaß, andere zu beschuldigen; denn was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, war gewiß nicht gewollter, in seinen Wirkungen aber war es doch Landesverrat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie haben unseren Gegnern wieder Grund zu der Behauptung gegeben, bei uns sei alles beim alten geblieben, wir seien nach wie vor das Deutschland des Kaiserismus und der Ludendorfferei, (lebhafter Widerspruch rechts) bei uns seien die alten Machthaber und Kräfte nur zum Schein vor die Tür gesetzt worden, (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Widerspruch und Zurufe rechts) um bei gelegener Zeit wieder im Triumph zurückgeführt zu werden. (Erneuter Widerspruch und Zurufe rechts.) Es kommt noch deutlicher, geduldigen Sie sich eine Minute. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir protestieren gegen die Erdrosselungsversuche unserer Feinde, aber ebenso scharf und ebenso um unseres Volkes willen protestieren wir gegen die Fälschungsversuche unserer Reaktionäre, die die Freiheit der Revolution nicht für, sondern gegen unser Volk mißbrauchen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man weiß fast nicht, wie man ein solches Treiben am treffendsten brandmarken soll, wenn man sieht, daß ein Land, das wie das unsere der militärischen Kräfte fast bis zur Vernichtung entblößt ist, durch unreife Menschen wieder in den Verdacht des Militarismus gebracht wird. (Zurufe rechts: Das ist Ihre Schuld! — Große Unruhe.) Den, wenn auch drückenden Schutz des Militarismus — (erneute Zurufe rechts: Ihre Schuld! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) —

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Den, wenn auch drückenden Schutz des Militarismus haben wir verloren und jetzt sollen wir, wehrlos wie wir sind, noch unter seinem Verdacht leiden, jetzt soll es einer Handvoll reaktionärer Herren noch möglich sein, das Bild der deutschen Republik, die nichts will als völkerversöhnenden Frieden, nach außen zu fälschen und unseren unerbittlichen Gegnern Argumente gegen uns zu liefern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nein, meine Damen und Herren, das dulden wir nicht. Stillschweigen wäre Mitschuld, übersehen wäre Verbrechen am eignen Volk. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir werden die Herren zu fassen wissen, die derart die Schuld der Ver-

gangenheit auf eine neue Gegenwart übertragen wollen. (Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir gehen noch weiter und tiefer. Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichthin aus dem Handgelenk beurteilt werden. Ob Schuld oder Unschuld: die eine wie die andere kann sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen. Er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofs verlangt. Er soll es haben! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten — Zurufe rechts.) — Warten Sie doch nur ab, Herr v. Graefe! Wir werden dafür sorgen, daß es unabhängig zusammengesetzt ist.

Namens der Reichsregierung erkläre ich, daß wir schnellstens den Gesetzentwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes bei diesem hohen Hause einbringen werden, (bravo! links) um auch nach dieser Seite zu dokumentieren: das neue Deutschland kennt für sich und für andere, für innere und äußere Gegensätze nur das eine: die Gesetze des Rechts und nur des Rechts! (Bravo! links.) Dann, nur dann kann uns aus der heutigen in Feind und Freund zerrissenen Welt die Losung zurücktönen, auf der sich die neue Staatengesellschaft aufbauen muß: das Friedensecho der Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten. — Zischen und Zurufe rechts.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich glaube, daß ein jeder in diesem Hause unter dem Eindruck steht, daß diese Erklärung einer Besprechung durch dieses hohe Haus bedarf. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist von Ihnen, meine Herren drüben, jederzeit, wenn früher die Vertreter der Regierung als Ihre Gegner das Wort außerhalb der Tagesordnung nahmen, dies verlangt und häufig durchgesetzt worden. Ich nehme daher an, daß das Haus das auch diesmal tun wird, und wir behalten uns einen entsprechenden Antrag zur Tagesordnung für morgen vor.

Präsident: Herr Abgeordneter Schultz, ich mache Sie auf folgendes aufmerksam. Eine ausführliche Bestimmung über die Worterteilung dann, wenn die Regierungsbank außerhalb der Tagesordnung sich zum Wort gemeldet, findet sich in der Geschäftsordnung nicht. Der § 42, der im allgemeinen über die Worterteilung handelt, spricht sich darüber nicht aus. Wir haben aus dem alten Reichstag die Geschäftsordnung übernommen, damit auch die Übung des alten Reichstags. Die Frage, ob sich an solche Erklärungen außerhalb der Tagesordnung eine Debatte

anschließen soll, ist dort einheitlich immer in dem Sinne entschieden worden, daß der Präsident nach eigenem Ermessen das Wort erteilen oder nicht erteilen kann. Ich bitte, darüber im Jungheimschen Kommentar die Anmerkungen zu § 42 und die Belegstellen nachzusehen. Ich empfinde sehr wohl, daß auf verschiedenen Seiten das Bedürfnis besteht, auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten des Reichsministeriums sich zu erklären. Ich beabsichtige aber, für morgen den Notetat und den Nachtragsetat auf die Tagesordnung zu setzen; dort ist eine Position, wo allgemeine politische Erwägungen angeknüpft werden können. Ich möchte glauben, daß wir eine Aussprache bis morgen verschieben könnten, wenn Sie nicht vorziehen, diese bis zu dem Moment zu verschieben, wo das angekündigte Gesetz über den Staatsgerichtshof uns beschäftigt.

Ich bin der Meinung, ich sollte jetzt das Wort nicht erteilen. Ich werde morgen bei Besprechung des Notetats Gelegenheit geben, wenigstens kurz auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten des Reichsministeriums zurückzukommen.

Wir treten somit in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe (Nr. 102 der Drucksachen)

in Verbindung mit der

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Gröber, v. Payer und Genossen, betreffend Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden (Nr. 145 der Drucksachen).

Die Besprechung ist wieder eröffnet.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hermann (Württemberg).

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell hat gestern auf die Interpellation — — (Andauernde große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten!

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell hat gestern auf die Interpellation meiner Freunde und die der Zentrumspartei in seiner Beantwortung erklärt, daß darin ein berechtigter Kern wohl anzuerkennen sei. Im übrigen aber war er wohl der Auffassung, daß

die ganze Interpellation angesichts der heutigen Sachlage mehr oder weniger doch überflüssig sei. Meine politischen Freunde und ich betrachten die Sachlage wesentlich anders. Wir sind der Auffassung und Überzeugung, daß Millionen deutscher Volksgenossen, Millionen deutscher Handwerker und Kaufleute, ihren Frauen und Kindern, heute allen die bange Frage auf den Lippen ist: wird diese Regierung unseren Lebensnotwendigkeiten auch gerecht? (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich begreife ja, daß Sie den Wunsch haben, sich zu besprechen, auf seiten der Regierungsbank und in den Reihen der Abgeordneten. Aber wollten Sie nicht so freundlich sein, entweder die Unterredung zu verschieben oder draußen vorzunehmen! Jetzt sind wir an der Mittelstandsdebatte; das ist auch eine wichtige Sache.

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Diese Frage, ob die jetzige Regierung diesen **Lebensnotwendigkeiten des Handwerks und kaufmännischen Mittelstandes** gerecht werden will, zu beantworten, hat gestern der Herr Reichsminister versucht. Die Antwort, die der Herr Reichsminister uns gegeben hat, hat uns nicht in wünschenswertem Maße befriedigt. Wir hätten dringend gewünscht, daß der Herr Reichswirtschaftsminister mit mehr Klarheit und Wärme dieser ganzen Frage gegenüber gestanden wäre. Wir verkennen durchaus nicht, daß der Zustand des 1. August 1914 auch im Mittelstande nicht wiederhergestellt werden kann. Wir verkennen auch weiter nicht — und ich teile durchaus seine Auffassung, wenn er sagt, er könne selbstverständlich kein endgültiges Programm hier vorlegen, und ich teile auch weiterhin so weit seine Auffassung, als er darauf hinwies, daß nicht die Revolution in erster Linie es ist, die diesen Zusammenbruch verschuldet hat, sondern der **verlorene Krieg**, und ich möchte in diesem Zusammenhange auch besonders den Herrn Kollegen Wetzlich darauf hinweisen, daß, wenn heute in so ungeheuerlichem Maße die Betriebe des Handwerks- und des Kaufmannsstandes erschüttert sind, sie sich dann bei denen bedanken können, die diesen Krieg in verbrecherischer Weise verlängert und es verhindert haben, daß rechtzeitig ein Verständigungsfrieden geschlossen wurde. (Sehr richtig!) Ich habe während des Krieges immer und immer wieder in Handwerkerversammlungen darauf hingewiesen, wie sehr es gerade darauf ankomme, den Krieg rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, weil dann noch die Möglichkeit bestände, auch das Handwerk und den Mittelstand einigermaßen über den Krieg hinüberzubringen. (Zurufe rechts.) — Wir haben damals nicht regiert, sondern die Kaiserliche Regierung, die ständig, insbesondere der Kanzler Michaelis, dem klaren Willen des Reichstags vom Juli 1917 zuwidergehandelt hat mit seinem verdammten Worte: „wie ich es auffasse“, wodurch von vorn-

herein im Auslande der gute Glaube an den ehrlichen Verständigungswillen der Mehrheit des deutschen Volkes zerstört wurde, und dazu haben Sie da drüben in wesentlichem Maße beigetragen.

Meine Parteifreunde und ich sind der Auffassung, daß der Mittelstand angesichts der Tatsache, daß er in diesem Kriege die größten Opfer außer allem Zweifel von allen Ständen an Gut gebracht hat, wir ernstestens prüfen müssen, was überhaupt geschehen kann, um dem Mittelstand, dem Handwerk und dem Kaufmannsstand wieder erträglichere Verhältnisse zu bringen. Eines gibt uns dazu die Hoffnung, nämlich die Tatsache, daß sowohl das Handwerk wie der kaufmännische Mittelstand im Kriege eine unverwüstliche Lebensfähigkeit gezeigt haben, wie sie viele gar nicht für möglich gehalten hätten, und aus dieser Tatsache heraus schöpfen wir auch die Überzeugung, daß der Wiederaufbau des Mittelstandes durchaus möglich ist, daß er aber auch andererseits eine absolute Notwendigkeit ist. Das Handwerk und der kaufmännische Mittelstand werden auch in Zukunft in unserem Wirtschaftsleben ein durchaus unentbehrlicher Faktor sein. Denn wir sind der Auffassung — und ich habe mich gefreut, daß auch ein Sozialdemokrat, wie Herr Umbreit, Redakteur der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, sich durchaus auch auf diesen Boden stellt —, daß jetzt nicht die Zeit ist, um Großbetriebe künstlich zu züchten, Versuche zu machen, etwa an Stelle des Kleinbetriebs den Großbetrieb zu setzen, lediglich um der Theorie willen. Wir sind der Auffassung, daß die übergroße Zahl von Handwerkszweigen, wie beispielsweise das gesamte Baugewerbe mit seinen Nebengewerben, das Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe, das Schmiede- und Schlossergewerbe, das Sattler- und Tapeziergewerbe, auch in Zukunft durchaus ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben innerhalb unserer Wirtschaft zu erfüllen haben und daß sie insbesondere beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unentbehrliche Faktoren sind. Gerade deshalb wünschen wir dringend, daß man den Lebensnotwendigkeiten des Mittelstandes vom Reichswirtschaftsamt und von der Reichsregierung überhaupt in ganz besonderem Maße Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Der Herr Kollege Irl hat unter anderem gestern — das hängt mit dieser Frage eng zusammen — auch die Frage des **Achtstundentags** berührt. Ich bedaure, daß der Herr Reichswirtschaftsminister nicht darauf eingegangen ist; denn ich würde größten Wert darauf legen, einmal zu erfahren, wie der Herr Reichswirtschaftsminister sich die tatsächliche Durchführung des Achtstundentags im Handwerk, insbesondere in den Saisongewerben denkt, auf die gestern der Herr Kollege Irl mit Recht hingewiesen hat. Auch wir sind der Auffassung, daß sich eine derartige Schematisierung unserer Wirtschaft und der Arbeitsverhältnisse unmöglich auf die Dauer durchführen läßt; denn *es ist doch etwas ganz anderes*, ob es sich um den Fabrikarbeiter, der

seither von morgens bis abends an der Maschine gestanden und beinahe ein Stück der Maschine geworden ist, oder ob es sich um Verhältnisse im Handwerk handelt. Hier sollte man versuchen, zu einem vernünftigen und gerechten Ausgleich zu kommen! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber nicht nur aus diesen wirtschaftlichen Gründen allein sind wir der Auffassung, daß in unserem zukünftigen Wirtschafts- und Volksleben ein selbständiger Mittelstand eine absolute Notwendigkeit ist. Wir gehen weiter davon aus, daß der **selbständige Mittelstand** im Handwerk und im Kaufmannsstand auch als **kultureller Faktor** uns erhalten bleiben muß, ebenso als Faktor sozialen Ausgleichs innerhalb unserer Wirtschaft. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind der Auffassung, daß auch im neuen Deutschland, mag es aussehen, wie es will, gerade unser selbständiger Mittelstand eins der besten Fundamente auch des zukünftigen Staates sein wird. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Es ist deshalb nicht etwa lediglich eine Privatangelegenheit dieses Standes, wie er wieder aufgebaut wird, sondern es handelt sich hier um eine Staatsnotwendigkeit ersten Ranges, und deshalb muß auch die Regierung die ganze Frage von diesem Gesichtspunkt aus behandeln.

Auf der anderen Seite ist es, glaube ich, auch Zeit, dem Mittelstande selbst zu sagen, daß geschäftliche Untüchtigkeit und Rückständigkeit keinen Anspruch auf Schutz in Zukunft erheben können. Wir möchten insbesondere betonen, daß es höchste Zeit ist, den Blick vorwärts und nicht rückwärts zu richten und sich mit beiden Füßen auf den Boden zu stellen, wie er nun einmal jetzt vor uns liegt. Der Mittelstand muß in erster Linie an sich selbst glauben!

Nun sollte man meinen, daß angesichts der furchtbaren Opfer, die der Krieg vom Mittelstande, insbesondere vom Handwerk gefordert hat, alles, was irgendwie dazu berufen ist, darnach trachten würde, wieder bessere Verhältnisse zu schaffen und die Wunden soweit möglich zu heilen. Ausgerechnet in dem Moment kommen nun die **Vorschläge der Sozialisierungskommission**, ein Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, das den Städten und Gemeinden das Recht einräumt, eine Reihe von Unternehmungen, unter anderem auch die Erzeugung und den Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln, die Herstellung von Kleinwohnungen und in § 2 generell überhaupt von Betrieben, die für lokale Zwecke arbeiten, zu kommunalisieren, zu übernehmen, das heißt zu sozialisieren. Meine politischen Freunde und ich richten an den Herrn Reichswirtschaftsminister die Anfrage, ob er etwa gedenkt, diese Vorschläge der Sozia-

lisierungskommission zur Durchführung bringen zu wollen. Wir müssen es auf das entschiedenste ablehnen, derartige Wege zu gehen; denn wir sind der Auffassung, daß wir jetzt unendlich viel Wichtigeres zu tun haben, als die Sozialisierung von Bäckereien, Metzgereien, des Baugewerbes usw. zu betreiben, lauter Gewerbezweige, zu deren Sozialisierung auch nicht das geringste Bedürfnis vorliegt (lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts), und von denen man absolut nicht davon reden kann, daß sie etwa reif zur Sozialisierung seien. (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts.) Wir sind der Auffassung, daß wir in Zukunft von solchen Vorschlägen möglichst verschont bleiben sollten; denn ich bitte, doch auch einmal zu überlegen, welche ungeheure Angst in viele, viele Menschen hineingetragen wird, welch große Aufregung im Deutschen Reiche in Hunderttausenden von Handwerkerfamilien erzeugt wird, wenn derartige Vorschläge von weltfremden Ideologen das Licht der Öffentlichkeit erblicken. (Wiederholte lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat sodann unter den dringenden Maßnahmen insbesondere auch die **Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten** an das Handwerk behandelt. Auch wir gehen davon aus, daß diese Frage entscheidend sein wird für den Wiederaufbau ganz besonders des Handwerks. Ich möchte deshalb die dringende Bitte an den Herrn Reichswirtschaftsminister richten und ihn insbesondere fragen, warum die Verordnung über die Rohstoffversorgung des Handwerks, die vom Staatssekretär Freiherrn v. Stein schon im Oktober vorigen Jahres fix und fertig ausgearbeitet war, bis heute noch nicht das Licht des Tages erblickt hat. Wir sind der Auffassung, daß es jetzt allerhöchste Zeit ist, endlich mit dieser Verordnung herauszukommen, damit diese so notwendige Organisation im Handwerk durchgeführt werden kann. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Beschwerden gegen das **Reichsverwertungsamt** sind gestern als gegenstandslos bezeichnet worden. Ich meine aber: so ganz gegenstandslos waren und sind diese Beschwerden nicht. Der Allgemeine Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wie der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften und der Deutsche Handwerkskammertag haben erst jüngst übereinstimmend in einer neuen Eingabe an den Herrn Reichsfinanzminister sich dahin ausgesprochen:

> Das Verhalten des Reichsverwertungsamts läßt erkennen, daß seitens dieses Amts den Wünschen der Interessenvertretungen des Handwerks, der großen Genossenschaftsverbände usw. nicht diejenige Beachtung geschenkt wird, die seitens dieser Vertretungen im Interesse des gesamten Handwerkerstandes erwartet werden kann. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte dringend bitten, daß endlich dafür Sorge getragen wird, daß dem Handwerk auch tatsächlich von den riesigen Vorräten der Heeresverwaltung das zukommt, worauf es berechtigten Anspruch hat. Wenn man den guten Willen hat, geht es.

In meiner engeren Heimat, in Württemberg, muß ich anerkennen, daß dort durch den guten Willen des Arbeitsministeriums es durchaus möglich war, in weit befriedigenderer Weise diese Frage zur Lösung zu bringen, als das im großen und ganzen im übrigen Reich der Fall war. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Den Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums über die **Beteiligung der Genossenschaften** dabei, wie überhaupt über die Beteiligung der Genossenschaften, des Handwerks und des Mittelstandes bei der Bewirtschaftung und Verteilung beschlagnahmter Rohstoffe und Waren begrüßen wir. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang, um hier keinen Zweifel aufkommen zu lassen, deutlich erklären, daß meine politischen Freunde und ich *nicht daran denken, etwa Ausnahmegesetze gegen den Handel befürworten zu wollen*. Davon kann gar keine Rede sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Was wir anstreben, ist eine volle Gleichberechtigung der Genossenschaften und des Handels, deren Durchführung nun in diesem Erlaß gewährleistet erscheint. Dabei gehen wir allerdings davon aus, daß mit dem **Abbau der Kriegsgesellschaften** wohl in einem rascheren Tempo verfahren werden dürfte, als das seither der Fall war. Daß man die Kriegswirtschaftsgesellschaften nicht von heute auf morgen beseitigen kann, ist auch uns klar; aber es kommt sehr darauf an, ob man willens und bereit ist, sie einmal absolut zu beseitigen, oder ob man der Auffassung ist, daß sie unter Umständen sehr wohl in veränderter Form mit in den Frieden hinübergenommen werden können. Dem letzteren müssen wir aufs entschiedenste widersprechen; denn wir sind der Auffassung, daß der Tag zu begrüßen ist und nicht rasch genug herbeigeführt werden kann, wo die **Freiheit des Handels** wieder in vollem Umfange besteht. Denn davon wird auch der Mittelstand seinen Nutzen haben.

Auf der anderen Seite möchten wir auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir, wenn etwa seitens des Großhandels der Versuch gemacht werden sollte, *das Genossenschaftswesen durch Syndikatsabmachungen erdrosseln zu wollen*, wozu sich bereits Ansätze zeigen, wir es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß dann im Wege der Gesetzgebung der Schutz des Reichs gegen derartige Bestrebungen und Überhebungen einzutreten hat, um diese *volle Gleichberechtigung auch tatsächlich zu gewährleisten*. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister hat dann darauf hingewiesen, daß er diese Frage durch **Selbstverwaltungskörper** zu lösen gedenke, durch Selbstverwaltungskörper, bei denen dann Industrie, Handwerk, Handel usw. in gleichmäßigerer Weise als seither mitarbeiten könnten. Ich kann das nur begrüßen; denn seither war es so, daß eine Reihe dieser großen Kriegswirtschaftsgesellschaften und zum Teil auch die dazu berufenen Reichsbehörden viel zu sehr nach reinen Handelsinteressen orientiert waren, und daß deshalb hauptsächlich aus den Kreisen der Industrie und des Gewerbes heraus diese Fülle von Klagen entstanden ist. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß neben dem Handwerk der kaufmännische Mittelstand es ist, der unter dieser Entwicklung ganz besonders notleidet. Zu großer Beunruhigung hat noch in jüngster Zeit beigetragen eine Antwort des Herrn Reichsernährungsministers auf eine Anfrage der „Kolonialwarenwoche", ob es richtig sei, daß die Lebensmittel, die wir jetzt vom Auslande eingeführt bekommen, unter Ausschluß des **Zwischenhandels** durch die Kommunen verkauft werden sollen. Der Herr Reichsernährungsminister hat das bestätigt und hat mitgeteilt, daß bei der Verteilung dieser rationierten Lebensmittel der „unnötige Zwischenhandel" auszuschalten sei. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Ja, was ist „unnötiger Zwischenhandel"? Ich meine, die Erfahrungen des Krieges haben doch wahrlich zur Genüge gezeigt, daß es keinen ungeeigneteren Träger einer Warenvermittlung geben kann als gerade die Gemeinden, wo es sich um leicht verderbliche Nahrungsmittel und ähnliche Dinge handelt. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Wir müssen deshalb aufs entschiedenste fordern, daß hier volle Gleichberechtigung der verschiedensten Organisationen des Handels, der Konsumgenossenschaften usw. durchgeführt wird, und daß die Gemeinden möglichst davon Abstand zu nehmen haben, hier dem Handel ins Handwerk zu pfuschen. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ein anderer Erlaß hat ebenfalls lebhafte Beunruhigung hervorgerufen, und zwar ein Erlaß, der darauf hinausgeht, daß die **Konsumgenossenschaften**, welche einen Umsatz von jährlich 200 000 Mark haben, bereits als Großhändler anzuerkennen sind. Dieser Erlaß scheint uns reichlich weit zu gehen; denn er müßte doch ohne weiteres die Konsequenz nach sich ziehen, daß auch jeder Händler, der einen Umsatz von jährlich 200 000 Mark hat, als Großhändler anerkannt würde. Was wir dringend wünschen und fordern müssen, das ist keine Bevorzugung der Konsumvereine, auf der anderen Seite allerdings auch keine Benachteiligung durch den Staat. Für die Konsumvereine kann wie für die übrigen Genossenschaften nur der eine Grundsatz gelten, daß sie gleich-

berechtigt mit den übrigen Wirtschaftsfaktoren behandelt werden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die überaus wichtige Frage der **Arbeitsbeschaffung**, die neben der Rohstoffbeschaffung die wichtigste ist, um Handwerk und Mittelstand wieder aufzubauen, ist gestern ebenfalls berührt worden. Nach den Erklärungen des Herrn Reichswirtschaftsministers bemüht sich das Wirtschaftsministerium in weitgehendem Maße Arbeit zu schaffen. Ich anerkenne durchaus diesen guten Willen. Es liegt ja in der Natur der Sache, daß das Reich als solches bei der Vergebung von Arbeiten für das Handwerk lange nicht in demselben Maße in Frage kommt wie die einzelnen Bundesstaaten.

Auf der anderen Seite ist dann die Frage der **Arbeitsgemeinschaft** zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden angeschnitten worden. Hier möchte ich einem grundsätzlichen Wunsche Ausdruck geben. Die berufenen Organisationen des Handwerks, die auf gesetzlicher Grundlage errichtet sind, sind der Auffassung, daß bei dieser Arbeitsgemeinschaft das Handwerk als ein in sich geschlossener Wirtschaftsträger zu behandeln und deshalb in einer besonderen Fachgruppe dort anzuschließen ist. Denn bei der übergroßen Zahl von Fachgruppen müßte das Handwerk mit seinen Interessen gegenüber denen der Großindustrie derartig ins Hintertreffen geraten, daß wir uns nur von einer geschlossenen Fachgruppe etwas Ersprießliches versprechen können. Wenn dann innerhalb des gesamten Handwerks wieder Eigenbrödelei auftritt, beispielsweise vom Bund der Bezugsvereinigungen, dem Gegner des Genossenschaftswesens, dem Antipoden einer demokratischen Wirtschaftsverfassung, dann ist es nicht Aufgabe des Reichswirtschaftsamtes, diese Eigenbrödelei zu pflegen; denn Gott sei Dank waren wir im letzten Herbst so weit, daß nach dem Vorstoß der süddeutschen Handwerkskammern, unterstützt von den süddeutschen Bundesregierungen, sich auch die preußische Staatsregierung dahin entschieden hatte, wie es in dem Entwurf der Verordnung des Staatssekretärs v. Stein enthalten war, daß die Handwerkskammern als solche, und ihre Wirtschaftsstellen unter Eingliederung der Fachorganisationen des Handwerks, die Träger der Rohstoffversorgung werden sollten. Ich möchte deshalb hier die dringende Bitte vortragen, nicht den Sonderbestrebungen Rechnung zu tragen, sondern *die durch Reichsgesetz geschaffene Organisation des Handwerks in entsprechendem Maße zu diesen Aufgaben heranzuziehen*, ebenso auch bei der Arbeitsgemeinschaft und bei der gewünschten Bildung von Fachgruppen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß das Handwerk andererseits auch neue Wege auf dem Gebiete des **Lehrlingswesens** gehen muß, hat ja gestern bereits der Herr Kollege Brühne angeschnitten. Die ungeheuren Verwüstungen, die hier der Krieg angerichtet hat, werden zweifellos den Bundesstaaten im beson-

deren — das Reich wird hier wenig in Betracht kommen — Veranlassung geben müssen, auch hier dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft den Söhnen minderbemittelter Eltern, die ein Handwerk erlernen wollen, mit entsprechenden Beihilfen geholfen wird.

Das notwendige Rüstzeug für die schweren Wirtschaftskämpfe der Zukunft ist die Organisation des Handwerks, die eine Ausgestaltung erfahren muß. In erster Linie setzten wir uns dafür ein, daß die **Handwerkskammern**[1]), entsprechend den Erfahrungen, die man in den letzten 20 Jahren gemacht hat, ausgebaut werden, und zwar nach der Richtung hin, daß sie auf eine freiere und modernere Grundlage gestellt werden. Es ist auch absolut notwendig, daß durch die Schaffung eines allgemeinen, gleichen Wahlrechts für alle Handwerksmeister, die beitragspflichtig sind, eine breitere Grundlage für die Handwerkskammern geschaffen wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Dann wird auch viel modrige und rückständige Stickluft aus vielen deutschen Handwerkskammern hinausgeweht werden, die sich bis jetzt so vielfach einer modernen Entwicklung des Handwerks entgegengestellt haben. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß dazu selbstverständlich auch eine Erweiterung des Aufgabenkreises, insbesondere bezüglich der wirtschaftlichen und schiedsgerichtlichen Tätigkeit, gehört, das liegt angesichts der Entwicklung der Dinge ja auf der Hand.

Auch eine Reihe sonstiger einengender und bevormundender Vorschriften, die unwürdige Stellung, die den Handwerkskammern durch den Staatskommissar zugewiesen wird, gegenüber den Handels- und Landwirtschaftskammern bedürfen dringend einer Revision, wie überhaupt die Stellung der berufsständigen Vertretungen im öffentlichen Leben, sowohl der Handwerkskammern wie der Handels- und Landwirtschaftskammern und auch in Zukunft der Arbeitskammern entschieden gehoben werden muß.

Angesichts der ganzen Entwicklung der Arbeiterverhältnisse, der Betriebsräte und was sonst alles damit zusammenhängt, — bei allen diesen Forderungen werden wir uns darüber klar sein müssen, daß auch die Organisation des Gewerbes eine einheitliche werden muß auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß die einheitlich geschaffene Organisation des Gewerbes auch in Beziehung auf die Preisbildung mit Rechten ausgestattet wird, die sie bisher nicht hatte. Wenn wir damit rechnen, daß bei einem neuen Arbeitsrecht die Bindung von Löhnen, die Festsetzung von Mindestlöhnen und anderes eintritt,

[1]) Die Handwerkskammern sind in Nachbildung der Handelskammern und der sonstigen berufsständischen Vertretungen geschaffen worden durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 (R.G.Bl. S. 663), das sog. Handwerkergesetz. Vgl. Gew.O. §§ 103 ff.

dann muß angesichts der wirtschaftlichen Schwäche des Gewerbes dafür Sorge getragen werden, daß das Gewerbe sich entsprechende Schutzeinrichtungen schaffen kann.

Wir sind weiterhin der Auffassung, daß auch auf dem Gebiete der **Kulturpolitik** vieles geschehen muß, um das **Handwerk**, um den **kaufmännischen Mittelstand** in Zukunft in unser Wirtschaftsleben noch besser einfügen zu können und ihm das Rüstzeug für die kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe zu geben. Insbesondere sind wir der Auffassung, daß auch das Reich alle Ursache hat, die Pflege und Förderung des Kunstgewerbes nachdrücklicher zu unterstützen, als das seither der Fall war (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten); denn gerade das **Kunstgewerbe** wird es sein, das in Zukunft uns im Deutschen Reiche wird vieles schaffen müssen, mit dem wir im Auslande Geschäfte machen, — und so manches bezahlen können, was wir wieder einführen müssen.

Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge stehen meine Freunde auf dem Standpunkt, daß angesichts der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, der Herabdrückung so vieler selbständiger Existenzen auf ein Niveau, wie man es früher kaum für möglich gehalten hätte, die soziale Fürsorgegesetzgebung in Zukunft sich nicht nur auf die Unselbständigen beschränken kann, sondern daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, auch für die selbständigen Gewerbetreibenden Versicherungseinrichtungen, bei denen sie aber selbst die Versicherungsträger sind, zu schaffen, weil schon angesichts der ganzen Entwicklung des Krieges wir damit zu rechnen haben werden, daß Tausende und aber Tausende von Handwerkern und Kaufleuten später siech und krank werden und jede Einrichtung fehlt, um diese armen Menschen überhaupt wieder zu einer Gesundung führen zu können. Hier liegt eine hohe, ernste sittliche Pflicht auch der Reichsregierung vor, dafür Sorge zu tragen, daß so rasch wie möglich mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage an die Nationalversammlung herangetreten wird.

Daß die zukünftige **Steuerpolitik** ebenfalls in der Richtung sich bewegen muß, den Wiederaufbau des schwer erschütterten Mittelstandes zu erleichtern, betrachte ich als eine Selbstverständlichkeit, halte es aber trotzdem für meine Pflicht, das hier öffentlich auszusprechen.

Bezüglich der **Vertretung des Handwerks** in den einzelnen **Reichsämtern**, wie Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitsamt, kann ich mich durchaus dem anschließen, was der Herr Kollege Irl hier ausgeführt hat. Meine Parteifreunde stehen auf dem Standpunkt, daß es schließlich weniger auf die Form ankommt, wie das gemacht wird, als auf die Tatsache, daß unter allen Umständen es erforderlich ist, daß in diesen überaus wichtigen Reichsämtern auch die Interessen dieser breiten Massen unseres Volkes in ganz anderer Weise zum Zuge kommen, als das seither der

Fall war. Wir behalten uns entsprechende Anträge und Schritte vor. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun noch ein kurzes Wort zum Schluß! Ich meine, wenn heute Millionen von deutschen Volksgenossen, Millionen deutscher Handwerker und Kaufleute nach Weimar blicken — und viele warten darauf, daß die Nationalversammlung ein erlösendes Wort für sie spricht, zum mindesten sie auch anfeuert, an ihrer Zukunft nicht zu verzweifeln —, so, glaube ich, ist es wohlgetan, wenn wir der Überzeugung Ausdruck geben, daß, wenn unsere Wirtschaft überhaupt wieder zu einer Gesundung gebracht werden sollte — und, ich glaube, wir sollten daran nicht zweifeln —, auch für das deutsche Handwerk und für den deutschen Mittelstand wieder eine Zukunft beschieden sein wird.

Ich möchte nur zum Schluß auf zwei Dinge hinweisen. Je bälder und rascher es uns gelingt, eine kräftige **Innenkolonisation** durchzuführen, je mehr es uns gelingt, drüben im deutschen Osten überall, wo das Land dazu geeignet ist, Bauerndörfer an Stelle der Latifundien zu schaffen, wird auch Arbeit für das Handwerk geschaffen werden; denn wo Bauerndörfer entstehen, kann der Handwerker und Kaufmann sich ansiedeln. Deshalb ist dieses Problem nicht nur ein Problem der Landwirtschaft, es ist *auch ein Problem, das für den selbständigen Mittelstand die größte Bedeutung hat.* (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ebenso möchte ich die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichswirtschaftsamts noch darauf lenken, daß es eine überaus ernste und wichtige Frage für unsere Zukunft sein wird, ob es nicht möglich sei, den selbständigen Mittelstand auch am **Export** deutscher Waren zu beteiligen, d. h. **Handwerkserzeugnisse** in Länder auszuführen, die überhaupt kein oder wenig Handwerk haben. Es gibt im Deutschen Reiche Hunderttausende von Werkstätten, die gut ausgerüstet sind mit Maschinen, die ganz anders ausgenutzt werden könnten. Und viele tüchtige Menschen, gelernte Arbeiter, die nicht mehr in der Industrie arbeiten können, könnten im Handwerk untergebracht werden.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen angekommen und möchte zusammenfassend namens meiner Freunde erklären, daß wir von der Deutschen Demokratischen Partei aus alles tun werden, was irgendwie geeignet sein kann, den selbständigen Mittelstand in seinem furchtbar schweren Existenzkampfe nach jeder Richtung hin zu fördern und zu unterstützen. Nicht nur an die Reichsregierung aber möchte ich von dieser Stelle aus die dringende Bitte und die Mahnung richten, in diesem Sinne sich zu betätigen, sondern ich möchte von dieser Stelle aus auch an alle wohlhabenden und reichen Leute dieser Welt die dringende Aufforderung richten, sich darüber im klaren zu sein, daß das Wohl und Wehe des Mittelstandes auch ihr Wohl und Wehe ist, und daß daher eine tatkräftige Unterstützung des Mittelstandes nicht nur Sache der Re-

gierung sein muß, sondern auch Sache derer, die am besten dazu imstande sind. Von diesen Gesichtspunkten aus werden wir uns bei allen den Fragen leiten lassen, stets davon ausgehend, daß es ein armes Volk ist, das keinen Mittelstand in sich schließt, daß es ein armes Volk wäre, das darauf verzichten müßte, in Zukunft dem Tüchtigen einen, wenn auch nur mäßigen Aufstieg zur Selbständigkeit zu ermöglichen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Den Mittelstand wollen wir im neuen Deutschland gehegt und gepflegt wissen, weil wir der Überzeugung sind, daß ein selbständiger Mittelstand auch im neuen Deutschen Reich eines der festesten Fundamente seiner Zukunft sein wird. (Lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hugo.

Dr. **Hugo**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir hätten gewünscht, daß die Besprechung dieser Interpellation bereits zu einem früheren Zeitpunkte möglich geworden wäre, weil wir der Ansicht sind, daß die Parteireden nicht so sehr in dieser Zeit dem Fortbestand des Reiches dienen wie die Beratung und Besprechung der wichtigen wirtschaftlichen Fragen, von denen allein es abhängt, ob in Zukunft wieder ein neues Deutschland der Blüte und des Gedeihens entstehen kann.

Wir sind der Ansicht, daß die Frage der **Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft** eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart ist und den Vorrang vor vielen anderen politischen Erörterungen verdient. Wir sind weiter der Ansicht, daß die revolutionäre Unruhe, die in Deutschland lebt und fortzittert, nicht beseitigt werden kann, solange es nicht gelingt, die Wirtschaftsnöte abzustellen oder wenigstens weitgehend herabzumildern. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit und das wirtschaftliche Mißbehagen der gefährlichste Nährboden des Spartakismus ist, der sich überhaupt denken läßt. Wir sind der Ansicht, daß auch durch politische Konzessionen, wie sie hier im Hause durch sozialistische Gelegenheitsgesetzgebungen gemacht worden sind, die Quelle der Unruhe und Revolution für die Zukunft nicht verstopft werden kann, sondern, daß es notwendig ist, mit den wirksamsten wirtschaftlichen Mitteln einzugreifen: mit der Wiederaufrichtung der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitsunlust und der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Mit den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers können wir uns selbstverständlich nicht für befriedigt erklären. Wenn bereits die Vertreter der Mehrheitsparteien, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei in außerordentlicher Schärfe ihr Mißtrauen zum Ausdruck gebracht haben, daß die ganze Auffassungsweise des Reichswirtschaftsministeriums nicht den Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft entspricht, so kann ich diese Ansicht nur noch unterstreichen. Der

Herr Vorredner der Deutschen Demokratischen Partei hat vorhin von der **weltfremden Ideologie** gesprochen, die er selbst mit seiner Partei durch die Zustimmung zum Sozialisierungsgesetz in die deutsche Reichsgesetzgebung eingefügt hat. Wenn er von dieser weltfremden Ideologie sprach, so sehen wir, daß tatsächlich auch diese Ideologie in dem heutigen Wirtschaftsministerium einen sehr, sehr breiten Raum einnimmt. Und wenn im Lande draußen die wirtschaftlichen Kreise von Handwerk, Handel und Industrie nach Weimar lauschen und die Rede hören, die der Herr Reichswirtschaftsminister gehalten hat, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie darin nicht das erlösende Wort für die Nöte finden, die diese Kreise in dieser Zeit zu durchkämpfen haben. Diese Nöte sind nicht behoben durch Erklärungen des Herrn Reichswirtschaftsministers. Weder das Problem des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft ist in seiner ganzen Tiefe erfaßt, noch ist das, was uns geboten worden ist — von einigen Spezialerklärungen abgesehen — für uns irgendwie befriedigend. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich sehe die Hemmnisse, die der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands entgegenstehen, einmal in dem Mangel aller Rohmaterialien, zum anderen in der Fesselung der deutschen Wirtschaft, die die Arbeitskraft und Arbeitslust nicht zur Entfaltung kommen läßt. Ich sehe sie in der Lahmlegung des Verkehrs im Innern und draußen auf der See, und ich sehe sie in der Arbeitsunlust, die sich weiter Kreise des sonst so arbeitsamen Deutschlands bemächtigt hat. Es ist unsere Aufgabe, alles daran zu setzen, um diese Hindernisse so weit wie möglich zu überwinden. Die kraftvolle Initiative, den starken Willen, der gerade in dieser Zeit von führender Stelle notwendig ist, haben wir in den Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers völlig vermissen müssen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Im Vordergrunde steht die große Frage der **Materialienbeschaffung.** Was uns die Heeresbestände liefern können, ist nur eine Art Notlieferung für eine kurze Übergangszeit. So gewaltig im einzelnen gemessen diese Heeresbestände sein mögen, sie reichen nicht aus, um der deutschen Wirtschaft nur über wenige Monate hinweg Arbeitsmöglichkeit zu geben. Dazu führen die Interessenten beredte Klage darüber, daß es durchweg nicht möglich war, eine annähernde Übersicht über die vorhandenen Vorräte zu erlangen. Es wird leicht einzusehen sein, daß es ein unbedingtes Erfordernis für die deutsche Wirtschaft ist, darüber Klarheit zu bekommen, wie groß die vorhandenen Bestände sind.

Trotz alledem bleibt das Hauptmittel, um unsere Materialnot zu bekämpfen, die **Einfuhr.**

Der Herr Reichswirtschaftsminister sprach von einer empfindlichen Beschränkung, die sich die Einfuhr nach Art und Menge in Zukunft gefallen lassen müsse. Wir sind selbstverständlich mit ihm der Ansicht, daß

es nicht möglich sein wird, nun unsere Tore weit zu öffnen für alles das, was der einzelne Geschäftsmann und was die Industrie einführen möchten. Aber wir sind andererseits der Ansicht, daß die Art, wie die Kontrolle der Einfuhr durch Gründung von Einfuhrsyndikaten geplant ist, neue Hemmnisse schafft, die dem Aufleben der deutschen Wirtschaft den Todesstoß versetzen kann. Man sollte mehr auf das Urteil aus Handels- und Industriekreisen geben, die laut ihre Stimme erheben, um der Regierung klar zu machen, was die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft erfordern. Im Gegensatz zu diesen fachmännischen Kreisen plant die Regierung, mit neuen Organisationen eine möglichst freie Entwicklung einzuengen.

Dazu tritt die **Valutafrage**, eine Frage, deren Gewicht wir nicht im geringsten verkennen; aber das eine wünschen wir, daß diese Valutafrage nicht vom grünen Tisch aus gelöst wird. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir verlangen die volle Würdigung der Verhältnisse, wie sie in der Praxis liegen. Der deutsche Kaufmann verfügt im Auslande über nicht unerhebliche **Kredite.** Handel und Industrie besitzen alte Geschäftsverbindungen, die ihnen den Abschluß langjähriger Kredite ermöglichen. Die deutsche Hochfinanz verfügt ebenfalls über bedeutungsvolle internationale Beziehungen. Wenn nun vom grünen Tisch geurteilt wird und wenn neue staatliche Organisationen geschaffen werden, wird es nicht möglich sein, die vorhandenen Mittel zur Förderung der deutschen Einfuhr in der Übergangszeit genügend auszunutzen. Wir legen großen Wert darauf, daß diese Ausnutzung erfolgt, und wir verlangen, daß, soweit für die Einfuhr von Waren keine fremdländische Valuta und kein deutscher Schiffsraum beansprucht wird, auch keine Preis-, Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen der Industrie und dem Handel auferlegt werden. Jedenfalls ist es gefährlich, den so notwendigen und bedeutsamen Einfuhrverkehr wieder mit staatlichen Zwangsorganisationen zu reglementieren. Wenn Handel und Industrie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse entfalten, ihre wertvollen Auslandsverbindungen ausnutzen können und wenn der Wagemut und die brennende Unternehmungslust des Kaufmanns sich betätigen können, dann zweifle ich nicht daran, daß es möglich werden wird, Industrie, Handel und Handwerk in erheblicherem Maße mit Rohware zu versorgen, als es irgendwelche Einfuhrsyndikate könnten. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat ja bewiesen, wie wenig staatliche Organisationen geeignet sind, wie unfähig sie sind, kaufmännische Aufgaben der Einfuhrbesorgung zu übernehmen. Daraus sollten wir für die Zukunft lernen.

Dazu tritt das andere Moment, das uns Vertrauen einflößen kann: das Ausland ist auch an der Belieferung Deutschlands interessiert, und die Einschaltung der dem Auslande so unbeliebten staatlichen Organi-

sationen gefährdet nur die lebenspendende Wiederaufnahme dieser internationalen Geschäftsverbindungen. Je mehr Freiheit wir zu geben in der Lage sind, desto mehr werden uns auch die Lieferanten des Auslandes, vor allem Amerikas, auf halbem Wege entgegenkommen. Sie haben auch ein Interesse daran, sich den deutschen Markt für ihre Ausfuhr wieder zu eröffnen.

Diese Zufuhr an Rohwaren ist für unser Wirtschaftssystem eines der entscheidendsten Momente. Das gilt in gleicher Weise für Handwerk, für Handel und für Industrie. Auch wir wünschen, daß möglichst viel Waren aus deutschen Rohstoffen hergestellt werden und, mit deutscher Arbeitsleistung veredelt, in das Ausland hinausgehen. Aber ohne Einfuhr von Rohware geht es nicht. Ich denke dabei an Wirtschaftszweige, wie die **Textil- und Tabakindustrie.** Andererseits wünschen wir, daß Halbfabrikate möglichst zurücktreten gegenüber den Rohwaren selbst. Es gilt das vor allen Dingen für die Textilindustrie, die ja 15 Prozent unserer Ausfuhr in der Vergangenheit stellen konnte, und die wir möglichst schnell im Interesse unserer Valuta wieder instandsetzen müssen, diese Ausfuhrgestellung zu erreichen.

Bei Zuteilung und Zuführung der Rohstoffe und aller Waren wünschen wir, daß die wirtschaftlich Schwächeren in erster Linie berücksichtigt werden. Es gilt das vornehmlich auch für die Kriegsteilnehmer. Aber ich möchte doch auch die Regierung bitten, nicht außer acht zu lassen, daß **Zwangsabnahme** ebenso verderblich ist wie eine Nichtbelieferung. Wenn wir es in der Vergangenheit erlebt haben, daß die Schuhmacher in Deutschland mit den Ersatzsohlen aus Holz auf die Weise beliefert wurden, daß die Ersatzsohlen-Gesellschaft, die für Millionen und aber Millionen diese Ersatzsohlen angefertigt hat und sie dann nicht loswerden konnte, das Schuhmacherhandwerk zwang, diese Holzsohlen mit Lederabfällen abzunehmen, so daß vielleicht bei einer Abnahme von 100 Mark für 80 Mark Holzsohlen und für 20 Mark Leder gegeben wurde, und der Schuhmacher dann mit den Holzsohlen nichts anderes machen konnte, als sie in der Zeit der Kohlennot in den Ofen zu werfen, dann ist das eine volkswirtschaftliche Vergeudung auf der einen Seite, die gar nicht zu billigen ist; auf der anderen Seite ist es eine Vergewaltigung des Mittelstandes, die auf das allerentschiedenste und schärfste verurteilt werden muß.

Meine Damen und Herren, der Herr Reichswirtschaftsminister hat uns gestern erklärt, daß in Zukunft die Bewirtschaftung aller beschlagnahmten Waren und Betriebsmittel ohne die bureaukratischen Methoden der Kriegszeit erfolgen sollte. Das klingt sehr schön und sehr verlockend. Aber wenn Sie sich einmal näher ansehen, was denn nun an Stelle dieser Zwangsorganisation gesetzt ist, so ist das alles andere als etwa ein idealer Zustand. Wir haben für die alten Zwangsorganisationen

heute die sogenannten Selbstverwaltungskörper bekommen. Diese Selbstverwaltungskörper setzen sich zusammen aus den verschiedenen Gruppen der einzelnen Wirtschaftszweige. Diese Selbstverwaltungskörper, unter Heranziehung der Arbeitnehmer-Vertreter paritätisch zusammengesetzt, umfassen einen derartig weiten Rahmen von Interessengegensätzen, daß es außerordentlich schwer ist, die Gesamtwirtschaft irgendeines Wirtschaftszweiges wiederum in die Zwangsjacke einer solchen Organisation hineinzupressen. Der Zwang ist trotz des schönen Wortes „Selbstverwaltung" geblieben. Geblieben ist die starke Beschneidung der Leistungsfähigkeit für den Handel und das Handwerk. Von einer Erlösung vom Zwang kann jedenfalls gar keine Rede sein. Wenn Sie sich die Zusammensetzung eines solchen Arbeitsausschusses vorstellen, bestehend aus dem Rohstoffbeschaffungshandel, aus der Verarbeitungsindustrie, aus den handwerklichen Verarbeitern, aus dem Großhandel, dem Kleinhandel, den Genossenschaften und den Verbrauchern, und wenn Sie dann die Zahl der Arbeitnehmervertreter hinzunehmen, dann werden Sie sich vorstellen können, wie außerordentlich schwierig es ist, einen Ausgleich in einem solchen Gremium herbeizuführen.

Dazu kommt als bestimmendes Moment das Aufsichtsrecht der behördlichen Stellen, des Reichswirtschaftsamts. Ihnen sind die Grenzen der Kompetenzen überhaupt nicht gezogen. Es liegt völlig im Ermessen der Aufsichtsbehörde, ihre Einsprüche auch gegen solche Beschlüsse geltend zu machen, die durch Einstimmigkeit oder mit erdrückender Mehrheit von den Selbstverwaltungskörpern gefaßt worden sind. Darin liegt die unangenehmste Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts, die alle Beschlüsse mit einem Federstrich unmöglich machen kann. Wenn nichts verfängt, wird das Verbraucherinteresse herangeholt. Mit ihm läßt sich jeder Beschluß eines Ausschusses unmöglich machen. Ich habe deshalb die Bitte an das Reichswirtschaftsamt zu richten, dafür zu sorgen, daß der Selbstverwaltung tatsächlich der weiteste Spielraum gegeben wird, und daß, wenn sich die verschiedenen Interessenten, die sich in den Wirtschaftszweigen zu Selbstverwaltungskörpern zusammenschließen müssen, geeinigt haben, dagegen von amtlicher Seite keine Widerstände mehr eingesetzt werden. Das Handwerk hat ganz recht, wenn es hier durch den Mund des Herrn Irl hat erklären lassen, daß es empfinde, wie wenig ein solches Selbstverwaltungssystem den besonderen Interessen des Handswerks gerecht werden kann. Das liegt in der Natur der Sache. Für den Übergang wird man sich allerdings in die Unabwendbarkeit des Systems fügen müssen. Aber ich betone ausdrücklich, daß wir in dieser Organisation der sogenannten Selbstverwaltungskörper nur einen Übergang zur freien Wirtschaft sehen können.

Der völlig freie Handel — das ist uns selbstverständlich klar — kann bei dem heute herrschenden Materialmangel nicht ohne weiteres

eingeführt werden. Aber das, was das Reichswirtschaftsamt unter **„Abbau der Wirtschaft“** versteht, ist noch lange nicht das, was wir darunter verstehen. Wir denken uns diesen Abbau erheblich beschleunigter und erheblich herzhafter. Wir sind der Ansicht, daß die jetzigen Institute nicht konserviert werden sollen, sondern möglichst schnell zu verschwinden haben.

Wenn wir im Augenblick nicht die völlige freie Wirtschaft herbeiführen können, so gibt es doch auch Mittelwege, die beschritten werden können. Man kann in vielen Fällen unter Aufrechterhaltung der Höchstpreise und des Nutzensatzes einen freien Einkauf des Handwerks und des Kleinhandels sehr wohl herbeiführen, ohne daß beachtliche Interessen darunter leiden. Bisher ist es so gut wie gar nicht möglich gewesen, diesen Gesichtspunkt gegenüber den amtlichen Stellen durchzusetzen. Jedenfalls sollen sich die amtlichen Stellen — das klingt ja schließlich auch aus den Reden der Regierungsparteien, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei hervor — nicht des Glaubens hingeben, daß das heutige **Kartensystem der Rohstoffversorgung** irgendwo Befriedigung hervorruft. In vier Jahren hat sich dieses Zwangssystem nicht eingespielt, ist nicht fähig gewesen, sich den Bedürfnissen einer reich verzweigten Wirtschaft anzupassen. Im Gegenteil, wir stehen nach vier Jahren vor der Tatsache, daß wir nur von dem moralischen Zusammenbruch dieses Systems sprechen können. Die Zwangsorganisation hat es nicht verhindern können, Zustände zu schaffen, die dem Schleichhandel und dem Wucher Tür und Tor öffnen. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt manche Zweige unserer Rohstoffversorgung, in denen es gar nicht mehr möglich ist, zu den amtlich festgesetzten Höchstpreisen zu kaufen. Dadurch ist der reelle Handel lahmgelegt, und die Dunkelmänner treiben ihr wucherisches Unwesen zum Schaden des Volkes. (Zustimmung rechts.) Wenn das aber der Fall ist, meine Damen und Herren, dann liegt in dieser unbestreitbaren Tatsache von vornherein das härteste Urteil, das überhaupt über die Zwangsorganisation gefällt werden kann.

Der **Handel,** vor allen Dingen der **Kleinhandel,** ist am besten befähigt, die Ware bis in die letzten Kanäle unserer Wirtschaft hineinzuführen. Er selbst hat ein Lebensinteresse daran, diese Arbeit so günstig wie nur möglich zu gestalten, damit er einen möglichst großen Kundenkreis gewinnt. Er hat auch ein Interesse daran, daß die Gleichmäßigkeit der Belieferung ebenfalls durchgeführt wird. Durch Zwangsorganisation werden Sie nie erreichen, daß sich eine Zufriedenheit der letzten verarbeitenden Stellen im Handwerk erzielen läßt. Das haben die Erfahrungen der gesamten Kriegswirtschaft bewiesen. Ich möchte deshalb darum bitten, daß das Reichswirtschaftsamt der Leistungsfähigkeit des Handels ein erheblich größeres Vertrauen entgegenbringt, als es bisher

von den amtlichen Stellen aufgebracht wird. Der legitime Handel ist derart besorgt um die Wiederaufrichtung seines Geschäftes, daß der Gedanke der Ausnutzung der Gewinnchancen für den Augenblick weit hinter der Frage der Wiedergewinnung seiner Existenz zurücktritt.

Wir erklären uns völlig einverstanden mit der hier bereits wiederholt zum Ausdruck gebrachten Anschauung, daß die **Gleichstellung von Handel und Genossenschaften** von den amtlichen Stellen durchzuführen ist. Der Standpunkt des Handwerks- und Gewerbekammertages in dieser Frage ist auch der meiner Partei.

Für die **Genossenschaften** war die Situation unter der Kriegswirtschaft durchaus günstig und ist noch günstig. Die Tatsache, daß die Zahl der Genossenschaften sich im Kriege hat verdreifachen können, spricht dafür. Im Zeichen einer Wirtschaft, die dem Unternehmer kein Risiko überträgt, aber den Nutzensatz garantiert, muß die genossenschaftliche Organisation eine günstige Entwicklung nehmen. Wir möchten aber gegenüber den Grundanschauungen, die im Reichswirtschaftsministerium vorhanden sind, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des freien selbständigen Handels nicht unterschätzt wird, sondern gebührend zur Geltung kommt. Wenn wir heute hören, daß der Reichsernährungsminister erklärt hat, daß die nach Deutschland einzuführenden Lebensmittel unter Ausschaltung des Handels an das Publikum verteilt werden sollen, so ist das ein Standpunkt, der eine gerechte Würdigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Handels völlig vermissen läßt. Der Handel ist kein Parasit, von dem man behaupten könne, daß er die Waren unnütz verteuert, sondern er ist eine, solange die Welt besteht, sich als notwendig erwiesene Einrichtung, die dafür Sorge zu tragen hat, daß der Umsatz der Waren in einer Weise geschieht, die dem ganzen Wirtschaftsinteresse zweckdienlich ist. Wer hat denn den Überblick über die Warenvorräte? Die amtlichen Stellen gewiß nicht. Wer besitzt denn die Fähigkeit, sich den Bedürfnissen des Konsums anzupassen? Das ist der freie Handel. Wer bietet die Kreditfähigkeit, die es ermöglicht, daß Handel und Wandel blühen können? Wer ist in der Lage, die pflegliche Behandlung und die rationelle Ausnutzung der Waren durchzuführen? Im Kriege — das braucht nicht besonders unterstrichen zu werden — ist unendlich viel Nationalgut verwüstet worden, weil man den Handel mit seinen Fähigkeiten nicht in seinem natürlichen Arbeitsgebiet eingeschaltet ließ, sondern irgendwelche Amtspersonen dafür einsetzte, die keine blasse Ahnung von der Behandlung verderblicher Waren hatten. Der Handel ist tatsächlich im nationalen Sinne volkswirtschaftlich unentbehrlich. Mit den Tausenden von Existenzen ist er bedeutungsvoll als Steuerzahler. Die Wiederaufrichtung dieses Handels ist eine eminent wichtige soziale Frage. Hunderttausende von Existenzen der Angestelltenschaft finden in diesem Handel, im Groß- wie im Kleinhandel, ihr Brot. Das alles sind ge-

wichtige Tatsachen, die uns dazu zwingen, unbedingt dahin zu wirken, daß der Handel seine Lebensfähigkeit auch in der Zukunft gesichert erhält.

Meine Damen und Herren, wir wünschen grundsätzlich, daß der Staat seine Hilfe den Schwachen zuteil werden läßt, und da gegenwärtig vielleicht keiner schwächer ist als gerade der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand, so wünschen wir, daß hier der Schutz des Staates eintritt. Aus diesem Gesichtspunkte heraus lehnen wir es ab, daß der Staat und die Gemeinden diesem selbständigen Mittelstand Konkurrenz bereiten. (Sehr richtig!) Wir sind die entschiedensten Gegner der **Kommunalisierung des Lebensmittelmarktes**, der Kommunalisierung der Schlächtereien, der Bäckereien, des Baugewerbes und was an dergleichen Plänen mehr auftauchen mag. Wir sind der Ansicht, daß auch nicht im geringsten das Bedürfnis zu den wilden Sozialisierungen vorliegt. Im Gegenteil, ich bin der festen Überzeugung, daß das Publikum sich bei den einzelnen Bäckermeistern in der Qualität der Ware erheblich besser stehen wird als etwa bei großen Genossenschaftsbäckereien, die auf kommunistischer Grundlage errichtet werden sollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Ihre Ansicht lasse ich Ihnen gern; die meine werden Sie mir nicht rauben.

Meine Damen und Herren, wir treten weiter dafür ein — ich darf das nur ganz kurz streifen —, daß die **Kreditfrage** für den Mittelstand im Sinne der Fürsorge gelöst wird, wie sie bereits vom Reichswirtschaftsamt in Aussicht gestellt ist. Wir begrüßen es, daß die **Erteilung von Staatsaufträgen** auf der Grundlage der Übernahme durch genossenschaftliche Organisationen des Handwerks erfolgt, und wir freuen uns, daß der Herr Reichswirtschaftsminister in dieser Beziehung die Durchführung eines praktischen Vorschlages in Aussicht gestellt hat. Wir sind der Ansicht, daß bei **Vergebung öffentlicher Arbeiten** in Zukunft nach dem Grundsatz der angemessenen Preise verfahren werden soll. Eine verständnisvolle Steuerpolitik ist gegenüber den Mittelschichten durchzuführen. Wenn wir dazu kommen sollten, in erheblichem Maße Steuermonopole zu schaffen, die in das Wirtschaftsleben tief eingreifen, wünschen wir, daß der Mittelstand in jeder Beziehung durch eine Entschädigung gegen die Schäden bewahrt wird, die ihm durch die notwendigen Eingriffe zustoßen könnten. Wir sind der Ansicht, daß die Schaffung beruflicher Beratungsstellen im Reichswirtschaftsamt dringend notwendig ist. Wir vertreten auch mit den übrigen Rednern den Standpunkt, daß die Verbesserung des technischen und kaufmännischen Bildungswesens für das Handwerk und die Kaufmannschaft eine Notwendigkeit ist, und stimmen der Ausdehnung der sozialen Wohltaten auf die Angehörigen des selbständigen Mittelstands zu.

Wenn wir von den Rohmaterialien sprechen, die wir notwendig haben, so steht im Mittelpunkt des Interesses die Frage der **Kohlen-**

versorgung. Diese Frage ist eminent wichtig. **Wir erwarten, daß die Regierung keinen Friedensvertrag unterzeichnet, der uns nicht Oberschlesien und das Saarrevier mit ihren Kohlenvorräten erhält.** (Bravo!) Eine Preisgabe dieser Kohlenvorräte wäre wirtschaftlich für Deutschland der furchtbarste Schlag, der uns überhaupt in Zukunft treffen könnte.

Auf dem Gebiete des Verkehrs bitten wir dringend darum, daß kein Tag versäumt wird, um mit Anspannung aller verfügbaren Kräfte an dem Wiederaufbau des Wagenparks und des Lokomotivenbestandes zu arbeiten. Denn je schneller wir die Verkehrsnot überwinden, desto besser werden wir in der Lage sein, den Ansprüchen des deutschen Wirtschaftslebens zu genügen und das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. **Die Arbeitslosigkeit**, wie sie sich ja in weiten Kreisen als Folgewirkung der politischen Unruhen geltend macht, **führen wir zu einem nicht unerheblichen Teile auf die Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge zurück.** (Sehr gut!) Ich spreche mich durchaus nicht gegen den sozialen Grundsatz aus, daß am Schlusse eines so großen Ereignisses wie dieses Krieges eine Arbeitslosenfürsorge eintreten muß. Aber das hindert uns nicht, die entschiedenste Kritik an dem Zustand zu üben, der heute herrscht, daß Tausende und aber Tausende glauben, die Arbeitslosenunterstützung jeder Arbeitsmöglichkeit vorzuziehen. Ich lege Ihnen hier ein kurzes, aber klassisches Dokument, das mir mein Kollege Kahl zur Verfügung gestellt hat, auf den Tisch des Hauses.

Eine Frau aus Zehlendorf schreibt:

> Sehr geehrtes Fräulein! Ich bitte, mir ist es leider nicht möglich, die Stelle anzunehmen, da ich Arbeitslosenunterstützung beziehe.
>
> Hochachtend
>
> Frau Gräul. (Lebh. Zurufe links.)

— Damit kommen Sie dem Problem nicht an den Leib. Das ist die ganze naive Ursprünglichkeit, mit der diese Dinge im Volke beurteilt werden, und **Sie haben ein ebenso großes Interesse daran wie wir, daß diesem Zustande abgeholfen, die Arbeit wieder hergestellt wird und nicht die Arbeitslosigkeit in einen Dauerzustand hineinwächst.** (Zurufe links.) — Ja, Sie können das Original haben.

Die deutsche Wirtschaft der Vergangenheit ist durch die Leistungsfähigkeit der Einzelwirtschaft groß und stark geworden. Aus dem Munde des Herrn Reichswirtschaftsministers haben wir gestern nur immer wieder das Wort von der **Gemeinwirtschaft** vernommen. Darin sehen wir und mit uns die weitesten Kreise von Handwerk, Handel und Industrie eine der größten Gefährdungen der Zukunft. Die Sozialisie-

rung, die ja eingeleitet ist und in der gefahrdrohenden Folgewirkung sich nicht übersehen läßt, hält das Wiederemporstreben der deutschen Wirtschaft nieder. Die sozialistische Wirtschaftsform ist unseres Erachtens die minderwertige gegenüber der wirtschaftlichen Form, die uns einst groß und stark gemacht hat. Gerade im Zeitpunkt des Zusammenbruchs und der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft muß eine solche Sozialisierung ein verstärktes Hindernis bilden. Sie mögen dieses Problem anfassen, wie Sie wollen, es wirkt im volkswirtschaftlichen Sinne immer niederdrückend, es wirkt verteuernd, es wirkt leistungsvermindernd, es erschwert in einem Augenblicke die Wiederaufnahme des internationalen Wettbewerbes, wo wir das allergrößte Interesse an einer möglichst großen Leistung unserer Wirtschaft und an einer möglichst hohen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt haben. Wie wenig die augenblickliche Notlage, die in der deutschen Wirtschaft herrscht, zur Sozialisierung der Wirtschaft eingeladen hat, das hat der Herr Abgeordnete Hue ausgeführt in der Nummer vom 10. Januar der „Neuen Zeit". Ich will es mir versagen, die markanten Stellen hier im einzelnen vorzulesen, ich will Sie nur auf einige ganz wenige Gedankengänge hinweisen, die Herr Hue am 10. Januar noch in schärfster Form auszusprechen sich für verpflichtet hält. Er sagt:

> Ist es ratsam, eine Verstaatlichungsaktion vorzunehmen, noch ehe wir wissen, was uns von der Entente und ihren begehrlichen Schützlingen, die unsere traurige Lage rücksichtslos auszunutzen trachten, zur Verstaatlichung überlassen wird, oder ehe wir auch nur wissen, in welchem Maße wir durch die künftig von der Entente diktierten Handelsverträge in die Lage versetzt werden, industrielle Roh- oder Halbrohstoffe zur Aufrechterhaltung und Wiederaufrichtung unserer Industrien zu importieren und Waren zu exportieren? — So geht es fort. Er sagt dann weiter: — Das sind Fragen, die sich gerade ein entschiedener Freund der Bergbauverstaatlichung zur ernsten Prüfung vorlegen muß, will er nicht gewissenlos handeln.

Herr Hue vertritt hier rückhaltlos den Standpunkt, daß der Zeitpunkt der Sozialisierung der denkbar ungünstigste ist. Das sagt er im Januar klipp und klar, und wenige Wochen später wird hier das Gelegenheitsgesetz der Sozialisierung gemacht! Ich kann darauf die Behauptung gründen, daß eine solche Gesetzgebung die wirklichen Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft außer acht gelassen hat. Für die Folgen dieser Gesetzgebung lehnen wir jegliche Verantwortung ab. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren, wenn behauptet worden ist, daß unserem **Handwerk**, daß unserem **Handel** und unserer Industrie der **Unternehmungswille** fehlt, so bin ich der entgegengesetzten Auffassung. Was ihnen fehlt, das ist die Freiheit zur Betätigung und das Vertrauen

in die Führung der deutschen Wirtschaft. Aber nicht der Wille zur Tat. Wer den Kundgebungsversammlungen für die freie Wirtschaft beigewohnt hat, wie sie in den letzten Wochen in Berlin, Hamburg und in anderen großen Städten Deutschlands stattgefunden haben, der bekam den tiefen, nachhaltigen Eindruck, daß hier ein gewaltiger Wille zur Betätigung in der deutschen Wirtschaft vorhanden ist, und daß hier mit elementarem Willen die Fesseln gesprengt werden sollen, die eine unnatürliche Zwangsorganisation der deutschen Wirtschaft auferlegt. Wir wünschten, daß die Regierung sich von dem glaubensstarken Optimismus dieser Wirtschaftskreise fortreißen ließe. Handwerk, Handel und Industrie warten brennend darauf, daß ihnen endlich die Möglichkeit zur Wiederbetätigung gegeben wird. Mit Reden und mit Parteibeschlüssen ist uns in diesen Fragen nicht geholfen. Nehmen Sie das Bleigewicht des Zwanges von der deutschen Wirtschaft hinweg! Sorgen Sie dafür, daß vor allen Dingen das Betätigungsfeld allen denen wiedergegeben wird, die da schaffen wollen und die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie schaffen können. Dann, aber auch nur dann, wird es möglich sein, die deutsche Wirtschaft zu neuem Leben und zu neuer Blüte emporzuführen.

Ein Volk, das vier lange Jahre Märchenhaftes in der Volkswirtschaft geleistet hat, darf den Glauben auch mit in die Zukunft hineinnehmen trotz der Stunden tiefster wirtschaftlicher Not und des Zusammenbruchs, daß alle sich auftürmenden Hindernisse überwunden werden können, die sich heute der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft entgegenstellen. Was uns fehlt, ist das rechte Verständnis von seiten der Regierung, und wir möchten wünschen, daß dieses rechte Verständnis bald bei der Regierung Einzug hält, ehe es zu spät ist. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Geheime Rat Dr. Trendelenburg.

Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister ist zu seinem lebhaften Bedauern durch eine wichtige Kabinettsitzung verhindert, an den Beratungen teilzunehmen. Ich bitte deshalb, mir gestatten zu wollen, kurz auf einige Fragen zu antworten, die die Herren Vorredner gestellt haben.

Der Herr Abgeordnete Hermann hat gefragt, wie sich der Herr Reichswirtschaftsminister die Durchführung des **Achtstundentages im Handwerk** denke. Wenn der Herr Reichswirtschaftsminister auf diese Frage gestern nicht eingegangen ist, so hat das seinen Grund darin, daß die Angelegenheit in den Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums fällt. Das Reichswirtschaftsministerium wird sich über die Frage mit diesem Ministerium in Verbindung setzen.

Dann haben die beiden Herren Vorredner den kürzlich von der Sozialisierungskommission aufgestellten und der Öffentlichkeit übergebenen **Gesetzesvorschlag über eine Kommunalisierung** von gewissen **Wirtschaftsbetrieben** und Unternehmungen zur Sprache gebracht. Ich möchte hierzu bemerken: Die Sozialisierungskommission ist eine freie wissenschaftliche Kommission, die seinerzeit durch den Rat der Volksbeauftragten zur gutachtlichen Beratung der Reichsregierung in Sozialisierungsfragen eingesetzt worden ist. Das Reichswirtschaftsministerium hat zu der Ausarbeitung der Kommission nicht die Anregung gegeben. Die Kommission hat diese Angelegenheit vielmehr durchaus frei und ohne Mitwirkung des Reichswirtschaftsministeriums bearbeitet. Das Reichswirtschaftsministerium ist jedoch seinerseits in eine sorgfältige Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit eine Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben und Unternehmungen von rein lokaler Bedeutung möglich und zweckmäßig ist. Nach Abschluß dieser Erörterungen wird auf die Frage zurückgekommen werden können.

Der Herr Abgeordnete Hermann hat die Frage gestellt, ob nicht die in Aussicht genommene Verordnung über die **Rohstoffversorgung des Handwerks** nunmehr erlassen werden würde. Ich kann dazu mitteilen, daß der Erlaß dieser Verordnung unmittelbar bevorsteht. Wenn es so lange gedauert hat, bis die Verordnung der Öffentlichkeit übergeben wird, so hängt das in erster Linie mit den politischen Verhältnissen der vergangenen Monate zusammen. Ferner aber hat die eingetretene Verzögerung ihren Grund darin, daß innerhalb des Handwerks noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen über die Frage, ob eine regionale oder eine fachliche Organisation für die Zwecke der Rohstoffversorgung des Handwerks zweckmäßig sei. Die Verordnung, welche die Handwerkskammern mit diesen Rohstoffragen befassen will, wird aber, wie auch von dem Demobilmachungsministerium kürzlich bei der Beantwortung einer kurzen Anfrage mitgeteilt worden ist, nunmehr unverzüglich veröffentlicht werden.

Es ist dann weiter von dem Herrn Abgeordneten Hermann der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte dahin gewirkt werden, daß auch der Mittelstand an dem Export von Waren nach dem Ausland möglichst lebhaft beteiligt wird. Wir bringen im Reichswirtschaftsministerium dieser Frage besonderes Interesse entgegen. Eine Beteiligung **des Handwerks am Export** begegnet aber gewissen Schwierigkeiten, da als Exportgüter in erster Linie Massengüter geeignet sind, während es sich bei dem Handwerk um Qualitätsprodukte handelt, die jeweils nur in geringerer Zahl produziert werden. Es würde aber von besonderem Werte sein, wenn es durch geeignete Maßnahmen gelingen würde, hochwertige Qualitätsprodukte, die dem Handwerk entstammen, zur Ausfuhr zu verwenden, da es sich ja gerade hier um Güter handelt, in denen

der Anteil der Arbeit verhältnismäßig groß und der Anteil des Stoffes verhältnismäßig gering ist, die also viel Arbeitsaufwand verkörpern.

Vizepräsident Haußmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Wettrennen aller bürgerlichen Parteien um die Gunst des Mittelstandes, das ja seit Jahrzehnten alle Jahre in der gesetzgebenden Versammlung stattzufinden pflegt, hat uns wieder die alten Klagen gebracht, selbstverständlich in verstärkter Auflage. Denn die Not der Zeit, der Krieg, dieses ungeheure Verbrechen der Vergangenheit, hat das, was unerbittlich durch die kapitalistische Produktionsweise vor sich gehen mußte, noch gesteigert: die Zerschmetterung und Zermalmung der Kleinen und den Aufstieg der Großen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Untergang des Mittelstandes ist eine durch keine wohlwollenden Maßnahmen, auch nicht einmal durch reaktionäre Maßnahmen aufzuhaltende Tatsache (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; Widerspruch rechts); er ist eine unerbittlich in Erscheinung tretende historische Notwendigkeit, und wenn wir eine Statistik bekommen werden über die Zahl der Kleinbetriebe, wie sie jetzt vorhanden sind, so werden diese Zahlen eine noch weit schlimmere, noch weit entsetzlichere Bedeutung haben als die von dem Herrn Abgeordneten Wetzlich vorgetragenen Ziffern der Statistiken von 1882 und 1907. Aber gerade diese Statistiken zeigen ja, daß das nicht mehr Haltbare mit keinen Mitteln gehalten werden kann; denn gerade in diesem Vierteljahrhundert von 1882 bis 1907, in dem ein so ungeheuerer verhältnismäßiger Rückgang der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben eintrat, hatten ja die Herren Vertreter der Mittelstandsinteressen die Macht in Händen, und es ist im Reichstage alles geschehen, was geschehen konnte, um ihre Wünsche zu erfüllen. Trotzdem ist die Zahl der Arbeiter in den Großbetrieben von 1,1 auf 5,4 Millionen gestiegen, in den Kleinbetrieben von 5,7 nur auf 9 Millionen (Zuruf von den Deutschen Demokraten: na also!), also noch nicht eine Verdoppelung gegenüber der Verfünffachung in den Großbetrieben. Wenn wir aber nicht die Zahl der Arbeiter, sondern die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Betriebe miteinander vergleichen könnten, so würden wir sehen, daß die Leistungsfähigkeit der Großbetriebe gegenüber der der Kleinbetriebe sich um mehr als das Zehnfache gesteigert hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Gerade diese Ziffern beweisen, daß es trotz aller Hilfsmittel gar nicht möglich ist, das zu halten, was dem Untergange geweiht sein muß, weil die vollendetere Technik und die Konzentrierung des Kapitals es eben ermöglichte, billiger und besser zu produzieren, als es der kleine selbständige Handwerker mit seinen kümmerlichen Werkzeugen (oho! bei den

Deutschen Demokraten) und noch kümmerlicheren Kapitalmitteln tun konnte. Abgesehen vom Kunstgewerbe und irgendwelchen individuellen Produkten ist es gar nicht möglich, mit der Hand das zu leisten, was die Maschine leistet, die ja bekanntlich immer intelligenter wird und immer mehr selbst die Feinheiten der Handarbeit zu ersetzen versteht.

War das schon vor dem Kriege der Fall, so ist durch den Krieg, durch diese Revolution von oben, das noch gesteigert worden, was sich im Wirtschaftsleben schon vorher abspielte, nämlich daß die Kleinen verschwinden müssen gegenüber den Großen, und ich möchte die Herren, die immer die Revolution für den augenblicklich gesteigerten Notstand des Mittelstandes verantwortlich machen, darauf hinweisen, daß es allerdings eine Revolution war, die ihnen das Unheil brachte, aber jene Revolution von oben, die sich in dem militaristischen Treiben der Kriegshetzer Luft schaffte im Kriege, die uns eben jetzt so weit gebracht hat, daß es nun volkswirtschaftlich geradezu wahnsinnig wäre, wenn man rückständige Betriebsformen künstlich aufrechterhalten wollte. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Denn gerade jetzt kann Deutschland nur dann noch lebensfähig bleiben, wenn es unter Ausnutzung aller seiner technischen und wirtschaftlichen Hilfskräfte so billig und so gut wie möglich produziert. Jede Vergeudung von Arbeitskraft, wie sie gerade beim Kleinbetrieb selbstverständlich eintritt, jede Vermehrung der faux frais, der falschen Kosten, trägt nur dazu bei, daß wir auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig werden, und daß wir die eigene Bevölkerung mit Ausgaben belasten, die sie gar nicht tragen kann.

Es mutet wie eine Satire an, wenn vorhin davon gesprochen wurde, man solle doch dafür sorgen, daß das **Handwerk** in nennenswertem Maße — ich nehme immer die Kunst- und individuellen Arbeitsprodukte aus — (Widerspruch bei den Deutschen Demokraten), **exportfähig** werden solle, wo im Auslande bekanntlich der Kapitalismus, und besonders in dem Auslande, nach dem wir exportieren können, seine Vormachtstellung zum Teil noch weit mehr gesichert hat als bei uns. (Wiederholte Zurufe von den Deutschen Demokraten.) Die kleinen Summen von Exportgegenständen, die als individuell zugepaßte Handprodukte exportiert werden können, spielen gegenüber den Riesenziffern gar keine Rolle, die wir notwendig haben, wenn wir der deutschen Bevölkerung Arbeit und Brot verschaffen wollen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir müssen an Arbeitskraft sparen und können das nur durch die vorzüglichste Technik und die beste Produktion. Da ist eben für den Klein- und Mittelbetrieb kein Raum. (Widerspruch.) Es ist Phantasie, wenn Herr Abgeordneter Hugo meint, daß der Kleinbäcker stets ein besseres Brot herstelle als die Großbäckerei. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Umgekehrt ist es: nirgends kann regelmäßigere und bessere Produktion geleistet werden als in den vorzüglich eingerichteten Betrieben der Großbäckereien, wo nicht ein Finger mehr mit der Backware direkt in Berührung kommt, wo alles mit Hilfe der Maschinen gleichmäßig bearbeitet werden kann, und wo die Erfahrung uns gezeigt hat, daß sie billiger und besser arbeiten, wie es der Kleine eben nicht leisten kann.

Deswegen ist es ja nicht verwunderlich, wenn diejenigen, die nun durchaus die Vergangenheit retten wollen in den praktischen Vorschlägen, die sie hier machen, recht hilflos dastehen oder aber Vorschläge bringen, bei denen sie die große Masse der Bevölkerung zugunsten einer sonst nicht mehr lebensfähigen Wirtschaftsklasse tributpflichtig machen wollen. Denn was haben die Herren eigentlich verlangt? Das eine Mal, daß der **Achtstundentag** beseitigt wird. Ich bedauere es, daß vom Regierungstische aus soeben keine schärfere Abwehr gegen diese Angriffe auf den Achtstundentag kam. Denn wenn man uns erklärt, das Reichswirtschaftsamt habe damit nichts zu tun, sondern das Reichsarbeitsamt, und daß deswegen keine bindende Erklärung abgegeben werden könne, so meine ich, daß man in einer so grundlegenden Frage der Arbeiterpolitik von einer Regierung, die als Arbeitervertretung hier sitzt, verlangen kann, daß sie sagt: der Achtstundentag ist unantastbar, und wir lassen uns ihn nicht durch irgendwelche Rücksichten auf untergehende, nicht mehr rettungsfähige Betriebe schmälern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der zweite Rettungsanker, der ausgeworfen wird: man will die **Sonntagsruhe einschränken.** Wir werden ja bereits von allen möglichen Berufen mit Petitionen beglückt. Daß es Betriebe gibt, in denen die Sonntagsruhe nicht unbedingt durchgeführt werden kann, in denen leichtverderbliche Gegenstände gehandelt oder hergestellt werden, das ist selbstverständlich. Aber allgemein hier zu sagen: um dem Handwerk Lebensfähigkeit zu geben, soll man die Sonntagsruhe einschränken, das muß ich ganz entschieden zurückweisen.

Dieselben Herren Mittelstandsretter, die immer gleichzeitig sagen, daß sie die Interessen der Angestellten vertreten, sind es, die den Angestellten durch die Angriffe auf den Achtstundentag und auf die Sonntagsruhe durchaus nicht etwa das Dasein verschönern und erleichtern, sondern die es ihnen wieder so erschweren, wie es früher gewesen ist. Ich halte es deswegen für ganz unmöglich, gerade nach der Bankerotterklärung — um es so zu sagen —, die Sie durch Ihre Vorschläge hier vorgebracht haben, daß irgend etwas Nennenswertes geschehen kann, um jenen immer noch großen Schichten zu helfen, die durch den Krieg allerdings in die traurigste Notlage gekommen sind. Helfen ist unmöglich, sage ich, auf dem Boden, auf dem sich die Herren bewegen, die angeblich die Interessen des Mittelstandes vertreten, nämlich durch künst-

liche Belebung, durch künstliche Galvanisierung eines toten Körpers, einer toten Produktionsform. Dagegen ist es möglich, hier zu helfen, wenn **neue Produktionsformen** geschaffen werden, und in dieser Beziehung ist es gerade die von jener Seite so angegriffene und geschmähte **Sozialisierung und Kommunalisierung**, die die Erlösung allen den armen, darbenden Kreisen bringen kann, die heute als Selbständige hungern müssen, dagegen als Angestellte kommunalisierter und sozialisierter Betriebe reichlich ihre Existenz finden könnten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Denn durch die Kommunalisierung und Sozialisierung wird es möglich sein, billiger und besser zu produzieren, freilich nicht billiger in dem alten kapitalistischen Sinne, daß man auf Kosten der Arbeiter durch Herabdrückung der Löhne das Produkt verbilligt, sondern billiger in dem Sinne, daß auf der höchsten Stufenleiter der Produktion durch beste Anwendung aller technischen Mittel oder durch großzügige Organisation der Arbeit die Arbeitsprodukte so billig hergestellt werden, wie es unter der notwendigen Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter geschehen kann. Gerade diese Sozialisierung und Kommunalisierung ist es ja, die Ihnen ein Dorn im Auge ist, die Sie beseitigen wollen! Mir kamen die ganzen Anträge wie die Reden dazu vor wie eine Attacke, die gegen die neue kommende Zeit geritten wird. Sämtliche Mittelstandsreden, die hier gehalten werden, kann man zusammenfassen in das geflügelte Wort: „Die janze Richtung paßt mir nich." Sie wollen nicht, daß das, was vorläufig vom Regierungstisch mit zaghaften Worten in Aussicht gestellt wurde, nämlich die Sozialisierung, scharf und gründlich durchgeführt wird. Sie glauben, die Zeit sei, wie auf anderen Gebieten, gekommen, daß jetzt die große reaktionäre Front aufgestellt werden kann gegen all das Neue, was der 9. November dem arbeitenden Volke endlich gebracht oder wenigstens versprochen hat. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) — Daß Klara Zetkin eine andere Ansicht haben soll als ich, kann ich mir nicht vorstellen! Sie können das nur falsch aufgefaßt haben! Ich weiß mich mit der Genossin Zetkin darin eins, daß sie ebenso wie wir alle den Gedanken vertritt, daß nur durch Sozialisierung der Produktion der Fortschritt der Arbeit gewährleistet werden kann, daß die Kleinbetriebe zum Tode verurteilt sind, und daß nur durch den Übergang der Produktion vom Privatkapitalismus in den Staatssozialismus all den Darbenden und Notleidenden, die, wie ich offen zugebe, ihr Dasein oft schwerer fristen als heute viele Schichten der Arbeiter, Hilfe gebracht werden kann. Darüber ist gar kein Zweifel, daß der kleine Gewerbetreibende durch den Krieg noch weit schwerer als viele andere Beamte gelitten hat. Die Millionen, die aus dem Felde heimgekehrt sind, finden ihre Betriebe überhaupt nicht mehr vor, die Kundschaft, die sie hatten, ist weg, denn es waren keine Rohprodukte zur

Verarbeitung da. Da unterliegt es keinem Zweifel, daß es diesen Millionen von kleinen Handwerkern jämmerlich schlecht geht. Aber es wäre ein Unrecht, jenen Millionen einzureden, daß ihnen durch künstliche Belebung der Handwerksproduktion geholfen werden kann. Im Gegenteil, man muß diese Mittelstandskreise mit einscharen in die große Armee der arbeitenden Klasse, die darauf hinarbeitet, daß endlich die Produktion in die Hände der Arbeiterklasse kommt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Durch die Sozialisierung werden unbegrenzte Möglichkeiten der Neubelebung unseres Wirtschaftslebens geschaffen, dadurch wird auch, was unbedingt notwendig ist, die Arbeitsfreudigkeit gehoben. Die Arbeitsunlust, gegen die hier immer gesprochen worden ist, rührt eben davon her, daß der politisch befreite Arbeiter nicht mehr Lust hat, für die Privatinteressen des Kapitals zu fronden, sondern daß er nur dann freudig an die Arbeit geht, wenn er weiß, daß er im Interesse der Gesamtheit und für sich selbst die Arbeit schafft. Dadurch, daß bei der Sozialisierung die Regelung der Produktion auch durch die Arbeiter und mit den Arbeitern erfolgt, daß durch die Demokratisierung der Arbeit die Arbeiterklasse endlich die Rolle im Produktionsprozeß spielt, die ihr naturgemäß gehört, dadurch wird die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitsleistung gehoben werden, und das allein wird dem Volke helfen können, um aus dieser furchtbaren Not herauszukommen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb bedauere ich es, wenn nicht mit aller Entschiedenheit von der Regierung an diesem einmal gegebenen Versprechen festgehalten wird. Es gibt da kein Rückwärts, es gibt auch kein Vertuschen und Hinziehen! Aber was wir jetzt immer hören, sind lahme, zahme Ausreden, Vertröstungen auf eine Zukunft, in der man hofft, daß es doch vielleicht noch möglich sein wird, das alles zu vermeiden. Wir wollen aber nicht, daß diese Zukunft der Produktion vermieden wird, sondern daß sie so rasch, als es technisch und wirtschaftlich möglich ist, herbeigeführt wird. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist das „erlösende Wort", das von dieser Stelle der notleidenden, arbeitslosen, zugrundegehenden deutschen Bevölkerung gesagt werden muß. Zusammenfassung aller Kräfte zur gemeinsamen Arbeit, Zusammenfassung aller Kräfte zur Regelung der Produktion auf technisch vollendetster Stufe, das allein ist es, was uns helfen kann, aber nicht mittelalterliche Mittelstandsrettungsversuche.

Die Sozialisierung, die Einmischung und das Eingreifen der Gesellschaft in den Produktionsprozeß, das ist es, was den Herren von der Rechten bis weit hinüber in die Reihen der Demokratie so unangenehm ist, was sie beseitigen wollen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist ja wirklich ein unnatürliches Bündnis, das die Herren Vertreter des freien Wirtschaftssystems, der alten kapita-

listischen Produktionsweise, die Herren **Demokraten**, brüderlich zusammenhalten soll **mit den Sozialisten** in einer Regierung. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist eben nicht möglich. Nicht bloß in äußerpolitischen und innerpolitischen Fragen, sondern ganz besonders in wirtschaftspolitischen Fragen wird sich die Unmöglichkeit dieses Bündnisses zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten ergeben, ganz abgesehen von den Herren des Zentrums, die, wie wir zur Genüge aus den verflossenen Jahrzehnten wissen, ganz und gar im Bann der alten Zeit stehen, was der Herr Abgeordnete Irl uns ja wieder vollauf bekräftigt hat. Darum, meine Damen und Herren, rufen wir den Arbeitern zu, daß diese Anträge und alles dieses Neue durchaus nicht so bedeutungslos sind, wie sie scheinen, sondern daß sie in Wirklichkeit Sturmzeichen der erwachenden Reaktion sind. (Hu! hu! rechts.) — Sie wissen recht wohl, warum Sie so tun, als ob Sie das verspotteten. Im Innern ist die Front da, von da drüben bis hier mitten hinein zu den Demokraten. Sie haben sich geeinigt gerade dadurch, daß die Sozialisten in dieser Regierung, ob sie wollten oder nicht, durch den Druck von außen gezwungen wurden, die Sozialisierung in die Wege zu leiten — und das ist der Punkt, wo die Scheidelinie kommen muß. Denn zwischen Sozialismus und Kapitalismus gibt es eben kein Bündnis, sie müssen einander widersprechen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und deshalb sage ich: *Arbeiter, seid auf der Hut!* Das erlösende Wort, das von hier gesprochen werden muß, ist, daß Arbeiter und Mittelständler zusammen gegen die reaktionären Bestrebungen, die sich immer stärker bemerkbar machen, auf der Hut sein müssen und *eine Einheitsfront bilden gegenüber den kapitalistischen Interessen.* (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eisenberger.

Eisenberger, Abgeordneter: Frauen und Männer! Denken Sie ja nicht, wenn ich jetzt zu dieser Frage das Wort ergreife, daß ich auch ein Anhänger der Reaktion bin. Ich will nicht dabei sein und die Front der Reaktion aufrollen. Aber ich bin als kleiner Bauer, der sich doch auch zum Mittelstande rechnet, der Meinung, daß es nicht so gehen kann, wie der Herr Vorredner geglaubt hat (sehr richtig! im Zentrum), daß diejenigen, die dem Mittelstande noch helfen wollen, die Reaktion hervorrufen wollen. Ich bin weiter der Meinung, daß es nicht möglich ist, die Sozialisierung im allgemeinen durchzuführen. Wohl ist eine Sozialisierung bei den Großbetrieben, bei den Bergwerken und ähnlichen Betrieben möglich, aber *daß man das Handwerk, den Mit-*

telstand, das Kleingewerbe sozialisieren kann, das erscheint mir unmöglich. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Arbeitsfreudigkeit unserer Handwerker, unserer kleinen Leute, wird nicht gefährdet, wenn, wie mein Herr Vorredner gemeint hat, man sie vertröstet, es sollte alles sozialisiert werden. Ich bin der Meinung, daß so viel als möglich und so viel es unserer Regierung noch möglich ist, für den **Mittelstand** gesorgt werden muß. Es ist nicht so, daß der Mittelstand quasi zum Tode verurteilt ist. Gewiß hat der Mittelstand während des Krieges harte Zeiten durchmachen müssen. Und hier lag der Fehler bei unserer Regierung. Man hat zum Beispiel bei Vergebung der Heeresaufträge den Handwerkerstand, den Gewerbestand zu wenig bedacht. Unsere Kriegsgesellschaften haben den Schaum abgeschöpft, und unser Gewerbe-, unser Mittelstand wurde viel zu wenig bedacht. Es ist schon öfter jemand zum Tode verurteilt, wieder begnadigt worden und nicht aufgehängt worden.

Ein Redner hat heute hervorgehoben, daß nicht nur die Regierung dafür sorgen solle, daß man den Mittelstand, das Handwerk und den Gewerbebetrieb unterstütze, sondern auch die Bevölkerung, auch die Reichen sollen daran denken. Ich glaube, hier liegt ein Fehler vor, und es sind viele Fehler gegenüber unserem Mittelstande gemacht worden. Das trifft bei uns in Bayern namentlich auch den Großgrundbesitz und die Fideikommisse, die unseren Mittelstand sehr vernachlässigt haben. Nehmen Sie nur an, wie es bei uns im Gebirge der Fall ist, wo die Grafen und Barone, auch Kriegsgewinnler ganze Ortschaften zusammengekauft haben. (Zurufe.) — Es ist schon so. Dazu kommt noch, daß diese Herren alles in den großen Warenhäusern einkaufen und den einheimischen Handwerkern und Gewerbetreibenden nichts zukommen lassen.

Wenn auf die Kohlennot hingewiesen ist, so habe ich schon in meinen ersten Ausführungen gesagt, daß hier noch viel gesündigt wird. Unsere Wagner und Schreiner brauchen notwendig Holz; aber ich könnte Beispiele anführen, daß unsere Großgrundbesitzer und unsere Grafen das Holz so teuer verkaufen und die Preise hinauftreiben, daß unsere Handwerker und Gewerbetreibenden nicht konkurrieren können. (Hört! hört!) Während früher eine Stange von einem Fideikommisbesitzer um 30 Pfennige verkauft wurde, verkauft man sie heute für 3 bis 4 Mark. Hier muß der Hebel angesetzt und den Herren gesagt werden, daß sie auch ein Herz für den Mittelstand haben müssen.

Dann ist von der Sonntagsruhe gesprochen worden. Ich bin kein Gegner der Sonntagsruhe; aber ich sage: auf dem Lande draußen wirkt die Sonntagsruhe geradezu hemmend für den Gewerbetreibenden, für den kleinen Kaufmann und den Handwerker. Alle Geschäfte wickeln sich auf dem Lande an den Sonn- und Feiertagen ab, und wenn man die

strenge Sonntagsruhe draußen einführt, dann gehen die Hausierer hinaus und machen auf dem Lande das beste Geschäft. Ich meine, man könnte doch etliche Stunden, zum Beispiel zwei bis drei Stunden, an den Feiertagen freigeben, damit die Leute, die in die Stadt hineinkommen, ihre Sachen bei den Kaufleuten und Gewerbetreibenden einkaufen können. Bei uns will man daran gehen, die Sonntagsruhe wenigstens auf drei Stunden festzulegen. Das ist im Interesse unseres Mittelstandes, im Interesse unseres Handwerks sehr notwendig.

Auf den Achtstundentag will ich nicht näher eingehen. Ich bin kein Gegner des Achtstundentags; in gewissen Betrieben aber halte ich es für einen Fehler, wenn man bei uns den Achtstundentag gleich obligatorisch einführte, ohne sich mit den anderen Kulturländern vorher ins Benehmen zu setzen. Wie wollen wir denn mit dem Auslande konkurrieren, wenn wir uns nicht vorher mit den anderen Ländern über eine gleichmäßige Behandlung dieser Frage verständigen?

Ich vergönne den Arbeitern in den Fabriken den Achtstundentag, namentlich in den chemischen Fabriken, wo ungesunde Luft ist, und auch in den Bergwerken; aber ganz allgemein läßt sich der Achtstundentag nicht einführen, namentlich in der Landwirtschaft nicht. Wenn wir die Weltgeschichte lesen, so liefert uns diese den Beweis, daß in allen Ländern, in denen der Mittelstand kaputt gegangen ist, auch die Nation zugrunde gegangen ist. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ein Mittelstand muß vorhanden sein. Ich glaube, es wird nicht möglich sein, daß die Millionen, die jetzt noch dem Mittelstand angehören, gleich in die große Armee der Arbeiter eintreten können. Deshalb hat die Regierung die verdammte Pflicht, auch für den Mittelstand fernerhin zu sorgen.

Ich glaube und ich darf hoffen, daß auch die neue deutsche Regierung den Mittelstand unterstützt, damit er auch in Zukunft leben kann. (Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Biener.

Biener, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Minister des Reichswirtschaftsamts hat die Interpellation der Deutschnationalen Fraktion insofern richtig aufgefaßt, als es uns nicht etwa darauf ankommt, daß die Reichsregierung durch ihre Erklärung in den Kreisen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllen lassen; es war vielmehr unsere Absicht, über die Wege und die Ziele der Reichsregierung Kenntnis zu erhalten, soweit die Belange des Mittelstandes in Frage kommen. Darüber, daß wir diese Frage gestellt haben, wird man sich nicht wundern dürfen angesichts der Vorgänge der letzten Tage, Wochen, Monate und angesichts

der Vergangenheit der Partei, der der Herr Reichswirtschaftsminister von jeher angehört hat. (Sehr richtig! rechts.)

In den Kreisen der Handwerker und der Kaufleute sind allerdings erhebliche Befürchtungen ausgelöst worden, die sich in einer gefährlichen Weise geltend machten. (Zustimmung rechts.) Wir sind aber auch durch die Erklärung des Herrn Ministers keineswegs befriedigt. Wir sind der Meinung, daß die Unruhe in den Kreisen des Handwerks und der Kaufleute durch diese Erklärung keineswegs aus der Welt geschafft wird; vielmehr werden die Befürchtungen noch weiter gestärkt.

Wenn der Herr Reichsminister auf die Vorgänge bei den **Zusammenlegungen von Handwerksbetrieben** hingewiesen hat, wenn er gesagt hat, daß dabei auch **Entschädigungen gezahlt** worden seien, so möchte ich ihm doch erwidern, daß Entschädigungen nur gezahlt worden sind, wenn es sich um Großbetriebe, um Fabrikbetriebe handelte, zum Beispiel bei der Textilindustrie oder bei den Betrieben der Glasindustrie. Für die Bäckereibetriebe sind derartige Maßnahmen nicht vorgesehen. Hier ist es nicht so wie bei der Glasindustrie, wo die Fertigprodukte um 100 oder 200 Prozent im Preise erhöht wurden, um aus diesen Mitteln dann die Entschädigungssummen für die stillgelegten Betriebe flüssig zu machen. Wir haben angesichts der Erklärung, die wir gehört haben, keine Hoffnung, daß in dieser unterschiedlichen Behandlung des Handwerks in Zukunft eine Änderung zugunsten des Handwerks und des Gewerbestandes eintritt.

Wir wollen keineswegs einen gesetzlichen Schutz insoweit, daß nun der Inhaber eines Handwerksbetriebes in Ruhe der Zukunft entgegensehen könnte, wir wollen keine Bevorzugung, aber wir wollen auch keine Benachteiligung.

Wenn der Herr Reichsminister — wie das ja auch im Volkswirtschaftsausschuß von ihm geschehen ist — darauf hingewiesen hat, daß das Reich fast der einzige Auftraggeber während des Krieges geworden sei, so muß ich doch darauf hinweisen: um so schwerer ist der Vorwurf, den wir erheben müssen, daß das **Handwerk** durchaus unzulänglich an der **Herstellung des Kriegsbedarfs** beschäftigt worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Das Handwerk hat in der Vergangenheit immer gerade zu Zeiten wirtschaftlicher Depression in der Richtung gewirkt, daß die Kurven, das Auf und Ab im Wirtschaftsleben, abgeschwächt wurden. Dadurch aber, daß das Handwerk durch die Kriegswirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist, hat das Handwerk dieser Aufgabe nicht in der sonstigen Weise entsprechen können.

Der Herr Abgeordnete Wurm hat nun ein trübes Bild vom Handwerk entwickelt. Wir werden uns mit ihm auf dem Weg ja nie begegnen. Er hat von dem **Untergang des Handwerks** als von einer unaufhaltsamen Naturnotwendigkeit gesprochen. Wir sind der Meinung:

gebt dem Handwerk nur seine gesunden Lebensgrundlagen wieder; es wird dafür sorgen, daß es auch in Zukunft ein wertvolles Glied in unserem Volkskörper bleibt, und es wird seiner hohen Aufgabe, als Jungbrunnen für unser gesamtes Volkstum zu wirken, auch weiterhin entsprechen. (Zustimmung rechts.)

Wenn Herr Abgeordneter Wurm darauf hinwies, daß das **Handwerk** in seinen Erzeugnissen ja niemals mit denen des **Großbetriebs konkurrieren** könne, so möchte ich ihm die Erfahrungen entgegenhalten, die wir gerade im Bäckerhandwerk im Sommer 1917 gemacht haben. Damals hatten wir in vielen Großstädten, dort, wo die Großbetriebe im Bäckergewerbe sich betätigten, die Erfahrung, daß viele Tausende von Broten der Großbetriebe verschimmelten und der menschlichen Ernährung entzogen wurden, während das den handwerksmäßigen Betrieben nicht passiert ist. Ich habe hier ganz besonders festzustellen, daß wir in unseren Erzeugnissen dem Großbetrieb durchaus gewachsen sind.

Der Herr Abgeordnete Wurm hat aber auch insoweit eine Wandlung seiner Anschauungen durchgemacht, als er ja noch in seiner Eigenschaft als Vorstand des Kriegsernährungsamts den Beauftragten des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen „Germania" die Erklärung abgegeben hat, daß man auf absehbare Zeit an eine **Sozialisierung der Handwerksbetriebe** nicht denke. Heute — losgelöst von dieser verantwortlichen Stelle — ist er einer anderen Auffassung geworden und will auch das Handwerk der Kommunalisierung und Sozialisierung ohne weiteres zuführen. (Hört! hört!)

Ich will nun nicht darüber streiten, welchen **Ursachen** wir den **wirtschaftlichen Zusammenbruch**, der gerade den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand schwer betrifft, zu verdanken haben. Es ist gesagt worden, es sei der Krieg gewesen.. Andererseits ist gesagt worden, das sei die Revolution gewesen. Ich meine, sicher und gewiß liegt die Sache doch so: das, was uns der Krieg noch nicht genommen hatte, was er uns an gesunden Grundlagen und an Gütern in unserer Volkswirtschaft noch gelassen hatte, das hat uns sicher die Revolution dann auch noch genommen. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn in dieser Verbindung der Herr Abgeordnete Hermann, nach rechts gerichtet, die Äußerung getan hat, die Handwerksmeister sollten sich nur bei denjenigen bedanken, die nicht zur rechten Zeit Frieden geschlossen haben, so möchte ich sagen: wenn es möglich gewesen wäre, früher zu einem gedeihlichen Frieden zu kommen, und es sei diese Möglichkeit nicht benutzt worden, so wäre das sicher ein Verbrechen am deutschen Volke; aber wenn es so wäre, dann würde man diesen Vorwurf niemals nach rechts wenden können, denn die rechte Seite des Hauses ist in der Richtung während des ganzen Krieges niemals an verantwortlicher Stelle vertreten gewesen. (Zurufe links.) Ich möchte also

bitten, daß dann diese Vorwürfe nach einer anderen Richtung gemacht werden.

Wenn nun Tausende von Handwerksmeistern, Kaufleuten und Kleingewerbetreibenden aus dem Kriege zurückgekommen sind und vor ihren ruinierten Betrieben stehen, so wird naturgemäß die Frage von ihnen aufgeworfen, ob es denn für sie keine Hilfe gebe, ob denn hier nicht Reich, Staat und Gemeinde durch gemeinsame Arbeit an dem **Wiederaufbau der schwergeschädigten Erwerbskreise** arbeiten und wirken möchten. Ich bin der Meinung, diese Fragen sind durchaus berechtigt angesichts der Tatsache, daß ja einmal der Krieg und die Kriegswirtschaft gerade für die Betriebe am schädlichsten gewirkt hat, wo die Arbeitskraft des Meisters die einzige und die wesentlichste des Betriebs gewesen ist. Hier sind die Früchte vieler Jahre verloren worden, und dank der Arbeit der Handwerkerfrauen ist wohl das schlimmste in vielen Fällen verhütet worden. Aber die schwache Kraft der Frau hat doch in vielen Fällen angesichts der Bedrückungen der Kriegswirtschaft nicht durchhalten können, und die Frauen haben schließlich neben dem Manne oder der Gesundheit des Mannes noch ihre eigene Gesundheit verloren. Angesichts dieser Erscheinungen ist es unbedingt erforderlich, daß das Reich seinerseits auch Mittel und Wege sucht, um diesen schwergeschädigten Zweigen unseres Wirtschaftslebens in der Zukunft eine gesunde Grundlage wiederzugeben.

Nach unserer Auffassung ist es notwendig, daß die Schäden, die die Kriegswirtschaft vor allem hervorgerufen hat, nämlich die wesentliche Verschiebung in der Vermögensverteilung, durch einen gerechten Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit wieder gutgemacht wird.

Die Verpflichtung für den Wiederaufbau der Betriebe hat nach unserer Meinung das Reich. Wir sehen darin eine Staatsnotwendigkeit, die mit allen Mitteln durchgesetzt werden muß, und zwar sind wir der Meinung, daß hier eine Anregung, die einer meiner Herren Vorredner gegeben hat, die auch schon in früheren Verhandlungen eine Rolle gespielt hat, dazu führen kann — und sie würde von uns unterstützt werden —, nämlich die Bildung eines **besonderen Referats für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsamt.** Diese Forderung erheben wir und unterstreichen sie ganz besonders. Die Aufgaben dieser Abteilung sind unverzüglich zu erledigen. Wir meinen, daß es ein ganz besonderes Interesse des Reichs ist, die durch den Krieg ausgeschalteten Glieder wieder in das Wirtschaftsleben einzugliedern. Denn dadurch wird in der besten Weise der Arbeitslosigkeit vorgebeugt, die Arbeitslosigkeit vermindert. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß gerade die kleinen und mittleren Betriebe im Verhältnis zur Arbeitsmenge die meisten Arbeitskräfte benötigen. Die Entwicklung der Dinge ist ganz anders gegangen, als gewisse Leute, wie z. B. Walter Rathenau und andere, sie prophezeiten. Nicht ein Mangel an Arbeitskräften ist nach

dem Kriege eingetreten, der eine restlose Zusammenfassung der Produktion erfordert, sondern ein gewaltiger Überfluß an Arbeitskräften liegt vor, der die Verpflichtung auferlegt, jedwede Existenz zu schützen und den Mittelstand zu erhalten.

500 000 Betriebe von Handwerksmeistern sind durch den Krieg verödet, und lange nicht alle sind wieder lebendig geworden. Auch die heimgebliebenen Handwerksmeister haben besonders schwere Nachteile durch den Krieg und die Kriegswirtschaft zu tragen gehabt. Auch hier wieder haben wir eine besondere **Bevorzugung der Großbetriebe** nach verschiedenen Richtungen beobachten müssen insoweit, als den Großbetrieben nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die Arbeitskräfte, die Arbeitsaufträge in besonders bevorzugter Weise zuteil geworden sind, und die Arbeitsprodukte sind den Großbetrieben auch vielfach besser bezahlt worden als die des Handwerks. Die Handwerksbetriebe haben bewiesen, daß sie gerade durch Zusammenfassung in Genossenschaften und Lieferungsverbänden anerkennenswerte Leistungen vollbringen können, und für eine ganze Reihe von Millionen Mark haben auch die Handwerksbetriebe für den Heeresbedarf solche vollbracht.

Mit neuem Mut und eisernem Willen sind nun die Handwerksmeister und die Glieder des kaufmännischen Mittelstandes, die Gewerbetreibenden an die Wiederaufrichtung ihrer eigenen Wirtschaft, ihrer eigenen Betriebe herangegangen. Da wird ihnen eine recht eigenartige Kunde. Der große Prophet Walter Nathenau verkündet, die Wirtschaft soll nicht mehr Sache des einzelnen sein, und seine Nachbeter verstehen es so, daß ungesäumt sozialisiert und kommunalisiert werden soll. Da wird nun in eine Reihe von Handwerken erneut Unruhe getragen. Es wird davon gesprochen, geschrieben, Beschluß gefaßt, daß man die Bäckereien und Fleischereien durch die Gemeinwirtschaft aus der Hand der Inhaber nehmen will, und man will dadurch — das muß man doch annehmen — größere Gewinne erzielen. Es ist schon mehrfach ausgesprochen worden, daß eine **Kommunalisierung** derartiger **Handwerksbetriebe** keineswegs höhere Leistungen zeitigen würde, sondern es würde ein schwerer Nachteil nicht nur für das Handwerk selbst, sondern für die Allgemeinheit daraus hervorgehen, wenn man die Hand an die eigenen Betriebe der Handwerker legen wollte. Die Bestrebungen, die nach der Richtung hin aufgetreten sind, haben eine Gegenaktion auch des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen „Germania" ausgelöst, der sich mit einer Denkschrift an das Reichswirtschaftsamt gewendet hat, um darzulegen, welch schwerer Fehler es für unsere gesamte Volkswirtschaft sein würde, wenn man an die Kommunalisierung der Handwerksbetriebe herangehen würde. Man bedenkt dabei nicht, daß man gerade die beste Grundlage der deutschen Volkswirtschaft preisgeben würde. Ich möchte darauf hinweisen, daß unsere deutsche Volkswirtschaft besonders durch die Vielheit der Betriebe, deren Eigenart, die Eigenschaften

der Inhaber, durch den Wettbewerb und die Wechselwirkung zueinander und gegeneinander auf die Höhe gebracht worden ist, die wir vor dem Kriege zu verzeichnen hatten. Wir meinen, daß in der gegenwärtigen Zeit Experimente nach dieser Richtung nicht am Platze sind; denn sonst würden wir noch mehr, als zu befürchten steht, Menschen exportieren müssen, wo wir doch das Bestreben haben müßten, nach wie vor Waren zu exportieren.

Von verschiedenen Regierungsstellen ist es nun lebhaft beklagt, daß das Volk teilweise der Arbeit fernbleibt, daß eine Arbeitsunlust sich eingestellt hat. Ich darf für das gesamte **deutsche Handwerk** die Erklärung abgeben, daß in unseren Reihen **nichts von Arbeitsunlust** oder von Streiklust zu spüren ist, sondern wir haben den ehrlichen Willen zu rechtschaffener Arbeit, und daher fordern wir, daß für **Handwerk und Gewerbe** durch **Zufuhr von Rohstoffen** gesorgt wird, daß die Betriebe wieder lebendig werden; und wir fordern weiter, daß diese Betriebe auch in erhöhtem Maße Arbeitsaufträge von dem Reich oder den öffentlichen Organen erhalten. Es muß allerdings auch betont werden, daß für die dem Handwerk zugewiesenen Aufträge natürlich auch ein angemessener Preis gezahlt wird, und daß vor allen Dingen den Handwerksbetrieben nicht geringere Preise gezahlt werden, als man sie den Großbetrieben zubilligt.

Bei dieser Regelung wünschen wir, daß man sich der vorhandenen Genossenschaftsverbände und der Lieferungsverbände in weitestgehendem Maße bedient, dabei aber auch die Forderung stellt, daß die Kriegsteilnehmer möglichst in erster Linie bei der Arbeit zu bedenken sind. Diese Kriegsteilnehmer wollen keine Erwerbsfürsorge, keine Erwerbslosenunterstützung, sondern sie wollen Arbeit, ehrliche Arbeit, womit sie sich und ihren Familien das ehrliche Brot wieder verdienen.

Nun haben wir aus dem Munde des Herrn Ministers gehört, daß schon im Dezember 1918 eine **Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen beim Demobilmachungsamt** errichtet und daß dafür ein stattlicher Betrag in Höhe von 200 Millionen zur Verfügung gestellt worden sei. Aus dem Merkblatt für diese Kasse geht hervor, daß diese Hilfskasse wirksam werden soll, einmal um den gewerblichen Unternehmern gegenüber für die verlustfreie Abwicklung beziehungsweise Weiterführung von Geschäften Garantie zu leisten, zweitens zur Gewährung von Vorschüssen, drittens zur Gewährung von Vorschüssen in Verbindung mit Garantieleistung und viertens durch Erteilung von Aufträgen. Die Flüssigmachung dieser Mittel der Hilfskasse ist an gewisse Voraussetzungen gebunden, und die Vermittlung dafür sollen die Handelskammern übernehmen. Aus dieser Tatsache scheint mir von vornherein schon hervorzugehen, daß es sich dabei um eine Hilfsaktion für den gewerblichen Mittelstand nicht handeln soll, denn sonst hätte man doch wohl auch die Gewerbekammern zur Mitwirkung herangezogen. Wir meinen sogar,

daß aus dem Wortlaut des Merkblattes hervorgeht, daß es sich hierbei im wesentlichen um eine Hilfsaktion für solche Betriebe handelt, welche während des Krieges schon in großer Menge Heeresaufträge, Reichsaufträge zu erledigen hatten, und daß diesen die Abwicklung der letzten Aufträge in einer verlustfreien Weise ermöglicht werden soll. Wir können das Verhalten nicht billigen, sondern müssen die Forderung erheben, daß in gleicher Weise auch eine Fürsorgeaktion für die Handwerksbetriebe durchgeführt wird.

Schon im Jahre 1871 hat man für die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens eine Summe, die damals hoch erschien, von 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Wir sind der Meinung, genau so gut muß man jetzt, und erst recht nach einem fast fünfjährigen Kriege, das Wirtschaftsleben durch direktes Eingreifen des Reichs wieder in Bewegung setzen. Aus dem Grunde halten wir die Schaffung eines besonderen Referats beim Reichswirtschaftsamt für Handwerk und Gewerbe für unbedingt notwendig, damit Handwerk und gewerblicher Mittelstand nicht wieder vergessen wird.

Es ist ja bekannt, daß auch — von früheren Reichsregierungen ist das mehrfach im Reichstag ausgesprochen worden — der Mittelstand vor dem Kriege schon an dem wirtschaftlichen Aufschwunge des deutschen Wirtschaftslebens nicht in vollem Maße teilgenommen hat. Die sprunghafte Entwicklung der Industrie und deren Konzentration und die daraus entspringenden Begleiterscheinungen haben dazu geführt, daß das Handwerk darunter leiden mußte. Das ist sehr bedauerlich gewesen, und es muß verhindert werden, daß das Handwerk in der Zukunft ebenso benachteiligt bleibt.

Die Erhaltung des Handwerks auf der besonderen Höhe, auf der es gestanden hat, halten wir auch aus dem Grunde für eine unbedingte Notwendigkeit, weil ja durch das Handwerk der gewerbliche Nachwuchs ausgebildet wird. Die Qualitätsarbeiter der Industrie haben zumeist eine Handwerkslehre durchgemacht. Die Zucht und die Schule des Handwerks üben einen wohltätigen Einfluß auf die ganze gewerbliche Entwicklung aus. Wir sagen: es ist deshalb auch für die Zukunft noch mehr Gewicht auf die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses zu legen, damit wir künftig den Weltmarkt durch die Güte der deutschen Erzeugnisse nach und nach uns wieder erobern.

Dazu gehört, daß dem Handwerk ein gutes Lehrlingsmaterial zugeführt wird, und daß die gewerblichen Bildungsanstalten auf die volle Höhe gebracht werden. Die Gewerbeförderung, die ja im wesentlichen Sache der Bundesstaaten ist, muß auch vom Reich in die Hand genommen werden, und zwar in engster Verbindung mit tüchtigen Fachleuten aus Handel und Gewerbe.

Die Fach- und Fortbildungsschulen müssen gehoben werden, es muß dafür gesorgt werden, daß man dem jetzt vielfach gehörten Aus-

spruch: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ nicht eine falsche Auslegung gibt. Es handelt sich doch bei diesem Ausspruch keineswegs darum, daß nur dem Sohn der minderbemittelten Familie ein geistiger Aufstieg — wenn ich einmal so sagen darf — ermöglicht wird, daß er die höchste Stufe im Staate erreichen kann; sondern wir fassen diesen Ausspruch so auf, daß auch ein **wirtschaftlicher Aufstieg** ermöglicht werden soll. Dieser wirtschaftliche Aufstieg ist nur dadurch möglich, daß wir von den Sozialisierungs-, den Nivellierungsbestrebungen, der öden Gleichmacherei absehen. Denn wenn es keine aufsteigende Entwicklung mehr gibt, dann gibt es auch für den Tüchtigen keinen Aufstieg mehr. Wir sind der Meinung, daß gerade die Betonung recht am Platze ist, daß das Handwerk fortgesetzt seit Jahrzehnten und seit Jahrhunderten der Jungbrunnen für unser gesamtes Volkstum gewesen ist. (Sehr richtig! rechts.) Aus ihm sind ständig geistige und wirtschaftliche Größen emporgestiegen; wir müssen diese sogenannte aufsteigende Volkskraft auch dem deutschen Volke für die Zukunft erhalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen ja, in welch erschreckender Weise in der letzten Vergangenheit der Zulauf zu den sogenannten ungelernten Berufen sich gezeigt hat. Das ist eine schwere Schädigung unseres deutschen Wirtschaftslebens. Wir müssen das Handwerk auch im Ansehen unseres Volkes wieder zu besonderen Ehren bringen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Durch den Krieg und die Kriegswirtschaft haben aber auch Groß- und Kleinhandel besonderen Schaden erlitten. Durch die Einrichtung von Gemeindehandel und durch die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften hat der **solide Handel** schwer gelitten. Er ist vielfach vollständig ausgeschaltet worden. An seine Stelle aber ist dafür der Schleichhandel getreten, der ja, wie uns allen bekannt ist, in den Händen unmoralischer Leute liegt. Die Erfahrungen der Kriegszeit haben gelehrt, daß der freie Handel nicht ersetzt werden kann. Ungeheure Mengen wertvoller Nahrungsmittel sind verdorben und dadurch dem Verbrauch entzogen worden. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe solcher Tatsachen vorführen, ich muß mich aber aufs äußerste beschränken. Die sachverständige Mitarbeit des Handels darf auch in Zukunft nicht ausgeschaltet bleiben. Der Gemeindehandel muß aufhören, und die Verteilung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel muß auch in Zukunft wie früher durch die Benutzung des legitimen Handels durchgeführt werden, und zwar unter Heranziehung der leistungsfähigen Verbände von Groß- und Kleinhandel. Es darf hierbei, wie schon verschiedene meiner Herren Vorredner erwähnt haben, keine **Bevorzugung der Konsumvereine** gegenüber dem freien Handel geben. In dem Rundschreiben des Reichs-

ernährungsamtes vom 4. Januar sind Richtlinien gegeben worden für die Behandlung von Konsumvereinen. Konsumvereine sind ihrer ganzen Natur nach Kleinhändler und werden auch durch das Überschreiten der Grenze von 200 000 Mark Umsatz nicht zu Großhändlern. Wir wollen nun den Konsumvereinen und vor allen Dingen den Zusammenfassungen der Konsumvereine keineswegs etwa die Eigenschaft als Großhändler absprechen, wir fordern nur das gleiche Recht und die gleiche Beachtung auch für den Kleinhandel und für die Genossenschaften des Handwerks, die sich seit Jahren um diese Anerkennung bemühen. Die Eingaben des Reichsbundes des deutschen Lebensmittelhandels und des Verbandes der Handelsschutz- und Rabattsparvereine an das Reichsernährungsamt stellen sich auf denselben Standpunkt, den ich eben zum Ausdruck gebracht habe. Der Kleinhandel hat während des Krieges erheblich gelitten und bedarf daher der vollen Beachtung der Reichsregierung und des Reichstags. Der gesamte ehrbare Kleinhandel wendet sich mit allen Kräften gegen die angestrebte Kommunalisierung. Das Wohl des ganzen Volkes erfordert den Abbau der Zwangswirtschaft und die Wiedereinsetzung des freien Handels.

Auf dem Gebiete der Fürsorge für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand liegt ferner die Schaffung von Rechtsfürsorgestellen unter Mitwirkung der Berufsvereinigungen und der Handels- und Gewerbekammern, ferner die Einrichtung von Einigungsämtern, die Verlängerung der Verordnung des Bundesrats über die Bewilligung von Zahlungsfristen[2]) und weiter die gesetzliche Einführung eines Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses.[3]) (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, die übrigen Redner haben sich an die Zeit gehalten. Sie haben versprochen, in zehn Minuten fertig zu sein. (Abgeordneter Biener: Nein, in zwanzig Minuten!) Ich bin gegenüber den anderen Parteien verpflichtet, gleiches Recht walten zu lassen, und muß bitten, jetzt zum Schluß zu kommen. Ich glaube auch, diese Ausführungen schon anderwärts gehört zu haben.

---

[2]) Vgl. hierzu die Bundesratsverordnungen vom 7. August 1914 (R.G.Bl. S. 359) über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen; vom 18. August 1914 (R. G. Bl. S. 377) über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung, beide neugefaßt durch Bekanntmachung v. 20. Mai 1915 (R.G.Bl. S. 290 ff.) und ergänzt durch Bundesratsverordnung vom 8. Juni 1916 (R.G.Bl. S. 451). Ferner die Bundesratsverordnung vom 8. Juni 1916 R.G.Bl. S. 454) über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden und vom 8. Juni 1916 (R.G.Bl. S. 452) über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer. Endlich die Verordnung der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918 (R.G.Bl. S. 1427) zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen.

[3]) Der „außergerichtliche Zwangsakkord" wird seit Jahren angestrebt. Eine Art von Ersatz bildete während des Weltkrieges die Bundesratsverordnung vom 14. Dezember 1916 (R.G.Bl. S. 1363) über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses.

Biener, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur einen Gedanken bitte ich noch aussprechen zu dürfen. Er geht dahin, daß für den Stand, der bisher noch nicht der sozialen Fürsorgeversicherung des Reichs teilhaftig geworden ist, für das Handwerk und das Kleingewerbe, diese Fürsorge auch eingerichtet werden möchte, und zwar in einer Form, die der besonderen Eigenart von Handwerk und Gewerbe entspricht. Gerade die Unsicherheit der Existenz, in die eine ganze Reihe von Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden durch den Krieg gekommen sind, deren Ersparnisse aufgebraucht sind, die gesundheitlich durch die Teilnahme am Krieg oder durch die Anspannung in der Kriegswirtschaft geschwächt sind und die nunmehr die wirtschaftlich Schwachen sind, macht eine Fürsorge des Reichs notwendig.

Vom Haus aus baut sich der Staat, und die Arbeit am Werte des Kleinen ist heute besonders vonnöten. Wir sind der Meinung, daß dieser wertvolle mittlere Teil des Volkskörpers gerade in der gegenwärtigen Zeit die Aufmerksamkeit und die besondere Fürsorge des Reichs verdient. Wir werden nicht unterlassen, fortdauernd darauf hinzuweisen, daß es eine selbstverständliche Pflicht des Reichs ist, auch dem Handwerk zu geben, was des Handwerks ist. (Bravo! rechts.)

Präsident: Damit ist die Debatte geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Biener hat behauptet, ich hätte dem Obermeister der Bäckerinnung „Germania" gesagt, an eine Sozialisierung der Bäckereibetriebe sei in absehbarer Zeit nicht zu denken. Wenn ich das behauptet haben sollte — ich erinnere mich dessen nicht —, so könnte das nur die Bedeutung gehabt haben, daß es in der gegenwärtigen Zeit beim Mangel an Maschinen nicht möglich ist, sämtliche Kleinbetriebe der Bäckereien sofort zu sozialisieren. Aber daß ich jemals gesagt haben soll — dem Sinne nach —, daß ich davon Abstand nehmen würde, darauf hinzuwirken, daß die Kleinbetriebe und Kleinbäckereien verschwinden und statt dessen die Großproduktion eintritt, das ist absolut unrichtig und stimmt mit meinen wirtschaftlichen Anschauungen nicht überein.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des Ausschusses für die Wahlprüfungen über die Wahlen im 5., 19. und 34. Wahlkreise (Nr. 174 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Hitze beziehungsweise Abgeordneter Michelsen.

Mit Wahlprüfungen befaßt sich auch der dritte Gegenstand der Tagesordnung. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, mit der Beratung des zweiten Gegenstandes gleich die des dritten zu verbinden, also die des

mündlichen Berichts des Ausschusses für die Wahlprüfungen über die Wahlen im 4., 6., 11., 12., 14., 15., 21., 24., 25., 27., 29., 30., 33. und 35. Wahlkreise (Nr. 175 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Schmidt (Sachsen).

— Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat als Berichterstatter zunächst der Herr Abgeordnete Schmidt (Sachsen.) (Redner beginnt vom Platze aus zu sprechen.) — Darf ich den Herrn Berichterstatter bitten, hier heraufzukommen.

Schmidt (Sachsen), Abgeordneter, Berichterstatter: Zu den unter Punkt 3 der Tagesordnung verzeichneten Wahlen liegen Proteste nicht vor. Ich bitte, dem Antrage des Wahlprüfungsausschusses auf Gültigkeit der Wahlen zuzustimmen.

Präsident: Widerspruch gegen diesen Antrag des Ausschusses erhebt sich nicht. Ich erkläre den Antrag bezüglich der Wahlprüfungen, die unter dem dritten Gegenstand der Tagesordnung aufgeführt sind, für angenommen.

Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, soweit es sich um die Wahlen im 5. und 34. Wahlkreis handelt, erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter Dr. Hitze.

Dr. Hitze, Abgeordneter, Berichterstatter: Im 5. Wahlkreise liegen 5 Wahlproteste vor. Sie sind aber sehr unbedeutenden Inhalts und geben keinen Anlaß zu weiteren Erhebungen. Die gerügten Vorkommnisse haben insbesondere auf das Wahlresutat keinen maßgebenden Einfluß ausgeübt. So beantragt der Ausschuß einstimmig die Gültigkeit der Wahl.

Präsident: Ein Widerspruch gegen diesen Antrag des Ausschusses erhebt sich nicht; derselbe ist angenommen. Ich gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter über die Wahl im 19. Wahlkreise, dem Herrn Abgeordneten Michelsen. — Derselbe ist nicht anwesend. Ist vielleicht der Herr Vorsitzende des Ausschusses imstande, darüber Bericht zu erstatten? — Es ist doch zu ungeschickt, die Sache zu vertagen. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Schmidt (Sachsen).

Schmidt (Sachsen), Abgeordneter, Berichterstatter: Zu dieser Wahl liegen 10 Proteste vor, bei denen es sich in der Mehrzahl um Differenzen mit ein oder zwei Stimmen handelt, die ab oder zukommen könnten. Alle Proteste zusammen sind nicht von so ausschlaggebender Bedeutung, daß die Wahl selbst dadurch erschüttert wird. Die Wahlprüfungskommission beantragt deswegen, auch diese Wahl für gültig zu erklären. Sie war einstimmig dieser Meinung.

Präsident: Ein Widerspruch gegen diesen Antrag des Ausschusses erhebt sich nicht; ich erkläre den Antrag bezüglich der Wahl im 19. Wahlkreise für angenommen.

Damit ist der zweite und dritte Gegenstand der Tagesordnung — (Zuruf: Es fehlt noch die Wahl im 34. Wahlkreise!) — Entschuldigung! Der Herr Berichterstatter hat nur über die Wahl im 5. Wahlkreise berichtet, obwohl ich ihm das Wort bezüglich der Wahlen im 5. und 34. Wahlkreise gegeben hatte. Ich bitte, dann auch noch über die Wahl im 34. Wahlkreise Bericht zu erstatten.

Dr. Hitze, Abgeordneter, Berichterstatter: Im 34. Wahlkreise liegt ein Protest vor, der sich aber auf die Anzweiflung nur eines Stimmzettels beschränkt. Außerdem sind verschiedene Anstände bezüglich der einzelnen Wahlbezirke von dem Vorsitzenden des Wahlausschusses festgestellt worden. Da diese indessen auch von minderer Bedeutung sind, ist der Wahlprüfungsausschuß in diesem Falle gleichfalls zu dem einstimmigen Votum auf Gültigkeit der Wahl gekommen.

Präsident: Widerspruch gegen diesen Antrag bezüglich der Wahl im 34. Wahlkreise erhebt sich nicht; ich erkläre den Antrag des Ausschusses für angenommen.

Damit ist der zweite und dritte Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir gehen über zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Besteuerung der Reichsbank für das Jahr 1918 (Nr. 168 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet die Herren: Präsident des Reichsbankdirektoriums, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Havenstein und der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Wirklicher Geheimer Rat Dr. v. Glasenapp.

Ich eröffne die erste Beratung. — Das Wort wird nicht ergriffen; sie ist geschlossen.

Eine Überweisung des Gesetzentwurfs an einen Ausschuß ist nicht beantragt; wir treten daher sofort in die

zweite Beratung

ein. Ich eröffne die Diskussion über § 1, — 2, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. — Die zweite Beratung ist geschlossen.

Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, daß wir gleich in die

dritte Beratung

des Gesetzentwurfs eintreten. — Es ist das der Fall.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort; ich schließe sie. Wir treten in die Spezialdiskussion ein: § 1, — 2, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. —

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die den Gesetzentwurf über die Besteuerung der Reichsbank für das Jahr 1918 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs fest.

Wir kommen zum fünften Gegenstande der Tagesordnung, zur

> **ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Eintritt des Freistaats Württemberg in die Biersteuergemeinschaft** (Nr. 172 der Drucksachen).

Als Kommissar ist angemeldet: Herr Geheimer Regierungsrat Zapf vom Reichsfinanzministerium. Ich eröffne die erste Beratung. — Das Wort wird nicht gewünscht; ich schließe die erste Beratung. Ein Antrag auf Überweisung an einen Ausschuß ist nicht gestellt; wir treten deshalb sofort in die

zweite Beratung

ein.

Ich rufe auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — Einleitung und Überschrift. — Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Ich nehme an, daß das Haus auch hier damit einverstanden ist, wenn wir gleich die

dritte Beratung

vornehmen. — Es ist das der Fall.

Ich eröffne die Generaldiskussion, — schließe sie. Ich eröffne die Spezialdiskussion über § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — Einleitung und Überschrift. —

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die dem Gesetzentwurf über den Eintritt des Freistaats Württem-

berg in die Biersteuergemeinschaft zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs fest. Hiermit ist die Tagesordnung erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag, den 27. März, nachmittags 3 Uhr, und auf die Tagesordnung zu setzen: 1. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918; 2. erste Beratung der Entwürfe zu Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 53 Minuten.)

30. Sitzung.

Donnerstag den 27. März 1919.

Reichshaushalt. — Verhalten der Regierungstruppen in Berlin. — Die Berliner Sonntagsdemonstration.

Geschäftliches. Ausschüsse.

Erste Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend a) einen vierten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1918, b) vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für 1919:

Schiffer, Reichsminister der Finanzen: Möglichst wenig neue Behörden und Beamte. — Neue Aufgaben. — Notetat. — Kriegsetats bewußt unrichtig. — Auch jetzt noch nicht durchweg ordentlicher Etat möglich. — Wahrheit und Klarheit.

Schulz (Ostpreußen) (Soz.): Wenn Novemberhoffnungen erfüllt, hätten wir schneller Frieden gehabt. — Haltung der Entente unverständlich. — Kampf gegen den Bolschewismus. — Berliner Straßentorheiten — v. Kardorff. — Sozialdemokratie hat die Revolution nicht gewollt. — Es könnte noch anders kommen. — Einfachste Gestaltung der Amtsführung. — Ordnung gegen inneren Hader.

Noske, Reichswehrminister: Nachrichten über deutsche Truppen im Osten falsch. — Wünschen auch mit Rußland Frieden.

Dr. Mayer (Schwaben) (Z.): Sanierung unserer Finanzen zum Aufbau der Volkswirtschaft nötig. — Verlangen Gerechtigkeit von unsern Gegnern. — Staatsgerichtshof.

D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner (D. Nat.): Steuerpolitik. — Sozialisierungsexperimente gefährlich. — Versammlung im Zirkus Busch. — Protest gegen Scheidemanns Rede.

Dr. Pachnicke (D. D.): Schuld rechts, daß man jahrelang alle Zugeständnisse verweigerte. Dann zu spät. — Sparsamkeit in der Verwaltung. — Gefahr der Ludendorff-Kundgebung. — Nicht die Geschlossenheit stören!

Haase (Berlin) (U. S.): Gegen Noske. — Verhalten der Regierungstruppen in Berlin. — Straßendemonstration. — Verhältnis zu Rußland. — Bolschewismus. — Ziel die Weltrevolution.

Noske, Reichswehrminister: Hetzarbeit der U. S. — Die Truppen sorgen nur für Ordnung. — Verdrehung der Tatsachen. — U. S. schuld am Blutvergießen.

Dr. Becker (Hessen) (D. Vp.): Zum Etat. — Protest gegen die Entente. — Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen. — Gegen Scheidemanns Rede.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums, weist die Vorwürfe zurück.

Erzberger, Reichsminister: Klarstellung der Kabinettssitzung vom 13. Dezember 1918.

Persönlich: Haase (U. S.), Dr. Becker (D. Vp.), D. Traub (D. Nat.), Dr. Graf v. Posadowsky (D. Nat.), Erzberger, Haase.
Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 21 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen. Für den 16. Wahlkreis (Hannover usw.) tritt neu in die Nationalversammlung ein der Tischler Karl Aderhold aus Hannover.

Folgender Mitgliederwechsel in den Ausschüssen ist erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Schulz (Ostpreußen), Herold, Nacken die Abgeordneten Severing, Legendre, Blum; in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Michelsen die Abgeordnete Frau Hauke; in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Dernburg der Abgeordnete Nitzschke; in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Behrens der Abgeordnete D. Mumm; in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Heimann, Dr. Ludewig die Abgeordneten Dr. Sinzheimer, Koch (Cassel).

Wir treten in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918 (Nr. 144 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren, als zweiter Gegenstand steht auf der Tagesordnung die

erste Beratung der Entwürfe zu Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919 (Nr. 165 der Drucksachen).

Für die erste Lesung scheint es mir zweckmäßig zu sein, die Beratung über diese beiden Gegenstände zu verbinden. (Zustimmung.) — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Als Kommissare der Reichsregierung zu den beiden Gesetzentwürfen sind angemeldet:

vom Reichsministerium des Innern der Unterstaatssekretär Euler; vom Reichsfinanzministerium der Ministerialdirektor Dr. Maeder, der Geheime Oberregierungsrat Schulze, die Geheimen Regierungsräte Walther und Sämisch; vom Reichsministerium des Auswärtigen der Geheime Legationsrat Schüler; vom Reichswirtschaftsministerium der Geheime Regierungsrat Dr. Trendelenburg; vom Reichsarbeitsministerium der Geheime Oberregierungsrat Klehmet; vom Reichspostministerium der Ministerialdirektor Aschenborn, die Geheimen Oberposträte Litzrodt, Hübener, Walther.

Ich eröffne die erste Beratung über die beiden Gesetzentwürfe und erteile das Wort dem Herrn Reichsfinanzminister Schiffer.

Schiffer, Reichsfinanzminister: Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt unmittelbar vor Toresschluß Ihnen noch einen vierten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 vorlege, so geschieht das, weil einige Ausgaben vorhanden sind, die noch in das laufende Rechnungsjahr hineingehören, aber der etatsrechtlichen Fundierung ermangeln. Es gilt also, diese Fundierung nachzuholen, und deshalb sind die Posten, die Sie in dem Entwurf lesen, jetzt Ihrer Genehmigung unterbreitet. Dabei handelt es sich um den Reichspräsidenten, das Reichsarbeitsamt und das Reichsschatzamt.

Für den **Reichspräsidenten** sind Bezüge ausgeworfen worden auf der Grundlage einer Pauschalierung seines Einkommens. Diese Grundlage entspricht nicht dem ursprünglichen Gedanken, mit dem wir an diesen Gegenstand herantraten. Es war mein Wunsch, zu versuchen, die Ausgaben für den Reichspräsidenten so zu spezialisieren, daß womöglich das, was seinen mehr privaten Gebrauch, sein Privateinkommen betrifft, und das, was seiner Amtsstellung entspricht, geschieden würde. Eine nähere Prüfung der Verhältnisse zeigte, daß dieser Weg jetzt ungangbar ist. Wir befinden uns auch in dieser Beziehung in einem Provisorium und können noch nicht übersehen, wie sowohl in rechtlicher wie in tatsächlicher Beziehung sich die Verhältnisse ausgestalten werden. Die Stellung des Reichspräsidenten, die zunächst auf der vorläufigen Verfassung beruht, wird ihre vollständige Wertung und Ausgestaltung erst durch die endgültige Verfassung erhalten. Wir werden dann erst seine staatsrechtlichen Funktionen übersehen können. Von diesen staatsrechtlichen Funktionen werden wiederum diejenigen Gestaltungen abhängen, die sich auf seine personelle Umgebung und die ihm obliegenden Arbeiten und Funktionen erstrecken. Aber auch in tatsächlicher Beziehung wird sich erst erweisen müssen, wie sich die Stellung des Reichspräsidenten herausarbeitet. Deshalb war es unmöglich, jetzt bereits feste Zustände zu schaffen. Wir mußten zu dem Pauschquantum greifen und haben dieses Pauschquantum unserer Rechnung zugrunde gelegt. Bei der Höhe des Pauschquantums gingen wir davon aus, daß dem Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches für alle Fälle eine angemessene Lebensführung gesichert sein müsse.

Das **Reichswirtschaftsamt** besteht bereits seit längerer Zeit, es ist ausdrücklich und stillschweigend genehmigt worden. Für die Einstellung der Mittel, die hier angefordert werden, bedarf es daher einer besonderen Begründung nicht.

Anders liegt die Sache beim **Reichsschatzamt.** Das Reichsschatzamt ist ein Kind der allerneusten Entwicklung, und deshalb muß seine Lebensberechtigung dargetan werden. Meine Damen und Herren, es ist mir

nicht leicht gefallen, mit dieser Forderung an Sie heranzutreten. Es wird stets der Leiter einer Behörde Bedenken tragen, von seinem Aufgabenkreise erhebliche Mengen abzuzweigen. Dazu sind die Fäden, die in sachlicher und persönlicher Beziehung in den Kreis seiner Arbeiten hineinreichen, zu eng, zu fest, als daß er sie leichthin lösen wird. Solche Lösung und Trennung führt ja zu Mißhelligkeiten, die man gern vermeiden möchte. Den Überblick über ein an sich zusammenhängendes großes Gebiet will man gern behalten, und deshalb ist es ganz naturgemäß, wenn man solche Abzweigungen nicht gerade gern sieht. Aber darüber hinaus mußte gerade ich allerdings Bedenken tragen, die Schaffung eines neuen Ministeriums in Vorschlag zu bringen.

Ich habe als einen der Gesichtspunkte, die bei meiner Amtsführung mich leiten, in den Vordergrund gestellt, möglichst **wenig neue Behörden** und möglichst **wenig neue Beamten** zu schaffen, sondern umgekehrt die Zahl unserer Behörden und unserer Beamten nach Möglichkeit einzuschränken (bravo!), und ich kann ja nicht bestreiten, daß dieser mein Vorschlag in einem gewissen Gegensatz zu diesen meinen Grundsätzen und Bestrebungen steht. Allerdings habe ich, als ich am 15. Februar bei meinen Ausführungen diesen Punkt berührte und diese meine grundsätzliche Stellungnahme darlegte, gleich hervorgehoben, daß unter Umständen und ausnahmsweise ein anderes Verfahren möglich sei. Ich muß behaupten, daß ein derartiger Ausnahmefall hier gegeben ist.

Das frühere Reichsschatzamt hat unter dem Druck und Drang der Verhältnisse eine Ausdehnung angenommen, die der Bewältigung und Beherrschung durch eine Kraft spottet, die von einem Manne allein nicht mehr geleistet werden kann. Die ungeheure Zunahme aller Ausgaben hat die Etatsabteilung mit Arbeiten belastet, die das Vielfache ihrer früheren Aufgaben darstellt. Dazu kommen die **neuen Aufgaben**; ich erwähne unsere finanziellen Beziehungen zu anderen Staaten, zu den Neutralen in bezug auf die Kreditgewährung, zu unseren Verbündeten, ferner die in Aussicht stehende Verbindung mit Österreich-Ungarn. Gerade nach dieser Richtung hin ergeben sich neue Aufgaben, wie ganz im allgemeinen durch die Vorbereitung und später durch die Durchführung des Friedens. Kurz und gut, alle diese, erst aus der Zeit herausgeborenen, zum Teil ganz plötzlich entstehenden neuen Aufgaben haben die Arbeitslast des Reichsschatzamts über alle Maßen gesteigert, und den Ausgaben entsprechend kommt naturgemäß die Aufgabe dazu, die entsprechenden Einnahmen zu schaffen.

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichsschatzamts, deren Ergebnis demnächst vorgelegt wird, ist derartig, wie sie einem einzelnen Ministerium bisher überhaupt nicht zugemutet wurde. Das beides zusammen stellt bereits einen Aufgabenkreis dar, der, wenn er in einem Ministerium zusammengefaßt wird, dieses Ministerium bereits als bis an die

Grenze des Möglichen belastet darstellt, und dazu kommt noch alles dasjenige, was abgezweigt werden soll.

Dabei handelt es sich vor allem um die Verwertung und Verwaltung des Reichseigentums. Bisher waren für das Reichsschatzamt Gegenstände des Reichseigentums in verhältnismäßig geringer Anzahl vorhanden. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert. Wir gingen über zur Schaffung reichseigener Betriebe; wir haben Stickstoffwerke, wir sind beteiligt an Werken zur Herstellung von Aluminium und an der Ausnutzung der Wasserkräfte; ferner haben wir die Erwerbung von großen Elektrizitätswerken in die Hand genommen und uns auch an einer Unmasse von Kriegsgesellschaften beteiligt. All das muß weitergeführt und unter Umständen noch tiefer ausgebeutet werden. Wir müssen bei der Liquidation der Kriegsgesellschaften mitwirken und haben dadurch ein ungeheuer großes Gebiet der Betätigung.

Dazu kommt weiter, daß das Milliardengut, das aus dem Heeresgerät in die Verfügung der Zivilbehörden zurückgeflossen ist, die Schaffung eines eigenen großen Amtes, des Reichsverwertungsamtes, notwendig gemacht hat. Dieses Amt bereitet sowohl quantitativ wie qualitativ Schwierigkeiten, die die Einsetzung einer vollen Kraft notwendig macht. Wir müssen weiter damit rechnen, daß darüber hinaus im Verfolg der Steuergesetzgebung neue Organisationen und Institutionen geschaffen werden, kraft deren die Werte, die an Stelle des baren Geldes dem Reichsfiskus zufließen sollen, in eine fürsorgliche Verwaltung genommen werden, um allzu schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens und um allzu tiefe Eingriffe in die Vermögens- und Wirtschaftslage des Steuerschuldners zu vermeiden.

So gehen auch hier neue Aufgaben in reicher Anzahl ein. Alles das sind nicht vorübergehende Dinge, und deshalb blieb nichts anderes übrig, als dieses Amt abzuzweigen und ein neues Amt zu schaffen, das wiederum in seinem Aufgabenkreis voll besetzt ist.

Ich habe da einen Augenblick erwogen, ob man nicht statt der Schaffung eines eigenen Ministeriums vielleicht eine neue Mittelbehörde schaffen könne, die, in einer gewissen Selbständigkeit arbeitend, doch im Zusammenhang mit dem Reichsschatzamt bleiben könne. Aber auch dieser Weg erwies sich als ungangbar. Will man die Verantwortung für das, was hier geschieht — und das wird beim Reichsverwertungsamt in ganz besonders hohem Maße notwendig sein —, tragen und will man sie vor allen Dingen parlamentarisch tragen, dann geht es nicht, daß man das auf eine Mittelbehörde abwälzt, die doch am letzten Ende vor dem Parlament die Verantwortung dem Minister nicht abnehmen kann. Mittelbehörden, die eine Art richterlicher Tätigkeit entfalten, sind zulässig, auch durchaus gut, und von denen haben wir eine Anzahl, die absolut tadellos funktionieren. Eine verwaltende Mittelbehörde, die nicht die Verantwortung vor dem Parlament selbst

tragen kann, würde ihren Zweck verfehlen. Es blieb mir daher nichts anderes übrig — aber durchaus nicht gern —, als die Abzweigung vorzunehmen, und ich muß Sie bitten, nachträglich die etatsmäßige Unterlage zu gewähren und damit Ihre Zustimmung auszusprechen.

Was nun den **Notetat** betrifft, so ist ja ein Notetatsgesetz Ihnen nichts Neues oder, ich will sagen: in der Parlamentsgeschichte des Deutschen Reichs nichts Neues. Im Gegenteil, die letzten Jahre unserer Parlamentsgeschichte bringen Notetatsgesetze als eine ganz gewöhnliche und beinahe selbstverständliche Erscheinung. Aber der Entwurf, der Ihnen jetzt vorliegt, hat doch seine Eigenheiten, nicht bloß äußerlich, weil er nämlich erheblich mehr an Einzelposten enthält, als sonst einem Notetatsgesetz zugefügt werden, sondern auch nach seinem ganzen inneren Wesen, und beides hängt, wie ich gleich bemerken will, sehr stark miteinander zusammen. Wenn nämlich der frühere Reichstag Notetatsgesetze verabschiedete und verabschieden mußte, so tat er das auf der Grundlage eines bereits vorliegenden wirklichen Etatsentwurfs. Wenn derartige Notgesetze notwendig wurden, so geschah es, weil der Reichstag mit der Erledigung dieser Etatsvorlage nicht fertig geworden war. Es lag also dann die Schuld, wenn man von einer Schuld sprechen soll — der Ausdruck ist nicht ganz zutreffend —, am Reichstag und nicht an der Regierung. Hier ist es umgekehrt. Der Reichstag war gar nicht in der Lage, einen Etat zu verabschieden, weil er den Etatsentwurf noch nicht hatte.

Die Ursache für das Bedürfnis eines Notetatsgesetzes ist also von der Regierung selbst geschaffen worden, und die Gründe dafür sind ja in der Ihnen gedruckt vorliegenden Motivierung bereits angedeutet. Ich will nur einen der dort hervorgehobenen Gesichtspunkte hier des näheren berühren. Das ist der Hinweis darauf, daß der Etat, der Ihnen demnächst zugehen soll, ein ganz anderes Aussehen haben wird als diejenigen Etats, mit denen man sich während des Krieges zu beschäftigen hatte. Die **Kriegsetats** waren nämlich bewußt unrichtig insofern, als sie alle Zahlen, die bei den einzelnen Ansätzen in Frage kamen, grundsätzlich aus dem letzten Friedensetat übernahmen, obgleich jedermann wußte und wissen sollte, daß diese Zahlen nicht richtig waren. Es geschah das natürlich nicht, um irgend eine Täuschung hervorzurufen. Im Gegenteil, das lag vollständig klar auf der Hand und wurde immer betont: Es geschah, weil man daran verzweifelte, richtige Zahlen geben zu können, und deshalb sich einfach an die unrichtigen hielt, die bereits vorhanden waren. Das letztere wieder geschah, weil man wenigstens technisch einen Etat überhaupt aufbauen wollte, um den Ressorts Unterlagen für ihre Finanzgebarung zu gewähren und die Unterlagen für die spätere Abrechnung zu gestalten.

So haben wir, allerdings auch sicherlich unter dem Gedanken stehend, daß der Krieg über kurz oder lang enden müsse — ein Gedanke, der uns ja während des ganzen Krieges in unseren Maßnahmen vielleicht mehr als nützlich war beeinflußte —, von Jahr zu Jahr immer diesen objektiv unrichtigen Etat zur Grundlage der Finanzgebarung gemacht. Ich will dieses Verfahren nicht kritisieren; es läßt sich gewiß vieles dafür anführen, es ist aber in der letzten Zeit sehr stark angegriffen worden. Man hat danach gerufen, sich von dieser ja immer deutlicher werdenden Unrichtigkeit loszumachen; ich erinnere daran, daß z. B. einfach die Einnahmen aus den Zöllen im vollen Umfang des Friedensbetrages eingesetzt worden sind, obgleich es sicherlich deutlich war, daß wir von jedem Außenhandelsverkehr im wesentlichen abgesperrt waren.

Ich sage: wie man auch über die Vergangenheit in dieser Richtung denken mag, so scheint mir jetzt allerdings die Zeit gekommen zu sein, daß wir uns von dieser Grundlage losmachen müssen. Jetzt müssen wir versuchen, doch einigermaßen zu einem richtigen, wahren, echten Etat auf Grund eigener Schätzung zu gelangen. Das wird in vollem Umfange von vornherein nicht möglich sein. Wir können die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien auch jetzt noch nicht in den Etat einstellen. Aus dem ordentlichen Etat sind sie während der Kriegszeit herausgenommen worden und sind in den außerordentlichen Etat übergeführt worden; aus den Kriegsanleihen und deren Ertrag sind diese Kosten gedeckt worden. Wir werden eine Zeitlang bei der vollkommenen Unübersichtlichkeit dieser Verhältnisse und der ihnen zugrunde liegenden und sie bestimmenden Ereignisse nicht anders verfahren können. Ich hoffe allerdings, daß im Laufe des Etatsjahrs es mir möglich sein wird, auch die Verhältnisse von Heer, Marine und Kolonien etatsmäßig möglichst richtig zu erfassen.

Aber auf allen anderen Gebieten werde ich Ihnen einen Etat vorlegen, der auf Grund der möglichst genauen, gewissenhaften Schätzung Ihnen diejenigen Zahlen gibt, mit denen ich rechnen zu können glaube. Nun sind ja alle derartigen Voranschläge sowohl in der Einnahme- wie in der Ausgabeseite, vor allem in der Einnahmeseite, immer etwas sehr Zweifelhaftes. Wir haben erlebt, in wie ungeheurem Maße die späteren Ereignisse dieser Voranschläge spotten, und zwar sowohl nach der günstigen wie nach der ungünstigen Seite. Ich muß schon jetzt um Ihre Nachsicht bitten, wenn diese Erscheinung in weit höherem Maße sich ebenfalls jetzt einstellen wird. Diese Nachsicht ist durch die Verhältnisse selbst geboten. Die Unterlage für jede Steuerschätzung, die ja in den wirtschaftlichen Verhältnissen beruht, ist eine so unsichere, daß man nach dieser Richtung hin einigermaßen vertretbare sichere Schlüsse nicht ziehen kann.

Aber ich glaube, das meinige tun zu sollen; ich will's versuchen. So werde ich Ihnen, wie ich hoffe, bereits zu Ende der nächsten Woche

oder jedenfalls in ganz naher Zeit den Etat in einer Form vorlegen, wie er ausgestaltet werden muß, wenn man eine neue Grundlage entsprechend den neuen Verhältnissen schaffen will. Ich habe mich trotz der überaus großen Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, vor allen Dingen deshalb dazu entschlossen, weil ich auch hierin eine Betätigung des Grundsatzes sehe, den ich an die Spitze meiner gesamten Finanzgebarung stelle: Wahrheit und Klarheit, Übersichtlichkeit und Durchsichtigkeit unseres gesamten Finanzwesens auf allen Gebieten herzustellen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schulz (Ostpreußen):

Schulz (Ostpreußen), Abgeordneter: Der Herr Reichsfinanzminister hat recht: wir haben uns in den letzten Jahren immer mehr an die Notwendigkeit von Notetats gewöhnen müssen. Der Krieg hat wie so vieles andere auch das Gefüge der parlamentarischen Ordnung in erheblicher Weise erschüttert. Wir anerkennen auch durchaus die Gründe, die der Herr Reichsfinanzminister eben angeführt hat, um zu erklären, daß die Regierung der revolutionären Umwälzung, die ja seit ihrer Ergänzung und Bestätigung durch die Nationalversammlung noch gar nicht lange besteht, nicht imstande gewesen ist, den Etat zur rechtzeitigen Beratung vorzulegen. Immer wieder ist in den letzten Monaten der Gang der politischen Entwicklung, sobald er eine gewisse Ruhe und Stetigkeit erlangen wollte, durch plötzliche und gewaltsame Ereignisse unterbrochen worden, bald durch Eruptionen im Innern, bald durch Gewaltsamkeiten von außen. Zwischen diesen Gewaltsamkeiten im Innern und den Gewaltsamkeiten durch die äußeren Feinde besteht ein ursächlicher Zusammenhang, der, wie es scheint, in neuerer Zeit auch den Politikern der Entente zum Bewußtsein kommt. In der englischen Wochenschrift „Common Sense“ stand Anfang März:

> Die Revolution, welche die Monarchie fortfegte und die Feindseligkeiten beendete, verlief hauptsächlich deshalb so ordentlich und unblutig, weil das Volk Frieden haben wollte und an Präsident Wilson glaubte.

Das ist von dieser Zeitschrift ganz richtig erkannt. Das Volk glaubte damals, daß es den Frieden haben könnte und damit Arbeit und Brot, sobald es die zum Teufel gejagt hatte, die hauptverantwortlich und hauptschuldig am Kriege gewesen waren, sobald es im Innern ein Ende mit der Gewaltherrschaft machte, die Demokratie festbegründete, in offener Weise seine militärische Niederlage eingestand und sich ehrlich bereit erklärte zu einem Frieden der Gerechtigkeit, der also auch einschließt die Wiedergutmachung des von Deutschland begangenen Unrechts.

In diesem Glauben, meine Damen und Herren, und in dieser Hoffnung hat das deutsche Volk eine Revolution vollzogen, wie sie gleich

tief und gewaltig in ihren Wirkungen und doch zugleich gleich unblutig und friedlich in ihrem Verlauf nie zuvor in der Weltgeschichte dagewesen ist. Alle Macht dem souveränen Volk! Nirgends, auch nur in vorsichtigster Form, der Gedanke an Gegenrevolution; völlig zusammengebrochen, ein einziger Scherbenhaufen die alten Gewalten! So sah es im November vorigen Jahres aus. Und so völlig war dieser Zusammenbruch und ist es, glaube ich, heute noch, daß darin die stärkste Sicherung — bei aller selbstverständlichen Wachsamkeit, zu der wir verpflichtet sind — gegen alle Versuche gegenrevolutionärer Art liegt, bis auf den heutigen Tag.

Meine Damen und Herren, wären die Novemberhoffnungen des deutschen Volkes in Erfüllung gegangen, hätten wir schnell einen Frieden und hätten wir bis zum Frieden einen milden, verständnisvollen Waffenstillstand gehabt, hätte die schmachvolle Hungerblockade sofort ein Ende gefunden, hätte die gewaltige weltgeschichtliche bedeutsame Umwälzung des deutschen Volkes, seine Umwandlung zu einem Volk der Demokratie und der Völkerversöhnung einen schnellen und überall sichtbaren Erfolg im Sinne von Arbeit und Brot gehabt, so wäre dem deutschen Volke viel kostbares Blut erspart geblieben und der Menschheit viel Greuel und Sorgen, so wäre der Bolschewismus in Deutschland niemals zu einer Macht geworden, und so wäre auch die düstere Wolke, die jetzt über dem ungarischen Lande hängt und von dort nach dem Westen zu ziehen scheint, nie entstanden. Es wäre vor allem auch in Rußland wahrscheinlich schon mehr Ruhe als heute. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn der russische Bolschewismus zieht immer neue Nahrung aus der Unruhe Deutschlands, er wartet nur darauf, daß der Zusammenbruch in den benachbarten Weststaaten, in erster Linie der Zusammenbruch in Deutschland, ihm die Bahn freimacht für den Weg nach dem Westen. Da wäre wahrlich die Aufhebung der Hungerblockade ein besseres internationales Mittel gegen den Bolschewismus gewesen als militärische Maßnahmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen.
Ein schweigender Stockfisch, in Butter gesotten,
Behaget den radikalen Rotten
Viel besser als ein Mirabeau
Und alle Redner seit Cicero.

So sagt der bekannte gute Kenner der Volksseele Heinrich Heine.

Das scheint übrigens auch Wilson eingesehen zu haben. Präsident Wilson hat bereits am 11. November vorigen Jahres in seiner Botschaft an den Kongreß zum Ausdruck gebracht, daß alles getan werden müsse, um die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versehen. Es seien sofort

Maßregeln zu treffen, um in methodischer Weise die Ernährung dieser ausgesogenen Länder in die Wege zu leiten. Mittels des zurzeit nicht verwendeten Schiffsraums der Mittelmächte müßte es jetzt möglich sein, die Furcht vor dem Elend ihren Völkern zu nehmen und ihren Geist und ihre Energie für die großen und gewaltigen Aufgaben der politischen Wiederherstellung frei zu machen, die von allen Seiten sich vor ihnen erhebt. „Der Hunger" — so sagte Präsident Wilson — „erzeugt keine Reformen, er erzeugt den Wahnsinn und alle verbrecherischen Unruhen, die ein geordnetes Leben unmöglich machen."

Wenn Präsident Wilson schon im November vorigen Jahres so klug war, ist die Haltung der Entente um so unverständlicher (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die jetzt, wo die Gefahr des Bolschewismus ihr auf den Leib rückt, mit Soldaten die Gefahr zu bannen sucht. Wenigstens scheint dies nach Zeitungsnachrichten der Fall zu sein.

Es wurde vor einigen Tagen ein **Funkspruch des russischen Ministers des Auswärtigen** Tschitscherin veröffentlicht, den ich verlesen möchte, da mir daran liegt, von der Regierung zu erfahren, ob die darin enthaltenen Bemerkungen über Deutschland richtig sind. Danach hat Tschitscherin an den Volkskommissar für Auswärtiges in Budapest gefunkt:

> Das jetzige System der Entente besteht darin, nicht ihre eigenen Soldaten gegen uns zu schicken, sondern andere ins Feuer zu treiben. Deutschland hat den linken Flügel gegen uns gebildet, während die polnische Armee das Zentrum, die ukrainischen Petljuratruppen den rechten Flügel dieser Invasionsarmee bilden. Während unsere Truppen im Dongebiet und im Gebiete Uralsk und Orenburg siegreich vordringen, nähert sich der deutsche linke Flügel Ponewitsch, die lettischen Roten Truppen bedrohend. Das polnische Zentrum aber bewegt sich gegen Wilna und Minsk und hat Baranowitschi genommen. Diese gleichzeitige Offensive ist offenbar die Ausführung eines wohlvorbereiteten Planes, hinter dem die Entente steckt. Unsere Lage im Westen ist daher schwierig, am schwierigsten die unserer lettischen und litauischen Verbündeten. Da nun die ukrainischen Sowjettruppen sich Galizien nähern, wo es schon gärt, sind wir dadurch unserem ungarischen Verbündeten nahe, der im Rücken unserer Feinde steht. Gegen die anstürmenden Deutschen und Polen werden neue Kräfte zusammengezogen. Das Erscheinen eines Verbündeten in Mitteleuropa ist sehr wertvoll.

Meine Damen und Herren, auf diesen Funkspruch, der im „Vorwärts" vom 24. März veröffentlicht worden ist, hat, wie der „Vorwärts" schreibt, die zuständige Stelle in Berlin bemerkt, daß es nicht deutsche, sondern Truppen der lettischen und litauischen Regierung gewesen seien, vor denen die Bolschewiki zurückwichen. Ich möchte aber doch um Aufklärung hier im Parlament bitten, wie es sich mit dieser Nachricht verhält. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Sozialdemokraten würden es nicht billigen, wenn deutsche Truppen zu solchen Zwecken mißbraucht würden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten lehnen den Bolschewismus ab und halten ihn für eine große Gefahr für jedes Land; aber wenn Rußland mit dem Bolschewismus selig zu werden glaubt, so ist das Rußlands Sache und nicht unsere. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen entschieden ablehnen, uns in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Wir wollen in Frieden und Eintracht mit allen Staaten leben. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.) Ebenso entschieden lehnen wir es selbstverständlich ab, wenn ein anderer Staat oder Mitglieder eines anderen Staates oder auch eigene Staatsangehörige auf eigenem Grund und Boden den Bolschewismus propagieren wollen. Solange das mit geistigen Mitteln geschieht, werden wir mit geistigen Waffen antworten; sobald aber der Bolschewismus in Deutschland mit Handgranaten zu überzeugen versucht, sobald bolschewistische Handlungen staatsfeindlicher Art begangen werden, und sobald dadurch wachgerufenes Verbrechertum sich politisch drapiert, werden wir dagegen alle notwendigen Machtmittel des Staates anwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum billigen wir die Maßnahmen, die die Regierung für diesen Zweck in Bewegung setzen mußte. Wir beklagen aufs tiefste, daß sie überhaupt notwendig gewesen sind. Aber daß die Regierung in den letzten Wochen zu sehr ernsten Maßnahmen gegen bösartige staatsfeindliche Treibereien in Deutschland greifen mußte, ist nicht unsere Schuld, ist nicht die Schuld der Regierung.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der am vergangenen Sonnabend und Sonntag hier in Weimar getagt hat, hat es deshalb für seine Pflicht gehalten, seinem bewährten Parteigenossen Noske ausdrücklich den Dank dafür auszusprechen, daß er die unendlich schwere und, meine Damen und Herren, unendlich undankbare Aufgabe (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) übernommen hat, die notwendigen Machtmittel der Regierung in Bewegung zu setzen und vor der Öffentlichkeit und vor der Geschichte zu verantworten.

Aber wir haben andererseits auch den Wunsch, daß die Regierung auch ihre Machtmittel bereit hält gegen die Störenfriede vom anderen Extrem. Ich habe zwar vorhin schon gesagt, daß wir eine unmittelbare Gefahr von der **Gegenrevolution** noch nicht befürchten. Gegen solche Gefahr würde sich auch das gesamte arbeitende Volk, und zwar im weitesten durch die Revolution gewonnenen Sinne dieses Wortes, wie ein Mann erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber hier heißt es auch schon den Anfängen entgegentreten. Es gibt leider Leute, die nichts gelernt und nichts vergessen haben; es gibt Leute, die

die Revolution am liebsten für eine Episode halten möchten und in leichtsinniger und gefährlicher Weise mit dem Feuer spielen. Wir begrüßen deshalb die gestrige **Rede des Präsidenten des Reichsministeriums**, durch die das unverantwortliche Verhalten solcher politischen Provokateure gebührend gebrandmarkt wurde.

Meine Damen und Herren, als Scheidemann gestern sprach, erscholl auf der rechten Seite der Zwischenruf: „Unwürdig". Falls dieser Zwischenruf besagen sollte, daß die von Scheidemann gekennzeichneten Straßentorheiten des deutschen Volkes besonders in diesem Augenblick unwürdig gewesen seien, so hätte ich gegen diesen Zwischenruf nichts einzuwenden. (Sehr richtig! links.) Aber wenn der Zwischenruf besagen sollte, daß Scheidemanns Rede unwürdig gewesen sei (sehr richtig! rechts), so muß ich dagegen den allerschärfsten Einspruch erheben. (Wiederholte Zustimmung links.) Unwürdig ist es, meine Herren, wenn gewissenlose und politisch belastete Männer eine Kundgebung des gesamten Volkes und aller Parteien in aufreizender und herausfordernder Weise ausnutzen, um erbärmliche politische Privatgeschäfte zu machen (sehr richtig! links). und es heißt die Würde des deutschen Volkes wahren, und zwar des deutschen Volkes, das sich durch die Demokratie erneuert —, es heißt die Würde dieses sich erneuernden demokratischen und republikanischen Volkes wahren, wenn solche politischen Bubenstücke abgeschüttelt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dafür danken wir Scheidemann, und wir danken ihm nicht als unserem Parteigenossen (Lachen rechts), sondern wir danken ihm ausdrücklich als dem Präsidenten des Reichsministeriums, als dem Vertreter des parlamentarisch regierten Deutschland. (Lebhafter Beifall links.)

Im übrigen, meine Damen und Herren, scheint die Kundgebung am vergangenen Sonntag nur ein Auftakt gewesen zu sein, wie es scheint, sogar ein harmloser Auftakt. Viel ernster scheinen mir die gestern in der **preußischen Landesversammlung** vorgekommenen Vorgänge zu bewerten zu sein. Hier hat der Abgeordnete **v. Kardorff**, eine äußerst aufreizende Rede gehalten, die wie die Schilderhebung der Gegenrevolution anmutete. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten wollen niemandem das Recht der freien Rede beschränken. (Zuruf rechts: Also!) Wir müssen es jedem überlassen, welchen Gebrauch er davon macht. Aber wir werden unsere Konsequenzen ziehen, wenn jemandem das Herz auf die Lippen tritt, und er seines Herzens geheimste Regungen bloßlegt; und das scheint Herr v. Kardorff getan zu haben. Ich sehe ganz davon ab, daß Herr v. Kardorff niedrige Verdächtigungen ausgesprochen hat, als ob sich sozialdemokratische Agitatoren in unehr-

licher Weise an öffentlichen Geldern bereichert hätten. (Sehr richtig! rechts.) — Es gehört ein sonderbarer Mut dazu, wenn ein Angehöriger einer Klasse, die bisher aus der geltenden Wirtschaftsordnung die größten Profite und ungemessene Reichtümer gezogen hat, armen Schluckern daraus Vorhaltungen machen will, wenn sie den Wunsch nach persönlicher Bereicherung haben oder ihn auch in die Tat umsetzen wollen. Wenn es geschehen sein sollte, würde ich es selbstverständlich nicht billigen. Noch viel mehr Mut gehört aber dazu, solche Fälle zu verallgemeinern und Ehrenmännern ehrenrührige Vorwürfe zu machen.

Aber ich sehe von diesen Nebensächlichkeiten ab. Es wählt jeder seine Waffe so sauber oder so schmutzig, wie es seiner Natur gemäß ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dagegen muß ich ein Wort leidenschaftlichster Abwehr gegen einen Satz des Herrn v. Kardorff sprechen — ich gebe den Satz nach Zeitungsberichten, die Zeitungen werden einen solchen charakteristischen Satz gewiß nicht falsch wiedergeben —:

> Die Revolution ist das größte Verbrechen, das je am deutschen Volke begangen worden ist.

(Sehr richtig! rechts. — Widerspruch und Pfuirufe links. — Unruhe.) Meine Herren, ich wollte die Frage stellen: weiß Herr v. Kardorff, daß er mit einem solchen Satze die Gefühle von Millionen Deutscher in der unerhörtesten Weise verletzt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich brauche die Antwort nicht mehr, Sie auf der Rechten haben sie bereits gegeben. Wenn Herr v. Kardorff weiß, daß er die Gefühle von Millionen Deutschen aufs tiefste verletzt, so frage ich: ist ihm das gleichgültig, besonders in einem Zeitpunkt wie dem, in dem wir augenblicklich leben? Ist das demselben Herrn v. Kardorff gleichgültig, der sich in demselben Atemzuge darüber beklagt, daß der preußische Ministerpräsident vergessen habe, dem früheren preußischen Fürstenhause ein Wort der Erinnerung zu widmen? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Demselben Herrn v. Kardorff, dessen empfindliches Gefühl also schon dadurch verletzt wird, wenn ein sozialdemokratischer, ein republikanischer Ministerpräsident eine Pietät dynastischer Natur nicht für nötig hält, sondern mit Stillschweigen darüber hinweggeht. Derselbe Herr v. Kardorff, der selber so feine Rücksichten genommen wissen will, läßt es sich einfallen, rücksichtslos die große Mehrheit des deutschen Volkes zu verletzen. Dabei, meine Damen und Herren, handelt es sich bei dem, was nach Herrn v. Kardorffs Auffassung nicht gewürdigt worden ist, um Götter der Vergangenheit, die immer nur für einen Teil des Volkes gegolten haben. Die Revolution aber, meine Damen und Herren, ist die große Bewegung, die Deutschland freigemacht hat von jahrhundertelangem Druck, die Bewegung, die Deutschland wieder sich selbst zurückgegeben hat, die dem deutschen Volke die Bahn freigemacht hat für politischen und sozialen Fortschritt.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben die Revolution nicht gewollt. Wir hätten gewünscht, daß die freie Bahn für das deutsche Volk auch ohne die Gewaltsamkeiten der Revolution geschaffen worden wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben rechtzeitig gewarnt und immer wieder gewarnt, wir haben immer wieder unermüdlich dem alten Regime, der alten Regierung, den alten Mehrheitsparteien eine Politik empfohlen, die ohne die Erschütterungen und die niemals vorherzusehenden Nebenwirkungen einer Revolution zum Ziele geführt hätte. Die Herren des alten Regimes, der Gewaltherrschaft, der Annexionspolitik haben es verhindert, daß eine Politik, wie wir sie wollten, sich durchsetzen konnte, und daher haben sie die Ursachen zur gewaltsamen Revolution geschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Revolutionen werden nicht gemacht. (Lachen und Zurufe rechts.) — Meine Herren, wenn ich so unhöflich wäre wie Sie, würde ich über diesen Mangel an historischem Sinn ebenso lachen, wie Sie jetzt gelacht haben; Sie können das nachlesen bei Historikern und Philosophen, holen Sie sich bei diesen Rat. Revolutionen werden nicht gemacht, Revolutionen kommen wie elementare Ereignisse, wie Dammbrüche, wie Vulkanausbrüche. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen und Widerspruch rechts.) Revolutionen setzen sich durch mit unaufhaltsamer Gewalt. „Einher tritt auf der eignen Spur, die freie Tochter der Natur." Meine Damen und Herren, ist die Revolution aber da, so gilt es und galt es besonders für uns Sozialisten, sie zu nützen zum Besten des Gemeinwohls. Uns galt es und gilt es, die Revolution fruchtbar zu machen; uns gilt es, ihr das Schlimme und Gefährliche, das sie im Gefolge haben kann, zu nehmen. Ständig war es unsere, der Sozialdemokratie, unablässige Arbeit, sie dem Gemeinwohl dienstbar zu machen. Wer anders hätte es können als wir Sozialdemokraten? Sie etwa auf der Rechten? Waren Sie nach dem 9. November imstande, die Bewegung zu bannen? Ich will nicht aus der Schule plaudern und über private Unterhaltungen mit namhaften Politikern der Rechten in jener Zeit reden. Wollen Sie bestreiten, daß Sie im November so klein, so ganz klein waren? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und, meine Herren, konnte die Linke bannen, was sich am 9. November anbahnte? Auch die Linke konnte es nicht, sie hätte nicht die Stärke gehabt, den Weg zum Bolschewismus aufzuhalten. Und die bürgerlichen Parteien? Nun, sie hatten nicht die Massen in genügender Zahl hinter sich. Es ist nicht Ruhmredigkeit, sondern die Feststellung einer einfachen Tatsache, an die Sie in diesem ernsten Augenblick erinnert werden müssen, wenn ich sage, daß nur wir, die alte Sozialdemokratie, die Partei des positiven, schöpferischen, aufbauenden So-

zialismus — — (Lebhafter Widerspruch und Zurufe rechts. — Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte Sie, lassen Sie den Herrn Redner aussprechen.

Schulz (Ostpreußen), Abgeordneter: Derselbe Herr, der mich schon vorhin durch seinen Mangel an historischem Sinn in Bewegung setzte, ruft: was haben Sie erreicht? — nachdem ich ihn gefragt habe, was er nach dem 9. November erreicht hätte! Und wo wir noch mitten im Fluß der großen Ereignisse stehen und wir Sozialdemokraten uns alle Mühe gaben, zu erreichen, was im Interesse des Gemeinwohls erreicht werden muß. Ich wiederhole: nur wir, die alte Partei, die Partei des positiven, schöpferischen und aufbauenden Sozialismus (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die das Vertrauen der großen Mehrheit des deutschen Volkes genießt, wir haben uns — ich bite, mir das zu glauben — unter größter Selbstaufopferung und unter größter Selbstverleugnung bemüht, in jenen Zeiten zu tun, was zu tun war, um die Revolution zum großen Segen für das deutsche Volk zu machen, auf daß man dereinst die Revolution preise als die große breite Pforte zu einer glücklichen Zukunft des deutschen Volkes.

Meine Damen und Herren, diese Aufgabe ist noch nicht vollendet, es liegt noch sehr viel für uns zu tun vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uns droht im Osten der verneinende Bolschewismus, uns droht im Westen der eroberungssüchtige Imperialismus. Wir armes, geschlagenes, ausgesogenes, ausgehungertes Volk liegen dazwischen, und dennoch, wir Sozialdemokraten verzagen nicht. Wir sehen auch in dieser furchtbaren Lage des deutschen Volkes mit ungebeugter Hoffnung in die Zukunft, wir vertrauen auf den Sozialismus, der uns im Innern stark und glücklich machen wird, und wir vertrauen auf den Sozialismus, der uns auch die außenpolitische, jetzt noch so dunkle und trübe Situation erhellen wird (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wenn nicht morgen, so übermorgen! Der Sozialismus wird auch die westlichen Länder ergreifen, und der Sozialismus, der international verbrüderte Sozialismus, wird früher oder später alles wieder gut machen, was unbeherrschter Imperialismus in dieser Zeit uns antut. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber gerade angesichts der schweren Aufgabe, die vor uns liegt, müssen wir beklagen, daß uns immer wieder Störenfriede Knüppel zwischen die Beine werfen, und einen der schlimmsten Knüppel hat gestern Herr v. Kardorff gegen uns geworfen. Meine Heren, es soll keine Drohung sein, so wenig wie es seinerzeit die Reden meiner

Freunde Scheidemann und Ebert im Hauptausschuß des alten Reichstags waren; aber als eine Warnung mögen Sie es nehmen: Hüten Sie sich, meine Herren, daß Sie etwa Kardorffsche Absichten haben sollten! Wir Sozialdemokraten stehen auf der Wacht, wir lassen uns die revolutionären Errungenschaften nicht besudeln und noch weniger zertrümmern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Hüten Sie sich meine Herren, daß Sie nicht eine neue Revolution vorbereiten! Die erste Revolution ist gezügelt worden durch den deutschen Sozialismus; es könnte ein zweites Mal anders kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, nach diesen Bemerkungen, zu denen ich lediglich durch die gestrige Rede des Herrn v. Kardorff gezwungen wurde, muß ich noch einige Bemerkungen zu den vorliegenden beiden Etats machen. Wir beantragen die Überweisung beider Etats an den Ausschuß für den Reichshaushalt. Wir sind besonders mit dem **Nachtragsetat** in der vorliegenden Form nicht völlig einverstanden und wünschen darüber im Ausschuß Verständigung unter den Parteien und mit der Regierung herbeizuführen.

Hauptsächlich gilt unser Bedenken den für die **Reichspräsidentschaft** vorgesehenen Ausgaben von monatlich 100 000 Mark. Wir bemängeln daran die Höhe, besonders weil aus den Erläuterungen nicht hervorgeht, warum die Ausgaben in solcher Höhe angefordert werden. Wir wünschen deshalb im Ausschuß darüber nähere Mitteilungen. Wir wünschen besonders eine Einzelaufstellung der Posten, die die Regierung zu der geforderten Gesamtsumme veranlaßt haben. Die Bemerkungen, die vorhin der Herr Reichsfinanzminister zur Erklärung der Pauschalierung gemacht hat, genügen uns nicht. Wir möchten bitten, daß in der Kommission die Regierung mit uns den ernsthaften Versuch macht, diese Einzeletatisierung vorzunehmen. Wir sind durchaus davon überzeugt, daß die Regierung bei der Aufstellung des Etats mit der notwendigen Vorsicht und Sparsamkeit zu Werke gegangen ist. Wir möchten aber doch die Möglichkeit der Nachprüfung und auch die Möglichkeit einer etwaigen Kürzung der Beträge haben.

Sicherlich gibt es zwischen uns und der Regierung und am allerwenigsten zwischen uns und dem gegenwärtigen Reichspräsidenten, den gerade wir Sozialdemokraten aus jahrzehntelanger vertrauter politischer Zusammenarbeit als einen schlichten und allem Gepränge abholden Mann kennen, keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die einfachste Gestaltung der Amtsführung des Reichspräsidenten eine dringende Notwendigkeit ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sowohl aus allgemeinen demokratischen und republikanischen Erwägungen als auch im Hinblick auf

die besondere gegenwärtige, zur größten Schlichtheit und Sparsamkeit zwingende Lage Deutschlands. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen keine feierliche Repräsentation. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Was sein muß, werde auf das notwendigste beschränkt und in den einfachsten Formen gehalten. Kein neutraler und auch kein vorläufig noch feindlicher Staat wird daran Anstoß nehmen und danach die Art des diplomatischen Verkehrs mit uns bemessen. Wir wollen ja nicht unhöflich, wir wollen nur einfach sein. Das tragische Geschick unseres Landes zwingt uns wahrlich zur größten Zurückhaltung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und selbst wenn wir dadurch in die internationalen Sitten der Völker eine neue Note hineintragen sollten, so kann uns das in einer Zeit demokratischer Welterneuerung auch nur zur Ehre gereichen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren, wir glauben es auch dem Reichspräsidenten — ganz gleich, wer das Amt führt — schuldig zu sein, daß die mit seinem Amt unlöslich verbundenen — mit dem Amt, nicht mit der Person unlöslich verbundenen — sachlichen und persönlichen Aufwendungen von den besonderen Aufwendungen getrennt werden, die auf die Person des Präsidenten entfallen. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

Die für das Reichsarbeitsministerium und das Reichsschatzministerium geforderten Summen wollen wir im Rahmen dieses Nachtragsetats nicht beanstanden; aber wir kündigen schon jetzt an, daß wir bei der Beratung des ordentlichen Etats auch die Frage prüfen werden, ob die **Ministergehälter** in ihrer bisherigen Höhe erhalten werden müssen oder ob nicht auch hier Abstriche angezeigt sind. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Dabei leiten uns ähnliche Erwägungen, wie ich sie eben für das Amt des Reichspräsidenten angestellt habe.

Ich möchte ferner hierbei noch bemerken, daß wir die Regierung bitten, mit der **Sozialisierung** Ernst zu machen, soweit das möglich ist. Es wird berichtet, daß große Werte unseres **Flugwesens** schon wieder der Privatindustrie überlassen werden, daß private Luftreedereien gegründet werden, während doch gerade das Verkehrswesen sich in allererster Linie für die Sozialisierung eignet.

Wenn wir auf der einen Seite schon im Not- und Nachtragsetat Abstriche wünschen, so haben wir auf der anderen Seite den Wunsch, daß möglichst noch im Notetat Summen Aufnahme finden, die — um mit den Worten der Begründung des Notetats zu sprechen — „so dringlich sind, daß sie auch nicht um einige Wochen oder Monate hinausgeschoben werden können." Wir denken hierbei an eine **Erhöhung der Bezüge für Alters-, Invaliden- und Unfallrentner**, ferner an die Be-

zieher von Militärrenten. Hoffentlich kann uns die Regierung hier oder im Ausschusse sagen, ob die Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften dafür genügende Mittel zur Verfügung haben, oder ob und in welcher Höhe ein Reichszuschuß gewährt werden kann.

Auch eine sofortige Erhöhung der **Unterstützung für die Angehörigen von Kriegsgefangenen**, die seit einem halben Jahr nicht gesteigert worden sind, scheint uns ernster Erwägung wert.

Von allem übrigen, was noch in Betracht kommen könnte, wollen wir bei diesem Not- und Nachtragsetat absehen.

Meine Damen und Herren, ich begnüge mich mit diesen kurzen Darlegungen, die noch kürzer gewesen sein würden, wenn ich nicht genötigt gewesen wäre, auf die Ausführungen des Herrn v. Kardorff einzugehen. Der Herr Reichsfinanzminister hat uns die Vorlegung des ordentlichen Etats in ungefähr einer Woche in Aussicht gestellt. Dann wird sich Gelegenheit zu eingehender Erörterung der politischen Lage bieten. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, daß der zukünftige Etat auf soliderer Grundlage aufgebaut sein soll, als es bei den früheren Etats der Fall gewesen ist.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Schlußbemerkung. Die Weimarer Luft verführt zu Berufungen auf die Großen der Weimarer Vergangenheit. Es soll dabei schon vorgekommen sein, daß gelegentlich falsch zitiert worden ist. Trotz dieser warnenden Spuren wage ich ein Goethewort:

> Der Kampf des Alten, Bestehenden, Beharrenden mit Entwicklung, Aus- und Umbildung ist immer derselbe. Aus aller Ordnung entsteht zuletzt Pedanterie. Um diese loszuwerden, zerstört man jene. Und es geht eine Zeit dahin, bis man gewahr wird, daß man wieder Ordnung machen müsse.

Ich glaube: für Deutschland ist schon genug Zeit dahin gegangen, um gewahr zu werden, daß diese Notwendigkeit für Deutschland vorliegt. *Wir müssen wieder Ordnung machen* (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), wir müssen Ordnung in unsere Finanzen hineinbringen, Ordnung in die ganze Gestaltung unseres politischen Lebens. Dazu, meine Damen und Herren, ist innere Konsolidierung notwendig; *dazu ist notwendig, daß der unheilvolle innere Hader in Deutschland ein Ende findet* (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), dieser unheilvolle innere Hader, der schon Goethe veranlaßt hat zu dem ärgerlichen Ausruf:

> Verfluchtes Volk, kaum bist du frei,
> Brichst du dich in dir selbst entzwei.
> War nicht der Not, des Glücks genug?
> Deutsch oder teutsch, du wirst nicht klug.

Wollen wir doch endlich aus der eigenen deutschen Geschichte, die wahrlich genug trübe Blätter aufzuweisen hat, lernen und klug werden. Wir

wollen nicht entzweibrechen, meine Damen und Herren, nicht durch die Gewalttätigkeit unserer Feinde und erst recht nicht durch eigene Zwietracht. Lassen Sie uns den Kampf der Meinungen ausfechten; er muß sein. Wir brauchen den freien Kampf der Geister. Er ist nötig für den Fortschritt. Er dient dem Lande. Aber der Kampf der Geister darf jetzt und auf lange Zeit hinaus nicht übler, leidiger Selbstzweck sein. Der Kampf der Geister, auch der schärfste Meinungskampf, darf nur ein Ziel haben, und diesem Ziel muß er sich unterordnen: der Wiederaufrichtung und Selbsterhaltung unseres Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Sozaldemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Der Herr Abgeordnete Schulz hat eine Äußerung der Reichsregierung darüber gewünscht, ob Behauptungen zutreffend seien, die kürzlich der **russische Außenminister Tschitscherin** über das Verhalten der deutschen Truppen an der Ostfront getan hat. Der russische Kommissar hat erklärt, die deutschen Truppen stellten den linken Flügel einer großen Offensive gegen Rußland dar, die offenbar im Auftrage der Entente unternommen werde. Der russische Staatsmann hat von anstürmenden deutschen und polnischen Truppen gesprochen. Diese Behauptung entspricht, soweit deutsche Truppen in Betracht kommen, nicht den Tatsachen. (Hört! hört!)

In der Presse ist schon darauf hingewiesen worden, daß bei den Kämpfen im Baltikum seit geraumer Zeit lettische und litauische Truppen in der Hauptsache im Vordertreffen stehen. Deutsche Truppen haben in den letzten Wochen nur eine Operation von ganz geringfügiger Bedeutung vorgenommen, die zu Unrecht — in einem Blatt habe ich das wenigstens gesehen — als ein großer Sieg der deutschen Truppen über die Bolschewisten gefeiert worden ist. Es hat sich dabei lediglich um eine geringfügige Ausrichtung der Front gehandelt, die eine Verbesserung und Erleichterung der Zufuhr unserer Truppe zum Zwecke hatte. Deswegen ist auf beschränktem Raum ein Stück Bahnlinie von den deutschen Truppen besetzt worden. Nachdem das gelungen ist, ist ein Stillstand in den Operationen eingetreten. Zwischen der Obersten Heeresleitung, mir und der Reichsregierung besteht absolute Übereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen keine Offensivbewegung in Kurland und in Litauen unternommen werden wird. Eine Sicherung der deutschen Ostfront wird leider nach wie vor noch in beträchtlichem Umfange erforderlich sein. Aber wie ich schon früher einmal von dieser Stelle aus betont habe, erkläre ich auch heute, daß die

Reichsregierung von dem lebhaftesten Wunsche erfüllt ist, auch mit Rußland in Frieden und in guter Nachbarschaft leben zu können. (Sehr gut! und bravo! links.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mayer (Schwaben).

Dr. **Mayer** (Schwaben), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst, daß ich Ihre Aufmerksamkeit für einige Augenblicke wieder zu dem eigentlichen Gegenstande unserer Beratung zurückführe.

Was den **Nachtragsetat** anbelangt, so sind auch wir mit der Teilung des Reichsschatzamts in ein Reichsfinanzministerium und ein Reichsschatzministerium und der Bewilligung der hierfür angeforderten Summen einverstanden. Das ungeheuere Anwachsen der Aufgaben der Reichsfinanzverwaltung hätte es auch ohne die Revolution nach diesem Kriege notwendig gemacht, eine Teilung des Reichsschatzamts eintreten zu lassen.

Was die für den Herrn **Reichspräsidenten** im Nachtragsetat angeforderten Bezüge anlangt, so stehen auch wir, wie bereits mein Herr Vorredner von der sozialdemokratischen Fraktion für seine Freunde es ausgeführt hat, auf dem Standpunkt, daß diese Forderung in der Kommission eingehend wird nachgeprüft werden müssen. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bezieht ein Gehalt von 100 000 Dollar im Jahre; der Präsident der französischen Republik ein solches von 700 000 Francs. Der Reichspräsident der deutschen Republik würde also mehr beziehen als seine Kollegen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich zusammengenommen, wenn es sich hier um den gleichen Maßstab handeln würde, wie bei den Gehältern dieser beiden Präsidenten. Mit anderen Worten, man wird schon im Interesse des Ansehens des deutschen Reichspräsidenten und um unliebsame Folgerungen unserer Gegner für die Friedensverhandlungen hintanzuhalten, gut daran tun, die sachlichen Ausgaben streng zu scheiden von den persönlichen und das jeweils auch im Etat deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Was nun den **Notetat** betrifft, so sieht derselbe nach dem Vorbild des vorjährigen Notetats eine provisorische Regelung des Reichshaushaltsetats für die nächsten drei Monate vor. Der § 1 enthält ebenso wie der § 1 des vorjährigen Notetats die selbstverständliche Ermächtigung, die bestehenden finanziellen Verpflichtungen des Reichs auch während der nächsten drei Monate, während des Provisoriums zu erfüllen. Der § 2 sieht die Verwendung von Teilbeträgen des erst künftig zu beschließenden Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1919 für bestimmte unaufschiebbare Zwecke schon für das Provi-

sorium der nächsten drei Monate vor. Diese einzelnen Ausgaben werden in der Kommission nachgeprüft werden müssen.

Ich will nur zu einigen derselben ein paar kurze Bemerkungen machen. Was die Errichtung eines Textilforschungsinstituts betrifft, für das pro Jahr 5 Millionen und für die Dauer des Provisoriums 1½ Millionen verlangt sind, so begrüßen wir die Schaffung eines solchen zentralen Textilforschungsinstituts für das Deutsche Reich. Diese Forderung entspricht einem Antrag, den wir schon im Jahre 1908 als Antrag Schiffer (Borken) im alten Reichstag gestellt haben. Aber wir wünschen nicht, daß dieses zentrale Textilforschungsinstitut eine Konkurrenz bedeuten solle für die zahlreichen Textilforschungsinstitute, welche im Laufe der letzten zwei Jahre vor allem mit Hilfe der Textilindustrie selbst in Deutschland errichtet worden sind, ich nenne hier die Textilforschungsinstitute von Karlsruhe, Dresden, Sorau — letzteres vor allem für die Leinenindustrie —, Reutlingen, Crefeld, München-Gladbach. Wir wünschen auch nicht, daß dieses zentrale Textilforschungsinstitut nun nach altem Muster wieder nach Berlin kommt (sehr richtig! im Zentrum), das als Mittelpunkt eines Textilgebietes überhaupt nicht angesprochen werden kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wünschen, daß vor allem der Zweck bestimmend ist für die Ausgestaltung dieses Textilforschungsinstituts und auch für den Ort, an dem es errichtet werden soll. Auch die Frage, ob und warum gerade Herr Dr. Herzog aus Prag ausersehen werden soll zum Leiter dieses Instituts, wird in der Kommission näher zu besprechen sein.

Wir begrüßen ferner beim Haushalt des **Reichspostministeriums** die Anforderung von 2 Millionen Mark zur **Errichtung** und zum **Ankauf von Wohngebäuden** für geringer besoldete Beamte in Orten mit großem Wohnungsmangel. Wir werden in der Kommission zu prüfen haben, ob diese Summe ausreicht und nicht angesichts der jetzigen Lage des Wohnungsmarktes im ganzen Deutschen Reich einer erheblichen Erhöhung bedarf.

Ebenso begrüßen wir, daß zur **Herstellung unterirdischer Fernsprechanlagen** 12 Millionen Mark für die Zeit des Provisoriums angefordert werden. Wir hoffen, daß durch die Fortsetzung dieser Arbeiten sich neue Notstandsarbeiten für unsere Arbeitslosen ergeben werden.

Weitaus die größte Summe, die der Notetat anfordert, ist der Betrag von 400 Millionen Mark zur Gewährung von **Kriegsteuerungszulagen an Beamte und Lohnangestellte** im Reichsdienste für die Dauer der nächsten drei Monate. Diese Beträge waren ja zum Teil bereits im Außerordentlichen Haushalt unter dem Titel „aus Anlaß des Krieges" enthalten, zum Teil auch in den Lohntiteln selbst aufgeführt. Eine Zusammenfassung dieser Kriegsteuerungszulagen hat im bis-

herigen Etat nicht stattgefunden, und es geht auch aus dem Notetat hervor, daß diese 400 Millionen Mark, wie auch die runde Summe schon kundgibt, nicht etwa nur eine Zusammenfassung dessen, was bisher bereits gewährt wurde, bedeutet, sondern darüber hinaus auch neue Anforderungen enthält. Das geht auch aus dem Worte „zunächst“ hervor. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Kommission, sich diesen Betrag eingehend spezialisieren zu lassen und ernsthaft zu prüfen, ob und inwieweit hier den Bedürfnissen, die zweifellos bestehen, auch in genügendem Maße Rechnung getragen worden ist.

In § 3 ist die Ermächtigung des Reichsfinanzministers nachgesucht, für die Dauer des Provisoriums weitere 3 Milliarden Mark **Schatzwechsel**[1]) auszugeben, durch die sich unsere schwebende Schuld weiter erhöht, die wir erst kürzlich durch Bewilligung eines Kredits von 25 Milliarden Mark in so außerordentlichem Maße steigern mußten.

Die Erwähnung dieser Summen allein ergibt, daß der Entwurf ein getreues Kind seiner Zeit ist, ein Denkmal des Tiefstandes unserer Finanzen, hoffentlich aber auch der Wendepunkt nach oben.

Der Herr **Reichsfinanzminister** hat auf Nr. 158 der Drucksachen uns vor kurzem in dankenswerter Weise eine **Darstellung der Entwicklung der Finanzen des Deutschen Reichs** während des Krieges gegeben. Er ist am Schluß zu dem Ergebnis gekommen, daß der Gesamtsteuerbedarf des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden in Zukunft auf 19 Milliarden Mark gegen 5 Milliarden Mark vor dem Kriege zu veranschlagen sei. Er fährt dann fort — und das klingt wie eine Art Finanzprogramm für die nächste Zukunft —, daß dieser gewaltige Betrag von 19 Milliarden Mark auf einer Volkswirtschaft lastet, die in ihrer Leistungsfähigkeit empfindlich geschwächt und durch die Be-

---

[1]) Das in der 32. Sitzung (vgl. unten) angenommene, unter dem 29 März 1919 (R.G.Bl. S. 363) verkündete „Gesetz, betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1919“, ermächtigt in § 3 den Reichsminister der Finanzen zur Ausgabe von *Schatzanweisungen* bis zur Höhe von 3000 Millionen Mark. Schatzanweisungen sind — im Gegensatz zu den ohne Fälligkeitstermin ausgegebenen und für den Gläubiger unkündbaren *Anleihen* — Schuldverschreibungen mit bestimmtem Fälligkeitstermin. Sie kommen in zwei Formen vor: verzinslich und unverzinslich. Die letzteren werden vielfach als *Schatzwechsel* bezeichnet, weil sie wie diese ebenfalls unverzinslichen Wertpapiere diskontiert, d. h. unter Abzug der Zwischenzinsen für die Zeit bis zu dem in ihnen angegebenen Fälligkeitstage verkauft werden. Sie entbehren aber der Wechselform und unterliegen daher nicht der Wechselstrenge. Es gibt aber auch wirkliche *Reichswechsel*, nämlich die durch die Reichsgesetze vom 4. August 1914, betr. die Ergänzung der Reichsschuldenordnung (R.G.Bl. S. 325) und betr. die Änderung des Bankgesetzes (R.G.Bl. S. 327) zugelassenen, von der Reichsschuldenverwaltung ausgestellten eigenen Wechsel des Reichs. Diese sind „bankfähig“, d. h. sie können bei einer Umlaufszeit von höchstens 3 Monaten von der Reichsbank diskontiert und zur Notendeckung verwendet werden (Reichsbankgesetz §§ 13[2], 17).

gleiterscheinungen der Umwälzung aus den gewohnten Geleisen ihrer Arbeit geworfen ist. Er sagt dann später:

> Nur einer gutarbeitenden Volkswirtschaft kann das Tragen jener unabänderlichen Lasten zugemutet werden, die der für Deutschland unglücklich abgelaufene Krieg dem schwergeprüften Volke hinterlassen hat. . . . .

Nur dann kann es ermöglicht werden, „daß allmählich aus dem sich bildenden Kapital die Konsolidierung der schwebenden Schuld gelinge" usw.

Meine Damen und Herren! Alles das, was der Herr Reichsfinanzminister hier sagt, wird man ohne weiteres unterschreiben. Aber man wird doch einer Auslegung entgegentreten müssen, die diese Darlegungen eventuell werden finden können, einer Auslegung, als ob wir mit der **Sanierung unserer Reichsfinanzen** nun abwarten könnten und abwarten müßten, bis unsere Volkswirtschaft wieder gesund geworden, bis ihr Räderwerk wieder voll in Lauf gekommen sei. Eine derartige Auffassung wäre, wie ich glaube, völlig falsch und außerordentlich gefährlich. Denn *die Sanierung unserer Finanzen muß Hand in Hand gehen mit dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft*; ja, der ganze Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft ist ohne gleichzeitige Durchführung der Sanierung unserer Finanzen vollkommen unmöglich. (Sehr richtig!) Erst dadurch, daß wir ernsthaft an die Sanierung unserer Finanzen herantreten, wird das Vertrauen im Inland und Ausland zu unserer Finanzwirtschaft wieder neu erstehen, das wir heute größtenteils verloren haben, wie die Entwicklung unserer Valuta zeigt. Erst dann wird der Wert der deutschen Reichsmark wieder steigen, erst dann wird es sich ermöglichen lassen, *das ins Ungeheuerliche gewachsene Gebäude der Preise für Ware und Leistung langsam wieder abzubauen; erst dann wird es möglich werden, das ganze Räderwerk unserer Volkswirtschaft langsam wieder in Gang zu bringen.* (Sehr richtig!)

Darum fordern wir angesichts dieses Notetats als Zeichen des tiefsten Tiefstandes der deutschen Finanzen, die möglichst baldige Inangriffnahme der Sanierung unseres Finanzwesens. (Zustimmung.)

Ich begrüße es, daß die Reichsregierung jetzt endlich in einer Kundgebung in Aussicht gestellt hat, daß wenigstens ein Teil der Steuern, die das deutsche Volk auf sich nehmen muß, die es wird tragen müssen, wenn es aus dem Tiefstand unserer Volkswirtschaft herauskommen will, demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Wir sind ganz damit einverstanden, daß man nicht den Versuch macht, die Sanierung unserer Finanzen auf einmal in Angriff zu

nehmen. Wir halten es für richtig, daß das schrittweise geschieht unter Berücksichtigung des jeweiligen Standes der Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Aber wir müssen verlangen, daß ehestens mit dieser Aufgabe begonnen wird.

Zum Schlusse, verehrte Versammlung, noch einige Worte zu der gestrigen **Rede des Herrn Ministerpräsidenten!** Wenn auch meine Freunde nicht mit allen seinen Ausführungen einverstanden waren, so habe ich doch namens derselben zu erklären, daß wir mit dem Grundgedanken der Rede des Herrn Ministerpräsidenten durchaus einig gehen. Auch wir sind der Auffassung, daß die Forderungen des Siegers ihre Grenzen finden müssen an den ewigen Gesetzen der Moral und der Menschlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wir sind der Ansicht, daß jede Überspannung der Forderungen über kurz oder lang auf den Sieger zurückfällt. (Erneute Zustimmung.) Schon ballen sich im Osten die Wolken des Bolschewismus zusammen und drohen, sich über ganz Europa zu entladen. Mögen unsere Gegner dafür endlich das nötige Verständnis gewinnen, mögen sie daraus die Grenzen des Möglichen und Erträglichen ermessen in unserem, aber auch in ihrem Interesse, im Interesse Europas und der ganzen Menschheit.

Aber nicht nur an den Grenzen der Moral und der Menschlichkeit müssen die Forderungen der Sieger Halt machen. Wir sind der Ansicht, daß wir auch mit unseren Gegnern vertragliche Verpflichtungen eingegangen haben, die nicht nur uns, sondern auch sie binden. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Waffenstillstand mit unseren Gegnern zustandegekommen ist auf der Grundlage der Note Lansings vom 5. November 1918 und damit auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir sind bereit, diese 14 Punkte Wilsons[2]) restlos und loyal zu erfüllen. Wir verlangen aber das gleiche auch von unseren Gegnern. (Sehr gut! im Zentrum.)

Wir sind mit dem Herrn Ministerpräsidenten auch darin einer Meinung, daß die Regierung und die Nationalversammlung allen Versuchen entgegentreten müßte, diese klare Stellungnahme zum Problem des Friedens irgendwie zu durchkreuzen oder zu unterhöhlen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dazu gehören die Versuche von der äußersten Linken, das deutsche Volk als schuldig am Kriege und als rechtlos unseren Feinden gegenüber hinzustellen (sehr richtig! im Zentrum), und dazu gehören auch Versuche von

---

[2]) Die 14 (im ganzen 27) Punkte Wilsons sind im einleitenden Teil (Band I, S. 99) abgedruckt.

rechts — ich sage ausdrücklich nicht, daß diese Versuche von irgendeiner in diesem Hause vertretenen Partei ausgehen —, die dahin zielen, die Reichsregierung von ihrer vertragsmäßigen Verpflichtung der Anerkennung der 14 Punkte Wilsons abzubringen. (Widerspruch rechts.) Wir sind der Meinung, daß es Recht und Pflicht der Regierung ist, solchen Versuchen, die besonders in diesem Moment gefährlich und verwerflich sind, energisch entgegenzutreten.

Allerdings sind wir der Meinung, daß der **Vorfall**, den der Herr Ministerpräsident hier eingehend erörtert hat, der sich in **Berlin in der Wilhelmstraße** abgespielt haben soll und bei dem ein Teil der Teilnehmer einer einzigen Versammlung aktiv vorgegangen ist, nicht die Bedeutung hat, die der Herr Ministerpräsident ihm beilegt. (Sehr richtig! im Zentrum.) So eine kleine Demonstration in der Wilhelmstraße ist denn doch nicht dazu angetan, unsere internationale Lage zu gefährden, wie der Herr Ministerpräsident es dargestellt hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber in der Sache stehen wir vollständig auf dem Boden der Grundgedanken seiner Ausführungen.

Was nun die Ankündigung des Herrn Ministerpräsidenten betrifft, daß die Reichsregierung uns demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen wird, in dem die Schaffung eines **Staatsgerichtshofes** verlangt wird, so ist unser Standpunkt zu dieser Frage in Kürze der folgende: Wir haben schon bei früherer Gelegenheit die Errichtung eines Staatsgerichtshofes verlangt, aber im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Ministerverantwortlichkeit und der Verfassung. Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn der Staatsgerichtshof, der nun geschaffen werden soll, eine Ausnahmestellung erhalten würde als politischer Gerichtshof zur Aburteilung gewisser Persönlichkeiten, die das wünschen, oder von deren Aburteilung man sich in gewissen Kreisen des Volkes eine Klärung der Schuldfrage erhofft. Ein Staatsgerichtshof ist überhaupt etwas ganz Verschiedenes je nach seiner Zusammensetzung und nach seinem Aufgabenkreis. Unsere endgültige Stellungnahme zu diesem Staatsgerichtshof werden wir uns daher vorbehalten müssen, bis der Entwurf vorliegt, den man uns ja in kürzester Zeit vorzulegen in Aussicht gestellt hat. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter: Dieser Nachtragsetat könnte mich versuchen, mich des weiteren über unsere gesamte Finanzlage und über die Steuerprojekte der Regierung auszusprechen, soweit sie bisher bekannt geworden sind. Ich halte aber doch die Be-

ratung des Hauptetats für geeigneter, auf diese Fragen tiefer einzugehen, nachdem die Steuervorlagen von der Regierung der Nationalversammlung vorgelegt sind.

Die Regierung beklagt mit Recht, daß unser Verkehrsleben, unser **Wirtschaftsleben** schwer darnieder liegt, und sie hat den berechtigten Wunsch, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um unser Wirtschaftsleben wieder zu beleben. Die Regierung hat auch die Meinung ausgesprochen, daß unsere großen Unternehmer gegenüber dem jetzigen Stande unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht die genügende Initiative entwickelt hätten. Ich muß aber doch sagen, wenn die Regierung diesen Wunsch hat, so ist die Haltung, die die Regierung bisher auf wirtschaftlichem Gebiete eingenommen hat, keineswegs dazu geeignet, ihre Wünsche zur Erfüllung zu bringen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Regierung hat ein **Sozialisierungsgesetz** vorgelegt, mit anderen Worten: die Entziehung der Verfügung des Unternehmers über sein Eigentum in einer Zeit, wo es der persönlichsten Tätigkeit des Unternehmers, der allergrößten Sachkenntnis des Eigentümers bedarf, um seinen gestörten Betrieb wieder in Bewegung zu setzen. Diese Sozialisierungsvorlage der Regierung bekommt aber in der öffentlichen Meinung einer gewissen Presse und gewisser Nationalökonomen eine immer weitere kommunistische Ausdehnung, und die Regierung ist bisher solchen phantastischen Projekten nicht entgegengetreten (sehr richtig! rechts), wie sie es vielleicht hätte tun sollen, um eine Beruhigung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen.

Ähnlich liegt es mit der **Steuerpolitik** der Regierung. Es ist ja selbstverständlich, daß in einem Reiche, das so fürchterlich mit Schulden belastet ist, die besitzenden Klassen sehr scharf herangezogen werden müssen. (Zustimmung rechts.) Ich bin auch ferner der Ansicht, daß es durchaus gerechtfertigt ist, die Kriegsgewinne im engeren Sinne aufs schärfste zu erfassen. (Erneute Zustimmung rechts.) Man hält es aber in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht für gerecht, die bescheidene Vermögensvermehrung, die während des Krieges durch Sparsamkeit, durch Selbsteinschränkung der Familienväter eingetreten ist, nach demselben Steuermaßstab zu behandeln wie die sogenannten Kriegsgewinne im engeren Sinne. (Sehr richtig! rechts.) Es ist also selbstverständlich, daß Vermögen und daß Einkommen schärfer herangezogen werden müssen, aber diese Heranziehung darf nicht so weit gehen, daß sie eigentlich den Charakter der Enteignung trägt. (Sehr gut! rechts.)

Das **Eigentum** ist die Grundlage jeder Familie. Eigentum ist die Grundlage jedes geordneten Staatswesens, jeder geordneten Gesellschaft. Auf dem Gefühl, daß das Eigentum heilig

und gesichert ist, beruht unser ganzes wirtschaftliches Leben. (Sehr wahr! rechts.) Der Herr Abgeordnete Naumann hat eine große Anzahl von Leitsätzen aufgestellt, die für die künftige Haltung der deutschen inneren Politik maßgebend sein sollen. Ich habe mich gefreut, in diesen Leitsätzen auch den Satz zu finden: Privateigentum ist berechtigt als gesammelter Arbeitsertrag für die Nachkommen. Wer die Arbeitsleistung steigert, soll daran auch verdienen können! — Mit diesen wenigen Sätzen hat der Herr Abgeordnete Naumann in der Frage des Eigentums meines Erachtens den Nagel auf den Kopf getroffen. Jetzt sind wir aber bereits so weit in einem Teil der Presse, daß Eigentum fast eine Art Makel ist, daß man es jemandem geradezu vorwirft, wenn er Kapital besitzt, und die Experimente der Sozialisierung, die gefährlichen Äußerungen, die von der Regierungsbank aus über die künftige Steuerpolitik gemacht worden sind, haben tiefe Beunruhigung in weiten Kreisen unseres Wirtschaftslebens hervorgerufen. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt viele Kreise — man kann das jetzt jeden Tag hören —, die fragen: wozu sollen wir uns abarbeiten? wozu sollen wir Vermögen in neue wirtschaftliche Unternehmungen stecken? wozu sollen wir sparen? wir sind ja gar nicht sicher, daß es uns nicht doch im Wege der Sozialisierung oder der Besteuerung entzogen wird. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Patrioten!)

Die Sicherheit des Eigentums ist die Grundlage unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens, und wenn die Regierung wünscht, daß das wirtschaftliche Leben sich möglichst bald wieder belebt, daß wieder frisches Leben in unser wirtschaftliches Leben kommt, sollte sie sehr vorsichtig sein, durch weitere Sozialisierungsexperimente und durch gefährliche Steuerprojekte das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums in unserem Volke weiter zu erschüttern. (Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Ministerpräsident hat einen scharfen Angriff gegen die Teilnehmer der Versammlung im Zirkus Busch gerichtet, einer Versammlung, die das ausgesprochene vaterländische Ziel hatte, einen Protest gegen die Zerstückelung Deutschlands zu erheben. Ich war selbst aufgefordert, das erste Referat dort zu übernehmen. Der Tag war für mich leider schon besetzt, — ich konnte dieser Einladung zu meinem Bedauern nicht Folge leisten.

Der Herr Ministerpräsident glaubte, in den Erklärungen, die im Zirkus Busch abgegeben sind, einen Angriff erblicken zu müssen gegen die Gestaltung des Reiches durch die Revolution. Ja, Herr Ministerpräsident, können Sie sich wundern, wenn unter den Verhältnissen, unter den Ereignissen, die uns die Revolution gebracht hat, man sich

in weiten Kreisen des Volkes nach dem Zustand vor der Revolution zurücksehnt? (Sehr gut! rechts. — Hört! hört! und Zurufe von den Sozialdemokraten: Kriegsgewinnler!) — Dieses Gefühl ist rein menschlich und hat mit Kriegsgewinnen gar nichts zu tun. (Na! na! bei den Sozialdemokraten.) — Arbeiten Sie doch nicht mit solchen Schlagworten! —

Die langen, stillen Vorbereitungen der revolutionären Propaganda haben den Verband unseres Heeres auch an der Front und in der Etappe allmählich gelockert (sehr wahr! rechts), und schließlich sind wir auf diesem Wege, durch diese Propaganda wehrlos gemacht worden. (Sehr richtig! rechts.) Folgen: der Zusammenbruch in der Ostmark, die Vernichtung einer ausreichenden Vollzugsgewalt, ohne die keine Regierung regieren kann, wie sich jetzt zeigt (sehr wahr! rechts), und im Innern Bürgerkrieg und Anarchie. (Erneute Zustimmung rechts.)

Unser Wirtschaftsleben war am Ende des langen Krieges schwer geschädigt und lag sehr darnieder. Aber trotz der knappen Vorräte, die wir hatten, haben wir uns doch durch die vier Kriegsjahre schlecht und recht durchgehungert. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wir auch!) — Gewiß, Sie auch! (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten: Wir alle!) — Wir haben gewiß alle wesentlich an Gewicht verloren! — Aber durch die Revolution wurde unser ganzer Regierungsapparat desorganisiert; es wurde geplündert und geraubt; es wurden Massen von wertvollen Lebensmitteln vergeudet und verschleppt. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Vorher auch!)

Die Revolution hat auch die Zustände in unserer Ostmark herbeigeführt. (Zustimmung rechts.) Infolgedessen hörte die Zufuhr von der Ostmark auf, und wenn wir jetzt unter den schwersten Bedingungen unsere Feinde bitten müssen, uns zu ernähren, so ist das eine indirekte Folge der Revolution. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Durch die Revolution und ihre Wirkungen auf unser Heer hat aber unzweifelhaft auch das Ansehen des deutschen Namens im Auslande schwer gelitten. (Sehr wahr! rechts.) Ist es daher ein Wunder, Herr Ministerpräsident, wenn weite Kreise des Volkes zurückdenken an die Zeit, wo im Staate Gerechtigkeit, Ordnung und Sicherheit der Rechtssphäre jedes einzelnen bestand? (Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Und wenn hier noch so viele solcher heftigen Reden gehalten werden wie gestern: dieses Volksbewußtsein werden Sie mit all Ihrer Beredsamkeit nicht aus dem Herzen reißen.

Wenn der Herr Ministerpräsident solche Stimmen in der Öffentlichkeit nicht ertragen kann, so sollte er nicht mehr von der Freiheit im

neuen Reiche sprechen. (Sehr gut! rechts.) Wenn die Regierung solche Äußerungen nicht vertragen kann, dann ist ihre „Freiheit" nur ein Aushängeschild für urteilslose und gläubige Massen, nichts als ein Blendwort für Leute, die nicht tiefer sehen. (Sehr wahr! rechts.)

Es ist hier auch Bezug genommen worden auf eine **Rede**, die der Abgeordnete **v. Kardorff** in einem anderen Hause gehalten hat. Das ist für mich ein Grund, auf die Äußerungen, die heute hier von der Rednertribüne gemacht worden sind, nicht näher einzugehen. Ich bin auch der Ansicht, daß Herr v. Kardorff Manns genug ist, um sich in der preußischen Nationalversammlung gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe selbst wirksam zu verteidigen. Aber die gegenwärtige Regierung wolle es mir nicht ungnädig nehmen, wenn ich auch meine politischen Erinnerungen hierbei wachrufe. Ich bin als Mitglied der Regierung 14 Jahre während der Sessionen fast tagtäglich in den Sitzungen des Reichstags gewesen und ich war 6 Jahre Mitglied des Reichstags. Wenn ich mir die Reden vergegenwärtige, die damals von der sozialdemokratischen Partei, von der Partei des Herrn Ministerpräsidenten gegen die Regierung, gegen die bürgerlichen Parteien gehalten worden sind, mit welcher Schärfe, mit welch vernichtender Bitterkeit, und wenn ich jetzt sehe, daß der Herr Ministerpräsident in solche Aufregung gerät über die Reden im Zirkus Busch, dann muß ich sagen: Herr Ministerpräsident, Ihr Porträt hat sich sehr verändert! (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Mag der Herr Ministerpräsident seine rednerische Tatkraft verwenden nicht gegen die Kreise der Staatsbürger, die sich in gesetzlicher Weise zu friedlichem Ziel und zu patriotischen Zielen im Zirkus Busch versammelt haben, sondern mag er seine Tatkraft verwenden gegen die Bestrebungen, die uns und ihn sehr ernstlich bedrohen. Die **Arbeiter- und Soldatenräte** bilden sich jetzt eine Art Parlament für sich, ein Parlament neben der Nationalversammlung und neben der Regierung, die ein Parlament neben sich außer der Nationalversammlung nicht dulden darf. (Sehr gut! rechts.) Diese Arbeiter- und Soldatenräte greifen fortgesetzt in die lokale Verwaltung ein, sie tragen wesentlich zur Desorganisation der lokalen Verwaltung bei und erlauben sich die allergröbsten Übergriffe. (Sehr richtig!) rechts.) Einen solchen Staat im Staate kann keine Regierung dulden. Gelingt es der Regierung nicht, die Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Staatsleben auszuschalten, so werden bald die Füße derer vor diesem Hause stehen, die diese Regierung hinaustragen werden. (Sehr wahr! rechts.) Möge doch der Herr Ministerpräsident endlich zeigen, daß er nicht nur ein Parteimann ist, der sich durch die Revolution an die zweite Stelle im Reiche geschwungen hat, auf Grund der Aufträge von Massen, die wir

nicht kennen, nein, daß er auch ein Mann ist, von staatsmännischen Eigenschaften, der die Kraft und die Aufgabe hat, ein wahrer restaurator Germaniae zu werden, der Errichter und Schöpfer eines neuen Reichs, in dem alle Parteien Luft und Licht haben. (Sehr richtig! rechts.)

Die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten geben meiner Partei Veranlassung, folgende **Erklärung** dazu abzugeben — ich bitte den Herrn Präsidenten, mir die Verlesung zu gestatten —:

Die gestrige Rede des Herrn Ministerpräsidenten des Reichsministeriums enthält so ungeheuerliche Anschuldigungen, daß die Deutschnationale Volkspartei einmütig folgende Erklärung abgibt:

In dem schärfsten **Protest** gegen die **maßlosen Forderungen der Entente** gehen wir mit der Regierung einig. Wir sind der Überzeugung, daß der Feind uns nicht nur zu verwirren, sondern auch die entsetzliche Lage, in welche Deutschland vor allem durch die Revolution gebracht wurde, wucherisch auszubeuten entschlossen ist. Staatsmännische Weisheit hätte nun alles darauf hin eingestellt, die sämtlichen Kräfte der Nation zur einheitlichen Abwehr zusammenzuschließen. (Sehr richtig! rechts.) Statt dessen hat der Herr Ministerpräsident durch die Grundlosigkeit seiner gestrigen Anschuldigungen und durch die Heftigkeit seiner Ausdrucksweise das Gegenteil bewirkt. (Erneute Zustimmung rechts.) In den Herzen von Millionen Deutscher, die nicht gesonnen sind, ihr vaterländisches Empfinden herabsetzen zu lassen, hat er tiefe Empörung hervorgerufen. (Sehr richtig! rechts.) Deutschlands Zukunft verlangt an der Spitze der Regierung einen Mann, der den Empfindungen der ganzen Nation gerecht zu werden versteht, keinen bloßen Parteiredner, der für nationale Regungen nur so weit Verständnis empfindet, als sie sich im Rahmen seines Parteiprogramms bewegen. (Zustimmung rechts. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Sie werden noch mehr hören. —

Die Unabhängigen, welche durch den Terror der Straße die heutige Reichsverdrossenheit mitverschulden, hat der Ministerpräsident ganz gelinde behandelt. Desto schärfer wandte er sich mit unzweideutiger Handbewegung gegen die Rechte. Er benutzte dazu den **Umzug**, an dem sich Bürger und Arbeiter Berlins und auch der **Nationalverband Deutscher Offiziere** am letzten Sonntag beteiligt haben. Nie würde man im Auslande über Offiziere, die ihr Leben im Kriege und zu Haus zur Sicherung der Ordnung in die Schanze schlagen, in so wegwerfendem Tone sprechen, wie es gestern die deutsche Regierung getan hat (sehr richtig! rechts), welche überdies durch ihr Wahlrecht jedem Zwanzigjährigen das politische Reifezeugnis ausstellt. Es ist eine beleidigende Unterstellung, daß jene Männer für die armseligen Lappalien einer Partei, einer Kaste und einer Clique eingetreten seien. Sie haben vielmehr als gleichberechtigte Staatsbürger von dem Recht der Freiheit ihrer Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, das ihnen kein Ministerpräsident in einer freien Republik nehmen darf. Das deutsche Volk fühlt sich um die Hoffnung auf einen gerechten Frieden, die ihr die Revolutionsregierung gemacht hat, betrogen. (Sehr richtig! rechts.) Ganz von selbst fordert die Gegenwart die weitesten Kreise des Volks zum Vergleich mit den früheren besseren Zuständen heraus. Die Tatsachen sind es, die gegenrevolutionär wirken, nicht reaktionäre Ver-

schwörungen. Komplotte gegen die Regierung werden auf der äußersten Linken geschmiedet, die Tag und Nacht an ihrem Sturz arbeitet. In vollem Widerspruch mit sich selbst verdächtigt der Ministerpräsident die Teilnehmer jenes Umzuges, daß sie dem Ausland einen chauvinistischen Schrecken vor einem wieder auflebenden deutschen Militarismus eingejagt und darum politische Sabotage getrieben haben. Denn gleichzeitig gibt er an, daß „das deutsche Land seiner militärischen Kräfte fast bis zur Vernichtung entblößt ist". Durch politische und militärische Sabotage hat die Revolution das deutsche Land so wehrlos gemacht, daß uns heute die Welt alles zu bieten wagt. Jene Umzüge wollten auf der Straße nichts anderes ausdrücken, als was vorher im Zirkus Busch erklärt wurde: den leidenschaftlichen Protest gegen die Zerstückelung des Deutschen Reichs. Diesem Willen gaben sie elementaren Ausdruck durch die Erinnerung an die alte Zeit, in der eine solche Zerstückelung unmöglich gewesen wäre. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Daß General **Ludendorff** nicht zufällig auf der Straße war oder gar die Ovation der Teilnehmer absichtlich herbeigeführt hätte, ist eine nachweislich unwahre Unterstellung. (Hört! hört! rechts.)

— Eine nachweislich unwahre Unterstellung! Wir haben positive Nachrichten darüber. — (Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Welche Verachtung ladet man vor der ganzen Welt auf Deutschland, wenn ein deutscher General, dessen unvergleichliche Pflichttreue und gewaltige Leistungen in vierjährigem Kriegsdienst an verantwortlichster Stelle niemand, am allerwenigsten die Entente, anzutasten wagt, von dem leitenden Minister so geringschätzig und feindselig behandelt wird, wie wir das gestern erleben mußten. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten das mit der Würde einer deutschen Nationalversammlung für unvereinbar. (Beifall rechts. — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wie sich die jetzige Regierung verbitten würde, wenn man von „Scheidemännerei" sprechen würde, so verbittet sich das deutsche Volk den Ausdruck „Ludendorfferei". (Sehr richtig! rechts. — Große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das deutsche Volk?!)

— Sie nehmen ja immer das Volk für sich in Anspruch. Warum sollen wir es nicht tun? (Andauernde Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir sind auch Volk! (Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Junkerkaste! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Meine Herren, ich bitte um Ruhe. Die Ordnung des Hauses verlangt, daß die Erklärung in Ruhe zu Ende gelesen werden kann, wenn sie auch nicht auf allen Seiten gebilligt wird.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter:

Was gestern in Aussicht gestellt wurde, das ist kein unparteiischer Gerichtshof, wie man ihn wünscht, sondern ein Gericht, dem der Herr Ministerpräsident selbst schon den Weg zu seinem Urteil mit dem Wort vom „Landesverrat" vorgezeichnet hat. (Sehr richtig! rechts.) Es widerspricht jedem demokratischen Herkommen in allen Ländern, Sondergerichte

einzuführen und Strafgesetze mit rückwirkender Kraft aufzustellen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Graf Arnim![3]) Im Einklang mit dem Wort des Ministerpräsidenten von dem „Friedensecho der Gerechtigkeit", auf dem sich die neue Staatengesellschaft aufbauen soll, verlangen wir, daß zuerst im eigenen Land kein Akt persönlicher Rache das Friedensbedürfnis des ganzen Volkes stören darf. Es war kein Zeichen von Stärke und Sicherheitsgefühl der Regierung, den Berliner Umzug dem deutschen Volk in so verzerrtem Bild zu zeigen. (Sehr richtig! rechts.) Wir klagen die Regierung an, daß sie das Deutsche Reich zerfallen läßt (Zurufe von den Sozialdemokraten) und seine militärische und wirtschaftliche Kraft durch die Revolution zersetzen ließ (lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten), so daß ihr nur noch papierne Proteste übrig bleiben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Gericht des deutschen Volksgewissens wird später gerecht entscheiden, wo die Reichsmehrer und wo die Reichszerstörer saßen. (Lebhafter Beifall rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte schließlich noch ein Wort hinzufügen. Aus der Rede des Herrn Ministerpräsidenten und aus der heutigen Rede des Vertreters der Sozialdemokratie ging gegenüber unserer politischen Haltung ein Zug der Drohung. Ich kann der Regierung und den Mehrheitsparteien auf der linken Seite dieses Hauses versichern, daß wir uns durch keine Drohung davon abhalten lassen werden, unsere politische Pflicht zu tun und die Regierung da zu bekämpfen, wo wir der Ansicht sind, daß sie durch ihre Maßregeln schädlich wirkt. (Lebhafter Beifall rechts. — Zischen bei den Sozialdemokraten. — Erneuter Beifall rechts.)

Vizepräsident Dietrich (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke.

Dr. Pachnicke, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die uns vorgelegte **Finanzdenkschrift** ist ein geschichtliches Dokument ersten Ranges. Hier wird zum erstenmal übersichtlich und vollständig dargelegt, was ein Krieg, vollends ein unglück-

---

[3]) Graf Harry Arnim war 1870 zum deutschen Botschafter in Paris ernannt, von Bismarck aber, weil er dessen Anweisungen nicht Folge leistete, im April 1871 nach Konstantinopel versetzt worden. Er veröffentlichte Aktenstücke, um Bismarcks Kirchenpolitik anzugreifen, wurde daraufhin pensioniert und wegen Mitnahme von Aktenstücken aus dem Botschaftsarchiv, deren Herausgabe er verweigerte, verhaftet. Er wurde wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung angeklagt und vom Stadtgericht Berlin zu drei, vom Kammergericht am 24. Juni 1875 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Durch die Strafgesetznovelle vom 26. Februar 1876 wurde der sog. Arnim-Paragraph, § 353a, dem St.G.B. eingefügt. Er bestraft mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 5000 ℳ die Verletzung der Amtsverschwiegenheit sowie der Gehorsamspflicht von Beamten des Auswärtigen Amtes. Es ist aber unrichtig — was der Zwischenrufer andeuten wollte —, daß diesem § 353a rückwirkende Kraft verliehen wurde. Er ist vielmehr bei der Neufassung des St.G.B. gerade geschaffen worden, weil die Verhandlung des längst rechtskräftig beendeten Arnimprozesses das Fehlen einer solchen Sondervorschrift erwiesen hatte.

licher Krieg, finanziell bedeutet, wie er das Land erschüttern, wie er den Haushalt zerrütten kann. An diesen Ziffern darf kein Politiker und darf kein Historiker der Gegenwart und Zukunft achtlos vorübergehen. Insbesondere empfehle ich das Studium dieser Denkschrift den Alldeutschen angesichts der unheilvollen Rolle, die sie während des Krieges und auch schon vor dem Kriege gespielt haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Die große Etatsdebatte, die ja binnen kurzem zu erwarten steht, wird Gelegenheit bieten, näher auf diese Dinge einzugehen. Heute will ich nur das Allernotwendigste aus dem, was die Herren Vorredner ausgeführt haben, herausgreifen, ehe ich zu dem Not- und Nachtragsetat komme.

Herr **Schulz** (Ostpreußen) hat für seine Partei das wertvolle Bekenntnis abgelegt, daß auch sie die Revolution nicht gewollt habe, daß sie einer **„ruhigen Entwicklung“** den Vorzug gegeben haben würde. Das ist auch unsere Meinung. Diese „ruhige Entwicklung“ hatte bereits dadurch eingesetzt, daß der Reichstag jene Verfassungsänderungen beschloß, und daß Mitglieder der Mehrheitsparteien in die Regierung eintraten. Dieser Parlamentarisierungsprozeß, der begonnen hatte, hätte sich fortführen lassen; aber die Dinge kamen anders. Hier wende ich mich an Herrn Grafen v. Posadowsky mit der Frage, ob er denn nicht einmal gründlich prüfen will, warum sich die Dinge so anders entwickelt haben. (Sehr richtig! links.) War nicht eine der Hauptursachen die, daß die Parteien, in deren Mitte er sich befindet, deren Wortführer er ist, die inneren Wandlungen nicht begreifen wollten, die sich während des Krieges in der geistigen Verfassung unseres Volkes vollzogen hatten und vollziehen mußten (sehr gut! links), daß sie alle Zugeständnisse in bezug auf die innere Politik monatelang, ja jahrelang verweigerten (sehr wahr! links), und das, was ihnen zuletzt abgerungen werden konnte, ihnen leider zu spät, viel zu spät abgerungen worden ist. (Sehr richtig! links und Zurufe rechts.) Wenn Sie die Revolution für unerfreuliche Erscheinungen verantwortlich machen wollen, so stellen Sie, bitte, auch den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Kriege und der Revolution fest. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Graf **Posadowsky** fürchtet ferner — und er scheint einen besonderen Wert darauf zu legen, dies auch bei dieser Gelegenheit festzustellen — von der **Sozialisierung** verderbliche Folgen, fürchtet eine kommunistische Ausdehnung des eingeleiteten Sozialisierungsprozesses. Herr Graf Posadowsky, wir haben es in der Hand, hier eine Grenze zu ziehen (Zurufe rechts), und wir werden diese Grenze ziehen. Gerade das Zitat, das Sie von einem der Unseren, von unserem Freunde Naumann, anführten, beweist Ihnen, wie sehr auch wir das Eigentumsrecht

respektieren und wie wenig wir geneigt sind, es verletzen zu lassen. Es wird nur das geschehen, was politisch notwendig und wirtschaftlich erträglich ist. (Na! na! rechts.)

Über Steuerpolitik wollen wir erst reden, wenn die Steuergesetze vorliegen. Dazu wird dann noch Zeit genug sein.

Ich komme jetzt zu dem Gegenstande, der uns vorliegt: zu dem Notetat und zu dem Nachtragsetat.

Was die **Aufwandsgelder für den Reichspräsidenten** anlangt, so verstehe ich es, wenn der Herr Abgeordnete Schulz die angeforderte Summe auf den ersten Blick recht hoch findet. Das ist sie. Wir werden, da es sich hier offenbar nur um eine ungefähre Schätzung handelt, die Grundlagen für diese Schätzung nachzuprüfen haben, indem wir die Pauschalsumme zu zerlegen suchen in ihre Bestandteile, indem wir eine Scheidung zwischen dem persönlichen Bedarf und dem sachlichen Bedarf eintreten lassen, indem wir festzustellen versuchen, was an diesen 100 000 Mark pro Monat Gehalt ist, was Bureaubedarf, was Entgelt für die Anstellung von Hilfskräften ist und wieviel von dieser Summe etwa als Dispositionsfonds für gemeinnützige Zwecke verwendet werden soll. Eine solche Unterscheidung liegt nicht nur im Interesse der Sache, sie liegt zugleich im Interesse des Reichspräsidenten selbst (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), der dadurch vor ungerechtfertigten Verdächtigungen geschützt wird. Pracht und Prunk — das ist auch unsere Meinung — soll künftig nicht entfaltet werden, würde schlecht passen zu der Not des Volkes. Das war die Signatur der Zeit, die hinter uns liegt, Herr Graf Posadowsky (sehr richtig! links); das soll sich in Zukunft nicht wiederholen. In Zukunft soll bürgerliche Einfachheit herrschen. (Zuruf rechts: Sehr gut! Damit bin ich sehr einverstanden!) — Es freut mich, daß wir uns hier begegnen. Ziehen wir daraus die Konsequenz!

Auf der anderen Seite ist aber selbstverständlich die nationale und die internationale Stellung des Reichsoberhaupts in Betracht zu ziehen. Er vertritt das Reich völkerrechtlich, er empfängt Gesandte, er nimmt Besuche von fremden Staatsoberhäuptern entgegen und erwidert diese Besuche. Dabei sind selbstverständlich die diplomatischen Gepflogenheiten zu beachten. Wir können davon nicht völlig abweichen. Der Würde des Amts, wer immer es bekleiden mag, hat die äußere Ausstattung, der Höhe des Rangs die Höhe des Gehalts zu entsprechen. Unter diesen Gesichtspunkten werden wir die Forderung prüfen und unsere Entscheidung nach den Auskünften treffen, die wir von der Regierung erhalten.

Was dann die beiden **Ministergehälter** anlangt, die in dem Nachtragsetat gefordert werden, so gehen sie von den bislang üblichen Summen — von 30 000 Mark Gehalt und 14 000 Mark Aufwands-

entschädigung — aus. Man wird an den bisherigen Sätzen schon deshalb festzuhalten haben, weil die Reichsmark eine starke Wertverminderung erfahren hat. Was die Aufwandsentschädigung anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß sie in der Hauptsache dem Verkehr zwischen den Ministern und Parlamentariern, auch Nichtparlamentariern, dienen soll, und dieser Verkehr kann recht nützlich sein. Wir wissen es ja alle: die Verständigung gelingt oft leichter am weißen als am grünen Tisch. Eine gegenseitige Fühlungnahme entspricht dem Bedürfnis, und es sind ja gerade gegenwärtig Erwägungen im Gange, die ein regeres Zusammenwirken zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung zum Ziele haben.

Aber eine Herabminderung wird stattfinden müssen, das ist die Herabminderung der **Wohnungsentschädigung.** 20 000 Mark als Wohnungsentschädigung erscheinen uns zu hoch. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) So teuer sind die Wohnungen nicht trotz der gestiegenen Mieten. Hier wollen wir abstreichen und wollen den tatsächlichen Ausgaben näher zu kommen suchen. Es kann, wenn es sich um einen Pauschbetrag handelt, eine sehr viel geringere Summe eingesetzt werden. Es können vielleicht auch die wirklich entstandenen Unkosten zugrunde gelegt werden. Will man aber den Pauschalbetrag, so könnte, wenn die Unkosten in dem einzelnen Falle nachweisbar höher gewesen sind, dafür eine besondere Vergütung stattfinden.

Wir werden dabei auch die Frage stellen, wie sich die **Pensionsverhältnisse** in dem neuen parlamentarischen System für **die Minister** stellen sollen. So wie es früher war, wird es aus naheliegenden Gründen nicht bleiben können. Wir können es nicht verantworten, daß irgend jemand, der vielleicht in jüngeren Jahren in eine hohe Stelle kommt, nachdem er kurze Zeit diese Stelle bekleidet hat, nun auf die Dauer seines Lebens eine verhältnismäßig hohe Pension einstreicht. Das wird in Zukunft sich zu ändern haben.

Was dann den **Notetat** betrifft, so verargen wir es der Regierung nicht, daß sie sich mit der Aufstellung für die nächsten drei Monate vorerst begnügt hat. Es war wohl keine Zeit für die Aufstellung des ganzen Etats. Das soll erst jetzt kommen, etwa in einer Woche, und die Nationalversammlung war ja auch mit dringenderen Aufgaben befaßt. Wir werden uns also für diese drei Monate zunächst einrichten müssen.

Von Einzelheiten erwähne ich die folgenden: Die Zuteilung des **wirtschaftlichen Auslands-Nachrichtenwesens** an das Auswärtige Amt. Wir sind damit einverstanden und bewilligen den geforderten Betrag vorbehaltlich der Einzelprüfung. Ich erwarte, daß nun auch mit der Einheitlichkeit dieses Nachrichtendienstes eine größere Zuverlässigkeit und Genauigkeit desselben eintreten wird.

Ebenso erscheint uns der Ausgleich der Kursverluste für die Beamten des Außendienstes der Billigkeit entsprechend. Die 500 000 Mark werden wir nicht verweigern können.

Was dann das **Luftamt** anbetrifft, so kann es eine sehr wichtige Funktion ausüben. Es kann bei der Liquidierung des militärischen Luftfahrwesens gute Dienste leisten; es kann dann dies Verwertungsamt beraten; es kann die wirtschaftliche und technische Seite des Luftfahrwesens behandeln. Wir hoffen, daß es auch das Seine dazu tun wird, daß der Luftpostdienst nach allen Richtungen Deutschlands möglichst bald durchgeführt wird. Wir erwarten ferner, daß es zu einer zweckmäßigen Entscheidung über die Frage beiträgt, inwieweit in diesem Betriebe, dessen technische Entwicklung noch nicht als abgeschlossen gelten kann, die private Initiative aufrecht zu erhalten ist.

Das **Textilforschungsinstitut** begrüßen auch wir. Wir stellen dabei nur die Frage: was zahlen, wenn das Reich Zuschuß leistet, die Nächstbeteiligten, was zahlt die Privatindustrie, was steuern die Kriegsgesellschaften bei? Eine solche Zentralstelle ist bedeutsam für die Textilindustrie — die soviel Hände beschäftigt, und von deren Gedeihen das Schicksal ganzer Gegenden abhängt.

Die **Postverwaltung** fordert neue Beamtenstellen. Wir werden sie im wesentlichen zu bewilligen haben. Sie fordert auch neue Beträge für Bauten, die unaufschiebbar sind.

Was dann die **Kriegsteuerungszulagen** anlangt, die nunmehr aus laufenden Mitteln des Haushalts bewilligt werden sollen, so haben wir den Wunsch, daß unsere Beamtenschaft endlich aus dem Zustand der Unsicherheit herauskommt, in den sie durch die Kriegsteuerungszulagen versetzt worden ist, von denen sie nie weiß, wie lange sie noch gewährt werden und in welcher Höhe sie gewährt werden. Unsere Beamtenschaft muß wieder festen Boden unter die Füße bekommen. Eine dauernde und endgültige Regelung des Gehaltswesens muß stattfinden, die selbstverständlich den obwaltenden Teurungsverhältnissen zu entsprechen hat. *Dem Beamtentum sind wir für die treue Arbeit, die es namentlich während der Zeit der Umwälzung geleistet hat, zu großem Dank verpflichtet.* (Lebhafter Beifall.) Wir drücken ihn am besten dadurch aus, daß wir seine wirtschaftliche Stellung sichern und ihm seine Arbeitsfreudigkeit erhalten. Darüber hinaus *verlangen wir ein* **Beamtenrecht**, *das auch die politische Freiheit der Beamten sicherstellt.* (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die **Kabellinie nach dem Westen** endlich, um auch diese Einzelheiten noch kurz zu berühren, scheint uns einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Wir können nur wünschen, daß die unterbrochenen

Arbeiten jetzt wieder aufgenommen und nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Soviel zu den Einzelheiten. Nun gestatten Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung im Anschluß an die Debatte über die **Rede des Herrn Ministerpräsidenten** Scheidemann. Wir haben in dieser Rede nichts — um einen Zwischenruf zu erwähnen — Unwürdiges und wir haben — um auf die Erklärung, die der Herr Graf Posadowsky soeben verlesen hat, Bezug zu nehmen — nichts Ungeheuerliches gefunden. Ich glaube, man versteht sich hier nicht mehr. Was Herr Scheidemann gerügt hat, war ja etwas anderes, als was Herr Graf Posadowsky und seine Freunde im Auge hatten. Er hat die **monarchistischen und militaristischen Demonstrationen** verurteilt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und die hat er mit Recht verurteilt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) Wenn er eine gewisse Schärfe in die Form der Zurückweisung gelegt hat, so ist das bei der Lage, in der wir uns befinden, doch wohl begreiflich. (Zustimmung links.) Aus den Worten des Herrn Grafen v. Posadowsky klang der Ton der Sehnsucht nach den Zuständen vor der Revolution. Nun, wir achten jede ehrliche Überzeugung. Wir wissen, daß mancher nur langsam von altgewohnten Vorstellungen loskommt. Sein Blick bleibt rückwärts gerichtet. Aber das gilt nur für einen Teil, nicht für das ganze deutsche Volk. Herr Graf Posadowsky war nicht berechtigt, diese Erklärung im Namen des deutschen Volkes abzugeben. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Er hat sie nur abgeben dürfen im Namen der Minderheit, die er vertritt. (Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Darüber hinaus ist er nicht befugt, ein Mandat für sich in Anspruch zu nehmen.

Herr Kollege Mayer (Schwaben) hat den Vorgang als verhältnismäßig unbedeutend hingestellt. Auch wir sind fern davon, ihn überschätzen zu wollen. Aber es handelt sich doch um sehr viel mehr als darum, ob die Regierung gewisse Äußerungen vertragen oder nicht vertragen kann. Die Dinge lagen so: es sollte ein Protest, ein flammender Protest gegen den Übermut Frankreichs erhoben werden; das Gewissen der Welt sollte angerufen werden gegen Rachegelüste und Vernichtungswillen. Das Wilson-Programm, das allein uns bindet, sollte man verteidigen gegen Clemenceau, unseren fanatischsten Feind. Darum waren Bestimmungen des Belagerungszustandes vorübergehend außer Kraft gesetzt. Daß diese Aktion, geboren aus der Not der Stunde, getragen von vaterländischem Geiste, dann enden mußte mit einer monarchischen Kundgebung, mit einer **Ovation für Herrn Ludendorff**, das

war es, wogegen sich die Kritik des Herrn Ministerpräsidenten richtete. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Das ist es, was auch wir bedauern. Sehen die Herren denn nicht, was sie damit tun, sehen sie nicht, daß sie, indem sie derartige Neigungen gerade jetzt zum Ausdruck bringen, dem Feinde eine Waffe in die Hand spielen! Das Ausland weiß ja nicht, daß es sich hier nur um eine kleine Minderheit handelt, oder wenn es das weiß, dann verschweigt es sein Wissen und benutzt solche Vorgänge als Vorwand für die Behauptung, daß bei uns der Geist des Militarismus noch immer nicht erstorben ist, und sucht daraus einen Grund herzuleiten, daß nunmehr noch stärkere Abtötungsmittel in Anwendung zu bringen sind. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Darin liegt die Gefahr.

Herr Ludendorff hat selbst verlangt, vor einen Staatsgerichtshof zu treten, und Herr Scheidemann hat ihm in Aussicht gestellt, daß dieses sein Verlangen in Erfüllung gehen wird. Hier möchte ich einen Vorbehalt machen, ähnlich wie auch der Vertreter des Zentrums. Es ist doch sehr genau zu prüfen, ob ein Gerichtshof die Stelle ist, vor welche die Angelegenheit gebracht werden muß. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Der Staatsgerichtshof wird dazu berufen sein, schuldhafte Verfehlungen gegen Verfassung und gegen Gesetz abzuurteilen. Im Falle Ludendorff aber wird sich die Anklage nicht richten dürfen auf Verletzung von Rechtsvorschriften, sondern auf Begehungen und Unterlassungen militärischer und politischer Art, auf die Verkennung technischer Fortschritte, auf die Unterschätzung der Gegner, auf falsche Dispositionen, auf die Behandlung der öffentlichen Meinung. Alles das sind politische Akte, nicht Rechtsvorgänge. So bitte ich, doch noch zu erwägen, ob hier nicht die gegebene Instanz ein unparteiischer Untersuchungsausschuß ist, vor dem einmal ganz gründlich unter Zuhilfenahme aller darüber vorhandener Akten und unter Abhörung der Nächstbeteiligten zu verhandeln und Aufklärung zu schaffen ist darüber, wie sich Schuld und Schicksal bei dem bitteren Ende des Krieges verketten. Politische Dinge vertragen den juristischen Maßstab nicht.

Jedenfalls — das mögen die Herren sich doch überlegen — ist jetzt der Augenblick nicht gekommen, um für eine überwundene Staatsform zu demonstrieren, Herr Graf Posadowsky! Denn das war es. Jetzt gilt es, sich auf den Boden des Gegebenen zu stellen. Jetzt, wo wir in die Friedensverhandlungen eintreten, gilt es, zusammenzustehen und zusammenzuhalten zu einheitlicher Abwehr, die Sie aber erschweren, wenn Sie solche Demonstrationen begünstigen und hier noch nachträglich zu rechtfertigen suchen. (Sehr richtig! links.) Die schwerste Stunde ist für das deutsche Volk gekommen; die verantwortungsvollste, folgenschwerste Entscheidung steht bevor, die Krisis ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Es geht

um Sein oder Nichtsein, um Sterben oder Leben. Da soll man alles vermeiden, was weitere Reizungen im Innern hervorruft, was die schon vorhandene starke Spannung steigert. Wir brauchen die gesammelte Kraft, die volle Geschlossenheit des Volks. Darum, meine Herren von der Rechten, brechen Sie uns diese Kraft nicht, stören Sie uns diese Geschlossenheit nicht! (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Es gibt Dinge, die sich das deutsche Volk nicht bieten läßt. Das mag die Entente wissen, das mag sie in ihre Rechnung einstellen aus eigenstem Interesse. Aber nur, wenn wir die innere Einheit wahren, wenn wir als geschlossenes Ganzes auftreten, gewinnen wir die Widerstandskraft, die nötig ist, nur dann werden wir, sollten uns über das erträgliche Maß hinaus Zumutungen gestellt werden, die rechte Antwort finden und alle Folgen auf uns nehmen, die sich an den Entschluß knüpfen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Meine Freunde werden bei der zweiten Lesung ihre Stellung zum Nachtragsetat eingehend begründen. Ich will jetzt nur darauf hinweisen, daß auch wir in Übereinstimmung mit mehreren Rednern aus diesem Hause eine genaue Spezialisierung fordern, daß die vorgeschlagene **Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten** uns viel zu hoch erscheint, weil wir von der Auffassung ausgehen, daß gerade eine sozialistisch-demokratische Regierung unter allen Umständen auf Einfachheit und Beseitigung allen Prunkes halten muß. Die Parallele, die Herr Graf v. Posadowsky gezogen hat zwischen dem Reichspräsidenten und den Präsidenten anderer Staaten oder gar zu Königen kann für uns in keiner Weise maßgebend sein.

Zum **Notetat** werden wir heute bereits eingehender Stellung nehmen. Die Regierung fordert 3 Milliarden Mark für die nächsten Monate, und die Bewilligung dieses Kredits bedeutet ein Vertrauensvotum für die Regierung. Es erhebt sich deswegen für uns die Frage, ob wir in der Lage sind, der Regierung dieses Vertrauen auszusprechen.

Die **politischen Zustände** sind im Deutschen Reiche augenblicklich so, wie selbst nicht in den schwersten Zeiten des Kriegs. Der **Belagerungszustand** ist über viele Teile Preußens verhängt. In Berlin besteht zurzeit noch der verschärfte Belagerungszustand, die außerordentlichen Kriegsgerichte verrichten ihre Arbeit Tag für Tag, und dieser verschärfte Belagerungszustand wird ganz einseitig gehandhabt, wie gerade die gestrige Rede des Herrn Ministerpräsidenten uns noch einmal ins Gedächtnis eingeprägt hat. Während man denjenigen

Herren, die sich im Sportpalast, im Zirkus Busch, im Blüthnersaal vereinigten, von denen man wissen mußte, daß sie diese Gelegenheit zu großen Demonstrationen ausnutzen würden, die Straße freigab, hat man selbst geschlossene Versammlungen, die die rechtssozialistische Partei in Berlin angemeldet hat und mit Genehmigung abhielt, von militärischer Seite zu hindern gesucht. In einen Zahlabend der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei sind Soldaten eingedrungen und haben Gewalt gegen diejenigen anzuwenden versucht, die sich in erlaubter Weise versammelt hatten. Die Regierung hat das Verbot zweier Zeitungen, der „Republik" und der „Freiheit", ausgesprochen. Meine Fraktion hat an die Regierung die Frage gerichtet, welche konkreten Tatsachen sie für das Verbot angeben könne. Das Verhalten der Regierung war um so auffallender, als das Verbot unbegrenzt ausgesprochen wurde, während selbst Graf Hertling die Verfügung erlassen hatte, daß erstens eine Ankündigung des Verbots stattzufinden habe und daß das Verbot regelmäßig nicht länger als für drei Tage bestimmt sein sollte. Wir haben es erlebt, wie auf diese von uns gestellte Frage der Vertreter der Regierung, Herr Major v. Gilsa, eine Antwort gegeben hat. Er hat es sich herausgenommen, in höhnendem Tone mit allgemeinen Redensarten darüber hinwegzugehen, ohne die Frage selbst zu beantworten. Es wird — das kann ich dem Herrn Major v. Gilsa sagen — der Tag kommen, an dem ihm dieser Ton in der Kehle stecken bleiben wird. Was hat er denn gesagt? Er hat erklärt, daß die Zeitungen gemeingefährlich gewesen seien. Der Herr Reichswehrminister Noske hat schon vor einigen Tagen, als er vor Eintritt in die Tagesordnung hier das Wort ergriff, so daß man ihm nicht antworten konnte, eine ähnliche Bemerkung gemacht. Und was hat er dann zur Begründung seiner Auffassung getan? Er hat einen Artikel nicht aus diesen beiden verbotenen Blättern, die hier erwähnt worden sind, der „Republik" und der „Freiheit", vorgelesen, sondern einen Artikel aus einem anderen Blatte, der „Roten Fahne". Dieser Artikel, den er verlesen hatte und der gar nicht das Verbot der beiden anderen Blätter irgendwie zu rechtfertigen geignet war, enthielt weiter nichts als eine Kritik der Regierung, zu der in allen Zeiten, mindestens aber in der Revolution, jede Partei berechtigt sein soll. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber die **Regierung** und ihre Handlanger haben auch nicht haltgemacht vor dem **Recht der Nationalversammlung.** Am 4. März hat man es in Halle gewagt, in die Wohnung des Mitgliedes dieses Hauses, des Abgeordneten Koenen, einzudringen und diese Wohnung zu durchsuchen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Am 6. März hat man dieses Verfahren wiederholt. Am 13. März ist man, während ich hier in Weimar war, in meine Wohnung eingedrungen.

Zwanzig Soldaten etwa rückten in Begleitung von einem Polizeibeamten an. Ein Maschinengewehr wurde auf der Straße aufgestellt und gegen das Haus gerichtet. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dann ist meine Wohnung von einem Hauptmann und einigen Soldaten in Gegenwart des Polizeibeamten durchsucht worden. In ganz gleicher Weise ist man an diesem Tage gegen das Mitglied dieses Hauses, meinen Parteifreund Dr. Cohn, vorgegangen, und da niemand in seinem Hause war, hat man das Haus gewaltsam erbrochen. (Wiederholte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Alle diese Vorgänge verstoßen gegen den § 5 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, die Verfassung, die dieses Haus sich selbst gegeben hat. Wenn in früheren Zeiten außergewöhnlicherweise infolge einer Ungeschicklichkeit eines Beamten einmal ein solcher Versuch gemacht wurde, dann haben alle Parteien ohne Ausnahme Widerspruch dagegen erhoben, weil es sich nicht um die Verletzung eines individuellen Rechts, sondern um den Bruch des Rechts der verfassunggebenden Versammlung selbst handelt. Aber auf Gesetz und Verfassung pfeifen die Soldaten, die von dem Herrn Reichswehrminister zur Erfüllung seiner Aufgaben geworben worden sind, wie ich mir erlauben werde noch nachzuweisen.

In Berlin sind, soweit ich es habe feststellen können, wohl schon über tausend Personen in diesen letzten Wochen verhaftet worden. Einem Rechtsanwalt — und zwar einem Rechtsanwalt, der nicht zu meiner Partei gehört — ist in einem Militärbureau eine **Verfügung** in die Hände gekommen, über die ich den Herrn **Reichswehrminister Noske** um eine Auskunft bitte. Ich kann trotz aller auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen nicht glauben, daß sie echt ist, daß sie von ihm stammt. Es hieß in dieser Verfügung:

> Auf Befehl des Herrn Reichsminister Noske sind zu verhaften alle Mitarbeiter der „Roten Fahne", alle Mitglieder der kommunistischen Partei, die eine maßgebende Rolle spielen und Einfluß auf einen größeren Personenkreis haben.

Wäre diese Verfügung echt, so würde sie das Skandalöseste sein, was wir überhaupt in der Welt erlebt haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In allen Staaten haben zwar die herrschenden Gewalten gegen andere Parteien Tendenzprozesse eingeleitet. Aber bisher hat man doch allemal bei den Herrschenden soviel Schamgefühl gehabt, daß man wenigstens die Absicht, einen Tendenzprozeß anzustrengen, zu verdecken suchte. Hier dagegen soll jemand nach der ausdrücklichen Ankündigung verhaftet werden, nicht weil er etwas Strafbares getan hat, sondern lediglich weil er Mitarbeiter einer Zeitung ist. Ohne Rücksicht darauf, was er für diese Zeitung geschrieben hat, nicht wegen einer strafbaren Handlung, sondern weil er hervorragendes Mitglied einer Partei ist.

Die Verhaftungen erfolgen nach schwarzen Listen, die die alten aus dem Versteck wiederum aufgetauchten Polizeispitzel aufgestellt haben, und sie sind aus ihrem Versteck hervorgekommen, weil sie Morgenluft wittern. (Zuruf links: Und wie steht es mit den Geiseln in München?!) — Ich habe gar keinen Anlaß, auf eine Frage, die Sie aufwerfen, nicht einzugehen; ich werde mir aber den Zusammenhang meiner Rede nicht wie das vorige Mal durch Zwischenrufe von Ihrer Seite zerstückeln lassen!

So wurde in Berlin ein bekannter Buchhändler verhaftet, der keine Rolle im politischen Leben spielt, nur weil man annahm, daß er Bolschewist sei, da er aus Rußland stammt. In Wahrheit hat er sich stets gegen den Bolschewismus ausgesprochen und ist politisch harmlos. Nach einigen Tagen wurde er entlassen mit der Erklärung, man habe ihn mit seinem Bruder verwechselt; dann wurde sein Bruder, ein bekannter Schriftsteller, der literarisch in entschiedenster Weise innerhalb Deutschlands den Kampf gegen den Bolschewismus von November 1917 ab führt, in Haft genommen und tagelang festgehalten, bis es gelang, den Behörden erst begreiflich zu machen, daß sie auch hier rein wahllos auf die Denunziationen eines dieser Polizeispitzel hin einen Mann verhaftet hatten, der gerade im anderen Lager stand, als man vermutet hat.

Die Denunziationswut hat einen Umfang erreicht, wie nach meiner Kenntnis der Geschichte nur noch zu Zeiten des Verfalls des römischen und des griechischen Reiches. Die Sykophanten und Delatoren haben noch niemals im Deutschen Reiche solche Erfolge gehabt wie jetzt. Bei vielen dieser Verhaftungen zeigt sich eine ganz besondere Eigentümlichkeit. Wir kannten zwar im Deutschen Reiche unter dem Belagerungszustand entweder Verhaftungen, die ausgingen von Polizeibehörden, Staatsanwälten oder Gerichten, oder Verhaftungen auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes. Vielen der Verhafteten ist es jetzt nicht möglich, zu erfahren, ob sie in gerichtlicher Untersuchungshaft sich befinden oder auf Grund des Schutzhaftgesetzes verhaftet worden sind. Die Verteidiger laufen von einer Behörde zur anderen, und öfters wird ihnen die Auskunft gegeben, daß weder die eine noch die andere nach unseren Gesetzen zulässige Haft vorliegt, sondern eine ganz neue Art von Haft, eine militärische Haft, die auf Grund von Willkür der Militärbehörden verhängt wird.

Nun ist es zwar im Kriege vorgekommen, daß innerhalb des Okkupationsgebietes im Elsaß sich die Generäle das Recht zulegten, auch eine Haft zu verhängen, die außerhalb des Rahmens der Schutzhaft lag. Aber fast alle Parteien haben diesen Anspruch der Militärbehörden zurückgewiesen. Jetzt liegt es in Berlin so, daß vielfach die Verhafteten nicht wissen, an wen sie eine Beschwerde einreichen sollen, um ihre Unschuld darzutun und damit in die Freiheit zu kommen, weil

weder die Gerichte zuständig sind, noch das Reichsmilitärgericht. Im Dezember des Jahres 1916 haben sämtliche Parteien des alten Reichstags es für notwendig gehalten, trotz jenes Weltkrieges, der auch das Innere aufs tiefste erschütterte, zu verlangen, daß, wenn die Schutzhaft verhängt wird, der Verhaftete einmal einen Haftbefehl erhalten muß, in dem die bestimmten Tatsachen aufgeführt werden, die zu seiner Verhaftung geführt haben, zweitens: daß er innerhalb 24 Stunden vom Richter verhört werden und ihm die Möglichkeit gegeben werden muß, durch einen Verteidiger die Akten einzusehen. Alle diese gesetzlichen Bestimmungen, die man in schwerer Zeit unter dem alten Regime errungen hat, sind einfach jetzt beseitigt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man ist aber noch weiter in Deutschland gegangen, weiter als je bisher, man hat das sogenannte Standrecht eingeführt. Der Reichswehrminister hat eine Verfügung erlassen: „Wer mit Waffen in der Hand kämpfend angetroffen wird, wird erschossen.“ Dieser Befehl war, wie ich feststelle, bei seiner Übermittlung an die Presse bereits mit der Überschrift „Standrecht“ versehen. Es ist nicht richtig, wie im preußischen Abgeordnetenhaus der Herr Justizminister darzustellen versucht hat, daß die Presse erst aus Mißverständnis diese Verfügung als ein Standrecht charakterisiert hätte. Freilich, das ist richtig: es ist kein Standrecht. Es ist überhaupt kein Recht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Denn zum Standrecht gehört jedenfalls ein gerichtliches Verfahren, wenn auch ein Verfahren, das sich schleunig, in abgekürzter Form abwickelt, aber immerhin ein gerichtliches Verfahren, bei dem der Beschuldigte das Recht hat, sich zu rechtfertigen und Beweismittel zur Stelle zu schaffen. Hier dagegen wird den Soldaten die Erlaubnis gegeben, ohne gerichtliches Verfahren denjenigen niederzuknallen, der mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen ist. (Zurufe: Kämpfend!) Wie diese Verfügung aufgefaßt worden ist — und darauf kommt es an — (Zurufe: Nein! nein!), das werden Sie sehen. Von einem Reichswehrminister erwartet man, daß er Verfügungen erläßt, deren Sinn ganz klar ist, namentlich wenn es sich um das Leben von Menschen handelt. Daß, wenn zwischen Parteien gekämpft wird, die sich mit den Waffen gegenüberstehen, während des Kampfes jeder Teil das Recht hat, auf den anderen zu schießen, das ist so selbstverständlich, daß darüber eine Verfügung nicht erlassen zu werden braucht. (Zurufe rechts.) In Wahrheit ist diese Verfügung anders aufgefaßt worden, man hat wehrlose gefangene Soldaten, wie sich ergeben hat, erschießen lassen. (Hört! hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wehrlose Gefangene zu schonen und sie nicht niederzumachen, ist ein Gebot der gesamten Kulturmenschheit aller zivilisierten Staaten. (Wiederholte Zurufe rechts.) Diese

Verfügung ist von den Soldaten dahin aufgefaßt und in dem Sinne ausgeführt worden, daß Pardon nicht gegeben werden soll, und dieser Grundsatz: „Pardon wird nicht gegeben!" — muß als eine Barbarei abgelehnt werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Die Verfügung geht gegen das positive, bei uns bestehende Recht. Nach dem Belagerungszustandsgesetz ist auch der Mord, ist das Kämpfen mit der Waffe in der Hand, zur Aburteilung vor ein außerordentliches Kriegsgericht zu bringen. Wollte die Regierung an diesem Rechtszustand nicht festhalten, dann war es ihre Aufgabe, ein abänderndes Gesetz in der Nationalversammlung zu beantragen, niemals aber durfte der Reichswehrminister sich über den Rechtszustand hinwegsetzen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn er erklärt hat: „Auf juristische Tüfteleien lasse ich mich nicht ein", so ist das eine Verachtung des Rechtsgedankens, wie sie bisher von keinem Kriegsminister geäußert worden ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe.) — Sie rechtfertigen es also, daß etwa derjenige, der sich ergibt, nachdem er im Bürgerkriege gekämpft hat, niedergemacht wird, oder wollen Sie, daß er vor ein Gericht kommt? (Zurufe.) — Nun, fragen Sie Ihre eigenen Kollegen, Herr Falk, lesen Sie die Artikel des Rechtsanwalts Werthauer und anderer, die genau wie ich die Sache dargestellt haben. Es handelt sich bei den Schriftstellern um Juristen, die sich durch Scharfsinn und Gewissenhaftigkeit auszeichnen.

Aber es ist noch viel Schlimmeres passiert, und daran kommen Sie nicht vorbei. Dem Reichswehrminister ist die **Gardekavallerieschützendivision** gefolgt und hat noch einen **besonderen Befehl** erlassen. Sie hat unter anderem in diesem Befehl für den 10. und 11. März angeordnet:

> Aus Häusern, aus welchen auf Truppen geschossen wird, sind sämtliche Bewohner, ganz gleichgültig, ob sie ihre Schuldlosigkeit beteuern oder nicht, auf die Straße zu stellen und in ihrer Abwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen. Verdächtige Persönlichkeiten, bei denen tatsächlich Waffen gefunden werden, sind zu erschießen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich frage, ob jemand es wagen wird, auch diesen Befehl zu rechtfertigen: verdächtige Personen, ganz gleichgültig, ob sie schuldig sind oder nicht, sollen, wenn in ihren Wohnungen Waffen gefunden werden, erschossen werden. Also nicht der Kämpfende, sondern derjenige, der sich im Besitz der Waffen befindet und der nach den bestehenden Gesetzen nur mit Geld- oder Gefängnisstrafe belegt werden kann. Es sind Hunderte von Personen gegen das Gesetz hingerichtet worden, ohne Beweis ihrer Schuld, ohne jedes Gerichtsverfahren.

Am allergrauenvollsten ist der Mord, der in dieser Atmosphäre vollzogen worden ist an 24 **Matrosen** in der **Französischen Straße** in Berlin am 11. März. (Zuruf: Halle!) — Seien Sie überzeugt: ich

gehe auf Halle noch ein. Sie brauchen nicht so ungeduldig zu sein. Zunächst bin ich noch bei Berlin, von da komme ich nach Halle. — Es wird heute gar nicht mehr bestritten, daß diese 24 Matrosen schuldlos erschossen worden sind. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Berichte der Augenzeugen sind erschütternd. Es heißt darin:

> Die Erschießenden gingen in der Weise vor, daß auf die Gefangenen zuerst eine Salve und hierauf Schnellfeuer gegeben wurde. Viele der Gefangenen flehten vor der Erschießung händeringend um ihr Leben. Ein Teil bat im Interesse ihrer Angehörigen um Schonung. Alles Bitten und Flehen war jedoch vergeblich. Nach dem Schnellfeuer lag in der Ecke ein ganzer Menschenknäuel, ein Teil der Erschossenen regte sich noch. Die Überlebenden wurden hierauf durch Pistolenschüsse vollends erledigt. Unter den Erschossenen befanden sich zwei Zahlmeister, ein Herr Libau, der im Oberleutnantsrang stand und mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet war, und ein Herr Jakubowski. Diese beiden waren die einzigen, die in ihrem Bureau Waffen hatten, aber dazu berechtigt waren. Dafür spricht ein Ausweis von der Kommandantur, den sie zu diesem Zweck bekommen hatten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Alle anderen wurden, ohne daß sie Waffen hatten, in das Bureau hineingelassen und dann in der von mir angegebenen Weise reschossen, obwohl sie mit dem Aufstande gar nichts zu tun hatten. (Hört! hört! und erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein anderer Augenzeuge berichtet,

> daß minutenlang auf uns gefeuert wurde, daß das Schreien und Jammern, das zu uns heraufdrang, entsetzlich war. Selbst einem Feldwebel der Regierungstruppe, der die zurückgebliebenen Gefangenen bewachte, traten die Tränen aus den Augen; er sagte, daß er an allen Fronten gekämpft und viel Furchtbares erlebt habe, aber zu einer derartigen Henkersarbeit würde er sich nie hingeben. Hingerichtet worden ist ein junger Matrose, der seinem eigenen Vater, wie dieser berichtet, vorher schon am 8. März mitgeteilt habe, er habe in der Bendlerstraße erfahren, daß die Matrosen, die sich am 11. März in der Französischen Straße ihre Löhnung holen sollten, gepackt werden sollten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Trotz alledem ging er schuldlos und reinen Gewissens dorthin, um auch seine Löhnung zu holen. Er glaubte insbesondere, wie sein Vater berichtet, daß ihm gar nichts passieren könne, da er so gute Beziehungen zur Bendlerstraße habe, und doch wurde auch er hingemordet. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unglaublich!)

Sie haben wohl die Berichte gelesen, die nicht ein sozialdemokratischer Anwalt, sondern ein bürgerlicher Anwalt, Rechtsanwalt Wittner, im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht hat:

> Einen alten, 61jährigen Mann, namens Abrahamson, der in seiner Wohnung einen Revolver hatte, dessen Vorhandensein er anfangs abgeleugnet, dann aber zugestanden hatte, nahm man und erschoß ihn auf der Stelle.

Der alte Mann hatte den Revolver, weil er fürchtete, daß bei ihm ein Einbruch stattfinden könnte. Er wollte sich zu diesem Zwecke schützen.

Schrecklich ist der Fall, den der Rechtsanwalt Wittner über den **Klempnermeister Wallmann** berichtet. Wallmann ist vor kurzem aus dem Felde zurückgekehrt. Er ist — heißt es in dem Bericht — ein angesehener Mann von deutsch-nationaler Gesinnung. Er besaß ein deutsches Infanteriegewehr, das er abgegeben hat, als die Aufforderung zur Waffenabgabe erfolgte. Außerdem hatte er aus dem Felde ein französisches Infanteriegewehr mitgebracht, das beschädigt und unbrauchbar war. Dieses wurde ihm bei der Waffenabgabe gelassen, und es wurde ihm eine Bescheinigung darüber erteilt. Zu dem französischen Gewehr besaß er einige französische Patronen. Ferner hatte er als Andenken zwei Eierhandgranaten, die er als Briefbeschwerer benutzte, nachdem die Füllung entfernt war. Endlich ist er seit vielen Jahren im Besitz einer Browningpistole, die er aus Liebhaberei angeschafft hatte. Er hatte sie im Ofenrohr versteckt und bei der Haussuchung ihren Besitz nicht angegeben. Ein Leutnant Szekalla wies ihn darauf hin, daß er ihn erschießen lassen würde, wenn er Waffen finden würde. Als der Leutnant fragte, ob er Waffen besitze, sagte er „jawohl" und holte den Browning herbei. Trotz alledem wurde er von seiner Braut gerissen und auf Befehl des Leutnants im Pferdestall erschossen. (Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unerhört!)

In diesem Falle wie in einer Reihe anderer Fälle sind außerdem die Erschossenen noch ihrer Stiefel, ihres Geldes, zum Teil anderer Gegenstände beraubt worden.

Ich will noch einige Fälle der Erschießung erwähnen. Der **Arbeiter Hoffmann** in der Andreasstraße wurde gesucht. Man fand ihn nicht zu Hause, aber seinen 24jährigen Sohn Karl Hoffmann mit seiner Braut. Karl Hoffmann ließ sich von seiner Braut die Schlüssel zur Stubentür geben und zeigte unaufgefordert den Soldaten einen Karabiner, der im Kleiderschrank war. Diesen Karabiner wollte er, wie er behauptet, am Abend vorher im Hausflur vorgefunden haben und am Tage der Haussuchung haben abgeben wollen. Da die Straße gesperrt war und sie niemand betreten durfte, konnte er die Absicht nicht ausführen. Er wurde dann mit Kolbenstößen traktiert, hinausgebracht auf den Flur, auf die Straße getrieben und durch mehrere Schüsse hinterrücks erschossen.

Ebenso ging es dem **Tischler Richard Borchardt** in seiner Wohnung. Er wurde von zwei Soldaten gefragt, ob aus seiner Wohnung geschossen worden sei. Er verneinte das. Die Wohnung wurde nach Waffen durchsucht, es war nichts vorhanden außer einem russischen Patronenrahmen ohne Munition, den er im Jahre 1914 von einem Verwandten als Andenken aus dem Felde zugesandt erhalten hatte. Es war ein harmloser Fund. Dennoch wurde er von einem Soldaten an den Ofen gestellt, zunächst mit dem Revolver auf den Kopf geschlagen, so daß er stark blutete. Am Dienstag, den 13. März, suchten

seine Angehörigen, da er nicht zurückkam, nach ihm und fanden ihn schließlich im Leichenschauhaus. Er war durch einen Schuß durch den Kopf getötet worden. Er hatte sich niemals politisch betätigt.

Der „Vorwärts" hat berichtet, daß zwei Leute, Paul und Alfred Dänschel, Vater und Sohn, der eine 45, der andere 19 Jahre alt, die zwei Handgranatenstiele aus der Fabrik mitgenommen hatten, deswegen aus dem Bett heraus verhaftet, fortgebracht und kurz darauf erschossen worden sind. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Zuruf: Furchtbar!) Auch der Zigarrenhändler Johannes Müller wurde standrechtlich erschossen. Waffen wurden bei ihm gesucht, er hatte keine Waffe, es wurde auch keine gefunden, wohl aber ein Mitgliedsbuch der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und ein paar Schriften über die russische und die letzte französische Revolution. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das genügte, um ihn auf Grund der angezogenen Befehle seines Lebens zu berauben.

Vielleicht werden Sie jetzt zugeben, daß die Befehle denn doch nicht so harmlos sind, wie einige von Ihnen sie darzustellen am Anfang Lust hatten.

Überall, wohin die Truppen kommen, bringen sie erst die Unruhe hinein. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe: Natürlich! bei den Mehrheitsparteien.)

Ganz charakteristisch ist ja das **Vorgehen in Adlershof** gewesen. Eine große Razzia sollte veranstaltet werden. Panzerautomobile, Kanonen, schwere und leichte Maschinengewehre wurden mitgebracht. Man packte, wen man packen konnte, darunter ein Mitglied der Preußischen Nationalversammlung und der dortigen Stadtverordnetenversammlung, das bekannte Mitglied der rechtssozialistischen Partei Kloth. Dieses Vorgehen war so skandalös, daß die gesamte Bürgerschaft einstimmig — also auch sämtliche Bürgerlichen — sich dagegen auflehnten, daß man in dieser Weise vorgegangen sei. Es heißt in diesem Beschluß:

> Der Gemeindevorstand kann nicht einsehen, daß auch nur der geringste Grund vorgelegen hat, die Einwohner durch derartige Maßnahmen zu brüskieren. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Adlershofer Arbeiter- und Soldatenrat hat es sich stets angelegen sein lassen, im Interesse der Bürgerschaft zu wirken. Diese Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats ist auch von den Behörden mehrfach anerkannt worden. Um so bedauerlicher ist es, daß die Gemeindevertretung feststellen muß, daß das Mitglied der Preußischen Nationalversammlung Emil Kloth auf offener Straße verhaftet worden ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Gemeindeversammlung protestiert dagegen, daß die Bevölkerung von Adlershof in so rücksichtsloser Weise beunruhigt wird. Sie ersucht die Reichs- und Staatsbehörden, dahin zu wirken, daß derartige Vorkommnisse ohne Grund in Zukunft unterbleiben.

Ich könnte diese Darstellung durch Hunderte von Beispielen ähnlicher Art belegen; ich will es daran genug sein lassen.

Das Vorgehen gegen die **Marinedivision** in Berlin, die **Erschießung** dieser unschuldigen 24 **Matrosen**, kann gar nicht anders erklärt werden, als daß man Rache an denjenigen nehmen wollte, die zur Revolutionstruppe gehörten (lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß man sich an denjenigen rächen wollte, die im Vordertreffen der Arbeiterbewegung und der Soldatenbewegung standen, als die Revolution im November vorigen Jahres ausbrach. Man wollte in diesen Matrosen die Revolution selbst treffen. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Hier handelt es sich nicht darum, daß in der Leidenschaft des Kampfes, im Affekt vorgegangen worden ist, sondern daß nach kaltblütiger Berechnung die Menschen gequält, mißhandelt und dann hingeschlachtet worden sind. Diese Arbeit begann mit der brutalen, bestialischen Art, in der man Rosa Luxemburg zunächst mißhandelte und dann beseitigte, mit der brutalen Art, in der ein Soldat Liebknecht schlug und in der ihn dann Offiziere erschossen.

Ich glaube: jeder, ohne Unterschied der Parteistellung, der menschlich fühlt, wird das Gefühl haben, daß durch diese Taten die Menschheit selbst geschändet wird (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und daß man diese Täter nicht mehr als Menschen, sondern als ganz vertierte Subjekte bezeichnen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Hier handelt es sich in der Tat um einen Kannibalismus, gegen den ein jeder Front machen muß, ganz gleich, welche politische Stellung er einnimmt. (Zurufe von den Mehrheitsparteien: Spartakisten? Und die Spartakusleute?) — Wollen Sie von den Spartakusleuten etwas hören, so will ich es Ihnen schon an dieser Stelle sagen, obwohl ich später noch darauf zurückkomme. Die Matrosen, die Sie „Spartakusleute" zu nennen belieben, obwohl unter ihnen Anhänger aller Parteien sind, hatten am 6. Dezember das Mitglied dieses Hauses, den damaligen **Kommandant Wels** verhaftet. Sie hatten sich mit ihm in den Marstall verschanzt. Er hat dort eine böse Nacht gehabt, er ist wohl bedroht worden. Aber obwohl die Matrosen mit schwerer Artillerie beschossen wurden, und obwohl es in dieser Situation menschlich begreiflich gewesen wäre (lebhafte Rufe von den Mehrheitsparteien: Aha!), — Meine Herren, hören Sie doch zu! (Erneute Zurufe von den Mehrheitsparteien und rechts.) — Ich sage, wenn es auch menschlich begreiflich gewesen wäre — (erneute Rufe von den Mehrheitsparteien und rechts; Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten) — Sie wollen nicht hören. — Wenn es auch menschlich begreiflich gewesen wäre, daß in dem Kampf, der gegen die Matrosen eröffnet war, Wels zugrunde gegangen wäre, auch ohne Schuld dieser Leute, so haben wir mit Freude feststellen können,

daß Wels noch heute gesund in unserer Mitte ist. (Bewegung und Zurufe.) — Nein, das ist zweierlei Maß. Ich verurteile Roheiten auf allen Seiten. Ich hebe aber mit Recht hervor, daß die Matrosen im Dezember vorigen Jahres anders gehandelt haben als jetzt die Freiwilligenverbände. Und hat jemals Rosa Luxemburg, hat jemals Liebknecht sich irgendwo an jemand vergriffen? (Erregte Zurufe.) — Es ist nicht wahr, daß sie dazu aufgefordert haben. (Stürmische Zurufe.) Von Rosa Luxemburg ist es sogar bekannt, daß sie sich gegen den letzten Putsch bis zuletzt ausgesprochen hat (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), so entschieden, wie sie es nur konnte. (Lebhafte Zurufe.)

Verehrte Versammlung! Was war denn der Anlaß für den Befehl des Reichswehrministers, der das geschilderte Unglück herbeigeführt hat? Es wurde die Behauptung aufgestellt, daß am 9. März im **Polizeipräsidium in Lichtenberg** 60 Soldaten und Beamte, zum größten Teil Beamte, fortgeschleppt und bestialischerweise von Spartakisten niedergeschlagen worden seien. Die „B. Z." wurde amtlich aufgefordert, einen Bericht darüber zu bringen und, wenn schon die Zeitung fertiggestellt sei, ein Extrablatt zu veröffentlichen. Sie trug Bedenken, aber die Gardekavallerie-Schützendivision bestätigte die Nachricht. Mit derselben Vorsicht ging das „Berliner Tageblatt" vor. Es fragte noch im Ministerium des Innern an. Regierungsrat Doyé, der Dezernent für das Polizeiwesen im Ministerium, erklärte, daß das richtig sei (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und es wurde gewünscht, daß der Bericht gebracht werde.

Sie alle, die Sie aus Berlin sind, ja Sie alle, die Sie die Zeitungsberichte über die Lichtenberger Vorgänge gelesen haben, wissen, wie aufpeitschend der Bericht gewirkt hat, wie er überall eine Stimmung des Zorns und des Ingrimms gegen die Marinedivision, gegen die Republikanische Soldatenwehr und diejenigen Arbeiter, die sich ihnen angeschlossen hatten, ausgelöst hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es war in der Tat in Berlin eine Pogromstimmung, die das Allerfürchterlichste besorgen ließ. (Bewegung.) In dieser Stimmung, die so erzeugt wurde, ist dann auch jenes Entsetzliche geschehen. Der Herr Reichswehrminister Noske hat in jener Rede, die heute bereits erwähnt wurde, erklärt, daß diese Berichte von der Sensationspresse aufgebauscht worden seien. Inzwischen ist von der gesamten Presse festgestellt worden, daß die Presse unschuldig sei, daß die Behörde geradezu aufgefordert habe, diese Berichte zu bringen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Gardeschützendivision immer an der Spitze. Was hat sich aber herausgestellt? Zunächst hat der Oberbürgermeister Ziethen die Erklärung abgegeben, daß bei den Vorgängen in Lichtenberg im ganzen zwei Polizeibeamte zu

Tode gekommen seien, dabei der eine im Kampf, wie festgestellt, der andere allerdings, wie angenommen werden müsse, als Wehrloser niedergeschlagen worden sei. Freiherr v. Solmuth, der Polizeipräsident, hat eine ähnliche Erklärung abgegeben.

In diese Stimmung kamen dann die wildesten Gerüchte, die die Erregung immer weiter steigern mußten. So wurde behauptet, daß das Volkstheater am Bülowplatz die Stätte erbitterter Kämpfe geworden sei, daß Spartakisten eingedrungen seien. Nichts davon ist wahr gewesen. Kein Mensch ist im Theater gewesen. Bei einem Kampf ist eine kleine Beschädigung vorgekommen, die aber nicht gehindert hat, daß nachher sofort wieder gespielt werden konnte.

Wie ist dagegen in Berlin durch Regierungstruppen gehaust worden? War es denn nötig, daß man die Mordinstrumente der modernen Kriegstechnik in der Stadt Berlin auffahren mußte, daß man die Granaten, die Minenwerfer, die Luftbomben in Bewegung setzen mußte? Bei ruhiger Beurteilung kann kein Mensch das behaupten. Es wird erklärt, daß **Spartakus diesen Putsch verursacht** hat. Als Gegner des Spartakusbundes muß ich hervorheben, daß das nicht wahr ist. Hauptmann v. Moyzysovicz hat in der Pressekonferenz wörtlich gesagt: die Führer und Anhänger der Unabhängigen waren gegen den Aufruhr. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ebenso hielten die Führer der kommunistischen Partei die Zeit für den von langer Hand vorbereiteten Aufruhr zur Durchführung ihrer Ziele noch nicht für gekommen. (Ah! links.) Ein Führer der spartakistischen Partei, Herfurth, der dem Arbeiterrat angehört und sich niemals gescheut hat, seine Meinung auszusprechen, hat erklärt, daß seine Partei nichts damit zu tun gehabt habe. Alles spricht dafür, daß es sich hier um einen **Kampf** gehandelt hat, der **ausgegangen** ist **von der Marinedivision und der republikanischen Soldatenwehr**, die lange Zeit treu ergeben der Regierung waren. Sie fühlten sich von der Regierung zurückgesetzt gegenüber den Freiwilligen-Verbänden, die nachträglich geschaffen waren. Das rechtfertigt natürlich in keiner Weise das Vorgehen, beweist aber, daß es sich nicht um eine Aktion handelt, bei der politische Parteien beteiligt sind. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wie in Berlin ist es in Halle zu fürchterlichen Ereignissen gekommen. Die Art und Weise, wie Oberst v. Klüber behandelt worden ist, hat uns alle mit Abscheu erfüllt, und wir haben diesem Abscheu Ausdruck gegeben. Aber genau so ist es anderen gegangen, und ich nehme an, daß Sie sich ebenso wie über den Fall Klüber auch entrüsten, wenn es sich um einen einfachen Arbeiter handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So hat man den Arbeiter Plondra, den man in der Wohnung unseres Mitgliedes Koenen suchte, wo er nicht gewesen war, schließlich gefunden und hat ihn hinterrücks auf der Straße ermordet. Man hat dann ein zweites Mitglied der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Mäseberg, verhaftet. Man hat ihn jetzt vor wenigen Tagen in der Saale als Leiche gefunden mit Schüssen im Hinterkopf. Sie sehen also: ein ähnlicher Fall wie der Fall des Oberstleutnants v. Klüber. (Erregte Rufe und Gegenrufe zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich zitierte ja Ihr Blatt, Herr Kollege Thiele, die „Hallesche Volksstimme". Jetzt hat sich herausgestellt, daß bei diesen grauenvollen Vorfällen in Halle beteiligt sind zwei Spitzel, ein gewisser Hartung und ein gewisser Klaus, wie auch die „Hallesche Volksstimme" festgestellt hat; die haben sich in die Spartakusgesellschaft hineingedrängt, um dort die Spartakusanhänger aufzuputschen. Das ist bereits erwiesen. Später ist der eine von ihnen zu den Regierungstruppen übergegangen.

Daß man einem nicht unerheblichen Teil der **Regierungstruppen Schandtaten** zutrauen kann, dafür spricht ein Erlaß des Generals v. Winterfeldt, des Führers der 4. Infanteriedivision von Schneidemühl. In diesem öffentlichen Erlasse heißt es:

> „In den mir unterstellten Truppenteilen finden sich leider unlautere Elemente vor, welche trotz strengsten Verbotes sowohl bei der deutschen wie bei der polnischen Bevölkerung requirieren, stehlen, plündern und die Jagd ausüben."

Danach erst ist es mir klar geworden, mit welchem Grade von Recht leider die Ententekommission solche Vorwürfe gegen deutsche freiwillige Soldaten erhoben hat. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Spartakus dagegen ist ein harmloser Kegelklub!) — Ich habe über Spartakus gesprochen; die Mitglieder des Spartakusbundes, die wirklich durchgebildet sind, die von politischer Überzeugung getragen werden, haben — Sie kennen ja wahrscheinlich das Programm des Spartakusbundes — ausdrücklich den Terror und den Putsch abgelehnt. (Zurufe: Theoretisch!) Daß, wenn es zu Kämpfen gekommen ist, auf allen Seiten Entsetzliches vorgekommen ist, darüber ist kein Wort zu reden. Ist das aber eine Entschuldigung für die Regierungstruppen? Ist das eine Entschuldigung für die Regierung, die sich solcher Truppen bedient? Nein, die Regierung ist dafür verantwortlich und hat die Verantwortung zu tragen. (Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Ich kann aus meiner parlamentarischen Erfahrung nur das eine sagen, daß früher alle Parteien, wenn dergleichen geschehen wäre, die Regierung verantwortlich gemacht hätten. Selbst wenn es sich früher um einzelne Übergriffe handelt, haben wir die Regierung zur Rechenschaft gezogen. Hier aber handelt es sich nicht mehr, wie Sie gesehen haben, um einzelne Übergriffe, sondern um ein ganzes System schändlichster Art. (Große Unruhe und Zurufe.) — Wenn ich Ihre Zwischenrufe höre, so erinnere ich mich der Vorträge, die der jetzige Ministerialdirektor Rauscher in Verbindung mit dem Mitglied der

Deutschnationalen Volkspartei Herrn Traub im Jahre 1912 hielt, wo er unter Benutzung von Filmbildern darstellte, in wie grauenvoller Weise das zaristische Regime in Rußland waltet, wie die Gefangenen behandelt werden, wie Verhaftungen vorgenommen werden. Nun, ich kann nur sagen, daß dieses zaristische System bei uns aufgelebt ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen.)

In den Gefängnishöfen werden jetzt die wehrlosen Gefangenen mit Kolbenschlägen behandelt und mit Peitschen geschlagen, so daß die Anwohner das Jammern und Wimmern nicht anhören können, wie sie zu Dutzenden berichtet und wie Anwälte es festgestellt haben. Einen Gefangenen in Moabit, ein Mitglied der „Roten Fahne“, Jogisches, hat man, als er dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, im Gefängnisgebäude selbst erschossen. Er war der Freund von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Er war nach deren Tode der leitende Mann der „Roten Fahne“. Es war sehr vielen seiner Freunde und ihm selbst schon lange klar, daß, wenn er in die Gewalt derjenigen komme, die Liebknecht und Rosa Luxemburg umgebracht haben, auch sein Leben gefährdet sei. Die Befürchtung hat sich erfüllt.

Alle diese Vorfälle haben wesentlich dazu beigetragen, die Reaktion zu fördern. Uns war es keine Überraschung, daß am vorigen Sonntag im Zirkus Busch und im Sportpalast ein nicht unerheblicher Teil von Zuhörern lärmend die Rede des Ministers Erzberger unterbrach und Eduard Bernstein kaum mehr zu Ende sprechen ließ. Es ist uns nicht auffallend, daß im Blüthnersaale der **Nationalverband deutscher Offiziere** die Ihnen bekannte, uns jetzt noch wörtlich zugesandte Resolution gefaßt hat.

In dieser Resolution wird auch die **Entfernung** des „international gesinnten und gerichteten **Professors Schücking**“ aus der Friedenskommission und seine Ersetzung durch einen „zur Wahrung deutscher Interessen geeigneten Mann“ verlangt. Schücking wird als ein zur Wahrung deutscher Interessen ungeeigneter Mann bezeichnet — ein Mitglied der Deutschdemokratischen Partei! (Zurufe von den Deutschen Demokraten.) Es wird in der Resolution gefordert, daß die Entfernung des Professors Schücking geschehe, damit nicht durch feiges Zurückweichen die Begehrlichkeit und Raublust unserer Feinde gestützt wird.

Der bürgerliche Pazifismus ist nach meiner und meiner Freunde Auffassung unzulänglich in seinem Wirken. Aber unter seinen Vertretern war — das haben wir stets anerkannt — in den schwersten Zeiten Schücking ein mutiger Mann, der dem Kriegswahn entgegentrat ohne Rücksicht darauf, ob er gemaßregelt werde oder nicht. Wenn sich da diese Offiziere herausnehmen, den Mann als einen zur Wahrung deutscher Interessen Ungeeigneten so herabzusetzen, so kennzeichnet das lediglich diese Leute selbst. Schücking ist wissenschaftlich hervorragend

auf dem Gebiete des Völkerrechts. Seine Werke über die Haager Konferenzen sind überall im Auslande nicht nur bekannt, sondern sie werden mit Anerkennung genannt, und er ist in allen Ländern wegen seiner politischen Gesinnung und seiner wissenschaftlichen Bedeutung geschätzt. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Er wird sehr erfreut sein über Ihre Anerkennung! — Heiterkeit.) — Ob er darüber erfreut ist oder nicht, danach frage ich nie, ich spreche die Wahrheit aus (Lachen bei den Mehrheitsparteien), ohne zu überlegen, ob sie angenehm ist oder nicht. Ich halte es vor allen Dingen aber für eine Ehrenpflicht, wenn diese Resolution besprochen wird, doch auch des angegriffenen Mannes zu gedenken, ganz gleich, auf welcher Seite er sitzt. (Zurufe von den Deutschen Demokraten: Ganz überflüssig!)

Nun sind ja diese Vorgänge vom Sonntag nachmittag, insbesondere der **demonstrative Aufzug vor Ludendorff**, dem Herrn Ministerpräsidenten etwas in die Glieder gefahren. Aber er hat sich damit zu trösten gesucht, daß diese Offiziere ja nur ein Häuflein politisch urteilsloser Menschen seien. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Diese Reden habe ich während des Krieges manchmal gehört; auch damals hieß es, die Alldeutschen, die Annexionisten, seien ja nur ein Grüppchen. Der Herr Ministerpräsident sagte damals einmal etwa: wenn man sie alle aus Deutschland zusammentrommelte, hätten sie in einem kleinen Eisenbahnzug Platz. Er äußerte: wenn erst einmal Friedensverhandlungen angeknüpft würden, dann werde man sehen, wie groß der Einfluß der Mehrheit des damaligen Reichstags und insbesondere der Sozialdemokratischen Partei, wie jeden Einflusses bar dagegen jene kleine Gruppe sei. Als nun aber Brest kam, da war es diese Gruppe, die den ganzen Einfluß ausübte, und selbst der Herr Ministerpräsident ist bei der Verhandlung über den Brester Friedensvertrag gegen sie nicht einmal durch eine Neinstimme aufgetreten. Als es sich um den Friedensvertrag von Bukarest handelte, war der Einfluß jener Gruppe so gesteigert, daß sogar der Herr Ministerpräsident mit seinen Freunden für den von den Annexionisten lebhaft gewünschten, geförderten und durchgesetzten Vertrag eintrat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber es handelte sich auch, wie wir aus der Resolution ersehen haben, nicht nur um den Nationalverband der deutschen Offiziere, sondern es haben auch noch eine ganze Reihe anderer Vereine unterschrieben, darunter der Alldeutsche Verband, der Bund der deutschen Offiziersfrauen, der Deutschnationale Kolonialverein, der Wehrverein, der Verein deutscher Studenten, von anderen abzusehen. Es könnte dem Herrn Ministerpräsidenten, wenn er weiter des politischen Augenmaßes für die Wichtigkeit dieser Kreise entraten sollte, so gehen wie im Kriege, daß er in die Gewalt dieses Häufleins kommt. (Sehr wahr! bei den Unabhändigen Sozialdemokraten.)

Eine Frage möchte ich noch aufwerfen: glaubt denn ein Mensch hier in diesem Hause, glaubt der Herr Ministerpräsident namentlich, daß die Offiziere, die nicht in der Versammlung waren, anderer Meinung sind? Er wird sich doch darüber klar sein müssen, daß die Lüttwitz, Hülsen und Lettow-Vorbeck, und wie sie alle heißen, wie ein Mann geschlossen hinter Ludendorff stehen, wenn es darauf ankommt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdeokraten.) Und es sympathisieren mit ihm nicht nur die Offiziere, sondern auch, wie wir wissen, Parteien, über die man nicht so leicht hinweggehen kann, die Deutsch-nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei. Und hat nicht darüber hinaus im Lager der übrigen bürgerlichen Parteien Ludendorff nach wie vor große Verehrer, die für ihn einzutreten jederzeit gern bereit sind? Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn man diesen Vorgang als einen gleichgültigen, von einer kleinen Gruppe ausgehenden betrachten wollte.

Nun soll ja allerdings ein großes Werkzeug gegen **Ludendorff** angewandt werden: der **Staatsgerichtshof** soll kommen. Der Staatsgerichtshof wird Herrn Ludendorff nicht schrecken, ebensowenig die anderen. Ich selbst habe gleich nach der Revolution öffentlich ausgesprochen, daß zwar eine Aburteilung derjenigen erforderlich sei, die am Ausbruch und an der Verlängerung des Krieges die Schuld tragen, daß man sich aber bei diesem Urteilsspruch davor hüten solle, einfach Rache zu üben; man soll die Schuldigen der Schande des Volkes überlassen.

Im Auslande hat man die Situation schon viel früher, schon vor dieser Sonntagsversammlung sehr richtig erkannt. Eine Reihe von Blättern im neutralen Ausland hatten sofort, als Ludendorff nach Deutschland zurückkehrte, gewußt, was diese Glocke geschlagen hatte, und die „Baseler Nationalzeitung" schrieb:

> Schon hält Ludendorff die Entwicklung für weit genug gediehen, um Scheidemann und die Scheidemänner zu verdrängen. Noske und dessen Drahtzieher in den Freiwilligenregimentern, die treuen Kameraden Ludendorffs, sollen ihrem Herrn den Weg zur Macht wieder ebnen.

Und ganz nach diesem Programm setzte dann die Szene ein. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Sie glauben auch jeden Schwindel!) — Der Herr Kollege hat nicht die Fähigkeit, zu unterscheiden zwischen einem Schwindel und einer vernünftigen politischen Einsicht, und weil er diese Fähigkeit nicht hat, so hat er auch im Kriege niemals die Stimmen des Auslandes beachtet, und deswegen ist er in die Sackgasse hineingeraten und hat mit zu dem Unglück beigetragen, unter dem jetzt das deutsche Volk zu leiden hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es wäre sehr gut gewesen, wenn Sie auf die Stimmen des neutralen Auslandes geachtet hätten. Die „Baseler Nationalzeitung" ist ein Blatt, das gegen den Imperialismus in den

Ententeländern wie in Deutschland in gleicher Weise kämpft, das sich in der Tat rühmen darf, während dieser ganzen Zeit neutral gewesen zu sein. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Deshalb kann es doch Blödsinn sein, was der Berichterstatter schreibt!) — Das ist ja richtig; wie jemand Blödsinn reden kann, so kann jemand auch Blödsinn schreiben. (Heiterkeit.) Es kommt nur darauf an, festzustellen, wo der Blödsinn liegt. Meine Auffassung darüber habe ich nicht nur ausgesprochen, sondern auch begründet, während unbegründete Behauptungen an Wert verlieren.

Der „Vorwärts" hat endlich auch die Gefahr erkannt, er hat am 25. März erklärt:

> Das Treiben der Reaktion ist ein Skandal, der zum Himmel stinkt. . . . Die Reaktion hat die Großmut der Revolution nur mit Frechheit belohnt.

Der „Vorwärts" schreibt weiter:

> Darüber müssen wir uns klar sein: wenn die ungeheuer schwierige Mission, die unsere Partei am deutschen Volke zu erfüllen hat, in Gefahr gerät, so kommt das zum großen Teile daher, daß die Abrechnung mit der Rechten noch nicht gründlich genug war, daß der militaristisch-monarchistisch-alldeutsche Übermut unter der halbsozialdemokratischen Koalitionsregierung wieder in die Halme schießt und im Innern wie auch nach außen alle vernünftigen Absichten der Regierung zu durchkreuzen versucht, so wie er während des Krieges es mit dem bekannten Erfolg getan hat.

Daß der „Vorwärts" diese Gefahr nicht früher erkannt hat, hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir in diese Zustände hineingekommen sind.

Freilich, die Rede des Herrn Kollegen Heinrich Schulz hat den Grund für das bisherige Verhalten klargelegt. Er sprach von der **„gezügelten Revolution"**, und er vindizierte sich und seiner Partei das Verdienst, die Revolution gezügelt zu haben. Die Berliner sprechen, wenn sie am Schloß vorbeikommen und die bekannten Rosse vor dem Schlosse sehen, von dem „gehemmten Fortschritt und dem beförderten Rückschritt". Zu diesen beiden Symbolen ist nun nach Heinrich Schulz noch die „gezügelte Revolution" gekommen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Allerdings erklärt Heinrich Schulz ganz richtig: die Revolution wird nicht gemacht! Ganz sicher, sie kann nicht gemacht werden, wenn die Vorbedingungen nicht da sind. Aber so harmlos kann man doch die Sache auch nicht auffassen, wie er es tat: man läßt die Revolution kommen, faltet die Hände oder beschwört sie sogar. Aber ist sie dann doch ausgebrochen, nun dann nutzt man sie aus. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nein, man hat etwas zu tun, um den Fortschritt zu erzielen, der sich, als alles zusammenbrach, in der Revolution offenbart hat. Bloß die Hände in den Schoß legen (Zuruf von den Sozialdemokraten: das haben wir auch

nicht getan!) und warten, bis man die Situation ausnutzen kann, das ist eine herrliche revolutionäre Tat.

Der Herr Ministerpräsident Scheidemann hat, bevor er zum Angriff gegen die Rechte ausholte, auch noch einige Freundlichkeiten den sogenannten Radikalen von links, wie er sich ausdrückte, erteilt. Wir sollen behaupten — so sagte er —, das deutsche Volk habe gar kein Recht zum Protest gegen Vergewaltigungen; denn Brest-Litowsk und Bukarest seien Deutschlands Schuld. Es ist meiner Partei niemals eingefallen, dem deutschen Volke das Recht zum Protest gegen Gewalttätigkeiten abzustreiten. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben das deutsche Volk vielmehr zum Protest gegen Gewalttätigkeiten auch dann, wenn es nicht ungefährlich war, aufgerufen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber die Verkünder der Durchhaltsparole, die Anstifter und Begünstiger der Gewaltpolitik sind allerdings schlechte Vertreter solcher Proteste in den Augen der Welt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Daß das so ist, darüber ist der Herr Ministerpräsident Scheidemann ja wohl durch Parteifreunde wie auch durch andere Persönlichkeiten aus dem Auslande hinreichend belehrt worden. Wir haben allerdings, glauben wir, uns ein moralisches Recht durch unsere Haltung im Kriege erworben, gegen Gewalttaten der Ententeimperialisten aufzutreten. Wir werden von diesem Rechte Gebrauch machen und hoffen, daß, wenn wir nicht darin von anderen gestört werden, wir auch einige Wirkung — wenn auch bei den verfahrenen Zuständen nur geringe — erzielen werden. Wir haben während des Krieges jeden Imperialismus bekämpft. Sie brauchen nur die Reden meiner Freunde und meine eigenen, die im Reichstag über die auswärtige Politik gehalten sind, durchzulesen — Sie werden fast keine finden, in der wir nicht gegen die Chauvinisten, gegen die Jingos, gegen die Imperialisten aller Art in England, in Frankreich, in Italien, in Rußland, wie allerdings auch in Deutschland (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) scharf Stellung genommen haben, da wir uns vor Selbstgerechtigkeit stets gehütet haben. Der Herr Ministerpräsident mußte doch wissen, daß, wenn es sich um einen Kampf gegen Unrecht handelt, man stets auf uns zählen kann. Wir haben hier schon während der Tagung der Nationalversammlung zusammen mit allen Parteien dieses Hauses Resolutionen unterschrieben im Interesse der Kriegsgefangenen, gegen die Loslösungsbestrebungen in Rheinland-Westfalen, zugunsten des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland, und unsere Parteifreundin, Frau Zietz, hat in Übereinstimmung mit der gesamten Fraktion sich ebenfalls zugunsten der Gefangenen und für Aufhebung der Blockade mit den Frauen aller anderen Parteien eingesetzt. Man braucht also wirklich uns nicht dazu zu ermahnen und es irreführend so darzustellen, als ob wir diese Pflicht versäumt hätten.

Was wir allerdings stets bei solchen Aktionen tun, ist, daß wir dafür sorgen, daß alle chauvinistischen Tiraden und jede Anmaßung wegbleiben, auf daß nicht im Ausland alles verdorben wird, was man beabsichtigt hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der „Vorwärts" hat in jener von mir erwähnten Nummer vom 25. März ein Sündenbekenntnis abgelegt. Er hat erklärt, weshalb die Partei **die Kredite bewilligt** hat.

> Sie tat es unter der Bedingung, daß dieser Krieg als ein reiner Verteidigungskrieg geführt und als solcher so rasch als möglich beendet werden müsse. Das war ihr zugesagt. Man hat sie schamlos belogen und betrogen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gut, nehmen wir diese Erklärung an! Dann müssen wir doch den Vorwurf erheben, daß sich eine große Partei jahrelang hat belügen und betrügen lassen. Wir haben es abgelehnt, den Lügenfeldzug mitzumachen, haben den Charakter des Krieges erkannt und haben aus dieser unserer Stellung heraus von vornherein uns gegen die Kredite ausgesprochen. (Gelächter. — Wiederholte Zurufe: Von vornherein?!) — In der Fraktion uns gegen die Kredite (wiederholte Zurufe) — von vornherein am 3. August in der Fraktion ausgesprochen, Herr Kollege! — Wir haben uns weder auf dem Gebiet der inneren Politik noch der äußeren Politik belügen lassen und tun es auch jetzt nicht.

Es ist heute zum ersten Male versucht worden, über die auswärtige Politik eine gewisse Klärung zu schaffen, und der Herr Reichswehrminister Noske hat zum Schluß seiner Rede — das erkenne ich an — den Wunsch ausgesprochen, daß wir **mit Rußland zu friedlichen Verhältnissen** kommen sollten. Ich frage aber das Auswärtige Amt und die Regierung, was sie denn zu diesem Zwecke getan haben. Ich habe zwar von dem Herrn Reichswehrminister vernommen, daß dort im Osten von uns keine Offensivhandlungen vorgenommen werden sollen; ich möchte aber wissen, wie lange es denn noch dauern soll, bis unsere Truppen zurückgenommen werden (lebhafte Rufe rechts und links: Aha!) — zurückgenommen an die deutsche Grenze! (Andauernde erregte Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, der Herr Redner hat diese Frage doch nur an den Herrn Reichswehrminister gerichtet und nicht an Sie! Sie können sie nicht beantworten. Außerdem erwidert der Herr Redner auf alle diese Zurufe; dadurch wird seine Rede sehr in die Länge gezogen, und es strengt ihn übermäßig an. (Stürmische Heiterkeit.)

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich danke dem Herrn Präsidenten für sein Wohlwollen! Meine Herren, Ihre Zwischenrufe sind bezeichnend. Sie beweisen, daß Sie nichts gelernt und alles vergessen haben, was Sie etwa inzwischen gelernt hatten! Ist es denn denkbar, zu

dem auch von der Regierung gewünschten Frieden zu kommen, solange Sie noch Truppen im anderen Lande halten, solange unsere Truppen nicht nur dort in ruhiger Stellung sind, bis sie etwa nach Hause fahren können, sondern bereit stehen, in die Kämpfe einzugreifen? Und den Herrn Zwischenrufern möchte ich doch einmal zu bedenken geben, daß in ihren eigenen Kreisen immer mehr und mehr die Frage aufgeworfen wird, ob denn diese Politik weiterzuführen ist. Es gibt keinen Menschen in diesem Hause, der es schwerer als ich empfinden würde, wenn etwa Ostpreußen von neuem verwüstet würde. Das versteht sich von selbst, daß die Grenzen geschützt werden müssen. Aber man schützt seine Grenzen nicht, indem man in das benachbarte Land hineingeht und dadurch den Frieden mit ihm hindert. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Ach? links.)

Ein so angesehenes bürgerliches Blatt wie die „Frankfurter Zeitung" (Zuruf rechts) hat in einem überaus beachtenswerten Artikel vom 19. März folgendes ausgeführt:

> Wir müssen die völlig hoffnungslose Lage von uns abwenden, im Westen den Imperialismus und zugleich im Osten die Sowjetrepublik zu unseren Todfeinden zu haben. Kostbare Zeit ist schon verstrichen. Wie denkt die Regierung über die östlichen Fragen? Wie steht es in Wahrheit um die Gefahr einer **bolschewistischen Invasion** an unserer Ostgrenze?

— Sie sehen, die „Frankfurter" zweifelt, ob eine solche Gefahr besteht. —

> Findet sich — so fragt sie — nicht endlich ein Abgeordneter, der die Regierung zum Reden zwingt, wenn sie das dringende Verlangen und Bedürfnis nach Klarheit unerfüllt läßt? Es genügt uns nicht — setzt die „Frankfurter" hinzu — und nicht nur uns allein, daß das „Wolffsche Bureau" alltäglich Kampfberichte von den Ostfronten liefert und daß eine Reihe von Preßstellen, die nichts vergessen und nichts gelernt zu haben scheinen, die umlaufenden Gerüchte über die Gefahr eines Überfalls unserer Ostgrenze durch bolschewistische Armeen, die auf viele Hunderttausende beziffert werden, immer aufs neue nähren. Wir fragen: spielt es für die deutsche Regierung bei ihrem Kampfe gegen die Sowjettruppen irgendeine Rolle, daß die Entente diesen Kampf verlangt? Jeder Deutsche wird sich zur Wehr setzen, wenn russische Truppen oder Banden auf deutsches Gebiet einfallen wollen. Aber versteifen wir uns etwa deshalb auf die „militärische Lösung" (wir in unserem Zustande), weil es der Entente genehm ist, und etwa in der Hoffnung, bei fleißiger Arbeit gegen den Bolschewismus die Friedensbedingungen zu verbessern, die uns die westlichen Großmächte auferlegen wollten?

— Sie führt dann aus, daß von den russischen Reaktionären und Kadetten nichts zu erwarten sei. Es blieben also nur die Bolschewisten übrig. Und sie schließt mit den Worten:

> Vielleicht sind die Schwingen dieser Schwärmer von der russischen Hölle inzwischen so versengt worden, daß Lenin auf dem prosaischen Boden der Wirklichkeit mit uns zu reden gesonnen ist. Darum stellen wir die Frage: Wie steht es mit unserer Ostpolitik?

Vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet liegt in diesen Ausführungen Sinn und Verstand. Seit Ungarn von der kommunistischen Partei beherrscht wird, scheint ja die Angst vor dem Bolschewismus in weiten Kreisen auch des deutschen Bürgertums verschwunden zu sein. Ich spreche nicht von den sinnlosen Drohungen einiger bürgerlicher Politiker, die, weil sie sich einbilden, auf die Entente damit einen Eindruck zu machen, erklären, daß die Deutschen auch zum Bolschewismus übergehen würden, wenn wir einen Gewaltfrieden bekämen. Nein, ich weise auf eine andere Tatsache hin: der Bolschewismus dehnt sich aus, die Ukraine ist vollständig in der Hand der Bolschewiki, Ungarn hat ein bolschewistisches Regime, und es ist nicht zu übersehen, daß in Rumänien eine **soziale Revolution** sich vorbereitet. In Rumänien erheben sich die Bauern in immer größerem Umfange gegen die Bojaren, gegen die Kaste der Landjunker. Die Streiks, auch in den Betrieben der Gemeinden und des Staates, nehmen zu. Am 26. Dezember hat bei einem Setzerstreik die rumänische Regierung getan, was andere Regierungen unter solchen Umständen immer tun: sie hat den Belagerungszustand erklärt. Ein Bataillon Jäger mit dem Kronprinzen an der Spitze wurde gegen die Demonstranten in Bewegung gesetzt. Es sind 30 Personen getötet und 100 verwundet worden. Die Führer der Gewerkschaften wurden verhaftet, ihre Bureaus wurden zerstört, teilweise verbrannt, Gelder beschlagnahmt (Zuruf: ganz wie in Berlin!), — ganz wie es in Berlin geschehen ist. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Nein, die Bureaus der Parteien sind nicht von Spartakisten, sondern von Regierungstruppen erbrochen worden. (Zuruf: In Erfurt von den Unabhängigen!) — Die Regierung hat dann in etwas auch dort unter dem Druck nachgegeben. Aber es ist damit zu rechnen, daß in nicht zu ferner Zeit in Rumänien die Revolution siegreich sein wird und daß die siegreiche Revolution in kommunistisches Fahrwasser hinüberläuft.

Nun frage ich Sie alle: Wenn im Osten und im Südosten eine Regierung nach der anderen bolschewistisch wird, wollen wir da nicht mit diesen Regierungen in Verkehr treten, sollen und können wir uns zurückziehen? Nein, es muß unsere Aufgabe sein, so schnell wie möglich mit allen Völkern den Verkehr wieder anzuknüpfen.

Herr Minister Erzberger hat in der Sitzung vom 5. März, als ich nicht anwesend sein konnte, die Behauptung aufgestellt, daß die Erklärung der Waffenstillstandskommission an die Entente, in der der gemeinsame **Kampf gegen den Bolschewismus angeboten** sei, am 12. **Dezember** in einer **Kabinettssitzung** festgestellt worden sei, in der meine beiden Freunde, die damals in der Regierung waren, und ich allein anwesend waren, weil die drei Mehrheitssozialisten, wie er sagte, durch Krankheit verhindert waren, daran teilzunehmen. Nun kenne ich ja die Vielgeschäftigkeit des Herrn Ministers Erzberger, und ich weiß sehr

wohl, daß bei dem umfassenden Gebiet seiner Tätigkeit für ihn es unmöglich ist, alles, was er tut und treibt, in seinem Gedächtnis aufzuspeichern. Aber von anderen Menschen, die diese Erkenntnis haben, unterscheidet er sich darin, daß er keck eine Behauptung hinausschleudert und damit vielfach verblüfft. Alles, was er über den 12. Dezember berichtet hat, ist unrichtig. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Am 12. Dezember hat keine Kabinettssitzung stattgefunden, an der nur drei Mitglieder teilnahmen, nur ein einziges Mal, und zwar am 27. Dezember, war eine Kabinettssitzung, in der die drei Mitglieder der Unabhängigen Partei allein amtieren mußten, weil der Kollege Landsberg verreist, Ebert krank und Scheidemann anderweit verhindert war. Glücklicherweise sind diese drei Kollegen niemals zu gleicher Zeit, wie Herr Erzberger erzählt hat, krank gewesen. Am 27. Dezember ist in der Sitzung, in der ich den Vorsitz hatte, das Verhältnis zu Kongreß-Polen besprochen worden. Dabei habe ich den Standpunkt vertreten, daß wir den Polen nicht Gewehre verkaufen und ihnen Wilna nicht ausliefern dürften. Was Herr Erzberger von dem 12. Dezember erzählt hat, ist, wenn auch nicht von ihm erfunden — das tut er selbstverständlich nicht —, sondern falsch dargestellt, weil er verschiedene Vorgänge mit einander vermengt hat und jetzt nicht auseinander halten kann. Ich stelle das fest, damit nicht eine Legende entsteht.

Es muß also so schnell wie möglich eine Verbindung nach dem Osten angeknüpft werden. Diese Verbindung würde uns auch gegenwärtig von großem Nutzen sein; denn gerade die Herren von den bürgerlichen Parteien wissen, daß Groß-Rußland und die Ukraine in der Lage sind, uns diejenigen Rohstoffe und Lebensmittel, die wir bringend brauchen — Rohstoffe in erheblichem Teile sofort — zur Verfügung zu stellen (Widerspruch), — wenn die Transportschwierigkeiten überwunden werden. (Zuruf: Keine Eisenbahnen!) — Wenn die Transportschwierigkeiten überwunden werden; das setzte ich ja hinzu. Wenn ein Austauschverkehr stattfindet, lassen sich diese Schwierigkeiten nach einiger Zeit schon überwinden.

Wenn wir die **Verbindung mit der russischen Sowjetrepublik** wünschen, so aber unter keinen Umständen zu dem Zweck, um etwa ein Bündnis zu schließen mit der Spitze gegen irgendein anderes Volk; denn jeder Bund, der geschlossen gegen einen anderen Bund, fördert den Antagonismus der in den beiden Bünden vereinigten Staaten und führt am letzten Ende stets zum Kriege. Wenn die „Times" vor einigen Tagen schreibt:

> Man wird einsehen müssen, daß, wenn Preußen jemals wieder als eine Bedrohung für die freiheitliche Welt das Haupt erhebt, es ein deutsches Haupt auf den Schultern der russischen Bauern sein wird,

so erkläre ich namens meiner Partei und, wie ich annehme, stimmen andere Parteien zu, daß die Auffassung der „Times" eine durchaus

irrige ist, daß wir nicht daran denken, ein solches Bündnis zu schließen, um einen Krieg zu entfachen, sondern daß wir im Gegenteil aus dem Kriege auch im Osten herauskommen wollen, wenn wir immer und immer wieder das Verlangen stellen: Macht nun Schluß, es darf kein Tropfen Blut mehr vergossen werden! (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gewiß, die **Weltrevolution** ist im Laufe. Das bestreitet heute fast niemand mehr. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber es ist durchaus irrig, zu glauben, daß sie sich in allen Ländern nach dem russischen Schema vollziehen müsse. Nein, sie vollzieht sich in jedem Lande in besonderen Formen nach der Eigenart dieses Landes. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Art der Durchführung der Weltrevolution ist überall abhängig von dem Grade der sozialen, der wirtschaftlichen und der politischen Entwicklung des Volkes. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber in jedem Lande Europas ist der Sozialismus notwendig geworden, um nach der Katastrophe des Krieges wiederum den Völkern die kulturelle Daseinsmöglichkeit zu sichern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die gewaltigen heftigen Streiks in England, die durch den Weitblick der englischen Bourgeoisie, wie es scheint, beigelegt werden durch große Konzessionen an die Arbeiter, zeigen, daß auch in England die Erschütterungen, die wir im Gefolge des Krieges erwartet haben, sich zeigen. *Wenn der Sozialismus in den europäischen Ländern durchgeführt ist, hören die nationalen Abschließungen auf, dann kommt ein internationaler Zusammenschluß der sozialisierten Wirtschaften Europas. Das ist unser Ziel!* Dann werden auch diejenigen Gewaltakte, die etwa gegenwärtig von dem Sieger gegen den Besiegten ausgeübt werden, ausgeglichen werden. Wir haben deswegen nach wie vor unsere Aufgabe darin zu sehen, daß wir das gesamte internationale Proletariat unterstützen in seinem Ringen, jedes Land zu sozialisieren. Der Sozialismus — nicht der Scheinsozialismus —, er allein ist die Befreiung der Menschheit! (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! In bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland wiederhole ich noch einmal, daß die Reichsregierung selbstverständlich Frieden und gute nachbarliche Beziehungen zu Rußland wünscht. Je früher, desto besser! Aber bisher knüpften die Machthaber von heute in Rußland daran die Bedingung: Bolschewismus auch in Deutschland! Und wiederholt ist

uns zum Ausdruck gebracht worden, daß das **deutsch-russische Bündnis** zur Voraussetzung und zur Folge haben werde, daß als Fortsetzung des Weltkrieges die östlichen sozialistischen Demokratien sich zu neuem Kampfe am Rhein gegen die westlichen Staaten zusammenfinden. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Ich zweifle daran, daß eine nennenswerte Anzahl von Leuten in Deutschland noch eine Neigung verspürt, eine solche kriegerische Auseinandersetzung herbeizuführen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Wir werden mit Rußland in ein gutes und erträgliches Verhältnis gelangen, wenn die Leute, die heute in Rußland den Ton angeben, die Eigenart der deutschen Verhältnisse respektieren und anerkennen, daß das deutsche Volk bemüht sein muß, nach eigener Fasson selig zu werden. (Zurufe.)

Herr Haase hat sich über die **Antwort** beklagt, die gestern auf eine Frage von ihm Herr **Major v.** Gilsa gegeben hat. Ich stelle fest, daß Herr v. Gilsa der Chef meines Stabes ist. Seine Antwort auf die Haasesche Frage ist von mir verfaßt worden. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Darin ist festgestellt worden, daß die „Freiheit" in gemeingefährlicher Weise die an sich schon gereizte Stimmung der Berliner Bevölkerung weiter schürt. Das ist jedem Leser des Blattes absolut bekannt. (Sehr richtig! links. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dafür bietet jede Nummer des Blattes von neuem einen Beweis. (Sehr richtig!) Nur Herr Haase weiß das nicht. (Ruf: Haase weiß von nichts! — Große Heiterkeit. — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn Herr Haase das Bedürfnis danach fühlt, so soll ihm bei nächster Gelegenheit mit ein paar Schock Zitaten gedient werden.

Herr Haase hat über Vorgänge geklagt, die sich in **Halle** ereignet haben. In Halle war, wie Ihnen bekannt ist, der Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Weimar gestört, mehr als eine Woche lang. In Halle und Umgegend wurde zu dem Zwecke gestreikt, die Nationalversammlung zu beseitigen, die Regierung zu stürzen. (Hört! hört!) Der Eisenbahnverkehr lag mehr als eine Woche vollständig brach. Auf der Strecke waren — Herr Haase redet ja so viel vom Recht und vom Rechtsstandpunkt — die Eisenbahnschienen aufgerissen, ein Verbrechen, das mit mehrjähriger Zuchthausstrafe zu ahnden ist. (Bewegung.) Darüber lacht Herr Haase. Wenn ein Verbrechen gegen die Regierung und gegen die Nationalversammlung verübt wird, so ist das für Herrn Haase eine Wonne. Wenn Dinge in der Abwehr dieser Verbrechen vorkommen, die beklagenswert sind, dann steht Herr Haase hier anderthalb Stunde lang und ergießt sich in Tränen tiefster Rührung. (Große Heiterkeit und Zurufe.) Nach Halle sind auf meinen Befehl Truppen einmarschiert, um dafür Sorge zu tragen, daß der gestörte

Eisenbahnverkehr Berlin—Weimar so rasch wie möglich wieder hergestellt werde. In Halle sind Offiziere eingefahren, um dort die Situation anzusehen. Darauf ist der Oberstleutnant v. Klüber in der Ihnen bekannten bestialischen Art ermordet worden. Weitere Offiziere, die im Automobil in Halle eingefahren sind, sind angegriffen und in der schwersten Weise mißhandelt worden. (Hört! hört!) Das Blatt der Unabhängigen stellt mit Bedauern fest, daß einer der beiden Offiziere entwischt sei. (Stürmische Rufe: Hört! hört! und Pfuirufe.) Wenn solche Scheußlichkeiten von den Leuten vorkommen, die Herrn Haase und seinen Freunden Gefolgschaft leisten, dann darf sich niemand darüber wundern, daß entsprechende Gegenwirkungen ausgelöst werden. (Sehr richtig!) Das bedauern wir, aber diese Ereignisse sind lediglich eine Folge der Dinge, die erst von jenen Herrschaften angerührt worden sind. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und nun: wie wird denn mit den deutschen Arbeitern Schindluder gespielt (sehr wahr!) zum Zwecke der Förderung der politischen Bestrebungen des Herrn Haase und seiner Freunde! Am Sonntag hat eine Konferenz der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes in Cöthen stattgefunden (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und dort wurde eine Entschließung mit 61 gegen 9 Stimmen angenommen:

> Die Konferenz stellt mit Bedauern fest, daß die Delegierten der am 23. Februar in Halle abgehaltenen Konferenz gröblichst belogen und betrogen worden sind. Der Beschluß des **Generalstreiks für Mitteldeutschland** wäre nicht gefaßt worden, wenn die Delegierten über das Ergebnis der Verhandlungen in Weimar hinsichtlich der Betriebsräte unterrichtet und die Vereinbarungen mit der Reichsregierung bekannt gegeben worden wären. (Lebhafte Rufe von den Mehrheitsparteien: Hört! hört! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Konferenz verurteilt entschieden diese gewissenlose Handlungsweise unverantwortlicher politischer Drahtzieher (lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts) und wird in Zukunft solche den Arbeitern schädliche Beschlüsse zu verhindern wissen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man belügt und betrügt die Arbeiter (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), man hetzt sie in gewissenlose Streiks hinein, die zum Ruin des Landes führen müssen (erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten), in Streiks, die tatsächlich nur darauf hinauslaufen (große Unruhe und erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) — kein Wort schenke ich Euch, das Ihr verdient habt — (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) in Streiks, die jeden Tag neue Stockschläge auf den Magen der Arbeiter selber bedeuten. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn dann diese Streiks üble Folgen haben, dann stellt sich Herr Haase hier hin und vergießt

Tränen über das Leid der Arbeiter. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Puttkamer hat es genau so gemacht! — Gegenrufe von den Mehrheitsparteien: Unerhört!) Was ich über meine Handlungen in Berlin zu sagen hatte, das habe ich hier vorgetragen, als die Gefahr für die Hauptstadt des Reichs vorüber war. Die Rede des Herrn Haase hat meine damaligen Schilderungen nicht zu erschüttern vermocht. (Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Herr Haase erhebt Anklagen gegen die Soldaten, die in Berlin verwandt worden sind. Ich schätze das Urteil zahlreicher Leute höher ein, die an mich schreiben und ihrem Danke darüber Ausdruck geben, daß die Truppen dafür gesorgt haben, daß Ruhe und Ordnung wieder hergestellt worden sind. (Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In diesen Schreiben wird die tadellose Haltung der Truppen gerühmt. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Freilich, die radikalen Leute, die sich um Herrn Haase gruppieren, tragen zur Hebung der Stimmung im Lande dadurch bei, indem sie sich über diese Soldaten etwa in folgender geschmackvoller Weise lustig machen: Es gibt einfache Hunde, aber auch Bluthunde, Schweinehunde und Noskehunde. (Große Heiterkeit.) „Noskehunde", das sind die Soldaten, die als Freiwillige für das Reich Dienste tun. (Lebhafte Rufe bei den Mehrheitsparteien: Pfui! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Maerker!)

Herr Haase hat davon gesprochen, daß die Generale Lüttwitz und Lettow-Vorbeck — dort wurde dazwischen gerufen: „General Maerker!" — Anhänger Ludendorffs, Freunde Ludendorffs und was weiß ich sonst sind. Ich weiß aus zahlreichen Besprechungen mit General Maerker und mit dem außerordentlich verdienstvollen **General von Lüttwitz** (bravo! bei den Mehrheitsparteien und rechts), dessen Ruhe und Besonnenheit und dessen klares Urteil ich außerordentlich hochschätze (Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts), daß sie sich als ehrliche Männer durchaus auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt haben. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ludendorff auch?) — Ludendorff gehört nicht zu den Generalen, die freiwillige Truppen kommandieren. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein, aber zu denen, die sich auf den Boden der Tatsachen gestellt haben!)

Herr Haase hat in diesem Zusammenhang auch von dem **General Lettow-Vorbeck** gesprochen. Ich benutze diese Gelegenheit, um festzustellen, daß mir der General in einwandfreiester Weise nachgewiesen hat, daß die ihm in den Mund gelegten Äußerungen, die er nach der Landung auf europäischem Boden gemacht haben sollte, von ihm nicht getan worden sind. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts.) General v. Lettow-Vorbeck ist einige Stunden nach

seinem Einzug in Berlin in mein Amtszimmer gekommen und hat [illegible]
erklärt, daß er und seine Leute zwar — was jedem ein[illegible]
bekannt ist — unendlich Hartes da draußen in [illegible]
lang haben erdulden müssen (Zuruf rechts: [illegible]
Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien und r[illegible]
entsetzlichen Notlage des Reiches stehe er und seine Leute [illegible]
dem Augenblick an, wo sie heimatlichen Boden betreten, unbedingt hinter
die Regierung, um dafür Sorge tragen zu helfen, daß endlich unserem
gequälten Lande Ruhe und Ordnung beschert werde. Dafür habe ich
damals General v. Lorbeck in bewegten Worten gedankt (erneuter
Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts), und ich wiederhole diesen
Dank auch von dieser Stelle aus. (Starker Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Herr Haase hat eine Leporelloliste von Klagen darüber vorgetragen, was sich in Berlin ereignet habe; sogar die Immunität sei verletzt und dadurch die Nationalversammlung attackiert worden. Herr Dr. Cohn hat mir vor zwei Tagen, glaube ich, mitgeteilt, daß in seiner Wohnung **Haussuchung** stattgefunden hat. Ich habe eine Viertelstunde später nach Berlin telegraphisch angeordnet, daß der Tatbestand festgestellt wird und daß, wenn eine Ungehörigkeit von seiten des Offiziers vorgekommen sei, sofort für seine Suspendierung und Bestrafung zu sorgen sei. Bisher ist mir mitgeteilt worden, daß die Wohnungen der Herren Haase und Dr. Cohn in einem Häuserblock liegen, in dem alle Wohnungen nach Waffen untersucht worden sind. Solche Haussuchungen sind, das gebe ich zu, etwas außerordentlich Unerwünschtes und Peinliches. Ich kann mir eine üblere Aufgabe für einen Soldaten nicht denken, als diese Durchsuchung der Wohnungen. Aber die von der Regierung, auch von Herrn Haase doch seinerzeit mit angeordnete Waffenabgabe in Berlin ist nicht durchgeführt worden. In Flugblättern, von denen Herr Haase natürlich wieder nichts weiß, ist in den Berliner Fabriken aufgefordert worden, die Waffen nicht abzugeben. (Hört! hört!) Deshalb müssen sie leider gesucht werden. Und darüber kann gar kein Zweifel bestehen, darüber bin ich mir vollständig klar, daß, wenn Tausende von Soldaten leider genötigt werden, Wohnungsdurchsuchungen vorzunehmen, dabei Ungehörigkeiten leichterer und schwererer Art vorkommen. Die Schuld aber dafür trifft auch wieder diejenigen Leute, die sich mit allem Nachdruck dafür eingesetzt haben, daß die Waffen nicht abgegeben werden (sehr richtig!), damit die Möglichkeit besteht, jeden Tag von neuem den Bürgerkrieg zu entfesseln.

Herr Haase fragt, ob ich eine Verfügung unterschrieben habe wegen der **Verhaftung der Redakteure** der **„Roten Fahne“** und einer Anzahl Kommunisten. Ich habe das schon in meinem Bericht vor einer Reihe von Tagen hier mitgeteilt. Ich habe befohlen, daß der Redakteur

der „Roten Fahne" und die Unterzeichner des Aufrufs, aus dem ich Ihnen damals Bruchstücke verlesen habe, sofort zu verhaften seien. In den wahnsinnigsten Tönen ist in diesem Blatte zum Bürgerkrieg aufgefordert worden. In den Straßen von Berlin wurde geplündert und geschossen, als ich diesen Befehl unterzeichnet habe. Sollte ich denn wirklich nach der Meinung des Herrn Haase ruhig zusehen, nachdem mir die Verantwortung für das Schicksal von Berlin übertragen worden war, daß diese wahnwitzige Hetze nach russischen Methoden weiter fortgesetzt werden sollte? Ich sage: Not kennt kein Gebot. (Sehr richtig!) Mord und Plünderung hat es tagelang in Berlin gegeben. Jetzt klagt Herr Haase darüber, was da alles vorgekommen sei. Ja, haben denn die Soldaten Dutzende und Dutzende von Goldläden ausgeplündert? Diese Plünderungen und die Schießereien am Alexanderplatz waren im Gange, als ich den Befehl gegeben habe, daß die Truppen in Berlin einzumarschieren haben. Es sind eine ganze Anzahl von Soldaten in geradezu fürchterlicher Weise erschlagen worden. (Hört! hört!) Die Herren dort drüben wollen Material haben; das wird innerhalb weniger Tage veröffentlicht werden. Wir werden dem deutschen Volke zeigen, wie die Leute, für die Herr Haase sich begeistert hat, mit den Soldaten in Berlin umgegangen sind. (Sehr gut! — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Haase redet von dem Lichtenberger Fall. Dieser Lichtenberger Fall ist deswegen bedauerlich, weil falsche Nachrichten verbreitet worden sind. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Durch die Regierung!) Die Presse hat festgestellt, daß sie in dem Falle kein Verschulden trifft. — Wenn gesagt wird, die Regierung habe Schuld daran, so glaube ich, das deswegen ablehnen zu können, weil nach meiner Kenntnis fast alle Regierungsmitglieder in jenen Tagen in Weimar waren. Die preußische Regierung hatte mir ihre Rechte zum weitaus größten Teile übertragen. Ich kann aber auf Ehre und Gewissen versichern, daß ich nicht das Geringste zur Verbreitung dieser Nachrichten beigetragen habe. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wer denn?) — Es ist versucht worden, darüber Feststellungen zu treffen. — Diese Nachrichten sind so wie überhaupt in Tagen äußerster Erregung und Spannung entstanden, genau wie Hunderte von anderen Schauernachrichten; so wie Nachrichten darüber entstanden sind, daß da oder dort zu Hunderten Leute an die Wand gestellt und erschossen worden seien Ist es denn aber nicht ungeheuerlich genug, daß in Lichtenberg sechs pflichttreue Beamte haben in jenen Tagen ihr Leben lassen müssen?! (Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Lüge!) — Mich berühren Vorwürfe dieser Art nicht. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Frau Abgeordnete Zietz, wenn ich recht verstanden habe, haben Sie dem Herrn Redner „fortgesetzte Lüge" vorgeworfen. Habe ich richtig verstanden? (Abgeordnete Zietz: Jawohl!) Ich rufe Sie dafür zur Ordnung! (Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Noske, Reichswehrminister: Ich kann mir schon Leute außerhalb dieses Hauses vorstellen, die die eiserne Stirn besitzen, selbst an den Gräbern noch abzuleugnen, daß Tote darin liegen. (Sehr gut!) Von diesen Greueln redet Herr Haase mit keinem Wort. Wenn tollste Leidenschaften sich in einer Stadt austoben, wenn der Bürgerkrieg tobt, dann ist es etwas Unabänderliches, etwas Selbstverständliches, daß dabei Dinge vorkommen, die schlimm sind, die niemand wünscht, die niemand verteidigt, die wir alle beklagen. (Sehr gut!) Dem Verlangen, eine Untersuchungskommission für den preußischen Landtag einzusetzen, ist stattgegeben worden. Herr Haase aber hat sein Urteil, ehe diese Untersuchungskommission auch nur eine Sitzung abgehalten hat, schon fertig.

Es wird — das beweist ein Fall, auf den Herr Haase sich beruft — unendlich viel erzählt. Herr Haase hat — nicht aus eigener Feststellung, sondern es hat wie so vieles andere in irgend einer Zeitung gestanden — hier vorgetragen, daß der Vater eines angeblich erschossenen Matrosen geschildert habe, daß sein Sohn mit mir bekannt gewesen (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das habe ich nicht vorgetragen!) — das hat in der Zeitung gestanden —, in meinem Amtshause in der Bendlerstraße ein- und ausgegangen sei, daß er dort schon gehört habe, es sollte ein fürchterliches Gericht mit den Matrosen abgehalten werden, und daß er sich infolgedessen eigentlich hätte für immun halten müssen. Ich stelle fest, daß von diesem Verkehr in meinem Amtshaus kein Wort wahr ist. (Hört! hört! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Habe ich auch gar nicht vorgetragen!) — Der Mann kennt seine eigene Rede nicht mehr. — (Heiterkeit.)

So wie in diesem Falle die Geschichte mit dem Matrosen aus der Bendlerstraße falsch ist, erfunden ist, so sind zweifellos auch eine ganze Anzahl von anderen Schauergeschichten erfunden. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Trotzdem — das gebe ich offen zu — bleibt noch eine ganze Menge übrig, was beklagenswert ist. Deswegen sollten aber auch Herr Haase und seine Freunde nicht so lebhaft nach einer Amnestie rufen. (Sehr richtig!) Ich werde mich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß diejenigen, die an den Berliner Schreckensvorkommnissen schuld sind, von der ganzen Strenge des Gesetzes getroffen werden (Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts); hüben wie drüben!

Herr Haase hat davon gesprochen, mein viel besprochener angeblicher Standrechts- oder Schießerlaß sei eine Verachtung des Rechtsgedankens. Ja, Herr Haase, war denn das nicht auch eine Verachtung des Rechtsgedankens, als Ihre Freunde die Revolution vorbereiteten? (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) War das nicht auch eine Verachtung des Rechtsgedankens, des damals geltenden Rechts, als Sie für russische Rubel Waffen kauften, um in Deutschland den Bürgerkrieg zu entfachen? (Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Das ist natürlich ganz etwas anderes. Immer, was Ihr tut, ist richtig. — Eine Verachtung des Rechts und eine Auflehnung gegen das Recht waren die Schießereien und Plünderungen, die in Berlin vorgekommen sind. Wo war denn Herr Haase mit dem feinen Rechtsempfinden bei all den früheren Vorkommnissen, die Auflehnung gegen das Recht bedeuteten? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Seine Anklage trifft mich nicht. Ich wiederhole das, was ich vor Tagen hier auseinandergesetzt habe: in Berlin war höchste Gefahr im Verzuge, stand das Leben von Tausenden und Zehntausenden von Menschen auf dem Spiel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Gefahr halte ich mich für verpflichtet, das zu tun, was dazu beiträgt, so rasch wie möglich wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg (sehr richtig!), und der war auf meiner Seite. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn Herr Haase und seine Freunde — — (Stürmische Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, Sie haben einundeinehalbe Stunde lang gesprochen; lassen Sie jetzt den Herrn Reichswehrminister sprechen!

Noske, Reichswehrminister: Wenn Herr Haase und seine Freunde den Glückstag erleben, den sie ersehnen, daß es noch einmal in Deutschland zu einer großen Umwälzung kommt, dann werden sie, auch wenn von ihren Freunden und den Geistern, die sie rufen, abermals Blut vergossen wird, wenn die Sache glückt und sie die Sieger sind, genau so sagen, es sei ihr Recht gewesen, weil sie den Erfolg für sich haben.

Herr Haase und seine Freunde haben die Geister gerufen, die sie dann nicht bannen konnten. (Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Lachen und Rufe: Jawohl! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Herr Haase bestätigt das, daß

sie diese Geister gerufen haben. Herr Haase und seine Freunde haben sich seit Monaten angelegen sein lassen, der ersten Revolution die zweite, die dritte folgen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) In ganz klarer Erkenntnis der Folgen, die nicht ausbleiben konnten, trieben sie zum Streik, trieben sie zum Bürgerkrieg. Sie wußten, daß Rauben und Schießerei eine unausbleibliche Folge waren. Ich wundere mich bei alledem, daß Haase in diesem Saale, wo er doch die Immunität genießt, nicht einmal den Mut aufbringt, sich zu seinen Taten und Bestrebungen offen zu bekennen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Statt dessen reden die Herren Unabhängigen auch jetzt wieder von ihrer Schuldlosigkeit; sie klagen an, daß in grauenvollem Bürgerkrieg sich Ungehörigkeiten und Schreckliches ereignet hat. Das beklage auch ich. Aber ich klage an: die Brandstifter, und das sind Herr Haase und seine Freunde! (Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Auf ihr Haupt kommt das Blut, das vergossen worden ist. (Erneuter stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Reichswehrminister, es verstößt gegen die Ordnung dieses Hauses, ein Mitglied des Hauses als „Brandstifter" zu bezeichnen. Ich rüge diese Äußerung. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich in so später Stunde auch noch in die Tiefen der Erörterung über die Revolution und ihre **sogenannten Segnungen** hineinsteigen werde. Was wir über die **Revolution** zu sagen hatten und zu sagen haben, hat unser Fraktionsfreund Kahl bei der Beratung der provisorischen Verfassung hier ausführlich auseinandergesetzt. Das, was er Ihnen damals vorgetragen hat, hatte ja schon im voraus seine Bestätigung und Unterstützung gefunden durch die Darlegungen, die das von uns allen hochverehrte Mitglied dieses Hauses, der Herr Kollege Gröber in der Sitzung der Nationalversammlung vom 13. Februar gemacht hat, als er meinte, seine Fraktion könne in der Revolution weder eine innere Notwendigkeit noch ein Glück für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland finden; die Revolution sei nicht notwendig gewesen, diese gewaltsame Unterbrechung einer ruhigen legalen Entwicklung sei kein Glück für das deutsche Volk. Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Rednern der Rechten über das, was sie von der Revolution denken, nicht glauben wollen, so müssen Sie, glaube ich, doch etwas mehr Glauben schenken dem Vertreter einer der größten der Mehrheitsparteien. Und wenn immer wieder von den Segnungen

der Revolution die Rede ist, so meine ich: das, was uns heute sowohl der Herr Abgeordnete Haase wie auf der anderen Seite der Herr Reichswehrminister über die Vorkommnisse in den verschiedensten Städten des Deutschen Reichs dargelegt haben, gab uns doch ein eigentümliches Bild von diesen Segnungen. Wenn der Herr Abgeordnete Schulz (Ostpreußen) gemeint hat, seine Partei werde nach der Revolution schöpferisch und aufbauend arbeiten, und ihrer schöpferischen und aufbauenden Tätigkeit sei es zu verdanken, wenn die Dinge bis jetzt so gut gegangen seien, so haben wir die Empfindung, daß bis heute von dieser schöpferischen und aufbauenden Tätigkeit noch blutwenig zu merken ist. Vielleicht sprechen wir uns in einigen Jahren wieder über die Sache, und dann wird sich ja zeigen, ob Sie mit Ihren Voraussagungen recht behalten haben.

Nun zunächst einige Bemerkungen zu dem, was eigentlich auf der Tagesordnung steht, zu den beiden Etats, die uns das Reichsfinanzministerium vorgelegt hat. Wir begrüßen es zunächst mit Freuden, wenn der Herr Reichsfinanzminister heute ankündigt, daß der **Haushalt für das nächste Jahr** nach den Grundsätzen der Wahrheit und Klarheit aufgestellt werde, mit anderen Worten, daß er in Einnahmen und Ausgaben die Schätzungen enthalten solle, die man nach bestem Wissen und Gewissen zu Ende dieses Rechnungsjahres von ihm erwarten könne, so daß wir also nicht mehr mit den mehr oder weniger wilden Aufstellungen zu rechnen haben, die während der Kriegszeit die Grundlage unserer Etatsberatungen waren, sondern nunmehr mit Annahmen rechnen sollen, mit denen man auch in der Wirklichkeit einigermaßen wird rechnen können.

Was die beiden vorliegenden Etats anlangt, so sind auch wir der Meinung, daß sie dem Haushaltsausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen seien. Dort werden über eine Reihe von Einzelheiten Aufklärungen zu fordern und zu geben sein, und ich kann mich deshalb heute auf einige wenige Bemerkungen beschränken.

Auch wir haben das lebhafteste Bedürfnis, daß uns im Haushaltsausschuß nähere Aufklärung darüber gegeben wird, wie die **für den Reichspräsidenten** monatlich mit 100 000 Mark **ausgeworfene** Summe sich im einzelnen schätzungsweise zusammensetzt, selbstverständlich nicht bis auf die letzte Mark und den letzten Pfennig, sondern nur in großen Zügen wenigstens unter Trennung von sachlichen und persönlichen Ausgaben. Auch wir sind dabei der Meinung, daß bei allen neuen Ausgaben — und es ist eine neue Ausgabe, die mit dieser Forderung an uns herantritt — peinlichste Sparsamkeit geübt werden muß ohne Rücksicht darauf, um welche Person es sich in dem betreffenden Falle dreht. Deshalb sind wir auch der Meinung, der einer der Herren Vorredner schon Ausdruck gegeben hat, daß bei dieser Gelegenheit bei der Anforderung

für die neuen Reichsminister geprüft werden muß, ob die dafür angeforderten Repräsentationsgelder und die Entschädigungen für die fehlenden Dienstwohnungen in der Höhe, wie sie gefordert werden, tatsächlich gerechtfertigt sind.

Der Nachtragsetat enthält auch die Anforderung für das **neu zu schaffende Amt des Reichsschatzministers**. Auch hier erwarten wir in den Verhandlungen des Ausschusses noch nähere Auskunft, als sie uns heute der Herr Reichsfinanzminister über die Notwendigkeit dieses neuen Amtes gegeben hat. Wir möchten aber heute schon den dringenden Wunsch und die ernste Hoffnung aussprechen, daß, wenn es zur Schaffung dieses neuen Amtes kommt, es recht bald möglich sein möchte, das, was an Heeresgerät und Heeresgut aller Art zurzeit noch der Verwertung harrt, recht bald und recht gut zu verwerten. Wenn man, wie wir es eben leider so oft müssen, durch die verschiedensten Gaue des deutschen Vaterlandes fährt, dann findet man überall rechts und links der Eisenbahn Millionenwerte sozusagen unbeachtet auf den Feldern liegen, die den Unbilden der Witterung und vielfach auch jedem Zugriff ausgesetzt sind und von Tag zu Tag an Wert verlieren. Wir möchten den Wunsch haben, daß es dem neuen Reichsschatzministerium gelingen möge, hier möglichst bald geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Was den Notetat für das Jahr 1919 anlangt, so begrüßen wir die Anforderung für die Verbesserung der Einrichtung des Auswärtigen Amts für das **wirtschaftliche Auslandsnachrichtenwesen** mit 250 000 Mark mit aufrichtiger Freude. Die Herren, die dem Reichstag angehört haben, wissen, daß unser Parteifreund Stresemann für derartige Bedürfnisse in den Reichstagsverhandlungen immer mit aller ihm zu Gebote stehenden Energie eingetreten ist. Wenn hier nunmehr eine Anforderung von 250 000 Mark vorgesehen wird, so können wir nach den Ausführungen unseres Parteifreundes Stresemann in den früheren Reichstagsverhandlungen nur bedauern, daß die Anforderung so gering ausgefallen ist. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir können aus dem Wort „zunächst" vielleicht die Hoffnung schöpfen, daß der Anforderung von 250 000 Mark, die ja doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird, für die Bedürfnisse, um die es sich hier dreht, demnächst eine entsprechende Nachforderung folgen wird. Vielleicht stehen aber dem Auswärtigen Amt auch andere Fonds zur Verfügung, die es ihm ermöglichen, weitere Mittel dafür aufzuwenden.

Wenn in der Ziffer III zur **Errichtung eines Textilforschungsinstituts** zunächst ein Betrag von 1½ Millionen Mark angefordert wird, so begrüßen wir diese Anforderung ebenfalls grundsätzlich. Gerade die Textilindustrie, die unter den Wirkungen des Krieges so schwer, wohl am schwersten, möchte man beinahe annehmen, zu leiden hat, wird von diesem Textilforschungsinstitut sehr viele Vorteile haben. Es ergibt sich

das auch aus dem Umstande, daß für den Zweck große Mittel ausgeworfen sind. Wir möchten dabei aber zunächst den Wunsch aussprechen, daß dieses Textilforschungsinstitut nicht auch wieder seinen Weg nach Berlin nimmt. Es ist ein Institut, das keineswegs etwa an dem Sitze der übrigen Zentralbehörden des Reiches untergebracht werden muß. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es gehört vielmehr dahin, wo die Textilindustrie ihren Sitz hat, und meines Wissens sind früher bereits Verhandlungen darüber gepflogen worden, es etwa an die Technische Hochschule in Dresden anzugliedern. Nun noch eine zweite Bemerkung zu dieser Anforderung! Es ist uns bekannt, daß nicht nur die Textilindustrie, sondern auch andere Industriezweige — mir schwebt speziell die Lederindustrie vor — Wünsche und Hoffnungen auf Einrichtung von ähnlichen Forschungsinstituten haben. Meines Wissens hat die Lederindustrie schon vor Monaten größere Beträge verfügbar gemacht, die diesem Zweck gewidmet werden sollen. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß, wenn demnächst die Lederindustrie mit Wünschen auf Unterstützung an die Reichsregierung herantritt, diese Wünsche mit demselben Wohlwollen geprüft werden möchten wie die Wünsche der Textilindustrie.

Was die Forderungen im **Haushalt des Reichspostministeriums** angeht, so stimmen wir sowohl den persönlichen wie den sachlichen Anforderungen grundsätzlich zu, vorbehaltlich näherer Aufklärung in den Verhandlungen des Reichshaushaltsausschusses. Insbesondere begrüßen wir die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, und zwar aller Grade, soweit man das übersehen kann, mit Freude. Es ist das eine Maßnahme, die als Fürsorge für die in Betracht kommenden Beamtenklassen außerordentlich zu begrüßen ist.

Was die Anforderungen für **Kriegsteuerungszulagen** anlangt, so darf ich zur Vermeidung von Mißverständnissen nochmals darauf aufmerksam machen — ich glaube, der Herr Reichsfinanzminister hat es selbst vorhin schon erwähnt, es schien mir aber in der Diskussion untergegangen zu sein —, daß es sich hier nicht um eine neue Anforderung, sondern um eine Umetatisierung handelt. Während die Summen, die den Beamten bislang an Kriegsteuerungszulagen zugeflossen sind, seither aus den großen Milliardenkriegskrediten entnommen wurden, sollen sie nunmehr — und das halten wir durchaus in der Ordnung, weil wir langsam und nach und nach aus den Kriegsverhältnissen herauskommen — als laufende Ausgaben ordnungsmäßig in den Etat eingestellt werden. Wir möchten dabei allerdings auch einen Wunsch aussprechen, daß uns in den Verhandlungen des Ausschusses und vielleicht auch in den Verhandlungen hier im Plenum bei der zweiten Lesung gerade zur Beruhigung der in Betracht kommenden Beamten eine Mitteilung darüber gemacht werden möchte, wie weit die Verhandlungen und die Vorarbeiten zu einer **endgültigen Regelung der Bezüge**

unserer Reichsbeamten gediehen sind. Ich glaube, daran hat nicht nur die Beamtenschaft ein lebhaftes Interesse, sondern wir alle, und vor allem haben auch unsere Gliedstaaten ein großes Interesse daran, weil die Regelung der Beamtengehälter in den Gliedstaaten ja doch mehr oder weniger von der Regelung der Gehälter der Reichsbeamten abhängig ist. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Nach diesen kurzen Bemerkungen zu dem Hauptvoranschlag gestatten Sie mir noch einige Ausführungen zu den **gestrigen Darlegungen des Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.** (Rufe: Lauter! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Herr Redner spricht mit gutem Organ! Wenn Sie ruhig sind, was Ihre Pflicht und Schuldigkeit wäre (sehr gut!), dann werden Sie ihn verstehen. (Heiterkeit.)

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Was der Herr Ministerpräsident gegen die uns **von der Entente angedrohte Vergewaltigung** bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen ausgeführt hat, unterschreiben auch wir selbstverständlich Wort für Wort. Auch meine Fraktion legt in der schärfsten Form Verwahrung dagegen ein, daß man uns im Widerspruch zu den Bedingungen, unter denen wir uns zum Angebot eines Waffenstillstandes verstanden haben, Entschädigungsforderungen auferlegen will, bei deren Annahme das deutsche Wirtschaftsleben für unabsehbare Zeit geknechtet bleiben müßte, daß man entgegen allen Wilsonschen Grundsätzen kerndeutsches Land vom Deutschen Reich abtrennen und einen solchen Raub durch einen sogenannten Friedensvertrag bestätigen lassen will, der damit den Keim zu neuer Völkerzerfleischung enthalten würde. In diesen Tagen, in denen wir den Geburtstag des größten Deutschen des vorigen Jahrhunderts in wehmütiger Erinnerung wiederkehren sehen, rufen wir den Geist dieses Großen auf unser schwergeprüftes Vaterland herab, und im Gedächtnis an ihn und in seinem Geiste erklären wir schon heute, daß wir unsere Zustimmung niemals zu einem Frieden geben werden, der uns unsere Ehre nehmen will. (Sehr gut! rechts.) „Lieber Entbehrungen ertragen als Entehrungen" — so sprach der Herr Reichspräsident bei Eröffnung der Nationalversammlung, und wir hoffen, daß die Reichsregierung auch heute noch zu diesen Worten steht, bei deren praktischer Betätigung sie das ganze deutsche Volk hinter sich haben wird.

Wir setzen dabei allerdings voraus, daß der demnächst abzuschließende **Friedensvertrag** in allen seinen Teilen der Genehmigung der Nationalversammlung unterbreitet wird (sehr gut! rechts), und wir legen — und ich glaube, darin wird das ganze Haus mit uns einig sein — den allergrößten Wert darauf, daß wir nicht durch den fertigen

Friedensvertrag überrascht werden, sondern daß man uns in allen wichtigen Phasen der Friedensverhandlung von deren Stand in entsprechender Form Kenntnis gibt. (Sehr richtig! rechts.)

Wir erheben aber auch heute schon schärfsten Einspruch dagegen, daß die **Entente** in den von ihr besetzten Gebieten, insbesondere im **Westen**, fortgesetzt **Maßnahmen** trifft, die im schroffsten Widerspruch stehen zu dem Geist der Waffenstillstandsbedingungen. Ich rechne hierher die Erschwerungen des gewöhnlichen Verkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet — auch die Abgeordneten der Nationalversammlung müssen viele Wochen lang auf die Einreiseerlaubnis warten, die es ihnen allein ermöglicht, mit ihren linksrheinischen Wählern in Verbindung zu treten —, die völlige Abschnürung der geschäftlichen Verbindung zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet — nicht einmal der Veredelungsverkehr zwischen Fabriken desselben Unternehmers wird zugelassen — (hört! hört!), die ungeheuerliche Einführung des obligatorischen französischen Unterrichts in den Volksschulen und endlich die Versuche, aus der Bevölkerung Loyalitätserklärungen herauszuziehen; Versuche, wie man sie insbesondere zurzeit bei der Geistlichkeit in Rheinhessen, wie ich weiß, ohne jede Aussicht auf Erfolg, anstellt. Und so wie dies gestern von einem Vertreter des Staatenhauses mit erfrischender Deutlichkeit für die bayerische Pfalz gesagt worden ist, so will ich heute wiederholen, was ich im Wahlkampf in Rheinhessen auch in Gegenwart französischer Offiziere des öfteren erklärt habe: alle diese Maßnahmen werden an der **kerndeutschen Gesinnung der linksrheinischen Bevölkerung** überhaupt und insbesondere meiner engeren rheinhessischen Landsleute scheitern. (Lebhafter Beifall.) Der Rhein war und ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze, und er wird und muß es bleiben. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Niemand im linksrheinischen Gebiet und niemand insbesondere in Rheinhessen sehnt sich nach der sogenannten französischen Kultur, deutsch sind die Linksrheiner geboren, deutsch wollen sie fernerhin bleiben und deutsch wollen sie sterben, und als deutsches Land wollen sie ihre gesegneten Rebhügel, wollen sie das goldene Mainz, wollen sie Worms, das hoher Ehren werte, wie es im deutschen Nibelungenliede heißt, ihren Kindern und Enkeln hinterlassen. (Bravo!)

Schärfste Verwahrung endlich wollen wir aber auch heute schon dagegen einlegen, wenn man es etwa verhindern wollte — und ich glaube, es bedarf auch dieser Verwahrung —, daß sich unsere deutschen Brüder in **Österreich dem Deutschen Reiche anschließen.** Wenn auch nur ein Funke von Gerechtigkeitsgefühl in unseren Gegnern vorhanden ist, so müssen sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Entente vor unserem Zusammenbruch vom 9. November geradezu zum

obersten Grundrecht des Völkerrechts erhoben hat, nicht nur für Tschechen und Polen, sondern auch für uns Deutsche anerkennen. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn dieses Recht für die Dänen in Nordschleswig gilt, so muß es mit gleichem Fug auch für die Deutschen in Böhmen und im Sudetenland, ebenso für unsere deutschen Brüder in Südtirol Anwendung finden. (Sehr richtig! rechts.)

Stimmen wir hiernach dem, was der Herr Ministerpräsident gestern in Abwehr der Vergewaltigungsversuche unserer Gegner ausgeführt hat, in der Sache völlig zu, so nötigen uns doch seine weiteren Darlegungen zu dem, was **letzten Sonntag in Berlin vorgegangen** ist, zu um so schärferem Widerspruch. Was sich dort ereignet hat, ist uns ja nur aus den Zeitungen und aus den Mitteilungen des Herrn Ministerpräsidenten selbst bekannt, und nach dem, was man diesen Berichten entnehmen konnte, meinen wir, es sei gewiß nicht verwunderlich, wenn in einer vieltausendköpfigen Versammlung, deren Verhandlungen doch anscheinend von der doch auch von dem Herrn Ministerpräsidenten begrüßten, für uns alle gewiß so herzerfrischend wirkenden vaterländischen Begeisterung durchglüht waren, die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Bernstein bei einem Teil der Anwesenden stürmischen Widerspruch fanden. Und wenn man von dem Herrn Reichsminister Erzberger, der in gewiß dankenswert scharfer Weise gegen die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen Stellung nahm, aus der Versammlung heraus stürmisch Auskunft über die Haltung der Regierung gegenüber den gleichen Ansprüchen auf Posen begehrte, so kann die Lebhaftigkeit dieses Verlangens nur der unbegreiflich finden, der die tiefe Erregung und Entrüstung des ganzen deutschen Volkes über den polnischen Raub und die deutsche Machtlosigkeit gegenüber solchem Unterfangen nicht beobachtet oder nicht begriffen hat. (Sehr richtig! rechts.)

Und wenn der Herr Ministerpräsident etwas verächtlich von der Zeit sprach, wo das Wilhelminische Reich anscheinend in höchster Blüte stand — nun, meine Herren, neun Zehntel des deutschen Volkes — und ich nehme dabei die Anwesenden von der Ministerbank bis zur äußersten Ecke der Nationalversammlung nicht aus — würden heute schon im Zustand unserer völligen Wehrlosigkeit unserem Herrgott auf den Knien danken, wenn wir nur noch den zehnten Teil der Macht jenes Wilhelminischen Reichs, die uns die Revolution so jämmerlich zerschlagen hat (sehr richtig! rechts — lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten), den polnischen Räubern entgegenstellen könnten.

Die schärfsten Worte hat der Herr Ministerpräsident gefunden gegen die **Kundgebung des Nationalbundes deutscher Offiziere**. Ich stehe nicht an, namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir diese Kund-

gebung nicht billigen, und wir wissen uns eins in unserer ablehnenden Beurteilung derartiger zweckloser und wenig geschmackvoller Kundgebungen mit der Meinung der überwiegenden Mehrheit der Offiziere, insbesondere auch des mehr als 60000 Mitglieder zählenden deutschen Offizierbundes. Die deutsche Nationalversammlung hat eine vorläufige Verfassung beschlossen, die die Republik nun einmal als Staatsform für das Deutsche Reich festlegt, und mit dieser tatsächlichen und Rechtslage hat sich auch der überzeugteste Monarchist abzufinden. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Allein man sollte es doch auch nicht gar zu tragisch nehmen, wenn Männern, die dem Reiche doch wohl auch ihr Bestes gegeben, die in den langen Kriegsjahren gewiß schwere Opfer gebracht und in den letzten Monaten gerade infolge der Behandlung, die unseren Offizieren vielfach zuteil geworden ist, seelisch Schweres erduldet haben, einmal das Gefühl mit dem Verstande an einem Orte und unter Formen durchgeht, die man vielleicht nicht billigen mag, aber immerhin verstehen sollte. Trotz dieser unserer Beurteilung der Kundgebung selbst müssen wir aber in der schärfsten Form Verwahrung einlegen gegen die Art und vor allem den Ton der daran weiter geknüpften Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Ministerpräsident selbst spricht in seiner Rede von einem „Häuflein politisch urteilsloser, von einer Handvoll reaktionärer Herren“. Demnach kann es sich nicht um eine große Demonstration, sondern nur um eine an den Verhältnissen der Großstadt Berlin gemessene, gar nicht bedeutende Kundgebung gehandelt haben, die vielleicht im Reiche und im Auslande überhaupt nicht weiter beachtet worden wäre, wenn sie nicht der „Vorwärts“ und die ihm geistesverwandte Berliner Presse mit einem großen Aufwand von Druckerschwärze aus durchsichtigen Gründen aufgeputscht hätten zu einer „machtvollen Demonstration von Gegenrevolutionären“, deren es übrigens in deutschen Landen unserer Auffassung nach viel weniger gibt, als die Herren auf der Regierungsbank offenbar glauben (sehr richtig! rechts) und als jene Presse der Linken ihren Lesern fortwährend einzureden versucht. Und daß der Herr Ministerpräsident gestern in das gleiche Horn blies wie jene Presse und der Demonstration jener „Handvoll reaktionärer Herren“ — um den von ihm gebrauchten Ausdruck zu wiederholen —, von einem „Häuflein“ spricht heute morgen eine Berliner demokratische Zeitung — eine solche Bedeutung beimaß, daß er es für notwendig hielt, sie hier gestern in besonderer Rede und in einer Form mit einem Aufwand von Stimmitteln geradezu als Landesverrat zu brandmarken, wie wenn es sich um den schwersten spartakistischen Putsch gehandelt hätte, das halten wir vom Standpunkte der inneren wie der äußeren Politik für einen schweren Fehler. (Sehr richtig! rechts.)

Gerade dadurch kann im Auslande dieser Kundgebung eine Bedeutung beigemessen werden, die sie offenbar nach ihrer Teilnehmerzahl gar nicht hatte, auch nicht hatte nach der Auffassung des Herrn Kollegen Schulz (Ostpreußen), der vorhin, wenn ich ihn recht verstanden habe, davon gesprochen hat, das sei doch nur eine ganz harmlose Kundgebung gewesen. (Zuruf.) — „Verhältnismäßig harmlos“, bestätigt Herr Schulz.

Wir müssen es aber auf das schärfste verurteilen, wenn gestern in leicht verständlicher Absicht von dem „Zufall“ gesprochen wurde, der den **General Ludendorff** gerade in dem Zeitpunkt jener Kundgebung auf die Straße führte. Wie die „Frankfurter Zeitung“, also ein gewiß dem General Ludendorff nicht freundlich gesinntes Blatt, in einer ihrer letzten Nummern erwähnt hat, wohnt General Ludendorff in der Nähe des Ortes, an dem sich diese sogenannte Demonstration abgespielt haben soll. Es ist also gewiß nicht verwunderlich, daß er in der Gegend auch einmal sich auf der Straße bewegt. Ich meine, das wird man doch auch dem General Ludendorff nicht verwehren können, nachdem man Leute wie Radek-Sobelsohn und ähnliche Subjekte monatelang in den Straßen Berlins und anderer Städte hat spazieren gehen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Solange man aber keinen Beweis dafür hat, daß jenes Zusammentreffen kein zufälliges war, sollte man auch im Parlament keinen dahingehenden Verdacht aussprechen. Solche Verdächtigung ohne sachliche Unterlagen sollte man doch auch dann unter keinen Umständen aussprechen, wenn man gegen die betreffende Person, um die es sich dreht, gegen den politischen Gegner von den persönlichen — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür — Haßempfindungen beseelt ist, die aus jedem Worte des Herrn Ministerpräsidenten in seiner gestrigen Rede sprachen und immer sprechen, sobald er sich mit der Person des Generals Ludendorff beschäftigt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Scharf verurteilen wir auch das gestern leider geprägte Wort von der **Ludendorfferei.** (Sehr richtig! rechts.) Ich will nicht ähnliche Wortbildungen wiederholen, die einer der Herren Vorredner im Laufe dieses Nachmittags angedeutet hat; ich möchte eher glauben: wenn die Herren, an die sich diese Wortbildungen richten oder richteten, die einer der Herren Vorredner gebraucht hat, die richtige Empfindung für das Verletzende, das in solchen Prägungen liegt, haben, dann werden sie auch mit dem Wort „Ludendorfferei“ in Zukunft mindestens etwas sparsamer umgehen. (Sehr richtig! rechts.)

Mit allen derartigen Versuchen schafft man doch nun einmal die Tatsache nicht aus der Welt, daß Hindenburg und Ludendorff mit ihren tapferen Offizieren und Mannschaften in 4 Jahre langem schweren Ringen Taten verrichtet haben, von denen die Geschichte sicherlich noch zu Zeiten

rühmend berichten wird, in denen der Name so manches Machers und so manches Nutznießers der Revolution längst der nicht ganz unverdienten Vergessenheit anheimgefallen ist. (Stürmische Zustimmung und Beifall rechts.)

Der Herr Ministerpräsident sollte aber doch nicht übersehen, daß in den vier letzten Kriegsjahren die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes Ludendorff wie Hindenburg und Hindenburg wie Ludendorff als ihre Nationalhelden zu verehren gelernt haben, und daß diese Verehrung heute noch in den Herzen vieler Millionen Deutscher besteht, die es für das tragische Geschick des deutschen Volkes und seiner Heerführer in diesem Kriege halten, daß den erfolgreichen Generalen kein Bismarck zur Seite stand, der es verstanden hätte, ihre ungeheuren Erfolge auf den Schlachtfeldern am Friedenstisch entsprechend umzumünzen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Auf die Mitarbeit dieser Kreise, meine Herren von der Regierung und insbesondere Herr Ministerpräsident, sind Sie und sind wir alle in diesen schweren Zeiten angewiesen. Auch sie gehören zu dem einzigen Volk von Brüdern, von dem gestern der Herr Ministerpräsident gesprochen hat. Auch sie wollen sich nicht von ihrem Volke trennen, und Sie sollten derartige Männer nicht von dem Volke getrennt halten, sie nicht vom Volke wegstoßen, zumal es nicht die schlechtesten Kreise des Volkes sind. Die ihnen gegenüber bestehende Kluft auszufüllen, sollte unser aller Aufgabe und nicht zum wenigsten die Aufgabe der Regierung sein, nicht aber, diese Kluft zu vertiefen und zu verbreitern, wie dies die gestrige Rede des Herrn Ministerpräsidenten leider nach unserer, und nicht nach unserer Auffassung allein, getan hat. Wer Wind sät, wird Sturm ernten (sehr richtig! rechts), und Sie dürfen sich wahrlich nicht wundern (Zurufe bei den Sozialdemokraten) — ich bitte, meinen Nachsatz zu beachten —, wenn Sie mit einer solchen Rede, für die der vorgestrige Leitartikel des „Vorwärts" fast vorbildlich gewesen sein könnte, der von Ihnen mit Recht bekämpften Reaktion geradezu Wasser auf die Mühle leiten, was meine Freunde am allermeisten bedauern. Sie dürfen sich aber auch ferner nicht wundern, wenn immer weitere Kreise zu der Meinung kommen, daß alle Ihre Reden und alle Ihre Handlungen viel stärker unter dem Druck der Straße und unter dem Druck der Presse stehen, als es für eine sachliche Behandlung der Dinge gut ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat schließlich in dem Ton der Drohung, der sich ja durch seine ganze gestrige Rede zog, die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur **Errichtung eines Staatsgerichtshofes** angekündigt. Meine Freunde und ich werden den zu erwartenden Gesetzentwurf objektiv prüfen und ihm dann — aber

auch nur dann — zustimmen, wenn er nach Aufbau und nach Zusammensetzung des Richterkollegiums die volle Gewähr für die unparteiische Beurteilung der ihm zu überweisenden Verfehlungen bietet. Mag ein solcher Gesetzentwurf fanatischem Hasse gegen einzelnee Personen oder welchem Empfinden sonst seine Entstehung verdanken, aufbäuen darf er nicht auf Empfindungen, sondern nur auf dem obersten Grundsatze jedes staatlichen Lebens, den keine Staatsform entbehren kann, auf dem Grundsatze der vollsten Gerechtigkeit. Der Herr Ministerpräsident wird diesem Gedanken gewiß um so eher zustimmen, als bei dem Wandel der Verhältnisse, unter denen wir leben, heute noch niemand übersehen kann, wer von den Machthabern seit der Revolution etwa einmal in die Lage kommen könnte, auch vor diesem Staatsgerichtshof erscheinen zu müssen (lebhafte Zustimmung rechts), und ob dieser Staatsgerichtshof nicht doch auch einst in die Notwendigkeit versetzt sein könnte, darüber erkennen zu müssen, wer für den unermeßlichen Schaden verantwortlich ist, den die Revolution unserem armen, unglücklichen Vaterlande zugefügt hat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich in so später Stunde das Wort nehmen muß. Ich hatte nicht die Absicht, auf die Ausführungen zu antworten, die heute gegen mich gerichtet worden sind. Die Ausführungen des Herrn Dr. Becker (Hessen) zwingen mich aber, einige Worte zu sagen.

Herr Dr. Becker hat wieder meine „Tonart" beklagt. (Sehr richtig! rechts.) — Ja, erlauben Sie, der Ton macht natürlich die Musik; aber der Ton war es wohl weniger, der Ihnen unbequem war, sondern der Inhalt, der Text meiner Rede wird es gewesen sein. (Widerspruch und Zurufe rechts: Der Ton!) — Sie beweisen doch selbst in der ersten halben Minute, in der ich hier stehe, bereits wieder, welche Tonart Sie belieben, die Tonart, die Sie mir unterstellen. Wollen Sie es etwa als eine anständige „Tonart" bezeichnen, wenn Sie, kaum daß ich das Wort nehme, sofort mit Ihren Zwischenrufen anfangen?

Meine Herren, Herr Dr. Becker hat sich nicht davon abhalten lassen, die Behauptung aufzustellen, die **Vorkommnisse in Berlin** hätten nach außen gar keine Bedeutung, wenn sie nicht durch den „Vorwärts" und durch mich aufgebauscht worden wären. Herr Dr. Becker, ich empfehle Ihnen die Lektüre der „Deutschen Zeitung". Ich darf annehmen, daß diese Zeitung Ihnen, Ihren Freunden und vor allen Dingen dem „Häuflein von Offizieren" — das bitte ich zu beachten, davon sprach ich gestern — nahesteht. Ich will einen einzigen Satz Ihnen vorlesen:

Daß Herr Scheidemann nicht gerade erbaut sein konnte ob der Anzeichen des endlichen Erwachens der Nation, lag auf der Hand.

Das wird gesagt von den Demonstrationen, die sich in Berlin am Sonntag abgespielt haben.

Dann hat Herr Dr. Becker etwas von „fanatischem Haß" gesagt. Er sprach von mir und vom **General Ludendorff.** Herr Dr. Becker, wer gibt Ihnen das Recht, von Haß zu sprechen, den ich gegen den General haben soll. Kein Mensch hat das Recht, mir etwas derartiges zu unterstellen. Ich weiß mich vollständig frei von jeglicher Spur eines Hasses sowohl gegenüber dem General Ludendorff wie gegenüber irgendeinem anderen seiner Kameraden. Das, was ich bekämpfe, ist die politische Stellung, die politische Rolle, die einzelne dieser Herren gespielt haben. Es ist meine Pflicht, das zu tun, weil ich glaube, es liegt jetzt mehr denn je im vaterländischen Interesse, gerade die Versuche, die von bestimmten Kreisen aus in der letzten Zeit gemacht worden sind, von vornherein nicht zu verkennen und da, wo sie drohend das Haupt erheben, sofort auf dem Posten zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe meiner Erinnerung nach einmal öffentlich vom General Ludendorff gesprochen, hier in dieser Versammlung; und das Wort, das mir fortwährend angekreidet wird, war das Wort von dem „genialen Hazardeur des Weltkrieges". (Lebhafte Zurufe rechts.) — Erlauben Sie doch! Was sind hier für Zurufe gefallen, und was fallen fortgesetzt in Ihren Blättern für Worte über mich! Ist das Wort in dem Sinne, in dem ich es verstanden haben will und in dem ich es nur verstehen konnte, eine Kränkung des Generals Ludendorff gewesen? Davon kann gar keine Rede sein! Es war ein Wort, das ich von ihm selbst entlehnt habe. (Lebhafter Widerspruch rechts.) — Natürlich, Sie schreien mir alle wieder „Nein!" entgegen. Sie wissen doch gar nicht, wo ich das Wort entlehnt habe. Wie können Sie sagen: „Nein!". Das ist eine gewisse — nehmen Sie mir das nicht übel — eine Dreistigkeit, den Versuch zu machen, den Gegner zu verblüffen, indem man etwas glatt bestreitet. (Lebhafte Ohorufe rechts. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.) — Ja, meine Herren, je länger Sie schreien, um so länger muß ich leider reden.

Ich komme auf einige Ausführungen des Herrn Grafen Posadowsky zurück. Er hat gesagt, im Auslande werde nie so über „die Offiziere" geredet werden, wie das meinerseits geschehen sei. Ich weise das zurück, Herr Graf. Ich habe nicht über „die Offiziere" herabsetzend geredet, sondern ich habe ausdrücklich gesagt: es handelt sich um Angehörige einer kleinen Organisation von Offizieren, die in der schroffsten Opposition gegenüber den 80 000 anderen organisierten Offizieren

stehen. Ich habe also nicht über „die Offiziere" schlechtweg, sondern ich habe über eine ganz bestimmte kleine Gruppe geredet und habe sie dadurch zu charakterisieren versucht, indem ich darauf hinwies, daß in ihrem Kreise der Ihnen wohl allen bekannte frühere Rechtsanwalt Bredereck eine Rolle spielt.

Meine Herren, wie ist es überhaupt zu verstehen, daß Herr Graf Posadowsky und Herr Dr. Becker in der Art über meine Rede gesprochen haben, wie sie es getan haben? Ich mache den Herren zum Vorwurf, daß sie entweder meine Rede nicht gehört, oder daß sie die Rede, die sie doch heute morgen im Wortlaut bekommen haben, nicht gelesen haben. Wo stehen denn die unerhörten Dinge, die Sie mir unterstellen? In der ganzen Rede steht nichts darin, woraus Sie mir einen Vorwurf machen können. (Zuruf rechts.) — Ich habe nichts gesagt, was Sie berechtigt, mir gegenüber die Behauptung aufzustellen, ich hätte irgend jemand beschimpft und dergleichen. Davon ist gar keine Rede gewesen. Was ich überhaupt über General Ludendorff gesagt habe, kommt in dem Satz vor, in dem es hieß: „Kaiserhoch!" „Heil Dir im Siegerkranz" und Ovation für General Ludendorff, der ganz zufällig, genau zu derselben Minute wie die Herren des Nationalbundes deutscher Offiziere sich in der Wilhelmstraße befand. Ist das eine Beschimpfung? (Zurufe rechts.) Ich habe weiter wörtlich gesagt:

> Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichthin aus dem Handgelenk beurteilt werden. Ob Schuld oder Nichtschuld, die eine wie die andere kann sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen. Er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben.

Meine Herren, daraus haben Sie den Schluß gezogen, daß wir oder daß ich aus Rache danach giere, den General Ludendorff vor ein Gericht zu bringen. Der **General Ludendorff** hat den **Gerichtshof** selbst verlangt, da haben wir uns nach den Vorkommnissen am Sonntag in Berlin gesagt: gut, wenn er es verlangt und andere prominente Männer, wie Herr v. Bethmann Hollweg usw. auch, so sollen sie ihn haben. (Lebhafte Zurufe rechts und Gegenrufe links.)

Was weiter über meine Rede von gestern gesagt worden ist, ist zum Teil direkt unglaublich. Mir machen die Herren Vorwürfe über meinen Ton! (Zustimmung rechts.) Ich mache gar keinen Anspruch darauf, mich befleißigt zu haben, in den Tönen zu reden, in denen Sie gewöhnt sind, zu sprechen. Aber ich verwahre mich dagegen, daß Sie hier, um nach außen bestimmte Wirkungen hervorzurufen, den Anschein erwecken, als wenn ich ein ausgemachter Rüpel sei. Ich bediene mich des Tons, von dem ich glaube, daß er der Gesellschaft, in der ich mich befinde, angemessen ist. (Zurufe rechts.) In der „Deutschen Zeitung", von der ich vorhin bereits sprach, schreibt einer der Berichterstatter, der seine Fahrt von Berlin nach Weimar schildert, unter anderem dies:

. . . Das Berlin vom Sonntag hat gezeigt, daß der Umschwung in der Stimmung einsetzte. Berlin hat begonnen, den Kopf wieder hoch zu tragen. Herr Scheidemann würde also warnen, so dachte man. Was in Wahrheit bevorstand, aber ahnte niemand. In Berlin war mir kurz vor meiner Abreise hierher in der vorigen Woche bekannt geworden, Ludendorff glaube zu wissen, Scheidemann plane einen Schlag gegen ihn. (Heiterkeit links.)

Es könnte das, wenn der Berichterstatter sich nicht alles das direkt aus den Fingern gesogen, also direkt erschwindelt hat, nur beweisen, daß der General Ludendorff sich mit mir mehr beschäftigt als ich mich mit ihm.

Noch ein Wort über die Tonart, von der die Herren Dr. Becker und Graf v. Posadowsky gesprochen haben. Ich will mit einem Beispiel dienen. Herr Graf v. Posadowsky, was Sie heute von der „Massenstimmung", oder wie Sie es auszudrücken beliebten, gesprochen haben, war eine sehr, sehr vorsichtige Umschreibung dessen, was Ihre Freunde unter der Verantwortung der Herren Schiele und D. Traub in Flugschriften, die sie verantwortlich herausgaben, anders von sich zu geben pflegen. Ich will Ihnen ein paar Sätze vorlesen, und dann bitte ich, mir zu sagen, ob Sie auf der Rechten Ursache haben, mir gegenüber von einer **gehässigen Tonart** zu sprechen. Also eine **Flugschrift** wird von der **Deutschnationalen Partei** verbreitet unter der verantwortlichen Redaktion von D. Traub und Schiele. Hören Sie:

Die gewerbsmäßigen sozialdemokratischen Agitatoren hatten ihrem Stimmvieh jahraus jahrein eingeredet, es besäße hervorragend gute Eigenschaften. Die Revolution hat allen Völkern der Erde bewiesen, daß dieses sozialdemokratische deutsche Stimmvieh von allergemeinster, miserabelster Qualität ist. Arbeitsscheues Gesindel, das die Staatskassen systematisch plündert, von Raub und Diebstahl nur leben will. Diese miserable Qualität des Stimmviehs trat sofort zutage, als es die musterhafte Staatsordnung zertrümmert hatte.

Meine Herren, so geht das weiter über das Stimmvieh mit direkter Beschimpfung der Sozialdemokraten hier im Hause, ganz besonders der sozialdemokratischen Minister:

Im Theater zu Weimar suchen nun die Scheidemann und Genossen ihrem Stimmvieh durch einen Phrasenschwall neuen Mut wieder einzuflößen usw. usw.

Das ist deutschnationale Tonart, und Sie (nach rechts) erlauben sich, mir Vorwürfe zu machen, wenn ich Ihnen einmal die Wahrheit gesagt habe. Ich schenke Ihnen angesichts der vorgerückten Stunde alles andere, was ich Ihnen sagen wollte. Der **Staatsgerichtshof** ist also ein Entgegenkommen unsererseits an die von General v. Ludendorff geäußerten Wünsche. Daß ein solcher Staatsgerichtshof nur zusammengesetzt sein darf aus Männern, die in der objektivsten Weise urteilen, ist für mich eine Sache, über die ich nicht rede, weil sie eine Selbstverständlichkeit ist.

Ein Wort noch über die **gleichen Rechte**, die Sie verlangen. Sie tun so, als ob wir Ihnen, die Sie auf einem andern Standpunkt stehen als wir, nicht die gleichen Freiheiten einräumen wollten! Ich sage Ihnen: Das, was Sie heute in bezug auf die Rechtsgleichheit gesagt haben — wonach Sie früher allerdings nie gehandelt haben —, entspricht vollkommen meiner innersten ehrlichen Überzeugung, und Sie dürfen überzeugt sein, daß ich niemals meine Hand dazu bieten würde, den einen anders zu behandeln wie den andern. Die gleichen Rechte und die gleichen Freiheiten müssen allen eingeräumt sein. Das ist der Boden der Demokratie, den ich unter keinen Umständen verlassen werde. Das setzt aber auch voraus, daß weder den Spartakisten noch den Herren um Posadowsky herum irgend ein Vorrecht eingeräumt werden kann. Das, was am Sonntag Offiziere vom sogenannten Nationalbund auf der Straße getan haben, war die Inanspruchnahme eines Vorrechtes, weil es den anderen nicht erlaubt war, das gleiche zu tun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Lediglich eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Haase zwingt mich, noch kurz das Wort zu ergreifen. Ich konnte während der Rede des Herrn Abgeordneten Haase wegen einer Besprechung nicht anwesend sein und muß mich auf das stützen, was mir mitgeteilt worden ist. Danach hat der Herr Abgeordnete Haase ausgeführt, ich hätte in der Sitzung vom 5. März behauptet, daß die **Erklärung der deutschen Waffenstillstandskommission,** abgegeben am **12. Dezember 1918,** in einer **Kabinettssitzung** festgestellt worden sei, in der nur Unabhängige anwesend gewesen seien. Das habe ich hier erklärt. Der Herr Abgeordnete Haase erklärt darauf, daß die Vielseitigkeit, starke Inanspruchnahme meiner Person und Gedächtnisschwäche mich zu einer Behauptung veranlaßt hätten, die sich als durchaus unrichtig ergäbe; denn nur am 27. Dezember hätte eine Kabinettssitzung stattgefunden, am 12. überhaupt nicht — — (Abgeordneter Haase (Berlin): Am 27. hat eine Sitzung stattgefunden, in der nur Unabhängige anwesend waren!) — kommt noch, nur abwarten! — am 12. überhaupt nicht, und in der Sitzung vom 27. Dezember hätte der Abgeordnete Haase diese oder jene Stellung eingenommen, die ja zur Sache nichts tut. Es handelt sich also — sagt der Herr Abgeordnete Haase — um eine völlig falsche, wenn auch nicht absichtlich falsche Darstellung Erzbergers, der er unbedingt entgegentreten müsse, um das ein für allemal festzustellen.

Demgegenüber habe ich folgendes zu konstatieren: Von meiner Erklärung vom 5. März habe ich nichts zurückzunehmen. Es hat am

12. Dezember eine Sitzung des Rates der Volksbeauftragten stattgefunden, an der lediglich die Abgeordneten Haase, Barth und Dittmann teilgenommen haben. (Hört! hört) Der Herr Abgeordnete Haase leitete die Sitzung. Ich saß neben ihm, daneben saß Herr Barth, vis-à-vis saß der Volksbeauftragte Dittmann. Ein Volksbeauftragter aus den Reihen der Mehrheitssozialisten war nicht anwesend. In dieser Sitzung ist konstatiert worden, daß eine Note abgefaßt werden soll, so wie ich sie in der Sitzung vom 5. März hier wiedergegeben habe. Diese Note ist dann vom Auswärtigen Amt aufgestellt worden, wurde mir am Abend dieses Tages noch zugeschickt, wurde von mir gegengezeichnet und telegraphisch nach Spaa übermittelt. In dieser **Note** ist gegen die Forderung der Alliierten Stellung genommen, daß wir sofort die **östlichen Gebiete zu räumen** hätten. Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir das Recht haben, in diesen östlichen Gebieten so lange zu bleiben, als es nach unseren Interessen geboten ist. Es ist eine Stelle über den gemeinsamen Kampf Deutschlands und der Alliierten gegen den Bolschewismus aufgenommen worden.

Diese Note ist tatsächlich in einer Kabinettssitzung abgefaßt worden, an der nur die Minderheitssozialisten teilgenommen haben. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Mein Gedächtnis täuscht mich nicht. Ich bin sogar in der glücklichen Lage, daß der Verfasser der Note hier im Hause anwesend ist — es ist ein Mitglied des Auswärtigen Amts, mit dem ich heute nachmittag noch gesprochen habe —; und er hat mir die Richtigkeit dieser meiner Darstellung in jeder Richtung bestätigt. (Hört! hört!) Wenn es dem Herrn Abgeordneten Haase heute unangenehm ist, an diese, seine frühere Tätigkeit als Mitglied der Regierung erinnert zu werden, dann trage nicht ich die Schuld, sondern er. (Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Debatte geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die Behauptungen des Herrn Ministers Erzberger sind durchaus unrichtig. Er irrt sich. Die Protokolle der Regierung können eingesehen werden. Es kann festgestellt werden, daß er einem Irrtum unterlegen ist. Eine solche Sitzung, in der die drei Unabhängigen allein gewesen sind, hat nur einmal stattgefunden, und das war am 27. Dezember; daran ist nicht zu rühren. Diese Note ist, als ich sie gelesen habe, sofort von mir beanstandet worden. Sie ist aus dem Auswärtigen Amt in einer Form herausgekommen, die mir nicht bekannt war. Daran ist gar nicht zu rütteln.

Nun gegenüber dem Herrn Minister Noske! Der Herr Minister Noske hat eine Äußerung dahin getan, daß meine Freunde und ich nicht

einmal unter dem Schutz der Immunität zu unseren Taten stünden. Diese Unterstellung weise ich entschieden zurück. Ich habe während meines politischen Lebens jederzeit die Verantwortung für das, was ich denke und handle, übernommen. Ich kann allerdings nicht meine Gesinnung umwandeln, nur weil Herr Noske es will. Ich kann nicht ihm zu Gefallen Taten ausführen, die mich zum willkommenen Objekt seiner Maschinengewehre machen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Herr Minister Noske hat mir unterstellt, ich müßte wissen, daß die **Bergarbeiter in Mitteldeutschland** über die Vorgänge, die in der von ihm vorgelesenen Resolution enthalten sind, belogen und betrogen worden sind. (Zuruf des Reichswehrministers Noske: Habe ich nicht gesagt!) Ich weiß das Gegenteil, und zwar aus den Debatten dieses Hauses. Denn es ist hier bereits einmal festgestellt worden, daß das „Hallesche Volksblatt", das Organ meiner Partei in Halle, vier Tage vor dem Streik ausdrücklich die objektiven Zugeständnisse, die die Regierung gemacht hat, den Arbeitern mitgeteilt und daran die Aufforderung geknüpft hat, von dem Streik Abstand zu nehmen. Das Gegenteil von dem, was er gesagt hat, ist also wahr.

Der Herr Reichswehrminister Noske hat, um die Wucht der von mir vorgetragenen scheußlichen Vorgänge abzuschwächen, erklärt, daß der Vater des einen erschossenen Matrosen insofern eine unrichtige Angabe gemacht habe, als er behauptet, sein Sohn habe erzählt, er hätte wiederholt mit ihm (Noske) gesprochen. Ich habe schon durch einen Zwischenruf festgestellt, daß ich diese Behauptung gar nicht aufgestellt habe; er hat also gegen etwas polemisiert, was ich gar nicht gesagt habe.

Herr Minister Noske hat zum Schluß den Geschmack gehabt, meine Freunde und mich als Brandstifter hinzustellen. Ich will ihm nicht vorhalten, daß er selbst und seine engeren politischen Freunde früher in politisch erregten Zeiten, namentlich die Alten aus unserem Kreise während der Zeit des Sozialistengesetzes, als Brandstifter bezeichnet worden sind. Er ist es gewesen, der sich früher stets mit Entrüstung gegen diese Art von Polemik aufgelehnt hat. Der Herr Reichswehrminister Noske mußte wissen, daß in diesem Augenblick eine solche Äußerung noch ganz andere Wirkungen haben kann; denn es dürfte ihm nicht unbekannt sein, daß Proskriptionslisten herumgehen, die diejenigen Personen enthalten, denen ein ähnliches Schicksal wie jenen Matrosen bevorsteht. Daß eine solche Äußerung von ihm zur Vermehrung der Proskriptionslisten anreizt, darüber müßte er sich klar sein. Um seine heutige Rede würde ihn, wenn er noch leben würde, der frühere Minister Puttkamer beneiden, der ja gesagt hat: Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution. — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Der Minister Puttkamer hat mit einer persönlichen Bemerkung des Herrn Abgeordneten Haase nichts zu tun! Zu einer per-

sönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker (Hessen).

Dr. Becker (Hessen), Abgeordneter: Der Herr Präsident des Ministeriums hat vorhin die „Deutsche Zeitung“ erwähnt in Wendungen, die den Anschein erweckten, daß nach seiner Auffassung die „Deutsche Zeitung“ mir oder meinen Fraktionsfreunden nahestände. Ich habe demgegenüber festzustellen, daß die „Deutsche Zeitung“ weder mir noch irgendeinem meiner Fraktionsfreunde irgendwie nahesteht, daß niemand von uns irgendwelche Beziehungen zu der „Deutschen Zeitung“ hat.

Der Herr Präsident des Ministeriums hat ferner vorhin zur Rechtfertigung des Tones, in dem seine gestrigen Darlegungen gehalten waren, der nicht nur hier im Hause, sondern auch von der links stehenden Presse lebhaft beanstandet worden ist, darauf hingewiesen, daß Zeitungsartikel, aus denen er Stücke verlesen hat, noch in einer ganz anderen Tonart von ihm und seinen Freunden sprächen. Meine Damen und Herren! Ich hatte seither geglaubt, daß es ein Unterschied sei, ob jemand als Zeitungsredakteur oder ob jemand hier vom Regierungstisch und als Leiter der Regierung eines großen Volkes spricht. (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und rechts.) Allerdings habe ich meine Erfahrungen in der Zeit vor dem 9. November gesammelt. Ich möchte aber doch wünschen, daß man auch nach dem 9. November in der gleichen Tonart hier im Parlament miteinander verkehrte, wie das früher der Fall war. Ich glaube, das würde die gemeinschaftliche Arbeit an den großen vaterländischen Aufgaben, an denen wir alle mitzuarbeiten berufen sind, wesentlich fördern. (Bravo! rechts.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Traub.

D. Traub, Abgeordneter: Der Herr Präsident des Reichsministeriums hat meinen Namen genannt im Zusammenhang mit einem Flugblatt. Ich war persönlich an der Herausgabe und an der Redaktion dieses Flugblatts überhaupt nicht beteiligt. Der Herr Ministerpräsident hat nur vergessen, zu sagen, daß es sich hier um den Brief eines Arbeiters handelt, den er an den Grafen Posadowsky gerichtet hat (lebhafte Rufe rechts: Hört! hört), und dieser Brief eines früheren sozialdemokratischen Arbeiters an den Grafen Posadowsky enthält die von ihm vorgetragenen Stellen. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Der Herr Ministerpräsident hat der Kritik, die ich an dem Ton seiner gestrigen Rede geübt habe, den Ton einer politischen Broschüre entgegengehalten, die mir vollkommen unbekannt ist. Ich glaube allerdings, daß ich an den Ton des ersten Beamten des Reichs, der an öffentlicher Stelle hier in der Nationalversammlung steht, einen anderen Maßstab anlegen muß als an den Ton einer Propagandaschrift. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Präsident: Es haben sich noch zwei Regierungsvertreter zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Die Regierungsbank ist in diesem Falle schlimmer daran, weil die Debatte wieder eröffnet ist, wenn ein Regierungsvertreter spricht. — Der Herr Reichsminister Erzberger hat das Wort.

Erzberger, Reichsminister: Gegenüber den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Haase muß ich auf meiner Darstellung unter allen Umständen beharren. Mir ist von einem Protest, den der Herr Abgeordnete Haase als Mitglied des Rats der Volksbeauftragten eingelegt hat, bis zur Stunde nichts bekannt. Die Note ist übergeben worden nach den Beschlüssen, wie sie am Vormittag in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten gefaßt worden sind. Ob am 27. Dezember eine andere Sitzung stattgefunden hat, weiß ich nicht, es tut auch nichts zur Sache; am 12. Dezember hat jedenfalls diese Sitzung stattgefunden.

Präsident: Nach dieser persönlichen Bemerkung des Herrn Reichsministers Erzberger ist die Diskussion wiedereröffnet. — Es meldet sich niemand zum Wort; ich schließe die Diskussion. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich will kurz folgendes erklären. Meine Behauptung ist durchaus richtig; es ist wohl auch kein Geheimnis — das muß auch der Herr Minister Erzberger wissen —, daß ich mich lebhaft darüber beklagt habe, daß in der Zeit, als Herr Solf Staatssekretär war, Noten aus dem Auswärtigen Amt veröffentlicht wurden, ohne daß wir Kenntnis davon bekommen haben. Diese Note ist mir vorher nicht zur Kenntnis gebracht worden.

Präsident: Es ist der Antrag gestellt, die beiden Gesetzentwürfe, die auf der heutigen Tagesordnung stehen, an den Haushaltsausschuß zu überweisen. — Es widerspricht niemand; ich stelle also fest, daß die Überweisung an den Haushaltsausschuß beschlossen ist. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, mit folgender

Tagesordnung: 1. Anfragen; 2. Wahl von 6 Mitgliedern der Nationalversammlung für die Reichsschuldenkommission auf Grund der Bestimmungen in den §§ 12 und 13 der Reichsschuldenordnung (Reichs-Gesetzbl. S. 129) und in den §§ 1 und 2 des Übergangsgesetzes vom 4. März 1919; 3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine; 4. mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung vom 4. Februar 1919; 5. mündlicher Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, betreffend a) Verordnung über die Wahl des Vorstandsvorsitzenden bei den Ortskrankenkassen und über die Kassenangestellten vom 5. Februar 1919, b) Verordnung über Krankenversicherung vom 3. Februar 1919. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 19 Minuten.)

---

31. Sitzung.

Freitag den 28. März 1919.

Reichsmarine. — Sicherung der Feldbestellung.

Geschäftliches: Ausschüsse, Urlaub.

Anfragen: Nr. 48, Meier (Sachsen): Wirtschaftliche Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner — zurückgezogen. — Nr. 64, Keil usw.: Nichtwiedereinführung der Sommerzeit: Riedmüller (Soz.). — Freiherr v. Welser, Geheimer Ober-Regierungsrat.

Wahl von 6 Mitgliedern der Nationalversammlung für die Reichsschuldenkommission.

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über Bildung einer vorläufigen Reichsmarine: Noske, Reichswehrminister. — Dr. Oberfohren (D. Nat.). — Dr. Graf zu Dohna (D. Vp.). — Brühl (U. S.). — Giebel (Soz.).

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses über die Verordnung über Sicherung der Acker- und Gartenbestellung: Schmidthals (D. D.), Berichterstatter. — Blum (Ztr.). — Feldmann (Soz.). — Kreft (D. Nat.). — Dusche (D. Vp.). — Wurm (U. S.).

Tagesordnung der nächsten Sitzung: Schultz (Bromberg) (D. Nat.).

Die Sitzung wird um 3 Uhr 21 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

> in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Pachnicke, Legendre, Oertel, Dr. Böhme (Magdeburg), Schmidthals, Ziegler, Beims, Neef, Frau Simon (Westpreußen), Dusche, Weilnböck, Käppler die Abgeordneten Kerschbaum, Nacken, Dr. Becker (Hessen), Remmers, Dr. Dernburg, Dr. Böhmert (Bremen), Schulz (Ostpreußen), Heimann, Käppler, Dr. Rießer, Dietrich (Potsdam), Krätzig; in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Koßmann der Abgeordnete Sagawe; in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Delius, Dr. Kaas, Dr. Hitze, Dr. Spahn, Dr. Luderwig, v. Graefe die Abgeordneten Dr. Raschig, Farwick, Hofmann (Ludwigshafen), Strzoda, Remmers, Warmuth; in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Sachse der Abgeordnete Körsten; in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Zietz, Schmidt (Sachsen), Steinkopf, Braß die Abgeordneten Frau Agnes, Lüttich, Gölzer, Dürwell.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Brodauf für 3 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden:

Anfragen.

Die erste Anfrage, Nr. 48, ist zurückgezogen. Ich rufe auf Anfrage Nr. 64, Keil und Genossen (Nr. 166 der Drucksachen).

Ich erteile das Wort dem Anfrager, dem Herrn Abgeordneten Riedmüller.

Riedmüller, Abgeordneter:

Die Sommerzeit[1]) führt bei der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zu Störungen in der zweckmäßigen Arbeitseinteilung und bei dem großen Teile der Arbeiterschaft, der täglich vor Beginn der Arbeit große Entfernungen zurückzulegen hat, zu einer Kürzung der Nachtruhe. Sie kürzt auch die Zeit, die für den Schlaf der Kinder die geeignetste ist, um eine Stunde und beeinträchtigt damit die Jugendpflege. Ist die Regierung bereit, in Rücksicht auf diese Tatsachen von der Wiedereinführung der Sommerzeit abzusehen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Geheimrat Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser**, Geheimer Ober-Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die Regierung ist nicht in der Lage, selbst über die Wiedereinführung der **Sommerzeit** wie früher im Wege der Verordnung zu entscheiden, da das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914, das die Grundlage für den Erlaß solcher Verordnungen gebildet hatte, außer Wirksamkeit getreten ist.

Wegen der andauernden, gegen die Vorjahre noch gesteigerten Kohlenknappheit, aber auch aus Gründen der Volksgesundheitspflege hat die Regierung für geboten erachtet, die Wiedereinführung der Sommerzeit zunächst unter Einschränkung auf das Jahr 1919 in Aussicht zu nehmen. Sie hat daher dem Staatenausschuß einen bezüglichen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Frage einer dauernden gesetzlichen

---

[1]) Als gesetzliche Zeit für Deutschland ist die „mittlere Sonnenzeit des 15. Längengrades östlich von Greenwich" bestimmt worden durch Reichsgesetz vom 12. März 1893 (R.G.Bl. S. 93). Während des Weltkrieges wurde zur Ersparung von Kohle die Sommerzeit eingeführt als mittlere Sonnenzeit des 30. Längengrades östlich von Greenwich, also um eine Stunde (ein Längengrad = 4 Minuten) vorverlegt. Dies geschah zuerst durch die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassene Bundesratsverordnung vom 6. April 1916 (R.G.Bl. S. 243) für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916, erneut durch die Bundesratsverordnungen vom 16. Februar 1917 (R.G.Bl. S. 151) für die Zeit vom 16. April bis 17. September 1917 und vom 7. März 1918 (R.G.Bl. S. 109) für die Zeit vom 15. April bis 16. September 1918. Für 1919 ist die Beibehaltung der Sommerzeit abgelehnt worden. (Vergl. unter 35. Sitzung.)

Einführung der Sommerzeit offen läßt. Sobald die Beschlußfassung des Staatenausschusses erfolgt ist, wird die Nationalversammlung Gelegenheit haben, sich eingehend mit der Angelegenheit zu befassen.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

> **Wahl von 6 Mitgliedern der Nationalversammlung für die Reichsschuldenkommission** auf Grund der Bestimmungen in den §§ 12 und 13 der Reichsschuldenordnung (Reichs-Gesetzbl. S. 129) und in den §§ 1 und 2 des Übergangsgesetzes vom 4. März 1919.[2])

Es ist bisher üblich gewesen, durch Zuruf nach vorheriger Verständigung über die in Vorschlag kommenden Persönlichkeiten die Wahl zu tätigen. Nach Besprechung unter den Parteien sind als Mitglieder der Reichsschuldenkommission vorgeschlagen die Herren Abgeordneten Heimann, Krüger (Potsdam), Schumann, Dr. Pfeiffer, Dr. Dernburg, Laverrenz. Die Wahl durch Zuruf ist nur dann zulässig, wenn niemand widerspricht. — Es widerspricht niemand; wir können also durch Zuruf wählen. Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, so nehme ich an, daß die Versammlung mit den Namen einverstanden ist, die ich vorhin verlesen habe. — Ich stelle das hiermit fest. Die sechs Herren sind in die Reichsschuldenkommission gewählt.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine** (Nr. 173 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung und erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine bezweckt, unter engster Anlehnung an das kürzlich von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz über die Reichswehr eine provisorische Regelung der Marineangelegenheiten zu treffen. Ich darf vielleicht einige Worte über die **Reichswehr** vorausschicken.

---

[2]) Nach der Reichsschuldenordnung vom 19. März 1900 wird die Verwaltung der Reichsschuld von der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden unter der Benennung „Reichsschuldenverwaltung" geführt; die fortlaufende Aufsicht durch eine „Reichsschuldenkommission" ausgeübt, die aus je 6 Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags und dem Präsidenten des Rechnungshofes zusammengesetzt war. Auf Grund des Übergangsgesetzes vom 4. März 1919 ist an die Stelle des Bundesrats der Staatenausschuß, an die Stelle des Reichstags die Nationalversammlung getreten.

Die Arbeiten dafür sind vorangegangen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, manche Erscheinungen, die bei der **Werbung der Freiwilligen** als unerfreulich empfunden worden sind, verschwinden zu lassen. Auf öffentliche Werbung wird allerdings nicht verzichtet werden können. Aber das Werben von manchmal vier bis sechs Offizieren an einem Ort, die sich gewissermaßen Konkurrenz machen, muß aufhören. Ebenso wird darauf Bedacht genommen werden, daß nicht der Eindruck aufkommt, als scharten besonders beliebte Offiziere um ihre Person Truppen, die für sie allein durchs Feuer gehen. Es besteht bei manchen Leuten die Sorge, solche Truppen könnten von ehrgeizigen oder konterrevolutionär gesinnten Führern mißbraucht werden und gegen die vom Volk errungenen Freiheiten Verwendung finden. Ich habe keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß ein solcher Verdacht gegen einen der Generale gehegt werden dürfte, die jetzt Freiwilligenverbände führen. Aber es muß ganz klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Truppe unbedingt und absolut lediglich Instrument des Reiches ist.

In einer Zeit, in der sogar die Wahl aller Führer durch die Truppe gefordert wird, die ich für ausgeschlossen halte, wird der General aber das weitestgehende Vertrauen seiner Mannschaften genießen müssen. Wenn für eine bestimmte Reichswehrbrigade geworben wird, ist es daher vielleicht nicht immer zu vermeiden, darauf hinzuweisen, wer die Truppe führt. Zu beachten ist bei allen Fragen, die unsere jetzige Wehr betreffen, daß wir in einer Zeit der größten Umwälzung auf allen Gebieten leben.

Wie die Wehrverhältnisse in Zukunft gestaltet sein werden, ist heute nicht abzusehen. Aus den jetzt gemachten Erfahrungen wird zu lernen sein, damit das Beste und Zweckentsprechendste geschaffen werden kann. So viel steht fest, daß eine gewisse Wehrmacht mit höchster Manneszucht nicht entbehrt werden kann.

Das Verständnis dafür ist leider an einigen Stellen noch nicht vorhanden. Werbungen für die Truppen werden z. B. in Bayern noch jetzt gewaltsam verhindert. Das **Würzburger Generalkommando** hat noch in den letzten Tagen bekanntgegeben, daß Werber zu verhaften und ihm sofort vorzuführen seien. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Ich hoffe jedoch, daß bei Verhandlungen mit einem Vertreter der bayerischen Regierung, die voraussichtlich in der nächsten Woche stattfinden, eine befriedigende Regelung gefunden werden wird.

Mit Genugtuung kann ich mitteilen, daß bei einer langen Aussprache zwischen mir und dem österreichischen Kommissar für das Militärwesen eine weitgehende Übereinstimmung der Anschauungen zutage trat.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf über die **Bildung einer vorläufigen Reichsmarine** ist eine kurze Begründung beigegeben worden,

die alles enthält, was zurzeit gesagt werden kann. Durch die Revolution wurde das Gefüge der Marine vollständig zersprengt. Der größte Teil der Flotte liegt jetzt interniert in englischen Gewässern. Fast ausschließlich aus Kapitulanten, Unteroffizieren und Deckoffizieren wurde in Kiel die Kieler Brigade gebildet, die jetzt in Berlin steht. Kürzlich ist in Wilhelmshaven eine ebensolche Truppe verwendungsbereit geworden. Ein drittes kleineres Detachement wird in Kiel aufgestellt. Weitere Leute dürfen aus den Marinebeständen für Landformationen nicht herausgezogen werden. Denn noch immer ist ein großer Teil der zurückgebliebenen jungen Leute in Kiel und Wilhelmshaven vollständig unbrauchbar für ernsten Dienst; sie müssen so rasch wie möglich entlassen werden. Eine ganze Anzahl von Leuten brauchen wir jedoch. Es sind 11 Torpedoboote wieder in vollem Betrieb mit guter Disziplin an Bord. Zwei Boote davon sind mit Geschützen armiert; sie werden in erster Linie der Sicherung der Lebensmitteltransporte zu dienen haben. Einige kleinere Boote, die auch auf den Flüssen Verwendung finden können, lasse ich für den gleichen Zweck verwendungsbereit machen. Ferner ist für Fischereischutz zu sorgen. Eine sehr wichtige Aufgabe für die Marine bleibt die Räumung des Meeres von Minen. Das Personal für diese Aufgaben ist durch die Werbung von Freiwilligen zu gewinnen. Dabei ist selbstverständlich in erster Reihe das vorhandene Personal in Aussicht zu nehmen. Auf die wirtschaftliche Sicherung der Zukunft der Männer, die sich zur Verfügung stellen, muß soweit wie möglich Bedacht genommen werden. Bewährten Leuten aus der Mannschaft ist die Stellung als Offizier zu eröffnen. Die Weiterbildung des Berufspersonals wird gründlich betrieben werden. Die gewonnenen Kriegserfahrungen der Marine müssen selbstverständlich möglichst nutzbar gemacht werden.

Meine Damen und Herren! Das durch dieses Gesetz zu schaffende Instrument muß unbedingt zuverlässig, festgeschlossen, straff diszipliniert sein. Zu dienen hat es dem Wohle des Reichs und der Gesamtheit des Volks. Ich bitte Sie namens der Reichsregierung, möglichst schleunig für die Verabschiedung der Vorlage Sorge zu tragen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Oberfohren.

Dr. Oberfohren, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! An sich liegt kein Grund vor, weshalb nicht auch wir diesen Gesetzentwurf begrüßen sollten, der die Absicht hat, die stark ins Wanken geratene innere Geschlossenheit der Marine, wie sich der Entwurf sehr milde ausdrückt, wieder aufzubauen. Allerdings müssen wir Wert darauf legen, daß der vorübergehende Charakter dieser Vorlage möglichst scharf be-

tont wird; denn wie wir schon bei der Beratung des Gesetzes über die Schaffung einer vorläufigen Wehrmacht zum Ausdruck gebracht haben, halten wir nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß die Erhaltung der **Wehrpflicht** eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Neugestaltung nicht nur der deutschen Volkswirtschaft, sondern vor allen Dingen auch für den **Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht zu Wasser und zu Lande** ist.

Wir begrüßen diese Vorlage auch deswegen, weil wir in ihr den Willen der Reichsregierung beobachten, sich ein gewisses Maß von **Seegeltung** nicht nehmen zu lassen. Die Chauvinistenpresse unserer Gegner ist bekanntlich unermüdlich an der Arbeit, ihren Völkern die Notwendigkeit einzupeitschen, daß man uns auch den letzten Rest unserer Flotte nehmen müsse, und daß man uns sogar die Möglichkeit des Schutzes unserer Handelsunternehmungen und die Möglichkeit unseres Küstenschutzes nehmen müsse. Es kann für uns keinem Zweifel unterliegen, daß solche Bedingungen nicht etwa aus der Sicherung vor Angriffen hervorgegangen sind, sondern sie sind nichts weiter als der Ausdruck des haßerfüllten Willens unserer Gegner, uns sogar gegenüber unseren kleinsten Feinden zur See wehrlos zu machen. Wenn man nun auch diese Ausstrahlungen der feindlichen Presse nicht immer als bare Münze zu nehmen braucht, so will ich doch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne von unserem Standpunkt aus mit allem Nachdruck zu betonen, daß unter keinen Umständen dem deutschen Volke ein Frieden zugemutet werden darf, der etwa auch nur entfernt darauf abzielte, die deutsche Flagge vom Weltmeer verschwinden zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) Auch nach unserer Niederlage ist es unbedingt erforderlich, daß uns die Betätigung auf dem Weltmarkt freigelassen wird, und dazu ist ein gewisses Maß von Seegeltung unentbehrlich. (Zustimmung rechts.) Wie es den kleinsten Staaten nicht verwehrt wird, so müssen auch wir fordern, daß unser Handel unter unserer eigenen Flagge fährt, daß wir ihn und unsere Kolonialinteressen durch eigene Kriegsschiffe schützen und daß wir auf diese Weise auch die Verbindung mit unseren Volksgenossen über See aufrecht erhalten. Vor allen Dingen aber müssen wir die Möglichkeit haben, unsere langgestreckten Küsten sichern zu können.

Meine verehrten Anwesenden! Was die Wehrlosigkeit auf dem Wasser für Deutschland für ungeheuer betrübliche Folgen gehabt hat, das hat ja eine dreihundertjährige Geschichte gezeigt. Zweifellos sind wir heute zu Wasser ebenso willen- und wehrlos, wie wir es in früheren Jahrhunderten gewesen sind. Ich verweise nur auf die ungeheuere Gefahr, die uns etwa von einer russischen **Landung** an der pommerschen und mecklenburgischen Küste droht. Ich frage: was soll etwa geschehen,

wenn nach einer solchen Landung unsere russischen Gegner den Weg direkt auf Berlin nehmen? Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Reichswehr gegenwärtig nicht imstande wäre, genügend schnell und genügend erfolgreich einer solchen Aktion entgegenzutreten.

Dazu kommt noch, daß unsere gegenwärtige Reichsregierung auch nicht imstande ist, die Ruhe und Ordnung auf See aufrecht zu erhalten, die **Seepolizei** auszuüben. Ich erinnere nur daran, daß noch kürzlich eine Freibeuterschar die Insel Wangeroog überfallen und ausgeplündert hat, ohne daß die Marine im geringsten imstande war, dies zu hindern. (Hört! hört! rechts.) Ich erinnere auch daran, daß unsere Reichsregierung sich veranlaßt gesehen hat, durch die Waffenstillstandskommission die Indienststellung von vier Kreuzern bei unsern Feinden zu erbitten, um die Lebensmitteltransporte zu sichern. Beide Fälle geben ein anschauliches Bild unserer Hilflosigkeit auf dem Wasser ohne Kriegsschiffe.

Nun kann es ja keinem Zweifel unterliegen, daß unsere eigene Finanzlage uns von selbst eine sehr starke Beschränkung in der Rüstung zur See auferlegt. Das Große und Herrliche, wofür unsere Flotte hat kämpfen dürfen, liegt ja jetzt in Trümmern, und die Werte, die sie schützen sollte, sind zum großen Teil verloren. Es ist selbstverständlich, daß mit ihrem Rückgang auch die Stärke unserer Rüstung zur See zurückgehen mußte. Wir benutzen aber doch die Gelegenheit, die Reichsregierung mit allem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Neubildung unserer Flotte in ihrer Organisation Wert darauf gelegt werden muß, daß sie den hoffentlich bald wieder einsetzenden Beziehungen zum Ausland, unseren neuen Beziehungen zur See entsprechend sehr bald wieder Rechnung tragen kann.

Hierzu wird es vor allen Dingen nötig sein, auch den **Geist der Manneszucht** in unserer Marine wieder zur Geltung zu bringen (sehr richtig! rechts), der ja in diesem Truppenteil ganz außerordentlich gelitten hat. Ich will hier darauf verzichten, auf die furchtbaren Demoralisationserscheinungen einzugehen, die sich im Anschluß an die Ereignisse vom 9. November gerade in der Marine gezeigt haben. Ich habe allerdings bei meinem letzten Besuch in Kiel feststellen zu können geglaubt, daß dieser Geist sich etwas gehoben hat. Jedenfalls halten es die Posten nicht für unbedingt erforderlich, dauernd zu rauchen oder das Gewehr konsequenterweise so zu tragen, daß der Regen hineinläuft. Aber zu tun bleibt auf diesem Gebiete doch noch mancherlei. Leider laufen ja auch im Innenlande eine Unmasse von lichtscheuen Elementen umher, die das Matrosenhemd zu Unrecht tragen und die dazu beitragen, daß der an sich wahrhaftig schon schwer belastete Ruf der Marine noch mehr geschädigt wird.

Ich brauche in diesem Zusammenhang nicht darauf zu verweisen, daß auch wir der Forderung zustimmen, daß dem **Unterpersonal** der

Marine der Aufstieg in die höheren Stellen gewährt werden soll. Ich kann in der Beziehung auf die Ausführungen meines Fraktionsfreundes Baerecke verweisen, die er gemacht hat bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Bildung einer Reichswehr.

Aber ich möchte den Zusammenhang benutzen, die Reichsregierung und namentlich die Marineverwaltung davor zu warnen, in noch größerem Maße als bisher die Marine der unersetzbaren Personen zu berauben, die im Seeoffizierkorps und auch in dem Ingenieurkorps, überhaupt in dem technischen Personal vorhanden sind. (Sehr richtig! rechts.) Das ist noch viel wichtiger als etwa ein Hinweis bei dem Landheer. Angesichts der ungeheuer komplizierten Einrichtungen bei der Marine sind die ebengenannten Bestandteile des Personals einfach unersetzlich, und es muß mit dem größten Bedauern festgestellt werden, daß Hunderte gerade unserer besten Seeoffiziere, Ingenieure usw. sich gedrungen gefühlt haben, den Abschied zu nehmen und ihr Brot anderweit zu suchen, weil ihnen durch die bisherigen Zustände in der Marine jede Dienstfreudigkeit genommen ist; das geht zum Teil bis auf den heutigen Tag. Es ist hohe Zeit, daß das endlich anders wird. Insbesondere sollte man nicht länger verdiente und zum großen Teil, wie ich nochmals sage, unersetzbare Männer mit einer gegenstandslos gewordenen politischen Feindschaft verfolgen, und am wenigsten dann, wenn sie ihre politische Anschauung hintansetzen und ehrlich gewillt sind, nach wie vor ihr Leben und ihre Arbeit in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Soweit die notwendige Verkleinerung der Seemacht des Deutschen Reiches tatsächlich auch jetzt noch eine Verminderung des Personalbestandes der Marine nach sich ziehen muß, möchte ich hier die Bitte an die Marineverwaltung richten, eine möglichst **großzügige Versorgungspraxis** eintreten zu lassen. Von der Zwangsentlassung werden in der Marine verhältnismäßig große Teile junger Offiziere getroffen. Das findet seinen Grund darin, daß die Marine in starker Entwicklung begriffen war, und deshalb auch starker Ersatz eingestellt werden mußte. Andererseits fand es seinen Grund darin, daß die Eigenart des Marinedienstes einen verhältnismäßig großen Ausbildungsabschnitt erforderte. Dadurch war in den letzten Jahren die Zahl der jungen Offiziere und auch des anderen Personals außerordentlich zahlreich geworden. Diese Verhältnisse haben sich namentlich auch im Kriege noch dadurch verschlechtert, daß, ähnlich dem Schützengrabenkrieg beim Heere, in der Flotte der Krieg der kleinen Kreuzer einsetzte und dauernd geblieben ist.

Bei dem Alter dieser Offiziere, die jetzt wahrscheinlich zu 50 und mehr Prozent entlassen werden müssen, ist noch eine ausgiebige Möglichkeit vorhanden, sich für einen anderen Beruf vorzubereiten, und ich möchte mir infolgedessen den Vorschlag erlauben, wenigstens in wohl-

wollende Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, solchen Offizieren einige Jahre ihr Gehalt weiterzuzahlen oder doch wenigstens das Kapitalabfindungsgesetz vom 26. Juli 1918[3]) dahin zu erweitern, daß etwa bis zum Höchstbetrage der Pension von 3000 Mark der Anspruch auf Versorgung nach Wahl des Versorgungsberechtigten durch eine einmalige Kapitalabfindung abgelöst werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Frage empfehle ich wohlwollender Erwägung, wie den noch nicht pensionsberechtigten Offizieren der Übergang in einen neuen Beruf erleichtert werden kann.

Ich gestatte mir, hier eine Angelgenheit einzuschieben, die mir auch aus den Kreisen der Armee wiederholt vorgetragen worden ist. Es wird nämlich sowohl in den Kreisen der Armee wie in den Kreisen der Marine sehr lebhaft Klage darüber geführt, daß nach Ausbruch der Revolution viele Offiziere die überfällige Beförderung nicht erhalten haben (sehr richtig! rechts), und ich bitte den Herrn Reichswehrminister, diesem Gesichtspunkt, der nach meiner Ansicht zu begreiflicher Unzufriedenheit Anlaß gibt, seine nachdrückliche Aufmerksamkeit zu schenken.

Ich betone ausdrücklich, daß die Gesichtspunkte, die ich vorzutragen die Ehre habe, ganz selbstverständlich auch auf das Unterpersonal, in diesem Falle auf die Unteroffiziere und Deckoffiziere, sinngemäß Anwendung finden müssen, entsprechend den Ausführungen, die meine Parteifreunde bei der Beratung des Gesetzes über die vorläufige Reichswehr gemacht haben.

Und nun möchte ich mir noch ein kurzes Wort gestatten über die zukünftigen Schicksale unserer Reichswerften und Marinestädte. Meine verehrten Anwesenden, in Kiel und in Wilhelmshaven ertönt jetzt immer mehr die bange Frage: was wird denn nun aus den Städten, deren Schicksal seit langen Jahren mit dem Gedeihen der Marine vollständig verbunden war? Was wird aus den Zehntausenden, ja den Hunderttausenden von Einwohnern, die von der Marine und mit der Marine gelebt haben? (Sehr richtig!) Ich bin nicht der Meinung, daß das Schicksal dieser Städte hoffnungslos wäre, ich bin im Gegenteil der Meinung, daß ihnen sehr wohl Hilfe gebracht werden könnte, wenn nicht durch Maßnahmen der Reichsregierung selbst derartige Hilfsmöglichkeiten illusorisch gemacht würden. Wir müssen uns doch folgendes vergegenwärtigen. Wenn auch die Marine auf einen kleinen Bestand herabgedrückt wird, dann bleiben doch bestehen die großen produktiven Anlagen, die drei Riesenwerften, die Torpedowerkstatt und andere Marinewerkstätten. In diesen Werk-

---

[3]) Kapitalabfindungsgesetz für Offiziere v. 26. Juli 1918 (R.G.Bl. S. 994).

stätten sind, wie man geschätzt hat, etwa 500 Millionen Mark Kapital investiert (hört! hört! rechts), und ich würde doch der Meinung sein, daß ein vitales Interesse auch bei der jetzigen Reichsregierung vorliegt, die hier investierten Werte einigermaßen zinstragend anzulegen Zu diesem Zwecke kann sie doch nur so verfahren, daß sie, wenn die Bedürfnisse der kleinen neuen Marine nicht etwa die ganzen Reichswerften beschäftigen können, dazu übergeht, die Reichswerften auf Friedensarbeit einzustellen. (Sehr richtig! rechts.) Was tut aber die Reichsmarineverwaltung? Sie geht dazu über, diese Betriebe andauernd stärker zu entvölkern, und wir haben den Eindruck, daß das nicht nur auf Betreiben der Reichsmarineverwaltung, sondern auch des Reichswirtschaftsamts geschieht. Wir möchten gerade von seiten der großen Marinestädte hier den dringenden Wunsch äußern, daß diese Bestrebungen, die Reichsmarinewerften von Arbeitern zu entvölkern, nicht fortgesetzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Denn es ist doch folgendes zu bedenken. Die Reichswerft in Kiel hat vor dem Kriege 11 000 Arbeiter beschäftigt, sie hat in Zeiten der höchsten Höhe im Kriege 22 000 Arbeiter beschäftigt. Jetzt hat das Reichsmarineamt erklärt, man wolle zunächst die Reichswerft in Kiel auf den Bestand von 6000 bis 7000 Arbeitern herunterdrücken. Ich erkläre nach meiner Information, daß das angesichts der gegenwärtigen Arbeitslage nicht notwendig ist. Sollten derartige Maßnahmen aber Platz greifen, dann muß dies geradezu katastrophale Folgen für die Marinestädte nach sich ziehen.

Ich möchte auch noch auf folgenden Gesichtspunkt aufmerksam machen. Anscheinend lassen sich die maßgebenden Stellen nur von dem Gesichtspunkt leiten, daß der zukünftige Marineetat möglichst klein werden müsse. Es ist aber doch ein engherziger Ressortstandpunkt, die immerhin produktiven Werftlöhne dem Reiche beim Marinehaushalt zu ersparen und sie den Gemeinden in völlig unproduktiven Arbeitslosenunterstützungen aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte die Marineverwaltung dringend, das Schicksal Kiels und auch das Wilhelmshavens in etwas wohlwollendere Betrachtung zu ziehen. (Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! überaus bescheiden sind die Anfänge, die uns zur See aus dem furchtbaren Niederbruch des Augenblicks herausführen sollen. Ich mache keinen Rückblick auf das, was war. Ein solcher Rückblick ist schmerzlich und niederziehend. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die Zukunft. Die erste deutsche Flotte endigte unter dem Hammer des Auktionators, und die Flotte des deutschen Kaiserreichs wurde an England ausgeliefert. Mögen die kümmerlichen Reste, die wir jetzt zusammenfassen, erfüllt vom Geiste vom Skagerrak, sich auswachsen zu einem brauchbaren Instrument der zukünftigen Größe unseres Vaterlandes! (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Graf zu Dohna.

Dr. Graf **zu Dohna**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch wir werden für das Gesetz stimmen. Wir tun es ohne Begeisterung und empfinden tief die Beschämung, die angesichts einer solchen Flottenvorlage jeden beschleichen muß, der noch ein Gefühl hat für vaterländischen Stolz und nationale Würde. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Eine europäische Großmacht, deren Regierung von der Nationalrepräsentation die Genehmigung nachsuchen muß, für ein paar tausend zusammengewürfelte Marinesoldaten einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen — wahrlich aus dieser Vorlage wird wohl selbst das Häuflein der Unabhängigen ein Schreckgespenst für unsere Feinde nicht hervorzuzaubern vermögen. Nicht also das bedarf der Rechtfertigung, daß wir eine solche Marine uns schaffen, sondern daß wir ein solches Gesetz nötig haben und uns dabei bescheiden müssen. Das ist das Bemerkenswerte und Beklagenswerte an der Sache.

Indessen ist es nicht meine Absicht, erneut auf die Umstände einzugehen, die uns in diese Lage hineinversetzt haben. Ich möchte im Gegenteil die Gelegenheit benutzen, die **Marine** als Gesamtheit in Schutz zu nehmen gegen die unverdiente **Verfemung**, der sie infolge der Ereignisse der verflossenen Monate verfallen ist. Der Umstand, daß mit den Meutereien in Kiel und Wilhelmshaven die revolutionäre Bewegung ihren Anfang genommen hat, hat dazu geführt, daß in unzulässiger Verallgemeinerung der Marine als solcher der Vorwurf des Vaterlandsverrats und sie in erster Linie verantwortlich gemacht worden ist für die verderblichen Folgen, die sich an die Novemberereignisse geknüpft haben. — Die Gerechtigkeit fordert, die Schuldigen von den Unschuldigen zu trennen. Es hat auch hier solche gegeben, die gehetzt haben, solche, die sich haben verhetzen lassen, und solche, die standhaft und treu geblieben sind. Diesen letzteren gegenüber ist nur der eine Vorwurf vielleicht gerechtfertigt, daß sie nicht offenkundig und nicht nachdrücklich gnug den Trennungsstrich zwischen sich und den anderen gezogen haben. Das erschwert uns die Aufgabe, überhebt uns aber nicht der Verpflichtung, Achtung und Mißachtung nach Gebühr und Billigkeit zu verteilen. Zu einer schreienden Ungerechtigkeit aber würde diese verallgemeinernde Verurteilung, wenn der Marine als solcher die Schandtaten auf Rechnung gesetzt werden, welche unsaubere und verbrecherische Elemente der städtischen Bevölkerung begangen haben, nachdem ihnen in aller Eile von den Rädelsführern eine blaue Jacke verpaßt worden ist (sehr gut! rechts), Leute, welche vielleicht niemals ein Schiff und niemals den Meeresstrand gesehen haben. Das ist vielmehr ein schändlicher Verrat, der an der Marine begangen wurde, und gegen den im Namen der Marine

Protest zu erheben die Pflicht gebeut. Lassen Sie uns trotz aller traurigen Erfahrungen und Enttäuschungen den Dank nicht vergessen, den wir unserer einst so stolzen Seewehr dafür schulden, daß sie vier Jahre hindurch unsere heimatlichen Gewässer geschützt hat gegen feindliche Invasion, daß sie uns wacker geholfen hat in dem verzweifelten Kampfe gegen den Vernichtungswillen unserer Feinde, und daß sie durch Kühnheit und Wagemut nicht zum kleinsten Teil mit beigetragen hat zu dem Ruhm und zu der Ehre, die dieser Krieg trotz seines für uns so beklagenswerten Ausganges dem deutschen Namen eingebracht hat. (Bravo! rechts.)

Zu dem Gesetze selber ist nicht allzuviel zu bemerken. Es ist ein Abklatsch des Reichswehrgesetzes und trägt wie dieses sehr stark den Charakter des Unfertigen und Provisorischen an sich. Nur der Umstand, daß es unumgänglich ist, die irregulären Anwerbungen und Einstellungen zu legalisieren, daß in unserer augenblicklichen Lage eine wirkliche Wehrordnung sich nicht schaffen läßt, und daß das Gesetz in seinem letzten Paragraphen mit aller Deutlichkeit seine ephemere Natur bekundet, ermöglicht es uns, unter Zurückstellung aller Bedenken für die Vorlage einzutreten.

Aus diesem Grunde geht es auch nicht an, das Gesetz zu belasten mit der Einlösung der mannigfachen und weitgehenden Verpflichtungen, die das Reich den Angehörigen der Marine, insbesondere den Offizieren und Unteroffizieren, den Beschädigten und Hinterbliebenen zu erfüllen verbunden ist. Es wird demnächst die Aufgabe der Reichsregierung und der Nationalversammlung sein müssen, die in täglich wachsender Zahl eingehenden Petitionen, Wünsche, Forderungen und Beschwerden, die sich namentlich auf die Anstellung und Versorgung der bisherigen Marineangehörigen bezieht, sorgfältig zu prüfen und zu berücksichtigen; denn nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat und nach den finanziellen Kräften, die uns zu Gebote stehen, wollen und müssen wir unserem Heer und unserer Marine den Dank des Vaterlandes abtragen.

Ohne Verzug auch werden die einschlägigen Ressorts an die Grundlegung einer für die Dauer bestimmten Wehr-, Heer- und Marineordnung herantreten müssen. In welchem Rahmen sich diese Institutionen unserer Wehrmacht werden zu halten haben, wird leider zu einem Teile von dem Willen unserer Feinde, zum anderen Teil von der Haltung abhängen, die unser Volk in entschlossener Abwehr demütigender Bedingungen den Feinden gegenüber einnehmen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Auf das Prinzip der Wehrhaftigkeit unseres Volkes dürfen und wollen wir nicht auf die Dauer Verzicht leisten. (Sehr richtig! rechts.) Das **Werbesystem** bedeutet nicht nur einen volkswirtschaftlichen Luxus, den wir uns eigentlich gar nicht gestatten dürfen, sondern es bedeutet

außerdem den Verzicht auf eines der wertvollsten Mittel zur Pflege der Volksgesundheit und Volkserziehung. Die ehrenvolle Pflicht der Vaterlandsverteidigung soll und darf nicht zu einer berufsmäßigen Hantierung herabsinken, wie es der Fall sein würde, wenn für die kümmerlichen Reste einer Armee, die unsere Feinde uns zu halten gestatten wollen, etwa eine zwölfjährige Dienstpflicht eingeführt würde. Das Söldnerhandwerk hat mit gutem Grunde immer ebensosehr in Verruf gestanden, wie in Ländern der allgemeinen Wehrpflicht der Soldat ein gesteigertes Maß von Achtung und Ehre genießt. Dieser Anspruch soll ihm erhalten bleiben.

Der Entwurf spricht von der **„demokratischen Grundlage"** unserer Wehr. Es ist keine Phrase; sondern eine unwiderlegliche Tatsache, daß die **allgemeine Wehrpflicht** das demokratischste Prinzip bedeutet, das sich überhaupt denken läßt. (Sehr richtig! rechts.) Sonst läßt sich freilich unter einer „demokratischen Grundlage" von Heer und Marine nicht allzuviel vorstellen. Nicht ist damit gemeint, wie wir aus den neulichen Ausführungen des Herrn Reichswehrministers wissen, daß etwa an die Stelle der Ernennung der Vorgesetzten deren Wahl durch die Untergebenen treten soll, obwohl eine solche Abhängigkeit der Führer von der Gunst der Masse eigentlich so recht demokratischen Charakter trüge. Darüber, daß wir straffe Disziplin und strenge Unterordnung brauchen, sind ja alle einig, die nicht gerade ein unmittelbares Interesse an der Erhaltung von Unordnung und Unruhe in unserem Vaterlande haben. Freilich soll nun diese Unterordnung geadelt und vertieft werden durch den Geist der Kameradschaft, den Geist des Vertrauens und der persönlichen Achtung vor den Vorgesetzten. Daß diesen Werten bisher nicht überall die gebührende Rücksicht zuteil geworden ist, soll nicht bestritten werden. Aber in demselben Maße, wie in der Betonung dieser ethischen Momente das Bestreben sich Geltung verschafft, die Persönlichkeit zu schützen und emporzuheben, in demselben Maße bedeutet es im tiefsten Grunde eine Absage an den Geist der Demokratie. Ich hätte es daher lieber gesehen, und es würde den Grundgedanken besser hervorgekehrt haben, wenn der Ausdruck „volkstümlich", der sich in der Begründung findet, an Stelle des Ausdrucks „demokratisch" in dem Gesetz selber zur Aufnahme gelangt wäre. Indessen wollen wir um die Formulierung nicht rechten, da ja in der Sache Einverständnis besteht.

Die bescheidenen Aufgaben der Marine sind in § 1 des Gesetzes aufgeführt. Die Ausübung der Seepolizei wird, solange die Spartakisten den Schauplatz ihrer Tätigkeit nicht auf das Wasser verlegen, der Marine hoffentlich geringere Mühe machen, als leider die polizeiliche Tätigkeit den Landtruppen bereitet. Wie wichtig es aber ist, wieder über eine zuverlässige Truppe zum Schutze unserer Küsten zu verfügen, er-

gibt schlagend die Zeitungsnachricht von der Mobilisierung der russischen Torpedobootsdivision und zweier Großkampfschiffe durch Trotzki. Wahrscheinlich ist auch dies ein Ausdruck der friedlichen Gesinnung der russischen Regierung. Aber auch hier verlassen wir uns lieber nicht auf Versicherungen und Beteuerungen, sondern auf die eigene Kraft.

Der **Materialbestand** unserer Marine steht zurzeit unter der Obhut der Reichsregierung. Wir erwarten von ihr, daß sie die ungeheuren Vermögenswerte, die darin stecken, sorgfältig und gewissenhaft verwaltet und darüber zu gegebener Zeit der Volksvertretung Rechenschaft ablegt. Das gilt insbesondere, wie der Herr Kollege Dr. Oberfohren schon betont hat, von der Verwaltung der großen Staatswerften, von denen wir im Zeitalter der allgemeinen Sozialisierung erwarten dürfen, daß sie dem Staate erhalten bleiben, und daß sie trotz einer zu erwartenden Minderung der Staatsaufträge dem Reiche auch in Zukunft wertvolle Einnahmequellen eröffnen.

Wir begehren nicht, daß die neue Reichsmarine ihr Leben damit beginnt, kriegerischen Ruhm zu sammeln. Aber wir werden tiefe Freude empfinden, wenn wir wieder eine Flotte haben werden, auf die wir uns verlassen können, in welcher der alte Geist lebendig ist und die Traditionen einer großen, ewig denkwürdigen Epoche fortleben. Ihr wollen wir gern und willig die Gefühle der Achtung und Dankbarkeit entgegenbringen, welche die Großtaten der nun dahingeschwundenen Reichsmarine in uns ausgelöst haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Brühl.

Brühl, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Die Nationalversammlung ist ja von unserer heutigen Regierung bezüglich der schriftlichen Begründung ihrer Vorlagen nicht besonders verwöhnt worden, und so haben wir es auch diesmal, daß die schriftliche Begründung, die uns zugegangen ist, so gut wie gar nichts enthält. Was aber der Herr Reichswehrminister Noske heute zur Begründung der Vorlage vorgetragen hat, will ich noch im besonderen einer Kritik unterziehen.

Der Herr Reichswehrminister Noske erklärte unter anderem, daß das Ganze lediglich eine **provisorische Regelung** sei, und daß man die Friedensbedingungen abwarten müsse. Ich hätte erwartet, daß, wenn man die Friedensbedingungen abwarten will, diese ganze Vorlage ein anderes Gesicht bekommen hätte. Darauf will ich nachher noch zurückkommen.

Weiter war mir als Berliner besonders interessant, daß nach der Mitteilung des Herrn Ministers Noske die **Marinebrigade** jetzt in Berlin steht. Nun weiß ich ja von früher her, daß man zu verschiedenen Zeiten, wo die Marinepolitik besonders gepflegt wurde, die Absicht hatte, Berlin einmal zum Binnenhafen für die Kriegsmarine zu machen. Ich

weiß allerdings nicht, ob etwa bei der heutigen Regierung die Absicht besteht, den Rummelsburger See in Berlin als Binnenhafen auszubauen, oder was die Marinebrigade in Berlin tun soll. Man kommt etwas mehr dahinter, wenn man es mit dem vergleicht, was der Herr Reichswehrminister Noske weiter erklärte, daß nämlich die Marine und besonders die Marinebrigade ein festes Instrument in der Hand der Regierung sein solle. Und wenn man es mit dem vergleicht, was die Herren Vorredner, besonders der Herr Graf zu Dohna, dazu ausführte, daß die Marine, die wir uns jetzt geben sollen, wohl weniger Arbeit im Auslande haben werde als im Innern, besonders mit dem Kampf gegen die Spartakisten, dann allerdings ist es ja sehr leicht verständlich, warum überhaupt die Vorlage gekommen ist, und daß sie das Gesicht bekommen hat, das sie uns zeigt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich komme darauf noch zurück.

Weiter kommt für uns besonders der § 1 in Frage: „Der Reichspräsident wird ermächtigt", es wird also alles in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bekanntlich schon beim Reichswehrgesetz erklärt, daß es unter keinen Umständen zulässig sein kann, nachdem wir eben erst das Kaiserreich gestürzt haben, jetzt eine so ungeheure Macht in die Hand eines einzelnen Mannes zu legen, wie sie hier in die Hand des Reichspräsidenten gelegt wird. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdeomkraten.)

Wie Sie sehen, hatten wir durchaus recht, die Einrichtung eines Reichspräsidenten überhaupt abzulehnen, weil die beste Verwaltung einer Republik die ist, daß sie einem Präsidium von drei oder fünf Mitgliedern übertragen wird.

Nun spricht der § 1 weiter von den Aufgaben dieser Reichsmarine und sagt darüber folgendes: Die deutschen Küsten sollen gesichert werden, die Minenräumung soll durchgeführt und die Ausübung der Seepolizei gewährleistet werden. Diesen Aufgaben könnte man zustimmen. Anders dagegen und undeutlich wird es schon, wenn man sich den folgenden Passus vergegenwärtigt, der erklärt, daß „durch sonstige Unterstützung der Handelsschiffahrt der sichere Seeverkehr ermöglicht werden soll". Da möchte ich allerdings den Herrn Reichswehrminister ersuchen, darüber Auskunft zu geben, was darunter zu verstehen ist, weil alles Mögliche darunter verstanden werden kann, daß durch sonstige Unterstützung der Handelsschiffahrt der Seeverkehr ermöglicht werden soll. Soll es aber heißen, ähnlich wie früher — worauf einer meiner Herren Vorredner bereits hingewiesen hat —, daß es dringend notwendig sei, die deutsche Flagge zu schützen, damit die deutsche Flagge genau so wie früher in Ehren auf dem Weltmeere bestehen könne, so will ich dazu folgendes bemerken. Wir werden es mit Freuden begrüßen können, wenn die

deutsche Flagge wieder auf allen Weltmeeren zu finden ist; aber wir verstehen unter der deutschen Flagge die Handelsflagge, sind aber unter keinen Umständen dafür zu haben, daß so wie früher von den Dienststellen aus mit der Kriegsmarine als der gepanzerten Faust nach gewissen Himmelsgegenden gezeigt würde. Diese Faust soll ein für allemal für uns entpanzert sein, und ich möchte bitten, daß auch der Reichswehrminister nur das als Unterstützung der Handelsschiffahrt sich vorstelle.

Dann kommt allerdings ein Passus im Entwurf, der schon etwas deutlicher ist:

> im Verein mit der Reichswehr den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und Ruhe und Ordnung aufrecht erhält.

Das entspricht freilich ganz dem, das wir mündlich immer schon von dem Herrn Reichswehrminister Noske gehört haben. Er hat uns von Ruhe und Ordnung wiederholt hier Proben abgelegt, und ich für meinen Teil und, ich glaube, alle meine Freunde verstehen unter Ruhe und Ordnung etwas anderes, als was der Herr Reichswehrminister im Laufe der letzten Wochen in Berlin, in Halle und in anderen Städten geschaffen hat. Wenn er dazu die Reichsmarine braucht, soll er es gleich bemerken, damit es verständlicher wird. Wir sind allerdings der Meinung, daß es notwendig wäre, daß er klipp und klar ausspricht, die Reichsmarine soll im Verein mit der Reichswehr in den Hafenstädten in Zukunft den Bureaus der Unabhängigen Sozialdemokratie Besuche abstatten und die Visitenkarte als Ordnungsretter abgeben, indem sie, wie in Berlin die Reichswehr, die Bureaus der Unabhängigen Sozialdemokratie in geradezu vandalischer Weise zerschlägt.

Weiter würde zur Wahrung des für die jetzige Regierung Allerheiligsten, der **Preßfreiheit**, die **Marinedivision** notwendig werden, indem man mit ihrer Hilfe die Zeitungen der Unabhängigen und der Kommunisten unterdrückt und schließlich ähnlich, wie wir es in Berlin in den letzten Tagen erlebt haben, die verhaßten Redakteure solcher Blätter durch die Truppen noch ins bessere Jenseits befördern läßt. Wenn das alles die Aufgabe der Marinewehr sein soll — und nach dem bisherigen Auftreten des Herrn Reichswehrministers Noske zweifle ich keinen Augenblick daran —, dann allerdings wäre es besser, das auch in der schriftlichen Begründung anzugeben, damit das deutsche Volk auch sieht, was es für eine reaktionäre Regierung jetzt besitzt.

Der § 2 des Entwurfs sagt, der **Aufbau der Marine** solle auf demokratischer Grundlage erfolgen. Einige Vorredner haben schon darauf hingewiesen, daß diese demokratische Grundlage äußerst schwer zu verstehen ist. Soll unter Demokratie etwa der Aufbau verstanden werden, wie es jetzt bei den Freiwilligen-Regimentern der Fall ist, daß Offiziere und Unteroffiziere ernannt und die Soldatenräte gänzlich aus-

geschaltet oder höchstens eine machtlose Institution werden, wie bisher die Küchen- und Beschwerdekommission, dann allerdings haben wir eine andere Auffassung von dem, was unter Demokratie zu verstehen ist. Der Herr Reichswehrminister Noske war ja der erste, der in den denkwürdigen Novembertagen Gelegenheit hatte, als Gouverneur in Kiel eines Amtes zu walten, und mit den dortigen Marine- und Soldatenräten die neue Ordnung und die Durchführung der Revolution erledigen sollte. — Dazu möchte ich bemerken, daß gerade das, was im Anfang von den **Arbeiter- und Soldatenräten** geschaffen worden ist, von der heutigen Regierung und besonders vom Reichswehrminister Noske systematisch zu beseitigen versucht worden ist. Wir sind der Überzeugung, daß das Rätesystem ausgebaut werden muß, und daß auch die Vertreter der Rechtssozialisten allmählich besonders bei den Arbeiterräten — die Soldatenräte haben sich allerdings die Gesamtmacht aus den Händen nehmen lassen — heute notwendig dahin gekommen sind, das, was ihre Führer preisgegeben haben, wieder in die Höhe heben zu wollen.

Ein Vorredner hat besonders darauf hingewiesen, daß ein gewisses Maß von Seegeltung durchgeführt werden müsse. Nun, das spricht deutlicher als alles andere dafür, was eigentlich geplant ist. Ich möchte dabei besonders bemerken, daß die kurzen Begründungen, unter Umständen auch die Weglassung jeder schriftlichen Begründung, auf die Koalitionsregierung zurückzuführen sind, bei der man hinter verschlossenen Türen in sogenannten interfraktionellen Sitzungen nach langem Handeln und Schachern übereinkommt, was man zu den einzelnen Punkten öffentlich sagen will, wobei man die Punkte, die am meisten Anstoß erregen könnten, sorgfältig und schamhaft verschweigt. Dahin kommt es, wenn Koalitionsregierungen Gesetze vorlegen und durch einen sorgfältig abgetönten mündlichen Vortrag alles das ausführen zu können glauben, was zur Begründung eines Gesetzes notwendig wäre.

Besonders möchte ich mich gegen die Art der **Anwerbung der Freiwilligen** wenden. Diese Freiwilligenanwerbungen erinnern tatsächlich an die Zeit des 30jährigen Krieges, wo das Söldnerheer bekanntlich in der höchsten Blüte stand, und wo für den, der am meisten zahlte, die Söldner zu allem zu haben waren, wo noch für die Feldobersten die Ausstellung eines privilegierten Werbebriefes bedeutete, daß sie für die Zukunft gesichert waren.

Man spricht auch weiter von der straffen **Disziplin** und der festen Mannszucht. Alle Herren Vorredner und besonders auch der Herr Reichswehrminister Noske haben die straffe Disziplin und die feste Mannszucht hervorgehoben. Ich will bemerken, daß die straffe Disziplin und feste Mannszucht in Verbindung mit der Kommandogewalt, wie sie sich allmählich immer mehr wieder durchringt, vollständig unter blutjunge

Offiziere gestellt wird, und daß diese jungen Leute über das Leben der Bürger zu entscheiden haben, besonders dadurch, daß diese Wehr bekanntlich nicht zu irgendwelcher Außenverteidigung benutzt werden, sondern, wie es hier auch von den verschiedensten Rednern schon ausgeführt wurde, im Innern zur Verwendung kommen soll. Was da zu erwarten ist, das haben wir allerdings in den letzten Tagen in Berlin erlebt. Da wird es nicht zu verwundern sein, daß man die größten Überraschungen erlebt. Da darf man das nicht mit einer Handbewegung abtun, wie es der Reichswehrminister Noske gestern versuchte. Der alte **Herrendünkel der Offiziere** besteht noch genau so wie vor der Revolution. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es hat mich eigenartig berührt, daß, als ich von hier seinerzeit nach Berlin zurückkehrte, eines der ersten Bilder, die ich sah, das war, daß die Offiziere zu ihrer sonstigen Ausrüstung obendrein noch die Peitsche als Ausrüstungsgegenstand bei sich hatten. (Lachen und lebhafte Rufe: Huh! Huh!) Ich habe Veranlassung genommen, den betreffenden Offizier festzustellen, und wenn Sie Gelegenheit nehmen wollen, bin ich gerne bereit, Ihnen den betreffenden Leutnant, den ich mit der Peitsche festgestellt habe (Lachen), zu nennen. — Denen, die sich darüber freuen, will ich mitteilen, daß das in Verbindung zu bringen ist mit dem, was gestern von meinem Parteifreund Haase mitgeteilt wurde, daß die Gefangenen in der abscheulichsten Weise ausgepeitscht worden sind. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das hat mit dem zur Beratung stehenden Gesetz nichts zu tun; ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Brühl, Abgeordneter: Weiter ist uns mitgeteilt worden, daß auch die Ausrüstung der Offiziere vereinfacht werden soll. Der Herr Kriegsminister Reinhardt erklärte in der Sitzung vom 19. Februar:

> Im Ablegen der Achselstücke sollte eine Entehrung nicht gefunden werden. Dieses Ablegen entsprach meines Erachtens dem ganz berechtigten Bedürfnis, ein äußeres Zeichen der Anerkennung der Zustände von denen zu erlangen, deren Anhänglichkeit an das Alte nicht zu ihrer Unehre allgemein vorausgesetzt wurde.

Sehen wir uns die **neuen Abzeichen** an! Wir sehen, daß die Offiziere noch genau so wie früher ihre Achselstücke besitzen, und daß man ferner, um recht viel Freiwillige nicht nur durch Zahlung der Löhnung heranzuholen, recht auffällige Achselstücke mit dem versilberten Eichenlaub, mit Kranz und Schwert usw. hier wieder eingeführt hat. Diese Abzeichen zeigen am deutlichsten, wohin der Kurs beim Militarismus führt, und daß auch die Herren von den Rechtssozialisten betreffs des Militarismus vollständig umgelernt haben. Das wird ihnen sogar von der rechten Seite des Hauses bescheinigt, wie es ja in der Beratung über das Reichswehrgesetz der Abgeordnete Baerecke von der Deutschnatio-

nalen Volkspartei erklärte, indem er sagte: dieser Gesetzentwurf ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Sozialdemokratie umgelernt hat. Tatsächlich müssen wir uns, wenn wir derartige Gesetzentwürfe vor uns haben, vergegenwärtigen, daß wir noch vor kurzer Zeit die Revolution vom November gehabt haben, und daß alle diejenigen Minister, die uns heute derartige Gesetzentwürfe unterbreiten, in denen nichts mehr von Soldatenräten vorhanden ist, noch am 9. November mit einer breiten roten Binde herumliefen und den Soldatenräten erklärten, daß sie sich vollständig hinter sie stellten. Wenn wir heute, wenige Monate nach der Revolution, das erleben, so müssen wir allerdings sagen, daß das nicht die Auffassung von Sozialisten sein kann, wie wir sie uns zur Durchführung der Revolution vorgestellt haben.

Ich muß deswegen besonders bedauern, daß gestern noch von dieser Stelle dem Herrn Reichswehrminister Noske von seiner Partei bescheinigt wurde, daß diese ganz besonders stolz auf ihn sei.

Wenn Herr Graf Dohna weiter bemerkt hat, daß die **Verfemung der Marine** besonders deshalb eingetreten sei, weil sie zuerst die Revolution gemacht habe, so wollen wir auch diese Stelle benutzen, um hier vor aller Welt als Unabhängige Sozialdemokratie denjenigen von der Marine, die zuerst als Revolutionskämpfer aufgetreten sind, unseren heißen Dank auszusprechen. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weiter ist zu verzeichnen, daß sich die **Berufssoldaten**, die Offiziere sowohl wie die Unteroffiziere der alten kaiserlichen Armee in großen Scharen zu den Freikorps drängen. Es ist besonders interessant, daß die Herren sozialistischen Minister, wie auch heute wieder der Herr Reichswehrminister Noske erklärte, absolut keine Gefahr darin erblicken, und daß sie der Überzeugung sind — das muß man annehmen —, daß diese Berufssoldaten, die bisher ihrem Kaiser die Treue geschworen haben, nun, nachdem sie demselben jahrzehntelang gedient haben, wie man ein Hemd wechselt, auch ihre Gesinnung wechseln. Meine Herren, wenn Sie diese Auffassung haben, dann verkennen Sie allerdings das Wesen des Militarismus, und dann werden Sie jedenfalls noch im Laufe der nächsten Monate erfahren, daß die Vorkommnisse, wie sie sich letzten Sonntag in Berlin seitens der Offiziere abgespielt haben, unter Billigung des Herrn Generals Ludendorff, nur der Auftakt zu dem sind, was wir demnächst erleben werden. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das ist eine Fortsetzung der gestrigen Debatte. Die gestrige Debatte ist abgeschlossen; heute steht das Reichsmarinegesetz zur Verhandlung. Ich bitte abermals, nun zur Sache zu kommen.

Brühl, Abgeordneter: Ich habe ausgeführt, weswegen wir uns gegen das Gesetz aussprechen. Wir hielten es namentlich für notwendig,

den Sinn dessen, was man eigentlich im Sinne der Vorlage unter Ordnung und Zucht versteht, und was der Herr Reichswehrminister Noske darüber ausgeführt hat, hier vor aller Welt etwas breiter zu erörtern. Da mir das durch den Herrn Präsidenten nicht mehr ermöglicht wird, muß ich zum Schlusse kommen.

Aus den von mir angeführten Gründen müssen wir als Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine ablehnen, wobei ich noch besonders betonen möchte, daß uns schon die Unterstellung unter den jetzigen Reichswehrminister Noske zur Ablehnung zwingen würde (große Heiterkeit); denn Herr Noske trägt die Verantwortung für die von den Regierungstruppen in so vielen Fällen erfolgte Ermordung von Volksgenossen. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Unruhe bei den übrigen Parteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um eine gleiche Regelung wie für die Reichswehr. Es erübrigt sich deshalb auch, im einzelnen auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Brühl einzugehen. Ich glaube, seine Parteifreunde haben solche Scheingründe bei der Beratung des Reichswehrgesetzes in viel besserer Weise gesagt, als er es hier vorgetragen hat. Nur eines hat mich doch gewundert: daß die Herren auf der rechten Seite dieses Hauses mit einem Male zu so gewaltigen Autoritäten für die Herren Unabhängigen aufgewachsen sind. Früher waren die Meinungen, die von rechts kamen, für sie nicht so durchschlagend. Heute behaupten sie schlankhin, das, was jene Herren zu diesem Gesetzentwurf sagen, sei gewissermaßen der eigentliche Kommentar, die Begründung und Erläuterung; so konstruieren die Unabhängigen sich einen Popanz, auf dem sie herumschlagen.

Zu dem Gesetz einige wenige Bemerkungen. Wir halten es wegen der durch die Seekriegführung geschaffenen Verhältnisse in der See für dringend notwendig, daß endlich in planmäßiger Weise die Rückbleibsel der Seekriegführung beseitigt werden im Interesse der Sicherheit unseres Überseehandels und des sich allmählich wieder entwickelnden Seeverkehrs. Aus den Erfahrungen, die z. B. bei der Minenräumung gemacht sind, muß jeder Beobachter der Verhältnisse entnehmen, daß aus Gründen der **Seesicherheit** wieder eine organisierte Marine geschaffen werden muß.

Zu dem Gesetzentwurf haben meine politischen Freunde in Gemeinschaft mit anderen Fraktionen den Antrag eingebracht, in § 2 Absatz 2 das erste Wort „besonders“ zu streichen. Wir halten es für ausreichend, zu sagen, daß bewährten **Deckoffizieren**, Unteroffizieren und Mannschaften die **Offizierslaufbahn** zu eröffnen ist. Das Wort „be-

währten" drückt aus, daß sie dafür auch befähigt sein müssen, so daß der Ausdruck „besonders" überflüssig ist; er würde schließlich eine erhebliche Einengung bedeuten, die mit dem, was eigentlich durch diesen Absatz 2 bezweckt werden soll, nicht gut im Einklang steht.

In der voraufgehenden Aussprache ist darauf hingewiesen worden, daß Endgültiges über die Marine erst nach Vorliegen des Friedensvertrages gesprochen werden kann. Das gilt in besonderem Maße auch für die **Reichswerften.** Für die dort beschäftigten Zehntausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten ist dieser ungewisse Zustand höchst unerfreulich. Unter den Kriegsanforderungen haben sich die Betriebe ganz riesenhaft entwickelt. Jetzt ist nun allgemein das Bestreben vorhanden, diese Entwicklung zurückzuschrauben. Erklärlicherweise würden dadurch Entlassungen von Arbeitern und Angestellten in recht erheblichem Umfange nötig. Aus diesem Grunde heraus besteht nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten eine große Besorgnis und Unruhe, sie geht auch bis tief hinein in die Kreise der selbständigen Gewerbetreibenden und der Handelsgeschäfte der in Betracht kommenden Werftstädte. Jedem Kenner der Verhältnisse in Wilhelmshaven, Kiel und Danzig, auch in Cuxhaven, ist bekannt, daß auf den Reichswerftanlagen sich das Existenzleben dieser Personenkreise und Gemeinden aufbaut. Auch die Stadtverwaltungen haben recht ernste Kopfschmerzen über das, was sich an wirtschaftlichen Rückschlägen aus der Fortnahme oder auch aus einer erheblichen Einschränkung dieser großen Produktionsstätten rein steuerlich für sie ergeben wird. Ich bin mir bewußt, daß, weil letzten Endes alles erst geregelt werden kann, nachdem wir die Friedensbedingungen der Feinde kennen, es heute nicht möglich ist, von der Reichsregierung oder vom Herrn Reichswehrminister irgendwelche Zusicherungen zu erhalten. Aber ich weiß aus persönlichen Beziehungen zu Arbeitern, Angestellten und Beamten, als auch zu Gewerbetreibenden in jenen Städten, wie es beruhigend wirken würde, wenn von dem Herrn Reichswehrminister allgemein eine beruhigende Erklärung abgegeben werden könnte, daß man nicht daran denkt, diese wertvollen Produktionsstätten einfach unproduktiv liegen zu lassen, und daß unter allen Umständen ihre Verwendung, sei es für diese, sei es für andere Zwecke angestrebt und im Auge behalten wird. Ich richte deshalb an den Herrn Reichswehrminister die Anfrage, ob hinsichtlich der Verwendung oder der Absicht einer späteren Verwendung für den Friedensbedarf eine derartige Erklärung abgegeben werden kann.

Die Beunruhigung in diesen Kreisen ist namentlich um deswillen entstanden, weil das Reichsmarineamt sich bisher amtlich gegenüber den Bestrebungen, die **Werften für Herstellung von Friedenswaren** zu verwenden, völlig ablehnend verhalten hat. Ich kann mir nicht denken, daß dies auf eine Tendenz zurückzuführen wäre, diese Betriebe, wenn sie

nicht für Kriegsmarinezwecke verwertet werden könnten, überhaupt brach liegen zu lassen, sondern daß hieran lediglich die noch völlig ungeklärten Friedensbedingungen die Schuld tragen. Um so mehr aber ist, wie gesagt, eine Erklärung des Herrn Reichswehrministers hierüber dringend erwünscht. Wenn aber diese Umwandlung der Reichswerften in Produktionsstätten für den Friedensbedarf erfolgt, dann muß in dem entsprechenden Umfange mit der Leitung durch Seeoffiziere gebrochen werden, und Fachleute müssen dafür in die Leitung hineingebracht werden. Das halte ich mit Rücksicht auf die dann veränderte Zweckbestimmung der Reichswerften für naheliegend und auch für notwendig. Diese Anregung entspricht den Ansichten breitester Schichten der in den Reichswerften beschäftigten Angestellten und Arbeiter. Über solche Änderungen sollte man sich inzwischen, das heißt, bis der Herr Reichswehrminister die Möglichkeit hat, auf Grund der Friedensbedingungen klar zu disponieren, schlüssig werden, damit, wenn die Sicherheit des Disponierens gegeben ist, die Reichswerften sich recht schnell wieder zu ihrer alten wirtschaftlichen Blüte entfalten können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Der Herr Redner der Unabhängigen Fraktion hat eine Auskunft darüber erbeten, was unter den Worten zu verstehen sei: „**Sonstige Unterstützung der Handelsschiffahrt.**" Darunter verstehe ich, daß die Marine zu sorgen hat für die Seevermessung, für die Herausgabe der Seekarten, für die Herstellung von Seehandbüchern, für die Wettervorhersage im Interesse des Fischereischutzes und andere Dinge mehr. Er hat weiter Auskunft gefordert, ob die auf Grund dieses Gesetzes in Betrieb gesetzte Marine als gepanzerte Faust auf allen Meeren wirken soll. Die Frage beweist, daß der Redner keine Kenntnis von dem jetzigen Stande der deutschen Flotte hat. Aber ich versichere ihm ausdrücklich: die in Dienst gestellten Schiffe sollen und können nicht irgendwo und gegen irgendwen als eine Bedrohung wirken. Auf allen Meeren werden jetzt lediglich England und Amerika in der Lage sein, die gepanzerte Faust zu zeigen.

Daß für die Sorgen des Personals volles Verständnis gehegt wird, habe ich bei anderer Gelegenheit und auch vorhin wieder betont.

Es ist selbstverständlich, daß wir das Schicksal von **Kiel** und Wilhelmshaven mit ernster Sorge und großer Aufmerksamkeit beachten und Wert darauf legen, diese Städte nach Möglichkeit vor Niedergang und Verfall zu schützen.

Ein Redner hat darüber geklagt, daß die Marineverwaltung in unzulässiger Weise die **Reichsbetriebe entvölkere.** Er hat aber selber darauf hinweisen müssen, daß im Kriege auf den Werften und in der

Torpedowerkstatt Friedrichsort die Arbeiterzahl eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Er nannte Zahlen für die Kieler Werft. Dort ist eine Verdoppelung eingetreten. Es gibt eine große Anzahl von anderen Reichsbetrieben, die ebenfalls während des Krieges gewaltig ausgebaut worden sind. Zum Beispiel haben wir Bekleidungsämter auf das Zwanzigfache ihres Friedensumfanges bringen müssen, die Munitions- und Waffenfabriken haben besonders infolge des Hindenburg-Programms eine geradezu ungeheuerliche Ausdehnung erfahren. Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, diese Betriebe in dem Umfange bestehen zu lassen, den sie während des Krieges angenommen haben; ein gewisser Abbau ist unbedingt notwendig. Aber es wird darauf Bedacht genommen, daß nicht Hals über Kopf die Arbeiter auf die Straße geworfen werden, und es wird ferner Wert darauf gelegt, die reichseigenen Betriebe nach Möglichkeit den Reichsinteressen und der Allgemeinwirtschaft nutzbar zu machen.

Bei der **Zuweisung von Arbeit** an die Reichsbetriebe legen die zuständigen Stellen, an die wir uns halten müssen, Wert darauf, daß nicht eine Bevorzugung der Reichsbetriebe eintritt, sondern bei der Verteilung der Arbeit darauf Rücksicht genommen wird, nach Möglichkeit die Arbeitsgelegenheit über das ganze Reich zu verteilen. Deswegen sind die an mich wiederholt gelangten besonderen Beschwerden, zum Beispiel der Werftarbeiter, darüber, daß sie nicht restlos an ihren Arbeitsstätten gehalten werden, etwa dadurch, daß sie bei der Reparatur oder beim Neubau von Lokomotiven beschäftigt werden, gegenstandslos, weil, wie gesagt, aus allen Teilen des Reichs Forderungen kommen auf die Zuwendung solcher Beschäftigungen. Die Möglichkeit, jetzt Arbeit für die Reichsbetriebe heranzuholen, wurde außerordentlich erschwert durch das fast allgemeine Darniederliegen des deutschen Wirtschaftslebens. Dadurch hat das Problem der Umgestaltung der Reichsbetriebe, und besonders der Werften, eine Erschwerung erfahren. Aber ich kann nochmals mit allem Nachdruck die Versicherung abgeben, daß mit dem Aufgebot aller Kräfte darauf Bedacht genommen wird, Arbeitsgelegenheit heranzuschaffen. In gewissem Umfange ist das geschehen durch die Herübernahme von Arbeitern auf den Lokomotivbau und der Lokomotivreparatur. Ich kann darauf hinweisen, daß die Wilhelmshavener Werft noch in den letzten Tagen den Bau von Handelsschiffen unternommen hat. Soweit Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, wird sowohl Rücksicht genommen werden auf die Interessen der Arbeiterschaft als auch darauf, daß wir Kiel und auch Danzig nicht wirtschaftlichem Niedergange entgegengehen lassen dürfen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die erste Beratung ist geschlossen.

Ein Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission liegt nicht vor. Wir treten deshalb sofort in die

zweite Beratung

ein.

Ich rufe auf § 1, —

§ 2. Hier ist mir eben folgende Anregung zuteil geworden. Das jetzige Gesetz über die Reichsmarine entspricht ja durchaus dem Aufbau des angenommenen Gesetzes über die Reichswehr. Im Gegensatz über die Reichswehr besteht der § 2 aus vier Absätzen. Es ist nämlich der jetzt hier im ersten Absatz enthaltene zweite Satz: „Offiziere, Deckoffiziere, Unteroffiziere" usw. dort im Wehrgesetz als ein zweiter Absatz behandelt. Es schiene mir also auch, wie der Anreger geltend gemacht hat, zweckmäßig zu sein, wenn man die Konstruktion des Wehrgesetzes auch beim Marinegesetz beibehalten würde. Ich glaube daher, man kann das kurzerhand so machen, daß der zweite Satz im Absatz 1 als besonderer Absatz behandelt wird. Hat die Regierung etwas dagegen? — Nein. Ist das Haus damit einverstanden? — Ja. Dann kann man es so machen. Zu dem Absatz 2 betreffs der Deckoffiziere liegt ein Antrag der Herren Müller (Breslau), Gröber, v. Payer, Dr. Rießer vor, das Wort „besonders", das seinerzeit auch im Wehrgesetz gestrichen worden ist, auch hier beim Marinegesetz zu streichen. Ich werde über das Wort „besonders" getrennt abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen Herren und Damen, die das Wort „besonders" aufrecht erhalten wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist nicht der Fall; das Wort „besonders" ist damit gestrichen.

Ich rufe auf Absatz 3, jetzt also Absatz 4. — Ich nehme an, daß ich den ganzen § 2 in der jetzigen Fassung nach Streichung des Wortes „besonders" als angenommen ansehen kann. Ich stelle das fest. § 3, — § 4, — Einleitung und Überschrift. Damit ist auch die zweite Beratung beendigt.

Ich nehme an, daß es den Absichten der hohen Versammlung entspricht, wenn wir gleich in die

dritte Lesung

eintreten. — Es ist das der Fall. Wir gehen deshalb an die dritte Lesung.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort; ich schließe sie. Ich eröffne die Spezialdiskussion und rufe auf § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — Einleitung und Überschrift. — Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die das Gesetz in seiner Gesamtheit annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist angenommen.

Wir kommen zum vierten Gegenstande der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung vom 4. Februar 1919 (Nr. 183 der Drucksachen).[4])

Ich bemerke hierzu folgendes. Der mündliche Bericht des Ausschusses liegt in Ihren Händen, ebenso liegt in Ihren Händen der Antrag Arnstadt und Genossen auf 198 der Drucksachen, auf Änderung des § 2 der entsprechenden Verordnung. Dazu liegt mir noch ein soeben eingegangener handschriftlicher Antrag vor, dem § 2 Absatz 1 noch folgenden Satz 2 hinzuzufügen:

Wo ein Bauern- und Landarbeiterrat nicht besteht, sind zwei von der Landwirtschaftskammer zu ernennende Sachverständige zu hören.

Der Antrag ist unterzeichnet von den Herren Abgeordneten Blum, Burlage und Genossen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Schmidthals.

Schmidthals, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Verordnung, mit der die Haushaltskommission sich in diesen Tagen beschäftigt hat, ist die **Verordnung über die Sicherheit der Acker- und Gartenbestellung.** Eine derartige Verordnung ist zum ersten Male im Jahre 1915 ergangen, als nach dem Einfall der Russen in Ostpreußen große Flächen des Ackerlandes unbebaut liegen geblieben sind. Diese Verordnung ist dann später auf Grund der dem Kriegsernährungsamt unter dem 22. Mai 1916 vom Bundesrat gegebenen Ermächtigung am 9. März 1917 erneuert worden, sie ist wiederum in unveränderter Form erlassen worden am 22. Februar 1918 und schließlich am 4. Februar 1919. Diese letztere Tatsache hat dazu die Veranlassung gegeben, daß diese Verordnung zu denjenigen gehört, die von der Nationalversammlung nachzuprüfen sind. Diese Verordnung hat durch die Umänderung vom 4. Februar 1919 wesentliche Erweiterungen erfahren, und zwar dahingehend, daß unter § 1 dieser Verordnung, die die Verwaltungsbehörden befugt hat, die Landwirte zu einer Erklärung aufzufordern, ob sie ihren Acker bestellen wollen, eine Erweiterung dahin getroffen worden ist, daß die Frage sich nicht nur darauf zu beziehen hat, ob sie ihn bestellen wollen, sondern auch, wie sie ihn bestellen wollen. Es heißt in dieser Verordnung: ob oder wie sie ihren Acker bestellen wollen.

Es ist dann weiter eine **Erweiterung dieser Verordnung** dadurch entstanden, daß die **Entziehung der Nutzung** des Ackers in früheren Verordnungen nur dann stattfand, wenn der Nutzungsberechtigte die Bestellung bestimmter Äcker nicht übernahm, wenn er die Möglichkeit der

---

[4]) R.G.Bl. 1919 S. 177.

Bestellung nicht glaubhaft machte, oder wenn er weiter die Aufforderung zur Bestellung unbeantwortet ließ, oder wenn er nicht erreicht werden konnte. Durch die Veränderung der Verordnung ist dann noch die Möglichkeit der Übernahme der Nutzung durch die Kommunalverbände erweitert worden, und zwar für den Fall, daß der Betreffende die Bestellung seines Ackers in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Jahre so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat, und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird.

Eine weitere Änderung der Verordnung ist dadurch eingetreten, daß nicht, wie es ursprünglich hieß, die Übernahme der schlecht bestellten **Ackerfläche** nur für das laufende Jahr erfolgen soll, sondern daß sie nunmehr **auf 6 Jahre** dem Nutzungsberechtigten **entzogen** werden konnte. Gegen diese Verschärfung, die in der Verordnung eingetreten ist, hat sich nun im Ausschuß wesentlicher Widerspruch erhoben. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn es in dem § 1 der Verordnung heißt, der Betreffende soll die Frage beantworten, nicht nur ob, sondern auch wie er den Acker bestellt, man darin sehen kann, daß die Behörde nun auch die Möglichkeit hat, die Frage zu stellen, wie er denn im einzelnen die Bestellungsarbeit auf jedem einzelnen Fleck seines Ackers ausführen wolle. Das könne dazu führen, daß dem Landwirte eine ungeheure Schreibarbeit auferlegt würde, und es könnte weiter dahin führen, daß der Landwirt, nachdem er eine Erklärung abgegeben hat, wie er es machen wolle, sich später an seine Erklärung nicht würde halten können und daß dadurch gewissen Schikanen der Behörden Tür und Tor geöffnet werden könne.

Deshalb war ein Antrag eingelaufen, der dahin ging, in diesen **Worten „oder wie" zu streichen.** Demgegenüber vertrat der Vertreter der Regierung den Standpunkt, daß diese Verordnung doch sehr wichtig und wesentlich wäre, daß es falsch wäre, an ihr etwas zu ändern. Tatsächlich wären doch große Flächen brachliegend gewesen, und es wäre notwendig, daß derjenige, der nachlässig anbaue, durch einen Zwang zu einem ordnungsmäßigen Anbau gebracht werden müsse.

Demgegenüber wurde von anderer Seite bestritten, daß große Flächen liegen geblieben wären. Es wurde aber wieder von anderer Seite festgestellt, daß tatsächlich Flächen liegen geblieben sind. Es wurden Namen von Besitzern von Gütern genannt, wo nicht alles bestellt worden ist. Aber es wurde doch darauf hingewiesen; daß diese neue Verschärfung, die durch den Zusatz der Worte „oder wie" eingetreten wäre, für die Landwirte schwer ertragbar wäre. Dieser Ausdruck „oder wie er bestellen wolle" wäre derart unklar, daß man nicht wüßte, worauf man das beziehen solle. Es wäre für die Behörde auch nicht wesentlich, nun

zu wissen, wie denn jedes einzelne Ackerstück in seinen Details bestellt werden solle. Es wäre daher besser und klarer, wenn man an Stelle dieser Worte „oder wie" die Worte setzen würde, „ob und mit welchen Früchten" der Acker bebaut werden sollte. Ein derartiger Antrag wurde denn auch eingebracht.

In der weiteren Debatte wurde mehrfach gegen jede Änderung der Verordnung Stellung genommen und vor einer Abschwächung gewarnt, speziell gegenüber dem Großgrundbesitz. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Kleingrundbesitz von der Verordnung im wesentlichen nicht betroffen werde, daher auch keine Veranlassung zur Beunruhigung habe. Es wurde mitgeteilt, daß von allen Landwirtschaftskammern sich nur eine einzige gegen diese Verordnung ausgesprochen habe.

Es wurden aber auch weiter Bedenken zutage gebracht, diese Verordnung gerade jetzt zu ändern, und zwar deswegen, weil die Landwirte, wie es hieß, streikten und neuerdings aufsässig würden. In einer solchen Zeit dürfe man dieses Gesetz nicht ändern. Es wurde auch davon gesprochen, daß man in diesem Antrag eine Kraftprobe gegen die heutige Regierung zu sehen glaubte. Man meinte, die Regierung müsse auch eingreifen können, wenn der Acker mangelhaft bestellt würde. Der Antrag „ob und mit welchen Früchten" habe zur Folge, daß dann der ganze § 2 schließlich überflüssig wäre. Von anderer Seite wurde demgegenüber betont, daß man mit Zwangsmaßregeln überhaupt in der Landwirtschaft nicht weit kommen würde. Man solle dafür sorgen, daß Arbeitskräfte und Dünger geliefert würden; dann würde die Landwirtschaft das ihrige leisten.

Bezüglich der vorgeschlagenen Änderung „ob und mit welchen Früchten bebaut werden soll" wurde dann wiederum geltend gemacht, daß, wenn ein Landwirt angeben müsse, welche Früchte er anbauen wolle, er leicht in Verlegenheit kommen könne. Er hat angegeben, er wolle auf dem Acker die und die Frucht bauen, und es fehlt ihm dann das Saatgetreide. Er kann also seinen Angaben nicht getreu nachkommen, und er könnte in Schwierigkeiten gegenüber den Behörden geraten.

Es könne aber weiter eine derartige Bestimmung schließlich dazu führen, daß überhaupt ein Anbauzwang für die Landwirtschaft eingeführt würde. Das wäre etwas, was die Landwirtschaft nicht ertragen könnte.

Andererseits wurde geltend gemacht, daß diese Verordnung zum großen Teil auf dem Papier stehen würde. Es würden im großen und ganzen wenig Eingriffe erforderlich sein, und wenn schließlich ein Eingriff käme, dann würde es wahrscheinlich zu spät sein.

Demgegenüber wurde davon gesprochen, daß die Verordnung überflüssig sei. Sie bringe nämlich das, was heute allein helfen könne, nicht.

den Abbau der Zwangswirtschaft, sie arbeite in dem Geiste dieser Zwangswirtschaft weiter.

Andererseits wurde anerkannt, daß der Antrag, zu sagen „ob und mit welchen Früchten" doch immerhin eine Verbesserung gegenüber dem unklaren Wortlaut der früheren Verordnung bedeute. Bei dem kleinen Grundbesitz sei der Streikgedanke nicht zu finden. Die Behörden müßten aber immerhin zu der Frage berechtigt sein, mit welchen Früchten der Acker bestellt werden sollte. In der Hauptsache handle es sich um eine Maßnahme gegen die großen Güter. Der kleine Landwirt erfülle seine Pflicht. Nur diejenigen würden wahrscheinlich herangezogen werden, von denen man schon seit Jahren wüßte, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllten.

Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß nach den Berichten der Oberpräsidenten die Verordnung sich gut bewährt habe. In einzelnen Kreisen seien bis 20 Wirtschaften in Bewirtschaftung genommen worden. Allerdings sei das zur Zeit des Krieges gewesen. In der letzten Zeit seien die Besitzer zurückgekommen und hätten zum größten Teil ihre Wirtschaft wieder selbst übernommen.

Die Auffassung, daß durch die beantragte Änderung des § 1 der § 2 wegfallen könne, wurde als nicht zutreffend festgestellt, da der § 2 nicht auf die Einzelheiten der Bestellung eingehe und deswegen bestehen bleiben könne.

Schließlich wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsregierung später eine Mitteilung darüber geben solle, in wieviel Fällen die Verordnung angewandt worden sei, in wieviel Fällen der Acker dem Besitzer entzogen worden wäre. Es wurde gewünscht, man möge dabei feststellen, ob in diesen Fällen böser Wille oder wirtschaftliche Hinderungsgründe die Ursache abgegeben hätten. Die Regierung sagte eine derartige Mitteilung zu.

In der ganzen Debatte wurde auch die Frage des „**Streiks der Landwirtschaft**" gestreift. Allgemein machte sich in dieser Beziehung doch die Ansicht geltend, daß ein „Streik der Landwirtschaft" — wie man ihn in der Industrie hat — technisch einfach nicht möglich wäre. Der Landwirt kann nicht an einem Tage einfach aufhören, sein Vieh zu füttern, er kann nicht einfach seine Ackerarbeiten einstellen; denn er muß das, was er im Herbst angebaut und gesät hat, im Frühjahr weiter pflegen, er kann die Mühe und Arbeit, die er in den Acker hineingesteckt hat, nicht einfach aufgeben, er muß zu der gegebenen Zeit seine Arbeit durchführen, weil er sich sonst selbst ruiniert.

Auf der anderen Seite wurde allerdings betont, daß die Ablieferungspflicht der Landwirte in der letzten Zeit stark nachgelassen hätte, und es wurde auch auf die einzelnen Gründe dafür hingewiesen. Im allgemeinen wurde aber doch anerkannt, daß in der Landwirt-

schaft — speziell in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft — die Auffassung doch felsenfest wäre, daß die Landwirte eine sittliche Pflicht haben, den Acker zu bebauen.

In der Abstimmung wurde der Antrag, die Worte „oder wie" zu streichen, abgelehnt. Die Ersetzung der Worte „oder wie" durch die Worte „und mit welchen Früchten" wurde angenommen.

Zu § 2, der davon handelt, daß die **Nutzung entzogen** werden könne, wurde ausgeführt, daß es zu weit ginge, daß die Nutzung auch dann entzogen werden könne, wenn die Bestellung unwirtschaftlich verzögert sei oder wenn die Bestellung im letzten Jahre einen unverhältnismäßig geringen Ertrag geliefert habe. Es sei sehr schwer möglich, das wirklich festzustellen, und deshalb wäre der Willkür und der Mißgunst Tür und Tor geöffnet. Deshalb war folgender Antrag in dieser Frage eingebracht worden:

> Soweit der Nutzungsberechtigte die Bestellung von Ackerflächen innerhalb der Fruchtfolge aus Ursachen unterläßt, die nicht durch die Hemmungen der Kriegs- und Übergangswirtschaft oder durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse des Betriebs, für die ihn ein Verschulden nicht trifft, veranlaßt sind, oder wenn der Nutzungsberechtigte die Aufforderung unbeantwortet läßt oder nicht erreicht werden kann, ist die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung des Bauern- und Landarbeiterrats befugt, die Bewirtschaftung der Flächen bis zur Beseitigung der Hinderungsgründe, jedenfalls jedoch bis zur Vollendung der Ernte des laufenden Jahres, dem Kommunalverband oder einer Gemeinde zu übertragen. Die untere Verwaltungsbehörde ist zu diesen Maßnahmen nur berechtigt, sofern durch die Maßnahmen die ordnungsmäßige Bestellung der Ackerfläche gesichert ist.

Es wurde weiter ausgeführt, daß die **Entziehung der Nutzung auf sechs Jahre** viel zu weit gehe. Eine Entziehung der Nutzung könne nur so lange vertreten werden, bis die Hinderungsgründe, die in der Person des Nutzungsberechtigten liegen, beseitigt wären.

Vorher war von Regierungsseite mitgeteilt worden, daß es nicht möglich wäre, einen Acker auf kürzere Zeit als auf sechs Jahre zu übernehmen, weil die Äcker, die man da übernehmen müßte, heruntergewirtschaftete und in schlechter Kultur befindliche Äcker wären, die verunkrautet wären, und weil man niemandem zumuten könne, einen derartigen Acker nur auf eine kurze Zeit in Bearbeitung zu nehmen. Er hat dann eben nur Arbeit und keinen Ertrag davon.

> Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt. Dann war noch ein weiterer Antrag gestellt:
>
> in Ziff. 5 statt der Worte „binnen einer Woche" zu setzen „binnen zwei Wochen".

Es handelt sich da um die Berufung gegen die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, an die obere Instanz. Es sollte nicht eine Woche Frist sein, sondern zwei Wochen, nach denen das **Berufungsrecht** nicht mehr benutzt werden könne. Dieser Antrag wurde angenommen.

Dann wurde schließlich noch folgender Antrag angenommen:

> Sind landwirtschaftliche Betriebe infolge aufrührerischer oder feindlicher Handlungen verwaist, so hat die untere Verwaltungsbehörde, in deren Verhinderung die nächst höhere Verwaltungsbehörde, für die Bewirtschaftung der Betriebe im Interesse der abwesenden und verhinderten Nutzungsberechtigten Sorge zu tragen.

Hierzu wurde gesagt, daß dieser Antrag sich speziell auf die Verhältnisse im Osten bezieht, wo man befürchtet, daß in der Ostmark, besonders in der Provinz Posen, Verhältnisse eintreten könnten, wo es nützlich wäre, eine solche Bestimmung zu haben. Man muß den Leuten, die von Haus und Hof vertrieben werden, in jeder Hinsicht entgegenkommen. Dieser Antrag wurde bei der Abstimmung ebenfalls angenommen.

Nun ist heute noch ein weiterer Antrag unter Nr. 198 der Drucksachen eingegangen. Zu diesem neuen Antrage spreche ich noch in meiner Eigenschaft als Abgeordneter. Dieser Antrag lautet:

> In § 2 werden die Worte „oder die Bestellung in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Wirtschaftsjahr die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen verhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird" gestrichen.

Ich möchte demgegenüber feststellen, daß meine Freunde auf dem Standpunkt stehen, daß sie auch ihrerseits dafür sind, daß diese Worte gestrichen werden. Es steht nämlich in dem Gesetz schon drin, daß die Nutzung dem Nutzungsberechtigten entzogen werden kann, soweit er die Bestellung nicht übernimmt. Wir sehen darin, daß gesagt wird, daß er die Bestellung nicht übernimmt oder die Bestellung mangelhaft macht, einen genügenden Schutz für die Regierung, um hier eingreifen zu können. Ich glaube, daß man demgegenüber die weitere Fassung des § 2 streichen kann.

In b lautet dieser Antrag, statt der Worte „auf längstens 6 Jahre dem Berechtigten zu entziehen", zu setzen die Worte „auf längstens 3 Jahre dem Berechtigten zu entziehen". In diesem Punkte sind wir anderer Meinung. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Gemeinde gezwungen wird, ein Ackerstück zu übernehmen, das in schlechter Kultur ist, verunkrautet ist, man nicht verlangen kann, daß sie das Ackerstück übernimmt, mit schwerer Mühe den Acker säubert, das Unkraut herausbringt, was ein oder zwei, manchmal drei Jahre dauert, und daß man ihr nicht zumuten kann, daß sie die drei Jahre arbeitet und nichts davon hat. Infolgedessen stehen meine Freunde auf dem Standpunkt, daß sie dem Antrag nicht Folge geben können, sondern gegen den Antrag Stellung nehmen werden. (Lebhaftes Bravo.)

Prädent: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Blum.

Blum, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Im allgemeinen sind ja viel zu viele Verordnungen erlassen worden. Wir müssen aber zugeben, daß angesichts der drängenden Ernährungslage diese **Verordnung**, welche die **Sicherung der Ackerbestellung** und Landbewirtschaftung sich zum Zwecke setzt, wirtschaftlich begründet ist, namentlich dann, wenn sie vernünftig gehandhabt wird. Die Regierung legt augenscheinlich auf die Verordnung keinen Wert, denn ich sehe keinen Vertreter der Regierung hier. Aber die Konsumenten sowohl wie die Landwirtschaft erkennen an, daß die Verordnung von hoher Bedeutung ist.

Zunächst möchte ich allgemein sagen, daß die Verordnungen, namentlich die den Bauernstand betreffen, möglichst kurz und klar gefaßt werden müssen, damit der Bauernstand sie auch versteht. Der § 2 hat eine Kilometerausdehnung, die schon von diesem Standpunkte aus es unbedingt gerechtfertigt erscheinen läßt, sie zu kürzen. Aus diesem Grunde schon konnte man für den Antrag Arnstadt und Genossen sein. Auch nach Annahme des Antrages Arnstadt kommt der Zweck der Verordnung noch voll zur Geltung. Bezüglich des Antrags Arnstadt und Genossen unter b sind meine Freunde der Ansicht, daß eine **Frist bis zu 6 Jahren** bestehen bleiben kann. Denn wenn man in die Lage kommt, einen Acker wegzunehmen, kann man es verstehen, daß man unter Umständen die Frist auf 6 Jahre ausdehnen muß, weil es sich nicht rentiert, einen derartig verwirtschafteten Acker auf ganz wenige Jahre in Bestellung zu nehmen.

Nun sind aber der unteren Verwaltungsbehörde so außerordentlich weitgehende Maßnahmen übertragen, daß es doch sehr angebracht wäre, ihr einen **Sachverständigenrat** zur Seite zu stellen, und wenn man auch auf dem Standpunkt steht: wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand, so meine ich doch, wird es sehr angebracht sein, wenn die untere Verwaltungsbehörde, die doch nicht in allen Wegen sachverständig ist, unbedingt den Rat zur Seite hat, der in solchen Enteignungssachen sich auskennt; da wo ein Arbeiter- und Bauernrat besteht, mag man diesen hören. Da aber auch in vielen Gebieten, namentlich auch im linksrheinischen, derartige Bauern- und Landarbeiterräte nicht bestehen, so müßte auch dort ein Sachverständigenrat dem Ortsvorsteher zur Seite gegeben werden, damit die Garantie geschaffen ist, daß in keiner Weise Willkür und unsachgemäße Behandlung der Sache eintritt. Daher haben wir uns erlaubt zu beantragen, in § 2 Absatz 1 den Absatz anzufügen: „Wo ein Bauern- und Landarbeiterrat nicht besteht, sind zwei von der Landwirtschaftskammer zu ernennende Sachverständige zu hören.“ Wir glauben, daß dieser Zusatz sehr wesentlich dazu beiträgt, allüberall da, wo noch Härten entstehen können, sie zu vermeiden.

Im übrigen erkläre ich aber auch namens meiner Freunde, daß wir den Anträgen, die der Herr Referent soeben namens des Ausschusses vorgetragen hat, unsere Zustimmung geben.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Feldmann.

Feldmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Partei hatte keinen Anlaß, irgend eine Änderung an der Verordnung vorzunehmen. Aber nachdem in der Kommission einige Änderungen vorgenommen sind und die Regierung erklärt hat, daß sie mit diesen Änderungen einverstanden ist, sind auch wir bereit, der veränderten Verordnung zuzustimmen.

In ihren grundlegenden Bestimmungen ist die Verordnung überhaupt nur von der rechten Seite des Hauses angefochten worden. Da ist es interessant, zu wissen, daß die Landwirtschaftskammern diese Verordnung, die bereits seit dem März 1917 besteht, überhaupt nicht angefochten hatten, daß sie sich also vollständig mit ihr abgefunden hatten.

Die **Verordnung** ist ja auch unbedingt notwendig, nicht für die, die bereit sind, ihren **Boden zu bearbeiten,** sondern für jene, die den Spruch nicht anerkennen: Die beste Waffe in der Welt ist der Pflug im Ackerfeld. Solcher Leute gibt es immerhin in den verschiedensten Dörfern eine Anzahl, und diese müssen durch die Verordnung veranlaßt werden, daß sie ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit auch vollständig durchführen. Wir haben während des Krieges oft weite Strecken gesehen, die absolut unbebaut waren, obwohl sich jeder Laie sagen mußte, daß die Möglichkeit bestand, diese Strecken der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Solche Bilder dürfen nicht mehr geboten werden. Im Gegenteil, jedes Fleckchen Erde, das zu bebauen möglich ist, soll auch im Interesse der Allgemeinheit benutzt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich denke dabei natürlich nicht an die Fälle, wo Frauen während des Krieges sich mit der größten Mühe gequält haben, den Boden zu bestellen und zu bearbeiten. Diese Frauen sind durch die Verordnung nicht getroffen worden, und solche Fälle sollen auch durch die Verordnung nicht getroffen werden. Aber diejenigen, die sich ihrer Verantwortung nicht bewußt sind und die in der Lage sind, ihren Boden zu bestellen, sollen durch die Verordnung getroffen werden. Es sind die Leute, auf die man in jedem einzelnen Dorf schon mit dem Finger zeigt, von denen man sagt, daß sie ihren Grund und Boden nicht in Ordnung haben.

Die Verordnung soll keine Schikane für den Landwirt sein, sie soll die Initiative der Landwirte nicht lahmlegen, sondern sie soll nur verhindern, daß durch Nachlässigkeit oder in böser Absicht **Grund und**

Boden unbebaut bleiben. Es ist doch zweifellos eine furchtbare Schädigung des Nationalvermögens, wenn z. B., wie es während des Krieges war, der Fürst von Pleß nicht weniger als rund 2000 Morgen unbebaut ließ (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden konnten. Wenn wir weiter daran denken, was während des Krieges über die Verwaltung der Güter des Grafen Haeseler in die Öffentlichkeit gedrungen ist, so müssen wir doch auch sagen, daß demgegenüber die Verordnung hätte Platz greifen und man den Grafen hätte zwingen müssen, seinen Grund und Boden im Interesse der Allgemeinheit zu bebauen.

Ähnliche Fälle, wo Grund und Boden unbenutzt geblieben ist, hat man zahlreich in den verschiedensten Gebieten Deutschlands festgestellt. Es sind davon natürlich die großen Grundstücke betroffen, nicht die Besitzungen der kleinen Stellner, der Bauern usw., sondern im Gegenteil, die Bauern, Stellner und Arbeiter hatten geradezu einen Heißhunger nach Land. Sie waren geneigt gewesen, all die großen Flächen, die während des Krieges nutzlos dalagen, im Interesse der Allgemeinheit zu bebauen. Das weiß auch ich aus meinem engeren Gebiete der Tätigkeit, daß dort Strecken liegen geblieben sind, wegen deren Arbeiter und Stellner mit den Dominien verhandelt haben. Sie bekamen aber diese Strecken nicht zur Verfügung, weil der Preis, den sie als Pacht zahlen sollten, einfach zu hoch war, als daß sie ihn auszuwerfen vermochten.

Da soll eingegriffen werden, und die Leute, die solche Flächen anzubauen unterlassen, sollen gezwungen werden, diese Flächen zu bebauen. Es liegt nun einmal in jedem einzelnen, daß er den Wunsch hat, die Scholle vollständig zu bebauen. Dieses Gefühl, das bei jedem vorhanden ist, soll nicht durch den Anblick unbebauten Bodens beleidigt werden.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß auch der Boden auf Grund der Verordnung nicht so bebaut werden soll, wie es sich der einzelne mitunter vorstellt. Wir sind nicht der Ansicht, daß **Boden**, der Jahrhunderte hindurch der allgemeinen Ernährung gedient hat, nun **zur Aufforstung benutzt** werden soll, wie es in Schlesien, wie es in Bayern usw. geschehen ist, sondern wir sind der Ansicht, daß, wenn eine Aufforstung nötig ist, diese nicht in dem gegenwärtigen Augenblick zu erfolgen braucht, sondern daß es dazu noch einige Jahre Zeit hat. Wir sind der Meinung, daß alle die Flächen, die in der gegenwärtigen Zeit geeignet sind, Nahrungsmittel hervorzubringen, auch für diesen Zweck ausschließlich benutzt werden. (Sehr richtig!) Man hat aber, wie mir persönlich bekannt ist, mehrfach kleine Besitzungen aufgekauft, sie der Bebauung mit Feldfrüchten entzogen und sie so zur Aufforstung gebracht, wodurch wir zweifellos weniger an Nahrungsmitteln haben. In solchen Fällen soll die Verordnung eingreifen und dafür sorgen, daß das allgemeine Interesse gewahrt wird.

Es soll nach der Verordnung auch gefragt werden, wie der Boden bestellt werden soll. Das ist notwendig. Denn es ist mir bekannt, daß auf einzelnen Gütern nicht einmal so viel **Kartoffeln gebaut** worden sind, wie der Betreffende für sich selbst braucht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kenne Güter von 1400 Morgen und darüber, auf denen 6 bis 8 Morgen Kartoffeln angebaut worden sind. Das ist ein unhaltbarer Zustand, ein Zustand, der durch die Preispolitik des Krieges hervorgerufen worden ist, der dadurch abgewendet werden muß, daß man diese Leute zwingt, ihren Verhältnissen angemessen auch Kartoffeln anzubauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn durch den verminderten Anbau der Kartoffeln zwingt man den Kreis dazu, die Kartoffeln aus anderen Gegenden Deutschlands zu beziehen. Es ist das eine unnötige Inanspruchnahme der Transportmittel usw. Das könnte man vermeiden. Denn vor dem Kriege haben diese Güter sehr viel Kartoffeln angebaut; erst durch die Preispolitik des Krieges sind sie dazu übergegangen, keine oder nur wenig Kartoffeln anzubauen. Das muß im Interesse der Allgemeinheit verhindert werden.

Ich will noch bemerken, daß alles das nur von den großen Gütern gilt. Die Kleinbesitzer haben sich durchweg den Interessen der Allgemeinheit anzubequemen gewußt und haben auch die Bodenfrüchte gebaut, die für die Allgemeinheit notwendig sind.

Dann heißt es weiter in der Verordnung, daß **auf längstens sechs Jahre Grund und Boden** dem Besitzer **entzogen** werden kann, wenn er ihn nicht in entsprechender Weise anbaut. Das ist notwendig; man kann nicht mit einer kürzeren Zeit auskommen. Denn derjenige, der Grund und Boden zur Neubearbeitung übernimmt, hat auch notwendig, den Grund und Boden gründlich zu bearbeiten. Er muß Dung hineintun, er muß die Ackerkrume ordentlich aufreißen, er muß alles das beseitigen, was dem Acker an Schaden im Laufe der Zeit zugefügt worden ist. Wenn er das getan hat, dann will er selbstverständlich auch einen Ertrag für seine Arbeit haben. Das erfolgt nicht in 2 oder 3 Jahren, sondern dazu gehört eine längere Zeit, um das wieder gutmachen zu können und auch selber einen Erfolg für seine Arbeit zu haben. Deshalb bin ich und meine Fraktion der Ansicht, daß es bei den 6 Jahren bleiben muß.

Aus den angeführten Gründen bitte ich, die Verordnung so anzunehmen, wie sie aus den Arbeiten der Kommission hervorgegangen ist. Wir haben keine Ursache, irgendeine Änderung vorzunehmen. Wir lehnen den Antrag der Herren Blum und Genossen ab, die zu § 2 wünschen, daß dort, wo ein Bauern- und Landarbeiterrat nicht besteht, zwei von der Landwirtschaftskammer zu ernennende **Sachverständige zu hören** sind darüber, ob das Gut in andere Verwaltung genommen werden soll oder nicht. Wir lehnen den Antrag ab, weil jetzt auf jedem

Dorf ein Bauern- und Landarbeiterrat sein kann, der gehört werden kann. Es liegt nicht das Bedürfnis vor, noch eine Erweiterung der Verordnung vorzunehmen. Herrn Blum war die Verordnung ja schon zu weitgehend, und jetzt will er im Gegensatz zu seinen Ausführungen noch eine neue Bestimmung anhängen. Schon aus diesem Grunde müßte Herr Blum selber gegen seinen Antrag stimmen. Meine Fraktion wird das jedenfalls tun.

Dann sind noch zwei Anträge Arnstadt und Genossen gestellt worden, welche die schon von Herrn Blum vorgelesenen Worte aus dem § 2 herausnehmen wollen. Wenn diese Worte nicht von vornherein in der Verordnung gestanden hätten, dann könnten sie meines Erachtens verschwinden. Nachdem sie aber darin sind und es, wenn diese Worte herausgenommen werden, in der Zeitung nur heißen wird, daß die und die Abschwächung an der Verordnung vorgenommen sei, müssen wir für die Aufrechterhaltung dieser Worte stimmen; denn wir dürfen im Volke nicht den Eindruck erwecken, als solle in der Verordnung irgend etwas abgeschwächt werden, sondern wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß das Gewissen der Landwirte geschärft werden muß, um soviel wie möglich aus dem Boden herauszuholen. Deshalb bitte ich, die Anträge Arnstadt und Genossen nicht anzunehmen, insbesondere auch nicht den Antrag, der die Zwangsverwaltung auf drei Jahre beschränken will. Das würde ein Fehler sein und würde nicht den Ansprüchen genügen, die der Neuverwalter des Gutes zu stellen das Recht hätte.

Aus all den Gründen bitte ich Sie, die Verordnung unverändert so anzunehmen, wie sie aus den Arbeiten der Kommission hervorgegangen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Geschäftslage nötigt mich, den folgenden Herren Rednern eine kleine Bemerkung zu machen, wobei ich nur bedauere mit Rücksicht auf die langen schon gehaltenen Reden, daß ich diese Bemerkung nicht schon früher gemacht habe. Wir beabsichtigen, morgen eine Pause in unseren Geschäften eintreten zu lassen. Das ist nur möglich, wenn morgen die zweite und dritte Lesung der zwei Etats vor sich gehen kann. Diese zweite und dritte Lesung der Etats kann morgen nur stattfinden, wenn deren Beratung in der Kommission heute in einer Abendsitzung noch so weit gefördert werden kann, daß sie morgen ins Plenum kommen. Die Kommission will um 6 Uhr tagen; sie braucht noch lange Zeit für ihre Verhandlungen. Die Herren ersehen daraus, daß ich genötigt bin, auf diese Umstände aufmerksam zu machen und zu bitten, sich möglichst kurz und präzise zu fassen. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kreft.

Kreft, Abgeordneter: Verehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag Arnstadt und Genossen ist nicht so unnötig, wie es der

letzte Herr Vorredner dargestellt hat. Er ist nicht im Interesse des Großgrundbesitzes gestellt worden, sondern im Interesse gerade des kleinen und kleinsten Besitzes.

Wenn ich Ihnen, meine verehrten Herren von der Linken, klarlege, daß gerade der kleine Landwirt bis zum 9. November im Felde gestanden hat und daß seine Frau und seine Kinder den Boden bewirtschaftet haben, so müssen Sie daraus ersehen, daß der Acker nicht so bewirtschaftet werden konnte, wie es wirklich im Interesse seiner eigenen Wirtschaft nötig war. Weil es sich hier gewissermaßen um eine **Enteignung der Landwirtschaft** handelt, und weil gerade dem kleinen und kleinsten Landwirt hierbei eins auf den Kopf gegeben wird (Lachen bei den Sozialdemokraten), müssen wir Verwahrung gegen diese **Verordnung** einlegen. Die Verordnung vom 4. Februar 1919 wird in Wirklichkeit dem Staate und dem Volke gerade so nützlich sein, wenn die Worte, wie wir es beantragen, aus dem § 2 gestrichen werden. Wenn dies nicht geschehen sollte, wird im Lande nur eine noch größere Erbitterung hervorgerufen, die durch die Zwangswirtschaft schon groß genug geworden ist. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Gehen Sie mal hinaus aufs Land! Wer ist denn über die Zwangswirtschaft erbittert? Gerade der kleine und kleinste Besitzer! Wer ist während des Krieges durch die Zwangswirtschaft gedrückt worden? Gerade der kleine und kleinste Landwirt, die Kriegerfrauen, die sich Tag und Nacht abgeschunden haben, um dem Volke zu geben, was dem Volke gehört. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Da sagen Sie: so siehst Du aus! Ist es denn nicht wahr? Haben Sie denn keine Kenntnis von der Landwirtschaft? Sind Sie noch nicht aufs Land hinausgekommen und haben Sie nicht gesehen, wie die Frauen und Kinder sich von morgens früh bis abends spät abgeschunden haben? (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Nun zur **Bestellung der Äcker!** Sie kann ja gar nicht so gut vorgenommen werden wie in den letzten Jahren vor dem Kriege. Durch die Kriegswirtschaft und durch die Aushebung der Pferde usw. ist dem einzelnen Landwirt die Möglichkeit genommen, mit aller Kraft und Anstrengung an die Bearbeitung des Ackers heranzugehen. (Sehr richtig! rechts.) Aus allen diesen Gründen müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß der Antrag Arnstadt und Genossen nicht so überflüssig ist, wie der Herr Vorredner hervorgehoben hat. (Sehr richtig! rechts.) Diese Verordnung würde, wenn sie, wie sie vor uns liegt, Gesetz würde, allein den kleinen Landwirt treffen. Der große Landwirt, der Großgrundbesitzer und Agrarier — oder wie die Schlagworte, die während des Wahlkampfes fielen, alle heißen — war, weil dies im Interesse der Volksernährung notwendig war, während des Krieges zu Hause, oder er hatte einen Verwalter, der sein

Gut bewirtschaften konnte. Dies trifft aber gerade bei den kleinen und kleinsten Landwirten nicht zu.

Der **Ertrag des Ackers** ist nicht allein aus Böswilligkeit einzelner Besitzer zurückgegangen, sondern vor allem dadurch, daß der Naturdünger wegen der Abgabe des Viehes in der Wirtschaft fehlte, ferner dadurch, daß der Kunstdünger, der vor dem Kriege zur Verfügung gestanden hat, heute nicht mehr vorhanden ist. Ist es nicht erschreckend, daß gerade jetzt, wo wir vor dem Frieden stehen, der Landwirtschaft noch 50 Prozent an Kunstdünger weniger gegeben werden kann als während des Krieges? Aus allen diesen Umständen erklärt es sich ganz von selbst, daß die Erträge der Landwirtschaft zurückgegangen sind und noch weiter zurückgehen werden.

Besonders bedenklich sind die Worte in der Verordnung:

> .... ob er die Bestellung in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Wirtschaftsjahr die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird.

Wenn diese Worte stehen bleiben, wird es wieder Unsicherheit in der Landwirtschaft geben, denn die Bestimmung ist so dehnbar wie Gummi, so daß jeder Xbeliebige daraus machen kann, was er will, wenn er seinem Nachbar oder sonst jemandem nicht wohlgesinnt ist. Gerade im letzten Jahre, wo der Krieg an allen Enden unseres Vaterlandes wütete und die Landwirtschaft den letzten Gaul hergeben mußte, um das Heer mit Pferden zu versehen, sind dem Landwirt die Gespanne genommen worden, so daß er ganz außerstande war, seinen Acker so zu bestellen wie im Frieden.

Nun ist auch die Frage aufzuwerfen, ob denn der **Kommunalverband** oder die Gemeinde, wie es in der Verordnung heißt, aus dem durch die Kriegswirtschaft heruntergewirtschafteten Wirtschaftsbetriebe **mehr herauswirtschaften** kann, und was mit den auf diese Weise um ihr Brot gekommenen Existenzen geschehen wird. Es ist doch ganz klar, daß der Privatbesitzer, der Mann, der auf eigener Scholle sitzt, ein viel größeres Interesse hat, aus seinem Boden so viel wie möglich herauszuwirtschaften. Würde wohl ein Verwalter, der auf fremde Scholle gesetzt wird, für die Allgemeinheit so viel herauswirtschaften wie der Privatmann, der doch auch auf seinen eigenen Vorteil sehen wird? Und was geschieht, wenn auf diese rigorose Weise so viele Landwirte um ihre Existenz kommen und quasi enteignet werden? Ich glaube, es liegt weder im Interesse der Allgemeinheit, noch im Interesse der Städter, wenn so zahlreiche Höfe unter die Aufsicht und Verwaltung eines Verwalters kämen, denn die Verwalter, die auf die Höfe gesetzt würden, werden unbedingt weniger herauswirt-

schaften. Und was würde der Gesetzgeber machen? Würde er eventuell diese Leute zur Rechenschaft ziehen, wenn sie nach wenigen Jahren dieselbe Landwirtschaft noch mehr heruntergewirtschaftet hätten? Davon liest man in der Verordnung kein Wort, daß die Herren dann zur Verantwortung gezogen werden.

So werden wir dasselbe Spiel erleben wie unter der Zwangswirtschaft, wo Millionen von Zentnern verdorben sind, wo derjenige, der die Schuld daran hatte, oft straflos ausging, während der Landwirt, der vielleicht einen Zentner Kartoffeln in seiner Miete hatte verfaulen lassen, vor den Staatsanwalt gezogen wurde.

Endlich aber möge die Regierung vor allem für Ruhe und Ordnung auf dem Lande sorgen und den **Soldatenräten** gehörig **auf die Finger klopfen**, wenn sie sich erlauben, durch wilde Requisitionen, durch Wegnahme von Saatgut, welches in der Wirtschaft dringend gebraucht wird, die Förderung der Produktion zu verhindern. Also auch hier ist ein Punkt, an dem die Regierung wirklich eingreifen könnte.

Ferner kommt es vor, daß die Arbeiter- und Soldatenräte Autos requirieren, auf dem Lande herumfahren und dem einzelnen Landwirt sein Saatgut fortnehmen, ja, ihm sogar die verschlossenen Türen einrennen und ihm nehmen, was er besitzt. Ich meine, auch da hätte die Regierung allen Anlaß einzugreifen und diese Beschwerden abzustellen, damit der Landwirt in Ruhe und Frieden die Produktion fördern kann, und es ist wohl nicht zu viel verlangt, wenn die Regierung aufgefordert wird, den Arbeiter- und Soldatenräten einmal etwas auf die Finger zu sehen. (Sehr richtig! rechts.)

Außerdem bitte ich aber auch bei dieser Gelegenheit die Staatsregierung, doch einmal wirklich **sachkundige Leute** in das **Landwirtschaftsministerium** zu berufen, aber nicht solche, die große Töne reden, aber in Wirklichkeit Weizen von Roggen nicht unterscheiden können. Es würde wirklich zum Segen der Allgemeinheit dienen, wenn man sich endlich dazu entschlösse, wirklich sachkundige Leute in das Landwirtschaftsministerium hineinzunehmen.

Ein großer Teil der Schuld an der **Arbeiterfrage in der Landwirtschaft** und überhaupt an der Lage der Landwirtschaft liegt aber noch viel tiefer. Vor dem Kriege und noch eine ganze Zeit während des Krieges hat immer wieder eine Hetze von bestimmter Seite unter den Landarbeitern eingesetzt, indem ihnen vorgeredet und vorgegaukelt wurde: Ihr verdient ja nichts auf dem Lande! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Tun sie auch nicht!) — Verehrte Kollegen! Die Sache ist doch etwas anders. Ich habe im Felde mit vielen Großstädtern darüber gesprochen und gefunden, welch eine willkürliche Hetze gerade gegen die Landwirtschaft und unter den Land-

arbeitern stattgefunden hat. Wenn Sie sagen: der Landarbeiter verdient nichts, so widerspricht das ganz dem Sinne der Plakate, die Sie jetzt in Berlin an allen Litfaßsäulen sehen, wo auf der einen Seite ein Feldgrauer gemalt ist, der zusammenbrechen will, und auf der anderen Seite ein Feldgrauer mit einem großen dicken Brot im Arm, und wo darunter geschrieben steht: Ihr Arbeitslosen, geht aufs Land, da werdet ihr dick und fett! (Heiterkeit.) Also, meine Damen und Herren, so sind die Verhältnisse, und so haben sich Ihre Ansichten verändert.

Wenn aber diese Verordnung einmal zum Gesetz erhoben werden sollte, so müßte doch zuerst einmal die Regierung ihren Standpunkt bezüglich des Achtstundentages in der Landwirtschaft revidieren. Kein vernünftiger Landarbeiter will überhaupt den Achtstundentag in der Landwirtschaft. Er lehnt es ganz energisch ab, daß überhaupt von Agitatoren mit solchen Dingen gearbeitet wird. (Rufe: Zur Sache!) — Das ist durchaus zur Sache! Der Achtstundentag würde ja gerade dahin wirken, daß viele Betriebe nicht mehr so wirtschaften können, wie sie es im vergangenen Jahre und vorher getan haben, und darum kann ich nur die Staatsregierung, die ja schon Töne genug wegen der Lebensmittelnot angeschlagen hat, dringend bitten, daß sie einmal zu diesem Punkte Stellung nimmt, der gerade im Interesse der Konsumenten von großer Bedeutung ist. Denn wenn der Achtstundentag wirklich Gesetz werden sollte, so kann ich Ihnen versichern, daß Sie von selbst dieses Gesetz aufheben werden, denn andernfalls ist es nicht möglich, die Landwirtschaft, namentlich in der Ernte, aufrechtzuerhalten; es würden Millionen von Werten vernichtet werden

Und nun erinnere ich zum Schluß gerade die Mitglieder der Demokratischen und der Christlichen Volkspartei daran, die Versprechungen einzulösen, die sie den kleinen Landwirten gemacht haben. Meine Damen und Herren! Da haben Sie noch viel einzulösen. Helfen Sie uns mit, daß der Antrag Arnstadt angenommen wird, damit die rigorosen Verfügungen wieder aufgehoben werden, helfen Sie mit, die Fesseln der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft lösen! Dann wird auch der ganze Stand der Landwirte mithelfen am Ausbau des neuen Vaterlandes. Stimmen Sie für unseren berechtigten Antrag! (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich werde, der Aufforderung des Herrn Präsidenten entsprechend, nur ein paar kurze Worte zur **Verordnung über die Sicherstellung der Ackerbestellung** sprechen. Ich bin der Anschauung, daß die Paragraphen dieser Verordnung im großen ganzen auf dem Papier stehen bleiben und nur ganz selten in Anwendung kommen werden. Der deutsche Landwirt vom

großen bis zum kleinsten hält es für nationale und patriotische Pflicht, die letzte Furche zu bestellen, soweit er dazu irgend in der Lage ist, und falls jemand nicht bestellte, würde auch diese Verordnung kaum in der Lage sein, dagegen Abhilfe zu schaffen; denn auch der Landrat müßte mindestens warten, bis der Nachbar der in Frage stehenden Grundstücke bei der Bestellung ist, bis die Witterungsverhältnisse so weit sind, daß die Bestellung vorgenommen werden kann. Bis der Landrat oder die Gemeinde dann die nötigen Pferde, Kunstdünger, Saatgut usw. zusammen haben, um diese Grundstücke zu bestellen, würde es im allgemeinen zu spät werden. Es würde dahin kommen, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist, daß zum Beispiel der Hafer zu spät oder zu dünn gesät wird, weil nicht genügend Saatgut vorhanden war, daß nicht genügend gedüngt worden ist, weil kein Kunstdünger da war, daß der Hafer zu spät reifte, daß er auf dem Felde faulte oder, wenn er eingefahren ist, in der Scheuer verdarb.

Trotzdem sind meine politischen Freunde und ich im großen ganzen mit der Verordnung einverstanden, um auch hierdurch zu beweisen, daß wir mit allen Kräften bemüht sein wollen, daß nichts unbestellt in Deutschland liegen bleibt. Nur möchten wir einige Änderungen der Bestimmungen haben, um Unklarheiten zu vermeiden, damit Mißverständnisse oder Schikanen seitens der Landräte und sonstiger Behörden hintangehalten werden können.

Da kommen zunächst — ich will mich kurz fassen, dem hohen Hause liegt ja die Verordnung vor — in § 1 die Worte in Frage: „ob oder wie". Meine politischen Freunde sind der Anschauung, daß „ob" genügt hätte. „Ob oder wie" halte ich für unklar, auch nach der Erklärung des Herrn Ministers in der Kommission; „ob oder wie" würde zu Schikanen Veranlassung geben können, weil man nicht weiß, was unter „wie" gemeint ist, ob durch Stellung der Frage „wie" beantwortet werden soll, wie der betreffende Landwirt sein Grundstück bestellen will, ob er einmal oder zweimal pflügen, ein- oder zweimal eggen und dann erst drillen will, oder ob gemeint ist, wieviel Morgen er mit Hafer, mit Gerste, mit Kartoffeln usw. bestellen will. Daher sind wir der Überzeugung, es würde genügen, wenn es einfach hieße: „ob". Ist dies nicht zu erreichen, werden wir dem Antrag Schmidthals zustimmen, in dem gesagt ist: ob und mit welchen Früchten. Dann ist wenigstens klar, wie die Frage beantwortet werden soll. Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann müßten wir allerdings verlangen, daß hierdurch dem Landwirt keine Falle gestellt wird in der Beziehung, daß, falls er — um ein Beispiel zu gebrauchen — nicht in der Lage ist, zehn Morgen Kartoffeln zu bestellen, weil es sich herausstellt, daß er nur für acht Morgen Pflanzkartoffeln hat, dann nicht die Verwaltungsbehörde, der Landrat, annimmt oder voraussetzt, er habe zehn Morgen Kartoffeln gepflanzt und

müsse nun für zehn Morgen Kartoffeln abliefern, während er nur acht Morgen Kartoffeln gepflanzt hat.

Wir müssen auch verlangen, daß **kein Zwang zur Bestellung mit bestimmten Früchten** ausgeübt wird. Wenn ein derartiger Fall, wie er vorhin angeführt wurde, vorgekommen ist, daß jemand mit 1200 oder 1400 Morgen Grundbesitz nur 6 Morgen mit Kartoffeln bebaut haben sollte, dann wäre ich der erste, der das aufs äußerste bedauert. Aber wenn man nun jahrelang oder jahrzehntelang den Landwirten, wenn sie über die schlechte Rentabilität ihrer Betriebe klagten, gesagt hat: weshalb baut ihr nicht das, was am meisten Geld einbringt, woran ihr etwas verdienen könnt? —, und wenn sich dann bei der nicht ganz sachgemäßen Preisgestaltung einzelner landwirtschaftlicher Produkte herausgestellt hat, daß, wenn man Spinat baut und die Regierung so freundlich ist, den Preis für Spinat — um ein Beispiel zu gebrauchen — ganz gut anzusetzen, man beim Anbau von Spinat besser fährt als beim Anbau anderer Früchte, dann kann man es doch schließlich dem Landwirt nicht verdenken, wenn er sich mehr dem Anbau von Spinat zuwendet. Wenn es dann von der einen Sorte Gemüse zu viel gibt, dann trägt nicht der Landwirt die Schuld daran, sondern die Regierung, die die Preisdifferenzierung nicht sachgemäß vorgenommen hat.

Wir würden vor allen Dingen aber auch verlangen müssen, daß es bis zu allen Landräten durchdringt, daß auch die Schwarzbrache, wo sie landwirtschaftlich nötig ist, als Fruchtfolge anerkannt wird, wie uns der Herr Reichsernährungsminister im Haushaltungsausschusse bestätigt hat.

Wir sind dafür, daß in § 2 die Worte gestrichen werden „oder im letzten Wirtschaftsjahre die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird". Dieser Satz ist unklar. Wer wird das beurteilen können? Das könnte zu schiefer Auffassung der Verhältnisse und vielleicht auch zu Schikanen führen. Deshalb bitte ich, diese Worte zu streichen.

Ich bin der Überzeugung, daß in der Bestimmung desselben Paragraphen, daß dem Kommunalverband oder einer Gemeinde die Grundstücke, die zwangsweise bewirtschaftet werden sollen, bis zu **sechs Jahren** entzogen werden können, die **Frist** im allgemeinen reichlich lang ist. Aber wir würden uns damit abfinden, wenn diese Bestimmung bestehen bleibt.

Wir müssen verlangen, daß im § 5 die Frist von einer Woche, innerhalb welcher Zeit die Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde eingereicht werden soll, in zwei Wochen umgeändert wird. Eine Woche ist zu kurz. Bei der Schwerfälligkeit, die der einfache Mann manchmal zeigt, bis er zum Schreiben kommt, und bei den vielen

Arbeiten in der Landwirtschaft würde eine Woche nicht genügen. Ich bitte deshalb, die Bestimmung entsprechend umzuändern.

Ferner bitten wir unter allen Umständen darum, daß dem § 6 ein neuer Paragraph nachgefügt wird des Inhalts:

„Sind landwirtschaftliche Betriebe infolge aufrührerischer oder feindlicher Handlungen verwaist, so hat die untere Verwaltungsbehörde, in deren Behinderung die nächsthöhere Verwaltungsbehörde, für die Bewirtschaftung der Betriebe im Interesse der abwesenden und verhinderten Nutzungsberechtigten Sorge zu tragen."

Wir halten diese Bestimmung für recht und billig.

Wir bitten darum, daß die Verordnung unseren Wünschen und Bitten entsprechend abgeändert wird, und sind der Anschauung, daß die so abgeänderte Verordnung mit dazu beitragen wird, die Ernährung unseres deutschen Volkes sicherzustellen. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Meine Freunde und ich lehnen alle Anträge, die in der Kommission beschlossen worden sind, ab, mit Ausnahme des Zusatzes nach § 6, weil dieser durch die Ereignisse der letzten Zeit, durch die politischen Wirren bedingt ist. Wir lehnen die anderen Anträge deswegen ab, weil sie eine Abschwächung der neuen Verordnung, die in diesem Jahre erlassen worden ist, zum Schaden der Gesamtheit bringen. Es ist ganz eigentümlich, daß der Redner der Sozialdemokratie selber betonte, er habe auf seinen Reisen so oft gesehen, daß weite Strecken Land unbebaut oder ungenügend bebaut waren, und daß er trotzdem für die Änderung des § 1 ist, in dem es heißt, daß die Verwaltungsbehörde auch nachzusehen hat, **wie der Acker bestellt ist.** Der Redner der Sozialdemokratie ist trotzdem dafür, daß der abschwächende Antrag „mit welchen Früchten er bestellt ist" angenommen wird. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Der Minister hält das für ziemlich gleichgültig!) — Der Minister mag das persönlich für ziemlich gleichgültig halten; aber die Sachverständigen seines Amtes haben in einer Denkschrift in der Zeit, als ich das Amt verwaltete, darauf hingewiesen, daß es unbedingt nach den Erfahrungen der letzten Jahre notwendig geworden ist, die Worte „oder wie" einzufügen. — In den drei vorhergehenden Jahren hat die Verordnung eben nicht genügt. Es wurde zwar das Land angebaut, aber ungenügend, oder es wurde in einer Weise bestellt, die den berechtigten Anforderungen nicht entsprach.

Daß eine solche Bestimmung die Möglichkeit zu Schikanen gibt, ist selbstverständlich. Aber in der Verordnung ist ja ausdrücklich erklärt, daß diese Anordnungen von der unteren Verwaltungsbehörde zu treffen sind, daß gegen die Anordnungen der unteren Verwaltungsbehörde Ein-

spruch bei der oberen Verwaltungsbehörde erhoben werden kann. Nun möchte ich nur wissen, seit wann denn die Herren Landwirte so wenig Vertrauen zu den oberen Verwaltungsbehörden haben, daß sie diese oberen Verwaltungsbehörden auf einmal für so unzuverlässig halten, während sie doch bisher so voll seligen Vertrauens auf die oberen Verwaltungsbehörden geblickt haben. Gewiß mag eine Schikane in dem engeren Kreise der unteren Verwaltungsbehörde möglich sein; aber dann kann ja ein Einspruch bei der oberen Verwaltungsbehörde erhoben werden. Nein, meine Herren, diese Abschwächung ist eine vollständige Inkonsequenz gegenüber dem, was im Gesetz verlangt wird.

Der Antrag Arnstadt zieht die richtige Konsequenz; denn nach diesem Antrage sollen nicht nur die Worte „oder wie“ durch die Worte „mit welchen Früchten“ ersetzt werden, sondern konsequenterweise sollen dann auch in dem § 2 die Worte gestrichen werden, die sich darauf beziehen, daß die Allgemeinheit kontrollieren kann, in welcher Weise das Land bestellt worden ist. Das ist konsequent, wie ja überhaupt die Herren von der äußersten Rechten sich immer durch Konsequenz auszeichnen; sie gehen immer den graden Weg, der zwar unserem Wege diametral entgegengesetzt ist, aber sie bleiben bei der Stange (sehr richtig! rechts), was ich bei den anderen Herren auf der linken Seite nicht so beobachten kann. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Sie müßten eben, wenn Sie bei der Stange bleiben wollten, diese Worte „oder wie“ stehen lassen, oder aber sich den Herren von der äußersten Rechten anschließen und dann in § 2 auch die oben angeführten Worte streichen.

Meine Herren, es ist dann in einem Antrage, der hier schriftlich eingegangen ist, in dem Antrag Blum, vorgeschlagen worden:

> Wo ein Bauern- und Landarbeiterrat nicht besteht, sind zwei Sachverständige von der Landwirtschaftskammer zu hören.

Es ist schon darauf hingewiesen worden: Es können überall Bauern- und Landarbeiterräte bestehen. Nun hat der Herr Abgeordnete Blum darauf aufmerksam gemacht, daß im linksrheinischen Gebiet nicht Bauern- und Landarbeiterräte, sondern Wirtschaftsräte vorhanden sind. Wenn diese Wirtschaftsräte nach demselben Wahlrecht zusammengesetzt sein würden wie die Bauern- und Landarbeiterräte, dann würden sie uns auch dieselbe Gewähr dafür bieten, daß sie die Kontrolle ausüben, die wir haben wollen, daß nämlich die kleinen Besitzer auf dem Lande ein Miteinspruchsrecht haben. Aber der Herr Abgeordnete Blum will ja gar nicht diese Wirtschaftsräte als Ersatz der Bauernräte, sondern er will, daß die Landwirtschaftskammern Sachverständige ernennen, und in den Landwirtschaftskammern sind bekanntlich die Landarbeiter gar nicht und die ganz kleinen Besitzer sehr mangelhaft vertreten. Dann kann es selbstverständlich wieder passieren, daß Krähen kommen, die den anderen Krähen die Augen nicht aushacken, und daß dadurch so, wie es

früher war, der unbebaut oder schlecht bebaut liegende Boden der Willkür seiner Besitzer ausgeliefert ist.

Der Antrag, die **sechs Jahre Berechtigung** auf drei Jahre einzuschränken, ist ja auch von der linken Seite des Hauses zurückgewiesen worden. Er wird also voraussichtlich hier keine Mehrheit finden wie in der Kommission. Aber es ist doch darauf hinzuweisen, daß die Begründung, die der Herr Vertreter des mittlern Besitzes, der Herr Abgeordnete Kreft, hier abgegeben hat, Anlaß geben könnte, eine Agrardebatte aufzurollen. Ich spreche davon, daß der Herr ein Vertreter des Mittelbesitzes ist, obwohl er sich hier als Vertreter des Kleinbesitzes vorgestellt hat. In unserem parlamentarischen Handbuch gibt er, was sonst noch nie dagewesen ist, selbst ausdrücklich an, daß er 250 Morgen bewirtschafte. Da gehört er wohl nicht zu den Kleinen im Lande.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kreft könnten zu einer Agrardebatte veranlassen. Eine solche ist aber meines Erachtens zu dieser Zeit nicht angebracht, zumal wir ja wissen, daß gleich nach Ostern Gelegenheit gegeben werden wird, die gesamten landwirtschaftlichen Verhältnisse und die Verordnungen hier zu besprechen. Ich begnüge mich daher heute damit, darauf hinzuweisen, daß der Herr Abgeordnete Kreft zwei sehr interessante Mitteilungen hier gemacht hat, die ich doch hervorheben möchte. Einmal, daß die großen Landwirte — die Agrarier, wie er sie auch nannte — während des Krieges meist zu Hause waren, daß also vorwiegend der mittlere und kleinere Besitz durch den Krieg notleidend geworden ist; und zweitens, daß die Plakate, die in Berlin die städtischen Arbeiter auffordern, aufs Land hinauszugehen, Übertreibungen enthielten, indem man den **Landarbeiter** als Dickwanst hinstellte gegenüber dem städtischen Arbeiter, der halb verhungert sei. (Zurufe.) — Herr Abgeordneter Kreft hat ausdrücklich erklärt, von unserer Seite und von der linken Seite, von Ihnen, Herr Blunck, der Sie jetzt immer nach rechts tendieren, sei früher stets darauf hingewiesen worden, daß die Verhältnisse der Landarbeiter außerordentlich schlecht sind und dringend aufgebessert werden müßten.

Nun ist ja glücklicherweise durch die Revolution den Landarbeitern endlich etwas mehr gegeben worden als früher. Es sind höhere Löhne festgesetzt worden, aber keineswegs solche, daß die Landarbeiter übermäßig zufrieden sein könnten. Wenn der Herr Abgeordnete Kreft gemeint hat, daß wir die Landarbeiter darauf hinhetzen — wie er sich auszudrücken beliebte —, daß der **Achtstundentag** durchweg durchgeführt werden müsse, so befindet er sich im Irrtum. Denn wir haben der Verordnung zugestimmt, die ausdrücklich erklärt, daß während des Sommers nicht der Achtstundentag, sondern eine elfstündige Arbeitszeit eingeführt wird, daß dafür aber im Winter die Arbeitszeit unter acht Stunden eingerichtet werden muß. Also bitte, Herr Abgeordneter Kreft, wenn Sie von Verhetzung der Landarbeiter sprechen, dann erst genau und ge-

wissenhaft die Dinge so darstellen, wie sie wirklich sind; sonst könnte das schöne Wort, das Sie gegen die linke Seite des Hauses angewendet haben, auf Sie zurückfallen.

Daß diese Verordnung nur ein ganz kleines Teilchen der Zwangsmaßnahmen sein kann, mit deren Hilfe das gesamte Verpflegungsniveau der Bevölkerung zu heben ist, darüber ist ja gar kein Zweifel, und daß Zwangsmaßnahmen überhaupt sehr wenig wirken können, wenn der passive Widerstand der **Landwirte** vorhanden ist, ist ebenfalls selbstverständlich. Es gehört eben zu jeder Arbeit die **Arbeitsfreudigkeit.** Der Zwang allein kann nicht das hervorrufen, was durch die Arbeitsfreudigkeit spielend leicht geschaffen werden kann. Die Arbeitsfreudigkeit stockt aber dann, wenn dem Landwirt die Möglichkeit genommen ist, durch seine Arbeit das zu erreichen, was er kraft seiner Arbeitsleistung von seinem Lande erwarten könnte, und dazu gehört, daß ihm vom Staate, von der Gesamtheit, hier ausreichende Hilfe zuteil wird, die er gebraucht, um wirklich produktiv tätig zu sein. Selbstverständlich kann aber die Allgemeinheit dann verlangen, daß das nicht im Privatinteresse, nur zu Nutz und Frommen des Besitzers geschieht, sondern daß diese Hilfe der Allgemeinheit auch der Allgemeinheit wieder zugute kommt, und deswegen haben meine Parteifreunde auf ihrem letzten Parteitag anfangs März dieses Jahres in ihr Aktionsprogramm den Satz mit aufgenommen:

> Die Großgrundbesitzer und großen Forsten sind in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel sowie durch Förderung des Genossenschaftswesens zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.

Diese Aufgabe ist eine der dringendsten und zwingendsten für unser neues Staatswesen. An sie muß mit aller Energie nicht nur so bald als möglich, sondern sofort daran gegangen werden. Denn das „so bald als möglich“ bedeutet meist ein unbegrenztes Hinausschieben. Es hätte aber schon längst weit mehr von Reichs und Staats wegen in diesem Sinne geschehen müssen. Deswegen hoffen wir, daß diese Verordnung, die sich nur gegen Böswillige richten soll und nicht gegen die wirtschaftlich Ohnmächtigen, überflüssig wird, sobald die Gemeinschaft endlich ihre Aufgabe begreift und die Regierungen des Landes und Reichs darauf hinwirken, daß *der Landwirtschaft die tatkräftige Hilfe zuteil wird*, die sie im Interesse der Allgemeinheit, zum Nutzen der Allgemeinheit braucht. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über den Antrag des Ausschusses auf Nr. 183 der Drucksachen.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 198 der Drucksachen vor:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen: hinter Ziffer 1 des Antrags des Reichshaushaltsausschusses folgende neue Ziffer einzufügen: In § 2 werden
> a) die Worte: „oder die Bestellung in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Wirtschaftsjahre die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat, und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird", gestrichen;
> b) statt der Worte: „auf längstens sechs Jahre dem Berechtigten zu entziehen" werden die Worte „auf längstens drei Jahre dem Berechtigten zu entziehen" gesetzt.

Ich nehme an, die Herren wünschen eine Abstimmung nach Abschnitten. (Zustimmung.) Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die dem Abschnitt a ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Das Bureau ist einig, daß das die Mehrheit ist. Damit ist dieser Abschnitt a angenommen.

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die dem Abschnitt b ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Es liegt dann noch ein handschriftlicher Antrag Burlage, Blum, Lensing vor:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, in der Verordnung vom 4. Februar 1919 über die Sicherung der Landbewirtschaftung dem § 2 Abs. 1 folgenden Satz 2 anzufügen: Wo ein Bauern- und Landarbeiterrat nicht besteht, sind zwei von der Landwirtschaftskammer zu ernennende Sachverständige zu hören.

Der Antrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus. Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Das Bureau ist zweifelhaft; wir bitten um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht; der Antrag ist damit abgelehnt. (Lebhafter Widerspruch rechts.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesamtantrag des Ausschusses mit der vorhin beschlossenen Änderung. Wer dem Antrag des Ausschusses mit der eben beschlossenen Änderung zustimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Das Bureau ist zweifelhaft; wir bitten um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Das Bureau bleibt zweifelhaft; es muß also ausgezählt werden. Ich bitte, daß diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, rechts von mir, und diejenigen,

welche den Antrag verwerfen wollen, durch die Nein-Tür, links von mir, eintreten. Ich bitte sämtliche Damen und Herren, den Saal zu verlassen. (Die Abgeordneten verlassen den Saal.) Die Türen, mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren, sind zu schließen. (Geschieht.)

Die Zählung beginnt; ich bitte, den Eintritt zu bewirken. (Der Wiedereintritt der Mitglieder und die Zählung erfolgt.) Die Abstimmung ist geschlossen; die Türen sind wieder zu öffnen. (Geschieht.)

Ich bitte das Bureau, abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter Fischer (Berlin): Nein! Schriftführer Abgeordneter **Kempkes**: Ja! Schriftführer Abgeordneter **Bolz**: Ja! Schriftführerin Abgeordnete **Agnes**: Nein! Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Nein! (Pause.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes. Mit Ja haben gestimmt 151 Damen und Herren, mit Nein 115. (Lebhafte Zurufe rechts.) Der Antrag ist also angenommen. (Rufe: Erste Abstimmung wiederholen!)

Ich schlage dem Hause vor, sich nunmehr zu vertagen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich erhebe gegen die Vertagung Widerspruch. Die Verordnungen, die angefochten worden sind und über die jetzt eine Entscheidung herbeigeführt werden soll, äußern mit dem 1. April weittragende Wirkungen, und wenn diese Entscheidung nicht vor der Vertagung der Nationalversammlung, das heißt bis morgen, herbeigeführt wird, so werden solche Wirkungen eintreten, die möglicherweise von der Nationalversammlung wieder aufgehoben werden müssen. Das geht nicht an: die Kassen müssen sich auf einen definitiven Zustand einrichten können. Es ist daher absolut notwendig, daß eine Entscheidung getroffen wird, so oder so. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Ich habe mir sagen lassen, daß voraussichtlich noch eine Vereinbarung in dieser Angelegenheit zustande kommt, vielleicht durch eine neue Vorlage von seiten der Regierung. Ich weiß das nicht, aber jedenfalls steht so viel fest: der Etat muß morgen in zweiter und dritter Beratung erledigt werden, und das ist nur möglich, wenn er heute im Ausschuß zur Erledigung kommt. Die Ausschußberatung wird längere Zeit dauern. Wenn wir den 5. Gegenstand der Tagesordnung so, wie die Situation liegt, jetzt noch vornehmen, so wird das eine längere Debatte geben. Dann ist es ausgeschlossen, daß der Ausschuß heute tagt, und dann ist es ausgeschlossen, daß die zweite und dritte Beratung der beiden Etats morgen vorgenommen werden kann. Aus diesen Gründen möchte ich der Meinung sein, es wäre zweckmäßiger, den Widerspruch aufzugeben. Eventuell würde ich darüber abstimmen lassen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich bin bereit, im Namen meiner Freunde den Widerspruch aufzugeben, wenn dieser fünfte Gegenstand der heutigen Tagesordnung morgen als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Präsident: Als ersten Punkt möchte ich es nicht versprechen. Ich würde bereit sein, ihn morgen auf die Tagesordnung zu setzen; aber die beiden Etats gehen in ihrer Wichtigkeit diesem Ausschußbericht zweifellos voraus, und wir müssen zuerst die Etats zu erledigen suchen. Ich möchte bitten, sich damit zufrieden zu geben, daß er als zweiter Punkt morgen auf die Tagesordnung kommt. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich kann mich nicht auf Verhandeln in dieser Situation einlassen. Es liegt uns daran, daß, wenn morgen die Nationalversammlung auseinandergeht, die Entscheidung über diese Dinge gefallen ist. Was hinter den Kulissen vorgeht, wissen wir nicht. Wir wollen hier eine offene und klare Entscheidung haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte also, darüber abstimmen zu lassen, daß dieser Gegenstand morgen als erster Punkt auf die Tagesordnung kommt.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) beantragt, den fünften Gegenstand der heutigen Tagesordnung, der jetzt abgesetzt werden soll, morgen als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage Schultz (Bromberg) zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; damit bleibt es bei der Absicht des Präsidiums.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend, den 29. März, vormittags 10 Uhr.

Es ist eine Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen eingegangen, die ich zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter Volz:

Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen:

1. Die Verordnung der preußischen Regierung vom 26. Februar d. J., betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand, hat nicht nur unter den preußischen, sondern auch unter den Reichsbeamten Beunruhigung hervorgerufen. Beabsichtigt die Reichsregierung etwa ähnliche Maßnahmen für die Reichsbeamten in die Wege zu leiten? Bejahendenfalls, welche?

2. In Punkt 10 des Arbeitsprogramms der Reichsregierung ist die Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse und die Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts in Aussicht gestellt. Wann und nach welchen Grundsätzen beabsichtigt die Reichsregierung diesen Punkt ihres Programms zu verwirklichen und wie gedenkt sie bis dahin der wirtschaftlichen und sozialen Notlage der Beamten, Pensionäre und deren Hinterbliebenen Rechnung zu tragen?
3. In weiten Kreisen der Beamtenschaft besteht der Wunsch, es möge, unbeschadet der Verankerung der Grundrechte der Beamten in der Verfassung, die Erfüllung gewisser Mindestforderungen hinsichtlich der Besoldungen, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten — insbesondere auch der Gemeindebeamten und Lehrer — durch Reichsgesetz gewährleistet werden. Welche Stellung nimmt die Reichsregierung diesen Bestrebungen gegenüber ein?

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, auf die Tagesordnung zu setzen: 1. die eben verlesene Interpellation; 2. die zweite und dritte Beratung des vierten Nachtragsetats und des Notetats. — Die Berichte des Haushaltsausschusses werden noch heute abend zur Verteilung gelangen. — 3. den fünften Gegenstand der heutigen Tagesordnung. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 19 Minuten.)

32. Sitzung.

Sonnabend den 29. März 1919.

Einkünfte des Reichspräsidenten. — Verschwendung und Produktionslosigkeit in Reichsbetrieben. — Förderung der Textilindustrie.

Geschäftliches: Ausschüsse, Urlaub.

Interpellation Arnstadt usw.: Beamtenfragen: Schiffer, Reichsminister der Finanzen.

Zweite und dritte Beratung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1918: Löbe (Soz.), Berichterstatter. — Burlage (Ztr.). — Laukant (U. S.).

Zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für 1918.

Wirtschafliches Auslands-Nachrichtenwesen im Auswärtigen Amt: Dr. Becker (Hessen) (D. Vp.), Berichterstatter.

Reichsluftamt: Verschwendung von Geldern und Produktionslosigkeit in Reichsbetrieben: Dr. Becker (Hessen) (D. Vp.), Berichterstatter. — Ersing (Ztr.). — Dr. Rießer (D. Vp.). — Noske, Reichswehrminister: Deckt verschiedene Mißstände auf; Rat der Deserteure; wird tatkräftig einschreiten. — Hoch (Soz.). — D. Mumm (D. Nat.). — Hartmann (D. D.). — Haase (Berlin) (U. S.).

Textilforschungsinstitut: Dr. Becker (Hessen) (D. Vp.), Berichterstatter. — Wissell, Reichswirtschaftsminister. — Krätzig (Soz.). — Ersing (Ztr.). — Hermann (Württemberg) (D. D.).

Reichspostministerium: Dr. Becker (Hessen) (D. Vp.), Berichterstatter.

Bezüge von Renten- und Unterstützungsempfängern: Severing (Soz.).

Zur Tagesordnung (Absetzung): Hoch (Soz.). — Schultz (Bromberg) (D. Nat.). — Weinhausen (D. D.).

Nächste Sitzung: Schultz (Bromberg) (D. Nat.). Dr. Pachnicke (D. D.). Haase (Berlin) (U. S.).

Die Tagung wird auf 1½ Wochen ausgesetzt.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 21 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen ist folgender Mitgliederwechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Schmitz, Remmers, Schiffer (Münster), Hermann (Württemberg), Frau Reitze, Blum, Koch (Münster), Dr. Dernburg, Dr. Böhmert (Bremen), Remmers die Abgeordneten Schiffer (Münster), Hermann (Württemberg), Koch (Münster), Remmers, Steinkopf, Allekotte, Frau Schmitz, Schmidthals, Dr. Böhme (Magdeburg), Wachhorst de Wente; in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Schneider (Sachsen) der Abgeordnete Dr. Lappe; in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Becker (Arnsberg), Dr. Beyerle, Vesper, Frau Juchacz die Abgeordneten Rheinländer, Schneider (Franken), Wels, Davidsohn.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Schreck für 3 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordnete Frau Brönner für 4 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen, betreffend Beamtenfragen.

Ich habe zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung zu richten, ob und wann er die Interpellation beantworten will?

Schiffer, Reichsminister der Finanzen und Vertreter des Reichsministerpräsidenten: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation zu beantworten. Über den Zeitpunkt wird sie sich mit dem Herrn Präsidenten rechtzeitig in Verbindung setzen.

Präsident: Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Ich rufe den zweiten Gegenstand der Tagesordnung auf, die

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918. Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt. Berichterstatter: Abgeordneter Löbe.

Wir beginnen mit der Anlage I. Ich rufe auf Kap. 1, **Reichspräsident.** Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Löbe, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Bei der ersten Beratung des Nachtragsetats in diesem Hause haben Redner verschiedener Parteien dem Wunsche Ausdruck gegeben, es möge die erste Position dieses Etats, **Reichspräsident,** eine mehr ins einzelne

gehende Gliederung erfahren und vielleicht auch eine Kürzung, die der heute gebotenen Einfachheit entspricht. Der Haushaltsausschuß ist dazu gekommen, die persönlichen Bezüge des Reichspräsidenten zu trennen von den amtlichen Bedürfnissen, die ganz unabhängig von seiner Person entstehen. Es wurde zunächst versucht, den Posten weiter zu zerlegen in die Hauptkapitel der voraussichtlichen Ausgaben, also vielleicht so: erstens das persönliche Gehalt, zweitens die Ausgaben für die Verwaltung seines Amts, drittens ein Dispositionsfonds für Gaben zu wissenschaftlichen, kulturellen, wohltätigen Zwecken, bei Unglücksfällen, Bitten und dergleichen, und viertens die Ausgaben für die unumgängliche Repräsentation und etwaige Reisekosten.

Die Mehrheit der Kommission ließ sich aber davon überzeugen, daß eine so weitgehende Spezialisierung mangels jeglicher Erfahrung für das neue Amt und mangels jeder Anhaltspunkte, die höchstens für die Unterhaltung des Bureaus gegeben werden konnten, kaum möglich und in Anbetracht dessen, daß der Nachtragsetat ja nur für wenige Monate Geltung hat, auch nicht unbedingt nötig sei, und der Ausschuß hat sich damit begnügt, die persönlichen Bezüge besonders und die Amtsbedürfnisse besonders einzustellen.

Von meiner Partei wurde beantragt, das persönliche Gehalt des Reichspräsidenten auf monatlich 7000 Mark zu bemessen. Auf einstimmigen Wunsch aller übrigen Parteien wurde eine Summe von 100 000 Mark im Jahre festgelegt und dieser Betrag mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Für die Bemessung der Summe wurde eine Auskunft gewünscht über die Bezüge der Präsidenten anderer Republiken, und es wurde mitgeteilt, daß der Präsident von Frankreich jährlich 1 200 000 Franken, daß der Bundesrat der Schweiz vor wenigen Jahren gemeinsam 137 000 Franken bezog, die inzwischen etwas erhöht worden sind, und daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 75 000 Dollar bezieht.

Dabei wurde aber sofort erwähnt, daß bei uns das Schaugepränge und die Repräsentation, wie sie in Paris unter Poincaré üblich geworden sind, nie heimisch werden sollen, und es wurde auch weiter darauf hingewiesen, daß die eben genannten Zahlen keine bestimmten Anhaltspunkte für die Bezüge der Präsidenten fremder Republiken geben, weil eine Menge von Positionen in anderen Etats diesen Präsidenten noch zur Verfügung stehen. Es wurden ferner auch die Einkünfte des bisherigen deutschen Reichsoberhauptes herangezogen und die Auskunft erteilt, daß im Reichsetat für den Kaiser ein Dispositionsfonds von 3 Millionen Mark gestanden hat, in gleicher Höhe ein Dispositionsfonds im preußischen Etat, zu dem dann eine Zivilliste von 14 bis 15 Millionen Mark kam, so daß die gesamten Bezüge sich auf 21 Millionen Mark be-

liefen.[1]) Es wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß schon in dem Vorschlage der Regierung die hier ausgeworfene Summe nur den zehnten Teil, nach unseren jetzigen Beschlüssen aber nur den zwanzigsten Teil der früheren Einkünfte des Kaisers ausmacht.

Gegenüber den Bemühungen, das Gehalt des Reichspräsidenten stark herabzusetzen, wurde gerade von den Vertretern der rechtsstehenden Parteien darauf hingewiesen, daß die Nationalversammlung in diesem Punkte nicht kleinlich sein dürfe, und daß der Präsident, ganz dahingestellt seine politische Überzeugung, eine würdige Vertretung des Landes nach außen geben müßte. Es wurde aber auch nach der etwaigen **Pensionsberechtigung des Reichspräsidenten** gefragt und vom Herrn Reichsschatzminister mitgeteilt, daß diese Frage einem besonderen Gesetze vorbehalten bleiben müsse. In der Debatte hob die eine Seite hervor, daß nach ihrer Auffassung aus den Umständen der Amtstätigkeit, der Wahl und der Möglichkeit einer Wiederwahl des deutschen Richspräsidenten eine Pensionsberechtigung des Reichspräsidenten nicht erwünscht erscheine. Demgegenüber wurde von anderer Seite betont, daß die deutsche Republik eine gewisse Verpflichtung habe, dafür zu

---

[1]) Der König von Preußen hatte in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser, abgesehen von dem für Wohltätigkeitszwecke usw. ihm zur Verfügung gestellten Dispositionsfonds, keine Zivilliste, als König von Preußen eine solche von 17 719 296 Mark. Ihre Grundlage war die bei Sonderung des Staatsvermögens von dem königlichen Privatvermögen geschehene Anweisung eines Betrages von 2 500 000 Talern für den Unterhalt der Königlichen Familie, der Hofstaaten und der dazu gehörigen Institute auf die Domänen und Forsten (Kgl. V. vom 17. Januar 1820 wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens). Diese Rente, die infolge der Einrechnung des Goldagios eines Teilbetrages von 548 240 Talern Gold genau 7 719 296 Mark betrug und durch Art. 59 PrVU. anerkannt wurde, wurde durch Preußische Gesetze vom 30. April 1859, 27. Januar 1868, 20. Februar 1889, und 17. Juni 1910 um ½ Million und 1 Million Taler, ferner um 3½ Millionen und 2 Millionen Mark erhöht, so daß schließlich der obenbezeichnete Gesamtbetrag erreicht wurde. Außerdem erhielt die Kronkasse zu den Betriebskosten für die Königlichen Theater einen Jahreszuschuß von 1½ Millionen Mark durch das Preußische Gesetz vom 17. Juni 1910.

Nach der Umwälzung vom 9. November 1918 wurden zunächst durch Bekanntmachung der preußischen Revolutionsregierung vom 13. November 1918 sämtliche zum preußischen Kronfideikommißvermögen gehörigen Gegenstände mit Beschlag belegt und der Verwaltung des Finanzministeriums unterstellt, während das im Sondereigentume des Königs und der Königlichen Familie stehende Vermögen zunächst unberührt blieb. Durch eine weitere Verordnung vom 30. November 1918 wurde die Bekanntmachung vom 13. November 1918 jedoch — mit Rücksicht darauf, daß die Zugehörigkeit der einzelnen Vermögensgegenstände zum Kronfideikommißvermögen und zum Sondervermögen des preußischen Königshauses zweifelhaft erscheine — dahin ergänzt, daß auch sämtliche zum Privateigentum gehörigen Vermögenswerte des vormaligen Königs von Preußen, des Königlichen Hauses und seiner Mitglieder vorläufig mit Beschlag belegt wurden. Das die Verwaltung führende Finanzministerium ist ermächtigt, aus den Erträgen für den Unterhalt des Königs und der Mitglieder des Königlichen Hauses angemessene Beträge festzusetzen und zu zahlen.

sorgen, ob ihr Präsident nach Ablauf seiner Amtsperiode nicht in ein ungewisses Leben versinke, sondern daß es ihm möglich gemacht werde, ein würdiges Leben weiter zu führen. Aber diese Angelegenheit wurde in der Kommission nicht erledigt, sondern besonderer Beschlußfassung vorbehalten.

Die Kommission einigte sich dahin, den Etatstitel so zu fassen, daß eingesetzt wird: Reichspräsident 100 000 Mark Gehalt und 500 000 Mark für sachliche Ausgaben, also für den diesmaligen Etat 82 143 Mark. Unter „sachlichen Ausgaben" sollen inbegriffen sein die Besoldungen der Angestellten, Miete, Geschäftsbedürfnisse, Reise- und Umzugsgebührnisse sowie vermischte Ausgaben; Ausstattungen, Unterhaltung der Dienstgebäude einschließlich der Dienstwohnung, Mittel für Wohlfahrtszwecke, kulturelle und wissenschaftliche Gaben und sonstiger Aufwand. Das ist das, was jetzt zusammengefaßt ist unter den sachlichen Amtsbedürfnissen.

Der Herr Ministerpräsident hat hervorgehoben, daß diese Regelung der Angelegenheit auch die volle Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten finden wird. Vielleicht ist die kleine Einschiebung erlaubt: es war mir inzwischen möglich, mit dem Herrn Reichspräsidenten Ebert selbst darüber zu sprechen, und er hat seiner Freude über die Art dieser Regelung Ausdruck gegeben und darauf hingewiesen, daß er bereits im Februar, als er zum erstenmal nach der Gestaltung der Dinge gefragt wurde, einen Vorschlag gemacht hat, der sich fast genau mit dem deckt, den jetzt die Kommission Ihnen zur Annahme empfiehlt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dann wandte sich die Beratung den **beiden neuen Reichsministerien** zu, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsschatzministerium. Es wurde gefragt, ob nicht auch hier in der Position „Gehalt, Aufwandsentschädigung und Wohnungsgeld" gewisse Kürzungen einzusetzen haben. Dem wurde von anderer Seite entgegengehalten, daß es sich bei dem einen dieser Ministerien um eine Bewilligung nur für wenige Tage, bei dem anderen nur für wenige Monate handelt, und daß es andererseits nicht gut angängig sei, die beiden Minister nun plötzlich anders zu stellen als ihre zehn oder elf Kollegen. Einstimmigkeit herrschte aber bei der Kommission darüber, daß bei dem ordentlichen Etat, den wir in reichlich acht Tagen zur Beratung vorgelegt erhalten, diese Frage geprüft und daß zum Beispiel bei den Wohnungsgeldzuschüssen ganz bestimmt erhebliche Abstriche gemacht werden.

Auch hier kam die Frage der **Pensionsberechtigung der Reichsminister** zur Sprache, einmal, weil neuerdings eine Reihe von Männern die Ministersessel besteigen, die keine Beamtenlaufbahn hinter sich haben und die damit verbundenen Pensionsansprüche nicht besitzen, sondern aus anderen Berufen hervorgehen; auf der anderen Seite aber auch, weil das parlamentarische System unvermeidbarerweise mit einem häufigeren

Wechsel der Minister rechnet und sich bei der alten Ordnung eine gewisse allzustarke Belastung des Reichsetats ergeben könnte. Es wurde auch vorgeschlagen, das einer besonderen gesetzlichen Regelung zu überlassen, und es wurde dabei gefragt, welches die Einkünfte der Volksbeauftragten seit dem Ausbruche der Revolution gewesen seien und ob von ihnen irgendwelche Pensionsansprüche an das Reich erhoben worden seien. Darauf konnte die Auskunft erteilt werden, daß den Volksbeauftragten ein monatliches Gehalt von 2000 Mark ausgezahlt worden ist, also eine Summe, die bei weitem nicht die Einkünfte der bisherigen Staatssekretäre erreicht und bei der Lebensweise, die die Volksbeauftragtn damals notgedrungen führen mußten, auch äußerst knapp genannt werden kann. Es wurde weiter mitgeteilt, daß keiner der Volksbeauftragten irgendwelche Versorgungsansprüche an das Reich gestellt hatte.

Damit waren die Beratungen der Kommission beendigt, die Ihnen empfiehlt, den Nachtragsetat mit der Änderung anzunehmen, daß bei dem Reichspräsidenten 82 143 Mark eingesetzt und dafür bei der Verzinsung diese Summe abgesetzt und 136 312 Mark eingesetzt werden. Sie glaubt damit, daß den Wünschen nach Schlichtheit, Einfachheit und Sparsamkeit, die hier geäußert worden sind, Folge geleistet worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe im Einverständnis mit meinen politischen Freunden kurz zu erklären, daß wir den Beschlüssen des Ausschusses zustimmen. Wir sehen darin, daß jetzt zwischen dem Gehalte des Herrn **Reichspräsidenten** und den sachlichen Ausgaben geschieden wird, eine wesentliche Verbesserung. Namentlich nach außen hin war es angebracht, klarzustellen, wieviel der Herr Reichspräsident an persönlichen Einnahmen bezieht. Den übertriebenen Gerüchten, die draußen über das Einkommen des Herrn Reichspräsidenten aufgetaucht sind, wird damit die Spitze abgebrochen, und wir halten das für vorteilhaft.

Ich will noch hinzufügen, daß es uns zur Genugtuung gereicht, daß die neue Regelung im Einverständnis mit dem Herrn Reichspräsidenten hat getroffen werden können.

Im übrigen betone auch ich — der Herr Berichterstatter hat es schon hervorgehoben —, daß die ganze Regelung eine vorläufige ist. Das gilt zugleich — darauf ist der Herr Berichterstatter ebenfalls schon eingegangen — von den Herren **Reichsministern.** Hier wird namentlich die Frage des **Ruhegehalts** gewisse Schwierigkeiten hervorrufen. Der Herr Finanzminister hat bereits im Ausschuß erklärt, daß demnächst dem Hause eine Vorlage über die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes zugehen würde. Wenn diese Vorlage uns gegeben sein wird, wird weiter über diese Frage zu verhandeln sein. (Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Laukant.

Laukant, Abgeordneter: Meine Herren und Damen! Wir lehnen das Gehalt des Präsidenten ab (Lachen bei den Sozialdemokraten und links), weil wir diesen Posten nicht nur für überflüssig, sondern auch für schädlich halten (ironischer Beifall links), schädlich deshalb, weil durch die Machtbefugnisse, die die Nationalversammlung dem Reichspräsidenten gegeben hat, wiederum das Recht, für das das Volk gekämpft hat, selber über die Geschicke zu entscheiden, ganz erheblich eingeschränkt wird. Es können auch unliebsame Streitigkeiten zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und dem Ministerpräsidenten vorkommen, was nicht zur Förderung der Geschäfte des Reichs dient.

Aber, meine Herren und Damen, auch von Ihrem Gesichtspunkte aus gesehen, die Sie einen Präsidenten für notwendig halten, sind die Ausgaben viel zu hoch. Die Regierung hat mit dem alten Mittel des Kleiderjuden operiert. Wenn der Kunde den Preis für einen Anzug, der früher 100 Mark kostete, bis auf 50 Mark heruntergedungen hatte, dann glaubte er, wunder was für ein Geschäft er gemacht hat, — und dabei war er doch übers Ohr gehauen worden. (Große Unruhe links.) So auch hier. Die Regierung verlangte 1 200 000 Mark, die Kommission schlägt Ihnen vor die Hälfte, 600 000 Mark, getrennt in 100 000 Mark Gehalt und 500 000 Mark für sachliche Ausgaben; diese sachlichen Ausgaben betreffen Wohltätigkeitszwecke, Kunst, Naturereignisse (stürmische Heiterkeit), große Überschwemmungen. — — (Erneute große Heiterkeit.) — Weshalb lachen Sie denn? (Zurufe.) — Meine Herren, Sie lachen und wissen nicht, daß einer Ihrer eigenen Redner selber dies gestern in der Kommission angeführt hat. (Widerspruch und Zurufe.) Ich wiederhole: für Überschwemmungs-, für Sturmschäden u. dgl. (Stürmische Heiterkeit.) Wie der frühere Kaiser, so soll jetzt der Präsident zu Wohltätigkeitszwecken mit größeren Summen an der Spitze marschieren. In Wahrheit handelt es sich um öffentliche Gelder. Wir protestieren dagegen, daß solche Geldbewilligungen von der Gnade eines einzelnen abhängen sollen. Hier muß das Reich eingreifen.

Reisen nach dem Auslande sind nicht mehr notwendig. Von der Anschauung wird das deutsche Volk wohl gründlich kuriert sein, daß durch Monarchen- und Präsidentenzusammenkünfte etwas Ersprießliches für die Menschheit herauskommen kann. Zuerst haben die Herren sich öffentlich abgeküßt, und nachher haben sie die scheußlichsten Intrigen gesponnen, die großes Unglück über die Welt gebracht haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, Sie lachen wieder. Sie haben früher immer erklärt — auch die Herren von der Linken —, daß durch diese Reisen und Reden der Monarchen und Präsidenten ganz Deutschland eingesponnen worden ist, zum Beispiel von Eduard VII. von England; jetzt wollen Sie mit einem Male das alles nicht wahr

haben. Wir sind also der Meinung, daß diese Reisen, die auch jetzt vorgesehen sind, nicht mehr stattfinden sollen, wie es früher der Fall gewesen ist. .

Meine Damen und Herren, das persönliche Gehalt des Präsidenten von 100 000 Mark ist auch viel zu hoch. Wir können und dürfen nicht den Maßstab von Präsidenten anderer Länder zum Vergleiche heranziehen. Ich weise darauf hin, daß der **Präsident** und der **gesamte Bundesrat der Schweiz** nur 137 000 Franken im Jahre beziehen, also alle zusammen erheblich weniger als das Gehalt, das der Reichspräsident hier bekommen soll. Der Bundesrat ist natürlich aus einer ganzen Zahl von Personen zusammengesetzt, so daß auf den einzelnen nur ein sehr geringer Betrag kommt. Ich glaube nicht, daß das Ansehen und die Würde des schweizerischen Präsidenten darunter leidet, daß er nur geringe Bezüge bekommt.

Wir müssen uns in unserer deutschen Republik nach unseren finanziellen Verhältnissen richten, und die sind doch so, daß wir die äußerste Sparsamkeit walten lassen müssen. Wir sind durch den Krieg in Schulden hineingeraten. Wie aus ihnen herauszukommen ist, wird wohl in der ganzen Republik kein Mensch angeben können.

Aber auch noch aus einem anderen Grunde sollten Sie das Gehalt der Präsidenten niedriger bemessen, nämlich deshalb, weil das **Gehalt der anderen Minister**, wenn auch jetzt nicht, so doch beim ordentlichen Etat — das hat auch der Herr Berichterstatter in der Kommission schon angeführt — ganz erheblich gekürzt werden soll. Die Gehälter der anderen Minister sind noch aus der Kaiserzeit übernommen, und daß wir dort ganz erhebliche Abstriche machen müssen, nicht nur an den Wohnungsgeldzuschüssen, ist ganz selbstverständlich. Wir sehen aber auch nicht ein, warum der Reichspräsident, der doch keine verantwortlichere und schwierigere Arbeit zu leisten hat als die übrigen Minister, ein höheres Gehalt bekommen soll. Solche hohen Gehälter wirken nur aufreizend auf die übrige Bevölkerung. Auf der einen Seite rufen Sie: die Arbeiter bekommen zu hohe Löhne, die Arbeitslosen bekommen geradezu fürstliche Unterstützungen, sie leben herrlich und in Freuden und denken nicht mehr daran zu arbeiten, sie sollen mit Zwang an die Arbeit herangeholt werden, die Unterstützung soll gekürzt werden, — und auf der anderen Seite können Sie nicht genug bewilligen, da wird das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, wir als Sozialisten, die keine kapitalistische, sondern eine sozialistische Republik vertreten und nur einen Präsidenten, der vom Volke gewählt wird, anerkennen, können für diesen Posten nicht stimmen. Wir sehen in diesem **Reichspräsidenten** und der Ausgabe von 600 000 Mark für diese Einrichtung eine Befestigung der **kapitalistischen Republik**. (Lachen bei den Sozialdemo-

kraten.) Diese braucht allerdings einen Mann an der Spitze genau so wie die Monarchie, um nach außen zu glänzen und nach innen das Volk im Glauben an eine Obrigkeit zu erhalten, damit es vom Kapital nach wie vor ausgebeutet werden kann. Wir als internationale Sozialisten, die ein Gemeinwesen wollen, in dem es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten gibt, brauchen einen solchen Repräsentanten weder nach innen noch nach außen. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses zu Anlage I Kap. 1, Reichspräsident, 82 143 Mark. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag des Ausschusses ist angenommen.

Ich rufe auf Anlage II, **Reichswirtschaftsamt**, fortdauernde Ausgaben, Kap. 13 f, **Reichsarbeitsministerium**, Tit. 1, — 2, — 3, — 4. — Soweit kein Einspruch erhoben wird, darf ich wohl annehmen, daß die Positionen bewilligt sind. — Ich stelle das fest. Anlage II ist damit bewilligt.

Anlage III, Reichsschatzamt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 67, — Kap. 68 d, **Reichsschatzministerium**, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. — Damit ist auch die Anlage III als genehmigt zu betrachten.

Anlage IV, vierter Nachtrag zum Haushalt der **Reichsschuld** für das Rechnungsjahr 1918. Hier liegt ein Abänderungsantrag des Ausschusses vor, der durch die Herabsetzung der Ausgaben für den Reichspräsidenten notwendig ist. Ich nehme an, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß auch dieser Antrag des Ausschusses als genehmigt erklärt werden kann. — Das ist der Fall.

Dann rufe ich auf: Etatsgesetz, einziger Paragraph, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Damit ist die zweite Beratung des Nachtragsetats erledigt. Ich werde auf die dritte Beratung erst zurückkommen, wenn der dritte Gegenstand der Tagesordnung erledigt ist.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung der Entwürfe zu Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 191
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaush[alt]
Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Becker (Hessen).

Ich eröffne die Diskussion über § 1 des Gesetzes. — Angenommen.
§ 2. Ich rufe auch hier die einzelnen Titel auf: I, im ordentliche[n]

Haushalt des Auswärtigen Amts, a) Beihilfe zur Verbesserung der Einrichtungen des Auswärtigen Amts für das **wirtschaftliche Auslandsnachrichtenwesen.** Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. Becker (Hessen), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Herr Vertreter des Auswärtigen Amts hat der Erläuterung, die dieser Anforderung in der Drucksache 165 beigegeben ist, noch folgende mündliche Begründung hinzugefügt:

> Mit der erstmaligen Einstellung von 250 000 Mark für das **Auslandsnachrichtenwesen** solle eine alte Versäumnis des auswärtigen Dienstes auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Berichterstattung unserer Auslandsbehörden und insbesondere ihrer Verwertung für das Inland nachgeholt werden. Die Geschäftsführung des Auswärtigen Amts sei für diese Zwecke zu langsam gewesen und genügte auch sachlich nicht. Das Auswärtige Amt bedarf für die praktische Sammlung des wirtschaftlichen Tatsachenmaterials und für seine schnelle Verwertung und Weitergabe an die Interessenten eines besonderen Organs, in welchem nach rein praktisch kaufmännischen Gesichtspunkten und Methoden gearbeitet werden müsse. Auch die Veröffentlichung der wirtschaftlichen Berichte unserer Auslandsbehörden, die bisher von dem Reichswirtschaftsamt wahrgenommen werde, solle zur Ersparung von Zeitverlust unmittelbar von dieser Stelle des Auswärtigen Amts aus erfolgen.

Im Ausschuß hat man diese Anforderung von allen Seiten lebhaft begrüßt. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß man auswärtige Politik nicht treiben könne, ohne auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen einzugehen. — Es wurde bei Befürwortung der Anforderung im besonderen gewünscht, daß auch das gesammelte Material nun möglichst rasch den Interessenten zugänglich gemacht werde, während seither gerade nach dieser Richtung hin besondere Klagen hätten erhoben werden müssen. Man betrachte die Summe, die hier gefordert werde, als einen bescheidenen Anfang auf dem zu bearbeitenden Gebiet in der Hoffnung, daß die ganze Angelegenheit nicht stecken bleibe, vor allem aber auch in der Hoffnung, daß die Einrichtung, die nunmehr geschaffen würde, nicht etwa auf bestimmte Personen zugeschnitten werden möchte. Im übrigen hat sich der Ausschuß einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Forderung zu bewilligen sei.

Präsident: Die Diskussion zu I a ist geschlossen. — Bewilligt.

Ich rufe auf I b, Kursverluste betreffend. — Bewilligt.

Ich rufe auf:

> II. Im Haushalt des Reichsministeriums des Innern im ordentlichen Haushalt bei den fortdauernden Ausgaben Kapitel 10 a: zur Unterhaltung des **Reichsluftamts** 50 000 Mark.[2])

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

---

[2]) Das Reichsluftamt wurde errichtet auf Grund der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten, betr. die vorläufige Regelung der Luftfahrt vom 26. November 1918 (RGBl. S. 1337) durch Erlaß des Staatssekretärs des Innern vom 4. Dezember 1918.

Dr. Becker (Hessen), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren, an die Bewilligung der hier geforderten 50 000 Mark für Unterhaltung des Reichsluftamts knüpfte sich eine längere Erörterung im Ausschuß, die uns sowohl gestern am Vormittag wie am späten Abend noch in Anspruch genommen hat.

Es wurden hier aus der Mitte des Ausschusses Fragen gestellt, die insbesondere dahin gingen, aufzuklären, ob es richtig sei, daß im **militärischen Luftfahrwesen** zurzeit noch eine übergroße Anzahl von Personen, deren Militärdienstpflicht längst erfüllt sei, zurückgehalten werden, ohne daß für diese Personen militärische oder sonstige Beschäftigung sei. Es knüpfte sich an diese Frage eine längere Aussprache, an der sich insbesondere auch die Herren Vertreter der Regierung beteiligten, und aus der etwa das Folgende hervorzuheben ist, wobei ich nicht auf die Gebiete eingehe, die dabei auch in den Kreis der Erörterung gezogen wurden, die aber mit der Anforderung nichts zu tun haben, wie z. B. die Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, diesen sich erst entwickelnden Teil des Verkehrswesens, nämlich den Luftverkehr, von vornherein in die Hand des Staates zu nehmen. Ich sage: ich lasse jede Bemerkung über diesen Teil der Erörterung weg, weil die Erörterung damit auch hier ins Uferlose gehen würde, und weil eine solche Erörterung mit der Forderung nichts zu tun hat.

Im übrigen aber ist aus den Verhandlungen festzustellen, daß von den Vertretern der Regierung mitgeteilt wurde, es sei richtig, daß gerade bei den **Fliegerformationen** zurzeit noch eine außerordentlich große Zahl von Personen im Militärdienst zurückgehalten würde, die ihre Militärpflicht längst erfüllt hätten. Man nannte Zahlen, von denen ich nur eine wiedergeben will: es wurde uns mitgeteilt, daß auf den zwei Flugplätzen bei Berlin, Döberitz und Adlershof, zurzeit noch etwa 10 000 bis 12 000 Flieger usw. in Dienst gehalten würden, für deren größten Teil keinerlei militärische Beschäftigung vorläge, und die dem Reich eine Jahresausgabe von vielen Millionen verursachten.

Zur Rechtfertigung, um nicht zu sagen: Entschuldigung dieser Zurückbehaltung der Militärpersonen wurde von dem Herrn Reichswehrminister darauf hingewiesen, daß er beim Eintritt in sein Amt eine Verfügung vorgefunden habe, wonach keine Militärperson aus dem Militärdienst zu entlassen sei, die nicht eine Beschäftigung in einem bürgerlichen Berufe gefunden habe. Infolge dieser Verfügung, die seither beachtet worden sei, würden allerdings bei Fliegerformationen und auch sonstwo eine große Anzahl von Militärpersonen noch zurückgehalten, für deren Zurückbehaltung militärische Gründe nicht angegeben werden könnten. Immerhin müsse man dabei beachten, daß, wenn man diese Personen aus dem Militärdienst entlasse, sie vielfach arbeitslos wären und dann die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nähmen, so daß das Reich in

der einen und in der andern Art in gleicher oder wenigstens in ähnlicher Weise belastet würde.

Dabei wurde aber auch von dem Herrn Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß auch in den **Reichsbetrieben**, die Nichtmilitärpflichtige beschäftigen, sondern Arbeiter ohne jede militärische Verpflichtung und ohne jede militärische Stellung zurzeit eine Wirtschaft betrieben werde, die finanziell nicht zu rechtfertigen sei. Es sei eben nicht ohne weiteres gelungen und könne auch nicht ohne weiteres gelingen, diese militärischen Betriebe, die während des Krieges Kriegsmaterial aller Art hergestellt hätten, auf die Friedensarbeit umzustellen Die Folge davon sei, daß vielfach, da man die Arbeiter nicht ohne weiteres habe entlassen können, die Arbeiter beschäftigt oder — richtiger gesagt — bezahlt werden müßten, ohne daß sie Beschäftigung oder wenigstens volle Beschäftigung hätten. Es würde also in den Reichsbetrieben ganz zweifellos vielfach Geld ausgegeben, ohne daß produktive Arbeit geleistet werden könne. Dieser bisherigen Verausgabung von Riesenbeträgen müsse ein Ende gemacht werden, weil die Allgemeinheit das auf die Dauer nicht mehr ertragen könne.

Die Auffassung der Regierung, die insbesondere auch von dem Herrn Vertreter der Reichsfinanzverwaltung ausgesprochen wurde, wurde im Ausschuß ziemlich von allen Seiten geteilt. Sie fand übrigens einen Niederschlag in einem Antrage, der dahin ging, es möchte, da man die Frage in der Eile, mit der der Notetat fertiggestellt werden müsse, doch nicht gründlich genug untersuchen könne, eine solche Untersuchung aber unbedingt notwendig sei, und zwar sowohl im Interesse der Reichsfinanzen als auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Moral in der Arbeiterschaft und in der Bevölkerung im allgemeinen, eine **Unterkommission des Haushaltsausschusses** eingesetzt werden, und es möchte in dieser Unterkommission erwogen werden, welche Mittel etwa anzuwenden seien, um die Abstellung dieser Übelstände herbeizuführen. Der Grundgedanke dieses Antrags wurde von allen Beteiligten für gerechtfertigt erklärt. Nur erschien es im Verlaufe der Aussprache dem Ausschuß nicht zweckmäßig oder mindestens nicht unbedingt notwendig, eine solche förmliche Unterkommission zu bilden. Man einigte sich schließlich dahin, daß unbeschadet der Bewilligung der hier geforderten Summe demnächst, und zwar sobald als möglich, nämlich an dem letzten Tage vor dem Wiederzusammentritt der Vollversammlung der Nationalversammlung in der Haushaltskommission selbst im Benehmen mit den zuständigen Reichsbehörden die ganze Frage noch einmal einer gründlichen Erörterung unterzogen werden solle. Über diesen Mittelweg — so möchte ich sagen —, der also die Abstimmung über den gestellten Antrag im Ausschuß überflüssig machte, hat sich schließlich die Haushaltskommission einmütig verständigt. Ein Beschluß in dieser Beziehung ist hier nicht zu fassen. Ich habe namens des Ausschusses viel-

mehr nur den Antrag auf Bewilligung der hier geforderten 50 000 Mark zu stellen.

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ersing.

Ersing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß in der Kommission mitgeteilt worden sei, daß die Demobilmachung bei einzelnen Truppenteilen noch sehr mangelhaft durchgeführt ist, daß wir noch zirka 12 000 Flieger haben. Es wurde uns weiter mitgeteilt, daß wir in der Nähe von Berlin zwei Flugplätze haben, wo an Gehältern für Offiziere und Löhnungen der Mannschaften und Arbeiter, die dort arbeiten, eine Ausgabe von jährlich insgesamt 50 Millionen Mark entsteht (hört! hört!), und daß es bis jetzt nicht möglich gewesen sei, diese Leute aus ihrem Dienst zu entlassen, weil nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Offiziere sich bisher mit aller Entschiedenheit gegen die Demobilmachung gewehrt haben. (Hört! hört!) Es wird schließlich gesagt, wenn man die Leute entlasse, so fallen sie der Arbeitslosenunterstützung anheim. Das trifft nicht generell zu. Ich weise darauf hin, daß für eine Reihe von gelernten Berufen sogar ein Mangel an Arbeitern besteht, zum Beispiel in der Möbelindustrie. In einer ganzen Reihe von Möbelfabriken werden Schreiner gesucht, ohne daß es möglich ist, solche zu bekommen. Auf den Flugplätzen aber sind eine ganze Anzahl von Schreinern, die 18 und 20 Mark erhalten und nichts arbeiten; im Gegenteil, es muß festgestellt werden, daß auf diesen Flugplätzen noch wertvolle Rohstoffe vorhanden sind, die von diesen Leuten in der sinnlosesten Weise verarbeitet und dann zum Teil noch zu ihren eigenen Zwecken benützt werden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Ich möchte von der Regierung verlangen, daß sie diesem Treiben mit aller Entschiedenheit entgegentritt und in der rücksichtslosesten Weise die Demobilmachung auf diesen Flugplätzen durchführt. (Beifall im Zentrum.)

Ich darf vielleich ein kurzes Wort über die Soldatenräte im allgemeinen sagen. Es besteht die sonderbare Erscheinung, daß wir heute Soldaten haben, die nicht mehr entlassen werden wollen. Wer beim Heere in der Front war, der weiß, wie alle diejenigen, die draußen waren, den Tag herbeisehnten, wo sie zu ihrer Familie zurückkehren konnten. Jetzt haben wir aber die eigentümliche Tatsache zu beobachten, daß wir Soldaten haben, die nicht heimgehen wollen, denen es auf einmal beim Militär gut gefällt. Das Soldatenratspielen ist für diese Leute zu einem einträglichen Geschäft geworden. (Sehr richtig! rechts.) Aus eigener Beobachtung weiß ich, daß diejenigen, die jetzt noch bei diesen Soldatenräten sind — ich

rede nicht von den Soldatenräten im allgemeinen, die im Anfang da waren —, zum Teil Leute sind, die entweder gar nicht oder nur ganz kurze Zeit an der Front waren. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Ich kann sogar Fälle nennen, wo Zivilisten, die überhaupt während der ganzen Kriegszeit nicht beim Militär waren, jetzt an der Spitze eines Soldatenrats stehen. (Hört! hört!) Damals, als es galt, an der Somme, vor Verdun oder in Flandern soldatischen Mut zu bekunden, waren sie unabkömmlich, und jetzt wollen sie Soldatenrat spielen auf Kosten des deutschen Volkes. Wir bitten, daß die Reichsregierung gegen diese Art Soldatenräte in der gründlichsten Weise vorgeht, damit die Steuergroschen des deutschen Volkes nicht weiter in der unverantwortlichsten Weise verwirtschaftet werden. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: In der Kommission habe ich bereits, wie im Berichte hervorgehoben ist, in Gemeinschaft mit meinem Kollegen Dr. Becker die Frage aufgeworfen, inwieweit es richtig sei, daß auf den **Flugplätzen,** die vom Reiche unterhalten werden, jetzt noch eine erhebliche Menge von Fliegern und Hilfskräften, militärischen Handwerkern usw. tätig sind, die Gehälter beziehen, ohne dafür etwas Wesentliches zu leisten, Gehälter, die nach den mir zugegangenen Mitteilungen sich in die Millionen erstrecken. (Hört! hört! rechts.)

Natürlich handelt es sich bei der Frage nicht darum, solche Militärpersonen durch sofortige Entlassung etwa auf die Straße zu werfen und der Armee der Arbeitslosen zuzuführen. Das wäre menschlich, sozial und wirtschaftlich gleich verkehrt. Es handelt sich vielmehr bei der großen Mehrzahl der bei den Flugplätzen beschäftigten Personen um solche, die technisch und handwerksmäßig ausgebildet sind, z. B. als Schlosser, als Schreiner usw., also um Leute, die in anderen Betrieben ungemein gesucht werden, also arbeiten könnten, wenn sie nur wollten. (Sehr richtig!) Die Herren ziehen es aber vielfach vor, bei den Flugplätzen zu bleiben. Sie werden dort geduldet, weiter bezahlt und verpflegt und auf Kosten des Reichs bezahlt, haben aber nichts zu tun und tun nichts. Nach der Auskunft, die wir in der Kommission daraufhin von einem Regierungsvertreter erhalten haben, sind allein bei zwei Flugplätzen des Reichs — wir haben etwa 40 bis 50 im ganzen — in dieser Weise Personen „beschäftigt", die Löhne im Betrage von zirka 60 Millionen Mark per anno beziehen (hört! hört!), und ungefähr ebenso liegen die Dinge auch bei anderen Flugplätzen.

Es hat sich dann aber bei der Erklärung des Herrn Reichswehrministers weiter herausgestellt, daß ganz ähnliche, kaum

glaubliche Vorkommnisse sich bei einer ganzen Reihe anderer Reichsbetriebe abspielen (hört, hört!), bei Munitions-, bei Pulver-, bei Waffenwerken und dergleichen mehr. Das ist, wie ich glaube, unhaltbar, und es ist gut, daß die Kommission einstimmig als Abschluß der Erörterung über einen Antrag Dr. Becker und Dr. Rießer eine Entschließung angenommen hat, daß wir alsbald in diesen Unfug hineinleuchten und ihn abstellen müssen, da nicht zugegeben werden kann, daß ohne zwingende Not hier auf Kosten des Reichs Löhne weiterbezahlt werden, der keinerlei produktive Arbeit, keine Arbeit überhaupt gegenübersteht. Man muß dabei aber doch auch die Frage aufwerfen: wer weist denn alle diese Zahlungen an? Und wo bleibt bei alledem der Oberrechnungshof, der in diesen Dingen so dringend notwendig wäre, und wir behalten uns vor, nach dieser Richtung noch besondere Anträge zu stellen. Wenn es möglich wäre, daß wir heute schon von einem Vertreter der Regierung, den ich darum ersuchen möchte, namentlich von dem Herrn Reichswehrminister, eine Mitteilung bekommen könnten, ob und in welchem Umfange es richtig ist, daß solche Dinge auch bei den übrigen Reichsbetrieben vorkommen, so wäre das ungemein wünschenswert. Geduldet werden aber dürfen diese Dinge auf die Länge der Zeit nicht, sondern es muß ein Ende gemacht werden. Es dürfen nicht, etwa nur aus politischen Gründen, solche Zustände weiter geduldet werden, die eine wesentliche Rolle spielen auch bei der Zähigkeit, mit der seit längerer Zeit die Kriegsgesellschaften und viele in ihnen beschäftigten Mitglieder immer wieder darum kämpfen, daß man sie noch längere Zeit dort bleiben läßt, als es im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Steuerzahler wünschenswert und notwendig wäre. (Sehr richtig!)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß in **militärischen Formationen** zurzeit noch eine ganze Anzahl von Personen sich befinden, an deren Weiterdienen das Reich ein Interesse nicht hat. (Hört! hört! rechts.) In der Hauptsache ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß noch von der Regierung des Prinzen Max eine Verfügung herausgegeben worden ist, wonach jeder Heeresangehörige das Recht hat, nach erfolgter Erklärung der **Demobilmachung** für seinen Truppenteil vier Monate lang in der Kaserne zu bleiben, falls er nicht die Möglichkeit hat, eine Arbeitsgelegenheit zu erlangen. Über diese Verfügung darf bei Ihnen eigentlich keine Verwunderung bestehen oder aufkommen. Als diese Anordnung getroffen wurde, wurde damit gerechnet, daß die Demobilmachung sich über einen recht langen Zeitraum erstrecken würde. Allgemein war man sich darüber klar, daß die Wiederbelebung unseres

Wirtschaftslebens nur allmählich vor sich gehen könne, und in den ursprünglichen Demobilmachungsplänen war infolgedessen vorgesehen, daß nur ganz allmählich, entsprechend dem Aufschwung des Wirtschaftslebens, eine Entlassung der Mannschaften vor sich gehen werde. Als diese Pläne gehegt wurden, standen die deutschen Truppen weit draußen im besetzten Gebiet. Man nahm an, daß der Abtransport und Rückmarsch sich nur allmählich vollziehen werde und daß dementsprechend dann in der Heimat die Demobilmachung erfolgen könne unter Anpassung an die Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Alle diese Voraussetzungen und Pläne sind durch den eintretenden Zusammenbruch über den Haufen geworfen worden. Das Heer mußte innerhalb weniger Tage, besonders im Westen, die besetzten Gebiete räumen, flutete wie eine Sturzwelle in die Heimat zurück, die Verbände lösten sich, und in raschester Folge strömten die Leute aus ihren Verbänden weg der Heimat zu. Ich habe in den ersten Tagen der Revolution in Kiel als Gouverneur beobachten können, daß ein unwiderstehlicher Drang in den Leuten vorhanden war, so rasch als möglich aus den Kasernen und von den Schiffen wegzukommen. Ich habe damals häufig vor diesem raschen Wegströmen gewarnt, weil ich mir darüber klar war, daß die Folge davon sein müßte das rasche Zusammenströmen großer Scharen von Arbeitslosen, besonders in den großen Städten.

Diese überstürzte Demobilisierung, gewissermaßen aus eigenem Recht, eines großen Teils von Angehörigen der Marine hat ja auch dazu geführt, daß sich in einer Zahl von Städten aus ordnungsmäßig entlassenen Marinesoldaten und Matrosen wieder besondere **Matrosenformationen** bildeten. Die vielbesprochene Berliner Volksmarinedivision war eine beträchtliche Anzahl von Berliner Arbeitern, die aus der Marine entlassen waren, ihre Uniform noch trugen, keine Arbeitsgelegenheit fanden und sich nun in dieser Formation zusammenschlossen. Das ist in einer ganzen Anzahl anderer Städte auch der Fall gewesen. Das ist auch in einigen Orten heute noch der bestehende Zustand, der in der Regel als außerordentlich unerwünscht empfunden wird.

Als sich dann herausgestellt hat, daß die Arbeitsgelegenheit gering war und die Arbeitslosigkeit infolge der Einschränkung der Arbeit der Munition in der Kriegsindustrie rasch zunahm, ist naturgemäß die Neigung zur Entlassung beträchtlich geringer geworden. Es stützen sich jetzt eine ganze Anzahl von Soldaten auf die Verfügung, daß sie noch das Recht haben, diese vier Monate in der Kaserne zu verbleiben. Diese Frist läuft ab, und es ist ganz selbstverständlich, daß mit der beschlossenen Auflösung des alten Heeres die restlose Entlassung aller derjenigen durchzuführen ist, die ihre Dienstzeit abgeleistet haben. Wer dann keine Arbeit hat, wird unterstützt werden müssen. Wir müssen hoffen, daß sich die Wirtschaftslage bald so bessern wird, daß die Arbeitsgelegenheit zunimmt.

Dann werden und müssen sich auch die Verhältnisse in den Staatswerkstätten bessern. Sie sind in einer ganzen Anzahl von Betrieben — das muß offen ausgesprochen werden — absolut unhaltbar und bedeuten eine unverantwortliche Verschleuderung von Reichsgeldern, die wir dringend notwendig brauchen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich kann erfreulicherweise mitteilen, daß die Lage auf den beiden Reichswerften sich beträchtlich gebessert hat. Mir ist heute morgen — ich darf das im Anschluß an die gestrigen Auseinandersetzungen sagen — mitgeteilt worden, daß auf der Kieler Werft für eineinhalb Jahre Beschäftigung für 13 500 Arbeiter gesichert ist. (Bravo!) Auch in Wilhelmshaven nimmt der Zufluß von Aufträgen zu, und die Arbeitsleistung, die auch in diesen Betrieben in der ersten Zeit außerordentlich zurückgegangen war, nimmt erfreulicherweise wieder zu.

Besonders schwierig lagen die Verhältnisse in der **Torpedowerkstatt Friedrichsort** bei Kiel, die, wie zahlreiche andere Staatsbetriebe, während des Krieges eine große Ausdehnung erfahren hatte. Am ersten Revolutionstage erklärten dort die Arbeiter, daß sie sich von nun an weigerten, auch nur noch einen Handschlag für die Herstellung von Kriegsmaterial zu tun. Die Folge davon war natürlich ein fast vollständiges Abstoppen der Tätigkeit. Bekannt ist Ihnen, daß nebenherging der Beschluß der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und die Festsetzung eines Lohnes von 2,60 Mark pro Stunde. Nach einer oberflächlichen Berechnung, die ich eines Tages als Gouverneur von Kiel habe anstellen lassen, wurde eine beträchtliche Anzahl von hunderttausend Mark Woche für Woche an Lohn in dieser Werkstatt gezahlt, ohne daß nennenswerte gewinnbringende Tätigkeit eine geraume Zeit hindurch in der Werkstatt geleistet worden ist. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts.) Es mußte der Betrieb selbstverständlich umgestellt werden; es sind dann Torpedos abmontiert, Werkzeuge und Maschinen sind umgewandelt worden. Es ist anzuerkennen, daß die provisorische Leitung, die sich in dem Betrieb gebildet hatte — die alte Leitung war weggejagt, und es war eine provisorische Leitung von drei Mann eingesetzt worden —, mit großem Eifer und heißem Bemühen daran ging, den Betrieb umzugestalten. Es wurde von einer eingesetzten Kommission der Versuch gemacht, Aufträge heranzubekommen. Es hat natürlich geraume Zeit gedauert, bis dieser Apparat funktionierte. Bekannt ist — ich habe schon einmal darauf hingewiesen —, daß das Wirtschaftsleben ganz allgemein darniederlag und die Aufträge sehr spärlich einliefen, so daß, als ich der Fabrik Ende Dezember einen Besuch abstattete und dabei durch die Werkstätte ging, von mir konstatiert werden mußte, daß eine Anzahl von Arbeitern eine Tätigkeit nicht einmal markierte. (Hört! hört!) Die Dinge haben sich jetzt

gebessert; die Fabrik hat in neuerer Zeit einen Direktor bekommen, der militärische Apparat ist eingeschränkt, zum Teil durch kaufmännischen Betrieb und kaufmännische Leitung ersetzt worden. Die Arbeiter selber haben, nachdem sie mehrere Monate sich an der Leitung dieses Betriebes versucht haben, aufs dringendste die Anstellung eines gründlich vorgebildeten technischen und kaufmännischen Leiters gewünscht (lebhafte Rufe: hört! hört!), von dessen Tätigkeit ich hoffe, daß sie dazu beitragen wird, nun auch diesen großen Betrieb, in dem riesige Kapitalien investiert worden sind, der Allgemeinheit nutzbringend zu machen. Darüber werden wir uns aber klar sein daß der Betrieb auch in dieser veränderten Form und, umgestellt auf die Produktion von Friedensware, dem Reiche noch geraume Zeit hindurch beträchtliche Zuschüsse kosten wird.

Mit Recht ist von einigen Rednern darauf hingewiesen worden, daß auch in anderen Betrieben die Verhältnisse zeitweise außerordentlich böse lagen und daß sie auch jetzt noch in einer ganzen Anzahl von Betrieben zu lebhaftesten Ausstellungen Anlaß geben müssen.

Wenn ich ein Beispiel anführen darf, so erscheinen mir die Zustände in den militärischen Bekleidungsämtern unerträglich (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und die Forderungen, die von einer Anzahl von Wortführern in diesen Betrieben gestellt werden, sind absolut undiskutabel und unverantwortlich auch gegenüber der übrigen Arbeiterschaft im Reich. (Sehr wahr!) Es gibt Bekleidungsämter, die während des Krieges etwa den zwanzigfachen Umfang gegenüber der Zeit vor dem Krieg angenommen haben. Trotzdem sind die Wortführer der Arbeiter in den Bekleidungsämtern bei mir gewesen, um den Standpunkt zu vertreten, daß in diesen Betrieben keine Entlassungen vorzunehmen seien, sondern daß eine Umstellung und Sozialisierung der Betriebe für Friedensbereitschaft vorgenommen werden müsse. Dabei scheinen einzelne Leute von der Auffassung auszugehen, als ob Sozialisierung bedeute, daß sie sich einen Betrieb, der auf Kosten der Allgemeinheit mit niedrigen Mitteln aufgezogen worden ist, unmittelbar selbst dienstbar machen. (Hört! hört! rechts.) Wir haben bisher darunter verstanden, daß der Betrieb den Interessen der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mir ist vorgtragen worden, daß das, was an Bekleidungsstoffen da sei, in diesen Bekleidungsämtern zu verarbeiten sei, und daß alle Aufträge an Uniformen von der Post, von der Eisenbahn diesen Bekleidungsämtern zuzuweisen seien. Ich habe selbstverständlich darauf hinweisen müssen, daß auch außerhalb der Bekleidungsämter noch Schneider und Schuhmacher leben (sehr richtig!) und Beschäftigung haben wollen, und daß infolgedessen keine Rede davon sein könne, daß auf Kosten des Reichs und zum Nachteil der übrigen Bevölkerung eine be-

stimmte Anzahl von Staatsarbeitern eine außerordentliche Bevorzugung erfahren. (Sehr richtig! rechts und bei den Mehrheitsparteien.)

Trotzdem in den Bekleidungsämtern auch jetzt noch eine außerordentlich große Zahl von Arbeitern sitzt, muß ich leider zu meinem Bedauern feststellen, daß die Arbeitsleistung in diesen Betrieben zum Teil so gering ist, daß wir genötigt sind, den verhältnismäßig bescheidenen Bedarf an Uniformen und Stiefeln für die Freiwilligenverbände zum Teil in der Privatindustrie herstellen zu lassen, weil wir aus diesen staatlichen Betrieben das erforderliche Quantum nicht herausbekommen. (Große Bewegung und lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Um auch darüber Klarheit zu schaffen und in der Erwartung, daß dadurch eine moralische Wirkung ausgeübt wird, spreche ich noch ein paar Worte über die Zustände in den **Spandauer Betrieben.** Die Spandauer Betriebe sind besonders infolge des Hindenburg-Programms außerordentlich angewachsen, sie haben eine riesige Ausdehnung erfahren, und die Zahl der Arbeiter erfuhr eine ganz außerordentliche Steigerung. Die alte Leitung der Staatswerkstätten ist in den ersten Revolutionstagen von den Arbeitern abgesetzt worden, und es hat sich dort eine sogenannte Generaldirektion gebildet, die aus 11 Arbeitern und 8 Angestellten besteht. Ich konstatiere, daß infolge eines eigenartigen Wahlverfahrens diese 11 Arbeiter lediglich Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie sind (lebhafte Rufe: Hört! hört!), daß durch einen geradezu unerhörten Terrorismus in diesen Betrieben auch meine Parteigenossen an die Wand gedrückt werden und nicht zu ihrem Recht kommen können. (Erneute lebhafte Rufe: Hört! hört!) Ich habe gestern die Feststellung erhalten, daß für die Betriebe, die der Feldzeugmeisterei in Spandau unterstellt sind, im Monat Januar an Löhnen 42 Millionen Mark ausgezahlt wurden, davon entfallen 3½ Millionen auf Beamte und Angestellte. Es steht fest, daß diesem Lohnbetrag gegenüber eine Tätigkeit für gewinnbringende Arbeit steht, die absolut minimal genannt werden muß. (Hört! hört!) Dabei ist natürlich zu beachten, daß die Umstellung dieser Betriebe eine gewisse Zeit erfordert. Die Heranschaffung von Arbeit läßt sich nicht von heute auf morgen bewirken. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß eine Umstellung dieser Betriebe erfolgt. Dazu gehört aber natürlich, daß die Autorität der Betriebsleitung und der zuständigen Behörden nicht ausgeschaltet wird. Es muß ein verständiges Zusammenarbeiten zwischen den Betriebsräten, deren Bildung wir durchaus respektieren wollen, wenn sie nutzbringend ist, mit der Behörde und der Reichsleitung in die Wege geleitet werden. In den Spandauer Betrieben wird aber heute zu einem sehr beträchtlichen Teile politisiert, anstatt darauf

Bedacht zu nehmen, daß auch solche Arbeiten, die geleistet werden könnten, in dem Tempo vonstatten gehen, wie es möglich ist. Ich brauche kaum zu betonen, daß selbstverständlich ein sehr großer Teil der Spandauer Arbeiter durchaus verständig und ruhig ist und von dem lebhaften Wunsche erfüllt ist, so rasch wie möglich wieder voll arbeiten zu können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Zum Teil sind sie in der letzten Zeit daran gehindert und, wie mir erst gestern eine Deputation dieser Arbeiter erklärt hat, unter Androhung schärfsten Terrors gezwungen worden, in den Streik einzutreten. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Mir ist gestern besonders darüber lebhaft Klage von dieser Deputation geführt worden, daß sie zum Teil sogar in der Abteilung Tag um Tag streiken mußten, in der künstliche Gliedmaßen für die Kriegsbeschädigten hergestellt werden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Dort beschäftigte Arbeiter haben es beklagt, daß sie die Arbeit niederlegen mußten; sie haben infolge des Terrors, der auf sie ausgeübt wurde, den Betrieb verlassen müssen.

Inzwischen werden Resolutionen gefaßt, die zeigen, daß die politische Einsicht, wenigstens bei einer Anzahl von Leuten, die das Wort führen, noch außerordentlich gering ist. Ein Ultimatum der Arbeiter der Gewehr- und Waffenfabriken wird mir wahrscheinlich in den nächsten Tagen zugehen. Unter der Hand — in der Presse ist, wenn ich recht unterrichtet bin, nicht darüber berichtet worden — habe ich von einer Resolution Kenntnis erhalten, die kürzlich auf einer Tagung der Arbeiter der Gewehr-, Munitions- und Waffenfabriken beschlossen worden ist. Diese Resolution enthält die Drohung, die mich in diesem Augenblick wirklich nicht schreckt, daß eines schönen Tages die Waffen- und Munitionsherstellung eingestellt werden könnte (Lachen links), und zwar wird die Arbeitseinstellung angedroht, um die viel geschmähten Freiwilligenverbände aus der Welt zu schaffen. Ich darf aus dieser Resolution einen Satz wenigstens verlesen:

> Da Sozialisierung nur bei einer wirklich produktiven Arbeit möglich ist, aber die Ausgaben für die gegenwärtig angeworbenen freiwilligen Heere eine Vergeudung von Staatsmitteln darstellen, fordert die Reichskonferenz der Arbeiterschaft auf, jede Waffenherstellung zu verweigern, falls nicht bis zum 8. April, dem Zusammentritt des zweiten Rätekongresses, eine nur aus gewerkschaftlich und politisch Organisierten zusammengesetzte Volkswehr geschaffen ist.

Ich kann schon heute feststellen, daß selbstverständlich dieser Forderung, wenn sie kommt, nicht entsprochen werden wird (bravo!), und daß ich einem Streik in den staatlichen Waffen- und Munitionsfabriken mit größter Gemütsruhe entgegensehe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber ich werde dafür Sorge zu tragen wissen, daß, wie schon bei dem letzten Streik in staatlichen Betrieben, Streiktage unter keinen Umständen auch nicht durch einen Pfennig honoriert werden. (Beifall.)

Mir ist aus der Reihe der Arbeiterschaft der Wunsch übermittelt worden, daß sie mithelfen wollen, so rasch wie möglich in den staatlichen Betrieben die Umstellungsarbeit zu Ende zu führen, um an produktive Arbeit herangehen zu können. Diesen Wünschen wird selbstverständlich Rechnung getragen werden. Sie dürfen die Zusicherung erhalten, daß — leider war ich durch andere Dinge von dieser Arbeit ferngehalten — mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit daran gegangen wird, auch die staatlichen Betriebe so einzustellen und einzurichten, daß nicht Gelder unnütz ausgegeben werden und daß die vorhandenen Betriebe für nutzbringende Arbeit im Interesse unseres Volkes ausgestaltet werden. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, auch ich begrüße es, wenn die Verhältnisse, die jetzt Gegenstand der Erörterung sind, eingehend untersucht werden, damit zu den Fragen auf Grund genauer Kenntnis Stellung genommen werden kann. Das ist deshalb notwendig, weil hier überaus große Schwierigkeiten vorliegen. So einfach, wie einer der Herren Vorredner aus dem Hause es darzustellen beliebt hat, als wenn es sich nur um solche Arbeiter handelte, die jederzeit leicht in anderer Arbeitsgelegenheit untergebracht werden können, — so einfach liegen die Dinge nicht.

Wir haben die große Arbeitslosigkeit, und jeder Entlassene muß mit der Gefahr rechnen, daß er keine Arbeit findet, vielmehr lange Zeit arbeitslos auf der Straße steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es kommen auch noch andre Umstände in Betracht, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir gerecht urteilen und eine Verständigung erleichtern wollen. Selbstverständlich spielen hier die Nachwirkungen des Krieges mit. Die viereinhalb Kriegsjahre haben nicht nur auf das Wirtschaftsleben, sondern auch auf einen Teil der Arbeiterschaft verwüstend gewirkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere aber ist auf die **Reichsbetriebe** zu achten, in denen schon vor dem Kriege viele Arbeiter beschäftigt waren. So haben wir bei **Hanau** z. B. die **Pulverfabrik**. Dort ist eine große Zahl von Arbeitern, die viele, viele Jahre lang in diesen Betrieben beschäftigt waren. Jetzt kann er nicht mehr so wie bisher fortgeführt werden. Wir stehen also vor der Frage, ob er geschlossen werden soll und die Arbeiter entlassen werden sollen. Die Entlassung würde die Arbeiter schwer treffen. Denn viele von ihnen sind in einem Alter, daß sie keine Aussicht mehr haben, wo anders unterzukommen. Auch die übrigen Arbeiter, die noch sehr gut befähigt sind, andere Arbeitsplätze auszufüllen, werden bei den jetzigen Verhältnissen sehr schwer eine Arbeitsmöglichkeit finden. Die Reichsleitung hat die Unternehmer aufgefordert, in erster Linie die zu be-

schäftigen, die sie vor dem Kriege beschäftigt hatten. An diesen Arbeitern haben in der Regel die Unternehmer reichlich genug; sie können daher nicht die Arbeiter einstellen, die vor dem Kriege in den Staatsbetrieben beschäftigt waren.

Gewiß ist es richtig, daß dort, wo sich Mißstände herausgebildet haben, eingegriffen werden muß. Das hat aber vor allen Dingen dadurch zu geschehen, daß die Reichsleitung sich bemüht, die Reichsbetriebe, die nicht mehr in der bisherigen Weise weitergeführt werden können, in andere Betriebe umzustellen und so den dort bisher beschäftigten Arbeitern auch weiter Arbeit zu besorgen. Das ist nicht leicht und kann, wie der Herr Reichswehrminister soeben gesagt hat, nicht im Handumdrehen gemacht werden. Daher muß die Reichsleitung mit den beteiligten Arbeitern zusammenarbeiten; dann wird sich ein Weg finden, auf dem unhaltbare Mißstände beseitigt werden, ohne daß die Arbeiter geschädigt werden. Beide Seiten müssen sich bemühen, jetzt möglichst gut über die schwierige Zeit hinwegzukommen und die berechtigten Forderungen beider Seiten zu erfüllen. Von den Verhandlungen, die jetzt in Aussicht stehen, erwarte ich, daß im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern der von uns erstrebte Ausweg gefunden werde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es war ein geradezu erschütterndes Bild des gegenwärtigen Zustandes in vielen Staatsbetrieben, das uns soeben der Herr Reichswehrminister Noske gezeichnet hat. Wenn er sagen muß, daß gegenwärtig, also seit der Revolution, eine unverantwortliche **Verschleuderung von Reichsgeldern** stattfindet, dann muß man sich doch fragen: warum ist nicht bereits schneller durchgegriffen worden? (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Ich will das, was in der Kriegszeit geschehen ist, keineswegs alles gutheißen. Wenn Sie — ich sehe nicht, wer der Herr Zwischenrufer ist — etwas näher orientiert sind, dann wissen Sie, daß ich bereits während der Kriegszeit im Hauptausschuß und anderwärts recht lebhaft Kritik geübt habe. Ich habe keine Lust, irgendwie die Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind, auf unsere Partei zu nehmen, sonderlich nicht jene von Helfferich und anderen verschuldete Wirtschaft, gegen die ich seinerzeit aufs schärfste aufgetreten bin. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber ich habe allerdings Veranlassung, zu dem, was gegenwärtig zur Verhandlung steht, zur Mißwirtschaft seit dem 9. November, zu sagen: e s h ä t t e s c h n e l l e r d u r c h g e g r i f f e n w e r d e n m ü s s e n. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ich zum Beispiel aus dem **Siegerlande** her weiß, wie dort noch im Januar unausgesetzt G r a n a t e n f a b r i z i e r t wurden nur zu dem Zweck,

daß diese Granaten später wieder eingeschmolzen würden (hört! hört! rechts), wenn also dergestalt die überaus kostbare Kohle — auf Veranlassung der zuständigen Zentralinstanzen wurde so verfahren! — nutzlos vergeudet wurde, dann muß man doch sagen: so sollte nicht mit Steuergeldern verfahren werden! (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Sie sagen: die Arbeiter verhungern lassen! Nein, ich sage: es ist überall unendlich viel an praktischer Arbeit zu tun nötig. Das müssen wir unsererseits in den Vordergrund stellen. Aber nutzlose Arbeit gibt keine innere Befriedigung.

Ich sage zum anderen: ist es nicht eine bedauerliche Verschleuderung von Reichsgeldern, wenn, wie glaubwürdig versichert wird, in erheblichem Umfange an Deserteure Entlassungsgelder und Entlassungsanzüge gewährt werden, während dagegen die Kriegsbeschädigten, die früher entlassen worden sind, solches nicht erhalten? (Sehr richtig! rechts.) Ich habe das Empfinden, daß, wenn man einmal Entlassungsgelder und Entlassungsanzüge gibt, man vor allem an die Kriegsbeschädigten denken müßte (Zustimmung rechts), auch wenn sie früher entlassen worden sind, die oftmals ihre gesunden Glieder für zeitlebens haben auf den Schlachtfeldern lassen müssen.

Die Schilderungen, die Herr Reichswehrminister Noske gab, waren erschütternd, aber keineswegs vollständig. Ich bedaure, daß wir nicht das ganze Material aus Siegburg hier zur Stelle haben, das auch auf diesem Gebiete sehr eindringlich spricht. Aber ich kann auch von Spandau genau das versichern, was Herr Wehrminister Noske sagen mußte, einmal von einem geradezu scheußlichen Terrorismus gegenüber den Andersgesonnenen, wie er dort vielfach geübt wird, und dann auch, daß dort und auch anderwärts vielfach nur Lohn verdient, aber nicht für den Lohn gearbeitet wird. Mir haben Arbeiter von dort gesagt, sie sehnten sich von dort weg, weil sie sich schämten, Geld dafür zu empfangen, daß sie einfach nichts tun. Es entwertet den sittlichen Sinn der Arbeit, wenn dergestalt verfahren wird. Herr Noske mußte ja aus eigenem Anschauen konstatieren, daß eine Tätigkeit nicht einmal markiert wird. Da werden die Folgen Ihres geschichtlichen Materialismus offenbar, den Sie jahrzehntelang den Arbeitermassen gepredigt haben. Die aus der christlichen Religion fließenden Triebe zu treuer Pflichterfüllung vor Gott und Menschen kennen Sie nicht, ja, Sie haben diese Quellen der Kraft für Ungezählte verschüttet. Jetzt werden die Folgen offenbar. Besser wird es erst werden, wenn wieder Luthers Wort gilt: „Was ist der Welt Gerechtigkeit anders, denn daß jedermann tue in seinem Stande, was er schuldig ist.“

Es wurde von seiten des Herrn Zentrumsredners ein Wort gegen manche Soldatenräte gesagt. Es ist ja weniger die Reichskasse, es sind

die Kreise, die die Ausgaben haben. Ich verallgemeinere nicht falsch, ich spreche nur von denjenigen Soldatenräten, die keine normalen Funktionen jetzt mehr im Wirtschaftsleben haben: was dort verausgabt wird, ist einfach nicht zu verantworten.

Ich denke an weitere Ausgaben. Mir wurde eine Anzahl von Broschüren gezeigt, **sozialdemokratische Parteibroschüren**, von Herrn Kautsky und anderen verfaßt, die gegenwärtig auf Reichskosten in großem Umfange verbreitet werden. (Hört! hört! rechts.) Man hat solche sozialdemokratischen Parteibroschüren amtlich an Institute für innere Mission gesandt, damit diese sie weiter verbreiten sollten. (Heiterkeit.) Sie werden selbst zugestehen, daß das eine weitgehende Ungeschicklichkeit ist. Aber es kommt nicht auf den Adressaten an, sondern es kommt darauf an: wie ist es zu verantworten, Reichsmittel, Steuermittel für Parteizwecke zu verauslagen, wie es gegenwärtig in großem Umfange geschieht? (Sehr richtig! rechts.) Ich kann nur sagen, daß darauf in größerem Maße die Reichsleitung ihre Aufmerksamkeit richten müßte. Wenn ein junges Mädchen in Berlin ein Hoch auf den alten Kaiser, den tiefgebeugten Mann in Amerongen, ausbringt, dann kommt der Ministerpräsident in Berlin, der Ministerpräsident in Weimar in helle Aufregung. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, was dieses Mädchen mit dem Reichsluftamt zu tun hat, vermag ich vorerst nicht einzusehen. (Heiterkeit.) Ich möchte bitten, zur Sache zu sprechen.

D. **Mumm**, Abgeordneter: Hier wäre für die Herren Ministerpräsidenten unendlich nützlichere Arbeit zur Besserung unserer Wirtschaft zu tun. Noch im Dezember 1918 brauchten wir 3816 Millionen Mark an außerordentlichen Deckungsmitteln. Der Gesamtsteuerbedarf des Reichs, der Einzelstaaten und Gemeinden stellt sich jetzt auf 19 Milliarden Mark. Und wir überhören selbst solche Mahnung zu äußerster Sparsamkeit.

Herr Noske hat sodann die **Zustände** in manchen **Bekleidungsämtern** als unerträglich bezeichnet. Ich weiß von Männern, die dort treue und redliche Arbeit tun, und ich hoffe nicht, daß der Herr Minister falsch hat verallgemeinern wollen. Aber ohne diese falsche Verallgemeinerung war doch wiederum das, was der Herr Minister sagte, ein mutiges und ein notwendiges Wort. Wir denken nicht daran, solche Differenzen, die vorhanden sind, irgendwie zu vertuschen. Aber wenn es sich darum handelt, das wirtschaftliche und das nationale Gesamtinteresse zu wahren, so stehen wir Deutschnationalen nicht abseits.

Es ist in dem Nachtragsetat eine **Forderung für Zwecke der Textilforschung** enthalten. Ich kann nur wünschen, daß unsere sehr schwer über das Durchschnittsmaß hinaus leidende und durch trübe Zukunftsaussichten bedrohte Textilindustrie gefördert wird, und ich denke be-

sonders daran, daß man im Maße des möglichen auf unsere heimischen Faserstoffe zurückgreift, daß die Ansätze, wie wir sie während des Krieges erhalten haben, zur Nutzung der Brennessel, zur Nutzung des Ginsters, nicht wieder vergessen werden möchten. Wir können nicht in der Weise, wie wir es vor dem Kriege taten, wo wir die vielen ausländischen Papiere hatten, ruhig zusehen, wenn unsere Handelsbilanz passiv ist. Wir müssen aus den heimischen Stoffen herausholen, was nur irgend herauszuholen ist. Ich habe mich gerade für die Ginsterfrage, die für das Siegerland von nicht unerheblicher Bedeutung ist, im einzelnen interessiert und habe gefunden, wie unpraktisch, wie bureaukratisch gebunden unsere einschlägigen Zentralinstanzen verfahren, statt schnell zuzugreifen, und ich halte mich auf Grund dieser Einzelerfahrung für berechtigt, den Wunsch auszusprechen, daß dieses Institut eine für unsere gesamte Volkswirtschaft nützliche Entwicklung nehmen möchte. Auf das Baltenland wird man hinsichtlich des Leinens besonders Gewicht legen und die wirtschaftliche Annäherung an die dortigen Staaten mit aller Kraft fördern müssen. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß, was nur geschehen kann, zum Ausbau unserer Wirtschaft geschehe, und daß man dies nicht als eine Parteifrage, sondern als eine Frage betrachten möge, in der alle Parteien einig sein können. (Bravo! rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hartmann (Berlin).

Hartmann (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Reichswehrministers geben mir Veranlassung, das Wort zu nehmen, um auch vom Standpunkte meiner Freunde zu erklären, wie wir über die heutige Lage, in der sich unsere Reichswerkstätten befinden, und wie wir über die **Haltung der Arbeiterschaft in diesen Reichswerkstätten** denken. Wenn es sich darum handelt, berechtigte Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten und durchzuführen, werden meine Freunde stets dabei sein (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), wenn es sich aber darum handelt, unberechtigten Forderungen zu begegnen, wenn es darauf ankommt, unser Vaterland vor dem Ruin zu bewahren, dann werden wir mit aller Kraft diesen Maßnahmen gewisser Kreise innerhalb der Arbeiterschaft entgegentreten, und zwar den Leuten, die nicht die Absicht haben, unsere Wirtschaft und mit dieser Wirtschaft die Arbeiterschaft emporzuheben, sondern die lediglich die Absicht verfolgen, das Chaos noch größer zu machen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) So, wie die Dinge jetzt liegen, ergibt sich klar, daß produktive Arbeit in den Reichsbetrieben zurzeit nicht geleistet wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Reichswehrminister hat erklärt, daß Hunderte von Millionen an Ausgaben für Löhne hergegeben werden müßten, denen nicht der geringste Bruchteil produktiver Werte an Arbeit gegenübergestellt werden kann. Ich halte es für notwendig, gerade als Vertreter eines Teils der Arbeiterschaft, als Vertreter und Führer der deutschen Gewerkvereine, von dieser Stelle aus zu erklären, daß ich und meine Freunde der Meinung sind, die Arbeiterschaft muß, wenn sie Rechte beanspruchen will, auch Pflichten erfüllen. Wenn die Arbeiterschaft eine angemessene Lebenshaltung garantiert haben will, dann muß sie zur Besinnung kommen, zur Arbeit zurückkehren und die Arbeit leisten, die zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft unbedingt geleistet werden muß. Wenn die Dinge so weitergehen, wie sie jetzt liegen, *dann ist es kein Wunder, wenn unsere Valuta im Auslande weiter herabsinkt* (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und die Nahrungsmittelpreise nur immer weiter in die Höhe gehen. Dann kommen wir noch lange nicht dazu, an einen Abbau der Preise herangehen zu können. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Dann wird sich die Not noch verstärken, die Erbitterung vergrößern und das Elend vermehren. Ich glaube, sagen zu können, daß die Preistreibereien aller Waren, nicht nur der Nahrungsmittel, sondern auch anderer Bedarfsgegenstände der Arbeiter, auch von der Arbeitsleistung abhängen, und es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß, wenn unsere Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, die notwendigen Waren zu erzeugen, die wir zum Austausch und Umtausch von Nahrungsmitteln aus dem Auslande brauchen, wir dann noch lange nicht in günstigere Verhältnisse hineinkommen können. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Kohle und Kali müssen wir haben zur Ausfuhr in das Ausland, um Nahrungsmittel herein zu bekommen. Wenn also unverantwortliche Kreise der Arbeiterschaft heute noch von dem Gedanken ausgehen, man müsse die Arbeiter so viel wie möglich von der Arbeitsleistung zurückhalten, *so betreiben diese Kreise nichts weiter als die Geschäfte des Auslandes zum Schaden unseres Vaterlandes.* (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ich kann erklären, daß nicht nur die freiheitlich nationalgesinnte Arbeiterschaft, sondern auch breite Massen der Arbeiterschaft aus der Mehrheitssozialdemokratie und dem christlichen Lager der Überzeugung sind: so wie es bisher gewesen ist, kann es nicht weiter gehen! Es muß wieder gesorgt werden, daß wir an produktive Arbeit herankommen (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und wir müssen versuchen, den *Aufbau unserer Wirtschaft mit zu fördern.* (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber nun kommt die Kehrseite der Medaille, meine Damen und Herren! Wenn vernünftig denkende Arbeiter diese Gedanken hegen und zum Ausdruck bringen wollen, wenn sie sich verständigen, in vernünftiger

Weise wieder an die Arbeit heranzugehen, dann kommt eine kleine Gruppe von Arbeitern von der überradikalen linken Seite und fällt diesen Arbeitern in den Rücken. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Wir haben mehrfach die Erfahrung machen müssen, daß in den Werkstellen des Staates, in den Eisenbahnwerkstellen, auch in den Gewehrfabriken und in anderen Staatsbetrieben, wo die Arbeiterschaft vor der Revolution königstreu bis auf die Knochen war, jetzt von seiten der **überradikalen** gegen alle ruhigen **Arbeiter der** schlimmste Terror geübt wird, die in einer Organisation sind, die nicht überradikal geleitet wird. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Zahlreiche Klagen sind an uns gelangt aus der Eisenbahnwerkstatt in Danzig, aus den Gewehrfabriken in Danzig, aus den Eisenbahnbetrieben in Berlin, aus den Staatswerkstätten in Spandau, kurzum aus einer ganzen Reihe von Staatsbetrieben, in denen gesagt wird, daß die Arbeiter, die den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen oder den christlichen Gewerkschaften oder auch einer anderen Gruppe angehören, gezwungen werden sollen, aus dieser Organisation auszutreten und in eine radikalere Organisation hinüberzugehen. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Das ist keine Gewährleistung der Koalitionsfreiheit, die wir als Errungenschaft der Revolution unter allen Umständen gesichert haben wollen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn man den Standpunkt der Freiheit vertritt, dann muß man vor allen Dingen auch dafür sorgen und danach handeln, daß den nicht sozialdemokratisch gerichteten Arbeitern die Freiheit der Koalition gewährleistet werden muß. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Was es damit auf sich hat, darüber könnte man Bände schreiben. Kurz nach dem Ausbruch der Revolution wurde von einem Teile der überradikalen Elemente in der Arbeiterschaft allen anders Organisierten gesagt: es kann jetzt nur noch eine einzige große Gruppe von Organisationen geben, ihr müßt alle in die freien Gewerkschaften hinein! (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, die Debatte bei dem Reichsluftamt hat allmählich einen sehr breiten Umfang angenommen. Ich wäre geneigt, sie wieder etwas auf das Reichsluftamt zurückzuführen, und ich möchte Sie freundlichst bitten, mich in meinen Bestrebungen zu unterstützen. (Heiterkeit.)

Hartmann (Berlin), Abgeordneter: Ich bin gern bereit, dem Wunsch des Herrn Präsidenten näherzutreten (Heiterkeit), habe mich aber durch die Ausführungen des Herrn Reichswehrministers veranlaßt gesehen, diese Klagen vorzutragen (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), weil der Herr Reichswehrminister auf die minderen Leistungen in den Staatsbetrieben hingewiesen hat, und ich glaube, diese Minderleistung in den Staatsbetrieben ist mit darauf zurückzuführen, daß inner-

halb der Arbeiterschaft diese Dinge eingetreten sind, von denen ich gesprochen habe, und die nicht dazu beitragen können, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Ich will dem Wunsch des Herrn Präsidenten gern nachkommen, ich will schließen und spreche die Bitte an den Herrn Reichswehrminister aus, dafür Sorge zu tragen, daß besonders in den ihm unterstellten Staatsbetrieben die Koalitionsfreiheit tatsächlich geschützt und gewährleistet wird. (Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Diesem Wunsch des Herrn Vorredners werde ich selbstverständlich mit allem Nachdruck Rechnung zu tragen versuchen. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Herr Mumm hat davon gesprochen, daß den Deserteuren Entlassungsanzüge gegeben werden, während Kriegsbeschädigte, die früher entlassen worden sind, dieser Wohltat nicht teilhaftig wurden. Mir ist lediglich bekannt, daß von den Deserteuren mehr oder weniger weitgehende Forderungen gestellt worden sind.

Es hatten sich im November und Dezember in Berlin neben anderen Räten auch ein **Rat der Deserteure** gebildet. (Heiterkeit und Zurufe: Unerhört!) Dieser Rat der Deserteure ist im Abgeordnetenhause installiert worden. Der Vollzugsrat, der ihn erst bis zu einem gewissen Grade protegierte, hat dann allerdings später abgelehnt, Zahlungen dafür zu leisten. Dieser Rat der Deserteure ist — ich glaube an einem der ersten Januartage — in mein Zimmer in Berlin gekommen und hat die regelrechte Anerkennung als „Rat" gefordert (Heiterkeit) und die Schaffung eines Bureaus von vorläufig 10 Personen, denen ich 25 Mark Tagegeld zu zahlen hätte. Als Forderung der Deserteure verlangte er außerdem 15 Mark Reisegeld, 50 Mark Entlassungsgeld und einen Anzug. Dabei ist mir denn auseinandergesetzt worden, daß in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung sehr viel weitergehende Forderungen propagiert worden seien, zum Teil die Forderung der Nachzahlung der Löhnung und des Verpflegungsgeldes vom Tage der Desertion an. (Große Heiterkeit.) Das waren die Tage, als die Deserteure besondere Abteilungen in den Demonstrationszügen bildeten, die durch die Berliner Straßen fluteten mit dem Rufe: „Nieder mit Ebert-Scheidemann!" und später auch: „Nieder mit Noske!" Das waren die Tage, als zwischen diesen Demonstrationszügen hindurch dann vor unserer Haustür die Gewehre knatterten. Diese Auseinandersetzung ist damals von den Deserteuren mit der Erklärung geschlossen worden, sie gäben mir vier Tage Frist, bis dahin seien ihre Forderungen zu bewilligen, denn sie seien eine „Macht". (Erneute große Heiterkeit.) Diese Tatsache habe ich damals nicht verkennen dürfen; sie waren eine Macht. 14 Tage

später ist der „Rat der Deserteure“ wieder bei mir erschienen. Das konnte er erst nach dieser Frist deswegen tun, weil ich inzwischen zehn Tage in Dahlem gewesen und mit mehr als 10 000 Soldaten nach Berlin zurückgekehrt war. Da habe ich denn den Deserteuren erklärt, daß keine ihrer Forderungen bewilligt würde, daß derjenige, der als Deserteur auf den Berliner Straßen ohne Entlassungspapiere getroffen würde, verhaftet werden würde; denn jetzt sei ich eine „Macht“ und würde meine Macht benutzen. (Heiterkeit.) Das hat gewirkt. Forderungen der Deserteure sind nicht bewilligt worden. Wenn Herr Mumm mir den Nachweis liefert, daß das an irgendeiner Stelle geschieht, dann würden wir gegen eine solche Ungehörigkeit mit allem Nachdruck einschreiten. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Meine Herren! Auf die Rede des Herrn Reichswehrministers und auf die Reden der anderen Herren aus dem Hause werden wir bei der Beratung des Hauptetats eingehend antworten.

Ich will heute nur gegenüber dem vorletzten Redner hervorheben, daß er seine Vorwürfe an eine falsche Adresse gerichtet hat. Er sprach von einem angeblichen **Terror**, der in den Betrieben von „**Überradikalen**“ gegen die Hirsch-Dunckerschen und gegen die christlichen Gewerkvereine geübt wird. Nach den Anträgen, die uns vorliegen, richten sich diese Vorwürfe gegen die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Der vorletzte Herr Redner hat es vermieden, das näher auszuführen. Diese Vorwürfe gegen die freien Gewerkschaften sind unbegründet. Das darzulegen, wird unsere Aufgabe bei der Beratung des Etats sein.

Präsident: Die Debatte zu II — zur Unterhaltung des Reichsluftamts 50 000 Mark — ist geschlossen. Der Posten ist nicht beanstandet; eine besondere Abstimmung darüber wird nicht nötig sein. Ich nehme an, daß er als bewilligt gelten kann. —

Ich rufe auf III: zur Errichtung eines **Textilforschungsinstituts** 1 500 000 Mark.

Der Antrag des Ausschusses geht dahin, diesen Posten zu streichen, dagegen eine Entschließung anzunehmen:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, ungesäumt einen Plan aufzustellen für die Forschung auf dem Gebiete der Textilindustrie.

Ich eröffne die Debatte nicht bloß über diese Position beziehungsweise den Antrag des Ausschusses auf Streichung, sondern auch über die beantragte Entschließung. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. Becker (Hessen), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Zu Beginn der Erörterung über diesen Punkt hat der

Herr Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums der schriftlichen Begründung der Anforderung noch folgende mündliche Erläuterung beigefügt.

Von allen Industrien, die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden seien, bereite die Zukunft der **Textilindustrie** die größte Sorge. Die Industrie habe im Frieden, wie mitgeteilt wurde, mit ihren Hilfsindustrien über 2½ Millionen Arbeiter beschäftigt. Die besonderen Schwierigkeiten beruhten nun darauf, daß die Textilindustrie fast ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen sei, von denen wir noch nicht wüßten, in welchem Umfange und unter welchen Bedingungen wir sie demnächst erhalten würden. Wir müßten bei dieser Sachlage alles daran setzen, uns soweit wie irgend möglich auch auf die Verwendung heimischer Rohstoffe einzurichten und unser technisches Können auf dem Gebiete der Verarbeitung von Faserstoffen auf den denkbar höchsten Stand zu bringen.

Schon vor längerer Zeit sei deshalb in der Textilindustrie der Wunsch rege geworden, es möchte eine **großzügige Organisation für Textilforschung** ins Leben gerufen werden. Das Reichswirtschaftsministerium habe die in Betracht kommenden Fragen im Frühjahr 1918 eingehend mit wissenschaftlichen Sachverständigen und Vertretern der Industrie erörtert. In Verfolg dieser Anregung sei die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, die über besondere Erfahrungen auf dem Gebiete der angewandten Wissenschaften verfüge, um eine gutachtliche Äußerung ersucht worden. Der von dieser Gesellschaft ausgearbeitete Organisationsplan sehe nun als Dachorganisation gewissenmaßen für die gesamte Textilforschung ein Direktorium und einen wissenschaftlichen Beirat vor, die auf einen größtmöglichen Zusammenschluß aller auf dem Gebiete der Textilforschung tätigen Institute hinwirken sollten. Die eigentliche Forschungsarbeit sollte in zwei neuen Instituten und fünf bereits bestehenden Instituten ausgeübt werden. An neuen Instituten sei zunächst ein biochemisches Institut gedacht, das die grundlegenden biochemischen Fragen, den Aufbau und Abbau der pflanzlichen und tierischen Faser und alles, was mit ihrer chemischen Konstitution zusammenhängt, bearbeiten sollte. Als Sitz dieses Instituts sei Berlin vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die hervorragenden Forschungsstätten, die auf dem Gebiete der Chemie in Berlin bereits tätig seien. Ein weiteres neues Forschungsinstitut sollte die physikalischen Eigenschaften der verschiedenen Arten und Zustände der Faser durchforschen, um die Prüfung des Materials in größtem Umfange und nach allen Seiten zu fördern und durch neue Methoden zu sichern und zu bereichern und die Veredlungsprobleme zu behandeln, um Quellen der qualitativen Sparsamkeit aufzufinden und um endlich die wissenschaftlichen Grundlagen der Bearbeitungsmethoden bis zu den Werkzeugen und Maschinen hin zu untersuchen. Dieses physikalisch-

technologische Institut sollte seinen Sitz in Anlehnung an die Technische Hochschule in Dresden erhalten. Außerdem sollte die wissenschaftliche Stärkung der schon vorhandenen Textilforschungs- und -lehranstalten — Crefeld, vorwiegend Seide; Karlsruhe, vorwiegend Ersatzstoffe; München-Gladbach, vorwiegend Baumwolle, Grob- und Abfallspinnerei; Reutlingen, vorwiegend Leinenspinnerei; Sorau, Flachs und Hanf — in Betracht gezogen werden, und zwar durch regen wissenschaftlichen Austausch dieser Institute untereinander und mit den neuen Instituten sowie durch geldliche Zuwendungen. Dieser von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgestellte Plan würde schätzungsweise einen Betrag von mindestens 20 bis 30 Millionen Mark erfordert haben, wenn man die laufenden Ausgaben kapitalisiere.

Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Planes, der in der Textilindustrie lebhaftes Interesse gefunden habe, hätten sich infolge des ungünstigen Kriegsausganges und der politischen Umwälzung verzögert. Es bleibe zweifelhaft, ob er noch in vollem Umfange werde verwirklicht werden können. Insbesondere werde nicht sicher damit gerechnet werden können, daß das Reich so erhebliche Mittel zur Verfügung stellen könne. Andererseits bestehe die begründete Hoffnung, daß die Textilindustrie von sich aus namhafte Beiträge leisten werde.

Wenn der vorliegende Gesetzentwurf einen **Betrag von 1,5 Millionen für die Textilforschung** anfordere, so handle es sich dabei nicht darum, den dargelegten großen Plan unmittelbar der Verwirklichung zuzuführen. Wie in der Begründung des Gesetzentwurfs ja schon mitgeteilt sei, stehe vielmehr zunächst lediglich in Frage, ein Provisorium zu schaffen, durch das man einem der besten deutschen Gelehrten, der für biochemische Untersuchungen auf dem Gebiete der Faserstoffe in Betracht komme, die Möglichkeit geben wolle, seine Arbeitskraft in Deutschland im Interesse der deutschen Wissenschaft und Industrie zu betätigen. Andernfalls werde dieser Gelehrte auf seinem Lehrstuhl an einer Technischen Hochschule im Ausland verbleiben müssen, was ein großer Verlust für Deutschland sein würde. Die Schaffung eines Provisoriums würde eine willkommene Möglichkeit bieten, zunächst Erfahrungen darüber zu sammeln, wo eine Förderung der Textilforschung am wirksamsten einzusetzen hätte. Es sei vorerst nicht daran gedacht, ein eigenes Institutsgebäude zu errichten; vielmehr werde man sich bemühen, ein freiwerdendes Heeresinstitut für die Arbeiten des Gelehrten verfügbar zu machen. Schon aus Gründen der Sparsamkeit werde man so verfahren müssen. Es könnten deshalb zurzeit noch keine abschließenden Mitteilungen gemacht werden, wo das provisorische Institut seinen Sitz haben werde. Bei Beratung des endgültigen Etats für das Rechnungsjahr 1919 werde das Reichswirtschaftsministerium Gelegenheit nehmen, über den weiteren Fortgang der Erörterungen ausführliche Mitteilungen zu machen.

In den Verhandlungen im Ausschuß wurde an und für sich der Anforderung der Mittel grundsätzlich kein Widerspruch entgegengesetzt. Man beanstandete nur die Forderung, so wie gestellt, aus verschiedenen Gründen. Einmal fürchtete man sowohl nach den gedruckten wie nach den mündlichen Erläuterungen, die der Anforderung gegeben wurden, daß sie allzusehr bedingt sei von der Rücksicht darauf, daß man nunmehr gerade diesen ganz bestimmten Gelehrten für das Institut gewinnen wolle, und man meinte, es sei unzweckmäßig, eine Forderung lediglich oder wenigstens vornehmlich auf eine einzige Person abzustimmen. Man fügte dem auch bei, daß das wohl auf die Dauer nicht der einzige Fachgelehrte sei, der für die Sache etwa gewonnen werden könnte. Man beanstandete ferner, daß die Vertretung der in Betracht kommenden Industrien über die Sache nicht oder doch zu wenig gehört worden sei. Man befürchtete ferner, daß bei Bewilligung der angeforderten Mittel die ganze Einrichtung etwa dahin führen werde, die Textilforschung zu zentralisieren, sie vor allem in Berlin zu zentralisieren, und nach den schlechten Erfahrungen, wie man sagte, die man im ganzen mit allen Berliner Instituten und Einrichtungen während des Krieges gemacht hätte, liegt wohl kein Grund vor, ein solches Institut gerade nach Berlin zu verlegen. Man wies ferner darauf hin, daß eine ganze Anzahl von solchen Forschungsinstituten in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten, die für die Textilverarbeitung in Frage kämen, vorhanden seien, die gerade, weil Berlin im Kriege für diese Gebiete versagt hätte, im Krieg weiter ausgebaut worden seien und für die man befürchten müßte bei Bewilligung der angeforderten Mittel und bei Ausführung der geplanten Einrichtungen, daß sie ins Hintertreffen kämen.

Es wurde schließlich von allen Seiten gewünscht, daß man doch noch nähere Aufklärung gebe, wie eigentlich die ganze Sache gedacht sei. Von einer Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß die Förderung der Textilforschung und Hebung und Förderung der Textilindustrie nicht heute zum erstenmal von der Reichsregierung gefordert worden sei, sondern daß die Bestrebungen, die eine solche stärkere **Förderung der Textilindustrie** zum Gegenstand gehabt hätten, bereits in den **Reichstagsverhandlungen des Jahres 1911** behandelt worden seien und dort ihren Ausdruck gefunden hätten in der Annahme eines Antrags, der dahin ging, nach Anhörung der betreffenden gewerblichen Verbände die Errichtung einer Zentralstelle zur Hebung und Förderung der Textilindustrie, insbesondere auch zur Prüfung der von dieser verwendeten Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren, in Aussicht zu nehmen. Wenn, so sagte man, diesem Beschluß des Reichstags Folge gegeben worden wäre, dann wäre eine erhebliche Förderung der Textilindustrie schon vor dem Kriege erfolgt und man brauchte nicht jetzt in dieser Eile mit einer neuen Forderung an die Nationalversammlung heranzutreten.

Demgegenüber wurde von dem Herrn Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums gemeint, die Auffassung, das Reichswirtschaftsministerium habe sich bei der Anforderung des Betrags von persönlichen Gründen leiten lassen, sei irrtümlich. Es handle sich für das Reichswirtschaftsministerium lediglich darum, die Sache zu fördern. Das persönliche Moment liege lediglich darin, daß man, wenn man nicht ungesäumt die Textilforschung durch ein Provisorium in Angriff nehme, für den Zweck die beste wissenschaftliche Kraft verliere, die Deutschland zur Verfügung stehe. Dabei sei zu bemerken, daß die Zahl der Forscher, die sich auf dem Gebiet der Biochemie der Faserstoffe in Deutschland betätigt hätten, nur sehr gering sei.

Das Reichswirtschaftsministerium werde bei den weiteren Erörterungen selbstverständlich Vertreter der Industrie beteiligen, wie auch an der Verwaltung des Instituts Vertreter der Industrie teilnehmen sollten. Gerade von einem engen Konnex zwischen der Industrie und dem Forschungsinstitut müsse man sich fruchtbare Anregungen versprechen.

Die aus der schriftlichen Begründung, welche dem Entwurf beigegeben worden sei, hergeleitete Auffassung, als wenn eine stärkere **Zentralisierung der Textilforschung** durchgeführt werden solle, als sie bei den früheren Erörterungen mit der Textilindustrie und den wissenschaftlichen Sachverständigen erwogen wäre, sei irrig. Für die endgültige Regelung der gesamten Textilforschung wolle man vielmehr durchaus auf dem früheren Boden stehen bleiben. Bei der Anforderung von 1½ Millionen Mark handle es sich jedoch nicht um die damals geplante Gesamtorganisation, sondern um die ersten Anfänge des bei den Vorerörterungen allgemein als notwendig erkannten biologisch-chemischen Teilinstituts. Daß man im Reichswirtschaftsministerium mit diesem Teil beginnen wolle, erkläre sich aus der Notwendigkeit, sich hinsichtlich der Person des in Betracht kommenden Fachgelehrten alsbald zu entscheiden, um diesen ausgezeichneten Gelehrten für Deutschland zu erhalten. Wenn etwa dieser Fachgelehrte in den Kreisen der Textilindustrie wenig bekannt sein sollte, wie mehrfach angeführt sei, so könne dies nicht weiter verwunderlich sein, da er sich mit allgemeinwissenschaftlich-chemischen Fragen, nicht aber mit Problemen beschäftigt habe, die unmittelbar industriell verwendbar seien.

Der Herr Reichswirtschaftsminister werde übrigens zweifellos bereit sein, dem im Laufe der Verhandlungen mehrfach ausgesprochenen Wunsche gemäß die Frage einer umfassenden Förderung der Textilforschung mit möglichster Beschleunigung zu prüfen und entsprechende Vorschläge, falls irgend möglich, noch bei Gelegenheit der Beratung des endgültigen Reichshaushalts der Nationalversammlung vorzulegen. Inzwischen würde das Reichswirtschaftsministerium dankbar sein, wenn ihm durch Bewilligung der angeforderten eineinhalb Millionen Mark die etatsrechtliche Möglichkeit gegeben würde, mit dem in Betracht

kommenden Gelehrten ein Provisorium etwa für die Dauer von fünf Jahren zu vereinbaren.

Auch diese Ausführungen konnten die Kommission indes nicht davon überzeugen, daß es so eilig sei, die nunmehr angeforderten Mittel zu bewilligen. Es wurde, und zwar fast einmütig, in der Kommission bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, etwas für die Förderung der Textilforschung zu tun, doch immer wieder betont, daß die Frage heute und in den nächsten Tagen nicht reif sei, daß mancherlei über die Absichten, die das Reichswirtschaftsministerium mit der Anforderung und mit der geplanten Einrichtung verfolge, noch nicht genug klargestellt sei, um die immerhin nicht unerheblichen Kosten Hals über Kopf bewilligen zu können.

So einigte man sich auch hier einmütig zu dem Antrag, es möchte die geforderte Summe abgesetzt, gleichzeitig aber die Reichsregierung ersucht werden, in einer entsprechenden Denkschrift demnächst ihre Pläne über die Förderung der Textilforschung bekanntzugeben. Diesen Antrag habe ich namens des Ausschusses hiermit begründet.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswirtschaftsminister.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Besondere Umstände hatten das Reichswirtschaftsministerium veranlaßt, bereits in dem vorläufigen Reichshaushalt eine Teilsumme anzufordern, die dazu dienen sollte, wie der Herr Berichterstatter auch gesagt hat, wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Biochemie der Faserstoffe alsbald in Angriff zu nehmen. Wenn nun die Beratungen der Kommission, wie ich sagen muß, zu meinem großen und lebhaften Bedauern noch nicht dazu geführt haben, dieses besonders wichtige Gebiet der Textilforschung vorweg einer provisorischen Regelung zuzuführen, so habe ich aber andererseits aus den Verhandlungen mit besonderer Freude entnommen, daß allseitig der Wunsch besteht, mit größter Beschleunigung eine **umfassende Förderung der Textilforschung** in Angriff zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es handelt sich da auch tatsächlich um eine Frage, die für die Zukunft unserer gesamten Textilindustrie von allergrößter und erheblichster Bedeutung ist. Unsere Textilindustrie ist ja im Frieden — man kann sagen — eine der kräftigsten Stützen unseres Wirtschaftslebens gewesen. Sie ist fast ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen, von denen wir heute noch gar nicht wissen, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen wir sie in Zukunft erhalten werden. Die **Suche nach Ersatzstoffen,** die uns die Not des Krieges aufgezwungen hat, hat außerordentlich wertvolle Anhaltspunkte ergeben, wenn es auch noch nicht gelungen ist, einen vollwertigen Ersatz für Baumwolle, Wolle und die sonst üblichen Faserstoffe zu erlangen.

Bei der ganzen Sachlage aber müssen wir alles daran setzen, diese aussichtsreichen Vorarbeiten zur Erzielung vollwertiger Ersatzfasern mit der größten Energie fortzusetzen und unser wissenschaftlich-technisches Können auf dem Gebiete der Verarbeitung von Faserstoffen auf den denkbar höchsten Stand zu heben.

Wie Ihnen bereits bekannt ist, hat das Reichswirtschaftsministerium schon im Frühjahr 1918 eingehende Erörterungen über eine großzügige Förderung der Textilforschung eingeleitet. Ich werde nun diesen Gesamtplan ungesäumt wieder aufgreifen und eingehend mit den in der Reichsstelle für die Textilindustrie vereinigten Vertretern der Textilindustrie, einschließlich der Arbeiterschaft, sowie mit den Vertretern der einschlägigen wissenschaftlichen Kreise, insbesondere auch mit den Leitern der bestehenden Textilforschungsinstitute erörtern.

Ich hoffe, der Nationalversammlung schon gelegentlich der Beratungen des endgültigen Reichshaushalts einen die gesamte Organisation der Textilforschung behandelnden Entwurf vorlegen zu können, wobei ich glaube, darauf rechnen zu dürfen, daß die Textilindustrie selbst bereit sein wird, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel mit beizutragen. (Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Krätzig.

Krätzig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister hat recht, wenn er hier zum Ausdruck gebracht hat, daß die Absetzung dieses Postens nicht etwa erfolgt ist, weil man für die Forschung auf dem Gebiet der Textilindustrie kein Verständnis hätte; sondern die Absetzung ist erfolgt, weil in der Kommission zum Ausdruck kam, daß das **Forschungswesen** auf dem Gebiete der **Textilindustrie** möglichst gründlich ausgebaut und zusammengefaßt werde, um eben wirklich etwas Gutes zu schaffen. Deshalb einigte man sich darauf, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, uns einen entsprechenden Plan möglichst bald vorzulegen.

Wer so wie ich jetzt in der Textilwirtschaft an erster Stelle mitwirken muß, der weiß, welch ungeheure Schwierigkeiten diese Industrie zu überwinden hat. Es ist auch auf dem Gebiet der Textilwirtschaft notwendig, daß wir uns, wie bei der Ernährung, soweit das irgend möglich ist, mit der **Beschaffung von Rohstoffen** auf eigene Füße stellen, d. h. daß wir versuchen, die einheimische Rohstofferzeugung soweit als möglich zu fördern, nicht nur die Rohstoffe, die die Landwirtschaft erzeugt, sondern auch die, die auf dem Wege der Chemie gewonnen werden.

Ich kann hier mitteilen, daß die Reichsstelle für Textilwirtschaft am vorigen Montag sich mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt hat. Es ist gelungen, auf chemischem Wege eine Faser zu gewinnen, die zwar augenblicklich, wenn sie allein verarbeitet wird, nicht den Ge-

brauchswert besitzt wie etwa die Wollfaser; aber es ist durch die Forschungen, die heute schon bezüglich der Verarbeitung vorliegen, festgestellt worden, daß der verminderte Gebrauchswert der Stapelfaser wächst, wenn diese Faser mit anderen Fasern vermischt wird. Die Stapelfaser erhält denselben Gebrauchswert wie Wolle, wenn sie zur Hälfte mit ihr gemischt wird, und es ist außerdem, was ich hier noch mit erwähnen möchte, festgestellt worden, daß sie ein ausgezeichneter Spinnträger für minderwertige Fasern, für Kunstwolle usw. ist. Ich will auf dieses Gebiet nicht näher eingehen, weil wir keine Ursache haben, jetzt, wo wir in der Weltpolitik vor großen Entscheidungen stehen, unsere Karten aufzudecken.

Wir brauchen auch eine Verbesserung des **Aufschließungsverfahrens bei** denjenigen **Pflanzenfasern**, die heute schon der Textilindustrie zur Verfügung stehen. Wenn es möglich ist, bei der Typhafaser — dem Kolbenschilf — eine Verbesserung des Aufschließungsverfahrens durchzuführen, so wird das ebenfalls von ganz besonderem Nutzen für die Textilindustrie sein. Über den Wert der Kartoffelfaser bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Es wird gesagt, die Gewinnung dieser Faser sei nur eine Aufschließungsfrage. Hoffentlich kann sie möglichst bald gelöst werden. Hier müßte durch die biochemische Forschung möglichst bald Klarheit geschaffen werden.

Der Herr Abgeordnete Mumm hat vorhin die **Brennessel** erwähnt. Ich bin der Meinung, daß man auf diesem Gebiet zukünftig Mittel des Reichs nicht mehr verwenden soll. Wir verfügen über eine Menge von 200 Tonnen jährlich. Das sind 4000 Zentner gegenüber einem Friedensbedarf von 8½ Millionen Zentnern allein an Baumwolle. Das zeigt doch, daß es nicht angängig ist, hier noch große Mittel des Reichs aufzuwenden und möglicherweise Ackerflächen zu benutzen, um die Brennesselfasererzeugung zu fördern. Wir wollen doch nicht neue Ödländer schaffen, was wir schließlich tun müßten, wenn wir Nessel anpflanzen, sondern wir wollen die Ödländer beseitigen, um sie der Erzeugung von Lebensmitteln zuzuführen.

Wir brauchen aber nicht nur die biochemische Forschung, sondern auch einen Ausbau der technologischen Forschung. Es ist unbedingt nötig, die Textilindustrie technisch leistungsfähiger zu machen; sie muß einen technischen Läuterungsprozeß durchmachen, wir müssen für die weitestgehende Rationalisierung Sorge tragen, damit wir den verschärften Konkurrenzkampf, dem wir ausgesetzt sein werden, bestehen können, und da muß dieses **technische Zentralinstitut**, wie ich es mir denke, die Führung in der Hand haben.

Wir brauchen ein solches aber auch zum Schutze der Industrie. Es hat sich während des Krieges herausgestellt, daß man für die Notwendigkeit einzelner Teile dieser Industrie nicht das erforderliche Ver-

ständnis hatte. Ich will nur einen Fall anführen, um Ihnen die Notwendigkeit dafür zu zeigen. Wir haben es erlebt, daß die Kriegswirtschaft der hochqualifizierten Spitzenweberei nicht die Rohstoffe zur Verfügung stellen wollte, die notwendig waren, um die Maschinen in Tätigkeit zu erhalten; sie müssen in Tätigkeit gehalten werden, sonst rosten sie zusammen und sind verloren. Da es sich hier um außerordentlich teure Maschinen handelt, um Maschinen, die heute mindestens einen Anschaffungswert von 100 000 Mark haben, da es eine Industrie ist, die in großem Umfang für den Export arbeitet, die mit wenigen Rohstoffen große Werte erzeugt, so wäre es volkswirtschaftlich unverantwortlich gewesen, diese Industrie zugrunde gehen zu lassen. Aber es befand sich damals keine Stelle im Deutschen Reich, auf die sich die Industrie hätte stützen können, die Autorität genug besessen hätte zu sagen: Das und das muß geschehen, um die Industrie vor der Vernichtung zu bewahren.

Es muß also weit mehr geschehen, als diesen Forderungen der Regierung nach jetzt geschehen soll. Nun sind ja bereits eine Reihe Forschungsinstitute in Deutschland in Tätigkeit, aber ich möchte doch hier aussprechen, daß es mir nach den Dingen, wie ich sie kennen gelernt habe, unerläßlich scheint, diese Institute zwar selbständig wirken zu lassen, aber eine Stelle zu schaffen, die alles zusammenfaßt und die Ergebnisse der Forschung verarbeitet. Die Vorbereitungen müssen mit der Industrie getroffen werden. Das hat ja der Herr Reichswirtschaftsminister erfreulicherweise hier schon zugesagt. Wir haben die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die Reichswirtschaftsstellen, wo die Führer der Industrie und die leitenden Kräfte der Arbeiter tätig sind, die bei den Vorbereitungen mit herangezogen werden müssen, wodurch es dann möglich sein wird, leichter die ganze Sache durchzuführen.

Die Industrie wird sicherlich nicht nur mitwirken, sondern sie wird auch mit zahlen helfen. Ich habe in den letzten Monaten erfreulicherweise feststellen können, daß es der Industrie, wenn es sich darum handelt, sie zu fördern, nicht darauf ankommt, Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber ich bitte auch das Reichsfinanzministerium, nicht zu knauserig zu sein in der Zumessung der notwendigen Mittel, um wirklich auf dem Gebiete der Textilforschung das zu schaffen, was diese außerordentlich wichtige Industrie unbedingt haben muß.

Die **Beschaffung von Kleidung** ist nach diesem Kriege ein ebenso wichtiges Erfordernis wie die Beschaffung von Nahrungsmitteln. Es darf kein Unterschied zwischen der Beschaffung der Kleidung und der notwendigen Ernährung gemacht werden, denn um unsere ärmere Bevölkerung ist es auf diesem Gebiete tatsächlich sehr schlecht bestellt. Es gilt aber auch dafür zu sorgen, Arbeit zu beschaffen. Unsere Textilarbeiter haben während der Kriegszeit in einem sehr großen Umfange unerhörte Not leiden müssen, und sie sind auch jetzt noch äußerst

mangelhaft beschäftigt. Deshalb muß alles getan werden, um auf dem Gebiete der Textilindustrie soweit wie möglich wiederum das nötige Leben zu erzeugen, das erforderlich ist, um diese Industrie wieder zu der Blüte emporzubringen, die sie hatte, bevor das Weltunglück über uns hereinbrach.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ersing.

Ersing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn die Reichsregierung vor Einbringung dieses Postulats das getan hätte, was der Herr Reichsminister heute zu tun versprach, dann hätte die Kommission die geforderten anderthalb Millionen gern bewilligt. Die Aussprache in der Kommission zeigt aber, daß sich die Reichsregierung selbst noch nicht im klaren ist über den organisatorischen Aufbau des ganzen **Textilforschungswesens.** Aus dem Grunde mußte die Kommission leider die Sache absetzen. Auch meine Freunde und ich hätten gewünscht, daß die Sache schon jetzt sofort hätte in Angriff genommen werden können. Bei den Kommissionsberatungen ist von dem Vertreter der Regierung gesagt worden, daß auf dem Gebiete der Textilforschung bisher noch nichts geschehen sei. Das trifft insoweit zu, als das Reich dafür noch nichts getan hat. Tatsächlich haben aber einzelne Kommunalverwaltungen und eine große Anzahl von Industriellen für das Textilforschungswesen schon ganz erhebliche Summen aufgewendet. Es mußte auch der Reichsregierung bekannt sein, daß wir solche **Institute** haben, so in München-Gladbach, Crefeld, Reutlingen und vor allen Dingen in Karlsruhe. Das Karlsruher Institut, das erst während der Kriegszeit durch Mittel des badischen Staats und durch Unterstützung von zirka 600 Textilindustriellen aus ganz Deutschland ins Leben gerufen worden ist, hat heute schon fünf Abteilungen, eine technische, eine biologische, eine chemische, eine physikalische und eine volkswirtschaftliche, und man hätte doch erwarten dürfen, daß, wenn die Reichsregierung jetzt etwas Einheitliches schaffen will, sie sich mit den schon bestehenden Instituten in Verbindung gesetzt und mit ihnen gemeinsam den Ausbau des ganzen Textilforschungswesens durchgesprochen hätte. Das ist leider nicht geschehen, und die Folge davon ist, daß in der ganzen Angelegenheit sehr große Unklarheit herrscht. Ich möchte darum kurz zum Ausdruck bringen, daß bei der Aufstellung des neuen Organisationsplanes neben den Arbeitgebern und Arbeitern auch die Leiter der schon bestehenden Institute herangezogen werden, um eine möglichst große Einheitlichkeit zu schaffen, damit auch die Erfahrungen, die die alten Institute gemacht haben, für das neue aufs beste verwendet werden können.

Dann hätten meine Freunde und ich die weitere Bitte, daß **Berlin** von vornherein **als Sitz des neuen Instituts** ausscheiden sollte. (Zustimmung im Zentrum.) Wir haben an Berlin als Regierungszentrale gerade genug (sehr richtig! im

Zentrum); wir brauchen nicht auch noch eine Forschungszentrale in Berlin zu haben. Wir wissen wohl, daß die Berliner Luft anscheinend für Experimente sehr geeignet ist (Heiterkeit), sind aber der Auffassung, daß sie für gediegene Forschungsarbeit durchaus ungeeignet ist. Ich bin kein engherziger Partikularist und habe volles Verständnis für das, was das Reich braucht; ich weiß auch, daß die Einzelstaaten heute Opfer auf den Altar des Reichs legen müssen. Aber eine Zentralisierung der Forschungs- und Bildungsinstitute müssen wir mit aller Entschiedenheit ablehnen. Darum möchten wir bitten, daß die Reichsregierung von vornherein bei der Aufstellung des Plans darauf Rücksicht nimmt, daß die schon bestehenden Institute weiter ausgebaut werden und nicht noch ein neues in Berlin errichtet wird.

Im übrigen möchten meine Freunde wünschen, daß die Reichsregierung diese Frage in möglichst rascher Weise zur Lösung bringt, weil die Textilindustrie nicht nur für eine große Menge von Arbeitern von außerordentlich großer Wichtigkeit, sondern auch für unsere Gesamtbevölkerung von der größten Bedeutung ist, damit die Bekleidungsverhältnisse unserer Bevölkerung in möglichst kurzer Zeit in erträglicher Weise geregelt werden können. (Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hermann (Württemberg).

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde und ich begrüßen den Gedanken der Zusammenfassung der Arbeit der **Forschungsinstitute auf dem Gebiete der Textilindustrie** durchaus. Wir sind aber der Auffassung — und haben das auch gestern bereits im Haushaltsausschuß zum Ausdruck gebracht —, daß uns die Begründung der gegenwärtigen Vorlage nicht genügt, um heute schon das zu bewilligen, was in der Vorlage angefordert wird. Ich begrüße es, daß der Herr Reichswirtschaftsminister zum Ausdruck gebracht hat, daß das, was wir dringend gewünscht hätten, nämlich die Vorlage eines wohldurchdachten Planes über den zukünftigen Aufbau dieser Forschung in Bälde vorgelegt werden soll. Wir wünschen dringend im Interesse der Textilindustrie, daß so rasch wie möglich das nötige geschaffen wird, und ich kann mich durchaus dem anschließen, was meine beiden Herren Vorredner in der Beziehung zum Ausdruck gebracht haben.

Für dringend wünschenswert erachten wir, daß die Reichsstelle für Textilwirtschaft, die doch in erster Linie dazu berufen ist, über derartige Dinge ihr Gutachten abzugeben, präzise Vorschläge macht. Das kann sie aber nur dann tun, wenn sie gehört wird und wir dann zu wissen bekommen, wie sie sich zu diesen Fragen stellt.

Auch im vorliegenden Falle hätten wir es für absolut notwendig gehalten, daß wegen der **Berufung** des Herrn **Professors Herzog** von Prag, über die verhandelt wird, in erster Linie auch die Kreise der Industrie und der Arbeiterschaft die Möglichkeit gehabt hätten, zum Ausdruck zu bringen, wie sie über diese Berufung denken. Aber auch hier ist, soviel mir bekannt geworden, die Reichsstelle für Textilwirtschaft nicht gehört worden. Wir bitten deshalb dringend, daß in Zukunft auch hier ein engeres Zusammenarbeiten mit der Reichsstelle für Textilwirtschaft stattfindet und die Sachverständigen auch wirklich gehört werden.

Ich habe weiterhin das Bedürfnis, die lebhaften Bedenken, die bei den bestehenden Forschungsinstituten für Textilindustrie über diese Vorlage entstanden sind, bei diesem Anlaß zu zerstreuen. Diese Institute glaubten aus der Begründung der Vorlage, in der gesagt wird, daß die Errichtung eines Gesamtinstituts in Berlin-Dahlem geplant ist, in das die einzelnen Forschungsstellen einzugliedern seien, entnehmen zu müssen, daß an ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegangen werden soll Mit mir sind noch viele meiner Freunde der Auffassung, daß auf diesem Gebiete eine allzu straffe Zentralisation nur von Schaden sein könnte, und legen den größten Wert darauf, daß die verschiedenen **Forschungsinstitute in ihrer Selbständigkeit** und in der Freiheit der Forschung auch bei einer Zusammenfassung ihrer Bestrebungen durchaus nicht beeinträchtigt, sondern eher darin gestärkt werden, wie wir denn auch den Wunsch aussprechen möchten, dafür Sorge zu tragen, daß die bestehenden Institute auch finanziell wirksam unterstützt werden. Das deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie in Reutlingen, das mir persönlich besonders am Herzen liegt, ist das einzige Institut mit vollkommen universaler Einrichtung für die Durchforschung der verschiedensten Faserstoffe und verdient angesichts seiner praktischen Tätigkeit volle Unterstützung. Aber nicht nur Reutlingen, auch die übrigen Institute haben wohlberechtigten Anspruch darauf, in ihrer Tätigkeit unterstützt und in ihrem Aufbau gefördert zu werden.

Mit der Errichtung eines solchen **Gesamtinstituts in Berlin** kann ich mich und viele meiner Freunde nicht einverstanden erklären. Ich kann mich hier dem anschließen, was Herr Kollege Ersing ausgeführt hat. In den Kreisen der süddeutschen Textilindustrie ist man aber nicht so engherzig, nun zu wünschen, daß die Zentralstelle etwa nach Reutlingen oder Karlsruhe kommen sollte. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß man ein solches Zentralinstitut dorthin verlegt, wo der größte Teil der deutschen Textilindustrie vereinigt sein dürfte, nach Sachsen, etwa mit dem Sitz in Dresden. Wir sind keine engherzigen Partikularisten, daß wir das nicht verstehen könnten; aber eine Zentralisation in Berlin halten wir in Süddeutschland und Sachsen für durchaus verfehlt.

Ich komme zum Schluß und habe zu erklären, daß wir der Streichung der geforderten Summe zustimmen und ebenso der Annahme

der Resolution, wobei ich dem Wunsche Ausdruck geben möchte, daß wir so rasch als nur irgend möglich in die Lage kommen, durch die Vorlage des Reichswirtschaftsamts die Mittel bewilligen zu können, die absolut notwendig sind, um der deutschen Textilindustrie das Rüstzeug zu schaffen, das sie für die kommenden schweren Zeiten braucht. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Debatte zu III ist geschlossen. Ich darf wohl annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses auf Strich der geforderen Summe und ebenso der beantragten Entschließung zustimmt. — Ich stelle fest, daß das der Fall ist.

Ich rufe auf IV, im Haushalt des **Reichsfinanzministeriums,**

a) zur vertraglichen Gewährung eines Darlehens auf das angepachtete Grundstück Kaiserhofstraße 1 . . . . 1 420 000 Mark,
b) zur baulichen Herrichtung und inneren Ausstattung usw. . . . . 320 000 Mark.

Das Wort wird nicht gewünscht; ich stelle die Annahme der geforderten Posten fest.

Ich rufe auf V, im Haushalt des **Reichspostministeriums,** A 1, bei den fortdauernden Ausgaben,

a) neue Beamtenstellen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Anforderung der hier eingestellten **neuen Beamtenstellen** wurde von allen Seiten im Ausschuß lebhaft begrüßt, weil man sich davon wenigstens eine kleine Verbesserung der Verhältnisse der **Postbeamtenschaft** versprechen zu können glaubte. Es wurden nur Zweifel von verschiedenen Seiten geäußert, ob damit die Anstellungsverhältnisse, insbesondere der unteren Beamtenschaft, genügend verbessert wären, und es knüpften sich daran, wie das ja in der jetzigen Zeit naturgemäß ist, allerlei Wünsche für die Beamten. Man hat aber schließlich von allen Seiten eingesehen, daß es zweckmäßiger sei, diese Beamtenwünsche und ihre Vertretung zurückzustellen bis zur demnächstigen Verhandlung des Hauptetats. Als solche Wünsche wurden erwähnt, die auf Personalreformen, die auf Verbesserung der Besoldungsverhältnisse, auf Schaffung endgültiger Besoldungsverhältnisse, besonders auch auf Schaffung von Beamtenausschüssen, und was solcher Wünsche mehr sind, die eben in der Beamtenschaft bestehen. Wie gesagt, man hat sich schließlich allseitig überzeugt, daß es zweckmäßiger sei, auf diese Wünsche nicht einzugehen, sondern sie demnächst zu verhandeln, wenn wir uns hier über den endgültigen Etat zu unterhalten haben.

Auch die Frage der Veränderung in der Höhe der Teuerungszulagen, die mehrfach dadurch eingetreten ist, daß eine Reihe von Orten

in niedrigere Ortsklassen bezüglich der Teuerungszulagen versetzt worden sind, wurde kurz gestreift, aber auch nicht endgültig erledigt.

Schließlich würde von den Vertretern der Reichspostverwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß einzelne von den sachlichen Anforderungen unter Ziff. 1 sowohl wie auch unter Ziff. 2 sich nicht als endgültige Forderungen darstellten, es seien vielmehr demnächst Nachforderungen für einzelne dieser Posten zu erwarten mit Rücksicht darauf, daß die Preise der Materialien und Löhne seit Aufstellung des Notetats wieder in die Höhe gegangen seien. Von einer Seite wurde im Ausschuß danach gefragt, zu der Anforderung unter Nr. 2, n „zur Erwerbung eines bebauten Grundstückes für eine Kraftwagenwerkstatt in Berlin-Borsigwalde, Grunderwerb und Umbau 1 200 000 Mark", ob es sich nicht ermöglichen ließe, diese Einrichtung, die da getroffen werden soll für eine Kraftwagenwerkstatt, an eine Stelle zu verlegen, wo etwa ein Militärgebäude frei würde, das man für den in Betracht kommenden Zweck verwenden könne. Die Reichspostverwaltung hat darauf die Antwort gegeben, daß es sich gerade hier darum handle, ein militärisches Gebäude zu erwerben und es für den in Frage kommenden Zweck umzubauen.

Im übrigen sind die Forderungen, wie bemerkt, nicht beanstandet worden, sondern der Ausschuß beantragt, sie zu genehmigen.

Präsident: Ich kann feststellen, daß nach dem Antrage des Herrn Berichterstatters die Forderungen als genehmigt gelten. —

V A 1 b, „zu Um- und Erweiterungsbauten, Neubauten, Grundstückserwerbungen" in den verschiedenen in der Vorlage vorgesehenen Orten. — Ich stelle die Annahme fest.

V A 2: „bei den einmaligen Ausgaben usw.". — Ich stelle ebenfalls die Annahme der sämtlichen Posten von Lit. a bis Lit. p fest.

Ich rufe auf: B. im außerordentlichen Haushalt „zur Umwandlung oberirdischer Fernsprechlinien in unterirdische und zur Auslegung von Fernsprechkabeln, bei Kapitel 4, 8 Millionen Mark" — und stelle die Annahme dieses Postens fest.

Ich rufe auf: VI, im Haushalt der **allgemeinen Finanzverwaltung**, im ordentlichen Haushalt, bei den einmaligen Ausgaben, Kap. 14, „zur Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an Beamte und Lohnangestellte sowie an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene zunächst 400 Millionen Mark."

Dazu stellt der Ausschuß auf Nr. 206 II b den Antrag:

Die Regierung aufzufordern, baldmöglichst eine Erhöhung der Bezüge aller derjenigen Renten- und Unterstützungsempfänger vorzunehmen, die einen gesetzlichen Anspruch auf Renten oder Unterstützungen aus Reichsmitteln oder aus den Mitteln der Reichsversicherung haben und deren Bezüge seit dem 9. November nicht erhöht worden sind.

Ich eröffne die Debatte sowohl über den angeforderten Posten als über die beantragte Entschließung und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Severing.

Severing, Abgeordneter: Im Ausschuß hat die vorliegende Entschließung infolge der gedrängten Geschäftslage keine eingehende Begründung und Erörterung erfahren. Sie ist trotzdem mit großer Mehrheit angenommen worden. Ich glaube, aus diesem Umstande berechtigt zu sein, auch hier auf eine ausführliche Begründung verzichten zu können. Alle Parteien haben während der Wahlbewegung erklärt, daß in der künftigen Gesetzgebung das Wort vom Schutz der Schwachen maßgebend sein müsse. Hier bietet sich eine Gelegenheit dazu, es auszuführen, und ich bin sicher, daß nicht nur alle Parteien der vorgelegten Entschließung zustimmen sondern daß auch die Regierung baldmöglichst ihrer Aufforderung nachkommen wird.

Wenn ich mich trotzdem zum Wort gemeldet habe, so aus dem einen Grunde, um eine Kategorie von Renten- und Unterstützungsempfängern ganz besonders hervorzuheben. Zunächst möchte ich sagen, daß unser Antrag sowohl alle Militärrentner wie die Rentner, die auf Grund der Reichsversicherung zum Bezug von Mitteln berechtigt sind, einbezieht. Besonders aber sollen die **Kriegsgefangenenangehörigen** bedacht werden, und darum glaube ich, daß es nicht überflüssig ist, zu ihren Gunsten ein Wort zu sagen. Es ist während der Dauer der Nationalversammlung schon recht oft der Aufforderung Ausdruck gegeben worden, die 800 000 Kriegs- und Zivilgefangenen, die noch in Feindesland schmachten, baldmöglichst in die Heimat zurückzuführen. Dieser Ruf bleibt natürlich obenan. Ich glaube aber, man kann das Los, die Stimmung dieser Gefangenen auch dadurch bessern, daß man ihnen die Gewißheit verschafft, daß auch angesichts der weiter gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ihre Familien in der Heimat keine Not leiden. (Sehr richtig!) Seit einigen Monaten sind die Bezüge der Kriegsteilnehmerfamilien nicht erhöht. Die Kriegsteilnehmer schlechthin sind aus dem Unterstützungsverhältnis ausgeschieden, es sind aber in diesem Verhältnis geblieben die Angehörigen, die Frauen und Kinder unserer Kriegsgefangenen; und es ist eine Ehrenpflicht des Reichs, gerade ihnen beizuspringen. (Sehr richtig!)

Die Position, die jetzt zur Beratung steht, fordert einen Betrag von 400 Millionen Mark, um die Gewährung der **Kriegsteuerungszulage** an Beamte und Lohnangestellte sowie an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene im Reiche durchzuführen. In den Einzelstaaten sind ähnliche Bestrebungen im Gange, und auch die Gemeindeverwaltungen schicken sich an, die Bezüge ihrer Beamten aufzubessern. In der Industrie ist es den Arbeitern möglich gewesen, durch Lohnbewegungen ihr Einkommen zu verbessern.

Nur die Ärmsten der Armen, die auf Renten und Unterstützungen aus Mitteln des Reichs angewiesen sind, haben in den letzten Monaten keine Unterstützung erfahren. Wir halten es darum für erforderlich, daß Nationalversammlung wie Reichsregierung schnellstens eingreifen. Denn hier gilt das Wort: Wer schnell gibt, gibt doppelt! (Bravo!)

Präsident: Der Posten ist nicht beanstandet. Ich kann wohl die Genehmigung durch das Haus erklären nicht nur des Postens, sondern auch der vom Ausschuß beantragten Entschließung. — Ich rufe weiter auf § 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. —

Wir gehen über zum

Gesetzentwurf, betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete.

Ich rufe auf den einzigen Paragraphen, — Einleitung und Überschrift. — Genehmigt. Damit ist die zweite Beratung auch dieses Etats erledigt.

Wir gehen über zur

dritten Lesung des vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1918.

Ich eröffne die Generaldiskussion, — schließe sie, da sich niemand zum Wort meldet.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein und beginnen mit der Anlage I. Ich rufe auf Kap. 1, Reichspräsident, — Anlage II, Reichswirtschaftsamt, — Anlage III, Reichsschatzamt, — Anlage IV, Reichsschuld. — Ich rufe auf das Gesetz in seinem einzigen Paragraphen, — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags, in der Gesamtabstimmung genehmigen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der vierte Nachtragsetat ist angenommen.

Wir haben noch zu verhandeln über die Petition auf Drucksache Nr. 201 III. Der Ausschuß beantragt, sie für erledigt zu erklären. — Das Wort wird nicht verlangt. Ich stelle fest, daß dem Antrage des Ausschusses zugestimmt wird.

Wir gehen nun zurück zur

dritten Beratung der Gesetzentwürfe, betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für 1919.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe sie. — Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich eröffne die Diskussion über § 1, — ich schließe sie, — über § 2 I, — II, — IV, — V, — VI, — § 3, — § 4, — Einleitung — und Überschrift. — Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche diesen Nachtragsetat nach den Beschlüssen des Ausschusses, ebenso die zwei von dem Ausschuß beantragten Entschließungen annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle die Annahme dieses Nachtragsetats mit den Entschließungen und des betreffenden Gesetzes dazu fest. Damit ist der zweite und dritte Gegenstand der Tagesordnung in zweiter und dritter Beratung erledigt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Herr Präsident, ich möchte mir den Antrag erlauben, den nächsten Punkt über die Ortskrankenkassen usw. von der Tagesordnung abzusetzen. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit haben zu Schwierigkeiten geführt, die bis jetzt noch nicht beseitigt sind. Es besteht aber Aussicht, daß durch weitere Verhandlungen diese Schwierigkeiten beseitigt werden.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, in dem Bericht der Kommission sind so außerordentlich wichtige Vorschläge, über die wir zu entscheiden haben, daß es doch ganz unmöglich ist, in diesem Augenblick, in einem Augenblick, in dem der erste April, der kritische Tag, vor den Toren steht, auseinanderzugehen, ohne die Sache erledigt zu haben. Ich habe gestern gebeten, mit den Verhandlungen fortzufahren. Als das abgelehnt wurde, habe ich gebeten, sie an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen. Das ist nicht geschehen, und jetzt erleben wir das, was wir schon vermutet und geargwöhnt haben: man schiebt die Sache über den ersten April hinaus, den Tag, der für viele Beamte nach dieser Verordnung ein kritischer Tag erster Ordnung ist. Ich bitte, Herr Präsident, Ihren Einfluß auf das hohe Haus geltend zu machen, daß wir in eine Beratung über diese außerordentlich wichtige und einschneidende Maßregel eintreten.

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Weinhausen.

Weinhausen, Abgeordneter: Herr Präsident, in dem siebenten Ausschuß ist festgestellt worden, daß es sich hier in der Tat um wichtige Entscheidungen handelt. Eben darum aber wünschten wir, eine möglichst große Übereinstimmung bei der Abstimmung im Plenum herbeizuführen.

Das war bis heute nicht möglich. Es besteht aber Aussicht, daß sehr bald eine einmütige Beschlußfassung erreicht werden kann.

Wenn nun auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, daß es sich dabei auch um wichtige Folgerungen handele, die am ersten April in Kraft treten, so kann ich mitteilen, daß mit überwiegender Mehrheit im Ausschuß Beschlüsse gefaßt worden sind, die auf sichere Annahme in diesem hohen Hause Aussicht haben, nach denen — ob wir die Entscheidung vertagen oder nicht — die Sachlage die gleiche bleibt, daß nämlich diejenigen Kassen, die vom ersten April betroffen werden, doch nicht weiter bestehen werden. Es können also keine besonderen üblen Folgen durch die Vertagung der Entscheidung eintreten. Aus diesen Gründen bitte auch ich, daß wir die Besprechung heute verschieben.

Präsident: Wir müssen über den Antrag Hoch, den vierten Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, abstimmen, da Widerspruch dagegen erhoben worden ist. Ich bitte, Platz zu nehmen. — Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche nach dem Antrag Hoch den Gegenstand von der Tagesordnung absetzen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; damit ist der vierte Gegenstand der Tagesordnung für heute erledigt.

Meine Damen und Herren! Unsere Tagesordnung ist damit erschöpft. Dringende Arbeit liegt zunächst nicht vor. Der Etat, dessen Verhandlung die dringendste Aufgabe ist, wird voraussichtlich erst Mitte der übernächsten Woche an uns kommen können. Ich hatte deshalb an sich vor, Ihnen vorzuschlagen, sich bis etwa Mitte der übernächsten Woche zu vertagen. Es ist auch dann noch nicht genau festzustellen, an welchem Tage der Etat druckfertig vorliegen wird. Ich müßte Sie also auch in dieser Beziehung bitten, dem Präsidenten die Wahl des Tages zu überlassen. Es ist aber bei der gespannten politischen Lage die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß unser Zusammentritt schon vorher, etwa im Verlaufe der nächsten Woche, erforderlich wird. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung der Nationalversammlung im Bedarfsfalle anzuberaumen, und dem Präsidenten zu überlassen, wann er den Bedarfsfall für gegeben erachtet. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, Sie haben selber soeben ausgeführt, daß die gespannte politische Lage Veranlassung geben könnte, die Nationalversammlung früher einzuberufen als erst nach 1½ Wochen wie es heute in Aussicht genommen wird. Diese politische Lage ist zum mindesten nach außen und vielleicht auch nach anderer Seite hin in der Tat derartig kritisch geworden, daß es mir nicht bloß zweifelhaft, sondern undenkbar erscheint, nachdem wir eben nur vier, fünf Tage zusammen gewesen sind, die Nationalversammlung, den Mittelpunkt

des deutschen Verfassungslebens, jetzt wieder auseinandergehen zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) Unbequem ist es ja zweifellos, hier zu bleiben, wenn nicht gesetzgeberisches Material in Hülle und Fülle oder sonstiges Material vorhanden ist, das zu beraten wäre. Aber, meine Herren, dazu sind wir eben gewählt, um auch Unbequemlichkeiten auf uns zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir werden es — glaube ich — vor dem Volke nicht verantworten können, wenn hier Dinge eintreten, die nachher von unheilvollen Folgen für unsere politische Entwicklung, für die Zukunft unseres ganzen Volkes sind, und die Nationalversammlung wieder einmal nicht hier gewesen ist, wie der Reichstag im Oktober und im November in Berlin nicht zugegen gewesen ist. (Erneute lebhafte Zustimmung rechts.) Ich glaube auch, Herr Präsident, daß wir Material für unsere Beratungen haben. Wir haben Interpellationen meiner Partei und des Zentrums, wir haben die Krankenkassenverordnungen, deren Beratung doch endlich einmal abgeschlossen werden müßte. Alles das können wir doch mindestens in der nächsten Woche verhandeln. Von unserer Seite liegt auch beispielsweise der außerordentlich dringende Antrag Arnstadt und Genossen vor, durch den die Reichsregierung ersucht wird, auf schärfste den Annexionsgelüsten nationalistischer Kreise Dänemarks entgegenzutreten. Es ist das eine Frage, die zu den dringendsten Aufgaben der Nationalversammlung gehört. (Zustimmung rechts.) Material zur Beratung haben wir also bei gutem Willen genug. In dieser Zeit auseinander zu gehen, scheint mir außerordentlich gefährlich zu sein. Wir können unter Umständen Gefahr laufen, daß im Lande der Eindruck entsteht, uns gehe die Bequemlichkeit über unsere Pflicht. (Beifall rechts.)

Präsident: Wenn der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) davon ausgeht, daß mein Vorschlag aus Rücksichten der Bequemlichkeit gemacht sei, so muß ich mich dagegen verwahren. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Mit Bequemlichkeit hat der Präsident der Nationalversammlung wirklich nichts zu tun (sehr gut! bei den Mehrheitsparteien), er läßt sich durch derartige Gesichtspunkte in seinen Vorschlägen nicht bestimmen. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Wenn irgend eine Dringlichkeit vorläge, die es zur Gewissenspflicht machen würde, die Nationalversammlung nicht auseinandergehen zu lassen — meine Herren, mein Gewissen ist so scharf wie das irgend eines Herrn —, dann würde ich nicht wagen, den Vorschlag zu machen, den ich gemacht habe. Aber eine Versammlung ohne wirklich dringenden Arbeitsstoff zusammenzuhalten, ist nach meiner Auffassung nicht zulässig. Der Antrag, den ich dem Hause gestellt habe, wird allen gerecht. Es mögen Verhältnisse und Erscheinungen kommen, welcher Art sie auch sind, wir werden sehr rasch beisammen sein. Irgend eine Gefahr für das Reich, für unser Vaterland entsteht durch meinen Vorschlag nie. Das wollte ich immerhin gegenüber

den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) festgestellt haben. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke.

Dr. Pachnicke, Abgeordneter: Meine Herren, wir haben dasselbe Pflichtgefühl wie die Vertreter anderer Parteien. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Nur reden wir nicht so viel davon!) — Allerdings, wir führen es nicht auf den Lippen, wir haben es im Herzen zu sitzen. (Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Ich kann mitteilen, daß in einer Besprechung, die unter Vertretern aller Parteien beim Herrn Präsidenten stattgefunden hat, bis auf den Herrn Kollegen Schultz völlige Übereinstimmung darüber erzielt worden ist, daß der Herr Präsident dem Hause diesen Vorschlag, wie er es getan hat, unterbreiten soll. Wir sind durchaus in der Lage, wenn die allerdings hochgespannte politische Situation es erfordert, sofort zusammenzutreten. Es bedarf dann nur einer telegraphischen Einberufung, die tatsächlich in Aussicht genommen ist, und wir werden dann sofort zur Stelle sein. Ist es aber nötig, daß aus irgendeinem besonders dringenden Anlaß eine Besprechung unter den Parteiführern stattfindet, so ist auch dafür gesorgt; denn es arbeitet sowohl der Verfassungsausschuß wie auch — wenigstens einen Teil der kommenden Woche — der Hauptausschuß. Also auch nach dieser Richtung hin wird nichts versäumt werden. Ich bitte das hohe Haus, es bei dem Vorschlage des Herrn Präsidenten zu belassen. (Bravo!)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, Ihnen persönlich gegenüber möchte ich nur sagen, daß es mir nicht eingefallen ist und mir nicht im Traume einfallen wird, Ihnen den Vorwurf der Bequemlichkeit auch nur in der leisesten Form zu machen. Ich habe gesagt, es könnte draußen im Lande der Eindruck entstehen, als wenn die Abgeordneten aus Bequemlichkeitsrücksichten auseinandergehen, während unserer Auffassung nach genügend Beratungsstoff vorliegt.

Dem Herrn Abgeordneten Pachnicke will ich erwidern, daß es richtig ist, daß die anderen Herren bei der Besprechung anderer Ansicht waren. Aber deshalb darf ich doch die Ansicht, die meine Freunde teilen, hier zum Vortrag bringen. Das ist unsere Pflicht.

Ich sehe ja, wie die Abstimmung laufen wird. Sie lassen sich auf nichts ein. Ich will nur hoffen, daß die Befürchtungen, die wir hegen — Sie sprechen selbst von einer gespannten politischen Lage nach verschiedenen Richtungen hin an unserem politischen Himmel — sich nicht bewahrheiten, daß wir nicht wieder etwas Schwereres erlebt haben, wenn wir wiederkommen.

Auf telegraphische Zurückberufung können Sie sich nicht verlassen bei den heutigen Verkehrsverhältnissen. Wie lange braucht man denn von Ostpreußen hierher? Mindestens 3 Tage. Und das Telegramm dorthin braucht auch 1 Tag. Ein sofortiges Wiederzusammentreten der Nationalversammlung ist absolut ausgeschlossen, wenn wir erst einmal auseinander gegangen sind.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bequemlichkeitsgründe können und dürfen für unsere Entschließung selbstverständlich nicht maßgebend sein. Meine Fraktion hat wiederholt bewiesen, daß sie, wenn sie das Zusammenbleiben des Parlaments für notwendig hält, alle anderen Rücksichten beiseite stellt. Wir stimmen in diesem Falle für den Vorschlag des Herrn Präsidenten, weil wir damit die bestimmte Erwartung, daß der drohende Konflikt ausgeglichen werden wird, unterstreichen wollen. Wir setzen allerdings voraus, daß, wenn diese Erwartung sich etwa nicht erfüllen sollte, der Herr Präsident, wie er auch in Aussicht gestellt hat, auf schnellstem Wege das Parlament zusammenberuft.

Präsident: Ich bitte Platz zu nehmen. Bei dem Widerspruch gegen meinen Vorschlag müssen wir abstimmen. Ich wiederhole ihn noch einmal: ich nehme, wenn sich nichts Außerordentliches ereignet, an, daß ich die Nationalversammlung einberufen kann auf Mittwoch der übernächsten Woche. Ich bitte aber um die allgemeine Ermächtigung, die Nationalversammlung einzuberufen und die Tagesordnung zu bestimmen, damit wir auch gesichert sind für den Fall, daß schon vorher die Einberufung erforderlich sein sollte.

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, die meinem Vorschlage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; mein Vorschlag ist angenommen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten.)

33. Sitzung.

Mittwoch den 9. April 1919.

Der Reichsfinanzminister über den Reichshaushaltsplan.

Geschäftliches: Vorlagen, Eingänge, Ausschüsse, Urlaub.
Erste Beratung des Reichshaushaltsplans und des Haushalts der Schutzgebiete für 1919: Schiffer, Reichsminister der Finanzen.
Weiterberatung vertagt. — Nächste Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 25 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen. Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer:**

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Denkschrift über die seit dem 9. November 1918 auf dem Gebiete der Sozialpolitik getroffenen gesetzgeberischen und sonstigen bisherigen Maßnahmen;
2. Verzeichnis der von dem Rate der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen;
3. Entwürfe zu Gesetzen, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919;
4. Entwurf eines Gesetzes über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919;
5. Reichshaushaltsrechnung 1917;
6. Entwurf eines Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt;
7. Verordnung über die Rückgabe der aus Belgien und Frankreich entfernten Maschinen;
8. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt S. 561);
9. Anleihedenkschrift für das Reich 1918.

Präsident: Es sind eine Anzahl Telegramme und Briefe eingegangen, die die verschiedensten Sachen behandeln, Proteste, Zustimmungen usw. usw. Sie liegen zur Einsicht bei einem der Herren Schriftführer offen. Mit Schreiben vom 28. März 1919 beantragt der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Augsburg die Erteilung der

Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Hebel wegen Vergehens gegen die bayerische Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit für den Landtag vom 31. Dezember 1918. Ferner ist mir mit Schreiben des Reichsministers des Innern vom 4. April 1919 der Antrag des Sächsischen Staatsministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Geyer (Leipzig) und Dr. Geyer (Sachsen) auf Grund einer Strafanzeige des Rates der Stadt Leipzig übermittelt. Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, diese Schreiben, wie üblich, dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung hat stattgefunden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgehabt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Kratzig, Dr. Braun (Franken), Feldmann, Sollmann, Heimann, Wurm, Nacken, D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Dietrich (Potsdam), Dr. Rießer, Dr. Becker (Hessen), Frau Pfülf, Frau Schmitz, Dusche, Oertel, Dr. Böhme (Magdeburg), Schmidthals, Wachhorst de Wente, Frau Bollmann, Pokorny die Abgeordneten Frau Reitze, Dr. Boerschmann, Holl, Pokorny, Frau Pfülf, Dürwell, Blum, Weilnböck, Dr. Oberfohren, Dusche, Oertel, Frau Bollmann, Herold, Dr. Rießer, Dr. Becker (Hessen), Dr. Pachnicke, Nuschke, Dr. Böhmert, Stahl, Gehl; in den 7. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Behm die Abgeordnete Frau v. Gierke; in den 8. Ausschuß für die Herren Abgeordneten Rheinländer, Schultz (Bromberg), Dr. Philipp, Dr. Cohn, Wels, Dr. Zöphel, Keil, Becker (Nassau), Rauch, Meier (Sachsen), Koch (Cassel), Schneider (Franken), Dr. Sinzheimer, Frau Neuhaus, Frau Juchacz, Dürwell, D. Dr. Kahl, Katzenstein, Dr. Kaas, Dr. Ablaß, Dr. Seyfert, D. Traub, Rheinländer, Frau Mende, Nuschke, Frau Juchacz, Frau Pfülf, Dr. Beyerle die Herren Abgeordneten Becker (Nassau), Dr. Philipp, D. Traub, Dürwell, Frau Pfülf, Dr. Seyfert, Heimann, Dr. Kaas, Trinks, Frau Juchacz, Weiß, Dr. Beyerle, Keil, Rheinländer, Hoch, Dr. Cohn, Frau Mende, Frau Juchacz, Becker (Nassau), Dr. Zöphel, Nuschke, Schultz (Bromberg), Dr. Hitze, D. Dr. Kahl, Dr. Ablaß, Katzenstein, Fischer (Berlin), Frau Dransfeld.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Stolten und Dr. Becker (Hessen) für 4 Tage, Dirr für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste Beratung der Entwürfe von Gesetzen, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919 — (Nr. 226 der Drucksachen).

Für die Beratungen des Haushalts der Reichspost- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei sind als Kommissare angemeldet:

Unterstaatssekretär im Reichsministerium Teucke, die Direktoren im Reichspostministerium Köhler, Aschenborn, Dr. König, Ronge, Bredow, die Geheimen Ober-Posträte Schrader, Litzrodt, Röthe, Hofmann, von der Linde, Klaus, Hübner, Feyerabend.

Ich eröffne die erste Beratung und erteile das Wort dem Herrn Reichsfinanzminister.

Schiffer, Reichsminister der Finanzen und Vertreter des Reichsministerpräsidenten: Meine Damen und Herren! Es ist eine undankbare Aufgabe, in dieser Zeit großer politischer Ereignisse und sich überstürzender Vorgänge Ihre Aufmerksamkeit auf das trockene Gebiet der Zahlen zu lenken. In Wahrheit ist aber die Kluft zwischen der großen Politik und der Finanzpolitik, wie sie im Etat ihren Niederschlag findet, weitaus nicht so groß, wie es zunächst den Anschein hat. Denn wie alles menschliche Tun, so findet auch die Politik bald schneller, bald weniger schnell, bald unmittelbar, bald mittelbar ihren Niederschlag, ihren Ausdruck schließlich im Geld, und auch der kühnste Gedanke wird endlich vor die Frage gestellt: was kostet seine Ausführung? Wer Politik nicht unter diesen Gesichtspunkten treibt, der läuft Gefahr, sich in bloße luftige Gedanken zu verlieren und eine Politik zu betreiben, die jedenfalls nicht den Namen der Realpolitik verdient. Aus diesem Grunde begrüße ich von meinem Standpunkt als Finanzminister es mit einer gewissen Genugtuung, wenn gewohnheitsmäßig bei der Beratung des Etats die Debatte sich keineswegs bloß auf seine Positionen beschränkt, sondern weit hinausgreift in alle Gebiete der Politik. Ich sehe darin das Zugeständnis und Anerkenntnis, daß eben keine Politik getrieben werden kann, die nicht auf metallischer Grundlage beruht. Wenn eine Politik betrieben würde, die anders wäre, so wäre es eine dilettantische Phantastik, von der wir uns heute mehr als je fernhalten müssen; denn keine Zeit ist weniger geeignet, und *kein Volk weniger berufen als das unsrige*, sich zum Experimentalgegenstand für bloße Konstruktionen, *sich zum Probierstein für Kombinationen und graue Theorien, seien sie politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art, zu machen.* (Sehr richtig!)

Der Etat, den ich vorzulegen die Ehre habe, ist kein **Friedensetat.** Er kann es auch nicht sein, denn wir haben noch keinen Frieden. Aber er ist ein erster Schritt zu einem Friedensetat hin. Er ist Friedensetat insofern, als ein großer Teil, der wesentliche Teil des ordentlichen Etats, auf Schätzung beruht, und wir hiermit abgehen von der im Kriege beobachteten Gewohnheit, die fiktiven Zahlen des letzten Friedensjahres einzustellen. Das ist die Betätigung jenes Prinzips, das ich an die Spitze meiner Amtsführung gestellt habe, des Grundsatzes der möglichsten Wahrheit und Wahrhaftigkeit, der Durchsichtig-

keit und Klarheit der gesamten Finanzgebarung. Daß diese Schätzungen vorläufige sind, daß ich für ihre Richtigkeit keine Verantwortung übernehme, wie es ja im Wesen aller Schätzungen und Voranschläge liegt, das liegt auf der Hand, wenn man die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen betrachtet. Ich habe mein Möglichstes getan, um jedenfalls der Wirklichkeit so nahe zu kommen, wie überhaupt denkbar ist.

Im übrigen, auf dem großen Gebiet der **Ausgaben für Heer, Marine und Schutztruppen** müssen wir es vorläufig bei der Gepflogenheit der Kriegsetats lassen. Diese Ausgaben sind nicht in den ordentlichen Etat übergeführt, sie stehen im außerordentlichen Etat, sie werden aus den Krediten beglichen, deren letzten Sie bewilligt haben. Ich nehme allerdings an, daß auch dieser Zustand nur noch von kurzer Dauer sein wird; ich gebe mich der Hoffnung hin, daß wir bis zum Oktober in der Lage sein werden, auch auf den genannten Gebieten eine ordnungsmäßige Etatisierung der Ausgaben vornehmen zu können. Bis dahin müssen sie aus dem Pauschale, aus dem bisher gewirtschaftet wird, getragen werden, aus dem Pauschalposten des Krieges und der Demobilmachung. Wie diese Pauschale sich gestaltet haben, wie wir mit ihnen gewirtschaftet haben, das habe ich Ihnen auseinandergesetzt, als ich die Kreditvorlage vom 5. Februar dieses Jahres begründete. Damals ging meine Aufstellung bis zum 31. Januar; ich habe also über diesen Teil unserer Ausgaben Ihnen nur einige kurze Nachträge mitzuteilen.

Am 31. Januar 1919 betrugen unsere **Schatzanweisungen** 58,8 Milliarden Mark. Sie sind seitdem gestiegen auf 63,7 Milliarden Mark. Von dieser ungeheuren Summe befindet sich ein überaus beträchtlicher Betrag, nämlich von 29,9 Milliarden bei der Reichsbank, eine Belastung, die von großer Bedenklichkeit ist, während 33,7 Milliarden im freien Verkehr untergebracht sind. Nehme ich diesen Betrag an Schatzanweisungen in unseren Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln hinein, so zeigt sich, daß dieser Gesamtbedarf von 150,9 Milliarden Mark, der Summe, die sich am 31. Januar ergab, auf 155,3 Milliarden Mark gestiegen ist, wobei die Einnahmen beim Kriegsschatz mit 0,3 Milliarden Mark natürlich unverändert geblieben sind, die Anleihe infolge der Rückkäufe von 92 Milliarden Mark auf 91,2 Milliarden gesunken ist und nunmehr der entscheidende Posten von 63,7 Milliarden Mark Schatzanweisungen anstatt der 58,5 Milliarden Mark eintritt. Aus dieser Summe ersehen Sie zugleich das Abflauen der Ausgaben. Im Januar 1919 hat unser Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln 3,5 Milliarden Mark ausgemacht, im Februar sinkt der Betrag auf 2,7 Milliarden Mark, im März auf 2 Milliarden Mark. Wir können hoffen, daß dieses Sinken nicht bloß bestehen bleibt, sondern sich fortsetzt, und zwar in möglichst schnellem und möglichst starkem Maße.

Ich bitte nun festzuhalten, daß die ganze große Heeres-, Marine- und insoweit auch Kolonialwirtschaft vollständig bestritten wird aus den Krediten, und weil das der Fall ist, weil wir noch Milliarden zur Verfügung haben, mit denen wir aber besonders sparsam umgehen müssen — besonders muß die Abrüstung des Heeres schnell vorgenommen werden —, ich sage, weil wir diese Milliarden haben, ist es möglich gewesen, im übrigen den **außerordentlichen Etat** in verhältnismäßig engen Grenzen zu halten. Denn dieser außerordentliche Etat hat mit Heer, Marine und Schutztruppen grundsätzlich nichts zu tun, deshalb kommen wir im außerordentlichen Etat mit der an sich großen, aber im Verhältnis nicht übermäßigen Summe von 800 Millionen Mark aus. In diesen 800 Millionen Mark sind die Hauptposten: 300 Millionen Mark für das Reichswirtschaftsministerium — das sind die Beihilfen an die deutschen Schiffseigner auf Grund des Gesetzes vom 7. November 1917[1]) —, 210 Millionen Mark für das Reichsarbeitsministerium — darin ist der Rest für die Wiederbelebung der Bautätigkeit 200 Millionen Mark enthalten —, 143 Millionen Mark für die Reichsschuld, wovon 95 Millionen Mark ordentliche Tilgung und 47 Millionen Mark Rückzahlung der 4½prozentigen Schatzanweisungen sind —, und endlich 160 Millionen Mark für die Reichspost, wovon 140 Millionen Mark für Fernsprechzwecke und 20 Millionen Mark für die Fernkabellinie Hannover—Hamburg ausgeworfen sind.

Ich wende mich nun nach diesen Darlegungen über den außerordentlichen Etat dem **ordentlichen Etat** zu. Dieser schließt für das Jahr 1919 mit der Summe von 13 Milliarden Mark ab. Diese 13 Milliarden Mark stehen gegenüber 7,3 Milliarden Mark, mit denen der ordentliche Etat des Jahres 1918 abschloß. Das ergibt einen Unterschied von nicht weniger als 5,7 Milliarden Mark, und von diesen 13 Milliarden Mark sind 7 Milliarden Mark nicht zu decken aus ordnungsmäßigen Einkünften und müssen daher aus neuen Steuern gedeckt werden. (Hört! hört!) Das ist ein durchaus ernster Zustand! Aber der Ernst dieses Zustandes erklärt sich noch daraus, daß wir mit Sicherheit annehmen müssen, daß er erst der Anfang eines noch viel

---

[1]) Gemeint ist das Reichsgesetz vom 7. November 1917 über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte. Durch dieses Gesetz wurde der Reichskanzler ermächtigt, den Eigentümern deutscher Kauffahrteischiffe auf Antrag Beihilfen zu gewähren, für die Ersatzbeschaffung der während des Weltkrieges durch Maßnahmen ausländischer Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse verloren gegangenen oder erheblich beschädigten Schiffe sowie zur Deckung von Aufwendungen für die Schiffe und deren Besatzung während eines Stilliegens im Ausland. Der Reichskanzler kann auch deutschen Schiffsbesatzungen Beihilfen zur Wiederbeschaffung ihrer in Verlust geratenen Habe gewähren. Die Bewilligung erfolgt auf Grund von Vorschlägen eines vom Bundesrat ernannten Reichsausschusses.

ernsteren Zustandes ist (hört! hört!), daß er erst der Auftakt zu einem noch viel schwereren, uns noch mehr belastenden Liede, das uns gesungen wird, darstellt. Das sehen wir nicht bloß, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in diesen Summen die Entschädigungen, die wir in unserem Verhältnisse zur Entente zu zahlen haben, nicht enthalten sind, und nicht enthalten sind die hauptsächlichen finanziellen Lasten, die wir durch die von uns so heiß gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Österreich auf uns nehmen und alles andere, was die Zukunft bringt.

Daß dieser Etat nur ein **Durchgangsetat** ist zu Schlimmerem, ergibt sich aus ihm selbst, wenn wir ihn in Vergleich stellen zum Etat von 1918 und die mit einander in Beziehung stehenden Posten vergleichen. Der Etat von 1919 weist gegenüber dem von 1918 eine Reihe von Mehrausgaben und eine Reihe von Mindereinnahmen auf, denen gegenüber eine Reihe von Mehreinnahmen zwar ebenfalls vorhanden ist, aber so weit verschwindet, daß eben ein Fehlbetrag von 7 Milliarden Mark sich ergibt. Die Mehrausgaben betragen 5,2 Milliarden Mark. Davon entfallen auf die Verzinsung der Reichsschuld 2,2 Milliarden Mark, auf den Allgemeinen Pensionsfonds 1,2 Milliarden Mark, auf Kriegsteuerungszulagen für Beamte, Lohnangestellte, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene 1,6 Milliarden Mark. Die Mindereinnahmen beziffern sich auf 2,2 Milliarden Mark, und zwar bei den Zöllen und Steuern 1,9 Milliarden Mark — eine Folge der Schätzungen, die wir nunmehr vorgenommen haben —, bei den Ausgleichbeträgen 55 Millionen Mark, bei den Betriebsverwaltungen 293 Millionen Mark und bei den Verwaltungseinnahmen 0,4 Millionen Mark, so daß sich ein Fehlbetrag von 7,5 Milliarden Mark ergibt. Diesem Fehlbetrag steht gegenüber eine Mehreinnahme aus dem Bankwesen von 525 Millionen Mark, so daß die 7 Milliarden Mark übrig bleiben, für die wir die Steuern aufzubringen haben.

Diese Zahlen bieten nun wiederum nach mehrfacher Hinsicht Anlaß zu erläuternden Bemerkungen. Ich habe als Mehrbedarf bei dem **Allgemeinen Pensionsfonds** die Summe von 1,2 Milliarden Mark eingestellt. Diese Summe ist zweifellos für die Zukunft viel zu niedrig. (Sehr richtig!) Wir müssen damit rechnen an der Hand der Erfahrungen, die wir nach allen Kriegen gemacht haben, an der Hand der Erfahrung, daß sich die Kriegsschäden bei vielen Menschen erst nachträglich zeigen in Gestalt von allerlei Übeln und Krankheiten, die später erst zutage treten, so daß dieser Fonds um mehr als 3 Milliarden Mark wird erhöht werden müssen. Wir werden auf einen Pensionsfonds von 4,2 Milliarden Mark kommen müssen.

Allerdings liegt insofern aber eine gewisse Hoffnung auf die Zukunft vor, als dieser Pensionsfonds im Laufe der Zeit, nachdem er erst in der von mir geschilderten Weise angeschwollen ist, sich durch Absterben derjenigen vermindern wird, die auf ihn angewiesen sind.

Immerhin werden wir in der nächsten schweren Zeit mit dieser furchtbar gesteigerten Summe zu rechnen haben.

Was die **Zölle** und **Steuern** betrifft, so ergibt sich, wenn man eine Spezialberechnung aufstellt, folgendes. Wir haben im Jahre 1918 3,2 Milliarden Mark als alte Steuern und Zölle im Etat ausgeworfen — das war eben die formale Veranlagung; ich bitte, das immer festzuhalten — und an neuen Steuern 2,8 Milliarden Mark. Das sind also zusammen rund 6 Milliarden Mark. Nun sind die neuen laufenden Steuern aber nicht in diesem Umfange bewilligt worden; es kamen vielmehr im großen und ganzen nur 2,1 Milliarden Mark heraus. Mithin ergibt sich ein Fehlbetrag gegen 1918 schon dadurch von 783 Millionen Mark. Dazu kommen nun Mindereinnahmen infolge der Schätzung, und zwar sowohl bei den alten als auch bei den neuen Steuern, mit 1,9 Milliarden Mark. Es ergibt sich demnach eine Mindereinnahme an Steuern und Zöllen gegenüber 1918 von mehr als 2,6 Milliarden Mark. Dem steht gegenüber eine Mehreinnahme an Steuern von 773 Millionen Mark, insgesamt errechnet sich also eine Mindereinnahme an Zöllen und Steuern von 1919 gegen 1918 in Höhe von 1,9 Milliarden Mark.

Endlich muß ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf die Einnahmen aus dem **Bankwesen** lenken. Es ist natürlich sehr erfreulich, daß wir wenigstens hier einen Lichtblick haben, daß wir hier in diesem großen Umfange Mehreinnahmen hatten. Aber wir müssen, wenn wir von einem höheren und nicht rein fiskalischen Gesichtspunkt die Sache betrachten, nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß wir künftig solche Einnahmen nicht haben (lebhafte Zustimmung); denn diese Einnahmen sind ja die Folge jener übermäßigen Inflation, jenes ganz übertriebenen Geldumlaufs, in den die Reichsbank hineinverwickelt worden ist. Kommen wir erst zu gesünderen Verhältnissen, sind wir erst in der Lage, diese übermäßige Benutzung der Reichsbank, die in die äußersten Grenzen ihrer Kraft hineingeht, zu beheben, dann sinken auch die Einnahmen, und wir müssen die fiskalisch peinlichen Folgen davon tragen und uns mit ihnen abfinden.

Als ich am 15. Februar Ihnen den anderen Teil unserer Finanzwirtschaft, die Entwicklung unserer Kreditwirtschaft, erläuterte, da habe ich mich nicht begnügt, die Gegenwart zu schildern, sondern habe meine Aufgabe darin gefunden, Ihnen eine Kriegsgeschichte des Kredits zu geben. Es würde an sich meine Aufgabe sein, auch heute Ihnen eine Kriegsgeschichte des übrigen Etats, des ordentlichen Etats zu geben. Aber dieser Mühe bin ich durch die **Denkschrift** enthoben, die ich Ihnen bereits vor einiger Zeit vorgelegt habe.

Meine Damen und Herren! Ich bitte, es mir nicht übelzunehmen und mir nicht als falsches Eigenlob meines eigenen Amts auszulegen,

wenn ich sage: diese Denkschrift hat leider nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient hat. Ich möchte Herrn Dr. Pachnicke meinen Dank aussprechen, daß er selbst freundliche und anerkennende Worte gefunden hat. Im übrigen habe ich leider weder in diesem hohen Hause noch in der Presse die Würdigung angetroffen, die diese grundlegende und — ich glaube — mit außerordentlicher Genauigkeit und erschöpfender Gründlichkeit bearbeitete Schrift verdient; ich habe überhaupt das Problem nicht richtig bearbeitet gefunden, das in ihr steckt. Diese Schrift ist nichts mehr und nichts weniger als eine übersichtliche Zusammenstellung alles dessen, was sich auf dem schwierigen und im letzten Ende grundlegenden Gebiete des Etats im Kriege vollzogen hat. Auf diese Denkschrift darf ich Sie verweisen.

Aber es ist vielleicht nicht unangebracht, wenn ich hier einige der Hauptpunkte, die Ihnen gewissermaßen die Übersicht an die Hand gibt, vortrage, um auf diese Weise Ihnen einen Einblick in die geschichtliche Entwicklung des Etats zu verschaffen. Ich kann dabei nach dem, was ich über die Aufstellung dieses Etats Ihnen wiederholt gesagt habe, nicht an den Etat der Einzeljahre anknüpfen, ich muß vielmehr an die Rechnungsabschlüsse anknüpfen; denn es kommt nicht darauf an, was geschätzt worden ist, sondern darauf, was sich wirklich ergeben hat. Hierbei zeigen sich dann allerdings ganz außerordentliche Schwankungen, die nicht auf den ersten Blick in ihrer Kausalität zu erkennen sind. Das Jahr 1913 lieferte als wirklichen Rechnungsabschluß einen Überschuß von 20 Millionen Mark. Es ist nicht zu leugnen, daß das das Zeichen einer Gesundung unserer Finanzen war. Wie man sich auch zu der vielumstrittenen Finanzreform des Jahres 1909 stellen mag: es muß anerkannt werden, daß jedenfalls in ihrem Verfolg die Finanzen einer Gesundung entgegengeführt worden sind (hört! hört! rechts), wobei ich völlig dahingestellt sein lasse, ob die Gesundung eine Folge der Gunst der Verhältnisse oder der Kunst des Gesetzgebers gewesen ist. Aber gerechterweise müssen wir feststellen: im Jahre 1913 waren unsere Finanzen gesund. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört! — Zuruf rechts: Endlich eine Rechtfertigung!) — „Endlich eine Erklärung" will ich sagen. (Heiterkeit rechts.) Ich möchte mich aber in diesen Streit der Vergangenheit um so weniger einmischen, als die Gegenwart — glaube ich — an Streit genug hat. Das folgende Jahr, das Jahr 1914, bringt — und das ist vielleicht auf den ersten Blick ganz besonders auffallend — einen noch höheren Überschuß, es bringt einen Überschuß von 219 Millionen Mark. Das ist nun aber sicherlich nicht eine Folge der früheren Finanzierung, sondern es ist eine Folge davon, daß die gesamte Masse der Heeres- und Marineausgaben herausgenommen worden ist, so daß es sich hier einfach um eine Folge einer Rechnungsoperation handelt, von der wir nach außen einen so günstigen Erfolg erzielten. Leider hielt diese Rechnungsoperation mit

ihren angenehmen Folgeerscheinungen nicht lange vor. Im Jahre 1915 kommen wir bereits auf ein Minus von 22 Millionen Mark. Dieses Minus steigt im Jahre 1916 auf 1,1 Milliarden Mark, im Jahre 1917 auf 891 Millionen Mark. Das Jahr 1918 bringt uns nach den jetzt getroffenen Feststellungen voraussichtlich ein Minus von 770 Millionen Mark.

Die Defizite, die sich hier ergeben haben, und die ich Ihnen vorgetragen habe, sind nun gedeckt worden nicht durch Defizitanleihen — unsere Sehnsucht nach Anleihen ist ja in reichem Maße auf anderen Gebieten befriedigt worden —, sondern sie sind gedeckt worden aus den Erträgen der Kriegssteuer, die allerdings an sich hierzu nicht bestimmt war. Zwar hatte das Kriegssteuergesetz zunächst die Deckung des Defizits des Jahres 1916 vorgesehen; es ergab sich aber bald, daß auch die übrigen Defizite aus dieser Summe gedeckt werden mußten. Es kam ein Ergänzungsgesetz für das Jahr 1917, und Sie haben ja heute oder bereits gestern den Entwurf eines neuen Gesetzes bekommen, wonach auch das Defizit des Jahres 1918 aus den Erträgen der Kriegssteuer gedeckt werden soll. Geschieht das, so ist allerdings die Hälfte des Ertrages der Kriegssteuer mit 2,7 Milliarden Mark dem ursprünglichen Zweck, der Abdeckung der Kriegsschuld, entfremdet (hört! hört!); wir haben dann die Hälfte der Kriegssteuer benutzt, um die Defizite früherer Rechnungsjahre zu decken, und nur die zweite Hälfte ist dazu bestimmt, die Kriegsschuld — was die ursprüngliche Aufgabe der Kriegssteuer war — abzubürden. Immerhin hat dieses Verfahren den Vorteil, daß wir nunmehr unbelastet durch ein Defizit oder durch eine Defizitanleihe in das neue Etatsjahr hineingehen können. Dieses letzte Etatsjahr 1918, das in der Denkschrift naturgemäß nur mit drei Vierteln angesetzt werden konnte, möchte ich nunmehr Ihnen in seiner Gesamtheit vorführen. Dann ergibt sich folgendes Bild.

Die Mindereinnahmen gegen den Etat betrugen an Zöllen und Steuern 946 Millionen Mark. Ich bemerke: das sind die Mindereinnahmen, die sich tatsächlich gegenüber dem formalen Etatsanschlag ergaben. (Zuruf.) — Nein, nicht gegen die Schätzung, denn in diesem Etat war ja keine Schätzung, sondern die formale Einstellung!

Die Betriebsverwaltungen ergeben eine Mindereinnahme von 500 Millionen Mark, die Verwaltungseinnahmen eine solche von 7,4 Millionen Mark, zusammen 1,4 Milliarden Mark. Die Mehrausgaben mit Einschluß eines Mehrbedarfs für Schuldenzinsen mit 600 Millionen Mark ergeben 611 Millionen Mark, so daß ein Fehlbetrag von rund 2 Milliarden Mark übrig bleibt. Davon sind durch Mehreinnahmen 1,2 Milliarden Mark gedeckt, und zwar sind diese Mehreinnahmen verteilt auf die Ausfuhrgebühren, die wir nach meiner Meinung zu spät erhoben haben (sehr richtig!), mit 540 Millionen

Mark und auf das Bankwesen mit 711 Millionen Mark; hinzutreten Minderausgaben mit 43,8 Millionen Mark, so daß sich der Fehlbetrag mit 769, rund also 770 Millionen Mark ergibt.

Es ist nun interessant, auf dem Gebiete der Einnahmen und Ausgaben zu sehen, wie sich im Laufe dieser Kriegsjahre auf den einzelnen Feldern die Entwicklung vollzogen hat, und da zeigt sich folgendes.

Die **Betriebsverwaltungen** — also in der Hauptsache Post- und Eisenbahnbetriebe — haben im Jahre 1913 einen Überschuß von 140 Millionen Mark ergeben. Im Jahre 1914 ergibt sich ein Fehlbetrag von 54 Millionen Mark, 1915 ein Fehlbetrag von 42 Millionen Mark, 1916 ein Fehlbetrag von 50 Millionen Mark, 1917 ein Fehlbetrag von 140 Millionen Mark, — also genau soviel Fehlbetrag, wie im Jahre 1913 Plus gewesen ist —, und im Jahre 1918 wird der Fehlbetrag 422 Millionen betragen. (Hört! hört!)

Auf dem Gebiete der **Zölle** sinken die Erträge vom Jahre 1913 von 679 Millionen Mark über 561 Millionen, 360 Millionen, 348 Millionen, 233 Millionen bis auf 154 Millionen Mark herab.

Die **Branntweinsteuer** ergibt im Jahre 1913 194 Millionen Mark, im Jahre 1918 20 Millionen. Die Brausteuern und Übergangsabgaben von Bier betrugen im Jahre 1913 130 Millionen Mark und sinken über 131, 78, 55 und 20 bis auf 22 Millionen Mark herab.

Nun aber die umgekehrte Seite, die Lichtblicke. Da ist die vielgeliebte **Zigarettensteuer**. Sie war im Jahre 1913 mit der bescheidenen Summe von 43 Millionen Mark angesetzt. 1914 steigt sie auf 55 Millionen, 1915 auf 66 Millionen, 1916 auf 84 Millionen, 1917 schnellt sie auf 132 Millionen und 1918 auf voraussichtlich 233 Millionen Mark empor. Der Kriegsaufschlag vom Jahre 1916 bringt im ersten Jahre 101, im Jahre 1917 270, im Jahre 1918 voraussichtlich 435 Millionen Mark.

Die **Kohlensteuer**, die allerdings zum großen Teil, wie ich gleich bemerken muß, vom Reiche selbst gezahlt wird, von einer Tasche in die andere geht, steigt von 413 Millionen Mark im Jahre 1917 auf etwa 727 Millionen Mark im Jahre 1918.

Von den **Ausgaben** bleiben die **für die Zivilverwaltung** im wesentlichen gleich oder steigen nicht erheblich. Sie haben im Jahre 1913 196 Millionen Mark betragen und bewegten sich über 222 und 179 Millionen Mark bis auf 191 Millionen Mark im Jahre 1917.

Dagegen steigt die **Reichsschuld** natürlich in einem furchtbaren Maße. 147 Millionen Mark sind im Jahre 1913 für ihre Verzinsung verausgabt worden, das Jahr 1914 bringt 376 Millionen, das Jahr 1915 1,2 Milliarden, das Jahr 1916 2,5 Milliarden, das Jahr 1917 4,2 Milliarden und das Jahr 1918 wird 6,4 Milliarden Mark erfordern.

Meine Damen und Herren! Ich habe damit Ihnen Bau und Entstehung des Etats in seinen allgemeinen Zügen dargelegt und möchte nun auf einzelne mir besonders wesentlich erscheinende Punkte eingehen. Ich vermeide es, zuviel Einzelheiten zu bringen. Sie werden selbst Gelegenheit haben, beim Studium des Etats diese Einzelheiten sich vor Augen zu führen, und die Kommissionsberatungen werden ja weiterhin noch Anlaß und Raum genügend verleihen, um auf solche Einzelheiten einzugehen.

Im allgemeinen wird Ihnen auffallen die außerordentliche **Steigerung der Fonds**, die für die Geschäftsbedürfnisse und Hilfeleistungen angesetzt sind. Diese Steigerung ist eine naturgemäße Folge der wirtschaftlichen Bedürfnisse. Es ist eben alles teurer geworden, alle Materialien, alle Löhne, alle Entgelte; und dem mußte Rechnung getragen werden. Nachdem diese Fonds in den letzten Jahren schon, was ja etatsrechtlich zulässig ist, fast durchweg ganz außerordentlich überschritten worden waren, erschien es angemessen, sie von vornherein reichlicher zu dotieren, als das der Fall gewesen war. Aber gerade diese Steigerung der Fonds läßt in ganz besonders eindringlicher Weise an uns die Mahnung ergehen, Sparsamkeit zu üben. Wir müssen, je höher die Preise sind, die das Reich auf allen Gebieten zu zahlen hat, das **Gebot der Sparsamkeit**, das ja der Finanzminister nicht zum ersten Male an Sie richtet, eine Mahnung, die ja im allgemeinen von Ihnen gut aufgenommen worden ist, in weit höherem Maße zur Richtschnur unseres Handelns machen, als es bisher der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!) Aber die freundliche Zustimmung, die mir eben zuteil geworden ist, genügt mir nicht. Ich muß Sie dringend bitten, es nicht bei dieser Zustimmung bewenden zu lassen, sondern auch ihre Haltung faktisch danach einzurichten. Sie werden zugeben, daß, wenn Sie unvoreingenommen unsere Geschäfte jetzt und in früheren Jahren betrachten, es nicht immer das Richtige gewesen ist, wenn ich mich mild ausdrücken darf, daß im allgemeinen der Drang des Parlaments zu Ausgaben viel stärker gewesen ist, als jemals von der Regierung verlangt war. Das ist an sich eine Umkehrung des natürlichen Verhältnisses. Es ist nicht bloß geschichtlich, sondern im Wesen der Sache begründet, daß die Volksvertretung den Daumen auf den Säckel hält, daß sie sich, wenn auch in großzügiger Weise, immer das erst abringen läßt, was gezahlt werden muß, nicht aber daß sie zur Zahlung anreizt und der Regierung es überläßt, die Deckungsmittel zu schaffen. Ich verkenne nicht, daß der Gegensatz kein so absoluter ist, wie er sich zuerst darstellt. Ich verkenne nicht, daß eine neue Zeit ein derartiges Gebaren in einem gewissen Umfange rechtfertigt, insofern die Volksvertretung neue Quellen eröffnete, von sich aus, an deren Erschließung die Regierung aus verschiedenen Rücksichten schwer herangegangen ist. Aber jedenfalls ist die Lage jetzt so, daß es grundsätzlich doch wohl

richtig ist, wenn die Volksvertretung zu dem wieder an sich gegebenen alten Standpunkt zurückkehrt und ihrerseits nicht auf Ausgaben drängt, die dann die Regierung aus diesen und jenen, manchmal schwer zu erschließenden Quellen erst decken muß.

Ein derartiger, mindestens äußerlicher Widerspruch zeigt sich auch auf einem Gebiete, bei dem ja die Kosten, die Ausgaben einerseits und der Drang nach Steigerung dieser Ausgaben andererseits, eine außerordentlich große Rolle spielen. Das ist das Gebiet des **Beamtentums.** Die Volksvertretung verlangt, daß das Gros der Beamten möglichst aufgebessert oder doch mit reichen Teuerungszulagen bedacht werden soll, und weist insbesondere darauf hin, daß der gesunkene Geldwert die bisherigen Bezüge als völlig unzureichend, jedenfalls aber für ein standesgemäßes, wenn nicht sogar für ein notdürftiges Leben unzureichend erscheinen läßt. Aber im selben Atemzuge ist in der Kommission dieses Hauses der Wunsch geäußert worden, bei den höheren und höchsten Beamten Abstriche zu machen, obgleich doch der Geldwert auch ihrer Bezüge in dem gleichen Maße gesunken ist und auch ihnen, wenn man von dem Standpunkte den niederen Beamten gegenüber hätte ausgehen wollen, eine Aufbesserung hätte zuteil werden müssen.

Ich verkenne aber nicht, daß auch dieser Gegensatz nur ein bedingter ist. Es wäre ja immerhin möglich, daß in der Tat die Not der unteren und mittleren Beamten ebenso groß ist, wie der Überfluß der hohen und höchsten Beamten in ihren Bezügen stark ist. Wir sind deshalb den Wünschen nach beiden Richtungen entgegengekommen. Wir haben gemäß einer Erklärung, die ich selbst in der Kommission abgegeben habe, bei den **Ministern** das Entgelt für diejenigen, die eine **Dienstwohnung** nicht haben, auf die Hälfte herabgesetzt, indem wir grundsätzlich statt 20 000 Mark 10 000 Mark eingesetzt haben. Wir sind natürlich bereit, auch die weitergehenden Ansprüche auf Herabsetzung, die damals in der Kommission geäußert worden sind, einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Ich möchte bloß darauf aufmerksam machen, daß bei *dieser Frage der hohen Gehälter* einmal der finanzielle Effekt naturgemäß nicht sehr groß sein kann, daß aber außerdem ein Gesichtspunkt in Frage kommt, nämlich die Sorge, *geeignete Kräfte überhaupt für diese hohen und höchsten Stellen zu erlangen.* (Sehr richtig!) *Die* **Flucht** *tüchtiger Elemente* **aus dem Staatsdienst** *nimmt in beängstigender Weise zu.* (Hört! hört!) Es ist sehr schwer, Männer des freien Berufs, die über ein großes Einkommen verfügen, in dieser Zeit überhaupt zur Übernahme solcher Stellen zu bekommen, und sehr schwer, tüchtige Leute festzuhalten, wenn ihnen an anderen Stellen ein hohes Einkommen winkt. Ein gewisser Ausgleich wird deshalb doch wohl in Erwägung gezogen werden müssen.

Vorbereitet ist, entsprechend den Ankündigungen, die ich gemacht habe, eine **Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes** nach der Richtung der Pensionen. Eine Frage, die ja gerade bei der Gestaltung der Ministerien im gegenwärtigen Augenblick sicherlich dringend ist.

Sind wir also den Wünschen des Parlaments in Beziehung auf die Herabsetzung hoher Gehälter entgegenkommend, so haben wir, wie Ihnen ja bekannt ist, die Gesamtsumme, die allerdings zum Teil aus dem Kriegsfonds übergeführt worden ist, in dem sie früher gesteckt hat, von 1,6 Milliarden Mark für **Teuerungszulagen** für Beamte, Lohnangestellte, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene eingesetzt. Wir haben das in der Erkenntnis getan, daß diesen wertvollen Schichten unseres Volkes die Hilfe nicht versagt werden darf, die sie notwendig brauchen, um überhaupt fortexistieren zu können.

Wir konnten diese Hilfe um so weniger versagen, als wir auf die Arbeit dieser Schichten einen ganz außerordentlichen Wert gelegt haben und legen müssen. Wir haben im deutschen Beamtentum ein köstliches Erbe aus der Vergangenheit. Jedes Volk hat seine eigene Struktur. *Daß das deutsche Volk auf der Grundlage des preußischen Staatswesens aufgewachsen ist in weitem Rahmen als ein Volk, das auf einem tüchtigen, unbestechlichen, arbeitsamen, genügsamen Beamtentum ruhte, das ist etwas, was ich als einen Vorzug betrachte und nicht aufgeben möchte.* (Bravo!) Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß uns dieses Beamtentum erhalten bleibt.

Natürlich wird auch dieses Beamtentum durch die Anschauungen der neuen Zeit berührt. Natürlich müssen auch wir dafür sorgen, daß die Ausstrahlung dieser neuen Zeit und der neuen Anschauungen vor dieser Schicht nicht Halt machen. Wir müssen ein neues **Beamtenrecht** schaffen. Wir sind bereits am Werke dazu. Wir haben — und das ist wiederum im Etat zum Ausdruck gebracht — im Reichsministerium des Innern zwei Stellen ausgeworfen, in denen die Neuordnung des Beamtenwesens grundsätzlich, praktisch, legislatorisch und verwaltungsmäßig durchgeführt werden soll. Die eine dieser beiden Stellen soll von einem bewährten Manne aus dem Kreise der mittleren Beamten selbst ausgefüllt werden.

Wir werden also ein modernes Beamtenrecht schaffen, wohlgemerkt in dem Sinne, wie überhaupt ein Beamtentum aufrechterhalten werden kann, als eine Eigenart, die Rechte, die aber auch Pflichten in sich enthält; denn auch das Beamtentum kann die Vorrechte, die mit seinem Stande, mit seinem Berufe, mit seiner Tätigkeit und seinen Existenzbedingungen verknüpft sind, gegenüber dem übrigen Volk nur in Anspruch nehmen, wenn es sich bereitwillig auch den

Pflichten in hervorragendem Maße unterwirft, die diesen Vorrechten entsprechen.

Die Rechte allein machen es nun aber nicht. Es gehört dazu nun einmal auch hier die Regelung der materiellen Unterlagen, aus denen der Mensch seine Daseinsmöglichkeit zieht. Hier allerdings wirft sich die Frage auf: wie können wir, wenn die Preissteigerung anhält oder sich fortsetzt, den Beamten das Genügende geben, ohne mit unseren Finanzen in Widerspruch zu kommen? Meine Damen und Herren! Es gibt nach meiner Meinung nur ein Heilmittel, ein Heilmittel, das sich aber keineswegs nur aus finanziellen Gesichtspunkten heraus empfiehlt: **Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden.** Darauf müssen wir hinaus. (Sehr richtig!) Nicht durch eine übermäßige Ausnutzung und Aussaugung der einzelnen Beamtenkräfte, nicht durch Überlastung, wie sie leider im Krieg vielfach stattgefunden hat und auch stattfinden mußte, sondern durch eine anderweite glücklichere Verteilung, durch Freimachung der Kräfte, besonders der unteren und mittleren Beamten, zur Übernahme von Diensten, die sie leisten können, durch eine Übertragung einer Zahl von Geschäften, die jetzt vom Staate übernommen worden sind, auf die freie Tätigkeit, durch die Einschränkung des Schreibwerkes, durch die Hereinnahme moderner technischer Erfindungen, im großen und ganzen aber immer unter dem Gesichtswinkel, daß eine allzu große Zahl von Beamten weder für die Beamtenschaft selbst noch für die Allgemeinheit ein Segen ist.

Diesem Bestreben treten nun allerdings Gesichtspunkte entgegen, die sich uns von ganz anderen Gebieten her aufdrängen. Die Sozialisierung, im weitesten Sinne genommen, würde es mit sich bringen, daß wir, wenn wir auf der einen Seite die Zahl der Beamten vermindern, diese auf der anderen Seite wieder, und zwar sehr erheblich, vermehren müßten. (Sehr richtig! rechts.) Da muß ein offenes Wort gesprochen werden. Ich habe vorhin meiner Schätzung des Beamtentums in allen Beziehungen, auf Charakter sowohl wie Intelligenz und Tüchtigkeit, rückhaltslos Ausdruck gegeben. Aber auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können (Zustimmung), wenn es nicht zum Schaden der Allgemeinheit geschieht. (Erneute Zustimmung.) Dinge, die den freien Berufen, besonders dem freien, selbständigen Kaufmann, Gewerbetreibenden, Landwirt, überlassen sind, können auch von den tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. (Lebhafte Zustimmung links und rechts.) Es liegt in der Natur der Sache, daß die Fähigkeiten und die Vorzüge des Beamten ganz wo anders liegen als die eines freien Mannes. Der Beamte kann gar nicht die Initiative, die Verantwortlichkeit und die Selbständigkeit haben, die ein Vorzug der andern sind.

Sie würden bei ihm sogar in das Gegenteil umschlagen und ihm übelgenommen werden. Der Beamte ist an den Etat gebunden, er muß an ihn gebunden sein. Der Beamte ist an die Weisung seiner Vorgesetzten gebunden, er muß ihnen Rechenschaft ablegen und ihre Entschließung einholen, er muß mit der Kontrolle des Parlaments rechnen. Das alles ist unvereinbar mit einer Tätigkeit, die schnelle, verantwortungsvolle, selbständige Entschlüsse mit sich bringt. (Lebhafte Zustimmung. — Zurufe rechts.) — Ich bitte, wir müssen uns das klar machen und dürfen nicht etwas tun, was nach meiner Meinung das Beamtentum diskreditieren und die Allgemeinheit schädigen würde. (Sehr richtig! rechts.) Wir dürfen nicht das **Wirtschaftsleben bureaukratisieren.** (Sehr richtig! links. — Lebhafte Zustimmung und Zurufe rechts.) Das wäre ein schwerer Schaden; ich sage das nicht etwa, weil ich ein Gegner der Sozialisierung bin, die ich in gewissem Umfange durchaus billige und für notwendig halte, sondern weil ein an sich guter Gedanke schließlich etwas Schädliches anrichtet, wenn er mit unzulänglichen, unzureichenden Mitteln zur Ausführung gebracht wird. Deshalb müssen wir ganz klar und deutlich ins Auge fassen: können wir das, was nach dieser Richtung vielleicht wünschenswert ist — darüber läßt sich ja sprechen — durchführen? Haben wir das Material? Und da bitte ich, Vorsicht walten zu lassen, gerade mit Rücksicht auf die von mir hochgeschätzten Beamten, aber auch allerdings mit Rücksicht auf das Wirtschaftsleben, ohne das wir überhaupt nicht existieren können. (Bravo!)

Die Gefahr einer gewissen Bureaukratisierung droht auf einem anderen Gebiete, auf das man zunächst hier nicht kommen würde. Das ist ein Gebiet, das auch in diesem Etat eine größere Vertretung als sonst gefunden hat: auf dem Gebiete der **Presse.** Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten eingesetzt, nämlich **Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland** mit einem Mehrbetrag von 2,7 Millionen Mark und Beihilfen des Reichs zur Verbesserung der Einrichtungen des Auswätrigen Amts für das wirtschaftliche Auslandsnachrichtenwesen mit 800 000 Mark. Dazu kommt die Stelle eines Direktors im Reichsministerium. Das ist viel. Aber, meine Damen und Herren, wir stimmen wohl, glaube ich, überein, wenn wir sagen, daß damit nur alte Versäumnisse gut gemacht worden sind. Wir haben vor dem Kriege in der Tat in der Richtung der Aufklärung, in der Richtung der Propaganda und der Benutzung der Presse es fehlen lassen und haben bitter dafür büßen müssen.

Nun haben wir allerdings im Kriege das Versäumte nachzuholen versucht. Auf Geld allein kam es im Kriege nicht an, es wurde mit vollen Händen hinausgeworfen. Der Erfolg war kein guter. (Sehr

wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Es zeigt sich auch hier: ohne Geld läßt sich nichts machen, aber Geld allein tut es auch nicht. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Gerade das Instrument der Presse muß von kunstgeübter Hand gespielt werden, sonst kommt man auch mit dem Geld nicht zu denjenigen Erfolgen, die wir Steuerzahler wünschen. Es wird deshalb jetzt nach vielem Experimentieren auf diesem Gebiete darauf Bedacht genommen werden müssen, unter Verwertung derjenigen Erfahrungen, die wir gemacht haben, das Pressewesen, mit dem trotz aller Versuche, die angestellt worden sind, doch niemand zufrieden gewesen ist, auf eine gesunde Basis zu stellen.

Im großen ganzen kommt es hier beinahe noch mehr als auf jedem anderen Gebiet auf Persönlichkeiten hinaus, Persönlichkeiten, die zugleich Journalisten und Politiker sind (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und die auf diese Weise eine enge, ich möchte sagen: schöpferische Fühlungnahme miteinander haben. Es geht nicht, daß man die Presse als einen ungebetenen und unwillkommenen Gast betrachtet, den man nur dann zu sich lädt, wenn man ihn braucht. Wir leiden im allgemeinen darunter, daß wir der Presse gegenüber zuviel Angst und zu wenig Respekt gehabt haben. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.) Man muß versuchen, die Presse zu verständnisvollem Mitarbeiten in den großen Fragen unseres öffentlichen Lebens heranzuziehen. Gelingt das, dann, bin ich der Überzeugung, wird man es zwar an solchen neuen Organisationen nicht fehlen lassen dürfen, aber das Übermaß an Organisationen, unter dem wir gegenwärtig leiden, müssen wir abstellen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn jedes einzelne Reichsamt, auch solche, die zum Abbruch bestimmt sind, Hunderte von Herren in seinem Presseamt beschäftigt, so ist das ein Übermaß, eine Hypertrophie, die zu allem anderen eher als zur Gesundung führt. Und wenn nun hier und da, wie es leider der Fall zu sein scheint, mit Reichsmitteln auf dem Gebiete der Presse und der Propaganda Mißbrauch getrieben worden ist (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), indem mit Reichsmitteln für einzelne Parteien Propaganda getrieben wurde, so kann ich das namens der ganzen Reichsregierung als durchaus tadelnswert und abschaffenswert bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Reichsmittel gehören dem Reich und nicht einer einzelnen Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Es wird ja Gelegenheit gegeben werden, an der Hand einer Anfrage, die bereits vorliegt, das noch näher darzutun, und ich kann die Versicherung geben, daß hier rücksichtslos durchgegriffen werden wird.

Die Presse gehört ja wohl schon in das Gebiet, auf dem wir Deutschen als Volk der Denker und Dichter uns besonders wohl fühlen, das Gebiet des Geistes, und das leitet mich hinüber zu denjenigen Etatsposten, die sich mit wissenschaftlichen Zwecken und insbesondere mit **Forschungsinstituten** beschäftigen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, so zurückhaltend und sparsam der Etat im übrigen dotiert worden ist, gerade nach dieser Richtung hin eine Anzahl von Neueinstellungen festzustellen sind. Es ist neu eingesetzt ein laufender Beitrag für das **Institut für Metallforschung** im Betrage von 25 000 Mark und ein einmaliger Betrag von 500 000 Mark. Es sind ferner eingesetzt die Kosten für die Errichtung eines **Textilforschungsinstituts** mit 5 Millionen Mark, ferner Beträge für den Normenausschuß der deutschen Industrie, für den Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung und für wissenschaftliche Arbeiten des Vereins deutscher Ingenieure. Diese Beiträge, die zum großen Teile Hand in Hand gegeben sind mit Beiträgen der Industrie und des Wirtschaftslebens, dienen aber nicht bloß rein wissenschaftlichen Zwecken, sondern sie sind von besonderer — und das ist symptomatisch und sympathisch — Bedeutung deshalb, weil sie die Anwendung der Wissenschaft auf das praktische Leben vorbereiten. Solche Einrichtungen sind nicht bloß in den Posten, die ich vorgetragen habe, vorgesehen, sondern es gibt beinahe kein indirektes Steuergesetz, sei es das Branntweinsteuergesetz, das Biersteuergesetz, das Weinsteuergesetz, das Kaligesetz, bei dem nicht ebenfalls derartige Institute vorgesehen sind. Das beruht auf der Erfahrung, daß die Fortschritte unserer Wirtschaft — und nicht zum mindesten gerade während des Krieges — im weitesten Umfang auf den Ergebnissen der angewandten Wissenschaft beruhen. Unsere Techniker, unsere Physiker, unsere Chemiker haben Ergebnisse geliefert, die dieses Wirtschaftsleben zum Teil allein befähigten, sich während des Krieges zu halten, und die dem Wirtschaftsleben während des Krieges die äußerste Förderung haben angedeihen lassen.

Neben dieser Förderung des Wirtschaftslebens in technischer und wissenschaftlicher Beziehung steht die **Förderung des sozialpolitischen Gesichtspunktes.** Außer den großen Aufgaben, die dem Reiche nach dieser Richtung obliegen und im Etat auch ihren Ausdruck gefunden haben, haben wir hier die Summen, die für die Kriegsbeschädigten eingestellt sind. Es sind eine große Reihe von Stellen im Arbeitsministerium geschaffen worden, und ich weise insbesondere auf die 100 000 Mark hin, die eingestellt sind zur Förderung der auf die sittliche und gesundheitliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend, gerichteten Bestrebungen und auf den Mehrbetrag von 100 000 Mark zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Gerade dieses letztere Institut ist ein Musterinstitut gewesen,

es ist das alte Kaiserin-Augusta-Viktoriahaus, das jetzt in große finanzielle Schwierigkeiten gekommen ist, weil sich ihm gegenüber eine Art Kapitalflucht geltend gemacht hat, die das Eingreifen des Reichs durchaus notwendig machte.

Leider ist diese **Kapitalflucht** auf anderen Gebieten keine Seltenheit, sie ist so groß, daß ich mich entschließen mußte, die Summe von 2,3 Millionen Mark einzusetzen für die Durchführung der Überwachungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Post und Telegraphie. Meine Damen und Herren, ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahmen, obgleich sie im einzelnen manche Erfolge aufzuweisen haben, den Zweck der Erfolge nur im kleinsten Maße überhaupt erreichen können. Wir können nicht eine chinesische Mauer um Deutschland ziehen. Die Schwierigkeiten, die insbesondere auch bei den jetzigen Zuständen zu überwinden sind, sind ungeheuer. Der Erfolg liegt hauptsächlich darin, daß für anständige Menschen eine Art Warnungstafel ausgehängt ist, und ich glaube, daß diese wohl auch beachtet wird. Aber wir haben leider nicht bloß anständige, sondern sehr viele unanständige Menschen, und diese unanständigen oder auch diese törichten Menschen sind diejenigen, die sich die Maschen des Gesetzes zunutze machen und ihr Kapital nach dem Ausland verschleppen. Die Zustände sind so übel, daß ich noch darauf sinnen muß, noch viel eingreifendere und schwerwiegendere Maßnahmen zu treffen. (Zurufe: Zu spät!) Diese Maßnahmen — ich brauche sie des näheren nicht auszuführen, Sie wissen, woran wir denken — sind so einschneidend, daß es sehr geraten war, mit ihnen zu warten, und wenn ich sie ergreife, werden sie nach rückwärts eine gewisse Wirkung ausüben. Ich habe beschlossen, Herren aus meinem Ministerium zum Studium ähnlicher Vorgänge in den benachbarten Staaten zu entsenden, um eine Unterlage für die Maßnahmen zu gewinnen, deren Schwierigkeiten ich nicht unterschätzen will. Ich bemerke übrigens, daß die **Kapitalauswanderung** nicht unter allen Umständen etwas Schlimmes ist. Die Anlage von Kapital zu werbenden Zwecken dergestalt, daß die Erträge dieser Kapitalanlage im Ausland dem Vaterland zufließen, ist etwas Gutes, was wir früher mit allen Mitteln gefördert haben. Ich gebe auch weiter zu, daß das bloße Auswandern des Kapitals nicht immer geschieht, um sich um die Steuern zu drücken. Vielfach — im Augenblick ist das vielleicht gerade die Mehrzahl der Fälle — flieht das Kapital aus einfacher Angst, aus Angst, daß es beschlagnahmt, daß es weggenommen wird, ohne daß dabei der Gedanke vorwaltet, sich auch der Steuerpflicht zu entziehen. Aber ein recht erheblicher Teil, fürchte ich, hat doch diesen dolus, und wenn nicht den dolus directus, dann den dolus eventualis. Sie mögen vielleicht im Augenblick nicht daran denken, sich der Steuerpflicht zu entziehen; ist aber das Kapital erst draußen, so, fürchte ich, ist die Versuchung so stark, daß sehr viele ihr

unterliegen werden. Deshalb müssen wir alles tun, um uns diese Kapitalien zu erhalten, aus denen wir unsere Steuern zu bezahlen gedenken.

Damit bin ich glücklich auf dem Gebiete der Steuern angelangt, das im Mittelpunkt der Schwierigkeiten steht, die dieser Etat in seiner Ausführung zu überwinden hat, jener Steuern im Betrage von 7 Milliarden Mark, die im Kapitel 17a des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung ausgeführt sind.

Meine Damen und Herren, jetzt Ihnen ein Steuerprogramm im einzelnen zu entwerfen, ist nicht am Orte. Es wird das geschehen, sobald die Steuern Ihnen vorliegen, und zwar gleich zu Beginn ihrer Beratung in einer zusammenfassenden Darstellung. Ich habe mich im übrigen ja bereits in der Öffentlichkeit in einem Vortrage in der Handelskammer, der auch im Druck erschienen und durch die Zeitungen gegangen ist, geäußert. Die Grundlinien, die dort gezogen sind, bleiben bestehen.

Daß zu dem, was ich in Aussicht genommen habe, noch anderes hinzutritt, ist sehr wohl möglich. Ich erhalte ganz außerordentlich viel Vorschläge. Alle sind sie gut gemeint; aber nicht alle sind sie ausführbar. Ich möchte einen Vorschlag, der in letzter Zeit mit auffälliger Häufigkeit an mich herantritt, doch sofort zurückweisen. Es wird, wie ich gesehen habe, jetzt auch ernsthaft der Gedanke ventiliert, den Finanzen des Deutschen Reichs durch Errichtung **öffentlicher Spielhöllen** auf die Beine zu helfen. (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren! Das geht nicht, und selbst wenn eine solche Steuer noch mehr brächte, als es der Fall ist. (Zustimmung.) Gewiß sind Steuern und Moral nur in einer gewissen entfernten Verbindung, aber auf eine direkt unmoralische Grundlage können wir die Finanzlage des Reichs nicht stellen. Das Wort „non olet“ hat doch nur eine bedingte Geltung, und ich möchte deshalb spekulative Köpfe warnen, sich in bezug auf die Konzessionierung auf diesem Gebiete Hoffnungen zu machen oder sich in Unkosten zu stürzen. Nein, meine Damen und Herren, wir werden das Gebiet der direkten Steuern bis zur Neige ausschöpfen müssen; wir werden auf die indirekten Steuern nicht verzichten können; wir werden insbesondere daran gehen müssen, die Umsatzsteuer in den Mittelpunkt der Besteuerung zu stellen. Wir werden weiterhin aus der fiskalisch konstruierten Sozialisierung im besten Sinne — ich gehe auf die Einzelheiten nicht näher ein — neue Mittel zu holen notwendig haben. Es wäre wünschenswert von diesem Gesichtspunkte aus, wenn wir die Gesamtheit aller Maßnahmen auf dem steuerlichen Abgabegebiet in uno actu vorlegen könnten. Ich habe auch die Absicht gehabt, das zu tun; leider habe ich diese Absicht nicht ausführen können. Ich werde sie aus inneren und äußeren Gründen

nicht ausführen können, schon deshalb nicht, weil das Werk ein so ungeheures ist, daß, wenn ich bis dahin warten wollte, weder die Nationalversammlung ihre Kräfte zur Beratung voll in der Zwischenzeit ausnutzen könnte, noch das Reich in der Lage wäre, die Einnahmen, die es doch erwartet und dringend notwendig hat, an sich zu ziehen. Ich werde also eine Art **sukzessiver Einbringung der Steuervorlagen** vornehmen, wobei das Recht, das Ganze zu übersehen — und das ist ein unbestreitbares Recht für die Einzelstaaten sowohl wie für das Haus — gewahrt ist, indem ich vorweg Steuern bringe, von denen ich annehmen kann, daß sie in jedem Fall erhoben werden müssen, und indem ich die großen strittigen, gewissermaßen den Schlußstein bildenden Steuern am Schluß nachbringe und damit das Gleichgewicht herzustellen suche.

Ich habe eine Anzahl dieser Entwürfe bereits in der Presse veröffentlicht, und ich habe den Einzelstaaten von dieser Veröffentlichung Mitteilung gemacht, sie selbst aber aus eigenem Rechte, das zweifellos der Reichsfinanzverwaltung zusteht, vorgenommen. Das ist für unsere Zeit eine gewisse Neuerung, die aber im öffentlichen Leben, besonders im Wirtschaftsleben, freudig begrüßt worden ist, und von der ich annehme, daß sie sich bewährt; denn nur damit entgehen wir dem Vorwurf, daß das Wirtschaftsleben überrascht, überrumpelt wird. Es wird Zeit zur Kenntnisnahme, zum Widerspruch, zur Kritik gegeben, — und ich scheue diese Kritik nicht; ich will sie haben. Nur durch diese Kritik kann ich die lebendige Fühlung mit den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens aufrechterhalten und vertiefen, die notwendig ist, wenn wir zu gesunden Finanzen kommen wollen. Allerdings bietet dieses Verfahren, vor allen Dingen auch das Verfahren der sukzessiven Einbringung der Steuern, wie ich nicht verkenne, den Einzelstaaten gewisse Schwierigkeiten; denn die Einzelstaaten, die sich ja gleichfalls in schwerster Lage befinden, möchten, besorgt um ihre Finanzwirtschaft, wissen, wie sie sich einzurichten haben, um neben dem Reich bestehen zu können, und haben deshalb ein Interesse daran, den Gesamtaufwand des Reichs und die Art seiner Deckung zu erfahren, um danach die Aufbringung ihres notwendigen Aufwandes regeln zu können. Die Gründe aber, die mich überhaupt veranlassen, zu dieser fortschreitenden, nicht einmaligen Einbringung der Steuervorlagen zu schreiten, sind so zwingend, daß auch die Einzelstaaten sich mit ihnen abfinden müssen, und ich bin der Überzeugung, daß sie auch das können. Denn, meine Damen und Herren, zwischen dem Reich und den Einzelstaaten besteht ja jetzt die Gemeinsamkeit der Not, und die Ausgaben, die notwendig sind, müssen da und dort beglichen werden. Das Reich hat an sich und grundsätzlich vor den Einzelstaaten keinen Vorrang, nur insofern, als die Not des Reichs noch viel größer ist und als die Lasten des Reichs noch unmittelbarer drängen als wenigstens ein Teil der Lasten der Einzelstaaten. Deshalb muß das Reich vorangehen.

Im übrigen aber, glaube ich, ist es ein Gebot der Stunde, möglichst in gemeinsamer Erkenntnis und gemeinsamer Bekämpfung der gemeinsamen Not nun im engsten Einvernehmen miteinander vorzugehen. Hier können einseitige politische Gesichtspunkte keinen Ausschlag geben. Weder kann der Unitarismus Vorspanndienste leisten für bestimmte Steuern, noch darf der Radikalismus einen unsachlichen Widerstand gegen bestimmte Steuern leisten. Wir haben uns nach einer Decke zu strecken, und das ist die Decke der Not, die wir über uns breiten und mit der wir auskommen müssen.

Ich lege auf das **Einvernehmen mit den Einzelstaaten**, von deren gutem Willen ich durchdrungen bin, großen Wert. Ich habe deshalb bereits auch an Opfern es nicht fehlen lassen. Das Übereinkommen mit **Württemberg** wegen **Ablösung des Brausteuerreservats** ist ein von mir freudig begrüßter Schritt, allerdings, wie Sie aus dem Etat ersehen, kein gutes Geschäft für das Reich; im Gegenteil, ich habe noch etwas zulegen müssen. Aber wir haben es getan, weil ich mir gesagt habe, es ist gesund, wenn wir mit den Einzelstaaten nicht im Wege der Gewalt, sondern im Wege des Übereinkommens und des Zusammenkommens verkehren (sehr richtig!), und ich würde wünschen, daß dieser Weg, der hier von Württemberg zuerst beschritten worden ist, auch von den anderen Einzelstaaten begangen würde. Ich kann es nur bedauern, daß gegenwärtig die Verhandlungen mit den anderen Staaten auf diesem Gebiete nicht fortgeschritten sind. Vielleicht findet sich aber die Möglichkeit sie wieder in die Hand zu nehmen und zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

Aber, meine Damen und Herren, die Einbringung einzelner Steuern vor dem Gesamtsteuerprogramm hat — das ist auch nicht zu verkennen — noch einen anderen Nachteil. Sie trübt den Blick für die Bedeutung der einzelnen Steuern, indem sich die Kritik an den Steuern selbst erschöpft, ohne zu bedenken, daß keine Steuer für sich allein betrachtet werden kann. Alle Steuern bilden ein zusammenhängendes Ganzes und sind bestimmt, sich wechselseitig auszugleichen. Härten der einen Steuer müssen durch andere Steuern ausgeglichen werden. Es ist deshalb ein schiefes Bild, wenn man lediglich die Härten der einen Steuer hervorhebt, ohne zu fragen, ob nicht diese Härten in dieser Steuer begründet, mit ihr notwendig verknüpft sind, ihre Ausgleichung aber dann in anderen Steuern finden müssen.

Erst wenn wir dieses sich **wechselseitige Tragen der Steuern** untereinander ins Auge fassen, werden wir die Frage beantworten können: ist es überhaupt möglich, die Steuerlast zu tragen, die auf uns liegt? Hier will ich den Schluß- und Leitgedanken mitteilen, der für mich bei Beantwortung der Frage maßgebend ist. Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk, wenn nicht unerschwingliche Forde-

rungen der Entente oder andere unvorhergesehene Ereignisse eintreten, auch die riesige Steuerlast, die ihm droht, tragen kann, wenn die Aufbringung der zur Deckung dieser Steuerforderungen notwendigen Mittel verknüpft ist mit einer **Senkung der Preise.** Ich bin aber der Meinung, daß, wenn diese Senkung der Preise nicht eintritt, die Finanzierung des Reichs auf die Dauer nicht möglich ist (hört! hört!), und mein ganzer Steuerreformplan geht darauf aus, in dieser Senkung der Preise nicht bloß die Voraussetzung, sondern zugleich auch das Ziel seiner Durchführung zu sehen.

Die Auferlegung derartig großer Steuern zielt darauf ab — und das ist auch die Art, in der sie auferlegt werden —, die zusätzliche Kaufkraft, von der so viel die Rede ist, wegzuschaffen. Indem wir diese zusätzliche Kaufkraft herabmindern oder beseitigen, muß unter gewöhnlichen Verhältnissen zugleich eine Senkung der Preise eintreten, weil dann die Nachfrage geringer ist. Ich weiß wohl, daß man mir — und sicherlich auch mit Recht — einwendet, daß die zusätzliche Kaufkraft, die ich damit beseitige, nicht so unmittelbar in die Erscheinung tritt, weil sie zum großen Teil gebundene Kaufkraft ist, während das Wesentlichere, das Schädlichere die flüssige Kaufkraft ist. Aber auch die gebundene Kaufkraft ist Kaufkraft, und deshalb darf ich mir und muß ich mir von ihrer Ausschaltung, von der Beseitigung des Wassers aus dem Finanzkörper des Deutschen Reichs eine in Bezug auf die Preisgestaltung günstige Wirkung versprechen.

Aber, meine Herren, so illusionistisch bin ich nicht, daß ich glaube, es damit allein machen zu können. *Die Preise können in der Hauptsache nur sinken*, wenn dem Kapital, dem fiktiven Geldwert reale Werte gegenüberstehen, mit anderen Worten, *wenn wir Güter erzeugen.* (Sehr richtig!) Wir müssen arbeiten und Güter erzeugen, dann können wir erst Finanzen ordnen. (Sehr richtig!)

So komme ich auf das Alpha und Omega unserer Staatsfinanzen jetzt von einer ganz anderen Seite: nicht bloß aus wirtschaftlichen, nicht bloß aus ethischen, nicht bloß aus politischen Gründen: aus ganz robusten finanziellen Gründen müssen wir arbeiten, um Steuern zahlen zu können. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, das ist in letzter Linie die Grundlage, auf der sich mein Programm aufbaut. Deshalb kann ich als Leiter unserer Finanzverwaltung an die Gesamtheit unseres Volkes nur die Bitte richten, wenn wir nicht dem Untergang entgegengehen sollen, *zurückzukehren zu den Gewohnheiten und Tugenden unseres Volkes, die* **Arbeitslust** *und die* **Arbeitskraft**, *die in uns steckt, wieder zu erwecken und von dem organisierten Wahnsinn abzulassen, unter dem wir gegenwärtig leiden.* (Sehr richtig!)

Auch dann noch, meine Damen und Herren, bleibt das Werk der Neufinanzierung unseres Reiches ein ganz ungeheures Unternehmen, ein Unternehmen von einer Größe und Großartigkeit, wie es in der Finanzgeschichte aller Völker wohl kaum jemals dagewesen ist. Um das Gespenst, das hinter den Zahlen dieses Etats steckt und hervorlugt, bannen zu können, müssen alle Kräfte zusammengenommen werden. Ich betone: alle Kräfte müssen zusammengenommen werden, und das führt mich zu einem Gedanken, den ich Ihnen doch nicht vorenthalten will.

Meine Damen und Herren, Parteien müssen sein, Meinungsunterschiede, die bestehen, müssen ausgetragen werden, und in dem Kampf der Meinungen und Ansichten steckt etwas Naturnotwendiges und Gesundes, besonders auch auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens. Das Wort: „Ich kenne keine Parteien" konnte eine Zeitlang gelten in dem seelischen Aufschwung. Auf die Dauer konnte es aber keine Geltung haben und hat keine gehabt, und als es brach, da traten die Parteigegensätze und -unterschiede in voller Stärke und Unerfreulichkeit wieder zutage. Und doch müssen wir uns hüten, diese Gegensätzlichkeiten unseres Volkes zu überspannen und zu übertreiben. Jedes Volk, das eine große Gemeinsamkeit bildet, muß neben großen Gegensätzlichkeiten auch Vereinigungspunkte haben, muß sich ihrer bewußt werden, muß sie hervorheben und muß sich in ihnen als eine Gemeinsamkeit betätigen. (Sehr richtig!) Selbst in diesem hohen Hause, das doch wahrlich genug zerklüftet ist durch Parteien, ist es glücklicherweise gelungen, in einzelnen großen Punkten eine gemeinsame große Betätigung der Meinungen und Willensäußerungen hervorzurufen. Ich glaube, ohne daß wir in eine falsche Sentimentalität, in eine Beschwörung der Uneinigkeit hineinkommen, dürfen wir mit kühlem Verstande sagen: es gibt auch Gebiete, wo ein ähnliches Zusammenfassen der Kräfte geboten erscheint. Gewiß, man kann sagen, unser Volk ist in manchen Beziehungen zu wenig politisiert, weil die einzelnen Menschen politisch nicht so gebildet sind, wie sie sein sollten, weil ihr staatsbürgerliches Wesen, ihr politisches Verantwortlichkeitsgefühl, ihr Gefühl der Zusammengehörigkeit für die Aufgaben des Staates nicht genügend durchgebildet ist, die Köpfe müssen noch mehr politisiert werden, als es bisher geschehen ist; aber auf der anderen Seite sind die Sachen mehr politisiert, und es könnten doch wohl Gegensätze, die jetzt ohne Not und Zwang in das politische Leben hineingezogen worden sind, zu gemeinsamer Arbeit ausgeschaltet werden.

Ob nicht auch das Gebiet der Finanzen innerhalb gewisser Grenzen dazu gehört, bitte ich zu erwägen. Es ist selbstverständlich wahr, daß das ganze Reformwerk nicht mit wechselnder Mehrheit geschaffen werden kann, es muß mit einer Mehrheit geschaffen werden (hört! hört! links), und diese eine Mehrheit muß die **Regierungsmehr-**

heit sein, die nicht ausgeschaltet werden kann. (Erneute Zustimmung links.) Aber ich bitte, es als meine Ansicht aufzufassen, daß das nicht bedeutet, daß die anderen Parteien ausgeschaltet werden sollen, daß auf ihre Mitarbeit kein Wert gelegt werden soll. Nein, ich lege Wert auf die Mitarbeit von allen Seiten, und alle, die an dem Werk helfen, auch wenn es in Gestalt einer scharfen Kritik geschieht, sind mir willkommen, wenn diese Kritik geübt wird, um etwas zustande zu bringen. Das Werk, das unser Volk belastet, soll nach Möglichkeit aus der Mitarbeit aller Teile geschaffen werden. Ich bin überzeugt, daß daraus Folgen sich ergeben, die auch über das Finanzielle hinaus von segensreicher Bedeutung sein könnten. Das weiß ich, daß das, was ich an Gesetzen bringe, nicht die Zustimmung aller erhalten wird. Um Ihre Stimmen für alle Gesetze buhle ich nicht, aber um Ihrer aller Mitarbeit darf ich bitten, und um diese Mitarbeit bitte ich. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, nunmehr die Sitzung abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag, den 10. April 1919, vormittags 10½ Uhr, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Das Haus ist damit einverstanden. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 37 Minuten.)

34. Sitzung.

Donnerstag den 10. April 1919.

Reichshaushaltsbesprechung. — Auswärtige Politik. — Innere Wirren und Probleme.

Geschäftliches, Vorlage, Mandatsniederlegung, Ausschüsse, Urlaub.

Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes und des Haushalts der Schutzgebiete für 1919.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Verhandlung über die Landung polnischer Truppen. — Liquidation des Krieges nach dem Osten. — Für alle Zukunft Revancheideen auszuschalten. — Die Streikseuche gefährdet den Frieden. — Die Räterepublik bringt Krieg nach außen, Krieg nach innen. — Unsere Lebensmöglichkeit beruht allein auf unserer Arbeitskraft. — Vernunft!

Dr. Pfeiffer (Z.): Appell an das Weltgewissen. — Deutschland führend in der Kultur. — 3 Forderungen: Räumung des besetzten Gebiets, Rückgabe unserer Gefangenen, Aufhebung der Blockade. — Rheinland, Oberschlesien, Posen. — Wieweit Wiedergutmachung? — Der Papst in den Kreis der Schiedsrichter. — Die Schuld der Feinde. — Unsere Friedensbereitschaft. — Gegen den Terrorismus im Innern. — Zustände in Bayern. — Sozialisierungsgedanke. — Rätesystem als Mittel zur Verständigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Hoch (S.): Bereit, mit dem Militarismus aufzuräumen, wenn nicht durch Vergewaltigung des deutschen Volkes andere Entwicklung aufgezwungen wird. — Frieden im Lande ebenso wichtig. Darum Waffengewalt gegen Vergewaltigung. Aber keine Überschreitungen. — Arbeiten! — Vom Standpunkt des Sozialismus Räterepublik abzulehnen. — Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Wohnung. — Die Arbeit der Minister oft nicht richtig unterstützt.

Graf Brockdorff-Rantzau, Reichsminister des Auswärtigen: Nur eine Waffe, die Berufung auf die Friedensgrundlagen im November. — Nordschleswig. — Deutsch-Österreich. — Aufhebung der Blockade. — Verhältnis zu Rußland. — Umgestaltung des Auswärtigen Amts. — Zusammenarbeit der Völker. — Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich. — Schuldfrage.

v. Payer (D. D.): Schlechte Erfahrungen der ersten Revolutionsmonate. — Pflicht der Mitarbeit für die bürgerliche Demokratie. — Vertrauen zum Auswärtigen Amt. — Warnung vor einem Staatsgerichtshof. — Die Weltgeschichte wird das Urteil sprechen. — Die grausame und gedankenarme Politik der Feinde. — Der Einheitsgedanke und die Einzelstaaten. — Gefahr der inneren Unruhen. — Probleme der Sozialisierung. — Das Rätesystem. — Abbau der Kriegsgesellschaften.

Schultz-Bromberg (D. Nat.): Kritik am neuen System. — Gegen Staatsgerichtshof, Unitarismus, Zertrümmerung Preußens. — Recht auf Verständigungsfrieden. — Grenzmarkenfragen. — Polnische Offensive. — Schuld am Kriege. Entschlossen zum letzten.

Dr. Rießer (D. Vp.): Steuern und Steuerfreudigkeit. — Revolution unnötig. — Linksseitige Lähmung der Mehrheitssozialisten. — Wirtschaftliche Bilanz der Revolution erst recht unerfreulich. — Rätefrage. — Sozialisierungsgesetz. — Abbau der Zwangswirtschaft, freier Handel, Friedensfragen. — Nicht nur Recht, sondern auch Pflicht zur Arbeit.

Seger (U. S.): Nicht eingehaltene Versprechungen. — Die sozialistische Firma verhandelt eine kapitalistische Ware. — Das Bürgertum arbeitet nicht — Die Verfassung bringt keine einheitliche Republik. — Das Rätesystem. — Stellung zum Streik. — Politische Gefangene. — Bolschewismus. — Friedensverhandlungen — Freiwilligensystem. — Der russische Militarismus ganz etwas anderes. — Verschleuderung von Reichsgeldern.

Antrag Löbe, Gröber, v. Payer, Graf Posadowsky, Dr. Heinze: Anspruch auf einen Frieden der Verständigung und Versöhnung. — Einsetzung eines Ausschusses für die Friedensverhandlungen.

Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 52 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen

der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen.

Das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Gradnauer, gewählt für den 28. Wahlkreis, hat sein Mandat niedergelegt. Das Erforderliche ist veranlaßt.

In den Ausschüssen ist folgender Mitgliederwechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Allekotte, Blum die Abgeordneten Nacken, Frau Schmitz; in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Bruhn, Biener, Irl (Oberbayern), Dr. Becker (Hessen) die Abgeordneten Dietrich (Potsdam), Schiele, Dr. Heim, Dr. Hugo.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Simon (Schwaben) für 3 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der ersten Beratung der Entwürfe von Gesetzen, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplanes und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919.

Die Diskussion ist wieder eröffnet. Das Wort hat der Herr Präsident des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Das wichtigste außenpolitische Ereignis seit der Ver-

tagung dieses hohen Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über die **Landung polnischer Truppen in Danzig.** Sie haben uns nicht völlig von dem Alp eines Paragraphen befreit, der unter gänzlich anderen Voraussetzungen in den ersten Waffenstillstandsvertrag aufgenommen war. Aber praktisch ist es gelungen, unsere Gegner von einem Plane abzubringen, der eine weitere deutsche Provinz gefährdet hätte. Die Verhandlungen haben aber die willkommene Gelegenheit geboten, allen Verleumdungen gegenüber die **Richtlinien** wieder einmal deutlich hervortreten zu lassen, nach denen die Reichsregierung **die auswärtige Politik** der deutschen Republik zu führen gedenkt.

Vor allem ist es unser fester Entschluß, alle einmal übernommenen Verpflichtungen ihrem Sinn und Geist nach aufs strengste zu erfüllen. Die Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschland sein. (Bravo!) Daneben steht die Treue zu uns selbst. Ihr Gebot zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein staatliches Dasein möglich ist. Jede Verpflichtung, die dagegen verstieße, wäre für uns unerfüllbar. (Sehr richtig! links.) Es ist daher ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir nur solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Und drittens die Treue gegen die Allgemeinheit, das heißt das Bekenntnis zum Geiste rückhaltloser Versöhnung, wie er alle Völker in der Solidarität der Leiden dieser Zeit zusammenführen und erneuern muß. Diese drei Grundprinzipien müssen Bürgschaft und Richtschnur für die gemeinsame Zukunft sein, sie sind stets und allerwärts vereinbart, wo nicht Imperialismus und Chauvinismus den Ausschlag geben. An uns darf es nicht fehlen, wenn es gilt, diesen zwei Erbfeinden der Völkerverständigung jeden Vorwand zu nehmen.

Damit ist unsere auswärtige Politik nach allen Seiten bestimmt. Da gibt es keinen Winkelzug und keine Hinterhältigkeit. Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine erneute Zerteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im gefährlichen Augenblick losgehen wie ungesicherte Gewehre.

Wir hoffen, daß die **Liquidation des Krieges nach dem Osten** zu bald eine vollständige sein möge. Wir können uns von Rußland nicht die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse aufzwingen lassen (sehr richtig!); aber wenn es auf die gewaltsame Propaganda des Bolschewismus verzichtet, wollen wir dem russischen Volke gern die Bruderhand reichen, das, ganz so wie wir, die falsche Rechnung des volksfeindlichen Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schlimmster Not hat zahlen müssen. (Sehr richtig!) Der mühsame bitterschwere Weg zur wirtschaftlichen und staatlichen

Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam, wir sind in vielem aufeinander angewiesen. Ich hoffe, daß wir uns einander zu finden wissen. (Bravo! links.)

Nach **Westen**, vor allem **Frankreich** gegenüber kann es über unsern Willen zur Versöhnlichkeit keine Unklarheit geben. Wir kennen ihm gegenüber die übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in bezug auf Elsaß-Lothringen auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt des Wilson-Programms zu entkräften, sondern um für alle Zukunft Revancheideen oder neue Anschuldigungen wegen Vergewaltigung auszuräumen. (Bravo!) Wir tragen schwer an der noch immer andauernden Zurückhaltung unserer Brüder und Söhne in der Kriegsgefangenschaft. (Sehr richtig!) Wir empfinden es bitter, daß es gerade französische Befehlshaber in den besetzten Gebieten sind, die bei einzelnen Abtrennungsgelüste zu wecken suchen. Aber wir hoffen auch hier auf den Sieg eines neuen ernstlichen Brudergedankens in der Menschheit, der solche letzten Schlacken der Völkerentzweiung abzustoßen wissen wird.

Wir glauben, daß die günstige Stärke eines jeden Volkes nicht in der erhöhten Möglichkeit beruhen wird, anderen Völkern Gewalt anzutun, sondern in der Anziehungskraft einer bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. (Bravo!) Bis dieser Glaube Gemeingut aller Staatswesen geworden ist, wollen wir doppelt wachsam auf Wahrung unseres nationalen Besitzes bestehen, weil nur in seiner Unversehrtheit die Gewähr gegen erneute Kämpfe um diese Unversehrtheit liegt. Ob wir wollen oder nicht: jedes Unrecht schreit nach Recht, und zu irgend einer Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Prozeß vor der Weltgeschichte.

Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt für solche künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in den Bitternissen seiner Niederlage wenigstens den Trost haben, einen Sieg errungen zu haben: den Sieg über den Militarismus. (Sehr richtig! links. — Zurufe rechts.) Werden wir aber, Volksvertretung und Regierung, in der Lage sein, diesen unsern Willen zu rückhaltloser Versöhnung zur Geltung zu bringen? Gewiß werden wir täglich mit tausenden Dokumenten überschüttet, die uns an den unveränderten Vernichtungswillen unserer Gegner glauben machen wollen. Wir warten ab; nicht untätig, nicht stumpf geworden, nicht ziellos, aber auch nicht irre gemacht in unserem Streben nach Verständigung über die verlassenen Schützengräben hinweg. (Bravo!)

Die **Gefahren**, die ich **für den Erfolg unserer auswärtigen Politik** sehe, kommen nicht so sehr von jenseits der Grenzen als vielmehr aus

unserem Volk selbst (sehr richtig!), aus den unaufhörlichen Erschütterungen unseres Landes, aus der gärenden Unruhe, deren Stichflammen immer wieder aus einem Riß hervorbrechen, das ganze Haus mit Vernichtung bedrohend. Ein Streik löst den andern ab, der Putschismus ergreift gleich einer Seuche bald die eine, bald die andere Stadt.

Verhetzte, gedankenlose Menschen haben Hand gelegt an ein Mitglied der Reichsregierung, das auch Mitglied der Nationalversammlung ist. (Zuruf: Pfui!) Gibt es in diesem Hause auch nur ein einziges Mitglied, das diese skandalöse Mißachtung der Immunität nicht mißbilligt? Auch dieser gewalttätige Streich, so wähnten die Verhetzten, die ihn verübten, könne dazu beitragen, die Regierung zu sprengen, ihr Ansehen vor In- und Ausland zu vernichten.

In einer Zeit, in der endlich für unser ganzes, von Unterernährung und Entkräftung gequältes Volk eine Erhöhung der Ration winkt, wo die Blockade sich lockert, wo der Hungerkrieg die Waffen streckt, — in diesem Augenblick gerade ruhen Hunderttausende von Händen, die allein die Zahlungsmittel, die Kohlenvaluta schaffen können, ohne die es kein Pfund Mehl und Speck für unsere Frauen und Kinder gibt. (Sehr wahr!)

Mehr noch: in dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot nur Friede und nichts als Friede sein kann, vollzieht sich in München ein neuer Umsturz, wird in **München** die **Räterepublik** ausgerufen, werden in München die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durcheinandergewürfelt wie Kinderspielzeug, wird in München ein Schutz- und Trutzbündnis proklamiert mit den ungarischen und russischen Räterepubliken, mit der ausgesprochenen Front gegen die übrige Welt! Meine Damen und Herren! Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist in Gefahr. (Sehr gut!)

Jetzt, wo endlich das Ziel der vierjährigen Wanderung durch die Wüste von Mord und Vernichtung winkt, jetzt, wo es gilt, den lückenlosen Beweis für unseren Friedenswillen, unsere Abkehr von aller Gewaltpolitik, unsere unerschütterliche Ehrlichkeit zu erbringen, wagen es Abenteurer und Phantasten, aufs neue das Kriegsbanner gegen ihre eigenen Landsleute aufzupflanzen und gegen die Völker, mit denen wir uns morgen an den Verhandlungstisch setzen wollen.

Meine Damen und Herren, ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsprinzip; ich kann nicht so schnell umlernen wie viele andere, die gleich mir ein Leben lang unter der Parole der Demokratie gekämpft haben und sie nun verleugnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber ich und mit mir die gesamte Regierung, wir wenden uns gegen die Räterepublik, nicht nur aus Gründen der Weltanschauung; wir bekämpfen sie im

Einklang mit der übergroßen Mehrheit des Volkes nicht nur aus innerpolitischen Gründen als die Zerstörerin des letzten Restes staatlichen Zusammenhalts. Wir kämpfen gegen sie für den Frieden, wir führen mit dem kriegerischen Chauvinismus der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen (sehr richtig!), des Friedens, ohne den wir zugrunde gehen, des Friedens, ohne den Europa zerfällt, des Friedens, den der Bolschewismus uns auf Nimmerwiedersehen entreißt, indem er ein neues Kriegspanier entrollt und neue Schrecken der Vernichtung heraufbeschwört. Nicht die Bündnisse der Weltrevolution brauchen wir; sie führen genau so in Mord und Elend wie die Bündnisse der Monarchen und Imperialisten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir brauchen vielmehr das große Weltbündnis, den Völkerbund (sehr richtig!), in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können, ohne die alten Fesseln der Rüstungen oder die neuen Lasten bolschewistischer Raserei. Dieses unser Bekenntnis zum Völkerbund trennt uns auf Weltenweite von den Ideen Lenins, der sich rühmte, schon im Jahre 1910 empfohlen zu haben, die Abrüstung aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm zu streichen (hört! hört! bei den Mehrheitsparteien); denn die Überwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg sei eine Utopie. (Erneute Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Nein, ohne Abrüstung wäre der Völkerbund eine leere Formel, keine Erlösung von der Gewalt, sondern deren Verewigung. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Wenn wir aber zwischen den Völkern die rohe Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abschaffen, dann lehnen wir sie erst recht ab in der politischen Auseinandersetzung zwischen Volksgenossen, dann darf am Massengrab des Weltkrieges nicht der Bürgerkrieg gepredigt werden. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

Meine Damen und Herren! Krieg nach außen, Krieg nach innen: das bringt uns die Räterepublik, das bringen uns die Schüler Lenins, das bringt uns der Bolschewismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Ich male Ihnen keine wüste Phantasiefratze vor, ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerschreck machen. Ich halte mich nur an unbestrittene Tatsachen: an Lenins Bekenntnis zum Bürgerkrieg, an Radeks Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Entente am Rhein, an das Schutz- und Trutzbündnis der Räterepublik München und Budapest und Moskau, an den Beschluß des Kommunistenkongresses, die neue Heilslehre der Sowjets mit Feuer und Schwert über Europa tragen zu wollen. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.)

An diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf! Seht um euch! Erkennt den Abgrund, der sich vor euch, euren Kindern, unser aller Zukunft auftut! Hier darf es keine Parteiunterschiede geben. Einig sein in der Abwehr der Räterepublik heißt nichts anderes, als sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk zusammenfassenden Partei, deren einziger Programmsatz lauten muß: Erst und vor allem Frieden! (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Während wir hier den ersten Etat der deutschen Republik beraten, tagt in **Berlin** der **zweite Rätekongreß**. Wir begleiten seine Verhandlungen mit Interesse und den besten Wünschen. Er soll nach dem Willen seiner Einberufer Wege aus dem Jammer unserer Tage in die neue Freiheit suchen. Möge er dabei den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem er dem Rätegedanken das Beste und für unser Volk Zweckdienliche entnimmt und nutzbar macht. Schwere Verantwortlichkeit liegt auf seinen Beratungen. Möge er sich darüber klar sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann.

Der Sozialismus kann einem Volke so wenig aufgezwungen werden, wie uns Deutschen die Reaktion je wieder aufgezwungen werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie die Wege ebnen. Wir wollen ihr die notwendigen Organe schaffen, wir wollen die Sozialisierung so einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht ein Spaltpilz der Zersetzung werde. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Aber während wir so organisch dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewaltsamen Überrumpelungsversuche gewaltsam abzuwehren. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort „Gewalt" noch nicht aus dem Wörterbuch unseres Volkes verschwinden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht eine neue Verewigung finde in dem schlimmsten, trostlosesten Begriff: dem **Gewaltfrieden.**

Gibt es denn wirklich auf Gottes Erdboden einen Menschen, der diese Beziehungen und Gefahren nicht erkennt? Unsere Lebensmöglichkeit beruht nicht auf einem besonderen Reichtum an Bodenschätzen, nicht auf einer besonderen Fruchtbarkeit der deutschen Erde, sondern einzig und allein auf unserer Arbeitskraft. (Sehr richtig!) Wer diese lahmlegt, wer ihr die Möglichkeit voller Betätigung raubt, vollendet die Versklavung unseres Volkes. (Sehr richtig!) Die Prediger des Streiks im Innern, die Treiber zu einem Gewaltfrieden draußen tun beide nichts anderes, als uns ein neues ehernes Lohngesetz aufzuerlegen; sie schaffen für unser Verhältnis zu andern Völkern das, was wir unter uns Volksgenossen erbittert

bekämpft haben: einen neuen Klassengegensatz zwischen uns und den anderen Völkern. Sie vernichten unser wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht, sie scheiden uns aus dem Kreise gleichberechtigter Völker. Wie können wir gegen die Versklavung durch unsere bisherigen Gegner protestieren, wenn unsere eigenen Landsleute die Versklavung vorbereiten, indem sie die Arbeitskraft und den Arbeitswillen verschleudern, indem sie uns der Zahlungsmittel für Ernährung und Rohstoffe berauben, indem sie, wie jetzt im Ruhrgebiet, sogar die Schächte, die nächsten und gewinnreichsten Objekte der Sozialisierung, ersaufen lassen wollen!

Nicht nur das Wohltun, auch die Vernunft hat zu Hause zu beginnen. Im eigenen Land müssen wir die Gewaltpolitiker bekämpfen, ehe wir ihnen im feindlichen Lager entgegentreten. Von dem Frieden wird es abhängen, wie es jedem einzelnen in Deutschland geht. Darum alle Anstrengungen an ihn gesetzt, jede Hand, jedes Hirn für ihn in Tätigkeit! Ein guter Friede kommt nicht von selbst, er will verdient, er will errungen sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Beratung des Haushaltsplans für das Deutsche Reich gibt uns Gelegenheit und dringliche Veranlassung, uns in diesem Haushalte umzusehen, den Blick dabei aber auch über den Zaun hinüberzuschicken, den unsere Feinde um uns aufgerichtet haben.

Der Herr Reichsfinanzminister hat gestern bei der Begrüßungsrede zu diesem Reichshaushaltsplan hier den Satz ausgesprochen, daß er noch nicht in der Lage sei, uns den Friedensetat vorzulegen. In diesem einen Wort „Friedensetat" ist all unser Sinnen und Trachten und der gesamte Gedankenkomplex, auch die ganze Sehnsucht, die unser Volk in diesem gegenwärtigen Augenblicke durchlebt, enthalten: der **Friede** nach innen sowohl wie nach außen. Wir erfahren ja täglich in den Blättern des Inlands und des Auslands, daß die Zeit nicht mehr fern sein soll, wo man diesen Frieden uns vorlegen wird. Möglicherweise geht man mit der Absicht um, am 10. Mai ihn schließen zu lassen, an dem Tage, in dem einstens der Frankfurter Friede geschlossen worden ist, wie man ihn auch schließen lassen will in der Spiegelgalerie des Schlosses zu Versailles, wo einst das deutsche Kaisertum aufgerichtet wurde. Ich vermute, daß vielleicht der 10. Mai in Frage kommt, weil wir ja doch alle aus Erfahrung wissen, daß unsere Feinde es belieben, sich zu Trägern der Ironie der Weltgeschichte zu machen. (Sehr gut!)

Im gegenwärtigen Augenblick nun, wo wir nicht wissen, wann dieser Frieden kommt, aber wünschen, daß er bald kommen möge, wo wir nur das eine wissen, daß man sich anschickt, ihn uns zu bereiten, da fühlen meine politischen Freunde das Bedürfnis, noch einmal all die Sorgen auszusprechen, die uns erfüllen, sie auszusprechen nicht bloß vor dem Ohre unserer eigenen Volksgenossen, sondern sie hinüberdringen zu lassen zu den Ländern der Entente, unserer Feinde, zu den Ländern der Neutralen; und ich möchte sagen: in gewissem Sinne ist das, was wir heute hier wünschen, zum Ausdruck gebracht zu sehen, ein Appell an das Weltgewissen der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir stehen am Ende des fürchterlichsten Krieges, den die Weltgeschichte je gesehen hat. Aber heute kann ich nicht umhin, eines festzustellen, was trotz aller Trübsale und Bitternisse, die im gegenwärtigen Augenblick unser deutsches Volk erfüllen und seelisch niederdrücken, nicht vergessen werden darf, daß, wenn einmal die Stunde gekommen ist, wo das Geschehen dieser unmittelbar verflossenen Zeit Geschichte geworden sein wird, wo uns die Selbstbestimmung und die Besonnenheit wiedergekehrt sein wird, wir im vollen Umfange werden ausmessen und auch in seinem ethischen Gehalt für den Volkswert und die nationale Seele vollkommen auswerten können, was in diesem Kriege an Tapferkeit, an Mut, an Seelengröße, an Selbstzucht und Aufopferung der ganzen Persönlichkeit von den Söhnen und Brüdern unseres Volkes geleistet worden ist. (Bravo!) Dieser ungeheure Krieg sieht uns nicht als Sieger. Der Waffenstillstand hat uns schwere Bedingungen auferlegt, und je länger er dauert, desto mehr ist die Begehrlichkeit unserer Feinde gewachsen. Man versucht, den Körper des einstmals großen und starken Deutschen Reichs zu zerstückeln, indem man wertvolle Glieder von diesem Leibe loszureißen versucht. Man versucht, nicht bloß um Geld uns zu schädigen. Man will nicht bloß die Arbeitskraft der gesamten Nation auf Jahrzehnte hinaus für die kommenden Geschlechter lähmen. Man will dieses ganze große, ehemals so starke Reich zerschlagen, um ihm für alle Zeiten das Wiederaufstehen unmöglich zu machen. (Sehr richtig!)

Bei einem solchen Bestreben erscheint naturgemäß, wie auch der Herr Ministerpräsident vorhin ausgesprochen hat, unseren Feinden eine willkommene Unterstützung, daß im Innern des Vaterlandes infolge der politischen und infolge der wirtschaftlichen Revolution die Geister nicht zu einem gemeinsamen großen Wollen geeinigt sind und nicht einem gemeinsam verfochtenen Ziele zustreben, sondern daß sie auseinandergehen und daß sie den Weg zum Glücke unseres Volkes auf leider allzuweit voneinander abliegenden Pfaden zu erreichen streben. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, in Frankreich hat vor ungefähr zwei Jahrzehnten ein Mann ein Buch geschrieben, dessen sich die Franzosen gern berühmen, und das bei allen Staatsmännern und Politikern, bei Gelehrten und bei Kriegsleuten zu einer Art Katechismus geworden ist. Ich meine das Buch von Gustave Le Bon „La psychologie de la foule", die Psychologie der Masse, und die Franzosen sind stolz gewesen, daß sie diesen Zweig der Wissenschaft zuerst praktisch geübt hätten. Aber im gegenwärtigen Augenblick erweist sich doch, daß in Frankreich weder die Staatsmänner noch die Politiker, weder die Offiziere noch die Bürger noch auch zum großen Teil die Arbeiterschaft die feinen Bemerkungen dieses Buches vollkommen beherrschen. Man übersieht, was darin besprochen ist, und begeht den Grundirrtum, daß man glaubt, durch die Behandlung, die man uns angedeihen lassen will, einen gewissen Erfolg zu erreichen. Wenn die Niederdrückung, die Aussaugung, die Lähmung, die vollkommene Vernichtung, die unsere Gegner an unserem Volke beabsichtigen, ganz durchgesetzt werden soll, sind wir alle fest überzeugt, daß in unserem Volke ganz abgesehen von anderen Einwirkungen naturgemäß der psychologische Prozeß sich vollziehen muß des Widerstandes, der Entschlossenheit, sich bis zum Äußersten zu wehren. (Sehr richtig!) Es gibt eine Grenze auch für diese Tyrannenmacht, und dann wird der Augenblick gekommen sein, wo auch unser Volk sich von den Sternen die ewigen, unveräußerlichen, unzerbrechlichen Rechte herunterholt, und das vornehmste und edelste Recht der Nation ist das Recht auf Bestand. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Die deutsche Nation hat im Wandelgang der Jahrtausende in den Werken der Kultur, der Wissenschaft, der schaffenden Kraft und der Arbeit der Hände sich als durchaus kräftig erwiesen, und das Wort ist unvergeßlich: „Germania docet", Deutschland ist eine Lehrmeisterin gewesen. (Bravo! Sehr richtig!)

Und dieses Wort kann aus den Büchern der Geschichte nicht durch das Schwert des Sieges ausradiert werden. Es kann durch die Feder, die den Friedensschluß unterzeichnen soll, nicht durchstrichen und unleserlich gemacht werden, kann aber auch durch das Feuer des Hasses nicht ausgebrannt werden! (Bravo! Sehr richtig!)

Deutsches Wesen als Lehrmeister, das wird in der Welt immer einen Bestand haben. Um diesen Ruhm können sie uns nicht bringen! (Sehr richtig!) Der Frieden, der geschlossen wird, darf nicht vom Geiste der Gewalt erfüllt sein; denn wenn er vom Geiste der Gewalt erfüllt ist, enthält er unweigerlich in sich den Keim zu einem neuen Kriege, der nicht gleich zu kommen braucht, aber der kommen muß. Denn auch aus dieser Drachensaat des Hasses erfüllt sich das Wort, von dem schon der Mythos spricht: „Wer Drachenzähne

säet, dem erwachsen gewaffnete Männer daraus." (Sehr richtig!) Dieser Augenblick wird dann gekommen sein, wo unser Volk aus der Verzweiflung heraus für all das Unrecht, das es beschwert, nach Vergeltung suchen wird. Ich glaube doch, daß man in Frankreich, wo der **Revanchegedanke** eigentlich zur historischen Hysterie geworden ist (sehr richtig! — sehr gut!), Verständnis dafür haben sollte, daß auch in die Seele unseres Volkes dieser Gedanke an Wiedervergeltung gesät werden müßte und daß diese Saat aufgehen muß, allerdings nicht im schleunigen Wandel der Tage; denn die Stunden der Geschichte messen nicht nach Minuten, aber auch sie reifen endlich zu Tagen. (Sehr richtig!)

Darum erheben wir im gegenwärtigen Augenblicke warnend unsere Stimme, in diesem Augenblicke, wo die Geschicke zur Entscheidung gedrängt werden, und ich darf wohl im Sinne der ganzen verfassunggebenden Nationalversammlung sagen, daß das, was wir hier vorzutragen haben, der Schmerzensschrei eines bis zum Aeußersten gequälten Volkes ist. (Zustimmung.)

Wenn uns der Friede gegeben wird, dann verlangen wir, daß wir ihn ehrlich mitbestimmen dürfen, und wir erheben drei Forderungen, ohne die es keine Einigung geben kann. Diese **drei Forderungen** stellen wir **an das Weltgewissen,** wir stellen sie an Freund und Feind, und sie heißen: Räumung des besetzten Gebietes sofort beim Friedensschluß (sehr richtig! bravo!), sie heißen: Rückgabe unserer Gefangenen (lebhafte Zustimmung und Beifall), und die dritte Forderung heißt: Aufhebung der Blockade. (Erneute lebhafte Zustimmung und stürmischer Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das Verbleiben der feindlichen Mächte in dem besetzten Gebiet stellt man oft in Parallele zu dem, was im Jahre 1871 von unserer Seite in Frankreich geschehen ist. Aber die Zeiten haben sich erheblich gewandelt. Im Jahre 1871 war Deutschland sowohl wie Frankreich ein reiner Agrarstaat, und die Garantien für den Vollzug des Friedensschlusses mußten damals natürlich andere sein, als sie heutzutage sein können. Mir scheint, daß die beste Garantie — wenn anders die Feinde es in diesem Friedensschluß ehrlich meinen —, die wir überhaupt zu bieten imstande sind und die sie vollwertig und vollgültig von unserer Seite in Empfang nehmen können, die Demokratie sein muß, der demokratische Wille des ganzen deutschen Volkes zum Frieden, wie es ihn oft und oft schon während der Kriegsjahre bekannt hat. (Bravo! Sehr richtig!)

Die **Räumung des besetzten Gebiets ist** eine Forderung, die unerläßlich ist, wenn wir den Frieden unterzeichnen sollen; denn es ist unmöglich, daß unsere Feinde länger dazu übergehen, sich diese besetzten Gebiete untertan zu machen, in gewissem Sinne das Joch der Sklaverei

durch ihre Fremdherrschaft uns aufzuerlegen. Es ist von diesen Dingen hier schon gesprochen worden; ich komme weiter darauf zurück.

Es ist immer und immer wieder in den Kundgebungen der einzelnen Fraktionen, in einer gemeinsamen Entschließung, die wir gefaßt haben, in einer Rede, die von den sämtlichen Frauen dieses hohen Hauses hier zum Vortrag kam, auf die **Rückgabe unserer Kriegsgefangenen** hingewiesen worden. Diese Kriegsgefangenen sind das heiligste Eigentum, das wir in deutschen Landen besitzen. (Bravo!) Es ist Blut von unserem Blut und ist Fleisch von unserem Fleisch. (Bravo!) Es widerspricht den Gesetzen der Menschlichkeit, es widerspricht der Kultur, deren sich unsere Feinde so oft und so laut berühmen, wenn man nicht endlich ein Ende macht und die Söhne unseres Volkes uns wiedergibt, damit sie sich in die Armee der schaffenden Hände unserer ganzen Nation eingliedern können und mit aufbauen helfen an dem neuen Deutschland und an der neuen Wirtschaftsordnung, bei deren Aufbau wir ihrer allerdringendst bedürfen. (Starker Beifall und Zustimmung.)

Ich habe gesagt: wir verlangen die **Aufhebung der Blockade.** Diese Aufhebung der Blockade muß erfolgen, damit das unwürdigste Schauspiel der Weltgeschichte endlich ein Ende nimmt, daß man ein Volk niederzuhalten versucht, indem man den Hungerkrieg über die Weiber und Kinder verhängt. Das Gespenst des Hungers muß aus dem Lande, damit wir wieder Nahrung, nicht bloß für den Körper, sondern auch für die Nerven bekommen, und damit mit Einführung dieser Nahrung in unser Vaterland, mit der Stillung der elementarsten Bedürfnisse des Lebens auch wieder die nötige Klarheit des Denkens bei uns Einzug hält (sehr gut!), und damit wieder der Wille zur Arbeit und die Freude und der Mut zur Arbeit in Deutschland Platz greifen, wo leider Wille und die Freude zur Arbeit und der Mut zu derselben in weiten Kreisen geschwunden zu sein scheint. (Sehr richtig!)

Der Feind hat nun in den weiten Gebieten unseres Vaterlandes, die er besetzt hält, mit lockenden Mitteln geworben, und als es schien, daß man dieser Stimme nicht Gehör schenken wollte, ist er zur unerhörten Gewalttat, zur Brutalität übergegangen. Wenn wir uns einmal ansehen, wie in den **besetzten Gebieten auf dem linken Rheinufer** gearbeitet wird, wie dort Handel und Wandel stillstehen, wie die Landwirtschaft der notwendigsten Geräte und der Hände entbehrt, weil sie zu Wegearbeiten und anderem Frondienst der Feinde verwandt werden (hört! hört!), wenn wir sehen, daß durch die Sperrung der Mühlen die Bereitung des täglichen Brotes fast unmöglich gemacht ist (hört! hört!), wenn wir sehen, wie dort eine unerhörte Gewalttat, ein Gewissenszwang ohnegleichen ausgeübt wird von Belgiern, von Franzosen, zum Teil auch von Engländern und Amerikanern, dann müssen wir immer und immer wieder laut und deutlich gegen dieses Verfahren

protestieren. (Lebhafte Zustimmung.) Denn kein Wilsonscher Punkt, kein Gesetz, keine Akte des Völkerbundes oder irgendeine Legitimation kann beigebracht werden, wonach ein solches Verfahren auch nur im mindesten gerechtfertigt wäre. (Lebhafter Beifall.) Ich sage: dieser Protest muß immer und immer wieder ausgesprochen werden, denn diejenigen, die dazu in erster Linie berufen sind, sind ja mundtot gemacht. (Sehr richtig!) Wir wissen ja, was den Abgeordneten, die vom linken Rheinufer kommen, geschehen würde, wenn sie in der Nationalversammlung diesen Schmerzens- und Notschrei zum Vortrag bringen würden. (Sehr richtig!) Der Terrorismus würde auch auf sie übergreifen. Wir müssen hier bekennen, daß wir das Leid und Elend der besetzten Gebiete unseres deutschen Vaterlandes vollinhaltlich kennen, damit die, die drüben über dem Rhein wohnen, nicht die Stacheldrahtkrankheit bekommen, wie sie unsere Gefangenen oft bekommen, daß sie sich von Gott und der Welt verlassen glauben und der Verzweiflung preisgegeben sind. (Sehr richtig!)

Ich habe vorhin gesagt, daß die Grundstimmung, die wir bei Beratung und Betrachtung der **Friedensfrage** haben, bei der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes hervorgegangen ist aus der Bereitschaft, die **14 Punkte des Präsidenten Wilson** anzunehmen, die er als Grundlage eines allgemeinen Völkerbundes vorgeschlagen hat. Wir haben niemals in den verschiedenen Kundgebungen des alten Reichstags, in öffentlichen Kundgebungen der Parteien und in Kundgebungen dieses hohen Hauses einen Zweifel daran gelassen, daß wir bereit sind, auf diesen Boden zu treten (sehr richtig!), und daß wir insbesondere verlangen, daß auch uns das in diesen Wilson-Punkten zugesicherte **Selbstbestimmungsrecht der Völker** als eine unwandelbare Tatsache in vollem Umfange zugebilligt werde. (Sehr richtig!)

Auf Grund dieses Selbstbestimmungsrechts der Völker sprechen wir es aus, daß alle die besetzten Gebiete und alle diejenigen Gebiete im Osten, die vom Deutschen Reich abgetrennt werden sollen, aus historischen Gründen beweisbar und unbestreitbar deutsche Gebiete sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Lassen Sie mich am linken Rheinufer beginnen, lassen Sie mich anfangen mit dem Land, das besetzt ist, und das die Franzosen zur Revanche sich wiederholen wollen. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß wir **Elsaß-Lothringen nicht verloren geben.** Wir wissen, daß neben mancher Fremdtümelei und neben manchem französischen Geiste ein großer Beischuß alemannischen Blutes und deutschen Geistes in diesem Elsaß-Lothringen lebt. (Lebhafter Beifall.) Unserer Brüder in Elsaß-Lothringen gedenken wir, und wir bitten, mit aller Macht dafür einzutreten, daß bei diesem Friedensschluß auch dieses Elsaß

nicht hemmungslos preisgegeben wird, sondern daß man den Kampf, der mit Blut eines Tages begonnen worden ist, auch jetzt weiterführt mit guten Gründen der inneren Überzeugung. (Bravo!)

Und dann lassen Sie mich geographisch weitergehen in die **Pfalz.** Sie ist meine eigene Heimat, und ich darf mich des Deutschtums der Pfalz berühmen auch vor dieser Versammlung. Denn in diesem Pfälzerland ist seit Jahrhunderten die Inkarnation des Deutschtums gesehen worden; in den sichtbaren Zeichen der Herrschaft des alten Reichs waren die Reichskleinodien bewahrt, und da war das Kaisergrab der Salier und der Hohenstaufen; und die politische Bewegung, die im 19. Jahrhundert durch Deutschland aufgeflammt ist, die den Gedanken eines burgundischen oder austrasischen Königreichs am Rhein ventiliert hat, die ihren sichtbaren Ausdruck findet in dem „deutschen Mai" des Jahres 1832 auf dem Hambacher Fest, ist Beweis genug, daß man dort vom deutschen Geiste immerdar erfüllt gewesen ist. (Sehr richtig!) Lassen Sie mich den Rhein hinuntergehen über den Wormsgau hinunter ins **Rheinland.** Spricht da nicht jeder Kirchturm, der zum Himmel ragt, spricht da nicht jeder Berg, der Strom, die Au von deutscher Kultur und deutschem Wesen? (Bravo!) Es spricht nicht nur aus den Denkmälern der Vergangenheit zu uns, sondern von jedem Leichenstein, den wir auf den Friedhöfen sehen. Dieses deutsche Wesen, diese deutsche Kultur in diesen unzweifelhaft deutschen Gebieten wird nicht dadurch irritiert, daß da nun vielleicht irgendwo ein Einschlag von französischer Sprache, eine kleine französische Siedlung oder Kulturstätte gewesen ist. Die Sprache allein bestimmt noch nicht die Wesensart des Menschen. Sie bestimmt allein noch nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation. (Sehr richtig!) Hat irgend jemand einen Zweifel daran, daß das Saarbecken ein deutsches Gebiet ist, und daß die, die dort wohnen, trotz allen Zwanges und trotz all der freundschaftlichen Visiten, die französische Minister und französische Generale ihnen machen —, daß die Bevölkerung dieses Gebiets deutsch, daß sie gesonnen ist, deutsch zu bleiben und zum Deutschen Reiche zu halten? (Lebhafter Beifall.)

Wenn in diesem hohen Hause von der Bewegung der **linksrheinischen Republik** gesprochen worden ist, so darf dabei nicht übersehen werden, daß das eine Angelegenheit ist, die nicht zum mindesten aus dem ernsten Bestreben hervorgewachsen ist, beim Reiche treu zu halten, wenn es nicht möglich sein sollte, bei Preußen zu bleiben in der Verfassungsart und unter Betonung der Vorrechte, die man für sich beansprucht, wie es früher der Fall gewesen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Meine Damen und Herren! Meine linksrheinischen Freunde legen Wert darauf, auch heute erneut ausgesprochen zu sehen, daß sie in dieser Schicksalsstunde des Volks ihre eigenen Wünsche zurückstellen, daß sie aber unerschütterlich auf dem Standpunkt stehen bleiben, daß die Rheinlande deutsches

Land bleiben und bei dem bevorstehenden Friedensschluß nicht zum Opfer gebracht werden wollen. (Lebhafter Beifall.)

Wenden wir uns nach dem Osten, nach Oberschlesien, nach Posen, nach Danzig. Auch das sind deutsche Gebiete, und alle Rabulistik und Wortklügelei vermag das nicht in Abrede zu stellen oder umzudeuten. Bei all diesen Gebieten, die ich eben nannte, würden Stunden nicht hinreichen, umständlich den Beweis zu führen, daß Gesittung und Sprache, Geschichte und Kultur, die Erzeugnisse des Geisteslebens wie die politischen Strömungen und Bestrebungen der Vergangenheit aus dem Geiste des Deutschtums geboren sind. (Sehr richtig!) Aber mehr als das ist das Bewußtsein der Völker, unserer Stammesgenossen in diesen Gebieten, für die im vollsten und tiefsten Sinne das Wort gilt: „Das Land, auf dem du stehst, ist heilig, geheiligt durch deiner Väter Schweiß und Blut —“ durch die Arbeit der Väter und durch das Blut, das vergossen worden ist, damit diese Gebiete deutsch blieben. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt: diese Voraussetzungen gelten auch für die Gebiete im Osten. Es ist neulich eine **amerikanisch-englische Studienkommission** in den Gebieten des Ostens gewesen, und sie war höchst erstaunt, zu sehen, daß in **Posen** von polnischer Kultur nicht die Rede sein kann. (Hört! hört!) Diese Studienkommission hat feststellen müssen, daß in Posen unzweifelhaft deutsche Kultur herrscht. (Sehr richtig!) Das ist auch unser Standpunkt und unsere Anschauung, und so gut wie die Lande am linken Rheinufer, so gut ist Posen und ist Danzig ein heiliges Stück unseres Volkes, das wir nicht preisgeben wollen und das wir zu behaupten uns bemühen müssen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Meine Damen und Herren! Das **oberschlesische Gebiet!** Ich habe vorhin davon gesprochen, daß die Sprache allein nicht ausschlaggebend sein kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Oberschlesien ist deutsches Kulturgebiet und fühlt deutsch. Das polnische Nationalgefühl, das da und dort aufflammt, ist künstlich hineingetragen (sehr richtig! im Zentrum), und ich darf es wohl aussprechen, daß von polnischen Traditionen, von polnischen Überlieferungen im oberschlesischen Volk nicht die Rede sein kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Neulich ist diese Untersuchungskommission auch in Oberschlesien gewesen, und da hat man gesagt: auch dort ist die Kultur vollkommen deutsch; und die Mitglieder dieser englisch-amerikanischen Kommission waren genau so wie in Posen der Meinung, daß dann Oberschlesien bei Deutschland bleiben müsse. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Das ist auch unsere Meinung, trotzdem in Oberschlesien in manchen Kreisen eine Anschlußbewegung an Polen künstlich gefördert wird. Man glaubt in diesem Augenblick vielleicht,

den Anschluß an Polen dem Verbleiben beim Deutschen Reiche vorziehen zu müssen. Aber diese Stimmung ist doch nur geboren aus den traurigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen heraus, die in Deutschland augenblicklich herrschen, und gefördert durch polnische Hetze. (Sehr richtig!)

Ich muß der Vollständigkeit halber noch darauf hinweisen, daß auch die **mährischsprechende Bevölkerung** von einem Anschluß nichts wissen will (sehr richtig! im Zentrum), und daß sie die debattelose Angliederung an Tschecho-Slowakien oder an Slawen ablehnt, daß auch sie beim Deutschen Reiche bleiben will. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Und dann lassen Sie mich noch sagen, daß wir, wenn man von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, auch an die deutschsprechenden Randländer und **Randvölker Deutschböhmens** und des **Egerlandes** denken und vor allen Dingen mit all der Freudigkeit, mit all dem Gefühl der Zusammengehörigkeit an unsere Brüder in Deutsch-Österreich denken, die wir hoffentlich bald bei uns im Reiche begrüßen können. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Aber wenn wir davon sprechen, wie dieser Frieden geschlossen werden soll, wenn wir die Unantastbarkeit des deutschen Gebietes vertreten und fordern, dann wollen wir auch nicht, daß uns bei diesem Friedensschluß unsere **Kolonien** weggenommen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Kolonien sind nicht bloß ein wirtschaftlicher Faktor, sondern ein nationaler Ehrenpunkt (Zustimmung), und ich bescheide mich mit der Hervorhebung dieser beiden Gedanken, indem ich nur noch einmal auf die Kundgebung der Nationalversammlung verweise, die hier vor wenigen Wochen stattgefunden hat, wo diese Gedanken genauer ausgesprochen worden sind, und ich verweise weiter auf die Rede, die mein Parteifreund, Reichskolonialminister Dr. Bell, am 1. März gehalten hat.

Meine Damen und Herren, aber dieser Friedensschluß wird noch eine andere Belastung bringen: das ist die **finanzielle Belastung**. Dabei spielt die Frage der Wiedergutmachung des angerichteten Schadens eine Rolle, wie es Lansing, der amerikanische Unterstaatssekretär, in seiner Note vom 5. November 1918 noch einmal ausgesprochen hat. Wir haben von dieser **Wiedergutmachung** selbst gesprochen, wir haben uns dazu bereit erklärt; aber es muß dabei darauf hingewiesen werden, daß die Ansetzung der Wiedergutmachung nicht allein vom Feinde ausgehen darf (sehr richtig!), und daß nicht er allein es in der Hand hat, phantastische Zahlengebäude aufzurichten, sondern daß wir die Listen, die wir geführt haben, vorlegen werden, und daß auf Grund dieser Listen die Berechnung dieser Wiedergutmachung angestellt werden muß, zu der wir verpflichtet werden sollen. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es reizt direkt zum Lachen, wenn man sich den Größenwahnsinn der belgischen Finanzleute vor Augen führt, die 30 Milliarden Schadensersatz für Belgien beanspruchen (hört! hört!), wo belgische Nationalökonomen und belgische Professoren doch unmittelbar vor dem Kriege erklärt haben, daß die höchste Schätzung des belgischen Nationalvermögens dasselbe überhaupt nur auf 27 Milliarden beziffern kann. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Meine Damen und Herren, wir werden den Beweis führen, welcher Schaden an Privateigentum angerichtet worden ist, und zum Ersatze dieses Schadens werden wir uns verpflichten. (Sehr richtig!)

Über dem aber, meine Damen und Herren, über dem materiellen Inhalt der Friedensbedingungen steht der **Völkerbund**, den Wilson aufrichten will. Ich habe vorhin schon davon gesprochen, daß Deutschland ein vollberechtigtes Glied in diesem Völkerbunde sein muß, und zwar nicht nur geduldet, sondern sofort vollberechtigt werden muß ohne moralische Quarantäne, die man uns auferlegen will. (Lebhafte Zustimmung.) Wir bringen doch in diesen Völkerbund die Garantie mit, daß wir ernstlich gesonnen sind, auf den Boden der Völkerverständigung zu treten. Wir haben uns bereit erklärt, in die Abrüstung zu willigen, wir haben uns bereit erklärt, alle künftigen Streitfälle, die sich mit anderen Nationen ergeben könnten, vor ein Völkerschiedsgericht zu bringen, und meine Freunde sprechen auch heute den dringenden Wunsch aus, in den Kreis der Schiedsrichter bei diesem Völkergerichtshof und Schiedsgerichtshof auch den **Papst** einbezogen zu sehen (bravo! im Zentrum), weil er aus unserer Weltanschauung heraus als der Hüter der immanenten Gerechtigkeit erscheint, jener immanenten Gerechtigkeit, die keinem Wandel der Auffassungen und Gemütsstimmungen unterworfen ist, der immanenten Gerechtigkeit, die über der Laune des Siegers und über der Wehmut des Besiegten unerschütterlich thront (bravo! im Zentrum), aber auch darum, weil der Papst der einzige Souverän ist, dessen Stellung durch keine wirtschaftlichen und materiellen Erwägungen jemals beeinflußt wird. (Sehr gut! im Zentrum.)

Ich habe gesagt, wir fordern den sofortigen Eintritt in den Völkerbund ohne moralische Quarantäne. Der Gedanke des Völkerbundes geht vom Präsidenten Wilson aus, er ist der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die den Wappenspruch führen: e pluribus unum, ein Ganzes, ein Unteilbares, das aus Mehreren zusammengesetzt werden soll. Das ist aber nur dann möglich — und das gilt auch für den Völkerbund, wie für die Vereinigten Staaten von Amerika so auch für die Vereinigten Staaten von Europa — ein Ganzes, Unteilbares ist nur dann möglich, wenn die einzelnen Teile einander vollkommen gleichberechtigt sind; denn gleiche Lasten und gleiche Leistungen bedingen nach

unserer Auffassung auch gleiches Recht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir bringen die gleichen Garantien in den Völkerbund mit wie unsere Gegner. Wir müssen Einspruch dagegen erheben, daß man in den Ländern der Entente unsere Garantien nicht als vollwertig anerkennen will, sondern daß man sie gewissermaßen zu einem Tauschobjekt macht, mit dem wir uns mühsam den Strafaufschub auf Wohlverhalten erkaufen dürfen. (Sehr richtig! Bravo!)

Zur Begründung eines solchen Verfahrens führen unsere Feinde immer an, daß erstens das **deutsche Volk am Kriege schuldig** sei, und daß wir es zweitens auch nicht anders gemacht haben würden, wenn wir Sieger geblieben wären. Den Beweis aber für diese beiden Behauptungen bleiben uns unsere Gegner schuldig, und sie ersetzen ihn einfach durch das „Vae victis!" wehe den Besiegten! (Sehr richtig! Zustimmung.)

Die Tatsache, daß wir schuld am Kriege seien, leiten unsere Gegner davon ab, daß wir auf den Krieg gerüstet gewesen seien, und sie sagen: da ihr gerüstet wart, habt ihr den Krieg gewollt! Ich setze dagegen die Frage: wart ihr denn weniger gerüstet? — und gehe weiter, hinzuzufügen, daß wir zur Abwehr gerüstet gewesen sind. Ich kann in dieser Stunde mit dem tiefen Bedauern nicht zurückhalten, daß das Bestreben unserer Feinde, uns die Schuldfrage in vollem Umfange aufzubürden, immer wieder in Deutschland durch die Reden und Schriften von Männern unterstützt wird, die glauben, die Schuld am Kriege auf uns laden zu sollen (lebhafte Zustimmung links, im Zentrum und rechts), manchmal gewiß aus der an sich ja vielleicht ganz wohlgemeinten Absicht, daß bei dem Eingeständnis dieser Schuld die Feinde dann Milde walten lassen werden. (Zuruf vom Zentrum.) Aber das ist eine vollkommen — ich nehme den Zwischenruf auf — naive, eine vollkommen verfehlte Spekulation! (Lebhafte Zustimmung.) Diese Ansicht stellt einen groben Irrtum dar. Es beweist sich ja jeden Tag, daß unsere Feinde uns dann erst recht um so härter zu bedrücken entschlossen sind. (Erneute Zustimmung.) Meine Damen und Herren. Als der Krieg im Jahre 1914 ausgebrochen ist, hat ihn das ganze deutsche Volk als einen **Verteidigungskrieg empfunden**, und alle Parteien, die in diesem hohen Hause sitzen, haben sich damals in diesem Sinne ausgesprochen. Ich darf es auch hier ruhig sagen, daß weitum im Lande wie ausnahmslos in diesem hohen Hause niemand ist, der diesen Krieg gewollt hatte. (Sehr richtig!) Draußen im Lande waren wohl vereinzelte Strömungen und Strebungen; aber diese Kreise, deren Umfang kein sehr großer ist, nun so darzustellen, als ob das ganze deutsche Volk als kriegswütig und kriegswillig im gewissen Sinne in dieselben einbezogen werden könnte, das ist irrtümlich. (Sehr gut!) Die damaligen Machthaber in Deutschland — auch diese Überzeugung spreche ich aus — haben diesen Krieg nicht

gewollt (sehr richtig! links, im Zentrum und rechts), und bei objektiver Prüfung der Sachlage hat es Beweise genug, daß wir in den Krieg hineingedrängt worden sind. (Sehr wahr!) Ich müßte das ganze geschichtliche Gemälde der verflossenen 30 Jahre und weiter zurück, vielleicht bis zum Jahre 1871, aufrollen, wenn ich den Beweis dafür umständlich führen wollte. Lassen Sie mich aber nur mit wenigen Worten auf die letzten Zeiten hinweisen: auf die Einkreisungspolitik Eduards VII., auf die Rüstungen Rußlands, die durch französisches Geld unterstützt worden sind (sehr gut! im Zentrum und rechts), lassen Sie mich verweisen auf den Flottenbauplan Englands und auf die militärischen Rüstungen Frankreichs. (Wiederholte Zustimmung.) Man braucht ja doch nur die Haushaltspläne der einzelnen Staaten aufzuschlagen, um diese Rüstungen zu erkennen. Auf eines nur will ich aufmerksam machen, indem ich mich damit auf eine französische Statistik stütze: unmittelbar vor dem Kriege hat das deutsche Volk auf den Kopf der Bevölkerung 37 Franken für Rüstungszwecke ausgegeben, das französische Volk 57 Franken. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Ich frage dabei: können wir denn in Deutschland dafür verantwortlich gemacht werden, wenn infolge des französischen Systems das Geld nutzlos verschleudert wurde, statt daß es dem Zwecke zugeführt wurde, für den es zur Verfügung gestanden hätte? (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ich sage nein! Ich sage aber weiter, es wäre für unsere Arbeit und unsere gesamte materielle Produktion unverantwortlich gewesen, wenn wir tat- und reglos diesem **Wettrüsten** hätten zusehen wollen. (Sehr richtig!) Es wäre eine Verkennung des primitivsten Grundgesetzes der Selbsterhaltung zu nennen, wenn wir das getan hätten, und es wäre eine geradezu lächerliche Zumutung, daß wir uns nicht zur Abwehr rüsten sollten, wenn wir das Unheil kommen sahen. (Sehr wahr!)

Auf den zweiten Vorwurf, daß wir als Sieger ebenso gehandelt haben würden, frage ich nur: woher wißt ihr denn das? Ich frage unsere Feinde: warum haben sie denn immer nur, wenn wir uns zum Frieden bereit erklärten — und wir haben das oft genug getan, zu einer Zeit, als wir noch Sieger schienen —, warum haben sie in diesen Augenblicken immer nur von uns eine ausführliche Darlegung der Kriegsziele und des Friedensprogramms verlangt, ehe sie überhaupt bereit waren, in Friedensverhandlungen oder Unterhandlungen einzutreten? (Sehr gut!) Warum sollten nur wir immer uns durch einseitige und vorläufige Erklärungen binden, während sie erst während der Verhandlungen ihre Ziele und ihr Friedensprogramm bekannt geben wollten? Von uns hat man verlangt, daß wir die Karten offen auf den Tisch legen sollten, und unsere Feinde wollten sich die besten Trümpfe einfach heraussuchen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Wenn nun von französischer und englischer Seite geltend gemacht wird, daß wir in Belgien und in den besetzten Gebieten Nordfrankreichs, daß wir in Rußland und Rumänien uns so verhalten hätten, daß man Vergeltung üben müsse, wenn gesagt wird, daß der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest zur Genüge beweise, welche Ziele Deutschland verfolgte, und welche Zukunft Belgien und Frankreich im Falle der Niederlage erwartete, so ist darauf zu erwidern, daß es sich bei allen diesen Maßnahmen nicht gehandelt hat um Aufrichtung eines bleibenden Friedens, sondern nur um Maßnahmen, die im Laufe des Krieges in Feindesland unter dem Drucke der kriegerischen Verhältnisse getroffen worden sind. (Sehr richtig!) Das gilt auch für die Maßnahmen, die man angeblich zur Vergeltung in unseren besetzten Gebieten auf dem linken Rheinufer gegenwärtig vornimmt. Das sind keine Maßnahmen im andauernden Kriegszustande, sondern Maßnahmen während des Waffenstillstandes, die ganz anders gewertet werden müssen (sehr richtig!) und darum unerträglicher erscheinen als Maßnahmen während des Krieges. (Sehr wahr!)

Der Friede von Brest-Litowsk und der Friede von Bukarest aber wurden zu einer Zeit geschlossen, da wir auf der anderen Seite doch noch einen Feind gegen uns stehen hatten. Gegen diesen Feind mußten wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln sichern, und diese Sicherung war nur zu erreichen, indem die ausscheidenden Feinde für den Augenblick unschädlich gemacht wurden. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Herr Dr. Cohn, ich habe nur den Zwischenruf „Bukarest" verstanden! — (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: 90 Jahre!) Also ich sage: der Friede von Brest-Litowsk und trotz der Aneignung der Petroleumgruben auf 90 Jahre[1]), auch der Friede von Bukarest enthält — das werden auch Sie mir zugeben — in keiner Klausel und nirgendwo eine Bestimmung, die auch nur entfernt der wirtschaftlichen und finanziellen Versklavung des ganzen Volkes glichen, wie sie uns heute von England und Frankreich auferlegt werden soll. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

In diesen Gesinnungen und Stimmungen sehen wir den **Friedensverhandlungen** und ihrem Abschluß — ich sage ausdrücklich: Friedensverhandlungen! — entgegen. Wird dieser Friede nicht aus dem Geiste

---

[1]) Gemeint ist das deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänische Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen. Zum Friedensvertrag vom 7. Mai 1918. Nach dem Petroleumabkommen hat die rumänische Regierung der Öl-ländereien-Pachtgesellschaft m. b. H. das ausschließliche Recht erteilt, die gesamten großen rumänischen Staatsländereien zur Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Erdölen, Erdgas, Erdwachs, Asphalt und allen anderen Bitumina auszunutzen. Auf Antrag der Gesellschaft sollte die rumänische Regierung das Ausnutzungsrecht zweimal um je 30 Jahre verlängern.

der Gerechtigkeit und der Versöhnung unter den Völkern geboren, so wird er seinen Zweck nicht erfüllen, und ich warne allen Ernstes in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes unsere Feinde. Es kann dann die Zeit kommen, wo wir erklären: Nein! Diesen Frieden der Gewalt und des Zwanges unterschreiben wir nicht! (Stürmischer Beifall.)

Meine Damen und Herren! Clémenceau hat man schon die goldene Feder gerüstet, mit der er den Friedensvertrag unterzeichnen will. Will man uns diese Feder in die von Hunger und Entbehrung gekrümmte Hand zwingen? Es kann sein, daß diese Hand nicht schreibt, sondern sich gar leicht zur Faust ballt! (Stürmischer Beifall.)

Schon einmal war in der Welt ein Abgrund und eine große Empörung, wie wir in der Urkunde der Menschheitsgeschichte lesen. Was damals geschah, wird dann geschehen, wenn unsere Feinde uns zur Verzweiflung treiben, wenn sie Deutschland niederschmettern. Denn wenn ein vom Bolschewismus zerfressenes Rußland einem zerschmetterten Deutschland an der Seite steht, dann wird statt dem milden Lichte des Friedens aus dem Abgrund die Flamme schlagen und das Geheul ertönen: „occidat unusquisque fratem suum, proximum suum, amicum suum“, daß jeder seinen Bruder, seinen Nächsten, seinen Freund erschlage! (Bewegung.)

Meine Damen und Herren! Das ist der **Weltbolschewismus!** Denn dieser Ruf, daß jeder seinen Bruder, seinen Freund, seinen Nächsten erschlagen solle, klingt ja schon durch die Welt, und glauben Sie: wenn eines schönen Tages Deutschland zerschmettert ist durch diesen Weltbolschewismus, wenn der Friede der Versöhnung, der Friede der ausgleichenden Gerechtigkeit unter den Völkern nicht geschlossen wird, dann wird die Stunde kommen, wo die Saat furchtbar aufgehen wird, die Amerika und England jetzt säen.

Man nennt nicht umsonst den **Japaner** den Engländer des Ostens! Wehe den übermütigen Siegern, wenn Japan die Führung übernimmt. Wenn dann die asiatische Welt aufstehen wird eines schönen Tages, wenn in China, in Japan und in Indien diese Flammen aufspringen, dann bedeuten die 7 bis 8 Millionen russischer Bolschewisten gegenüber den 700 bis 800 Millionen, die in Asien sich erheben werden, gar nichts. (Sehr richtig!) Diese große Gefahr muß man sich vor Augen halten. Und dieser Weltbolschewismus sucht sich auszudehnen! Der Ruf nach Brudermord und Niederschlagen der Freunde und Nächsten klingt schon durch unsere Städte und heult durch unser Vaterland. (Sehr richtig!)

Meine Herren, die Selbsterhaltung unseres Volkes macht im gegenwärtigen Augenblicke die Arbeit zur Pflicht. Dadurch, daß keine

Werte geschaffen werden, daß wilde Streiks immer mehr um sich greifen, dadurch wird nicht nur Bestehendes vernichtet, es wird auch die Produktion verhindert. (Sehr richtig!) Der Bolschewismus hat seinen Ausgang von Rußland genommen, und während ihm der Weg nach Westen zu verriegelt war, er durch Deutschland nicht westwärts dringen konnte, hat er den Weg südwärts gesucht und ist über Ungarn nach Bayern hinübergedrungen. Es war, meine Damen und Herren, bei Ausbruch der Revolution eine offensichtliche Täuschung, sich vorzustellen, daß die Dinge bei dieser Revolution sich sänftiglich abspielen würden. (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) Zum Schaden der Umbildung der Staatsgewalt, um sie zu vernichten, wie es jetzt geschehen soll, um das zu zertrümmern, was an politischen und wirtschaftlichen Werten geschaffen werden soll, sind nicht bloß Geister am Werk, die politisch anderer Meinung sind, mit denen man sich auseinandersetzen könnte, sondern wie zu allen Revolutionszeiten sind auch jetzt Verbrechernaturen am Werk mit dem Bewußtsein und Willen zum Verbrechen! (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Was jetzt Spartakus heißt und jetzt in den Städten ein Schreckensregiment aufpflanzen will, war eigentlich in den letzten Jahren immer schon da. Früher war es durch die geregelte Ordnung niedergehalten, aber dann war Spartakus an der Front, und mich will bedünken, daß viele von den Greueltaten, die dem ganzen deutschen Volke, der deutschen Armee in Belgien und Nordfrankreich aufs Schuldkonto gesetzt sind, verrichtet worden sind von denselben Händen, die sich jetzt vom Bruderblute röten in den deutschen Städten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Zermürbung durch den langen Krieg, die Nahrungsschwierigkeiten, haben die innere Widerstandskraft der Bevölkerung geschwächt. Aber es kann nicht ernst genug daran gemahnt werden, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten seines Willens, die grundlegende Wirtschaftsordnung und die neue wirtschaftliche Entwicklung nicht zu verlieren, sich selbst bewußt werde und innerlich wieder stark und mutig die Pflicht empfinden möge, sich nicht hemmungslos diesem Schreckensregiment zu unterwerfen, sondern Widerstand zu leisten bis zum Aeußersten. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Es ist eine Täuschung, zu glauben, und es wird eine Täuschung bleiben, auch wenn es in der Nationalversammlung ausgesprochen worden ist, daß man zu Zeiten, wo der Schrecken sich fessellos entbindet, mit gütlichen Reden etwas erreichen kann. (Sehr richtig!) Im Lärm der Volksaufregung wird die gesunde Vernunft eben nicht gehört, und da gibt es kein anderes Mittel als das homöopathische Rezept: Gleichem mit Gleichem zu begegnen. (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) Denn wenn jemand sich

die Gewalt anmaßt, dann muß er auch gewärtig sein, daß man alle legitimen Machtmittel braucht, um der angemaßten Gewalt zu begegnen. (Sehr richtig!) Mir scheint, das deutsche Volk hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu verlangen, daß baldigst und gut Ordnung geschaffen werde, und wenn heute hier der Herr Reichsministerpräsidet ausgesprochen hat, daß man an dieses Ordnungschaffen herangehen will, dann sind wir der freudigen Hoffnung, daß das bald geschieht. (Lebhafter Beifall.) Ein Volk von 70 Millionen darf nicht durch wenige Tausende maßlos geängstigt, gemartert und geschädigt werden, und wenn Sie als Träger der Gewalt daran gehen, Ordnung zu schaffen, dann bedenken Sie, daß man mit Weidengerten keinen Büffel bändigen und Festungsmauern nicht mit tönernen Krügen einwerfen kann. (Sehr richtig!)

Eines muß aber in diesem Zusammenhange ausgesprochen werden: wir danken den Söhnen unseres Volkes, die sich in diesen wirren Zeiten zur Verfügung gestellt haben und, trotzdem sie Ruhe im Waffenhandwerk wollten, sich dafür eingesetzt haben, daß der Bürgerkrieg nicht entfesselt wird (lebhafter Beifall), daß sie noch einmal die Schrecken und all die Pein auf sich genommen haben. Wir danken ihnen aus ganzer Seele und können nur wünschen, daß dieses Werk endlich gekrönt werde von dem Frieden im Innern unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Ich habe gesagt, meine Damen und Herren, daß der **Bolschewismus** seinen Weg südwärts genommen hat und in **Bayern** sich auszubreiten strebt. Das ist nicht mehr eine Angelegenheit, die Bayern allein angeht. (Sehr richtig!) Mag auch die ausgerufene **Räteregierung in Bayern** die Beziehungen zum Reich abbrechen — daß man von staatsrechtlichen Kenntnissen nicht sehr beschwert ist und keinerlei durch irgendwelche diplomatischen Gebräuche begründete Hemmungen verspürt, erweist ja die Depesche über die **Abberufung des bayerischen Gesandten in Berlin** —, so ist es doch die Pflicht des Reichs und aller deutschen Bundesstaaten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Der Abbruch dieser Beziehungen zum Reich ist eigentlich ein seltsames Geschehen. Es erweist sich das merkwürdige Schauspiel, daß sich in Bayern anarchistisch und anarchistisch-kommunistisch gesinnte Leute miteinander verbunden haben zur Ausrufung der Herrschaft des Bolschewismus, und Leute, die früher von vaterländischen nationalen Begriffen auch im weitesten Verstande keine Ahnung gehabt haben und sie weit von sich abgewiesen haben, Leute, die früher Träger des unitarischen Gedankens zu sein sich gerühmt haben, die haben sich jetzt verbunden und sind im gegenwärtigen Augenblicke die wüstesten bayerischen Partikularisten, die man sich überhaupt vorstellen kann.

(Sehr gut! und Heiterkeit.) Aber dieser Partikularismus hat nichts gemein und nichts gemeinsam mit den berechtigten Bestrebungen, die die der Zentrumsfraktion angehörigen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei früher vertreten haben (lebhafte Zustimmung im Zentrum), wenn es sich darum gehandelt hat, der Eigenart der bayerischen Verhältnisse entsprechende historische, verbriefte Rechte zu wahren. (Zuruf aus dem Zentrum: Schwabinger!) — Ganz richtig! Ich komme noch darauf. — Was jetzt in Bayern geschieht, ist Chaos. Es ist mehr, es ist der Geist der Verneinung, der der Vater des Chaos ist. Er wird dem Lande nicht zum Heile sein, das — das läßt sich erfreulicherweise übersehen — in seiner übergroßen Mehrheit von dieser Gestaltung der Dinge nichts wissen will. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe immer noch die Hoffnung, daß das Wort, das einmal ein bayerischer König gesprochen hat, auch jetzt in dieser Zeit seinen Bestand hat: „Bayern, zu verderben seid ihr nicht!"

Es muß hier warnend darauf hingewiesen werden, daß die Entente erklärt hat, daß sie Bayern vom Friedensschluß ausnimmt. (Hört! hört!) Das ist ein Schaden und Abtrag für die Interessen des Reichs; denn wenn ein Landesteil des Deutschen Reichs vom Frieden ausgeschlossen ist, so bedeutet das einen Nachteil des ganzen Reichs (sehr richtig!), und dieser Nachteil wird nicht ausgeglichen durch platonische Funksprüche an die Sowjetregierung und die ungarische Räterpublik. Die darin ausgesprochene Kampfansage an Deutschland und die Welt muß naturnotwendig nur ein Echo finden: das bayerische Volk, Arbeiter, Bürger, Bauer, Kaufmann, Student, in allen Berufen und allen Schichten der Bevölkerung zur Selbsthilfe aufzurufen, damit es mit Hand anlege zur Befreiung, um unheilbaren Schaden und unabsehbaren Schaden abzuwenden. (Beifall.)

Wenn Bayern durch diese Vorgänge, die von Herrn Dr. Heim ganz richtig als Schwabingerei bezeichnet werden, durch diese Wirrnisse vom Frieden ausgeschlossen bleibt, so bekommt es vor allen Dingen seine Gefangenen nicht zurück (sehr richtig!), und ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß in Bayern irgendein Bayer bayerischen Blutes ist, der die Söhne seines Landes preisgeben will um des frevelhaften Wahnsinns von Fremdlingen willen (sehr gut!), die von bayerischem Wesen und bayerischer Art nicht das mindeste an sich haben und nichts davon verstehen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Zur Gesundung der Verhältnisse im Innern unseres Vaterlandes ist die **Ueberwindung der Anarchie** nötig. Die Neuordnung der Dinge, die durch die Revolution kommen muß, darf nicht auf der einen Seite in diese Anarchie ausarten, auf der anderen Seite in Klassenherrschaft:

weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet. Unser einziger Reichtum ist im gegenwärtigen Augenblick unsere Arbeit. Sie allein schafft uns die Güter, deren wir dringendst bedürfen zu unserem Wohl, sowohl nach innen wie nach außen. Wenn wilde Streiks entfesselt werden, so werden Werte vernichtet von ungeheurer Zeugungskraft, oder sie werden zum mindesten geschwächt. Wo überall in Deutschland dieser Geist am Werke ist, muß das Volk sich wehren, nicht nur um der materiellen Werte willen, sondern auch, um die Hoffnungen der Gegner zu vernichten. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Bei den Völkern sowohl wie bei den einzelnen ist das **tägliche Brot** die Ursache und das Ziel der Leistungsfähigkeit. Dieses tägliche Brot muß uns geschaffen werden. Die Entente berühmt sich — ich sage das wieder — ihrer Kultur. Meine Damen und Herren! Kultur haben die Leute, die die beiden großen Gesichtspunkte aller Kultur in sich haben: das Mitleid und die Freude. Die Entente ist nicht einmal zu dem Mitleid fähig, das man dem Bettler gegenüber aufbringt, wenn man ihm einen Groschen gibt, mit dem er sich ein kärgliches Stück Brot kaufen kann. (Sehr richtig!) Wir verlangen dieses tägliche Brot, wir verlangen, daß es uns durch die Zufuhr von außen gewährleistet wird. Wir verlangen aber auch auf der anderen Seite, daß unsere ganze Lebenshaltung uns durch den **Abbau** und durch die **Abschaffung der Zwangswirtschaft** erleichtert wird, die im großen und ganzen ein grimmiges Fiasko gemacht hat. (Zustimmung im Zentrum.) Das wollen diejenigen nicht einsehen, die bei dieser Zwangswirtschaft die Wirtschafter gewesen sind (lebhafte Zustimmung und Heiterkeit im Zentrum); die Bewirtschafteten sind sich darüber vollkommen einig. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir verlangen dann aber — ich sagte schon — die Einführung von Lebenmitteln, die nur dann zu bekommen sind — wie das auch heute der Herr Reichsministerpräsident ausgeführt hat —, wenn wir arbeiten und die Rohmaterialien bearbeiten, die wir besitzen. Diese Arbeit allein ist imstande, uns Güter zu erzeugen, uns diese Erzeugung zu sichern und uns so vor der bitteren Notwendigkeit zu bewahren, daß wir das beste Rohmaterial ausführen müssen, über das wir im deutschen Lande verfügen, nämlich die Menschen. (Zustimmung im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Zur Ueberwindung der Anarchie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete dient die Aufrechterhaltung der Staatsautorität. Die Aufrechterhaltung der Staatsautorität ist die unerläßliche Vorbedingung der wirtschaftlichen Wohlfahrt sowohl wie des gesellschaftlichen Glückes in dem neuen Staat. Die neue Zeit bringt neue **soziale Forderungen** und eigentlich nach unserer Auffassung doch nicht neue Forderungen; denn die sozialen Forderungen, wie wir sie vertreten haben, sind geboren aus einem Geiste, der schon seit 1900

Jahren durch die Welt geht und seine Werbekraft und Tatkraft geübt hat. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Diese sozialen Forderungen sind also nicht neu in ihrem Gehalte, aber sie sind neu in der Formulierung, in der sie ausgesprochen werden. Auf der einen Seite wird der Sozialisierungsgedanke erwogen und soll in die Tat überführt werden, der Sozialisierungsgedanke, der von vielen gar so arg mißverstanden wird, indem sie glauben, daß nun eine goldene Zeit anbricht, wo man durch wenig Arbeit unendlich viel Lohn bekommen kann, wobei Mißverständnisse über Mißverständnisse sich häufen. (Sehr richtig!) Ich möchte hier bei der Sozialisierung nur einen Satz sagen, der bei anderer Gelegenheit weiter ausgeführt werden kann: materielle Dinge lassen sich sozialisieren, geistige Dinge lassen sich nicht sozialisieren. (Sehr gut! im Zentrum.) Darum ist die Sozialisierung der Kunst eine Sache von höchstem Bedenken; denn ideelle Güter können kein Handelsartikel werden. (Zustimmung im Zentrum.)

Der andere soziale Gedanke aber neben der Sozialisierung ist das Rätesystem. Meine Damen und Herren! Das Wort „Rätesystem" erfreut sich nicht des besten Klanges. Die Räte, die in Rußland am Werke gewesen sind, haben nicht so gewirkt, daß sie zur Wohlfahrt wurden, und manches, was wir von den in den ersten Revolutionstagen eingesetzten Soldatenräten gespürt und gesehen haben, konnte auch nicht zur Erhöhung des Wohlklanges dieses Wortes „Rätesystem" führen. (Sehr richtig!) Rußland ist schon dazu übergegangen, die Soldatenräte wieder abzuschaffen. (Hört! hört!) Rußland hat — nebenbei bemerkt — gesehen, daß es bei der allgemeinen Auflösung der Dinge ohne eine in einer festen und starken Faust vereinigten Zentralgewalt nicht auskommen könne. Rußland hat die Disziplin in seinem Heer wieder neu geordnet und vorbildlich gefestigt. (Hört! hört! im Zentrum.) Meine Damen und Herren, ich sage: das Wort „Rätesystem" hat keinen guten Klang; aber man kann ihm einen neuen und um so besseren Gehalt geben und dann dafür sorgen, daß dieser Klang des Wortes wieder zu Ehren komme. Das Rätesystem ist in seinem inneren Gehalte kein Aushilfsmittel des Augenblicks. Man hat ja manchmal — lassen Sie mich das offen aussprechen — das bange Befürchten gehabt, daß das Wort „Zu spät", das immer über der Tür der alten Regierung geschrieben war, auch vielleicht in die neue Regierung herübergenommen worden ist. Manchmal dünkt es uns, als ob der Augenblick vom rechten Mann nicht rechtzeitig ergriffen worden wäre. Aber das eine darf ich wiederholen: in diesem Augenblick handelt es sich nicht um ein Verlegenheitsmittel, es ist kein Not- und Zwangsprojekt, das uns in diesem Plan der Reichsregierung vorgelegt wird, es ist eine unumgänglich notwendige soziale Forderung, und diese soziale Forderung, die ich ausdrücklich als notwendig bezeichne, erscheint uns in ihren sachlichen Grundgedanken als durchaus berechtigt. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Die **Revolution** muß eine **Umbildung des ganzen Menschenwerkes** und der ganzen **Menschenwertung** herbeiführen. Mit diesem Gedanken muß man sich vertraut machen, man muß ihn durchdenken lernen und muß ihn sich zu eigen machen. Bei dieser Umbildung des Menschenwerkes und Menschenwertes darf der Arbeitnehmer für die Zukunft nicht mehr wie bisher nur Objekt des Wirtschaftslebens sein, sondern er muß zum Subjekt des Wirtschaftslebens werden. (Sehr richtig!) Deswegen ist beim Rätesystem jede einseitige Umgestaltung und Klassenherrschaft oder zur Vorherrschaft irgendeines Erwerbsstandes über den anderen und auf Kosten der anderen abzulehnen. Dieses Rätesystem erscheint aber auf der anderen Seite als ein vortreffliches Mittel zur Verständigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Arbeitgeber konnte früher bei Lohnforderungen undurchsichtige und nicht nachzuprüfende Gründe für seine Ablehnung angeben, und dem Arbeitnehmer blieb nichts anderes übrig als der Streik, die Anwendung des letzten Mittels, das ihm zu Gebote stand. Ist aber dem Arbeitnehmer jetzt Gelegenheit gegeben, die Schwierigkeiten der Produktion, des Absatzes, der vielgestaltigen Erfordernisse, die Handel und Wandel auf dem Gebiete der Industrie nun mit sich bringt, richtig kennen zu lernen, so wird er sehr viel mehr Verständnis für die Interessen des Arbeitgebers haben; und andererseits wird in dieser gegenseitigen strengen Fühlungnahme miteinander auch der Arbeitgeber mehr Einsicht in die Gedanken- und Interessenwelt des Arbeitnehmers bekommen. Es wird so im ganzen eine Verständigung erzielt werden, die beiden Teilen und dem gesamten Volke nur zum Heile gereichen kann. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Diese Verständigung scheint mir aber vor allen Dingen unter den Arbeitnehmern selbst nötig. Jeder neue Tag bringt neue Beispiele von Vergewaltigung und vom üblen Zwang auf der Arbeitsstätte. (Sehr richtig!) Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung empfinden es als im höchsten Maße den Interessen der Arbeiterschaft abträglich und dem Geiste der Freiheit widersprechend, daß dieser Terrorismus in der Arbeitsstätte im Süden und Osten des Reichs außerordentlich häufig geübt wird. (Sehr richtig!) Es scheint uns notwendig und Aufgabe der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft und Aufgabe der in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterschaft, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Terror unterbleibt; und an die Kollegen, die Führer dieser Bewegung sind, die als Mitglieder in diesem hohen Hause sitzen, richte ich die Bitte, dafür zu sorgen, daß die Freiheit nicht nur gedeutet wird, wie sie die Leute meinen, die ich bezeichnet habe, sondern wie sie allen Schichten und allen Erwerbsständen entsprechend sein muß. (Beifall im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, daß in diesen Arbeiterräten alle Erwerbsschichten zusammengeschlossen werden, und meine politischen Freunde sind der Überzeugung, daß auf wirtschaftlichem Gebiete diesem Ständeparlament, dessen einzelne Gliederung ja späteren Erwägungen vorbehalten bleiben muß, Aufgaben von höchstem Werte gesetzt sind. Dieses Rätesystem ist vielleicht die Krönung des Werkes der Gewerkschaften, und eine unerläßliche Vorbedingung desselben ist, daß die zentrale Festsetzung der Löhne der einzelnen Berufszweige, wie sie die Gewerkschaften herbeigeführt haben, auch ferner beibehalten bleibt. Die politische Zentralgewalt muß bei der durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht geschaffenen Volksvertretung bleiben. Aber die wirtschaftlichen Fragen können durch dieses Rätesystem in einer Weise ausgearbeitet, vertieft und fruchtbar gemacht werden, wie es nur nützlich sein kann.

Meine Damen und Herren! Wenn dieser Gedanke des Rätesystems nun in der Verfassung festgelegt wird, wenn er nach den nötigen Erwägungen, wie sie noch anzustellen sein werden, ausgearbeitet wird, wenn die berufenen Männer dazu ihren Rat geben können, wird der Gedanke der gegenseitigen Verständigung und Versöhnung auch innerpolitisch sich auswirken können, wie wir ihn außenpolitisch zur Grundlage unserer Arbeit machen wollen, und nur so, glaube ich, wird das gesamte deutsche Volk sich zusammenfinden können zu gemeinsamer Arbeit zum Nutzen des Vaterlandes. (Sehr gut im Zentrum.)

Ich habe eingangs gesagt, daß die Stunde, in der ich hier spreche, auf uns allen schwer liegt, weil es eine Schicksalsstunde unseres Volkes sein kann. Wir werden dazu kommen, daß von sämtlichen Parteien dieses hohen Hauses eine gemeinsame Willenskundgebung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wieder hinausgeht ins Land. Wir wollen in diesen Augenblicken das Trennende unserer Auffassung über Politik und Wirtschaftsleben zurückstellen und nur das Einigende betonen, dessen Grundgedanken ich Ihnen hier ausführen konnte. Wenn wir in dieser Einmütigkeit zusammen sind, wird das, was wir hier sprechen, werbend und wachsend hinausdringen, die Geister unseres Vaterlandes bestärken und hoffnungsfreudiger machen und unseren Forderungen den Feinden gegenüber Nachdruck verleihen.

Dann wird alles, was wir in der gegenwärtigen Zeit durchkämpfen und durchleben, dieser Weg des Leidens und der Bekümmernisse, der Bedrückung und der Trübsal, den wir gegenwärtig gehen müssen, doch ein Weg des Heils sein, der uns wieder emporführt. Dann werden alle die verschlungenen Linien, die gegenwärtig kraus durch das öffentliche Leben sich ziehen, wieder einig und stark zusammenfließen zu der goldenen Spirale, nach der, um ein

Goethesches Wort zu gebrauchen, alles Menschenwerk der Gottheit entgegenreißt. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In den Ruf nach **Frieden** stimmt auch meine Fraktion ein: wir sind überzeugt, daß das ganze deutsche Volk den dringenden Wunsch hat, endlich aus den Leiden des Krieges herauszukommen. Wir müssen auch bestätigen, daß ein Frieden nur dann erreicht ist, wenn es ein Frieden des Rechts ist, wenn unser Volk ebenso wie jedes andere Volk ohne Vergewaltigung aus dem Kriege herausgeht.

Das soll keine Drohung sein. Unser Volk ist jetzt zum Kriege unfähig. Ich bin aber ferner überzeugt, daß dereinst, wenn unser Volk wieder seine volle Kraft erlangt hat, auch dann ein Krieg, wie wir ihn erlebt haben, nicht mehr möglich sein wird, weil alle Völker wissen werden, daß ein solcher Krieg ein Verbrechen an jedem Volke, ein Verbrechen an der Menschheit ist und unter keinen Umständen mehr vorkommen darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man begreift nicht, wie das verkannt wird. Man begreift nicht, wie in den verbündeten feindlichen Staaten sich Bestrebungen vorbereiten, die darauf hinausgehen, bei dieser Gelegenheit das deutsche Volk zu vergewaltigen. Das erklärt sich aus der Angst, daß in Deutschland der Militarismus wieder erstarken könnte. Aus diesem Grunde sind die, die für die Vergewaltigung unseres Volkes eintreten, bestrebt, das deutsche Volk so zu Boden zu drücken, daß es nie mehr fähig werde, sich aufzuraffen und das Unrecht abzuschütteln, was ihm jetzt angetan wird. Aber das ist eine falsche Hoffnung. Aus der Geschichte sollten diese Leute gelernt haben, daß ein Volk von 60 bis 70 Millionen in der Weise nicht vergewaltigt werden kann, und daß das, was sie zu tun wünschen, nur das Gegenteil heraufbeschwören müßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Deutschland ist der Militarismus beseitigt; er ist für alle Zeiten beseitigt, wenn wir zu einem Rechtsfrieden kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies ist um so gewisser, wenn volle Klarheit darüber geschaffen wird, welches Unglück der Militarismus und der Kapitalismus über die Völker gebracht hat.

Deshalb begrüße ich die Ankündigung, daß ein **Staatsgerichtshof** eingerichtet werden soll, der die Schuld an dem Kriege, die Schuld an den Schandtaten, die in dem Kriege vorgekommen sind, feststellen soll. Selbstverständlich handelt es sich nur um einen solchen Staatsgerichtshof, von dem erwartet werden kann, daß er seine Arbeit gründlich und unparteiisch ausführen wird. Einen Staatsgerichtshof erwarten wir, vor dem auch wirklich die Wahrheit nach allen Seiten hin ermittelt wird. Dann wird, so sind wir überzeugt, festgestellt werden, daß in

erster Linie der Militarismus und der Kapitalismus die Ursachen des Weltkrieges gewesen sind (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), der Militarismus und der Kapitalismus, wie sie in allen Ländern bestanden haben, auch in unserem Lande. In der Beziehung sind alle Völker für den Krieg mit verantwortlich, auch unser Volk. Inwieweit einzelne Personen besonders daran beteiligt sind, darüber läßt sich heute ein abschließendes Urteil nicht sprechen. Schuldige werden sich wiederum in allen Ländern, bei allen Völkern, auch bei unserem Volke, finden.

Ähnlich ist es mit den Schandtaten, die fraglos während des Krieges vorgekommen sind, auf allen Seiten, bei allen Heeren, auch bei unserem Heere. Es hat gar keinen Zweck, zu bestreiten, daß auch bei uns unerhörte Dinge vorgekommen sind. Ich erinnere an den Fryatt-Fall, an die Erschießung des englischen Kapitäns, bei der es sich herausgestellt hat, daß das Auswärtige Amt dringend ersuchte, das Urteil sollte nicht sofort vollstreckt werden. Vor dem Ausschuß, der diesen Fall zu untersuchen hatte, erklärte ein Zeuge, ein Vertreter der Militärbehörde: Ich kenne kein Auswärtiges Amt.[2]) (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ohne jede Rücksicht auf das, was die höchste politische Stelle im Reich, was die politische Klugheit, ja, was das menschliche Gefühl verlangte, hat das Militär zugegriffen und hat eine Tat begangen, die uns jetzt zum Vorwurf gemacht wird. Über die Würdigung solcher Handlungen kann im deutschen Volke gar kein Streit bestehen. Jeder muß sie verurteilen; jeder ist auf das äußerste empört, und jeder wird die Männer, die sich dieser Schandtaten schuldig gemacht haben, aufs schärfste verdammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So sind wir bereit, Klarheit über das zu schaffen, was sich in der furchtbaren Zeit abgespielt hat, und dann, sind wir überzeugt, wird der Militarismus in unserem Lande auf die Dauer unmöglich sein — wenn uns nicht mit Gewalt eine andere Entwicklung dadurch aufgezwungen wird, daß das deutsche Volk vergewaltigt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen deshalb danach rufen, daß der Friede, der jetzt geschlossen werden soll, unter allen Umständen ein Rechtsfriede ist, und wir müssen uns mit allen Gründen, die wir anführen können, dagegen wehren, daß

---

[2]) Fryatt, ein englischer Handelskapitän, wurde wegen versuchten Rammens eines deutschen U-Bootes erschossen. Der Fall beschäftigte Anfang April 1919 die zur Untersuchung von Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung feindlicher Kriegsgefangener eingesetzte Kommission. Diese entschied unter dem Vorsitz des Marburger Völkerrechtslehrers Professor Schücking in ihrem Urteil vom 2. April 1919: „Die Erschießung des englischen Kapitäns Charles Fryatt auf Grund des Urteils des feldgerichtlichen Verfahrens vom 27. Juni 1916 stellt keine Verletzung des Völkerrechts dar. Die Kommission bedauert aufs lebhafteste die Schnelligkeit, mit der das Urteil vollstreckt worden ist."

die Rechte des deutschen Volkes in irgend einem Punkte unterdrückt werden.

Selbstverständlich erstreben wir auch den **Frieden** mit unseren Nachbarn im Osten, mit dem großen **russischen Volke.** Die Vertreter der Reichsregierung haben bereits bei früherer Gelegenheit ausdrücklich erklärt, daß auch sie sich freuen werden, wenn es zur Wiederherstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen mit dem russischen Volk, mit der russischen Regierung, kommen werde.

Ich möchte mir daher die Frage erlauben, ob es richtig ist, daß die russische Regierung ausdrücklich und aufs bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen, und sie denke gar nicht daran, ihre Heere über unsere Grenze zu führen, sie verlange nur, auch unsere Heere sollen innerhalb unserer Grenze bleiben. Trotzdem ist es bis jetzt noch immer nicht zu einer Verständigung mit der russischen Regierung gekommen.

Den Grund, daß wir etwa durch die Entente gezwungen sind, den Krieg weiter zu führen, auch dann, wenn wir die Möglichkeit haben Frieden zu schließen, einen Frieden, wie er unseren Verhältnissen entspricht, würde ich für meine Person nicht gelten lassen. *Unmögliches können wir uns nicht auferlegen lassen, auch nicht von der Entente* (sehr richtig!), und die Forderung, daß wir mit anderen Staaten Krieg führen sollen, ist eine unmöglich durchzuführende Forderung. Ich müßte einer solchen Forderung gegenüber erklären: das geht über unsere Kräfte, das können wir nicht erfüllen.

Ebenso wichtig, wie es ist, daß wir Frieden mit den anderen Staaten bekommen, ist, daß wir **Frieden im eigenen Lande** *erhalten* (sehr richtig!), und da sieht es überaus traurig aus. Die schlimmsten Ausschreitungen können wir ja in diesem Augenblick mit Waffengewalt niederschlagen. Aber das ist kein wahrer und deshalb auch kein dauernder Friede.

Allerdings mußte die Regierung zu diesem Mittel greifen. Sie handelte dabei unter dem Druck einer unausweichbaren Notwendigkeit. Sie, die beauftragt ist, eine neue Ordnung aufzurichten, konnte es nicht über sich und über die große Mehrheit des Volkes ergehen lassen, daß jede kleine Gruppe, die sich Waffen zu verschaffen wußte, daran ging, das, womit in der Errichtung der Ordnung angefangen war, wieder zu beseitigen, eine Ordnung nach ihrem Geschmack aufzurichten und die große Mehrheit des Volkes zu vergewaltigen. Das würde heißen: den Bürgerkrieg ständig bei uns haben; das würde heißen: jede Maßnahme zur Milderung der Not, unter der wir leiden, von vornherein unmöglich machen. So bedauerlich es ist: der Regierung blieb gar kein anderer Ausweg, als *denen, die mit Waffengewalt die Gesamtheit vergewaltigen wollten,*

auch mit Waffengewalt entgegenzutreten. (Sehr richtig!) Aber das darf uns nicht darüber täuschen, daß der gegenwärtige Zustand sehr schlimme Folgen hat und, je länger er dauert, um so weniger zu ertragen ist. Die ständigen Kämpfe im eigenen Lande führen uns nicht nur immer neue Opfer an Menschenleben zu, sondern verschärfen auch die wirtschaftliche Not unseres Volkes. Sie stören die Arbeit immer von neuem, sie vernichten Lebensmittel und Roh- und Hilfsstoffe, die ohnedies knapp sind; sie verbittern immer weitere Kreise der Bevölkerung und arbeiten denen in die Hände, die nur darauf lauern, bis das arbeitende Volk sich selbst durch den Bruderkampf aufs äußerste geschwächt hat, um dann über die Reste des arbeitenden Volkes herzufallen, möglichst schnell mit den Errungenschaften der Revolution aufzuräumen und die alte Ausbeutungswirtschaft wieder aufzurichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb müssen wir uns bestreben, die jetzige Gewaltwirtschaft nicht weiter um sich greifen zu lassen, sondern sie so schnell und so weit wie möglich zurückzudrängen. Wir müssen dringend bitten, daß die **Truppen** nicht dort verwendet werden, wo es der eigenen Bevölkerung möglich ist, Ruhe und Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß, wo die Truppen eingreifen mußten, wo es gar nicht anders ging, alles geschieht, um die einheimische Bevölkerung zu veranlassen, selbst die nötige Ruhe und Ordnung zu sichern, damit die Truppen wieder abziehen können. Wir dürfen wohl hoffen, daß es endlich gelingen wird, die blutigen Kämpfe der Arbeiter gegen die Arbeiter zu beendigen. Denn die traurigen Erfahrungen, die unser Volk bis jetzt schon hat durchmachen müssen, müssen doch auch den letzten, der früher etwas Gutes von den Gewalttaten jener Minderheiten erwartet hatte, davon überzeugt haben, daß das Gegenteil eintritt, daß diese Gewalttaten die Revolution nicht fördern, sondern im Gegenteil in jeder Beziehung schädigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte aber auch die Reichsleitung dringend bitten, unermüdlich immer von neuem die Truppen vor Ausschreitungen zu warnen und dafür zu sorgen, daß dort, wo solche doch noch vorkommen, schnell und scharf die Bestrafung erfolgt, ebenso schnell und ebenso scharf, wie es bei Übergriffen auf der anderen Seite geschieht. In diesem Zusammenhang weise ich auf das hin, was sich hier in **Weimar** abspielt. In Weimar streiken die **Transportarbeiter.** Sie haben eine überaus bescheidene Forderung gestellt: sie wollen 54 Mark Wochenlohn. Das ist doch gewiß ein sehr geringer Betrag bei den jetzigen Verhältnissen und bei der schweren Arbeit, die zu leisten ist. Mir wurde mitgeteilt, daß Militär zu Streikbrecherdiensten zur Verfügung gestellt worden sei. Das schien mir unglaublich. Ich habe mich

erkundigt und habe festgestellt, daß sich die Sache ganz anders verhält. Es ist nicht Militär zu Streikbrecherdiensten zur Verfügung gestellt worden — das Militär hat solche auch nicht geleistet —, und es ist auch in keiner Weise nachgewiesen, daß das von irgendeiner Seite beabsichtigt sei. Aber die Unternehmer haben den streikenden Arbeitern bei den Verhandlungen gesagt: Wenn ihr streiken wollt, dann streikt nur; wir haben ja hier die Soldaten, die werden dann schon eingreifen und werden die notwendigsten Arbeiten ausführen, so daß wir den Streik ganz gut aushalten können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Bedauerliche ist nur, daß dieses Gerücht in weiten Kreisen geglaubt wird. Die Regierung muß ein solches Verhalten einschlagen, daß derartige Gerüchte gar nicht geglaubt werden können. Wo sie von solchen Vorgängen Kenntnis hat, muß sie entschieden auftreten. Es wäre dringend zu wünschen, daß den Unternehmern klipp und klar gesagt würde, sie dürfen nie und nimmer auf eine solche Hilfe rechnen, zumal ihr Verhalten, die Ablehnung einer so bescheidenen Forderung, in dieser Zeit geradezu ein Verbrechen ist, das in keiner Weise von den Behörden gefördert werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So hoffe ich, daß allmählich die Gewaltherrschaft mehr und mehr zurückgedrängt wird, und daß wir um so mehr Kraft und Zeit haben für die eigentliche Arbeit, die uns obliegt, nämlich die Not zu beseitigen oder sie doch wenigstens möglichst zu mildern. Das ist das wichtigste. Es kommt nicht, wie mein Herr Vorredner meint, vor allem darauf an, eine recht starke Regierung zu haben, die mit der eisernen Faust dreinschlägt und alles unterdrückt. Nein, so geht das nicht; das hat seine Grenzen, und bei einem solchen Verfahren können leicht die Grenzen überschritten werden.

Eine geradezu unerhörte Uebertretung dieser Grenzen ist in diesen Tagen bekannt geworden. Es ist ein Befehl veröffentlicht worden, durch den ein **Anhänger des Spartakusbundes** in Schutzhaft genommen worden ist. Ueber dem Befehl steht: Oberkommando Noske, Abteilung III, Berlin, den 28. März. Unterschrieben ist der Befehl vom Oberbefehlshaber: v. Hoffmann. In diesem Befehl wird gesagt: Der Mann habe bekannt, daß er ein Anhänger der Spartakusgruppe ist; die Spartakusgruppe hetze zu Gewalttätigkeiten auf, und das könne in dieser Zeit zu schlimmen Folgen führen. Ob dieser Mann zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt habe, könne dahingestellt bleiben, es genüge, daß er ein Anhänger der Spartakusgruppe ist, und daß er vielleicht hetzen würde. Deshalb müsse er in Schutzhaft genommen werden. Ich bin der Ansicht, daß man so weit die Gewaltwirtschaft nicht treiben darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich begreife, mit welchen schweren Sorgen die Herren der Regierung diesen Fragen

gegenüberstehen. Ich begreife, was sie empfinden, wenn sie sehen, wie durch das Vorgehen jeder kleineren bewaffneten Gruppe immer von neuem Arbeiterblut fließt. Ich begreife, daß sie alles daran setzen möchten, es gar nicht zu solchen Kämpfen kommen zu lassen, ihnen vorzubeugen. Aber mit Mitteln wie jener Verhaftungsbefehl, kann man ihnen nicht vorbeugen; das verdirbt viel mehr, als es gutmacht; das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Wer ist dann noch seines Lebens sicher? Wenn jemand wie Herr v. Hoffmann der Meinung ist, daß schon die bloße Zugehörigkeit zu einer Partei, zur Spartakusgruppe die Schutzhaft notwendig mache, dann kann er auch die Agitation der Sozialdemokratie ebenso gefährlich einschätzen, wie die Agitation der Spartakusgruppe oder die Agitation der Demokraten oder einer anderen Partei und auch die Anhänger aller dieser Parteien für vogelfrei erklären. So geht das nicht, und ich hoffe, ich werde von der Regierung die Mitteilung bekommen, dem ist bereits entgegengetreten und dafür gesorgt, daß auf Grund solcher Befehle niemand mehr verhaftet wird, und daß alle die, die auf Grund solcher Befehle verhaftet worden sind, entlassen worden sind.

Dieser Fall mahnt uns dringend, alles einzusetzen, daß wir ohne derartige Gewaltmittel gegen unsere eigenen Brüder auskommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu müssen wir die jetzige Not unter allen Umständen mildern. Es ist ganz falsch, wenn man, wie es der Herr Vorredner getan hat, auf die Kämpfe hinweist, und sie nur von dem Gesichtspunkte aus würdigt, daß es **Verbrecher und Plünderer** sind, die die schlimmsten Schandtaten begehen. Gewiß, diese Tatsache ist zweifellos richtig; aber weshalb kann es zu solchen Kämpfen kommen? Einzig und allein deshalb, weil jene Leute einen größeren Zulauf bekommen; und das ist nur erklärlich infolge der furchtbaren Not, in der unser Volk seit dem Ausbruch des Krieges gelebt hat und lebt. Die wirtschaftliche und seelische Not hat weite Kreise des Volkes zur Verzweiflung gebracht, und nur diese Verzweiflung erklärt es, daß so traurige und unerhörte Zustände bei uns möglich sind. Geben Sie dem Volke genügend Brot; geben Sie ihm so viel, daß es leben kann, daß es vor dieser Verzweiflung geschützt ist, dann werden jene traurigen Erscheinungen schnell von der Bildfläche verschwinden. Deshalb ist es die wichtigste und dringendste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Not gemildert wird.

Meine Damen und Herren! Alles, was Sie hier tun, alle Verfassungsarbeit, die vielen Leistungen der Regierung, die zum Wohle des Volkes bereits jetzt aufzuweisen sind, verlieren ihre Grundlage, wenn nicht die Not beseitigt wird. Wenn die Not anhält, bricht alles zusammen, und alles ist zwecklos, was gearbeitet worden ist. Erst schaffen Sie die Grundlage für eine neue Ordnung, dann können wir weiter bauen.

Aber daran fehlt es ja, die Not ist auch jetzt nach dem Zusammentreten der Nationalversammlung nicht geringer, sie ist größer geworden. Gewiß, kein Mensch konnte die Not mit einem Schlage beseitigen. Aber wenn man an ein Werk herangeht, muß man wissen, wie man das Werk zu verrichten hat. Und das ist das Unglück, daß dies noch nicht erreicht ist. Es besteht in den weitesten Kreisen noch nicht das nötige Verständnis dafür, was jetzt zu tun ist. Deshalb ist vieles unterblieben, was geschehen mußte.

Es wird immer gesagt — und auch heute haben wir es wieder gehört — um aus der Not herauszukommen, heißt es: **Arbeiten und immer wieder arbeiten!** (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) — Sehr richtig! aber das ist nur eine halbe Wahrheit, und deshalb hilft sie nichts. Nein, mit dem Worte „Arbeit" allein kommen wir nicht weiter. Sie haben gesehen: trotz aller Ihrer Mahnungen: Arbeiten und wieder arbeiten! — haben Sie keinen Erfolg gehabt. (Zuruf von den Demokraten.) — Das sage ich ja eben: Sie haben keinen Erfolg gehabt. Haben Sie es gar nicht für nötig empfunden, sich zu fragen: wie ist es denn zu erklären, daß dieselben Leute, die immer gearbeitet, die in dieser Beziehung immer ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben, jetzt ein solches Verhalten unter dem Druck der Not zeigen? Bei einem Volke, das an allen notwendigen Gebrauchsgegenständen einen unerträglichen Mangel hat, heißt es nicht allein arbeiten, sondern so arbeiten, daß auch wirklich der Mangel beseitigt werden kann. Die Arbeit muß so einsetzen, daß sie dort verwendet wird, wo sie am notwendigsten ist. Es darf nicht jeder beliebige das arbeiten oder arbeiten lassen, was ihm persönlich den größten Gewinn bringt. Kohlen zum Beispiel fehlen uns, und deshalb müssen sie dort verwendet werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Alles muß dort eingesetzt werden, wo es zur Milderung der allgemeinen Not hingehört.

Es kommt noch ein anderes dazu. Ein so armes Volk, wie wir es sind, kann sich nicht mehr den Luxus erlauben, daß der Ertrag der Arbeit nach dem Reichtum verteilt wird, daß der Reiche immer mehr erhält, der Arme nur verschwindend wenig. Heute leidet das arbeitende Volk, die große Masse des Volkes unerträgliche Not. Jetzt stehen die Sachverständigen auf, die während des Krieges geschwiegen haben, und teilen uns mit, wieviel Hunderttausende von Menschen durch diese Not vor der Zeit ins Grab sinken. In solcher Zeit müssen wir vor allem dafür sorgen, daß einem jeden das zugeführt wird, was er braucht. Kein Mensch hat jetzt Anspruch darauf, er mag noch so viel Vermögen besitzen, auch nur einen Pfennig mehr Einkommen zu haben, auch nur ein Pfund Mehl mehr zu erhalten als die anderen, solange diese anderen hungern müssen, nicht das Allernotwendigste haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir am Verhungern sind, dann heißt es, zusammenstehen und

mit vereinten Kräften ans Werk gehen. Soll die Arbeit ihren richtigen Wert haben, dann muß auch der Ertrag der Arbeit entsprechend verteilt werden. Es kann dann keine Rücksicht auf die Besonderheiten des einzelnen genommen werden. Erst muß die gemeinsame Not gemildert werden, dann kann man weiteres tun.

So erfordert unsere Zeit, daß die Gesamtheit nach dem Willen und zum Segen der Gesamtheit regelnd und ausgleichend eingreift: sie erfordert das, was **Sozialismus** genannt wird.

Also nicht die Arbeit allein genügt, sondern das Entscheidende ist die sozialistisch geregelte Arbeit; ohne sie kommen wir nicht aus, ganz abgesehen von allem wissenschaftlichen Streit über Sozialismus. Jetzt heißt es, aus der Not herauszukommen; und hierfür gibt es kein anderes Mittel, als unser ganzes Wirtschaftsleben in dieser Weise einheitlich zu regeln, durch planmäßige Mitarbeit aller Kräfte.

Deshalb müssen wir auch gerade vom Standpunkt des Sozialismus aus die **Räterepublik** unbedingt ablehnen. Die gemeinsame Regelung der Arbeit ist nur dadurch möglich, daß alle Kreise zusammenwirken. Die Regelung der Arbeit kann nicht von einer Minderheit durchgeführt werden, sondern nur von der Gesamtheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, auf dem Papier kann man den Sozialismus sehr schnell durchführen; mit Worten läßt sich leicht erklären, daß alle Betriebe, aller Grund und Boden Eigentum der Gesamtheit seien. Man kann auch das Hab und Gut dem einzelnen mit Gewalt wegnehmen; aber dann hört die Wirkung der Gewalt sofort auf. Die Techniker, die Ingenieure, die Baumeister, die Betriebsleiter kann man nicht mit der Drohung mit dem Zuchthause oder mit Maschinengewehren bei der Arbeit halten und zwingen, in der Weise zu arbeiten, wie es erforderlich ist. Deshalb muß die Arbeit nach dem Willen der Gesamtheit geregelt werden, wie es schon in unserem Parteiprogramm festgelegt ist.

Der sozialistische Besitz ist die Krönung der sozialistischen Wirtschaft. Aber er baut sich auf der sozialistischen Arbeit auf. Ein Staatsbetrieb, in dem nicht sozialistisch gearbeitet wird, ist eben ein kapitalistischer Betrieb, wie wir ihn vor dem Kriege gehabt haben, wo in Staatsbetrieben oft genug die allerschlimmsten Verhältnisse waren. Das Entscheidende ist die Beseitigung der kapitalistischen Arbeit; die Umänderung des Besitzes kann nur so durchgeführt werden, wie es nach den gegebenen Verhältnissen möglich ist; sie kann in unsere Wirtschaft nur nach einem wohlüberlegten Plan eingefügt werden. Aber die **sozialistische Gestaltung der Arbeit** ist sofort möglich und notwendig; sie kann nicht mehr entbehrt werden. Deshalb kommen wir nicht ohne die Mitarbeit der Gesamtheit, ohne die Demokratie aus. Deshalb muß eine Vergewaltigung der Volksmehrheit durch eine Minderheit, auch durch eine

Minderheit, wie sie in der Räteregierung vertreten ist, uns jede Möglichkeit nehmen, die Not des Volkes auf die Dauer zu mildern. Die Räteregierung muß uns bei den gegenwärtigen Verhältnissen in den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch hineintreiben. Wir müssen uns vielmehr auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen und versuchen, die weitesten Kreise zusammenzufassen. Alle die, die erkennen, daß die Not, in der wir uns befinden, unhaltbar ist, daß sie unsere Bevölkerung in neue Bürgerkriege hineintreibt, sie alle müssen wir zusammenfassen, um das zu tun, was geeignet ist, die Not zu mildern.

Aber, ebensowenig wie die Diktatur einer Minderheit auf seiten der Arbeiter erträglich ist, ebenso unerträglich ist die **Diktatur des Kapitals**. Auch mit dieser Diktatur haben wir zu rechnen, obgleich darüber bezeichnenderweise in bürgerlichen Kreisen sehr wenig geredet wird. Wir haben bürgerliche Kreise, die sich damit abgefunden haben, daß jetzt kein Kaiser mehr an der Spitze des deutschen Volkes steht, die sich auch damit abfinden, daß die Nationalversammlung anders zusammengesetzt ist als früher der Reichstag, und dieses und jenes politische Gesetz anders lautet als früher, die aber gar nicht daran denken, auch in wirtschaftlicher Beziehung mit dem eingetretenen Umsturz zu rechnen, sondern *nur ihren eigenen Vorteil verfolgen, ohne sich darum zu kümmern, ob ihre Forderungen im Einklange stehen mit dem Wohle der Gesamtheit.* (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die **Kriegswirtschaft**, in der wir uns noch zu einem guten Teil befinden, hat naturgemäß sehr schwer auf unser Volk gedrückt. Wir sind die letzten, die das bestreiten, wir haben uns schon während des Krieges dagegen verwahrt, wenn man die Kriegswirtschaft als ein Stück Sozialismus hingestellt hat. Wir sind daher auch dafür, daß mit der Kriegswirtschaft möglichst schnell aufgeräumt und daß sie in die sozialistische Wirtschaft übergeführt wird. Was sehen wir aber bei den Unternehmern? Ein großer Teil der Unternehmer sucht die Mängel der jetzigen Wirtschaft zu benutzen, um wieder das Heft in die Hand zu bekommen, um rücksichtslos Gewinne aus dem wirtschaftlichen Leben ziehen zu können. Leider besteht immer noch der Zustand, daß namentlich bei der Verwertung von Sachen, die noch aus dem Kriege stammen und jetzt in den Friedensverkehr hinübergeführt werden, einzelne Firmen in unerhörter Weise begünstigt, daß ihnen Millionenprofite zugeschoben werden, und daß dadurch nicht nur die anderen Geschäftsleute, sondern auch das ganze Volk schwer geschädigt werden.

Die unvermeidliche Folge der gegenwärtigen Not ist, daß *die Bevölkerung nicht richtig versorgt werden kann*, und daß die Preise sehr hoch sind. Auch das wird von Unternehmern ausgenutzt, und es wird dagegen geschrieben: das sind die Folgen der Kriegswirtschaft; wenn alle Beschränkungen aufgehoben werden, wenn

wir wieder unser Geschäft unbehindert machen können, dann wird alles besser werden!

Der Ansturm der Unternehmer und die großen Mängel der Kriegswirtschaft haben dazu geführt, daß hier und dort abgebaut worden ist. Was haben wir erlebt? Daß ein geradezu schändlicher Wucher wieder aufgetreten ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), eine Preistreiberei, die allen Rücksichten auf das Wohl des Volkes ins Gesicht schlägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Mann wie der stellvertretende Vorsitzende der Handelskammer in München hat sich veranlaßt gesehen, einen Mahnruf in der „Frankfurter Zeitung" zu erlassen, um an die Zustände auf dem Markt der Metalle, Felle usw. zu erinnern und seinen Berufsgenossen zuzurufen: um Gottes willen, so kann es nicht weitergehen!

Die **Eierverordnung** ist aufgehoben. Aus sehr begreiflichen Gründen ist dies geschehen! Wenn auf irgendeinem Gebiete durch die Aufhebung der Kriegswirtschaft ein Vorteil erreicht werden könnte, so hätte es auf diesem sein müssen. Die Eierversorgung hat eine ungeheure Arbeit bei Reichsbehörden, Landesbehörden und Gemeindebehörden notwendig gemacht, und das Ergebnis war meistens kläglich; es wurden der Bevölkerung nur verschwindend wenig Eier zugeführt. Aber mit dem Augenblick, wo die Eierverordnung aufgehoben ist, hat auch hier der Wucher eingesetzt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sind auch hier die Preise ungeheuer in die Höhe getrieben, und der arme Mann ist gar nicht mehr in der Lage, sich Eier zu besorgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht die Schuld einzelner; das liegt in der Natur der Verhältnisse. Wo Angebot und Nachfrage sich decken, da kann sich der freie Handel betätigen. Aber Sie lernen doch schon auf jeder Schulbank, daß, wenn sich Angebot und Nachfrage nicht decken, wenn die Nachfrage größer ist als das Angebot, dann Notstandspreise kommen, dann immer höhere Preise verlangt werden. Wie wird heute das Geschäft gemacht? Heute schreibt mancher Großhändler an seinen Beauftragten: kauft die und die Ware auf, ganz gleich zu welchem Preise! Er weiß, die Not zwingt die Bevölkerung, die Ware zu jedem Preise zu nehmen, und so werden die Preise immer weiter in die Höhe getrieben.

Der Herr Ernährungsminister hat in Aussicht gestellt, daß auch die **Bewirtschaftung von Zucker** aufgehoben werden soll. Ich möchte dringend davor warnen, diesen Schritt zu tun (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wenn nicht sehr starke Sicherungen durchgeführt werden. Der Herr Ernährungsminister hat bereits erklärt, der Mundzucker soll noch weiter in Bewirtschaftung bleiben. Er hat auch in Verhandlungen mit den Marmeladefabrikanten in Aussicht gestellt, zur Herstellung der nötigen Aufstrichmittel den erforderlichen Zucker zu besorgen. Aber ich fürchte trotz alledem, daß wir dann eine Störung der Versorgung unserer Be-

völkerung mit Zucker bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Mangel an Fett ist Zucker eins der wichtigsten Nahrungsmittel, und je mehr Zucker wir der armen Bevölkerung zuführen können, um so größeren Segen bereiten wir ihr. Ich fürchte, wenn die Aufhebung der Bewirtschaftung erfolgt, daß dann große Mengen Zucker an die Konfitürenindustrie gehen, die den Zucker für jeden Preis aufkauft. Der Zucker, der dahin strömt, sollte der armen Bevölkerung zukommen, damit sie damit ihre Ernährungsverhältnisse verbessern kann.

Am 31. des vorigen Monats hat in Berlin — Sie alle haben ja die Einladung dazu bekommen — eine **Versammlung der Obst- und Gemüsehändler** des Reichs stattgefunden. Die Redner haben bei dieser Gelegenheit zum Teil unter geradezu unverantwortlicher Entstellung der Tatsachen verlangt, daß sie für den Obst- und Gemüsehandel vollkommene Freiheit bekommen. Ich habe mit der „Reichsstelle für Obst und Gemüse" unmittelbar nichts zu tun; aber meine Tätigkeit im Aufsichtsrat der „Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmelade" hat mir die Möglichkeit gegeben, zu beobachten, in welcher Weise die Bewirtschaftung von Obst durchgeführt worden ist. In dieser Beziehung muß ich denn doch feststellen, daß der Leiter der Obst- und Gemüsestelle, Herr Oberregierungsrat v. Tilly, sich bis aufs äußerste dagegen gesträubt hat, in diese sehr schwierigen Verhältnisse, bei denen die Waren leicht verderben können, einzugreifen; und er hat erst im letzten Augenblick eingegriffen, als mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden mußte, daß die Marmeladefabriken nicht die nötige Menge Obst bekommen würden und infolgedessen nicht genügend Aufstrichmittel liefern konnten. Deshalb zeigen die Angriffe, die in der Versammlung gemacht worden sind, daß diesen Kreisen jedes Verständnis für unsere Zeit fehlt.

Auch ihre Forderungen beweisen das. Unter den Forderungen befinden sich die, daß „die ungehinderte Einfuhr von ausländischem Obst, Gemüse und Südfrüchten ohne jede Beschränkung und Rücksicht auf die Valuta" zugestanden werde. Ich bin der Ansicht, daß es unmöglich ist, diese Forderung zu bewilligen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen die Mittel, die wir noch haben, dazu benutzen, um solche Lebensmittel einzuführen, die wirklich in vollem Maße der Gesamtheit zugute kommen. Aber das, was nur als Zusatz zur Lebenshaltung der reichen Leute verwendet wird, oder das, was durch andere wichtigere Lebensmittel, namentlich durch Fett ersetzt werden kann, das darf nicht eingeführt werden; dafür dürfen die Mittel unseres Volkes nicht in Anspruch genommen werden. Daher muß die Einfuhr unter allen Umständen von der Gesamtheit geregelt werden.

Als Grund dafür, daß der **freie Handel** eingeführt werden müsse, wird in der Regel angegeben, es sei zu schwer, die Waren von den vielen Erzeugungsstätten zusammenzubekommen; deshalb strömten die Waren

in großen Mengen hinüber in den Schleichhandel. Das gilt aber nicht für die Waren, die eingeführt werden. Diese Waren müssen, sobald sie an der Grenze sind, sowieso durch die behördliche Aufsicht gehen; und von diesem Augenblick an müssen sie unter der Aufsicht der Behörde bleiben. Es soll aber nicht etwa vom grünen Tisch aus befohlen werden; sondern alle beteiligten Kreise von Handel und Industrie sollen mitarbeiten, sollen mitbestimmen zusammen mit den Vertretern der Arbeiter und den Vertretern der Gesamtheit.

Bei der planmäßigen Regelung und Ausgleichung unseres Wirtschaftslebens haben die Arbeiterräte eine große Aufgabe zu erfüllen. Hier können die Arbeiterräte in weitestem Maße mitwirken und dafür sorgen, daß die Verhältnisse bei uns sachgemäß geregelt werden.

In den nächsten Tagen bekommen wir endlich die ersten **Lebensmittel vom Ausland.** Es soll Fleisch, Fett und Mehl sein. Es ist auch bekanntgegeben worden, in welcher Weise diese Waren verteilt werden: sie sollen als Zuschuß an die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern und an die Industriebezirke gehen und gegen Marken abgegeben werden. Gegen dieses Verfahren möchte ich von dieser Stelle aus Einspruch erheben. Ich bitte die Reichsregierung dringend, die Frage noch einmal zu prüfen. Es ist unmöglich, daß man dem einen Teil der Einwohner Zuschußlebensmittel gibt, solange der andere Teil der Einwohner noch nicht die Lebensmittel bekommen kann, die für alle ausgesetzt sind. In den Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern — ich kann das aus meiner Heimat berichten — ist oft genug die Not mindestens so groß wie in den Großstädten. Und diese Gemeinden sollen im Stich gelassen werden, während in den anderen Gemeinden sogar Zuschußlebensmittel ausgegeben werden? Das geht nicht. Das wird in einer Weise wirken, wie wir alle nicht wünschen. Deshalb möchte ich dringend bitten, bei dieser Verteilung die allgemeine Not im Auge zu behalten und dafür zu sorgen — es kann natürlich nicht allen auf einmal gegeben werden —, daß dort angefangen wird, wo die Not am größten ist, und das ist dort, wo noch nicht einmal die für alle vorgesehenen Mengen von Lebensmitteln vorhanden.

Dann kommt ein zweiter überaus wichtiger Punkt, die **Preisfrage.** Ich war geradezu entsetzt, als ich in den Mitteilungen las, nicht nur das Fleisch sollte zu hohen Preisen abgegeben werden, sondern auch das Mehl sollte nicht weniger als 2 Mark das Pfund kosten. Wer kann das bezahlen? Als Rechtfertigung wurde angeführt: es brauche keiner das teure Mehl zu nehmen, es werde freigestellt, entweder unser einheimisches schlechtes Mehl zu dem bisherigen Preise oder das viel bessere ausländische Mhl zu dem höheren Preise zu nehmen. Aber wo nicht genug einheimisches Mehl vorhanden ist, um die für alle vorgeschriebene Menge zu geben, bleibt der Verwaltung gar nichts anderes übrig, als nur das bessere Mehl zu geben und die hohen Preise zu verlangen.

Wir alle sind einig, daß die jetzigen hohen Preise auf die Dauer nicht zu halten sind. Es muß abgebaut werden, sowohl mit den Löhnen als auch mit den Preisen. Wo soll aber der Anfang gemacht werden, wenn die Regierung bei dieser Gelegenheit das Umgekehrte tut? Es handelt sich um die notwendigsten Nahrungsmittel. Wir hungern alle. Wer irgendwie das Geld aufbringen kann, wird zugreifen. Der reiche Mann kann große Mengen kaufen, der arme Mann wird verschwindend wenig oder nichts kaufen können.

Der Herr **Finanzminister** hat — Sie werden es mir wohl nicht als ein gar zu arges Unrecht anrechnen, wenn ich mir erlaube, auch auf den Haushaltsplan mit einem kurzen Wort zu sprechen zu kommen — auf die ungeheure Belastung hingewiesen, die der neue Haushaltsplan bringt. 13,9 Milliarden Mark, also fast 14 Milliarden, betragen die Ausgaben. Der Herr Reichsfinanzminister hat, soweit ich ihn verstanden habe, zur Würdigung dieser Zahlen das Jahr 1918 herangezogen. Ich bin der Ansicht, daß das Verfahren nicht richtig ist. Nicht das Jahr 1918 kann das Vergleichsjahr sein — denn das war ja auch ein Ausnahmejahr —, sondern das Jahr vor Ausbruch des Krieges, 1913. Wenn Sie das zum Vergleich heranziehen, dann haben Sie den 13,9 Milliarden Mark im Jahre 1919 gegenüber 3,5 Milliarden Mark, und wenn Sie hinblicken auf die allgemeine Finanzverwaltung, worin die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren enthalten sind, dann finden Sie, daß im Jahre 1919 fast 12 Milliarden Mark als Einnahmen vorgesehen sind und im Jahre 1903 etwas über 2 Milliarden Mark: eine ungeheure Steigerung, eine Zunahme von fast 10 Milliarden. Dabei hat der Herr Reichsfinanzminister mit vollem Recht hervorgehoben, daß die Zahlen für 1919 nur die Mindestzahlen sind; daß sie bereits überholt sind, und wir mit noch viel größeren Zahlen für die nächsten Jahre zu rechnen haben. Daraus hat er den Schluß gezogen: so kann es nicht weitergehen, wir müssen die Staatsausgaben einschränken, wir müssen sparen.

Daher kann mir entgegengehalten werden: wie soll das Geld aufgebracht werden, wenn wir jetzt die Lebensmittel, die wir aus dem Auslande bekommen, zu denselben Preisen abzugeben haben, wie die Inlandslebensmittel? Das erfordert ja wieder Milliarden als Zuschüsse. Das ist richtig. Aber kommen wir über diesen Berg hinweg? Denken Sie doch nur das eine. Wenn ein Familienvater auf dem Krankenlager liegt, der seine Familie ernährt hat, und der Arzt sagt: der Mann muß ein sehr kostspieliges Heilverfahren durchmachen, dann steht die Familie vor der Frage: soll sie die Kosten aufwenden oder nicht? Kann oder will sie die Kosten nicht aufwenden, so geht der Vater zugrunde. Der Ernährer ist weg, und wie steht dann die Familie da? Auch unsere Arbeitskraft leidet ungeheuer, und wenn wir nicht die Mittel aufbringen können, um hier einzusetzen und die Arbeitskraft wiederherzustellen, dann

lassen Sie alle Hoffnung fahren, dann ist alles verloren. Wenn wir aber die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft unseres Volkes haben — und ich glaube, wir alle müssen sie haben, sie ist uns unverlierbar in unserem Herzen —, dann müssen wir auch die Kosten aufbringen, die für die Wiederherstellung unserer Arbeitskraft nötig sind. Viel ist noch zu tun; viel auch, was große Ausgaben verursacht.

Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen in der **Wohnungsfrage.** Hier wieder muß festgestellt werden: ein schamloser **Wohnungswucher** wird in vielen Bezirken getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Wohnungsmieten in manchen Fällen in die Höhe gehen müssen, ist selbstverständlich. Aber Steigerungen haben wir in einzelnen Fällen, die unberechtigt sind. Ich wünschte nur, es könnte mit aller Schärfe gegen diese Wucherer vorgegangen werden, und sie könnten dorthin geschickt werden, wohin sie gehören: ins Zuchthaus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Wohnungswucher ist möglich, weil wir eine große Wohnungsnot haben. Daher müssen wir mit allen Mitteln der Wohnungsnot entgegenzutreten suchen. Wir müssen dort, wo Wohnungen zu beschaffen sind, zugreifen und dürfen keine Kosten scheuen. Wo Kasernen zur Verfügung stehen, müssen sie zur Verfügung gestellt und hergerichtet werden, und wo Wohnungen reicher Leute ganz oder größtenteils leer stehen, müssen sie zur Unterbringung der obdachlosen Familien verwendet werden.

Wir haben noch vieles andere, was unbedingt verbessert werden muß. Ich erinnere Sie an die Not unserer Invaliden, des Zivildienstes, die aus der Invalidenversicherung ihre Unterstützung bekommen, und der Invaliden aus dem Kriege. Ich erinnere an die große Not der Altersrentner, die nichts anderes als ihre Altersrente haben. Ich erinnere an die Not der Unfallsrentner, die größtenteils auf ihre Unfallrente angewiesen sind. Ich erinnere an die Not derjenigen, deren Ernährer durch den Krieg oder durch einen Unfall hinweggerafft ist. Hier muß geholfen werden; so schnell wie möglich müssen uns die dazu nötigen Vorlagen zugehen.

Es ist — mit Recht wiederum — von unseren **Gefangenen** gesprochen worden, und es ist noch einmal der Wunsch ausgedrückt worden, daß unsere Gefangenen möglichst schnell entlassen werden. Selbstverständlich schließen auch wir uns diesem Wunsche aus vollem Herzen an und erwarten, daß unser Ruf an die Menschheit nicht vergebens erschallt, daß wir unsere Gefangenen in allernächster Zeit endlich wieder zurückbekommen. (Bravo!) Aber inzwischen muß für die Gefangenen und ihre Angehörigen genügend gesorgt werden. Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Mittel, die zur Unterstützung unserer Gefangenen draußen in ihrem Elend notwendig sind, unter allen Umständen aufgebracht werden, daß das Geld, das dazu gefordert wird, unter

keinen Umständen mit dem Hinweis auf unsere schlechten Finanzen verweigert wird. Ich bitte ferner, daß der Angehörigen der Gefangenen mehr als bisher gedacht wird, daß die Löhnung, die den Angehörigen der Gefangenen ausgezahlt werden kann, nicht gekürzt, sondern in vollem Maße gezahlt wird, und daß bei der Bewilligung dieser Unterstützung nicht kleinlich verfahren wird.

Es sind also große Aufwendungen notwendig, und wir werden diese Aufwendungen nur leisten können, wenn wir den Grundsatz, den ich vorhin als unerläßlich nachgewiesen habe, streng und scharf durchführen: solange der Bruder neben mir hungert, hat kein anderer einen Anspruch auf besondere Bezüge; (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) die gemeinsame Not müssen wir gemeinsam tragen.

Mich hat in den sonst sehr dankenswerten Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers eine Bemerkung gewundert. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er gesagt: wir werden für die **höheren Angestellten**, die wir brauchen, Sachverständige aus dem Handelsstand und aus der Industrie besonders hohe Gehälter einsetzen müssen, weil wir sonst diese Männer mit ihrem bisherigen großen Einkommen in den Privatbetrieben nicht bekommen. Nein, umgekehrt muß verfahren werden. Wir werden dafür sorgen müssen, daß in der Industrie und im Handel nicht mehr solche hohen Gehälter gezahlt werden, daß die Herren Bankdirektoren und die höheren Angestellten sich mit etwas bescheideneren Geldern zufrieden geben müssen, solange die allgemeine Not vorhanden ist. Auch dazu sollen wir unsre Arbeiterräte in die Betriebe hineinsetzen. Die sollen da mitwirken und sollen sich überzeugen, welche Gehälter ausgesetzt werden. Außergewöhnliche Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Geben Sie sich keiner Täuschung hin: ohne solche Maßnahmen kommen wir nicht vorwärts. Sie brauchen nur einen Blick in die Steuergesetzgebung zu werfen. Was da gefordert ist, ist schon etwas ganz Außergewöhnliches. Was für ein Gesicht hätten wohl die Herren von der Demokratischen Partei und von dem Zentrum gemacht, wenn wir in der Zeit vor dem Kriege Steuervorlagen bekommen hätten, die das Einkommen und den Besitz in der Weise belasten, wie es jetzt der Fall ist! Jetzt sind Sie aber zur Annahme solcher Steuergesetze gezwungen; und Sie werden gezwungen sein, noch weiter zu gehen, weil die Not uns dazu treibt.

In dem Haushaltungsausschuß sind wir bei den Verhandlungen über die Sozialisierung und über das Siedelungsgesetz gefragt worden: achtet Ihr denn nicht mehr den Satz: das Eigentum ist heilig? — Ich erkläre: nein, dieser Satz ist nicht für mich maßgebend. Vor allen Dingen ist es unsere Pflicht, die Not zu mildern, (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) unserem Volk aus seinem furchtbaren Unglück herauszuhelfen. (Lebhafte Zustimmung bei

den Sozialdemokraten.) Alles, was dem im Wege steht, muß beseitigt werden. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daran muß auch das Eigentum glauben. Alles, was wir haben, alles auch, was die reichen Leute besitzen, untersteht jetzt der allgemeinen Not. Der, der Besitzer ist, mag er Besitzer einer Fabrik, eines Gutes oder was immer sonst sein, muß sich in dieser Zeit nur als Verwalter des allgemeinen Besitzes betrachten, als der, der im Auftrag und zum Nutzen der Gesamtheit seine Stelle ausfüllt. Er kann nicht mehr darauf rechnen, daß er in seine Tasche allein arbeitet, und daß sein Gewinn allein maßgebend ist.

Es muß durchgegriffen werden; sonst kommen wir nicht weiter; und schnell muß durchgegriffen werden. Der starke Mann, Herr Kollege Pfeiffer, verlangt eine **starke Regierung**: die muß eingreifen. Ja, schaffen Sie eine solche starke Regierung, wenn der Boden wankt, wenn überall, durch die Not getrieben, sich die Bevölkerung erhebt in ihrer Verzweiflung und nicht ein noch aus weiß und keiner Vernunft mehr zugänglich ist. Deshalb heißt es hier: beizeiten eingreifen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Vielleicht ist es schon zu spät. Aber unsere Pflicht ist es, nicht die Hoffnung aufzugeben. Denn wenn wir die Not nicht beseitigen können, wenn der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch erfolgt — das wäre das schlimmste Unglück, von dem das Volk heimgesucht werden kann —, dann ist es mir unklar, wie wir wieder herauskommen sollten. Deshalb dürfen wir dieses Unglück nicht über uns kommen lassen.

Deshalb wende ich mich an die Gesamtheit unseres Volkes, nicht allein an die Regierung. Mir stehen *viele Herren der Regierung* persönlich und in ihrer Parteibeziehung nahe. Ich kenne sie genau. Ich weiß, daß die Männer sich *bis aufs äußerste abarbeiten*. Ich kann gar nicht hoch genug schätzen das Opfer, das sie der Gesamtheit bringen. Ich fühle ihnen nach, wie froh sie wären, wenn sie von allen Lasten frei wären und nicht in ihrer jetzigen Stelle ausharren müßten. Wenn sie das trotzdem tun, *tun sie es nur aus Pflichtgefühl im Dienst der Partei und, was gleichbedeutend ist, im Dienste unseres Volkes*. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber was sollen die Minister machen? Die ungeheure Menge der Aufgaben drängt sie. Wenn nicht alles geschehen kann, was sie selbst wünscht, dann schieben nur zu oft die bürgerlichen Blätter und die bürgerlichen Parteien die Schuld auf die Minister. Die Herren können aber natürlich nicht alles leisten; sie müssen sich auf ihre Mitarbeiter stützen. Zu einem großen Teile sind dies Herren der alten Wirtschaft. Darauf kommt es nicht an. Wer sich auf den Boden der neuen Verhältnisse stellt, wer jetzt ehrlich mitarbeitet, mag sein aus welchem Grunde

— er mag noch ein so überzeugter Monarchist sein —, aber wenn er erkannt hat, daß uns in diesem Augenblick nichts anderes übrig bleibt, als den Weg der gemeinsamen, der sozialistischen Arbeit einzuschlagen, fest und unbedingt durchzugreifen — wenn er das erkannt hat, dann ist er an der richtigen Stelle, dann ist er eine Hilfe für die Minister. Aber ich habe den Eindruck, daß ein Teil auch der allernächsten Mitarbeiter nicht mit den Ministern arbeitet, sondern gegen die Minister. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier Ersatz zu schaffen, ist sehr schwer; man kann nicht jeden an diese Stelle setzen. Aber so schwer ist es nicht, daß die Schwierigkeit nicht überwunden werden könnte. An dem alten Wort „Das Amt gibt den Verstand" ist viel Wahres. Wenn einer im Amte sitzt und seine Räte um sich hat, dann zeigt er oft viel mehr Verstand, als wenn er allein steht. Wir haben manchen Minister gesehen, der ein sehr guter Sprechminister war, sehr schöne Reden gehalten hat, als er noch Minister war, als er den ganzen Stab seiner Geheimräte um sich hatte und seine Fähigkeit nur darin bestand, das vorzutragen, was ihm von seinen Herren schön zu Papier gebracht war. Derselbe Herr hat aber, wenn er nachher öffentlich auftrat, zum Teil Zeug verbrochen, so daß man sich an den Kopf faßte und sich fragte, wie das möglich sei. Nun brauchen wir auch nicht die allerschlechtesten Kräfte für diese Stellungen zu nehmen. Unter den jüngeren Beamten gibt es eine ganze Reihe von Herren, die, an die Stelle gesetzt, wo ein unfähiger höherer Beamter ist, etwas Tüchtiges leisten können. Mit denen soll man einmal arbeiten. Dabei kann ein Minister auch schlechte Erfahrungen machen; aber wenn wir die nicht in den Kauf nehmen wollen, dann kommen wir nicht vorwärts.

Hinweisen möchte ich auf das, was zu meiner Freude heute aus der Rede des Herrn Ministerpräsidenten und zum ersten Male auch aus der Rede des Herrn Kollegen Pfeiffer herausgeklungen ist: die Anerkennung, daß die **Arbeiterräte** unserem Volke große Dienste leisten können. Meine Damen und Herren! Ist es Ihnen nicht auch aufgefallen, daß sich jede Revolution Vertreter schuf im Gegensatz zu den verfassungsmäßigen Vertretern, Vertreter aus der Mitte des Volkes, aus dem Tage und für den Tag, die jederzeit abgesetzt werden konnten, die nur die eine Aufgabe hatten, immer wieder und wieder die Wünsche des Volkes zum Ausdruck zu bringen? Sobald diese Vertreter eingeordnet wurden in dem verfassungsmäßigen Aufbau, hatten sie ihre bisherige Bedeutung verloren, mußten andere Vertretungen der Revolution gebildet werden. Die Geschichte der französischen Revolution ist ja ein klassisches Beispiel dafür. Jene Erscheinung hat ihren guten Grund. Wenn man sich in eine Aufgabe vertieft, dann erkennt man die Schwierigkeiten, die den Wünschen der Masse entgegenstehen; dann wird man behutsam, und je mehr man sich hineinarbeitet, um so behutsamer. Deshalb würden wir recht wenig machen ohne die Arbeiterräte;

die Nationalversammlung muß ihrer ganzen Natur nach überaus behutsam sein. Wer sich das Vergnügen gemacht hat, einmal einer Sitzung des Verfassungsausschusses beizuwohnen, der kann da sein Wunder erleben, mit welcher Behutsamkeit und Gründlichkeit und Tiftelei jede einzelne Bestimmung untersucht wird. So macht man keine Revolutionsarbeit. In der Revolution brennt es, da muß gelöscht werden, und da kann man nicht erst untersuchen, welches Wasser chemisch am besten zusammengesetzt ist usw., sondern man nimmt, was man hat. So muß in der Revolution schnell manches versucht werden, was noch nicht vollständig geklärt ist. Aus diesem Grunde ist eine antreibende Kraft notwendig, und das sind für uns die Arbeiterräte. Die rufen uns ständig zu, wie es um des Volkes Herz bestellt ist, welche Not das Volk drückt, und wir haben auf diese Forderungen zu hören und sie so durchzuführen, wie wir es nach unserem Gewissen auf Grund unserer Sachkenntnisse verantworten können. Aber vorwärts müssen wir, antreiben müssen wir uns lassen; wir müssen uns bewußt sein, daß die Zeit drängt, daß es kein Halten und kein Hemmen mehr gibt, es muß vorwärts gehen. Die Revolution vollendet ihr Werk. Wenn einzelne väterliche Staatsweise auftraten, die Finger an ihre Nase legten und sagten, eigentlich wäre die Revolution nicht nötig gewesen, so kommt das gar nicht in Betracht, danach fragt die Revolution nicht. Die Revolution ist nicht der Schüler, der dem Schulmeister gegenübersteht; die Revolution ist eine unwiderstehliche Kraft, die vorwärts drängt nach ihren eigenen Gesetzen, und so wie vor 100 und 200 Jahren die feudalen Schranken der Arbeit beseitigt wurden unter furchtbaren Kämpfen — und die Kämpfe haben viele Jahre gedauert, in Frankreich von 1789 bis 1793 —, so werden jetzt die kapitalistischen Schranken der Arbeit beseitigt werden. Das ist ein unvermeidlicher Entwicklungsprozeß. Es fragt sich nicht, ob die Nationalversammlung ihn aufhalten kann, sondern es fragt sich bloß, ob die Nationalversammlung mithelfen will, daß sich dieser Vorgang in einer für unser Volk segensreichen Weise vollzieht, und wir von dem völligen wirtschaftlichen Zusammbruch verschont bleiben. Ob die Nationalversammlung mithelfen will, einen neuen Bürgerkrieg zu vermeiden, das allein ist die Frage.

Ich komme zum Schluß. Die bürgerlichen Herren können sich das, was aus dieser Entwicklung entsteht, nicht recht vorstellen, sie leben in der bürgerlichen Auffassung, daß freier Handel und freier Verkehr die Grundlage aller Bildung und Gesittung ist. Deshalb ist es begreiflich, daß sie stutzig werden, wenn die Entwicklung sich nach einem ganz anderen Ziele vollzieht; daß Sie jeden Augenblick schwanken und wanken, bei jedem Schritt zaudern. Aber wir Sozialdemokraten stehen diesen Fragen anders gegenüber. Wir haben seit jeher diese Entwicklung kommen sehen; wir wollten sie nur durchgeführt haben, bevor das furchtbare Unglück über unser Volk gekommen ist. Das ist uns leider

nicht gelungen. Aber das, was wir als die naturnotwendige Entwicklung der Dinge erkannt hatten, ist eingetroffen. Jetzt vollzieht sich das, für das unsere Vorkämpfer ihr ganzes Leben eingesetzt, für das so viele Arbeiter unendliche Opfer gebracht haben.

Auch wir fühlen, wie schwer die Zeit ist. Wir sind auch überzeugt, daß uns noch ungeheuere Gefahren bevorstehen. Aber, wie es auch kommen mag, wir haben die Überzeugung, daß die Entwicklung zum Segen der Menschheit gereicht, daß sie zur Befreiung des arbeitenden Volkes, zu einem menschenwürdigen Dasein des ganzen Volkes führt (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), daß diese Entwicklung wahren Frieden im eigenen Lande und auch zwischen den Völkern schafft.

Damit bin ich bei demselben Gedanken, mit dem ich begonnen habe. **Frieden** ist das, was wir brauchen: Frieden nach außen und Frieden im Innern. Beides hängt zusammen. Den Frieden im Innern können wir nur bekommen, wenn wir nach außen einen wahren Frieden, einen Frieden der Gerechtigkeit haben. Ich wende mich an alle diejenigen in unserem Volke, die die Notwendigkeit erkannt haben, mit durchgreifenden Maßnahmen die jetzige Not zu beseitigen, ich fordere sie alle zur Mitarbeit auf, die Not unseres Volkes zu beseitigen, und ich hoffe, daß dieser Mahnruf in immer weiteren Kreisen unseres Volkes Widerhall finden wird und daß die furchtbare Sprache unserer Erlebnisse viele aufklären wird, die bisher nicht so weit gedacht haben. Ich hoffe aber nicht minder, daß auch dieser Mahnruf, der hinausgeht an die ganze Welt, uns dazu helfen wird, daß wir zu einem Rechtsfrieden gelangen und so die Grundlage gewinnen, auf der wir für den Frieden im Innern arbeiten können, daß dieser unser Mahnruf Widerhall finden wird bei allen denjenigen in der gesamten Welt, die ein Verständnis haben für unsere Not, für die Not der ganzen Menschheit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) So hoffe ich trotz alles Traurigen der Zeit, in der wir leben, daß wir doch, wenn schnell gehandelt wird, nicht durch neues Blutvergießen, sondern auf dem Wege brüderlichen und tatkräftigen Zusammenarbeitens aller zu dem gelangen, was wir erreichen müssen, zu einem wirklich menschenwürdigen Leben für Freiheit und Gerechtigkeit, zu Menschenwürde und zu Menschenglück. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich schlage dem Hause vor, die Sitzung nunmehr abzubrechen und sie bis heute nachmittag 3½ Uhr zu vertagen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 1 Uhr 32 Minuten.)

Die Sitzung wird um 3 Uhr 50 Minuten durch den Vizepräsidenten Dietrich (Potsdam) wieder eröffnet.

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Das Wort hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen.

Graf **Brockdorff-Rantzau**, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die zum Haushalt des Auswärtigen Amts zu machen sind, habe ich der Nationalversammlung im wesentlichen schon in meiner Programmrede vom 14. Februar gegeben. Eine neue Rede zum Etat könnte deshalb überflüssig erscheinen. Aber die äußere Lage Deutschlands hat sich seitdem nicht unwesentlich geändert. Zwar ist der Krieg immer noch nicht beendet: unsere Gegner halten uns nach wie vor in der Zange, deren Hebel die Besetzung der Westprovinzen und die andauernde Blockade bilden. Man darf jedoch annehmen, daß der Friede vor der Tür steht, und so sind einige Worte zu den **Friedensvorbereitungen** am Platze.

Dazu kommt, daß ich das Bedürfnis habe, der Nationalversammlung, bevor sie mir die im Etat ausgeworfenen Gelder bewilligt, über meine Pläne zur **Reform des Außendienstes** Rechenschaft abzulegen. In mancher Hinsicht ist es verhängnisvoll, daß die Friedensarbeit und die Reformarbeit zusammenfallen. Es bedürfte friedlicherer Zustände, um den auswärtigen Dienst des Reichs durch Reformen auf die volle Höhe zu bringen; und es bedürfte eines möglichst vollkommenen Apparats, um aus der unerhört schweren Lage, in der sich Deutschland befindet, zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Nach beiden Richtungen dürfen wir nicht zu hoffnungsvoll sein, aber auch nicht verzweifeln.

Unsere Gegner haben uns während des Winters durch die immer maßloseren Forderungen an Schadenersatz und Landerwerb, die ihre Presse erhob, zu erschrecken und an das schlimmste zu gewöhnen versucht. Jetzt hört man mildere Töne; jetzt wird erklärt, Deutschland werde überrascht sein, wie maßvoll die Forderungen sind, die man zu stellen gedenkt. Wir wollen uns weder durch die düsteren, noch durch die freundlicheren Zukunftsbilder aus der Stellung drängen lassen, die wir am Friedenstisch einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Wir stehen vor hart und kühl rechnenden Feinden und *haben ihnen gegenüber nur eine Waffe: das ist die* **Berufung auf die Friedensgrundlagen**, *über die wir Anfang November, ehe wir unsere Waffen und unser Glacis auslieferten, einig geworden sind.* (Lebhafter Beifall.) *Einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterschreiben.* (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Die **territorialen Forderungen** der Gegner, die ich früher ausführlich besprochen habe, geben mir jetzt nur zu wenigen Bemerkungen Anlaß. Erneut muß ich die deutsche Forderung anmelden, daß der **elsaß-lothringischen Bevölkerung** das Recht zuerkannt wird, über ihr künftiges Geschick durch unbeeinflußte Willensäußerung selbst zu bestimmen. (Bravo!) Unsere Gegner sollten einsehen, daß die Art, wie Elsaß-Lothringen jetzt behandelt wird, für den künftigen Frieden Europas und der Welt ausschlaggebend ist. Es sollte aus einem Zankapfel ein Bindeglied zwischen den beiden großen Völkern werden, die künftig noch mehr als bisher auf gute Nachbarschaft angewiesen sind. (Sehr wahr!)

Im **Osten** haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Sie scheint vorläufig überwunden; denn die Entente hat sich bereit finden lassen, auf den **Durchmarsch polnischer Truppen** durch Danzig nach Warschau zu verzichten. Aber sie hat ihren Anspruch darauf in aller Form aufrecht erhalten. Es bedarf größter Wachsamkeit, damit die Forderung, die wir aus sachlichen und rechtlichen Gründen unbedingt ablehnen mußten, nicht wiederholt wird. (Sehr richtig! und Bravo!)

In der Frage **Nordschleswigs** haben sich die Dinge zugespitzt. Mehr oder weniger unzuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weitergehende Forderungen auf Kosten des geschwächten Deutschlands durchzusetzen. (Hört! hört!) Eine skrupellose Agitation möchte den Hunger auch der Deutschen Mittelschleswigs zur Erpressung von Zustimmungserklärungen in dänischem Sinne ausbeuten. (Hört! hört! und Pfuirufe.) Diesen Machenschaften kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. (Sehr gut!) Einsichtige dänische Politiker sind sich darüber klar, wie schwer ihr Land unter einer deutschen Irredenta leiden müßte und wie trügerisch der Gewinn wäre, den Dänemark jetzt als Danaergeschenk der Entente davon tragen könnte. (Sehr richtig! links.) Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbst erklärt hat, daß sie auch auf die streitigen nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei nur unzweifelhaft dänisch besiedelte Bezirke im Auge gehabt.

Bezüglich der **Angliederung Deutsch-Österreichs** habe ich dem, was ich Ihnen früher hierüber sagte, kaum etwas hinzuzufügen. Die Vorbereitungen für den Zusammenschluß sind in der Zwischenzeit weiter gediehen. Die österreichische Kommission unter Führung des berühmten Rechtsgelehrten und ehemaligen Justizministers Klein ist in ihrer Zusammensetzung schon bekannt, und auch die deutsche Kommission wird bald bekanntgegeben werden. Unterströmungen, die dem Zusammenschluß entgegenwirken, beirren mich nicht. Wir stehen vor einer historischen Entwicklung, die mit innerer Notwendigkeit ihren Lauf nimmt. Darum möchte ich davor warnen, diese Entwicklung zu überstürzen.

Es ist nicht nötig, und es könnte schaden. Es genügt, wenn wir ruhig und sachlich an der Aufgabe fortarbeiten.

Unseren Gegnern machen offenbar die **finanziellen Forderungen** mindestens ebenso große Schwierigkeiten wie die territorialen. Das ist kein Wunder. Erscheint es schon ungereimt, daß man sich in Paris seit Monaten über deutsche Territorien unterhält, ohne daß wir, die Nächstbeteiligten, gehört werden, so ist es ganz ausgeschlossen, die Frage der finanziellen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlung mit unseren Sachverständigen zu lösen. Wir sind bereit, am Friedenstisch den Gegnern sowohl auf ihre Schadensforderungen wie auf ihre Fragen nach unserer Zahlungsfähigkeit mit voller Offenheit Rede und Antwort zu stehen. Es wird rascher zum Ziele führen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie von Woche zu Woche, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über Sätze einig zu werden, die vor der Wirklichkeit die Probe doch nicht bestehen. (Sehr richtig!) Unsere Gegner sollten die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Berechnungen leidenschaftslos ins Auge fassen. Sie können es nicht zerstückeln und lähmen und dabei gleichzeitig aus seiner Volkswirtschaft die gewaltigen Überschüsse herausziehen, die sie von ihm erwarten. Nur ein wirtschaftlich erstarkendes Deutschland kann seinen bisherigen Feinden helfen, wirtschaftliche Schäden des Krieges wieder gut zu machen. Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriell und landwirtschaftlich so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Feinde besetzt, sondern entgegen dem Waffenstillstandsabkommen vom übrigen Deutschland abgeschnürt ist. *Wir bedürfen der schleunigen Aufhebung der Blockade, dieser grausamsten Maßregel, mit der man trotz Waffenstillstands weiter gegen uns Krieg führt.* (Sehr richtig!) Wir brauchen endlich die Zuführung von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns ihren Ankauf überhaupt erst möglich machen.

Meine Damen und Herren! Ich verkenne nicht die hochherzige Gesinnung mancher, die sich um die **Belieferung der Zentralmächte mit Lebensmitteln** bemüht haben. Ganz besonders möchte ich auch von dieser Stelle seiner Heiligkeit dem **Papste** danken, der noch in jüngster Zeit seinen Einfluß für eine schleunige Hilfe gegen die Hungersnot eingesetzt hat. Bei der Ausführung handelt es sich aber leider um eine Maßregel, die rein verstandsmäßiger politischer Erwägung entspringt und die sich in sehr kühlen, geschäftlichen Formen vollzieht. Die Höhe des Preises und die Art der Bezahlung gestattet uns, *diese Lieferung nicht als Wohltat zu empfinden, und ein Vergleich mit der Art, wie die deutschen Behörden das belagerte Paris nach dem Waffenstillstand mit Lebensmitteln versahen, fällt nicht zu ihren Ungunsten aus.* (Sehr richtig!)

Aber, meine Damen und Herren, wir erwarten von unseren westlichen Gegnern mehr als Lebensmittel; wir brauchen **Rohstoffe**, um wieder zu arbeiten, und um diese Rohstoffe zu kaufen, brauchen wir **Kredit**. Wenn die Gegner Deutschland wirklich für fähig halten, ihnen so viel zu leisten, wie sie sagen, so müssen sie an seine Zukunft glauben, wie ich an seine Zukunft glaube. Dann müssen sie aber auch zur Gewährung von Kredit bereit sein. Zu jedem Geschäft gehört Vertrauen, und wer es uns schenkt, wird nicht enttäuscht werden.

Ein ähnliches Verhältnis wirtschaftlicher Ergänzung besteht zwischen Deutschland und dem Osten. Auch nach dieser Richtung habe ich nichts von dem zurückzunehmen, was ich am 14. Februar sagte. Nachdem die Furcht vor der Unterjochung der russischen Wirtschaft durch deutsches Kapital jeden Daseinsgrund verloren hat, sollten sich das deutsche und das russische Volk auf das besinnen, was sie einander zu bieten haben. Dazu gehört freilich, daß das neue Rußland von jeder Form der Vergewaltigung uns gegenüber Abstand nimmt. (Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Hoch hat soeben an mich die Frage gerichtet, ob es zutrifft, daß die **russische Regierung** ausdrücklich und auf das bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen, und daß sie gar nicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen; daß sie nur verlange, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben. Ich habe darauf zu antworten: eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung ist seitens der russischen Regierung nicht erfolgt. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Meine Damen und Herren! Ich habe die dringendsten Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft nur flüchtig streifen können. Sie stellen dem Ministerium des Auswärtigen — das werden Sie zugeben — Aufgaben schwerster Art und in größter Zahl. Überall handelt es sich um Neubau, meist um Neubau aus Trümmern heraus. Wie sind diese Aufgaben mit den vorhandenen Kräften zu bewältigen?

Ich weiß, daß es eine alte Übung ist, meinem Ministerium das Vertrauen zu versagen; die Lösung der Aufgaben wird dadurch nicht erleichtert. Ich weiß, daß man erklärt, im Auswärtigen Amt gehe alles seinen alten Schlendrian weiter. Wer das sagt, hat keinen Einblick in die Wandlungen, die sich bereits vollzogen haben und noch vorbereiten. Ich habe nicht die Neigung, von der Kritik meiner Vorgänger zu leben; es mag zwar eine reichliche Nahrung sein, aber sie wäre unverdaulich. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ich bin fest entschlossen, Wandel zu schaffen.

Es handelt sich zunächst um eine **Reform der Organisation**. Statt der bisherigen Einteilung nach Materien führe ich das **Regionalsystem** ein. Während jetzt politische Abteilung, Handelsabteilung, Presse-

abteilung in einer weitgehenden, manchmal verhängnisvollen Selbständigkeit nebeneinander arbeiteten, werden künftig die Abteilungen nach den großen Kulturkreisen der Erde unterschieden sein, wird jedes wichtige Land seinen Spezialreferenten nicht nur für hochpolitische, sondern auch für handelspolitische und rechtspolitische Angelegenheiten und für Angelegenheiten des Nachrichten- und Pressewesens haben. (Sehr gut!) Damit wird einerseits die politische Behandlung der einzelnen Länder straffer konzentriert, andererseits eine Reihe wirklicher Sachkenner herangebildet, die das Land in der Gesamtheit seiner Beziehungen übersehen. Außerdem beabsichtige ich, unseren Auslandsmissionen besondere Sachverständige zuzuteilen, denen die Aufgabe zufallen wird, die sozialen Einrichtungen des Landes zu studieren und Fühlung mit den dortigen Arbeiterkreisen zu gewinnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere Einrichtung wird für die Beschaffung wirtschaftlicher Nachrichten getroffen; die jungen Beamten des auswärtigen Dienstes sollen gerade nach dieser Richtung ausgebildet und zu eigener Tätigkeit herangezogen werden. Die Einzelheiten der Reform werden die damit beauftragten Herren meines Ministeriums im Hauptausschuß darlegen.

Neben der organisatorischen Reform habe ich eine Reform des Personals in Angriff genommen. Sie wissen, daß künftig die Unterscheidung zwischen diplomatischer und konsularischer Laufbahn wegfällt. (Zustimmung.) Dadurch wird die Auswahl unserer Anwärter für die höchsten Posten auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt, und der Brauch abgeschafft, der diese Posten einem kleinen auserwählten Kreise vorbehielt.

Es wird sich als notwendig herausstellen, um die Wandlung, die Deutschland innerlich vollzogen hat, auch nach außen zum Ausdruck zu bringen, Veränderungen auf einigen neutralen Auslandsposten herbeizuführen, deren jetzige Inhaber aber nicht schon deshalb sämtlich aus dem Reichsdienst endgültig auszuscheiden brauchen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es der Regierung offen stehen muß, an einzelne Posten wichtiger Art im Ausland Männer zu setzen, die durch ihre öffentliche Arbeit das Vertrauen der Heimat gewonnen haben (bravo!), daß es aber doch die Hauptsache bleiben wird, für einen hochwertigen, fachmännisch gebildeten Eigenersatz zu sorgen.

Für die Durchführung der Reform bedarf es einer erheblichen Vermehrung des Personalbestandes. Am 1. April 1914 zählte der Etat 335 höhere Beamte des auswärtigen Dienstes. Am 1. April 1918 waren von diesen 335 nur noch 184 vorhanden. Der Abgang ist nicht nur auf den Abbruch so vieler diplomatischer Beziehungen Deutschlands zurückzuführen. Denn seit dem 1. Juli vorigen Jahres hat sich die Zahl wieder um 39, also um beinahe 25 Prozent verringert.

Aber, meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß die Reform unter sehr ungünstigen Bedingungen erfolgt. Ich kämpfe mit fast unüberwindbaren Hindernissen. So seltsam es klingt: das schwerste Hemmnis ist jetzt für mich der mangelnde Raum. (Sehr richtig!) Ich bedarf statt des veralteten und auch in seinem neueren Teil unpraktisch gestalteten Dienstgebäudes eines Baues, der auf seinen Zweck hin angelegt ist und für die erforderlichen Arbeiter angemessene Arbeitsräume enthält. (Zustimmung links.)

Das zweite Hemmnis hängt mit der Finanzlage Deutschlands zusammen. Ich weiß wohl, daß wir mehr als je darauf angewiesen sind, zu sparen und uns einzuschränken; aber gute Arbeit bekommt man auch heute, und heute mehr als je, nur für **gute Entlohnung.** Soll das Auswärtige Ministerium dem deutschen Volke künftig bessere Dienste leisten, als es nach dem Urteil der Welt in den letzten Jahrzehnten geleistet hat, so muß man ihm die nötigen Kräfte schaffen. (Sehr richtig!) Ich hoffe deshalb, daß mir Ihr Hauptausschuß und Sie selbst, meine Damen und Herren, bei aller Sorgfalt der Prüfung und aller Gewissenhaftigkeit im Sparen doch den Forderungen, die ich zu stellen habe, wohlwollendes Verstehen entgegenbringen.

Zum Schluß noch eins: auch mit der besten Organisation und dem besten Personal ist keine gute auswärtige Politik zu treiben, wenn die Quelle, aus der wir die Kraft für den Außendienst schöpfen, vergiftet wird oder versiegt, wenn das Volk, für das wir arbeiten sollen, sich in innerem Kampf verzehrt und zum Aufbau neuer Werte unfähig wird.

Wenn ich nicht an Deutschlands Zukunft glaubte, hätte ich mein Amt nicht übernommen und stände ich heute nicht vor Ihnen. (Bravo!) Lassen Sie mich dem zuversichtlichen Vertrauen Ausdruck geben, daß Ihr Wille zur Einigkeit über alle Parteigegensätze hinweg unserem Volke den Ausweg aus den *Gefahren* zeigen wird, die uns heute von allen Seiten umdrohen, und *die doch schließlich nur in einer vertrauensvollen* **Arbeitsgemeinschaft aller Völker** *überwunden werden können.* (Bravo!)

In der Tat, meine Damen und Herren, alle Staaten, die in diesen Weltkrieg verwickelt worden sind, Freunde und Feinde, Sieger und Besiegte, sind in der gleichen Not. Wohl hat Deutschland den tiefsten Sturz durchgemacht, aber die Zerstörung von Kulturwerten, die dieser Krieg zur Folge hatte, trifft auch die Völker, die sich jetzt im Glanze kriegerischer Erfolge sonnen möchten. Sie alle haben Unermeßliches an nationalen Werten opfern müssen. Kaum ein Volk wird von dem Frieden, der in Paris geschlossen werden soll, nicht enttäuscht sein, und diese Enttäuschung birgt in sich eine furchtbare Gefahr.

Hatte der Krieg, der überall die alten Ordnungen auflöste und die Massen in ein ungewohntes und gewaltsames Dasein hineinzwang,

anarchistischen Ideen Vorschub geleistet, so wird der Frieden, der statt des ersehnten Behagens wiederum Mühsal und Entbehrung bringt, den zersetzenden Einflüssen weiter Vorschub leisten. Hier steht der allgemeine Feind, hier ist die allgemeine Aufgabe. Hier hilft kein gegenseitiges Beschuldigen, kein Grübeln über die Vergangenheit; wir müssen gemeinsam die Hand an das Werk legen, das unseren Kindern und Enkeln eine würdige Zukunft sichern soll.

Ein Symbol dieses Entschlusses ist **Deutschlands Verpflichtung, Belgien und Nordfrankreich** wieder aufzubauen. Wir sind die Verpflichtung eingegangen in dem vollen Bewußtsein, daß wir sie nur in werktätiger Gemeinschaft mit unseren Gegnern erfüllen können, und wir beklagen es doppelt, daß ihr Mißtrauen die Erfüllung durch gehässigen Mißbrauch unserer Kriegsgefangenen zu erzwingen sucht. (Sehr richtig! links.) Dadurch wird, was ein Werk der Versöhnung sein sollte, eine Saat neuen Hasses.

Wer in Wahrheit danach strebt, daß der Krieg der Welt eine neue Auffassung von dem Zusammenleben der Völker bringen soll, der muß alle Motive des Hasses, der Rache, der Vergeltung aus den Friedensbedingungen zu entfernen suchen. (Sehr richtig! links.) Wenn wir die **Frage nach der Schuld** stellen und sie offen und wahrhaft beantworten wollen, so geschieht es nicht aus solchen Motiven, sondern um die vergangenen Fehler zu erkennen und einen deutlichen Strich unter sie zu machen.. Die Erforschung der Schuld darf nur ein Mittel der politischen Erziehung sein; auch dabei soll der Blick nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet werden in eine Völkergemeinschaft hinein, in der die Förderung der nationalen Interessen nicht mehr im Gegensatz zu dem Dienst an der Menschheitsentwicklung steht. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst nur wenige Worte zum **Etat** selbst! Die Bevölkerung wird es am meisten interessieren, zu hören, daß unser vorher schon ungeheurer Bestand an Schatzanweisungen nun um weitere 6 Milliarden erhöht werden muß und daß aus neuen Steuern nicht weniger als 7 Milliarden herausgeholt werden sollen. Und dabei hat der Herr Finanzminister noch die erfreuliche Bemerkung hinzugefügt, daß das nur als Auftakt anzusehen sei. Ich möchte meinen, es ist nützlich, zu betonen, daß wir die soeben genannten Beträge für uns in Deutschland selbst, für die Aufrechterhaltung unseres Haushalts selbst unumgänglich notwendig haben, und daß unsere Feinde sich irren würden, wollten sie aus diesen großen

Ziffern Schlüsse ziehen auf ihre Entschädigungsaussichten und auf unsere Leistungsfähigkeit. Unsere Gegner haben ihre beste Zeit verpaßt. Im Oktober, als es sich um die ersten Waffenstillstandsverhandlungen handelte, waren wir nur wirtschaftlich schwer geschwächt. Heute sind wir auf einem der ganzen Welt erkennbaren, nicht mehr zu unterschreitenden Tiefstand unserer Wirtschaft angelangt. Mit dem müssen unsere Gegner genau so rechnen wie wir selbst.

Meine Damen und Herren! Ich spreche hier als Vertreter der **bürgerlichen Demokratie** und möchte in dieser Eigenschaft einige Worte über die **Stellung** meiner politischen Freunde **zur gegenwärtigen Regierung** vorausschicken. Wie überwiegend sozialdemokratisch der Grundcharakter der gegenwärtigen Reichsregierung ist, das ist ersichtlich aus den Namen der in ihr führenden Männer, ist ersichtlich an der Verteilung der Regierungssitze zwischen den Mehrheitsparteien und auch aus häufigen Handlungen, Erklärungen und auch Unterlassungen der Regierung, die nur einer vorwiegend sozialdemokratischen Weltanschauung entsprungen sein können, wenn ich auch zugeben will, daß diese von einer etwas milderen Schattierung ist, als sie uns der Herr Abgeordnete Hoch heute vormittag vorgeführt hat! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es war also für die bürgerlichen Parteien keine leichte Entscheidung, ob sie in diese Regierung eintreten sollen oder nicht, und hätten wir annehmen können, der sozialdemokratische Gedanke habe in der Bevölkerung so breite Wurzeln geschlagen, daß eine rein sozialdemokratische Regierung Rückhalt und Kraft genug besessen hätte, um dauernd allein zu regieren, so hätte der Versuch mit einer solchen Regierung vieles für sich gehabt, obwohl ich andererseits zugeben muß, daß schon damals die vorliegenden Erfahrungen der ersten zwei Revolutionsmonate doch manche Bedenken in uns hervorrufen mußten. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Wir konnten aber nicht annehmen, daß die Sozialdemokratie einen so starken Boden in der Bevölkerung habe, und die Ziffern der Wahl, der wir unser Hiersein verdanken, haben unzweifelhaft auf eine **Koalitionsregierung** hingewiesen. So haben denn auch wir, die wir uns durch unsere Vergangenheit, durch unseren Namen und unser Programm in erster Linie zur Vertretung des demokratischen Gedankens befugt erachten, geglaubt, uns von einer Mehrheitsregierung nicht ausschließen zu sollen, und haben uns gemeinsam mit dem Zentrum an der Regierung beteiligt. Damit ist die Mehrheitsbildung wieder herbeigeführt worden, die vor der Revolution bestanden hat, und von der man, man mag sich ihr nun feindlich oder freundlich gegenüberstellen, immerhin wird sagen müssen, daß sie erhebliche Arbeit für den politischen Fortschritt im Deutschen Reich geleistet hat. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Seit diesem Eintritt tragen wir auch, wenn auch selbstverständlich in kleinerem Maßstabe, die Verantwortlichkeit für die Regierung mit. Glauben Sie aber — ich möchte darum bitten — deshalb nicht, daß wir blind gegen die Fehlgriffe oder gegen die Unterlassungen der Regierung seien. Glauben Sie auch nicht, daß wir das Bedürfnis, uns auszusprechen, nicht in demselben Maße haben wie die anderen politischen Parteien. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Aber das Verhältnis zwischen Regierung und Mehrheitsparteien, in dem wir nun einmal stehen, gebietet uns Zurückhaltung und Vermeidung jeder Polemik, namentlich einer öffentlichen Polemik hier an dieser Stätte. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wollte und dürfte ich mich auf Polemik einlassen, so müßte ich fragen, ob nicht ein großer Irrtum der Berichterstattung vorliegt, wenn wir heute in den Blättern lesen, daß der Herr Ministerpräsident einer Abordnung, die aus Cassel zu ihm gekommen ist, die Mitteilung gemacht habe, daß die Demokratie in sozialen Fragen der Regierung mehr Schwierigkeiten mache als das Zentrum. Das kann bloß ein Irrtum sein; denn wir erachten es zurzeit für unsere Pflicht, überhaupt keine Schwierigkeiten zu machen, und haben auch keine gemacht. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Mit dieser Zurückhaltung ist aber natürlich nicht gesagt, daß dadurch Kritik und Rat für die Regierung unsererseits ausgeschlossen sein sollen. Ich werde von diesem Recht Gebrauch machen; ich hoffe aber, verglichen mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoch von heute vormittag, einen auf die Bedürfnisse des Tages und auf die der Regierung und dieses Hauses mehr Rücksicht nehmenden Ton dabei zu finden, als es ihm gelungen ist. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Darf ich vielleicht in dieser umfangreichen Debatte noch einige Bemerkungen über uns selbst, über die **Nationalversammlung** einschalten, wenn sie vielleicht auch einigermaßen außerhalb des Rahmens unserer Erörterungen liegen. Wir sind leider nicht so populär, wie es die Nationalversammlung des Jahres 1848 gewesen ist. Das ist auch nicht unbegreiflich. Damals atmete das deutsche Volk, das österreichische eingeschlossen, von jahrhundertelangem unerträglichem Druck befreit, auf. Es sah vor sich, wie in einem Traum, eine herrliche Zukunft voll Glück, Freiheit, Fortschritt, Wohlfahrt und Macht. Werkzeug und zugleich Sinnbild dieser ganzen Herrlichkeit sollte die damalige Nationalversammlung sein. Heute liegt Deutschland am Boden, militärisch zusammengebrochen, sich selbst zerfleischend, voll Sorge der Zukunft entgegensehend und sich bekennend, daß im besten Falle jahrzehntelange, harte Arbeit, Entbehrung und Selbstzucht uns einigermaßen noch eine Zukunft gewährleisten können, eine Zukunft, die aber unter allen Umständen traurig abstechen muß von unserer Vergangenheit. Diese Botschaft

zu predigen, ihre Ausführung einzuleiten, den Frieden, um den es sich jetzt handelt, zu schließen, das ist eine undankbare Aufgabe. Damals wurde der Sprung vom Feudal- und Hörigkeitsstaat zum Volksstaat gemacht, der Sprung von der politischen Rechtlosigkeit zur Regierung des Volkes. Er war unendlich größer als der Sprung, den wir vom 8. auf den 9. November gemacht haben, vom parlamentarischen Regierungssystem zur Republik. Im Jahre 1848 erschienen die Gedanken wirtschaftlicher Gleichberechtigung, der Unterordnung der Einzelwirtschaft unter die Interessen der Allgemeinheit mehr noch als ferne Ideale, an deren sofortige Realisierung kaum irgend jemand ernstlich gedacht hat. Heute sollen diese Gedanken in die Tat umgesetzt werden. Millionen von Interessen sehen sich verletzt, Befürchtungen sind erregt, jeder fühlt, daß nicht alle seine Hoffnungen erfüllt werden können, daß aber umgekehrt es sich um große Opfer handeln wird. Eine Enttäuschung mußte Platz greifen und hat Platz gegriffen. Woher, frage ich, soll unter diesen Umständen die Feststimmung des Jahres 1848 herkommen, und wer ist berechtigt, uns einen Vorwurf daraus zu machen, wenn wir nicht eine Feststimmung in die deutsche Bevölkerung hineintragen können! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Im Gegenteil, eine gewisse Ernüchterung auf allen Seiten ist bei uns das Ergebnis der letztabgelaufenen Monate. Der von so vielen erhoffte und gewünschte seelische Aufschwung des ganzen Volkes, die geistige Veredlung der ganzen Nation, auf die man bei der Revolution rechnete — sie sind leider nicht eingetreten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Kein Wunder, daß viele sich heute fragen, ob man nicht hätte überhaupt den plötzlichen Umschwung entbehren und es bei der früheren schrittweisen Entwicklung belassen können. Mir, meine Damen und Herren, will scheinen, als ob man bei dieser Fragestellung die kaum bestreitbare Tatsache übersehen würde, daß Anlaß und treibende Ursache unserer Revolution der Krieg und seine Folgen gewesen sind, daß es sich also gar nicht darum gehandelt hat, daß wir zu wählen gehabt hätten zwischen Revolution und Nichtrevolution, sondern daß sie eintreten mußte, gebracht von den Zeitverhältnissen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Für uns, die, wie wir, aus Überzeugung uns auf den Boden der Tatsachen gestellt haben, die wir der Republik Treue schwören und uns und was wir haben, dem Vaterlande auch in dieser Form zur Verfügung gestellt haben, ist die Beantwortung dieser Frage übrigens vollkommen gleichgültig. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Persönlich möchte ich nur das meinen: in den wirklich konstitutionellen, von demokratischem Geist durchdrungenen Bundesstaaten, wie wir sie vor allem in Süddeutschland gehabt haben, wäre nach meiner Meinung das Volk

auch ohne Revolution zu seinen politischen Rechten gekommen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ob das auch möglich gewesen wäre in den anderen Staaten, ist eine Frage, die ich dahingestellt lassen will. Da und dort — ich kann hier aus eigener Erfahrung reden — gab es Widerstände gegen jeden ernsthaften politischen Fortschritt, Widerstände von einer solchen Stärke, daß ich glaube, der Versuch, sie zu überwinden, wäre fast aussichtslos gewesen, wenn nicht die Ereignisse eingegriffen hätten. (Lebhafte Zustimmung links.)

Um noch einmal auf uns selbst zu kommen: wir leiden hier auch ein wenig unter der Wahl unseres Tagungsortes. Die öffentliche Meinung, vor allem die Presse Berlins empfindet es als sehr unangenehm, daß die **Nationalversammlung nicht in Berlin, sondern in Weimar** tagt, und es wäre ja lächerlich, bestreiten zu wollen, daß das für Berlin und für die Berliner unerfreulich und für uns und für die Regierung — nun, ich will einmal sagen, unbequem ist. (Sehr richtig! links.) Aber die Schuld daran tragen nicht wir, sondern die Zustände in Berlin, die von hier aus und aus unserer Machtvollkommenheit zu ändern selbstverständlich unmöglich ist. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen links.) Ich meine, wir sollten umgekehrt dankbar dafür sein, daß Weimar uns freundlicherweise eine gastliche, ruhige Arbeits- und Wohnstätte gewährt, (lebhafter Beifall) und daß es, wenn es auch von Kapua weit entfernt liegt, wenigstens redlich, teilweise, wie man annehmen muß, sogar unter eigenen Opfern für unsere Ernährung sorgt. (Erneuter Beifall.) In ein paar Monaten dürfen wir ja — so nehme ich wenigstens an — hoffen, in das dem deutschen Volke geweihte Haus in Berlin wieder unsern Einzug zu halten. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Sehr beliebt, namentlich in der Presse der Rechten, ist, wenn man von der Nationalversammlung spricht, die immer wiederholte Klage über das viele Wasser, das hier nutzlos talab laufe, und über die Mühlen, die klappern, aber kein Mehl geben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen.) Ich möchte sagen: gutgläubig kann diesen Vorwurf nur ein Mensch aussprechen, der in den letzten zwei Monaten geschlafen hat. (Sehr richtig! links.) Krieg führen können wir hier allerdings nicht, wir können auch nicht Aufstände mit bewaffneter Hand niederschlagen, das wird aber billigerweise auch nicht von uns verlangt werden. Aber was in unserer Macht war zu tun, das haben wir getan. Es ist vielleicht gut, mit ein paar Sätzen das uns einmal wieder selber klar zu machen; denn ich habe manchmal den Eindruck, als ob wir selber kaum verfolgen könnten, was wir leisten.

Wir haben uns zu einer großen Mehrheit zusammengeschlossen, die sich als durchaus aktionsfähig erwiesen hat, wir haben uns eine proviso-

rische Verfassung geschaffen, wir haben eine Regierung bestellt, wir haben einen Reichspräsidenten gewählt, wir haben die politische Lage im Innern und im Äußern vielfach gründlich untersucht und erwogen, wir haben uns eingehend mit den Waffenstillstandsbedingungen befaßt, wir haben große Erörterungen über den Grundgedanken einer Reichsverfassung zwischen uns herbeigeführt, wir haben trotz unseres vollständigen militärischen Zusammenbruchs eine Reichswehr, wenn auch eine bescheidene, geschaffen, ja sogar eine Reichsmarine. (Heiterkeit und Zurufe rechts.) Wir haben zu den elsaß-lothringischen Fragen, zur polnischen Frage durch Beschlüsse ausführliche Stellung genommen, wir haben uns um unsere Kriegsgefangenen gesorgt, wir haben uns, soweit möglich, um die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes gekümmert, wir haben die Grundlagen der Sozialisierung in den geeigneten Wirtschaftszweigen gelegt und umgrenzt, und schließlich hat — und das ist vielleicht das meiste — unsere Verfassungskommission mit einem Fleiß und einer Geschicklichkeit, für die wir ihr nicht genug dankbar sein können, den größten Teil ihrer Aufgabe bereits gelöst. (Sehr richtig! links.) Sie hat eine Verständigung über die schwierigsten Kapitel der Reichsverfassung angebahnt, die uns eine weitgehende Einmütigkeit und ein praktisch brauchbares und sicher funktionierendes Verfassungsgesetz in Aussicht stellt. Und das alles in zwei Monaten!

Meine Herren und Damen: In diesen Leistungen — das dürfen wir wohl sagen — steckt, zumal wir das Zusammenarbeiten auch erst lernen mußten, eine gewaltige Summe von Pflichterfüllung, von Arbeit und auch von Opfern und Verzichten aller Art im Dienste der Allgemeinheit. Wir dürfen hoffen, daß uns die Nachwelt das wohl einmal etwas besser anerkennen wird als die verstimmte, vergrämte und verängstigte Gegenwart. (Sehr gut! links.)

Meine Damen und Herren! Trüb ist das Bild, das uns die **auswärtige Politik** bietet. Wir dürfen dem Herrn Reichsminister dankbar für die Auseinandersetzungen sein, die er uns soeben gegeben hat, und wir sind froh, daß er nicht hoffnungslos und mit einer gewissen Festigkeit der Zukunft entgegensieht.

Ich darf vielleicht eine Bemerkung vorweg nehmen, die er beiläufig hat fallen lassen, die Bemerkung, daß auch er glaube, darunter leiden zu müssen, daß gewohnheitsmäßig die Volksvertretung dem Auswärtigen Amt ihr Vertrauen versage. Ich will darüber jetzt keine Untersuchung vornehmen, ob dies in dieser Allgemeinheit richtig war. In früheren Perioden war vielleicht das Umgekehrte der Fall, in späteren Jahren mag es wieder anders gewesen sein. Aber auch aus dem, was in den letzten Jahren gewesen sein mag, kann der Herr Reichsminister keine Schlüsse ziehen auf das, was heute, wir, die Nationalversammlung, denken und wie wir ihm gegenüberstehen. Wir stehen ihm mit ruhigem

Vertrauen ohne übertriebene Hoffnungen gegenüber. Seine Sache wird es sein, dieses Vertrauen zu bewahren und dieses Vertrauen zu festigen. Das wird in unserm beiderseitigen Interesse liegen, liegt jedenfalls in unserm, der Nationalversammlung, Wunsch. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Meines Dafürhaltens hat es wenig Wert, wenn wir jetzt auf die Geschichte des Krieges, seine Entstehung und auf seine Entwicklung zurückgreifen würden. Ich nehme an, der Zeitpunkt dafür wird auch einmal kommen; jetzt scheint es mir viel nötiger, daß wir sehen, wie wir aus unserm Elend herauskommen, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) als daß wir die Schuld und die Fehler früherer Perioden jetzt untersuchen. Jedes Volk hat von jeher die Neigung gehabt, wenn es gesiegt hat, seine politischen und militärischen Führer als Halbgötter zu feiern und, wenn es besiegt wurde, dann in großer Erregung nach einem Schuldigen zu suchen, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und unsere Niederlage ist wahrhaftig groß genug, um es verständlich zu machen, wenn dieser psychologische Vorgang auch bei uns sich abspielt.

Der Herr Ministerpräsident hat vor einigen Tagen eine Untersuchung der früheren Vorgänge durch einen Staatsgerichtshof in Aussicht gestellt, und, wie man hört, sind wir in der Lage, den Entwurf in den nächsten Tagen erwarten zu können. Die Ansichten über ihn sind geteilt: bei uns und wahrscheinlich auch in den anderen Fraktionen. Ich kann hier nur persönlich reden, persönlich aber möchte ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, meine *warnende Stimme gegen das geplante Vorgehen zu erheben.* (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) *Wer Schuld hat, der soll auch seinen Richter finden; aber nicht in der geplanten Form und nicht im gegenwärtigen Augenblick.* (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Bedenken sind doch außerordentlich groß, schon die technischen. Wer soll richten? Die höchsten Richter des Reichs? Die Richter, denen man sonst immer Weltfremdheit vorwirft, und die jetzt über die heikelsten Fragen der Diplomatie, der Politik und der Strategie entscheiden sollen? Sollen es Professoren des Völkerrechts oder der Geschichte sein, die doch als Theoretiker in ihr Amt berufen sind? Oder Politiker? Ich will uns und unserer Gewissenhaftigkeit gewiß nicht zu nahe treten, das gebietet mir schon die Selbstachtung; aber auf eines will ich doch aufmerksam machen. In den *Wahlprüfungskommissionen* des früheren Reichstags, denen eine Art richterliche Tätigkeit zugewiesen war, hat sich *nicht immer erwiesen, daß es den Politikern möglich ist, sich in diesen Fragen ganz frei von ihrem politischen Standpunkt zu halten.* (Sehr richtig! bei den

Deutschen Demokraten und rechts.) Wenn man eine Mischung aus allen diesen Elementen zusammensetzt, so weiß man wieder nicht, ob dann die guten Seiten auf die schlimmeren oder die schlimmeren auf die guten abfärben werden. Man soll das Experiment lieber nicht machen.

Was soll alles vor diesen Gerichtshof kommen? Wenn man daran denkt, so erschrickt man vor der Fülle des Materials, um das es sich hier handeln kann. Und wer soll vor diesen Gerichtshof kommen? nur diejenigen, die ein Amt gehabt haben, oder alle, die überhaupt in der Politik tätig gewesen sind? Sollen alle davor kommen, sollen einzelne herausgegriffen werden? Wie soll das Verfahren enden? Soll es mit Todesurteil oder mit Verbannung oder mit Zuchthaus oder mit einem Verweis oder mit einer Brandmarkung oder einer Bürgerkrone ausgehen können? Über das alles sind wir noch vollständig im Dunkeln, und wohin man auch greift, stößt man auf Bedenken. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es ist doch auch ein schweres Bedenken, das man nicht gleich überwinden kann, daß die Schuld unserer Politiker und unserer Feldherren nicht allein nach den Feststellungen beurteilt werden kann, die für uns aus unserem eigenen Material möglich sind, sondern daß sie nur unter Zuziehung des Materials beurteilt werden könnte, das bei den anderen Völkern vorliegt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Unsere Feinde haben es aber abgelehnt, als wir vorgeschlagen haben, einen internationalen Gerichtshof einzusetzen, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) vor dem allein diese Frage hätte richtig behandelt werden können. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Deswegen habe ich Bedenken, ob es gut ist, wenn wir hier allein vorgehen. Ich fürchte, wir werden dann im Innern große Unruhe und Aufregung, und zwar, da dieser Prozeß lange dauern wird, auf lange hinaus hervorrufen, und jede Regierung, die ihn betreibt, wird es schwer haben, sich vor dem versteckten Vorwurf zu verteidigen, daß sie eben die gute Gelegenheit benütze, um ihr Mütchen an ihren früheren politischen Gegnern zu kühlen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wie aber würde die Sache nach außen wirken? Wir würden nur unseren Gegnern die erwünschte Gelegenheit geben, uns zu verdächtigen und zu demütigen. Wir würden ihnen Material für ihre Angriffe liefern. Aber sie ihrerseits dächten nicht daran, uns den entsprechenden Gegendienst zu leisten. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Ich fürchte, daß wir durch diese Art selbstquälerischer und selbstbestrafender Politik dem Deutschen Reich nicht nützen, sondern schaden würden, und ich bitte, wenn es noch möglich ist, diese Form von Gesetzgebung zurückzuhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Werden erst einmal alle Archive der Welt wieder geöffnet sein, hat jeder, der be-

teiligt war, erst einmal seine eigene Verteidigungsschrift und die nötigen Anklageschriften gegen seine Gegner geschrieben, sind erst wieder einmal die Menschen einer objektiven Beurteilung fähiger geworden, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) dann mag die Weltgeschichte ihr inappellabeles Urteil sprechen. Dieses Urteil wird allein das richtige sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die Einwirkung der Nationalversammlung auf die auswärtige Politik ist selbstverständlich eingeengt wie diese auswärtige Politik selbst. Auch aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers, der ja gegeben hat, was er geben konnte, ist diese Enge klar hervorgegangen. Die **Verständigung mit Deutsch-Österreich** ist das einzig Erfreuliche, das gegenwärtig als Aufgabe vor unserer auswärtigen Politik steht. Darüber braucht man keine Worte zu verlieren: die Nationalversammlung will, daß diese Vereinigung durchgeführt werde, und die Regierung wird sicherlich nichts versäumen, daß dieser Wille auch erfüllt werde. (Bravo!)

Im übrigen gilt es, von Einzelaufgaben abgesehen, unsere Rechte bei Auslegung und Anwendung der Waffenstillstandsbedingungen zu wahren, — ein höchst undankbares und schwieriges Geschäft — und weiter, den Frieden zu schließen. An Ratschlägen für beides fehlt es nicht. Die Damen und Herren werden die Erfahrung auch schon jeweils gemacht haben: es gibt viele, die mit gutem Willen an die Lösung dieser Fragen herantreten, wenn auch oft die Kräfte nicht ausreichen. Sehr häufig erhält man zum Beispiel die Direktive, man solle sich doch mit dem einen oder dem anderen der Alliierten oder Assoziierten anfreunden und so die Koalition sprengen, dann werde die Sache spielend leicht gehen. Wir müssen aber auf Grund der Verhältnisse diese Idee als eine wenig fruchtbare bezeichnen. Noch häufiger hört man die Aufforderung, durch eine Tat dem unwürdigen Zustande, in dem wir uns befinden, ein Ende bereiten. Der Wunsch ist gut. Wer sollte denn nicht ähnliches empfinden, wenn er, wie wir, nach Elsaß-Lothringen, nach Posen und den umliegenden Landesteilen blickt, wenn er an unsere armen Gefangenen denkt, wenn er sieht, wie Krankheit, Hunger und Tollheit unser armes Volk von Tag zu Tag härter erfassen? Wem kommen da nicht ähnliche Gedanken? Es wäre pflichtvergessen vom deutschen Volke, würde es nicht seine Regierung und seine Vertretung immer wieder ermahnen, hier überall Abhilfe zu schaffen. (Zustimmung.) Aber es ist schwerer, zu taten als zu raten. Die **auswärtige Politik Deutschlands**, ohne Waffen, ohne innere Ruhe, ohne Bündnisverträge, ohne Handel, ohne Nahrung und ohne das stärkende Bewußtsein, keine Fehler gemacht zu haben, hat einen schmerzlich kleinen Spielraum im gegenwärtigen Augenblick. Diese Politik muß heute bestehen in der überzeugenden Betätigung des

festen Willens, einerseits friedich zu sein und andererseits sich nicht mißhandeln zu lassen und sich gegen jeden Gewaltfrieden aufzubäumen. Für solche Politik hat dann allerdings die Regierung mit dem Auswärtigen Amt die Nationalversammlung und die Nation hinter sich. (Bravo! links.)

Die Schwäche unserer Position kann auch leider durch die Bemühungen unserer Unterhändler und durch den Hinweis auf das Wilson-Programm mit seinen 14 Punkten, auf das allein wir uns ja in Vertragsverhandlungen eingelassen haben, wohl gemildert, aber nicht behoben werden, wenn auch die Kundgebung eines festen Entschlusses, sich über eine bestimmte Grenze nicht hinausdrängen zu lassen, ihre Wirkung nicht verfehlt, wie wir ja in den letzten Tagen bei der Danziger-Angelegenheit erfahren haben.

Aber vergebenes fragen wir uns, da man die auswärtige Politik doch nicht allein machen kann: was ist die **auswärtige Politik unserer Feinde?** Welchen Vorteil zieht ihre Staatskunst aus ihrem Sieg? Seit sechs Monaten suchen wir Richtung und Ziel ihrer Politik zu erkennen und können sie nicht finden. Den Hunger der Kriegsblockade nach der Demobilmachung unseres Heeres weiter wirken zu lassen, nur um ein zusammengebrochenes Volk noch schwächer zu machen und um die Massen der Bevölkerung noch in immer stärkere Gärung gegen den Staatsgedanken aufzurühren, das ist eine Politik, so grausam und so gedankenarm (sehr gut!), daß sie den Namen Politik kaum mehr verdient. (Beifall.) Den Völkerbund im Schilde zu führen und gleichzeitig eine völkerbundswidrige Gesinnung zu züchten, ist so widerspruchsvoll, daß eine leitende Idee und eine führende Hand in dieser Art von Staatskunst gleichmäßig vermißt werden muß. (Sehr gut!)

Noch zwei Einzelpunkte. Die **Vorbereitung der Friedensverhandlungen**, die ja die derzeitige Aufgabe unserer Diplomatie ist, scheint mir von dem Auswärtigen Amt nach den Ausführungen, die uns der Herr Minister gegeben hat, und nach dem, was wir sonst gesehen haben, in richtiger Art getroffen zu werden. Jedenfalls wird man ihr den Vorwurf der Einseitigkeit in der Auswahl der Personen und den Vorwurf des beschränkten bureaukratischen und Ressortstandpunktes nicht machen können.

Eine weitere Reform, die gegen früher einen weiteren Gesichtspunkt erkennen läßt, ist die auch von dem Herrn Reichsminister berührte **Reform des Auswärtigen Amts**. Ich habe mit großer Genugtuung von den Vorschlägen Kenntnis genommene, die der Herr Reichsminister in dieser Richtung gegeben hat, und habe namentlich den Gesichtspunkt begrüßt, den er auch als einen wesentlichen bezeichnet hat, daß künftig die Trennung zwischen der diplomatischen Karriere und der

Konsulatskarriere aufgehoben werden soll. Ich glaube, daß man auf diesem Boden zum richtigen Ziele kommt. Wir können nur wünschen, daß diese Bestrebungen im Auswärtigen Amt nicht bloß so rasch wie möglich in Angriff genommen, sondern auch so rasch wie möglich durchgeführt werden mögen. (Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Ich komme noch auf die Bemühungen um die Bildung eines **Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.** Diese Bemühungen haben unter den Fraktionen auf Anregung aus der Mitte der Demokratischen Partei eingesetzt. Sie sind auch im Verfassungsausschuß zur Sprache gekommen, und eine sich teilweise damit deckende Frage wird uns ja sogar heute noch beschäftigen. Es ist kein Zweifel darüber, daß wir die Bildung einer Friedenskommission aus dem Parlamente, die auf die Beratungen des Friedenskongresses beratend einwirken soll, so wie sie uns vorgelegt werden wird, genehmigen werden. Ich meine aber, wir sollten es dabei nicht bewenden lassen. Denn die Aufgabe, die mir für diesen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorschwebt, erschöpft sich nicht mit dem Zustandekommen des Friedens, sondern muß sich hinauserstrecken auch auf die Zeit nach dem Frieden. (Sehr richtig!) Denn, wenn einmal die Welt wieder ganz offen ist, wird unser Auswärtiges Amt erst recht Gelegenheit haben, seine Kunst in der auswärtigen Politik zu zeigen, und dabei wird es recht gut sein nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben — der Herr Reichsminister sieht offenbar dieser Mitwirkung dankbar entgegen —, wenn wir unsere Mitwirkung dem Auswärtigen Amt nicht versagen. (Sehr richtig!)

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich eingehen auf die **innere Politik.** Hier beschäftigt mich vor allem das sehr schwierige Problem des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, das in den allerletzten Tagen etwas mehr zurückgetreten ist, aber auf der Tagesordnung steht. Kein Mensch kann darüber in Zweifel sein, daß ein starker, bisweilen sogar ein fast fanatischer **unitarischer Zug,** wohlwollend gefördert durch den Herrn Reichsminister des Innern, durch das Reich hindurchgeht. Wohl alle Parteien nehmen zu demselben geteilt Stellung. Das ist auch das Schicksal unserer eigenen Partei. Ich möchte, wenn man sich ganz objektiv zu sein bemüht, annehmen, der Höhepunkt dieser unitarischen Bewegung bestand in dem Vorschlag der Aufteilung Preußens nach dem Schema Rheinisch-Westfälische Republik, Niedersächsische Republik und unter dem Losungswort „Los von Berlin!" Ganz ähnliches wiederholt sich ja in Bayern. Den Bayern kann man es ja zurzeit wirklich nicht übelnehmen, wenn sie das Schlagwort ausgeben: Los von München! (sehr gut!) und es sich überlegen, ob sie nicht aus eigener Kraft besser durch die Welt kommen als unter der Vorherrschaft von München. Ich möchte weiter annehmen, daß dieser Höhepunkt der Bewegung auch der

Wendepunkt für dieselbe sein wird. Ich kann nämlich nicht annehmen, daß diese Vorschläge eine große Aussicht haben. Man muß nur immer bedenken, daß es, von allen politischen Erwägungen über Zentral- und Föderativstaat abgesehen, falsch ist, wenn man glaubt, über historisch Gewordenes, über lebendige staatsrechtliche Gebilde und über lebende Menschen sich mit Lineal und Pinsel hinwegsetzen zu können. (Sehr richtig!) Man wird die Erfahrung machen, wenn man es erst versuchen würde, daß es wahrscheinlich schwieriger ist, einen Staat auseinanderzulegen, als mehrere Staaten in einen zusammenzuschließen. Nach dem Gesetze der Trägheit werden demgemäß die in ihrem Bestande angefochtenen Staaten — ich sage das nur als meine persönliche Meinung — wohl Aussicht haben, weiterbestehen zu können. Ich meine, es ist auch nicht gerade notwendig, daß man deshalb, weil jetzt eben das deutsche Volk unter dem Messer seufzt, nun in aller Eile die Gelegenheit benutzt, die Operationen, die an dem armen Volke und Körper sonst noch vorgenommen werden könnten, auch noch schnell zu erledigen. Ich möchte fürchten, daß das für den Patienten zu lebensgefährlich werden könnte.

Ist es denn nötig, so weit zu gehen? muß man fragen. Der Einheitsgedanke erfährt zweifellos eine gewaltige Steigerung, die noch vor wenigen Monaten ganz undenkbar erschienen wäre. Wir werden ein Reichsheer haben, Reichseisenbahnen, überhaupt eine Verkehrseinheit. Wir werden eine Vereinheitlichung der Steuerfragen haben. Überhaupt wird die Zuständigkeit des Reichs nach allen Richtungen ausgedehnt werden. So viel Einheit wird geschaffen werden, daß es, glaube ich, ein Fehler wäre, auch noch die Form der Einzelstaaten zu zerschlagen oder, wenn man sie bestehen lassen wollte, das wenige, das ihnen an eigenen Funktionen noch bleibt, von Reichs wegen so zu reglementieren, zu bevormunden und zu beschnipfeln, daß es ihnen geradezu verekelt werden müßte. So macht man keine glücklichen, und so macht man auch keine freien Menschen und Volksstämme.

Andererseits muß man den **Einzelstaaten** zugeben, daß sie in richtiger Erkenntnis der Sachlage, wenigstens zum Teil, die Forderungen der Gegenwart erfaßt haben. Die **Reservatrechte** werden sicherlich bis zum letzten fallen, bis die Verfassung fertiggestellt ist, und die Einzelstaaten bemühen sich, im Wege der Verständigung die Verhältnisse so zu regeln, daß das Ergebnis in der Verfassungsurkunde nur noch zu registrieren ist. Ich glaube, man muß das anerkennen, womit ich die letzte Kundgebung der vereinigten Regierungen der größeren Bundesstaaten als eine besonders glückliche und förderliche Staatsaktion angesehen haben möchte. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Aber man darf sich dadurch nicht verärgern lassen. Das Reich muß bei diesen Bestrebungen mithelfen, nicht engherzig und kleinlich, sondern mit vollem Verständnis für die Wesensart, die Vergangenheit

und die Wünsche der Einzelstaaten. Dann wird man zu einem ersprießlichen Resultat kommen.

Vielleicht haben die Einzelstaaten **Baden und Württemberg** den richtigeren Weg erwählt. Sie bedenken sich die Sache ganz ruhig. Überwiegen bei diesem Bedenken dann die politischen und wirtschaftlichen Vorteile über die hergebrachten Vorurteile und Befürchtungen, gut, so werden sie sich wohl einigen; und werden sie sich nicht einigen, so wird das Reich eben weiter einen Einzelstaat mehr haben, als es im anderen Falle haben würde, und das wäre dann auch noch kein großes Unglück.

Jedenfalls aber wird man einen Gesichtspunkt bei Lösung all dieser Fragen als maßgebend festhalten müssen, daß für Trennung oder Zusammenlegung überall nur dann eine Berechtigung anerkannt werden kann, wenn sie von dem ruhig erwogenen, klaren Willen der überwiegenden Mehrheiten der in Frage kommenden Bevölkerung getragen wird. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes muß auch hier höher stehen als alle Sehnsucht, rasch nach der Schablone zu arbeiten.

Für unsere innere Lage ist, um auf diese weiter zu kommen, vor allem die **außerordentliche Gefahr** charakteristisch, in der sich das Reich zurzeit durch die fortgesetzten **Streiks, Unruhehandlungen und Wirren aller Art** gebracht sieht. Hier wird zurzeit grauenvoll gesündigt. Zunächst schien es, als ob es sich nur um vereinzelte Ausläufer, sozusagen um Reflexbewegungen der Revolution, gehandelt hätte, die ja wohl als unvermeidbar angesehen werden müssen. Es liegt aber — das sieht man doch allmählich — zu viel Planmäßigkeit in der Sache. Unverkennbar handelt es sich um eine von verhältnismäßig wenigen geschaffene und geführte Bewegung, die uns russische Zustände, also die Vernichtung unserer ganzen Wirtschaft, Ordnung und Kultur, die Unterwerfung der völlig entrechteten Allgemeinheit unter die Brutalität und den Terrorismus des Proletariats bringen soll. Daß sich angesichts gerade der Zustände, wie sie in Rußland heute sind, die deutsche Bürgerschaft, die deutsche Bauernschaft und die deutsche Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit unter dieses Joch beugen sollten, ohne den Versuch gemacht zu haben, sich dagegen bis aufs äußerste, bis aufs Messer zu wehren, das möchte ich als ausgeschlossen betrachten. (Lebhafte Zustimmung.) Daß das nicht die Absicht ist, das beweisen auch die Vorgänge, die wir jetzt in Bayern gegen München sich abspielen sehen. Aber darüber müssen wir uns klar sein, daß gegenüber der Gefahr zurzeit nichts mehr versäumt werden kann, und die Anklagen gegen die Regierung erscheinen verständlich, daß sie nur zu lange gesäumt habe, diesem Unwesen zu steuern. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Hundert-

tausende, die in den Kriegsjahren die Freude an der Arbeit verlernt, den Respekt vor fremdem Leben und Recht beiseite geworfen und die Gewalt als allein maßgbend schätzen gelernt haben, erliegen eben zu leicht der Versuchung, statt ihre schwere bürgerliche Arbeit wieder aufzunehmen, selbst herrschen zu wollen und die anderen für sich arbeiten zu lassen. Das Heer der Verbrecher und der Tagediebe freut sich natürlich der schönen Zeiten, und Theoretiker, Doktrinäre und Fanatiker tragen — man muß das leider feststellen — mit die Schuld, wenn die Bewegung allmählich so weit um sich gegriffen hat, daß ich fürchte: es ist mehr in die Hand unserer Feinde gelegt, zu bestimmen, wann sie zu Ende kommen soll, als in unsere eigene Hand. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Nicht als ob ich etwa daran dächte, ein Eingreifen der Entente in unsere inneren Verhältnisse herbeiführen zu wollen.. Wir müssen selbst Herr im Hause werden. Das gilt auch für Bayern wie für das Reich. Aber ich fürchte, es wird uns nicht gelingen, ehe der Nährboden, den diese Bewegung auch bei seither klareren und kühleren Köpfen gefunden hat, nämlich die Unsicherheit über Deutschlands und damit auch des einzelnen Zukunft einerseits, und Hunger und Unterernährung samt den daraus folgenden Gemütsstimmungen andererseits, beseitigt sind. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Dauernde Ruhe, Erlöschen der geistigen Epidemie wird uns nur der Friede und eine reichlichere Ernährung bringen. Unterernährte Menschen sind unzufrieden, sie entbehren des Widerspruchs und der Widerstandskraft gegen Versuchung wie gegen Vergewaltigung.

Nun muß man zugeben, wenn wir diese Dinge kritisch betrachten, daß die Regierung einen schweren Stand hat, und das muß ihr zugute gehalten werden. Alles, was wir jetzt sich abspielen sehen, sind keine Fragen des Rechts und der Zweckmäßigkeit, sondern Fragen der Macht, und die militärische Macht der Regierung ist eben leider klein. Es ist jetzt ein müßiger Streit, zu untersuchen, ob die Regierung allezeit diejenige Macht, die ihr tatsächlich zur Verfügung stand, auch voll ausgenutzt hat oder nicht.

Sehen wir lieber auch hier in die Zukunft statt in die Vergangenheit. Wenn man in die Zukunft blickt, so muß man sich aber sagen: Verbrecher, Mörder und Plünderer verdienen keine Schonung. (Sehr richtig!) Und wer sich, sei es auch aus politischer Überreizung oder aus politischem oder wirtschaftlichem Fanatismus mit diesen Elementen zusammenfindet, um mit ihnen durch Gewalttat und Terrorismus sich zum Despotismus über die anderen Bevölkerungsklassen aufzuschwingen, die gar nichts anderes wollen als das gleiche Recht für alle, der muß sich auch darüber klar sein, daß ihn die Gesellschaft als einen Feind behandeln muß und auch als Feind behandeln wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun, da und dort zeigen ja jetzt die einzelstaatlichen Regierungen eine feste Hand, und was nicht minder wertvoll ist: da und dort taucht auch der Gedanke einer besseren Selbstverteidigung und Selbsthilfe seitens des Bürgertums und eines Teils der Arbeiterschaft auf, und es ist erfreulich, daß die Reichsregierung nun, frei von unbegründeter Reaktionsfurcht, sich an diesen Versuchen, Ordnung zu schaffen, auch ihrerseits tüchtig beteiligen will. Sie muß ja doch selbst fühlen: das Maß von Vertrauen, das sie zu der Lösung ihrer sämtlichen Aufgaben braucht, wird zurzeit von der Festigkeit bestimmt, die sie in dieser Richtung zeigen wird. Wo immer die Regierung diesem Treiben gegenüber die Autorität des Staats und der Allgemeinheit mit fester Hand zur Geltung bringen wird, wird sie sich auch darauf verlassen können, daß wir und alle besonnenen Staatsbürger ihr alle Unterstützung leihen werden.

Meine Damen und Herren! Teils hoffnungsvoll, teils sorgenvoll stehen wir dem **Problem der Sozialisierung** von Betriebszweigen und Einzelbetrieben und der Frage des verstärkten Einflusses der Arbeiterschaft auf die Gesamtheit unserer Volkswirtschaft gegenüber —, zwei Fragen, die man nicht deutlich genug auseinanderhalten kann und die nur zu oft verwischt werden. Auch diese Entwicklung krankt vielfach an Einseitigkeit und Doktrinarismus. Es ist kein Glück für sie, daß sie in inneren und äußeren Zusammenhang gebracht werden muß mit den erwähnten politischen Vorgängen. Die Sachlichkeit leidet darunter, wie es auch der Revolution nicht guttut, daß sie skrupellos als Vorspann für die Lohnbewegung ausgenützt wird (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten), ausgenützt auch von solchen, deren Bildungsgrad, Erziehungs- und Lebensstellung sie vor einer solchen Ausnützung schützen sollte. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die größte Gefahr aber erwächst dem Staate und dem demokratischen Gedanken aus dem Versuch, die berechtigte Mitarbeit der Arbeiter am wirtschaftlichen Leben auszubeuten zu dem Gedanken der politischen Vorherrschaft der Arbeiterklasse, ja sogar der politischen und wirtschaftlichen **Alleinherrschaft der Arbeiterräte** über andere Teile der Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Auch hier muß man scharf auseinanderhalten, schärfer, als das meines Erachtens heute vormittag dem Herrn Kollegen Pfeiffer gelungen ist. Man muß hier von unserem Standpunkt aus um so mehr auseinanderhalten, als auch einzelne demokratische Organe der Presse in diesem Punkte das Augenmaß und das Wirklichkeitsmaß neuerdings verloren zu haben scheinen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) In allen diesen Wirren sind wir von der demokratischen Partei gut daran: wir stellen uns fest auf den

Boden des demokratischen Prinzips, von dem wir nicht abweichen werden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Und da ergibt sich für uns folgendes. Nicht die geistreichste Abhandlung verwischt in uns den Gedanken, daß wir einzutreten haben für die Gleichberechtigung aller, also auch der Arbeiter, aber ebenso zu kämpfen haben gegen jedes Vorrecht und gegen jedes künstliche Übergewicht, mag es der weiland Fürst von Gottes Gnaden für sich in Anspruch nehmen oder der heutige Handarbeiter, der von falschem Wahn befangen, sich mehr dünkt als die anderen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Einem **Reichswirtschaftsrat**, in dem wie alle anderen Erwerbszweige so auch die Arbeiter ihre gute, ausreichende, ja reichliche Vertretung haben sollen und haben müssen, treten wir, wenn er auf dem wirtschaftlichen Boden steht, nicht entgegen, obwohl wir schwere Bedenken haben und uns unsere Stellung in Einzelfragen noch vorbehalten. Aber das **Rätesystem**, das einseitigen Standes-, Erwerbs- und Interessenvertretungen die ausschließliche oder wenigstens überwiegende politische Macht in die Hand spielen soll, *dieses Rätesystem verwerfen wir grundsätzlich sowohl wie aus praktischen Gründen.* (Bravo!) Mir scheint es höchst gefährlich, heute aus Ängstlichkeit oder aus grauester Theorie heraus eine Klassenherrschaft gesetzlich zu sanktionieren, die nach den Gesetzen der Vernunft, der Gerechtigkeit und der politischen Erfahrung nicht bestehen kann und deren spätere Beseitigung sicherlich schlimmere Gefahren für unseren inneren Frieden herbeiführen wird als heute ihre Verweigerung.

Wir freuen uns der Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident abgegeben hat, und nehmen an, daß die Reichsregierung ihr in dieser Richtung nun des öfteren ausgesprochenes Wort fest und ohne Abzug auch einlösen wird. Würde sie, was ich nicht annehmen kann, auf diesem Gebiete den Boden der Demokratie verlassen, so müßte sie auf die Unterstützung der Demokraten selbstverständlich verzichten. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Unterstützung soll ihr dagegen, so schwere Bedenken man auch von verschiedenen Seiten nicht ohne Grund erhebt, auch nicht fehlen, wenn sie in den von ihr selbst gezogenen Schranken daran geht, *besonders geeignete Betriebe der* **Gemeinbewirtschaftung** *zuzuführen. Wir glauben nicht*, daß der gemeinwirtschaftliche oder staatliche oder kommunale Betrieb das *wirtschaftliche Allheilmittel* sein könnte oder auch nur so viel besser wäre als die anderen, wie man behauptet. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Uns erscheint immerhin noch der freie Betrieb im allgemeinen als der natürlichere, und unser Endziel ist es nicht, in Handel, Großindustrie und Kleingewerbe alles zu verstaatlichen; darin sind wir *durch die Erfahrung der letzten Jahre mit den Kriegsgesellschaften* und derartigen nur noch bestärkt

worden. (Sehr gut!) Aber wir erkennen andererseits an, daß in vielen Fällen auch das Gegenteil richtiger sein kann, und im Interesse unseres Friedens und unserer Ruhe, vor allem aber im Interesse der Fürsorge für die Arbeiterschaft sind wir bereit, soweit mit der Regierung zu gehen, als sie selbst es vorgezeichnet hat, und in dem Tempo, das sie sich selbst und damit auch uns vorgeschrieben hat, weiter aber nicht; denn wir sind der Meinung, für Experimente sei der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet. (Sehr gut!)

Die Regierung hat seinerzeit anläßlich des Berliner Generalstreiks der Entwicklung der Dinge und ihrer Regelung in der Volksvertretung gerade auf diesem Gebiete weit vorgegriffen. Nicht die Rücksicht darauf, sondern sachliche Erwägungen sind es, die uns veranlassen, uns im großen und ganzen, Einzelheiten vorbehalten, auf den Boden des neuen Regierungsentwurfs zu stellen, so wie er für den § 34 der Reichsverfassung nun formuliert worden ist. Er bringt einen stufenweisen Aufbau der Arbeiterorganisationen und deren Krönung in einem **Reichswirtschaftsrat**, in dem die Vertretungen aller Erwerbszweige ihren Sitz haben, und er weist diesen Organisationen weitgehende, teilweise wohl fast die Grenzen schon überschreitende Befugnisse zu. Er schließt aber wenigstens den Mißbrauch dieser Organisationen zu politischer Vergewaltigung der anderen Stände aus. Das ist eine Grundlage, auf der wir, vorbehalten immer die Einhaltung dieser Grenze, mitarbeiten können und auch mitarbeiten wollen.

Vielleicht, um das noch anzufügen, findet die Regierung künftig auch etwas mehr als bisher Gelegenheit, sich alle diese Reformen auch von der anderen Seite anzusehen. (Bravo!) Was man dem einen gibt, muß man in der Regel dem anderen nehmen, und wo man so mit vollen Händen, sei es als freies Geschenk oder in Erfüllung berechtigter Ansprüche, den Arbeitern Rechte und Vorteile zuweist, verdienen diejenigen, auf deren Kosten das alles im ganzen geht, wenigstens ein Wort der Anerkennung für die Einsicht und die Opferwilligkeit, mit der sie nicht bloß ihren Besitz, sondern, was für uns noch unendlich viel wichtiger ist, auch ihre schlechterdings unentbehrliche fernere Mitarbeit zur Verfügung stellen. (Lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten.) Die Regierung möge dann aber auch weiter bedenken, daß jede Opferwilligkeit ihre Grenze hat, schon in der äußeren Aushöhlung der Autorität der Leiter dieser Betriebe und damit der Betriebe selbst. Diese Grenze mißachten hieße meines Erachtens, mit dem Bestande und der Zukunft unserer Industrie, von der wir leben müssen, Spielball treiben. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoch von heute vormittag gegen den **Abbau der Kriegsgesellschaften** machen es mir zur Pflicht zu erklären, daß wir abweichend von seiner Auffassung namens

des gesamten werktätigen Bürgertums auf diesen Abbau und zwar auf den baldigsten Abbau den allergrößten Wert legen müssen. (Lebhafte Zustimmungen und Bravo! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Wir sind der Meinung, daß hier der Grundgedanke maßgebend sein muß und daß es voreilig wäre, aus der Tatsache, daß unmittelbar nach Aufhebung z. B. der Eierbewirtschaftung, die vor wenigen Tagen erfolgt ist, die Preise märchenhaft und wucherhaft hinaufgeschnellt sind, den Schluß zu ziehen, daß das so bleiben müsse. Ohne Übergangsschwierigkeiten kann man solche Organisationen nicht einführen und ohne Übergangsschwierigkeiten können sie auch ihren Betrieb nicht einstellen. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Das muß man in den Kauf nehmen. Wir wollen der Regierung, in Gegensatz zu den Ausführungen heute vormittag, dringend ans Herz legen, auf dem Wege, den sie hier beschritten hat, zu bleiben und diesen Ausbau mit möglichster Beschleunigung durchzuführen.

Ein Wort noch zum Schluß! So starrt uns, wohin wir auch blicken mögen, die Zukunft finster ins Gesicht, und doch lebt in uns die Überzeugung, daß ein so hochstehendes Volk wie das deutsche Volk, ein Volk von mehr als 60 Millionen, nur dann verloren sein kann, wenn es sich selbst aufgeben würde. Das deutsche Volk will sich aber nicht aufgeben; es will sich hinüberretten in eine schönere Zukunft, und dazu bedarf es der Führung. Die Regierung hat es in der Hand, dieser Führer zu sein. Kein Vernünftiger erwartet von ihr mehr Macht, als sie hat; aber das, was sie hat, muß sie auch ausnützen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ein großes Kapital von Vertrauen und Unterstützung liegt für sie im deutschen Volke bereit; sie kann den Schatz heben, wenn sie immer und immer wieder zeigt, daß sie überlegen, objektiv und fest ihres Weges geht. Die Mehrheitsparteien stellen ihre Unterstützung wie ihr Vertrauen — das ist heute vormittag ausgesprochen worden und wird von mir wieder ausgesprochen — zur Verfügung. Die Unterstützung auch der anderen Parteien wird die Regierung finden können, wenn sie will. Denn höher — nehme ich an — als alles steht uns allen jetzt die Rettung des Vaterlandes. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Möge — darf ich schließen — es unseren gemeinsamen Bemühungen gelingen, die Nation aus schwerer Nacht dem Licht entgegenzuführen! (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Beratung des Etats ist die Gelegenheit zur parlamentarischen Aus-

spräche, ist die Gelegenheit zur Auseinandersetzung der Parteien untereinander und zur Auseinandersetzung mit der Regierung. Alles, was unsere Gemüter und die Gemüter derer draußen im Lande bewegt, alles, was die Politiker auf dem Herzen tragen, soll hierbei erörtert werden. Der Tag der Etatsberatungen ist nach alter parlamentarischer Übung der Tag der Kritik. Hier wäre ein Rückblick geboten auf das, *was die Revolution getan, was ihre Männer versprochen haben und was aus ihren Versprechungen geworden ist.* (Sehr richtig! rechts.) Hier wäre für mich und meine Freunde Grund und Ursache zu scharfer, ja *schärfster Kritik* gegeben (Zustimmung rechts), wenn wir an das denken, was aus unserem Vaterlande geworden ist, seitdem die Revolution in ihm herrscht. (Erneute Zustimmung rechts.)

Mit welchen großen Worten haben einst die Träger der Revolution diese begrüßt, und was ist aus ihren Versprechungen geworden? Mit Stolz sprachen sie von der Beseitigung des alten Unrechtsstaates und der Herstellung des neuen Rechtsstaates in der Demokratie. Und mit welchem unverhohlenen Jubel sprach man von der Beseitigung der alten Machthaber! Sollte man nicht heute in weiten Kreisen bis hinauf in diese Ministerbank schaudernd inne geworden sein, daß *mit den Gewalthabern auch die Gewalten verschwunden sind?* (Sehr gut! rechts.) Mit den Machthabern ist die Macht dahingegangen. Sollte nicht mancher neue Gewalthaber, der hier sitzt, der vormals noch triumphierend und ohne Rücksicht auf Sentimentalitäten davon sprach, wie die Träger des Gottesgnadentums abgesetzt und verjagt worden sind, im stillen Kämmerlein, in schwerer Sorge auf die Entwicklung der Dinge blickend, zu sich sprechen: „*Warte nur, balde ruhest du auch.*" (Sehr gut! rechts.) Und führt der neue Rechtszustand in der Demokratie nicht zu trüben Vergleichen mit den angeblichen Unrechtszuständen des alten Systems, in dem wir aber Ruhe, Ordnung und Sicherheit hatten? Sollte nicht vielleicht Herr Minister Landsberg geneigt sein, nachdenkliche Betrachtungen über den neuen Rechtszustand anzustellen, unter dem nicht einmal ein Minister seines Lebens und seiner Freiheit auf der Straße sicher ist? (Zuruf links: Wessen Schuld ist das?! — Lachen rechts.) — Ich nehme an, daß diejenigen, die heute die Macht haben, auch die Schuld tragen, wenn sie nicht einmal ihre Macht verwirklichen können! —

Und sollte nicht auch manchem der Herren dort, die im alten Reichstag tönende und wuchtige Anklagen gegen die Regierung schleuderten und dabei ihr Heim und Haus behütet wußten, zuweilen der Hang zu Vergleichen aufsteigen, die *nicht immer zum Vorteil des heutigen Systems* ausfallen? (Sehr gut! rechts.)

Und der Etat, der seit 36 Stunden in unseren Händen ist mit seinen märchenhaften Zahlen, die den Eindruck eines Märchens machen, und die Rede des Herrn Reichsfinanzministers legten es dringend nahe,

hier die Sonde anzulegen. Die Rede des Herrn Reichsfinanzministers von gestern, die sich anhörte wie ein wuchtiger Protest gegen die Sozialisierung, legt sie nicht die Betrachtung nahe, einmal einen Artikel darüber zu schreiben, wie sich Worte und Taten der neuen Regierung decken? (Sehr richtig! rechts.) Wir wissen doch alle, daß, während der Herr Finanzminister in beweglichen und meiner Überzeugung nach überzeugenden Worten gegen die Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens protestierte — unter dem Vorbehalt natürlich, daß er nichts gegen die Sozialisierung gesagt haben wollte —, große schwerwiegende Projekte über Sozialisierung im Gange sind und in den nächsten Tagen uns vorgelegt werden sollen. (Sehr gut! und hört! hört! rechts. — Zurufe links: Bureaukratisierung!) — Das ist dasselbe.

Und wenn heute der Herr Reichskanzler von **Militarismus** gesprochen hat und seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß wir doch einen Sieg erfochten haben, nämlich über den Militarismus, dann möchte ich doch an ihn die Frage richten: Herr Reichskanzler, würden Sie und einer von den Herren dort noch sitzen, wenn nicht die Reste des alten Militarismus Sie geschützt hätten? (Sehr richtig! rechts.) Und es liegt nahe, den Herrn Reichskanzler darauf aufmerksam zu machen, daß wir unter Militarismus nur verstehen ein Heer, in dem Ordnung, Zucht und Disziplin herrscht und, meine Herren, weil Sie die Quellen zu einer solchen Armee verschüttet haben und weil Sie nur noch Reste von einer solchen Armee, wie wir sie einst hatten, in Ihrer Hand und in Ihrer Macht haben, darum sind Sie schwach, und darum haben wir die anarchischen Zustände im Lande. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.) Ich hätte vielmehr gewünscht, daß der Herr Reichskanzler nicht von Militarismus in so verächtlichem Sinne gesprochen hätte, sondern daß er ein Wort gesprochen hätte zur Beruhigung der Offiziere, die vier Jahre lang ihr Leben für uns in die Schanze geschlagen haben, und jetzt, wenn wir an die Verkleinerung der Armee denken, eine dunkle Zukunft vor sich sehen. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.) — Warten Sie ab! Für die Soldaten, soweit sie durch die Entlassung vom Militär geschädigt werden, soll natürlich gesorgt werden, aber der Offizier verliert seinen Beruf, während der Soldat nicht den Beruf des Soldaten in unserem Volksheere gehabt hat.

Meine Herren, auch der Herr Minister des Auswärtigen, um mit einem Wort auf ihn einzugehen, hat, wie schon öfter, an dieser Stelle geklagt über das ständige **Mißtrauen**, das ihm und **dem Auswärtigen** Amt entgegengebracht wird. Es ist hier schon gesagt worden, und ich kann es nur wiederholen: es hat keine Stelle im Reichskanzleramt gegeben, die eines solchen Vertrauens sich erfreute wie das Auswärtige Amt in jenen Zeiten, als Bismarcks Geist in ihm noch lebte und wirkte,

und es hat viel dazu gehört, um das Vertrauen des deutschen Volks in die Fortdauer dieses Geistes zu erschüttern. (Sehr richtig! rechts.) Und ich kann ihm nur eins zurufen: erfüllen Sie sich mit dem alten Bismarckschen Geiste wieder! Nicht, daß ich ihm vorwerfen will, daß ihm die Genialität dieses Mannes nicht zu Gebote steht, aber Sie können sich doch in seine Ideen versenken und Sie können doch das wieder werden, was wir zu unserem Unglück verloren haben: Werden Sie wieder Realpolitiker und leben Sie nicht in Illusionen und laufen Sie niemand nach. (Sehr richtig! rechts.) Das ist ja der Grundfehler unserer Politik gewesen, dieses Nachlaufen, der daran schuld ist, daß wir die Achtung der anderen Nationen verloren haben. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch und Zurufe links.)

In der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien würde es naheliegen, namentlich auf die Ausführungen des Herrn v. Payer zurückzukommen. Ich will auch dort nach Möglichkeit jede scharfe Erwiderung vermeiden. Aber etwas müssen Sie erlauben. Er hat hier begründet, weshalb von Ihnen (zu den Demokraten) die Koalition mit den Sozialdemokraten vorgenommen worden ist. Meine Herren, das müssen Sie mit Ihren Wählern abmachen. (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) Aber draußen im Lande versteht man in unseren Kreisen nicht, wie Sie und das Zentrum nach dem, was Sie bei den Wahlen gesagt haben, zu diesem Bündnis gekommen sind. Man wäre geneigt, eine Broschüre zu schreiben: die Demokraten und das Zentrum vor und nach der Wahl. (Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.)

Im Einverständnis mit Herrn v. Payer bin ich bezüglich seiner Betrachtung über den **Staatsgerichtshof**. Was er darüber gesagt hat, kann ich nur unterschreiben, und wenn ich mich enthalte, darüber viel zu sagen, so tue ich das, um nicht den Anschein zu erwecken, als wenn wir eine persönliche Sorge vor dieser kommenden Institution hätten. Aber darauf möchte ich doch hinweisen, daß ein solcher Gerichtshof, soweit auch unbefangene Männer vorhanden, und soweit es auch Urkunden gibt, unter Prüfung auch aller dieser Umstände nicht in der Lage ist, schon jetzt ein unbefangenes Urteil abzugeben. Ich weise darauf hin, daß Benedek fast ein Menschenalter unter der falschen Anschauung der öffentlichen Meinung gelebt und gelitten hat, daß er der unfähige Feldherr gewesen sei, der die Schlacht von Königgrätz durch seine Unfähigkeit verloren gemacht hat. Erst nach seinem Tode hat man eingesehen, welch schweres Unrecht diesem Manne geschehen ist.

Meine Herren, wenn Sie einen Staatsgerichtshof einrichten wollen, so vergessen Sie nicht: das Rad der Geschichte dreht sich! Es könnte auch mal ein Tag kommen, wo man diejenigen vor ein Tribunal fordert, die die Revolution gemacht haben! (Große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme zu den **unitarischen Bestrebungen.** Sie werden sich hoffentlich im Ausschuß abglätten und vermindern in dem Sinne, daß wir nur das durchsetzen, was die Einzelstaaten ertragen können, so daß sie noch selbst freudig mitarbeiten. Von dem großen Grundsatz Bismarckscher Politik, daß es mehr auf den freien Willen, auf die freudige Mitarbeit aller Einzelstaaten ankommt als darauf, daß man dies oder jenes Recht im Wege des Zwanges abzwackt, können wir nicht abgehen. Das bedeutet aber nicht, daß man nun alles Antiquierte für die Ewigkeit weiter bestehen läßt, und ich nehme an, daß die Einzelstaaten das einsehen und dasjenige aufgeben werden, was zum Heile des Ganzen aufzugeben notwendig ist.

Aber dann noch eins! Das ist die **Zertrümmerung Preußens.** Es ist mir immer noch unfaßbar, wie dieser Gedanke, in die Menge geworfen, überhaupt hat Anhänger finden können. Unsere ganze Geschichte ist erfüllt von dem Gedanken, daß es ein Glück für Deutschland war, daß sich ein solcher Staat von der Maas bis zur Memel bildete, daß er es an seinen Grenzen überall spürte, wenn deutsches Leben, deutsche Interessen gefährdet waren, und daß er so gezwungen war, stets zum Schutze des Deutschtums einzutreten. Diesen großen Staat, der eine großzügige Politik, eine großzügige Verwaltung treiben konnte, will man zertrümmern, zerteilen: „mit dem Lineal", „mit dem Pinsel", wie Herr v. Payer richtig sagte. Ich hoffe, Preußen wird diejenigen überleben, die seinen Namen, wie ich glaube, mit Unrecht tragen. (Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut!)

Es ist vom **Reichswirtschaftsrat,** von der Einrichtung der Räte gesprochen worden. Zu diesen Dingen werden wir ja in dem Verfassungsausschuß demnächst genau Stellung nehmen. Nur eins möchte ich sagen. Ich sehe die Gefahr, die durch den Reichswirtschaftsrat droht, namentlich in der Vorschrift, daß ihm die Möglichkeit der gesetzgeberischen Initiative gegeben ist, daß er mit Gesetzesvorlagen direkt an die Nationalversammlung herantreten kann. Das sieht harmlos aus. Ich glaube aber, es ist nicht harmlos. Die Nationalversammlung würde dadurch in Zukunft ausgeschaltet werden. Sie wird einem Gesetz, das vom Reichswirtschaftsrat verlangt und gefordert, stürmisch gefordert wird, trotz ihrer anderen Überzeugung nicht widerstehen können. Ob wir diese Befugnisse dem Reichswirtschaftsrat einräumen sollen, die ihm die Regierung aus erklärlichen, begreiflichen Gründen jetzt einzuräumen sucht, das scheint mir doch eine Frage mit vielen Fragezeichen zu sein.

Daß der **Abbau der Kriegswirtschaft** eine Notwendigkeit ist, darüber gibt es keinen Zweifel. Wir sind immer dafür eingetreten, daß dieser Abbau schneller und energischer als bisher betrieben werden muß. Ich kann mich in dieser Beziehung auch nur den Ausführungen des Herrn v. Payer anschließen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir alle diese Dinge betrachten, dann ergibt sich bei der scharfen gegensätzlichen Stellung, die wir zur Revolution und damit zu dieser Regierung einnehmen, klar, daß alle diese Themata, die hier zur Betrachtung herausfordern, wenn wir sie so behandeln wollten, wie sie nach unserer Ansicht bei der jetzigen Etatsberatung behandelt werden müßten, zur schärfsten Kritik herausfordern müßten. (Zustimmung rechts.) Diese Kritik zu üben, ist unsere Pflicht, die wir zu erfüllen wissen werden. So gewiß wir diese Kritik in dem gegebenen Zeitpunkte ausüben werden und somit diese Kritik uns hiermit ausdrücklich vorbehalten — das, was ich heute gesagt habe, ist nichts von dem —, so gewiß sind wir aber auch, daß wir uns heute bei der Beratung des Etats in einer Lage befinden, die es uns unmöglich macht, bereits jetzt mit aller Deutlichkeit und mit berechtigter Schärfe alles das zu sagen, was uns am Herzen liegt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die merkwürdige Verknüpfung zwischen einer Entschließung, der wir von Herzen beistimmen, und der Etatsberatung, die mit dieser Entschließung meiner Auffassung nach in keinem Zusammenhang steht (sehr richtig! rechts), zwingt uns, von dem einen oder dem anderen Abstand zu nehmen. Für uns konnte die Wahl nicht zweifelhaft sein. Es sind nicht nur die chaotischen, unerhörten Zustände im Innern unseres Vaterlandes, die die Sorge jedes Vaterlandsfreundes in diesem Augenblick auf andere Dinge lenken als auf eine Abrechnung mit denjenigen, denen wir die Schuld an diesen Zuständen beimessen (Zustimmung rechts), sondern es sind vor allem auch die Sorgen, die *die immer unverhüllter auftretenden Raubgelüste unserer Feinde hervorrufen, die unsere Haltung heute bestimmen.* (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir nähern uns dem Frieden. Dieser Friede wird unsere Zukunft für ein Menschenalter und mehr bestimmen. Bevor sich unsere Unterhändler an den Verhandlungstisch setzen, ist es notwendig, daß das deutsche Volk, repräsentiert durch die verfassunggebende Nationalversammlung, ihnen noch einmal das Gewissen schärft, ihnen noch einmal vor Augen führt, welchen Frieden das deutsche Volk allein erwartet. Es ist die letzte Stunde, in der die Nationalversammlung ihre Stimme erheben kann. Darum stellen wir andere Wünsche, so sehr sie uns auch am Herzen liegen, zurück. (Sehr richtig! rechts.) *Heute gilt es, die Einmütigkeit des deutschen Volkes* und seiner Nationalversammlung gegenüber unseren Feinden klar zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß jeder von uns entschlossen ist, einen Frieden der Gewalt abzulehnen. Wir haben unser Friedensangebot gemacht auf Grund der bekannten Wilsonschen Bedingungen. Diese Bedingungen sind von Wilson im Namen aller Alliierten angenommen worden, und erst daraufhin haben wir den

Waffenstillstand unterzeichnet. Das deutsche Volk hat daher ein unentziehbares Recht auf einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir protestieren einmütig gegen jeden Versuch der Feinde, zum Schaden des deutschen Volkes über diese Friedensbedingungen hinauszugehen. Wir protestieren aber auch gegen jede Mißdeutung und gegen jede falsche Umdeutung dieser Friedensbedingungen, namentlich in dem Punkte der Grenzmarken. (Erneute lebhafte Zustimmung rechts.) Das gilt für den Westen, den Norden und den Osten. Wenn man uns im Westen Elsaß-Lothringen, ein altes Raubstück der französischen Könige, das wir vor 40 Jahren in gerechtem Kampfe zurückerobert haben, heute mit Gewalt und ohne Beachtung der Selbstbestimmung der Völker nimmt, dann bleibt die Wunde am deutschen Leibe, am deutschen Volke offen, und was vom Kriege 1870/71 an bis heute die Franzosen gedacht und erstrebt haben, das wird dann in Zukunft unser Gedanke sein: immer daran denken und nicht davon sprechen. (Sehr richtig! rechts.)

Im Norden Schleswig-Holstein. Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat in seiner Programmrede vom 14. Februar und auch heute wieder die Auffassung der Reichsregierung bezüglich der nordschleswigschen Frage dahin präzisiert, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß das Selbstbestimmungsrecht Wilsons auf die unzweifelhaft dänischen Bezirke Schleswigs Anwendung finden müsse. Wir weisen demgegenüber mit allem Nachdruck darauf hin, daß sich die Reichsregierung mit ihrer Auffassung, es gäbe in der deutschen Nordmark unzweifelhaft dänische Gebiete, in einem fundamentalen Irrtum befindet. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Nordschleswig bildet mit dem übrigen Schleswig-Holstein seit vielen Jahrhunderten eine kulturelle, wirtschaftliche, staatsrechtliche und politische Einheit. (Beifall.) Es ist zudem ein ausgesprochen gemischtsprachiges Gebiet. Nach alledem kann es überhaupt nicht unter das Selbstbestimmungsrecht Wilsons fallen. Die Haltung der Regierung hat zur Folge gehabt, daß die dänischen Annexionsgelüste sich jetzt schon unverhohlen auf Mittel- und Südschleswig richten. (Hört! hört!) Wir fordern die Regierung auf, demgegenüber unzweideutig zu erklären, daß eine Abstimmung über die Bezirke hinaus, die bereits ohne Not zugestanden ist, unter keinen Umständen stattfinden wird.

Die schleswig-holsteinische Bevölkerung ist weiterhin durch das immer sicherer auftretende Gerücht, es werde eine Kanalzone mitten durch die Provinz gelegt werden, auf das schwerste beunruhigt. (Sehr wahr!) Schon machen sich ernsthafte Bestrebungen geltend, im Hinblick auf solche Möglichkeiten einen von Deutschland unabhängigen Kanalstaat zu errichten. (Hört! hört! rechts.) Auch

durch solche Bestrebungen wird der deutsche Charakter der Nordmark gefährdet. Wir erwarten demgegenüber eine Erklärung, daß ein Frieden, der durch eine sogenannte Kanalzone deutsches Land den Interessen der Entente dienstbar macht, unter allen Umständen für Deutschland unannehmbar ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ich komme nun zu der dritten Grenze, zu unserer Ostmark, wo ein durch uns zum selbständigen staatlichen Leben erhobenes Volk wider alles Recht sich in den Besitz großer wertvoller Teile der **Provinz Posen** gesetzt hat. Ich betone ausdrücklich, daß diese gewaltsame Handlung dem Frieden und der im Friedensvertrag festzustellenden Grenze in keiner Weise vorgreifen darf. (Sehr richtig!) Wir aus der Ostmark sind bei Annahme der Wilsonschen Bedingungen davon ausgegangen, und jeder, der die Ostmark auf seinen Besuchen kennen gelernt hat, weiß dasselbe: es gibt dort kein unzweifelhaft polnisches Land. Dort herrscht deutsche Kultur, deutsches Leben, deutsche Sitte. (Zustimmung.) Eine große Sorge erfüllt uns. Mit Genugtuung haben wir es zwar erfahren, daß der **Durchzug der Polen durch Danzig** verhindert worden ist, aber statt dessen haben wir auch gehört, daß uns die Bedingung auferlegt wurde, große Heeresmassen der Entente nach Polen zu schaffen. Zu welchem Zweck? Niemand bei uns glaubt daran, daß diese Leute das Gesicht nach dem Osten kehren und gegen den Bolschewismus kämpfen werden. Nein, gegen Bromberg und gegen Danzig geht die Offensive dieser neuen Armee. Haben sie Danzig nicht auf dem Wege über die See bekommen, so werden sie Danzig auf dem Wege über das Land erobern wollen. (Bewegung.) Meine Herren, wenn dort etwa 100 000 Polen und deren Verbündete einrücken, kriegsgeübte Truppen aller ersten Ranges, dann werden wir das in den nächsten Wochen und Monaten vor den Toren von Bromberg, Thorn und den anderen Städten Posens und Westpreußens erleben. Ich frage die Regierung: welche Garantien hat sie, daß dies etwa nicht geschieht? (Sehr richtig! rechts.) Ich frage: ist in den Verhandlungen denn gar nichts darüber gesprochen? Hat man denn dort nicht der Sorge Ausdruck verliehen, daß die Truppen, die dorthin kommen, statt sich in Kämpfen in den unfruchtbaren russischen Sümpfen zu erschöpfen, dorthin gehen, wo sie fettes, reiches Land finden, daß sie dorthin gehen, wohin die polnische Ländergier seit langem ihre begehrlichen Hände streckt?

Dann aber, meine Damen und Herren, haben wir noch eine besondere Sorge. Wiederholt ist von der **Provinz Posen** aus an die zuständigen Stellen hierher an die Regierung telegraphisch und brieflich die Bitte gerichtet worden: Laßt uns in Posen nicht im Stich, und wenn die Regierung erfreulicherweise sich dazu bekannt hat, für Westpreußen und Danzig sich einzusetzen, so ist auf diese Frage über Posen noch nie eine Antwort erfolgt. (Sehr wahr! rechts.) Ein peinliches

Schweigen bisher und selbst in der großen Versammlung in Berlin, in der Herr Erzberger sprach. So geht das nicht. Sie können unmöglich diese Frage so behandeln, daß Sie sich mit einer Ablösung von Teilen der Provinz Posen abfinden. Wenn Sie damit das erste Stück lösen von unserer Provinz, dann kommt das Ganze ins Rollen, eines zieht das andere nach sich. Ich bitte mit aller Entschiedenheit unsere Unterhändler und Friedensdelegierten, auf der Konferenz auch den Standpunkt zu vertreten: in der Provinz Posen gibt es kein unzweifelhaft polnisches Gebiet; es kann keine Rede davon sein, daß wir nur einen Stein und einen Fußbreit davon abtreten. Wir erwarten von unseren Unterhändlern, daß sie diesen Standpunkt aufs schärfste vertreten.

Wir erwarten von ihnen, daß sie die **Rückgabe der Kolonien** mit aller Energie fordern. Es ist nicht denkbar, daß diese Kolonien, in denen soviel deutscher Fleiß, soviel deutsches Blut und soviel deutsche Arbeit steckt, uns weggenommen werden unter dem nichtswürdigen, erlogenen Vorwand, die Eingeborenen wären mit der Behandlung von uns unzufrieden. Das ist das Unglück der Kritik des Reichstags, daß sie nie Maß gefunden hat im Tadel eigner Einrichtungen, und nun, sehen Sie, wendet sich das gegen uns. Wir verlangen von den Unterhändlern, daß sie nun endlich die Rückgabe der Gefangenen erzwingen und durchsetzen. (Sehr wahr! rechts.)

Alles in allem: Nur einem Rechtsfrieden, einem Frieden der Verständigung kann und wird das deutsche Volk seine Zustimmung geben. Das deutsche Volk lehnt es aber auch ab, und mit Entrüstung lehnt es ab, ein Geständnis seiner Schuld **am Kriege** abzulegen, diese elende, allen offenkundigen Tatsachen ins Gesicht schlagende Zumutung. (Bravo! rechts.) Es ist ja unerhört, daß man nicht einmal sicher ist, ob die Regierung nicht aus Haß, aus Abneigung gegen die alten Machthaber hie und da nachgibt und ihren Vorgängern ein gerüttelt Maß dieser Schuld beimessen will. So kann man Politik nicht treiben. In England wäre das nicht möglich; wenn dort ein Ministerium das andere ablöst, da gibt es Dinge, in denen man nach außen einig ist, und selbst, wenn Sie im innersten Herzen glauben sollten, hie und da könnte eine Schuld sein, dann ist es nicht Ihr Recht, dem deutschen Volk eine Schuld beizumessen, die es auch nicht hat. (Zuruf links.) Wenn Sie zurückdenken an die Umstände, unter denen der Krieg entstanden ist, haben Sie das Revanchebedürfnis Frankreichs, das gegen jeden ein Verbündeter war, der gegen Deutschland sich verbünden wollte. Ihm schloß sich Rußland an und ihm trat England bei und nach dem Gesetz der Schwerkraft dann später Italien und Rumänien und endlich Amerika. Gegenüber diesen Tatsachen, gegenüber der Einkreisungspolitik Eduards VII. ist jede Rede eines Alldeutschen nur ein Kinderspiel. (Sehr richtig! rechts.)

Wie will man gegenüber einigen Worten, die vielleicht einer böswilligen Auslegung fähig sind, eine Schuld der verantwortlichen Staatsmänner konstruiren! Denn es kommt doch darauf an, was die verantwortlichen Staatsmänner in der Politik getan haben, wie sie die Politik betrieben haben. Wer traut denn einem Bethmann, einem Bülow zu, eine solche Politik getrieben zu haben! Wollten wir den Krieg, dann waren die Gelegenheiten früher viel günstiger. (Sehr richtig! rechts.) Wen wir über unsere Feinde hätten herfallen wollen, dann hätten wir uns nicht den schlechtesten Moment ausgesucht, wo die ganze Welt gegen uns einig und gerüstet war.

Wir erwarten also von unseren Friedensdelegierten, daß sie nur einem solchen Frieden ihre Zustimmung geben und nur unter ein solches Dokument ihre Feder setzen werden, in dem diesen Erwartungen und Wünschen des deutschen Volkes vollauf Rechnung getragen wird. Wir wünschen unseren Friedensdelegierten, daß sie mit der Geschmeidigkeit eines Talleyrand die eherne und eiserne Entschlossenheit eines Bismarck verbinden möchten. (Sehr gut! rechts.) Mögen sich unsere Unterhändler an den Friedenstisch setzen, erfüllt von dem Gedanken, daß hinter ihnen ein Volk von 60 Millionen steht, das entschlossen ist, lieber das letzte einzusetzen, als einen Frieden der Gewalt und der Schmach auf sich zu nehmen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Wenn ich recht verstanden habe, so hat gerade in dem Augenblick, als ich den Saal betreten habe, der Herr Vorredner gesagt: er lasse es dahingestellt, ob etwa die jetzige Regierung bei der **Erörterung der Schuldfrage** sich von ihrem Haß gegen ihre Vorgänger leiten ließe. Ist das dem Sinne nach richtig, Herr Abgeordneter? (Wird bejaht.) Dann will ich nur sagen: ich kenne kein Wort, das nach meiner Überzeugung Ihnen auf jener Seite nicht wieder Gelegenheit gäbe, über meine Tonart zu klagen, um das zu kennzeichnen, was ich über eine derartige Unterstellung denke. (Bravo! links.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rießer.

Dr. Rießer, Abgeordneter: Ich möchte zunächst dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen, Grafen Brockdorff-Rantzau, sagen, daß wir im wesentlichen mit seinen soeben gemachten Ausführungen einverstanden sind und sie aufrichtig begrüßen. In langen Jahren haben Basser-

mann und andere Mitglieder unserer früheren nationalliberalen Partei und haben ich und meine Freunde auch in wirtschaftlichen Verbänden auf das energischste für eine gründliche **Reform des konsularischen und diplomatischen Dienstes und des Auswärtigen Amtes** gekämpft. Ich glaube, daß sich die Einführung des Regionalsystems im Auswärtigen Amte durchaus empfiehlt, vorausgesetzt allerdings, daß sie mit dem berühmten eisernen Besen zusammen geht, den ich hoffe, in der Hand des Herrn Reichsministers des Auswärtigen finden zu dürfen. Was er will, eine gründliche Verbesserung des diplomatischen Dienstes, die so dringend nötig ist, das wird er allerdings nur erreichen können auf der einen Seite durch die von ihm beabsichtigte Verbreiterung der Schicht, aus der die Anwärter zum konsularischen und zum diplomatischen Dienst genommen werden, auf der anderen Seite aber durch etwas, was er nicht erwähnt hat, nämlich durch eine dringend nötige Erhöhung der Bezüge von unten bis oben. Denn sonst könnten ja nur ganz reiche Leute sich diesem diplomatischen und konsularischen Dienst widmen. Es ist also ein unbedingtes Erfordernis, daß wir, wenn wir eine Verbreiterung der Schicht haben wollen, aus der die künftigen Diplomaten kommen sollen, dann auch die Bezüge von vornherein so stellen, daß man davon auch einigermaßen existieren kann.

Dann möchte ich aber auch noch auf einen Punkt aufmerksam machen, über den vielleicht bei einer anderen Gelegenheit der Herr Reichsminister sich äußert. Das ist die Frage der **Reform der Ausbildung der Anwärter zum Konsular- und zum diplomatischen Dienst**, welche Dienstzweige übrigens auch nach meiner Meinung ineinander übergehen müssen. Ich betone namentlich, daß es erforderlich erscheint, worauf in den Reformvorschlägen schon lange Wert gelegt worden ist, daß die Herren, die sich zu so wichtigen Dingen, wie der Vertretung des Vaterlandes nach außen, melden, doch auch praktisch geschult und namentlich wirtschaftlich geschult werden müssen, damit es nicht mehr vorkommt, daß Botschafter und Gesandte in bezug auf wirtschaftliche und finanzielle Dinge den wirklichen oder vermeintlichen Sachverständigen mit völliger eigener Ratlosigkeit und Urteilslosigkeit gegenüberstehen. Ich hoffe, daß auch nach dieser Richtung der Herr Reichsminister durchgreifen wird.

Und nun einige Worte, bevor ich mein Thema beginne, auf **Bemerkungen des Herrn Reichsfinanzministers**. Wenn er erklärt hat, daß er bei den Steuergesetzen, die er vorlegen will, auf ein Zusammenwirken aller Parteien hoffe, so nehme ich das bestens zur Kenntnis. Ich glaube aber, daß dieses Zusammenwirken nicht nur bei Steuergesetzen, sondern auch bei anderen Gelegenheiten sich dringend empfehlen wird.

Wenn ich ihn nun richtig verstanden habe, hat er, vielleicht in einer verständlichen finanzministeriellen Übertreibung, auch gesagt: „Wir

müssen arbeiten, um Steuern zahlen zu können." Nun, bei aller Steuerfreudigkeit des Mittelbürgers in Deutschland wird man doch sagen dürfen, daß schließlich nur, um Steuern zu zahlen, im allgemeinen nicht gearbeitet wird. (Heiterkeit.)

Der Reichsfinanzminister hat dann auch mit einem gewissen Optimismus, den ich an sich begrüße und der offenbar die Stimmung im Innern heben soll, der aber doch im Ausland zu anderen, für uns weniger erfreulichen Folgerungen Anlaß geben könnte, seine Überzeugung dafür ausgesprochen, daß wir das Defizit von etwa 7 Milliarden Mark durch das Steuerbukett decken können, das er zunächst vorlegen wird und das ja zum Teil schon veröffentlicht ist. Ich möchte doch bezweifeln, ob es richtig ist, eine so ungeheure Steuerlast von rund 7 Milliarden Mark auf die jetzige Generation zu legen, und ob es nicht finanzpolitisch ein richtigerer Standpunkt wäre, daß man diese riesigen Lasten, die sich ja eventuell durch den Friedensvertrag noch vermehren könnten, nicht auf eine Generation, nicht auf die Schultern des jetzt lebenden Geschlechts legt, sondern möglichst auf eine Reihe von Generationen verteilt. Ich glaube auch nicht, daß es ohne größte Bedenken und Schäden für die Allgemeinheit möglich sein wird, aus den bereits so schwer geprüften Steuerträgern der Nation so ohne weiteres 7 Milliarden herauszuholen.

Und damit komme ich auf mein eigentliches Thema. Der Herr Kollege v. Payer, mit dessen Rede ich in vielen Teilen, insbesondere in bezug auf die Ablehnung des Staatsgerichtshofs, durchaus einverstanden sein kann, hat folgendes, wenn ich ihn richtig verstanden habe, ausgeführt. Er hat gesagt, daß es wohl möglich sei, daß man durch die unter dem Prinzen Max in Angriff genommenen und beschlossenen organisatorischen Reformen freiheitlicher Art im Reichstag im Oktober 1918 zu dem Schluß gelangen könne, den ich hier in meiner Rede vom 15. Februar 1919 eingenommen habe, daß die Revolution keine innere Notwendigkeit gewesen sei, sondern daß schon durch jene Reformen, wie auch der Herr Kollege Gröber ausgeführt hat, sehr viel erreicht und der Boden zu einer in Ruhe und Ordnung sich vollziehenden organischen Fortentwicklung gegeben gewesen sei. Aber er hat hinzugefügt, es würden sich doch voraussichtlich von anderer Seite — ich glaube, daß er namentlich preußische Verhältnisse damit gemeint hat — er bestätigt mir das —, so große Widerstände gegen eine weitere freiheitliche Entwicklung geltend gemacht haben, daß die Revolution dennoch eine Notwendigkeit gewesen sei.

Ich kann diese Ansicht aus folgenden Gründen nicht teilen: Ich gebe durchaus das als richtig zu, was Herr v. Payer im Auge hatte, daß die Zustände in Preußen so waren, daß sie ihm an sich zu seinen Bedenken vollen Anlaß gaben. Wie lagen die Verhältnisse? In Preußen hatten wir tatsächlich, wenn man die Dinge einmal mit dem rechten Namen

nennen will, nicht ein Abgeordnetenhaus und ein Herrenhaus, sondern wir hatten, angesichts der fast völlig gleichen Zusammensetzung beider Häuser, zwei Herrenhäuser, denen jeder Fortschritt mühsam abgerungen werden mußte. Mit dem neuen Wahlrecht aber, das ja doch ungefähr gleichzeitig mit den Reformen im Reiche nach zähem Widerstand nicht nur der Konservativen, sondern auch des rechten Flügels der Nationalliberalen gesichert war (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), — doch, meine Herren, im Herbst 1918 war es tatsächlich gesichert —, mit diesem Augenblick konnte ja bei einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht das Herrenhaus als solches nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr in der bisherigen Zusammensetzung bestehen bleiben, konnte der Zustand nicht mehr forterhalten bleiben, daß im Herrenhause, ungeachtet des grundlegenden wirtschaftlichen Umschwungs seit 1870, Handel, Gewerbe und Industrie überhaupt kein gesetzliches Recht auf Sitz und Stimme hatten und ebensowenig die Arbeiterschaft.

Mit der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mußte überdies automatisch wegfallen die zweifellos bevorzugte Stellung bestimmter Schichten, die auch von dem fast hermetisch abgeschlossenen Kreise der Landräte stets gewahrt und geschützt wurde, die privilegierte Stellung in der Gesamtverwaltung, in Kirche, Schule und Gutspolizei und, was wir nicht vergessen wollen, auch in der Diplomatie. Noch weniger ließen sich von diesem Augenblick an die von vornherein auf agrarische Interessen zugeschnittene Wahlkreiseinteilung und die preußischen Kreis- und Provinzialordnungen aufrechterhalten, welche bestimmten, daß die Zahl der städtischen Vertreter, also der Vertreter von Gewerbe, Handel, Industrie und Handwerk, in den Kreis- und Provinztagen niemals die Hälfte der Gesamtzahl aller Abgeordneten übersteigen durfte, daß also diese städtischen Vertreter nie die Mehrheit in den Kreistagen usw. erhalten konnten. Mit der Sicherung des allgemeinen gleichen Wahlrechts war dieses ganze System nach meiner Überzeugung ohne weiteres zum Tode verurteilt. Aber es hatte lange genug gedauert, um in dem Bürgertum, das ja zu einer aktiven Mitbetätigung in der Staatsverwaltung wenig gelangte, fast jeden politischen Sinn, ja sogar den Willen zur politischen Macht fast völlig zu ersticken, so daß selbst nach der Revolution im Herbst 1918 das Bürgertum nur mit großer Mühe durch den Hansabund in öffentlichen Aufrufen dazu gebracht werden konnte, in Bürgerräten auch seine berechtigten bürgerlichen Interessen neben den Arbeiterinteressen zu schützen.

Die Revolution hat also auf der einen Seite ein autokratisches Regiment nicht mehr zu beseitigen gehabt, weil im Reiche im Oktober 1918 das parlamentarische Regime und alle die weitgehenden Reformen eingeführt waren, von denen ich schon am 15. Februar 1919 hier gesprochen habe, während daneben in Preußen tatsächlich freie Bahn zu freiheitlicher Entwicklung gegeben war. Die Revolution hatte aber

andererseits, zunächst jedenfalls, etwas eingeführt, was die Vertreter der Sozialdemokratie früher im alten Regime immer leidenschaftlich bekämpft hatten, nämlich das Klassenregiment und lange Zeit hindurch auch die Klassendiktatur.

Wenn wir nun versuchen, in rein sachlicher Betrachtung die **Bilanz** der vergangenen Zeit seit **dem Beginn der Revolution** — sie wird im Mai eine Halbjahrsbilanz ziehen können — aufzumachen, so müssen wir, wenn wir gerecht sein wollen, unter den Kreditposten mit fetter Schrift gedruckt vor allem buchen, daß die Mehrheitssozialdemokratie während der Revolution mit Energie und Erfolg durchgesetzt hat, daß die **Nationalversammlung** gegenüber allen Widerständen als verfassunggebende Versammlung einberufen wurde. Das ist ein großes Verdienst, vorausgesetzt allerdings, daß der Nationalversammlung auch ein diszipliniertes stehendes Heer zur Durchsetzung der Verfassung und ihrer sonstigen Verordnungen zur Seite gestellt wird. Man durfte dann nur nicht das bedauerliche System weiter verfolgen, das in den letzten Tagen Herr Kaliski in Berlin mit Recht mit den Worten gebrandmarkt hat, daß man das alte Heer habe „verkommen und verludern" lassen, was ja doch nur aus Angst vor dem „Militarismus" und vor der Gegenrevolution, die immer als Phantom im rechten Augenblick erscheint, geschehen konnte und kann.

Ob man das **Wahlrecht der Frauen** als Kreditposten buchen kann, ist deshalb zweifelhaft (Widerspruch) — warten Sie einmal ab, was ich sagen will —, weil auch darüber schon im Reichstag im Oktober 1918 verhandelt wurde, wobei sich zeigte, daß auch dafür dort eine Mehrheit zu haben war. Ebenso verhält es sich mit dem **Wahlrecht der Jugendlichen** von 20 bis 24 Jahren. Ja, meine Damen und Herren, ich glaube, es hat sich denn doch gezeigt, daß bei allen Streiks, bei allen Verbrechen der letzten Zeit, die sich auf der Straße abspielten, Jugendliche von 20 bis 24 Jahren in der allerersten Reihe gestanden haben; ob man unter diesen Umständen diese Jugendlichen für geeignet erachten darf, ihnen das Wahlrecht so früh zu geben, möchte ich denn doch stark bezweifeln.

Ein kleinerer Kreditposten, den man einzusetzen geneigt sein könnte, ist die Aufhebung der in der Tat veralteten preußischen Gesindeordnung, die ja aber in Preußen bei allgemeinem, gleichem Wahlrecht auch ohne Revolution sofort in den Papierkorb gewandert wäre.

Wenn wir nun die Debetposten aufstellen, müssen wir erst die Vorfrage erledigen, ob denn die **Mehrheitssozialisten** überhaupt für das, was nicht ihnen, sondern den Unabhängigen und den Spartakisten zur Last fällt, **verantwortlich** sein können. Man würde menschlich geneigt sein, zunächst zu sagen: sie haben sie ja oft energisch bekämpft und können also für sie nicht verantwortlich gemacht werden. Ich glaube aber,

politisch wird man unbedingt die Frage bejahen müssen; denn es ist ja schon verschiedentlich von befugten Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie betont worden, daß sie sich nur im Tempo, aber nicht im Endziel von den Unabhängigen, die ja eine Zeitlang auch mit in der Regierung waren, unterschieden. Wo aber der Unabhängige aufhört und der Spartakist anfängt, das ist wohl ein Preisrätsel (sehr richtig! und Heiterkeit), das schwer zu lösen ist. Es ist eine Art von Vexierbild, das in beständigem Wechsel bald das eine, bald das andere Bild zeigt. (Sehr richtig! rechts.) So sind also tatsächlich die Mehrheitssozialisten in politischer Beziehung stark abhängig von den Unabhängigen, sie können sie nicht abschütteln, wenn sie auch wollen, und die Unabhängigen können ihrerseits die Spartakisten von ihren Rockschößen nicht lösen. Es liegt, wie der Mediziner sich ausdrücken würde, eine gewisse **linksseitige Lähmung der Mehrheitssozialisten** vor (große Heiterkeit), die sie außerstand setzt, wirtschaftlichen und politischen Forderungen der radikalen Gruppen, wenn sie mit dem nötigen Nachdruck vorgebracht werden — und daran fehlt es ja bekanntlich heutzutage nicht —, energischen, dauernden und erfolgreichen Widerstand zu leisten. Wir, die wir grundsätzlich den sozialdemokratischen Theorien nicht beipflichten können, müssen natürlich jeder Regierung Opposition machen, in der diese Herren, die von den Radikalen abhängig und deshalb zu immer erneuten Konzessionen genötigt sind, entweder die **ausschließliche** Herrschaft haben oder die **ausschlaggebende** Rolle spielen, während ich mit meinen politischen Freunden davon ausgehe, daß eine **Mitwirkung der Sozialdemokratie** in der Regierung nicht nur nützlich, sondern auch absolut nötig ist. Wir von der Deutschen Volkspartei gehören also gegenwärtig in vielen Fragen der Opposition an, aber, wie ich doch feststellen möchte, nicht „der Rechten". Das sage ich auch den Herren von der Deutschen Demokratischen Partei, die uns beständig aus durchsichtigen politischen Absichten mit der Rechten zusammenzuwerfen suchen. Wir sind und bleiben eine **liberale Partei**, die nach **rechts und links**, wie die frühere nationalliberale Partei, ihre **volle Unabhängigkeit** zu wahren wissen wird. (Zurufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich betone dies deshalb, weil wir nicht gern mit der Mehrheit auf der Rutschbahn fahren möchten, die nach unserer Überzeugung unausbleiblich zu bolschewistischen und anarchischen Verhältnissen und zur Räterepublik führt, zumal die Regierung — das ist gar nicht zu leugnen — teils kontrolliert, teils gehänselt, teils geleitet wird von den **Arbeiter- und Soldatenräten**, obwohl diese nach Verkündung der vorläufigen Verfassung überhaupt keinen Rechtsboden mehr haben (Zustimmung rechts), und obwohl sie sich zum Teil — ich sage ausdrücklich: zum Teil; es sind auch außerordentlich ehrenwerte Elemente darunter — aus sehr fragwürdigen Elementen zusammensetzen. Ich selbst habe in Berlin mit

großem Interesse, aber mit Trauer im Herzen ein Plakat gelesen, das an sämtlichen Litfaßsäulen angeschlagen war, worin die Erwerbslosen aus ganz Großberlin und die Deserteure zusammen zur Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten mit der grotesken Nachschrift zusammenberufen wurden: „Legitimation mitbringen!" Wie die „Legitimation" der Deserteure ausgesehen haben mag, kann man sich ja denken. (Hört! hört! rechts.)

Es ist nun gar kein Zweifel, daß eine Anzahl von Arbeiter- und Soldatenräten Ersprießliches und Gutes gewirkt hat. Ich möchte aber — und ich weiß mich auch da von Übertreibungen frei — auf der anderen Seite feststellen, daß eine sehr große Anzahl von Arbeiter- und Soldatenräten, auch nach den Bekanntmachungen der Volksbeauftragten selbst, in ganz unerhörter Weise in gerichtliche, staatliche und kirchliche Angelegenheiten, in die Rechtsprechung der Gerichte und der Verwaltungsbehörden eingegriffen haben, daß sie Reichsgesetze verletzt und kurzerhand abgeändert, Beamte, Bürgermeister, Landräte usw. auf die Straße geworfen haben, daß sie Standgerichte eingesetzt, sogar Todesstrafen erkannt und politische Gefangene, aber auch gemeine Verbrecher, freigelassen haben, daß sie die Demobilisierung, bei der eine Anzahl von Arbeiter- und Soldatenräten auch in lobenswerter Weise mitgewirkt hat, aufs schroffste gestört haben; daß sie die in das Vaterland heimkehrenden Truppen während des Marsches in Deutschland aufgehetzt und mindestens nichts dagegen getan, oft aber auch mitgewirkt haben, daß in unerhörter Weise Heeresgerät auf dem Rückzuge der Truppen zu niedrigsten Preisen verschleudert oder einfach auf die Straße geworfen worden ist. Teils Arbeiter- und Soldatenräte, teils Mitglieder von solchen waren es, die in Berlin am 5. April 1919 jedem, der sich bei den Freiwilligenverbänden anwerben ließ, die „tiefste Verachtung ausgedrückt" haben; die in Mülheim an der Ruhr von der Reichsbanknebenstelle rund 74 000 Mark erpreßt, in Sterkrade die Reichsbanknebenstelle besetzt, Zeitungen in Besitz genommen oder verboten haben, während der unabhängige Oberbürgermeister Schmidtgen in Düsseldorf die Kleinigkeit von 125 000 Mark erpreßt hat und unter der Maske der Sozialisierung den gesamten Hochwald des Grafen Spee in Ratingen hat abholzen lassen.

Ist so die politische **Bilanz der Revolution** nach meiner Meinung sehr unerfreulich, dann ist es die **wirtschaftliche**, wie ich glaube, noch viel mehr. Man hat auf sozialdemokratischer Seite behauptet, daran sei lediglich der ungünstige Ausgang des Kriegs schuld, dafür könne man die Revolution nicht verantwortlich machen. Natürlich kann man die Revolution nicht für alles verantwortlich machen; das wäre ungerecht und töricht, und ich will mich weder einer Ungerechtigkeit noch einer Torheit schuldig machen. Aber erwägen Sie mit mir folgende Tatsachen:

Am 9. November 1918, also am Tage der Revolution, war tatsächlich, wie ich versichern kann, das Bild unserer Wirtschaft, speziell in der Industrie, zwar kein glänzendes, aber auch kein beunruhigendes; das können Sie namentlich erkennen, wenn Sie den letzten vor der Revolution erschienenen Kurszettel vom 7. November 1918 einmal zur Hand nehmen, wo unter anderem die Obligationen und Aktien industrieller und kommerzieller Unternehmungen notiert sind.

Gleich nach der Revolution haben dann aber die bekannten gewaltsamen — Herr Reichsfinanzminister Schiffer hat gesprochen von „grotesken und phantastischen" — **Lohnerhöhungsforderungen** eingesetzt, gleichzeitig mit Forderungen auf Verminderung der Arbeitszeit, während noch dazu naturgemäß die Leistungskraft der Arbeiter durch die langen Entbehrungen, durch die mangelhafte Ernährnug an sich schon sehr heruntergegangen war. Im Jahre 1918 stiegen infolge dieser maßlosen Lohnerhöhungsforderungen unter anderem — ich will nur zwei Beispiele geben — die Löhne der Schlepper und Hauer im Kohlenbezirk Oberschlesien, wenn man das Jahr 1913 zu 100 ansetzt, auf nicht weniger als 391,7 Prozent, und seitdem sind selbst bei schwer leidenden Unternehmungen immer wieder erneute maßlose Lohnerhöhungsforderungen in Höhe von 30 bis 50 Prozent gestellt worden. Diese würden aber im Falle der Genehmigung nicht etwa nur den Unternehmergewinn beseitigen, sondern starke Betriebsdefizits veranlassen. Bei den Bergwerksgesellschaften des Ruhrgebiets hatte der für Dividende und Ausbeute verfügbare Betrag schon 1917 nur noch rund 13 Prozent des Gesamtgewinnes betragen; 1919 machte er aber nur noch rund 5 Prozent aus.

Jene „Revolutionsgewinnler", wie man diese maßlosen Lohnerhöhungsforderer mit Recht genannt hat, stellen sich in ihrer Widerlichkeit den „Kriegsgewinnlern" durchaus ebenbürtig zur Seite. Durch derartige Lohnforderungen und durch die sogenannten **wilden privaten** Sozialisierungen — Herr Kollege Hue hat mit Recht gesagt, daß bei wilden Sozialisierungen lediglich ein Privateigentümer durch einen anderen Privateigentümer, richtiger: ein berechtigter Privateigentümer durch einen unberechtigten Privateigentümer, ersetzt wird — also durch derartige wilde Sozialisierungen usw. suchte man eben fertig zu bringen, daß man von der Hand in den Mund großartig oder wenigstens gut leben konnte, ohne zu bedenken, daß man damit selbst den Ast absägte, auf dem man saß, und daß das ganze Gebäude ohne Zweifel umstürzen muß, wenn die Fundamente planmäßig unterhöhlt werden. Hinzu kamen dann **beständige Streiks**, deren Ziele oft durch Drohung, Erpressung und Gewalt zu erreichen versucht wurden. Ich mache die Herren Kollegen auf die interessante Tatsache, die Sie vielleicht nicht alle gehört haben, aufmerksam, daß der Herr Abgeordnete Koenen hier

im Plenum des Hauses am 8. März 1919 ein sehr beachtenswertes Geständnis abgelegt hat, indem er zugab, daß die Unabhängigen „**die Streiks im Rheinland, in Mitteldeutschland, in Halle, Thüringen, Berlin und Leipzig angeregt**“ hätten. Für uns stand es ja ohnehin fest, aber man hatte es in dieser nackten Form wohl bis dahin noch nicht zugestanden. Die Folgen waren natürlich schwere Betriebsverluste auf der ganzen Linie, selbst bei bestfundierten Unternehmungen. Ausblasung von Hochöfen, Ruinierung von Anlagen, Betriebseinstellung großer Unternehmungen und eine industrielle Krisis, von der ich wohl nicht übertreibe, wenn ich sage, daß unsere deutsche Wirtschaftsgeschichte dieser Krisis ähnliche nicht zur Seite zu stellen hat.

Der **Fehlbetrag der preußischen Eisenbahnverwaltung** für 1918 wird auf 786 Millionen Mark geschätzt, der Fehlbetrag, während unsere preußischen Eisenbahnen bekanntlich früher eine hervorragende Einnahmequelle für den preußischen Staat gewesen sind, trotz gewaltiger erneuter Erhöhungen der Personen- und Gütertarife, für die man, soweit ich unterrichtet bin, weder die Zustimmung der National- noch der preußischen Landesversammlung, noch des Landeseisenbahnrats, noch der Bezirkseisenbahnräte eingeholt hatte. (Hört! hört! rechts.)

Nun verhindert natürlich die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und die verminderte Zahlkraft der Verbraucher, daß solchen Lohnerhöhungen entsprechende **Erhöhung der Verkaufspreise** vorgenommen wird, die ja an sich zur Erhaltung der Rentabilität der Unternehmung und zur Verhinderung von Betriebseinstellungen nötig wäre. Das geht eben nicht, zumal jede Erhöhung wieder erneute Erhöhungen der Lohnforderungen zur Folge haben müßte; der Kohlenpreis z. B. müßte dann auf das achtfache erhöht werden. Was ist aber das Ergebnis? Wir müssen es leider schon heute infolge der jetzigen hohen Preise erleben, daß amerikanische Kohlen über Rotterdam den Rhein herauf nach der Schweiz gelangen, und daß sie dort und in den skandinavischen Reichen bei billigeren Preisen unsere Ruhrkohle zu verdrängen beginnen. Immer wieder wird von neuem die Ausfuhrfähigkeit unserer Ruhrkohle beschränkt und dadurch die Möglichkeit beeinträchtigt, ausländische Lebensmittel mit unseren Rohstoffen zu bezahlen und unsere Valuta zu verbessern.

Als weitere Folge des stets abnehmenden Vertrauens in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gingen unsere **Kriegsanleihen** immer weiter im **Kurse** herunter zur Verzweiflung aller der vielen kleinen Zeichner, die sie aus vaterländischen Gründen erworben haben. Ich möchte den Herrn Reichsfinanzminister, falls er das liest — zugegen ist er ja nicht, es ist überhaupt, wie ich sehe, kein Reichsminister da, es ist den Herrn Ministern, falls sie nicht etwa eine Kabinettssitzung haben, wohl zu spät geworden! mir freilich auch, es wäre mir lieber gewesen, ich wäre früher dran gekommen — (Heiterkeit) ich möchte Herrn Reichsminister Schiffer bitten, doch zu erwägen, ob nicht dem Besitze von Kriegs-

anleihen auch bei den Steuern, namentlich bei der Kapitalrentensteuer, eine privilegierte Stellung eingeräumt werden könnte.

Der **Umlauf an Banknoten und Darlehnskassenscheinen** hatte sich zwar schon vom 1. Juli bis 23. Oktober 1918, also vor der Revolution, infolge einer ganzen Reihe von Faktoren gegenüber der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 23. April 1918 auf das Zehnfache gesteigert. Er erhöhte sich aber in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 23. Januar 1919, also in den ersten Monaten nach der Revolution, auf das Siebzehnfache. (Hört! hört!) Der Notenumlauf allein zeigte Ende 1918 den bis dahin beispiellosen Betrag von rund 22 Milliarden Mark.

Auch die Entwertung unserer Valuta setzte sich in den neutralen Staaten während der Revolution, nicht lediglich infolge der Revolution, mit Riesenschritten fort. Wir sind Ende März so weit gewesen, daß man in Zürich für 100 Mark nur etwa 45 Francs bezahlt hat.

Die von uns im Haushaltungsausschuß durch einen besonderen Antrag gerügte **Verschleuderung von Reichsgeldern** in Reichsbetrieben zugunsten von tatsächlich gar nicht mehr arbeitenden Militärpersonen ist in ihren Beträgen noch nicht bekannt. Aber die Regierung hat ja zugesagt, im Haushaltsausschuß darüber nähere Auskunft zu erteilen, und ich fürchte, wir werden sehr unerbauliche Dinge da zu hören bekommen.

Was die **Verschleuderung von Heeresgerät** betrifft, die in der Denkschrift des Reichsfinanzministers erwähnt wird, so ist sie dort auf 5 Milliarden von 8 Milliarden geschätzt worden, so daß von 8 Milliarden nur 3 Milliarden übrig blieben. Vielleicht ist auch diese Schätzung, wie sich ja bald herausstellen wird, noch zu hoch. Ich glaube, der Rest wird nicht 3 Milliarden Mark betragen; aber warten wir ab.

Bei der ersten Auskunft, die der Herr Reichswehrminister Noske im Ausschuß gegeben hat, war es mir sehr interessant, eine neue Definition der Sozialisierung zu den vielen, die wir schon hörten, dahin vernommen zu haben, daß Herr Noske uns mitteilte, militärische Arbeiter in den Reichsbetrieben hätten häufig ihren Abgang, obwohl sie nichts mehr zu tun hatten, mit der Begründung verweigert, daß ja doch die Betriebe bald sozialisiert würden und daß dann von einer Entlassung natürlich keine Rede mehr sein könne; man wird sich das merken müssen.

Der **„Rat der Deserteure"** hat nach den Mitteilungen des Herrn Reichsministers Noske vom 29. März amtliche Anerkennung, Stellung von Bureauräumen, 25 Mark pro Tag und Mann verlangt und dann außerdem noch die schamlose Forderung gestellt, *daß die Löhne und die Verpflegung vom Tage der Fahnenflucht nachzuzahlen seien,* (hört! hört! rechts) womit also *gewissermaßen eine Prämie auf die Fahnenflucht gesetzt würde.* (Hört! hört! rechts.) Daß diese Zumutungen abgelehnt

worden sind, haben wir zwar als selbstverständlich empfunden, aber gern zur Kenntnis genommen.

Über die **Vergütungen an die Arbeiter- und Soldatenräte** und deren Ausgaben stehen uns zuverlässige Ziffern auch heute noch nicht zu Gebote. Erst am 13. Januar 1919, also zwei Monate nach der Revolution, ist eine Verordnung ergangen, durch die es den Arbeiter- und Soldatenräten verboten wird, „über Reichseigentum zu verfügen und an Kassen eigene Zahlungsanweisungen zu richten" — das muß also öfters vorgekommen sein! Die Verordnung sagt dann weiter, sie hätten bis zum 31. Januar 1919 bei den für sie zuständigen Kassen Rechnung zu legen und für verschuldete Fehlbeträge persönlich zu haften. Ich möchte doch die Frage an die nicht vorhandene, aber vielleicht demnächst zu unterrichtende Regierung stellen, welches Bild die inzwischen doch wohl eingegangenen Rechnungslegungen in Einnahme und Ausgabe ergeben, und ob es, wie ich als selbstverständlich voraussetze, die Absicht ist, dem doch nicht abgeschafften Oberrechnungshof diese Dinge zur Prüfung vorzulegen. Ich bemerke noch, daß in Düsseldorf nach einem Zuruf in der preußischen Landesversammlung vom 26. März 1919 die Arbeiter- und Soldatenräte allein in vier Monaten 200 000 Mark verbraucht haben sollen, und daß der preußische Finanzminister Dr. Südekum in der Erwiderung auf diesen Zuruf erklärt hat, daß er das für möglich halte. (Hört! hört! rechts.)

Auch die **Vergütungen**, welche die aktiven Mitglieder des **Zentralrats der Marine** erhalten, volle Verpflegung, Kleidung, Unterkunft, Löhne, alle Kompetenzen der Aktiven und außerdem 25 Mark, stellen Beträge dar, die, wie sich der Herr Reichsfinanzminister ausdrückte, „zu denken geben". Ich hoffe, daß das Ergebnis dieses Denkens sich in einem starken Druck auf die Herren äußern wird, ihre Forderungen herabzusetzen. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich wäre auch dankbar, zu hören, aus welchem Grunde dieser Zentralrat der Marine auch „inaktive" Mitglieder besitzt, die ähnliche Forderungen erhoben haben — es fallen die „Löhne" weg, während zu den 25 Mark noch 12 Mark pro Mann und Tag treten — und ob die Herren für ihre Aktivität oder für ihre Inaktivität diese Summen beziehen.

Im Zusammenhang damit wäre ich auch dankbar für eine Auskunft über die erkennbaren Gründe der Tatsache, wieso denn — und darauf bitte ich die Herren Kollegen, sehr zu achten — die **„eigentlichen Heeresausgaben"**, die im Oktober 1918 4,3 Milliarden Mark betrugen, zwar im November auf 2,9 Milliarden gefallen, im Dezember 1918 aber wiederum auf 3,8 Milliarden gestiegen sind. Die Gründe für diese Erscheinung sind mir völlig unklar.

Die am 13. November 1918 aus sachlichen Gründen und, was die Höhe betrifft, vielleicht auch aus politischen Gründen eingeführte Er-

werbslosenunterstützung hatte im Dezember 1918 17 Millionen Mark betragen, ist aber bereits im Februar 1919 auf 57 Millionen Mark gestiegen, obwohl wir ja wissen, in wie weiten Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft begierig nach Arbeitern gesucht worden ist. (Hört! hört! rechts.) Wenn der Herr Reichsfinanzminister die Zahlen für März angeben könnte, so wäre ich auch für deren Mitteilung dankbar.

Es entspricht vollkommen dem Standpunkt, den die in den Reichsbetrieben, ohne etwas zu arbeiten, weiter verbliebenen militärischen „Arbeiter" eingenommen haben, daß der am 6. April 1919 in Berlin zusammengetretene sogenannte „Reichserwerbslosenkongreß" (Bewegung bei der Deutschen Volkspartei) — es ist erstaunlich, welche Kongresse in dieser Zeit zutage gefördert worden sind — (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei) wörtlich folgendes beschlossen hat:

> Infolge Streikbeteiligung arbeitslos Gewordenen darf die Unterstützung nicht verweigert werden; ebenso, wenn jemand eine Arbeit ablehnt, deren Entlohnung niedriger ist als die Erwerbslosenunterstützung. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das bedarf wohl keines Kommentars!

Zu der angekündigten Regierungsvorlage zu Art. 34 des Verfassungsentwurfs, die, wie es scheint, auf Grund langer Verhandlungen zustandegekommen ist, Verhandlungen, die übrigens, soviel ich weiß, nur mit Arbeitern, aber nicht mit den doch auch beteiligten Arbeitgebern gepflogen worden sind, hat meine Fraktion noch keine Stellung genommen, und zwar weder im einzelnen noch zu der Grundfrage der **Verankerung der Betriebs- und Bezirksräte usw.** in der Verfassung. Ich habe aber keinen Zweifel, daß meine politischen Freunde gleich mir jede angemessene Anregung begrüßen, welche ein friedliches und harmonisches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht. Wir glauben, daß dadurch nicht nur bei den Arbeitgebern, falls er dort noch vorhanden sein sollte, sondern auch bei den Arbeitern der Herrenstandpunkt, den wir in letzter Zeit auch bei diesen vielfach gesehen haben, schwinden wird, und daß die vielen Ursachen zu Mißverständnissen, Reibungen und Streitigkeiten dabei im Keime erstickt werden können. Wir erwarten auch, daß bei den Arbeitnehmern mit der größeren Einsicht in die Verhältnisse auch ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl und ein größeres Interesse für das Unternehmen erwachsen wird.

Wogegen ich aber schon heute — zweifellos im Einverständnis mit meinen Freunden — entschiedene Verwahrung einlegen muß, das ist gegen jede **Einmischung dieser Räte in die Leitung der Unternehmungen.** (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Die Leitung der Unternehmungen kann nun einmal aus sehr leicht erkennbaren technischen, geschäftlichen und wirtschaftlichen Gründen nur von einer Stelle aus geführt werden, welche die volle Verantwortung zu tragen hat, und deren

Initiative, Energie und Schaffensfreudigkeit nicht gelähmt werden darf. Auch gegen jedes Mitbestimmungsrecht der Räte bei dem Engagement und bei der Kündigung von Angestellten müssen wir schon heute Verwahrung einlegen. Eine gesetzliche Festlegung der Betriebsräte würde vor der Verankerung in der Verfassung meiner Ansicht nach den Vorzug verdienen; ich meine die Schaffung der Betriebsräte durch ein Gesetz, nicht die Aufnahme in die Verfassung. Denn wenn man die Betriebsräte nur in ein gewöhnliches Gesetz aufnimmt, dann bedarf nicht jede Änderung der Organisation — und diese Dinge sind ja immer im Flusse — einer Verfassungsänderung. Beständige Verfassungsänderungen aber geradezu herauszufordern, führt nur zu immer erneuten Unruhen, Streitigkeiten und Reibungen, die natürlich nicht im Interesse der Gesamtheit liegen.

Als selbstverständlich nehmen wir an, daß die politischen Arbeiterräte, denen es ja jetzt schon an der gesetzlichen Grundlage fehlt, dann doch wenigstens aufhören werden und daß dies auch zu klarem Ausdruck gelangt. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß die Arbeiter an der Regelung der Lohn- und der Arbeitsbedingungen und bei der Kontrolle dieser Dinge mitwirken, ist ein sozialer Fortschritt, der allerdings schon durch die Arbeitsgemeinschaft vom 15. November 1918 festgelegt worden war.

Wir begrüßen auch die von meinem leider verstorbenen Freunde, dem Frankfurter Stadtrat Dr. Karl Flesch, unermüdlich in Wort und Schrift vertretene Kodifikation des gesamten Arbeiterrechts und des Arbeitervertragsrechts, selbstverständlich unter Vorbehalt der Prüfung der Einzelheiten. Auch eine Kodifikation des Koalitionsrechts halten wir für notwendig, während wir jeden Versuch, einen Nichtorganisierten in die freien Gewerkschaften hineinzuzwingen, auf das entschiedenste bekämpfen müssen. Wir machen aber auch hier darauf aufmerksam — und ich glaube, daß dies auf allen Seiten des Hauses Verständnis findet —, *daß hier sowohl wie in den Produktionsfragen und in der gesamten Ernährungswirtschaft eine besonders sorgsame und besondere Behandlung der Landwirtschaft* nach ihren besonderen Verhältnissen und eine individuelle Behandlung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern unbedingt notwendig ist. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Was das inzwischen angenommene Sozialisierungsgesetz angeht, so ist damals von mehreren Rednern auch aus den Reihen der Mehrheitsparteien die politische Entstehungsgeschichte und der politische Zweck, trotz der energischen Bestreitung des Herrn Präsidenten des Reichsministeriums, zugegeben worden. Das lag ja auch auf der Hand; denn noch ganz kurz zuvor, am 1. März 1919, hatte der Herr Reichsarbeits-

minister Bauer darauf hingewiesen, daß die namhaftesten Vertreter der Unabhängigen, Kautsky usw., ständig, in Übereinstimmung mit der Regierung und den Mehrheitssozialisten, erklärt hätten, daß „bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine Sozialisierung unmöglich sei". So hatte auch das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands" vom 16. Dezember 1918 anerkannt:

> Es wäre für die Massen des Volkes geradezu verhängnisvoll, wollte man jetzt die Zeit mit sozialistischen Experimenten verlieren.

(Sehr richtig! rechts.) Auch ein besonders maßvoller und sachverständiger Mann aus den Reihen der Mehrheitssozialisten, Herr Kollege Keil, hatte noch am 14. Februar 1919 hier im Plenum erklärt, daß „in dem Zustand" — ich zitiere wörtlich —, „in dem wir uns befinden, noch viel wichtiger als die Frage der Produktionsweise, die Frage der Produktion selbst sei".

> Ist nach Zeit und Umständen

— so fuhr er fort —

> bei dem Entwicklungsgrad der in Frage kommenden Wirtschaftszweige von Sozialisierungsversuchen statt einer Hebung eine Schädigung der Volkswohlfahrt zu befürchten,

— und das befürchten wir in sehr vielen Fällen —

> so ist selbstverständlich davon abzusehen und zu warten, bis die Vorbedingungen dafür geeignet sind.

Man hat aber nicht gewartet, man hat vielmehr auch hier den Drohungen mit dem Generalstreik usw. nachgegeben. Vielleicht liest einer der Herren das nach, was in dieser Beziehung in der „Freiheit" vom 15. März 1919 unter der Überschrift „Die Schuld der Regierung" gesagt worden ist.

Meinerseits verzichte ich natürlich darauf, hier nochmals — wie am 15. Februar d. J. — die prinzipiellen Gründe gegen die Sozialisierung zu erörtern. Ich will hier nur mit allem Nachdruck wiederholen, daß die Sozialisierung, ebenso wie jede Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen, nicht lediglich eine nationale, sondern eine internationale Frage ist. Sozialisieren wir bei diesen schweren Zeiten und treten wir da den ausländischen Konkurrenten, die sich hüten werden, ihrerseits das Experiment nachzumachen, mit gebundenen Armen und Händen gegenüber, dann haben wir einen unendlich schweren Stand, das Spiel ist dann verloren, noch ehe es begonnen hat.

Wir haben aber dem Sozialisierungsgedanken gegenüber auch unsererseits bestimmte, eng begrenzte **Ausnahmefälle für die Sozialisierung** für möglich erklärt. Wir haben auch nicht — wie der Herr Kollege Molkenbuhr annahm — uns mit der bloßen Verurteilung der Sozialisierung begnügt, sondern wir haben auch andere Wege angegeben, auf denen bei geringerer Gefahr bessere Ergebnisse erreicht werden können; denn die Ergebnisse, die man seitens der Sozialdemokratie von der Sozialisierung erwartet, erwarten wir ja überhaupt nicht.

Ich habe am 15. Februar 1919 in diesem Hause insbesondere auf die weiter auszubauende große Arbeitsgemeinschaft vom 15. November 1918 und Herr Kollege Stresemann hat ferner auf die Möglichkeit der Schaffung eines freien Reichswirtschaftsrats hingewiesen. Schon damals also wurde der Ausdruck Reichswirtschaftsrat gebraucht, der aber nach den Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch Vertreter der Verbraucher, der freien Berufe, des gesamten Mittelstandes umfassen, also ein großes wirtschaftliches Beratungsorgan darstellen sollte. Wir haben endlich auch die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter, von einem gewissen Prozentsatz des Reingewinns ab, mit in die Debatte geworfen.

Die starken **Bedenken gegen das** vorgelegte **Sozialisierungsgesetz** haben sich auch die Mehrheitsparteien nicht verhehlt, und Herr Kollege Pachnicke hatte auch hier im Plenum wichtige und zweifellos begründete Einzelbedenken gegenüber dem Entwurf des Sozialisierungsgesetzes geltend gemacht. Er hat namentlich Einwendungen gegen den § 2 Ziffer 2 erhoben, wonach das Reich befugt sein soll, auch bei nichtsozialisierten Betrieben

> im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Er hat dabei die treffenden Worte gebraucht:

> Hier ist die Tür geöffnet, und, wenn man will, kann das ganze Erfurter Programm hier einmarschieren.

Er hat dabei auch mit Recht — der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell hat das gegenüber dem Wortlaut des Gesetzes mit Unrecht bestritten — darauf aufmerksam gemacht, daß mit der allgemeinen Fassung der Ziffer 2 des § 2 auch die Exportindustrie, die Fertigwarenindustrie, die Landwirtschaft und das Handwerk getroffen werden könnten, was nicht beabsichtigt sei und wovon das Reich die Finger lassen müsse. Ebenso hat Herr Kollege Pachnicke zum Ausdruck gebracht, daß es dem Wunsche seiner Fraktion entsprochen hätte, daß die Befugnis zur Überführung in die Gemeinwirtschaft dem Reiche ausschließlich übertragen, den Einzelstaaten genommen werden müsse.

In der Tat, meine Damen und Herren, ist es unleidlich und unerträglich, wenn in den **Gliedstaaten** — wir erleben das jetzt ja in der schroffsten Weise in Bayern, also gleich an einem sehr schlimmen Beispiel — die gefährlichsten und uferlosesten **Sozialisierungsversuche** im Gegensatz zur Taktik des Reichs angestellt werden dürfen. Dabei könnten, worauf ich aufmerksam machen möchte, die Gliedstaaten unter Umständen auch gewillt und in der Lage sein, diese Sozialisierungen nach russischem Muster ohne Entschädigung in die Wege zu leiten. Es wäre also nicht nur richtig, sondern notwendig gewesen, daß man diesen Bedenken nachgegeben hätte. Aber leider hat Herr Kollege Pachnicke selbst die Konsequenzen aus seinen Einwendungen nicht gezogen. Er hat viel-

mehr am Schluß seiner Ausführungen das Haus gebeten, das Gesetz als Ganzes anzunehmen, was ja die Mehrheitsparteien, im Gegensatz zu uns und zu der Deutsch-nationalen Volkspartei, auch getan haben, und er hat bei der namentlichen Abstimmung über den § 2 mit seinen Freunden auch diesem § 2 zugestimmt. Er hat dies getan, wie ich der Gerechtigkeit halber nicht verschweigen darf, weil für ihn — er hat das ganz freimütig erklärt — nicht nur sachliche, sondern auch politische Gründe maßgebend gewesen seien, und weil es sich ferner nur um ein Rahmengesetz handele, für dessen Ausführung weitere Reichsgesetze notwendig seien, deren Inhalt ja die Mehrheit in der Hand habe; sie habe es in der Hand, wie er sich ausdrückte, den **Sozialisierungsprozeß da abzustoppen**, wo er ins Verhängnisvolle umzuschlagen drohe. Und er hat endlich gesagt, es bestehe ja auch ein Entschädigungsanspruch, und mit diesem Hinweis könne man ja auch etwa berechtigte Befürchtungen beseitigen. Aber, wie ich glaube, liegen hier doch ganz erhebliche Irrtümer vor. Es ist nicht richtig, daß die Mehrheit den Sozialisierungsprozeß abzustoppen in der Lage sei, wenn sie es für nötig hält, nicht richtig, daß sie es in der Hand habe, die notwendigen Grenzen zu ziehen. Die nämlichen politischen Bedenken, die Herrn Kollegen Pachnicke und seine Freunde bei Genehmigung des Gesetzentwurfs geleitet haben, die nämliche Rücksicht auf die allgemeine politische Lage auf eine etwaige Zwangslage des Kabinetts, auf die Notwendigkeit, das Kabinett und die Mehrheitsparteien gegenüber dem Ansturm der Unabhängigen und Spartakisten in der Regierung zu erhalten, alles das kann und wird immer wieder von neuem auftauchen, und dann wird immer wieder die Notwendigkeit zu immer erneutem Nachgeben vorliegen. Immer wieder werden Herr Kollege Pachnicke und seine politischen Freunde auch bei künftigen Sozialisierungs- und Ausführungsgesetzen gezwungen werden, Gesetze und Verordnungen aus politischen Gründen anzunehmen, die sie aus sachlichen Gründen verwerfen würden. Denn das ist nun einmal die unvermeidliche Folge einer bestehenden Arbeitsgemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei, solange diese den ausschlaggebenden Einfluß im Kabinett hat, daß die bürgerlichen Mehrheitsparteien immer von neuem zu Konzessionen gezwungen sind; und auch von der Politik gilt, Herr Kollege Pachnicke, das Wort „halb zog sie ihn, halb sank er hin". (Heiterkeit.) Dieses Umsinken wird ja heute im großen betrieben. Die Aussicht aber auf eine „angemessene Entschädigung" wird niemanden locken und niemanden beruhigen. Wir werden ja schon bald erleben — im Haushaltsausschuß haben wir bereits einen Anfang davon mitgemacht —, in wie vielen Fällen die Sozialdemokratie erklären wird, daß es „angemessen" sei, keine Entschädigung zu gewähren. Außerdem aber wollen Industrie und Handel überhaupt nicht expropriiert werden und dafür entschädigt sein, sondern sie wollen weiter arbeiten, sie wollen weiter leben in freier, nur dem Gemeinwohl unterworfener Wirtschaft.

Das aber führt uns zurück zur Wiederholung der Frage, die auch Herr Kollege v. Payer heute mit aller Bestimmtheit aufgeworfen hat, wann denn endlich der Herr Reichswirtschaftsminister, der sich kürzlich in erfreulich entschiedener Weise als einen grundsätzlichen Gegner der Kriegszwangswirtschaft bekannt hat, zu einem energischen Abbau der **Kriegszwangswirtschaft**, einschließlich der Kriegsgesellschaften, und zu der dringend notwendigen baldigsten Wiederzulassung des freien Handels, des Groß- und Kleinhandels, einschließlich der Handelsvertreter, schreiten wird.

Die Zulassung des Eierhandels ist denn doch ein zu dürftiger Versuch, und von dem Abbau der geradezu unerträglichen Kriegsgesellschaften ist tatsächlich wenig oder gar nicht die Rede. Demgegenüber möchte ich neben den vielen, von mir und anderen tausendfach angegebenen zwingenden Gründen für die rascheste Beseitigung der Kriegsgesellschaften und neben dem Hinweis auf die vielen Sünden, Mängel und Fehler vieler Kriegsgesellschaften, über die, bei der Ängstlichkeit der Beteiligten, ihre Namen zu nennen, erst später abschließendes zu sagen sein wird, doch daran erinnern, daß der Ruf „Los von Berlin!" zuerst von dem Direktor Huldermann deshalb erhoben worden ist, weil gerade die Kriegsgesellschaften, ihre Zentralisierung in Berlin und ihr häufig unheilvolles Wirken sich als unerträglich erwiesen haben. Es geschieht aber seitens der Regierung nichts, im Gegenteil: in den letzten Tagen ist zu den zahllosen Textilkriegsgesellschaften noch eine neue, der „Bastfaserhauptausschuß", gekommen, und auch der Reigen von Strafbestimmungen hat sich in der Textilindustrie in der allerletzten Zeit wieder durch mehrere Verordnungen vermehrt, denn ohne Strafbestimmungen am Schlusse kann man sich selbst bei uns kaum noch die kleinste Verordnung denken.

Nun gebe ich zu, daß man namentlich auf dem Gebiete der Nahrungs- und Futtermittel jeden Schritt vorsichtig überlegen muß. Aber für uns steht nach Anhörung vieler Sachverständiger fest, daß die Ernährung unserer Bevölkerung, z. B. mit Gemüse, mit Obst, mit Marmelade, mit Fischen usw., eine viel bessere, viel raschere und viel ergiebigere sein würde mit Hilfe des **freien Handels** als unter der meist nicht sachverständigen Leitung der Kriegsgesellschaften, die teilweise von Assessoren, von Verwaltungsbeamten, von Bürgermeistern und von Professoren geleitet oder mißleitet werden, die nach ganz kurzer Frist sich häufig für viel sachverständiger und für unentbehrlicher hielten als die Kaufleute und Industriellen, denen sie glaubten erst zeigen zu müssen, wie sie ihr Geschäft hätten einrichten müssen.

Zwangswirtschaft aber und Sozialisierung auf der einen Seite, Streiks, Erpressungen und maßlose Lohnerhöhungsforderungen und ständige Verringerung der Arbeitsleistung auf der anderen Seite, das ist nicht die Luft, in der Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie

Deutschlands an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft gehen können; das ist nicht der Moment, wo man von der sella curulis herab über mangelnde Initiative bei unseren Unternehmern sich beschweren kann!

Der Herr Abgeordnete Henke von den „Unabhängigen" ist aber doch wirklich der letzte, der zu den auf ganz andere Klassen der Bevölkerung passenden Worten berechtigt war:

> Die Angehörigen der **bürgerlichen Klassen** pfeifen auf eine **sozialethische** Ermahnung, daß jeder einzelne der Gesamtheit gegenüber eine sittliche Pflicht zu erfüllen habe.

Ich darf vielleicht demgegenüber auf wenige Sätze verweisen aus der vierten Auflage meines Buches über die deutschen Großbanken, die im Jahre 1913 erschienen ist, indem ich bemerke, daß sich diese Worte schon in der ersten Auflage (1905), also vor 14 Jahren, befunden haben (S. 635—637):

> .... Ausnahmegesetze werden am besten dadurch verhindert werden, daß seitens der Leiter unserer großen Unternehmungen eine immer engere Fühlung mit dem starken sozialen Empfinden unserer Bevölkerung hergestellt wird. Als im Dezember 1893 .... einer der größten Grundbesitzer Englands vorschlug, sämtliche englischen Kohlengruben in einem einzigen Trust zu vereinigen, machte er gleichzeitig den Vorschlag, Vertreter der Arbeiterorganisationen nicht etwa nur zu Verhandlungen über den Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen, sondern auch als ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrats jenes Trusts heranzuziehen. Dieser Gedanke entsprang sicherlich der berechtigten Überzeugung, daß damit den Arbeitern nicht nur Rechte gewährt, sondern auch Pflichten auferlegt würden und daß wir gerechterweise niemanden für seine wirtschaftliche Haltung verantwortlich machen können, dem wir nicht zuvor Gelegenheit gegeben haben, sich zu einem Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit zu erziehen.
>
> Jener Vorschlag entsprach also ebenso den Anforderungen geschäftlicher Klugheit wie sozialpolitischer Einsicht, von der wir in Deutschland noch weit entfernt sind, wo man vielfach noch immer glaubt, der angesichts der Konzentration der Unternehmungen doppelt nötigen Anerkennung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und derjenigen der Arbeitervertretungen auf die Dauer entgehen zu können, während nach meiner Überzeugung ein, wenn auch nur passiver Widerstand gegen diese Forderung, der auf die Dauer doch nutzlos ist, nicht nur die Gegensätze, sondern auch die Forderungen selbst verschärfen und vermehren wird.
>
> Unsere wirtschaftliche Entwicklung wird in vielen Richtungen beeinflußt werden von dem Grade sozialpolitischer Einsicht der Leiter unserer großen Unternehmungen, von dem Umfang ihres Verständnisses für die ihnen besonders obliegenden sozialen Pflichten und Aufgaben und von der wirtschaftlichen Selbstbeschränkung, die sie sich auferlegen.

Sie sehen also, daß es im bürgerlichen Lager schon seit sehr langer Zeit nicht an Stimmen gefehlt hat — und zwar gehört nicht etwa nur meine Stimme dazu, sondern auch ungemein viele andere —, die geradezu das Gegenteil von dem vertraten, was Herr Abgeordneter Henke diesen bürgerlichen Klassen unterstellt hat.

Soviel über den wirtschaftlichen Teil, nun noch einiges über rein politische Fragen, die uns heute beschäftigen: Der **Parlamentarismus**, den mein Parteifreund Dr. Stresemann schon zu einer Zeit, wo dies nicht sehr beliebt war, nämlich am 27. März 1917, im Reichstag aufs energischste vertreten hat und der uns, wenn ich mich nicht irre, im Reiche nicht weniger als 17 Reichsminister beschert hat, sollte unseres Erachtens ein auf deutschem Boden gewachsener, ein deutscher Parlamentarismus sein, der sich von sklavischer Nachahmung fremder Muster fernhält. Wir glauben, daß es deutschem Empfinden entspricht, wenn es auch in anderen Ländern anders gehandhabt wird, daß an die Spitze von Ressorts Männer gestellt werden, die nicht lediglich deshalb zu den Stellen gelangen, weil sie einer bestimmten Partei angehören, sondern daß wir in Deutschland außerdem fordern müssen, daß nur Personen zu hohen Stellungen gelangen, die kraft ihrer Fähigkeiten, ihrer Kenntnisse und Erfahrungen auch sachlich zu solchen Stellungen geeignet sind.

Bei den Mitgliedern unseres Reichsministeriums wird man im allgemeinen die Frage, ob dies der Fall ist, bejahen können. Aber in den **Einzelstaaten** liegt doch bei einer ganzen Reihe von **Ministerernennungen** die Sache anders. Es muß nicht nur die Partei, es muß auch den Staat in seiner Wertschätzung herabsetzen, wenn völlige Dilettanten oder wild gewordene Theoretiker, denen jeder Befähigungsnachweis zum Staatsretter fehlt, zu hohen Staatsstellen berufen werden, wenn zum Beispiel Herr Adolf Hoffmann preußischer Kultusminister, wenn ein Schneider in München zum bayerischen Justizminister, eine Wäscherin in Braunschweig zum braunschweigischen Kultusminister und ein Buchdrucker zum sächsischen Kriegsminister ernannt wird. Dasselbe gilt dann vielfach auch für die ohne jede Vorbildung — es gibt natürlich auch andere Fälle — in die Stellung von Landräten, Regierungspräsidenten usw. berufenen Personen, womit wir auch in Deutschland in Zustände geraten, die in anderen Ländern zu sehr unerfreulichen Erscheinungen Anlaß gegeben haben.

Die **Ausdehnung des Parlamentarismus** aber in den Einzelstaaten durch Ernennung auch von **Unterstaatssekretären** aus parlamentarischen Kreisen halten wir an sich sachlich nicht für richtig. Man sollte gerade für diese Stellen nur Männer nehmen, die, anders als die Politiker, eine gewisse Gewähr für dauernde Besetzung gerade dieser wichtigen Posten bieten, und man sollte nicht durch ein solches Hineinschieben von Politikern in die zweithöchsten Stellen die Einschlagung der Beamtenlaufbahn noch weniger schmackhaft machen, als sie es ohnedies schon ist.

Den Herrn Minister des Reichsverwertungsamts möchte ich fragen, ob an den immer wieder auftauchenden Gerüchten irgendein wahres Wort ist, daß er beabsichtige, den uns noch verbleibenden Rest **unserer Flotte versteigern** zu lassen. Ich zweifle nicht daran, daß er

diese Frage mit einem kurzen und bündigen Nein beantworten wird und daß ihn nach dem Ruhme eines zweiten Hannibal Fischer in keiner Weise gelüsten wird.

Es würde mir auch lieb sein, zu erfahren, was aus dem Antrage vom 21. Februar 1919 — er wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten gestellt — geworden ist, „jeden unberechtigten Eingriff in Reichsgut“ zu verhindern, auch die Urheber solcher Eingriffe und die Hehler zur Rechenschaft zu ziehen.

Es wäre mir auch wichtig, von einem Mitgliede des Reichsministeriums zu wissen, aus welchen Gründen wir zwar den russischen Rubel von unseren Grenzen fernhalten, aber nicht die russischen Agenten, die sich jetzt in München in Scharen herumgetrieben haben und von München aus, wie man hört, weiter gesandt worden sind nach Stuttgart, nach Leipzig, nach Berlin, Mannheim, Karlsruhe und anderen Orten. Man sollte doch denken, daß es keine Freiheit geben darf, die so mißbraucht werden darf, daß ein Gastrecht gegenüber derartigen Elementen nicht existieren und niemand gestatten kann, daß Ausländer ihren Aufenthalt zu verbrecherischen Zwecken benutzen. Sollte ein Spezialgesetz gegen Radek und Genossen nötig sein, was ich nicht glaube, so möge man es vorlegen; es wird wohl sicherlich ungesäumt angenommen werden.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß sich die Regierung auf die Dauer nur halten kann, wenn sie darauf verzichtet, der Republik den Stempel einer sozialdemokratischen, statt einer **sozialen Republik** aufzudrücken, die in dem unvermeidlichen Kampfe der aufeinanderplatzenden Meinungen die Diagonale nach einem eigenen festen Programm zu ziehen sucht. Jedes Entgegenkommen gegenüber Bestrebungen, die selbständigen Elemente in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Handwerk nur als Objekte der Gesetzgebung zu behandeln oder gar an die Wand zu drücken, führt, zumal eine volle Befriedigung aller sozialdemokratischen Schattierungen auch dadurch nie erreicht werden kann, unrettbar zum Abgrund. Ein „Klassenfaustrecht“ darf weder mit den Arbeitnehmern, noch mit den Arbeitgebern getrieben werden, die beide nicht Selbstzweck, sondern dienende Glieder der Gesamtheit und der Gesamtinteressen sein müssen. Das Heil der Zukunft liegt, im Gegensatz zu aufhetzenden Schlagwörtern, nicht in der Unterdrückung des Kapitals, dessen wir mehr denn je bedürfen, sondern in der Durchsetzung eines harmonischen Zusammenwirkens zwischen Kapital und Arbeit. Diese Politik der Versöhnung wird bewußt ins Gegenteil verkehrt, wenn heute schon ein sozialdemokratisches Blatt hinsichtlich der angekündigten Vorlage zu Artikel 34 der Verfassung erklärt, die Regierung wolle damit den Arbeitern auf wirtschaftlichem Gebiet ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht einräumen, was aber im Laufe der Zeit ein Alleinbestimmungsrecht werden solle.

Gegenüber solchen Wünschen, Forderungen und Bestrebungen gilt es für die Regierung, den rechten Weg nicht nur zu erkennen, sondern auch unbeirrt um jede Drohung festzuhalten. Die Politik beständiger Schwankungen und beständiger Nachgiebigkeit, die den Staatswagen unrettbar dem Sumpfe des Kommunismus und der Anarchie zusteuern muß, hat bisher immer nur neue Begehrlichkeiten und Forderungen ausgewirkt, zumal die Personen, die dabei mitwirken und dabei oft auch nicht vor Verbrechen zurückscheuen, schließlich immer auf die Amnestie glauben rechnen zu können, die aber hoffentlich von der Nationalversammlung, die allein eine Amnestie beschließen kann, nicht erteilt werden wird. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Während im Innern Deutsche gegen Deutsche wie erbitterte Feinde kämpfen, während an der Grenze der Bolschewismus lauert, um über uns herzufallen, geht, wenn nicht alle Zeichen trügen, der Weltkrieg seinem endgültigen Abschluß, dem Frieden zu, der auf unserer Seite nicht von der Regierung abgeschlossen werden darf, sondern von der Nationalversammlung allein abzuschließen ist; wir dürfen und werden uns nicht von den Friedensbedingungen als einer vollzogenen Tatsache überraschen lassen. Jetzt oder nie ist es Recht und Pflicht der Nationalversammlung, die Richtlinien anzugeben, nach denen die Regierung und die Unterhändler zu verfahren haben. Meine politischen Freunde haben mit mir keinen Zweifel, daß das hohe Haus über folgende Richtlinien einig ist: Unsere Ehre gebietet uns, keinen Präliminar- oder endgültigen Frieden abzuschließen, der

1. auch nur im geringsten von den 14 Wilsonschen Bedingungen abweicht, die wir schweren Herzens angenommen haben und die auch die Entente akzeptiert hat. Das gilt auch von der Entschädigungsfrage, auch von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das jede Vergewaltigung, in welcher Form und Maske sie auch immer auftrete, ausschließen muß.

Was zunächst **Elsaß-Lothringen** angeht, so wird sein Schicksal durch die von der deutschen Reichsleitung angenommenen Wilsonschen Bedingungen geregelt. Wir stimmen dem Ministerpräsidenten in der Forderung der **Abstimmung** der Bewohner zu. Allerdings zweifeln wir daran, daß sich diese Abstimmung in der Freiheit vollziehen wird, die notwendig ist, um die wahre Stimmung der Bevölkerung festzustellen. Die jahrelange militärische Besetzung des Landes in diesem Weltkrieg, seine Stellung als Glacis gegenüber Frankreich haben dort bittere Empfindungen gegen Deutschland im Kriege ausgelöst und die rechtswidrige, gewaltsame Austreibung vieler Altdeutscher durch die französischen Besetzungsgewalten hat das Abstimmungsergebnis im voraus im französischen Sinne zu beeinflussen gesucht. Aber niemals ist dieses Land, nie ist namentlich das Elsaß, das zum großen Teil von Alemannen bewohnt wird, nach denen ja die Franzosen selbst die

Deutschen „Allemands“ nennen, ein französisches Land im Geiste gewesen. Auch wenn über dem Straßburger Münster die Trikolore weht, es bleibt doch ein Denkmal deutscher Baukunst und deutschen Empfindens. Wir begrüßen alle, die sich dort im Innern als Deutsche befinden, in dieser Stunde auch von dieser Stelle aus von ganzem Herzen. Möge Elsaß-Lothringen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker über sein künftiges Schicksal entscheiden, ein Recht, das auch die Bildung eines selbständigen Elsaß-Lothringens in sich schließt!

Daß wir uns das linke Rheinufer, das Saargebiet, Oberschlesien und Danzig nicht durch rohe Gewalt entreißen lassen und diese Gebiete auch nicht mittelbar unter feindlichen Einfluß bringen lassen, ist selbstverständlich.

Wir beharren aber auch darauf, daß wir auch keinen Streifen der **Ostmark** hergeben und nach den Wilsonschen Bedingungen auch nicht herzugeben brauchen. Es gibt kein unzweifelhaft polnisches Gebiet in der Ostmark, welche die unerläßliche Verbindung zwischen Schlesien und Ostpreußen darstellt, welche uns als landwirtschaftliches Überschußgebiet unersetzliche Werte zur Ernährung unseres Volks liefert und deren Auslieferung unsere strategische Grenze an die Oder verlegen, Berlin in den Wirkungsbereich polnischer Geschütze bringen würde. Möge auch in einzelnen Gemeinden die polnische Bevölkerung überwiegen, ein polnisches Gebiet gibt es in der Ostmark nicht. Überall wohnen in diesem durch Staatsverträge und durch deutsche Kultur deutsch gewordenen Gebiete Deutsche und Polen derart durcheinander gemischt, daß eine Abtretung auch nur von Teilen dieses Gebietes an Polen die rettungslose Auslieferung von Massen schutz- und wehrloser Deutscher an die immer unverhüllter auftretenden polnischen Vergewaltigungsbestrebungen zur notwendigen Folge hätte.

Auch **Schleswig-Holstein** ist unter sich und mit dem Deutschen Reich als ein einheitliches Ganzes fest verankert. Wir legen Verwahrung ein gegen jede Zerstückelung dieses durch Geschichte, Wirtschaft und Kultur eng verbundenen einheitlichen Landes, gegen jeden Versuch, auch nur einzelne Stücke aus diesem aufs engste zusammengehörigen Lande loszureißen, und gegen jede Schaffung einer neutralen Kanalzone, die nur dazu bestimmt und auch dazu geeignet wäre, eine solche Losreißung und Zerstückelung auf einem Umwege zu erreichen.

Wir sind zweitens darüber einig, daß wir unter keinen Umständen einen Frieden abschließen werden, der nicht mit dem Augenblick der Unterzeichnung des Präliminarvertrages die **Blockade aufhebt**, die besetzten Gebiete freigibt, dem Wirtschaftskrieg ein Ende macht, einschließlich der Zensur und sonstiger Beschränkungen der Postsendungen und der Telegramme sowie der schwarzen Listen, und der nicht sofort mit

dem Abschluß des Präliminarvertrages unsere Kriegsgefangenen zurücksendet.

Wir sind drittens mit dem hohen Hause ohne jeden Zweifel darüber einig, daß wir unter keinen Umständen ein **Schuldbekenntnis** ablegen, um in den Völkerbund eintreten zu dürfen, ein Bekenntnis einer Schuld, die nicht auf uns lastet. Wir wissen, daß das deutsche Volk den Krieg weder gewollt, noch herausgefordert, noch verschuldet hat, und wir kennen die langjährigen Kriegsvorbereitungen unserer Feinde, die Vereinbarungen, welche sie lange vor dem Kriege im Hinblick auf den Krieg mit dem nur bis dahin neutral gewesenen Belgien abgeschlossen haben und die Abmachung, welche England vor jeder Bedrohung Belgiens wegen eines Schutzes durch seine Flotte mit Frankreich getroffen hat. Wir verlangen, daß unsere Unterhändler diesen unseren Standpunkt in bezug auf die Schuldfrage mit unbeugsamer Festigkeit und Würde vertreten und der Tatsache eingedenk sind, daß, wie Macchiavelli schrieb, Anstifter des Unheils nicht der ist, der zuerst zu den Waffen greift, sondern der, der dazu nötigt. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist kein Zweifel, daß die Entente vom Kriegsbeginn ab und schon lange vorher mit allen Kräften und riesigen Geldmitteln die Behauptung unserer Schuld immer und immer wieder aufgestellt und dadurch eine vorgefaßte Meinung in der Welt erzeugt hat, die uns selbst teils nicht hören konnte, teils nicht hören wollte. Aber die beständige Wiederholung einer und derselben Behauptung mit demselben Ziele, wie es im Wirtschaftsleben durch die geschäftliche Reklame verfolgt und erreicht wird, kann auf die Dauer Unrecht nicht zu Recht machen. Eine fortgesetzte Reklame kann auch im Wirtschaftsleben eine Zeitlang auch schlechter Ware glänzenden Absatz sichern, kann sie aber niemals zu guter Ware machen.

Wir verlangen ferner, daß unsere Unterhändler auch unsere **wirtschaftlichen und finanziellen Gegenforderungen** geltend machen und daß sie unser zweifelloses Recht auf unsere Kolonien aufrechterhalten, deren Zustand und Ausbau, im Gegensatz zu den Ausstreuungen unserer Feinde, ein Ehrenzeugnis deutscher Kultur ist. Wir verlangen, daß unsere Unterhändler jedem Versuch entgegentreten, der dazu bestimmt oder geeignet ist, unsere nach den Wilsonschen Grundsätzen zu vollziehende **Einigung mit Deutsch-Österreich** auszuschließen oder zu erschweren, das zu uns gehört und von uns als ein Bruderland, als Fleisch von unserem Fleisch, als Blut von unserem Blut begrüßt wird. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß ein Frieden, wie wir ihn nach diesen Ausführungen allein abschließen können und werden, dem furchtbaren Weltkrieg ein Ende

mache und der Menschheit wieder zu Friedens- und Versöhnungswerken in freier und produktiver Arbeit die Seelen und die Arme befreie, das wollen wir mit Zuversicht erwarten; wer im Ententelager lediglich Haß säen will, der muß wissen, daß er Rache ernten wird.

Wir aber müssen uns der Worte erinnern: „Zeit und Stunde rennet auch durch den rauhesten Tag", müssen im Dunkel das Licht zu erkennen suchen, das doch endlich auch durch die finstersten Wolken dringen muß.

Niemand darf vergessen, was er als Deutscher seinem deutschen Vaterlande schuldig ist, und jeder muß gerade in dieser schweren Zeit der heute oft wie Ironie anmutenden Worte Joh. Gottlieb Fichtes gedenken: „Charakter haben und deutsch sein ist ein und dasselbe."

Des vergangenen Guten pietätvoll zu gedenken, auf den Trümmern des alten Hauses ein neues zu errichten und zu diesem Zwecke auch auf dem Boden der traurigen Gegenwart für eine bessere Zukunft unverzagt und hoffnungsfreudig tätig zu sein; die Erkenntnis zu verbreiten, daß heute vor allem jene Disziplin, Arbeit und Sparsamkeit notwendig ist, die einst auch das niedergetretene Preußen aus tiefster Nacht zum Licht emporgehoben hat und daß es nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht zur Arbeit gibt, das ist die Forderung des Tages. Wir werden sie zu erfüllen suchen. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Seger.

Seger, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beabsichtigte eigentlich, die Auslandspolitik im zweiten Teil meiner Ausführungen zu behandeln. Die Antwort, die der Herr Minister des Auswärtigen auf die Frage des Herrn Abgeordneten Hoch gegeben hat, nötigt mich aber zu einer Feststellung. Der Herr Minister hat erklärt, daß der deutschen Reichsregierung von der **russischen Regierung** kein Telegramm des Inhalts zugegangen sei, daß sie mit dem Deutschen Reich in **Verhandlungen** eintreten **und Frieden** schließen wolle. Das mag formell vielleicht richtig sein, aber sachlich ist es jedenfalls falsch. Denn die russische Regierung ist darüber erstaunt, daß dem deutschen Volke die Tatsache vorenthalten wird, daß sie einen Funkspruch „An alle" hat ergehen lassen, der auch in Deutschland von der Funkspruchstation Nauen aufgenommen worden ist, des Inhalts, daß die russische Regierung nicht daran denkt, ihre Truppen nach Deutschland marschieren zu lassen, sondern mit der deutschen in Beziehung treten und Friedensverhandlungen anbahnen will. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Tatsache kann nicht abgestritten werden, und die deutsche Reichsregierung muß von ihr Kenntnis haben. Wenn also der Funkspruch nicht ausschließlich für die deutsche Regierung

bestimmt ist, so ist damit doch nicht widerlegt, daß sie davon Kenntnis erhalten hat. Außerdem ist kennzeichnend an diesem Vorgang, daß dieser Funkspruch dem deutschen Volke vorenthalten wird, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) obwohl gerade das Wolffsche Bureau, geschwätzig, wie es ist, sonst immer alle Nachrichten bringt, die allerdings sehr oft dem Zweck dienen, mehr die Wahrheit zu verschleiern, als das deutsche Volk zu unterrichten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Tatsache muß um deswillen festgestellt werden, damit das deutsche Volk auf diesem Wege erfährt, daß die deutsche Reichsregierung von einem Funkspruch, der in der ganzen Welt bekannt ist, keine Kenntnis genommen hat.

Damit komme ich zum Anfang meiner eigentlichen Ausführungen, und zwar zunächst zur **Inlandspolitik**. Die meisten Reden waren heute auf einen Klageton gestimmt, daß die bösen Alliierten und die bösen Bolschewisten dem deutschen Volke das Leben so schwer machten; die braven Deutschen seien zwar an dem Kriege auch etwas schuldig, aber man solle doch nun endlich dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen. Einige Redner sind noch weiter gegangen und haben erklärt, es sei notwendig, daß man jetzt nicht mehr über Vergangenes, nicht mehr über die Schuldfrage spreche, sondern den Blick in die Zukunft richte, denn nur so könne man erwarten, aus dem gegenwärtigen Elend herauszukommen.

Wenn man den Ton der Reden von heute mit dem der Reden vergleicht, die am Anfang der Nationalversammlung gehalten wurden, fällt er allerdings sehr stark auf. Damals hat man dem Volke gesagt, die **Nationalversammlung** werde nunmehr schleunigst **Friede, Freiheit und Brot bringen**, (Zurufe von den Sozialdemokraten: Sie verhüten es ja!) und jetzt nach zwei Monaten muß man eingestehen, daß man das Volk mit der Nationalversammlung, wenn auch nicht absichtlich, so doch in der Tat, getäuscht hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten: Ihr habt es getäuscht!) Auch der Wahlkampf ist unter der Parole geführt worden: Nationalversammlung bedeutet Friede, Freiheit, Brot. Darauf ist die Bevölkerung zum größten Teil hineingefallen. Wenn heute eine Abstimmung im deutschen Volke vorgenommen würde (lebhafte Zurufe: mit Handgranaten!) über die Erfahrungen, die es mit den Versprechungen und mit der Nationalversammlung gemacht hat, dann glaube ich, würde das Votum anders lauten als am 19. Januar. (Zurufe.) — Darauf kommt es nicht an, warten wir es ab, die Zeit wird es lehren. Die Tatsache jedenfalls besteht, daß man in weiten Kreisen des deutschen Volkes von der Nationalversammlung im höchsten Grade enttäuscht ist, (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und daß man sie anders beurteilt, als die Federn, die der

Regierung zur Verfügung stehen, es dem deutschen Volke weismachen wollen.

Aber nicht nur, daß diese Versprechungen nicht eingehalten worden sind und eingehalten werden konnten (hört! hört! und Heiterkeit) — nicht eingehalten werden konnten, denn, meine Herren, Sie haben ganz genau gewußt, daß Sie außerstande sind, dem deutschen Volke einen schnellen Frieden zu bringen, Sie haben ganz genau gewußt, daß Sie außerstande sind, dem deutschen Volke mit der Nationalversammlung Brot zu bringen, Sie haben ganz genau gewußt, daß Sie dem deutschen Volke die Versprechungen nicht halten konnten, die Sie in den Wahlversammlungen gemacht haben, und nur so ist es gemeint. Sie haben — und da nehme ich nicht gerade sehr viele von den bürgerlichen Parteien aus — auch gar nicht den Willen dazu gehabt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafter Widerspruch und Zurufe.) Wenn wir über diese Dinge im einzelnen bei den einzelnen Kapiteln reden, so werden wir diejenigen Handlungen hervorheben, die beweisen werden, wie man das Gegenteil dessen gemacht hat, was man versprochen hat. (Erregte Zurufe.) Man hat in der Bevölkerung das Gefühl, daß die Nationalversammlung nichts anderes ist als eine verschlechterte Auflage des alten Reichstags. (Lebhafte Zurufe.) Das Volk fühlt es selber, das braucht man nicht hervorzurufen, dieses Gefühl hat die Bevölkerung ganz von selbst bekommen. Die Frage ist beim deutschen Volke nicht mehr, ob es noch Hoffnungen auf die Nationalversammlung setzen soll, wenigstens beim werktätigen Volke ist es so; es denkt an Selbsthilfe.

Das deutsche Volk bekommt auch langsam ein Verständnis darüber, daß nicht die eigentlichen **Firmenträger der deutschen Reichsregierung** regieren, sondern das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiterbevölkerung, aber auch schon weite Kreise des Bürgertums sind sich vollständig bewußt, daß die sozialistische Firma eine kapitalistische Ware verhandelt, und daß in erster Linie nicht die rechtssozialistische Firma regiert, sondern **das Zentrum.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Man weiß, wenn auch das Zentrum nicht offen hervortritt, daß es doch die Regisseure für die Regierung stellt, und daß die Firmenträger, die nach außen verantwortlich scheinen, nichts anderes sind — um es mit einem alten deutschen Worte zu bezeichnen — als die Handlanger für das Zentrum. (Heiterkeit und Zurufe.) Das Bürgertum und namentlich der Teil des Bürgertums, der noch wenigstens etwas auf Kultur hält, (große Heiterkeit) hat es gerade am meisten verübelt, daß man mit dem Zentrum Regierungsgeschäfte betreibt. Wenn das Bürgertum erst erfährt, daß

seine Vertreter in der demokratischen Partei zur Voraussetzung gemacht haben, daß sie nur dann in die Regierung einträten, wenn auch das Zentrum eintritt, dann wird der Teil des Bürgertums sehr wahrscheinlich mit den Vertretern der demokratischen Partei nicht nur unzufrieden sein, sondern seine Meinung entsprechend äußern. Insoweit wird, glaube ich, endlich auch Klarheit darüber geschaffen werden, wer denn nun eigentlich die Macher sind, die verhindern, daß in Deutschland endlich diejenigen Zustände herbeigeführt werden, die herbeigeführt werden müssen, damit die Bevölkerung noch existieren kann. (Zurufe.) — Auf die Räterepublik komme ich noch. Sie können sich gedulden; die Kapitel, die hier von Ihren Rednern abgehandelt werden, kommen alle dran, Sie kommen nicht zu kurz. (Zurufe.) — Ja, eine halbe Stunde.

Zunächst hat man ja kein anderes Bestreben gehabt, als so schnell wie möglich die Revolution zu liquidieren, und alle Tage wird es nicht nur von der Stelle (zum Regierungstisch) aus, sondern auch in der Presse breitgetreten, daß man es nun endlich mit der Revolution genug sein lassen solle, daß die Arbeiter davon ablassen möchten und doch zurückkehren möchten in die Betriebe der Unternehmer und arbeiten, arbeiten, damit die Gesellschaft nicht untergehe. Das A und O aller Reden ist Arbeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Meine Damen und Herren! Das Bürgertum, besonders das Großbürgertum ist ja im Anfange der Revolution gar nicht so rätefeindlich gewesen, wie es jetzt tut. Es hat Bürgerräte und alle möglichen Arten von Räten mit gegründet. Es hat den Arbeitern alles mögliche nachgemacht, sogar die Streiks. Bloß eins macht es den Arbeitern nicht nach: Arbeiten! (Lachen und Zurufe.) Wenn das Bürgertum einmal dazu kommt, selber zu arbeiten, dann wird wahrscheinlich auch das Rätesystem sich durchgesetzt haben. Denn dann werden nämlich die bürgerlichen Herren und Damen, wenn sie produktiv tätig gewesen sind, sehr schnell dazu kommen, das Rätesystem in der Praxis zu befürworten. (Zuruf bei den Demokraten: Glauben Sie denn das, was sie jetzt sagen?)

Was nun die **Liquidierung der Revolution** anlangt, zu der man sich die allergrößte Mühe gibt, so muß zunächst festgestellt werden, daß alle Mittel, die dazu angewandt werden, fehlgeschlagen haben und auch in Zukunft fehlschlagen müssen, weil nämlich die Vertreter sowohl der Reichsregierung wie auch der bürgerlichen Parteien vergessen, daß, solange sie die Ursachen der Revolution nicht beseitigen, diese selbstverständlich weitergehen wird und so lange weitergehen wird, bis der Sozialismus verwirklicht ist. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Früher bekommen Sie keine Ruhe. Alle Rezepte, und mag es auch der Aufbau des Militarismus sein, wie er ja in der letzten Zeit ganz besonders betrieben worden ist, werden Ihnen nicht einen

einzigen Schritt vorwärts helfen, sondern im Gegenteil die Kämpfe nur verschärfen. Sie vergessen vor allen Dingen eines: daß man nicht in der Geschichte zurück kann, daß auf den Kapitalismus der Sozialismus genau so folgen muß, wie der Kapitalismus auf den Feudalismus und der Feudalismus auf die antike Gesellschaft gefolgt ist. (Lachen und Zurufe: Oh! oh!) Diese einfachen Tatsachen übersehen Sie. Sie werden schon noch daran glauben, wenn Sie es erleben. Warten Sie es ab, und Sie werden sich vielleicht dazu bekennen müssen unter dem Zwange (Zurufe: der Maschinengewehre!) der Verhältnisse.

Der jetzige Reichspräsident sagte hier in seiner Begrüßungsrede, das deutsche Volk habe eine böse Erbschaft angetreten: ein besiegtes und verschuldetes Reich! Er hätte noch hinzufügen können: und von Gott und aller Welt verlassenes Reich. Auch heute ist wieder die Frage aktuell, wieso es zu dieser Niederlage und zu dieser Verschuldung gekommen ist. Die Reichsregierung hätte ein ganz anderes Programm festsetzen müssen, sie hätte vor allen Dingen ernsthaft daran gehen müssen, nicht nur den Militarismus abzubauen, sondern auch den **Kapitalismus in die sozialistische Produktionsweise** und Verteilung der Güter **überzuleiten**. Aber wenn sie das unternommen hätte, wäre wahrscheinlich sehr schnell (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: alles kaputt gegangen!) das Bündnis mit dem Zentrum und den Demokraten dahin gewesen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dann hätte der Teil der Regierung, der sich sozialistisch nennt, mit denjenigen, die die Vertreter der Arbeiter sind, ein Bündnis eingehen und eine Politik treiben müssen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrnimmt. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Minderheit!) — Ich will einmal ausnahmsweise auf diesen Zwischenruf eingehen. Wenn Sie die Statistik lesen, so werden Sie finden, daß die Arbeiterschaft im Deutschen Reich in Industrie und Gewerbe über 60 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Wenn Sie das Minderheit nennen, dann ist das eine merkwürdige Auffassung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie vertreten die Minderheit! — Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) — Ach Gott, *Ihre Betrachtungsweise, daß auch das Bürgertum arbeitet, ist ja nebensächlich!* (Heiterkeit und Zurufe.) Aber das Interesse der gesamten Arbeiterschaft ist maßgebend und *hat gar nichts damit zu tun, ob eine Partei so und soviel Stimmen hat.* (Lachen und Zurufe links.) Die gesamte Lohnarbeiterschaft hat das Interesse, daß der Sozialismus verwirklicht wird. Darauf kommt es an und nicht auf Ihre Zahlenspielereien, die Sie da aufmachen. (Erneutes Lachen und Zurufe.)

Es kommt weiter darauf an, einmal die Verhandlungen zu betrachten, die in der Nationalversammlung, seitdem sie zusammen ist, gepflogen sind, und da muß man sagen, daß alle die Versuche, selbst politische Reformen durchzuführen, einfach gescheitert sind, weil eben die Ver-

treter der noch kapitalistischen Eigentumsordnung das verhindern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dazu brauchen wir nur die Verfassungsfragen zu betrachten. Wenn die Rückständigkeit so weit geht, wie sie in den letzten Tagen im Verfassungsausschuß zutage getreten ist, wo man einen Beschluß gefaßt hat, nach dem in 15 Jahren wieder ein monarchisches Mitglied (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) als Reichspräsident gewählt werden kann (lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! hört!), so ist das ein netter Beweis für das fortwährende Gelöbnis, daß man auch Republikaner sei. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das wird auf die Bevölkerung in Deutschland und auch auf das Ausland den entsprechenden Eindruck machen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber auch sonst zeigt gerade die Verfassungsfrage, wer in Deutschland die herrschende, die regierende Partei ist. Man braucht dabei nur daran zu erinnern, wie sich das Zentrum zur „Weltlichkeit der Schule" stellt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist ein weiterer Beweis dafür, wer bestimmend ist.

Aber nicht nur bei dieser Gelegenheit hat sich gezeigt, daß das Zentrum vorherrschend ist, sondern auch in der preußischen Volkskammer hat sich das gezeigt. Die Verfassungsfrage, bei der man vor allen Dingen von dem Gesichtspunkte ausgehen sollte, eine einheitliche deutsche Republik zu schaffen, zeigt in ihrer ganzen Tendenz, daß es sich wieder um einen Staatenbund handelt. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das ist die Schule des 9. November!) In dieser Frage zeigt sich ganz besonders, wie rückständig die politische Auffassung in Deutschland ist. Die Arbeiterschaft wird auch in dieser Frage keine Konzessionen machen, sondern Ihr Werk einfach für nichtig erklären. Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß das einige Deutschland zustande kommt, aber kein kapitalistisches. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Auch in München?) — Die Münchener Verhältnisse rührten Sie besser nicht an; denn das Gelöbnis, das vom Regierungstisch aus gegeben ist, es solle keine Gewaltpolitik getrieben werden, ist gebrochen worden: Diese Gewaltpolitik zeigt sich jeden Tag, insbesondere gegen Bayern. (Große Heiterkeit und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Noch gestern ist ja ein Flugblatt abgeworfen worden, worin aufgefordert wird, daß man nicht München und Bayern abschließen soll, sondern „feste drauf!" (Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Pfui!), nach der früheren Methode, nicht wahr? Es ist auch selbstverständlich, daß Sie nur dem Scheine nach umgelernt haben. Wir wenigstens wundern uns darüber nicht. Also die Verfassungsfrage — um es noch einmal zusammenzufassen — zeigt, daß auch dabei gar kein Gedanke daran ist, die elementarsten Forderungen nach der einheitlichen deutschen Republik zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dasselbe trifft auch für die Verkehrsfragen zu. Ich weiß, daß man bei der Eisenbahn die Schaffung einer deutschen Reichseisenbahn erstrebt. Aber das ist nicht das Entscheidende. Was in den letzten Monaten gemacht worden ist, zeigt *eine Verkehrsfeindlichkeit, die ebenso groß ist wie die der früheren Regierung.* (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Einschränkungen, Verteuerungen, das sind die beiden Dinge gewesen, die einzig und allein getrieben worden sind. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Zwei Milliarden Defizit!) Genau dasselbe ist es ja auch mit der Post: Nichts als Einschränkungen, nichts als Verteuerungen. Das ist das Zeichen der heutigen Verkehrspolitik, statt Verkehrserleichterungen und -verbilligung. (Zurufe von den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.) — Ich glaube es ja gern, daß Ihnen diese Tatsachen unbequem sind (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten: Gar nicht!); aber Sie schaffen sie nicht aus der Welt. (Zurufe von den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten: Wer hat denn die Eisenbahn zerstört? Wer sabotiert denn die Bahnen? Wer reizt zum Streik?)

Die hauptsächliche Stellungnahme, die auch heute wieder zum Ausdruck gekommen ist, ist gegen die Sozialisierung und gegen das Rätesystem.

Zunächst die **Sozialisierung.** Daß damit, auch mit der Vorlage, die der Nationalversammlung zugegangen ist, der Arbeiterschaft nur Sand in die Augen gestreut werden sollte, ist keine Frage. Am besten wird das durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die von der Regierung eingesetzte Sozialisierungskommission den Bettel hingeschmissen hat. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Diese Tatsache wird nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch im Auslande entsprechend bewertet werden; sie wird aber ganz besonders der Arbeiterschaft die Augen darüber öffnen, daß alle schönen Paragraphen lediglich eine Täuschung sind. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das wird die Arbeiter in ihrem Bestreben, den Sozialismus selbst zu verwirklichen, nur bestärken (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und alle Versuche, die Arbeiterschaft durch Gewalt davon abzuhalten, werden fehlschlagen.

Auch das **Rätesystem,** das Ihnen und auch der Regierung ja so viele schlaflose Nächte verursacht, wird sich so durchsetzen, weil es wirtschaftlich notwendig ist. (Zuruf: Rußland!) — Ach, erzählen Sie doch nichts über Rußland. Das ist diese öffentliche Meinungsmache, die Sie da wiederkauen, die gar keinen Wert hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts. — Laute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, Sie scheinen sich in einem Irrtum zu befinden; der Herr Abgeordnete Seger hat das Wort! (Große Heiterkeit.)

Seger, Abgeordneter: Wir kennen ja die Quellen, aus denen die öffentliche Meinung gespeist wird. Erst gestern hat an dieser Stelle der Herr Reichsfinanzminister Schiffer einen Beweis dafür geliefert, wie auch die neue Regierung die Meinungsmache handhabt. Er hat sich darüber beschwert, daß in den einzelnen Abteilungen Hunderte von Presseleuten sitzen, die geradezu Unfug stiften, und hat gesagt, man müsse so schnell wie möglich abzubauen versuchen. Das sind nämlich die Quellen, aus denen die Meinungsmache für das deutsche Volk stammt. Auch darüber besteht unter halbwegs Wissenden gar kein Zweifel, daß jetzt über die Auslandspolitik noch mehr zusammengeschwindelt wird als unter dem alten System. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Rätesystem, das Sie immer dadurch zu diskreditieren versuchen, daß Sie auf Rußland hinweisen, soll ja jetzt verankert werden, und heute haben wir von dieser Stelle aus von dem **Ministerpräsidenten** das Gelöbnis gehört, daß er **Gegner einer Räterepublik** sei. Er hat hinzugefügt, daß er darin niemals umlernen werde. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn der Herr Ministerpräsident in seinem Gelöbnis etwas vorsichtiger wäre. Bei Kriegsbeginn war er Gegner des Krieges — er hat am 3. und 4. August sehr schnell umgelernt. Er hat dann während des Krieges alle Schwankungen mitgemacht, die vorgekommen sind. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn das deutsche Heer — und sei es auch nur auf dem Papier — einen Sieg erfochten hat, dann hat er es gelobt und erklärt: derjenige ist ein Narr, der etwa daran glaubt, daß die Grenzsteine nicht verrückt würden. Wenn Niederlagen zu verzeichnen waren und eine außerordentlich schlimme Situation, dann hat er für den Frieden gesprochen. Er hat also alle paar Augenblicke umgelernt. Er hat aber auch weiter umgelernt, er hat noch kurz vor der Revolution gegen die Revolution gesprochen und wie. Er hat ein Programm mitaufgestellt, das damals ermöglicht worden ist von der neuen Regierung, und kurz darauf hat er das Programm in die Ecke stellen müssen und hat sich für die Revolution erklärt, also so schnell als möglich umgelernt. Er hat dann sich dagegen erklärt, daß man die Räte anerkenne (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und er hat so schnell als möglich umgelernt, indem seine Regierung eine Vorlage zur Verfassung eingebracht hat, die die Räte gesetzlich festlegen will. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Er hat sich weiter dagegen erklärt, daß man die Räte nicht anerkennen könne als wirtschaftliche Institution. Noch bei seiner Eröffnungsrede hier an der Stelle hat er erklärt: jetzt hat das deutsche Volk seine gesetzgebende

Versammlung und jetzt hört das mit dem Rätesystem auf. (Lebhaftes Bravo.) Er hat schnell umgelernt durch die Tatsachen, und wer so schnell umlernt, der sollte doch etwas vorsichtiger sein mit solchen Gelöbnissen, und Sie, die Sie jetzt so lebhaft Beifall gespendet haben, werden dann eines schönen Tages erleben, daß Herr Scheidemann wieder so schnell umgelernt hat, daß Sie vielleicht gar nicht mitkönnen mit dem Beifallsspenden. Aber genau so, wie die Regierung und wie Sie notgedrungen das Rätesystem in der Theorie wenigstens anerkennen müssen, genau so wird die Regierung und werden Sie gezwungen sein, in Zukunft noch ganz andere Konzessionen zu machen; so lange nämlich die Lohnarbeit nicht abgeschafft ist, solange können Sie versichert sein, daß es keine Ruhe gibt. Das ist die Quelle, die verstopft werden muß. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun die **Stellung zum Streik.** Die alten Regierungen der vorrevolutionären Zeit haben bei jedem Streik kein anderes Mittel gewußt, als Militär in die Streikgebiete hinzuschicken. Sie haben kein anderes Mittel als das der Gewalt gekannt und nicht verhandelt. Dasselbe Verfahren wird auch heute eingeschlagen. (Zuruf: Von Ihnen!) Man redet nicht darüber, daß mit den Arbeitern zunächst verhandelt werden solle; sondern von vornherein ist Gewalt das einzige, das angewandt wird. (Zuruf: Ungarn!) Die letzten Tage erst wieder beweisen es, daß das A und O der ganzen Regierungsweisheit in nichts anderem als in der Gewalt besteht. Vor allen Dingen beweist doch der Belagerungszustand in Berlin und an anderen Orten aufs drastischste, daß man mit den alten Gewaltmitteln ausschließlich regiert, (Widerspruch) daß man kein anderes Mittel anwendet. — Diese Tatsache aus der Welt zu streiten, ist wahrlich lächerlich. Aber ganz abgesehen davon, steht es doch einer Revolutionsregierung schlecht an, wenn sie ausschließlich mit Gewaltmitteln glaubt, sich halten zu können; eine solche Regierung ist von vornherein geliefert. (Rufe: München!)

Wie verfährt man auch mit den **politischen Gefangenen?** Die „Schutzhaft", die während des Krieges angewendet worden ist, war ein greuliches Verbrechen. (Zurufe: Landsberg!) — Ach, machen Sie doch nicht solche lächerlichen Zwischenrufe. (Stürmische Heiterkeit.) Ist denn Landsberg in Zwangshaft gewesen? (Rufe: Jawohl!) Das ist ja nicht wahr. (Lebhafter Widerspruch und Lachen. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Er ist freiwillig nach Helmstedt gefahren! — Heiterkeit.) Wenn das wahr ist, was wir selbst hier von den Bänken der Rechtssozialisten heute gehört haben, daß schon Leute inhaftiert werden, weil sie verdächtig sind eine kommunistische Gesinnung zu haben, so beweist das schon zum besten — — (Fortgesetzte Zwischenrufe: Geisel!) — Ich glaube nicht, daß Ihre Zwischenrufe dem schlechten Gewissen entspringen, (Lachen), sondern ich glaube vielmehr, daß sie

anderen Zwecken dienen sollen. Aber da täuschen Sie sich schwer, wenn Sie glauben, das zu erreichen. —

Es ist einer der größten Schandflecke, nicht nur daß man die Leute in „Schutzhaft" nimmt, sondern wie man sie behandelt. Es wird Material herbeigeschafft werden, das Ihnen zeigen wird, wie die Leute bis zum Tode traktiert worden sind. (Zurufe: Und München! Leipzig! Halle! Auer!) Wir werden Ihnen das Material schon beibringen.

Aber der beste Beweis dafür, wie es in dem neuen republikanischen Deutschland aussieht, ist der **Aufbau des Militarismus**. Man hat uns versprochen, daß er abgebaut werden soll. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Damit Sie in Leipzig das Geld wegnehmen können! — Große Heiterkeit), und man hat das auch scheinbar getan. In Wirklichkeit aber ist eine Prätorianergarde geschaffen worden, die in geradezu gemeingefährlicher Weise gegen die Bevölkerung vorgeht. Gerade diese Seite ist es, die mit verhindert, daß ein Friede geschlossen wird, diese Seite des Aufbaus des Militarismus in Deutschland, und die andere Seite, daß die Regierung in der Hauptsache ihre bürgerlichen Vertreter noch zu Verhandlungen mit dem Auslande entsendet. Insbesondere werde ich es bei der Auslandspolitik zeigen, daß man jetzt noch wie früher in der Hauptsache Kapitalsvertreter nach dem Auslande dirigiert.

Man hat uns hier ein schönes Programm über die Reformen des Auswärtigen Amtes mitgeteilt, aber es ist auch danach. Der Aufbau des Militarismus dient nicht nur dem Zweck, die Soldaten gegen die Streikenden zu verwenden, sondern auch, wie die Erklärung heute vom Regierungstisch lautet, dazu, daß in Zukunft jede Gewalt gegen diejenigen angewendet werden soll, die da glauben, mit der Regierung unzufrieden sein zu müssen, und sich gegen sie wenden.

Nur mit ein paar Worten will ich darauf eingehen, was der Herr Ministerpräsident Scheidemann heute morgen bezüglich **Rußlands** gesagt hat. Er sagte, die deutsche Regierung wolle mit allen Völkern in Frieden leben und in **erträgliche Beziehungen** kommen, und zwar auch mit dem russischen. Was er aber dann hier über den Bolschewismus und insbesondere über die Leninsche Regierung ausgeführt hat, das zeigt, daß dieses Versprechen, das er gegeben hat, das Gegenteil dessen ist, was er hier gesagt hat. Wenn er den russischen Bolschewismus dermaßen als eine Gefahr schildert und heruntermacht und gleichzeitig sagt, die Regierung wolle mit Rußland in ein erträgliches Verhältnis kommen, so ist das eine Zweideutigkeit, die wahrscheinlich auch in Rußland entsprechend verstanden werden wird. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat weiter ausgeführt, daß in der Niederlage, die Deutschland erlitten habe, ein Trost sei, nämlich der Sieg über den Militarismus.

Das sagte der Ministerpräsident in demselben Augenblick, als seine Regierung daran geht, einen neuen Militarismus aufzubauen. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Unwahr!) — Nun, was sind denn die weißen Garden anders als ein neuer Militarismus? (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Soll ich Ihnen vielleicht — und ich werde es bei einer anderen Gelegenheit noch tun — einmal die Aussprüche der kompetenten Stellen vortragen über das, was man unter dem neuen Militarismus versteht? Ich glaube, Sie werden dann eines anderen belehrt werden. (Zurufe von den Deutschen Demokraten: Heraus damit!) — Ich werde es schon tun. — Er hat weiter gesagt, er sei dafür, daß Deutschland mit an den Völkerbund sich anschließe und daß ein Friede geschlossen werde, der uns den Bolschewismus vom Halse hält. Dazu gehört aber vor allen Dingen — oder gehörte, um mich richtig auszudrücken — eins, daß die Regierung von ihrer jetzigen Politik abläßt, daß sie nämlich die Gewaltpolitik nach außen und nach innen aufgibt; nach außen, indem sie immer noch **deutsche Soldaten im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfen** läßt und sie im Innern gegen die eigenen Volksgenossen verwendet. Es ist bekannt und gerade auch durch den Funkspruch bekannt geworden, daß die russische Regierung nicht im entferntesten daran denkt, daß die russischen Soldaten nach Deutschland einmarschieren sollen. (Lachen und Rufe: Harmloses Gemüt!) — Ich glaube der russischen Regierung mindestens ebensoviel als Ihnen. (Erneutes Lachen und Zurufe.) Ich glaube: nach all den Handlungen, die Sie zu verzeichnen haben, und denen, die die russische Regierung zu verzeichnen hat, nach alledem, was während des Krieges Sie, die alten Vertreter des Reichstags, zum Besten gegeben haben, kann man wohl sagen, daß man sich auf die russischen Versprechen mehr verlassen kann als auf die Ihrigen. (Lachen und Rufe: Gehen Sie doch nach Rußland hin!)

Übrigens, wenn Sie solche **Bolschewistenfurcht** an den Tag legen, so will ich Ihnen doch ein Zeugnis davon vortragen, daß nicht alle bürgerlichen Vertreter eine solche Bolschewistenfurcht haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Eltzbacher!) — Jawohl, Eltzbacher! — Es ist zwar vom Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei ein Dementi erlassen worden, und zwar des Inhalts, daß die Deutschnationale Volkspartei deshalb kein Bündnis Deutschlands mit der russischen Regierung befürworten könne, weil die russische Regierung eine Regierung der Gewalt sei. Nun, das ist eine etwas merkwürdige Begründung; denn die Deutschnationale Volkspartei ist ja die Vertreterin der Gewaltpolitik von jeher, (Lachen und oho! rechts) und sie müßte doch eigentlich in der russischen Regierung ganz angenehme Kollegen sehen. Eltzbacher sagt also, um ihn zu zitieren, das Folgende:

> In dem Augenblick, in dem sich das Proletariat Europas die Hände reicht, wird niemand mehr daran denken, von Deutschland rein deutsche Gebiete deshalb loszureißen, weil sie wertvolle Gruben

> enthalten, oder das deutsche Volk zu Lohnsklaven des französischen, englischen und amerikanischen Großkapitals herabzudrücken.
>
> Aber selbst wenn der Bolschewismus nicht auf die siegreichen Westmächte übergreifen sollte, wird der Vorteil für Deutschland groß sein. Aus einem bolschewistischen Deutschland kann die Entente nicht jährlich Milliarden herausziehen. Es fehlt der gefügige Verwaltungsapparat, und vor der dauernden Anwendung von Gewalt wird man sich aus Furcht vor Ansteckung hüten.
>
> Freilich, soll uns der Bolschewismus retten, so müssen wir uns ganz ehrlich auf seinen Boden stellen. Wir müssen das Rätesystem einführen und sofort in weitgehendem Maße ohne Entschädigung sozialisieren.

Das ist die Auffassung eines konservativen Mannes, und ich nehme an, noch eine ganze Anzahl von Ihnen werden unter dem Zwange der Verhältnisse sich diesem Bekenntnisse anschließen müssen.

Die Vertretung, um nun auf die **Auslandspolitik** zu kommen, die Deutschland zu den **Friedensverhandlungen** sendet, ist dermaßen, daß sie auch im Auslande das größte Mißtrauen erregen muß. Man kann sie durchaus nicht als eine **Vertretung des deutschen Volkes** bezeichnen. Vor allen Dingen fehlen die Vertreter der Arbeiterschaft. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist ein so gewichtiger Umstand, daß er es eigentlich der Regierung nahe legen sollte, darauf Rücksicht zu nehmen. Ich will nur ein Beispiel dafür anführen, wie die Regierung bei der Auswahl der Vertreter zu Werke gegangen ist. So hat sie aus Sachsen als einzigen Vertreter zur Friedensdelegation einen Großkapitalisten gewählt; die sächsische Arbeiterschaft, die doch den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmacht, ist vollständig ausgeschaltet. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und so wie dort ist es auch mit der übrigen Vertretung beschaffen. Wir Sozialisten wissen ja ganz genau, daß die Friedensverhandlungen in kapitalistischem Sinne geführt werden. Wir wissen ja — und hier möchte ich gleich eine Frage mit einflechten —, daß, solange Herr **Erzberger** mit der Macher ist, im Auslande ein großes Mißtrauen gegen uns walten wird. Ist es richtig, was in der letzten Zeit durch die Presse gegangen ist, daß die Ententemächte mit Deutschland in gar keine Friedensverhandlungen eintreten wollen, sondern daß die deutsche Friedensdelegation einfach das Diktum entgegenzunehmen habe, und daß die Vertretung der Ententemächte erklärt hat, daß das unwahr sei? Ich glaube, es ist notwendig, daß die Regierung hier eine Erklärung darüber abgibt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine Mitteilung machen, die das „Leipziger Tageblatt“ gebracht hat, daß Herr Erzberger im Jahre 1914 bereits eine Denkschrift ausgearbeitet habe des Inhalts, daß Belgien, Nordfrankreich und ein Stück von England annektiert werden sollte, (Zuruf rechts und große Heiterkeit), daß 10 Milliarden Kriegskosten bezahlt werden sollten, und daß sich die maßgebenden militärischen

Stellen mit dieser Denkschrift einverstanden erklärt hätten. Ich gebe der Regierung Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Wenn Sie aber durch Ihr Lachen dartun wollen, als ob solche Pläne nicht bestanden hätten, so muß man sich geradezu darüber wundern. Es ist ja bekannt, und die ganzen Kriegsjahre her war ja gerade Ihre Presse voll davon, daß alles annektiert werden sollte von Antwerpen bis Bagdad, und wenn es möglich gewesen wäre, wäre der Ring um die ganze Erde geschlossen worden. Wenn Sie jetzt so tun, nachdem Sie die Niederlage haben, (Unruhe und Zurufe), als ob diese Bestrebungen nicht bestanden hätten, so beweisen Sie damit entweder ein kurzes Gedächtnis oder noch etwas ganz anderes. (Lachen bei den Deutschen Demokraten und rechts.) — Es ist Ihnen natürlich unangenehm, wenn man Sie daran erinnert. (Zurufe: Gar nicht!) Ich will auf die Eingaben an die Reichsregierung nicht eingehen, die von den interessierten Verbänden gemacht worden sind. Man könnte aus offiziellen Schriftstücken genügend Material herbeischaffen, wie der **Wille** bestanden hat, daß **soviel als möglich annektiert** werden solle, und wenn es fortwährend so dargestellt wird, als ob das nur ein ganz kleiner Kreis von Leuten gewesen ist, so sage ich: das ist unwahr. Die ganzen kapitalistischen Kreise, alle durch die Bank standen auf dem Standpunkt der Annexion im weitesten Maße. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die dagegen waren, waren nur sehr kleine Kreise, und wenn es jetzt so dargestellt werden sollte — auch vom Regierungstisch ist es geschehen —, als ob eigentlich das deutsche Volk jetzt ein Recht habe, gegen den Gewaltfrieden zu protestieren, so trifft das für die Arbeiterbevölkerung zu, so trifft das für die Unabhängige Sozialdemokratie zu, für den übrigen Teil absolut nicht; denn sie standen auf dem Standpunkt des Gewaltfriedens. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Weiter will ich zu dem Auslandsprogramm, das der Herr Ministerpräsident hier vorgetragen hat, insbesondere über die anderweitige **Besetzung der deutschen Auslandsvertreter** nur folgendes sagen: Wenn der Herr Minister erklärt hat, daß in Zukunft die Vertreter keine Beamtenlaufbahn wie früher mehr durchzumachen brauchten, sondern daß es ausschließlich auf die geschäftliche und sonstige Tüchtigkeit ankomme, so will ich doch feststellen, und aus meiner Kenntnis heraus kann ich es, daß dabei in erster Linie die Vertreter aus den Kreisen der Kapitalisten genommen werden sollen. Man glaubt also in der Regierung immer noch, daß in Zukunft ein kapitalistisches Deutschland maßgebend sein werde, man glaubt in der Regierung noch nicht an den Sozialismus, und die Regierung hätte doch alle Ursache, ihre Politik etwas darauf einzustellen und nicht ausschließlich Vertreter aus kapitalistischen Kreisen zu ernennen. Bereits jetzt sind welche ernannt, die in Zukunft das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Beziehung im Ausland vertreten sollen. Wenn Sie etwa davon noch nicht unterrichtet

sind, so brauchen Sie sich bei der Regierung nur zu erkundigen. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) — Ja, das glaube ich, daß Sie nicht so neugierig sind. (Erneuter Zuruf.) — Ja gewiß, man wird natürlich ein paar Konzessionsschulzen schon der sogenannten Gerechtigkeit wegen mit hineinnehmen; in Wirklichkeit aber werden es die sein, die schon bisher ausschließlich die kapitalistischen Interessen vertreten haben. Ich glaube, gerade die rechte Seite des Hauses hätte bei dem Kapitel „Auslandspolitik" alle Ursache, recht schweigsam zu sein, (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), denn ihre Vertreter haben auf Deutschland Schande und Schmach in Masse gehäuft. (Zurufe von den Deutschen Demokraten und rechts.)

Gerade im Zusammenhang mit der Auslandspolitik ist es aber unbedingt notwendig, da dies auch bei den Friedensverhandlungen eine bedeutende Rolle spielen wird, daß man auf die Rolle des Militarismus, den wir jetzt noch in Deutschland haben und der weiter ausgebildet werden soll, eingeht. Es ist vorhin davon gesprochen worden — und zwar haben es die verschiedensten Redner getan —, daß es unwahr sei, daß die Truppen gegen die Revolution verwandt werden sollen, daß es antirevolutionäre Truppen seien. Gerade der Aufbau des Militarismus, der bei den Friedensverhandlungen natürlich eine Rolle spielen wird, ist es, der uns zwingt, die Dinge einmal so zu zeigen, wie sie sind.

Zunächst ist das Freiwilligensystem in einer Weise organisiert, daß man nicht mehr nur davon reden kann, daß man eine gelegentliche Schutztruppe haben wolle. Die Vorbereitungen, die dazu allenthalben in ganz Deutschland getroffen worden sind, zeigen ja, wohin die Fahrt geht. Man will einen neuen Militarismus aufbauen. Man erklärt ganz offen, daß man ohne Militarismus gar nicht auskommen kann. (Zuruf: Ihr zwingt ja dazu!) Das gilt nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Auf die Lächerlichkeit, daß man wegen des Bolschewismus Militär brauche, gehe ich gar nicht ein. (Wiederholte Zurufe.) Gegen den Bolschewismus hilft kein Militär. Lassen Sie sich das ruhig gesagt sein! (Erneute Zurufe.)

Den Beweis, wie sehr sich die maßgebenden Kreise des Militärs bereits fühlen, will ich nun an ein paar Beispielen darlegen. Das „Militärwochenblatt" hat einen Aufruf der Offiziere gebracht, in dem folgende Stellen vorkommen:

> Wird diesen beiden Offizierkorps infolgedessen entsprechend ihrer wichtigen Aufgabe von der Regierung die nötige gesicherte und geachtete Stellung eingeräumt? Nein! Den Soldatenräten ist sogar die Macht gegeben, die Absetzung der Führer zu beantragen. Wer setzt sich für die erforderliche Sicherung und Achtung der Stellung beider Offizierkorps ein? Niemand, keine Seele! Kein Finger rührt sich. Was bleibt also übrig? Selbsthilfe, und zwar kräftigste

> Selbsthilfe! Deshalb: Offiziere, Unteroffiziere, getreue Kameraden, das Maß ist voll. Heraus auf den Plan! Helft Euch selbst, so hilft Euch Gott! Das „Militärwochenblatt“ ist von altersher über hundert Jahre mit dem Offizierkorps verwachsen. Es wird nun, da nichts mehr zu erwarten ist, hier eine Propaganda einsetzen zum Kampf für ein stehendes Heer, zum Kampf für das Unteroffizier- und Offizierkorps, zum Kampf gegen die Soldatenräte.

So ist der ganze Ausruf abgefaßt, und er zeigt, daß man ein stehendes Heer will. Wollen Sie etwa noch einen weiteren Beweis? (Lebhafte Rufe: Nein! nein!) Freilich, solche maßgebenden Stellen zeigen Ihnen, wie es damit aussieht, wie der Militarismus sich bereits wieder rührt.

Aber auch ein anderes! Man glaubt natürlich: mit der Freiwilligkeit ist die Sache noch nicht abgemacht. Die Regierung hat bei der **Werbung von Freiwilligen** Mittel angewandt, die man scharf verurteilen und bekämpfen muß. Den Arbeitslosen ist die Entziehung der Arbeitslosigkeit (stürmische Heiterkeit) — der Arbeitslosenunterstützung angedroht worden für den Fall, daß sie sich nicht anwerben lassen. Wie das Freiwilligensystem wirken soll, geht aus folgendem Briefe hervor: Die freiwilligen Garden vom Stabe Reinhard stellen in allen Städten Deutschlands Agenten auf, die die Anwerbung der Freiwilligen betreiben sollen, und der Vertreter der Regierung oder vom Stabe Reinhard verspricht hier den Agenten 5 Mark für jede Person, die sie veranlassen, sich freiwillig anwerben zu lassen. Hier haben Sie einmal Material, über das Sie sich unterhalten können, ob die Arbeit der Offiziere nicht darauf hinausläuft, wiederum ein stehendes Heer zu schaffen. Vom Standpunkt der Offiziere aus ist das ja auch nur selbstverständlich. Zu etwas anderem fühlen sie sich gar nicht berufen, der Militarismus ist ihre Existenz, und deshalb greifen sie dazu, sich auf dem Wege eines Heeres wieder eine Existenz zu schaffen. Sie natürlich werden das als selbstverständlich betrachten; in Wirklichkeit aber geben Sie damit zu, daß die Schaffung eines Heeres betrieben wird, und daß Sie das gewissermaßen unterstützen. (Lebhafte Zurufe: Rote Armee! Russisches Heer!) — Wie es mit russischen Heere ist — es ist mir ganz lieb, auf diesen Zwischenruf eingehen zu können —, werde ich jetzt gleich sagen! Der **„russische Militarismus“** hat die Aufgabe, daß er die alte Verwaltung in Rußland zurückdrängen mußte — und dies ist ihm auch gelungen —, aber nicht zu dem Zweck, um Eroberungskriege zu führen, die russische Rote Garde hat den Kampf aufzunehmen gegen die Deutschen und gegen die Ententemächte. Da war es selbstverständlich, wenn innerhalb des Landes der Feind die russische Revolution niederschlagen wollte, daß die russische Revolution sich dagegen wehrte. (Andauernde Zurufe.) — Ach, machen Sie doch nicht solchen Schmus! Sie werden doch vom

Auslande nur ausgelacht, (Zurufe: Wie Sie!) wenn Sie damit kommen und den russischen Militarismus gegen den deutschen ausspielen wollen. Den gewaltigen Unterschied kann jeder einfache Mensch begreifen; bloß Sie wollen es offenbar nicht.

Es ist auch selbstverständlich — das will ich ganz besonders hervorheben —, daß die deutschen Offiziere am 9. November so wenig umgelernt haben wie Sie. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn Sie es könnten, würden Sie natürlich so schnell wie möglich wieder in die alte Gesellschaft gehen. So ist es auch bei den Offizieren, die ihr Leben lang nichts anderes getrieben haben als militaristischen Drill und militärische Aufgaben. Sie wollen das natürlich bis an ihr Ende.

Wenn Sie aber fortgesetzt die Dinge so darstellen — und das geschieht auch jetzt wieder —, als ob eigentlich der **deutsche Militarismus** ein Blümlein Rührmichnichtan wäre, als ob man ihm eigentlich wunder was zu verdanken habe, und daß wir eigentlich — das hat besonders der Redner der demokratischen Fraktion getan — über Vergangenes den Schleier hüllen sollen, so möchte ich darauf hinweisen, (Zurufe: gegenwärtig!) wie diese Militaristen und ihre Abgötter, vor denen das deutsche Volk sich viereinhalb Jahre hat ducken müssen, sich jetzt gegenseitig ausziehen und der Welt zeigen.

Sie wissen, daß Wilhelm, der Letzte, und sein hoffnungsvoller Sprößling den Vertretern der auswärtigen Presse kürzlich Unterredungen gestattet haben, und da sagt z. B. Wilhelm, der Letzte, daß er unschuldig sei am Kriege, und er könne nichts dafür, wenn der Krieg verloren gegangen sei, denn seine Generale hätten gemacht, was sie gewollt hätten. Auch in bezug auf die damals so viel Aufsehen erregende Erschießung der Krankenschwester Miß Cavell erklärte er, das habe ein betrunkener General getan. Noch besser als der Vater macht es der Sohn, der erklärt auf die Frage des Berichterstatters, ob Tirpitz nicht über die Ergebnisse des U-Boot-Krieges gelogen habe:

> Ei feste, und die Oberste Heeresleitung konkurrierte in diesem Punkte brav mit der Flotte. Ludendorffs Berichte haben in dem letzten halben Jahre gelogen bis zur Lächerlichkeit, man kann nicht die Verluste von 300 Geschützen und 300 000 Mann mitteilen und gleichwohl melden, daß man einen Abwehrsieg errungen habe.

(Zurufe.) — Ja, diese Tatsachen sind Ihnen unbequem, (wiederholte Zurufe) aber glauben Sie nur: das ist ja kaum der Anfang dessen, was an Material kommen wird, und wenn die Regierung ihr Versprechen bald eingelöst hätte, das sie schon lange gegeben hat, daß sie endlich die Akten über den Krieg und die Kriegsschuldigen und die Kriegsführung öffnen würde, dann wahrlich werden Sie wohl verstummen.

Ich will zum Schluß nur noch auf die Ausführungen eingehen, die von uns angekündigt worden sind gegenüber den Ausführungen, die der Herr Reichswehrminister Noske in der Sitzung vom 29. März gemacht hat. Er hat sich ganz besonders scharf und ohne jede Motivierung gegen die **Arbeiter in den Militärwerkstätten** ausgesprochen, er hat davon gesprochen, daß dort eine unverantwortliche **Verschleuderung von Reichsgeldern** getrieben würde. (Sehr richtig!) — Sie sagen: sehr richtig! — Aber wenn Sie das Protokoll zur Hand nehmen und nach einem einzigen Beweise suchen, so finden Sie keinen. Ich werde Ihnen aber einen Gegenbeweis, einen zahlenmäßigen Gegenbeweis bringen, und zwar werde ich es tun bei den Militärwerkstätten, soweit es sich um die Bekleidungsindustrie handelt. Er hat beispielsweise auch diese angeführt und hat sie geradezu lächerlich zu machen versucht, indem er gesagt hat: „Trotzdem in den Bekleidungsämtern bis jetzt noch eine außerordentlich große Zahl von Arbeitern sitzen, muß ich leider zu meinem Bedauern feststellen, daß die Arbeitsleistungen in diesen Betrieben so gering sind, daß wir genötigt sind, den verhältnismäßig bescheidenen Bedarf an Uniformen und Stiefeln für die Freiwilligenverbände zum Teil in der Privatindustrie herstellen zu lassen, weil wir aus diesen staatlichen Betrieben dieses Quantum nicht herausbekommen."

Vergeblich hat man nach einem einzigen Beweis gesucht. Ich will Ihnen gegenüber diesen unerhörten, die Arbeiterschaft beweislos herabsetzenden Behauptungen (Unruhe) einfach die Tatsachen auf einem der größten Bekleidungsämter mitteilen, und zwar aus dem des XIX. Armeekorps. (Zuruf: Davon hat er doch gar nicht gesprochen!) Er hat von den Bekleidungsämtern ganz allgemein gesprochen. (Widerspruch.) Beim Bekleidungsamt des XIX. Armeekorps sind in drei Monaten, und zwar in drei interessanten Monaten, nämlich einem Kriegsmonat, einem Revolutionsmonat und einem Monat, in dem der Betrieb in einen Zivilbetrieb umgewandelt worden ist, folgende Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitsleistung gezahlt worden: Im Monat Oktober, also einem Kriegsmonat, wurden 1 300 000 Mark gezahlt, im Dezember, also dem Revolutionsmonat, 1 100 000 Mark und im Februar, als der Zivilbetrieb eingerichtet war, 800 000 Mark. (Lebhafte Zurufe: An wieviel Arbeiter?) Dabei muß festgestellt werden, daß die Arbeiter in dem Monat Februar noch höhere Löhne gehabt haben, daß kürzere Arbeitszeit gewesen ist, und trotzdem ist dieselbe Arbeitsleistung wie im Dezember und im Oktober zu verzeichnen.

Aber weiter. Das Interessante ist nämlich, daß im Oktober noch 60 Offiziere da waren, die lediglich Parasiten waren. Genau so wie das **deutsche Heer** im Grunde genommen nichts anderes als eine große Mordmaschine war, waren nämlich die Ämter und Verwaltungen nichts weiter als große **Korruptionsherde.** (Unruhe und Zurufe rechts.) Beim

XIX. Armeekorps war ein Fabrikant als Hauptmann, der seine 850 Mark monatliches Gehalt hatte. Der Mann war Besitzer dreier großer Textilfabriken, und er hat die Waren, die in seinen Betrieben produziert wurden, an dasselbe Bekleidungsamt geliefert, wo er zugleich Abnahmeoffizier war. (Rufe: Namen nennen!) — Ach, ich habe es ja schon gesagt, es ist Hauptmann Essigker. Weiter hat er noch im Oktober an das Bekleidungsamt des XIX. Armeekorps 240 000 Damenhemden geliefert, die niemals hingekommen sind. Aber nicht nur, daß diese 60 Offiziere, meist nämlich Hauptleute und Majore, dort ihr beschauliches Dasein hatten, sondern sie waren vollständig überflüssig für den Betrieb. Er war aber so eingerichtet, daß für die verschiedenen Schriftenunterzeichnungen die Handschrift eines Offiziers notwendig war. Auf diese Weise ist die Korruption in großem Maße während des ganzen Krieges betrieben worden. So wie dort ist es natürlich in allen diesen Betrieben. Ich könnte Ihnen an der Hand von Aufstellungen, die auf jedem Amt gemacht worden sind, noch eine Reihe von Lieferungen mitteilen. Ich will darauf verzichten, weil die Zeit zu weit vorgeschritten ist. Aber die Tatsachen werden Ihnen beweisen, daß es viel besser wäre, Sie opponierten dagegen nicht, denn jetzt werden die Akten der Bekleidungsämter genau durchgesehen, das Material wird zusammengestellt werden, und dann wird der Herr Reichsminister es wahrscheinlich für die Zukunft vermeiden, derartige herabsetzende Beleidigungen gegen die Arbeiterschaft auszusprechen. (Zurufe.) Wir werden dazu kommen, das gesamte Material vorzutragen (erneute Zurufe), wir werden nachweisen, daß solche Behauptungen, wie sie hier vom Regierungstisch gegen die Arbeiter geschleudert worden sind, unwahr sind, und wenn irgendwem der Vorwurf zu machen ist, daß Staatsgelder verschleudert worden sind, so trifft das in erster Linie die Offiziere, so trifft das Ihre Angehörigen.

Auch bezüglich der **Munitionswerkstätten** könnte ich Ihnen an der Hand von Material den Nachweis bringen, daß es unwahr ist, die Arbeiterschaft habe dort mit dem **Gelde geschleudert.** Es liegen im Gegenteil Zuschriften vor, insbesondere auch von Kiel, in denen nachgewiesen wird, daß es im Grunde genommen die Arbeiter gewesen sind, die dem Reich unzählige Summen erhalten haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Gegen alle diese Behauptungen stelle ich die Tatsachen, und dann werden wir einmal sehen, wie das Urteil der Öffentlichkeit ausschaut. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir werden bei den einzelnen Kapiteln des Etats das Material beibringen, und Sie werden dann sehen, wie unsere Stellung aussehen wird. Für heute nur so viel! Wenn Sie glauben, daß Sie mit Ihrer jetzigen Politik imstande sind, die Revolutionsbewegung aufzuhalten und die Bevölkerung wieder hinter sich zu

bekommen, so täuschen Sie sich. Die Revolution marschiert, und sie wird siegen! (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Debatte geschlossen. Ich unterstelle als Beschluß des Hauses, den Etat an den Haushaltungsausschuß zu verweisen. — Ich stelle fest, daß der Etat an den Haushaltungsausschuß verwiesen ist.

Es sind folgende zwei Anträge eingegangen: ein Antrag der Herren Löbe, Gröber, v. Payer, Dr. Graf v. Posadowsky und Dr. Heinze:

Die Nationalversammlung beschließt:

Das deutsche Volk, das die Last harter Waffenstillstandsbedingungen in der Erwartung eines baldigen Friedens auf sich nahm, hat Anspruch auf einen Friedensvertrag, der dem von allen kriegführenden Staaten unwiderruflich als Grundlage angenommenen Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika entspricht.

Dieses Programm sichert allen Völkern Selbstbestimmung, nationale und politische Freiheit, Erlösung von der Rüstungslast, ein neues soziales Völkerrecht, weitherzige Lösung ihrer kolonialen Interessenfragen und den Bund gleichberechtigter Völker.

Ein Rechtsfriede, der die Gefangenen befreit, die Hungernden erlöst, die besetzten Gebiete freigibt, die Arbeit international schützt und uns keine jenem Programm widersprechende Gebietsänderungen zumutet — ein solcher Friede ist ebenso gewiß ein Segen der Menschheit, wie ein Zwangsfriede ein Fluch bleiben müßte. Der Wille des ganzen deutschen Volkes lehnt den Gewaltfrieden ab. (Lebhafter Beifall.)

Inmitten der Leiden einer hungernden Bevölkerung, inmitten der staatserschütternden Gärungen, die sich durch die Verzögerung des Friedens von Tag zu Tag steigern, erwartet die Nationalversammlung von der Regierung, daß sie nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. (Stürmischer Beifall.)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Die Abgeordneten erheben sich mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist die Mehrheit. (Erregte Rufe von den Mehrheitsparteien und rechts: Aha! Pfui! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es liegt weiter folgender Antrag Löbe, Gröber, v. Payer, Dr. Graf v. Posadowsky und Dr. Heinze vor:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, einen Ausschuß für die Friedensverhandlungen einzusetzen und in demselben die Präsidenten und 28 Mitglieder zu berufen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Damit ist unsere heutige Tagesordnung erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. Anfragen Nr. 68, 70, 71, 73, 74, 77, 80, 83, 84, 85, 87, 88 und 94; 2. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919; 3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt; 4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 8 Uhr 37 Minuten.)

35. Sitzung.

Freitag den 11. April 1919.

Anfragen. — Sommerzeit. — Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt. — Änderung des Kriegssteuergesetzes.

Geschäftliches: Eingegangene Vorlagen. Staatenausschuß. Mandatsniederlegung. Ausschüsse. Urlaub.

Grußaustausch mit dem Weimarer Landtag.

Anfragen: Nr. 68, Erkelenz usw.: Bedrückung der Gewerkvereine: Erkelenz (D. D.). — Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat.

Nr. 70, Davidsohn: Tagessold lazarettkranker Soldaten aus 1914/18 gegenüber dem lazarettkranker jetziger Freiwilligen. Erledigt.

Nr. 71, Dr. Fleischer usw.: Eingriff der tschecho-slowakischen Regierung in Besitz- und Eigentumsrechte des Bistums Breslau: Dr. Fleischer (Ztr.) — Dr. Simons, Ministerialdirektor.

Nr. 73, Laverrenz, D. Traub: Haftung für die Schäden bei den Berliner Straßenkämpfen: Laverrenz (D. Nat.) — Frhr. v. Wilser, Geheimer Ober-Regierungsrat.

Nr. 74, Alpers: Nichtverwendung großer Heeresvorräte in Hannover: Alpers (b. f. F.) — Dr. Keck, Regierungskommissar.

Nr. 77, Dr. Philipp usw.: Erneuerung von Nr. 59 über Erpressung städtischen Geldes beim Generalstreik in Leipzig: Dr. Philipp (D. Nat.). — Schulz, Oberst, sächsischer Militärbevollmächtigter.

Nr. 80, Schwarz (Hessen-Nassau), Becker (Nassau): Befreiung eines internierten Bataillons aus Erbach: Schwarz (Hessen-Nassau) (Ztr.). — Dr. Hemmer, Regierungskommissar.

Nr. 83, Szczeponik: Zwangsweise Zurückbehaltung Reichsdeutscher in Polen: Szczeponik (Ztr.). — Dr. Simons, Ministerialdirektor.

Nr. 84, Biener, Dr. Philipp: Behandlung deutscher, beim Rückmarsch aus Rumänien und Serbien gefangener Truppen: Biener (D. Nat.). — Dr. Hemmer, Regierungskommissar.

Nr. 85, Wetzlich usw.: Beabsichtigte Schließung von Hochschulen durch Einzelregierungen: Wetzlich (D. Nat.). — Frhr. v. Wilser, Geheimer Ober-Regierungsrat.

Nr. 87, Brodauf usw.: Fürsorge für Kriegsbeschädigte usw.: Brodauf (D. D.). — Waitz, preußischer Oberst.

Nr. 88, Baerecke usw.: Sicherung von Leben und Eigentum der Landwirte: Jandrey (D. Nat.). — Frhr. v. Welser, Geheimer Ober-Regierungsrat.

Nr. 94, Dr. Heinze usw.: Festhalten an der Kontingentierung des Zeitungsdruckpapiers: Dr. Heinze (D. Vp.). — Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat.

Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919.

Erste Beratung: Dr. Köbner, Geheimer Admiralitätsrat. — Bornhardt, preußischer Geheimer Ober-Bergrat. — Dr. Rohmer, bayerischer

Ministerialdirektor. — Kenngott (S.). — Diez (Ztr.). — Dr. Hartmann (Oppeln) (D. Nat.). — Koch (Merseburg) (D. D.). — Schultz (Bromberg) zur Geschäftsordnung. — Dusche (D. Vp.) desgl. — Geyer (Leipzig) (U. S.) desgl. — Zweite Beratung.

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt: Grünewald (D. D.). — Warmuth (D. Nat.). — Landsberg, Reichsjustizminister — D. Dr. Kahl (D. Vp.). — Haase (Berlin) (U. S.). — Dr. Spahn (Ztr.). — Hampe (D. Nat.) (Hosp.).

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916.

Nächste Tagesordnung: Schultz (Bromberg) (D. Nat.). — Brey (S.). — v. Payer (D. D.). — Gröber (Ztr.)

Die Sitzung wird um 3 Uhr 26 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen. Ein Verzeichnis der neu eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Dr. Pfeiffer:** Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfeiertag;
2. Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft;
3. Abkommen über die Zerstörung von auf den Alandsinseln angelegten Befestigungen und anderen militärischen Anlagen.

Präsident: Im Staatenausschuß haben folgende Veränderungen stattgefunden. Es sind ernannt:

I. von Preußen: zu Mitgliedern: die Staatsminister Dr. am Zehnhoff, Oeser und Stegerwald; zu stellvertretenden Mitgliedern: der Dirigent bei der Preußischen Staatsregierung, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Nobis, der vortragende Rat bei der Preußischen Regierung (Staatsministerium), Geheime Regierungsrat Valentiner, der Oberst im Kriegsministerium v. Redern;
II. von Württemberg: zum Mitgliede: der Kultusminister Heymann;
III. von Hessen: zum stellvertretenden Mitglied: der Präsident des Landesrats für das Bildungswesen Dr. Strecker;
IV. von Schwarzburg-Rudolstadt: zum Mitgliede: der Staatsminister, Wirkliche Geheime Rat Freiherr von der Recke.

Aus dem Staatenausschuß ausgeschieden sind:

die preußischen Minister Ernst und Hoff, der Ministerialdirektor Dr. Esser (Elsaß-Lothringen) und der hessische Ministerialdirektor Urstadt; die Ernennung des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrats Dr. Nobis zum stellvertretenden Mitglied für Elsaß-Lothringen ist als erloschen anzusehen.

Das Mitglied der Nationalversammlung Buck, gewählt für den 28. Wahlkreis, hat sein Mandat niedergelegt. Das Erforderliche ist veranlaßt.

In unseren Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Boerschmann, Weilnböck die Abgeordneten Michelsen, Koch (Düsseldorf); in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Hasenzahl der Abgeordnete Schmidt (Frankfurt); in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Raschig, Hofmann (Ludwigshafen) die Abgeordneten Dr. Neumann-Hofer, Farwick; in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Schumann, Trinks, Bahr, Nitzschke, Dr. Dernburg die Abgeordneten Stahl, Stock, Schmidthals, Dr. Dernburg, Bahr; in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Knollmann, Frau Teusch (Cöln), Bergmann die Abgeordneten Koch (Düsseldorf), Allekotte, Jaud; in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Hoch, Dr. Hitze, Heimann, Davidsohn, Pinkau, Pokorny, Schultz (Bromberg), Frau v. Gierke, Dr. Düringer, D. Dr. Kahl, Dr. Mausbach, Frau Dransfeld die Abgeordneten Frau Juchacz, Dr. Kaas (Trier), Pinkau, Pokorny, Dr. Sinzheimer, Frau Pfülf, Frau v. Gierke, Dr. Düringer, Frau v. Gierke, Dr. Graf zu Dohna, Koch (Münster), Frau Neuhaus.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten: Herrn Witthoefft für 2 Tage, Herrn Osterroth für 4 Tage, Frau Kloß für 6 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Vesper für 14 Tage wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; der Urlaub ist bewilligt.

In der Eröffnungssitzung des Weimarischen Landtags hat der Herr Alterspräsident freundlich unserer Versammlung gedacht:

Wir wollen nicht an die Arbeit herantreten, ohne unserer großen Schwester, der Nationalversammlung, zu gedenken und ihr unseren Gruß zu entbieten.

Ich will nicht unterlassen, der Landesversammlung in Weimar freundliche Grüße und herzlichen Dank auszusprechen und die besten Wünsche für die Tagung damit zu verbinden. (Bravo!)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf: Anfrage Nr. 68, Erkelenz und Genossen (Nr. 179 der Drucksachen). Zur Verlesung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter:

In verschiedenen Städten des Reichs wird von radikalen Elementen auf die organisierten Arbeiter ein Druck ausgeübt, sie zum Austritt aus ihren Gewerkvereinen und zum Übertritt in die freien Gewerkschaften zu bewegen. Beim Abschluß von Tarifverträgen wird von derselben Seite die Teilnahme anderer Arbeiterverbände abgelehnt. Am 8./9. März d. J. hat der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilmachung für Thüringen in Weimar einen Vertragsabschluß vermittelt, wonach nur Arbeiter, die in freien Gewerkschaften organisiert sind, neu eingestellt werden dürfen.

Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt? Welche Schritte gedenkt sie zu tun, um das freie Koalitionsrecht im demokratischen Staat zu schützen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Geheime Regierungsrat Herr Dr. Trendelenburg.

Dr. **Trendelenburg**, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Regierung steht auf dem Boden der Koalitionsfreiheit und verurteilt jede Beeinträchtigung derselben, von welcher Seite sie auch ausgehen möge. Sie wird die Aufnahme besonderer gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechts bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Arbeitsrechts erwägen. Schon jetzt hat das Reichsarbeitsministerium, wenn ihm Klagen über **Ausübung eines unzulässigen Drucks oder Zwangs** seitens einer Gewerkschaftsrichtung gegen eine andere zugegangen sind, die Beteiligten auf die hohe Bedeutung der Wahrung voller Koalitionsfreiheit wiederholt ernstlich hingewiesen. Tarifverträge, in denen vereinbart wäre, daß nur Angehörige einer bestimmten Gewerkschaft oder Gewerkschaftsrichtung eingestellt werden dürften, würden insoweit vom Reichsarbeitsministerium nicht für allgemein verbindlich erklärt werden können.

Daß der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilmachung in den Thüringischen Staaten einen Vertragsabschluß vermittelt hätte, wonach nur Arbeiter, die in freien Gewerkschaften organisiert sind, neu eingestellt werden dürften, trifft nicht zu. Es ist richtig, daß am 8. März 1919 in Weimar im Beisein des Staatskommissars Vertreter des Streikausschusses der Arbeiterschaft der Aktiengesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf die Forderung aufgestellt haben, daß in ihrem Betriebe nur noch in freien Gewerkschaften organisierte Arbeiter neu eingestellt werden dürften. Hierbei handelte es sich aber um eine einseitige Erklärung der Arbeiterschaft, zu der seitens des Staatskommissars für Demobilmachung keine Stellung genommen worden ist. Die Mitwirkung des Staatskommissars hat sich auf seine Zusicherung beschränkt, die Vermittlung für Einigungsverhandlungen zwischen Werksleitung und Arbeiterschaft zu übernehmen.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 70, Davidsohn (Nr. 187 der Drucksachen) und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Davidsohn. (Zurufe.) — Herr Davidsohn ist nicht da; die Sache ist damit erledigt.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 71, Dr. Fleischer und Genossen (Nr. 188 der Drucksachen). Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Fleischer.

Dr. **Fleischer**, Abgeordneter:

Am 12. März 1919 erschien ohne vorherige Benachrichtigung des Breslauer Fürstbischofs oder der Fürstbischöflichen Kameraldirektion eine tschecho-slowakische Kommission im Gebäude der Fürstbischöflichen Kameraldirektion zu Johannesberg, bestehend aus Ministerialsekretär Dr. Malinsky, Ökonomiedirektor Peyr und Forstdirektor Seplary.

Diese erklärten, vom tschecho-slowakischen Landwirtschaftsminister beauftragt zu sein, die Bistumgüter auf Grund der vom österreichischen Ministerium am 29. Juli 1916 erlassenen Verordnung in zwangsweise Verwaltung zu übernehmen. Infolgedessen bezieht der Breslauer Fürstbischof seit dem 12. März 1919 keinerlei Einkommen mehr aus den Bistumgütern. Sämtliche Revenüen fließen in die Prager Postsparkassen. Selbst die aus der Nutznießung vor dem 12. März d. J. stammenden Geldguthaben und Depositen des Fürstbischofs sind beschlagnahmt und der Prager Postsparkasse überwiesen worden.

Diese von der **tschecho-slowakischen Republik** getroffenen Maßnahmen erweisen sich als gewaltsame, durch nichts zu rechtfertigende **Eingriffe in das Privateigentumsrecht des Fürstbistums Breslau,** beziehungsweise der Hohen Domkirche zu Breslau und werden um so härter empfunden, als der jeweilige Breslauer Fürstbischof als rechtmäßiger Nutznießer des Bistums Breslau nicht nur reichsdeutscher, sondern auch österreichischer Staatsangehöriger ist. Der Breslauer Bistumbesitz ist mit keinem Lehensbande behaftet, sondern durch rechtmäßigen Kauf in den freien Besitz des Bistums Breslau gelangt; demgemäß sind die Bistumherrschaften Johannesberg, Freiwaldau, Friedeberg und Zuckmantel als freieigentümliche Dotationskörper des Bistums Breslau in der Landtafel beurkundet. Als solche stellen sie ein Zweckvermögen der gesamten ungeteilten Diözese Breslau dar, die sich auch über weite reichsdeutsche Gebiete erstreckt. Dementsprechend haben Millionen reichsdeutscher Breslauer Diözesanen ein berechtigtes Interesse daran, daß die Besitz- und Eigentumsrechte des Breslauer Bistums unangetastet bleiben und jeder unbefugte staatliche Eingriff in diese oder die Verwaltung der Breslauer Bistumherrschaften hintangehalten wird. Diese Forderung dürfen sie mit um so größerem Nachdruck erheben, als die tschecho-slowakische Republik bei der militärischen Besetzung des Sudetenlandes, in dem die Breslauer Bistumherrschaften liegen, durch den Leiter der derzeitigen Regierung in Troppau die feierliche Erklärung abgegeben hat, das Privateigentum achten und schützen zu wollen.

Wir fragen hiermit an: Ist der Reichsregierung der gewaltsame, in keiner Hinsicht begründete Eingriff der tschecho-slowakischen Regierung in die Besitz- und Eigentumsrechte des Bistums Breslau bekannt? Was gedenkt sie gegen diesen unerhörten Rechtsbruch und die dadurch bedingte schwere Kränkung und Benachteiligung von Millionen deutscher Staatsangehörigen zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage ist noch niemand angemeldet. (Hört! hört!) Vielleicht kommt noch ein Regierungskommissar, der die Anfrage im Laufe des Nachmittags beantworten wird. (Zuruf vom Regierungstisch.) — Sie wird beantwortet werden[1]).

Ich rufe nunmehr auf Anfrage Nr. 73, Laverrenz, D. Traub (Nr. 192 der Drucksachen.) Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Laverrenz.

Laverrenz, Abgeordneter:

Bei den schweren Unruhen und Straßenkämpfen, die sich im Januar und März in Berlin abgespielt haben, sind **durch Kampfhandlungen,** Plünderungen und Einbrüche Sachschäden und Verluste

[1]) Antwort vgl. S. 2371.

an Privateigentum in so außerordentlicher Höhe entstanden, daß die **Stadt Berlin** wirtschaftlich zusammenbrechen müßte, falls sie auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850[1]) für die **entstandenen Schäden zu haften** hätte. Wiederholt ist der Magistrat Berlin bei der Staatsregierung vorstellig geworden, daß dieses Gesetz auf die erwähnten Schäden nicht angewendet werden könne, da letztere auf Ereignisse zurückzuführen wären, die eine Folge der Revolution seien. Die Aufrollung dieser Zuständigkeitsfrage droht die Auszahlung der Entschädigungen zu verschleppen, wodurch viele der Betroffenen in die bitterste Not geraten würden.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Entschädigungsfrage möglichst bald in befriedigender Weise zu lösen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser,** Geheimer Ober-Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Regierungskommissar: Der Entwurf eines Gesetzes über die durch die **inneren Unruhen verursachten Schäden,** der eine Verteilung der zu ihrem **Ersatz** aufzubringenden Mittel auf Reich, Staat und Gemeinde vorsieht, ist nach Beratung mit den zuständigen

---

[1]) **Das preußische Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens** vom 11. März 1850 bestimmt in seinen hier in Betracht kommenden Vorschriften:

§ 1. Finden bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlaufe von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln Beschädigungen des Eigentums oder Verletzungen von Personen statt, so haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden.

§ 4. Hat in einer Gemeinde eine Beschädigung der im § 1 gedachten Art stattgefunden, so ist der Vorstand der Gemeinde berechtigt und auf Ansuchen des Beschädigten verpflichtet, den angerichteten Schaden vorläufig zu ermitteln und festzustellen. Bei dieser Ermittlung sind die Interessenten, so weit als möglich, zuzuziehen.

§ 5. Wer von der Gemeinde Schadenersatz fordern will, muß seine Forderung binnen 14 Tagen präklusivischer Frist, nachdem das Dasein des Schadens zu seiner Wissenschaft gelangt ist, bei dem Gemeindevorstande anmelden und binnen 4 Wochen präklusivischer Frist nach dem Tage, an welchem ihm der Bescheid des Gemeindevorstandes zugegangen ist, erforderlichenfalls gerichtlich geltend machen.

§ 6. Bezüglich der Entschädigungspflicht derjenigen Personen, welchen eine solche nach Maßgabe der besonderen Gesetze obliegt, wird durch vorstehende Bestimmungen nichts geändert. Der Gemeinde, welche ihrer Entschädigungspflicht Genüge geleistet hat, steht der Regreß an die für den Schaden nach allgemeinen Grundsätzen Verhafteten zu.

Vergl. hierzu § 11 der „Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der dem Gesetze schuldigen Achtung" vom 17. August 1835, wonach für Tumultschäden außer den Urhebern alle diejenigen als Gesamtschuldner haften, die sich bei einem Auflaufe irgendeine gesetzwidrige Handlung haben zuschulden kommen lassen, sowie alle Zuschauer, die sich nach dem Einschreiten der Polizei nicht sofort entfernen oder beim Einschreiten der bewaffneten Macht noch anwesend sind.

Ressorts im Reichsministerium des Innern fertiggestellt und liegt zurzeit dem Staatenausschuß vor.

Der Entwurf wird daher demnächst der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 74. Alpers (Nr. 193 der Drucksachen). Ich erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Alpers.

Alpers, Abgeordneter:

> In **Hannover** sind sehr große **Vorräte an Heeresgut** aufgehäuft. Konserven in Schwarzblech, für den Osten bestimmt, werden nicht abgefordert und verderben.
>
> Elektrische Motoren in großer Zahl, von der Industrie dringend benötigt, verderben; Berge von Trocken-Elementen sind bereits verdorben.
>
> Riesige Mengen an Kupferdraht von vielen zehntausenden Kilometern Länge könnten den Bedarf der Überlandzentralen vollständig decken und Tausenden von Arbeitswilligen lohnenden Verdienst geben.
>
> Alle Vorräte sind bei dem Mangel an zuverlässigem militärischen Schutze ständig der Gefahr der Veruntreuung ausgesetzt. Große Werte sind bereits auf diese Weise dem Reiche verloren gegangen.
>
> Ist der Herr Reichskanzler bereit, Anweisung zu geben, daß der eigene Bedarf des Reichs schleunigst festgestellt und der Rest durch die zuständigen Stellen in Hannover zum Verkaufe freigegeben wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Keck.

Dr. **Keck,** Kommissar der Reichsregierung: Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Alpers beehre ich mich zu erklären:

Nach den angestellten Ermittlungen trifft es nicht zu, daß in **Hannover große Vorräte** an für den Osten bestimmten Schwarzblechkonserven angehäuft sind, die dort verderben. Die Bestände an Fleischkonserven in Hannover werden zurzeit zur Versorgung des Korpsbereichs des Ostheeres dringend benötigt. Einem Verderb sind sie nicht ausgesetzt, da sie sachgemäß eingelagert sind. Ein Teil der ältesten Bestände ist bereits zur Verteilung an die Bevölkerung freigegeben; weitere Freigaben sind in die Wege geleitet.

Die in Hannover befindlichen Elektromotoren, von denen nur sechs gebrauchsfähig sind, sind Beutegut und stehen zur Verfügung des Feindbundes. Es ist ferner nicht zutreffend, daß große Mengen an Trockenelementen in Hannover verdorben sind. Es lagern dort nur im Dienst unbrauchbar gewordene Trockenelemente, die von verschiedenen Truppenteilen abgegeben worden sind.

An elektrischem Gut lagern im Korps-Nachrichtenpark Hannover ungefähr 280 Tonnen Kupferdraht, gleich einer Leitungslänge von 3692 Kilometer Fernsprechdoppelleitung. Bis zur Einstellung der Feindseligkeiten im Osten muß diese Menge Kupferdraht zur Verfügung der

Heeresverwaltung gehalten werden, und zwar zum Ausbau der Fernsprechnetze im Gebiet des Grenzschutzes Ost. Der Überschuß wird der Reichstelegraphenverwaltung überlassen werden, die unbedingt auf denjenigen Kupferdrahtbestand gebracht werden muß, den sie durchschnittlich vor dem Kriege zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes besaß.

Die sorgfältige Aufbewahrung der Vorräte in Hannover ist gewährleistet und wird durch die Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes dauernd kontrolliert.

Es sind bereits seit längerer Zeit zwischen dem Kriegsministerium und dem Reichsmarineamt einerseits und dem Reichsschatzministerium andererseits Verhandlungen im Gange, in denen der genaue Bedarf der Heeres- und Marineverwaltung festgestellt wird. Die Ermittlungen sind durch die Ungewißheit der genauen Bestände und der Heeresstärke gehemmt gewesen. Beide Angaben liegen demnächst genau vor; es wird dann der endgültige Verteilungsplan aufgestellt werden. Bis dahin ist eine Regelung dahin getroffen worden, daß grundsätzlich 50 Prozent der gesamten vorhandenen Bestände verwertet werden dürfen.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 77, Dr. Philipp und Genossen (Nr. 196 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter:

> Die Regierung hat auf die Anfrage 59 (Drucksache 140), betreffend **Erpressung von 400 000 Mark aus Mitteln der Stadt Leipzig** mittels militärischer Waffengewalt in der Sitzung der Nationalversammlung am 25. März 1919 geantwortet, die Erörterung sei noch nicht zum Abschluß gebracht und die Regierung deshalb nicht in der Lage, eine entscheidende Antwort zu geben.
>
> Wir fragen an, ob die „Erörterung" in der Frage jetzt so weit gediehen ist, daß die Regierung in der Lage ist, Auskunft zu geben, ob sie Maßnahmen zu treffen gedenkt, „um in Zukunft solchen Mißbrauch der militärischen Gewalt zu verhüten".

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr sächsische Militärbevollmächtigte Oberst Schulz.

Schulz, Oberst, sächsischer Militärbevollmächtigter: Namens der sächsischen Regierung habe ich zu erklären:

Bei dem letzten Generalstreik zu **Leipzig** ist der dortige Oberbürgermeister unter Bedrohung mit militärischer Waffengewalt gezwungen worden, eine **Anweisung auf Zahlung von 400 000 Mark** aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. (Hört! hört!)

Die sächsische Regierung ist entschlossen, durch ausreichenden und zuverlässigen militärischen Schutz der öffentlichen Behörden und Kassenstellen dafür zu sorgen, daß derartige Versuche künftig nicht wieder Erfolg haben.

Gegen die an der Bedrohung nach der Anzeige des Oberbürgermeisters beteiligten Personen ist die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Wegen der Strafverfolgung der Mitglieder der Nationalversammlung Friedrich Geyer und Dr. Kurt Geyer (lebhafte Rufe: Hört! hört!) ist die Entschließung der Nationalversammlung beantragt.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 80, Schwarz (Hessen-Nassau), Becker (Nassau) (Nr. 203 der Drucksachen) und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Schwarz (Hessen-Nassau).

Schwarz (Hessen-Nassau), Abgeordneter:

> Das **Landsturm-Infanterie-Bataillon Erbach** XVIII/16 wurde nach Abschluß des Waffenstillstandes auf dem Rückweg zur Heimat in Kronstadt (Siebenbürgen) interniert. Seit Ende Januar fehlt jede direkte Nachricht. Dagegen liegen von Flüchtlingen des Bataillons glaubwürdige Berichte vor, nach denen dasselbe anfangs Februar nach Belgrad zur Zwangsarbeit verschleppt worden ist. Verpflegung, Behandlung und Unterkunft sind nach Aussagen der Flüchtlinge menschenunwürdig; jede Korrespondenz mit der Heimat ist untersagt.
>
> Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine Befreiung oder doch mindestens eine menschenwürdige Behandlung der Angehörigen des Bataillons durchzusetzen, zumal es sich nicht um Kriegsgefangene, sondern um Internierte handelt?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Hemmer.

Dr. **Hemmer,** Kommissar der Reichsregierung: Sofort nach Bekanntwerden der ersten Nachrichten über die Internierung und schlechte Behandlung des Generalkommandos 63 und der 4000 Mann Wirtschaftstruppen, die in Kronstadt interniert wurden und zu denen das **Landsturm-Infanterie-Bataillon XVIII/16 Erbach** gehört, wurde von der Waffenstillstandskommission mit Note vom 17. Dezember 1918 energischer Protest erhoben und die Intervention der Entente zu ihren Gunsten bei der rumänischen Regierung erbeten. Mit Note vom 21. Dezember 1918 teilte General Nudant mit, daß Marschall Foch ein Eingreifen abgelehnt habe. Am gleichen Tage stellte die deutsche Antwortnote fest, daß die Alliierten, trotzdem ihnen bekannt sein mußte, in welch furchtbarer Lage sich vor Abschluß des Bukarester Friedens die deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien befanden, die einfachste Pflicht der Menschlichkeit zugunsten dieser Gefangenen einzutreten, abgelehnt haben. (Hört! hört!) Am 25. Februar gelangte an die deutsche Waffenstillstandskommission Abschrift eines Schreibens des Kriegsministeriums Berlin, das am 21. Februar an den Vorsitzenden der amerikanischen Delegation in Berlin, General Harries, übergeben worden war. Darin war ausgeführt, daß das Generalkommando 63 und die übrigen Stäbe und Offiziere nach Temesvar, die Wirtschafts-

truppen jedoch nach Serbien verschleppt worden seien. Die am 26. Februar daraufhin überreichte deutsche Note wies darauf hin, daß die Unterkunft und Verpflegung der Offiziere und Mannschaften überaus schlecht sei, und unterstützte die an General Harries gerichtete Bitte, den augenblicklichen Abtransport der Internierten nach der Heimat zu veranlassen, auf das eindringlichste. Am 8. März wurde in einer erneuten Note an die Beantwortung der Anfrage vom 26. Februar erinnert. Als bis zum 26. März trotz alledem keinerlei Antwort erfolgt war, und neue sehr schlechte Nachrichten über die Behandlung der Offiziere und Mannschaften aus Temesvar und Serbien eintrafen, richtete die deutsche Waffenstillstandskommission eine neue, ausführliche und eindringliche Note an General Rubant, in der auf das Vertragswidrige der Internierung hingewiesen wurde. Ihre Begründung durch Artikel 5 des Waffenstillstandsabkommens vom 3. November 1918 zwischen Österreich-Ungarn und der Entente sei nicht stichhaltig, vielmehr müsse Artikel 12 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zwischen Deutschland und der Entente Anwendung finden, der nur bestimmt, daß alle deutschen Truppen österreichisch-ungarischen Boden unverzüglich zu verlassen hätten. Irgendeine Frist sei nicht gesetzt. Besonders scharfer Protest wurde gegen die Verschleppung der 4000 Mann nach Serbien und ihre Verwendung zu schweren Bahn-, Straßen- und Bergwerksarbeiten erhoben, die einen offenkundigen Bruch der völkerrechtlichen Vereinbarungen darstelle, da selbst bei Anwendung des Artikel 5 des Waffenstillstandsvertrages vom 3. November 1918 nur von einer Internierung, niemals aber von einer Kriegsgefangenschaft die Rede sein könne. Sofortige Freilassung der internierten Stäbe und Truppen und bis zur Durchführung ihres Abtransports Aufhebung der menschenunwürdigen Behandlung und geregelter Nachrichtenverkehr wurden mit Nachdruck gefordert. Am 31. März 1919 beantwortete Marschall Foch die letzterwähnte Note vom 26. März 1919 dahin, daß die 4000 in Serbien als Arbeiter beschäftigten deutschen Soldaten gemäß Artikel 5 des Waffenstillstandsvertrages vom 3. November 1918 zwischen Österreich-Ungarn und der Entente ordnungsgemäß interniert seien und ihre Heimschaffung nicht in Betracht gezogen werden könne. (Hört! hört!) Die 140 zu diesen 4000 Soldaten gehörigen Offiziere, darunter zwei Generale, befänden sich noch in Temesvar, aber der Marschall habe bereits dem serbischen Oberkommando befohlen, sie in die Gebiete zu überführen, in denen ihre Truppen jetzt interniert waren. Daraufhin ist am 8. April 1919 ein erneuter feierlicher Protest gegen diese, jedem Völkerrecht ins Gesicht schlagende Anordnung des Marschalls Foch abgegangen. Die Verantwortung für das Schicksal der bis zum letzten Augenblick auf ihrem Posten ausharrenden braven Offiziere und Truppen trifft allein die Entente. Seitens der deutschen Waffenstillstandskommission ist alles geschehen, was in ihrer Kraft lag.

Im übrigen ist die holländische Regierung gebeten worden, den Schutz und die Fürsorge für die deutschen Gefangenen in Serbien zu übernehmen. Außerdem ist der Versuch gemacht worden, durch Vermittlung der ungarischen Gewerkschaften den in Serbien befindlichen Gefangenen Geldmittel zugehen zu lassen. Die Reichszentrale für Zivil- und Kriegsgefangene hat zu diesem Zweck eine erhebliche Summe zur Verfügung gestellt. Inwieweit sich der Plan hat verwirklichen lassen, kann zurzeit nicht gesagt werden, da zwei Tage, nachdem die Vereinbarungen getroffen waren, in Ungarn der politische Umschwung eintrat. Doch geschieht alles, um den Gefangenen in Serbien ihr schweres Los zu erleichtern.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 83, Szczeponik und Genossen (Nr. 208 der Drucksachen). Zu ihrer Verlesung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Szczeponik.

Szczeponik, Abgeordneter:

> Ist der Reichsregierung bekannt, daß **Reichsdeutsche,** welche in **Polen** als Privatbeamte gewirkt haben und die dort zur Aufgabe ihrer Stellung gezwungen worden sind, die Erlaubnis nicht erlangen können, vorübergehend nach Deutschland zu kommen und demnächst endgültig mit ihrer Habe nach Deutschland zurückzukehren?
>
> Was gedenkt die Reichsregierung dagegen zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Simons.

Dr. **Simons,** Ministerialdirektor: Meine Damen und Herren! Diese Angelegenheit gehört zur Zuständigkeit des Reichsministeriums des Äußern und zugleich des Reichsministeriums des Innern. Das Material dafür ist von Berlin bestellt worden, es ist aber noch nicht eingegangen. Infolgedessen kann auf die Einzelheiten noch keine Antwort erteilt werden. Die Angelegenheit wird mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt und, sobald das Material eingegangen ist, wird darauf zurückgekommen werden.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 84 Biener, Dr. Philipp (Nr. 209 der Drucksachen). Zu ihrer Verlesung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Biener.

Biener, Abgeordneter:

> Bei dem **Rückmarsch der deutschen Truppen aus Rumänien und Serbien** in den Monaten September und Oktober 1918 sind zahlreiche gesunde und kranke Heeresangehörige in Gefangenschaft geraten. Über die Behandlung und Versorgung dieser armen Menschen durch die Feinde sind sehr schlimme Nachrichten bekannt geworden, insbesondere sind sie in völkerrechtswidriger Weise von ihren Angehörigen und diese von ihnen ohne jede Nachricht.

Die bisher unternommenen Versuche der Angehörigen, bei den zuständigen militärischen Stellen und dem Roten Kreuz Auskunft über das Schicksal der Gefangenen zu erhalten, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie zugunsten der Gefangenen zu unternehmen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Hemmer.

Dr. **Hemmer**, Kommissar der Reichsregierung: Es ist der Reichsregierung bekannt, daß bei dem **Rückmarsch der deutschen Truppen aus Rumänien und Serbien** in den Monaten September und Oktober 1918 Heeresangehörige des ehemaligen Armeeoberkommandanten Mackensen in Gefangenschaft geraten sind. Es sind der deutschen Regierung auch ernste Klagen über die Behandlung und Versorgung der in Gefangenschaft Geratenen, insbesondere über deren Abschließung von jeglichem Briefverkehr mit den Angehörigen in Deutschland zugegangen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat unter Berufung auf die internationale Vereinbarung und auf die Gesetze der Menschlichkeit gegen diese Behandlungsweise bei dem Oberkommando der alliierten Armeen nachdrücklichen Protest eingelegt. Es ist eine menschenwürdige Behandlung und ausreichende Versorgung gefordert worden, außerdem, daß unverzüglich alles veranlaßt wird, um eine geregelte Nachrichtenverbindung zwischen diesen deutschen Heeresangehörigen und der Heimat einzurichten.

Es haben sich bereits das Internationale Rote Kreuz in Genf für die in Serbien befindlichen und das Zentralkomitee vom Roten Kreuz Berlin für die in Rumänien befindlichen Gefangenen der Postbeförderung angenommen. Doch besteht eine Gewähr für eine sichere Beförderung zurzeit noch nicht. Den Schutz und die Fürsorge für die in Rumänien befindlichen Gefangenen hat die Schweiz übernommen. Für die in Serbien befindlichen Gefangenen sowie für die dort unternommene Hilfsaktion wird auf die in der Beantwortung der Anfrage 80 mitgeteilten Angaben verwiesen.

Eine Antwort der Alliierten auf die obenerwähnte Note ist bisher nicht eingegangen. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird die Frage der Besserung des Loses der in Rumänien und Serbien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen ständig im Auge behalten und nach angemessener Frist erneut in dem Sinne der überreichten Note vorstellig werden, wenn dieselbe eine Besserung der Lage nicht herbeigeführt hat

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 85, Wetzlich und Genossen (Nr. 210 der Drucksachen). Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Wetzlich.

Wetzlich, Abgeordneter:

Akademische Kreise werden beunruhigt durch die angebliche Absicht der Regierung, **Universitäten und Hochschulen** zu schließen, um auf die akademische Jugend einen Zwang auszuüben, sich ausnahmslos für militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Bei dem Vaterlandssinn unserer Studentenschaft setzen wir als selbstverständlich voraus, daß die gesamte wehrfähige Jugend einem Aufruf zur Verteidigung des Vaterlandes in unbedingtem nationalen Pflichtbewußtsein Folge leisten wird. Aber eine vollkommene Schließung der Hochschulen wäre nicht nur ein Akt der Ungerechtigkeit, sondern auch gegen das allgemeine Interesse, zumal ein erheblicher Teil der Studierenden im gegenwärtigen Zwischensemester aus Kriegsbeschädigten und ehemaligen aktiven, namentlich älteren Offizieren besteht, die, physisch und geistig durch den Krieg mitgenommen, bestrebt sein müssen, sich endlich eine Existenz zu schaffen.

Ist die Reichsregierung imstande und bereit, eine Auskunft zu erteilen, ob solche Absichten einer vorläufigen Schließung der Hochschulen durch die Einzelregierungen bestehen, und ist sie gewillt, ihren Einfluß bei den Einzelregierungen gegen solche Absichten geltend zu machen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Geheime Ober-Regierungsrat Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser**, Geheimer Ober-Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist nicht bekannt, daß von den Regierungen der deutschen Gliedstaaten, die Universitäten und sonstige Hochschulen besitzen, der Gedanke einer vorläufigen **Schließung der Universitäten und Hochschulen** erwogen wird, um auf die studierende Jugend einen Zwang zum Eintritt in die Reichswehr auszuüben. Soweit Preußen in Frage kommt, hat der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ausdrücklich bestätigt, daß dort die erwähnte Absicht nicht bestehe.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 87, Brodauf und Genossen (Nr. 212 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Brodauf.

Brodauf, Abgeordneter:

Die Fürsorge, die den **Kriegsbeschädigten** und **Hinterbliebenen von Kriegern** nach den bestehenden Gesetzen zuteil wird, ist, wie allgemein anerkannt wird, unzulänglich. Die Renten reichen auch mit den Teuerungszuschlägen nicht aus, Not und Elend fernzuhalten.

Ist der Reichsregierung die bestehende Notlage bekannt, wie sie besonders in der „Denkschrift an die Nationalversammlung vom freien wirtschaftlichen Verband Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich" dargelegt wird?

Ist sie gewillt, alsbald die nötigen Schritte zu tun, daß die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen den jetzigen Verhältnissen entsprechend neu geregelt wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Oberst Waitz.

Waitz, Oberst, Kommissar der Reichsregierung: Schon vor dem Kriege hatte sich gezeigt, daß die **Militärversorgungsgesetze** der fortschreitenden Entwicklung nicht mehr entsprechen. Während des Krieges trat die Unzulänglichkeit der Gesetze, die durch die getroffenen Einzelmaßnahmen wohl gemildert, aber nicht behoben werden konnte, immer mehr hervor, so daß umfangreiche Entwürfe zu abändernden Gesetzen zur Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften fertiggestellt worden waren.

Die Umgestaltung aller Verhältnisse macht eine völlige Umarbeitung dieser Entwürfe notwendig. Infolge der Ungewißheit unserer wirtschaftlichen und politischen Lage, der Gestaltung unseres Geldwertes und der Ungeklärtheit des Ausbaues des künftigen Heeres fehlt die feste Grundlage für den Aufbau eines auch der Zukunft Rechnung tragenden Gesetzes.

Um die **Kriegsbeschädigten** und die **Hinterbliebenen** aber vor Not zu bewahren, ist die Heeresverwaltung dauernd bestrebt, im Verwaltungswege zu helfen. Neuerdings sind auch durch die Verordnungen der Reichsregierung und zwar vom 31. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1919 Seite 2) und vom 22. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 123) — mit Gesetzeskraft — wesentliche Verbesserungen geschaffen und die größten Härten der jetzigen Versorgungsgesetze erheblich gemildert worden. Besonders wichtig ist die Verordnung der Reichsregierung vom 1. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 149). Sie hat mit Wirkung vom 1. März 1919 ab eine völlige Änderung des Rechtsmittelverfahrens vorgenommen; bei allen Versorgungsansprüchen — auch denen, die sich auf die Frage der Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung, der Würdigkeit und Brauchbarkeit zum Beamten usw. erstrecken — ist gegen die im Verwaltungsverfahren getroffene Entscheidung der Rechtswege bei besonderen Fachgerichten (Militärversorgungsgerichten, Reichsmilitärversorgungsgericht) geschaffen worden. Auch die Mitwirkung von Laienrichtern aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten ist vorgesehen.

Solche Verbesserungen werden auch weiter fortgeführt, um unabhängig von der Gesamtumarbeitung der Gesetze die brennendsten Fragen zugunsten der Versorgungsberechtigten und der Hinterbliebenen zu lösen. Außerdem wird, soweit nur irgend möglich, im Unterstützungswege geholfen.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 88, Baerecke und Genossen (Nr. 213 der Drucksachen), und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Jandrey.

Jandrey, Abgeordneter:

> Die Sicherheit von Leben und Eigentum auf dem Lande verringert sich täglich. Plünderungen und Diebstähle an Vieh und

Lebensmitteln, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig oder zur Ablieferung an die Allgemeinheit bestimmt sind, mehren sich dauernd in allen Teilen des Reichs. Daneben wird die landbautreibende Bevölkerung neuerdings in immer steigendem Maße durch ungesetzliche Haussuchungen seitens unberechtigter Personen, insbesondere auch der Arbeiter- und Soldatenräte, aufs schwerste beunruhigt. Die Landgendarmerie ist an Zahl viel zu schwach, um irgend etwas Nennenswertes diesen ungesetzlichen Vorgängen gegenüber ausrichten zu können.

Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um Leben, Eigentum und Arbeitsmöglichkeit der Landwirte vor solchen ungesetzlichen Eingriffen zu schützen?

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser**, Geheimer Ober-Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist die Tatsache bekannt, daß vielfach **Plünderungen** und **Diebstähle an Vieh und Lebensmitteln** vorgekommen sind. Da zur Abwendung dieser Gefahren die ordentliche Polizei einschließlich der Gendarmerie häufig nicht ausreicht, so sollen, einer in Preußen gegebenen Anregung entsprechend, nach Möglichkeit Bürgerwehren aus zuverlässigen Mitgliedern aller Schichten der Bevölkerung, sei es durch völlige Neubildung oder im Anschluß an bestehende Vereine, geschaffen werden. Als geeignete Unterlage für die zu treffenden Maßnahmen, deren schleunige Durchführung den Behörden ans Herz gelegt ist, sind die vom Schutzverband deutscher Landwirte entworfenen Richtlinien empfohlen worden. Den Bevollmächtigten des Schutzverbandes soll jede Unterstützung in der Durchführung des Landschutzes zuteil werden.

Zu der Erfassung der ablieferungspflichtigen Erzeugnisse und zur Bekämpfung des Schleichhandels kann die Vornahme von Haussuchungen durch die zuständigen Behörden nicht entbehrt werden. Es ist aber stets daran festgehalten worden, daß die Anordnung solcher Haussuchungen in der Hand der zuständigen Behörden, insbesondere der Kommunalverbände und ihrer hierzu berufenen Vollzugsorgane, liegen muß. Das Reichsernährungsministerium hat aber wiederholt angewiesen, bei diesen Anordnungen und bei der örtlichen Überwachung die Bauern- und Arbeiterräte zuzuziehen, um hierdurch ein geordnetes, unparteiisches und wirksames Vorgehen zu sichern. Eigenmächtige Durchsuchungen und Beschlagnahmen von seiten einzelner Arbeiter- und Soldatenräte können nicht gebilligt werden. Soweit sie zur Anzeige gekommen sind, sind die betreffenden Arbeiter- und Soldatenräte sofort auf die Unzulässigkeit hingewiesen worden. Auch sind die im einzelnen Falle zuständigen örtlichen Polizeibehörden entsprechend verständigt. Im übrigen ist es Sache der zuständigen Landesbehörde, unzulässige Eingriffe zu verhindern.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 94, Dr. Heinze und Genossen (Nr. 221 der Drucksachen), und erteile zur Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze.

Dr. **Heinze**, Abgeordneter:

Sei dem 1. Juli 1916 wird das **Zeitungsdruckpapier** in Deutschland nach einem **Kontingentierungsschlüssel** möglichst gerecht an alle deutschen Tageszeitungen verteilt. Seitens einiger weniger Betriebe wird eine Agitation eingeleitet, um diese Kontingentierung aufzuheben. Eine solche Aufhebung würde bei der gegenwärtigen Situation des Papiermarktes die Gefahr in sich bergen, daß zahlreiche kleinere und mittlere wirtschaftliche Zeitungsbetriebe zugunsten von großen Betrieben zugrunde gerichtet werden könnten, da wenige Betriebe durch Kapital-Übermacht in der Lage wären, sich das verfügbare Zeitungspapier zu sichern.

Ist die Reichsleitung angesichts dieser Lage gewillt, dafür zu sorgen, daß vorläufig auf dem Gebiete der Verteilung des Zeitungsdruckpapiers an dem bisherigen System der Kontingentierung festgehalten wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Dr. Trendelenburg.

Dr. **Trendelenburg**, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung beabsichtigt zurzeit eine Aufhebung der **Kontingentierung für Zeitungsdruckpapier** nicht. Sie befindet sich dabei in Übereinstimmung mit der weitaus überwiegenden Mehrheit der deutschen Zeitungsverleger, wie sie in dem Verlegerbeirat der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe vertreten sind. Maßgebend für diese Stellungnahme ist der Umstand, daß infolge der bestehenden Arbeiter-, Kohlen- und Transportschwierigkeiten die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier zurzeit noch immer derartig beschränkt ist, daß der Bedarf der deutschen Presse bei weitem nicht gedeckt werden kann und infolgedessen eine behördliche Verteilung des erzeugten Papiers auf die einzelnen Betriebe nach wie vor erforderlich ist, um ihnen ein Existenzminimum zu gewährleisten und die Vernichtung zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe zu verhindern.

Die alsbaldige Aufhebung der Kontingentierung wird daher auch nur von einem geringen Teil der besonders kapitalkräftigen, großstädtischen Presse gefordert, bei der die Preisfrage keine Rolle spielt, und die infolgedessen bei Aufhebung der Kontingentierung in der Lage sein würde, sich zum Schaden der kleinen und mittleren Presse Papier in beliebigen Mengen zu verschaffen.

Einer Aufhebung der Kontingentierung für Zeitungsdruckpapier kann das Reichswirtschaftsministerium erst dann näher treten, wenn die erwähnten, der Papiererzeugung entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt sind und der Bedarf aller Zeitungen wieder in angemessenem Umfang aus der inländischen Erzeugung gedeckt werden kann. Wann

dieser Zeitpunkt eintreten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Es muß jedenfalls damit gerechnet werden, daß die Kontingentierung auch noch im nächsten Vierteljahr, wenn auch unter wesentlicher Milderung bestehen bleiben wird.

Präsident: Ich rufe nun noch auf Anfrage Nr. 71, die bereits verlesen ist. Ich erteile das Wort zur Beantwortung dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Simons.

Dr. **Simons**, Ministerialdirektor: Die Anfrage Nr. 71 konnte nicht sofort beantwortet werden, weil auch hier noch das Material erwartet wurde. Es ist inzwischen eingetroffen.

Auf die Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Fleischer und Genossen habe ich namens der Reichsregierung folgende Antwort zu geben:

Es ist der Reichsregierung bekannt, daß gegen das **Privateigentum des Fürstbistums Breslau**, das im Gebiete der **tschecho-slowakischen Republik** gelegen ist, durch die Regierung dieses Staates eine Beschlagnahme ausgebracht worden ist, die zur Entziehung der Einkünfte jener Gebiete geführt hat. Die Reichsregierung ist in der Beurteilung dieses Vorgangs mit den Herren Antragstellern völlig einig. Sie hat daher den gegenwärtigen konsularischen Vertreter des Reichs in Prag beauftragt, wegen jener Maßnahmen den schärfsten Protest einzulegen.

Meine Damen und Herren! Es ist das nicht der einzige Vorgang dieser Art. Auch die Forsten der deutschen Stadt Patschkau sind in ähnlicher Weise sequestiert worden. Auch wegen dieses Vorgangs ist Protest eingelegt.

Die gleichen Nachrichten sind uns auf privatem Wege von anderen Grundbesitzern deutscher Angehörigkeit im tschecho-slowakischen Gebiete zugegangen. Auch hier werden die nötigen Maßnahmen getroffen werden.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der tschecho-slowakischen Republik nicht die normalen sind. Es ist deswegen nicht ganz so einfach, die Mittel anzugeben, die man dagegen anzuwenden entschlossen ist. Es kann sich hier um Repressalien, es kann sich um anderes handeln. Jedenfalls wird ein normales Verhältnis zu der tschecho-slowakischen Republik nur wiederhergestellt werden können, wenn auch über diese Maßnahmen eine befriedigende Einigung zwischen Deutschland und Tschecho-Slowakien erzielt worden ist. (Bravo!)

Präsident: Wir gehen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung über, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919.[2])

[2]) Über die Sommerzeit vgl. oben die Anmerkung auf Seite 2112.

Als Kommissare des Reichsministeriums des Innern sind angemeldet der Geheime Admiralitätsrat Professor Dr. Köbner und der Preußische Geheime Oberbergrat Bornhardt.

Ich eröffne die erste Beratung. Ich teile mit, daß außer einer Anzahl Regierungsvertreter auch noch eine sehr erhebliche Anzahl Herren aus dem Hause sich zum Wort gemeldet hat. Ich nehme an, daß diese Materie in einer Redezeit von 10 Minuten von den einzelnen Abgeordneten bewältigt werden kann, und ich werde der Regierung doppelt dankbar sein, wenn sie mit einem guten Beispiel vorangeht. (Heiterkeit.)

Ich erteile das Wort dem Geheimen Admiralitätsrat Herrn Professor Dr. Köbner.

Dr. **Köbner**, Professor, Geheimer Admiralitätsrat, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, den ich vor Ihnen zu vertreten die Ehre habe, hat einen denkbar wenig politischen Inhalt. Man konnte glauben — und es war unsere Hoffnung —, daß diese ganze **Sommerzeitfrage** gewissermaßen ein friedliches Idyll sein würde zwischen den erregten Kämpfen der Überzeugungen und Ideen, die in dieser schicksalsschweren Zeit die Nationalversammlung beschäftigten. Es scheint nun leider durchaus nicht so zu sein. (Sehr richtig! rechts.) In einer Reihe von Volkskreisen hat sich eine heftige Erregung in den letzten Wochen bemerkbar gemacht, eine Erregung, die sich in einer Hochflut von Eingaben an die Nationalversammlung, an den Staatenausschuß und an das Reichsministerium des Innern Luft macht, Eingaben, die zum Teil recht temperamentvoll und mit einem für die Bureaukratie, die angeblich auch dieses Monstrum von Unvernunft ausgeheckt habe, nicht restlos schmeichelhaften Inhalt einhergehen.

Aber, ernsthaft gesprochen, es handelt sich jetzt tatsächlich um eine gewisse Erregung mancher Kreise unseres Volkes, und ich betrachte es darum doppelt als meine Pflicht, recht nüchtern den im Grunde sehr bescheidenen Inhalt dieser Gesetzesvorlage noch einmal zu entwickeln und eine Verständigung darüber zu versuchen.

Da sei nun vor allem anderen mit voller Bestimmtheit ausgesprochen, daß die Gesetzesvorlage, daß das hinter ihr stehende Reichsministerium des Innern und die gesamte Reichsregierung heute keineswegs auch nur in irgendeiner Nuance eine Stellung für die Sommerzeit als eine für das deutsche Volk wünschenswerte dauernde gesetzliche Einrichtung nehmen will. Die Einrichtung ist nach der Anschauung der Reichsregierung, die sich dabei auf die maßgebendsten sachverständigen Stellen in Deutschland stützt, heute als Dauereinrichtung noch nicht spruchreif. Bei der Vorlage, um die es sich heute handelt, sollen Sie, meine Damen und Herren, lediglich eine Entscheidung treffen, ob

die Maßnahme, die nun seit drei Jahren besteht, im Jahre 1919 noch einmal wiederholt werden soll.

Es handelt sich nach der Vorlage — das geht ja aus der gedruckten Begründung auch wohl schon genügend hervor — um eine **Notstandsmaßnahme** im wahren Sinne des Wortes. Meine Damen und Herren! Wenn Sie heute dieser Vorlage zustimmen, so treffen Sie eine durchaus nur vorläufige und Sie nicht dauernd bindende Entscheidung. Wenn Sie aber heute die Vorlage ablehnen, so treffen Sie eine definitive Entschließung. Denn — darüber müssen wir uns klar sein — man kann nicht drei Sommer hintereinander Sommerzeit machen, im vierten Jahre sie abschaffen und im fünften Jahre sie wieder anfangen. Denn dann käme eine Beunruhigung in das Wirtschaftsleben, die unerträglich wäre. Für uns handelt es sich — ich betone es noch einmal — um eine durch den Notstand geforderte Maßnahme für dieses Jahr.

In einem lesenswerten und objektiven Aufsatze, den das Korrespondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften vor etwa Jahresfrist, im März 1918, brachte, heißt es in der Einleitung, daß man über die dauernde Einrichtung der Sommerzeit durchaus zweifelhaft sein könne, aber daß als Kriegsmaßnahme die Sache eben hingenommen werden müsse. Nun, meine Damen und Herren, es handelt sich schließlich doch hierbei, wenn auch das Wort nicht mehr zutrifft, wieder um eine Art Kriegsmaßregel; denn was für diese kriegswirtschaftlich entscheidend war, die Kohlennot, hat sich nicht verbessert, sondern ist heute schlimmer als je.

Es wird nun zuweilen bestritten, daß gerade unter diesem Gesichtspunkt die Vorlage eine ernsthafte Bedeutung habe. Meine Damen und Herren! Das Reichsministerium des Innern kann sich hier nur auf diejenige Stelle stützen, die in Deutschland allein wohl einen umfassenden Überblick über die Dinge beanspruchen darf, nämlich den **Reichskohlenkommissar.** Der Reichskohlenkommissar hat bei unseren Vorberatungen die Einrichtung nicht nur für nützlich, sondern für unter allen Umständen notwendig von seinem Gesichtspunkte der Kohlenökonomie aus erklärt. Gestatten Sie mir, ganz wenige Ziffern, die der Reichskohlenkommissar zur Verfügung gestellt hat, wiederzugeben, Ziffern, die beweisen sollen, daß es sich um eine ernstliche Kohlenersparnis handelt.

In den Jahren 1917 und 1918 war in Groß-Berlin bei den **Gasanstalten** im Monat April der Kohlenverbrauch täglich etwa 5300 Tonnen. Im Augenblick der Einführung der Sommerzeit, damals anfangs Mai, ist der tägliche Verbrauch um 400 Tonnen, also um 7 bis 8 Prozent gesunken. (Hört! hört!) Der Gesamtverbrauch der Gasanstalten Deutschlands in demselben Monat, April 1918, hat betragen

575 000 Tonnen. Nehmen wir nun eine weniger günstige Rechnung, nehmen wir an, daß die Ersparnis nicht, wie in Berlin, 7 bis 8 Prozent, sondern nur 5 Prozent beträgt, so kommen wir immerhin zu einer Monatsersparnis von 28 750 Tonnen. (Hört! hört!)

Zu dieser Ersparung bei den Gasanstalten kommt nun die bei den **Elektrizitätswerken.** Diese erscheint auf den ersten Blick wenig erheblich, weil bei allen Elektrizitätswerken in den Großstädten und industriereichen Gegenden der gesamte Lichtkonsum sehr viel weniger ins Gewicht fällt als der Konsum an elektrischer Energie für Kraftlieferung an Industrie, elektrische Bahnen und so fort. Aber hier tritt ein Moment in die Erscheinung, das auch in der Ihnen vorliegenden Begründung angedeutet ist und auf das die Fachleute besonderen Wert legen, nämlich die sogenannte **Spitzenbelastung**, die vielen Werken eine ebenso bekannte wie unerfreuliche Erscheinung ist. Es handelt sich, kurz gesagt, darum, daß gerade in den ersten Dunkelstunden spät nachmittags und abends, wo die volle Kraftlieferung für die Bedürfnisse der industriellen Maschinen, der Straßenbahnen usw. noch andauerte, und wo schon der Lichtkonsum stark einsetzt, die Kurve, wie sie bei diesen Dingen der Fachmann darzustellen pflegt, enorm nach oben schnellt, so daß sich eine Lichtspitze bildet. Es handelt sich kurz darum, besondere Kessel anzuheizen, besondere Maschinen in Gebrauch zu nehmen für wenige Stunden, und das ist die denkbar unwirtschaftlichste Ausnutzung, die es gibt. Die Kessel müssen erst angewärmt werden für kurze Benutzung, und danach wieder außer Dienst gestellt werden usw. Darum die Ersparnis, wenn wir den Kraft- und den Lichtverbrauch möglichst auseinanderziehen, — ein Gedanke, der übrigens auch bei einer Reihe früherer Verordnungen über den Verbrauch von Elektrizität schon eine Rolle gespielt hat. Darum ist dieser Gesichtspunkt auch für die Einführung der Sommerzeit wichtig.

Alles in allem — ich will Ihre Zeit nicht länger mit Ziffern beschweren — hat der Kohlenkommissar zuverlässig berechnet, daß bei vorsichtiger Schätzung in den Sommermonaten des Jahres 1918 200 000 bis 250 000 Tonnen Kohle rein erspart worden sind (hört! hört!), also zirka eine Viertelmillion Tonnen, ein Objekt, das gewiß bei normaler Volkswirtschaft nichts überwältigendes hätte, aber eine Ziffer, die in den Nöten unserer Zeit wahrhaftig zu Buche schlägt.

Nun will ich ohne weiteres zugeben, daß mit der Einführung des **Achtstundentages** alle diese Dinge eine gewisse Verschiebung erfahren werden. Ich werde mir allerdings nachher gestatten, zu beweisen, daß durch den Achtstundentag auf der einen Seite auch Ihre wesentlichsten Einwände gegen die Einführung der Sommerzeit mit viel größerer Leichtigkeit in der Praxis entkräftet werden können. Nehmen wir also für die Rechnung, bei der wir jetzt stehen, an, daß sie etwas herabgeht,

so bleibt noch immer eine bedeutende Menge von Kohlen, die wir ohne Sommerzeit überflüssigerweise glatt durch den Schornstein jagen.

Was den zweiten großen Gesichtspunkt anlangt, unter dem die Maßnahme zu betrachten ist, nämlich dem der Volksgesundheit, so steht das Reichsministerium des Innern, wie ich einleitend schon andeutete, auf dem Standpunkt, daß hier ein gewisses „non liquet" vorliegt, daß wir zu einem abschließenden Urteil noch nicht berechtigt sind: nicht nach der günstigen, aber sicherlich auch noch nicht nach der ungünstigen Seite. Auf Ersuchen des Ministeriums hat der **Reichsgesundheitsrat** auf Grund von Berichten aus dem ganzen Reich und auf Grund eigener Beratungen versucht, zu einem Urteil zu kommen. Er lehnt eine ziffermäßige, statistisch faßbare Beurteilung, wie ohne weiteres klar ist, ab. Er sagt vor allen Dingen, daß in den vergangenen drei Sommern so unendlich stärkere und mächtigere Verhältnisse volkshygienisch gewirkt haben, daß demgegenüber die Erfolge der Sommerzeit sich naturgemäß gar nicht hätten bemerkbar machen können. Der Reichsgesundheitsrat hat mit großer Gewissenhaftigkeit die Wirkung der Sommerzeit auf die verschiedenen Berufsgruppen, namentlich der gewerblichen Arbeiter, geprüft. Die Zeit verbietet mir, hier näher darauf einzugehen. Zusammenfassend sagt der Reichsgesundheitsrat, er beantrage, die Einrichtung noch einmal im Jahre 1919 zu schaffen, damit man ein klares Bild gewinnen könne. Wir müssen ohne weiteres zugeben, daß wir selbstverständlich auch heute noch von normalen Lebensbedingungen, die ein reines Bild geben, leider sehr weit entfernt sind. Immerhin fallen eine Menge von gesundheitlichen Schädigungen, die in den letzten Sommern da waren, fort, und wir werden weiterhin auch jetzt nach dem Wunsch des Reichsgesundheitsrats systematische Beobachtungen anstellen.

Der Reichsgesundheitsrat hat, wie gesagt, eine dauernde Einführung vorläufig noch nicht befürworten können und wollen, weil ihm das Material nicht ausreicht. Das Ministerium steht auf demselben Standpunkt; aber mit dem Reichsgesundheitsrat — ich darf das noch einmal betonen — halten wir einen Versuch für gut und für nötig und bitten Sie, die Möglichkeit dieses Versuches zu geben.

Diese Auffassung bezieht sich vor allem — das ist eine der ernstesten Fragen, die hier einschlagen, eine der Fragen, die das Arbeitsgebiet des Reichsministeriums des Innern unmittelbarst betreffen — auf die **Wirkung der Sommerzeit für Jugendliche,** namentlich für Schulkinder. Das Reichsministerium des Innern betrachtet alle Maßnahmen, die in das Gebiet der Jugendpflege und -fürsorge gehören, für eine der wichtigsten Aufgaben, die diese schwere Zeit ihm stellen kann, und wir haben darum, als neulich die kurze Anfrage der Abgeordneten Frau Juchacz und Keil gestellt wurde, diesem Gesichts-

punkte eine sehr ernste Beachtung geschenkt. Der Reichsgesundheitsrat hat gerade unter diesem Gesichtspunkt aber in seinem schon erwähnten Gutachten betont, daß sich etwas Abschließendes durchaus noch nicht sagen lasse, und er hält es keineswegs — er hat das ausdrücklich gesagt — für bewiesen, daß die Jugend dadurch ungünstig beeinflußt würde. Im übrigen, glaube ich, können wir die Debatte über diesen Punkt abkürzen. Das Reichsamt des Innern, das ja in diesen Dingen bei der augenblicklichen Verteilung der Gewalten zwischen Reich und Einzelländern nur einen mittelbaren Einfluß hat, erklärt sich bereit, im Falle der Annahme dieses Gesetzes mit allen deutschen Schulverwaltungen sofort in Verbindung zu treten, damit da, wo ein sehr früher Schulbeginn üblich ist, dieser um eine Stunde zurückverlegt wird. Das ist eine Anregung, die auch der Präsident des Reichsgesundheitsrats bei unseren kommissarischen Vorberatungen gegeben hat.

Im übrigen will ich bezüglich der Wirkung auf die einzelnen Gruppen der Bevölkerung kurz noch folgendes anführen. Die **Landwirtschaft** hat von Anfang an die Sommerzeit nicht mitgemacht. Das ist gut und recht so. Man hat gesagt — und das ist ein Argument, dem sich kein Jurist und kein Gesetzgeber verschließen kann —: die Kühe machen die Sommerzeit eben nicht mit; und *da sich die Kühe nicht nach uns richten, müssen wir uns nach den Kühen richten.* (Heiterkeit.) Anders läßt sich dies hier praktisch nicht machen. Es ist auch in der Begründung bereits in Aussicht gestellt worden, und die Eisenbahnverwaltung ist bereit, die Milchzüge eine Stunde später gehen zu lassen. Selbstverständlich werden damit nicht alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, es werden kleine Unbequemlichkeiten bleiben; aber gegenüber den schweren Nachteilen für das Volksganze, die auf der anderen Seite drohen, müssen wir die Sommerzeit einführen.

Eine sehr ernste Erwägung verdienen an und für sich die Beschwerden, die neuerdings aus den Kreisen der **Bergarbeiter** hervorgetreten sind. Es läßt sich nicht verkennen, daß diejenigen Bergarbeiter, die morgens bei der üblichen frühen Stunde des Schichtwechsels noch im Dunkeln den weiten Anmarsch zur Grube zu machen haben, unter Umständen in ihrer Gesundheit könnten geschädigt werden. Die Bergarbeiter klagen auch über die Verkürzung des Morgenschlummers an sich. Wir glauben auch hier ohne weiteres helfen zu können. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß durch das Entgegenkommen des größten Arbeitgebers auf diesem Gebiete, der Preußischen Bergverwaltung, dafür Sorge getragen werden wird, daß auch der Schichtwechsel verlegt wird. Der zuständige Vertreter dieser Behörde wird Ihnen nach mir eine authentische Erklärung darüber abgeben.

Für eine ganze Reihe der übrigen Gewerbezweige läßt sich nach Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ebenfalls ohne weiteres eine Schädigung, wo sie behauptet wird, ausgleichen, und es bleibt immer noch ein sehr großes Plus für das Gesetz — genauer gesprochen: ein Minus an Kohlenverbrauch — übrig. In dem schon erwähnten, sehr lesenswerten Artikel des „Korrespondenzblattes der Gewerkschaften" ist damals, im März 1918, ausgeführt worden, die Bedenken würden hinfällig, wenn zugleich mit der Sommerzeit der **Maximalarbeitstag** käme, also verhindert würde, daß infolge der gewonnenen Stunde am Tage etwa nun eine Mehrbeschäftigung eintritt. Der Maximalarbeitstag ist ja eine der ersten Errungenschaften des Volksstaates gewesen, und so sollten sich auch hier für die Gewerbezweige, wo sich Schädigungen wirklich zeigen, diese leicht in der Praxis durch eine Verschiebung der Arbeitsstunden ausgleichen lassen.

Meine Damen und Herren! Ein anderes Argument, das von den Gegnern angeführt wird, darf nicht unerwähnt bleiben. Es betrifft die Behauptung, daß wir durch die Einführung der Sommerzeit Deutschland gewissermaßen kulturell isolieren, und daß wir die dringend wünschenswerte Anbahnung des Verkehrs in der kommenden Friedenszeit erschweren würden. Meine Damen und Herren, das gerade Gegenteil ist richtig. Die große Mehrheit der **Kulturnationen Europas** ist mehr und mehr zur **Sommerzeit übergegangen.** Ich darf in diesem Zusammenhang kurz erwähnen, daß die Sommerzeit ja überhaupt keine Erfindung der Kriegszeit ist, daß sie lange vor dem Kriege — soweit ich mich erinnere, auch in einzelnen einzelstaatlichen Parlamenten Deutschlands — schon gefordert wurde, daß aber schon seit Beginn des Jahrhunderts in England unter dem Schlagwort der „day light saving", der Ausnutzung des Tageslichtes, eine große Bewegung im Gange war. England hat die Sommerzeit eingeführt, Frankreich und Belgien haben sie eingeführt. Sie wissen, daß die Sommerzeit auch im besetzten deutschen Gebiete gilt, Deutsch-Österreich hat sie, Holland hat sie. Ich will, um auch in diesem Punkte ganz objektiv zu sein, nicht unerwähnt lassen, daß man in **Skandinavien,** wo die Sommerzeit eingeführt war, wieder davon zurückzukommen scheint, namentlich in diesem Jahre in Norwegen. Aber da liegen besondere volkswirtschaftliche Verhältnisse einer fast nur Ackerbau, Fischerei, Schiffahrt treibenden Bevölkerung vor, die sich mit den Verhältnissen unserer hochindustriellen Bevölkerung nicht vergleichen lassen. Für uns handelt es sich — das brauche ich hier nicht weiter zu begründen — zurzeit bei der Kohlenfrage, die der entscheidende Punkt ist und bleibt, um eine Lebensfrage. Sie wissen, wie sehr wir Kohlen brauchen, jede Tausend Tonnen Kohlen. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß wir aber nicht nur die Kohle als solche brauchen, sondern daß Kohle in unserer traurigen Lage heute

Zahlungsmittel ist, Sie wissen, daß Kohle damit Fett, Mehl und alle Nahrungsmittel bedeutet. Bei dieser Sachlage konnte die Reichsregierung nicht die Verantwortung übernehmen, nicht wenigstens den Versuch zu machen, eine solche Maßnahme, die vom Kohlenkommissar als eins der geeigneten Mittel bezeichnet wurde, einzuführen. Sie war verpflichtet, Ihnen diesen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Bei Ihnen, meine Damen und Herren, liegt die verantwortliche Entscheidung.

Präsident: Das Wort hat der Herr Preußische Geheime Oberbergrat Bornhardt.

Bornhardt, Preußischer Geheimer Oberbergrat, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, mitzuteilen, daß die preußische **Bergverwaltung** im Falle der Wiedereinführung der Sommerzeit den **Schichtwechsel** auf den staatlichen Gruben auf Wunsch um eine Stunde hinausschieben wird (große Heiterkeit), um damit zu erreichen, daß der Schichtbeginn in dieselbe natürliche Tageszeit fällt wie bisher. Die Bergverwaltung wird auch auf die privaten Gruben dahin einwirken, daß diese im Bedürfnisfall in gleicher Weise vorgehen. Besondere Schwierigkeiten werden sich für die Durchführung der Maßnahme aus dem Wesen des Bergbaues nicht ergeben. Solche Schwierigkeiten könnten nur dadurch entstehen, daß die Belegschaften auf die Benutzung bestimmter Arbeiterzüge angewiesen sind. Die Eisenbahnverwaltung hat sich aber auf Befragen bereit erklärt, bei der Verlegung derartiger Arbeiterzüge das größtmögliche Entgegenkommen zu gewähren. Ich bitte, daraus zu entnehmen, daß die Bedenken, die aus Kreisen der Bergarbeiterschaft gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit erhoben worden sind, in der Praxis im wesentlichen doch wohl überwunden werden können.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Bayerischen Ministerialdirektor Herrn Dr. Rohmer.

Dr. **Rohmer,** Bayerischer Ministerialdirektor: Meine Damen und Herren, ich habe im Auftrag und Namen der bayerischen Regierung zu erklären — — (Lebhafte Rufe: Welcher Regierung? — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich halte diese Frage für unberechtigt —

Dr. **Rohmer,** Bayerischer Ministerialdirektor: Meine Damen und Herren, es gibt nur eine — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Wenn ich rede, hat auch der Herr Bayerische Bevollmächtige zu schweigen!

Für uns gibt es nur eine bayerische Regierung!

Dr. **Rohmer,** Bayerischer Ministerialdirektor: Bei uns gibt es nur eine bayerische Regierung. Die falschen Propheten in München, meine

Damen und Herren, maßen sich nur an, eine Regierung zu sein! (Bravo! und Heiterkeit.)

Ich habe also im Namen der bayerischen Regierung zu erklären, daß sie die **Einführung der Sommerzeit** für 1919 entsprechend der Haltung, welche die landwirtschaftliche Bevölkerung Bayerns wohl ausnahmslos und die Arbeiterschaft Bayerns in Handel und Industrie in ihrem überwiegenden Teil einnimmt, entschieden ablehnt. (Lebhafte Bravorufe.)

Ich darf ganz kurz auf die Gründe eingehen. Die **landwirtschaftliche Bevölkerung** ist in ihrer zeitlichen Arbeitseinteilung von der Sonne abhängig und empfindet die Vorrückung der Tageszeit um eine Stunde als eine naturwidrige Maßnahme. Schon aus diesem Empfinden heraus sträubte sie sich gegen die Maßnahme. Sie ist aber, da sich manche der landwirtschaftlichen Arbeiten nicht willkürlich an eine andere Tageszeit verlegen lassen, zum Teil gar nicht in der Lage, sich bei Ausübung ihrer Wirtschaft an die Sommerzeit zu halten. Das gilt beispielsweise vom Grasschnitt am Morgen und insbesondere vom Melkgeschäft. Man hat hier versucht, wie heute bereits erwähnt worden ist, abzuhelfen, indem man die Morgenmilchzüge in die Städte eine Stunde später abgehen ließ. Hierbei ergab sich aber ein anderer Nachteil. Soweit die städtische Bevölkerung auf die Frühmilch für die Morgenmahlzeit angewiesen ist, kam die Milch zu spät an; denn das wirtschaftliche Leben der städtischen Bevölkerung hatte schon eine Stunde früher als sonst begonnen.

Meine Damen und Herren! In den vergangenen drei Jahren, in denen die Sommerzeit behördlich eingeführt war, wurde sie in Bayern von der landwirtschaftlichen Bevölkerung — und so ist es wohl auch in den übrigen Teilen des Deutschen Reichs gewesen — in steigendem Maße nicht beachtet. (Sehr richtig!) Die öffentlichen Uhren wurden vilfach nicht vorgerückt; das öffentliche Leben spielte sich vielfach nach der alten Zeit ab. Man hat es vermieden, einzugreifen, und man wird sich auch in unserer gegenwärtigen Zeit überlegen müssen, ob man eingreifen soll, und schließlich ist es besser, Maßnahmen zu unterlassen, die man doch nicht durchsetzen kann. (Sehr richtig!) Von besonderem Interesse für Sie werden die Ergebnisse der Erhebungen sein, welche die Unterrichtsverwaltung in Bayern bei dem Lehrpersonal veranstaltet hat. Es ergab sich, daß die **Wirkung für die Schuljugend** weitaus überwiegend ungünstig beurteilt wird. (Sehr richtig!) Es mag nun sein, daß diese ungünstige Wirkung gesteigert wird durch die ungenügende Ernährung während des Krieges. Allein leider werden ja diese Verhältnisse noch nicht sofort behoben sein, wenn auch eine Besserung durch die Lebensmittellieferungen aus dem Ausland wohl eintreten wird. Aber ich glaube, diese ungünstige Wirkung auf die Schuljugend wird ein Grund mehr sein, um von der Einführung der Sommerzeit abzuraten.

Es wird nun die Maßnahme begründet mit der **Ersparung an Kohlen**, und zwar handelt es sich hierbei nicht sowohl um die Beseitigung der augenblicklichen Notlage als darum, die Winterbevorratung möglichst zu steigern. Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskohlenkommissar hat — und wir haben das heute ja auch von einem der verehrten Herren Vorredner gehört — auf Grund der Erfahrungen der Vorjahre die Kohlenersparnisse im Jahr auf ca. 200 000 bis 250 000 Tonnen berechnet. Das ist ungefähr die Menge, die vor dem Kriege in den deutschen Kohlenbergwerken in einer Tag- und Nachtschicht gefördert worden ist. Tatsächlich wird in diesem Jahre die Einsparung noch viel geringer sein als 1918. Wir haben ja den Achtstundentag bekommen, und außerdem ist leider unsere Industrie durchaus nicht so beschäftigt wie im vorigen Jahre. Unsere Kriegsindustrie war im vorigen Jahre ja noch unter Hochdruck beschäftigt.

Ich habe zusammenfassend der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß bei einer unbefangenen Abwägung der Vorteile und Nachteile der Sommerzeit die Wage wohl zugunsten einer Entscheidung gegen die Wiedereinführung sich neigen muß. (Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kenngott.

Kenngott, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf will die Reichsregierung wie in den letzten Kriegsjahren auch für dieses Jahr die **Sommerzeit** einführen. Ich verkenne dabei nicht, daß sich die Reichsregierung davon leiten ließ, Ersparnisse dabei zu machen und hauptsächlich Ersparnisse an Kohlen. Ich meine aber, wenn ein Gesetzentwurf in dieser Hinsicht vorgelegt werden soll und vorgelegt wird, dann hätte man unbedingt all die Schichten, die ein Interesse an der Nichteinführung sowohl als an der Einführung haben, auch darüber fragen müssen, wie die Sache von ihnen gedacht und gewünscht wird. Es hat mich interessiert, von dem Herrn Regierungsvertreter zu hören, daß man für den **Bergbau** die Sache dadurch illusorisch zu machen bestrebt ist, daß man bei Einführung der Sommerzeit die Schicht um eine Stunde zurückverlegt. Dadurch gleicht es sich natürlich wieder aus, und die Bergarbeiter beginnen dann zur selben Zeit, wie sie beginnen würden, wenn keine Sommerzeit eingeführt wird.

Ich gebe zu, daß Ersparnisse notwendig sind. Aber dabei darf nicht übersehen werden, daß die Sommerzeit schon während des Krieges als eine sehr lästige Maßregel von großen Teilen der Bevölkerung angesehen wurde. Während des Krieges fügte man sich notgedrungen. Man wußte ja, es fehlt an Arbeitskräften. Man wußte, daß man in jeder Hinsicht sparen muß. Gewiß, auch heute muß noch in jeder Hinsicht gespart werden. Aber heute ist die Situation eine ganz andere. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten derartig viel Unangenehmes erlebt, daß ich meine, man sollte durch eine derartige Maß-

nahme nicht noch mehr Unannehmlichkeiten schaffen. (Zustimmung.)

Die Einführung der Sommerzeit wird in vielen Kreisen geradezu als **Schikane** empfunden. Hauptsächlich sind die **Arbeiter**, welche jeden Tag vom Wohnort zum Arbeitsort fahren oder gehen müssen, recht unzufrieden über die in Aussicht gestellte Einführung der Sommerzeit. Ich gebe zu, daß es Bevölkerungskreise gibt, die die Sommerzeit mit Freude begrüßen. Aber, ich meine, man muß hier denjenigen Rechnung tragen, die schwer zu arbeiten haben und weitab vom Arbeitsort wohnen und infolgedessen am meisten unter diesem Gesetz zu leiden haben. Auf diese muß unbedingt in erster Linie Rücksicht genommen werden.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß es in der Stadt für Arbeiter und Angestellte angenehm sein mag, abends eine Stunde früher als sonst Feierabend zu bekommen, um sich in der freien Natur zu bewegen oder einen Spaziergang zu machen. Aber es ist in den Städten auch möglich, vor der Arbeitszeit für diejenigen, die Zeit dazu haben, einen Frühspaziergang zu machen. Das gleicht sich dann wieder aus. Andererseits aber kann auch die Arbeitszeit so gelegt werden, daß jedem die Möglichkeit geboten ist, sich in seiner freien Zeit so zu betätigen, wie er es für zweckentsprechend ansieht. Ich glaube, es ist aber der kleinere Teil, der sich nach dieser Sommerzeit sehnt; der größere Teil wird es unbedingt als eine Schikane empfinden. Ich habe von verschiedenen Seiten aus die dringende Bitte auf den Weg nach Weimar mitbekommen, dafür einzutreten, daß die Sommerzeit nicht durchgeführt wird, weil es überall, hauptsächlich in Arbeiterkreisen, aber auch in Kreisen der Landwirtschaft als eine drückende Maßregel empfunden wird. (Sehr richtig!) Ich glaube auch, diejenigen, die in der Stadt selbst wohnen, werden manche Nachteile der Sommerzeit zugeben müssen, wenn sie sich an die letzten drei Jahre zurückerinnern, solange wir die Sommerzeit gehabt haben.

Dadurch, daß Deutschland sich von einem Agrar- zu einem Industriestaat entwickelt hat, wohnen sehr viele Industriearbeiter auf dem Lande, oft sehr weit vom Arbeitsort entfernt. Diese müssen jetzt schon früh um fünf Uhr, zum Teil noch früher aufstehen, um rechtzeitig zur Arbeit am Arbeitsplatze zu sein. Für sie bedeutet es ein großes Opfer, wenn sie eine Stunde früher als sonst ihre Nachtruhe abbrechen müssen. Häufig kommt noch, hauptsächlich in Süddeutschland, dazu, daß diese Arbeiter eigene Grundstücke besitzen, wo sie bei notwendigen Arbeiten oft vor Geschäftsbeginn helfen wollen. Bei der Einführung der Sommerzeit wird ihnen das unmöglich gemacht. Die Frauen dieser Leute, welche während des Krieges die landwirtschaftlichen Arbeiten allein gemacht haben, sind derart abgearbeitet, daß sie eine Hilfe ihrer Männer unbedingt brauchen.

Bei den **Bergleuten** ist es ebenso. Obwohl die Schichten gekürzt wurden, müssen viele jetzt schon um 4 Uhr und viele noch früher aufstehen. Ich begreife deshalb ganz gut, daß der Herr Regierungsvertreter ausgeführt hat, man nehme die Bergarbeiter von diesen gesetzlichen Bestimmungen aus. Man kann sie wohl in der Richtung ausnehmen, daß sie eine Stunde später anfangen können, aber man kann sie in anderer Hinsicht nicht ausnehmen. Ihre Kinder, ihre Familien haben genau so unter der Sommerzeit zu leiden wie die anderen Arbeiterfamilien auch.

Wenn nun angeführt worden ist, in Berlin zum Beispiel seien 400 Tonnen **Kohlen erspart** worden, so muß man doch sagen: in einer Großstadt, wo die Arbeiter zum allergrößten Teil am Platze, in den Vororten selbst wohnen, ist es leichter, diese Sommerzeit durchzuführen ohne wesentliche Beschränkung der Zeit, die zum Schlafen notwendig ist. Ich meine aber: anders ist es in solchen Orten, wo ausschließlich Industriearbeiter wohnen, die nicht an dem betreffenden Ort selbst arbeiten, sondern die an den Arbeitsort gehen oder fahren müssen. Dort muß zunächst Licht gemacht werden, wenn der Mann in das Geschäft geht oder die Söhne oder Töchter, es muß der Kaffee oder was sonst als Frühstück bestimmt ist, gewärmt werden, man braucht dazu Kohle oder Gas, irgend etwas muß aufgewendet werden. Später kommen dann Frauen oder Kinder, dann muß noch einmal frisch angefangen werden, während bei der normalen Zeit das alles wesentlich vereinfacht werden kann. Man braucht dort nicht so oft den Kochapparat in Bewegung zu setzen. Auch dazu braucht man Kohle, Beleuchtung usw. Ich meine also: auch in dieser Hinsicht ist manches nicht beachtet worden, was unbedingt der Beachtung wert ist.

Dann bin ich aber der Auffassung, daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen die doch geradezu durch Gewitterluft geschwängerte politische Atmosphäre nicht noch stärker belastet werden darf. Wir sehen doch, welche Unzufriedenheit in großen Kreisen der Bevölkerung vorhanden ist, und ich meine, daß durch eine solche Maßregel diese Unzufriedenheit nicht gemildert, sondern gesteigert wird. Was nützt es uns, wenn wir wirklich einige Ersparnisse erzielen, wenn auf der anderen Seite die Leute sich dazu bewegen lassen, in Streiks einzutreten, nur um diese Maßnahme zu verhindern? Dann tritt das Gegenteil dessen ein, was wir alle bezwecken wollen. Ich kann Sie versichern, daß mir direkt gesagt worden ist, daß, wenn diese Sommerzeit durchgeführt wird, z. B. die **württembergischen Eisenbahner** in den Streik eintreten, um diese Sommerzeit wieder hinfällig zu machen. Man braucht es gegenwärtig, meine ich, auf solche Proben gar nicht ankommen zu lassen; man müßte ohne das auskommen und müßte es ohne diese Maßregeln ermöglichen können, daß der Betrieb so läuft, wie es unbedingt im Interesse der ganzen Volkswirtschaft notwendig ist.

Ich glaube ja, daß die Regierung unbedingt etwas Gutes schaffen wollte; aber ich halte es für zweckmäßig und würde es für besser halten, wenn der ganze Entwurf zurückgezogen würde. (Sehr richtig!) Es würde eine Beruhigung im ganzen Lande eintreten, und allen denen, welche diese Situation dazu benutzen, künstlich Mißstimmung in die Massen hineinzutragen, wäre der Vorwand genommen. Deshalb, glaube ich, dürfte es gut tun, wenn die Regierung diese Vorlage nicht zurückzieht, daß dann das Haus wenigstens beschließt, die Vorlage abzulehnen. (Bravo!)

Ich möchte nur noch mit einigen Worten darauf zu sprechen kommen, wie die Sache betreffs unserer **Kinder** aussieht. Auch dort ist es notwendig, von der Einführung der Sommerzeit abzusehen. (Glocke des Präsidenten.) — Ich muß leider abbrechen, obwohl ich gerade noch wegen der Kinder sehr wichtige Dinge anführen wollte. Vielleicht holt es einer der Herren Redner, die nach mir kommen, nach. (Bravo!)

Präsident: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Bemerkung. Es ist ja vorhin schon gesagt worden, daß es sich hier um keine politische Frage handelt. Es ist also nicht nötig, daß hier die Parteien der Reihe nach zu Worte kommen. In jeder Partei sind, wie mir gesagt wird, die Meinungen verschieden. Es wäre daher zweckmäßig, wenn man abwechseln würde mit den Rednern für und gegen. Nach der Liste aber, die ich hier habe, scheinen mir die Redner dagegen sehr stark in der Mehrzahl zu sein. Ich wäre dankbar, wenn der eine oder andere der Herren, die dafür sprechen wollen, es mir meldete; dann würde ich eine Abwechslung in dieser Beziehung anbringen. Ich bin der Meinung, daß nun nicht alles in extenso gesagt werden muß von jedem einzelnen Redner. Wenn der erste Herr Redner eben abgebrochen hat, so können ja seine unterdrückten Gedankengänge von einem anderen Redner nachgeholt werden. (Lebhafte Rufe: Schließen!) — Nein, ein paar Redner wollen wir doch noch reden lassen. (Heiterkeit.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Diez.

Diez, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nachdem ich der Guillotine mit knapper Not entronnen bin, will ich mich bemühen, in meinen Ausführungen recht kurz zu sein. Der uns vorliegende Gesetzentwurf will bezwecken, die seit dem Jahre 1916 eingeführte **Sommerzeit** durch Gesetz zu regeln. Seither war sie auf dem Wege der Verordnung eingeführt. Eine gute Seite hat die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes gezeitigt; denn dadurch sind wir in die Lage gekommen, uns heute hier einmal gründlich zur Sommerzeit zu stellen und sie, wie ich bestimmt hoffe, endgültig von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Wer will denn eigentlich die Sommerzeit? Kein Mensch in ganz Deutschland außer dem Reichskohlenkommissar und der deutschen Regie-

rung. Wenn wir die Industrie, die doch eine wesentliche Bedeutung in Deutschland besitzt, nach ihrer Stellung fragen, so verlangt sie die Sommerzeit nicht, der Industriearbeiter auch nicht, und am wenigsten der Bergarbeiter. Es ist ein allgemeiner Widerwille auch in der Arbeiterschaft gegen die Sommerzeit vorhanden. Der Verkehr will keine Veränderung der natürlichen Zeit, im Gegenteil, die Eisenbahn übernimmt durch die Umstellung der Uhr um eine Stunde ein großes Risiko und eine riesige Arbeit, die sie los wird, wenn die Sommerzeit einfach in die Versenkung verschwindet. Dasselbe gilt vom Transport- und Verkehrsgewerbe und auch von den übrigen Gewerben. Die Schule wünscht schon längst die Sommerzeit zum Teufel; denn jeder, der mit Kindern zu tun hat, weiß, was es heißt, Schüler unterrichten zu sollen, die morgens verschlafen und unausgeruht zur Schule kommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Durch die Einführung der Sommerzeit wird den Kindern tatsächlich eine Stunde wertvoller Nachtruhe gestohlen. Man sage nicht, schickt sie eine Stunde früher zu Bett. Das kann man schließlich erzwingen, aber man kann nicht erzwingen, daß die Kinder einschlafen; und der Schlaf der Kinder regelt sich nach der Sonnenzeit und nicht nach der von Berlin aus verordneten Sommerzeit.

Die **Landwirtschaft** verbittet sich die Sommerzeit mit aller Entschiedenheit. Die Ausnützung des Tageslichts ist von jeher in der Landwirtschaft die denkbar beste gewesen, sie nimmt die Tagesstunden so, wie die Natur sie bietet, und auch alles, was in der Natur vorgeht, richtet sich nach der Sonnenzeit und nicht nach einer künstlichen Zeit. Der Tau des Himmels fällt am Vormittag, und mit ihm hat der Landwirt den ganzen Sommer über zu rechnen. Selbst die Kühe lachen über die Sommerzeit, und der Herr Regierungsvertreter hat schon darauf hingewiesen, daß die Kühe manchmal die Absicht zeigten, zu streiken; sie nehmen dieses Recht für sich in Anspruch, das heute ja in jeder Beziehung als Allheilmittel angesehen wird, und, ich denke, hier könnte man auch dem natürlichen Bedürfnis des lieben Viehs Rechnung tragen.

Die **hygienischen Rücksichten**, die angeführt worden sind, sprechen doch alle samt und sonders gegen die Sommerzeit; denn heute leidet insbesondere die Stadtbevölkerung an Unterernährung. Was an Nahrung der Bevölkerung entzogen wird, soll in etwas durch gesteigerte Ruhe ausgeglichen werden. Nun wird aber die Ruhe durch die Verrückung der Zeit um eine Stunde nach vorn gekürzt, und das wird sich in einer Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes geltend machen. Ja, gibt es denn, wenn schon eine Änderung eintreten soll, kein anderes Mittel, um die Wirkungen der Sommerzeit zu erreichen? Es wäre doch sehr einfach, den Anfang der Bureaustunden, des Arbeitsbeginnes usw. einfach um eine Stunde vorzulegen, dann wäre dasselbe erreicht. Man könnte das auch noch mit der Polizeistunde machen, und

dann ist in vollem Umfang die Kohlenersparnis ebenfalls erwirkt, die man glaubt durch dieses Gesetz erreichen zu können. (Sehr richtig!)

Die Zahlen, die der Herr Regierungsvertreter angeführt hat, daß in den Berliner Werken 250 000 Tonnen **Kohle erspart** worden seien, sind durchaus nicht beweiskräftig; denn es ist auf keine Weise der Beweis erbracht worden, daß die Ursache in der Einführung der Sommerzeit liegt. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die Regierung im allgemeinen die Bestimmungen über die Ersparnis an Licht und Kohlen so verschärft hat, daß sehr wohl anzunehmen ist, daß die Ersparnis nicht auf die Sommerzeit, sondern auf andere behördliche Maßnahmen zurückzuführen ist.

Man übertreibe auch nicht die Bedeutung einer materiellen Ersparnis. Es ist ja der Fluch unserer ganzen militärischen Zwangswirtschaft gewesen, daß sie immer nur den praktischen Nutzen vor Augen hielt und sich nie fragte, welche **psychologischen Wirkungen** durch diese Maßnahmen ausgelöst werden (lebhafte Zustimmung), und die psychologischen Wirkungen gerade der Einführung der Sommerzeit wirken in der Landbevölkerung einfach verheerend. Allerdings, sie weiß sich zu helfen; denn wir würden nicht die Sommerzeit einführen, sondern die Stadtzeit, und wir hätten dann statt einer Sommerzeit mit einer Stadtzeit und einer Landzeit zu rechnen; denn es würde kaum einem Bauerndorf einfallen, seine Uhr um eine Stunde vorzurücken; sie würden arbeiten mit der Sonne, wie sie es seit Jahrhunderten und Jahrtausenden gewöhnt sind. Tag und Nacht sind ein natürliches Regulativ unserer Lebensbetätigung. Rühren wir nicht daran, wir haben uns schon durch unsere ganze Kultur von der Natur allzu sehr entfernt, und nun müssen wir den Ruf laut werden lassen: Zurück zu ihr! (Sehr richtig!) Und weil der Ruf von Tag zu Tag lauter erschallen muß: Zurück zur Natur! — deswegen müssen wir mit aller Einmütigkeit den uns vorgelegten Gesetzentwurf ablehnen. (Bravo!) Wir wollen der Regierung klar und deutlich zu erkennen geben, daß das deutsche Volk und die Nationalversammlung einmütig den Willen haben, daß für alle Zeit das Spielen mit der Sommerzeit, diesem Monstrum von Unvernunft, aufhört, daß die Sommerzeit ein für allemal im Orkus verschwindet. (Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hartmann (Oppeln).

Dr. **Hartmann** (Oppeln), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Sie müssen entschuldigen, wenn ich anscheinend der ganzen Stimmung des Hauses entgegen eine andere Meinung habe; aber ich bin heute der einzige Arzt hier in der hohen Versammlung und habe damit ein gewisses Recht, **ärztliche Erwägungen** gegen Ihre mehr wirtschaftlichen und Nützlichkeitserwägungen anzuführen. Ich kann als Arzt

die Sommerzeit jetzt als Kriegsmaßnahme, als Wiederherstellungsmaßnahme, wie ich sie nennen will, nur außerordentlich begrüßen. Der Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers ist, wie jeder von uns weiß, schwer geschädigt, die Nahrung ist uns außerordentlich eingeengt, die Kleidung ist schlecht und immer schlechter geworden, besonders das Schuhzeug; Heizung, Seife, alles sehr wichtige hygienische Faktoren, gibt es fast gar nicht mehr. Die Folge aller dieser Erschwernisse ist eine ganz erschreckende Zunahme sehr schwerer Krankheiten, vor allen Dingen der Tuberkulose.

Besonders die **Tuberkulose** der frühen Jugend und **des Schulalters**, die im allgemeinen eine recht seltene Krankheit ist — es kommen hiervon in Friedenszeiten durchschnittlich weniger als 5 auf 10 000 Menschen zur Beobachtung —, hat außerordentlich zugenommen, desgleichen die Tuberkulose der Jugendlichen und der Frauen, die Drüsen- und Knochentuberkulose. Die „englische Krankheit" (die verbogenen Glieder), der schiefe Rücken, die Plattfußbildung, alles dies ist jetzt erschreckend häufig. Durch die schlechtere Pflege ist die Widerstandskraft der Bevölkerung, vor allen Dingen der Kinder, sehr verringert. Erkältungskrankheiten und auch die Lungenentzündung haben sehr stark zugenommen. Schließlich ist es durch den Mangel an Seife — das scheint nur eine äußerliche Kleinigkeit zu sein, ist es aber nicht —, durch die allmählich immer größer werdende Unsauberkeit des Körpers und der Wäsche unserer ganzen Bevölkerung zu einer erheblichen Zunahme der Ansteckungsgefahr gekommen. Übertragbare Krankheiten — ich erinnere nur an die schwere Grippezeit jetzt, unter deren Eindruck wir alle noch stehen — beruhen zum großen Teil darauf, daß die hygienischen Verhältnisse in ganz Deutschland wie in der ganzen Welt sich verschlechtert haben.

Das einzige, was uns die Entente nicht einengen konnte, waren Licht, Luft und körperliche Bewegung, und dies sollen wir, wenn wir es haben können, uns nicht nur nicht weiter beschränken, sondern sollen es noch mehr ausnutzen. Es steht doch zweifellos fest, daß wir am Tag an Licht, Luft und Sonnenschein eine Stunde gewinnen, wenn wir die Sommerzeit einführen.

Nebenbei gesagt, haben wir im Osten — ich bin aus dem Osten des Deutschen Reichs, aus Königshütte — immer schon die Benachteiligung empfunden, die für uns in der mitteleuropäischen Zeit liegt; denn der Osten ist dadurch gegenüber dem Westen um eine ganze Tagesstunde benachteiligt. Deshalb haben wir im Osten es als doppelte Wohltat empfunden, als die Sommerzeit eingeführt worden ist.

Das Licht ist das, was wir jetzt als Desinfektionsmittel für unsere Jugend gebrauchen müssen. Ihnen allen ist bekannt, daß bei der Bekämpfung der Tuberkulose und bei chirurgischen Leiden das Licht als

ein außerordentlich großer Heilfaktor erwiesen ist. Fast das einzige, was wir jetzt können, ist doch, daß wir unsere gefährdete Jugend, die an Drüsen- und Darmtuberkulose in schrecklicher Zahl erkrankt, ins Freie, in die Sonne bringen, ihr Bewegungsmöglichkeit verschaffen. Es sind dies keine Kleinigkeiten, es sind vielmehr außerordentlich wichtige hygienische und soziale Erwägungen, die hier mitsprechen. Sie unterschätzen anscheinend die große Gefahr, in der unser Volkskörper steht; wir können hier über sie nicht so leicht hinweggehen.

Wenn wir nun von dem Herrn Regierungsvertreter noch gehört haben, daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme handelt, so wollen Sie — ich bitte Sie als Arzt darum — sich doch noch einmal mit der Sommerzeit abfinden. Wir wollen warten bis bessere hygienische Verhältnisse kommen; wenn diese da sind, können Sie ruhig die mitteleuropäische Zeit wieder einführen. Vorläufig wäre es ein Unrecht an der Gesundheit des Volkes, in dieser Weise die von der Regierung gewünschte Sommerzeit gerade jetzt, wo die Ernährung so darniederliegt, wo alle Krankheiten uns bis aufs äußerste dezimieren, abschaffen zu wollen. Es ist ein paar Jahre lang gegangen; warum soll es nicht ein Jahr lang noch weiter gehen? Müssen so viel Kinder und Menschen deswegen zugrunde gehen, weil hier die Sommerzeit der Auffassung der Mehrheit nicht entspricht?

Wenn hier ausdrücklich mehrfach auf die **Bergleute** hingewiesen wurde, so ist mir — ich wohne ja in der Mitte eines Bergwerkreviers in Oberschlesien; ich bin Knappschaftsoberarzt und beschäftige mich nur mit Bergleuten — nicht bekannt geworden, daß die Bergleute sich durch die Sommerzeit so sehr beengt fühlen und stelle deshalb für den Osten durchaus in Abrede, daß dies zutrifft, halte den Einwand nicht für richtig. Wir wollen uns doch die Angelegenheit hier in aller Ruhe überlegen, und nicht mit einem gewissen Schwung und einem Lächeln diese ganze Sache ablehnen. Dazu ist diese hygienische Frage, dies Mithelfen an der Gesundung des deutschen Volkskörpers, die Ihrer Entscheidung jetzt unterliegt, doch zu wichtig.

Nun ist von der **Nachtruhe** gesprochen worden, die eingeengt wird. Selbstverständlich ist die Nachtruhe ungemein wichtig. Aber in dieser Zeit, wo die Kinder durch Unterernährung geschwächt sind und deshalb überhaupt keine rechte Neigung haben, sich körperlich zu bewegen, wo sie in ihren engen Wohnungen wegen unzureichender Heizung bei mangelhafter Lüftung sitzen — es fehlen ja überall die Kohlen —, da ist ein kleiner Ausfall an Nachtruhe bei weitem nicht so wertvoll, als daß man die Kinder ins Freie bringt. Ich habe deshalb in meinem nächsten Tätigkeitsbereich darauf hingewirkt, daß die Schulkinder auch in Dorfgemeinden, wo es keine Turnhallen gibt, während der Kriegszeit ins Freie und auch im Winter regelmäßig zum Turnen geführt

werden, nur um ihnen körperliche Bewegungsmöglichkeit zu bieten und den inneren Stoffwechsel gehörig in Gang zu bringen.

Hierdurch wird die **Ansteckungsgefahr** und -fähigkeit sehr vermindert. Scharlach, Diphtheritis und alle anderen schweren ansteckenden Krankheiten befallen Kinder, denen man Gelegenheit zu körperlicher Bewegung bieten kann, deren innerer Stoffwechsel dadurch in Ordnung gehalten wird, seltener und weniger schwer, vor allen Dingen trifft dies für die Tuberkulose zu. Deswegen bitte ich Sie wiederholt: sehen Sie doch noch ein oder zwei Jahre — ich weiß ja nicht, wie lange Sie es wollen — über die Unbequemlichkeit der Sommmerzeit hinweg und nehmen Sie diese geringen unvermeidlichen Unzuträglichkeiten im Interesse der Gesundung des ganzen deutschen Volkskörpers in Kauf. (Bravo! rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Koch (Merseburg).

Koch (Merseburg), Abgeordneter: Geehrte Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat hervorgehoben, daß es hygienisch sehr wichtig sei, daß wir **früh aufstünden.** Das mag in gewisser Beziehung richtig sein, wenn nur die nötige Heizkraft, das heißt Nahrung vorhanden ist. (Sehr richtig! links.) Früheres Aufstehen, vermehrte Bewegung bedingt auch eine vermehrte Ernährung, und die haben wir nicht. (Sehr richtig!) Ich zweifle ja nicht an dem guten Herzen meines Herrn Vorredners; aber ich fürchte darum doch, daß er mit seinen Ausführungen etwas auf die schiefe Ebene geraten ist. (Zustimmung links.) Selbstverständlich wäre es mit Freuden zu begrüßen, wenn das Volk dann auch eine Stunde eher zu Bett gehen würde; aber in dieser Beziehung hege ich die allerstärksten Zweifel, namentlich wenn der Herr Vorredner von der Großstadt spricht und meint, daß die Leute dann in die schöne frische Luft hinausgehen, da ihre Lungen kräftigen und den ganzen Körper stählen würden. Die Erfahrung lehrt uns freilich etwas anderes. Was wird denn eintreten, wenn der Tag für die Arbeiterschaft wirklich etwas eher zu Ende geht? Es wird sich eine vermehrte **Vergnügungssucht** einstellen (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), sie werden das Bett nicht früher aufsuchen und darum am anderen Tage weniger gekräftigt sein, als wenn sie den Tag mit richtiger Arbeit wirklich ausgenutzt hätten. Wir sehen ja, was jetzt nach diesem unheilvollen Krieg geworden ist. Der Vergnügungstaumel, die Tanzwut, der Kinobesuch ist ja geradezu unheimlich, und ich befürchte, wenn die Sommerzeit wirklich wieder eingeführt würde, daß dadurch der Vergnügungssucht durchaus kein Einhalt geboten würde. Im Gegenteil, die Menschen würden noch mehr Zeit haben, diese Lust am Tanz und Spiel, kurz und gut, den Lebensgenuß zu befriedigen — wollen wir es mal ausdrücken. Noch moderner wäre es freilich, wenn man sagte,

sie würden sich noch mehr ausleben. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Jedenfalls würde nach meiner Meinung hygienisch gerade das Gegenteil von dem eintreten, was uns der Herr Vorredner eben vorgeführt hat.

Geehrte Damen und Herren! Im Namen des größten Teiles meiner Parteifreunde habe ich zu erklären, daß wir die **Sommerzeit** ablehnen werden. Die Gründe hierfür sind folgende: Sowohl aus der Landwirtschaft wie aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter in Gewerbe und Industrie wird dringend gewünscht, daß man endlich einmal mit der bisherigen Gepflogenheit bricht. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn es gestattet ist, etwas näher auf die **Landwirtschaft** einzugehen, so möchte ich erwähnen, daß die Einbringung des Heues und des Getreides in den Vormittagsstunden in den meisten Fällen unmöglich ist. Schon der Tau und vielfach auch der Regen verhindern das, und so bleibt zur Einbringung der Ernte in der Hauptsache nur der Nachmittag übrig. Wenn wir nun den Vormittag schon um eine Stunde verlängern, muß der Nachmitag um eine Stunde verkürzt werden, und diese kostbare Zeit geht für die Ernte verloren.

Meine Damen und Herren, wie sehr es in der Erntezeit oft auf eine Viertelstunde ankommt, dafür will ich Ihnen als Beispiel das Kuriosum anführen, daß ich, um meinen Luzernekleesamen rechtzeitig zu ernten, abends um 8 Uhr mit den Geschirren hinausfuhr und den Samen hereinholte; bei denen, die es nicht getan haben, liegt er heute noch draußen und ist verfault.

Es ist meiner Ansicht nach geradezu widersinnig, wenn nach der Normalzeit um 5 Uhr Feierabend sein soll. Die Sonne steht noch hoch am Himmel und doch sollen die Arbeiter schon ihre Arbeitsstätte verlassen, und gerade der wichtigste Teil der Tageszeit geht für die Einbringung der Ernte verloren. Wir haben uns in den drei vergangenen Jahren damit beholfen, daß wir die Normalzeit auf dem Lande ohne weiteres beibehalten haben. Ich kann Ihnen auch da ein Kuriosum erzählen. Ich hatte meine Uhr darauf eingestellt, fahre nach Berlin in den Reichstag und denke nicht daran, daß die Uhr eine Stunde nachgeht; *die Folge war, daß ich zu einer sehr wichtigen Sitzung erschien, als die Herren gerade fortgingen.* Das war allerdings ein großes Pech. (Heiterkeit.)

Wir hatten vor dem Feldzuge noch die **unbeschränkte Arbeitszeit**, und man war in der Lage, wenn man Überstunden bezahlte, die Leute in der Ernte unter Umständen bis abends 8 Uhr zusammenzuhalten. Das ist jetzt unmöglich, es wird im höchsten Falle von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gearbeitet werden, und die beste Zeit des Tages wird verloren gehen. Denn 6 Uhr abends nach der neuen Zeit ist nach der

Normalzeit 5 Uhr, und da möchte ich auf eins eingehen. Es sind ja viele Herren Landwirte unter uns, die die große Wichtigkeit kennen, daß die hochkultivierte Gerste im richtigen Moment eingebracht wird. Hier macht eine Stunde unter Umständen Tausende in der Wirtschaft aus. Ebenso verhält es sich mit dem Heu und dem Klee. Nun heißt es: dann können wir ja **Überstunden** einlegen! Gut, aber die Neigung der Arbeitsleute geht jetzt dahin, die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, und wenn man wirklich sagte: wir wollen heute abend zwei oder drei Stunden einlegen, um diese oder jene Fruchtgattung einzubringen, so würde man wenig Gegenliebe finden, wenn die Leute eine Stunde früher anfangen sollen. Geschieht das, so kann man nicht verlangen, daß sie abends zwei, drei Stunden länger arbeiten. Das sind doch Gründe, die durchschlagend sind. (Sehr richtig!) Auch mit unseren **Geschirrführern** — das Wort „Knecht" ist ja heute verpönt und nicht mehr modern, ich werde also „Geschirrführer" sagen — würde es Schwierigkeiten geben. Die Leute müssen sowieso eine Stunde früher kommen, ehe mit den Pferden gearbeitet werden kann. Die Pferde müssen gefüttert und geputzt werden, und das müßte mindestens um 3 Uhr geschehen, denn jetzt muß schon um 4 Uhr damit angefangen werden. Da müßten also die Leute bei Licht arbeiten, und wo bleibt da die Ersparnis an Licht und Kohlen zur Erzeugung von Elektrizität? (Sehr gut!) Außerdem würden die Leute, wie sie heute beschaffen sind, wo die Arbeiter die mächtigen Herren der Erde sind und wir Unternehmer nur die Trabanten, uns den Gefallen nicht einmal tun, sie würden überhaupt nicht kommen.

Meine Damen und Herren, mit der **Milch** ist es ja noch viel schlimmer. Ich muß meine Milch 1½ Stunde weit nach der Molkerei fahren, und die Milch muß um 7 Uhr nach der normalen Zeit bei der Molkerei eingetroffen sein. Da ich 1½ Stunde zu fahren habe, muß ich um 5½ Uhr nach normaler Zeit wegfahren, in Wirklichkeit um 4½ Uhr. 1½ Stunde lang wird gemolken; es muß also mit dem Melken um 3 Uhr angefangen werden. Glauben Sie nun wirklich, daß ein Schweizer oder ein Dienstmädchen früh um 3 Uhr in den Kuhstall gehen wird, um die Kühe zu melken? Die Zeiten sind vorüber. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein!) — Das werden sie nicht tun. Hier liegt ein offenbarer Übelstand vor, der beseitigt werden muß; sonst ist eine rechtzeitige Ablieferung der Milch gar nicht möglich.

Meine Damen und Herren! Auch in bezug auf die **Schulverhältnisse** würden unhaltbare Zustände entstehen. Auf dem platten Lande, namentlich in den Gegenden, wo die Gehöfte zerstreut umherliegen, haben die Kinder häufig einen Weg von 1 bis 1½ Stunden zur Schule zu machen. Ich möchte auch auf die Kinder hinweisen, die die Stadtschule besuchen und daher die Bahn benutzen müssen. Wenn die eine

Stunde eher fort müssen, so würde das bedeuten, daß die Mutter dieser Kinder um 4 Uhr die Kinder aus den Betten herausreißen müßte. (Hört! hört!) Sie müßte sie ankleiden und mit Trab zur Schule schicken, und die Frau wäre gar nicht in der Lage, am Vormittag noch in der Landwirtschaft zu arbeiten. (Sehr richtig!) Das haben doch aber die Leute so bitter nötig, namentlich in der Ernte. Also auch hier würde genau das Gegenteil von dem eintreten, was mein Herr Vorredner in bezug auf günstige Entwicklung unserer Hygiene ausführte. Ich glaube nicht, daß es einem Kinde zuträglich ist, wenn es um 3 oder 4 Uhr wieder aus dem Bett gerissen wird. An das frühere Zubettgehen aber glaube ich nicht. Solange die Sonne am Himmel steht, geht keiner zu Bett. Das tut kein kultivierter Europäer. (Heiterkeit.) So weit sind wir noch nicht. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, ich bitte, zum Schluß zu kommen!

Koch (Merseburg), Abgeordneter: Ja, ja, ich komme sofort zum Schluß! (Heiterkeit. — Pause. — Zurufe und erneute Heiterkeit.) — Ja, ich soll es doch kurz machen!

Aus den Kreisen der **Arbeiterschaft** kommt ja dieselbe Klage. Meinen Freunden ist aufgetragen worden, möglichst dafür zu wirken, daß die Sommerzeit nicht eingeführt wird! (Bravo!) Aus den Kreisen der Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier, aus ganz Westfalen, von den Werftarbeitern in Wilhelmshaven und Kiel ist der Wunsch ausgesprochen worden. Alle haben sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt (Heiterkeit), daß die Sommerzeit wieder eingeführt werden soll. Die Bergarbeiter müssen eine Stunde eher an die Arbeit gehen. Zu Bett gehen sie doch nicht eher, und am anderen Morgen sind sie unausgeruht und gehen mißmutig an die Arbeit.

Auch die **Brauereiarbeiter** sind dagegen. Der Brauer ist ja sowieso ein Frühaufsteher. Aber wenn er noch eine Stunde früher aufstehen muß, dann wird es bei ihm ähnlich wie beim Geschirrführer: er muß morgens um 3 Uhr aufstehen.

Auch die **Holzbearbeitungsarbeiter** sind derselben Meinung, daß wir es bei der alten Normalzeit belassen sollen und nicht wieder in die Sommerzeit hinein sollen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, ich muß abermals bitten, sich kürzer zu fassen. Die Herren sind von Ihren Ausführungen auch so überzeugt. (Heiterkeit.)

Koch (Merseburg), Abgeordneter: Aber das eine muß ich Ihnen noch sagen. (Heiterkeit.) Meine Herren, jetzt kommt die Hauptsache! (Große Heiterkeit.) Sogar ein **Direktor einer städtischen Gasanstalt** hat

mir mitgeteilt, daß in den drei Jahren während des Krieges durchaus keine Ersparnis an Gas gegen die Vorjahre im Frieden gemacht worden ist. (Hört! hört!) Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen auf Verlangen diesen Herrn nennen. (Zuruf: Aber jetzt nicht! — Heiterkeit.) Aus allen diesen Gründen, verehrte Damen und Herren, bitte ich, die Sommerzeit abzulehnen. (Stürmischer Beifall.)

Präsident: Die Abgeordneten Frau Pfülf und Genossen beantragen Schluß der Debatte. Der Antrag bedarf der Unterstützung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Antrag auf Schluß der Debatte unterstützen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die erforderliche Anzahl von 30 Mitgliedern steht jetzt; die Unterstützung reicht also aus.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident! Ich möchte das lebhafte Bedauern meiner Freunde darüber aussprechen, daß durch den Schluß der Debatte unser Fraktionsredner, der gegen die Sommerzeit sprechen sollte, nicht zum Wort gekommen ist. Herr Dr. Hartmann von unserer Fraktion, der hier gesprochen hat, hat nur von seinem ärztlichen, hygienischen Standpunkte aus gesprochen. Meine Fraktion dagegen hat sich gegen die Einführung der Sommerzeit erklärt.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgordneter: Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken, daß ich mich seit Jahr und Tag in Wort und Schrift mit der Frage der Sommerzeit beschäftigt habe, durch den Schluß der Debatte aber verhindert worden bin, dem hohen Hause mitzuteilen, daß die Sommerzeit die Landwirtschaft schädigt und mit ihr die Volksernährung, daß sie von Hunderttausenden von Arbeiterfamilien (Glocke des Präsidenten)

Präsident: Herr Abgeordneter, das sind keine Bemerkungen zur Geschäftsordnung.

Dusche, Abgeordneter: — nicht gewünscht wird. Darum bitte ich Sie, die Sommerzeit abzulehnen. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Vorher ist nur die Unterstützungsfrage geregelt worden. Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die den Schluß der Debatte beschließen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Schluß der Debatte in erster Lesung ist damit angenommen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Ich habe für meine Fraktion ebenfalls zu erklären, daß wir bedauern, daß den Fraktionsrednern der einzelnen Fraktionen durch den Schlußantrag das Wort abgeschnitten worden ist. Meine Fraktion — das will ich hier erklären — würde sich ebenfalls in weitgehender Weise und aus verschiedenen Gründen gegen die Einführung der Sommerzeit ausgesprochen haben.

Präsident: Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung erledigt. Die Überweisung des Gesetzentwurfs an einen Ausschuß ist nicht beantragt. Wir treten also sofort in die

zweite Beratung

ein.

Ich eröffne die Diskussion über § 1. — Ich schließe sie. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den § 1 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das Bureau ist sich darüber einig, daß jetzt die Minderheit steht. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Der § 1 ist daher abgelehnt.

Ich rufe auf § 2. — Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für diesen Paragraphen sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) § 2 ist abgelehnt.

Ich rufe auf § 3. — Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) § 3 ist abgelehnt.

Einleitung und Überschrift. — Ich bitte die Damen und Herren, die Einleitung und Überschrift annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ebenfalls abgelehnt.

Damit ist der Gesetzentwurf in allen Teilen abgelehnt und ist damit erledigt. (Lebhaftes Bravo und Heiterkeit.)

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt.

Ich eröffne die erste Beratung. Von dem Herrn Abgeordneten Schiele und seiner Fraktion sind zur zweiten Beratung folgende Anträge gestellt worden, die ich gleich hier mitteilen will:

Dem § 1 folgende Fassung zu geben: Zwischensemester, die an einer deutschen Universität zwischen den ordentlichen Studienhalbjahren eingerichtet werden, sowie gleichwertige Universitätskurse, die an anderen Stellen veranstaltet werden, gelten für Kriegsteilnehmer in bezug auf das dreijährige Studium der Rechtswissenschaft (§ 2 Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes) als volle Halbjahre.

Da der Antrag nicht mehr gedruckt werden kann, wird es zu Ihrer Information dienen, wenn ich den Unterschied gegenüber der Regierungsvorlage kurz hervorhebe.

Der Anfang dieses Antrages stimmt mit der Regierungsvorlage überein. Erst von da ab, wo die Regierungsvorlage sagt, daß den Kriegsteilnehmern von der Landeszentralbehörde volle Halbjahre angerechnet werden können, macht dieser Antrag den Vorschlag der positiven Anrechnung: für Kriegsteilnehmer gelten diese als volle Halbjahre.

Zu § 2 beantragen die Herren, hinter dem ersten Satz einzufügen: „soweit durch besondere amtliche Kurse ein entsprechender Ausgleich geschaffen ist". Also die dreijährige Vorbereitungszeit soll abgekürzt werden können, soweit durch besondere amtliche Kurse ein entsprechender Ausgleich geschaffen ist.

Im § 3 beantragen die Herren, den Hinweis auf § 1 zu streichen.

Für § 4 beantragen sie folgende Fassung:

> Durch Reichsverordnung wird bestimmt, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist und was als Teilnahme am Kriege angerechnet werden kann.

Der Unterschied gegen die Regierungsvorlage besteht hier darin, daß die Regierungsvorlage das durch die Landeszentralbehörde bestimmen läßt, während der Antrag Schiele und Genossen dafür eine Reichsverordnung vorsieht.

Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsjustizminister Landsberg. (Pause.) — Der Herr Regierungsvertreter will zunächst den Antrag der Herren Schiele und Genossen ansehen. (Zuruf vom Regierungstisch.) — Wollen Sie doch gleich reden? Ich dachte, Sie würden zunächst einmal den Antrag prüfen. Dann würde ich in der Zwischenzeit dem ersten Redner das Wort erteilen. Das wird zweckmäßig sein. (Zustimmung am Regierungstisch.)

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Grünewald.

Grünewald, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz schreibt bekanntlich für das **Studium der Rechtswissenschaft** einen dreijährigen Zeitraum vor und bestimmt für den Vorbereitungsdienst der jungen Rechtsbeflissenen ebenfalls einen dreijährigen Zeitraum. Die Bundesstaaten haben die Möglichkeit, diese Zeiträume zu verlängern. Einzelne Bundesstaaten haben von dieser Befugnis Gebrauch gemacht. Sie haben indessen mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer und das ihnen gegenüber gebotene Entgegenkommen die beiden Zeiträume auf das Minimum von drei Jahren beschränkt.

Der vorliegende Gesetzentwurf kommt den Kriegsteilnehmern weiter entgegen. Er will die **Zwischensemester als volle Studienhalbjahre** gelten lassen. Sie wissen, daß mit Rücksicht auf die raschere Vollendung

der Studien in den einzelnen Bundesstaaten angeordet worden ist, daß die großen Ferien, die sich zwischen den normalen Semestern befanden, zur Einrichtung von sogenannten Zwischensemestern benutzt werden. Wenn nun diese Zwischensemester den jungen Juristen als volle Studienhalbjahre angerechnet werden, so kann der Fall eintreten, daß ein Student in einem Kalenderjahre vier Studienhalbjahre absolviert.

Das weitere Entgegenkommen, das dieser Gesetzentwurf enthält, ist, daß auch der **Vorbereitungsdienst** von drei Jahren um ein Jahr, also auf zwei Jahre, **abgekürzt** werden kann. Voraussetzung für diese Erleichterungen ist die Teilnahme am Krieg oder die Teilnahme an einer Volkswehr, wie sie gegenwärtig zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zum Schutz der Grenzen errichtet worden sind und noch errichtet werden.

Meine Fraktion begrüßt diesen Gesetzentwurf, weil er sozialer Fürsorge und ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber den Kriegsteilnehmern dient. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Mir sind nur einige Wünsche mitgeteilt worden, die meine Fraktion hegt, und die sich erstens darauf beziehen, daß aus dieser Konzentration des juristischen Studiums nicht etwa eine dauernde Verschlechterung desselben hervorgehe. Man meint, daß die Zusammenziehung in diese Zwischensemester ein Repetitorwesen erzeugen werde und daß das eigentliche wissenschaftliche Studium zurückgedrängt werden könne. Ich glaube ganz gewiß, daß diese Folge zunächst eintreten wird. Ich bin aber der Überzeugung, daß die ganze Einrichtung — der Herr Justizminister wird sich wohl darüber äußern — selbstverständlich keine dauernde sein soll, sondern nur berechnet ist auf die Wirkungen des Kriegs resp. auf die Interessen der Kriegsteilnehmer. Scheidet demnächst dieser Gesichtspunkt aus, so wird man natürlich zurückkehren zu dem regulären Studienverlauf, der dann wieder wissenschaftlich und korrekt vor sich gehen wird.

Der zweite Wunsch, der mir mit auf den Weg gegeben ist, ist der, daß die **Ausbildung der Referendare** in dem dreijährigen Zeitraum nicht notleiden soll und daß namentlich nicht unterlassen werde, die Referendare nicht nur juristisch, wissenschaftlich auszubilden, sondern daß, was übrigens schon längst in gewissem Umfange geschehen ist, die Referendare in Handel und Verkehr, in soziale Dinge, in die Industrie usw. Einblick gewinnen sollen. (Sehr richtig!) Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Anfänge, die man in dieser Richtung vor dem Kriege gemacht hat, in Zukunft noch bedeutend weiter entwickelt werden. Denn wir werden sehen, daß das praktische Leben gerade an die Juristen mehr als seither große Anforderungen stellt, und daß die Juristen deshalb eine Ausbildung erfahren müssen auch in diesen Dingen des wirtschaftlichen und praktischen Lebens. Ich bin auch der Überzeugung, daß manches Äußerliche, was der Referendarzeit anhaftet

und was vielleicht den Referendar hinderte, sich so ausgiebig den Studien zu widmen, wie es erwünscht gewesen wäre, in Zukunft in Fortfall kommen wird.

Das dritte wäre dies — und das gehört vielleicht nicht ganz in den Rahmen der heutigen Diskussion, aber ich glaube, es wird nichts im Wege stehen, daß ich es erwähne —, man hat mir den Wunsch ausgesprochen, daß ich sagen soll, daß die Assessoren in den einzelnen Bundesstaaten nicht zu lange sollen warten müssen, sondern daß, wo eine Stelle verwaltet werden muß, die **Assessoren** auch zur **Anstellung** gelangen. Ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden und ich glaube, auch der Herr Justizminister steht auf ihm, und habe ihn immer im Landtage meines Bundesstaates vertreten, daß, wo eine Stelle dauernd notwendig ist, sie dann auch besetzt werden muß und nicht vikariiert werden darf. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß, wenn ein Arbeiter an einer Stelle dauernd notwendig ist, man ihn nicht im Tagelohn besolden darf, sondern die Stelle etatsmäßig besetzen muß. Die gegenteilige Übung hat bedauerliche Wirkungen gehabt infolge der Abhängigkeit der Assessoren, namentlich bei den Gerichten. Das weiter auszuführen, ist heute nicht der Raum. Ich will es nur andeuten und bemerken, daß diese üblen Wirkungen des Assessorismus in Zukunft ganz gewiß aufhören werden.

Ich sagte vorher schon, daß, da das Gerichtsverfassungsgesetz mit dieser Vorlage eine Änderung erfährt, es sich um eine Reichsangelegenheit handelt, und ich möchte nicht vorbeigehen an einem Vorgang, mit dem letzthin das preußische Kultusministerium in diese Dinge eingegriffen hat durch eine Aktion, die besser unterblieben wäre. Wir haben gehört — und es ist heute eine Anfrage der Kollegen Wetzlich und Genossen beantwortet worden —, daß der preußische Herr **Kultusminister** ganz vor kurzem durch einen **Erlaß** die deutsche **Studentenschaft** aufgefordert hat, den **Volkswehren beizutreten**, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Abwehr der Angriffe gegen unsere Grenzen errichtet worden sind bzw. in der Errichtung begriffen sind. Ob der Aufruf nunmehr auch weiter noch die Anordnung enthielt, daß die eben erwähnten **Zwischensemester geschlossen** würden oder ob dies nur als eine Folge dieser Aufforderung gedeutet worden ist, das vermag ich nicht zu sagen, da mir der Aufruf in seinem Wortlaut trotz Bemühungen nicht bekannt geworden ist. Vielleicht kann der Herr Justizminister darüber eine Auskunft geben. Jedenfalls ist aber die Wirkung in den Lehrkörpern und Studentenschaften der Universitäten, und nicht bloß der nichtpreußischen, sondern auch der preußischen, wie speziell aus Berlin durch die Zeitungen berichtet worden ist, eine außerordentlich beunruhigende gewesen.

Sie haben heute aus der Anfrage gehört, daß allgemein eine Beunruhigung durch diesen Erlaß des Kultusministers entstanden ist. Ich

kann aus meiner Heimat und aus mehreren nichtpreußischen Universitäten berichten, daß dort ein förmlicher Aufruhr, wenn ich so sagen darf, entstanden ist, sowohl bei den Lehrkörpern der Universitäten wie bei den Studenten selbst. Es haben Versammlungen stattgefunden, in denen die Studenten außerordentlich erregt darüber waren, daß man, zwar von Preußen aus, aber natürlich mit der Wirkung, daß auch die nichtpreußischen Universitäten folgen müßten, einfach diktierte, daß das Zwischensemester aufhören solle, daß sie aufgefordert würden, zum Militär einzutreten, ohne daß man ihnen gesagt hätte, ob sie nach dem Osten kämen oder im Inneren blieben, ob sie im Sommersemester weiterstudieren könnten oder nicht. Kurzum, eine einfach in den Tag hinein gefaßte, ziemlich unüberlegte Maßnahme! Die Studenten waren dermaßen erregt, daß einige schon beschlossen, dem Spartakusbunde beizutreten (Heiterkeit), und andere wiederum die Fahne der Reaktion zu entfalten sich anschickten, während das Gros der Studenten, die vernünftigen, wie ich sie wenigstens ansehe, sich an die Abgeordneten ihres Bezirkes und an das preußische Kultusministerium wandten und durch Vermittlung ihrer Universitätsbehörde erzielten, daß der Mann der Tat, der Herr Minister Noske, diesen Erlaß kurzerhand wieder aufhob. Ob er dazu zuständig war oder nicht, das weiß ich nicht. Im Effekt hat er jedenfalls recht gehandelt und den Erfolg gehabt, daß diese Beunruhigung der Studentenschaft aufhörte und daß die Studenten nunmehr in Menge den Wehren beitraten. Ich kann von Gießen zum Beispiel sagen, daß vor acht Tagen es schon etwa 800 Studenten waren, die sich bereit erklärt hatten, allerdings für die Wehr, die namentlich für die Aufrechterhaltug der Ordnung im Innern bestimmt ist, und wohl in der Annahme, daß es sich um eine zeitweilige Beschäftigung beim Militär handle.

Aus dieser ganzen Angelegenheit und ihrem bedauerlichen Verlauf entnehme ich aber den Wunsch, daß nicht allgemein Dinge, die sich auf die ganze Studentenschaft oder auf das Unterrichtswesen des ganzen Reichs beziehen, und sich nicht auf die Interessen des einzelnen Bundesstaats beschränken, nicht von einem einzelnen Bundesstaat aus geregelt werden sollen (sehr richtig!), mag es nun Preußen oder mag es ein anderer Staat sein. Ich habe sehr bittere Äußerungen in der Presse sowohl wie von Hochschullehrern vernommen und habe sie hier zur Hand, aus denen hervorgeht, daß die Abneigung gegen Berlin, die ja, bedauert von den einen, begrüßt von den anderen, nun einmal besteht, durch diese ganze Verordnung außerordentlich stark wachgerufen und gestärkt worden ist. Ich meine, wenn die preußische Regierung den Wunsch hat, daß eine derartige Maßnahme, die in die Interessen des ganzen Reichs eingreift, eingeführt wird, dann soll sie ein Einvernehmen herstellen und nicht in den Tag hinein eine derartige Maßregel verfügen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich will aber bei der Gelegenheit etwas weiteres sagen. Wir haben seit zwei Monaten hier getagt und haben uns außerordentlich viel mit den Interessen der Arbeiter, der Leute, die mit der Hand arbeiten, und auch mit dem Mitelstande und den Angestellten befaßt. Aus gutem Grunde und hoffentlich zum Wohle dieser Schichten unserer Bevölkerung und zum Wohle unseres ganzen Landes. Wir haben aber — das darf ich feststellen — mit den geistigen Elementen unseres Volkes in dieser ganzen Zeit uns fast gar nicht befaßt. Ich muß darauf hinweisen, daß das **deutsche Hochschulwesen** und die deutsche **studierende Jugend Faktoren unseres Volkslebens** sind, die die Aufmerksamkeit der Nationalversammlung und unserer Regierung in hohem Maße zu beanspruchen geeignet sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Man darf doch nicht vergessen, daß die gegenwärtige studierende Jugend die Schicht ist, aus der unsere kommende Generation die Beamten für Justiz und für Verwaltung, für Seelsorge und für Schule haben wird und die die Führer für die geistigen Bewegungen der Zukunft stellen soll. Wir müssen deshalb unserer studierenden Jugend unser Interesse in vollem Maße zuwenden, und an dieser Stelle hieran zu erinnern, glaubte ich verpflichtet zu sein. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich will dabei das Ausland nicht vergessen. Unsere studierende Jugend soll auch die Kulturpioniere für das Ausland in der Zukunft stellen. Auch von diesem Gesichtspunkte aus verdient sie Ihre volle Aufmerksamkeit. Ich kann konstatieren, daß unsere Jugend, die von den Schlachtfeldern zurückgekehrt und in die Hörsäle hineingeströmt ist, mit vollem Eifer gegenwärtig ihren Studien und mit einem Ernst, den man früher nicht in diesem Maße beobachten konnte, obliegt. Wenn sie sich auch jetzt wieder zu den Waffen bereit erklärte, dann kann man wirklich sagen: zur Wissenschaft und zu den Waffen in gleichem Maße bereit!

Ich möchte ganz allgemein in diesem Zusammenhang beanstanden, daß unser **deutsches Studienwesen keine Einheitlichkeit** und keine innere Verbindung aufweist. (Sehr richtig!) Es herrscht in dem deutschen Studienwesen keine Übersichtlichkeit, keine Ökonomie und keine kluge Verwertung der geistigen Kräfte. Der Student ergreift irgendein Studium, vielleicht aus ganz zufälligen Gründen, vielleicht weil Familientradition obwaltet, vielleicht weil eine besondere Neigung, eine besondere Kouleur oder eine besondere Universität ihn lockt. Aber daß man Angebot und Nachfrage der verschiedenen Berufe reguliere, daß in jedem Jahre, was doch eigentlich bei einer so wichtigen Institution wie bei dem deutschen Hochschulwesen notwendig wäre, eine Art Berufsbilanz aufstellt, aus der sich ergibt, wo in einem Beruf Lücken sind, wo neue Anwärter ankommen können, wo ein Beruf überfüllt ist, welche Gründe der Volkswirtschaft oder des Staatsganzen darauf drängen, daß man sich einem Fach nicht zuwende — von alledem gar nichts! Es finden zwar jährlich, wie ich

höre, Rektorenkonferenzen statt, in denen aber diese Dinge wohl nicht besprochen werden.

Ich bin deshalb der Ansicht, daß wir danach streben müssen, für das gesamte Hochschulwesen eine **Zentrale für Berufsberatung der Studierenden** von Reichs wegen einzurichten. Es ist ja heute nur möglich, Anregungen und Andeutungen zu geben; mehr will ich damit auch nicht tun. Ich bemerke übrigens, daß das, was ich von den Universitäten sage, in gleichem Maße auch auf die **technischen Hochschulen** zutrifft, bei denen dieselben Mißstände zu beklagen sind. Ich habe noch nie gehört, daß sich die Hochschulen miteinander in Verbindung gesetzt hätten oder dauernd miteinander im Einvernehmen ständen und diese Fragen des Berufs und der Berufswahl behandelten. Die Hochschulen haben auch in dem Sinne keine Verbindung miteinander, daß sie sich konzentrieren — ich rede hier bewußt unitarisch, ich glaube aber in einem guten Sinne —, daß die Hochschulen miteinander überlegen, wo ein Institut zu errichten ist, sagen wir einmal: eines von den Instituten, die jetzt die großen Probleme wissenschaftlich und praktisch erproben, die der Krieg für die Industrie aufgeworfen hat. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Regierungen — ich will einmal sagen — ein Institut für Textilforschung, für Zelluloseforschung oder dergleichen Dinge, die in der Luft liegen, nicht an einer Universität allein errichten, sondern daß andere Universitäten beziehungsweise Bundesstaaten Beiträge zu diesem Institut kontribuieren, so daß ein größeres, mächtigeres und wirklich wirkungsvolles Institut entstehen kann. Statt dessen geht jeder Bundesstaat für sich vor. Jeder schafft vielleicht ein derartiges Institut, das dann nicht voll leistungsfähig ist. Ich denke zum Beispiel an Land- und Forstwirtschaft, an Veterinärkunde und dergleichen, die sehr wohl von mehreren Universitäten konzentriert werden können, statt einer dezentralisierten Handhabung der Dinge. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner! Ich glaube, Sie schweifen jetzt etwas von der Regierungsvorlage ab. Ich befürchte die Konsequenzen. Wenn das nur einer macht, ist die Sache nicht gefährlich; aber die anderen gehen auf das Thema ein, und dann wird es bös.

Grünewald, Abgeordneter: Ich stimme dem Herrn Präsidenten vollständig zu. (Heiterkeit.) Ich bin der gleichen Ansicht und komme zu dem Schluß, daß die Universitäten auch in bezug auf Anfang und Schluß ihrer Semester und einheitliche Gestaltung ihrer Prüfungsordnungen unter allen Umständen in eine Entente miteinander treten müßten. Ich will aber — damit komme ich wirklich zum Schluß — mit diesen Andeutungen ganz gewiß nicht die Selbständigkeit der einzelnen Hochschulen und die Gerechtsame der Bundesstaaten angreifen

und ganz gewiß auch nicht die Freiheit der Wissenschaft. Ich will im Gegenteil darauf hinweisen, welche hohe Bedeutung diese geistigen und ethischen Faktoren für unser Volkswesen und für uns alle haben, wir mögen einer Partei angehören, welcher wir wollen, und ich will darauf hinweisen, daß jetzt nach dem Kriege große unvorhergesehene Aufgaben an die Hochschulen herantreten werden. (Sehr richtig!) Die Wissenschaft, Lehre und Forschung werden von ihren Hochburgen herabsteigen müssen ins praktische Leben und beitragen und mithelfen müssen an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Warmuth.

Warmuth, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Gesetz bedeutet einen erheblichen Eingriff in die bisherigen Bestimmungen über die Dauer des **Vorbereitungsdienstes für das Richteramt.** An diesen Bedenken vorbeizugehen, hieße wohl fast das gleiche, wie der Notwendigkeit gründlichster Ausbildung für den Beruf des Richteramts die Berechtigung absprechen zu wollen. Es ist um so mehr geboten, die Bedenken laut werden zu lassen, als ja durch unsere Zeit ein Geist der Herabminderung und Herabwürdigung aller geistigen Berufe sich hindurchzieht, und ein vorbehaltloser Beifall zu einem Gesetz, das in wohlerwogene und seit Jahrzehnten bewährte Ausbildungsgrundsätze im Sinne einer sehr starken Verkürzung der Ausbildungszeit — wenn auch nur unter besonderen Umständen und Verhältnissen — eingreift, wäre Wasser auf die Mühle derer, die eben von diesem Geiste erfaßt sind. Das gilt um so mehr, als gerade der Jurisprudenz gegenüber die seltsame Auffassung besteht, als genüge für den Richterberuf im Grunde genommen eine ganz kleine Dosis positiven Wissens, gewissermaßen nur die Kenntnis einer Reihe von Formalien. Es ist in dieser Beziehung vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß gerade heute dem Rätekongreß in Berlin ein Antrag vorliegt, wonach die Unabsetzbarkeit der Richter beseitigt und der Richter selbst aus dem Volke gewählt werden soll ohne die Voraussetzungen der juristischen Vorbildung, die gegenwärtig bestehen.

Nach dem Entwurf kann die Studienzeit um die Hälfte, ebenso die Vorbereitungszeit zwischen dem ersten und zweiten Examen um die Hälfte herabgesetzt werden. Das ist eine außerordentlich starke **Kürzung** und wiegt schwer sowohl bei **der Studienzeit** als auch bei der Vorbereitungszeit des Referendars. Denn gerade in der Studienzeit soll ja der angehende Jurist den lebendigen Geist des Rechts erfassen lernen, er soll sich das spezifisch-juristische Denken aneignen; an der Hand des römischen Rechts, der alten römischen wie der deutschen Rechtsgeschichte

soll er das historische Wachsen und Sichentwickeln des Rechts überhaupt begreifen lernen, soll das Rechtgewordene als den Bau kennen und verstehen lernen, zu dem die Jahrhunderte eines Volks die Bausteine zusammengetragen haben. In der Studienzeit soll der angehende Jurist weiter eingeführt werden in das weite Gebiet der Volkswirtschaft, der Nationalökonomie. Wenn das alles in eineinhalb Jahren in einen jungen Kopf hineingebracht werden soll, dann gehe ich wohl nicht fehl, wenn ich sage, daß dazu nur die Begabtesten imstande sein werden, daß eine große Anzahl nur eine starke Wirrnis von Gedankeneindrücken in ihren Köpfen empfangen wird.

Auch für die **Vorbereitungszeit** zwischen dem ersten und zweiten Examen gelten die gleichen Gedanken. Gewiß ist eine Zeit von vier Jahren, wie sie beispielsweise in Preußen üblich ist, meines Erachtens eine etwas zu lange Zeit, und ich wäre sogar dankbar, wenn die **Kürzung**, wie sie bereits gegenwärtig besteht, auf drei Jahre, vielleicht dauernd beibehalten würde, um so mehr, als ein großer Teil jener Vorbereitungszeit mit höchst überflüssigem Protokollieren verbracht wurde, wodurch eben nur der Referendar den Gerichtsschreiber ersetzen sollte, ohne daß von einem wirklichen Lernen dabei viel die Rede war. Aber sie bis auf eventuell zwei Jahre herabzusetzen, hat die großen Bedenken gegen sich, von denen ich soeben gesprochen habe. Lernen gehört auch zu den guten Dingen, die Weile haben wollen. Gewiß, die Studentenzeit wird nicht Tag und Nacht in unausgesetztem Lernen und Büffeln verbracht. Es wäre traurig, wenn das wäre, es wäre ein schlechtes Zeugnis für den jugendfrohen Geist unserer Studenten, und besonders die ersten beiden Semester des Juristen stehen nicht gerade in dem Zeichen einer verblüffenden Emsigkeit, wie ja jedermann weiß. Aber auf der anderen Seite steht doch fest, daß auch in dieser Zeit bereits in den Köpfen der jungen Studenten eine ganze Reihe wichtiger rechtlicher Grundbegriffe festverankert werden, um diesen modernen Ausdruck einmal zu gebrauchen. Gerade die längere Zeit der Ausbildung festigt. In späterer Zeit Lücken auszufüllen, ist eine schwierige Sache. Was in ein jugendfrisches Gedächtnis aufgenommen wird, bleibt auch sein unveräußerliches Eigentum, und wer sich nicht in seinem Wissen in der Vorbereitungszeit gefestigt hat, bleibt gewöhnlich ein Knecht seines Berufes sein ganzes Leben lang. Das gilt für alle Berufe, aber auch ganz besonders für den richterlichen Beruf. Die leider vielfach übliche Examenseinpaukerei ist ja der beste Beweis dafür, wie rasch ein Wissen, das in einer verhältnismäßig kurzen Zeit zusammengerafft wird, wieder in alle Winde zerstiebt.

Gewiß, es ist in der Begründung des Gesetzes durchaus richtig ausgeführt, daß allgemeine Lebenserfahrung, Menschenkenntnis, Anpassungsfähigkeit und Charakterstärke für die wahre Erfüllung des richterlichen Berufes ein durchaus notwendiges Zubehör sind. Richter,

die lediglich Paragraphenmenschen sind, sind sicherlich nicht die besten Richter, und ich verkenne keineswegs, daß unsere Juristen als Kriegsteilnehmer ganz anders als diejenigen, die in dieser Kriegszeit zu Hause bleiben mußten, sich den Blick für das Leben und für die Menschen geschärft und geweitet haben, sicherlich von blasser Weltfremdheit nicht angekränkelt sind. Aber das allein tut es eben nicht. Positive Rechtskenntnis und jene Eigenschaften der Seele, von denen ich sprach, gehören eben zusammen.

Wenn nach alledem meine Fraktion gleichwohl dem Gedanken, der in dem Entwurf des Gesetzes zum Ausdruck kommt, wohl geneigt und freundlich gegenübersteht, so geschieht es aus dem Grunde, weil diejenigen, die durch viele Jahre hindurch ihr junges Leben für das Vaterland zu opfern bereit gewesen sind, vielleicht auch schwere körperliche Schäden aus dem Kriege heimgebracht haben, für dieses Heldentum gewissermaßen nicht noch bestraft werden sollen (sehr richtig!), indem sie in dem Vorwärtskommen auf der richterlichen Berufsbahn, die sie erwählt haben, durch den vollen Verlust dieser Kriegsjahre geschädigt werden. Wir schulden diesen jungen Kriegsteilnehmern den heißesten Dank, und da müssen alle Bedenken, die wir im übrigen gegen das Gesetz haben, ihre Waffen strecken.

Es kommt dazu auch noch das soziale Moment, daß gerade der Jurist erst in einer verhältnismäßig sehr späten Zeit, später als die meisten Berufe, zu einem festen Einkommen kommt. Was das gerade in unserer teuren Zeit bedeutet, versteht sich ja am Rande. Es ist sicherlich sozial gerecht, wenn wir es den Kriegsteilnehmern ermöglichen, daß dieses Ziel, das sich ohnedies für sie weiter hinausgeschoben hat, wie für die anderen, nicht noch weiter in die Ferne rückt.

Das Gesetz — um auf ein paar kurze Einzelheiten einzugehen — ist nun so gefaßt, daß es nicht selbst bindende Vorschriften für die **Verkürzung der Ausbildungszeit** aufstellt, sondern die **Zentrallandesbehörden** ermächtigt, solche vorzunehmen, den § 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes also nur im Sinne der Möglichkeit eines Freiehandlassens abändert. Wir halten das unsererseits, soweit es die Studienzeit in § 1 des Gesetzes betrifft, für eine unnütze Selbstbeschränkung unserer gesetzgebenden Gewalt. Es ist nicht recht einzusehen, warum wir die Ausführung dessen, was wir aus vollster Überzeugung wollen, erst einem anderen gesetzlichen Körper oder einer anderen Behörde überlassen sollen, die dann im Wege einer Verordnung diesem Gedanken Rechnung trägt. Es ist doch zu fürchten, daß gerade dadurch, daß man die Verhältnisse nicht einheitlich von einer Instanz aus regelt, das unerfreuliche Bild einer ganz verschiedenen Handhabung der Ermächtigungsvorschriften erzeugt wird, daß dann die Einheitlichkeit vollständig verloren geht.

Auch die **Feststellung** dessen, was unter **Kriegsteilnehmer** zu verstehen ist, überläßt der Entwurf des Gesetzes den Landeszentralbehörden. Ich bedaure das aus dem gleichen Grunde, den ich soeben angeführt habe, daß nämlich wiederum eine verschiedene Auslegung ein ganz verschieden gefärbtes Bild geben kann, und ich würde es für richtig finden, wenn auch dadurch, daß die Interpretation im Gesetz selbst bereits geschieht, einer irgendwie verschieden gearteten Interpretation ein Riegel vorgeschoben würde.

Es wird notwendig sein, über diese Anträge etwas eingehender zu diskutieren; es wird darüber nachher noch mein Kollege Hampe ausführlicher sprechen. Ich glaube auch, daß es mit der Plenarberatung nicht abgetan sein wird, und stelle deshalb hiermit ausdrücklich den Antrag, das Gesetz einer Kommission von 21 oder 14 Mitgliedern zu überweisen. Das Gesetz ist nach unserem Erachten zu wichtig, als daß es in einer einfachen Plenarberatung allein erledigt werden sollte. (Bravo! rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsjustizminister.

Landsberg, Reichsjustizminister: Meine Damen und Herren! Schließen Sie, bitte, aus der Einbringung des Gesetzentwurfs, den ich mich zu begründen anschicke, nicht, daß das von mir geleitete Ministerium sich zurzeit nur mit Gesetzen im Liliputformat beschäftigt. Wir sind im Gegenteil dabei — es ist mir vielleicht bei dieser Gelegenheit gestattet, Ihnen diese Sie gewiß interessierende Mitteilung zu machen —, Aufgaben von ganz gewaltiger Größe zu lösen. Die Vorarbeiten für den **Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs** sind so weit gediehen, daß ich die Veröffentlichung des Entwurfs vor Ablauf dieses Jahres glaube in Aussicht stellen zu können. (Lebhaftes Bravo.) Das neue Strafgesetzbuch wird ein Kulturwerk ersten Ranges sein. Es wird alle die vielen großen und fruchtbaren Gedanken auf dem Gebiete des Strafrechts in gesetzliche Bestimmungen bringen, und es wird den Nachweis führen, daß das deutsche Volk geistig nicht zusammengebrochen ist.

Wir sind weiter beschäftigt mit einer **Novelle zur Strafprozeßordnung,** und ich glaube, Ihnen die Veröffentlichung dieser Novelle schon in einem ganz kurzen, nur nach Wochen zählenden Zeitraum in Aussicht stellen zu können. (Bravo!) Wir sind bei dieser Arbeit von dem Ehrgeiz geleitet, die Novelle so auszugestalten, daß nach der Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches niemand den Wunsch nach einer neuen Strafprozeßordnung aussprechen soll, weil jeder die alte nach ihrer Verbesserung durch die Novelle für so vorzüglich halten wird (Heiterkeit), daß an ihr nichts geändert zu werden braucht.

Der vorliegende Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, ist sozusagen ein Nebenprodukt des Reichsjustizministeriums. Seine Grundgedanken sind: dem **Studierenden der Rechtswissenschaft** kann eine Ab-

kürzung des durch die Gerichtsverfassung vorgeschriebenen **dreijährigen Studiums** gewährt werden, um ihn für die Zeit, die er durch Teilnahme am Kriege eingebüßt hat, ganz oder teilweise zu entschädigen. (Bravo!) Diese Entschädigung vollzieht sich nicht in der Art, daß einfach die Herabsetzung der Studienzeit zugelassen, sondern dergestalt, daß die **Einrichtung von Zwischensemestern**, die die einzelstaatlichen Unterrichtsverwaltungen teilweise schon eingerichtet haben, teilweise noch planen, auf die dreijährige Studienzeit gestattet wird. Schiebt also die Unterrichtsverwaltung eines Einzelstaates zwischen je zwei Semester so lange ein Zwischensemester ein, als die Rechte studierende Kriegsteilnehmer an den Universitäten eingeschrieben sind, so kann der Studierende der Rechtswissenschaft das erste Ziel des juristischen Studiums, statt wie bisher in drei Jahren, in einem und einem halben Jahre erreichen. Das aber unter einer Voraussetzung, meine Damen und Herren, und an dieser Voraussetzung — das bemerke ich gegenüber einem Antrag der Herren von der Deutschnationalen Volkspartei — lassen wir nicht rütteln! Die Anrechnung darf zugelassen werden nur in dem Umfange, in dem der Studierende durch die Teilnahme am Kriege Zeit verloren hat, und weiter muß er sich eine Zeitersparnis, die im Zusammenhang mit seiner Teilnahme am Kriege steht und die zum Beispiel zurückzuführen ist auf die Zulassung zur Notreifeprüfung, im Wege der Kompensation anrechnen lassen.

Zugunsten derjenigen Kriegsteilnehmer ferner, die während des Krieges sich im juristischen Vorbereitungsdienst befunden haben, kann die Dauer dieses **Vorbereitungsdienstes** auf zwei Jahre **abgekürzt** werden, natürlich — das ergibt der § 3 des Entwurfs — im konkreten Falle auch nur wieder in einem Umfange, in dem ein Zeitverlust, bedingt durch den Krieg, vorliegt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Entwurf spricht für sich selbst. Sein Ausgangspunkt ist die Einführung der Zwischensemester an den Universitäten und die dadurch bedingte Möglichkeit, das Ziel des juristischen Studiums in weniger als drei Jahren zu erreichen.

Entschloß man sich, die Anrechnung dieser Zwischensemester auf die Zeit des Studiums der Rechte zuzulassen, so entsprach es nur der Billigkeit, auch den schon im Vorbereitungsdienst stehenden Juristen die Möglichkeit einer zum mindesten teilweisen Einholung der durch die Teilnahme am Kriege verlorenen Zeit zu gewähren.

Zu dem Zugeständnis der Anrechnung der Zwischensemester hat sich die Reichsregierung durch eine Reihe von Gründen bewogen gefühlt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Vermögenslage sehr vieler Studierender durch den Krieg derartig verschlechtert worden ist, daß sie, wenn ihnen nicht die Möglichkeit gegeben wird, die verlorene Zeit einzubringen, genötigt sein werden, auf das Rechtsstudium zu verzichten,

und da unter ihnen sehr viele begabte Menschen sein werden, würde das außerordentlich bedauerlich sein.

Besonders ins Gewicht fällt aber für die Reichsregierung folgender Grund. Es wird unter den Studierenden, die am Kriege teilgenommen haben, nicht wenige geben, deren Spannkraft und Fähigkeit, sich geistig intensiv zu betätigen, in den Kriegsjahren schwer gelitten hat. (Sehr richtig!) Und wenn nun vor diesen Studierenden die unverkürzte Zeit des Rechtsstudiums und die lange Zeit des juristischen Vorbereitungsdienstes liegt, dann ist zu befürchten, daß sie sich nicht leicht wieder aufraffen. Der Mut dieser jungen Juristen kann dadurch belebt werden, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, die verlorene Zeit wenigstens teilweise wieder einzubringen.

Das Gewicht dieser und anderer Gründe, namentlich des letztangeführten, war für die Reichsregierung so stark, daß Bedenken, deren Vorhandensein sie gar nicht verkennt, bei ihr zurücktraten und von ihr überwunden worden sind. Ich will aber denjenigen Studierenden der Rechte, die der Auffrischung, die ich für viele als nötig bezeichnet habe, nicht bedürfen und die nicht durch materielle Gründe gezwungen sind, die Abkürzung des **Rechtsstudiums** in Anspruch zu nehmen, von dieser Stelle aus den dringenden Rat geben, die **volle Studienzeit** auszuhalten. (Sehr gut!)

Ein begabter und fleißiger Student der Rechtswissenschaft wird das erste Ziel des juristischen Studiums in einer kürzeren als einer dreijährigen Zeit erreichen können. Wäre es anders, so würde die Einbringung dieses Gesetzentwurfs ja sinnlos sein. Aber die Universität soll den Studierenden nicht bloß für seinen Beruf tüchtig machen, sondern sie soll ihm die Grundlagen einer umfassenden allgemeinen Bildung geben. Und diese allgemeine Bildung ist dem Juristen, der, ob er nun Richter oder Staatsanwalt oder Rechtsanwalt wird, auf so vielen Gebieten menschlicher Betätigung sich auszuwirken berufen ist, besonders nötig. Er muß in der Philosophie, namentlich in der Psychologie, er muß in der Geschichte, in der Volkswirtschaft, in den Naturwissenschaften, um nur einige Disziplinen herauszugreifen, beschlagen sein. Wenn er mit solchen Studien nicht spätestens auf der Universität beginnt, so wird er Ausbildungsmöglichkeiten versäumen, die sich ihm niemals wieder bieten werden. Für alle diese Studien aber und das juristische Studium ist ein dreijähriger Zeitraum eher zu kurz als zu lang. (Sehr richtig!) Deshalb rate ich den jungen Studenten, die nicht darauf angewiesen sind, eine Verkürzung des Studiums in Anspruch zu nehmen, dringend, das volle Studium, die vollen drei Jahre, auszuhalten, vielleicht sogar die Frist noch zu verlängern.

Meine Damen und Herren! Daß ich die Wünsche des Herrn Kollegen Grünewald hinsichtlich der **Ausbildung der Referendare** teile,

brauche ich wohl nicht zu sagen. Ich bin auch fest überzeugt, daß die Landesjustizverwaltungen auf demselben Standpunkt stehen. Ich glaube deshalb, daß der Antrag der Herren von der Deutschnationalen Volkspartei zu § 2 des Gesetzentwurfs überflüssig ist. Daß die Lücke, die durch die Zulassung der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes entsteht, durch eine intensivere Ausbildung ausgeglichen werden muß, ist so klar, daß wir das Vertrauen zu den Landesjustizverwaltungen haben können, daß sie dies auch wissen und danach handeln werden.

Außerordentlich bedenklich ist mir der Antrag, den die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei zu den §§ 1 und 3 des Gesetzentwurfs gestellt haben. Der Antrag zu § 1 für sich mag, obwohl ich in ihm nicht eine Verbesserung des Gesetzentwurfs erblicken kann, nicht gefährlich sein, wenn aber in § 3 der Hinweis auf den § 1 gestrichen wird, so bedeutet das die obligatorische Anrechnung aller Zwischensemester auch zugunsten desjenigen, der durch die Teilnahme an dem Kriege vielleicht nur ein paar Wochen, höchstens ein paar Monate verloren hat. Ich weiß nicht, ob die Herren Antragsteller sich diese Konsequenz klar gemacht haben. Ich möchte jedenfalls das Haus dringend bitten, diesen Antrag abzulehnen. Ich bitte aber auch darüber hinaus, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Ich habe zu meinem Bedauern gehört, daß von einer Partei der Antrag auf Kommissionsberatung gestellt worden ist. Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihrer Entschließung in dieser Hinsicht nicht vorgreifen, ich glaube aber nicht, daß das Gesetz eine Beratung im Ausschuß nötig hat. Es kann heute sehr wohl verabschiedet werden. Ich bitte Sie um die Annahme des Gesetzentwurfs. (Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter: Meine Herren! Die Ankündigung des Herrn Reichsjustizministers, daß noch in diesem Jahre der **Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs** vorgelegt werde, hat mich nach meinen besonderen Beziehungen zur Sache mit dankbarer Genugtuung erfüllt. Aber nicht davon will ich jetzt reden, sondern als Rechtslehrer, im Einverständnis auch mit meinem Parteifreund, Professor Graf Dohna, einige Worte zu diesem Gesetzentwurf sagen, dem wir zustimmen und der mir durch die eben vorgetragene Begründung seitens des Herrn Reichsjustizministers noch sympathischer geworden ist.

Schon seit zwei Jahren war es der Gegenstand der Sorge der deutschen Juristenfakultäten, wie den aus dem Felde heimgekehrten oder sonst irgendwie durch Kriegsdienst am ordnungsmäßigen Rechtsstudium Behinderten dazu geholfen werden kann, daß ihnen möglichst geringer Schaden aus der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht erwachse. Zu diesem Zwecke haben eingehende Verhandlungen nicht nur unter sämt-

lichen deutschen Juristenfakultäten, sondern auch zwischen ihnen und ihren beteiligten Unterrichtsverwaltungen stattgefunden. Es wurden genaue und pädagogisch wohl erwogene Pläne aufgestellt, um einerseits das Gedächtnis am Erlernten und Vergessenen bei den Kriegsteilnehmern wieder aufzufrischen, und um andererseits ihnen die Aufnahme des erforderlichen neuen Wissensstoffes zu erleichtern.

Es war fast rührend, wie auch während des Krieges der **wissenschaftliche Zusammenhang** mit unseren Kommilitonen **im Felde** nicht verloren gegangen ist. Das war sicher mit ein Zeichen des idealen Zuges, von dem unsere gesamte Kriegführung beherrscht worden war. Die hinter der Front veranstalteten rechtswissenschaftlichen Kurse waren außerordentlich zahlreich und mit lebendigstem Interesse besucht. Und nicht nur dies! Es wurde auch außerhalb dieser Kurse in dienstfreien Stunden von unseren Studierenden in Unterständen, oft unter den kümmerlichsten äußerlichen Wohnungsverhältnissen wissenschaftlich fleißig gearbeitet. Es wurde ein reger Briefwechsel mit akademischen Lehrern in der Heimat unterhalten. Es wurde die Zusendung von Literatur erbeten. Es wurden sogar Seminararbeiten im Schützengraben fertiggestellt. Ja, ich weiß auch von einer vollendeten Doktordissertation zu erzählen. Um so mehr, können Sie sich denken, mußte uns daran gelegen sein, den Kommilitonen ihre Lage nach dem Kriege soviel als möglich zu erleichtern. Es handelte sich dabei nicht bloß um äußerliche Fragen der Zeitersparnis und ähnliches, sondern auch um etwas, das der Reichsjustizminister schon richtig andeutete, um, sozusagen, psychologische Fürsorge allerlei Art. Denn erfahrungsgemäß wird die Fähigkeit der geistigen Konzentration auf exakt wissenschaftliche Arbeit und Tätigkeit durch den Kriegsdienst bei vielen vorübergehend erheblich beeinflußt, ja herabgesetzt. Deshalb mußte auch die in Aussicht zu nehmende wissenschaftliche Methode der Stimmung unserer Kriegsteilnehmer angepaßt werden.

Nach vielen Überlegungen sind wir zuletzt auf die **Einrichtung der sogenannten Zwischensemester** gekommen, Einlegung je eines außerordentlichen Semesters zwischen die ordentlichen Studienhalbjahre. In Berlin haben wir daneben noch besondere Repetitionskurse zur Auffrischung des früheren Lehrstoffes eingerichtet. Diese Einrichtungen erfordern allerdings — das darf ich wohl sagen — außerordentliche Anstrengungen und Opfer der Lehrer an ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit. Denn sie bedeuten für sie den völligen Verzicht auf die akademischen Ferien, über deren Zweck manchmal in der gemeinen Meinung doch recht irrtümliche Anschauungen bestehen; sie dienen für den Lehrer neben notwendiger Erholung ausschließlich der wissenschaftlichen Arbeit.

Dieses Zwischensemester hat nun in den vergangenen Monaten erstmalig stattgefunden — außer in Königsberg. Das ordentliche

Wintersemester wurde in Berlin am 1. Oktober 1918 begonnen, am 1. Februar 1919 geschlossen und bereits am 3. Februar das Zwischensemester begonnen, in Berlin auch durchgeführt, soweit nicht der Generalstreik oder die Spartakusunruhen den akademischen Betrieb beeinträchtigt haben.

Ich möchte nun auch meinerseits feststellen: einen vollkommenen Studienersatz kann natürlich ein solches verkürztes Semester niemals bieten, es kann immer nur als eine vorübergehende Ausnahmemaßregel bis zu dem Zeitpunkte gedacht sein, in welchem die Zahl der Kriegsteilnehmer erschöpft sein wird.

Besonderes Gewicht ist dabei auf einen zweifachen Gesichtspunkt zu legen. Einmal dürfen die Erleichterungen nicht so weit gehen, daß die Ausbildung des Beamten darunter in einem Maße leidet, das ernste Gefahren für den Staat, für Amt und Gesellschaft befürchten läßt. Sodann darf aus dieser vorübergehenden Einrichtung nicht der Schluß gezogen werden — ich freue mich, auch hier in Übereinstimmung mit dem Herrn Minister zu sein —, daß auch unter normalen Friedensverhältnissen eine zweijährige Studienzeit genügen würde, zumal in der Zukunft. Auch wir stehen auf dem Standpunkt: für die **zukünftige Ausbildung des jungen Juristen** ist noch mehr notwendig als bisher, nämlich abgesehen von der allgemeinen Bildung außerhalb der geistigen Horizonte der Jurisprudenz selbst, vor allem ein tieferes Einführen in die volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Gebiete. Dazu brauchen wir reichlich und mindestens drei, nach Ansicht der deutschen Rechtslehrer vier Jahre.

Ich freue mich, feststellen zu können, daß der vorliegende Gesetzentwurf diesen verschiedenen Erfordernissen Rechnung trägt. Ich gehe nach den Ausführungen des Herrn Justizministers und der sorgfältigen, dem Gesetzentwurf beigegebenen Begründung auf die Einzelheiten nicht ein.

Nur noch eins möchte ich erwähnen. Ich begrüße besonders, daß der Gesetzentwurf das Maß der Erleichterungen einerseits auf das Billige erstreckt, andererseits auf das Notwendige beschränkt. Er vermeidet zu meiner Befriedigung eine Häufung von Erleichterungen, die in verschiedensten Richtungen Ungleichheiten und Unklarheiten hervorbringen müßte.

Nach dem ersten Eindruck hat es mich allerdings befremdet, daß der **Kriegsteilnehmer** nicht einen Anspruch auf **Erleichterungen** haben soll. Wenn ich die Anträge der Deutschnationalen Partei richtig verstanden habe, so gehen sie darauf hinaus, ihm solchen Anspruch zu geben. Allerdings würde dem Kriegsteilnehmer bei einem solchen Anspruch die Sache erleichtert sein; denn andernfalls muß er immer erst durch ein besonderes Verfahren feststellen, ob er eine Befreiung bekommt oder nicht. Aber nach sorgfältiger Prüfung und Rücksprache über diesen

Punkt verkennen wir auf der anderen Seite nicht, daß es richtig ist, der Landeszentralbehörde hierin freien Spielraum zu lassen und ihr die Würdigung der einzelnen Fälle offen zu lassen. Es gibt zweifellos Studierende, die, obschon sie am Kriege teilgenommen haben, doch nicht in wesentlicher Weise an der Fortsetzung ihrer Ausbildung behindert waren. Diese Kriegsteilnehmer sollen auch die Wohltaten des Gesetzes nicht genießen. Darum stelle ich hier keinen Antrag.

Nicht völlig sachgemäß scheint mir die **Überschrift des Gesetzentwurfs** zu sein. Denn seine Wohltaten beziehen sich doch nicht allein auf diejenigen Kriegsteilnehmer, die zum „Richteramt" gelangen wollen, sondern ebenso auf solche, die höhere Verwaltungsbeamte oder Anwälte werden wollen. Gemeint ist wohl, daß der Gesetzentwurf diejenigen Personenkreise umfaßt, die — wie ja auch die höheren Verwaltungsbeamten und die Anwälte — die Befähigung zum Richteramt erlangt haben müssen. — Der Herr Reichsjustizminister stimmt zu. Es wäre mir einfacher und gemeinverständlicher erschienen, wenn man etwa die Überschrift gewählt hätte: „Über die juristische Ausbildung von Kriegsteilnehmern." Aber die Sache ist mir nicht bedeutungsvoll genug, um daran einen Antrag zu knüpfen, um so weniger, als sich gerade an solche Anträge unverhältnismäßig lange Diskussionen zu knüpfen pflegen.

Endlich noch eins. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß der **Begriff des „Kriegsteilnehmers"** im denkbar weitesten und günstigsten Sinne verstanden werden muß. (Sehr richtig! rechts.) Ich räume ein: eine Definition des Kriegsteilnehmers ist schwierig; es könnten manche, für die ein Bedürfnis der Einbeziehung besteht, daneben fallen und andere hinwiederum einbezogen werden, für die ein Bedürfnis zweifellos nicht vorhanden ist. Daher bin ich auch in diesem Punkte schließlich damit einverstanden, daß ein weites Ermessen der Verwaltungsbehörde am Platze ist. Ich nehme aber an, daß in keinem Falle etwa die Art der Tätigkeit, also ob der Kriegsteilnehmer im Felde, ob in der Heimat, ob mit der Waffe, ob als Krankenpfleger usw. dem Vaterlande gedient hat, entscheidet, sondern daß für den Begriff des Kriegsteilnehmers in jedem Falle nur der kausale Zusammenhang maßgebend ist, daß infolge irgendeiner mit dem Kriegsdienst in Verbindung stehenden Dienstbeschäftigung die juristische Ausbildung verzögert worden war. (Zustimmung rechts.) Ich glaube das auch aus der Begründung herauslesen zu dürfen, möchte aber zur Beruhigung derjenigen, denen diese Wohltaten zugedacht sind, dies noch ausdrücklich festgestellt haben.

Mit § 4 Abs. 2 bin ich ebenfalls einverstanden. Ich widerstehe der Versuchung, in dieser vorgerückten Zeit noch auf die Frage der **Schließung der Universitäten,** die heute in einer Anfrage berührt wurde und auch hier sehr naheliegen würde, einzugehen. Ich bemerke

nur dies eine — und begegne mich darin mit dem Redner der Demokratischen Partei —, daß, wenn solche Maßnahmen getroffen würden, dies nicht von einer einzelstaatlichen Regierung geschehen dürfte. Handelt es sich um Grenzschutz und infolgedessen um die Notwendigkeit der Schließung der Universitäten — die deutschen Universitäten waren stets in erster Linie auf dem Platz, wo es den Schutz des Vaterlandes gilt —, dann muß solches von Reichs wegen geschehen und nicht einseitig von irgendeiner Landesverwaltung. Aber ich gehe auf die Frage nicht weiter ein.

Das Bedürfnis zu einer Kommissionsberatung kann ich nicht anerkennen. Zweifellos liegen Einzelfragen vor, die noch mehr aufgeklärt werden könnten. Aber das Gesetz muß rasch zustandekommen.

Ich empfehle die Annahme des Entwurfs um so mehr, als hier auf einem kleinen Ausschnitte unseres Staatslebens ein wohltätiger Versuch gemacht wird, die schweren Wunden des Kriegs zu heilen; und als gerade unsere hoffnungsvolle akademische Jugend davon betroffen wird. Eben dies wird — dessen bin ich überzeugt — die Mitglieder der Nationalversammlung geneigt machen, dem Entwurfe zuzustimmen. (Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen, den sie für ein Gebot der Billigkeit hält. Ich spreche nur die Erwartung aus, daß das Gesetz nicht dadurch in einzelnen Fällen illusorisch gemacht wird, daß ein Landesministerium, wie das preußische, die Universitäten veranlaßt, im Zwischensemester die Tore zu schließen, damit die Studierenden, die nach langen Jahren des Kriegs endlich dazu gekommen sind, sich wiederum wissenschaftlich zu betätigen, auf diese Weise indirekt gezwungen werden, sich irgendwelchen Freiwilligenverbänden anzuschließen. So ist es im März in Berlin geschehen und hat den Unmut fast aller Studierenden, die von der Einrichtung des Zwischensemesters Gebrauch machen wollten, erregt.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Spahn.

Dr. **Spahn**, Abgeordneter: Das hohe Haus möchte ich bitten, nach den Ausführungen, die soeben von dem Herrn Abgeordneten Dr. Kahl gemacht worden sind, die Vorlage nicht an eine Kommission zu verweisen, sondern sofort in dem Plenum zu erledigen. Es ist ein Wunsch der studierenden, aus dem Kriege zurückgekehrten Jugend, daß über ihr Los allgemeine und gleichmäßig in Deutschland geltende Bestimmungen getroffen werden, und das soll in diesem Gesetzentwurf geschehen. Sie hat auch ein Recht darauf, daß dies bald geschieht, damit sie weiß, wie sie ihre Zukunft im Sommersemester gestalten soll.

Die Vorlage selbst hat nur eine vorübergehende Bedeutung. Aber sie trifft eine verhältnismäßig große Zahl von Studierenden. Ich glaube, daß deren Zahl in Preußen allein auf über tausend geschätzt werden kann. Deshalb ist die Frage für viele Familien von großer Tragweite.

Wenn geltend gemacht worden ist, daß im § 1 die fakultative Bestimmung enthalten sei, daß den **Kriegsteilnehmern** vier Semester in einem Jahre als zwei **Studienjahre gerechnet** werden können, so glaube ich, daß es, weil diese einzelnen Vorlesungen verschiedenartig eingerichtet werden können, richtig ist, daß die Landesverwaltungen ein Prüfungsrecht nach dieser Richtung hin den Universitäten gegenüber haben. Die Universitäten unterstehen überdies nicht dem Reich, sondern den Einzelstaaten. Die Landeszentralbehörden müssen außerdem auch dem einzelnen Studierenden gegenüber nachprüfen können, inwieweit er von dem Zwischensemester Gebrauch gemacht hat und deshalb von dieser fakultativen Berechtigung der Zulassung zur Prüfung betroffen wird. Der Schwerpunkt der Beurteilung der Ausbildung des Juristen liegt darin, daß der Maßstab, den die Prüfungskommission bei der Prüfung für das Referendaramt anlegt, gleich ist sowohl für den, der als Kriegsteilnehmer zum Examen kommt, wie für den, der die normalen Semester durchlaufen hat. Wenn ein Student fleißig war und in der Prüfung beweist, daß er leistet, was notwendig ist, um auf den Eintritt in den Justizdienst vorbereitet zu sein, dann haben wir keine Veranlassung, der Prüfungskommission entgegenzutreten und seiner Prüfung Schwierigkeiten zu machen.

Was die Frage betrifft, die weiter angeregt ist in dem Antrag Schiele und Genossen, daß in den einzelnen Staaten durch besondere **amtliche Kurse für die Referendare** ein Ausgleich für die Zeitverkürzung im Vorbereitungsdienst geschaffen werde, so sind wohl in allen Einzelstaaten — für Preußen kann ich es bestätigen — diese Vorsichtsmaßregeln schon getroffen, und es wird seitens der Justizbehörden alles, was irgendwie möglich ist und an geistiger Anspannung von den ausbildenden Richtern verlangt werden kann, getan, um die Durchbildung der aus dem Kriege zurückgekehrten, juristisch vorgebildeten Referendare zu fördern.

Was den letzten Punkt im Antrage Schiele betrifft, so ist eine Verständigung unter den einzelnen Staaten darüber schon heute erreicht, **wer als Kriegsteilnehmer angesehen werden kann.** Soweit es sich also um die Zeit bis zum Waffenstillstande handelt, steht der Personenkreis fest. Es kann sich jetzt nur noch darum handeln, inwieweit die einzelnen berücksichtigt werden sollen, die jetzt im gegenwärtigen Zustand durch den Dienst bei den anerkannten Verbänden der freiwilligen Truppen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Grenzschutze sowie im vaterländischen Hilfsdienste tätig sind, weil auch diesen Personen, die

nicht schon im Kriege selbst als Teilnehmer tätig waren, noch die Wohltat der Abkürzung zugute kommen soll. Da der Waffenstillstand nicht dem Kriegsende gleichsteht, hat das kein Bedenken, wir brauchen uns deshalb darüber keine Sorge zu machen. Kommissionsberatung halte ich nicht für nötig, und ich wiederhole den Wunsch, das hohe Haus möge sofort in zweiter und dritter Lesung die Vorlage annehmen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hampe.

Hampe, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Gesetzesvorlage ist nur klein, enthält nur wenige und kurze Paragraphen, aber sie ist von großer Tragweite. Denn Recht und Gerechtigkeit sind von jeher die Grundsäulen eines Staates gewesen und sind es noch heute, und damit sie es bleiben, muß auch die Gewähr geschaffen werden für die Tüchtigkeit und Güte des Richterstandes. Und die Voraussetzungen dazu werden in diesem Gesetze berührt in der verschiedensten Weise.

Mein Herr Kollege Warmuth hat schon im allgemeinen die Bedenken hervorgehoben, die gegen die Gesetzesvorlage geltend gemacht werden könnten. An und für sich stehe ich ebenfalls auf dem Standpunkt: man muß den jungen Juristen, die draußen an der Front oder sonst im Kriegsdienst gestanden haben, die Mühsale und Entbehrungen ertragen, die vielleicht ihr Blut vergossen, ihr Leben oftmals in die Schanzen geschlagen haben, helfen, beispringen, daß sie nicht noch größere Opfer unmittelbarer Art aus dem Kriege davontragen. (Sehr richtig!) Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen uns hier nicht allein von unserem Herzen leiten lassen, dürfen die Kritik nicht vergessen, die wir an dem Gesetz üben müssen. Ich weiß wohl, es kommt nicht allein darauf an, daß jemand, um ein guter Richter zu sein, möglichst genaue Gesetzeskenntnisse hat, daß er möglichst viel positives Wissen in sein Gehirn einzwängt; es kommt auch darauf an, daß er Sachkenntnisse hat, daß er Charakterstärke hat, daß er ein klares Urteil hat, und noch viele andere Voraussetzungen sind zu erfüllen. Natürliche Anlagen muß er mitbringen, die sich künstlich nur in gewissem Umfange verbessern und vermehren lassen. Aber gerade deshalb, meine Damen und Herren, weil nicht alle Juristen diese natürlichen Anlagen mitbringen, muß um so mehr darauf gedrungen werden, daß wenigstens die **formaljuristische Ausbildung** nicht allzusehr in den Hintergrund tritt, und von diesem Gesichtspunkte aus sind die Bedenken, die von verschiedenen Seiten hervorgehoben sind, durchaus begründet. Aber auch ich lasse diese Bedenken fallen, so weit es unbedingt nötig erscheint, den jungen Juristen hier zu helfen.

Meine Damen und Herren! Bei dem ersten Paragraphen habe ich insofern keine durchschlagenden Bedenken, als die **Studienzeit gekürzt** werden soll, weil ja Zwischensemester geschaffen sind und sich in diesen

Zwischensemestern die jungen Juristen ausreichend betätigen können. Damit wird die Voraussetzung, die wir an dieses Gesetz knüpfen, erfüllt.

Aber was mir doch an diesem Gesetzesparagraphen auffällt, ist, daß nun die **Landeszentralbehörde** jedesmal die **Entscheidung** treffen soll. Das scheint mir nicht richtig zu sein. Schon aus dem einfachen Grunde möchte ich mich dagegen wenden, weil es sich ja hier um eine sehr einschneidende Abänderung des § 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes handelt, also eines Reichsgesetzes. Sehr viel folgerichtiger erscheint es mir daher, daß dieses Gesetz vollständig und einheitlich durch ein Reichsgesetz abgeändert wird, und daß die Abänderung nicht in der Weise geschieht, daß man bloß den Landeszentralbehörden die Ermächtigung erteilt, eine Abänderung vorzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Vor allen Dingen aber glaube ich, daß durch solche Regelung die Einheitlichkeit der Behandlung ganz außerordentlich leiden würde. Der Herr Justizminister hat hier allerdings vorhin erklärt, er habe zu den Landesjustizverwaltungen das Zutrauen, daß sie sachgemäß auf Grund dieses Gesetzes die Anordnungen und die Gesetze erlassen werden. Ich glaube aber, die Hoffnung, die der Herr Justizminister hier ausgesprochen hat, wird sich doch nicht überall erfüllen.

Wenn ich — ich bin ein Braunschweiger — an die **Verhältnisse** denke, die **in Braunschweig** herrschen, so kann ich meinen Zweifel nicht unterdrücken. Sie alle kennen ja die Zustände, die in Braunschweig seit der Revolution herrschen, und Sie wissen, daß die braunschweigischen Zustände die Kritik schon vielfach herausgefordert haben; auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Um nur ein flagrantes Beispiel herauszugreifen, so hat man in Braunschweig, als da die Räteregierung herrschte, ein Gesetz erlassen, das die Todesstrafe abschafft. (Hört! hört! rechts.) Nun, wenn in einem Bundesstaate derartige Gesetze gemacht werden können, so kann man nicht ohne weiteres das Vertrauen haben, daß diese Bundesstaaten auch in dem Rahmen des uns vorliegenden Gesetzes Anordnungen und Gesetze treffen werden, die durchaus sachgemäß sind. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte deshalb auch aus diesem Grunde den § 1 in der vorliegenden Fassung beanstanden, daß der Landeszentralbehörde eine so weite Machtbefugnis zugewiesen wird.

Was den zweiten Paragraphen anlangt, so ist es mir bedenklich, daß man bei den Referendaren die Vorbereitungszeit schlechthin soll abkürzen können, also auch dann, wenn gar keine Einrichtungen getroffen sind, die darauf abzielen, die entstehende Lücke auszufüllen. Ich weiß sehr wohl, daß in Preußen und in manchen anderen Bundesstaaten derartige **praktische Kurse für Referendare** bereits bestehen. Aber diese Einrichtungen bestehen durchaus nicht in allen Bundesstaaten, auch beispielsweise nicht in Braunschweig. Es ist mir auch sehr zweifelhaft, ob sich in dieser Beziehung die Hoffnung, die der Herr Reichsjustizminister

ausgesprochen hat, erfüllen wird. Warum will man nicht auch hier in dem Reichsgesetz von vornherein die Bedingungen festlegen, unter denen eine solche Anrechnung der Abkürzung der Vorbereitungszeit stattfinden soll? Aus diesem Grunde ist der vorhin verlesene Antrag eingebracht.

Was den vierten Paragraphen anlangt, so ist bereits von verschiedenen der Herren Vorredner mit Recht hervorgehoben worden, daß der **Begriff der Kriegsteilnehmerschaft** außerordentlich dehnbar ist. Wir hatten den Ausdruck „Kriegsteilnehmer" bereits im Reichsgesetze vom 7. August 1914, und alle Juristen des Hauses werden wissen, wie über diesen Begriff der Kriegsteilnehmerschaft in der Rechtsprechung und in der Wissenschaft die verschiedensten Ansichten zutage getreten, die widersprechendsten Urteile gefällt sind, dergestalt, daß schließlich die Reichsgesetzgebung sich durch Verordnung vom 16. Januar 1917 einmischen und das ursprüngliche Reichsgesetz abändern mußte. Jetzt, bei diesem Gesetz, wird die Sache aber noch viel schlimmer, denn hier soll ja der Begriff der Kriegsteilnehmerschaft noch außerordentlich erweitert werden, wie man aus der der Gesetzesvorlage beigegebenen Begründung ersieht. Ich halte es deshalb für sehr bedenklich, wenn man es auch hier wieder den einzelnen Landeszentralbehörden überlassen will, zu bestimmen, was Kriegsteilnehmerschaft und Kriegsteilnahme ist. Dann werden wir in Nord und Süd, in West und Ost die allerverschiedensten Auslegungen erfahren. Es würde also eine Gesetzesanwendung stattfinden, die nicht eine Gleichheit, sondern eine Ungleichheit in der Behandlung der Kriegsteilnehmer schafft. Das aber muß unter allen Umständen vermieden werden.

Ich trete deshalb den Ausführungen meines Kollegen Warmuth durchaus bei und bitte Sie, den Antrag auf Überweisung an eine Kommission anzunehmen. (Beifall rechts.)

Präsident: Die erste Beratung ist geschlossen. Es ist der Antrag auf Überweisung an eine Kommission gestellt. Der Antrag bedarf der Unterstützung. Ich bitte diejenigen, die diesen Antrag unterstützen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht nicht aus.

Wir treten also sofort in die

zweite Beratung

ein.

Ich eröffne die Diskussion über § 1. Hier liegt der Antrag der Herren Schiele und Genossen vor, anstatt „können Kriegsteilnehmern . . . angerechnet werden", zu sagen: „gelten für Kriegsteilnehmer". Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag der Herren Abgeordneten Schiele und Genossen zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 1 ist angenommen.

Wir kommen zu § 2. Hier beantragen die Herren Abgeordneten Schiele und Genossen, hinter dem ersten Satz hinzuzufügen: „soweit nicht durch besondere amtliche Kurse ein entsprechender Ausgleich geschaffen ist". Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, die dem § 2 der Regierungsvorlage zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Paragraph ist angenommen.

Zu § 3 beantragen die Herren Abgeordneten Schiele und Genossen, den Hinweis auf § 1 zu streichen. Das ist jetzt wohl gegenstandslos. Oder soll ich darüber abstimmen lassen? (Wird verneint.) — Der Antrag zu § 3 wird also von den Herren Antragstellern zurückgezogen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem § 3 in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Paragraph ist angenommen.

Im § 4 beantragen die Herren Abgeordneten Schiele und Genossen, das Recht über die Bestimmung, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist, nicht der Landeszentralbehörde zu geben, sondern es durch Reichsverordnung bestimmen zu lassen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag der Herren Abgeordneten Schiele und Genossen zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den § 4 in der Fassung der Regierungsvorlage annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 4 ist angenommen.

Ebenso nehme ich an, daß Einleitung und Überschrift angenommen ist. — Ich stelle das fest. Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Ich nehme an: wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir gleich in die

dritte Beratung

eintreten. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; wir treten in die dritte Beratung ein.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe sie.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich rufe auf § 1, — § 2, — § 3, — § 4. — Einleitung und Überschrift. —

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die das Gesetz annehmen wollen, sich von den

Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist einstimmige Annahme.[3])

Nun kommen wir zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916.

Ich eröffne die erste Beratung. — Das Wort wird nicht gewünscht; ich schließe sie. Die Überweisung des Gesetzentwurfs an einen Ausschuß ist nicht beantragt; wir treten deshalb gleich in die

zweite Beratung

ein.

Ich eröffne die Diskussion über § 1, — § 2. — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Wir kommen, wenn kein Widerspruch erfolgt, sofort zur

dritten Beratung,

die wir alsbald vornehmen können. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich eröffne die Generaldiskussion zur dritten Beratung — und schließe sie.

---

[3]) Das hiermit angenommene und im RGBl. Nr. 86 (S. 403) am 23. April 1919 verkündete **„Gesetz über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramte"** vom 19. April 1919 hat danach folgende Fassung erhalten:

§ 1. Zwischensemester, die an einer deutschen Universität zwischen den ordentlichen Studienhalbjahren eingerichtet werden, sowie gleichwertige Universitätskurse, die an anderen Stellen veranstaltet werden, können Kriegsteilnehmern von der Landeszentralbehörde als volle Halbjahre auf das dreijährige Studium der Rechtswissenschaft (§ 2 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angerechnet werden.

§ 2. Die Landeszentralbehörde kann für einen Kriegsteilnehmer den dreijährigen Vorbereitungsdienst zwischen der ersten und zweiten juristischen Prüfung (§ 2 Abs. 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes) um höchstens ein Jahr abkürzen. Die Kürzung darf nicht erfolgen, soweit das dreijährige Rechtsstudium des Kriegsteilnehmers durch Anrechnung von Zwischensemestern oder Universitätskursen abgekürzt worden ist.

§ 3. Von den Ermächtigungen (§§ 1, 2) darf die Landeszentralbehörde nur soweit Gebrauch machen, wie es zum Ausgleich einer durch die Teilnahme am Kriege verursachten Verzögerung der Ausbildung erforderlich ist.

§ 4. Die Landeszentralbehörde bestimmt, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist und was als Teilnahme am Kriege angerechnet werden kann.

Der Teilnahme an dem gegenwärtigen Kriege kann der Dienst bei anerkannten Verbänden freiwilliger Truppen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes sowie der vaterländische Hilfsdienst gleichgestellt werden; die Vorschrift des Abs. 1 gilt entsprechend.

Ich eröffne die Spezialdiskussion über § 1, — § 2. — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, die den Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz ist in der Fassung der Regierungsvorlage einstimmig angenommen.[4])

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Es ist eine Interpellation der Abgeordneten Auer und Genossen eingegangen des Wortlauts:

> Ist der Reichsregierung bekannt, daß die Art, wie die Lebensmittel aus dem Ausland verteilt werden sollen, sowie die hohen Preise dieser Lebensmittel und sonstige Maßnahmen in der Ernährungsfrage große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben? Was gedenkt die Reichsregierung dagegen zu tun?

Ich schlage Ihnen nun vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Samstag, den 12. April, vormittags 10 Uhr, und auf die Tagesordnung zu setzen: 1. die soeben verlesene Interpellation; 2. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen; 3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag; 4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, das **Gesetz über die Regelung des Kaliabsatzes** ist bisher noch nicht unter die Mitglieder verteilt worden (Zustimmung), kann also voraussichtlich frühestens heute abend in unsere Hände kommen. Daß wir in der Lage wären, bis morgen eine gründliche Beratung im Kreise der Parteifreunde darüber abzuhalten, ist daher unmöglich. Unter diesen Umständen muß ich im Namen meiner Parteifreunde, so bedauerlich es mir mit Rücksicht auf die Geschäftslage ist, gegen die Anberaumung des Kaligesetzes auf morgen Widerspruch erheben.

Diesen Widerspruch würden meine Parteifreunde zurückzustellen bereit sein, wenn uns hier im Hause die Zusicherung gegeben wird, daß die Mehrheit geneigt ist, morgen bei der ersten Beratung den Gesetzentwurf an eine Kommission zu verweisen, so daß wir dadurch Zeit zu einer gründlichen Kommissionsberatung erhalten.

---

[4]) Das in Nr. 84 des RGBl. S. 397 am 22. April 1919 verkündete **„Gesetz, betr. Aenderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916"**, vom 15. April 1919, weist in Erweiterung des Kriegssteuergesetzes § 38 die Einnahme aus der Kriegsabgabe der Verwendung zur Abminderung der Reichsschuld zu, soweit sie nicht zur Deckung von Fehlbeträgen der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918 erforderlich ist.

Präsident: Die tatsächlichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) sind richtig. Es könnte das Gesetz morgen nur auf die Tagesordnung gesetzt werden mit einer Abkürzung der Fristen, die in dem § 18 für die erste Lesung vorgesehen sind. § 21 sieht eine solche Abkürzung vor; sie ist nur dann möglich, wenn ihr nicht 15 anwesende Mitglieder widersprechen. Ich nehme an, daß 15 anwesende Mitglieder widersprechen werden, und daß also dann die Beratung nicht stattfinden kann. Ob irgendwelche Zusicherungen von seiten der Parteien — also für die Eventualauffassung des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) — gegeben werden wollen, um morgen wenigstens die erste Beratung zu ermöglichen — es handelt sich ja nur darum —, das muß ich den Parteien überlassen; darüber fehlt mir die Zuständigkeit.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Brey.

Brey, Abgeordneter: Herr Präsident, wir haben natürlich ein Interesse daran, aus Rücksicht auf die Regelung der Arbeiterverhältnisse das Gesetz so bald wie möglich zu verabschieden; aber die Bedenken, die von dem Herrn Abgeordneten Schultz vorgebracht worden sind, können wir nicht von der Hand weisen. Wir sind auch dafür, daß das Gesetz an eine Kommission zur Durchberatung gegeben wird. Wir bitten, daß die erste Lesung morgen vorgenommen wird.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Diesem Wunsche möchte ich mich anschließen. Wir sind auch damit einverstanden, daß das Gesetz zur Kommissionsberatung verwiesen wird, glauben aber, daß im Interesse der Beschleunigung der Angelegenheit, an der wir doch auch ein Interesse haben, dann wenigstens morgen in die erste Lesung eingetreten werden sollte.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Brey.

Brey, Abgeordneter: Ich möchte noch den Wunsch aussprechen, daß vor Zusammentritt des Plenums nach der Vertagung die Kommission bereits einige Tage vorher zusammentritt, um eine gute Durchberatung des Gesetzes vornehmen zu können.

Präsident: Ich nehme an, nachdem von zwei Seiten zugesichert worden ist, daß die erste Beratung morgen nur mit Verweisung an die Kommission schließen soll, daß der Herr Abegordnete Schultz (Bromberg) damit einverstanden ist, daß die erste Lesung morgen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Ich schließe mich den Erklärungen des Vertreters der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und des Vertreters der Demokratischen Partei namens meiner politischen Freunde durchaus an.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich habe die Herren dahin verstanden, daß sie die erste Lesung wünschen, daß sie uns aber Kommissionsberatung unter allen Umständen zusagen. (Zustimmung.) Dann ziehen wir unseren Widerspruch zurück.

Präsident: Sie ziehen also den Widerspruch gegen die erste Beratung zurück, Sie lassen die erste Beratung morgen ansetzen? (Zustimmung rechts.) Dann ist also auf der Tagesordnung nur zu streichen „und zweite".

Den Herren Mitgliedern des Ältestenausschusses möchte ich mitteilen, daß der Ältestenausschuß unmittelbar jetzt nach der Sitzung oben im kleinen Ausschußsaale zusammentritt und daß der Vorstand erst morgen früh um ½10 Uhr zusammentritt.

Die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 47 Minuten.)

---

36. Sitzung.

Sonnabend den 12. April 1919.

Beratung über das Kaligesetz. — Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlaß von Verordnungen.

Geschäftliches: Ausschüsse, Urlaub.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Regelung der Kaliwirtschaft.

Sachse (S.): Der Generalstreik im Kohlenbergbau. — Für Kalibergbau nicht sofortige Sozialisierung, sondern bedeutender Schritt. — Entschädigungsfrage viel einfacher. — Fortan Konkurrenz des Auslandes. — Einzelheiten des Gesetzes.

Gräßner, Geh. Ober-Regierungsrat: Kalisyndikat zu erhalten. — Bedeutung des Exports. — Einzelfragen.

Imbusch (Z.): Sozialisierung notwendig. — Kein Kalimonopol mehr. — Elsaß. — Ausbau, Preise. — Kaliindustrie finanziell vor dem Ruin.

Pohlmann (D. D.): Wie man im besetzten Gebiet mit den Arbeitern umgeht. — Kali reif zur Sozialisierung, wenn wir nicht schon das Kaligesetz hätten. — Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft.

Behrens (D. Nat.): Im Sachverständigenrat die Landwirtschaft zu schwach vertreten. — Einzelheiten. — Die Preise eine außerordentliche Belastung der Landwirtschaft.

Reineke (D. Vpt.): Die Landwirtschaft der ruhende Punkt im tobenden Meer. — Große Unzufriedenheit. Wenn sie einmal streiken würde? — Richtige Verteilung des Kali.

Dr. Cohn (U. S.): Tendenzen gegen den Sozialismus. — Preiserhöhung für Kali nötig. — Bedeutung der Preiserhöhung für die Landwirtschaft überschätzt. — Als Sozialisierungsgesetz unbrauchbar.

Interpellation Auer usw.: Maßnahmen in der Ernährungsfrage. Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen. Dr. Preuß, Reichsminister des Innern. — Becker (Arnsberg) (Z.). — Waldstein (D. D.). — Knollmann (D. Nat.). — Haase (Berlin) (U. S.).

Nächste Sitzung: Schultz (Bromberg) (D. Nat.). — Waldstein (D. D.).

Die Sitzung wird um 10 Uhr 28 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen ist folgender Mitgliederwechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Semmler der Abgeordnete Richter (Ostpreußen); in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten

Stahl, Dietrich (Potsdam), Dr. Semmler, Astor, Dr. Heim die Abgeordneten Thurow, Bruhn, Biener, Bergmann, Irl (Oberbayern); in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten D. Mumm der Abgeordnete Knollmann; in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Zöphel der Abgeordnete Dr. Ludewig.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Salm für drei Tage.

Meine Damen und Herren! Gestern ist quasi schon beschlossen, jedenfalls zugesagt worden, daß der vierte Gegenstand der Tagesordnung, der Gesetzentwurf über die Kaliwirtschaft, an einen Ausschuß verwiesen werden soll. Man hat unter der Hand in Aussicht genommen, die Kommission schon heute mittag zusammentreten zu lassen. Es scheint mir deshalb zweckmäßig zu sein, diesen vierten Gegenstand der Tagesordnung, also die

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft

vorzuziehen, damit die Verweisung an eine Kommission und die Tagung der Kommission heute nachmittag stattfinden kann. — Das Haus ist damit einverstanden; wir werden den vierten Gegenstand der Tagesordnung zunächst behandeln.

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sachse.

Sachse, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Da der Kalibergbau mit dem Entwurf über den Kohlenbergbau eng zusammenhängt, wird der Herr Präsident nichts einwenden, wenn ich eine kurze Mitteilung aus dem Kohlenbergbau mache. Nämlich im **westfälischen Kohlengebiet** hat ja der allgemeine **Generalstreik** seit 14 Tagen gewütet. Die Regierung hat mit den vier Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband vereinbart, daß für Untertage die siebenstündige Schicht inklusive Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann sofort eingeführt werden soll. Zwecks Prüfung der Frage, ob auch die sechsstündige Schichtzeit erträglich ist, das heißt, daß namentlich die deutsche Industrie diese Schichtzeit und die dadurch bedingte Kohlenpreiserhöhung im Konkurrenzkampfe aushalten kann, ist eine Kommission eingesetzt worden. Jedenfalls wird gedrängt werden, daß in bezug auf die Sechsstundenschicht eine internationale Regelung stattfinden muß. Es ist natürlich auch eine entsprechende Lohnerhöhung bewilligt worden, und auch die Knappschaftsreform ist wenigstens zum Teil nach dem Wunsche der Arbeiter geregelt worden. Das Krankengeld wird erhöht, und die Invaliden und Witwen des Bochumer Knappschaftsvereins erhalten Teuerungszulagen.

Wir hätten gestern eine Revierkonferenz der Vertrauensleute unseres Bergarbeiterverbandes für Westfalen. Da will ich Ihnen

mitteilen, wie die Abstimmung dort ausgefallen ist. Es haben 217 Vertrauensleute für Aufnahme der Arbeit, 83 dagegen gestimmt, und 16 haben sich der Stimme enthalten. Es ist demnach zu hoffen — es wird ja da und dort noch Schwierigkeiten geben —, daß die Arbeit im westfälischen Steinkohlenbergbau nunmehr wiederaufgenommen wird. (Bravo!) Selbstverständlich wird im Auge behalten werden müssen, daß die Schichtzeitregelung, wenn irgend möglich, weiter vorgenommen wird. Damit ist aber zu konstatieren, daß jetzt im deutschen Bergbau die kürzeste Schichtzeit der ganzen Welt existiert; denn der englische Bergbau will die Siebenstundenschicht erst am 1. Juni einführen, und die Schichtzeit soll, wie wenigstens Pressemeldungen lauten, nicht inklusive Ein- und Ausfahrt in England gemeint sein. Das hierzu.

Das Gesetz, das uns heute vorliegt, bringt für den **Kalibergbau** nicht die sofortige vollständige **Sozialisierung**, sondern soll wieder nur ein bedeutender Schritt auf diesem Wege sein.

In Art. 1 verlangt man, daß ein alsbaldiger gemeinwirtschaftlicher Aufbau der Kaliwirtschaft jetzt eingeführt werden soll. Das „alsbaldig" braucht uns wenig Kopfschmerzen zu machen, weil der 30. Juni als letzter Termin angegeben ist. Diese Neuregelung ist wie folgt gedacht. Es wird ein Reichskalirat und in Art. 2 ein Sachverständigenrat gebildet, wie ihn ähnlich das Kohlenwirtschaftsgesetz vorsieht, das wir im vorigen Monat verabschiedet haben. Die Kalierzeuger werden von der Reichsregierung zu einer **Betriebsgemeinschaft** zusammengeschlossen, an der Verwaltung dieser Gemeinschaft sind die **Arbeitnehmer** zu **beteiligen**. Das Nähere sollen die Vorschriften nach Ziff. 2 regeln. Ich meine, hier wäre wohl eine sofortige Bestimmung im Gesetz vorzusehen, in welcher Zahl die Arbeiter bei dieser Betriebsgemeinschaft beteiligt sein sollen; denn wenn die Verordnung kommt, würden darüber doch später wieder Streitigkeiten entstehen. Deshalb wird es praktisch sein, sich jetzt schon in der Kommission darüber zu verständigen, in welcher Anzahl die Arbeiter an der Verwaltung dieser Betriebsgemeinschaft beteiligt sein sollen. Das zu verlangen, haben die Arbeiter ein gutes Recht. Es muß aber vorgesehen werden, daß nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Vertreter der Arbeitnehmer, Gewerkschaftsangestellte usw., darin vertreten sein können.

Was die Vorschriften anbetrifft, so heißt es nach dem Wortlaut: „Die Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes erläßt die Reichsregierung. Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung einzusetzenden Ausschusses von 28 Mitgliedern. Die Vorschriften sind spätestens bis zum 30. Juni 1919 dem Staatenausschuß vorzulegen. Sie sind der Nationalversammlung, wenn sie versammelt ist, sofort, andernfalls unmittelbar nach ihrem Zusammentreten vorzulegen." Dann heißt es

weiter: „Bei der Vorlegung des Haushaltsplans hat die Regierung über Förderung, Herstellung, Absatz, Preisgestaltung, sowie über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse einen besonderen Bericht zu erstatten." Die Parlamentsrechte sind also gesichert. Vielleicht in Gestalt einer **Denkschrift** soll das **Parlament** dann alles erfahren. Aber auch jetzt haben wir die Bestimmung in dem Kaligesetz vom vorigen Jahre, daß die Regierung alljährlich bei der Etatsberatung eine Denkschrift vorlegen soll, eine Denkschrift, in welcher genaue Auskunft über Löhne, Gehaltszahlungen an Angestellte und Beamte und auch über die Überschüsse der Werke usw. gegeben werden soll. Ich bedauere sehr, daß wir bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs diese Denkschrift noch nicht in Händen haben. Eigentlich hätte sie nach § 34 Abs. 2 des letzten Kaligesetzes schon vor der Etatsberatung vorgelegt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns früher im Reichstag schon alljährlich über die viel zu späte Vorlegung und auch über die Unvollständigkeit derartiger Denkschriften beklagt. Die Vollständigkeit ist jetzt im Gesetz etwas besser vorgesehen. Aber auch dieses Jahr haben wir, wie gesagt, wieder zu beklagen, daß diese Denkschrift nicht zur richtigen Zeit erschienen ist. Ich möchte die Regierung bitten, wenn es irgend möglich ist, während der Kommissionsberatung diese Denkschrift oder wenigstens Teile dieser Denkschrift, soweit sie schon zu haben sind, der Kommission und dem hohen Hause vorzulegen.

Was die Sozialisierung oder Vergesellschaftung anbetrifft, so wäre diese meines Erachtens im Kalibergbau am leichtesten durchzuführen, wenn wir normale Zeiten und normale Verhältnisse hätten. Denn die **Entschädigungsfrage** liegt im **Kalibergbau** viel einfacher als in anderen Betrieben. Die alten Kaliwerke haben meist so gut verdient, daß sie nur noch wenig oder gar keine Abschreibungen mehr vorzunehmen haben. Freilich gibt es auch eine Anzahl neuer Werke, die noch wenig oder gar nichts abschreiben konnten. Aber auch unter den neuen sogenannten Tochterwerken gibt es solche, die bereits von den Überschüssen der Mutterwerke teilweise erbaut worden sind. Also auch hier wäre die Entschädigungsfrage nicht mehr so abschreckend.

Die Entschädigungspflicht ist ja in dem Sozialisierungsgesetz ausdrücklich von der Mehrheit des hohen Hauses angenommen worden, und deshalb ist leider anzunehmen, daß die Entschädigungsfrage immer ein großer Streitpunkt sein und bleiben wird. Aber, wie gesagt, selbst wenn die Entschädigungsfrage eine Rolle spielte, wäre es im Kalibergbau einfach, hätten wir normale Verhältnisse und normale Zeiten.

Aber wie liegt es im Kalibergbau? Bisher hatten wir in Deutschland ein fast ausschließliches Monopol, abgesehen von einer kleinen Kaliproduktion in Galizien und in Spanien. Jetzt aber werden uns — leider wird es ja im Friedensvertrag Gewißheit werden — die

elsässischen Kalibergwerke endgültig verloren gehen. Das sind 17 der größten und modernsten Werke, die damit in Feindeshand übergehen. Hinzukommt noch der spanische Kalibergbau, der, wenn er auch nicht gerade für uns gefährlich wird, immerhin eine Rolle mitspielt. Die Nachrichten lauten verschieden; manche Mitteilungen klingen pessimistisch, manche optimistisch. Aber die spanische Konkurrenz wird immerhin eine Rolle spielen. Die **Konkurrenz des Auslandes** wird also jetzt für uns schmerzlich werden, da wir bisher an gar keine Konkurrenz gewöhnt waren. Deshalb würden es meines Erachtens sehr viele Kaliwerksbesitzer jetzt gern sehen, wenn eine vollständige Vergesellschaftung, Sozialisierung vorgenommen werden würde und sie ihrer Schätzung nach möglichst hoch entschädigt würden. Aus diesem Grunde wäre es meines Erachtens jetzt bedenklich, die **sofortige Vergesellschaftung des Kalibergbaues** vollständig durchzuführen. Das wäre ein Experiment, das dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk doch sehr viel Schaden zufügen könnte. Hinzu kommt noch die Überproduktion an Kaliwerken, die schon vor dem Kriege vorhanden war. Sind dann viel zu viel Kaliwerke vorhanden, kann eben die Entschädigung bei einer Sozialisierung nicht so hoch sein, als sie sonst ausfallen würde. Ich meine, wir sollten aus all diesen Gründen vorläufig auf diesem Gebiete eine abwartende Haltung einnehmen und nur so weit gehen, wie die Regierung in dieser Vorlage gehen will. Wir müssen aber erst volle Klarheit haben auf dem Kalimarkt, wir müssen wissen, wie es mit der Konkurrenz steht und wie sich die Dinge gestalten, wenn das feindliche Ausland diese 17 großen elsässischen Kaliwerke erst voll ausbeutet und die Produkte auf den Weltmarkt bringt. Dann erst ist zu übersehen, welchen wirklichen Wert die deutschen Kaliwerke noch haben. Es wäre auch noch das eine Bedenken zu äußern, daß, wenn wir jetzt sozialisieren, das Ausland diese Bergwerke als Staatsbesitz betrachten wird; jedenfalls kann es sie dann viel leichter in die Hand nehmen, als wenn der Kalibergbau in Privathänden bleibt.

Die **Bergarbeiter im Elsässischen und Lothringen** werden sich wahrscheinlich oft nach deutschen Verhältnissen zurücksehnen; denn sie sind jetzt — und das gilt wohl auch vom **Saarbrücker Kohlenbergbau** — bedeutend schlechter gestellt als die deutschen Bergarbeiter. Die achtstündige oder siebeneinhalbstündige Schichtzeit wird dort nicht geduldet. Die Saarbrücker Bergleute haben um die Achtstundenschicht 14 Tage lang gestreikt; sie dürfen sie nicht einführen. Sie haben um bessere Löhne gestreikt; sie sind ihnen noch nicht bewilligt worden. Aber eine große Anzahl Bergarbeiter sind aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), andere sind zu schweren Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie es gewagt haben, in den Streik zu treten. (Hört! hört!) Aus dem elsässisch-

lothringischen Gebiet sind eine ganze Anzahl Bergleute ausgewiesen worden, die vom Bergarbeiterverband unterstützt werden müssen, weil die Leute sozusagen pudelnackt ausgewiesen wurden und Möbel und alles zurücklassen mußten, so daß sie vollständig verarmt in dem unbesetzten Gebiet Deutschlands angekommen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Art. 2 des Gesetzes regelt die Zusammensetzung des **Sachverständigenrats für die Kaliwirtschaft.** Er ist ganz ähnlich zusammengesetzt wie im Kohlenwirtschaftsgesetz. Dort haben wir fünfzig Mitglieder, hier dreißig. Da der Kalibergbau in bezug auf Werke und Belegschaften viel schwächer ist als der Kohlenbergbau, halten wir die Herabsetzung der Zahl für richtig. Es sind nun acht Arbeitervertreter und fünf Arbeitgebervertreter vorgesehen, die von der sogenannten Arbeitsgemeinschaft ernannt werden sollen, drei der Arbeitgeber ernennt die Regierung, die übrigen vierzehn sollen von der Regierung in ähnlicher Zusammensetzung ernannt werden wie beim Kohlenwirtschaftsgesetz. Wir müssen uns vorbehalten, in der Kommission vielleicht dahin zu wirken, daß die Arbeiterzahl in diesem Sachverständigenrat um einige Personen erhöht wird. Im übrigen brauche ich auf die Zusammensetzung wohl nicht im einzelnen einzugehen, weil wir eine ähnliche Regelung schon im Kohlenwirtschaftsgesetz haben.

Art. 3 regelt dann die Kalipreisfrage und in gewisser Beziehung, wenn auch nur indirekt, die **Lohnfrage.** Die Arbeitsgemeinschaft, die wir in der Kaliindustrie gebildet haben, hat zwar zu den Löhnen, die in der vorjährigen Kaligesetznovelle festgesetzt wurden, noch eine weitere Lohnerhöhung hinzugefügt, und zwar am 1. Februar in Höhe von 1 Mark für die Tagesbelegschaft und 2 Mark für die unterirdische Belegschaft. Die Arbeiter in der Kaliindustrie sind aber mit dieser Regelung heute schon nicht mehr zufrieden, weil inzwischen im Kohlenbergbau, bei der Eisenbahn usw. eine bedeutend größere Lohnerhöhung fast überall bewilligt worden ist. Also es müßte sowieso der Lohnfrage von neuem nähergetreten werden.

Nun kommt aber hinzu, daß inzwischen im Kohlenbergbau die **Siebenstundenschicht** eingeführt worden ist, und da ist es wohl klar, daß auch die Kalibergleute nicht eher ruhen werden, bis auch im Kalibergbau die Siebenstundenschicht eingeführt worden ist. Es ist selbstverständlich, daß das sofort wie im Kohlenbergbau geschehen wird. Der Kalibergbau ist durchgängig unterirdischer Betrieb, und deshalb muß hier dasselbe geschehen wie im Kohlenbergbau. Trotz der Siebenstundenschicht wollen die Arbeiter aber nicht nur dasselbe, sondern aus obigen Gründen sogar etwas mehr verdienen, als sie bisher verdient haben, und wir hatten bereits im Februar in der Arbeitsgemeinschaft dahin gedrängt, daß am

1. Juni eine neue Lohnzulage von einer Mark in Kraft treten sollte. Das haben aber die Arbeitgeber abgelehnt. Mit der Lohnfrage wird sich also die Arbeitsgemeinschaft von neuem beschäftigen müssen.

Nun sagt die Begründung des Gesetzes, daß die Lohnfrage in der Kalinovelle vom vorigen Jahre geregelt worden sei und daß deshalb eine neue gesetzliche Regelung nicht notwendig sei. Darüber kann man geteilter Meinung sein; denn geregelt ist die Lohnfrage noch nicht endgültig. Wenn der Durchschnittslohn so geblieben wäre, wie er im Gesetze steht, so würde er nicht befriedigen, sondern Aufregung und Streiks hervorgerufen haben. Es wird also, wie gesagt, der Lohnfrage von neuem nähergetreten werden müssen, und deshalb ist es wohl nicht allzu bedenklich, wenn man die **Preiserhöhung**, die die Regierung jetzt vorschlägt, glatt annehmen würde. Ich glaube sogar, daß die Herren unsere Kommission bestürmen werden, daß weitere Preiserhöhungen eingeführt werden sollen; denn die Preiserhöhungen der Regierung bedingen eine Erhöhung pro Kilo reinen Kalis um 2 bis 5 Pfennig. Das Kalisyndikat wollte aber im Februar schon weitere Preiserhöhungen haben. Es sind nach der Vorlage überall 1, 2, bei manchen Kalisorten sogar 4 Pfennig weniger von der Regierung bewilligt worden, als das Kalisyndikat gefordert hat. Die Herren werden in Anbetracht der Siebenstundenschicht und der Kohlenpreiserhöhung weitere Preiserhöhungen von uns verlangen. Da müssen wir aber sehr vorsichtig nachprüfen, weil auch die Landwirtschaft die Kosten zu tragen hat.

Es ist richtig, daß im Kalibergbau namentlich die unterirdische Belegschaft gegenüber dem Kohlenbergbau stark benachteiligt ist. Ich habe leider nur die letzte amtliche Lohnstatistik vom 3. Quartal 1918 vor mir. Daraus ist zu ersehen, daß der **Durchschnittslohn** eines Kalibergarbeiters im Halleschen Salzbergbaugebiet 10,58 Mark, im Klaustaler Bergbaugebiet 10,90 Mark war, während im Ruhrgebiet damals schon der Durchschnittslohn eines Hauers 13,28 Mark betrug, also rund 2,50 Mark mehr. Inzwischen sind aber im Kohlenbergbau neue Lohnerhöhungen hinzugetreten, nicht nur im Dezember, sondern auch im Januar ist eine 15prozentige Lohnzulage bewilligt worden, und deshalb muß der unterirdischen Belegschaft im Kalibergbau unbedingt mehr entgegengekommen werden. Auch die Übertagarbeiter werden nicht ganz zufrieden sein, obwohl sie gegenüber anderen Bergbaurevieren nicht so vernachlässigt worden sind, als es bei der unterirdischen Belegschaft der Fall ist.

Also, meine Herren, wenn die Preiserhöhung, wie es bei der Rechten, namentlich bei der Landwirtschaft, der Fall sein wird, ein Stein des Anstoßes sein sollte, so werden wir doch um den Vorschlag der Regierung nicht herumkommen, wenn die Arbeiter befriedigt werden sollen, und die Arbeiter müssen befriedigt werden, wenn nicht auch im Kalibergbau Störungen und Unruhen eintreten sollen. Darum ist wohl

mindestens die **Preiserhöhung** zu bewilligen, die die Regierung vorschlägt. Es muß aber genau geprüft werden, ob und in welcher Weise da eine andere Regelung vorgenommen werden soll.

Es sind auch in der bürgerlichen Presse Stimmen laut geworden, die die neue Preiserhöhung für Kali für überflüssig oder mindestens die Forderungen des Kalisyndikats für zu hoch halten. Darüber wird ja immer geteilte Meinung vorhanden sein. Aber wir haben da einen Ausweg. Als vor zwei und drei Jahren die Kaligesetznovelle den Reichstag beschäftigte, hat die Landwirtschaft über die hohen Preise geklagt. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Preisgestaltung verschiedene Kaliwerke zu hohe Überschüsse machen würden. Darauf hat uns aber die Regierung erklärt: Meine Herren, beruhigen Sie sich! Sie von der Landwirtschaft werden die Kalipreise dauernd in Kauf nehmen müssen, und wenn Sie befürchten, daß die Werke zu große Überschüsse machen, dann können wir heute von der Regierung schon erklären, daß das alles weggesteuert werden muß und werden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben dabei der **Kaliabgabe** — die Vorlage berührt ja die Kaliabgabe nicht — näherzutreten, und ich werde mit allem Eifer dafür eintreten, daß sie wieder erhöht wird. Bei Schaffung des Kaligesetzes im Jahre 1910 wurde pro Doppelzentner 60 Pfennig Reichsabgabe verlangt. Davon wurde allerdings die Propaganda bestritten. Es war nur ein Reservefonds von einigen Millionen angesammelt worden, der während des Krieges verzehrt ist. Wir haben sowohl in der Kommission als auch im Plenum damals den Standpunkt vertreten: selbst wenn dabei Überschüsse bleiben, so hat das Reich erstens schon verschiedene Verwaltungsaufgaben und außerdem auch das Recht, an den Überschüssen bei gutem Stande des Kalibergbaues mit teilzunehmen. Ich will auf diese Steuerfrage heute nicht eingehen; daß aber das Reich große Finanzbedürfnisse haben wird, liegt ja klar auf der Hand. Deshalb werden wir um eine Erhöhung der Kaliabgabe nicht herumkommen. Sie war ja teilweise ganz aufgehoben. Seit vorigem Jahre beträgt sie wieder 25 Pfennig pro Doppelzentner. Den Herren von der Rechten, von der Landwirtschaft und auch den Herren aus unserem eigenen Lager und aus dem bürgerlichen Lager, die Bedenken wegen der Preiserhöhung haben, möchte ich sagen: wenn die Preiserhöhung durchgeht, wie sie die Regierung vorschlägt oder sogar noch höher, und wenn dann verschiedene Kaliwerke zu hohe Überschüsse machen würden, würde das sicher böses Blut machen. Da gebe ich Ihnen einen Rat: Wir haben ja das Mittel in der Hand, die Kaliabgabe zu staffeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir können einen Normalsatz, einen Grundbetrag schaffen, daß jedes Werk soundsoviel abgeben muß, daß aber die Werke, die meinetwegen 5 oder 6 Prozent Dividende und mehr zahlen können, eine gestaffelte Abgabe zu zahlen haben. Damit würden

wir sofort dem abhelfen können, wenn den Herren Unternehmern allzuviel in ihre Tasche fließt. Also da muß Vorsorge getroffen werden in dem Sinne, wie ich anregte.

Aus allen diesen Gründen möchte ich bitten — das hat der Herr Präsident ja schon bekannt gemacht —, eine Kommissionsberatung vorzunehmen. Wir schlagen eine Kommission von 21 Mitgliedern vor. In dieser Kommission können wir alles noch näher erörtern.

Zum Schluß will ich noch darauf aufmerksam machen, daß das **Abkommen,** das **in der Arbeitsgemeinschaft** der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Kaliindustrie getroffen ist, eigentlich schon mit dem 1. April wieder verfallen sollte. Die Kaliherren hatten sich ausbedungen — am 5. Februar wurde das Abkommen getroffen —: wenn bis zum 1. April die Kalipreise nicht erhöht sind, fallen die erhöhten Löhne wieder fort. Wir haben dann, als wir sahen, daß die Novelle nicht fertig wurde, darauf gedrängt, das Abkommen zu verlängern, und die Herren vom Verein der Kaliinteressenten haben uns geantwortet, daß sie die Lohnabmachung bis zum 15. April gelten lassen wollen. Aus dem Grunde ist es notwendig, daß die Angelegenheit beschleunigt wird. Ich bedauere aber die große Überhastung, die uns jetzt wieder zugemutet wird. In den letzten Tagen vor den Osterferien erst kommt das Gesetz in unsere Hände. Mindestens hätte es einige Wochen früher erscheinen können. Dann hätte es gründlicher durchberaten und vielleicht schon erledigt werden können. Aber, wie gesagt, damit nicht im Kalibergbau ähnliche Unruhen entstehen wie im Kohlenbergbau — denn wenn dort die Löhne reduziert würden, wird es im Kalibergbau keine Arbeiter mehr geben, sondern nur noch Streikende —, bitte ich Sie, einer Kommissionsberatung zuzustimmen. Was in unseren Kräften steht, wollen wir tun, um die Sache zu beschleunigen, wenn es auch tadelnswert bleibt, daß das Gesetz so spät erschienen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Wenn ich den Herrn Redner richtig verstanden habe, hat er eine Kommission von 21 Mitgliedern vorgeschlagen. Aus dem Hause ist angeregt worden, den Gesetzentwurf an den Haushaltsausschuß zu überweisen; das wären dann 28 Mitglieder. Ein förmlicher Antrag wird wohl dann noch gestellt werden.

Ich erteile das Wort dem Geheimen Ober-Regierungsrat Herrn Gräßner.

Gräßner, Geheimer Ober-Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Sachse hat den vorliegenden Gesetzentwurf ausführlich erläutert; ich darf mich darauf beschränken, einige Worte über die gegenwärtige **wirtschaftliche Lage der Kaliindustrie** hinzuzufügen, und besonders deshalb, weil das

vorliegende Gesetz sehr einschneidend in die Verhältnisse dieser Industrie eingreifen wird.

Alle diejenigen, die Besorgnisse hegen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kaliindustrie hierdurch gestört werden, und darauf hinweisen, daß das gegenwärtige **Kalisyndikat** sehr segensreich für die Kaliindustrie gewirkt hat, möchte ich durch die Mitteilung beruhigen, daß die Reichsregierung vorgesehen hat, das bestehende Kalisyndikat, soweit irgend angängig, zu **erhalten.** Das ist durchaus notwendig. Das deutsche Kalisyndikat, das in seinen Anfängen auf das Jahr 1879 und das Jahr 1884 zurückgeht, hat den wirtschaftlichen Aufstieg der deutschen Kaliindustrie ungemein segensreich beeinflußt und gefördert und diese Industrie zu einer unserer wichtigsten Exportindustrien gestaltet. Da ist es dringend geboten, daß diese wirtschaftliche Organisation auch für die Zukunft erhalten bleibt. Deshalb sind im Gesetz Vorschriften vorgesehen, die die Erhaltung des Kalisyndikats ermöglichen, und es wird alles geschehen, um das bestehende Kalisyndikat in die neue Vertriebsorganisation überzuführen. Dafür muß gesorgt werden, weil es sich um eine Exportindustrie handelt, weil das deutsche Kalisyndikat in der ganzen Welt eingeführt ist, und weil, wie der Herr Abgeordnete Sachse schon geschildert hat, die deutsche Kaliindustrie mit einem starken Wettbewerb im Auslande in Zukunft rechnen muß. Das Kalisyndikat sichert schon durch seinen Namen die weitere gedeihliche Entwicklung des Absatzes der deutschen Kaliindustrie nach dem Auslande.

Weiter darf ich auf folgendes hinweisen. Der Absatz des Jahres 1913 war hinsichtlich der Menge im Ausland und Inland ungefähr gleich; dagegen lagen die Verhältnisse hinsichtlich des Wertes sehr verschieden. Von den etwa 200 Millionen Mark Umsatz im Jahre 1913 entfielen rund 120 Millionen auf das Ausland und nur 80 Millionen auf das Inland, trotzdem die Mengen ungefähr die gleichen waren. Sie wollen daraus entnehmen, welch große Bedeutung weiterhin die Entwicklung des **Exports für die deutsche Kaliindustrie** hat. Sie werden natürlich auch weiter damit rechnen, daß die deutsche Landwirtschaft und die deutsche weiterverarbeitende chemische Industrie das Rückgrat der deutschen Kaliwirtschaft sein werden; aber die wesentliche weitere Entwicklung liegt in der Ausfuhr. Wie gestalten sich nun die Verhältnisse im Hinblick darauf?

Da muß zunächst zugegeben werden, daß das Bild, das der Herr Abgeordnete Sachse entrollt hat, leider zutrifft. Wir werden voraussichtlich mit dem Verlust der sehr wertvollen **Kaliwerke im Elsaß** rechnen müssen, und was das bedeutet, das ergibt sich einmal aus der Zahl der 17 Kaliwerke, die uns voraussichtlich verloren gehen. Von diesen 17 Kaliwerken sind annähernd 13 in vollem Betriebe.

Das elsässische Kaligebiet hat zwar eine räumlich nicht sehr erhebliche Ausdehnung, es deckt nur eine Ellipse von 20 × 12 Kilometer, aber

die darin anstehenden Salzmengen sind verhältnismäßig sehr groß. Ein Geologe hat vor zehn Jahren nachzuweisen versucht, daß man mit dem Inhalt des elsässischen Lagers etwa auf 175 Jahre den gesamten Weltbedarf decken kann.

Die Salze sind ferner verhältnismäßig sehr gehaltreich. Es handelt sich in der Hauptsache um 20prozentige Düngesalze, und es ist sogar möglich, durch Handscheidung, durch Handausklaubung, 30prozentige Düngesalze aus diesen Salzen auszuscheiden. Daraus werden die Damen und Herren, denen es bekannt ist, daß unsere deutschen Kaliwerke Salze verarbeiten müssen, die nur 8 bis 9 Prozent Reinkali haben, entnehmen können, welche Bedeutung die elsässischen Werke haben. Dazu sind die elsässischen Werke technisch so gut ausgestattet, daß sie den Wettbewerb erfolgreich aufnehmen können und aufnehmen werden. Wir müssen damit rechnen, soweit ich es überschlagen kann, daß wir in wenigen Jahren etwa ein Viertel unseres Gesamtabsatzes an die elsässischen Werke abtreten müssen, ohne daß ich dabei in Ansatz gebracht habe, daß es auch leicht möglich ist, dort neue Schächte niederzubringen. In dieser Hinsicht muß ich leider hervorheben, daß die Verhältnisse auch dafür günstig sind. Die Schächte im Elsaß sind zumeist ohne jede Schwierigkeiten abgeteuft, und es ist möglich, im Elsaß trotz der Teufen von 600 und mehr Meter derartige Schächte in eindreiviertel Jahren fertigzustellen.

Alles das erhellt den Ernst der Lage.

Und weiter, meine Damen und Herren, erinnere ich an die **spanischen Vorkommen.** In den Kreisen der Kaliindustrie hat man diese Vorkommen bisher immer unterschätzt, aber es hat sich herausgestellt, daß es sehr ernst zu nehmende Lagerstätten sind. Es sollen während des Krieges schon mehrere Schächte im Abteufen begriffen sein, so daß wir in Zukunft auch mit einem ernsthaften spanischen Wettbewerb rechnen müssen.

Es ist wohl bekannt geworden, daß auch in **Eritrea Salze** vorhanden sind, und zwar in einem ganz eigenartigen Vorkommen. Es liegt dort Chlorkalium auf der Erdoberfläche in einem Gebiet mit Wüstenklima. Auf welche Weise die Salze entstanden sind, ist nicht bekannt, aber es ist anzunehmen, daß die Chlorkaliumsalze durch heiße Quellen an die Erdoberfläche gebracht worden sind, und daraus ergibt sich weiter unschwer der Schluß, daß dort in der Tiefe Kalisalze in erheblichem Umfange anstehen.

Weiter sind während des Krieges eine ganze Reihe von Gewinnungsarten für Kali neu entstanden, oder es sind frühere Gewinnungsmethoden wieder aufgenommen worden, mit denen wir auch rechnen müssen.

Das sind sehr ernste Verhältnisse, mit denen die Kaliindustrie in Zukunft zu rechnen hat, und deshalb ist es notwendig, daß die bestehende wirtschaftliche Organisation — das Kalisyndikat — im Interesse der weiteren Entwicklung des Absatzes erhalten bleibt.

Der Herr Abgeordnete Sachse ist auf den Sachverständigenrat eingegangen. Auch die **Zusammensetzung des Sachverständigenrats** ist den eben geschilderten Verhältnissen angepaßt. Es sind Bestimmungen in Aussicht genommen, daß drei Mitglieder der Leitung des Kalisyndikats beziehungsweise der späteren Vertriebsgemeinschaft dem Kalisachverständigenrat angehören sollen, um bei allen wirtschaftlichen Fragen mitwirken zu können. Um andererseits die Interessen der Landwirtschaft und des Handels zu schützen, sind entsprechende Bestimmungen aufgenommen. Es ist ferner die Mitwirkung von Vertretern aus dem Kreise der verarbeitenden chemischen Industrie vorgesehen. Es ist von großer Wichtigkeit für unser Vaterland, daß die Kalisalze möglichst im Inland weiter verarbeitet werden, daß also Feinverarbeitung der Kalisalze im Inland stattfindet. Das bedingt eine diesen Verhältnissen Rechnung tragende Preispolitik, und dies wird durch die Mitwirkung der Vertreter der verarbeitenden chemischen Industrie im Reichskalirat gewährleistet.

Was nun die Frage der **Entschädigung** anbetrifft, so darf ich darauf hinweisen: Die Kaliindustrie verfügt, wie im Reichstag öfter, namentlich von Herrn Minister Gothein, ausgeführt worden ist, über erheblich zu viel Betriebsstätten. Es gilt also zunächst, die Betriebsstätten nicht noch zu vermehren. Infolgedessen wird es notwendig sein, Bestimmungen zu treffen, die dahin wirken, daß von den 41 Schächten, die noch im Abteufen oder noch nicht betriebsfertig sind, der größte Teil, hoffentlich fast alle, zum Stilliegen gebracht werden können. Des weiteren ist es erforderlich, Maßregeln zu treffen, daß auch betriebsfertige, aber wenig leistungsfähige Werke stillgelegt werden können. Die Schwierigkeiten hierbei werden sich aber in erster Linie daraus ergeben, daß die beteiligten Gemeinden und die ansässigen Arbeiter der Stillegung zunächst energischen Widerstand entgegensetzen werden.

Was die **Löhne** anbetrifft, so ist das bestehende freiwillige Abkommen der Arbeitsgemeinschaft als zutreffend erachtet worden. Auf Grund dieser Festsetzung wiederum sind die Preise in die Vorlage eingesetzt worden. Die Preise sind derart bemessen, daß einerseits die Erhöhung der Löhne durch die vereinbarten Teuerungszulagen berücksichtigt und daß ferner auf die sehr erhebliche Erhöhung der Unkosten, besonders für Brennmaterialien, Rücksicht genommen ist; anderseis ist Sorge getragen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht übermäßig belastet wird. Dementsprechend sind die Preise gemäß dem Vorschlag

des preußischen Landwirtschaftsministeriums in den Entwurf eingestellt worden.

Was nun die Nutzbarmachung der Kaliindustrie für die Aufbringung des finanziellen Bedarfs des Reichs angeht, so wird gegenwärtig daran gearbeitet, die Form einer **Abgabe** zu finden, die es ermöglicht, dem Reich die notwendigen Erträge zu sichern. Dabei ist auch die Staffelung, die der Herr Abgeordnete Sachse wünschte, bereits vorgesehen. Die betreffenden Erwägungen schweben noch, und die dieserhalb erforderlichen Besprechungen werden sofort nach Ostern aufgenommen werden.

Was nun schließlich die **Denkschrift** anbetrifft, so darf ich folgendes bemerken: Durch das Abänderungsgesetz vom 23. Juli 1918 ist bestimmt, daß dem Reichstag jährlich eine Denkschrift über die Durchschnittslöhne sowie über die Werkabschlüsse und die Bilanzen vorzulegen ist. Die Nachprüfung erfordert längere Zeit und sehr sorgfältige Arbeit. Für die mehr als 200 Schächte müssen die auf jedem Schacht gezahlten Löhne einzeln nachgeprüft werden. Das erfordert eine langwierige Arbeit. Infolgedessen sind die Arbeiten jetzt erst so weit gediehen, daß das 3. Quartal 1918 abgeschlossen ist. Auch wird es möglich sein, binnen kurzem ein vorläufiges Bild über die Verhältnisse des letzten Quartals des Jahres 1918 bezüglich der Durchschnittslöhne zu geben.

Was die **Bilanzen** anbetrifft, so bitte ich, zu erwägen, daß die **Kaliwerke** erst durch das genannte Gesetz zur Vorlegung verpflichtet sind. Die Bilanzen sind daher erst vom Inkrafttreten des Gesetzes vom 23. Juli 1918 ab der zuständigen Reichsbehörde vorzulegen. Die Kaliwerke stellen ihre Bilanzen gewöhnlich Mitte des Jahres auf. Zurzeit liegen vom Jahre 1918, soweit mir bekannt ist, erst Bilanzen von ungefähr fünf Werken vor. Das liegt in der Hauptsache daran, daß die Werke zunächst den Abschluß des Kalisyndikats abwarten müssen. Die Arbeiten sind sehr langwierige, besonders deshalb, weil das Kalisyndikat, wie ich schon berichtete, einen lebhaften Auslandshandel hat und zunächst den Eingang der Abrechnungen aus dem Ausland abwarten muß. Diese kommen besonders in der gegenwärtigen Zeit ziemlich spät ein, so daß das Kalisyndikat gewöhnlich seinen Abschluß erst im Juni, frühestens im Mai fertigstellen kann. Dementsprechend verzögert sich auch der Abschluß der Werke. Sie werden also nicht damit rechnen können, daß Ihnen diese Abschlüsse vor August vorgelegt werden können. Damit aber den geäußerten Wünschen, soweit irgend angängig, Rechnung getragen werden kann, wird Ihnen mit den Lohnzusammenstellungen alles das vorgelegt werden, was wir bisher ermitteln konnten. Wir werden in Zukunft, damit Sie beim Haushalt auch derartige Unterlagen haben, auch eine kurze vorläufige Übersicht geben und werden dann die end-

gültige Denkschrift folgen lassen, wenn das Material vollständig eingegangen und amtlich geprüft ist.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Imbusch.

Imbusch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf enthält im ersten Teil Bestimmungen, die die weitere Sozialisierung der Kaliindustrie vorbereiten sollen, und zwar in ähnlicher Weise, wie wir es beim Kohlengesetz für die Kohlenindustrie schon gemacht haben. Die **Sozialisierung der Kaliindustrie** erscheint notwendig; auch in der Kaliindustrie müssen die Arbeiter die ihnen gebührende Stellung haben, und der Vorschlag der Regierung ist zu begrüßen, daß an dem Erzeugerverbande auch die Arbeiter beteiligt sein sollen. Der Kalibergbau ist mehr noch als der Kohlenbergbau für die Sozialisierung reif. Die sehr verschiedene Rentabilität der einzelnen Werke, sowie auch sonstige Umstände drängen nach einer weitergehenden Regelung in der Kaliindustrie.

Die Sozialisierung muß aber in einer Form erfolgen, daß dadurch unsere Ausfuhr nicht behindert wird. Gerade unser Kalibergbau ist in weitgehendem Maße — das hat ja der Herr Regierungsvertreter eben mit Zahlen sehr zutreffend bewiesen — auf die Ausfuhr angewiesen, und wir dürfen die Ausfuhr unter keinen Umständen erschweren.

Wir haben -- das ist sehr zu bedauern — in Zukunft **kein Kalimonopol mehr.** Während des Krieges wurden die spanischen Kalivorkommen in weitergehendem Maße erschlossen, und es scheint, als wenn sie geeignet wären, uns doch eine recht erhebliche Konkurrenz zu machen. Die anderen Kalivorkommen, die während des Krieges ausgebeutet wurden, scheinen bis jetzt zu Befürchtungen keinen Anlaß zu geben.

Aber eine größere Gefahr droht uns vom Elsaß. Der bedeutende und gut ausgebaute **Kalibergbau im Elsaß** würde, wenn das Elsaß nicht bei Deutschland bleibt, uns in Zukunft eine sehr, sehr ernste Konkurrenz bereiten, und schon heute ist der Kalibergbau des Elsaß für uns ein Sorgenkind. Die Franzosen, die den dortigen Bergbau beherrschen, vertreiben das Elsässer Kali im linksrheinischen Gebiet zu sehr viel höheren Preisen, als sie im Kaligesetz für ganz Deutschland festgelegt sind. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich möchte hier die Anfrage an die Regierung richten, was sie zu tun gedenkt, um das für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir haben doch ein Interesse daran, daß unsere Landwirtschaft auch im linksrheinischen Gebiet das Kali zu dem im Gesetz festgelegten Preise bekommt (sehr richtig! im Zentrum), daß sie nicht sehr viel höhere Preise bezahlen muß und das Kaligesetz auch für das linksrheinische Gebiet nicht außer Kraft gesetzt wird.

Die Franzosen scheinen sich überhaupt auf dem linksrheinischen Gebiet allerhand gestatten zu wollen. Ein Beispiel aus den letzten Tagen. Am vorigen Samstag hat der Schlichtungsausschuß in Saarbrücken für die dortigen Bergleute im **Staatsbergbau an der Saar** entschieden, daß auch dort die Achtstundenschicht Geltung haben soll, und daß eine Lohnerhöhung von etwa 20 bis 25 Prozent eintreten soll. Die französische Besatzungsbehörde hat die Durchführung dieses Beschlusses nicht zugelassen, sie hat vielmehr die Bergleute durch einen Armeebefehl für die Arbeit requiriert, ja, ihnen angedroht, sie, wenn sie nicht arbeiten würden, zu verhaften, zum Teil abzuschieben und nach den dortigen Militärgesetzen zu bestrafen. (Hört! hört! im Zentrum.) Am Montag hat man Bergleute wegen dieses Delikts, also nur, weil sie die Arbeit nicht aufgenommen haben, mit 5 Jahren Gefängnis bestraft und am Dienstag eine ganze Anzahl mit 2 Jahren Gefängnis. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! im Zentrum.) Also weil die Arbeiter dem Befehl, die Arbeit aufzunehmen, nicht gefolgt sind, 2 bis 5 Jahre Gefängnis! Auch hier möchte ich die Anfrage an die Regierung richten, was sie zu tun gedenkt, um derartige willkürliche Übergriffe für die Zukunft unmöglich zu machen. Man hat auch eine große Anzahl der dortigen Arbeiter einfach aus ihrer Heimat herausgerissen und über den Rhein nach hierher abgeschoben. Hier müßte unsere Regierung zugunsten dieser Leute eingreifen.

Sehr erfreulich ist es, daß die Regierung daran denkt, für die Zukunft den **weiteren Ausbau von Werken**, die im Augenblick nicht gebraucht werden, **unmöglich** zu machen, damit die vorhandenen Anlagen in der Kaliindustrie voll und ganz ausgenutzt werden können. Es war das ja überhaupt ein Übelstand in unserem Kalibergbau; die Zahl der Anlagen war viel zu groß (sehr richtig! im Zentrum), die Anlagen konnten nicht voll und ganz ausgenutzt werden. Es war dort zu viel Geld investiert, und die einzelnen Anlagen konnten nicht in der nötigen rentablen Weise bewirtschaftet werden. Wenn das durch die Neuordnung für die Zukunft verhindert wird, wenn wirklich eine rentable, allen volkswirtschaftlichen Ansprüchen genügende Produktion durchgeführt wird, so ist das im gesamten Interesse des deutschen Volkes sehr zu begrüßen.

Die Vorlage verlangt sodann eine **Erhöhung der Preise für die Kaliprodukte.** Eine solche Erhöhung ist unbedingt notwendig. Das muß auch derjenige zugeben, der diese Preise bezahlen muß, und dem das Bezahlen höherer Preise unangenehm ist. Die Löhne im Kalibergbau mußten ebenfalls wie die Löhne in anderen Industriezweigen den Teuerungsverhältnissen angepaßt werden. Auch im Kalibergbau haben die Arbeiter unter dem Kriege, unter der Teuerung außerordentlich leiden müssen, und es ist zu begrüßen, daß durch Abkommen in der Arbeitsgemeinschaft für die Kaliindustrie zwischen Unternehmern und

Arbeitern eine Erhöhung der Löhne vereinbart wurde. Aber diese Erhöhung ist nur möglich, wenn auch die Preise für die Produkte entsprechend erhöht werden.

Dann sind auch für den Kalibergbau die Materialkosten gewaltig gestiegen. Noch heute sagte mir ein Fachmann aus der Industrie, daß man für eine Drahtseilbahn, die sonst 500 000 Mark kostete, jetzt 6 Millionen Mark bezahlen müsse. Das sind gewaltige Erhöhungen der Materialpreise, die sicher eine Erhöhung der Preise der Kaliprodukte rechtfertigen.

Für die Kaliindustrie kommt auch die Erhöhung der Kohlenpreise außerordentlich in Frage. Die Kaliindustrie ist in des Wortes vollster Bedeutung ein Kohlenfresser. Für eine Tonne Fabrikate wird etwa eine Tonne Kohle gebraucht, und gerade die Fabrikate, die hochprozentigen Salze, werden ja dringend für die Ausfuhr benötigt. Auch aus diesem Grunde kommen wir an einer Erhöhung der Kalipreise nicht vorbei.

Dann hat unsere Kaliindustrie außerordentlich unter dem Kohlenmangel gelitten, der sie vielfach gezwungen hat, ganz stillzuliegen oder aber die Anlage nicht voll auszunutzen. Sie alle wissen, daß auch die Streiks, die da vorgekommen sind, tiefgehende Ursachen hatten, insbesondere die letzten. Es ist in erster Linie mit die gewaltige körperliche und geistige Erschlaffung der Arbeiterbevölkerung in dieser Industrie, die zu diesen Vorkommnissen geführt hat, und auch einige andere Gründe. Es ist unbedingt notwendig, daß schon in den nächsten Wochen eine bessere Lebensmittelversorgung für die Arbeiterschaft im Kohlenbergbau erfolgt, damit auch die anderen Industrien, insbesondere auch die Kaliindustrie, die in der nächsten Zeit für uns so bedeutungsvoll ist, arbeiten können.

Unsere **Kaliindustrie** steht in des Wortes vollster Bedeutung zu einem großen Teil **finanziell vor dem Ruin.** Viele Werke können keinen Kredit mehr bekommen, wenn nicht eine Erhöhung der Preise für die Produkte erfolgt. Wir haben als Gesamtheit ein großes Interesse daran, daß unsere Kaliindustrie für die nächste Zeit leistungsfähig bleibt. Die Kaliindustrie muß uns zu einem großen Teile die Bezahlung für die Auslandsprodukte liefern. Sie wird das leider nicht in dem Maße können, wie es wünschenswert ist, weil nur wenige der Konzerne in der Kaliindustrie die Möglichkeit haben, so viel zu produzieren, daß sie ihre Anlagen in der rechten Weise ausnutzen können. Die meisten Werke sind während des Krieges sehr zurückgegangen, die innere Verfassung ist nicht so, daß sie in absehbarer Zeit wieder richtig leistungsfähig werden. Das ist sehr bedauerlich, und es ist dringend zu wünschen, daß in der Zukunft nicht mehr wie in der Vergangenheit die Werke in der Kaliindustrie durch Stilliegen ruiniert werden. Es muß auch von der Regierung der größte Wert auf diese Seite der Frage gelegt werden, und es muß ins-

besondere dafür gesorgt werden, daß auch die Arbeiter in der Kohlenindustrie, die arbeiten wollen, arbeiten können. Es wird in den letzten Tagen sehr viel im deutschen Volke besonders auf die **Bergleute** geschimpft, weil sie nicht arbeiten, weil sie **streiken.** Aber ich muß hier erneut feststellen, daß auch noch in den letzten Tagen Arbeiter, die arbeiten wollten, im Kohlenbergbau nicht arbeiten konnten, weil es an der notwendigen Sicherheit fehlte. (Hört! hört!) Noch am vorigen Sonntag wurde mir auf einer Konferenz von Vertrauensleuten im Bezirk Bochum von verschiedenen Seiten berichtet, daß es an der notwendigen Sicherheit fehlte, und selbst, wenn es an der notwendigen Sicherheit auf der Grube nicht fehlt, dann fehlt es vielfach an der notwendigen Sicherheit auf dem Wege zur Grube und im Heim zu Hause. Dort sind die Leute vielfach ihres Lebens nicht sicher (hört! hört!), wenn sie arbeiten wollen, und dann möchte ich hier darauf hinweisen, daß auch die Leute, die arbeiten wollten, stellenweise von den Grubenverwaltungen nicht zur Arbeit zugelassen wurden. (Hört! Hört!) Ich nenne nur die Zeche Friederike bei Bochum. Dort wollten Arbeiter arbeiten, auch auf anderen Zechen. Sie wurden nicht von den Grubenverwaltungen zur Arbeit zugelassen, weil sie nur eine Minorität der Belegschaft seien. (Hört! hört!) Ja, ich meine, wenn es überall an Kohlen fehlt, sollte man in dieser Weise nicht verfahren.

Dann möchte ich eine Tatsache der Regierung zur besonderen Beachtung empfehlen, nämlich die Tatsache, daß in den letzten Monaten nicht die Arbeiter die radikalsten sind, sondern die Beamten, und daß die **Arbeiter vielfach durch die Beamten zum Streik aufgereizt** und animiert werden. Die Abhaltung von der Arbeit muß unbedingt aufhören, und ich möchte auch dringend bitten, daß die Regierung endlich einmal dafür sorgt, daß die Arbeiter nicht zwangsweise in den Verband der Kommunisten hineingezwungen werden, daß man sie nicht mehr mit terroristischen Mitteln dazu bringt, sich diesem Verbande anzuschließen, damit sie nicht in diesem Verbande für den Streik aufgeputscht werden können, damit nicht dadurch unsere Kohlenindustrie leidet und indirekt auch unsere Kaliindustrie. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, Sie scheinen sich mir von der Kalivorlage doch recht weit zu entfernen. Ich bitte, zur Kalivorlage zu sprechen.

Imbusch, Abgeordneter: Die **Preise für die Kaliprodukte** müssen also erhöht werden. Aber hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Preise der Kaliprodukte auch für unsere Landwirtschaft eine sehr große Bedeutung haben. Wir verlangen eine Verbilligung der Lebenskosten. Wir verlangen, daß insbesondere die Lebensmittel im Preise gesenkt werden, und nun haben wir die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß gerade die **künstlichen Düngemittel** erheblich **im Preise gestiegen** sind

und weiter steigen. (Hört! hört!) Die Stickstoffdüngemittel sind dreimal so teuer wie vor dem Kriege, und die Kalidüngemittel sind ebenfalls im Preise gestiegen; sie betragen auch etwa das Dreifache, nicht ganz.

Wenn wir nun eine Verbilligung der Lebenskosten wünschen, so müssen wir unter allen Umständen jede unberechtigte Verteuerung der Kaliprodukte vermeiden. Es muß deshalb geprüft werden, wie diese entgegenstehenden Interessen auszugleichen sind. Auf der einen Seite muß — daran ist nicht zu zweifeln — eine Erhöhung der Preise für die Produkte erfolgen, aber auf der anderen Seite muß beachtet werden, daß keine Preiserhöhung erfolgt, die nicht dringend geboten ist.

Das ist um so mehr notwendig, als in der Kaliindustrie in der nächsten Zeit wahrscheinlich noch verschiedene Gründe nicht zur Hebung der Produktion beitragen werden. Ich verweise da auf die Frage der **Schichtzeit.** Wenn anderswo die Arbeitszeit für die Untertagebelegschaft verkürzt wird und wenn für die Arbeiter über Tage allgemein der Achtstundentag eingeführt ist, dann wird man in der Kaliindustrie auch für die Untertagebelegschaft an der Einführung einer kürzeren Arbeitszeit wohl kaum vorbeikommen.

Bedauerlich ist, daß die Regierung die Denkschrift, die dem Reichstage und jetzt der Nationalversammlung zugehen sollte, noch nicht hat vorlegen können. Wir wollen hoffen, daß den vorhin geäußerten Erwartungen entsprochen und die Denkschrift uns bald zur Verfügung gestellt wird. Die Frage der **Kaliabgabe,** die vorhin von meinen verehrten Herren Vorrednern besprochen wurde, hat ja für die Finanzlage des Reichs ihre Bedeutung. Ich möchte aber bitten, daß versucht wird, bei Vorschlägen eine Form zu finden, die einerseits den Interessen der verschieden rentablen Werke in der Kaliindustrie entspricht, auf der anderen Seite aber auch den Bedürfnissen des Reichssäckels gerecht wird.

Zum Schluß möchte ich noch sagen: die Erledigung dieses Gesetzes muß möglichst bald erfolgen, damit nicht die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln durch eine Hinauszögerung der Verabschiedung ferngehalten wird. Gerade in den nächsten Monaten wird man Kali in größerer Menge brauchen, und es ist deshalb notwendig, daß das Gesetz bald verabschiedet wird.

Notwendig erscheint meinen Parteifreunden und mir aber eine Kommissionsberatung. Ich schließe mich deshalb dem Antrage auf Überweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission an und spreche die Erwartung aus, daß die Kommission den Entwurf so ausgestaltet, wie er ausgestaltet werden muß, und daß die Verabschiedung des Entwurfs in der rechten Form schon in den nächsten Tagen erfolgen kann. (Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Sachse hat im Anfang seiner Ausführungen erfreuliche Mitteilungen über das **Abflauen des Streiks im Ruhrrevier** gemacht. Wir können diese Mitteilung nur mit großem Dank begrüßen; denn nur von der Einsicht der Arbeiter selbst und von ihrer Vernunft kann man erwarten, daß die Störungen des Wirtschaftslebens durch Streiks aller Art, die wir jetzt so außerordentlich beklagen, allmählich aufhören. Irgendwelche andere Mittel gibt es nicht. Man kann einen Streik, eine wirtschaftliche Bewegung nicht niederschlagen. Man kann auch nicht etwa ein Streikverbot oder etwas Ähnliches erlassen.

Gerade die Herren Vertreter der Arbeitnehmer hier in diesem hohen Hause möchte ich auf die vorhin mitgeteilten Vorgänge in dem **besetzten Gebiet** hinweisen, wie man dort mit den Arbeitern umgeht, wie man dort ihnen nicht bloß etwa ihr Koalitionsrecht nimmt, sondern geradezu ihre wirtschaftliche Freiheit. Man nimmt ihnen einfach die Möglichkeit, weiter in ihrem Betriebe zu arbeiten, entfernt sie von ihrer Arbeitsstätte und sogar aus ihrer Wohnung. Diese Vorfälle werden uns hoffentlich und besonders den Herren, die die Arbeitnehmer vertreten, später auch noch zu denken geben.

Was das Gesetz selbst anbetrifft, so zerfällt es in zwei Teile, in den Art. 3 und die Art. 1 und 2, die zusammen behandelt werden können. Der Art. 3 enthält die Heraussetzung der Preise für Kali. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn die Regierung sich begnügt hätte, lediglich diesen Art. 3 einzubringen. Zunächst aus einem rein formalen Grunde.

Meine Damen und Herren! Es muß einmal ausgesprochen werden, daß die Deutsche Nationalversammlung zusammenberufen ist und eigentlich nur ihr Mandat hat für dringende Gesetze, abgesehen von Frieden und Verfassung. Nun kommen uns von allen Seiten jetzt Gesetze gewissermaßen über den Hals, die innerhalb 24 Stunden erledigt werden sollen. *Eigentlich beziehen sich die Aufgaben der Nationalversammlung auf solche Gesetze nicht mehr.* (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Deswegen ist es schon an sich fraglich, ob dieses Gesetz in Art. 1 und 2 — ich komme später noch näher darauf — nicht hätte zurückgestellt werden können.

Nun ist ja Art. 3 notwendig zu erledigen. Denn es ist selbstverständlich, daß die **Preise für Kali** erhöht werden müssen. Es ist dies in der Begründung und bereits hier in der Erörterung ausgeführt. Die Löhne sind gestiegen, die Materialpreise sind gestiegen. Es bestehen Abmachungen hinsichtlich der Löhne, die nicht eingehalten werden können, wenn dies Gesetz nicht bis zum 15. April — heute haben wir schon den 11. April — erledigt wird. Wir haben nur ganz kurze Zeit, um uns

mit dem Gesetz zu beschäftigen. Wir sind gerade durch diese Bestimmung in einer Zwangslage. Abgesehen davon hängen aber auch die Preise von Kali ins Ausland von diesem Art. 3 ab. Im Kaligesetz ist bestimmt, daß die dort festgesetzten Preise Höchstpreise für das Inland und gleichzeitig Mindestpreise für das Ausland sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn das Ausland bei uns kaufen will, es beim Abschluß des Geschäfts von diesen Mindestpreisen, die gesetzlich festgelegt sind, ausgehen wird. Es müssen also, da die Gestehungskosten sich erhöht haben, die Preise erhöht werden, um eine andere Basis für Verhandlungen mit dem Ausland zu schaffen.

All dies ist einsichtsvoll und klar, und es hätte ohne weiteres der Art. 3 hier verabschiedet werden können. Ich glaube auch, daß man in der Kommission den Versuch machen muß, den Art. 3 vielleicht auszusondern, ihn sobald wie möglich zu verabschieden und die anderen beiden Art. 1 und 2 vielleicht einer späteren Zeit oder wenigstens einer ruhigeren und klareren Bearbeitung zu überlassen.

Wenn man nämlich die Art. 1 und 2 näher betrachtet, so sind sie ja eigentlich weiter nichts als eine Nachahmung des Gesetzes über die Kohlenwirtschaft. Die Art. 1 und 2 bedeuten die Ausführung des Sozialisierungsgesetzes. Nun könnte man sagen, mit der Sozialisierung soll eilfertigst vorgegangen werden, Kali ist reif zur Sozialisierung. Der Gedanke wäre richtig, wenn wir nicht schon das Kaligesetz hätten. Das Kaligesetz ist meines Erachtens das erste Sozialisierungsgesetz gewesen, und zwar ein Gesetz, in der Ausführung und in der Durcharbeitung viel eingehender als das jetzige Gesetz über die Kohlenwirtschaft. Denn auch das Kohlenwirtschaftsgesetz ist ja lediglich ein Ermächtigungsgesetz, ein Rahmengesetz; es soll erst durch die Verhandlungen der betreffenden Beiräte und des Ausschusses der Nationalversammlung im Inhalt ergänzt werden. Auch im Kaligesetz sind schon Bestimmungen über den Absatz, über die Produktion, über die Löhne, Gehälter der Angestellten usw. Also das Kaligesetz ist eigentlich schon ein Sozialisierungsgesetz, und zwar meines Erachtens ein viel eingehenderes und durchgearbeiteteres Gesetz als das Sozialisierungsgesetz und das Kohlenwirtschaftsgesetz. Es besteht also aus diesen Gesichtspunkten heraus keine Eile, hier mit der Sozialisierung weiter fortzuschreiten.

Und nun kommen die anderen Gesichtspunkte. Die Herren haben ja schon gehört, daß wir beim Kali vor ganz neuen Möglichkeiten und ganz neuen Zeiten stehen. Die 17 Werke in Elsaß-Lothringen werden beim Kalisyndikat nicht mehr erscheinen. In Spanien ist Kali entdeckt worden und in Eritrea sind auch Kalifunde gemacht worden. Das muß alles berücksichtigt werden. Wie das aber in wenigen Stunden und wenigen Tagen geschehen soll, ist nicht erklärlich. Wenn man also auf die Be-

stimmungen des Kaligesetzes näher eingehen will, so kann man das nicht in wenigen Stunden und Tagen tun.

Wir werden uns bei diesem Gesetz wahrscheinlich auch mit den Gründen zu beschäftigen haben, die dazu geführt haben, die Preise so in die Höhe zu schnellen. Wir haben vorhin gehört, daß im wesentlichen Materialpreise und Löhne die Ursache sind. Aber es muß auch einmal betont werden, daß die **Löhne der Kohlenarbeiter** eigentlich die treibende Kraft bei allen Preiserhöhungen sind. Wir leben im Zeitalter der Kohle, auf der Kohle beruht unser gesamtes Wirtschaftsleben, und wenn die Kohlenarbeiter nicht zu der Einsicht kommen, daß die Löhne gesenkt werden müssen, so kommen bei allen Industrien und Unternehmungen immer neue Konsequenzen. Beim **Kaligesetz** kommt noch hinzu die **Rücksicht auf die Landwirtschaft.** In der Begründung ist ausgeführt, daß die Anforderungen des Kalisyndikats auf Erhöhung der Preise nicht vollständig berücksichtigt worden sind; man hat versucht, einen Ausgleich mit der Landwirtschaft zu finden. Aber ich glaube, die Landwirtschaft wird trotzdem mit der Erhöhung der Kalipreise nicht sehr einverstanden sein. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Man wird dann später wieder der Landwirtschaft den Vorwurf machen, daß die Erhöhung der Preise für ihre Produkte zu weit gehe, und daß das zu einer starken Verteuerung unserer Lebensmittelverhältnisse führt. Die Landwirtschaft sagt aber ihrerseits, daß sie an die Produktionskosten gebunden ist; und die Produktionskosten hängen wieder von den Preisen der Materialien, besonders der Düngemittel ab. Ein Streik bei der Kaliindustrie wäre allerdings das allerschlimmste; denn er würde die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln lahmlegen, und das würde gerade in der Gegenwart zu Folgerungen führen, die für unser Wirtschaftsleben und für die Versorgung der Bevölkerung in diesem Jahre gar nicht abzusehen sind. Andererseits muß aber auch den Arbeitern der anderen Industrien gesagt werden, daß an eine Verbilligung der Lebensmittel, die doch unter allen Umständen ernstlich zu erstreben ist, gar nicht gedacht werden kann, wenn nicht die Produktionskosten der Landwirtschaft gesenkt werden, das heißt *wenn der Landwirtschaft die Materialien, insbesondere die Düngemittel, erheblich billiger zugeführt werden als jetzt.* (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

So sieht man, daß sich immer ein Glied an das andere schließt, und daß in unserem Wirtschaftsleben kein Produktionszweig allein dasteht. Es wäre daher zweckmäßig, die Vorlage unter dem Gesichtspunkt zu betrachten: Ist es notwendig, heute schon das ganze Gesetz zu verabschieden? oder ist es möglich, das Gesetz zu teilen? Wenn wir den Art. 3 allein erledigen, so wird es möglich sein, das Gesetz schnell zu verabschieden. Kommen wir aber in Art. 1 und 2 hinein, so müssen

wir dabei der Sozialisierung näher treten, und wir würden auch gezwungen sein, in diejenigen Bestimmungen des Entwurfs hineinzusteigen, die sich auf Chemie beziehen, also in die Bestimmungen über die Abgrenzungen der einzelnen Kalisorten, und würden uns fragen müssen, ob nicht auch da Hand anzulegen ist. Es wird sich auch darum handeln, ob es richtig ist, von dem Gedanken auszugehen, der in dem Gesetz im Vordergrund steht, nämlich eine Zwangsgesellschaft zu schaffen. Das Kaligesetz hat den großen Vorteil gegenüber allen anderen Gesetzen der Sozialisierung, daß es von irgendeiner Zwangszusammenziehung absieht. Es ist dem Gedanken gefolgt, der in der Kohlenwirtschaft auch zum Teil verwirklicht worden ist. Wir haben bekanntlich im Westen ein Kohlensyndikat, während wir im Osten, in Oberschlesien, nur eine Kohlenkonvention haben. Die Tendenz ist bei beiden Einrichtungen dieselbe. Bei beiden Einrichtungen geht man darauf aus, die Produktion, wenn sie zu groß wird, im gegebenen Augenblick einzuschränken. Während das auf der einen Seite zwangsweise geschieht, geschieht es bei der Konvention in der Form, daß eine Überproduktion mit einer Abgabe belegt wird. So ist es bei der Kohlenkonvention in Oberschlesien und so war es bisher nach dem Kaligesetz für die Kaliindustrie.

Soll nun nach der Richtung wesentliches geändert werden? Soweit ich den Herrn Regierungsvertreter verstanden habe, scheint er an dem Kalisyndikat und seinen Grundsätzen nicht viel ändern zu wollen. Aber wenn man erst dazu übergeht, die Art. 1 und 2 in Kraft zu setzen, ist der Weg frei, und es ist sehr fraglich, ob man dann an der bisherigen Bestimmung wird festhalten können. Es ist bei der Kaliindustrie zu viel Geld investiert worden, sagt man. Gut! Man kommt aber, wenn man erst den Gedanken der Zwangswirtschaft aufnimmt und weiter verfolgt, zu viel weitergehenden Zwangseingriffen in die Betriebe über die jetzt bestehende Konvention. Auf der anderen Seite ist eine starke Förderung des Kaliabsatzes im Interesse unserer Finanzen sehr wünschenswert. Es ist in dem Haushaltsplan keine Einnahme für Überproduktion bei Kali vorgesehen; aber es wäre doch wünschenswert, daß im Interesse unserer Finanzen möglichst viel hier herausgeholt wird.

So sehen wir auch hier wieder gegeneinander kämpfende Interessen. Alle diese auszugleichen in kurzer Zeit und mit wenigen Stunden Beratung, scheint uns unmöglich. Aus dem Grunde sind wir selbstverständlich mit einer Kommissionsberatung einverstanden, werden aber versuchen, nur diejenigen Teile des Gesetzes herauszunehmen, die einer Verwirklichung jetzt bedürfen und auch verwirklicht werden können. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Vorlage behandelt zwei Gebiete. Art. 1 und 2 behandeln die Sozialisierung der Kaliindustrie und Art. 3 setzt die Kalipreise neu fest. Wir sind zwar keine grundsätzlichen Gegner der Sozialisierung, die ja bereits durch das geltende Kaligesetz durchgeführt ist (sehr richtig! rechts), aber wir müssen doch unsere größten Bedenken gegen die Art und Weise aussprechen, wie diese Vorlage, die fast mechanisch dem Kohlensozialisierungsgesetz nachgebildet ist, die Neusozialisierung der Kaliindustrie vorbereitet.

Es ist bereits ausgeführt worden, daß das noch in Kraft befindliche Kaligesetz ein Sozialisierungsgesetz ist. Demgegenüber bedeutet diese Vorlage nur den Übergang zu einem anderen System. Das, was bisher durch Gesetz geregelt war, soll in Zukunft durch Regierungsverordnungen geregelt werden. Wenn nun durch Regierungsverordnungen das Wirtschaftsleben eines so wichtigen Erwerbszweigs wie der Kaliindustrie geregelt werden soll, dann sind die Organe, die dabei mitzuwirken haben, von der größten Bedeutung. Darum müssen wir besonders diese Organe, die dabei mitzuwirken haben, auf ihre Zweckmäßigkeit prüfen. Die Vorbereitung der Sozialisierung soll durch den Sachverständigenrat erfolgen, ihre Durchführung durch Verordnungen der Reichsregierung. Bei dem Erlaß dieser Regierungsverordnungen haben mitzuwirken der Staatenausschuß und ein 28 gliedriger Ausschuß der Nationalversammlung. Wir sind nun der Meinung, daß sowohl im Sachverständigenrat wie auch in dem später zu bildenden, die Kaliwirtschaft leitenden Reichskalirat die Landwirtschaft zu schwach vertreten ist. Die Landwirtschaft soll in diesen Räten nur vier Vertreter haben, während ihr gegenüber 26 andere Vertreter stehen. Es ist zwar richtig, daß die Kaliindustrie wohl die größte Vertreterzahl haben muß; aber das Kali ist für die Landwirtschaft und somit für die Volksernährung von so außerordentlich großer Bedeutung, daß eine Vertretung durch vier landwirtschaftliche unter 30 Interessenvertretern entschieden viel zu gering ist. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch wird dem Interesse, das die Landwirtschaft am Kali hat, und ihrer Bedeutung für die Volksernährung in keiner Weise ausreichend Rechnung getragen, und zwar um so weniger, weil der Reichskalirat auch die Preise zu bestimmen hat.

Für die Förderung und Absatz des Kali soll eine Ver- und Betriebsgemeinschaft in Form des Syndikats gebildet werden. An der Verwaltung dieser Ver- und Betriebsgemeinschaft sollen nach der Vorlage die Arbeiter mitbeteiligt werden. Damit sind wir einverstanden. Hierbei erhebt sich aber doch die Frage: wie denkt sich eigentlich die Regierung die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Betriebsgemeinschaft? Haben wir es hier schon mit Absichten zu tun, das Rätesystem in irgendwelcher Weise durchzuführen, oder aber: will man die Ver-

tretung der Arbeiter in der Betriebsgemeinschaft durch die Gewerkschaften bzw. Arbeitsgemeinschaften herbeiführen, wie sie in Artikel 2 für den Sachverständigen- und Reichskalirat vorgesehen ist? Das sind die Fragen, die für uns unter Umständen entscheidend sind. Es ist uns daher wertvoll zu hören, wie die Regierung sich diese Arbeitervertretung gedacht hat. Wir können uns von einem Rätesystem, das aus allgemeinen Wahlen hervorgeht und dann in dieser Betriebsgemeinschaft mitzuwirken hat, nicht viel versprechen, sondern lehnen es ab. Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein maßgebender Einfluß in wirtschaftlichen Verwaltungskörperschaften der Industrie gesichert werden muß. Das Nähere darzulegen, wird sich in der Kommission noch Gelegenheit bieten.

Die **Sozialisierung der Kaliindustrie** erscheint uns aus einem anderen Grunde außerordentlich bedenklich. Die deutsche Landwirtschaft und die heimische Industrie sind gewiß der Hauptabnehmer der Kaliindustrie. Daneben aber muß, wie schon von anderer Seite ausgeführt worden ist, der allergrößte Wert darauf gelegt werden, aus mancherlei Gründen die Ausfuhr wieder zu beleben und sehr zu fördern. Da erscheint es uns doch sehr fraglich, ob es zweckmäßig ist, eine Industrie, die in so großem Umfange für den Auslandsmarkt arbeitet, zu sozialisieren. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialisierung scheint uns deshalb vielerlei Schwierigkeiten zur Folge zu haben, und darum haben wir so große Bedenken. Die Einzelheiten unserer diesbezüglichen Bedenken möchten wir nicht gern von dieser Stelle darlegen, werden es aber in der Ausschußberatung tun.

Überrascht waren wir, wie hier mit einer gewissen Selbstverständlichkeit von dem Herrn Regierungsvertreter so gesprochen wurde, als ob die **elsässischen Kaliwerke** bereits preisgegeben werden müßten, und wir durften um so mehr überrascht sein, als die Nationalversammlung sich einmütig vor einigen Tagen dahin ausgesprochen hat: das Elsaß ist deutsches Land und soll deutsches Land bleiben. Deshalb bedauern wir, daß hier von Regierungsseiten eine Darstellung gegeben wurde, die mindestens die Auffassung zuläßt, daß man bereits mit dem Verlust des Elsaß rechnet. (Sehr richtig! rechts.) Hieran anschließend möchte ich sagen, daß wir erneut die Regierung ersuchen, in der Frage Elsaß-Lothringen fest zu bleiben. (Bravo! rechts.)

Was die in der Vorlage **festgesetzten Preise** angeht, so geht aus der Begründung hervor, daß die Preise im Einverständnis mit allen Interessenten aufgesetzt worden sind. Demgegenüber stelle ich fest, daß sie ohne jede Fühlungnahme mit den landwirtschaftlichen Interessenten festgesetzt worden sind. (Sehr richtig!

rechts.) Wenn es in der Begründung des Gesetzes heißt, daß die Preise im Einverständnis mit der preußischen landwirtschaftlichen Verwaltung festgesetzt worden sind, so sind wir der Meinung, daß die bureaukratische preußische Landwirtschaftsverwaltung in diesem Falle nicht als Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen angesehen werden kann. (Sehr richtig! rechts.)

Die jetzt festgestellten **Preise** bedeuten eine außerordentliche **Belastung der Landwirtschaft.** Seit 1910 haben sich die Höchstpreise um das Dreifache erhöht. Zieht man nun in Betracht, welche Bedeutung das Kali für die Landwirtschaft hat, und berücksichtigt man weiter, daß auch die Preise der anderen künstlichen Düngemittel, insbesondere Stickstoff, und die Preise für sämtliche landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und alle sonstigen Betriebsmaterialien enorm im Preise gestiegen sind — außerdem ist jetzt naturgemäß eine allgemeine Steigerung der Landarbeiterlöhne im Vollziehen begriffen —, so ergibt das summiert eine Mehrbelastung der Landwirtschaft, die sich notwendigerweise in einer Verteuerung der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte widerspiegeln muß. (Sehr richtig! rechts.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch folgendes bemerken. Es ist von verschiedenen meiner Herren Vorredner, zum Beispiel auch vom Herrn Kollegen Sachse, mit einer gewissen Selbstverständlichkeit ausgeführt worden, die **Kaliarbeiter** verlangten angesichts der Gesamtlage mit Recht **höhere Löhne,** dadurch werde die Produktion der Kaliindustrie verteuert; wenn infolgedessen die Kalipreise erhöht werden müßten, so sei das ja im Interesse der Landwirtschaft sehr bedauerlich, aber nicht zu ändern. Man folgert also aus der Notwendigkeit der Lohnerhöhung die Notwendigkeit einer Verteuerung der Produktion. Von demselben Gesichtspunkt gehen wir in der Landwirtschaft auch aus. Die deutschen **Landarbeiter** haben Anspruch darauf, einen **angemessenen Lohn,** den allgemeinen Lohnsteigerungen in Deutschland entsprechend, zu bekommen. Wenn aber diese höheren Landarbeiterlöhne erreicht werden sollen, so bedeutet das natürlich eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und somit auch der landwirtschaflichen Nahrungsmittel. Und wenn dann noch die Verteuerung der Düngemittel, der Geräte, Maschinen usw. hinzukommt, so werden sich die Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse damit abzufinden haben, daß sie in Zukunft nicht wieder so billiges Brot und Fleisch zu essen bekommen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Denn mit demselben Recht, wie die Kaliarbeiter hohe Löhne haben wollen — und das gilt auch für die Kohlen- und anderen Industriearbeiter —, können auch die deutschen Landarbeiter und die deutsche Landwirtschaft dies für

sich in Anspruch nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Ich nehme nicht an, daß wir in absehbarer Zeit mit einem wesentlichen Abbau der Preise zu rechnen haben werden, darum habe ich auf diese Folgen der Preiserhöhungen aufmerksam gemacht. Von dem ersten Herrn Vorredner sind auch einige Ausführungen über die **Kaliabgabe** gemacht worden. Wenn ich die Vorlage recht verstehe, so wird, wenn dieses Gesetz durchgeführt wird, gleichzeitig das alte Kaligesetz aufgehoben. Wenn aber das alte Kaligesetz aufgehoben wird, so fällt auch die Bestimmung über die Erhebung der 60 Pfennig-Abgabe. Ich finde nun in dieser Vorlage keine **Befugnis** für die Regierung, daß sie später die Abgabe wieder einführen kann. Sie hat nur die Befugnis, den gemeinschaftlichen Aufbau der Kaliwirtschaft durch Verordnung durchzuführen. Ich kann nicht finden, daß die Abgabe mit einbezogen werden kann.

Es ist daher im Ausschuß die Frage noch zu prüfen, ob die Vollmachten, die die Reichsregierung nach diesem Entwurf erhält, ausreichend sind, oder ob, worauf wir großen Wert legen, die Vollmachten nicht zu weitgehend sind. Wir werden also unsere endgültige Stellungnahme zur Vorlage davon abhängig machen, welche Gestalt die Vorlage im Ausschuß annehmen wird. Bis dahin behalten wir uns unsere Stellungnahme vor. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reineke.

Reineke, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist uns erst heute morgen um 8 oder 9 Uhr zugegangen. Es ist bisher wohl noch nicht vorgekommen, daß ein Gesetzentwurf eine Stunde vor der Beratung eingebracht worden ist. Es ist dies besonders bedauerlich, da es sich doch um eine landwirtschaftliche Angelegenheit handelt und wir Landwirte unmöglich in einer Stunde zu allen diesen komplizierten Fragen Stellung nehmen und in die Materie eindringen können. Wir sind daher mit dem Vorschlage einverstanden, daß der Gesetzentwurf einem Ausschusse überwiesen wird, wo noch Änderungen und Verbesserungen bewerkstelligt werden können.

Meine Damen und Herren! „Wir müssen die **Landwirtschaft** auf eine **gute Grundlage** stellen", so hat neulich ein Vertreter der Unabhängigen hier an dieser Stelle gesagt, und auch die Redner anderer Parteien ebenso wie die Herren Regierungsvertreter haben sich in ähnlicher, der Landwirtschaft wohlwollender Weise ausgesprochen. Fast hätte ich mich über diese Äußerungen sehr gefreut, aber ich habe in meinem Leben sehr oft die Erfahrung gemacht, daß schönen Worten oft unerfreuliche Taten folgen. Es hat ja auch nicht lange gedauert, da wurden an dieser Stelle Stimmen laut, die verlangten, daß die Preise

für Lebensmittel und die landwirtschaftlichen Produkte abgebaut werden müßten. Dann hören wir ja tagtäglich von unerhörten Lohnforderungen, wilden Streiks, wodurch natürlich unsere Produktionsmittel, Maschinen, Geräte, Kohlen, Düngemittel erheblich verteuert werden. Wir sehen das ja hier in dem vorliegenden Gesetzentwurf. Es ist immer wieder damit begründet, daß das Kali teurer werden müßte, weil die Löhne ganz gewaltig gestiegen sind. Nun, wenn auf der einen Seite die Einnahmen heruntergehen und die Preise für Lebensmittel herabgesetzt werden sollen, auf der anderen Seite die Ausgaben für Kunstdünger, für Löhne usw. steigen, dann kann ich nicht einsehen, daß bei einer solchen Politik die Landwirtschaft auf eine gute Grundlage gestellt wird. Ich befürchte im Gegenteil, daß der Landwirtschaft bei einer solchen Politik allmählich der Boden unter den Füßen entzogen wird. Es ist aber ein dringendes Gebot der Stunde, der Landwirtschaft zu helfen. Denn die Landwirtschaft ist doch augenblicklich sozusagen der ruhende Pol in dem tobenden Völkermeer. (Zurufe.) Wir lesen täglich, daß neue Kategorien hinzukommen, Arbeiter nicht nur, sondern Beamte. Ja, Beamte hetzen zum Streik, haben wir vorhin an dieser Stelle gehört, und der Landmann muß erfahren, daß er dadurch immer höhere Ausgaben machen muß. Seine Ausgaben steigen. Das führt natürlich auch bei ihm zur Unzufriedenheit.

Es ist vorhin von meinem Herrn Vorredner gesagt worden, der Landwirt müsse mit Recht verlangen, daß nun auch die Preise dementsprechend in die Höhe gesetzt werden. Aber wir Landwirte haben nicht viel Recht. Denn was unsere Produkte anbetrifft, so sind uns ja Vorschriften gemacht und Höchstpreise gestellt. Darüber hinaus können und dürfen wir nicht gehen, und daß diese Höchstpreise heraufgesetzt werden, dafür ist ja bis jetzt keine Aussicht vorhanden.

Bei dieser Sachlage ist es auch nicht zu verwundern, wenn, wie ich schon sagte, auch der Landwirtschaft sich eine große Unzufriedenheit bemächtigt hat, und wenn selbst einmal an einer Stelle das Wort gefallen ist, daß eventuell auch die **Landwirtschaft zum Streikmittel greifen** würde. Darüber ist in den Blättern große Entrüstung entstanden. Als ich aber neulich auf der Bahn einen Kollegen der sozialdemokratischen Partei sprach und ihm gegenüber meine Ansicht dahin äußerte, daß es eigentlich nicht gestattet sein dürfte, daß die Verkehrsbeamten, die Post- und Telegraphenbeamten ein Streikrecht hätten, man solle sie so gut wie eben möglich stellen, damit sie ihr völliges Auskommen haben und hinter anderen gleichartigen Berufsarten nicht zurückstehen, aber einen Streik der Verkehrsbeamten von Post und Bahn und auch einen Streik der Landwirte vertrage unser Land nicht, da erwiderte der Herr Kollege von der sozialdemokratischen Partei: letzten Endes muß jeder Deutsche das Recht haben, zu streiken. Nun,

meine Herren, wenn jeder Deutsche das Recht haben soll, zu streiken, dann hat ja auch die Landwirtschaft das Recht, zu streiken und sich Selbsthilfe zu verschaffen. Trotzdem rede ich natürlich nicht dem Streik das Wort. Ich bleibe bei meiner Ansicht, die ich eben ausgesprochen habe. Aber es ist doch nicht zu verwundern, wenn schließlich hier und da solche Worte fallen und solche Ansichten laut werden.

Meine Damen und Herren! Es ist sehr bedauerlich, zu hören, daß unser **Kali bis ins Ausland** geht, zu sehen, daß die Produktion infolge Kalimangels zurückgeht, daß die armen Sandböden — denn gerade für die ist das Kali der passende Dünger — künftig nicht so mit Dünger bedacht werden können, wie wir das für erforderlich und notwendig halten, ja daß auch die Kultivierung der Moore und Sandböden hierdurch in Frage gestellt wird, denn diese neuen Böden brauchen ganz besonders das Kali. Es ist uns aber natürlich nicht möglich, in der Sache etwas zu tun, weil wir eben von Amerika Lebensmittel haben und uns nun auch diese Maßregel gefallen lassen müssen.

Wenn wir nun aber schon so wenig Kunstdünger haben, so möchte ich an die Regierung die Bitte richten, dafür zu sorgen, soweit es möglich ist, daß das **vorhandene Kali richtig verteilt** wird. Hieran hat es in den hinter uns liegenden Kriegsjahren sehr gefehlt. Namentlich die bäuerliche Bevölkerung des Ostens ist sehr kärglich mit Kunstdünger und Stickstoff bedacht worden. Aus diesen Ursachen heraus haben die Wirtschaften sehr gelitten, und die Krieger, die aus dem Felde zurückgekehrt sind, fanden zu Hause meist eine Wirtschaft vor, die sehr verbesserungsbedürftig war: die Böden ausgesogen, die Viehställe leer, kein animalischer und kein Kunstdünger mehr vorhanden. Es wäre sehr dankenswert, wenn es möglich wäre, diesen durch den Krieg so schwer geschädigten kleinen landwirtschaftlichen Existenzen durch Zuweisung von Kunstdünger zu helfen. Ob es möglich sein wird, weiß ich nicht.

Dem Vorschlage meines Herrn Vorredners, den Entwurf an eine Kommission zu verweisen, möchte ich mich anschließen. Wir müssen uns aber ganz entschieden gegen die **Sozialisierung** auch auf diesem Gebiete wenden, wie wir uns überhaupt gegen jede Sozialisierung wenden. Allerdings geben wir zu, daß es Industrieunternehmungen geben mag und gibt, die für eine Sozialisierung passend sind. Aber als Landwirte — es ist ja an dieser Stelle schon ausgesprochen worden, daß auch die Landwirtschaft sozialisiert werden soll — müssen wir es mit aller Entschiedenheit ablehnen, in dieser Richtung Experimente zu machen. Nehmen Sie das Interesse an der Arbeit aus der Arbeit, dann hat jede Arbeit den Wert verloren, und darum müssen wir uns ganz entschieden gegen jeden Sozialisierungsversuch in der Landwirtschaft und allem, was damit in Verbindung steht, aussprechen. Wir haben als Landwirte und als kleine Landwirte jederzeit unsere volle

Pflicht und Schuldigkeit getan. Stellen Sie daher, Regierung und Volksvertretung, auch die deutsche Landwirtschaft auf einen guten Boden! Dann wird sie ganz wesentlich dazu beitragen, daß auch unser deutsches Vaterland bald wieder ein Faktor wird, mit dem die Nationen zu rechnen haben. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Gräßner.

Gräßner, Geheimer Ober-Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich bitte, noch einige Ausführungen an die Worte des Herrn Vorredners wegen der **Versorgung der deutschen Landwirtschaft** anschließen zu dürfen.

Die Kaliindustrie hat während des Krieges unter zwei Momenten sehr erheblich gelitten. Das ist einmal der Mangel an Arbeitskräften und dann das zeitweise Fehlen des Brennmaterials. Diese Verhältnisse haben sich zunächst zu Anfang des Krieges sehr ungünstig gestaltet, so daß allerdings eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft eingetreten ist. Das ließ sich am Anfang des Kriegs 1914 nicht vermeiden. Daraufhin aber ist die Regierung bemüht gewesen, sowohl durch die Stellung von Gefangenen als durch Zuführung von Brennmaterial eine Besserung zu schaffen. Das ist geglückt. Zu Anfang des Krieges wurden an die deutsche Landwirtschaft etwa 6 Millionen Doppelzentner Reinkali geliefert. Diese Menge ist bis zum Jahre 1918 auf gegen 9 Millionen Doppelzentner gesteigert. Das ist eine sehr erhebliche Steigerung, und man kann der deutschen Kaliindustrie nur dankbar dafür sein, daß sie trotz der schwierigen Verhältnisse diese Leistung hat bewirken können. Der Mehrverbrauch der deutschen Landwirtschaft ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß der deutschen Landwirtschaft — wie Ihnen allen bekannt ist — Stickstoff und Phosphorsäure nur in sehr beschränktem Umfange zugeführt werden konnten, und daß die deutsche Landwirtschaft versuchte, durch eine erhebliche Kalidüngung alle diejenigen Mengen von Stickstoff und Phosphorsäure, die im Boden vorhanden sind, für sich nutzbar zu machen.

Die deutsche Landwirtschaft hat dann weiter sehr große Mengen von **Kali für den Kartoffelbau** bezogen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Kartoffel eine derjenigen Pflanzen ist, die ganz besonders der Kalidüngung bedürfen, in gleicher Weise wie andere Hackpflanzen; ich erwähne in erster Linie die Zuckerrübe. Wenn sich in der seitherigen und ausreichenden **Kalibelieferung Schwierigkeiten** ergeben haben, und wenn im Anfang des laufenden Jahres eine Stockung in der Belieferung der deutschen Landwirtschaft eingetreten ist, so ist das auf Umstände zurückzuführen, die weder der Kaliindustrie noch der Regierung zur Last zu legen sind. Es ist Ihnen bekannt, daß die militärischen Verhältnisse

wegen der Zurückziehung der Truppen die Gestellung der sämtlichen Transportmittel für diese Zwecke nötig machten. Die Folge davon war, daß in der Zeit im November bis Ende Januar nur geringe Mengen an Kalisalzen verladen werden konnten. Nur in beschränktem Umfange sind Kalisalze besonders zum Zwecke der Zuführung zu den Stickstoffabriken, gerade auch im Interesse der Versorgung der deutschen Landwirtschaft, verladen worden. Dazu kam dann als ein sehr übles Moment der Streik der Braunkohlenbergarbeiter in Mitteldeutschland. Es wird den Damen und Herren bekannt sein, daß ein großer Teil der deutschen Kaliindustrie gerade auf den Bezug von Braunkohle angewiesen ist, so namentlich die Bezirke von Halle und Staßfurt, der Südharz und das Sondershausener Gebiet; die Braunkohle wird sogar für die Kaliasche bis zum Werragebiet versandt.

Der **Mangel an Braunkohle** war ebenfalls auf den Mangel an Transportgefäßen und Lokomotiven zurückzuführen. Die Eisenbahnverwaltung konnte die genügende Zahl von Wagen nicht stellen. Infolgedessen haben die Werke allerdings zum Teil stilliegen müssen und daher nicht liefern können. Dazu kam, daß die vorhandenen Kohlenmengen in erster Linie den Stickstoffabriken — also wiederum im Interesse der deutschen Landwirtschaft — zugeführt wurden, so besonders den Leunawerken, und ferner den Zuckerrübenfabriken. Als die Zuckerkampagne sich ihrem Ende näherte, sind die freigewordenen Braunkohlenmengen der Kaliindustrie zugeführt worden, so daß wir neuerdings mit wesentlich günstigeren Verhältnissen rechnen konnten und jetzt rechnen.

Dazu kommt — wenn ich das noch erwähnen darf —, daß die **Kaliindustrie** zurzeit **hochkonzentrierte Salze** der Lebensmitteleinfuhr halber in gesteigertem Umfange herstellen muß. Wir haben bereits während des Krieges versucht, auf den Kaliwerken Vorräte an hochprozentigen Salzen aufzuspeichern; aber der steigende Bedarf der deutschen Landwirtschaft, die die hochkonzentrierten Salze während des Krieges angefordert hat, machte es unmöglich, so ausreichende Vorräte anzusammeln, daß wir zu Anfang des Jahres gerüstet waren, einen starken Export aufzunehmen. In der Zwischenzeit hat sich die Kohlenstellung wesentlich besser gestaltet. Die Arbeiterverhältnisse sind günstiger geworden. Auch die Streikgefahr hat die Kaliindustrie bisher nicht so einschneidend berührt wie andere Industrien. Deshalb steht zu erhoffen, daß auch bezüglich der Kaliausfuhr sich die Verhältnisse von Tag zu Tag günstiger gestalten werden und daß wir mit Hilfe der Kalisalze in der Lage sein werden, Lebensmittel einzutauschen. Ich weise darauf hin, daß derartige Austausche mit der Schweiz, mit Holland und mit den skandinavischen Ländern stattgefunden haben. Neuerdings ist ein Abkommen mit England getroffen, und augenblicklich

wird in Hamburg darüber beraten, Kalisalze zwecks Austausches nach den Vereinigten Staaten zu senden. (Bravo!)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung, ich muß mit dem beginnen, was der Herr Abgeordnete Sachse an den Schluß seiner Ausführungen gestellt hat: mit einer lebhaften Beschwerde darüber, daß uns dieser Gesetzentwurf so spät vorgelegt wird und daß wir gezwungen werden, den Entwurf in der überhasteten Art und Weise zu verabschieden, wie es uns die Regierung jetzt zumutet.

Wenn Sie einen Blick auf die Schriftstücke werfen, die der Begründung des Gesetzentwurfs beigefügt sind, so werden Sie mir zugeben, daß eine raschere Arbeit durchaus möglich gewesen wäre. Bereits am 5. Februar hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände über eine Lohnerhöhung für die Kaliarbeiter geeinigt. Schon in diesem Schriftstück ist in Aussicht genommen, daß die Lohnerhöhung vom 1. April ab wieder außer Kraft treten solle, wenn die Preiserhöhung, die das Kalisyndikat anstrebe, nicht bis zum 31. März durchzusetzen wäre. Am 13. Februar hat das Kalisyndikat bei der Regierung den Antrag auf Erhöhung der Kalipreise gestellt, am 17. Februar hat es den Antrag erläutert und noch weiter begründet, und obwohl doch die Verhältnisse der Kaliindustrie, insbesondere die vermeintliche Notwendigkeit einer Preiserhöhung als Folge der Einwirkungen des Krieges, der Steigerung der Materialpreise usw. der Regierung seit Jahren bekannt sind, hat die Regierung doch fast volle zwei Monate gebraucht, diesen kurzen Gesetzentwurf auszuarbeiten, und sie legt ihn uns erst gestern vor.

Nun wird ja eingewendet werden, daß der Hauptteil des Gesetzentwurfs nicht in dem Art. 3 beruhe, in dem Verlangen nach Erhöhung der Kalipreise, sondern daß die Hauptaufgabe des Gesetzentwurfs die Neuordnung der Kaliwirtschaft gemäß dem früher beschlossenen Sozialisierungsgesetz sei. Aber ich halte auch das nicht für eine ausreichende Begründung der Verzögerung; denn bei den Sozialisierungsplänen der Regierung stand von Anfang an das Kali auf der Liste der Wirtschaftszweige, die in die Sozialisierung einbezogen werden sollten. Die Regierung wußte also schon im Februar — mußte es wenigstens wissen —, daß die Sozialisierung auch das Kali ergreifen solle; und das Sozialisierungsgesetz, das allgemeine sowohl wie das für die Kohlenwirtschaft bestimmte, ist ja denn auch schon im März verabschiedet worden, so daß wahrhaftig schon vor Mitte April reichlich Zeit gewesen wäre, diesen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich hebe das mit so eingehender Begründung hervor, weil ich namens meiner Freunde gegen diese Art

Gesetzesmacherei Widerspruch erheben muß, die ebensowenig der Wichtigkeit des Gegenstandes wie der Würde der Naionalversammlung gerecht wird. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und dabei wäre doch gerade vom Standpunkt des Regierungsprogramms die Vorlegung dieses Gesetzentwurfs besonders eilig gewesen, weil ja eben, wie der erste Satz der Begründung sagt, dieses Gesetz die Regelung der Kaliwirtschaft gemäß dem Sozialisierungsgesetze vom 23. März 1919 bezweckt. Da die Regierung und namentlich die sozialistischen Mitglieder der Regierung die Sozialisierung immer als eine der wichtigsten, ja als die wichtigste und deshalb eben auch eiligste Aufgabe ihres Programms bezeichnet haben, so hätte um so mehr darauf Bedacht genommen werden müssen, uns neben der Kohle nun auch das **Kali** schnell zur **Sozialisierung** vorzuschlagen. Aber ich fürchte, daß auch hier wieder innerhalb der Regierung die gegen die Sozialisierung und gegen den Sozialismus arbeitenden Kräfte mit dem sozialistischen Flügel der Regierung lange und zähe gekämpft und dadurch es verhindert haben, daß die sogenannten Sozialisierungspläne auf dem Kaligebiete rechtzeitig Gestalt gewannen.

Es ist, wenn man den Entwurf ansieht, ja in Wahrheit nicht eine Sozialisierung, nicht Sozialismus, der sich darin ausspricht, sondern im besten Falle der Koalitionssozialismus, wovon wir im Laufe der letzten Monate schon Proben genug gesehen haben. (Sehr richtig!) Wie sehr die **Tendenzen** der nichtsozialistischen Miglieder der Koalition **gegen den Sozialismus** erstarken, konnte man heute aus der Rede des Herrn Abgeordneten Pohlmann, des Vertreters der demokratischen Partei, entnehmen. Der Herr Abgeordnete Pohlmann besaß die Kühnheit, der Regierung von diesem Gesetzentwurf alles aus der Hand schlagen zu wollen, was irgendwie nach Sozialisierung riechen könnte. Er machte den unbefangenen Vorschlag, man solle dieses Gesetz in seine beiden Teile zerlegen, alles, was mit der Sozialisierung zu tun hat oder sich darauf beziehe, für später lassen und nur die Erhöhung der Preise zugunsten der Privatwirtschaft, des Kalisyndikats, jetzt sofort erledigen; denn das sei allerdings eine dringliche Aufgabe. Man muß, um die Bedeutung eines solchen Vorschlags zu verstehen, ihn in den richtigen Zusammenhang bringen, und da müssen wir uns erinnern, welche Ausführungen Herr Abgeordneter v. Payer vor wenigen Tagen gemacht, wie er lebhaft vor weiteren Sozialisierungsversuchen und vor der Betätigung der Räte auf irgendwelchem Arbeitsgebiete gewarnt hat; und man muß das, was sich bei den Herren v. Payer und Pohlmann geäußert hat, schließlich auch in Zusammenhang bringen mit dem Entlassungsgesuch des Herrn Reichsministers Schiffer, wovon die Öffentlichkeit in diesen Tagen überrascht worden ist. Sollte wirklich nicht die Äußerung des Herrn Schiffer in seiner Etatsrede, seine Warnung vor überstürzten

Sozialisierungsversuchen, mit dem Auftreten der Herren v. Payer und Pohlmann im Zusammenhang stehen? Beweisen nicht alle diese Tatsachen, wie stark — was wir ja immer erwartet und als selbstverständlich vorausgesetzt haben — in der Regierung und innerhalb der koalierten Regierungsparteien der antisozialistische Flügel schon ist, und daß er von Tag zu Tag noch stärker wird? (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch das Zentrum zeigt gegenüber der Sozialisierung des Kalis durchaus nicht den richtigen Geist. Sein Vertreter, der Abgeordnete Imbusch, hat heute — er möge mir das Wort verzeihen — mit einer großen Naivität davon gesprochen, daß die **Preiserhöhung für Kali nötig** sei, **weil viele Werke** keinen Kredit mehr bekommen und also **zum Untergange verurteilt sind**, wenn die Preise nicht erhöht werden. Ich kann eine solche Auffassung von einem privatkapitalistischen Standpunkt aus verstehen, aber sicher nicht vom sozialistischen Standpunkt oder vom Standpunkt einer Gemeinwirtschaft aus; denn das Wort „Sozialismus" ist ja ein in der Koalition verpöntes Wort. Da heißt es immer mit schamhafter Zurückhaltung „die Gemeinwirtschaft". Vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkte aus ist die Auffassung des Herrn Abgeordneten Imbusch unverzeihlich und unverständlich; denn die Gemeinwirtschaft muß planmäßig vorgehen, sie kann nicht darauf Rücksicht nehmen, daß das eine oder andere Werk nicht mehr die Konkurrenz mit dem Durchschnitt der übrigen Werke halten kann. Wenn es in der Anlage verfehlt ist oder aus anderen Gründen unter besonders ungünstigen Umständen zu leiden hat, die die Konkurrenzfähigkeit herabsetzen, so muß, vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft gesehen, ein solches Werk eben zum Untergange verurteilt sein; nicht aber dürfen Mittel der Allgemeinheit, wie sie durch die Preiserhöhung in Bewegung gesetzt werden sollen, dazu verwendet werden, um konkurrenzschwache Werke durchzuschleppen und am Markte zu halten. Da der Sozialismus — neben anderem — die höchste Planmäßigkeit der Wirtschaft bedeutet, so müßte eine ernsthafte Sozialisierung des Kali gerade mit einer planmäßigen Zusammenlegung von Werken, mit einer **planmäßigen Verminderung** der ungeheuren Anzahl für die Versorgung des Landes und des Exports überflüssiger und doch **in Betrieb befindlicher** Schächte beginnen.

In all den vorangegangenen Jahren ist bei der Beratung der Gesetzesvorlagen zur Erhöhung des Kalipreises, und sogar schon 1910 bei der Schaffung des Kaligesetzes, immer und immer wieder beklagt worden, daß wir viel mehr Kalischächte haben, als dem Bedarf der deutschen Wirtschaft und der Exportmöglichkeit entspricht. Man hat dieses Übel immer weiter wuchern lassen und man hat sogar im Kriege, obgleich der Export aufs stärkste unterbunden und nach den meisten Exportländern sogar ganz unmöglich gemacht war, doch nicht verhindert,

daß nun noch, wie uns heute der Herr Regierungsvertreter dargelegt hat, 41 neue Schächte abgeteuft, hinunter in die Erde gesenkt worden sind, zu den etwa 200 Schächten, die uns nach Abtrennung des elsässischen Kaligebietes noch bleiben werden. Das ist nicht Planmäßigkeit der Wirtschaft, wie sie der Sozialisierung entsprechen würde, sondern das ist Planlosigkeit, schlimmste Verschwendung der nur einmal im Deutschen Reich vorhandenen Naturschätze. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Sachse hat auseinandergesetzt, man müsse mit der **Sozialisierung sehr vorsichtig** sein, es sei viel besser, jetzt abwartend beiseite zu stehen, ehe man mit einem ernsthaften Eingriff in die Produktion selbst beginne, und es sei deshalb auch besser, sich auf diese Sorte Sozialisierung zu beschränken, die wir schon von der Kohle her kennen, nämlich nicht Sozialisierung der Kaliwerke und der Herstellung, nicht Erfassung der Produktion, sondern Erfassung nur des fertigen Produktes und des Absatzes. Das ist ebenfalls gänzlich unsozialistisch und gegen jede vernünftige Planmäßigkeit.

Der Herr Abgeordnete Imbusch hat darin recht: Durch den Krieg und durch die Fehler, die in der Kaliindustrie von Anfang an und namentlich seit dem Gesetz von 1910 gemacht wurden, sind allerdings eine große Anzahl der Kaliwerke überflüssig. Aber eben deshalb müßte der Herr Abgeordnete Sachse als Sozialist sich doch sagen, daß gerade jetzt die richtigste Zeit ist, um diese schwachen Betriebe zugunsten der Gemeinwirtschaft aufhören zu lassen, zu enteignen, weil ja auch, wenn man die sozialistische Enteignung gegen Entschädigung vornehmen will, gerade jetzt, wo viele Kaliwerke betriebsschwach und konkurrenzschwach sind, der billigste Preis für die Enteignung zu Zwecken der Gemeinwirtschaft zu zahlen wäre.

Statt dessen bekommen wir in diesem Gesetzentwurf als greifbares wichtigstes Ergebnis für die Kaliwirtschaft eine **Preiserhöhung**; eine Preiserhöhung nicht nur für die ungünstig gelegenen und produzierenden Werke, sondern gerade auch für die günstig gehenden Werke, von denen Herr Sachse sagte, daß ein großer Teil schon aus den Erträgen von der Vergangenheit alle Werte abschreiben konnte, so daß sie ganz billig zu Buch stehen.

Das ganze System, das dieser Gesetzentwurf verfolgt, ist also durchaus falsch. Es wird sich aber auch weiter im einzelnen erweisen, daß wenigstens in der uns vorliegenden Begründung ausreichende Motive für die Wahl der Preissätze nicht vorhanden sind. Der Herr Regierungsvertreter und einige von den Herren aus dem Hause haben dargelegt, daß die Ausfuhr des Kalisyndikats gerade die hochprozentigen Kalisalze erfaßt habe. Das liegt auch in der Natur der Sache. Denn die hochprozentigen Kalisalze stehen im Preise günstiger und nehmen doch

nur denselben Schiffsraum in Anspruch wie die Salze mit niedrigerem Gehalt an reinem Kali. Die Fracht muß also z. B. bei 60prozentigen Salzen billiger werden, als wenn man die doppelte Menge 30prozentiger Salze ausführen wollte. Nun zeigt ein Blick auf die Preistabelle des Entwurfs, daß gerade bei den höchstprozentigen Salzen die stärksten Preiserhöhungen sind und gerade bei den höchstprozentigen Salzen genau die Vorschläge und Forderungen des Kalisyndikats innegehalten werden. Wie soll mit diesen Tatsachen der Satz in der Begründung in Einklang gebracht werden, der sich vor dem Kalisyndikat beinahe zu entschuldigen sucht, weil nicht in allen Punkten die Forderungen des Kalisyndikats bewilligt sind? Ich meine den Satz:

> Wenn damit — nämlich mit den Preiserhöhungen des Entwurfs — den Anträgen des Kalisyndikats nicht voll entsprochen ist, so geschah dies in der Erwägung, daß die durch den Krieg eingetretene Einschränkung der Ausfuhr von Kalisalzen voraussichtlich demnächst in Wegfall kommen wird, und daß hierdurch der Kaliindustrie entsprechende Mehreinnahmen zufließen werden.

Also gerade auf dem Hauptexportgebiete werden der Kaliindustrie nicht nur entsprechende Mehreinnahmen, sondern im vollen Umfange die Mehreinnahmen zufließen, die das Kalisyndikat in Anspruch genommen hat.

Nun bitte ich eins zu erwägen: alle Preiserhöhungen, die während des Krieges von der Regierung, das heißt vom Kalisyndikat, gefordert und durch den Reichstag bewilligt worden sind, berechneten sich in den Entwürfen der Regierung und in den Darlegungen des Kalisyndikats gerade auf der Grundlage: wir müssen uns aus dem Inlandsgeschäft für den Wegfall des Auslandsgeschäfts erholen, wir müssen die Inlandspreise so hoch bekommen — sagte das Kalisyndikat —, daß wir den gesamten Ausfall wettmachen, der uns durch die Blockade zugefügt wird. Wenn man nun jetzt, wo die Exportmöglichkeit in absehbarer Zeit wiederkehrt, die Preise für Exportkali so über die Maßen hoch schraubt — um 25 und 27 Prozent an einzelnen Stellen —, wie es das Kalisyndikat will, und gleichzeitig die Inlandspreise erhöht, die während des Krieges deswegen erhöht worden sind, weil das Auslandsgeschäft weggefallen war, so ist es doch ganz klar, daß diese Rechnung zwar vom Standpunkt des Kalisyndikats sehr nützlich ist, aber mit gemeinwirtschaftlichen Rücksichten nichts mehr zu tun hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich halte es gerade vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft aus auch für ganz verkehrt, wenn man den Aufbau und die Verwaltung der zu sozialisierenden Kaliindustrie immer wieder auf den Export abstellt. Wir haben als einen der allerwichtigsten Hilfsstoffe der Landwirtschaft gerade das Kali in ungemessenen Mengen und mit allen technischen Möglichkeiten der Gewinnung im Lande. Wir haben auch trotz aller

Fortschritte der **Kaliverwendung im Inlande** noch immer die Tatsache, daß die Landwirtschaft nicht entfernt in dem Maße Kali anwendet, wie es nach wissenschaftlichen Regeln und nach bester Technik möglich wäre. Die Landwirtschaft hat zwar vor dem Kriege von Jahr zu Jahr in steigendem Maße Kali verbraucht, aber noch lange nicht die Menge, die sie verbrauchen müßte, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, für die Ernährung des deutschen Volkes ganz oder hauptsächlich zu sorgen. Nun kommt es doch meiner Auffassung nach bei der gegenwärtigen Zerstörung unserer Exportverbindungen vor allem darauf an — und das müßte eine Sozialisierungsvorlage anstreben —, den Inlandsverbrauch von Kali so zu regeln, daß die Landwirtschaft wirklich in ausreichendem Maße Kali anwenden kann.

Dazu gehörten freilich auch andere Maßregeln, die im Rahmen einer Sozialisierungsgesetzgebung auf dem Kaligebiet durchaus richtig und verständlich wären, z. B. nötigenfalls sogar ein Düngungszwang für die Landwirtschaft, sicher aber die Durchsetzung des landwirtschaftlichen Betriebs mit gemeinwirtschaftlichen, mit nationalwirtschaftlichen Grundsätzen. Wir haben zwar heute von einem der Herren Vertreter der Landwirtschaft — es war der Herr Vorredner — eine Streikdrohung gehört; aber wir haben nicht gehört, daß die deutsche Landwirtschaft etwa geneigt wäre, sich in die politischen und sozialen Verhältnisse des Landes so einzustellen, daß sie nach sozialen Grundsätzen alles aus dem Boden herauszuholen bereit ist, was für die Ernährung des deutschen Volkes nötig ist, in einer Zeit, wo unser Ernährungsradius sich eben knapp bis an die Grenzen unseres Reichsgebiets erstreckt, in einer Zeit, wo wir alle die Nahrungs- und Futtermittel entbehren müssen, die uns bis zum Kriege aus dem fernsten Ausland zugekommen sind.

Übrigens ist auch heute wieder der Fehler gemacht worden, daß man die **Bedeutung einer Preiserhöhung des Kali für die Landwirtschaft** bei weitem überschätzt. Die Zahlen, die uns früher von Landwirten und von der Regierung darüber gegeben worden sind, was es auf den Hektar bebauten Landes ausmacht, wenn die Preise erhöht werden, diese Zahlen ergeben, daß es zwar ein sehr geschicktes agitatorisches Schlagwort ist, die geringere Produktion der Landwirtschaft auf die Verteuerung des Kali zurückzuführen, daß das aber mit den Tatsachen nicht im Einklang steht. (Zuruf.) — Das Nähere darüber werden wir im Ausschuß schon wieder hören.

Ferner glaube ich, daß in einer planmäßigen Steigerung des Inlandverbrauchs auch die beste Lösung der **Konkurrenzschwierigkeiten** zu finden wäre, die uns aus der möglichen Abtrennung des elsässischen Kaligebiets und aus der Auffindung neuer Kalivorkommen in Spanien und in Eritrea erwachsen können. Die Tatsache, daß in Spanien und in Eritrea nach der Mitteilung des Herrn Regierungsvertreters aus-

sichtsreiche und abbauwürdige Kalivorkommen entdeckt und zum Teil schon in Betrieb genommen worden sind, beweist auch, daß die Erschwerung des Auslandsgeschäfts bei der Kalindustrie durchaus nicht in erster Linie Kriegsfolge ist. Ich kann es verstehen, wenn der Herr Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei auch heute noch mit Mut und Treue gegen seinen eigenen Standpunkt das Verlangen, Elsaß-Lothringen festzuhalten, ausgesprochen hat. Wie die Dinge sich gestaltet haben, halte ich den Posten für verloren, auf den sich der Herr Abgeordnete Behrens gestellt hat; aber man darf doch die wahrscheinliche Tatsache, daß das elsaß-lothringische Kaligebiet für die deutsche Kaliwirtschaft verloren gehen wird, nicht, wie der Abgeordnete Sachse, zu einer wehleidigen Klage über das Los der elsaß-lothringischen Arbeiter benutzen. Gewiß, wenn es wahr ist, was der Herr Abgeordnete Sachse behauptet hat, daß die soziale Lage der elsässischen Kaliarbeiter sich schlechter gestalten würde unter einer französischen Herrschaft oder bei Errichtung eines autonomen Staates Elsaß-Lothringen, wenn das richtig ist, dann hätte ich erwartet, daß der Sozialist Sachse ein anderes Rezept ausgeben würde als wehleidige Klagen über die Verschlechterung des Loses der Arbeiter, dann hätte ich erwartet, daß er zu den elsässischen Kaliarbeitern von dieser Stelle sagen würde: Helft euch selbst, organisiert euch, macht eure Klassenforderungen geltend gegenüber den französischen Kapitalisten; (Zuruf von den Sozialdemokraten) wie ja doch auch die deutschen Arbeiter unter Führung von Herrn Sachse behaupten, ihre Klassenforderungen gegenüber den deutschen Kapitalisten geltend zu machen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Freilich, Herr Abgeordneter Sachse, sehr weite Kreise der Arbeiterschaft sind darüber anderer Meinung als Sie, ob das Wirken des Bergarbeiterverbandes für die Kali- und Kohlenarbeiter noch ein Wirken im Sinne der Klassenlage und der Klassenforderungen der Proletarier ist oder nicht vielmehr zugunsten der Kapitalisten. (Zischen und Zuruf bei den Sozialdemokraten. — Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Der Herr Abgeordnete Sachse wendet mir ein, daß die elsässischen Kaliarbeiter ja ins Gefängnis gesteckt würden, wenn sie selbständig vorgingen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ich hatte bisher Herrn Sachse so verstanden, daß sich seine Äußerungen über die Verurteilung und die Gefangensetzung der Arbeiter durch die okkupierende Gewalt nicht auf das Elsaß bezogen hätten, sondern auf das Saargebiet. Sei es wie es sei, ich rechne mit der Möglichkeit, daß der tobsüchtig gewordene französische Militarismus auch im Elsaß jetzt so wütet, wie nach den von dem Herrn Abgeordneten Imbusch hier mitgeteilten Tatsachen im Saargebiet.

Das ändert nichts an der Verpflichtung der Arbeiter, sich zu wehren, und es ändert auch nichts daran, Herr Abgeordneter Sachse, daß schließlich und endlich die Arbeiterbewegung doch gar keine andere

Möglichkeit hat, sich durchzusetzen, als durch die eigene Kraft. Sie mag national und international von anderen Mächten unterstützt werden, der Arbeiter wird sich — das ist doch die Lehre, Herr Abgeordneter Sachse, die wir beide solange, als wir noch in einer Partei saßen, gemeinschaftlich befolgt haben — nicht befreien, wenn nicht durch eigene Kraft, durch eigenen Klassenkampf. (Sehr richtig bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was der Herr Abgeordnete Imbusch über die **Bekämpfung der Arbeiterbewegung im Saargebiet** mitgeteilt, und was der Herr Abgeordnete Sachse in gleicher Richtung für das elsässische Kaligebiet als Befürchtung ausgesprochen hat, ist in höchstem Maße beklagenswert — das gebe ich dem Herrn Abgeordneten Sachse zu —, und kein Wort des Protestes ist laut genug, um es nicht gegen dieses Wüten eines im Siegestaumel über sich selbst hinausgestiegenen und tobsüchtig gewordenen Militarismus zu sagen. Das Schlimme ist nur, daß die deutsche Öffentlichkeit auch über die Vorgänge im Saargebiet und das Problem des Saargebiets überhaupt durch die Regierungspresse ganz unvollständig unterrichtet wird, namentlich durch die Presse, die von der Waffenstillstandskommission oder von ihrem Vorsitzenden, Herrn Erzberger, versorgt wird. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die deutsche Öffentlichkeit hört immer nur von den Übergriffen, sie hört auch unwahrerweise von den angeblichen Plänen der französischen Regierung, das **Saargebiet zu annektieren.** Niemand, der in Frankreich ernsthafte Politik macht, denkt daran, das Saargebiet vom Deutschen Reiche loszulösen (na! na! rechts) und an Frankreich anzuschließen. Was die Franzosen wollen, ist der Zugriff zu den Kohlen des Saargebiets, die für die französische Industrie in Lothringen vollkommen unentbehrlich sind, genau so, wie sie im Frieden schon unentbehrlich waren. Leider ist es so gekommen — und das verschweigt Herr Erzberger vollständig —, daß die Franzosen durch die Kriegsereignisse und sogar durch die Ereignisse nach dem Waffenstillstand einen Grund und eine Berechtigung erhalten haben, die Kohlen des Saargebietes für sich in Anspruch zu nehmen. Es hat sich ereignet, daß noch beim deutschen Rückzuge, nach Abschluß des Waffenstillstandes, große Teile des Kohlengebiets von Lens in Nordfrankreich, wo Courrières liegt, die Stätte des großen Unglücks, an dessen Beseitigung sich damals auch deutsche Bergarbeiter beteiligt haben, vernichtet worden sind, daß eine Anzahl von Schächten auf Anordnung der deutschen Militärbehörden durch Sprengung zerstört und ersäuft worden ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist, wie mir mitgeteilt worden ist, auf unmittelbare Anordnung des Hauptquartiers geschehen. (Unruhe und Zurufe.) Es ist geschehen, obgleich die Direktoren der Werke zu dem Pionierobersten gekommen sind und ihm händeringend auseinander-

gesetzt haben, das bedeute die Vernichtung der Kohlenproduktion in diesem Gebiete auf fünf, sechs oder mehr Jahre. Da muß man es schon verstehen, daß die Franzosen auch für diese ihnen durch militärische Maßnahmen entzogene Kohlenproduktion einen Ersatz aus der Kohle des Saargebiets haben wollen. (Andauernde Unruhe und Zurufe.) Aber alles das verschweigt man uns. (Erregte Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Es will mir scheinen, als ob auch der Herr Abgeordnete Dr. Cohn ziemlich weit vom Thema des Kaligesetzes abschweift. Ich habe schon einmal bei einem anderen Redner darauf aufmerksam gemacht und bitte nunmehr, zum Kaligesetz zu sprechen.

Dr. Cohn, Abgeordneter: Kali und Kohle sind voneinander nicht zu trennen. (Lachen. — Glocke.)

Präsident: Das eine ist weiß, das andere ist schwarz! (Große Heiterkeit.)

Dr. Cohn, Abgeordneter: — und beide müssen sich vereinigen, um die Produktion und damit die Sozialisierung des Kali zu ermöglichen. Man kann nicht von der Sozialisierung des Kali sprechen, ohne die Unterlagen der Produktion des Kali zu betrachten, wozu in allererster Linie Kohle gehört. Man kann über die deutsche Kaliindustrie nicht sprechen, ohne die elsässische Kaliindustrie zu betrachten, und man kann auch von der deutschen Kaliindustrie nicht sprechen, ohne zu berücksichtigen, in welchem Maße wir etwa durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Saargebiet in unserer eigenen Kohlenversorgung und damit in der Kohlenversorgung unserer Kaliindustrie beeinträchtigt werden können. Das ist der Grund, weshalb ich diese Dinge zur Sprache gebracht habe, aber auch der Grund, weshalb sie in untrennbarem Zusammenhange mit dem Gesetzentwurfe stehen. — Übrigens ist diese Darlegung beendet.

Geehrte Versammlung! Dies Gesetz gibt sich aus als ein Sozialisierungsgesetz. Was es für die Sozialisierung bringt, ist unbrauchbar. Schon bei der ersten Sozialisierungsvorlage für den Kohlenbergbau haben wir das ausführlich dargelegt. Alles, was dort unter der Firma Sozialisierung angeordnet war, ist hier wiederholt mit der einen Änderung, daß der Reichskalirat nicht 50 Mitglieder hat, wie nach jenem Gesetz der Reichskohlenrat, sondern nur 30.

Daß die Einrichtung des Reichskalirats keine Sozialisierungsmaßregel ist, das ergibt schon rein äußerlich ein Blick auf seine Zusammensetzung, von der auch Herr Abgeordneter Sachse gesagt hat, daß sie ihn nicht befriedigen könne und in der Richtung verändert werden müsse, daß der Anteil der Arbeiter an der Verwaltung und Ordnung der Kaliangelegenheiten vergrößert werde. Aber Sie mögen den Anteil der

Arbeiter im Reichskalirat so weit erstrecken, wie Sie wollen, meinetwegen ganz nach den Wünschen des Herrn Abgeordneten Sachse, Sie werden doch aus diesem Gesetz kein Sozialisierungsgesetz machen. Denn dieses Gesetz ist als Sozialisierungsgesetz eine Unwahrheit, eine Kulisse, die aufgestellt ist, um seitlich von ihr und hinter ihr ein kapitalistisches Schauspiel aufzuführen. Das geschieht mit solcher Unbefangenheit, daß der eigentlich greifbare Hauptteil des Gesetzes mit Gemeinwirtschaft überhaupt nichts mehr zu tun hat, sondern, wie die Preissätze zeigen und wie ich vorhin schon dargelegt habe, eine Maßregel völlig zugunsten der Privatwirtschaft der Kaliwerksbesitzer ist.

Man komme mir nicht mit dem Einwande, daß unter der Erhöhung der Preise für das Kali auch die Arbeiter ihren Vorteil hätten. Nichts enthält die Vorlage darüber, was uns doch mindestens hätte gesagt werden müssen, in welchem Verhältnis denn die **Preisaufschläge** zu den Zuschlägen **zum Arbeitslohn** stehen. Keinerlei Urteil haben wir nach der Vorlage darüber, ob nicht etwa die Arbeiter in der Arbeitsgemeinschaft veranlaßt worden sind, ihr sozialistisches Erstgeburtsrecht zu verkaufen für das Linsengericht einer lächerlichen Lohnerhöhung. Darüber mußte uns doch mindestens Aufschluß gegeben werden. Wenn Sie aber selbst nachweisen, daß die volle Preiserhöhung, die den Kaliwerksbesitzern zuteil wird, durch die Lohnerhöhung aufgebraucht werde, so wird das Gesetz darum doch kein sozialistisches Gesetz, kein ernsthafter Versuch der Sozialisierung. Ernsthaft kann die Sozialisierung immer nur beim Produzenten, genauer: beim Produktionsmittel, unternommen werden. Das Produkt muß da erfaßt werden, wo es in der Erde liegt oder wo es entsteht, nicht, wenn es aus der Erde herausgekommen ist und in den Handel übergehen soll. Das mag eine irgendwie zu nennende Zwangs- oder sozialwirtschaftliche Maßregel sein, wie wir sie zu Dutzenden während des Krieges als Kriegssozialismus der verschiedensten Art erlebt haben; aber das ist keine „Sozialisierung" im Sinne des Sozialismus, im Sinne der planmäßigen Ordnung der Wirtschaft und im Sinne der planmäßigen Befreiung des Menschengeschlechts von den Fesseln, die der Kapitalismus auf sie gelegt hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind bereit, an der Ausgestaltung des Gesetzes mitzuarbeiten, aber da dies Gesetz im Entwurf nur das wiedergibt, was aus der dritten Lesung des Kohlengesetzes an schwächlichen und halben Maßregeln herausgekommen ist und als kapitalistische Maßregel unter falscher roter Flagge segelt, so glaube ich, werden wir uns auch in der dritten Lesung mit diesem Gesetz und seinem Inhalt nicht befreunden können. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Es liegt ein Antrag des Herrn Abgeordneten Löbe vor, den Entwurf eines Gesetzes über die

Regelung der Kaliwirtschaft an den Haushaltsausschuß zu verweisen. Ich bitte die Herren, die dem Antrage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist damit die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushaltsausschuß beschlossen.

Wir kommen nun an den ersten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation Auer und Genossen, betreffend Maßnahmen in der Ernährungsfrage.

Ich habe zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung zu richten, ob und wann er die Interpellation beantworten will.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Die Regierung ist bereit, die Interpellation im Laufe des heutigen Tages vielleicht noch zu beantworten. Es wird davon abhängen, wann der Herr Reichsernährungsminister hier eintrifft. Der Herr Minister ist abwesend, weil er an dem Rätekongreß teilnehmen muß. Wäre er neulich anwesend gewesen, so hätte er die an ihn gestellte Frage beantworten können, und die Interpellation wäre ganz überflüssig gewesen. Ich werde mich mit dem Herrn Präsidenten darüber verständigen, ob die Interpellation noch im Laufe des heutigen Tages oder am Montag beantwortet werden wird.

Präsident: Wenn ich dazu eine Bemerkung machen darf: ich hatte die Absicht, die Sitzung heute — es ist Samstag — nicht übermäßig lange auszudehnen. Ich hatte vor, den nächsten Gegenstand der Tagesordnung, für den nur zwei Redner gemeldet sind, von denen der eine versichert hat, daß er sich kurz fassen würde, heute auch noch zu erledigen, weil ich annehme, daß am Schluß der ersten Lesung auch hier Kommissionsberatung beschlossen werden wird. Deswegen wäre es wünschenswert, das heute auch noch zu erledigen. Ich denke aber immerhin, daß wir bis um 2 Uhr mit dieser Sache fertig werden könnten. Der Herr Ernährungsminister ist dann aber noch nicht da, und es wird deshalb zweckmäßig sein, die Beantwortung dieser Interpellation auf Montag in Aussicht zu nehmen. (Sehr richtig!) Dann hätten wir den Dienstag noch zur Erledigung der Sachen, die dann aus der Kommissionsberatung herausgekommen sind.

Ich möchte dann noch gleich sagen, daß ich die Absicht habe, am Montag die Sitzung erst nachmittags 2 Uhr zu beginnen. Ich fürchte, daß die Kalikommission in der Sitzung, die sie zunächst vorsieht, vielleicht heute nachmittag oder morgen, nicht fertig werden wird, sondern daß sie auch den Montag noch braucht. Daher möchte ich, damit keine allzu große Überhastung eintritt, die Plenarsitzung Montag nachmittag um 2 Uhr ansetzen und will auf die Tagesordnung nur die Interpellation über die Ernährungsfrage nehmen, die uns voraussichtlich den

ganzen Montag nachmittag in Anspruch nehmen wird. — Es scheint, daß das Haus damit einverstanden ist. Damit ist zunächst für heute diese Interpellation erledigt.

Wir kommen zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung, zur

ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen [1]).

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern Dr. Preuß.

Dr. **Preuß**, Reichsminister des Innern: Die vorläufige Verfassung sieht kein allgemeines **Notverordnungsrecht der Regierung** vor, und ebensowenig glaubt der Entwurf der definitiven Reichsverfassung, ein solches Notverordnungsrecht für die Reichsregierung in Anspruch nehmen zu sollen, in der Zuversicht, daß, wenn die besondere Lage der allgemeinen Verhältnisse es notwendig macht, das Parlament durch Ermächtigungsgesetz die Regierung in die Lage setzt, im Verordnungswege gewisse der Beschleunigung bedürfende Dinge, die aber nicht von prinzipieller Wichtigkeit sind, zu regeln. Es ist nun schon einmal durch ein Ermächtigungsgesetz vom 6. März 1919 der Regierung die Befugnis zum Erlaß solcher Verordnungen gegeben worden; aber nur in der Beschränkung auf solche Anordnungen, die zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen notwendig sind. Auf diesem Gebiete hat sich die Ermächtigung als notwendig und praktisch nützlich bewährt. Aber die Beschränkung lediglich auf die Konsequenzen des Waffenstillstandes ist zu eng angesichts der Bedürfnisse, die sich namentlich jetzt bei dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ergeben; Bedürfnisse, die mit dem wenigstens teilweisen Abbau aller derjenigen Bestimmungen gegeben sind, die auf Grund der Ermächtigung vom August 1914 durch die unendliche Fülle von Bundesratsverordnungen erlassen worden sind. Da sie vielfach geringe prinzipielle Bedeutung haben,

[1]) Das im folgenden öfter erwähnte Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 gab in § 3 dem Bundesrat die Befugnis, während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen. Durch ein weiteres Gesetz vom 6. März 1919 (oben S. 1028) wurde die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen mit gesetzlicher Wirkung anzuordnen, welche sich zur Durchführung der mit den Gegnern des Deutschen Reichs vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen als notwendig erweisen. Durch die hier zur Beratung stehende Vorlage soll die Reichsregierung weiter ermächtigt werden, während der Dauer der Nationalversammlung mit Zustimmung eines von dieser gewählten Ausschusses und des Staatenausschusses diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und dringend erweisen.

dagegen von großer Dringlichkeit sind, würde es sich nicht rechtfertigen lassen, die den höheren, größeren und weiteren Aufgaben gewidmete Zeit der Nationalversammlung immer wieder durch besondere Gesetzesvorlagen in Anspruch zu nehmen, die, wie gesagt, meistens auch eine besonders beschleunigte Verabschiedung erheischen.

Die Vorlage glaubt aber, diese **Ermächtigung nicht nur auf wirtschaftliche Maßnahmen beschränken**, sondern auch um die Ermächtigung bitten zu sollen, solche Maßnahmen aus dringenden sonstigen Anlässen im Wege der Verordnung vornehmen zu können. Dabei weiß ich sehr wohl, daß solchen Generalklauseln gegenüber stets ein sehr starkes parlamentarisches Mißtrauen besteht (Zuruf: mit Recht!), und daß sie von Parlamenten im allgemeinen höchst ungern gegeben werden. (Zuruf: Dazu sind sie da!) — Gewiß sind sie dazu da, aber doch nicht unter allen Umständen. Sie sind unter Umständen auch zum Vertrauen da. Ich weiß nicht, ob die Erfahrungen vergangener Zeiten, wo die Parlamente keinen unmittelbar wirksamen Einfluß auf Bestand und Zusammensetzung der Regierungen hatten, Erfahrungen, die damals alles Mißtrauen gerechtfertigt haben mochten, auch in der Zukunft noch unter völlig veränderten Verhältnissen wirken sollen. Ich kann jedenfalls namens der Reichsregierung versichern, daß ihr bei dieser Klausel jedes Gelüste nach unkontrollierter Machtausdehnung absolut und vollständig fernliegt. Für die Vorlage ist lediglich die Erwägung maßgebend gewesen, daß plötzlich das Bedürfnis hervortreten kann, sofort Anordnungen auch in nicht rein wirtschaftlichen Dingen treffen zu müssen. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen: um der Verschleuderung von Heeresgut und dergleichen, die an manchen Orten jetzt leider in erschreckendem Maße um sich greift, schnell zu steuern, muß sofort eingegriffen werden, ohne eine Vorlage an den Staatenausschuß und dann an die Nationalversammlung und deren Verabschiedung erst abzuwarten. Das würde meistens die Erreichung des Zweckes unmöglich machen.

Wenn man weiter fragt, was sonst noch an Beispielen angeführt werden kann, so möchte ich generell sagen, daß namentlich in jetziger Zeit die **Bedürfnisse eines Eingreifens der Regierung** unübersehbar sind. Sie können durch die sich überhaupt jeder Vorausberechnung entziehenden Verhältnisse des Augenblicks so schnell und plötzlich notwendig werden, daß die Regierung geglaubt hat, um so viel Vertrauen bitten zu dürfen, daß sie im Notfall zu solchen Maßregeln, ohne daß sie auf besondere wirtschaftliche Angelegenheiten beschränkt wird, ermächtigt sei, namentlich unter den Kontrollen, die das Gesetz selbst vorsieht.

Das Gesetz läßt nämlich den Staatenausschuß bei dem Erlaß der Verordnungen mitwirken. Während sich ferner nach der Regierungsvorlage ein Ausschuß — sagen wir: **Überwachungsausschuß** — von

15 Mitgliedern der Nationalversammlung an dem Zustandekommen der Verordnungen beteiligen soll, ist der Antrag auf Erhöhung der Anzahl seiner Mitglieder auf 28 gestellt worden. Da dies eine innere Sache des hohen Hauses ist, hat die Regierung dagegen nichts einzuwenden — immer jedoch in der wohlberechtigten Annahme, daß die Schleunigkeit der Erledigung dadurch nicht gehemmt wird.

Wenn ein weiterer Antrag nach dem Wort „notwendig" auch noch das Wort „dringend" einschalten will, so ist auch dagegen wohl deswegen nichts zu sagen, weil nur an notwendige und dringende Sachen gedacht ist. Wollen Sie das also ausdrücklich sagen, so ist dagegen nichts einzuwenden.

Ferner ist vorgeschlagen worden, daß das Gesetz außer Kraft treten soll, sobald die Nationalversammlung es beschließt. Ich meine: gegen den Willen der Nationalversammlung wird es der Regierung, wie heute die Dinge liegen, überhaupt schwer sein, ein Gesetz aufrechtzuerhalten. Also wird auch materiell nichts geändert werden, wenn so beschlossen wird.

Aber wenn Sie die **Generalklausel**, d. h. die Worte **„aus dringenden sonstigen Anlässen"** streichen, wird ein großer Teil des Zweckes, den das Gesetz verfolgt, vereitelt werden; namentlich auch der Zweck, unvorhersehbaren Notwendigkeiten schnell Rechnung tragen zu können, und ferner der Zweck, das Haus selbst, das Wichtigeres und prinzipiell Bedeutsameres zu tun hat, einigermaßen zu entlasten.

Ich würde also im Namen der Regierung dringend bitten, wenn Sie auch sonst die Ermächtigung weiter einschränken wollen, diese Generalklausel — die Worte „aus sonstigen dringenden Anlässen" — stehen zu lassen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Becker (Arnsberg).

Becker (Arnsberg), Abgeordneter: Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmen meine politischen Freunde zu. Sie halten es aber für notwendig, daß das Gesetz noch in einer Kommission — ich beantrage: in einer Kommission von 28 Mitgliedern — vorberaten wird. Morgen tagt, soviel ich weiß, der Reichshaushaltsausschuß, und diese besondere Kommission könnte somit auch morgen dieses Gesetz vorberaten, so daß in der nächsten Woche das Gesetz verabschiedet werden könnte.

Der frühere Reichstag war sich schon klar darüber, daß der Regierung ein **neues Ermächtigungsgesetz** gegeben werden müsse, um Verordnungen zur Überleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft erlassen zu können. Der Reichstag, vor allen Dingen die Kommission für Handel und Gewerbe, die sich mit der Überleitungswirtschaft beschäftigte, war aber auch damals der Meinung, der die Regierung jetzt in ihrer Vorlage auch Rechnung getragen hat, daß die

Verordnungen der Regierung an die Zustimmung einer **Kommission aus dem Parlament**, aus dem Reichstag, jetzt aus der Nationalversammlung, gebunden sein sollen.

Es wird in der Kommission zu prüfen sein, ob eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern zu dem Zwecke eingesetzt werden soll, oder ob man nicht den Kommissionen, die bereits bestehen: dem sozialen Ausschuß, dem Wirtschaftsausschuß oder dem Haushaltsausschuß die einzelnen Verordnungen, die die Regierung zu erlassen gedenkt, überweisen soll.

Es können Verordnungen erlassen werden auf allgemein rechtlichem oder finanziellem Gebiete, mit denen sich am besten der Haushaltungsausschuß beschäftigt; es können aber auch Verordnungen auf sozialem Gebiet erlassen werden, mit denen sich am besten der Sozialausschuß beschäftigt, oder auch Verordnungen auf allgemein wirtschaftlichem Gebiete, die wegen der Überleitungswirtschaft notwendig werden, mit denen sich zweckmäßig der bereits bestehende volkswirtschaftliche Ausschuß zu beschäftigen hätte, so daß die Fachleute, die in den einzelnen Fachausschüssen sind, jedesmal zu den von der Regierung erlassenen Verordnungen Stellung nehmen können.

Die **Generalklausel** halten auch wir für notwendig. Aber wir sind uns doch im Zweifel darüber, ob die Fassung **„aus dringenden sonstigen Anlässen"** die richtige ist. Ich will besondere Vorschläge nicht machen, weil ja nach meinem Antrage das Gesetz an eine besondere Kommission zur Vorberatung gehen soll. Die Kommission wird dann zu prüfen haben, ob nicht eine etwas klarere, etwas weniger kautschukartige Fassung an Stelle der Regierungsfassung „aus dringenden sonstigen Anlässen" gesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde sind dann noch der Meinung, daß eine Befristung des Gesetzes notwendig ist. Es liegt ja der schon von dem Herrn Reichsminister erwähnte Antrag der Demokratischen Partei vor, der Nationalversammlung die Ermächtigung zu geben, das Gesetz jederzeit aufzuheben.

Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht einfach in das Gesetz hineinschreiben soll, daß es nur bis zur Verabschiedung der Reichsverfassung Gültigkeit hat.

Über diese Vorschläge kann — wie gesagt — die Kommission beraten. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz knüpft an das **berühmte Gesetz vom 4. August 1914** an, mit dem wir den Krieg gesetzgeberisch eingeleitet haben. Wenn man sich daran

erinnert, wie dieses Gesetz entstanden ist, so wird man sagen können, daß das Parlament die an sich löbliche Eigenschaft des Mißtrauens auch zurückzustellen weiß, wenn die Umstände und Notwendigkeiten es erfordern; denn das Gesetz kam damals folgendermaßen zustande. Wir haben es der Regierung aufgedrängt (sehr richtig!), wir haben die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht möglich sein werde, im Kriege mit dem normalen Wege der Gesetzgebung auszukommen, und daß die unerwarteten wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die sich einstellen werden, ein schnelles Eingreifen erforderlich machen. Wir haben neulich hier von unserem Kollegen, dem Herrn Abgeordneten Dr. Delbrück, eine Kritik des früheren Reichstags in Verfassungsfragen gehört. Es wird deswegen interessant sein, daran zu erinnern, daß es der Herr Kollege Dr. Delbrück war, der damals als Staatssekretär des Reichsamts des Innern uns beschworen hat, jene Ermächtigung nicht zu schaffen, weil dadurch ein Sturm der Interessenten auf den Bundesrat hervorgerufen würde, den er nicht ertragen könne. Der Reichstag erwies sich damals weder als übermäßig mißtrauisch noch als der schlechtere Beurteiler der gesetzlichen Notwendigkeiten. Aber abgesehen von solchen Situationen legte der Reichstag und legt jetzt — glaube ich — die Nationalversammlung mit bestem Grunde darauf Gewicht, daß die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten und Grundlagen nicht durchbrochen werden, es sei denn in den allerdringendsten Fällen und dann in den allerklarsten Grenzen. Darauf wollen wir auch bei dieser Gelegenheit nach Möglichkeit achten.

Wir wollen nicht verkennen, daß, nachdem erst einmal auf Grund jenes Ermächtigungsgesetzes das ungeheuer mühselige und unerfreuliche Gebäude der Kriegswirtschaft aufgerichtet worden ist, in dessen unbehaglichen Räumen wir alle jetzt noch seufzen, auch der Abbau der Kriegswirtschaft nicht in den Formen der normalen Gesetzgebung erfolgen kann. Der Herr Reichsminister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die jetzigen parlamentarischen Zustände ein größeres Maß von Vertrauen gegenüber der Regierung ermöglichen. Das ist zweifellos ein Vorteil der jetzigen Zustände, den wir anerkennen. Auch aus diesem Grunde wollen wir uns dem Gedanken einer Zurückstellung der verfassungsmäßigen Grundlagen in gewissen Grenzen nicht widersetzen; wir wollen aber dabei — wie gesagt — die nötigen Kautelen schaffen.

Da ist ja nun die Hauptfrage die **Generalklausel**, auf die der Herr Reichsminister Gewicht legt. Der Herr Reichsminister hat gemeint, das Mißtrauen des Parlaments würde wohl dieser Klausel im Wege stehen. Nicht nur das Mißtrauen des Parlaments, sondern ich muß schon sagen: auch die mindesten Erfordernisse an gesetzgeberischer Technik. Was soll es denn heißen, wenn man uns zumutet, hier eine Bestimmung zu erlassen, die für die Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft gelten soll, und wenn dann

hinzugefügt wird: „und **aus sonstigen dringenden Anlässen**"? Dann ist es doch schon besser, man läßt überhaupt jede Begrenzung fort; dann ist auch der erste Vordersatz eigentlich nur eine kleine und nicht ausreichende Dekoration, das bedeutet einfach: in allen Fällen kann die Regierung, wenn die 28gliedrige oder 15gliedrige Kommission der Nationalversammlung dafür zu haben ist, die Nationalversammlung vollkommen ausschalten, natürlich vorbehaltlich der nachträglichen Korrektur durch die Nationalversammlung. So hätte man es also nicht formulieren sollen. Wir werden uns also nicht dazu entschließen können, die Worte „aus dringenden sonstigen Anlässen" im Gesetz zu lassen; wir werden ihre Streichung beantragen und auf der Streichung bestehen müssen. Ob sich eine andere Formel finden läßt, die gewisse Fälle, in denen das Bedürfnis einer besonders beschleunigten Gesetzgebung besteht, in das Gesetz hineinbringt, mag in der Kommission untersucht werden. Ich möchte bezweifeln, ob die von dem Herrn Kollegen Becker (Arnsberg) schon angedeutete Fassung nach der Richtung hin ausreichend sein wird.

Auf eins darf ich hinweisen. Der eine Fall, den der Herr Reichsminister des Innern vorgeführt hat, der Fall der Verschleuderung von Heeresgerät, ist zweifellos auch schon ohnedies durch den Wortlaut des Gesetzes gedeckt, nämlich durch den Wortlaut „zur Regelung des Übergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft". Denn zweifellos ist die Erhaltung derjenigen Bestände, die wir haben, eine Voraussetzung einer geregelten Überführung in die Friedenswirtschaft.

Ferner darf ich den Herrn Reichsminister darauf hinweisen, daß es außer den Gesetzen, die er erwähnt hat und in denen der Reichsregierung schon jetzt eine erleichterte Form der Gesetzgebung geschaffen ist, doch noch andere gibt. Ich erinnere an den Diktaturparagraphen für den Demobilmachungsminister, der auch eine sehr weittragende Bedeutung hat.

Aus alledem ergibt sich, daß wir die Worte werden streichen müssen. Wir sind gern bereit, uns an dem Versuch zu beteiligen, noch eine weitere Klausel hinzuzufügen. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit doch hervorheben, daß wir die dringende Erwartung haben, daß dieses Gesetz in einer möglichst einschränkenden Weise interpretiert wird und daß nichts auf diesem Wege der Gesetzgebung erledigt wird, was im ordentlichen Wege der Gesetzgebung erledigt werden könnte. Die Nationalversammlung ist eigentlich bisher in Permanenz gewesen, hat nur kurze Atempausen gehabt und ist immer zu haben gewesen. War sie da, dann hat sie mit einer Promptheit, mit einer Schleunigkeit gearbeitet, die von keiner Seite bestritten werden kann, die manchmal die Anwendung des Reuterschen Wortes nahelegte, ob hier nicht die Richtigkeit unter der Fixigkeit leiden könnte. Wir haben den dringenden

Wunsch, daß wir in keinem Falle umgangen werden, wo wir da sind, und wo nach unserer Geschäftslage eine dringende Aufgabe auch durch die Nationalversammlung selbst schnell gelöst werden kann.

Insbesondere haben wir den dringenden Wunsch, daß nicht etwa dauernde gesetzliche Einrichtungen durch diesen Ausschuß geschaffen werden. Das würde nach unserer Auffassung dem Sinn der Sache widersprechen und würde uns in Zukunft zu einem stärkeren Maße von parlamentarischem Mißtrauen führen. Gerade in diesem Sinne werden wir bitten, das Wort „und dringend" hinter „als notwendig" einzuschieben. Wir wollen damit gerade hervorheben, daß das, was nicht so dringend ist, daß es von der Nationalversammlung als solcher erledigt werden könnte, nicht an diese Kommission gebracht werden sollte. Nur eine wirklich zwingende Dringlichkeit soll dazu führen, diese Durchbrechung der ordnungsmäßigen Gesetzgebung vorzunehmen.

Wir haben bei dem Gesetz nur einen Wunsch, daß es nach der Richtung hin wirken möge, daß der Kriegswirtschaft in erleichterter Form ein baldiges Ende bereitet werden möge. Wenn es die Absicht gewesen ist, den **Abbau der Kriegswirtschaft** möglichst zu erleichtern und zu beschleunigen, wollen wir die Verabschiedung des Gesetzes begrüßen. Wir stellen auch bei dieser Gelegenheit immer und immer wieder die alte und noch so wenig erfüllte Forderung, den Abbau dieser kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung und der kriegswirtschaftlichen Organisation so schnell als möglich und endlich vorzunehmen.

Präsident: Die beiden Herren Redner haben, glaube ich, Verweisung an eine Kommission beantragt. Aus der ersten Rede habe ich geglaubt entnehmen zu sollen: Verweisung an den Haushaltsausschuß. Ich möchte bitten, darüber sich noch zu besinnen, während die folgenden Redner sprechen, und dann einen Antrag vorzulegen.

Waldstein, Abgeordneter: Ich schließe mich dem Antrag auf **Verweisung an eine besondere Kommission** von 28 Mitgliedern an und hoffe, daß diese Kommission heute, morgen, vielleicht auch übermorgen früh zusammentritt, um das schleunig zu erledigen. Wir würden dann die Möglichkeit haben, wenn der Herr Präsident einverstanden ist, dieses Gesetz, das sicherlich in pleno kaum noch zu Erörterungen führen wird, am Montag zu verabschieden. Denn die Regierung legt, soviel ich weiß, auf die schleunige Verabschiedung des Gesetzes besonders Gewicht. Wenn das Haus zustimmt, könnte die Sache am Montag schon auf der Tagesordnung erscheinen.

Bezüglich der Kommission, die nach dem Gesetze gebildet werden soll, haben wir auch den Antrag gestellt, nicht 15, sondern 28 Mitglieder zu wählen. Dabei möchte ich bemerken, es wird wohl eine besondere Kommission sein müssen. Es wird nicht angängig sein, die Anträge, die die Regierung uns auf Grund dieses Gesetzes unterbreiten wird, an

irgendeine der bestehenden 28gliedrigen Kommissionen zu überweisen, also an die Haushaltungskommission, den Sozialpolitischen Ausschuß, die Kommission für Handel und Gewerbe, schon aus einem einfachen technischen Grunde nicht, weil ja gerade, wenn die Nationalversammlung nicht zusammen ist, dann eine entscheidende Instanz dafür fehlen würde, an welche von diesen Kommissionen der Antrag gelangen soll. Die Regierung muß einer bestimmten einzelnen Kommission gegenüberstehen, an deren Vorsitzenden sie sich wenden kann, um die Einberufung dieser Kommission und die schleunige Erledigung ihres Antrags herbeizuführen. Es wird also wohl eine 28gliedrige besondere Kommission auf Grund dieses Gesetzes eingesetzt werden müssen.

Präsident: Ich gebe nur zur Erwägung anheim, ob Sie mit der Kommission, die rasch zusammentreten soll — die Sache soll rasch erledigt werden —, wenn Sie eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern wählen, zu Streiche kommen. Überlegen Sie es sich. Sie muß am Montag vormittag tagen, wenn nicht schon morgen. Wie Sie das zustandebringen, weiß ich nicht. Ich bitte, sich das zu überlegen. Ich gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Knollmann.

Knollmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das **Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914** hat dem deutschen Volke wenig Freude bereitet. Wenn ich mich recht erinnere, sind infolge dieses Gesetzes etwa 30 000 Erlasse und Verordnungen herausgegeben worden. Die Folge von dieser Unmasse von Erlassen ist eine Rechtsunsicherheit und eine Verwirrung der Rechtsbegriffe im Volke gewesen. (Sehr richtig!) Infolgedessen mußten Frau Justitia und auch die heilige Hermandad manchmal beide Augen zudrücken. Im Anfang, als die vielen Strafandrohungen kamen, fühlte sich der Bürger beinahe wie der Rekrut, wenn ihm die Kriegsartikel vorgelesen wurden, wo ihm 14mal die Todesstrafe angedroht wurde. Aber schließlich hatte es die Folge, daß das nicht mehr wirkte, und die weitere Folge war, daß die Moral in bezug auf die Rechtsbegriffe sehr tief sank. Wir sind schließlich alle Sünder an diesen Gesetzen geworden. Sogar hier in Weimar soll es der Fall sein und in verstärktem Maße in der letzten Zeit, wie man uns durch eine eindrucksvolle Demonstration jetzt hat beweisen wollen.

Aus diesem Zustande müssen wir heraus. Wir müssen zurück zu geordneten Rechtsbegriffen und darum zu einem Abbau der Verordnungen.

Das Gesetz von 1914 war eine Blankovollmacht an die Regierung. In dem Vertrauen, daß die Regierung diese Blankovollmacht zugunsten des Ausstellers richtig verwerten würde, ist sie ausgestellt worden. Aber schließlich hat die Regierung dem deutschen Volke eine große Enttäuschung bereitet, so daß wir von der Sache nur den Wunsch übrig

behielten, möglichst bald zu einer Abkehr von den durch dieses Ermächtigungsgesetz hervorgerufenen Zuständen zu kommen. Auf der Beamtenschaft blieb der ganze Groll der Bevölkerung sitzen, während wir doch wissen, daß es nicht die Schuld der Beamtenschaft war, daß die Dinge sich so gestaltet haben, wie sie schließlich kamen und dazu beitrugen, daß im Volke eine Erbitterung entstand.

Das Gesetz von heute ist nun nach unserer Auffassung nichts anderes als eine **Verlängerung des alten Ermächtigungsgesetzes.** Es wird nach unserer Auffassung eine Flut von neuen Verordnungen bringen, die fast einer Hydra gleichen werden. Wo man eine Verordnung austilgt, da werden verschiedene andere wahrscheinlich wieder auftauchen, um die anderen auszutilgen. Das kann und soll ja gewiß einem Abbau der alten Verordnungen dienen, aber wir sind der Auffassung, daß das Ermächtigungsgesetz in der vorliegenden Fassung diesen Zweck nicht erreicht. Wir lehnen darum die Fassung, wie sie uns jetzt vorliegt, ab.

Meine Damen und Herren! Die alten Oppositionsparteien im Reichstag haben immer das Wort gebraucht, das zu einem geflügelten Wort geworden ist: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Wir von der neuen Opposition gehen nicht so weit, sondern sind bereit, wie wir das von Anfang an erklärt haben, zur Mitarbeit da, wo es notwendig und zweckmäßig erscheint. Wir in der Deutschnationalen Volkspartei sind durchaus nicht diejenigen Kreise, die absichtlich Schwierigkeiten machen wollen. Wir sind nicht, wie man immer sagt, die Rückschrittler (Lachen bei den Sozialdemokraten), dieweil wir eine neue Partei sind mit einem neuen Geist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wissen wir gar nicht!) — Darum sage ich es Ihnen, damit Sie es endlich begreifen. Sie haben sich die Deutschnationale Volkspartei noch nicht genügend auf ihre Struktur angesehen, sonst wüßten Sie es. —

Wir sehen, wie gesagt, in Anbetracht dieser Stellung, die wir zur Regierung und zur Mitarbeit an den Gesetzen einnehmen, die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes ein, aber unser Vertrauen zur jetzigen Regierung ist doch noch nicht so groß, daß wir der vorliegenden Fassung zustimmen könnten.

Nach Text und Begründung bringt diese Vorlage noch eine Ausdehnung des früheren Ermächtigungsgesetzes. Wir sind der Ansicht, daß dieses Gesetz gewiß, wenn es von einer starken Regierung weise gehandhabt wird, manchem Übel vorbeugen könnte. Wir verschließen uns aber auch nicht der Auffassung, daß hiermit dem Terror der Straße Tür und Tor geöffnet werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Wie war es denn beim Sozialisierungsgesetz? Zunächst hat man es nicht wahr haben wollen, daß es auf den Druck der Straße eingebracht wurde. Als

man dann doch wegen der geforderten schnellen Verabschiedung des Gesetzes Bedenken hatte, hat man zugestehen müssen, daß es auf Druck der streikenden Arbeiter Berlins kam. Und wer garantiert uns dafür, daß nicht irgendein Zentralrat, der, mit welchem Recht wissen wir nicht, in Deutschland noch existiert, oder ein Räteparlament, das nach Belieben zusammentreten kann, oder daß nicht die Straße wieder neue Forderungen stellt und daß die Regierung diesen Forderungen nachgibt, weil sie dazu die Möglichkeit hat in dem Ermächtigungsgesetz, das sie jetzt von uns verlangt? (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Regierung stark genug ist, sage ich, würden wir keine Bedenken tragen. Aber wir zweifeln vorläufig noch an der Stärke dieser Regierung.

Das Verlangen der Ausdehnung dieses alten Ermächtigungsgesetzes läßt außerdem den Schluß auf ein großes Selbstvertrauen der Regierung zu, und für dieses Selbstvertrauen ist sie uns den Beweis noch schuldig geblieben. Im alten Reichstag war die Tendenz vorhanden, möglichst eine Einschränkung der Ermächtigung vorzunehmen. Es ist gewiß den Mitgliedern des alten Reichstags noch bekannt, wie beispielsweise eine Verordnung in Sachen der Lichtspiele aufgehoben wurde nicht hauptsächlich wegen sachlicher Einwendungen, sondern deshalb, weil man den Begriff „wirtschaftlichen Maßnahmen" enger faßte als die Regierung und ängstlich eine Kompetenzüberschreitung der Regierung fürchtete und zu vermeiden suchte. Jetzt verlangt diese Regierung — mit welchem Recht, ist uns bisher noch nicht ganz klar —, daß wir ihr über das alte Gesetz hinaus weitere Ermächtigungen geben. Ich sage, darin drückt sich ein ziemlich großes Selbstvertrauen der Regierung aus, und dieses Selbstvertrauen hat sie nach unserer Auffassung bisher noch nicht gerechtfertigt. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Mißtrauen, das die alten Mehrheitsparteien gegenüber der alten Regierung hatten, haben wir der jetzigen Regierung gegenüber zunächst noch in erhöhtem Maße.

Nach der Begründung zu diesem uns hier vorgelegten Gesetzentwurf sollen nur **Verordnungen, die der grundsätzlichen Bedeutung entbehren,** erlassen werden. Das ist ein dehnbarer Begriff. Es kommt jedenfalls auf die Auffassung an, was man für grundsätzlich und von grundsätzlicher Bedeutung hält. Die Verordnung vom 3. und 5. Februar 1919, die Verordnung der Revolutionsregierung, die über die Wahl der Vorsitzenden und der leitenden Beamten der Krankenkassen handelt, ist uns ein warnendes Beispiel geworden. Und, meine verehrten Damen und Herren von den Mehrheitsparteien, für Sie ist sie außerdem noch gefährlich, weil sie geeignet ist, die Ministerkrisen zu vermehren. Denn wir wissen ja, daß gerade diese Verordnung der Revolutionsregierung der Anlaß war, daß der Herr Reichsminister Bauer erklärte: wenn sie nicht in vollem Umfange bestehen bliebe, müsse

er zurücktreten. Infolgedessen ist ja auch wohl bisher — wir nehmen das als Grund an — diese Vorlage noch nicht wieder eingebracht worden.

Meine Damen und Herren! Wir möchten in der Vorlage die Frage klargestellt sehen, ob **Teilverordnungen** aus diesem Gesetz heraus verordnet werden können. Es kann die Möglichkeit eintreten, daß sich die Notwendigkeit ergibt, aus an sich sehr nützlichen und zweckmäßigen Verordnungen, die bereits bestehen, einzelne Teile herausheben zu müssen. Andererseits kann für die Regierung die Möglichkeit bestehen, bestehende Verordnungen dadurch, daß sie einzelne Teile heraushebt, illusorisch zu machen. Über den Begriff, ob diese Aufhebung von Teilverordnungen möglich ist, herrscht in der Regierung bisher Unklarheit. Dafür haben wir den Beweis in einem Vorgang, der sich in der 7. Kommission abspielte, als wir über die eben angezogenen Verordnungen vom 3. und 5. Februar verhandelten. Herr Reichsminister Landsberg hatte nach einer uns dort gewordenen Mitteilung erklärt, nach seiner Auffassung könnten in sich geschlossene Teile solcher Verordnungen aufgehoben werden. Herr Reichsminister Bauer erklärte uns aber dann namens des Kabinetts, daß das Kabinett der gegenteiligen Auffassung sei. Jedenfalls wünschen wir, daß hier eine Klarstellung erfolgt. Dazu wird ja in der Kommission Gelegenheit gegeben sein.

Die Vorlage bedeutet gegenüber der früheren Stellung der jetzigen Mitglieder der Regierung jedenfalls eine Inkonsequenz. Die Herren haben geglaubt, der alten Regierung das nicht bewilligen zu können, was sie sich jetzt selbst eo ipso bewilligt haben möchten; was sie jener versagten, nehmen sie jetzt für sich in Anspruch, und zwar in weit höherem Maße als früher.

Endlich erscheint uns auch die Mitgliederzahl von 15 für den **mitbestimmenden Ausschuß** als viel zu gering. Dieser Ausschuß soll ein möglichst getreues Spiegelbild des Parlaments geben. Je größer der Ausschuß ist, desto getreuer wird dieses Spiegelbild. Wir halten es für notwendig, daß gerade dieser Ausschuß das Bild des Parlaments möglichst klar und deutlich widerspiegelt, und deshalb sind wir auch dafür, daß diese Kommission nicht 15, sondern 28 Mitglieder haben soll. Dann ist es viel eher möglich, daß die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck kommen, und es ist mehr Gewähr dafür geboten, daß eine eingehende Prüfung und Mitarbeit auf allen Gebieten stattfindet.

Es ist unser ständiges Bestreben gewesen — das wissen Sie aus dem Verhalten der Deutschnationalen Fraktion —, das Durchpeitschen von wichtigen Gesetzen zu verhindern. Wir dürfen ja wohl annehmen, daß hinter dieser Gesetzesvorlage nicht Spartakus oder sonst jemand steht, der sie der Regierung einpeitschte, und deshalb wird ja die Kommissionsberatung wohl möglich sein. Wir beantragen daher eine solche und sind

für die Überweisung an den volkswirtschaftlichen Ausschuß; aber man kann sich ja darüber einigen, was das zweckmäßigere ist.

Abschließend möchte ich zum Ausdruck bringen, daß wir bereit sind, mitzuarbeiten, daß wir auch die Notwendigkeit einer solchen Verordnung ausdrücklich anerkennen und daß wir uns freuen würden, wenn aus den Beratungen in der Kommission etwas Ersprießliches herauskommt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Nachdem Kommissionsberatung beantragt worden ist, hat meine Fraktion dagegen nichts einzuwenden und wird sich an den Beratungen beteiligen. Ich meine, daß diese Kommission nicht bereits am Sonntag zusammentreten sollte; denn es ist nicht ersichtlich, aus welchem Grunde gerade in diesem Augenblick eine überstürzte Verabschiedung dieses überaus wichtigen und weittragenden Gesetzes erforderlich sein sollte. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Erfahrungen, die wir alle mit dem **Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914** gemacht haben, sollten uns schrecken. Mitglieder sämtlicher Parteien haben in den letzten Jahren zu wiederholten Malen ausgeführt, daß sie der Regierung nie wieder eine solche Blankovollmacht erteilen würden; sie haben es bedauert, daß sie am 4. August nicht von einem größeren Mißtrauen beseelt gewesen seien. Was aber am 4. August noch verständlich gewesen war, ist heute unbegreiflich. Damals war für viele, die dem Rahmengesetz zustimmten, die Erwägung maßgebend, daß man einmal nicht wissen könne, ob und unter welchen Umständen infolge der Kriegsoperationen der Reichstag überhaupt in der Lage sein werde, während der Kriegsdauer zusammenzutreten, und zweitens nahmen wir alle an, daß der Krieg in wenigen Monaten beendigt sein werde, so daß dieses Gesetz, wenn auch nicht formell, so tatsächlich eine zeitliche Begrenzung haben würde. Hier wird dagegen gefordert, daß wir ohne jede zeitliche Grenze der Regierung eine Blankovollmacht ausstellen sollen (Zuruf vom Regierungstisch: Während der Tagung der Nationalversammlung!) — jawohl, während der Tagung der Nationalversammlung. Wie lange jedoch die Nationalversammlung tagt, wissen Sie nicht, so wenig wie ich. Es ist Ihnen bekannt, daß Pläne bestehen, der Nationalversammlung den Charakter eines ersten Parlaments zu geben. Ich will hoffen, daß sich diese Pläne nicht verwirklichen, aber Sie werden mir zugeben, daß doch Besorgnisse am Platze sind.

Nun hat schon der Herr Vorredner mit Recht darauf hingewiesen, daß das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 über seinen ursprünglichen Rahmen erheblich ausgedehnt worden ist. Der Begriff der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahme hatte schließlich eine so weite Be-

deutung erlangt, daß man geradezu davor erschreckte. Tausende von Verordnungen sind erlassen worden, heute eine Verordnung erlassen, wenige Wochen später abgeändert, wenige Wochen später wiederum die abgeänderte Vorlage aufgehoben und durch eine neue ersetzt. Wir haben aus dem Munde eines Ministers gehört, der sich selbst mit dieser Materie ex professo beschäftigt hat, daß es keinen Menschen in Deutschland gebe, der sich mehr über dieses Gebiet der Verordnungen auskennen könne, der noch einen Überblick über sie habe.

Nun wird behauptet, daß wir für **den Zweck der Übergangswirtschaft dieses Gesetz** brauchen. Es ist nicht nötig, wenn für die Übergangswirtschaft eine großer, fester Plan besteht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nur, wenn die Regierung nicht im großen und im einzelnen weiß, was sie will, muß sie zu diesem Notbehelf greifen. Wenn sich die Regierung darüber klar ist, welche von den alten Bestimmungen mit ihrem Plane der Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft nicht mehr übereinstimmen, welche sie nicht mehr aufrechterhalten kann, dann ist sie in der Lage, eine einheitliche Vorlage uns zu machen, so daß die Nationalversammlung auch in einem einheitlichen Akt den alten Wust beseitigen und neue Bestimmungen treffen kann. Freilich, darüber sind wir uns klar, daß auch in einem solchen Falle Ausführungsbestimmungen nötig sein werden, und für den Erlaß solcher Ausführungsbestimmungen wird die Nationalversammlung keine Bedenken tragen, der Regierung Vollmacht zu erteilen.

Der Hinweis des Herrn Ministers auf das Gesetz vom 6. März ging fehl. Am 6. März handelte es sich darum, daß wir auf einem ganz beschränkten Gebiete der Regierung eine Erlaubnis zu Verordnungen gaben, nämlich zur Durchführung von Waffenstillstandsbedingungen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Die Regierung will jetzt eine Ermächtigung nicht nur für die Übergangswirtschaft, sondern infolge einer Generalklausel für sämtliche Gebiete der Gesetzgebung. Aus **„dringenden sonstigen Anlässen"** soll ein Erlaß von Gesetzen ohne Zustimmung der Nationalversammlung möglich sein. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß hier ein völlig kautschukartiger Begriff vorliegt, und das, was uns der Herr Minister als sein Motiv sagte, kann uns für die Vorlage nicht freundlicher stimmen. Er erklärte nämlich, daß diese Generalklausel notwendig sei, weil ja die Bedürfnisse der Regierung in dieser Zeit unübersehbar sind. Wenn die Regierung noch nicht weiß, wann, aus welchem Anlaß, in welchen Fällen sie diese neue Maschine unter Ausschaltung der Nationalversammlung in Bewegung setzen will, dann liegt es sehr nahe, anzunehmen, daß auch in den wichtigsten, grundlegenden Fragen des politischen Lebens leicht eine solche Verordnung erlassen werden kann (sehr richtig! bei den Unab-

hängigen Sozialdemokraten), daß Bestimmungen, an denen wir alle festhalten wollen, ohne Zustimmung der Nationalversammlung außer Kraft gesetzt werden.

Ich denke insbesondere an die Frage des Präliminarfriedens und an alles, was mit dem Präliminarfrieden zusammenhängt. Der Herr Minister erklärte, er hätte keine Gelüste zu unbeschränkter Machtausübung. Das glaube ich diesem Herrn Minister ohne weiteres. Aber er wird auf Grund seiner politischen Erfahrungen und seiner geschichtlichen Kenntnisse darüber nicht im Zweifel sein, daß, wenn erst einmal einer Regierung eine solche Macht in die Hand gegeben ist, dann die Gefahr sehr groß ist, diese Macht auch in weitestem Umfange auszuüben (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und daß an Stelle der ursprünglichen Abneigung, die hier und da noch bestehen mag, sich sehr leicht autokratische Neigungen herausbilden.

Für uns liegt aber die Frage auch so, ob wir dieser Regierung ein besonderes Vertrauen aussprechen können. Da sehe ich von dem Herrn Minister des Innern im Augenblick ab. Ich will auch nicht im allgemeinen die Herren, die die Regierung bilden, hier sezieren. Aber Vorgänge aus der letzten Zeit haben unser Mißtrauen in hohem Maße verstärkt und haben uns dahin gebracht, daß wir dieser Gesetzesvorlage vielleicht noch ablehnender als sonst gegenüberstehen müssen.

Die Herren erinnern sich des **Vorgangs**, der sich am 27. März zwischen dem Herrn **Minister Erzberger** und mir abgespielt hat. Dieser Vorgang hat nach dem stenographischen Bericht die lebhaftesten Zurufe des Erstaunens hervorgerufen. Herr Minister Erzberger erklärte damals — es findet sich Seite 860 des stenographischen Berichts der Sitzung vom 27. März 1919 —: von der Erklärung, die er am 5. März hier über eine Sitzung der Regierung abgegeben habe, habe er nichts zurückzunehmen. Er setzt dann wörtlich hinzu:

> Es hat am 12. Dezember eine Sitzung des Rates der Volksbeauftragten stattgefunden, an der lediglich die Abgeordneten Haase, Barth und Dittmann teilgenommen haben.

Der stenographische Bericht bemerkt an dieser Stelle: Hört! hört! — Es heißt dann weiter:

> Der Herr Abgeordnete Haase leitete die Sitzung. Ich saß neben ihm, daneben saß Herr Barth, vis-à-vis saß der Volksbeauftragte Dittmann. Ein Volksbeauftragter aus den Reihen der Mehrheitssozialisten war nicht anwesend. In dieser Sitzung ist konstatiert worden, daß eine Note abgefaßt werden soll, so wie ich sie in der Sitzung vom 5. März hier wiedergegeben habe. Diese Note ist dann vom Auswärtigen Amt aufgestellt worden, wurde mir am Abend dieses Tages noch zugeschickt, wurde von mir gegengezeichnet und telegraphisch nach Spaa übermittelt. In dieser Note ist gegen die Forderung der Alliierten Stellung genommen, daß wir sofort die östlichen Gebiete zu räumen hätten. Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir das Recht haben, in diesen östlichen Gebieten so lange zu bleiben, als es nach

unseren Interessen geboten ist. Es ist eine Stelle über den gemeinsamen Kampf Deutschlands und der Alliierten gegen den Bolschewismus aufgenommen worden.

Diese Note ist tatsächlich in einer Kabinettssitzung abgefaßt worden, an der nur die Minderheitssozialisten teilgenommen haben.

Der stenographische Bericht verzeichnet: Lebhafte Rufe: Hört! hört! — Herr Erzberger setzt weiter hinzu: „Mein Gedächtnis täuscht mich nicht." Ich habe ihn auf die Unrichtigkeit seiner Darstellung hingewiesen unter der Voraussetzung, daß ihm lediglich ein Irrtum unterlaufen sei. Er ist, wie den Herren bekannt ist, in wiederholten Äußerungen hartnäckig bei seiner Darstellung verblieben. Ich habe angekündigt, daß die Niederschriften der Regierung über die sämtlichen Sitzungen die Unrichtigkeit erweisen werden. Ich habe diese Niederschriften der Regierung in Gegenwart des Herrn Rauscher eingesehen, und es ist dabei festgestellt worden, daß das richtig ist, was ich dem Hause mitgeteilt habe (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß Herr Erzberger dem Hause eine Unrichtigkeit erklärt hat. (Erneute Rufe: Hört! hört! von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am 12. Dezember hat allerdings eine Sitzung stattgefunden, an der aber nicht nur die drei Minderheitssozialisten, sondern sämtliche Mitglieder der Regierung teilgenommen haben, und in der sich nichts von dem ereignet hat, wovon Herr Erzberger gesprochen hat. Die Sitzung, um die es sich handelt, ist, wie ich schon erwähnte, die Sitzung vom 27. Dezember 1918. Das Protokoll besagt in seiner Einleitung: Anwesend: Haase, Dittmann, Barth, später Landsberg. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, was das mit dem Ermächtigungsgesetz zu tun hat, vermag ich nicht einzusehen. Ich glaube ja, daß Sie das Bedürfnis haben, die Sache vielleicht einmal richtigzustellen, und ich würde Ihnen dazu außerhalb der Tagesordnung das Wort geben. Aber schon der Konsequenzen halber muß ich darauf sehen, daß jetzt zur Sache gesprochen wird. Was Sie jetzt ausführen, hat mit der Sache nichts zu tun. Ich bitte Sie, jetzt zur Sache zu kommen. Verschieben Sie das auf einen anderen Anlaß; ich werde dafür sorgen, daß Ihnen diese Gelegenheit geboten wird.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Schön, Herr Präsident, wenn ich das Wort außerhalb der Tagesordnung bekomme — Sie erinnern sich der sehr lebhaften Aufmerksamkeit, die diese Angelegenheit erregt hat —, so bin ich gern dazu bereit! Ich möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß auch ein sachlicher Zusammenhang gegeben ist; denn wir sollen hier der Regierung die Ermächtigung geben, aus dringenden Anlässen jedes Gesetz zu erlassen. Wir haben deshalb die Verpflichtung, zu prüfen, ob wir dieser Regierung gemäß ihrer Zusammensetzung eine solche Ermächtigung erteilen dürfen. Da komme ich zu

dem Resultat — und das will ich an Hand dieser Tatsachen beweisen —, daß gerade diese Regierung ein besonderes Mißtrauen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die uns in allernächster Zeit vor folgenschwere Entscheidungen stellen kann, verdient. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Bei dieser Auffassung von Sachlichem gibt es nichts unter Sonne, Mond und Sternen, was man nicht mit dieser Ermächtigungsvorlage in Verbindung bringen kann. (Sehr gut!) Im übrigen möchte ich bitten, sich nach meinen Anregungen zu richten.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich will gern, da ich das Wort, wie ich annehme, außerhalb der Tagesordnung von dem Herrn Präsidenten demnächst bekommen werde, darauf verzichten, möchte aber nicht unterlassen, hervorzuheben, daß ich diese Geschicklichkeit, die der Herr Präsident vorhin angedeutet hat, als ob man alle möglichen Dinge unter Sonne, Mond und Sternen hiermit in Zusammenhang bringen könnte, nicht besitze (Lachen), sondern mich darauf beschränken wollte, Dinge, die immerhin mit dem Gegenstand der Tagesordnung einen inneren Zusammenhang haben, hier zur Erörterung zu bringen.

Ich will noch auf eine andere Tatsache kurz hindeuten, die beweist, daß gerade die Persönlichkeit dieses Ministers bei dem Erlaß des Gesetzes zu ganz besonderer Vorsicht mahnt. Ich habe den Präliminarfrieden, ich habe die auswärtige Politik berührt. Nun ist den Herren bekannt, daß wiederholt das Ausland schon seit längerer Zeit Andeutungen gemacht hat, daß es Kenntnis besitze von einer Denkschrift oder von Denkschriften dieses Herrn Ministers. Wie es uns während dieses Krieges immer gegangen ist, so auch jetzt: das Ausland hat von wichtigsten Tatsachen unserer Politik früher und vollständiger Kenntnis gehabt als das deutsche Volk und seine parlamentarischen Vertreter. Jetzt erst ist in der bürgerlichen Presse, zum Beispiel im „Leipziger Tageblatt", und auch in anderen Zeitungen eine **Denkschrift des Herrn Ministers Erzberger** vom 4. September 1914 veröffentlicht worden, die er unter anderem an Herrn v. Bethmann Hollweg, an Herrn Moltke, an Herrn v. Tirpitz, an Herrn v. Falkenhayn gesandt hat. Die Antworten, die ihm diese Herren erteilt haben und die ebenfalls durch die Presse bekannt gemacht werden, zeigen diese Herren zurückhaltender als Herrn Erzberger selbst. Wer diese Denkschrift liest, wird mit Erstaunen nicht nur, sondern mit einem gewissen Erschrecken feststellen müssen, daß das, was jetzt die Entente in ihren schlimmsten Elementen als Grundsatz zur Behandlung Deutschlands aufstellt, in dieser Denkschrift von Herrn Erzberger als das Recht des Siegers gegenüber dem Besiegten vertreten wird. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Freilich hat damals Herr Erzberger angenommen, daß wir in die Rolle des Siegers kommen würden. Er wollte nicht nur die Oberherrschaft über

Belgien, nicht nur die Wegnahme des Streifens Dünkirchen-Calais-Boulogne, nicht nur die Wegnahme der Cherbourg vorgelagerten englischen Inseln, nicht nur die Schleifung der Festungen in Frankreich und die Wegnahme des Minettegebietes, nicht nur die Bildung von Vasallenstaaten in Rußland und die Verdrängung Rußlands vom Schwarzen Meer und der Ostsee, nicht nur die Annexion eines großen Kolonialreichs in Afrika, sondern er forderte schon damals am 4. September 1914 eine große Kriegskostenentschädigung, die, wenn nach diesen Grundsätzen gegen uns verfahren würde, uns aus der wirtschaftlichen Sklaverei niemals herauskommen lassen würde. Diese Denkschrift hier einmal in extenso bei der Beratung des Etats zu verhandeln, wird unsere Verpflichtung sein, und meine Fraktion wird sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.

Ich wollte jetzt nur darauf aufmerksam machen, wie gefährlich es ist, einer Regierung, insbesondere bei dergleichen Maximen, wie sie durch ein hervorragendes Mitglied dieser Regierung vertreten worden sind, solche weitgehenden Befugnisse auszustellen, wie es hier geschehen soll.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Wir sollen demnächst ein Gesetz über den Staatsgerichtshof bekommen. Vor diesen Staatsgerichtshof sollen alle diejenigen gebracht werden, welche schuld sind an dem Ausbruch des Krieges und an der Verlängerung des Krieges. Wir könnten doch in die fatale Lage kommen, daß sich namentlich auf Grund dieser Denkschrift das Gesetz gegen eine Stelle richtet, von der es selbst ausgeht.

Alle diese Erwägungen führen meine Freunde dahin, das Gesetz abzulehnen. Sie sollten heute noch einmal gründlich prüfen, ob Sie nicht aus allgemeinen politischen Gründen und zur Sicherung der Rechte des Parlaments dazu kommen müßten, aus der Kommission heraus den Antrag zu stellen, das Gesetz abzulehnen. Selbst vom Standpunkt der anderen Parteien dürfte es nicht wünschenswert sein, daß die Regierung derartige deskretionären Vollmachten bekommt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich will feststellen, daß die Affäre Erzberger nach der doppelten Richtung hin, in welcher der Herr Abgeordnete Haase sie zur Sprache bringen wollte, bereits oftmals zur Sprache gebracht ist, und daß zu einer abermaligen Auseinandersetzung außerhalb der Tagesordnung kein Anlaß mehr vorliegt.

Damit ist die Debatte über den Gesetzentwurf erledigt. Es ist der Antrag gestellt, ihn an eine Kommission zu verweisen; ich glaube, es ist eine Einigung darüber erzielt, ihn an den Ausschuß für Volkswirtschaft zu verweisen. (Zustimmung.) Ich bitte diejenigen Herren, die diesem

Antrage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Herr Präsident, ich weiß, daß Sie in loyaler Weise Ihre Versicherungen abgegeben haben. Es kann nur ein Mißverständnis zwischen Ihnen und mir bestehen. Ich habe, als Sie mich unterbrachen, nicht die zuletzt von mir erörterte Angelegenheit Erzberger behandelt, sondern in jenem Moment davon gesprochen, daß der in der Sitzung des Parlaments vom 5. März und vom 27. März 1919 von Herrn Erzberger vorgebrachte und von mir erörterte Gegenstand die Aufmerksamkeit des Hauses erregt habe und eine Klarstellung erfordere. Darüber eine Klarstellung vor der Tagesordnung herbeizuführen, haben Sie mir zugesagt, und ich nehme an, daß Sie diese Zusage loyal erfüllen werden.

Präsident: Ich habe angenommen, daß Sie mit jener Sache eigentlich fertig gewesen sind. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein!) Sie ist schon so vielmals der Gegenstand von Erörterungen gewesen; durch Häufigkeit gewinnen die Sachen nicht.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß, als ich abbrach, Sie mir zusagten, ich könnte demnächst vor der Tagesordnung auf denselben Gegenstand eingehen. Damit wurde von Ihnen zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht am Schlusse der Erörterung waren, sondern daß mir die weitere Erörterung möglich gemacht werden sollte. Mir liegt daran besonders deswegen — und ich glaube, das hohe Haus auch für meine Auffassung in Anspruch nehmen zu können —, daß nicht, wie es vielfach geschieht, ganz unwahre Behauptungen aus der Zeit, in der ich die Last hatte, die Regierung zu führen, gar noch vom Regierungstische hinausgeschleudert werden. Ich werde den Bericht auf den Tisch des Hauses legen. Es ist erforderlich nachzuweisen, daß das Protokoll das Gegenteil von dem feststellt, was Herr Erzberger gesagt hat, daß selbst Herr Erzberger in jener Regierungssitzung etwas ganz anderes gesagt hat, als er jetzt als seine Ansicht wiedergegeben hat. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Haase! Ich werde ja aus dem stenographischen Protokoll ersehen, wie weit Sie heute in Ihren Feststellungen gediehen sind. Bei den Erörterungen außerhalb der Tagesordnung ist es üblich, daß der betreffende Herr, der etwas außerhalb der Tagesordnung zur Sprache

bringen will, den Präsidenten vorher über das, was er sagen will, verständigt. An der Hand dessen, was Sie bereits gesagt haben nach dem stenographischen Protokoll, und an der Hand dessen, was Sie mir noch mitteilen wollen, werde ich dann ermessen können, inwieweit die Notwendigkeit vorliegt, Ihnen außerhalb der Tagesordnung noch das Wort zu erteilen.

Meine Damen und Herren! Es liegt noch eine Anzahl von Telegrammen von Soldatenräten und auch von anderen Institutionen vor. Sie liegen zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ich möchte Ihnen jetzt mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit vorschlagen, hier abzubrechen. — (Zustimmung.) Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag, den 14. April, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Interpellation Auer und Genossen, betreffend Maßnahmen in der Ernährungsfrage.

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident! Wenn ich auch gern anerkenne, daß die Interpellation der Herren Sozialdemokraten auch eine dringende Angelegenheit betrifft, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß unsere Interpellation über die Beamtenfragen schon seit Wochen vorliegt, daß die Antwort uns zugesagt worden ist und daß nunmehr eine neue Interpellation gegenüber der alten, schon vor längerer Zeit eingebrachten Interpellation vorgezogen wird.

Gegen diese Behandlung der Angelegenheiten der Beamten, die auch dringende sind, muß ich entschieden Verwahrung einlegen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Ich möchte bitten, daß an erster Stelle der Tagesordnung am Montag die zweite und eventuell die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes gesetzt wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das ohne Debatte erledigt werden kann, und wünschenswert, daß es dann am Montag erledigt ist.

Präsident: Mit der Annahme, daß etwas ohne Debatte zu erledigen sei, ist es immer eine zweifelhafte Sache. Die Ernährungsdebatte wird uns den ganzen Montag in Anspruch nehmen, wenn wir erst um 2 beginnen. Wenn es übrigens so glatt geht mit dem Ermächtigungsgesetz, so ist am Dienstag auch noch Zeit dafür; wir können es dann dort in fünf Minuten erledigen.

Was die Beamteninterpellation anbelangt, so ist sie zurückgestellt worden, weil von seiten der Regierung die Erhebungen, die notwendig waren, bis jetzt noch nicht abgeschlossen sind.

In bezug auf die Ernährungsinterpellation haben wir die Erklärung der Regierung, daß sie bereit ist, sie schon heute abend zu beantworten, und wir haben uns hierüber auf Montag geeinigt. Im übrigen möchte ich Ihnen vorschlagen — und ich glaube, damit könnten sich auch die Beamten im Lande, die natürlich ein wesentliches Interesse an der Behandlung dieser Interpellation haben, begnügen —, den ersten Tag nach der Osterpause für die Behandlung der Interpellation über die Beamten vorzusehen. Jetzt ist es unmöglich — Sie werden nicht bis zum Gründonnerstag oder Karfreitag tagen wollen —, die Interpellation, die eine lange Zeit in Anspruch nehmen wird, zu behandeln. Ich meine, Sie könnten sich ruhig gedulden bis zum ersten Tag nach der Osterpause.

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Behandlung unserer Beamteninterpellation bereits die geschäftsordnungsmäßige Frist, seitdem sie vorliegt, überschritten hat. Ich nehme an, daß die Osterpause nur eine kurze sein wird, und bedaure, daß wir die sofortige Beratung der Interpellation nicht durchsetzen können.

Präsident: Über die Länge der Osterpause möchte ich mich jetzt noch nicht aussprechen. Es ist auch ziemlich gleichgültig, ob die Interpellation drei oder vier Tage später behandelt wird — es kann sich nur um eine kurze Frist handeln.

Im übrigen ist ein Widerspruch gegen meine Festsetzung der Tagesordnung nicht erfolgt; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten.)

---

37. Sitzung.

Montag den 14. April 1919.

Maßnahmen in der Ernährungsfrage.

Geschäftliches, Vorlage, Mandatsniederlegung, Strafverfolgung, Ausschüsse, Urlaub, Telegramme, Zugverkehr.

Interpellation Auer usw.: Maßnahmen in der Ernährungsfrage.

Köhle-Sachsen (Soz.), Interpellant: Auslandslebensmittel nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Bedürftigkeit zu verteilen. — Streiks tragen wesentlich zur Verteuerung bei. — Viele Kommunen nicht imstande, Teile der Kosten auf das Reich zu übernehmen. — Zuckerfrage. — Eierversorgung. — Zwangsbewirtschaftung.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Innere Zustände, Plünderungen, Unredlichkeiten. — Besserung der Lebensmittelversorgung besonders durch Bergarbeiterunruhen behindert. — Ungeheuere finanzielle Inanspruchnahme. — Hohe Preise infolge Sinkens der Valuta. — Schuld am Zuckermangel ist der Arbeitermangel und Kohlenmangel. — Steigerung der Produktion der beste Helfer in der Not.

Schlack (Zentr.): Streiks und Preise. — Gemeinden aus der Lebensmittelversorgung immer mehr auszuschalten. — Abbau der Zwangswirtschaft. Interessengemeinschaft mit Rußland. — Menschenausfuhr.

Vershofen (Deutsche Dem.): Preisfrage und Lohnforderungen. — Freier Handel am vorteilhaftesten. — Allein Arbeit schafft Werte.

Arnstadt (Deutschnat. V.): Den Streiks verdanken wir die traurige Lage. — Landwirtschaft hat billig während des Krieges geliefert. — Dem Landwirt müssen seine Produktionskosten gedeckt werden. — Abbau der Zwangswirtschaft nötig. — Landwirtschaft leistungsfähig, wenn genügend Stickstoffdünger.

Dusche (Deutsche Volksp.): Das deutsche Organisationstalent durch die Revolution zerstört. — Arbeitsunlust zur Hungersnot. — Zwangswirtschaft und Landwirtschaft. — Selbstzucht der Landwirte, aber auch der Verbraucher.

Wurm (Unabh. Soz.): Nicht die Arbeiter allein schuld, vielmehr die Ernährung. — Gegen Einschaltung des Handels. — Wucherpreise der Landwirte. — Städtische Arbeitslose und Landscheu.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Bergarbeiter und Bergverwaltung. — Die U. S. P. schuld. Statt zur Ruhe zu mahnen, das Gegenteil. — Fehlt der Wille, Arbeitsfreudigkeit zu erwecken.

Thiele (Soz.): Interessen der Allgemeinheit und Streiks. — Löhne und Ernährungsverhältnisse. — Heeresvorräte. Viehhandelsgesellschaften.

Waitz, preuß. Oberst: Heeresreststände sind alle dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt.

Nächste Sitzung: von Payer (Deutsche Dem.).

Die Sitzung wird um 2 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen. Als Vorlage ist eingegangen die Geschäftsübersicht des Reichsmilitärgerichts für das Jahr 1918.

Herr Abgeordneter Dietrich (Baden) hat sein Mandat für den 33. Wahlkreis der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung niedergelegt. Das Erforderliche ist veranlaßt.

Das Amtsgericht Itzehoe beantragt die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Blunck in einer Privatklagesache wegen Beleidigung. Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, das Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung hat stattgefunden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Löbe, Severing, Michelsen, Gehl, Müller (Breslau), Stahl, Holl, Steinkopf, Herold, Frau Schmitz, Nacken, Dr. Rießer, Dr. Becker (Hessen), Nuschke, Dr. Böhmert (Bremen), Kerschbaum, Imbusch, Dr. Oberfohren, Koch (Düsseldorf), v. Payer, Düwell, Dr. Roesicke, Schirmer, Thiele, Fischer (Hannover), die Abgeordneten Brey, Janschek, Reißhaus, Sachse, Thiele, Fischer (Hannover), Rauch, Hue, Imbusch, Blum, Legendre, Winnefeld, Reineke, Dr. Raschig, Koch (Merseburg), Pohlmann, Ollmert, Behrens, Baerecke, Baerwald, Dr. Cohn, Schiele, Dr. Heim, Hansmann, Jäcker; in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Hermann (Württemberg), Lockenvitz, Pick, Simon (Franken), Imbusch, Schiele, Dr. Mayer (Schwaben), Käppler, Körsten, Dietrich (Liegnitz), Meier (Sachsen), Pfannkuch, Schäfer, Feldmann, Brühne, die Abgeordneten Waldstein, Hesse, Frau Dr. Bäumer, Dr. Cohn, Schlack, Schultz (Bromberg), Hebel, Pfannkuch, Schäfer, Feldmann, Brühne, Körsten, Käppler, Dietrich (Liegnitz), Meier (Sachsen); in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Graf zu Dohna der Abgeordnete D. Dr. Kahl.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Haußmann, Jantzen, Vogt (Württemberg) für 2 Tage, Dr. Böhme (Magdeburg) für 4 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Geck, nämlich für vier Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Es sind wieder eine Anzahl Telegramme von Münchener Flüchtlingen, von Soldatenräten und andere Schreiben eingegangen, darunter auch eins, in tadelloser deutscher Sprache und Schrift abgefaßt, von einem Schwarzen aus Togo, Bonifacius Folli, der energisch dafür eintritt, daß Togo deutsch bleiben wolle. (Beifall.) Ich lege auch dieses Schriftstück zur Einsicht hier offen.

Meine Damen und Herren! Es ist mir die Mitteilung geworden, daß eine Reihe von Zügen wegen Kohlenmangels bereits ausgefallen sind und noch ausfallen werden. Um den Mit-

gliedern der Nationalversammlung die Möglichkeit zu geben, daß sie nach Abschluß unserer Arbeiten in die Heimat zurückkehren können, bitte ich die Damen und Herren, sich in die Kanzlei zu bemühen und dort anzugeben, wann sie Weimar zu verlassen beabsichtigen und wohin sie zu reisen gedenken. Ich werde dann das weitere mit der Eisenbahnverwaltung verabreden. Vorbedingung dafür wäre natürlich die Feststellung, daß es uns gelingt, morgen mit den Arbeiten fertig zu werden und daß morgen Schluß ist. Ich ersuche die Damen und Herren, sich in der Diskussion heute und morgen danach einzurichten. (Heiterkeit.)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die

Interpellation Auer und Genossen, betreffend Maßnahmen in der Ernährungsfrage.

Die Regierung hat sich schon am Sonnabend bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten. Wir können also gleich zur Begründung übergehen; aber ich möchte im Anschluß an das, was ich vorhin gesagt habe, erst noch folgendes bemerken. Wenn wir mit der Möglichkeit rechnen wollen, morgen fertig zu werden, so müssen wir die Ernährungsdebatte heute erledigen. Das ist aber nur möglich, wenn eine gewisse Beschränkung der Redezeit beliebt wird. Ich möchte Ihnen deshalb anheimgeben, mir das Recht zu erteilen, die Redezeit für die Parteiredner auf etwa ½ Stunde zu beschränken. (Zustimmung.) Ich habe die Meinung, daß, nachdem dieses Thema schon so oft und so ausgiebig behandelt worden ist, die einzelnen Redner mit dieser Redezeit auskommen können. Dann werden wir heute auch mit dem Stoff fertig, ohne an der Gründlichkeit irgendeine Einbuße zu erleiden.

Zur Begründung der Interpellation namens der Interpellanten erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Röhle (Sachsen).

Röhle (Sachsen), Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Bei der ersten Lesung des Etats hat mein Parteifreund Hoch auf die durchaus unzureichende Menge und auf die Art der **Verteilung und Preisgestaltung der uns vom Ausland gelieferten Nahrungsmittel** hingewiesen. Durch die Abwesenheit des Herrn Reichsernährungsministers ist eine Beantwortung der aufgeworfenen Fragen unterblieben. Meine politischen Freunde von der Sozialdemokratischen Partei haben es deshalb im Interesse des Volks für notwendig gehalten, die Reichsregierung erneut wegen der Ernährungsfrage zu interpellieren.

Vorweg möchte ich aber bemerken, daß wir die Schwierigkeiten der Volksernährung durchaus würdigen und daß wir nach wie vor dem jetzigen Leiter des Reichsernährungsamts, dem Herrn Reichsminister Schmidt unser volles Vertrauen entgegenbringen

Wir halten es aber trotzdem für geboten, einige Maßnahmen des Reichsernährungsministeriums hier zu besprechen, deren Abänderung und Umgestaltung wir für erforderlich halten. Unser Volk leidet schwer an Unterernährung. Die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle ist eminent gestiegen. Deshalb wird es allgemein begrüßt, daß endlich die Blockade gelockert und Lebensmittel aus dem Ausland geliefert werden.

Die Art der Verteilung aber wie auch die Preisgestaltung erscheint uns nicht als die richtige Form. Wir halten es deshalb für notwendig, einige Abänderungsvorschläge zu machen, die wir zur Berücksichtigung dem Reichsernährungsministerium unterbreiten. Zunächst sollen die ausländischen Lebensmittel nur an diejenigen **Orte mit über 50 000 Einwohner und an Industriebezirke** geliefert werden. Das Reichsernährungsministerium scheint demnach von der Ansicht auszugehen, daß die Einwohner in Orten unter 50 000 Einwohner ausreichend zu leben hätten. Dieser Ansicht muß ich entschieden widersprechen, da gerade in den kleinen Orten die Not sehr groß ist und die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln schon während des ganzen Krieges immer sehr mißlich gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man soll überhaupt dazu kommen, nicht nach der Bevölkerungszahl die Lebensmittel zu verteilen, sondern man sollte die Frage der Bedürftigkeit aufwerfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dorthin, wo Nahrungsmittel notwendig sind, sollten sie auch ohne weiteres geliefert werden. Auch die Bezeichnung „Industriebezirke“ halten wir für nicht praktisch gewählt. Was gehört heute alles zum Industriebezirk? Mindestens aber doch — und so fassen meine politischen Freunde und ich es auf — die weitere Umgebung eines Industrieorts, wo die Arbeiter wohnen, von welcher Stelle aus sie alltäglich zu den Arbeitsplätzen eilen müssen.

Ausländisches Fleisch, Fett und Mehl soll zur Verteilung kommen. Das Reich muß außerordentlich hohe Preise dafür bezahlen. Die Entente nutzt also die Notlage des deutschen Volkes außerordentlich aus.

Nicht unerwähnt darf aber auch bleiben, daß die fortwährenden **Streiks** in Deutschland zu einer ganz wesentlichen **Verteuerung der Lebensmittel** beitragen, indem die Valuta immer mehr zurückgeht, also der Wert unseres Geldes verringert wird. Ich frage den Herrn Reichsernährungsminister, ob es den Tatsachen entspricht, daß durch die Streiks in den letzten Wochen und Tagen, besonders in den letzten Tagen aber, eine weitere Verteuerung des ausländischen Fleisches und des Fettes eingetreten ist. Sollte dieses Gerücht wirklich zutreffen, so wäre das im Interesse unseres ganzen Volkes lebhaft zu bedauern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere deutschen Arbeiter mögen das als eine

ernstliche Mahnung betrachten und sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden, die sie zu Streiks und Unruhen anstiften und dadurch unsere Volksernährung außerordentlich gefährden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der amerikanische Weizen, der nunmehr geliefert wird, kostet 1100 bis 1200 Mark pro Tonne. Bis dieser Weizen aber nach Deutschland kommt, ist er um 800 bis 900 Mark teuerer geworden und kostet dem Deutschen Reich 2000 Mark. Das Reich muß demnach für das Pfund Mehl 1 Mark bezahlen, nimmt aber nicht 1 Mark dafür wieder, sondern 2 Mark, schlägt damit also 100 Prozent auf. Um den Brotpreis nicht zu erhöhen, sagt man, müsse der Preis für Mehl derartig hoch gestellt werden. Bis dieser schon um das Doppelte verteuerte Weizen nun aber in die Hände der Verbraucher kommt, tritt durch Spesen und Unkosten eine weitere Verteuerung ein. So kostet im Kleinverkauf ein Pfund Weizenmehl in Hamburg 2,14 Mark, in Berlin 2,18 Mark, in Plauen und Dresden 2,50 Mark. Sie sehen also, die Kommunalverbände schlagen noch bis zu 25 Prozent auf diesen an sich schon sehr hohen Preis auf. Ob eine solche Verteuerung in den Gemeinden wirklich notwendig ist, das sollten unsere Gemeindevertretungen im Lande sehr ernstlich erwägen.

Die Verteilung des **amerikanischen Fettes** wird dadurch verteuert, daß es dem Großhandel überwiesen worden ist. Die Fettstelle Groß Berlin hat sich mit dem Ersuchen an den Herrn Reichsernährungsminister gewendet, um das Schmalz unmittelbar vom Schiff oder von der Bahn direkt an die Berliner Fettstelle geliefert zu bekommen, weil die Fettstelle Groß Berlin auch über ausreichende Lagerstätten verfügt. Der Herr Regierungsvertreter v. Braun hat dies ursprünglich auch zugesagt. Trotzdem hat man aber diese Fette den Händlern überwiesen und einen Vertrag abgeschlossen und hat dadurch dann erreicht, daß durch diese Zwischenlagerung eine weitere nicht unerhebliche Verteuerung des Schmalzes eingetreten ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am gestrigen Tage brachte die Presse eine Mitteilung, wonach diese Lagerung bei den einzelnen Stellen notwendig gewesen wäre, weil dort Fachleute säßen. Ich möchte aber nach Rücksprache mit den in Frage kommenden Stellen hier aussprechen, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, die Berliner Fettstelle mit der Verteilung des Fettes zu beauftragen. Mindestens hätte man dadurch eine ganz wesentliche Verbilligung erreichen können.

Die Preise für Schmalz und Schweinefleisch werden sehr hoch sein. Allerdings übersteigen die Mehlpreise diese noch bei weitem. Weite Schichten unseres Volkes sind einfach nicht in der Lage, diese hohen Preise bezahlen zu können, obwohl sie diese ausländischen Lebensmittel bitter notwendig brauchen. Die Kommunalverbände sind in der Regel auch nicht in der Lage, einen Teil der Unkosten auf die Gemeinden zu

übernehmen. Wie soll zum Beispiel eine Stadt wie Plauen im Vogtland, wo von 107 000 Einwohnern 61 800 Personen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen — wie soll eine so schwer geprüfte Gemeinde auch noch einen Pfennig zur Verbilligung der ausländischen Lebensmittel aufwenden können? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und so geht es leider wohl den meisten unserer Kommunalverbände. Darum sind wir der Meinung, daß die Reichsregierung ernstlich erwägen sollte, ob es nicht angebracht ist, einen **Teil der Kosten auf das Reich** zu übernehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur so können wir erreichen, daß auch die ärmeren Schichten unseres Volkes in die glückliche Lage kommen, die Auslandslebensmittel zur Abwehr der Unterernährung zu verwenden. Waren für den Krieg und dessen Fortführung Hunderte von Milliarden vorhanden, dann muß auch zum Wiederaufbau der deutschen Gesundheit dasjenige an Geldmitteln aufgewandt werden, was notwendig ist, damit auch die Minderbemittelten im Lande die Auslandslebensmittel kaufen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch scharfe Kontrolle durch die Reichsregierung und durch die Kommunalverbände ist dringend notwendig, damit diese ausländischen Lebensmittel nicht gerissenen und gewissenlosen Schleichhändlern ausgeliefert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Auch zur **Zuckerfrage** möchte ich einiges sagen. Im ganzen Lande herrscht eine außerordentliche Zuckernot. Aus den verschiedensten Gegenden liegen Meldungen darüber vor, daß eine Verkürzung der Zuckerration demnächst eintreten solle. Schuld trifft nach unserer Auffassung das alte Kriegsernährungsamt, das schon im Frühjahr 1915 eine 25prozentige Einschränkung des Rübenanbaues vorgeschrieben hat, weil bekanntlich die Ausfuhr offiziell in Wegfall kam. Diesen Fehler in den folgenden Jahren wieder gutzumachen, hat man leider verabsäumt, und so kommt es, daß die Anbaufläche für Rüben, die vor dem Kriege 540 000 ha betragen hatte, auf 385 000 ha zurückgegangen ist. Auch die Rohzuckererzeugung ist von 54 Millionen auf 25 Millionen Zentner gefallen. Die ganze Zuckerproduktion ist auf 44 Prozent der Friedensproduktion zurückgegangen. Mit diesen knappen Vorräten kann natürlich der Bedarf der Bevölkerung nicht befriedigt werden. Die Landwirte aber nutzen diese Notlage aus, um eine weitere Steigerung der Rübenpreise herbeizuführen. Der Zucker, eines der wichtigsten Nahrungsmittel der Minderbemittelten, droht so in seiner Erzeugung durch das Vorgehen eines Teils unserer Landwirte noch weiter zurückzugehen. Wir richten deshalb an den Herrn Reichsernährungsminister die dringende Bitte, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Zuckerrübenanbau nicht verringert, sondern wesent

lich vergrößert wird. (Zuruf rechts.) — Ja, auch Kunstdünger wird im Laufe des Jahres zweifellos der Landwirtschaft eher zur Verfügung gestellt werden können, nachdem die Blockade unserer Häfen aufgehoben sein wird und weitere Kunstdüngemittel in das Land hineinkommen. Daran, meine Damen und Herren, liegt es aber nicht allein, sondern man hat den Boden ausgenutzt, man hat Kraut wachsen lassen, weil man daran eben mehr verdienen konnte.

Auch zu der gegenwärtigen **Zuckerverteilung** müssen wir gewisse Bedenken äußern. So soll nach einer Mitteilung des Leiters der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geheimen Regierungsrat v. Tilly, gegenüber Pressevertretern demnächst die Belieferung der Bevölkerung mit **Marmelade** vollkommen aufhören. Diese Mitteilung hat in weiten Kreisen unseres Volkes Überraschung hervorgerufen, und zwar deshalb, weil man weiß, daß in diesem Jahre zwei bis drei Millionen Pfund Obst mehr zur Marmeladeherstellung zur Verfügung stehen, als es in den letzten Jahren der Fall war. Die Reichszuckerstelle hat angeblich erklärt, daß kein Zucker für Marmelade vorhanden wäre. Zu gleicher Zeit läuft eine Notiz durch die Presse, daß den **pfälzischen Weinbauern** 12 000 Zentner Zucker zum Verbessern des 1918er Weines geliefert werden sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wieviel tausend Zentner Zucker an die übrigen deutschen Weinbauern geliefert sein mögen, entzieht sich leider der öffentlichen Kenntnis. Aber für den Herbst 1919 liegt bereits ein weiteres Zuckergesuch der ostdeutschen Obst- und Beerenweinkelter beim Reichsernährungsministerium vor. Dieses Mal sollen sogar 24 000 Zenter Zucker geliefert werden. Es ist ein himmelschreiender Skandal, daß in dieser lebensmittelarmen Zeit Zucker zu Zwecken verwendet wird, die nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, um einer kleinen Gruppe von Genießern und Schlemmern das Leben angenehmer zu gestalten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse unserer sehr mißlichen Volksernährung müssen wir deshalb ganz entschieden fordern, daß alle Nahrungsmittel der gesamten Bevölkerung ausgeliefert werden. Gerade Zucker und Brotaufstrichmittel fehlen gegenwärtig allgemein. Wir bitten deshalb den Herrn Reichsernährungsminister, alles zu tun, um diese Nahrungsmittel in erhöhtem Maße für die Volksernährung freizuhalten.

Im Großhandel sind Bestrebungen im Gange, die **Zwangsbewirtschaftung des Zuckers** aufzuheben. Wir müssen den Herrn Reichsernährungsminister schon sehr dringend ersuchen, diesem Verlangen mit größter Vorsicht gegenüberzutreten. Landwirtschaft und Großhandel haben die Parole ausgegeben für beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft und Aufhebung der Zwangsbelieferung, Beseitigung des Zwangssystems; kurzum: freie Wirtschaft ist die Losung dieser Kreise. Es ist ein Gebot der Stunde, wenn wir dem Herrn Reichsernährungs-

minister zurufen, daß er diesen Personen und Kreisen gegenüber, die den Abbau der Zwangswirtschaft fordern, außerordentlich hart bleiben möge. Denn wohin es führt, wohin uns die Ernährungsschwierigkeiten bei Aufhebung der Zwangswirtschaft bringen, sehen wir ja an dem halsstarrigen Verhalten eines Teiles der Landwirte. Erst heute ist mir ein Brief aus Sömmerda zugegangen. Ein Parteifreund schreibt mir darin:

> Aus einem benachbarten Kreise wird gemeldet, daß der Vorsitzende der Landwirte in der Versammlung der Landwirte direkt dazu aufgefordert hat, nichts mehr abzuliefern (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und jeden, der auf den Hof käme, vor den Schädel zu schlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Hamster!)

Es sind keineswegs die wahren Freunde unseres Volkes, die sich jetzt so energisch für die freie Wirtschaft erklären.

Am allerdeutlichsten, meine Herren von der Rechten, die Sie sich durch meine Feststellungen beunruhigt fühlen, haben wir das bei der Eierversorgung erlebt. Hier hat leider der Reichsernährungsminister sich dazu bewegen lassen, am 1. April dieses Jahres die Zwangsbewirtschaftung der Eier aufzuheben. Und was ist die Folge davon? Von der gleichen Stunde an können wir im ganzen Lande feststellen, daß ein unerhörter Wucher bei den Eierpreisen eingesetzt hat. (Zurufe rechts.) Auf den einzelnen kommunalen Märkten wird für ein Ei 1 Mark, ja bis zu 2,50 Mark gefordert! (Zurufe: Sogar 3 Mark!) Über diese Maßnahme in der Eierversorgung herrscht in der Bevölkerung außerordentliche Beunruhigung, und wenn wir die Zwangsbewirtschaftung weiter aufheben würden, dann bleibt für die Minderbemittelten, für unsere schwerarbeitende Arbeiterklasse und den Angestellten überhaupt nichts mehr übrig, dann können nur diejenigen sich Lebensmittel leisten, die auf Grund ihrer sozialen Stellung dazu in der Lage sind. Also schon wenige Tage nach dem Aufheben der Zwangsbewirtschaftung für Eier müssen wir die für den Handel so überaus beschämende Feststellung machen, daß ein Teil der Händler in gewissenloser Weise die Eierpreise in die Höhe geschnellt hat. Das ist *eine Bankerotterklärung des freien Handels*, die auch für das Reichsernährungsministerium gewisse Richtlinien andeutet, *in welcher Weise es sich in Zukunft zur Zwangsbewirtschaftung zu stellen hat.* (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Solange wir einen Mangel an Lebensmitteln haben, muß die Zwangsbewirtschaftung unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Handeln wir anders, dann verschwinden die wenigen Nahrungsmittel, wie wir es eben bei den Eiern erlebt haben, in die Hände des Schleichhandels, und die minderbemittelten Schichten unserer Volksgenossen sind nicht mehr in der Lage, diese Waren zu kaufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese unsere Stellungnahme zur Zwangsbewirt-

schaffung wird draußen im Lande bei unserem Volke lebhafte Zustimmung finden, und soweit es in unserer Kraft liegt, werden wir alles aufbieten, was zur Sicherung und Verbesserung unserer Volksernährung beitragen kann. Dabei lassen wir uns nicht leiten von dem Interesse einer kleinen Sondergruppe, sondern von dem Interesse der Allgemeinheit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsernährungsminister.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Meine Damen und Herren! Es ist mir sehr angenehm, daß die Interpellation mir Gelegenheit gibt, auf eine Reihe von Fragen, die in den letzten Wochen in bezug auf die Lebensmittelversorgung in der Öffentlichkeit an mich gerichtet worden sind, zu antworten. Ich halte das auch insofern für außerordentlich erwünscht, als die Rede des Interepellanten mir einen besonderen Anlaß gibt, verschiedene seiner Auffassungen richtigzustellen und das Falsche in seiner Beurteilung hier einmal ruhig und sachlich darzulegen.

Ich bin mir nicht im Zweifel darüber, daß gegenwärtig in der Bevölkerung manche Unzufriedenheit über diese und jene meiner Maßnahmen vorhanden ist. Ich kenne die Stimmung. Ich weiß, daß sehr viele die Frage an mich richten: Wo bleiben denn die Lebensmittel, die von Amerika eingeführt sind? Andere wieder behaupten, die ganzen der Öffentlichkeit gemachten Mitteilungen seien vom Reichsernährungsamt nur veranlaßt worden, um die Bevölkerung zu beruhigen; in Wirklichkeit sei überhaupt nichts da. Schließlich kommt der Dritte und sagt: wenn das Reichsernährungsamt diese Einfuhr noch weiterhin in seiner Leitung behält, dann wird es wohl noch dahin kommen, daß die ganze Einfuhr in den Schleichhandel geht und das Gros der Bevölkerung überhaupt nichts bekommt. Ich möchte auf diese Torheiten — und in der gegenwärtigen Zeit wird leider jede Torheit, sei sie auch noch so groß, geglaubt (sehr richtig!) —, antworten: Die Bestände können natürlich nicht in dem gleichen Zeitraum verteilt werden, in dem sie erst hier in den Häfen eingelagert und die Dispositionen über ihre Verteilung getroffen werden. Ich kann aber auch andererseits nicht mit der Verteilung warten, bis die Bestände so groß geworden sind, daß ich eine gleichmäßige Verteilung über das ganze Land herbeiführen kann. Ich muß vielmehr gewisse Bezirke bevorzugen und diese zunächst einmal vorweg in den Verteilungsplan einrangieren.

Gegen die Albernheit, daß ich die Bevölkerung täusche, oder daß mein Amt unwahre Angaben über die Einfuhrmengen in die Öffentlichkeit gebracht hat, brauche ich mich wohl nicht zu verteidigen.

Der Schleichhandel kann in diesen Waren nicht Platz greifen, das ist einfach unmöglich, weil die Waren direkt an die Kommunalverbände abgegeben werden und die Kommunalverbände ihrerseits das Recht haben, in eigenen Verkaufsstellen oder durch den Handel die Waren weiter zu verteilen; darüber wird von der Zentralstelle aus keine besondere Vorschrift erlassen. Die Ware kann also nicht in den Schleichhandel gehen, es sei denn, daß es durch Betrug oder Diebstahl geschieht.

Die Interpellanten sprechen von einer Beunruhigung, die in der Bevölkerung durch die Anordnungen des Reichsernährungsministeriums hervorgerufen ist. Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einiges sagen über meine eigene **Beunruhigung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung.** Meine Beunruhigung wird hervorgerufen, weil ich zu meinem Bedauern wahrnehmen muß, daß in der letzten Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert wurden (hört! hört!), und daß durch diese Vorgänge der Eindruck im Auslande erweckt wird, daß wir überhaupt nicht in der Lage sind, eine geordnete und gesicherte Verteilung vorzunehmen. (Sehr richtig!) Diese Vorgänge schädigen unsern Kredit im Auslande und erschweren uns in ganz erheblichem Umfange die Einfuhr. Vor kurzem war einer meiner Parteifreunde aus dem Auslande bei mir, der sich im Hinblick auf diese Vorgänge dahin äußerte: man gewänne infolge all dieser Ereignisse den Eindruck, als ob man in Deutschland der Spitzbuben nicht mehr Herr werde und die ehrlichen Menschen in der Minderheit seien. Ich habe ihm gesagt, daß das eine maßlose Übertreibung sei; der Kern der deutschen Bevölkerung sei gesund und werde auch mit den Spitzbuben in Deutschland fertig werden. (Sehr richtig!) Sehr beunruhigt bin ich ferner durch die Notwendigkeit der Anordnung, daß die Lebensmitteltransporte, die von Rotterdam und von Hamburg aus ins Land hineingeleitet werden müssen, nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können, weil man die Befürchtung haben muß, daß für die Sicherheit dieser Transporte nur unter diesen Umständen Gewähr geleistet werden kann.

Eine Beunruhigung in der Bevölkerung ist auch dadurch entstanden, daß durch den **Streik der Bankangestellten** die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird, der ganze Geldverkehr in einer großen Stadt in Gefahr kommt und die Industrie infolgedessen mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die weitere Folge aber ist, daß, wenn wir die Finanzierung unserer Einfuhr nicht ermöglichen, die Abschlüsse, die wir getätigt haben, nicht zur Ausführung kommen können, und wir so zu schweren Störungen in der ganzen Lebensmittelversorgung gelangen. Ja, wir haben zu befürchten, daß die Schiffe,

die schon mit Lebensmitteln auf dem Wege nach Deutschland sind, wenn wir die Bezahlung nicht leisten können, dann auf der Fahrt noch umdirigiert werden und ihren Bestimmungsort, Deutschland, überhaupt nicht erreichen. (Hört! hört!)

Über die augenblickliche **Berliner Streitfrage**, ob letzten Endes über die **Entlassung eines Beamten**, eines Bureauangestellten der Unternehmer oder der Angestelltenausschuß zu bestimmen hat, kommen Millionen von Menschen in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung benachteiligt zu werden. Ich bin für jeden sozialpolitischen Fortschritt, nicht aber dann, wenn diese sozialpolitischen Anforderungen sich nur in dem engen Kreis der Berufsinteressen bewegen und darüber nicht hinauskommen können. (Sehr richtig! links.) Die Sozialpolitik hat das Interesse der Gesamtheit zu wahren, und nur von diesem Gesichtspunkte aus sollte sie in dieser Zeit geleitet und geführt werden. (Erneute Zustimmung links.)

Mit dem Gefühl tiefer Bitterkeit sehe ich die Schiffe aus den deutschen Häfen mit Ballast hinausfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kali und andere Produkte auszuführen und sie als Zahlungsmittel für unsere Lebensmitteleinfuhr zu benutzen. (Hört! hört!) Wo bleibt das ganze Organisationstalent des deutschen Volkes? Ist es vernichtet und hat es einer Wirtschaftsweise Platz gemacht, die nicht das Interesse der Gesamtheit, sondern das eigene Interesse in den Vordergrund stellt? (Sehr richtig!) Schließlich kann doch nicht eine Erwerbsgruppe unter Ausnutzung der Zwangslage, in der sich die heutige Gesellschaft befindet, von vornherein auf der unbeschränkten Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Der Lebensnerv unseres Wirtschaftslebens wird bald von dieser, bald von jener Wirtschaftsgruppe unterbunden, wir haben mit Widerständen zu rechnen, die mit Leichtigkeit geradezu vernichtende Schläge gegen unser Wirtschaftsleben führen können. Die **Bergarbeiter** haben uns durch ihren Ausstand schwere Nachteile zugefügt, die selbst durch eifrigste Arbeit in den nächsten Monaten nicht wieder gutgemacht werden können. (Hört! hört!) Wenn die Bergarbeiter eine besondere Verbesserung ihrer Lebensmittelversorgung fordern, so muß ich ihnen leider entgegenhalten: niemand hat mir schwerere Hindernisse in den Weg gelegt, eine Besserung der Lebensmittelversorgung herbeizuführen als die Bergarbeiter durch ihren Ausstand! (Sehr richtig!) Wenn aber in der Bevölkerung Unruhe vorhanden ist, dann mag sich diese Unruhe auch gegen den eigentlich Schuldigen in diesem Falle richten. (Sehr richtig!)

Und nun zu dem **Stand** unserer **Einfuhr!** Nach dem Abkommen in Spa, Brüssel und Trier haben wir endgültige Kaufabschlüsse zustande gebracht über 30 000 Tonnen Schweinefleischprodukte, 250 000 Kisten Milch, 25 000 Tonnen Palmkerne, 2000 Tonnen Bratenfett, 25 000 Tonnen Leinsaatöl, 3000 Tonnen Rohöl, 55 000 Tonnen Mehl, Reis, Bohnen und Erbsen, 75 000 Tonnen Mehl und Roggen, die in europäischen Häfen lagern, dann 175 000 Tonnen Mehl und Roggen, die im April aus Amerika zur Verschiffung gelangen, ferner 4000 Tonnen gesalzenes Rindfleisch, 1000 Tonnen Schmalzersatz, die in Belgien lagern und 20 000 Tonnen Schweinefleischprodukte und Schmalzersatz, die im April verschifft werden sollen. Endlich wurden auch Kaufverträge über weitere 250 000 Kisten kondensierte Milch abgeschlossen. In England sind zur sofortigen Lieferung für das besetzte Gebiet 100 000 Tonnen Kartoffeln verschifft, von denen ein Teil dem rechtsrheinischen Gebiet zugeführt werden soll; ferner 10 000 Tonnen Zwieback, 10 000 Tonnen Fett, 10 000 Tonnen Fleischkonserven und 10 000 Tonnen sonstige Lebensmittel.

Zur **Finanzierung dieser Lieferungen** sind rund eine Milliarde Gold erforderlich. Bezahlt sind hiervon bereits 100 Millionen Mark Gold und 25 Millionen Mark Devisen an England. 225 Millionen sind bei der Banque Nationale in Brüssel gemäß dem Brüsseler Abkommen als Faustpfand deponiert. Weitere 150 Millionen in Gold sind bereitgestellt, um gemäß dem Brüsseler Abkommen als weiteres Faustpfand zur Bezahlung an einem neutralen Orte hinterlegt zu werden. Die weiteren notwendigen Zahlungsmittel sollen durch Verwertung der beschlagnahmten und vom Reich käuflich zu erwerbenden ausländischen Wertpapiere beschafft werden. Für die spätere Zufuhr würde dann der Erlös aus der Ausfuhr mit in Frage kommen. Die Beschaffung des Geldes für die Lieferungen von Mai und Juni in Höhe von 1,2 Milliarden Mark ist ebenfalls in nächster Zeit notwendig, da die Bezahlung der Lieferungen bei der Bestellung zu erfolgen hat.

Eingetroffen sind in Deutschland bisher über Hamburg 13 810 Tonnen Weizenmehl, in Rotterdam übernommen sind 33 000 Tonnen Weizenmehl, 21 Waggons amerikanischer Speck, 16 394 Kisten Fett und über Hamburg 74 Tonnen pur lard. Außerdem ist in Rotterdam noch kondensierte Milch aufgenommen worden. Das ist ein Überblick über das, was wir gegenwärtig in der Einfuhr getätigt haben.

Wie soll nun die **Verteilung der Bestände** erfolgen? Es ist angeordnet worden, daß zunächst das Weizenmehl, das uns zur Verfügung steht, mit 250 Gramm pro Kopf der Bevölkerung und Woche verteilt wird, und zwar sollen zunächst einmal die Bestände, die über Hamburg hereinkommen, sofort in den Kreis der Verteilung gegeben werden. Das sind aber Bestände, die für das gesamte Land natürlich nicht aus-

reichen. Ich habe deshalb verfügt, daß diese Bestände in dem hier bezeichneten Umfange verteilt werden zunächst einmal in Hamburg-Altona, in Berlin, in Dresden, in Leipzig und in Magdeburg. Es handelt sich da um den bequemsten und schnellsten Transportweg, zum Teil mit Benutzung der Elbe als Schiffahrtsstraße.

Bei all diesen Anordnungen bin ich von dem Gesichtspunkt geleitet gewesen, möglichst diejenigen Bezirke zunächst in Angriff zu nehmen, in denen die Bevölkerung am schwersten unter der Lebensmittelnot zu leiden hat, und gerade hier kann ich die Auffassung des Herrn Interpellanten nicht teilen, daß die **Großstädte** keine Bevorzugung verdienten, sondern warten müßten, bis eine allgemeine, gleichmäßige Verteilung möglich sei. Ich muß vielmehr berücksichtigen, daß die großen Städte in bezug auf Entbehrungen außerordentlich schlecht und sehr viel schlechter gestellt sind als eine ganze Reihe von Kleinstädten. (Sehr richtig!) Ich muß einen Trennungsstrich ziehen und eine Auswahl über diejenigen Bezirke und Orte treffen, die zunächst für die Verteilung in Frage kommen. Da wähle ich den für den Transport günstigsten Weg und berücksichtige Bedarf und Bedürfnis. Wenn aber von Bedarf und Bedürfnis die Rede ist, dann sage ich Ihnen: insbesondere unsere **sächsischen Städte** können den Nachweis ihres Bedürfnisses mit großer Leichtigkeit führen. (Sehr richtig!) Keine Stadt ist zum Beispiel so schlecht mit Lebensmitteln versorgt wie Leipzig. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) In der Milchversorgung ist für diese Stadt geradezu ein entsetzlicher Zustand eingetreten. Ich lasse mich daher unter keinen Umständen davon abbringen, diese Art dringend gebotener Bevorzugung durchzuführen, solange ich in meinem Amte bin. (Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Diese Verteilungsart halte ich zudem auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig. Die **Industriebezirke** sind dazu berufen, unser Wirtschaftsleben wieder aufwärts zu führen. Es ist keine Frage, daß die **politischen Unruhen** zu einem erheblichen Teile ihren Grund in der Mißlichkeit unserer ganzen Lebensmittelversorgung haben. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) In dem Augenblick, in dem ich eine bessere Lebensmittelversorgung herbeiführe, führe ich somit die beste Bekämpfung dieser politischen Unruhen herbei. Auch aus diesem Grunde halte ich also die Bevorzugung der großen Industriebezirke und der Großstädte für notwendig. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Natürlich soll niemand zurückgestellt werden; selbstverständlich werden auch die Kleinstädte beliefert werden. Es handelt sich ja augenblicklich nur darum, wem die Bestände, die vorerst nur in beschränktem Umfange vorhanden sind, zunächst zugeleitet werden sollen. Und da kann ich nur

immer wieder sagen: sie werden dahin geleitet werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und das ist in den großen Städten und in den großen Industriebezirken der Fall.

Was die **Einfuhr von Speck** anbetrifft, so habe ich mich auch da zu derselben Art der Verteilung entschlossen, wie ich sie eben in bezug auf die Mehlversorgung dargelegt habe. Ich hielt es für notwendig, da diese Speck- und Fetteinfuhr über Rotterdam hereinkam, den zunächst großen Industriebezirk **Rheinland-Westfalen** in Angriff zu nehmen. Hier handelt es sich um eine für unsere Volkswirtschaft außerordentlich wichtige Arbeiterschaft. Ich muß daher alles versuchen, um diese Arbeiterschaft wieder für die Arbeit zu gewinnen, da die Anwendung der Gewalt doch schließlich nicht das einzige Mittel sein kann. Ich muß versuchen, durch eine planmäßige bessere Belieferung und durch eine Bevorzugung in der Lebensmittelversorgung diese große Schicht der Arbeiterschaft wieder zur Arbeit zurückzuführen. Hierin sehe ich eine der wichtigsten Aufgaben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Wenigstens muß ich es versuchen. Gelingt der Versuch mit diesen Mitteln nicht, so muß ich das hinnehmen; aber ich hoffe und glaube, daß mindestens ein Einfluß möglich ist, wenn ich diese Kreise bevorzuge.

D a s g i l t a u c h f ü r d i e **oberschlesischen Bergarbeiter,** es gilt für die Waldenburger Bergarbeiter, die treu ihre Pflicht erfüllt haben, und die aus diesem Grunde insbesondere zeitig beliefert werden sollen. Es gilt a u c h f ü r d i e s ä c h s i s c h e n B e r g a r b e i t e r. Auch diese wichtige Erwerbsgruppe muß ich besonders berücksichtigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meiner Ansicht nach wird dagegen auch vom Standpunkte der Arbeiter kein Einwand erhoben werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Verteilung der Produkte soll fernerhin so erfolgen, daß zunächst alle **Städte über 50 000 Einwohner** bedacht werden und erst dann daran gegangen wird — bei vermehrter Einfuhr —, auch einen weiteren Kreis in die Belieferung hineinzubeziehen.

Meine Damen und Herren! Ich muß ganz offen sagen: sehr begeistert bin ich auch nicht von der **Bevorzugung der Bergarbeiter** durch Erhöhung ihrer besonderen Zuweisungen. Sie wissen, daß wir schon vor Abschluß des Streikes — ich hoffe wenigstens, daß der Streik zum Abschluß gekommen ist — den Bergarbeitern die Zusage gemacht haben, ihnen eine besondere Zuwendung von 50 Gramm pro Woche zu gewähren und eine abermalige weitere Zuwendung von 50 Gramm Speck dann eintreten zu lassen, wenn sie eine Förderungsleistung zu verzeichnen haben, die der Leistung im Vorjahre entspricht. Wie gesagt, ich bin nicht sehr erbaut von dieser Bevorzugung, weil ich sie an und für sich für eine Ungerechtigkeit halte; denn es gibt andere Arbeiter, die ebenso schwer arbeiten wie die Bergarbeiter und daher denselben

Anspruch erheben könnten, die wir natürlich auch mit demselben Anspruch kommen werden, was wieder zahllose Differenzen und Streitereien darüber hervorrufen wird, wo ich die Grenze ziehen soll. Aber ich bitte, bei den Bergarbeitern eins zu berücksichtigen, und das ist das Ausschlaggebende: der Bergarbeiter ist nicht in der Lage, eine Mittagsmahlzeit einzunehmen; er ist in seiner Ernährung ungünstig gestellt, weil er die Pausen nicht hat, die der Industriearbeiter doch im allgemeinen wahrnehmen kann. Aus diesem Grunde kann ich es — glaube ich — auch vertreten, ihm eine besondere Zuwendung zu machen. Auch deshalb, weil diese große Berufsgruppe nach meiner Meinung bevorzugt werden muß, um die Möglichkeit einer größeren und vollen Leistungsfähigkeit zu schaffen, die im Interesse unseres gesamten Wirtschaftslebens unbedingt notwendig ist.

Wie notwendig es ist, daß wir diese Begünstigung vornehmen, das beweist ein Telegramm des Vertreters des Reichsernährungsministeriums aus Rotterdam. In dem Telegramm heißt es:

> Hoover bittet rasche Erledigung der Bunkerkohlenfrage nebst Preisangabe für Schiffe aus deutschen Häfen für Fahrt nach Amerika. Hoover fragte ferner, welche Mengen Kali und zu welchem Preis sie geliefert werden können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hinzufüge, daß durch Beschleunigung der Lieferung der Bunkerkohle, Kali und andere Ausfuhrartikel die Lebensmitteleinfuhr beschleunigt und erleichtert würde. (Hört! hört!)

Leider habe ich nicht die Aussicht, diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu sehen. Aber ich habe nicht die Unterstützung in den Kreisen, in denen ich sie haben müßte, wenn das Empfinden dafür, was für die Gesamtheit notwendig ist, entwickelt wäre.

Nun zu den **Preisen**. Die Herren Interpellanten haben sich darüber aufgeregt, daß die Preise der amerikanischen Lebensmittel so hoch sind. Ich muß sagen: der Vorwurf gegen Amerika und gegen die Entente, daß sie uns besonders hohe Preise auferlegen, ist leider nicht ganz begründet. *Die Hauptschuldigen in dieser Frage sind wir. Unsere Valuta sinkt fortgesetzt in geradezu erschreckender Weise*, und mit jedem Sinken unserer Valuta steigt natürlich der Preis, den wir für die ausländischen Lebensmittel zahlen müssen.

Als uns der Preis für Speck bekanntgegeben wurde, ließ ich mitteilen: wir werden in der Lage sein, den Speck für 5 Mark das Pfund abzugeben. Ich habe darüber keine Entrüstung in der Bevölkerung gesehen. Ich finde den Preis zwar enorm hoch, aber da leider ein großer Teil unserer Bevölkerung an Schleichhandelspreise gewöhnt ist, so wurde mir gesagt: das, was wir im Schleichhandel bezahlen, ist erheblich höher, wir wären sehr zufrieden, wenn wir das Pfund Speck für 5 Mark bekämen. (Sehr richtig!) Diese Mitte März vor-

genommene Preiskalkulation basierte auf dem damaligen Stande unserer Valuta und ergab einen Preis von 8,27 Mark für 1 Kilogramm Speck. Nach Zurechnung der Kleinhandelsspesen und der sonstigen Aufwendungen, die notwendig sind, um die Ware an den Konsumenten zu bringen, hätte ich also den Speck mit 10 Mark das Kilo mit Leichtigkeit in den Verkehr bringen können. Lediglich durch das Sinken der Valuta ist der Preis für den Speck am 10. April auf 10,82 Mark gestiegen. (Hört! hört!) Ich kann also mein Versprechen nicht einlösen, wodurch vielleicht bei denjenigen, die die Verhältnisse nicht kennen, große Entrüstung ausgelöst und gesagt werden wird: das Reichsernährungsministerium hat bekanntgegeben, daß wir den Speck für 5 Mark pro Pfund bekommen sollen und jetzt soll er auf einmal 6 Mark kosten! — Und wenn das Sinken der Valuta anhält, so wird er 7 Mark kosten, und ich weiß nicht, wo das Ende abzusehen ist.

Beim Mehl liegt die Sache ähnlich; am 14. März betrug der Preis des Mehls pro Kilogramm in der Umrechnung der Valuta 1,93 Mark. Jetzt, am 14. April, beläuft sich der Preis auf 2,58 Mark. (Hört! hört!) Das ist natürlich eine ganz enorme Verschiebung im Preise und zugleich die Erklärung dafür, daß wir gegenüber einer solchen Preisbildung ganz unmöglich die Lasten, die sich daraus ergeben, nunmehr auf die Staatskasse umlegen können. Ich werde Ihnen das sofort beweisen. Die angegebenen Preise verstehen sich sämtlich ab Rotterdam. Sie enthalten natürlich keinen Aufschlag für die Abnahme, Umladung, Transport, Verlust. Das Sinken der Valuta ist nach übereinstimmender Ansicht nur darauf zurückzuführen, daß die Ausfuhr aus Deutschland seit dem Abschluß des Waffenstillstandes fast vollkommen stilliegt, und dazu kommen noch weiter diese politischen Unruhen im Lande, die natürlich unseren Kredit im Ausland auch nicht erhöhen.

Nun habe ich vor der Frage gestanden: wie soll ich insbesondere bei Mehl diesen hohen Preis, der mir hier auferlegt wird, durch die Umrechnung in fremde Münze decken? Decke ich ihn so, daß ich ihn umlege auf den Preis des Mehls und auch auf die Herstellung des Brots, so hätten wir einen Brotpreis gehabt von 4 bis 5 Mark für das vierpfündige Brot, ein Zustand, der mir außerordentlich bedenklich erschien, und den ich daher dadurch zu vermeiden versucht habe, daß ich gesagt habe: das, was wir der Bevölkerung an gutem Weizenmehl als Zuschuß geben, soll sie teurer bezahlen, während das Brot zu demselben niederen Preise geliefert werden soll, als es bisher geschehen ist. Da wir nun aber bei unserem derzeitigen Getreidebestand mit unserem Mehl nicht ausreichen, muß ich das teure Mehl des Auslandes zur Deckung und Streckung der Brotherstellung benutzen und daher versuchen, die Zulage, die ich hier auf das Brot geben muß, durch eine Erhöhung des Preises

für das Kochmehl wieder einzudecken. Ich glaube, daß das der leichteste, bequemste und möglichste Weg ist. Ich habe fernerhin die Absicht, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, neben dem teuren, guten Weizenmehl auch das minder gute, auf 94 Prozent ausgemahlene Roggenmehl zu den gleichen mäßigen Preise wie bisher zu beziehen.

Auch glaube ich, daß bei dieser Einteilung die besser bemittelte Bevölkerung das teure Weizenmehl kaufen und der weniger leistungsfähigen Bevölkerung das billige Roggenmehl belassen wird. Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen auch ganz offen sagen, daß ich glaube, daß ein großer Teil unserer Arbeiter heute genügend verdient, um sich auch das teuere Weizenmehl kaufen zu können (sehr richtig!), und ich habe gar keine Angst, daß ich mit dem Mehl sitzen bleibe. Um aber schließlich auch den Kreisen, in denen ein wirklich noch sehr niedriger Lohn vorhanden ist, die Möglichkeit zu geben, auch zu ganz mäßigem Preise Mehl zu kaufen, gebe ich die inländischen Bestände für diese Aufkäufe frei. Außerdem unterstreiche ich noch einmal: das Brot wird nicht teurer, es kann nur besser werden durch die Mischung mit dem besseren ausländischen Mehl. Das Getreide, wenn wir es hereinbekommen, soll auch nicht zu 94 Prozent ausgemahlen werden, sondern höchstens zu 80 Prozent, so daß wir auch da ein gutes Mehl bekommen und ferner für unsere Viehhaltung mehr Kleie zur Verfügung haben. Ich glaube, nach dieser Aufklärung wird nun doch wohl ein großer Teil der Aufregung über die hohen Preise sich legen.

Und nun lassen Sie mich eine kurze **Berechnung** anstellen. Was würde schließlich der Reichskasse zur Last fallen, wenn wir das Mehl zu dem gleichen Preise verkauften wie das Mehl aus unserer inländischen Produktion? Ich habe nach ungefährem Anschlag in diesem Wirtschaftsjahr noch einen Zuschuß von vielleicht 600 000 Tonnen Mehl nötig. Es ist dieser Betrag nicht ganz mit Sicherheit anzugeben, denn ich darf an dieser Stelle sagen: die **Ablieferung von Getreide** ist in den letzten Wochen ganz überraschend gut gewesen. (Hört! hört!) Das kann ich um so freudiger sagen, weil wiederholt in der Öffentlichkeit behauptet worden ist, die Zwangswirtschaft sei vollständig zu Bruche gegangen. Das ist durchaus nicht der Fall. In der Getreideablieferung habe ich ein besseres Ergebnis zu verzeichnen, als ich es erwartet habe; und wenn wir Kohlen für unsere Großbetriebe in der Landwirtschaft hätten, würde die Ablieferung von Getreide noch in weit größerem Umfange vor sich gehen. (Sehr richtig!) Das ist die einzige Stockung, die noch vorhanden ist, und muß daher alles getan werden, um sie zu beheben.

Wenn also für die 600 000 Tonnen, die ich für unsere Brotbereitung aus ausländischem Getreide brauche, teures ausländisches Mehl zur Verfügung gestellt wird, so ergibt sich folgendes: die Tonne amerikanisches Mehl kostet frei deutschen Hafen 200,64 Dollars. Wenn

ich nun diese 200,64 Dollars umrechne nach hiesigem Kurs auf zwölf Mark den Dollar — der Dollar steht augenblicklich etwas niedriger, aber ich muß damit rechnen, daß die Valuta weiter sinkt —, so ergibt sich ein Preis für die Tonne Mehl von 2407 Mark in runder Summe. Für die Brotbereitung muß ich das Mehl zum Preise von 475 Mark zur Verfügung stellen, das heißt es entsteht bei jeder Tonne Mehl ein Defizit von 1932 Mark. (Hört! hört!) Dazu kommen nun Spesen, Verluste, Unternehmergewinne, die im Handel noch eine Rolle spielen. Wenn ich selbst alles dies nur sehr gering in Ansatz bringe und mit 1950 Mark schließlich das Defizit decken will, *dann ergibt das bei den 600 000 Tonnen Mehl ein Defizit von 1 Milliarde 170 Millionen Mark, das die Reichskasse zu decken hätte.* (Hört! hört!)

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen ganz offen sagen, *ich bin an die Reichsfinanzverwaltung mit dieser Anforderung überhaupt nicht herangetreten, weil ich es einfach nicht verantworten kann.* Unsere Finanzlage ist so, daß wir nicht aus dem Vollen wirtschaften können. Nein, ich muß sehen, andere Wege zu finden. Denn ich bin nie ein Freund davon gewesen, Reichssubventionen in Anspruch zu nehmen, auf welchem Gebiet es auch sei; höchstens unter den ganz besonderen Zwangsverhältnissen des Krieges. Aber einmal muß das doch ein Ende haben, und ich glaube, wir können es nicht verantworten, eine solche Summe auf die Reichsfinanzverwaltung zu übernehmen.

Aber diese Summe erhöht sich nochmals um 1 Milliarde 170 Millionen Mark, wenn ich das Mehl noch in Anspruch nehme, das ich schließlich zur Verfügung stellen muß für die besondere Zulage und für den Ausfall der Kartoffeln. So kann ich also damit rechnen, daß hier eine Anforderung an die Reichsfinanzverwaltung gestellt wird, die nicht erfüllt werden kann.

Aber ich habe — und das will ich hier stark unterstreichen — überhaupt gar keine sichere Grundlage für meine ganze Disposition; denn ich weiß ja gar nicht, was ich hereinbekomme, ich habe über diese Bestände ja noch gar nicht abgeschlossen, sondern es handelt sich hierbei nur um eine Zusage der Entente, die uns erlaubt, monatlich 300 000 Tonnen einzuführen. Aber ob ich das Getreide einführen kann, und woher ich es bekomme, das weiß ich nicht. Wenn ich in einer solchen Situation bin, so kann ich natürlich gar nicht anders disponieren, als daß ich zu dem Preis ein Risiko hinzuschlage, damit ich wenigstens einigermaßen das decke, was ich eventuell verliere. Ergibt sich im Laufe der Zeit, daß die Zufuhr nicht stockt, und außerdem noch reichliche Eingänge aus der heimischen Produktion kommen, dann kann ich den Preis herabsetzen, aber auch nur dann, wenn mir nicht die Valuta weiter sinkt und die

Preissteigerung damit kein Ende findet. Ich muß schon jetzt an die Reichsverwaltung herantreten, um zu sagen: wenn meine Kalkulation nicht stimmt, dann muß das Reichsfinanzministerium das Defizit decken.

Ich werde ferner die Einrichtung treffen, daß auf die **Karte**, die die Bevölkerung zur Brotentnahme zur Verfügung hat, ein **größeres Quantum Mehl** genommen werden kann. Dann kann der Wohlhabende sich ein größeres Quantum Weizenmehl nehmen, der weniger Bemittelte kann sein Brot auf die Brotkarte beanspruchen. Ich verschiebe dadurch die Verteilung des inländischen Getreides auf die Brotwirtschaft und gebe einen Teil des teuren Mehls in diejenigen Kreise hinein, die zahlungsfähig sind. Ich komme aber, soweit das in diesem einfachen Verfahren möglich ist, auch den Bedürftigen entgegen.

An den Speckpreisen kann ich nichts ändern; ich wüßte nicht, wie ich sonst zu meinen Spesen kommen kann. Ich glaube auch, daß hierüber keine Entrüstung sein wird. Ich bin vielmehr überzeugt, daß, wenn ich die 150 Gramm auf 200 Gramm erhöhen könnte, mir kein Mensch den Speck für den Preis liegen läßt. (Heitere Zustimmung.)

Nun möchte ich noch ein Wort über die **Preisbildung** selbst sagen. Ich habe zwei interessante Beispiele aus der letzten Zeit, die mir doch zeigen, daß auch in den Arbeiterkreisen, was ja ganz naheliegend ist, das Verständnis für eine gesunde Preispolitik vorhanden ist. Vor kurzem sind die Vertreter des Mühlenarbeiterverbandes zu mir gekommen und haben gesagt: Herr Minister, es ist einfach nicht möglich, daß wir den **Mahllohn** für die Mühlen auf 16 Mark pro Tonne belassen, damit kommt das Mühlengewerbe nicht aus; wir verlangen höhere Löhne, und um deren Zahlung zu ermöglichen, müssen Sie einen höheren Mahllohn bewilligen. Es ist an und für sich sehr verständig und zu begrüßen, wenn die Arbeiter selbst die Kalkulation vornehmen und zu dem Ergebnisse kommen: bei höheren Löhnen kommt der Müller mit dem bisherigen Mahllohn nicht mehr aus. Ich aber bin dann in die Zwangslage versetzt, den Mahllohn zu erhöhen, und mit dem Mahllohn muß ich dann selbstverständlich auch den Preis des Mehles erhöhen. Denn wenn ich die Grundlage für eine richtige Kalkulation der Produktionskosten habe, dann muß ich sie auch im Warenpreise zum Ausdruck bringen. Verhindern kann ich nur, daß übermäßige Gewinne in Anspruch genommen werden, und da muß natürlich die nötige Kontrolle einsetzen.

Ein zweites Beispiel! Die Vertreter des Braugewerbes kamen zu mir und sagten: der **Bierpreis** muß erhöht werden, mit diesem Bierpreis kommen unsere Brauer nicht mehr aus; denn wir verlangen einen höheren Lohn, und wir müssen als Vertreter der Arbeiter anerkennen, daß die Brauereien ihr Bier nicht mehr zu dem früheren Preise liefern können. Ich habe den Arbeitern das Bedenkliche ihres Standpunktes dargelegt und habe gesagt: das hat alles eine Grenze; wenn ihr darauf

ausgeht, den Bierpreis fortgesetzt zu erhöhen, dann kommen wir eines Tages in die Lage, daß wir alle Wasser saufen gehen. (Heiterkeit.)

Nun hat sich der Interpellant dagegen gewendet, daß bei der Verteilung der Eingänge aus dem Ausland eine schlechte Organisation eingesetzt habe. Mit dieser Organisation hat es folgende Bewandtnis. Bei der Organisierung der **Transportregelung** dieser Eingänge standen wir im Ernährungsministerium vor der Frage, ob wir es einer neuen Gesellschaft übergeben sollten oder einigen großen **Speditionsfirmen.** Ich habe das letztere gewählt; denn ich habe keine große Begeisterung für Kriegsgesellschaften oder gar für deren Neugründung. Wenn nun aber diese Speditionsfirmen sagen: wir haben die Verantwortung und das Risiko dafür übernommen, daß die Ware an Ort und Stelle in gutem Zustande ankommt, und muß sie deshalb auch in meinen eigenen Speichern lagern, dann kann ich dagegen nichts einwenden. Ich glaube auch nicht, daß dadurch eine Preisverteuerung eintritt. Auch muß ich doch versuchen, die Kräfte wieder einzuschalten, die heute brach liegen. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll ich denn mit einer Kriegsgesellschaft, die nur ein paar Tage etwas zu tun hat und dann wieder mit Hunderten oder Tausenden von Leuten unbeschäftigt ist? Da übertrage ich das Risiko besser einem Privatunternehmen und sage ihm: du hast die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß an diesem Tage und zu dieser Stunde die Ware eintrifft und ordnungsmäßig beschaffen ist. (Sehr gut!) Deshalb kann man nun aber nicht die Behauptung aufstellen, daß damit das Schmalz verteuert wird. Man müßte doch erst einmal darlegen, was das für erhöhte Kosten sein sollen. Dafür fehlt doch bis jetzt jeder Beweis. Es geht eben zu weit, wenn irgendeine Gemeindeverwaltung glaubt, sie müsse so behandelt werden, wie sie es gerade wünscht, wenn ich natürlich auch bestrebt bin, solchen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Nun zur **Zuckerbewirtschaftung,** einem sehr traurigen Kapitel. Wir nahmen im November 1918 an, daß wir an verarbeiteten Rüben in der Zuckerindustrie 95 Millionen Doppelzentner zur Verfügung haben würden; verarbeitet sind aber nach ungefährer Schätzung nur 84 bis 85 Millionen Doppelzentner, und wenn Sie mich fragen, wo die fehlenden Rüben geblieben sind, muß ich leider sagen: die meisten sind verfault oder als Viehfutter benutzt worden. Und wenn Sie mich fragen: warum sind sie verfault und warum sind sie nicht geerntet? dann kann ich nur antworten: sie sind nicht geerntet, weil wir keine Arbeitskräfte hatten, und sie sind nicht verarbeitet, weil wir keine Kohlen hatten (sehr richtig!), und wir hatten keine Kohlen, weil die Bergarbeiter streikten (sehr richtig!), und daher der Bahnbetrieb teilweise stillag. (Sehr richtig!) Das ist die Ursache, und wenn die Bevölkerung über diesen Zustand entrüstet ist, dann mag sie ihren gesunden Sinn dazu

verwenden, um gegen diese Störungen in unserem Wirtschaftsleben Front zu machen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum und rechts.) Jede Störung dieses Wirtschaftslebens trifft das Volk in seinen vitalsten Interessen. Das ist der Zustand, über den wir nicht hinaus können: Arbeitermangel, Kohlenmangel (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten), das ist die Erklärung dafür, daß wir keinen Zucker haben. (Sehr richtig!)

Was die 12000 Zentner Zucker anlangt, die wir unseren Weinbauern gegeben haben, so läßt sich ja darüber streiten, ob diese Maßnahme notwendig war. — Ich selbst bin allerdings kein Kenner auf diesem Gebiete; aber man sollte doch auch bedenken, daß bei einer allgemeinen Verteilung dieser Zuckermenge auf jeden Einwohner nur ein Gramm Zucker entfallen wäre. Und da meine ich: auf dieses Gramm können wir wirklich verzichten, das ist keine Summe, die unsern Verteilungsplan umwirft. Auch darüber läßt sich noch reden, ob nicht eine andere Verteilung stattfinden kann.

Was aber viel wichtiger ist: Weil ich keinen Zucker habe, weil die Rüben nicht verarbeitet sind, weil es an Kohlen, weil es an Arbeitern fehlt, deshalb hat die Marmeladeindustrie keinen Zucker, und deshalb können wir keine Marmelade verteilen; wir hätten aber Zucker, wir hätten Marmelade, wenn diese Streiks und die damit verbundenen Störungen unterblieben wären. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hätte sich unsere Zuckerproduktion zum mindesten auf der Höhe des vorigen Jahres gehalten, und kein Mensch hätte Einbuße an seinem Einmachezucker erlitten, keiner hätte Einbuße an seinem Mundzucker erlitten, keiner hätte Einbuße an seiner Marmelade erlitten. (Lebhafte Zustimmung.) Die zwei Millionen Zentner Obst für die Marmeladeindustrie sind allerdings nicht verloren; sie werden im nächsten Jahre Verwendung finden. Aber das ist auch keine ausreichende Beruhigung. Ich stand vor der Frage: soll ich, um die Marmeladeindustrie weiter in größerem Umfang zu beliefern, auch noch den **Verbrauchszucker für den Haushalt** kürzen? Die Frage mußte verneint werden. Denn ich habe unseren Hausfrauen schon den Einmachezucker weggenommen, um ihn in die Marmeladeindustrie zu geben, mit schwerem Herzen; von der Mundzuckerration aber auch nur ein Gramm zu streichen, das ging nicht an. Erspart sich jemand dennoch einen gewissen Teil, so mag er ihn immerhin anderen Zwecken zuführen; ich glaube aber nicht, daß eine solche Ersparnis möglich sein wird. Die Ration aber zugunsten der Marmeladeindustrie noch weiter zu kürzen, das kann ich nicht verantworten; denn für die Bevölkerung ist der Zucker bei direkter Lieferung immer noch billiger, als wenn der Zucker erst durch die Marmeladeindustrie hindurchgeht. (Sehr richtig!) Deshalb wird an der Verbrauchszuckerration nichts gekürzt werden.

Sehr unangenehm fällt es in der Bevölkerung auf, daß in unseren Konfitürengeschäften Leckereien, die aus Zucker hergestellt werden, in reichem Maße zur Verfügung stehen. (Sehr richtig!) Da möchte ich den Damen und Herren nur eines sagen: Es hat alles seine zwei Seiten. Als wir die **Bonbonfabrikation** aufgehoben haben, als wir sie stark einschränkten, sind mehrere Deputationen von Arbeitern zu mir gekommen und haben mir gesagt: in unserer Industrie sind einige Tausend Arbeiter beschäftigt; wir haben jetzt in der Schokoladen- und in der Kakaofabrikation nichts zu tun. Lassen Sie uns doch wenigstens das bißchen, was wir in der Konfitürenfabrikation noch herstellen! Ich habe das abgelehnt. Sie werden mir aber zugeben müssen, daß eine solche Forderung einen gewissen berechtigten Kern hat.

Noch ein anderer Gesichtspunkt. Wir Männer haben das Bedürfnis, eine Zigarre zu rauchen, und wenn ich es genau nehmen wollte, müßte man eigentlich die Einfuhr von Zigarren verbieten, um die Mittel für unsere notwendige Lebenshaltung zur Verfügung zu stellen. Aber ich glaube, ich würde großen Widerspruch auslösen (Heiterkeit); da sage ich mir: warum sollen wir denn den Frauen die Konfitüren rauben? Wirtschaftlich ist sicherlich die Ausgabe sehr anfechtbar. Aber wer fragt denn bei solchen Ansprüchen danach, ob sie unbedingt notwendig sind? Solchen kleinen Stimmungen trage ich auch Rechnung und sage mir: wir sollten uns nicht zu kleinlich zeigen und auch auf solche Gewohnheiten Rücksicht nehmen.

Nun noch ein Wort zur **Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Eier.** Ich habe in meiner vorigen Rede gar keinen Zweifel darüber gelassen über die Folgen dieser Maßnahme. Die Preise schwanken in den einzelnen Landesteilen sehr stark. Es wird auch darüber geklagt, daß der Handel übermäßig hohe Preise nimmt. Wenn der Handel — und ich habe auch den Eindruck, daß er es tut — übermäßig hohe Aufschläge nimmt, wenn ich weiß, daß draußen bei den Bauern vielfach noch 50 oder 60 Pfennig und darunter für das Ei genommen wird, der Handel 1 Mark und 1,50 Mark fordert, dann hat die Kommunalverwaltung die Aufgabe, diesem Handel wegen Unzuverlässigkeit im Gewerbebetriebe seine Handelserlaubnis zu entziehen (sehr richtig), und wenn die Gemeindeverwaltung ein weiteres tun will, so mag sie den Einkauf von solchen Produkten selbst organisieren und betreiben. Wir müssen dann dem Handel die Verantwortung dafür überlassen, daß er zu solcher Preistreiberei die Hand bietet und damit das Ansehen des Handelsstandes selbst mit untergräbt. Ich sehe aber, daß der verständige Teil der Handelsinteressenten bereits dazu übergeht, eine straffe Organisation einzuführen, die darauf bedacht ist, wirklich gute Einkäufe abzuschließen und übermäßige Preisaufschläge zu vermeiden. Wir wollen einmal abwarten, zu welchem Ergebnis diese Bestrebungen

führen. Bleibt ihnen der Erfolg versagt, dann muß meiner Ansicht nach der Weg gewählt werden, den ich hier angedeutet habe.

Weshalb ist nun diese Verordnung von mir aufgehoben? Sie ist aufgehoben worden, weil der große Verwaltungsapparat, mit dem ich die Eierbewirtschaftung durchführen mußte, in gar keinem Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen stand und mir daher von vielen Seiten gesagt wurde: es ist doch schließlich gleichgültig, ob wir diese 15 oder 16 Eier bekommen, während die großen Bestände in den Schleichhandel gehen. Oder aber man versucht, durch Aufhebung der Eierbewirtschaftung eine gleichmäßige und offene Gestaltung der Preise durchzusetzen.

Es gibt aber noch einen anderen Grund. Die Aufhebung der Eierbewirtschaftung war ein sehr starker Wunsch gerade der **kleinen Besitzer in unserer Landwirtschaft.** Der Großgrundbesitz liefert nicht viel Eier; der größte und hauptsächlichste Lieferant ist der kleine Besitzer, der eine starke Geflügelhaltung hat. Ich stehe zum kleinbäuerlichen Betrieb nicht in einem Gegensatz wie zum kapitalistischen Unternehmen. Der kleine landwirtschaftliche Betrieb verkörpert keine kapitalistische Macht. Die Regierung muß darauf bedacht sein, genau wie mit der Arbeiterschaft so auch mit dem ländlichen Kleinbesitz in gutem Verhältnis zu stehen. Das ist mein Standpunkt, und deshalb muß ich Wünschen und Forderungen des kleinen landwirtschaftlichen Besitzes, wenn sie berechtigt sind, entgegenkommen.

Nun noch eins! So wenig ich den Bergarbeiter zwingen kann, zur Arbeit zurückzukehren, wie ich ihm Konzessionen auf dem Gebiete seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse machen muß, so muß ich auch dem landwirtschaftlichen Besitz da Konzessionen machen, wo berechtigte Anforderungen gestellt werden. (Sehr wahr!) Ich kann mich nicht auf den brutalen Machtstandpunkt stellen, der in der gegenwärtigen Zeit überdies einfach unhaltbar ist.

Damit komme ich zum Schluß. Zusammenfassend darf ich sagen: was in meinen Kräften steht, soll geschehen, um die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu heben. Aber ich kann mir keinen besseren Bundesgenossen in diesem Bemühen denken als die deutsche Arbeiterschaft. Sie ist bei einer Steigerung der Produktion der beste Helfer in der Not. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich sehe einem Antrage auf Besprechung der Interpellation entgegen. — Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Breslau).

Müller (Breslau), Abgeordneter: Herr Präsident, wir beantragen die Besprechung der Interpellation.

Präsident: Es ist der Antrag auf Besprechung gestellt. Er bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Ich bitte die Damen und Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützungsfrage ist bejaht; wir treten in die Besprechung ein.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schlack.

Schlack, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Hoffnungen, die die große Masse des deutschen Volkes an das Ende des Krieges und überhaupt an die Einstellung der kriegerischen Handlungen geknüpft hat, sind leider nicht erfüllt worden. Man hat vielfach, besonders auch unter der Agitation, die von der Linken erfolgt ist, in den breiten Schichten geglaubt, wenn der Waffenstillstand eintreten würde, wenn die Waffen niedergelegt seien, dann würde wieder eine bessere Zeit kommen und würde die Lebensmittelversorgung unbedingt wieder eine erheblich bessere werden. Diese Vorspiegelung falscher Tatsachen konnte sich nicht erfüllen und hat sich nicht erfüllt; im Gegenteil, wir müssen feststellen, daß eine gewaltige Steigerung der Preise der Verbrauchsgüter und besonders der Lebensmittel eingetreten ist. Immer größer ist seit der Revolution derjenige Teil der Waren geworden, der in den Schleichhandel gegangen ist, weil der Regierung jetzt nicht jene Macht zur Seite steht und nicht jene Ordnung vorhanden ist, die unter den früheren Verhältnissen bestand. Das schraubt die Kosten der Lebenshaltung von Tag zu Tag für die breiten Schichten hinauf, und es ist leider zu begreiflich, daß sich als Gegensatz dazu eine immerwährende Sucht nach höheren Löhnen auslöst. Trotzdem die Bevölkerung mit jedem Tage mehr für ihre Lebensmittel ausgibt, wird die Lebenshaltung von Tag zu Tag schlechter und unerträglicher. Daß auf Grund dieser Tatsache das Volk seine Hoffnungen auf die ausländische Zufuhr setzt, ist selbstverständlich. Für diese ausländischen Lebensmittel ergeben sich aber, wie ja selbst vom Herrn Reichsminister zugegeben worden ist, hohe Preise, die — darüber brauchen wir nicht im unklaren zu sein — von den weiten Schichten des Volkes nicht getragen werden können. Es ist bedauerlich, daß gerade die ärmsten, die kinderreichen Familien am allermeisten von diesen gewaltig hohen Preisen betroffen werden. (Sehr richtig!) Gerade aus dem Grunde, daß diese Familien durch die gewaltig hohen Preise am meisten getroffen werden, muß ein Ausweg gesucht werden, um ihnen auch diese ausländischen Lebensmittel zu möglichst billigen Preisen zugänglich zu machen. (Sehr richtig!)

Leider sind wir ja gezwungen, die Preise, die die Feinde von uns verlangen, zu zahlen. Ich kann aber leider dem Herrn Reichsminister nicht zustimmen, wenn er sagt, daß die hohen Preise allein auf die Inlandswirren und nicht auf die Preise der Entente zurückgeführt werden

müßten. Ein Preis von 1,92 Mark für das Kilo Mehl erscheint mir, auch vom Auslandspreisstand betrachtet, außerordentlich teuer zu sein, selbst dann, wenn wir die Währung mit in Betracht ziehen. (Sehr richtig!) Leider ist die eine Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, die auch der Herr Reichsminister so scharf in den Vordergrund seiner Ausführungen gestellt hat, daß die Preise durch die Streiks und Unruhen von Tag zu Tag verteuert werden, indem dadurch die Devisen von Tag zu Tag zurückgehen. Augenblicklich gilt die Mark im Auslande 25 bis 30 Pf. Durch jeden Streik und jeden Putsch sinkt die Valuta noch weiter, und es ist selbstverständlich, daß dadurch die Lebensmittelpreise steigen müssen. Erst mit dem Tage, wo Ruhe eintritt, wo die Massen der Arbeiter und Angestelltenschaft wieder zur Arbeit zurückkehren, wird sich auch wieder ein Steigen der Valuta bemerkbar machen und wird auch der Preis unserer Gebrauchsgüter wieder sinken und ein leiser Übergang in bessere Zeiten ermöglicht werden.

Ich stimme mit dem Herrn Reichsminister darin überein, daß alle Anklagen gegen die Regierung nicht zum Ziele führen, wenn unser Volk, unsere Arbeiter und Angestellten nicht zur Ruhe und Arbeit zurückkehren. (Sehr richtig!) Ich stehe persönlich auf dem Standpunkte, daß in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes Streiks überhaupt als Kampfmittel ausscheiden müßten. Es wäre die höchste Zeit, daß auch in diesen Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage einfach durch Schiedsgericht entschieden würde, was Rechtens ist, und wenn wir zu diesem Schiedsgerichte kommen, wird auch die Ruhe wieder zurückkehren. Wenn die Lebensfragen der Nationen der Welt demnächst in einem Schiedsgericht des Völkerbundes entschieden werden sollen, dann, meine ich, müßte es um so leichter sein, die Streitfragen innerhalb ein und desselben Volkes auf diesem Wege zu entscheiden, und die wirtschaftlichen Machtmittel wie der Streik aus dem Wege geräumt werden.

Meine Damen und Herren, drei Wege wären möglich, um die ausländischen Lebensmittel auf ein entsprechendes Niveau herabzudrücken.

Die erste Möglichkeit wäre die, daß man die Auslandswaren den Bemittelten gäbe und die Unbemittelten mit den inländischen Lebensmitteln belieferte.

Der zweite Weg wäre der, die Inlandsware mit der Auslandsware durcheinander zu verrechnen, um so zu einem annehmbaren Durchschnittspreise zu kommen. Dieser zweite Weg würde leider im Gefolge haben, daß im allgemeinen die Preise eine Steigerung erfahren und dadurch eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel zur Tatsache würde. Aus diesem Grunde muß man den zweiten Weg ablehnen.

Der dritte Weg wäre der — der auch von dem Begründer der Interpellation vorgeschlagen wurde — **Übernahme der Mehrkosten auf Reich, Staat und Gemeinde.** Nun hat der Herr Reichsernährungsminister sich stark gegen eine Übernahme auf das Reich ausgesprochen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß es leider bei den augenblicklichen finanziellen Verhältnissen geradezu eine starke Forderung bedeutet, wenn das Reich die gesamten Kosten tragen sollte, die eine solche Herabdrückung des Auslandspreises für Lebensmittel herbeiführen würde. Aber es wäre doch die Frage, ob nicht durch die Verteilung auf Reich, Staat und Gemeinde eine gewisse Herabsetzung der Preise sich doch ermöglichen ließe. Ich möchte dabei nicht beantragen, daß der Preis der ausländischen Lebensmittel auf den Preis der inländischen herabgedrückt werden möchte; aber zwischen 40 Pfennig für inländisches Mehl und 2,50 Mark für ausländisches Mehl ist ein so weiter Abstand, daß ich immerhin glaube, daß ein Mittelweg hier gefunden werden könnte.

Ein weiterer Weg, um die Verteilung und die Kosten der ausländischen Lebensmittel herunterzusetzen, ist auch der, daß die **Verteilungskosten** möglichst erniedrigt und herabgedrückt werden müßten. Es muß der kürzeste Weg zum Verbraucher gewählt werden, und der Handelsaufschlag muß ein möglichst niedriger sein. Jetzt, in dieser schweren Zeit, in der das deutsche Volk lebt, müssen von allen Faktoren Opfer gebracht werden, um den Übergang aus der jetzigen in eine bessere Zeit zu erleichtern. Überhaupt ist der Abbau der Preise das dringendste Problem, das augenblicklich die Regierung zu lösen hat. Dazu, glaube ich, ist nicht notwendig direkt eine Aufhebung der **Zwangswirtschaft**, das würde im allgemeinen augenblicklich nicht durchführbar sein; aber eine Änderung der Zwangswirtschaft könnte nach meiner Ansicht bestimmt eine Verbilligung der Preise herbeiführen. (Sehr richtig!) Augenblicklich haben wir zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher zunächst die Reichsregierung, dann kommen die Bezirkszentralen, dann die Gemeinden, der Grossist und endlich der Kleinhandel. Weswegen ist nicht ein Weg möglich, der direkt den Handel mit dem Erzeuger in Verbindung bringt? Das System der Bezugscheine, daß die Gemeinden nur die Bezugscheine ausgeben und der Handel sich sofort von dem Erzeuger, den Mühlen, das Mehl holt, die Margarine von den Margarinefabriken, würde ohne Zweifel eine engere Verbindung der Erzeuger mit dem Verbraucher herbeiführen und würde diese Zwischenkörperschaften, die Bezirkszentrale, die Gemeinden usw. ausschalten. (Sehr richtig!) Zwar gebe ich zu, daß das nicht direkt mit jedem Produkt möglich ist, aber es sind eine Anzahl Produkte, wo das möglich und unbedingt anzustreben ist. Ich stehe überhaupt auf dem Standpunkt, daß es notwendig sein wird, die **Gemeinden** aus der Lebensmittelversorgung immer mehr **auszuschalten.** Die Gemeinden haben

sich nicht so sehr als die guten Verwalterinnen der Lebensmittel erwiesen, wie es eigentlich notwendig wäre. Für die Zukunft sollten die Gemeinden nur diejenigen Lebensmittel führen, die sie vielleicht für die Armenpflege oder soziale, also aus Caritasrücksichten vertreiben müssen. Sonst müßte den Gemeinden nur die Aufsicht, dem genossenschaftlichen und privaten Handel die Bewirtschaftung und Verteilung übertragen werden. Wenn wir diesen Weg gehen, dann wird auch nach meiner Ansicht die Güte der Ware wieder bedeutend besser werden. Die Zwangsbewirtschaftung, wie wir sie augenblicklich haben, hat die Güte der Ware geradezu auf das tiefste Niveau heruntergedrückt. Augenblicklich hat kein Fabrikant mehr ein Interesse daran, eine gute Ware herzustellen, weil er ja sowieso seine Ware quitt wird. Es wird ihm angewiesen, an welche Gemeinde er liefert, und damit ist die Sache erledigt. Würde der Handel aber auf Grund von Bezugscheinen nur dort seine Ware entnehmen, wo er gute Waren erhielte, und nur derjenige Rohprodukte zugewiesen bekommen, der Bezugscheine des Handels hätte, dann würde die Güte der Ware nach meiner Ansicht außerordentlich steigen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Augenblicklich hat leider der Erzeuger kein Interesse an einer guten Qualität; das würde sich aber ändern, wenn ein anderes System einträte.

Meine Damen und Herren, die **Verteilung** der ausländischen Lebensmittel, wie sie der Herr Reichsminister vorgeschlagen hat, findet im allgemeinen unsere Zustimmung. Andere Wege lassen sich wohl kaum gehen. Ich möchte nur auf das eine hinweisen, daß man nicht immer einfach die **Gemeinden unter 50 000 Einwohnern** unberücksichtigt läßt, sondern daß hier die industrielle Durchsetzung des Bezirks mit in die Wagschale fallen muß und nach dort die Lebensmittel ebenfalls möglichst schnell geliefert werden müssen.

Meine Damen und Herren! Der **private Handel** hat sich in letzter Zeit, wie schon der Herr Interpellant ausgeführt hat, gegen die Zwangswirtschaft gewendet. Ich gestehe zu, daß *mit der Zwangswirtschaft die Ernährung unseres Volkes recht schlecht gegangen ist; aber darüber sollen wir uns auch klar sein: daß ohne die Zwangswirtschaft ein Teil unseres Volkes hätte verhungern müssen.* (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie sich die Verhältnisse ohne Zwangswirtschaft gestaltet hätten, hat sich ja bei denjenigen Artikeln gezeigt, die heute im freien Handel sind, bei Wein, Tabak, Zigarren und jetzt zuletzt auch bei den Eiern, obgleich heute eine Beurteilung noch nicht möglich ist, weil es sich um eine Übergangszeit handelt, und man zuerst diesen Übergang abwarten muß, um ein Urteil zu fällen. Trotz dieser Tatsachen stehe ich auf dem Standpunkt, daß *möglichst schnell der Abbau der Zwangswirtschaft erfolgen muß.* (Sehr richtig! im

Zentrum.) Nur die Grundlagen der Ernährung müssen vorläufig noch in der Zwangswirtschaft bleiben, z. B. Fleisch, Fett, Kartoffeln, kurz alles, was für die menschliche Ernährung unbedingt notwendig ist. Alles übrige soll man langsam freigeben, und besonders wenn die neue Ernte kommt, soll man möglichst alle jene Artikel, die sich gar nicht für die Zwangsbewirtschaftung eignen, wie Gemüse, Obst usw., dem freien Handel übergeben. Ich glaube, daß damit auch der Verbraucherschaft gedient ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn nun der freie Handel eintritt, so darf man selbstverständlich nicht von einer Freiheit reden, wie sie in der Vorkriegszeit gewesen ist. Eine Freiheit, die am letzten Ende nur den Profit als den einzigen Hebel der Arbeit feststellt, darf selbstverständlich in der zukünftigen Zeit nicht mehr in Frage kommen. Es muß auch in der Zukunft über dem freien Handel eine scharfe Preiskontrolle sein, auf daß nicht mehr der Profit und der Wucher bei uns im Volke Einfluß findet. An Stelle des Profits muß mehr die volkswirtschaftliche Aufgabe des Handels in den Vordergrund treten, und wenn diese in den Vordergrund tritt, dann dürfte nach meiner Ansicht auch eine Verbilligung der Warenverteilung erfolgen. In der Zukunft muß die Gesetzgebung und muß die gemeinnützige **genossenschaftliche Warenverteilung** jeden Profit bekämpfen, der über das hinausgeht, was rechtlich dem Handel und den Erzeugern zusteht. Meine Damen und Herren! Wir sollen uns darüber im klaren sein: wenn wir in der Zukunft wieder einmal volle Läden hätten, die breiten Schichten der Bevölkerung aber nicht die Möglichkeit hätten, diese Waren zu kaufen, so hieße das, den Bürgerkrieg in Permanenz zu erklären. *Wir müssen dafür sorgen, daß die Lebensmittel zu Preisen geboten werden, die auch die breiten Schichten bezahlen können.* (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte weiter an den Herrn Reichsminister die Bitte richten, auch dafür zu sorgen, daß das **besetzte linksrheinische Gebiet** weiter beliefert wird. So ist zum Beispiel festgestellt, daß im linksrheinischen Gebiet augenblicklich neun Mühlen mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark brachliegen, weil kein Getreide zum Vermahlen geliefert wird. Tausend Angestellte und Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Ich *würde es für richtiger halten, wenn man versuchen würde, aus dem Auslande Getreide zu bekommen anstatt Mehl; dann würden wir unsere Mühlen beschäftigen können und unsere Arbeiter würden Brot und Arbeit finden.* (Zustimmung im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir versuchen müßten, uns andere **Bezugsquellen** zu erschließen, als

sie uns augenblicklich von unseren Feinden gegeben werden. Unsere eigene Landwirtschaft wird auch in der Zukunft noch lange nicht in der Lage sein, das gesamte deutsche Volk zu ernähren. Auch wenn eine Verringerung des deutschen Volks durch Auswanderung usw. stattfindet, wird nicht die Möglichkeit vorhanden sein, daß die deutsche Landwirtschaft, die leider in der letzten Zeit in ihrer Erzeugungsfähigkeit sehr stark zurückgegangen ist, das gesamte Volk ernähren kann. Auf dieser Suche nach anderen Bezugsquellen richten wir unseren Blick nach Osten. Von Rußland werden wir in der Zukunft das erhalten können, was wir im deutschen Vaterlande gebrauchen. Selbstverständlich werden wir von dem Rußland der Sowjets nichts erhalten, weil da keine Ordnung, keine Kraft zur Erzeugung, zur Arbeit vorhanden ist. Aber wenn in Rußland wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind, wenn ein arbeitendes Rußland wieder vorhanden ist, dann glaube ich, daß uns vom Osten das werden kann, was wir wünschen. Rußland kann uns das an Lebensmitteln usw. geben, was wir brauchen, und Rußland kann von uns nehmen, was wir haben, Industrieprodukte usw. Rußland kann auch die edelste Ware, die wir demnächst exportieren müssen, von uns übernehmen, nämlich die Menschen, die auswandern müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es wird bedeutend richtiger sein, wenn der Menschenstrom der Auswanderer nach Rußland geht als in die Länder unserer Feinde, wo wir doch nicht geachtet werden. (Zustimmung im Zentrum.) Wir teilen mit Rußland das Schicksal der Unterlegenen, und die Unterlegenen werden sich zu allererst wieder finden, achten und helfen. Zwar werden wir aus Polen nichts erhalten, aber aus dem jetzigen Rußland werden wir alles das bekommen können, was wir in der Zukunft brauchen. Der „Rat der Vier“, der augenblicklich in Paris über die uns aufzuerlegenden Bedrückungen berät, soll nicht vergessen, daß, je mehr er das deutsche Volk herunterdrückt, um so größer die Interessengemeinschaft zwischen uns und Rußland sein wird. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Schließlich könnte den Feinden in dieser Koalition ein Gegner erstehen, der auch für sie gefährlich werden könnte.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zum Schlusse. Die Zukunft unseres deutschen Volks sieht nicht rosig aus. Ich glaube, daß das deutsche Volk, ehe der Übergang von dieser zu einer besseren Zeit erfolgt ist, noch durch ein tiefes Tal der Entbehrungen und des Elends gehen muß. Wir werden diesen Übergang, dieses Elend und diese Entbehrungen nur dann überstehen, wenn alle Deutschen gemeinsam bereit sind, dieses Leid zu tragen. Die Nächstenliebe und der soziale Gemeinschaftsgeist müssen das ganze Volk in dieser Zeit des Elends und der Entbehrungen verbinden. Nur gemeinsam getragenes Leid

und gemeinsame Arbeit werden uns aus dem Elend dieser Tage wieder hinaufführen zu einer neuen Wohlfahrt des deutschen Volks, trotz und alledem. (Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Vershofen.

Dr. Vershofen, Abgeordneter: Verehrte Frauen und Männer! **Der Verteilungsplan**, den der Herr Minister uns hier entwickelt hat, findet bei meinen politischen Freunden im allgemeinen Zustimmung, besonders wenn wir ihn, wie aus den Ausführungen hervorgeht, als einen vorläufigen betrachten dürfen. Allerdings möchte ich den Wunsch des Herrn Vorredners unterstützen, daß das **besetzte Rheinland** nicht vergessen werde, und daß man der Stimmung, die aus der Überzeugung hervorgeht — mag sie nun wahr sein oder mag sie nicht wahr sein —, daß das besetzte Land von uns benachteiligt würde, Rechnung trägt und durch Verteilung auch an diese besetzten Lande ihre Zugehörigkeit zu uns betont.

Wenn unter den verschiedenen Bergarbeiterdistrikten hier das **Siegerland** nicht genannt worden ist, so halte ich das für einen reinen Zufall. Ich glaube, daß der Herr Minister auch diesen Bezirk mitbedacht hat.

Weniger klar als in der Verteilung sehen wir einstweilen noch in der **Preisfrage**. Bei ihr lassen sich noch verschiedenartige Meinungen vertreten. Der Herr Interpellant hat an dieser Stelle gesagt: der Preis sei draußen 1100 oder 1200 Mark für die Tonne, bis die Ware aber zu uns komme, sei er 2000 Mark. Wir sehen nicht recht klar, wie dieser ungeheure Aufschlag von 66⅔ Prozent zustande kommt. Fracht kann das nicht sein. Wir wären dankbar, wenn uns Aufklärung gegeben würde, ob dieser Preis von 2000 Mark pro Tonne uns von den Lieferanten genannt worden ist, und wir ihn ohne weiteres genehmigt haben, ohne versucht zu haben, davon abzuhandeln.

Die zweite Phase der Preisbildung ist vielleicht noch interessanter und ist jedenfalls diejenige, über die sich am meisten sagen läßt. Ich meine die Verteilung der in unseren Besitz übergegangenen Ware. Ich spreche natürlich vom **Mehl**. Da sind 100 Prozent aufgeschlagen, und dieser Aufschlag wird damit motiviert, daß ein Ausgleich für das später kommende Brotgetreide geschaffen werden müsse, damit dieses nicht übermäßig verteuert, das Brot in seiner alten Preislage gehalten werden könnte. Das ist ein durchaus berechtigter und diskutabler Vorschlag. Aber diese Dinge sind nicht rein wirtschaftlich zu betrachten, zumal in der jetzigen Situation. Vielleicht liegt hier aber auch ein wirtschaftlicher Trugschluß vor. Der Herr Minister sagt uns auf der einen Seite: das Mehl, das jetzt zum Verkauf kommt und über dessen Preis in der Tat eine Beunruhigung besteht — ich kann nur bestätigen, was der Herr

Interpellant gesagt hat —, dieses Mehl kommt zunächst in die Bezirke, die besonders auf Nahrungsmittelzuschüsse angewiesen sind. Andererseits wird wieder gesagt, dieses Mehl sei wesentlich bestimmt, von den sozial Bessergestellten, Wohlhabenderen gekauft zu werden. Dann verstehe ich es nicht, warum man es gerade in den Distrikt schickt, wo die breiten Massen der weniger gut Gestellten von diesem Lebensmittel Gebrauch machen sollen. In der Tat ist es auch so, daß dieses Mehl dorthin kommt, wo sein Preis, wie richtig gesagt worden ist, so unverhältnismäßig viel höher ist als der bei uns festgelegte, daß nicht nur bei der gesamten Landwirtschaft eine leicht begreifliche Erregung über die kolossale Preisdifferenz zwischen einheimischem und auswärtigem Produkt sich einstellen muß, sondern daß auch bei der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen, die zunächst dieses Mehl kauft, die Überzeugung sich durchdrücken muß — diese ungeheuerlichen Preise (und bekanntlich läßt sich niemals ein Produkt völlig isolieren) ziehen die Preissteigerungen anderer Produkte mit sich —, daß diese starken Preise unbedingt Berechtigung geben und geben müssen zu **hohen Lohnforderungen.** (Sehr wahr!) Die setzen bekanntlich damit stets ein. Ich habe nun absolut keine Einwendung zu machen an sich gegen irgendeine höhere Lohnforderung; aber man bedenke doch, dieser Mehrpreis ist zu vergleichen mit dem Schleichhandelspreis, der ja doch eben so hoch oder noch höher gewesen ist. Aber ich frage, will man vielleicht die Schleichhandelspreise hier legitimieren? Das würde nur dazu führen, daß ein Standard der Preise hier offiziell anerkannt würde, der die allerverhängnisvollsten Folgen für unsere gesamte Wirtschaft haben müßte. (Sehr wahr!)

Als Folgen würden sich, wie ich schon andeutete und jetzt wiederhole, ausdrücken, daß unbedingt diejenigen, die auf derartige Preise angewiesen sind, ein höheres Einkommen verlangen müssen. Dieses Einkommen in Gestalt des Lohnes muß ihnen gegeben werden, und dieses höhere Lohnquantum, das sich im Arbeitsprodukt verkörpert, kann nur zum Ausdruck kommen in einer **höheren Preisnotierung des Produkts.** Was bedeutet das aber wieder? Das Produkt, das wir durch unsere Arbeit schaffen sollen, soll im gegenwärtigen Augenblick in erster Linie die volkswirtschaftliche Funktion erfüllen, nach außen zu zahlen. Im Brüsseler Abkommen steht nicht ohne Grund die Zahlung in Gold an letzter Stelle. Eine Zahlung, die der Entente behagen kann, ein Wert, der kauft, das ist nur die Ware. Wie wollen wir mit einer Ware kaufen, in der sich im letzten Sinne solche Preise niederschlagen, wie sie uns hier für das Mehl berechnet werden! Dann tritt nur am anderen Ende dieses Produktions- und Schaffens- und Konsumtionszirkels die Notwendigkeit auf, mit 2 Milliarden von neuem aus der Tasche der Allgemeinheit einzuspringen und hier das Fehlende zuzulegen. Das heißt, in diesem Falle den Preis für die Waren, mit denen wir die ferneren Zufuhren zahlen

wollen, so zu senken, daß die Ware überhaupt im Auslande noch konkurrenzfähig ist, was sie nicht ist, wenn derartige Preise sich in ihr niederschlagen, wie sie durch diese neue Mehlsendung inauguriert werden. Wir haben nur die Alternative, entweder diese Zubuße aus unserem Volksvermögen am Ende der Zirkulation, die mit diesem Mehl beginnt, einzuzahlen oder diese Zubuße jetzt am Anfang zu machen und damit einen der drei Wege, die der Herr Vorredner schon gekennzeichnet hat, zu benutzen, nämlich aus den Mitteln der Allgemeinheit jetzt die Zulage zu machen, die Preise zu senken und das, was uns zugeführt wird, auf den Preisstandard zu bringen, den wir jetzt allgemein haben. Diese 2 Milliarden, die das kosten wird, müssen wir meines Erachtens jetzt schon finden. Wenn wir sie jetzt nicht finden, müssen wir sie später finden, und dann wird es natürlich nicht bei 2 Milliarden bleiben. Ich würde mich freuen, wenn der Reichsminister meine Freunde und mich davon überzeugen könnte, daß das anders wäre.

Dann habe ich darauf hingewiesen: es handelt sich ja nicht nur um derartige volkswirtschaftliche, durch irgendwelche Ziffern im letzten Sinne zu belegende Erwägungen, sondern es handelt sich auch darum, daß mit diesen Dingen ganz ungeheuer starke Stimmungselemente verbunden sind. Wenn es möglich wäre — wie der Herr Minister darzulegen schien und wie es der Herr Vorredner angeregt hat —, daß diese Ware tatsächlich nur von denjenigen genommen würde, die entsprechende Preise zahlen können, dann wäre ja auch hinsichtlich dieses Stimmungselements wenig zu sagen. In der Tat ist es aber so: von dieser Ware kommen in einen der allerärmsten Bezirke Deutschlands, in dem ich wohne, in den Thüringer-Sonneberger Industriebezirk, 1100 Zentner. Die sind ganz auf die armen Heimarbeiter berechnet, die sollen diese Preise zahlen. (Zuruf von dem Ministertisch: Das brauchen sie nicht!) — Das brauchen sie nicht? Sie müssen die Ware haben, Herr Minister. (Zuruf vom Ministertisch: Sie können ja das billige Mehl nehmen!) — Das billige Mehl ist bis jetzt nicht zu uns gekommen. (Zuruf vom Ministertisch: Es ist da!) In dem Verteilungsplan, der mir bekannt ist, werden diese 1100 Zentner in unseren Bezirk hineingeleitet. Da gibt es gar nicht so viel reiche Leute, daß sie diese 1100 Zentner aufbrauchen könnten. Sie können für niemand anders als für die Gesamtheit bestimmt sein.

Eine derartige Teuerung dieses Produktes — ich spreche von dem Moment der Stimmung — wirkt auf die Stimmung zweifellos verschlechternd. Selbst wenn Leute, die es mehr oder weniger zahlen könnten, davon getroffen würden, wäre der indirekte Weg, daß das Reich jetzt den Zuschuß gibt und ihn auf irgendeinem steuertechnischen Wege von den Zahlungsfähigen nimmt, nicht viel besser für die Lenkung der Stimmung, mit der der Politiker zu rechnen hat als der direkte Weg, der jetzt nach Ansicht des Herrn Ministers beschritten werden soll? Die stimmungs-

mäßige Wirkung wäre, wenn diese Lebensmittel jetzt zu billigen Preisen an den Mann kämen, sehr viel größer.

Eine weitere Verteuerung außer diesen 100 Prozent. über deren Herkunft ich jetzt gesprochen habe, kommt dadurch, daß die Kommunen an der Verteilung beteiligt sind. Zwar haben wir gehört, daß der Großhandel und Kleinhandel durchaus nicht ausgeschaltet werden sollen, aber die Kommune hat wieder die Verteilung. Ich kann nur das kurz wiederholen, was der Herr Vorredner bezüglich der **Ausschaltung der Kommunen** gesagt hat; denn die 34 Prozent, die durchschnittlich in Deutschland noch auf diese Ware, wie es mir scheint, dadurch heraufkommen, daß die Kommunen die Verteilung haben, würden sich nach meiner Erfahrung im kaufmännischen Leben höchstens auf die Hälfte, auf 17 Prozent, ermäßigen, wenn die Kommunen nicht hier in irgendeiner Form als Händler mitbeteiligt wären. Ich würde es sogar für äußerst bedenklich halten, wenn irgendeine Kommune oder ein Kommunalverband an diesem teuren Mehl und Brot schließlich noch irgendeinen Bruchteil eines Prozentsatzes verdienen sollte. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Die Kommune als Aufsichtsbehörde, als Kontrollbehörde für diese Dinge lasse ich mir gefallen, aber als Verteilungsstelle in keiner Weise. Ich brauche Ihnen nur das wieder in Erinnerung zu rufen, was der Herr Minister gesagt hat. Er hat ganz ausdrücklich mit einer erfreulichen Klarheit festgestellt, daß sich die Kommunen auf der ganzen Linie auf dem Gebiet des kaufmännischen Gebarens gegenüber dem privaten Unternehmer als unterlegen gezeigt haben. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Für uns ist hier nur eins ausschlaggebend — ich bin kein rechtgläubiger Marxist, bin also durch kein Dogma hier gebunden, — für mich ist hier nur eins ausschlaggebend: kommt die Sache der Allgemeinheit billiger oder kommt sie teurer? Ich frage hier als Kaufmann: wer bedient mich am vorteilhaftesten? Von dem will ich bedient sein, und das ist bis auf weiteres der private Handel in jeder Instanz. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Das hat sich klar bewiesen.

Schließlich kommen wir bei dem allen, ob wir die zwei Milliarden nach meinem Vorschlage und dem meiner Freunde jetzt oder ob wir sie später einschalten, wenn wir unsere zu teuren Waren nicht konkurrenzfähig auf den Weltmarkt werfen können, zur **Bezahlung**, indem wir dann zur **Senkung der Preise** zuschießen. Wir kommen schließlich auf jedem Wege doch wieder auf dasselbe. Volkswirtschaftlich ist es allerdings ganz gleichgültig, ob ich jetzt die Mehlpreise und sonstigen Preise senke, oder ob ich später irgendwelche künstliche Maßnahmen treffe, um meine Ware auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Meine

Valuta wird durch beide Verfahren geworfen, durch beide Verfahren werden die Lebensmittelpreise schließlich wieder erhöht; wir sitzen in dem eisernen Zirkel drin und können ihn nicht zernagen, hier oder dort habe ich zuzugeben: das Hineinwerfen von allgemeinen Werten in die Produktion, die nicht ursprünglich in ihr erzeugt sind, verschlechtert die Produktion, verschlechtert meine wirtschaftliche Stellung.

So bleibt schließlich nur das übrig, was auch der Herr Minister mit Recht hervorgehoben hat, das, was den wirklichen Wert schafft: die **Arbeit.** Gelingt es uns, die Arbeit in einer Weise zu organisieren, von der bis jetzt allerdings noch keine Vorstellung zu herrschen scheint, dann ist es uns vielleicht möglich, die nötigen Werte zu produzieren. Wir haben gar keine andere Wahl, als durch eine unerhört geschickte und sparsame Organisation der Arbeit, Schritt für Schritt, Prozent für Prozent, die Valuta wieder aufzubauen, d. h. die Preise wieder abzubauen. Bis dahin ist ein langer Weg. Nur so läßt es sich machen. Bleibt die Arbeit in der laxen Verfassung, in der sie jetzt ist, dann können wir zwar augenblickliche Hilfe schaffen auf dem Wege, wie ich ihn gekennzeichnet habe; wir sind uns aber klar, daß wir schließlich und letzten Endes rettungslos in die Katastrophe hineinfahren, die da heißt: ein Land, das, auf sich selbst gestellt, nicht existieren kann, verliert nach außen hin jeden Kredit und kann nicht mehr kaufen, weil es nicht mehr zahlen kann. Man rede nicht von Gold, Devisen, ausländischen Werten. Das erstere ist vielleicht im letzten Sinne gar kein Zahlungsmittel, die anderen sind sehr bald erschöpft, und zuletzt zahlen wir eben doch nur mit der Arbeit.

Wenn diese Arbeit als richtiges Zahlungsmittel bei uns ihren Wert wieder bekommen soll, dann kann das meines Erachtens nur unter zwei Bedingungen geschehen: erstens, daß bei uns eine andere Gesinnung wachgerufen und lebendig wird als diejenige, die bisher die Massen treibt: die Gesinnung, die sich in ihrem Extrem im Bolschewikentum kundgibt, diese Desperadogesinnung, die die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge deswegen übersieht, weil sie diese offenbar nicht kennt, oder weil sie das Temperament an die Stelle des Verstandes setzt; das ist menschlich sehr verständlich, und für diejenigen, die ihren Verstand so leicht ausschalten können, zweifellos bis auf weiteres ein sehr bequemer Weg. Bis auf weiteres!

Dieser Gesinnung muß die andere gegenübertreten, daß nur durch brüderliches Eintreten des einen für den andern die Menschenleben bei uns vor Hunger- und anderem Tod bewahrt werden können, und daß das Schicksal des einzelnen mit der Allgemeinheit nie so stark verflochten war wie jetzt, daß jeder, der jetzt für sich bis zum letzten seine Pflicht tut, auch die Pflicht der Gesamtheit erfüllt. Gelingt es uns, in irgend einer Weise noch in letzter Stunde diese vielleicht nüchterne Philosophie

der Arbeit und der Pflicht wieder wachzurufen, dann mag uns vielleicht noch geholfen werden.

Dazu gehört aber auf der anderen Seite auch, daß die Zwangswirtschaft beseitigt wird. — Ich meine nicht die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung — das würde katastrophal wirken —, wohl aber die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung, auf dem Gebiete der Einfuhr. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ich konstatiere und glaube, damit etwas zu sagen, was sich vertreten läßt: das Reich als solches hat draußen keinen Kredit mehr. Der Kredit, auf den wir uns stützen können, das ist der **Kredit der privaten wirtschaftlichen Unternehmungen** dieses Landes (lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten), das ist der Kredit, der in Menschenaltern und Generationen von einheimischer zu auswärtiger Firma aufgebaut worden ist. Es sind das keine vagen Vermutungen; ich bin bereit, jedem Zweifelnden diese Dinge schwarz auf weiß zu zeigen. Es ist das der Kredit, den die amerikanischen, die Schweizer oder sonstigen Firmen auf Jahre hinaus dem deutschen Hause gewähren wollen. Unter einer Voraussetzung! — daß bei uns geordnete Zustände sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Dieser private Kredit, der uns allein noch retten kann und zu dessen voller Auswirkung alle Beschränkungen und Bureaukratisierungen der Wirtschaft in Einfuhr und Ausfuhr möglichst bald beseitigt werden müssen, tritt in dem Augenblick in Erscheinung, wo sich der Kreditgeber im Ausland sagen kann: in Deutschland bahnen sich gesunde und geordnete Zustände an. Er schwindet in dem Augenblick, wo derartige Aufstände, Revolten usw., wie sie hier schon berührt worden sind, eintreten. Mir sind Fälle bekannt, daß Schweizer und andere auswärtige Häuser bereits erteilte langfristige Kredite gekündigt haben beim letzten Bergarbeiterstreik. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Also nicht nur die Schäden, die gerade der Herr Minister gekennzeichnet hat, sondern auch solche, die nicht so klar auf der Oberfläche liegen, entstehen durch diese vollständig sinnlosen Streiks, wie wir sie haben.

Unter diesen beiden Bedingungen — der Erweckung einer anderen Gesinnung im Rahmen einer wirtschaftlichen Organisation, wie sie von der Mehrheit unseres Volkes gewünscht wird, und der Freigabe der Weltwirtschaft, auf die wir ja doch einmal angewiesen sind, wenn wir nicht verhungern wollen, der privaten Unternehmungslust —, auf diesen beiden Pfeilern mag sich vielleicht noch ein schützendes Dach über unser Land und unser Gemeinwesen bauen lassen. Gelingt das nicht, dann stehen wir nur noch vor der anderen Alternative. Wollen wir Arbeit nicht exportieren, verehrte Frauen und Männer,

dann haben wir Menschen zu exportieren. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Denn mit irgend etwas haben wir zu zahlen. Es ist ein unerbittliches — man liebt es ja, von volkswirtschaftlichen Gesetzen zu sprechen —, also sage ich, es ist ein unerbittliches Gesetz, daß wir entweder mit der Arbeit oder mit Menschen bezahlen. Können wir uns nicht entschließen und finden wir nicht mehr die Kraft, uns in den nächsten Monaten zu dem ersten Zahlungsmittel zu bekennen, nun, dann tun Sie, verehrte Frauen und Männer, am besten, Sie organisieren die Auswanderung als das letzte Mittel gegen das Verhungern. (Zuruf: Aber wohin?) — Mit Recht wird hier hervorgehoben: wohin? — Also arbeiten wir, nicht wahr! Jetzt sind die Grenzen noch zu, wir können nicht heraus, also bleibt uns keine Wahl.

Die **überpersönliche Logik des Geschehens**, die über dem einzelnen schwebt, scheint sich in dem **Bolschewikentum** ja geradezu zu manifestieren, in dem es unbewußt die Forderung stellt: Dezimierung der Bevölkerung bis zum Zustand der geschlossenen Wirtschaft. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Ich meine, das ist die überpersönliche Logik, die in dem Bolschewismus schlummert, wenn sie sagen oder — sie sagen es nicht — wenn sie fühlen: wenn ich nicht arbeiten will, dann muß ich die Zahl meiner Mitmenschen in irgendeiner Weise dezimieren. Wenn wir diese überpersönliche Logik des Geschehens erkannt haben, dann haben wir als Menschen, deren Aufgabe es ist, sich ihres Lebensumkreises bewußt zu werden, nur noch eins zu tun: diese Dinge klar hervorzustellen und zu sagen, es gibt zwei Alternativen, die eine heißt Arbeit zur Bezahlung dessen, was wir bedürfen, und die andere spaltet sich wieder in zwei Möglichkeiten, von denen die eine Export von Menschen und die andere Totschlag von Menschen ist. So liegt die Zeit, so muß man es zeigen. Es sollte für unser Volk nicht schwer sein, sich zu entscheiden, was jetzt zu geschehen hat, und mit meinem Vorredner traue ich ihm bis zum letzten Augenblick, bis ich mit ihm untergehen muß, die Kraft der Gesundung zu. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Arnstadt.

Arnstadt, Abgeordneter: Verehrte Damen und Herren! Wie uns der Herr Reichsernährungsminister vorhin auseinandergesetzt hat, werden uns nicht die 300 000 Tonnen Brotstoffe geliefert, sondern wir haben nur das Recht, 300 000 Tonnen Getreide im Ausland aufzukaufen. Erfreulich war es, zu hören, daß unser Bedarf nicht so groß ist, wie man ursprünglich annahm. Der Herr Reichsernährungsminister hat gesagt, daß infolge guter Ablieferung das Defizit heute nur noch 600 000 Tonnen beträgt.

Werfen wir nun einen Blick auf unsere **normalen Ernten**, wie wir sie vor dem Kriege hatten. Wir ernteten durchschnittlich 30 Millionen

Tonnen Getreide. Also wäre der Bedarf der Einfuhr nur noch 2 Prozent einer normalen Ernte. Wir wissen ja, daß die Kriegsernten wesentlich niedriger waren. Auf die Ursachen brauche ich nicht weiter einzugehen. Der Kulturstand des Ackers war sehr zurückgegangen, die Düngemittel und Arbeitskräfte fehlten, und dann hatten wir auch besonders ungünstige Witterungsverhältnisse. Aber gerade die Ernte 1918 war die beste Getreideernte, die wir während des Krieges hatten, und wir wären sicher in diesem Jahre weit besser ausgekommen als in vorhergehenden Jahren, und dennoch ist es so weit gekommen, daß wir bei unseren Feinden um Brot betteln müssen. Es ist dies einer der traurigen Erfolge der „glorreichen Errungenschaften der Revolution". (Sehr richtig! rechts.) Was sind alles für Nahrungsmittelmengen beim Rückzug vernichtet worden. Die Verteilung hat nicht mehr entsprechend durchgeführt werden können, Kartoffeln und Rüben sind in großen Mengen, namentlich im Osten, erfroren wegen des Mangels an Arbeitskräften. Dann hat man auch am 1. Dezember 1918 zu einer Erhöhung der Brotration gegriffen. Man ist von 1950 auf 2350 Gramm gegangen. Durch eine Verordnung vom 24. Februar hat man die Fleischration von 250 Gramm auf 300 Gramm erhöht. Gewiß, man hat sehr bald wieder damit abbauen müssen. Es waren dies Beruhigungsmittel, die aber den tatsächlichen Verhältnissen durchaus nicht entsprachen und in großem Widerspruch mit den Tatsachen standen.

Dann traten Streiks ein. Was haben die uns alles in unserer Ernährung geschadet. Der Herr Reichsernährungsminister hat ja mit sehr treffenden Worten die verderblichen und verbrecherischen Streiks gekennzeichnet. Diesen Streiks verdanken wir in erster Linie unsere traurige Lage (sehr richtig! rechts), und die Streiks sind schuld daran, wenn es uns nicht möglich sein sollte, aus dem Ausland die erforderlichen Mengen Nahrungsmittel zu beschaffen, weil uns die Zahlungsmittel hierzu fehlen. Gold haben wir nicht in genügender Menge, und durch die Streiks fehlt es uns an Kohlen, an Kali und an Eisen als Gegenleistung.

Mit den Ausführungen des Begründers der Interpellation des sozialdemokratischen Redners will ich mich nicht näher beschäftigen, ich will auf seine Ausführungen in bezug auf die Zucker-, die Eierbewirtschaftung usw. nicht näher eingehen; denn gerade sein Parteigenosse, der Herr Reichsernährungsminister Schmidt, hat ihn ja in einer solchen Weise widerlegt, daß ich glaube, wenn ich noch näher darauf eingehen würde, ich nur den Eindruck abschwächen würde. (Zustimmung rechts.) Wir erkennen es dankbar an, daß der Herr Reichsernährungsminister den Mut gezeigt hat, die Verhältnisse so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit liegen. Wir sehen da, daß Theorie und Praxis doch ganz verschiedene Dinge

sind. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man an verantwortlicher Stelle steht, muß man ganz andere Saiten aufziehen, als wenn man nur einseitig Theorien zu vertreten hat. Wir wollen hoffen, daß dem Reichsernährungsminister sein mutvolles Eintreten bei seinen Parteigenossen nichts schaden wird.

Bezüglich der **Preise der einzuführenden Lebensmittel** bedauern wir es aufrichtig, daß diese so hoch sind. Wir bedauern es im Interesse derjenigen Konsumentenkreise, die diese hohen Preise anlegen müssen. Wir geben aber dem Herrn Reichsminister darin recht: es sind nicht immer die Arbeiter, die die schwächsten Kreise darstellen (Zustimmung rechts), die am wenigsten in der Lage wären, diese hohen Preise zu bezahlen. Es gibt weite Kreise, die in dieser Beziehung schwächer sind; ich will hier nur die Festbesoldeten erwähnen, die unter den Teuerungsverhältnissen mehr zu leiden haben.

Eins beweisen aber diese hohen Lebensmittelpreise: wie billig die **deutsche Landwirtschaft** während des ganzen Krieges das deutsche Volk ernährt hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, sie hätte dafür mehr Anerkennung verdient, und man hätte nicht immer die deutschen Landwirte beschimpfen sollen; sie haben wirklich viel für die Ernährung geleistet. (Zuruf.) — Ich gebe zu, daß die Landwirtschaft zum Teil gut verdient hat. Dies ist aber nicht immer der Fall gewesen, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es durchaus nicht zutreffend. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Wenn der Landwirt heute mehr Geld hat, als er jemals gehabt hat, so geht dies auf Kosten der Substanz, auf Kosten seines ganzen Betriebskapitals. Sein Viehstand ist vermindert. (Zustimmung rechts.) Seine Äcker sind heruntergewirtschaftet, so daß, wenn er alles wieder vollständig ergänzt, von dem Mehrverdienst vielfach nichts übrig bleiben wird.

Die Preise sind ungewöhnlich hoch für die einzuführenden Lebensmittel. Man hat sich aber bei uns zu sehr an die niedrigen Preise gewöhnt; denn wir haben in Deutschland bis 1917 für Weizen einen Preis von 290 Mark, für Roggen von 270 Mark pro Tonne gehabt. Von 1918 ab ist pro Tonne 35 Mark aufgeschlagen, so daß Weizen 325 Mark, Roggen 305 Mark pro Tonne kostet. In Frankreich betrug zur selben Zeit der Preis 750 Franken, also 600 Mark beim Weizen und 550 Franken oder 440 Mark beim Roggen pro Tonne. In der Schweiz kostet Weizen und Roggen 640 Franken oder 512 Mark. Bei uns hat man immer nur darauf gedrängt, daß wir möglichst billig sein sollten — ohne Rücksicht auf die Höhe der Produktion! Die Produktion ist so durchaus nicht gefördert worden. Wir haben heute eine ganz bedeutende Steigerung der Produktionskosten zu verzeichnen. Unsere Düngemittel kosten das Dreifache wie zu Friedenszeiten. Alle Bedarfsartikel, die auch der Land-

wirt braucht, sind bedeutend im Preise gestiegen. Wir haben ferner mit dem Sinken der Erträge zu rechnen. Auch das Sinken des Geldwertes ist für die Landwirtschaft von der größten Bedeutung. Alles dies hat dazu beigetragen, daß die Produktionskosten und Produktionspreise immer weniger im Einklang standen. Jetzt ist dazu noch eine ganz erhebliche Lohnsteigerung bei den landwirtschaftlichen Arbeitern gekommen. Wir erkennen die Notwendigkeit der Lohnsteigerung vollkommen an. Denn wir können von unseren Arbeitern nicht verlangen, daß sie, wenn sie 200 Mark und noch mehr für einen Anzug und 60—70 Mark für ein Paar Stiefel bezahlen sollen, noch zu den alten Löhnen arbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Dies muß dann aber auch wieder auf andere Weise in Form höherer Produktenpreise zum Ausdruck kommen. Dazu kommt nun aber auch noch, daß jetzt durch die Einführung des Achtstundentages, der doch auch für vier Monate in der Landwirtschaft eingeführt ist, die Arbeitszeit auch in den anderen Monaten sehr wesentlich verkürzt ist und auch dadurch die Produktionskosten ganz erheblich gesteigert sind.

Ja gewiß, die Interessenvertretung der deutschen Landwirtschaft hat von Anfang an die Beschlagnahme und die Festsetzung von mäßigen Höchstpreisen verlangt. Aber sie hat damals nicht voraus sehen können, daß der Krieg vier Jahre und noch länger dauern würde und daß dann bei veränderten Verhältnissen, bei gesteigerten Produktionskosten auch die Preise auf dieser niedrigen Höhe gehalten werden sollten. Der Herr Reichsernährungsminister Schmidt hat neulich in seiner Rede gesagt, daß an eine Herabsetzung der Getreidepreise nicht zu denken wäre. Von einer Erhöhung hat er allerdings nicht gesprochen, die Frage hat er anscheinend noch offen gelassen. Heute hat er sich, soweit ich gehört habe, auch nicht darüber ausgelassen, daß wir mit einer entsprechenden Erhöhung der Getreidepreise rechnen können. Früher war der Herr Reichsminister Vorsitzender des Ausschusses für Konsumenteninteressen, und da konnte ich seinen Standpunkt verstehen, wenn er nur einseitig die Interessen der Konsumenten vertrat. Jetzt aber hat er doch auch die Pflicht, für die Hebung der Produktion zu sorgen, und wir hätten es gern gewünscht, wenn uns schon vor der Frühjahrsbestellung der Weg gezeigt worden wäre, den die Reichsregierung zu gehen beabsichtigt.

In den Mitteilungen aus dem Reichsernährungsministerium vom 20. März heißt es:

> Mit Rücksicht hierauf erscheint eine Herabsetzung der Preise für Getreide und Kartoffeln als ausgeschlossen.

Und dann weiter:

> In jedem Falle können die Erzeuger damit rechnen, daß ihnen für die noch mit Höchstpreisen zu belegenden Produkte solche Erlöse zugebilligt werden, welche erforderlich sind, um die mit den beschränkten Produkionsmitteln überhaupt mögliche Höchstleistung der Wirtschaft auf-

recht zu erhalten. Darüber hinauszugehen verbietet jedoch die Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Verbraucher.

Gut, wir sind vollständig mit diesem Satze einverstanden. Wir wollen nicht darüber hinaus berücksichtigt sein. Aber das können wir doch verlangen, daß wenigstens dem Landwirt auch seine Produktionskosten vollständig gedeckt werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich nehme an, daß der Herr Reichsminister diesen Mitteilungen aus dem Reichsernährungsministerium nicht fernsteht und daß er sich damit einverstanden erklärt. Ich glaube, wenn wir diese Forderungen aufstellen, dann handeln wir auch im Interesse der Konsumenten. Denn wenn es uns gelingt, die Produktion zu steigern, dann brauchen wir nicht die hohe Einfuhr, und bei unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage ist es dringend erwünscht, daß wir so wenig wie möglich auf die Einfuhr von solch teurem Getreide angewiesen sind.

Verehrte Anwesende, gestatten Sie mir, mit einigen Worten auf den Schleichhandel einzugehen. Es ist dies wohl eines der unerfreulichsten Kapitel der ganzen Zwangswirtschaft. Ich will nicht untersuchen, auf welcher Seite die Schuld am größten ist, ob bei den Produzenten oder Konsumenten. Ich glaube aber — der Saal ist zwar nicht reichlich besetzt — (sehr richtig! und Heiterkeit) aber auch bei vollerer Besetzung würde ich wohl unwidersprochen die Behauptung aufstellen dürfen: wir sind allzumal Sünder, alle, die wir hier versammelt sind, werden gegen die eine oder andere der Tausende von Verordnungen verstoßen haben, und ich möchte auch die Herren von der Ministerbank nicht ausgenommen wissen. (Zuruf rechts.) — Es wird gesagt, es sind keine da, ich meine aber, auch wenn sie vollzählig vertreten wären, würde kaum einer dagegen Protest erheben und sich vollständig frei von aller Schuld bekennen.

Die Hauptschuld liegt aber jedenfalls in dem ganzen System der Zwangswirtschaft. Wer will es schließlich dem Bauer verdenken, wenn er einmal einen Zentner Getreide hintenherum verkauft! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Gewiß, das soll er nicht, aber wenn er seine Produktionskosten nicht decken kann, was soll er dann machen? Aber wenn das Mehl dann in die Hände der Konsumenten kommt, ist es um das Zehnfache verteuert, den Gewinn steckt der Zwischenhandel ein. Und wer will es schließlich dem größeren Landwirt verdenken, wenn er sich hauptsächlich auf den Anbau lohnenderer Kulturpflanzen verlegt. Er muß doch seine Produktionskosten decken, und beim heutigen Getreidepreis ist ihm das vollständig unmöglich.

Deshalb, verehrte Anwesende: wir wollen wieder ehrlich werden, und deshalb müssen wir für den Abbau der Zwangswirtschaft eintreten. Der Antrag Roesicke, den wir im vorigen Jahre eingebracht haben, sollte

den Weg dazu anbahnen. Wir wollten das Umlageverfahren einführen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Siehe Payer!) Es wurde uns der Einwand gemacht, daß die Decke zu kurz wäre. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Nach unserer Ansicht wären wir aber wesentlich weiter gekommen, wenn man sich damals auf dieses Gebiet gewagt hätte. Kann man sich beim Brotgetreide dazu noch nicht entschließen — und ich will nicht verkennen, daß gewisse Bedenken beim Brotgetreide vorliegen —, dann sollte man doch endlich wenigstens Ernst machen beim Abbau der Zwangswirtschaft für Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte und eventuell auch für Kartoffeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich auch auf allen anderen Gebieten, wo es sich um Artikel für den täglichen Bedarf handelt. Wir müssen soviel wie irgend möglich diese Zwangswirtschaft abbauen. Wir können ja das Umlageverfahren bei Gerste und Hafer soweit aufrecht erhalten, als es sich darum handelt, noch weitere Nährmittel zu schaffen. Aber die ganze Zwangswirtschaft mit all ihren Kriegsgesellschaften ist in weiten Kreisen nicht beliebt.

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir, daß ich mit einigen Worten auf eine solche **Kriegsgesellschaft** eingehe. Es liegt mir ein Schreiben vor, das lautet:

> Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Posen, an die wir unser Obst zwangsweise haben abgeben müssen, ist seit November vorigen Jahres zahlungsunfähig. Ich verliere mehrere tausend Mark. Im ganzen schuldet sie den Obst- und Gemüselieferanten sieben Millionen Mark. (Hört! hört!) Das Vermögen der Obst- und Gemüsezüchter wird also von einer durch das Reich errichteten Stelle zwangsweise verwirtschaftet. Das ist ein gutes Beispiel der vielgerühmten Kriegswirtschaft. (Hört! hört!)

Nun, meine Damen und Herren, wir hoffen, daß auch beim Obst die **Zwangswirtschaft** endlich aufgegeben wird, denn gerade beim Obst ist die Zwangswirtschaft ein sehr trauriges Kapitel. Wie viel Obst ist deshalb verfault, weil man es dem freien Handel nicht überlassen wollte! Der freie Handel ist ja immer der beste Regulator. Diese Überzeugung macht sich jetzt in immer größeren Kreisen bemerkbar. Es kommen ja Stimmen aus allen Kreisen der Bevölkerung, die sich für den **Abbau der Zwangswirtschaft** aussprechen. Sie haben ja täglich in Ihren Einläufen solche Eingaben und Petitionen. Ich will nicht näher darauf eingehen; denn ich nehme an, daß alle Mitglieder der Nationalversammlung eingehend alle die Drucksachen, die ihnen zugehen, durchstudieren (Heiterkeit) und deshalb vollständig im Bilde sind.

Nur mit ein paar kurzen Sätzen möchte ich hier auf die Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 21. Februar eingehen. In ihrer Einleitung sagt diese Eingabe, daß weite Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung über die Zwangswirtschaft sehr empört seien, und dann heißt es wörtlich weiter:

Aus diesem Grunde fordern wir jetzt, unmittelbar vor Beginn der Frühjahrsbestellung, also in letzter Stunde, daß mit dem Abbau der Kriegswirtschaft ohne Verzug begonnen wird, und daß namentlich für die Produkte, deren öffentliche Bewirtschaftung sich am wenigsten bewährt hat, diese sofort aufgehoben wird. Demgemäß beantragen wir auf das dringendste, daß für Gemüse, Obst, Kartoffeln, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Stroh und Heu sofort der freie Verkehr ohne Beschlagnahme und Preisregulierung eingeführt wird. Wenn es für Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte notwendig erscheint, eine bestimmte Menge für die öffentliche Hand durch Lieferungsverträge zu sichern, so darf dies nur innerhalb der unbedingt notwendigen Grenzen geschehen; die darüber hinausgehende Menge ist dem freien Verkehr zu überlassen.

Dann liegt weiter eine Eingabe des Vereins Frankfurter Händler vor. Dann ist hier eine Eingabe von einem Herrn Richard Pfaff in Hamburg, die sich mit der Rede des Herrn Reichsministers beschäftigt. Ich möchte daraus nur ein paar kurze Sätze mitteilen. Er sagt in seiner Erläuterung:

In manchen Kreisen verlangt man noch Höchstpreise für den Produzenten. Ich glaube aber, davon aus folgenden Gründen abstehen zu müssen:

1. würde durch eine derartige Bestimmung der Vorzug einer enormen Einfachheit durchkreuzt, denn abgesehen von den Höchstpreisen des Getreides usw. bilden die Genehmigung und Festsetzung der Höchstpreise von tausenden Produktionsartikeln viele Verschleppungen und Unterbindungen einer Fabrikationsmöglichkeit;

2. dürften sowohl die landwirtschaftliche Produktion wie die technische Fabrikation der verschiedenartigsten Artikel durch vorübergehende höhere Preise bei weitem gefördert werden und ein allmählicher Ausgleich durch offene Konkurrenz schneller und am korrektesten eintreten;

3. liegt es im Sinne von Recht und Billigkeit, wenn man lieber vorwärts strebenden Agrariern und Fabrikanten zeitweise einen höheren Verdienst gönnt, anstatt denselben dem Auslande oder dem Schiebehandel weiter zu belassen. Zweifellos werden die Auslandspreise vorläufig teurer sein als die bisherigen Produzenten-Inlandspreise, also letztere mit anziehen; späterhin aber wird es umgekehrt sein, und dann soll sich die deutsche Produktion dem Weltmarkte ebenfalls anpassen.

Ich könnte noch eine ganze Anzahl von Stimmen anführen, die nicht von Agrariern stammen, sondern aus volkswirtschaftlichen Gründen laut geworden sind. Aus Gründen der Vernunft tritt man ein für den Abbau der Zwangswirtschaft. Wenn beim Brotgetreide die Zwangswirtschaft noch erforderlich ist, so wird sie vorläufig auch noch beim Schlachtvieh nötig sein. Aber sobald erst der Weltmarktpreis und die Einfuhr mit bei uns in die Erscheinung tritt, dann soll man diese Zwangswirtschaft abbauen und so bald wie möglich aufheben. Die Eingriffe in unsere Viehhaltung sind auch sehr bedenklich. (Sehr richtig! rechts.) Die Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats sagt hierzu:

Die bisherigen Eingriffe in den Viehstand haben denselben bereits in bedenklicher Weise reduziert. Neuerdings sind diese Eingriffe trotz des Fortfalls der Heeresversorgung noch schärfer geworden und tragen

wie die Klagen aus dem Lande zeigen, sehr zur Verbitterung und Verzweiflung der ländlichen Bevölkerung bei. Da bei derartigen Eingriffen die Milcherträge zum Verderb der Kinderernährung noch stärker sinken werden und die schon völlig unzureichende Düngererzeugung noch weiter zurückgehen und dadurch die nächste Ernte noch mehr gefährdet wird, fordern wir aufs neue, daß endlich dem Raubbau am deutschen Viehstande Einhalt getan wird.

Verehrte Anwesende, durch den Schweinemord war es ja unvermeidlich, daß dann in unsere Rindviehhaltung zu stark eingegriffen werden mußte. (Sehr richtig! rechts.) Die Folgen davon sind, daß es heute schon die größten Schwierigkeiten macht, unsere Großstädte mit Milch zu versorgen, und wenn dem nicht Einhalt geboten wird, wird die Milchzufuhr ganz ins Stocken kommen, und die Butterversorgung wird noch mehr zurückgehen.

Wir fordern deshalb, daß uns die Gerste wieder freigegeben wird. Dann können wir wieder mehr Schweine halten, und dann wird auch die Fettversorgung der Städte wieder besser werden. (Sehr richtig! rechts.)

Betrachten wir aber die gegenwärtigen Höchstpreise für Vieh: 70 bis 80 Mark für den Zentner Lebendgewicht! Beim Zugvieh ist der Preis der doppelte. Im Schleichhandel wird ja der vier- und fünffache Preis gezahlt. Bei diesen Preisen ist es unmöglich, daß der Landwirt noch weiter Vieh produzieren kann. Wir verlangen, ebenso wie beim Brotgetreidepreis, daß da ein entsprechender Aufschlag, der den Produktionskosten entspricht, durchgeführt wird. Wir verlangen, daß die Festsetzung der Preise unter Mitwirkung von landwirtschaftlichen Sachverständigen erfolgt.

Wie ich bereits ausführte, verlangen wir außer der Erhöhung der Brotgetreide- und der Schlachtviehpreise den weitestgehenden Abbau der Zwangswirtschaft und die Einführung des freien Handels. Frankreich hat bereits mit dem Abbau der Zwangswirtschaft begonnen; in Norwegen sind die Höchstpreise gefallen, und auch die Rationierung ist aufgegeben worden. Im Auslande sind allerdings die Ernährungsverhältnisse wesentlich besser als bei uns; nur in Rußland sind sie bekanntlich trostlos infolge der sinnlosen Aufteilung des Ackerlandes. Wir wissen, daß in Amerika, Australien und Argentinien große Weizenvorräte liegen; aber wir sehen ja, zu welchen Preisen uns dieselben geliefert werden sollen. Fleisch gibt es bekanntlich in Amerika noch in großen Mengen. Aber die fünf größten Firmen, Armour usw. haben sich zu Trusts vereinigt und kaufen alles verfügbare Fleisch und Vieh zusammen, und die werden uns dann schon die Preise diktieren. Allein für das Jahr 1918 sind in Amerika Preissteigerungen beim Rindvieh von 25 Prozent, bei den Schweinen von 33 Prozent, bei den Schafen von 22 Prozent zu verzeichnen. Daraus ersehen wir, daß wir bestrebt sein

müssen, soweit das irgend möglich ist, uns in der Produktion auf eigene Füße zu stellen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Kollege Schlack hat vorhin gesagt: Die **Landwirtschaft** wird niemals in der Lage sein, die **deutsche Bevölkerung** zu **ernähren.** Ich stehe auf einem anderen Standpunkt. (Zustimmung rechts.) Verschiedene Volkswirtschaftler haben wiederholt ausgeführt, daß wir sehr wohl in die Lage kommen können, das deutsche Volk mit deutschen Erzeugnissen zu ernähren. Wenn das vor dem Kriege noch nicht möglich war, wenn wir immer noch eine starke Einfuhr von Weizen hatten, so lag das bekanntlich daran, daß der Roggen in den Viehställen verfüttert wurde und an Stelle des Roggens Weizen eingeführt wurde. Wir hätten schon vor dem Kriege mit unserem Getreide das deutsche Volk recht gut versorgen können. Was wir noch nicht vermochten, war die Versorgung mit Fleisch, weil wir da auf den Bezug von ausländischen Futtermitteln angewiesen waren. Aber *wir werden es wohl alle nicht mehr erleben, daß das deutsche Volk sich wieder einem so* **starken Fleischgenuß** *hingeben kann, wie er vor dem Kriege bestand.* (Sehr richtig! rechts.) Unser Wohlstand wird wohl nie wieder die Höhe erreichen, daß wir uns 54 Kilogramm Fleisch jährlich pro Kopf der Bevölkerung leisten können. Unsere Mediziner haben wiederholt festgestellt, und wir haben es ja auch alle im Kriege erfahren müssen, daß ein so starker Fleischgenuß nicht erforderlich ist, wenn es auch wünschenswert wäre, daß wir etwas mehr Fleisch bekämen, als uns heutzutage zur Verfügung steht.

Wir müssen dahin streben, die **Leistungsfähigkeit** der deutschen **Landwirtschaft** zu heben. Durch die **Streiks** ist uns das allerdings für die nächste Ernte sehr erheblich erschwert worden, und wir werden auch in dem nächsten Jahre keine große Ernte zu verzeichnen haben, weil uns der Dünger nicht zur Verfügung steht. Durch die Streiks in den Kohlenschächten und in den Stickstoffwerken ist es nicht möglich gewesen, uns die erforderlichen Mengen von Stickstoffdünger zur Verfügung zu stellen. Das muß sich an unserer Volksernährung rächen. Wir sind infolgedessen um so mehr auf das Ausland angewiesen, dem wir teure Preise bezahlen müssen. Aber es wäre doch immerhin noch manches nachzuholen, *wenn es gelänge, für die nächsten Monate noch Stickstoffdünger zu liefern* (Zustimmung rechts), den wir dann noch als Kopfdünger verwenden könnten. Es ließe sich dann immerhin noch eine höhere Ernte erzielen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen aber weiter verlangen, daß wir *vor willkürlichen* **Eingriffen in die Landwirtschaft** *geschützt werden.* (Lebhafte Zustimmung rechts.) Man hört jetzt aus allen Gegenden, daß die Kartoffelvorräte geraubt und geplündert werden. (Sehr richtig! rechts.) Dasselbe gilt auch vom Getreide. Ein Antrag der Herren Kollegen

Osterroth und König, der uns in den letzten Tagen zugegangen ist, gibt das ja auch zu. Es heißt in diesem Antrag:

> Veranlaßt durch die alltägliche Beobachtung, daß die Landwirte große Mengen Lebensmittel zurückhalten und im Schleichhandel zu Wucherpreisen abstoßen, haben einige Zechenbelegschaften im Kreise Hamm, die über ganz unzulängliche Versorgung zu klagen haben, auf eigene Faust Lebensmittelrevisionen und Beschlagnahmen in den Orten ihrer Umgegend vorgenommen, wobei ganz erhebliche Mengen von Schweinefleisch, Speck, Eiern, Getreide und Kartoffeln herausgeholt wurden, ohne daß der Selbstverbrauch der Erzeuger dabei berührt wurde.

Verehrte Anwesende, hier ist doch offen zugegeben, daß derartige **Lebensmittelrevisionen** und Beschlagnahmen auf eigene Faust vorgenommen worden sind. Ja, was denken denn die Herren, wenn sie auf das Land kommen und da noch größere Mengen von Kartoffeln und Getreide finden? Wissen sie nicht, daß diese zum größten Teil zur Saat bestimmt sind, und daß der Landwirt als Selbstversorger bis zur nächsten Ernte damit reichen muß? Wenn große Mengen Schweinefleisch und Speck vorhanden sind, wissen sie nicht, daß auch dies bis zum nächsten Winter reichen soll? Wie kärglich sind manche Landwirte in diesem Jahre in der Selbstversorgung mit ihren Schlacht- und Räucherwaren versehen! Infolge der Bestimmung, daß am 1. Januar alle Schweine abgeschlachtet werden mußten, hat mancher zu früh schlachten müssen, weil er erst an einem späteren Termin seine Schweine so weit hatte, daß er hätte schlachten können.

Der zweite Teil dieser Anfrage spricht dann noch davon, daß große Mengen von Lebensmitteln vorhanden wären, die im Schleichhandel umgesetzt würden. Man sollte doch diese Verdächtigungen für die Landwirtschaft ohne nähere Beweise nicht verallgemeinern.

Verehrte Anwesende, ich will hiermit zum Schluß eilen. Wir verlangen, daß die Zwangswirtschaft soweit wie möglich abgebaut wird, daß die Preise für diejenigen Produkte, die weiter unter Zwangsverwaltung stehen sollen, wie Brotgetreide und Schlachtvieh, den heutigen Produktionskosten entsprechend festgestellt werden. Wir verlangen aber, daß dabei auch landwirtschaftliche Sachverständige ihren Einfluß zur Geltung bringen. Wir verlangen keine enorm hohen Preise, sondern nur solche, die die Produktionskosten decken. Sorgen wir dafür, daß die Landwirtschaft so leistungsfähig wie möglich erhalten wird. Ich möchte da ganz besonders an den Herrn Reichsernährungsminister die Bitte richten, daß er auch nach dieser Seite hin seinen Einfluß geltend macht. Denn was wir im eigenen Lande erzeugen, brauchen wir nicht vom Auslande zu beziehen, und das haben wir, auch wenn die Preise etwas höher werden, bedeutend billiger, als wenn wir auf die Einfuhr vom Ausland angewiesen sind. (Sehr richtig! rechts.) Wir Landwirte wollen gern alles aufwenden, um die städtische Bevölkerung so gut wie irgend möglich zu ernähren. Wir verlangen aber auch, daß uns die

nötige Unterstützung von den maßgebenden Stellen dazu zuteil wird. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Angesichts der vorgerückten Stunde und angesichts der Tatsache, daß das schöne Frühlingswetter heute die Bänke dieses hohen Hauses ziemlich entvölkert hat (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), gestatte ich mir, nur in wenigen Sätzen über die Ernährungsfrage zu sprechen.

Meine Fraktion bedauert es, daß wegen der mißlichen Verhältnisse in Deutschland erst so wenig **Lebensmittel aus dem Ausland** haben eingeführt werden können, während bei günstigeren, bei gesunden Verhältnissen in Deutschland schon weit mehr Lebensmittel aus dem Ausland nach Deutschland hätten hereingebracht werden können. Vor einigen Tagen ist in der Sitzung des Großberliner Ernährungsamts festgestellt worden, daß erhebliche Mengen Lebensmittel in Dänemark lagern, die nach Deutschland sofort gebracht werden könnten, wenn wir nur die nötige Bezahlung sichern könnten. Der Herr Reichsminister Schmidt hat ja vorhin schon sehr richtig gesagt, daß es jedes Deutschen Herz empören müßte, wie die wenigen Schiffe, die Lebensmittel nach Deutschland gebracht haben, nicht einmal mit deutschen Waren haben beladen werden können, wie sie haben Ballast nehmen müssen, um wieder aus Deutschland hinauszufahren, das doch in den letzten Jahren vor dem Kriege so stolz darauf war, an zweiter Stelle im Welthandel zu stehen. Der Herr Ernährungsminister Schmidt hat dann gefragt: wo bleibt das Organisationstalent des deutschen Volkes? Da möchte ich dem Herrn Minister antworten: das Organisationstalent des deutschen Volkes ist zerstört worden durch die Revolution und durch die Nachwirkungen der Revolution. (Sehr richtig! rechts.) Die ewigen Streiks, die jetzt noch in allen deutschen Industrien beinahe Tag für Tag aufflammen, sind Wahnsinn. Allerdings hat dieser Wahnsinn keine Methode. Die **Arbeitsscheu** oder doch die Unlust zur Arbeit in weiten Kreisen unseres Volkes ist aufs tiefste zu bedauern. Ich glaube, daß die allzu hohe Arbeitslosenunterstützung auch mit dazu beiträgt, die Arbeitsscheu in deutschen Landen wachzuhalten. Es gibt doch zu denken, wenn in Berlin auf den Straßen viele Tausende von Arbeitslosen sich herumtreiben wie in allen Großstädten, während auf dem Lande auch heute noch kaum ein einziger Arbeiter zu haben ist. Wohin soll es führen, wenn man auf dem Lande im Winter schon die russischen Kriegsgefangenen aus den Sammellagern teilweise hat zurückführen müssen, um die nötige Arbeit im Winter fertigzustellen? Wohin soll es führen im Sommer

und in der Ernte? Das führt zu ganz trostlosen Verhältnissen, wenn bis dahin diese Arbeitsscheu und Arbeitsunlust nicht überwunden ist. Ich frage die Regierung: wann endlich wird sie sich entschließen, diese **allzu hohe Arbeitslosenunterstützung** herabzusetzen? Die Arbeitslosenunterstützung in dieser Höhe ist auch eine Errungenschaft der Revolution. Sie muß heruntergesetzt werden. Der Unterschied zwischen dem, was einer verdient, besonders wenn er eine zahlreiche Familie hat, bei der Arbeit, und dem, was er bekommt, wenn er nicht arbeitet, an Arbeitslosenunterstützung, ist zu gering. Die Differenz muß größer werden. Die schönen Plakate und Bilder futuristischer Art, wie sie in Berlin z. B. an allen Fassaden seitens der Regierung angeklebt werden, helfen in dieser Beziehung nichts. Das Plakat mag ein noch so schönes Bild zeigen: auf der einen Seite einen mageren Arbeiter und die Unterschrift der Regierung: so sieht der Arbeiter in der Stadt aus; auf der anderen Seite einen wohlgenährten Arbeiter und darunter wieder die Unterschrift der Regierung: so sieht der Arbeiter auf dem Lande aus, deshalb geht aufs Land!

Alle diese Plakate helfen nichts. Nach meiner Überzeugung ist dazu ein Zwang nötig, den wir in der Beziehung einführen wollen, daß alle, die schon früher auf dem Lande gearbeitet haben, wenn sie arbeitslos sind, gezwungen werden, wieder aufs Land zur Arbeit zurückzugehen. Dann ist vor allen Dingen dazu nötig auch das Herabsetzen der Arbeitslosenunterstützung. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Wenn die Frauen und die Familien dieser Männer, die aufs Land zur Arbeit hinausgebracht werden sollen, keine Familienwohnung auf dem Lande finden, dann sollen die Familien noch in den Städten bleiben können, und es soll für diese Frauen und Kinder eine besonders hohe Unterstützung ausbezahlt werden. So haben wir beantragt. So ist beantragt durch den Antrag Schiele, der auch mit unserer Hilfe hier von dem hohen Hause angenommen worden ist.

Meine Damen und Herren! Der Arbeiter muß sich doch sagen, daß, wenn das so weiter geht mit der Arbeitsscheu und Arbeitsunlust, eine Hungersnot in deutschen Landen eintreten muß, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, der Millionen von Menschen unterliegen müssen, eine Hungersnot, so groß, daß die Hungersnöte, von denen wir früher aus Indien oder anderen Ländern lasen, wenn ich so sagen darf, ein Kinderspiel dagegen waren. (Sehr richtig!) Diese Hungersnot würde in Permanenz erklärt werden; denn durch die ewigen Streiks und durch die Arbeitsscheu ist es jetzt schon so weit, daß auch die nächste Ernte, die Ernte des Jahres 1919, aufs äußerste gefährdet wird. Es sind keine Arbeiter auf dem Lande, die Arbeit kann nicht ordentlich gemacht werden, es ist kein Kunstdünger dort. Es ist deshalb zu befürchten, daß die nächste Ernte schlecht ausfallen wird.

Was an Kunstdünger da ist, wird zum Teil zu Phantasiepreisen angeboten, die aufs äußerste zu denken geben. Ich habe hier Angebote vor mir, nach denen für 50prozentiges Chlorkalium 23,50 Mark für den Zentner gefordert werden, für 80prozentiges Chlorkalium 28,50 Mark, für Ammoniaksuperphosphat mit nur 5 Prozent Stickstoff und nur 7 Prozent zitratlöslicher Phosphorsäure 42 Mark für den Zentner, für Peruguano mit 3 bis 4 Prozent Stickstoff und 3 Prozent zitratlöslicher Phosphorsäure und 4 Prozent Kali 27 Mark für den Zentner, für Thomasmehl mit 13prozentiger zitratlöslicher Phosphorsäure 27 Mark für den Zentner. Das sind Phantasiepreise (sehr richtig!), die kein Landwirt bezahlen kann, auch wenn die landwirtschaftlichen Produkte teurer wären, als sie jetzt sind. (Zustimmung.)

Wir sind der Anschauung, daß, soweit es die Menge der **aus dem Auslande hereinkommenden Lebensmittel** irgend möglich macht, der Herr Reichsminister Schmidt auch Städte mit unter 50 000 Einwohnern an der Verteilung teilnehmen lassen muß. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß in manchen kleinen Städten und leider auch in manchen Landgemeinden der versorgungsberechtigte Einwohner, die Arbeiterschaft, in schlechteren Ernährungsverhältnissen lebt als manchmal in den Großstädten, daß es ihr dort nicht möglich ist, die Zuschläge zu bekommen, die in den Großstädten an Teigwaren und anderen ab und zu noch verteilt worden sind. Ich wiederhole deshalb meine Bitte, möglichst auch die kleineren Städte bei der Verteilung der Lebensmittel mitzubedenken.

Die **Preise für die Lebensmittel** sind hoch. Das macht die schlechte Valuta, die derartig schlecht ist, daß, wie ich mir habe sagen lassen, der Umrechnungskurs für das Pfund Sterling heute etwa 52 Mark beträgt. Meine Fraktion billigt im allgemeinen die Preispolitik des Herrn Reichsministers Schmidt in der Beziehung, daß er durch das ausländische Getreide die Brotpreise nicht erhöhen lassen will. Aus diesem Grunde wird es nicht möglich sein, wie es auf den ersten Blick passend erscheint, einfach Durchschnittspreise für das deutsche Backmehl und das ausländische Kochmehl festzusetzen, sondern es wird richtiger sein, wie es jetzt geschieht, das ausländische Kochmehl zu höheren Preisen abzugeben. Es wird auch nötig sein, eine Reserve an Geld zu schaffen, weil man ja über kurz oder lang auch das ausländische Mehl zu Backmehl wird verbrauchen müssen. Dann wäre ja auch eine Erhöhung des Brotpreises von diesem ausländischen Mehl nicht erwünscht.

Für Fette, für Butter wird man etwa 7 Mark das Pfund, wie der Herr Minister sagte, zahlen müssen. Hierbei werden allerdings die Gemeinden praktischerweise dann sich Durchschnittspreise bezahlen lassen, die sie nach den Preisen der ausländischen Butter und den Preisen der hiesigen Butter festsetzen, falls sie nicht vorziehen, das teurere Fett nur

an diejenigen abzugeben, die in besseren Vermögensverhältnissen le⸗n und infolgedessen höhere Preise bezahlen können, dafür aber der ärmeren Bevölkerung mehr inländische Butter zu billigeren Preisen zu überweisen.

Auch auf die Preisgestaltung dieser ausländischen Lebensmittel wirkt bestimmend die Arbeit in Deutschland ein. Wenn wir arbeiten, schaffen wir Werte; durch diese Werte steigt die Valuta, und durch das Steigen der Valuta werden die ausländischen Lebensmittel billiger. Auch aus diesem Grunde sollte der deutsche Arbeiter, soweit er das irgend kann, restlos zur Arbeit zurückkehren.

Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß wir einen allmählichen, schrittweisen **Abbau der Zwangswirtschaft** erstreben müssen. Mit meiner Fraktion stehen ja auch noch andere Fraktionen dieses hohen Hauses auf demselben Standpunkt, mit uns stehen weite Verbraucherkreise in allen deutschen Gauen auf demselben Standpunkt: die Landwirtschaft braucht Licht, Luft und Sonne, um vorwärts zu kommen, die Landwirtschaft braucht vor allen Dingen die frische Initiative des Besitzers, des Leiters, die Landwirtschaft würde in der engen Luft der Zwangswirtschaft ersticken, wenn sie dauernd wäre, die Landwirtschaft wäre sofort zugrunde gerichtet, mit ihr wäre die Ernährung aufs äußerste gefährdet, wenn man bei ihr auch nur den leisesten Versuch einer Sozialisierung vornehmen würde. (Sehr richtig! rechts.) Es geht ja heutzutage wie ein heißer Wüstensand leider Gottes durch Deutschland das Bestreben einer öden Gleichmacherei, das Bestreben, alles zu egalisieren. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Die Landwirtschaft bitte ich, auch aus dem Interesse der Verbraucherkreise heraus, nicht in die Gleichmacherei hineinzuziehen.

Da nun ganze Fraktionen dieses hohen Hauses und weite Verbraucherkreise in allen deutschen Ländern für den allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft sind, so ist es mir unverständlich, wie das führende Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei in meiner Heimatprovinz Hannover mich in den letzten Wochen fast Tag für Tag, oft in einer wenig vornehmen Form, hat angreifen können, als ob ich allein schließlich der Veranlasser oder Urheber sei, daß die **Bewirtschaftung der Eier** aufgehoben ist, als ob der Herr Reichsernährungsminister Schmidt ohne zwingende Gründe, nur wegen der schönen blauen Augen eines Abgeordneten, der zufällig auch noch zur Oppositionspartei gehört, die Bewirtschaftung der Eier aufgehoben hätte. Da das aber geschieht und da nun einmal dieses Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Hannovers mir diese Ehre erweist, mich allein verantwortlich zu machen, so werde ich mich auch dieser Verantwortung nicht entziehen. Es ist noch nie meine Art gewesen, für das, was ich gefordert habe, die Verantwortung nicht zu tragen.

In diesem Zusammenhange muß ich hier denn doch sagen, daß der Herr Reichsernährungsminister Schmidt und ich — Sie, meine Herren Kollegen von den Mehrheitsparteien, werden gestatten, daß ich in diesem Augenblick in einem Atemzug den Herrn Minister und meine Person nenne — mit dieser Aufhebung nicht nur der Landwirtschaft Freude gemacht, sondern auch Anerkennung in manchen Verbraucherkreisen bis auf Arbeiterkreise und Arbeiterfamilien gefunden haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten: In manchen! die Geld haben!) Seitdem die Bewirtschaftung der Eier aufgehoben ist, habe ich in dieser Sache tagtäglich Briefe bekommen (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten), liebenswürdige und unliebenswürdige! In den letzten Tagen ist von Tag zu Tag die Zahl der liebenswürdigen Briefe gestiegen, und in den letzten Tagen habe ich von Tag zu Tag mehr gesehen, daß wir uns augenblicklich nur in einem Zustand der Übergangswirtschaft befinden, und daß wahrscheinlich in einer kurzen Zeit die Sache überall besser werden wird, als es sich in einzelnen Gegenden bislang herausgestellt hat. Ich habe besonders feststellen können, daß in Berlin in den letzten Tagen die Eier in einzelnen Geschäften unverkäuflich gewesen sind, weil zu viele da waren (Lachen bei den Sozialdemokraten), obwohl sie um 25 Pfennig billiger geworden sind. Ich habe feststellen können, daß in Pommern, in Schleswig, in einem großen Teile Bayerns, in Württemberg und in fast ganz Baden die Sache sehr gut funktioniert. Ich habe es allerdings bedauert, daß besonders in meiner Heimatprovinz Hannover in manchen Orten die Sache noch nicht so gut arbeitet, daß dort noch nicht so viel Eier zu so billigen Preisen auf den Markt gekommen sind, wie ich es wünschte. Man muß allerdings berücksichtigen, daß die Provinz Hannover ausgepowert wird durch die Städte Hannover, Hamburg, Bremen und besonders durch die Industriegebiete Westfalens. Außerdem bestehen meines Wissens noch die Ausfuhrverbote, es besteht vor allen Dingen der Wucherparagraph, und ich bitte diejenigen, die darüber zu bestimmen haben, diesen Wucherparagraphen möglichst oft und möglichst schwer in Anwendung zu bringen. Meine Damen und Herren! Ich möchte als Landwirt von dieser Stelle aus öffentlich erklären, daß ich jeden Landwirt vom größten bis zum kleinsten verachte und verabscheue, der in der schwersten Zeit Deutschlands wegen Habsucht für die Eier, die jetzt freigegeben sind, zu hohe Preise fordert. Ich erkläre das als das größte Verbrechen, ich betrachte es als Sünde am heiligen Geist und würde jeden an den Pranger stellen, der das täte, und wäre er mein nächster Verwandter. Ich hoffe, der gesunde Sinn unserer Landbevölkerung wird dazu beitragen, daß nach einer Zeit des Übergangs, in der wir uns noch befinden, die Eier billiger werden, so billig, wie man es wünschen kann

Vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß vor mehr als hundert Jahren Fichte ein Buch geschrieben hat, das vielleicht nicht

allen Mitgliedern dieses hohen Hauses bekannt ist, „Der geschlossene Handelsstaat“, in dem die Verhältnisse prophetisch gesehen genau so geschildert sind, wie sie unter der Zwangswirtschaft eingetreten sind: Schleichhandel und Wucherpreise.

Der Herr Abgeordnete Röhle (Sachsen) hat noch die **Bewirtschaftung des Zuckers** erwähnt. Ich möchte mir deshalb gestatten, mit ein paar Worten darauf einzugehen. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Bewirtschaftung des Zuckers in der Weise geändert werden muß, wie das ja auch der Herr Reichsernährungsminister in Aussicht gestellt hat, daß der größere Teil des Zuckers als Mundzucker öffentlich bewirtschaftet wird und der übrigbleibende Teil dem freien Handel überlassen wird. Es würde auch zu erwägen sein, ob man nicht auch für die Marmeladefabriken bestimmte Mengen sicherstellen sollte. Wir möchten bitten, daß für diesen Zucker, der dem freien Handel übergeben wird, Richtpreise aufgestellt werden.

Der Herr Kollege Röhle hat vorhin gesagt, die **Landwirte wollten keine Zuckerrüben bauen.** Da befindet er sich doch im Irrtum. Die Landwirte wollen schon Zuckerrüben bauen, aber es ist sehr schwer, Zuckerrüben zu bauen, wenn man keine Arbeiter und keinen Kunstdünger hat. Wenn Herr Röhle meint, der Kunstdünger würde schon noch kommen, nachdem die Blockade aufgehoben sei, so zeigt diese Äußerung, daß er mit dem Bau von Zuckerrüben noch nicht in nähere Berührung gekommen ist. Denn wenn vielleicht im Mai oder Juni die Blockade aufgehoben wird und dann im Juli oder August Kunstdünger kommt, dann würde er für die Zuckerrübenernte dieses Jahres nicht mehr zu verwenden sein. Wenn wir Kunstdünger haben sollen für die Zuckerrüben, dann müssen wir ihn sofort haben, da ja bei dem jetzt eintretenden Frühlingswetter in allernächster Zeit die Zuckerrüben schon gedrillt werden müssen, und keine Frucht verlangt bekanntlich so viel Kunstdünger, sowohl Kali wie Phosphorsäure, wie besonders an Stickstoff, als die Zuckerrübe. Wenn man keinen Kunstdünger hat, ist der Anbau von Zuckerrüben zwecklos, weil man doch nichts erntet. Dann wird es in manchen Fällen praktischer sein, etwas anderes zu bauen, bei dem man nicht so viel Kunstdünger braucht.

Wenn der Herr Abgeordnete Röhle gesagt hat, die Landwirte seien so eigennützig, daß sie nur das bauen, bei dem sie am meisten verdienen, dann möchte ich fragen, meine Damen und Herren: welchem Kaufmann würde man wohl einen Vorwurf daraus machen, wenn er sich auf die Branche wirft, bei der er am meisten verdient? Vor Jahren klang das anders. Wenn wir da sagten: Die und die Getreideart ist zu billig, die und die Frucht ist zu billig, sie muß teurer werden, da wurde uns der Rat gegeben: Baut eine andere Frucht, bei der ihr mehr verdient. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Der Rat ist uns

gegeben von rechtsstehenden wie von linksstehenden Personen, von der Sozialdemokratie wie auch von anderen Parteien, und man kann es auch niemandem verdenken, wenn er einen solchen Rat erteilt, denn der Rat ist selbstverständlich, und man würde ihn jedem Menschen erteilen. (Sehr richtig! rechts.) Jetzt, wo die Preisdifferenzierung seitens der Regierung verkehrt gemacht worden ist, jetzt will man uns einen Vorwurf daraus machen, wenn wir nicht so viel Zuckerrüben bauen, abgesehen von anderen Gründen, daß wir sie nicht bauen können, sondern wenn wir etwas mehr Weißkohl oder Spinat oder etwas anderes bauen, bei dem vielleicht etwas mehr verdient werden kann.

Der Herr Abgeordnete Röhle hat vorhin gesagt, der Vorsitzende eines landwirtschaftlichen Vereins hätte vorgeschrieben, daß nichts abgeliefert werden sollte. Ich glaube doch das nicht so ohne weiteres, ohne selbstverständlich dem Herrn Vorredner Unwahrhaftigkeit vorwerfen zu wollen. Aber ich möchte den Vorsitzenden eines landwirtschaftlichen Vereins sehen, der eine derartige verbrecherische Anordnung herausgeben würde. Es mag ja sein, daß da gesagt worden ist: Ihr dürft den Hamstern nichts mehr abgeben. Eine solche Anordnung wäre erklärlich. Die Kreise in der Nähe der Großstädte leiden ja unendlich darunter, daß Tausende und aber Tausende von Zentnern Kartoffeln, oder was es sonst sein mag, aus den Kreisen hinausgeschleppt werden. So gerne ich jedem einzelnen die eine kleine Menge gönne, die er sich holt, hat die Sache doch sehr ihre Schattenseiten. Der Kreis ist dann nicht in der Lage, das abzuliefern, was er abliefern soll, und das Ende vom Liede ist, daß Haussuchungen über Haussuchungen stattfinden, um in erster Linie festzustellen, daß der Kreis tatsächlich nicht mehr liefern kann. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Reichsernährungsminister demgegenüber festgestellt hat, daß die Ablieferung von Getreide im allgemeinen besser gewesen ist, als man erwartet hatte, und die Erwartungen von sachverständiger Seite sind doch sicherlich ziemlich hoch gewesen.

Wenn ich vorhin von Hamstern sprach, so möchte ich doch, wenn von der linken Seite immer so getan wird, als ob nur von vermögenden Kreisen gehamstert würde, darauf aufmerksam machen, daß ich heute in Frankfurter Zeitungen gelesen habe, daß in Frankfurt am Main Haussuchungen in bezug auf die Vorräte von Lebensmitteln stattfinden sollen, daß sich aber gegen diese Haussuchungen nicht die reichen Bankiers oder sonstige begüterte Kreise wehren, sondern viele Arbeiterkreise. Ich nehme also an, daß die Arbeiterkreise in Frankfurt am Main Grund haben, diese Haussuchungen nicht zu wünschen. (Hört! hört! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn man die ganzen Verhältnisse in unserer Ernährung und in der Landwirtschaft betrachtet, so muß

man sagen: wir müssen allmählich zur freien Wirtschaft zurückkehren. Dazu ist allerdings nötig, um diese freie Wirtschaft allmählich und schrittweise wieder einzuführen, eine straffe Selbstzucht der Landwirte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber auch nötig eine straffe Selbstzucht der Verbraucher, und ich hoffe, daß es unseren vereinten Bemühungen gelingen wird, diese Selbstzucht möglichst schnell in weiten Kreisen einzuführen. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Zunächst möchte ich doch einen Irrtum des Herrn Abgeordneten Dusche richtigstellen. Er meint, daß das schöne Frühlingswetter die meisten der Herren Kollegen herausgelockt habe. Aber es ist nicht das schöne Wetter, sondern ein heraufziehendes Frühlingsgewitter, das die Herren aus dem Saal in die Kommissionszimmer herausgeholt hat (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und das leider vielleicht seinen Zweck verfehlt und nicht jene Reinigung der politischen Atmosphäre herbeiführt, die auch für unsere Ernährungsfrage unbedingt wichtig ist. Denn das, was wir heute erlebt haben, daß ein sozialdemokratischer Minister den ungeteilten Beifall der gesamten agrarischen Mitglieder dieses Hauses erhält, während auf seiten seiner eigenen Fraktion verlegenes Schweigen herrscht (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), zeigt wirklich, daß ein Zustand besteht, der absolut unhaltbar ist und der mit schuld daran ist, wenn wir solche Wirren innerhalb der Arbeiterkreise haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten, den Deutschen Demokraten und rechts.) Es ist festzustellen, daß noch niemals von einem Konservativen in solcher Weise einzig und allein die **Schuld an Streiks** auf die Arbeiter gewälzt wurde, wie dies hier von seiten des Herrn Ministers Schmidt geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Richtig ist, daß durch die Streiks unser Volksvermögen und unsere Volksernährung schwer geschädigt wird (lebhafte Rufe: na also!), unbestreitbar aber, wer schuld daran ist. (Zurufe: Die Unabhängigen!) — Ach, den Zwischenruf haben Sie ja schon auswendig gelernt, daß die Unabhängigen schuld daran sind. — Schuld daran sind diejenigen, die eine solche Wackelpolitik machen, wie sie von der Regierung betrieben wird, daß sie den Bergarbeitern erst jetzt das bewilligten, was sie ihnen schon vor Wochen hätte bewilligen können und müssen; dann wären diese Streiks unterblieben. (Wiederholte Zurufe.) Es ist kein Unrecht und kein Frevel, wenn die ausgehungerten Bergarbeiter, die so lange unter der schlechten Ernährung gelitten haben,

sagen: wir können nicht weiter acht Stunden unter Tage arbeiten; wir müssen den Sechsstundentag haben; wir müssen eine bessere Ernährung bekommen.

Meine Herren, hier im Saale sind Zeugen, daß ich vor eindreiviertel Jahren unter dem Staatssekretär des Reichsernährungsamts Michaelis an einer Sitzung mit Vertretern der Bergarbeiter teilnahm, in der schon damals die Bergarbeiter erklärten, daß sie bei dieser Ernährung nicht weiter arbeiten könnten. Schon damals wurde dies, und zwar von den Vertretern aller Organisationen, erklärt. Und es ist richtig: mit dieser Nahrung und Arbeitszeit können die Bergarbeiter nicht auskommen. Jetzt aber muß erst wochenlang gestreikt und gestritten werden, ehe man den Bergarbeitern das bewilligt, was selbstverständlich jedem Einsichtigen klar ist, daß es ihnen bewilligt werden muß, wenn sie überhaupt arbeiten sollen. Das ist die Ursache der Streiks. (Zurufe: Sie hetzen! — Unruhe.) Das ist die Ursache jener Erregung, die unter den Arbeitern doppelt schwer einreißen muß (wiederholte erregte Zurufe), wenn sie sehen, daß unter ihren eigenen Leuten diejenigen sitzen, die dem nicht nachkommen, was sie verlangen. (Zuruf.) — Sie rufen mir zu, warum ich es nicht getan habe? Ich habe es getan! Fragen Sie die oberschlesischen Bergarbeiter. Als diese zu Weihnachten vorigen Jahres ihre Vertretung nach Berlin schickten und erklärten, sie könnten ohne weitere Zufuhr von Kartoffeln und erhöhte Fettrationen nicht durchkommen, da wurde es ihnen vom Reichsernährungsamt bewilligt. In einer ganz kurzen Sitzung haben wir uns verständigt und gesagt: es geht nicht anders; es ist die Magenfrage, die die Leute dazu treibt, daß sie zu allen Exzessen geneigt sind. (Zurufe von den Deutschen Demokraten.) Daß sich selbstverständlich diejenigen politischen Parteien, die ein Interesse daran haben, Volksmassen für sich zu gewinnen, aller solcher Mißstände bemächtigen (lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts) und sie auch für sich benutzen, das haben wir bei allen politischen Parteien erlebt, und ich glaube, ein solcher Waisenknabe in der Politik sind Sie (zu den Deutschen Demokraten) doch auch nicht mehr, die Sie ja das Vergnügen und die Ehre haben, hier zu sitzen, daß Sie nicht auch wüßten, daß auch bei Ihnen die selbstverständliche Mißstimmung der Volkskreise dazu benutzt wird, um darauf hinzuweisen, wie man, wenn man selber die Macht in der Politik hätte, diese Mißstände beseitigen und andere Zustände einführen würde.

Nein, meine Herren, das ist eben das Unglück unserer Tage, daß man sich nicht an ein Wort erinnert, das ein sehr kluger Mann am Ministertisch gesagt hat, der zwar nicht unser Mann war, an das kluge Wort Miquels: Der weise Mann beugt vor! Man konnte dem vorbeugen, daß diese furchtbare Erbitterung in Arbeiterkreisen eintrat, wenn man rechtzeitig mit den Arbeitern verhandelt hätte. Aber es ist

ja auf jedem Gebiete so: die Herren in der Regierung sind, möchte man sagen, ja von aller Einsicht verlassen. Wir haben dasselbe mit den Arbeiterräten erlebt, wo es erst hieß, die gibt es nicht; dann wurden sie „verankert" und jetzt wird darüber verhandelt. Aber erst mußten die Unruhen kommen! Dasselbe haben wir dieser Tage erlebt mit der Verringerung der Löhne bei den Lazarettgehilfen, wodurch die schauderhafte, entsetzliche Untat in Dresden gekommen ist. Man setzt plötzlich die Löhne von 1 Mark auf 5 Pfennig für Mannschaften und von 1½ Mark auf 30 Pfennig für Unteroffiziere herab, und nachdem das drei oder vier Tage auf dem Papier gestanden hat und den Leuten angekündigt wurde, ist heute die Verordnung gekommen, daß die Durchführung vorläufig suspendiert wird — werden muß, weil man sieht, daß es eben unmöglich ist.

Mit dieser Politik, die ich mit Recht eine Wackelpolitik nenne, bringt man auch die **Ernährungsfrage** nicht vorwärts, sondern auf ein falsches Gleise, so daß wir noch in eine schlimmere Situation hineingeraten, als wir ohnehin schon sind. Denn ich wiederhole — ich weiß das aus eigenster Erfahrung: wenn nicht unsere Bergwerke arbeiten, wenn nicht unsere Industrie arbeitet, wenn nicht überhaupt wieder mit Freude und Eifer gearbeitet wird, dann gehen wir zugrunde. (Stürmische Zustimmung und Zurufe bei der Mehrheit.) Daraus erkennen Sie endlich, daß das ganze Staatswesen auf der Arbeit beruht (erneute lebhafte Zustimmung) und daß wir infolgedessen alles tun müssen, um die schaffende produktive Arbeit zu fördern und denjenigen, der da arbeitet und der der staaterhaltende Teil ist, auch zu seinem vollen Recht und zu seiner vollen Lebensfreude kommen zu lassen. Statt dessen wird uns hier eine Maßnahme als Volks- und Finanzpolitik und als wirtschaftliche Weisheit verkündet, die wiederum ärgsten und berechtigten Unwillen unter der Bevölkerung hervorrufen muß. Das ist die **Festsetzung des hohen Mehlpreises.**

Meine Damen und Herren! Das, was uns die Entente liefert, ist leider sehr wenig. Es ist jammervoll, daß wir vorläufig so als Stiefkinder behandelt werden, und ich appelliere von dieser Stelle aus wieder an unsere Arbeiterbrüder im Ausland, dafür zu sorgen, daß ihre Regierungen das deutsche Arbeitervolk nicht ins Elend und in den Hungertod hineintreiben. Wir brauchen an Nahrungsmitteln, wenn wir uns einigermaßen am Leben erhalten wollen, bis zur nächsten Ernte monatlich 820 000 Tonnen, und zwar brauchen wir nach den Berechnungen von Fachmännern 450 000 Tonnen Weizen, 50 000 Tonnen Reis, 50 000 Tonnen Hülsenfrüchte, 120 000 Tonnen Speck und 150 000 Tonnen Rindfleisch. Die müßten wir bekommen, um wirklich aus dieser Not und Verelendung des Körpers und des Geistes herauszugelangen. Statt dessen bekommen wir 300 000 Tonnen Weizen und 70 000 Tonnen Fett, das sind 370 000 Tonnen. Das sind auf den

Kopf der Bevölkerung statt der notwendigen 12 Kilogramm tatsächlich 6 Kilogramm monatlich. Das ist zu wenig, das langt nicht!

Nun kommt aber noch diese Maßnahme des Reichsernährungsministeriums. Das Mehl, das wir bekommen, stellt sich zirka um 1000 Mark teurer, als das einheimische sich stellen würde. Um nun diese 1000 Mark zu sparen, das heißt, dem Fiskus, der Reichskasse zu sparen, wird jetzt ein Rechenexempel aufgemacht, daß man das Mehl, das als **Extralieferung** gegeben wird, **verteuert**. Die Gemeinden bekommen dieses ausländische Mehl, das uns selber 1600 bis 1700 Mark oder nach der Angabe des Herrn Ministers sogar bis zu 2000 Mark kostet, mit 4000 Mark. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Gemeinden haben also an Selbstkosten 2 Mark auf das Pfund, und dazu kommen noch die Verteilungsspesen innerhalb der Gemeinde, die augenblicklich in Berlin etwa 18 Pfennig auf das Pfund betragen. (Zurufe.) — 2,18 Mark kostet das Pfund Mehl jetzt im Verkauf an das Publikum.

Die Differenz zwischen dem Preise des einheimischen und ausländischen Mehls ist auf die Tonne etwa 1000 Mark. Wir werden ungefähr 5 Monate lang 300 000 Tonnen bekommen, das würden 1500 Millionen sein, und die Frage ist nun, wer hat sie zu bezahlen?

Da hat das Reichsernährungsamt eine Art Schiebung vorgenommen (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), indem es dieses extra abgegebene Mehl so verteuert, daß es mit 2 Mark an die Gemeinden geliefert werden muß. Das Reichsernährungsministerium rechnet damit, daß durch den Überschuß, der durch dieses teure Mehl herausgeholt wird, das Mehl, das zum Brotbacken notwendig sein wird, wenn unser Getreide zu Ende geht, so billig an die Bäckereien gegeben werden kann, daß der Brotpreis nicht erhöht zu werden braucht. Das ist eine leichte und bequeme Methode, meint der Herr Reichsernährungsminister Schmidt. — Richtig, leicht und bequem ist es, aber volkswirtschaftlich ist es falsch und gegen die Interessen der Armen. Denn wie sich die Dinge abspielen: die arme Bevölkerung soll nun für das Pfund Mehl 2,18 Mark bezahlen, also eine Familie von 5 Köpfen soll monatlich 5 mal 2,18, also ungefähr 11 Mark für Mehl ausgeben, während für das andere Mehl nur etwa 3,50 Mark auszugeben wären.

Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß die große Masse der Arbeitslosen wie ein großer Teil der Arbeiter in der Lage ist, das zu bezahlen? Kein Gedanke! Der Vorgang wird sich so abspielen: die Arbeiter werden das Mehl kaufen. Denn z. B. in Berlin — und ich glaube, auch in anderen Gemeinden wird man es so gemacht haben — hat man Vorsorge getroffen, daß nicht die Mehlkarten gleich im Vorderhause verkauft werden können. Deshalb ist das Kriegsmehl nur bei dem Lieferanten zu haben, bei dem der Abnehmer eingetragen ist, so

daß er sich also nur auf seinen Namen das Mehl gegen bestimmte Marken abholen kann. Da er aber sich das Mehl im eigenen Haushalt nicht leisten kann, wird er es an die Wohlhabenderen verkaufen. Nun sagt der Herr Minister, die arme Bevölkerung habe ja die Möglichkeit, das billigere Mehl zu kaufen, das Roggenmehl; nur besteht dabei der Unterschied, daß das teure Mehl 80 prozentiges Weizenmehl ist, das leicht verdaulich und eiweißreich ist, während das mit 94 Prozent ausgemahlene Roggenmehl schwer verdaulich ist und weniger Nährstoff enthält. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Erfolg wird also der sein, daß die Arbeiter in die Zwangslage kommen, das nicht kaufen zu können, was ihnen nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Entente zugewiesen werden soll und was gerade auch in unserem allgemeinen Interesse notwendig ist, nämlich daß das gute Weizenmehl den Arbeitern gegeben wird, und gerade dem ärmsten Arbeiter am meisten, denn der hat in der heutigen Wirtschaftsordnung gewöhnlich die schwersten und unangenehmsten Arbeiten zu leisten — daß es ihnen gegeben wird, damit sie arbeitskräftiger und damit arbeitsfreudiger werden. Durch die Politik, das ausländische Mehl zu verteuern, kommen wir in einen Wirrwarr des Schleichhandels in der Stadt und in die Unmöglichkeit, den Arbeitern ihre Nahrung in der Weise aufzubessern, wie es notwendig ist, und deshalb sage ich: es gibt nur einen Ausweg, und das ist der, daß diese etwa 1½ Milliarden Mark, um die dieses **Mehl** uns **teurer** kommt als das Inlandmehl, **von der Reichskasse getragen** und durch Steuern progressiver Art gedeckt werden. Diese treffen den Reichen schwerer, und der Arbeiter kann sich dann das Weizenmehl kaufen. Geschieht das nicht, dann wird es nur auf dem Papier stehen, daß die großen Massen der armen Bevölkerung das Mehl bekommen sollen. In Wirklichkeit werden sie es nicht erhalten, sondern die Wohlhabenderen, und das müssen wir verhindern.

Aber schon die Tatsache, daß solche Beschlüsse von der Reichsregierung gefaßt werden, zeigt, daß sie ganz und gar die Richtung verloren hat und sich von fiskalischen Interessen viel zu sehr beeinflussen läßt.

Nun bestreite ich gar nicht, und jeder, der die Verhältnisse kennt, wird es nicht bestreiten, daß wir in einer Steuer- und Schuldenlast sind, die hoffnungslos aussieht. Wir sollen 19 Milliarden Steuern pro Jahr aufbringen, wie uns vom Herrn Reichsfinanzminister vorgerechnet wurde! — Wir können die 19 Milliarden aus den etwa 28 bis 30 Milliarden Mark, aus denen das ganze Einkommen im Reich, berechnet nach den Ergebnissen der preußischen Einkommenstatistik, besteht, ebensowenig aufbringen, wie wir 20 und 21 Milliarden aufbringen können. Das ist eben ein Exempel, das bisher noch keiner zu lösen in der Lage gewesen ist, und das uns zeigt, daß wir auf dieser

Grundlage überhaupt nicht in der Lage sind, aus dem finanzpolitischen Wirrwarr herauszukommen, und daß wir da vor einer Katastrophe stehen, für die vorläufig niemand einen Ausweg uns zeigen kann. Auf jeden Fall aber wird auch unsere Steuerkraft nicht verbessert, wenn nicht nach wie vor der arbeitenden, Werte schaffenden Bevölkerung die Möglichkeit gegeben ist, sich durch bessere Ernährung zu kräftigen, sondern es wird dadurch unsere Steuerkraft nur noch mehr heruntergedrückt. Dessen können Sie überzeugt sein: wenn erst das amerikanische Mehl da ist, und die Bevölkerungsmassen sehen, daß es wiederum nicht für sie da ist, sondern daß die goldenen Früchte unerreichbar für sie sind, glauben Sie, daß dann bei der Stimmung, die ohnehin naturgemäß schon herrscht, das zur Ruhe und Arbeitsfreudigkeit unter den Massen beiträgt? Kein Gedanke!

Genau so halte ich es für einen Fehler, wenn der Herr Reichsernährungsminister sich jetzt bemüht, den **Handel** mehr als früher **einzuschalten.** Mir kommt es vor, als wenn der Handel viel zu viel Einfluß im Reichsministerium gewonnen hat. (Widerspruch.) — Nein, für die Herren, die die reinen Handelsinteressen vertreten, viel zu wenig, aber für denjenigen, der da sieht, ist klar, daß unter den gegebenen Verhältnissen von einem freien Handel nicht die Rede sein kann, weil stets — ich wiederhole das zum soundso vielten Male — unter unserer heutigen Kriegswirtschaft, unter der wir noch leben, die Nachfrage das Angebot um das Doppelte und Dreifache übersteigt, und ein Ausgleich, wie er die Voraussetzung für einen freien Handel ist, nicht möglich ist. Unter diesen Umständen werden noch vielzuviel Zugeständnisse dem freien Handel gemacht, und diese Zugeständnisse an den freien Handel zeigen uns zur Genüge, wohin es führt, wenn man die Zwangswirtschaft aufhebt.

Wenn der Herr Abgeordnete Dusche vorhin meinte, in Berlin seien so viel Eier vorhanden, daß sie unverkäuflich geblieben seien, so bitte ich Sie, von Ihrem Berichterstatter sich genaue Angaben darüber machen zu lassen. Mir ist von zuverlässiger Seite berichtet worden, daß am Sonnabend in Berlin die Eier mit 2,40 Mark das Stück verkauft worden sind. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) 2,40 Mark! Der Schleichhandelspreis für Eier vor Aufhebung der Eierverordnung soll 1,40 bis 1,50 Mark gewesen sein, und jetzt sind die Eier im Freihandel auf 2,40 Mark gestiegen. Kein Wunder, denn in dem Augenblick, wo der Schleichhandel legalisiert wurde, wo nicht mehr heimlich in der Tüte und in der Tasche die Eier von den Wohlhabenden zusammengetragen zu werden brauchten, sondern man sich von dem gefälligen Händler sie in Körben offen an die Tür bringen lassen kann, haben die besitzenden Kreise so viel Eier eingekauft, wie es in diesen Zeiten üblich ist, und die Folge ist, daß für die arme Bevölkerung nichts mehr übrig bleibt. Es ist richtig, daß wir

früher nur jährlich 18 Eier durch die Zwangsbewirtschaftung auf den Kopf derer hatten, die nicht im Schleichhandel kaufen konnten. Aber es waren eben anderthalb Dutzend, es waren eben 18 Eier, und sie trugen doch zu der Erkenntnis bei der heranwachsenden Jugend bei, daß sie nicht vergißt, daß ein Ei eben eine Eiform hat und nicht vier- oder dreieckig ist. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jetzt aber wird auch dieser Anschauungsunterricht der armen Bevölkerung verloren gehen, und sie wird es auch am Leibe zu spüren haben, daß gar keine Eier mehr für sie zu erhalten sind.

Nun hat der Herr Reichsernährungsminister den Gemeinden in Aussicht gestellt, daß, falls der freie Handel versagen sollte, die **Gemeinden** so liebenswürdig sein sollen, die **Eierversorgung** der Gemeinden **in die Hand** zu **nehmen.** Merkwürdiger Widerspruch! Er teilt uns mit, daß er deswegen die Eierversorgung aufgehoben habe, weil die Reichseierversorgungsstelle zu teuer gewirtschaftet habe, für die verhältnismäßig geringe Zahl von Eiern, die sie zusammengebracht habe, zu hohe Unkosten verursache. Nun ist ja richtig: nach der letzten Jahresaufstellung hat die Eierversorgung im ganzen 700 Millionen Eier durch ihre Verwaltung gelassen, während wir im Frieden 5000 Millionen Inlandseier und 3000 Millionen Auslandseier jährlich verzehrt haben. Aber wenn schon die eine zentralisierte Reichsstelle zu teuer wirtschaftet, um diese 700 Millionen Eier zusammenzubringen, wie teuer würden dann erst die Gemeinden wirtschaften müssen, wenn nun jede Gemeinde für sich losgelassen wird, ihre Aufkäufer aufs Land schicken soll, dort die Eier zusammenholt und wieder durch soundso viele Zwischenstellen die Eier bis zu der Gemeinde hinbringt! Daß die Dezentralisation billiger arbeiten soll als die Zentralisation, daß die Versorgung durch die Gemeinden billiger arbeiten soll als die zentralisierte Reichsversorgung, das Rechenexempel habe ich noch nicht zu rechnen gelernt. Bisher habe ich immer gelernt, daß man, wenn man den kürzesten Weg sucht, dann den geraden Weg gehen muß, und der kürzeste Weg ist eben der, daß, solange das Angebot nicht ausreicht, um die Nachfrage zu decken, die zentralisierte Erfassung sich der Ware bemächtigt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir können uns nicht den Luxus leisten, solche Experimente selbst bei einem für die Gesamternährung verhältnismäßig unbedeutenden Objekt, wie es die Eier bei unserer heutigen geringen Eierversorgung sind, zu machen. Wir können uns dieses Experiment nicht leisten, nicht allein, weil dadurch die Ernährung sehr geschwächt wird, sondern auch weil damit das Vertrauen der konsumierenden Bevölkerung auf die Beständigkeit der bestehenden Wirtschaft eingeschränkt wird, vor allem aber, weil damit den Herren Landwirten, die ja, wie wir aus den verschiedensten Reden hier gehört haben, fortwährend offen und versteckt gegen die Zwangswirtschaft Sturm laufen, dadurch neuer Mut ein-

geflößt wird, und weil dadurch die ohnehin gelockerte Lieferungspflicht auf dem Lande vollständig in die Brüche geht.

Es klang wunderschön, wenn Herr Abgeordneter Dusche davon sprach, das größte Verbrechen, ja eine Sünde wider den Heiligen Geist sei es, wenn die **Landwirte** Wucherpreise nehmen. Derselbe Abgeordnete Dusche konnte sich aber nicht der Überzeugung verschließen, ungefähr zehn Minuten später, daß er es als selbstverständlich hinstellte — und es ist selbstverständlich in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung —, daß er sagte: warum soll denn der Landwirt nicht das bauen, woran er am meisten verdient? Das sind doch zwei Widersprüche, die unüberbrückbar sind! (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

Auf der einen Seite erklären Sie es als verwerflich, wenn der Landwirt Wucherpreise nimmt und dadurch die Allgemeinheit schädigt, auf der anderen Seite erklären Sie es für sein gutes Recht, wenn er das baut, was ihm den meisten Gewinn bringt, gleichgültig, ob dadurch das Allgemeinwohl geschädigt wird oder nicht. Das haben die badischen Grundbesitzer jetzt zum Teil in die Praxis umgesetzt, indem sie festeweg Tabak bauen statt Nahrungsmittel; denn der Tabak bringt eben mehr als die Nahrungsmittel. Das ist bei soundso vielen Lebensmitteln geschehen. Der Gemüsebau ist durch die hohen Preise so angereizt worden, daß wir einen Überfluß von gewissen Gemüsen hatten auf Kosten anderer Nahrungsmittel, die für das Gemeinwohl notwendig waren. Meine Herren, es ist aber so, wie Herr Abgeordneter Dusche im zweiten Teil seiner Rede sagte, und mit ethischen Predigten und Ermahnungen kann man an der heutigen Wirtschaftsordnung nicht das geringste ändern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie können es tausendmal aus innerster Überzeugung brandmarken, daß der einzelne nur seine Interessen im Auge hat. Wenn ihm und da ihm und soweit ihm innerhalb dieser Wirtschaftsordnung die Möglichkeit gegeben ist, seine Interessen zu wahren ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen, wird er das tun, und dagegen nutzt kein Predigen etwas. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dagegen hilft eben nur, daß die Allgemeinheit auch die Produktion in die Hand nimmt. Es gibt eben aus diesem Chaos, aus diesem allgemeinen Elend keine andere Rettung als den Sozialismus, als die Sozialisierung unserer Produktion auch auf dem Gebiete **der Landwirtschaft**. (Widerspruch und Lachen rechts.) Erst wenn durch die Organisation der Produktion, bei der der einzelne nicht mehr die Möglichkeit hat, seine Privatinteressen gegen die Interessen der Allgemeinheit auszuspielen, die Möglichkeit geschaffen ist, ja der Zwang geschaffen ist, im Interesse der Allgemeinheit zu wirken, erst dann werden wir auch in jenen Idealzustand

hineinkommen, den auch ich für möglich halte, wie ihn der Herr Abgeordnete Arnstadt für möglich hielt, daß nämlich Deutschlands landwirtschaftliche Produktion derart gesteigert wird, daß Deutschland sich selber versorgen kann. Gewiß, Deutschland kann sich selber versorgen. Unsere großen Güter werden viel zu extensiv bewirtschaftet, unsere großen Güter leisten viel zu wenig im Verhältnis zu dem, was bei intensiverer Wirtschaft herausgeholt werden könnte. (Widerspruch rechts.) Das ist aber nicht möglich durch Aufteilung im Kleinbesitz, durch Zurückgehen auf rückständige Produktionsformen, sondern nur durch Sozialisierung, durch großwirtschaftlichen, mit allen technischen Ausrüstungen versehenen Betrieb, wie ihn eben meine Freunde und ich erstreben. (Widerspruch und Zurufe rechts.)

Um bei der Gegenwart zu bleiben, meine Herren, sage ich: wir haben augenblicklich dringend notwendig, daß das, was im Inlande produziert werden kann, jetzt mit allen Mitteln produziert wird, daß alles gefördert und gestützt wird, um diese Produktion auch auf landwirtschaftlichem Gebiet zu vergrößern.

Wenn der Herr Abgeordnete Dusche aber meinte, die bösen städtischen Arbeiter seien schuld daran, wenn nicht genügend auf dem Lande produziert werden könne, die Arbeitslosen seien Arbeitsscheue, sie wollten nicht auf das Land, so erwidere ich ihm: er muß doch als Landwirt wissen, daß die Hauptursache, warum die städtischen Arbeiter nicht auf das Land gehen wollen, darin liegt, daß sie erstens keine Kleider und Schuhe haben, um im Freien den ganzen Tag tätig zu sein, und daß zweitens auf dem Lande keine Wohnungen vorhanden sind. Auf einen Zwischenruf hin war der Herr Abgeordnete Dusche so liebenswürdig, zuzugeben, daß man ja den städtischen Arbeitern zumuten könne, sie sollen ihre Familien in der Stadt lassen, und sie sollten dann für ihre Familien einen Extrazuschuß bekommen. Es ist eben nicht jedem gegeben, daß er das ohne weiteres tut. Der städtische Arbeiter will sich ebenso wenig von den Seinen trennen, wie irgendein anderer, noch dazu, wo ein großer Teil, ja die überwiegende Menge dieser städtischen Arbeitslosen Leute sind, die zum Teil vier Jahre lang durch diesen verruchten Krieg von ihren Lieben getrennt waren, und die nun endlich ihr Heim haben wollen, die zu Hause bleiben wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren! Machen Sie nur bei allen den Mißständen, bei all den Nöten unserer Zeit erst immer bei sich selbst einmal Einkehr und fragen Sie sich immer selber: wieviel haben wir auf dem Gewissen bei den heutigen Zuständen dadurch, daß wir vier Jahre lang für diesen Krieg gehetzt haben, und daß wir das deutsche Volk jahrelang in dieses Elend hineingetrieben haben. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozial-

demokraten. — Widerspruch und Zurufe rechts.) Gewiß ist es notwendig, daß die Arbeiterzahl auf dem Lande vermehrt wird. Aber das ist nur möglich, wenn die nötigen Wohnräume geschaffen werden, und wenn den Arbeitern dort angemessene Lebensbedingungen gewährt werden. Es ist aber Tatsache, daß noch jetzt trotz der Abmachungen, die zwischen dem Landarbeiterverband und den landwirtschaftlichen Besitzerorganisationen getroffen worden sind, eine ganze Reihe Landwirte erst gezwungen werden müssen, ehe sie die Löhne geben, die die Landarbeiter verlangen können. Beschuldigen Sie also nicht immer die Arbeiter, sondern bedenken Sie, daß der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen immer noch der wirtschaftlich schwächere Teil ist, der von dem Unternehmertum ausgebeutet werden kann. Denn die Revolution des 9. November hat vorläufig an der Macht des Kapitalismus so gut wie nichts geändert.

Ich will noch mit einem Wort auf die Verteilung der Lebensmittel durch das Reichsernährungsministerium zurückkommen. Auch ich muß es, wie schon von den Vorrednern geschah, als unrichtig erklären, daß man bei der Belieferung mit amerikanischem Fett nicht die Gemeinden direkt beteiligt. Es ist nicht notwendig, daß die Händler dazwischen geschoben werden. Gerade die Fettstelle Groß-Berlin hat bereits alle Einrichtungen, um das Fett selbst zu verteilen, und zwar hat sie sich durch Verträge mit denselben Händlern, die jetzt erst zwischengeschoben werden sollen, das Recht gesichert, die Lagerräume und das Personal zu benutzen. Nun sollen diese Herren auf einmal als Selbständige dazwischen geschoben werden und noch einmal Provision bekommen. Diese Verteuerung ist überflüssig. Ist es bisher mit der Verteilung der Ware ohne diese Händler gegangen, so wird es auch jetzt gehen. Denn solche Riesenmengen bekommen wir ja nicht, daß die Gemeinden dem nicht gewachsen wären, was ihnen zu leisten auferlegt wird.

Zum Schluß nur noch einige Worte. (Bravorufe.) — Meine Herren, wenn Sie Ihre agrarischen, oft vom niedrigsten Eigennutz diktierten Reden zum soundsovielten Male halten, dann glauben Sie, das Recht in Anspruch nehmen zu können, so lange zu reden, bis der Saal Ihnen keinen Widerhall mehr gibt. Wenn Ihnen aber einmal die Wahrheit gesagt wird, dann zeigen Sie, wie unangenehm es Sie trifft, indem Sie jede Beendigung einer solchen Rede mit Ihrem freudigen Beifall begrüßen. (Zurufe.) Uns kann das nicht abhalten, stets mit Ihnen in alter Liebe und Feindschaft abzurechnen. Wir wissen, daß es hier in Weimar noch genau so ist wie einst in Berlin im Reichstag. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir wissen immer noch: der Feind steht rechts. Wir wissen, daß Ihre Macht nicht im geringsten gebrochen ist, auch wenn Sie hier jetzt als kleinere Fraktion sitzen. Und die Politik des Nachgebens gegen Ihre Forde-

rungen bekämpfe ich eben von dieser Stelle aus. Diese Politik der jetzigen Regierung, die Ihren Anmaßungen Rechnung trägt, ist die Politik, die Ihren Mut nur noch stärkt und dazu führen wird, daß es noch einmal scharf auf scharf kommen kann.

Wir brauchen unbedingt eine stetige Politik, die unablässig nur das Wohl der Gesamtheit im Auge hat, die nicht im geringsten auf einzelne Produzenten und Händlerkreise Rücksicht nimmt, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern wollen. Die Herren von der Landwirtschaft sollen uns doch nicht glauben machen wollen, daß sie **während des Krieges** etwa in Angst und Not gelebt haben. Die Bilanzen ihrer Genossenschaften zeigen zur Genüge samt der ungeheuren Preissteigerung, die bei den letzten Verpachtungen wieder erzielt wurde, daß die Landwirtschaft nicht zu den Notleidenden dieses Krieges gehört (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Sozialdemokraten), sondern daß sie zu den Kriegsgewinnlern gehört. Die Notleidenden sind die Arbeitermassen, die sich erst draußen abschinden und abplagen mußten und nun nach Hause kommen und um jeden Gröschen und um jede Viertelstunde Arbeitszeit, die sie zur Menschwerdung brauchen, ringen und kämpfen müssen, bis eben die Erbitterung über sie kommt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Erbitterung — und das sage ich meinen früheren Freunden von der anderen Fraktion — wird dadurch gesteigert, daß die Arbeiter sehen, wie diejenigen, die verpflichtet sind, nichts als die Arbeiterinteressen zu vertreten, nach der Seite der Arbeiterfeinde hin nachgiebig sind. (Bewegung und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter müssen wieder Glauben an ihre Vertreter gewinnen, dann werden wir auch Ruhe und gemeinsames Arbeiten bekommen. Wenn dieser Glaube aber erschüttert wird im großen und im kleinen, dann wundern Sie sich nicht, wenn wir dem Chaos entgegengehen. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Minister des Reichsernährungsamts.

Schmidt (Berlin), Reichsernährungsminister: Der Herr Vorredner hat in sehr nachdrücklicher Weise sich für die Sozialisierung der Produktion und des Handels ausgesprochen. Ich bedauere, daß er so wenig Zutrauen hat zu der kommunalen Sozialisierung des Handels und deshalb dessen Aufgaben in der **Eierbewirtschaftung** nicht den **Kommunen** überweisen will. Ich kann Ihnen mitteilen, daß bereits eine ganze Anzahl von Gemeinden zusammengetreten ist, um durch einen gemeinsamen Einkauf von Eiern eine bessere, niedere Preisbildung für die große Masse der Bevölkerung herbeizuführen, und ich glaube, auch so große, kräftige

Gemeinden, wie die Gemeinde Berlin, wären dazu in der Lage. Ich wundere mich, daß er, der so entschieden die Sozialisierung vertritt, wenn es sich um einen ganz unscheinbaren und kleinen Anfang handelt, diesen Anfang ablehnt mit der Begründung, eine solche Aufgabe müsse zentralisiert vom Reich ausgehen. Ich glaube, es wäre gerade die Aufgabe der Gemeinde, wenn der Handel versagt.

Der Herr Redner hat sich ferner dagegen gewandt und behauptet, daß die Reichsregierung nichts getan habe, um den berechtigten **Forderungen der Bergarbeiter** im Ruhrgebiet entgegenzukommen. Erst in der letzten Stunde sei man dazu übergegangen. Demgegenüber stelle ich fest, daß die sogenannte Neunerkommission, welche die Leitung und Führung des Streiks in Händen hat, sich während ihres ganzen Bestehens nicht an die Regierung gewandt hat, nicht einmal an die Bergverwaltung im Bergbezirk, so daß also die ganzen Forderungen an die eigentlich verantwortliche Stelle, an die Bergverwaltung, überhaupt nicht gekommen sind. (Hört! hört!) Soweit solche Forderungen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, sind sie ja auch zu einem erheblichen Teil mit politischen Forderungen durchsetzt, die dem Herrn Vorredner und der Partei der Spartakisten sehr nahe stehen, wenn nicht von ihnen inspiriert worden sind. (Sehr richtig!) Es ist durchaus unrichtig, daß die **Zugeständnisse** in bezug auf die **Lebensmittelverteilung** für den Bezirk des Ruhrgebiets erst durch den Streik herbeigeführt worden sind. Ehe noch der Streik begann, ist bereits im Ernährungsministerium und auch zur Kenntnis der Arbeiter des dortigen Bezirks bekannt gegeben, daß wir die Verteilung vornehmen, die auch jetzt durchgesetzt wird, ohne daß es des Streiks dazu beburft hätte, ohne daß eine Arbeitseinstellung notwendig gewesen wäre.

Es ist auch nicht richtig, daß mit den Arbeitern nicht verhandelt worden ist. Es sind Kommissionen, nicht die sogenannte Neunerkommission, sondern Kommissionen, die sich aus den Gewerkschaften zusammensetzen, wiederholt im Reichsernährungsministerium gewesen. Mit diesen Kommissionen ist verhandelt worden. Diesen Kommissionen ist auseinandergesetzt worden, welche Bevorzugung in der Lieferung für sie geplant ist — ich sage das noch einmal —, ehe der Streik begann. Die Leute sind allgemein befriedigt nach Hause gegangen und haben versprochen, für die Beilegung des Streiks zu wirken, aber es ist ihnen nicht möglich gewesen, den Abbruch des Streiks herbeizuführen, weil auch gegenwärtig noch die Unabhängige Partei zu einem erheblichen Teil gegen den Abbruch des Streiks auftritt. Wenn es der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, wie der Herr Vorredner behauptet, ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterschaft, daß sie wieder an die Arbeit zurückkehren soll, so soll sie diesen

Appell im Ruhrbezirk in Versammlungen an ihre Vertrauensleute, ihre Angestellten richten und soll sie dazu verpflichten, zur Ruhe zu ermahnen, und ihnen klar machen, daß gar kein Anlaß vorliegt, diesen Streik fortzusetzen. Ich stelle fest, daß das Gegenteil geschieht. (Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist es, was wir den Herren zum Vorwurf machen. Wenn der Herr Vorredner sagt: wenn wir nicht die Freude zur Arbeit erwecken, gehen wir zugrunde —, so muß ich sagen: es fehlt mir in jeder Beziehung Ihr ernster Wille und Ihre ernste Tat, diese Freude zur Arbeit zu erwecken. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thiele.

Thiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Kollege Wurm schloß mit dem Hinweis, die Erbitterung der Arbeiter gegen meine Partei sei durch die Wahrnehmung gesteigert worden, daß wir den bürgerlichen Parteien Zugeständnisse machten und nicht nur Arbeiterinteressen verträten. Ich darf wohl den Herrn Kollegen Wurm darauf aufmerksam machen, daß auch er, als er noch unserer Partei angehörte, als Parlamentarier nicht nur Arbeiterinteressen vertreten hat, sondern daß wir dazu hier sind, auch allgemeine Interessen zu vertreten. (Sehr richtig!) Insofern ist also das, was er sagte, kein Vorwurf. Aber es sollte ein Vorwurf sein, und dann konnten die Worte nur so gemeint sein, daß wir jetzt nicht oder nicht genügend die Arbeiterinteressen vertreten. Aber dafür ist er den Beweis vollständig schuldig geblieben. Nein, der Herr Kollege Wurm vertritt jetzt die Politik seiner Partei, die darin gipfelt, daß unsere Partei — wir mögen schon tun, was wir wollen — es nicht recht macht. Er und seine lieben Parteifreunde sind sehr geflissentlich darauf bedacht, diese Auffassung in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Was sollte auch seine Behauptung bedeuten, wir hätten mit „verlegenem Schweigen“ die Rede Schmidts aufgenommen! Das stimmte doch gar nicht! Dazu hatten wir auch gar keinen Anlaß. Es ist direkt eine Unterstellung, die Schmidt bereits zurückgewiesen hat. Wenn Wurm weiter sagte, es sei von dem Reichsernährungsminister alle Schuld auf die Streiks geschoben worden, so ist auch das nicht wahr. Es ist nur gesagt worden, durch die jetzigen **Streiks** wäre die **Ernährungsschwierigkeit** noch gesteigert, und es sei unmöglich, Nahrungsmittel aus dem Ausland in genügender Menge herbeizuschaffen, weil wir keine Austauschobjekte haben. Darin hat Schmidt vollständig recht, und auch Wurm hat dasselbe zugegeben, indem er später sagte, wenn die Bergarbeiter nichts schaffen, gehen wir zugrunde. Es ist also nur das ge-

flissentliche Bestreben, Differenzpunkte zu schaffen, auch dort, wo keine vorhanden sind, von dem der Herr Kollege Wurm bei seinen Ausführungen geleitet wurde.

Ich will sonst nicht auf das, was er sagte, eingehen. Nur das eine möchte ich noch hervorheben: das Exempel, das er machte, bis jetzt hätte eine Arbeiterfrau monatlich etwa vier Mark für Mehl ausgegeben, bei den neuen Preisen würde das 11 Mark kosten, stimmt nicht. Die 11 Mark würden nur dann anzulegen sein, wenn das gesamte Mehl zu dem teuren Preise von 2 Mark gekauft werden müßte. Das ist aber nicht der Fall, sondern der Teil, der bis jetzt für den billigeren Preis abgegeben werden konnte, steht auch in Zukunft der Arbeiterfrau zur Verfügung.

Ob der gesamte höhere Preis, den das vom Auslande kommende Getreide fordert, von den Verbrauchern gedeckt werden muß, oder ob in irgendeiner Weise ein größerer oder kleinerer Teil von der Gesamtheit getragen werden kann, ist eine Frage, über die sich reden ließe.

Nun wurde von den vorhergehenden Rednern, namentlich von dem Herrn Abgeordneten Arnstadt, alle Schuld an den **Schwierigkeiten der Ernährung auf die Revolution geschoben.** Herr Arnstadt sagte, durch die Revolution seien viele Nahrungsmittel verloren gegangen. Das ist eine leere Behauptung. Wie soll das auch möglich sein? Eins ist geschehen: es sind manche Hamsterlager bei der Revolution ausgeräumt worden, aber die Waren sind nicht verloren gegangen, sondern sie haben den Betreffenden recht gut geschmeckt, obwohl sie unrechtmäßig erworben waren.

Dann ist Herr Arnstadt auch völlig im Irrtum, wenn er meint, **Frankreich** baue jetzt die **Zwangswirtschaft** ab. Wenn er sich genau unterrichten wollte, würde er erfahren, daß im Gegenteil Frankreich jetzt dazu übergeht, die Monopolisierung im Handel mit sämtlichen Nahrungsmitteln durchzuführen. Frankreich hat ermitteln lassen, daß auf den Kopf der Bevölkerung pro Tag 80 Gramm Fett und 150 Gramm Fleisch zu entfallen haben. Die zur Deckung dieses Bedarfs erforderlichen Gesamtmengen will sich Frankreich als Staat verschaffen und sie dann durch die Gemeinden, durch die Konsumvereine usw. den Verbrauchern übergeben. Also genau das Gegenteil von dem ist der Fall, was Herr Arnstadt glaubte uns hier vortragen zu sollen.

Auf einen Umstand möchte ich noch aufmerksam machen. Es wird geredet über die **Unlust städtischer Arbeiter, aufs Land zu gehen** und dort zu arbeiten. Vielleicht erkundigen sich die Herren von rechts, die dieser Auffassung huldigen, in Hohen-Lübbichow im Kreise Königsberg in der Neumark; dort gibt es ein Gut des Landrats Keudel. Auf diesem Gut werden heute noch russische Gefangene und Polen beschäftigt (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), während ansässige Gutsarbeiter, die sich zur

Arbeit melden, abgewiesen werden. (Erneute lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das stimmt also nicht überein mit dem, was vorhin von der rechten Seite aus hier wiederholt ausgeführt wurde.

Auch auf einen Irrtum in der Rede des Herrn Ministers Schmidt muß ich eingehen. Er sagte, die Brotpreiserhöhung sei zum Teil auf die Erhöhung der Löhne an die Mühlenarbeiter zurückzuführen. Eine Erhöhung der Löhne der Mühlenarbeiter ist allerdings erfolgt, und zwar im Satz von 30 Pfennig pro Zentner Getreide. Aus dem Zentner Getreide werden nun 94 Pfund Mehl gemacht. 94 Pfund Mehl sind also durch die Lohnerhöhungen um 30 Pfennige gesteigert worden. Es kommt demnach auf ein Pfund gerade ein Drittel Pfennig. Diese Erhöhung der Mühlenarbeiterlöhne kann keinesfalls daran schuld sein, daß der Brotpreis auch jetzt aus dem einheimischen Mehl ganz wesentlich in die Höhe gegangen ist.

Meine Damen und Herren! Ein bekanntes Wort sagt: die Liebe des Mannes zur Frau führt durch den Magen. Aber auch das Vertrauen des Volkes zur Regierung hängt in außerordentlich starker Beeinflussung von den Ernährungsverhältnissen ab. Es ist deshalb sehr wichtig, daß wir die Frage der Ernährung hier sehr gründlich erörtern. Ein Volk, das sich bequem ernähren kann, wird bei weitem nicht so leicht in laute und anhaltende Opposition zur Regierung treten wie ein anderes Volk, dem der Hunger im Magen sitzt. Wer wollte in Abrede stellen, daß auch jetzt bei den inneren Wirren die Magenfrage eine sehr entscheidende Rolle mitgespielt hat, und daß es daher unser Bestreben sein muß, die Ernährung so günstig wie nur irgend möglich zu gestalten? Nun sind unsere Hände nach dieser Richtung doppelt gebunden. Einmal haben wir nicht die Mengen Nahrungsmittel, die gebraucht werden, zum zweiten haben wir sie nur zu einem so teuren Preise, daß auch auf diesem Gebiete Schwierigkeiten entstehen. Um so notwendiger ist es aber, daß, was wir erfassen können, auch wirklich erfaßt und in der richtigen Weise verteilt wird.

Da möchte ich in allererster Linie die Aufmerksamkeit richten auf die noch vorhandenen außerordentlich großen Vorräte, die sich in militärischen Händen befinden. Noch hat die Regierung keinen Überblick über die Gesamtmenge. Es wird sich auch nicht allzu leicht feststellen lassen, welche Mengen von diesen Vorräten entbehrlich sind. Aber festgestellt muß beides werden, einmal wieviel überhaupt vorhanden ist, und zweitens wieviel davon abgestoßen werden kann. Man mag diese Vorräte noch so umfassend einschätzen, so groß werden sie doch keinesfalls sein, daß sie unsere Ernährung auf längere Zeit hinaus wesentlich besser gestalten können. Aber wenn es auch nur einige Pfund Nahrungs-

mittel auf den Kopf ausmacht, einerlei ob Fleischnahrung oder Pflanzennahrung, so müssen wir sie doch heranziehen; denn unser Volk ist entkräftet, darüber gibt es gar keinen Streit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum fordern wir, daß sich die Regierung möglichst schnell einen absolut sicheren Überblick darüber verschafft, wieviel in den Proviantlägern der militärischen Verwaltung vorhanden ist und wieviel davon der Allgemeinheit zugeführt werden kann. Diese Überführung darf selbstverständlich nicht so geschehen, wie es jetzt in einzelnen Orten der Fall zu sein scheint, daß diese aus allgemeinen Mitteln angeschafften Vorräte dem Schleichhandel überantwortet werden, sondern diese Waren müssen an die Kommunalverbände, an die Konsumvereine und an andere dazu geeignete Gemeinschaften gegeben werden, die sich verpflichten müssen, die Sachen zum Selbstkostenpreis abzugeben.

Große Beunruhigung hat eine Anordnung hervorgerufen, die unter dem 21. März 1919 vom Prolizeipräsidium, Abteilung 3 in Berlin ausgegangen ist. Da heißt es über die **Einfuhr ausländischen Schweinefleisches**:

> Im Anschluß an den Erlaß vom 4. März dieses Jahres wird mitgeteilt, daß das nach Berlin kommende ausländische Schweinefleisch voraussichtlich den Lägern folgender Firmen zugewiesen wird,

und nun werden sechs oder sieben Firmen angegeben, wo in Berlin und bei Berlin das zu erwartende Schweinefleisch gelagert werden soll. Ist damit auch nicht gesagt, daß die genannten Firmen auch den Verkauf des Fleisches übernehmen sollen, so wird es doch angenommen. Diese Anordnung hat um so heftigere Bedenken erregt, als einige von den Firmen überhaupt keine geeigneten Aufbewahrungsräume für größere Mengen haben, und weil zweitens die Stadt Berlin selbst im Besitz geeigneter großer Lagerräume ist und sich bereit erklärt hat, diese Lagerung zu übernehmen. Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums hat bereits die Erklärung abgegeben, dieses Schweinefleisch solle der Kommune zum Vertrieb übergeben werden. Ich erwarte, daß diesem Erlaß sofort nachgegangen und daß, falls mit dieser Lagerung bei den Privatfirmen ein Weitervertrieb verbunden sein sollte, diese Anordnung sofort rückgängig gemacht wird. Es darf nicht sein, daß dadurch wieder ein Mißmut gegen die Regierung mit vollem Recht hervorgerufen wird.

Was die Erfassung der **Vorräte** anlangt, die sich jetzt noch **in militärischer Verwaltung** befinden, so sind auch auf diesem Gebiet recht unangenehme Sachen zu verzeichnen gewesen. Es besteht eine Anordnung, daß die Verwertung alles freigewordenen oder freiwerdenden Heeresgutes durch die Verwertungsämter erfolgen soll. Die militärischen Verwaltungsstellen haben sich also alles freihändigen Verkaufs zu enthalten. Trotzdem aber laufen fortgesetzt Mitteilungen ein, daß hier und da nicht nur freihändig von den militärischen Stellen verkauft wird,

sondern daß das in einer Form geschieht, die direkt dem Schleichhandel Vorschub leistet. Das darf nicht vorkommen, und die Beamten, die dagegen verstoßen, müssen in rücksichtsloser Weise, meinetwegen unter Verlust aller Ansprüche, die sie bisher haben, zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung muß unter allen Umständen hier eingreifen und dafür sorgen, daß die Vorräte, die aus den Mitteln der Allgemeinheit angeschafft worden sind, auch der Allgemeinheit ohne Aufschlag durch den Schleichhandel wieder zugute kommen.

Sehr dringend ist auch, daß die Regierung einmal den Viehhandelsgesellschaften auf die Finger sieht. Sie wissen, daß die Viehhandelsgesellschaften bald nach Kriegsausbruch eingeführt wurden lediglich zu dem Zweck, den Ankauf des Viehes möglichst rationell zu gestalten, die Ablieferung an die Zentralen zu besorgen, zu vermitteln und die möglichst billige Abgabe an den einzelnen Verbraucher zu gewährleisten. In den ersten Monaten schienen auch die Viehhandelsverbände in diesem Sinne zu wirken; aber dann stellte sich schnell heraus, daß sie die reinen Kriegsgesellschaften waren, rein auf Erwerb zugeschnitten. Eine der ersten Maßnahmen war beispielsweise, daß sie auf jedes Viehhaupt, ganz gleich ob Rind oder Schwein, Schaf oder Ziege, 7 Prozent des Kaufpreises als Spesen auflegten. Bei dem Milliardenumsatz, der in Betracht kommt, kommt dabei eine ungeheure Summe heraus. Auf eine Milliarde Umsatz sind es 70 Millionen, und die Gegenleistung steht in keinem Verhältnis zu dieser außerordentlich hohen Belastung, die von keiner anderen Gesellschaft, die sich mit dem Vertrieb des Viehes abgibt, auch nur annähernd erhoben worden ist.

Wir brauchen uns deshalb gar nicht zu wundern, wenn zum Beispiel der schlesische Viehhandelsverband in den letzten beiden Jahren je 7 Millionen Mark Reinüberschuß gehabt hat (hört! hört!), und die Gesellschaften arbeiten wahrlich nicht billig. Sie haben ein zum Teil sehr starkes Personal, so daß die Betriebskosten an sich schon groß sind. Trotzdem noch dieser Millionenüberschuß! Vom bayerischen Viehhandelsverband wird behauptet, er habe im vergangenen Jahre 22 beziehungsweise 24 Millionen Mark Reinüberschuß gemacht. Diese Behauptung ist wiederholt in der Öffentlichkeit aufgestellt worden, und der bayerische Viehhandelsverband hat keine Gelegenheit genommen, sie zu dementieren. Jetzt wissen die Herren gar nicht, was sie mit diesen Überschüssen anfangen sollen. Sie möchten sie verkrümeln, und da kommen sie auf die sonderbarsten Aushilfsmittel. Sie wenden sie den Landwirtschaftskammern zu, die damit bei den einzelnen Landwirten zur Förderung der Viehaufzuchtsbestrebungen beitragen sollen, und ähnliches mehr. In Posen und in Westpreußen sind bereits wiederholt Summen von Hunderttausenden von Mark zu diesem Zwecke verwendet worden. Nach meiner Meinung steht diesen Verbänden überhaupt nicht das Recht der Verfügung über einen Pfennig des Überschusses zu. Die Regierung muß

die gesamten Überschüsse beschlagnahmen und sie meinetwegen zur Herabsetzung des Preises für das neu eingeführte Mehl benützen. Unter allen Umständen ist hier ein sehr wunder Punkt, und die Regierung hat die Verpflichtung, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß diese Verletzung der Aufgaben, die sich die Viehhandelsverbände haben zuschulden kommen lassen, rückgängig gemacht und die gewonnenen Überschüsse wieder der Allgemeinheit zugeführt werden.

Noch auf einen anderen Mißstand, der sich neuerdings bemerkbar macht, möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung lenken. Sie wissen, daß es seit ungefähr 5 Monaten das Verwertungsamt gibt. Dies Amt kann sehr vorteilhaft wirken; es hat einige 40 Zweigstellen. Dem Verwertungsamt sollen sowohl alle militärischen Proviantvorräte, die vertrieben werden sollen, als auch alle sonstigen Heeresmaterialien übergeben werden. Die Verwaltungsstellen aber wissen zum Teil noch gar nicht, was sie eigentlich verwalten sollen; sie haben gar keinen Überblick über das, was in ihrem Wirkungsgebiete an Vorräten vorhanden ist. Sie haben auch keine genaue Instruktion darüber, wie die Preise beim Verkauf gestaltet werden sollen. Diejenigen kleinen Richtlinien, die ihnen für ihren Verkehr mit Kommunalverbänden usw. gegeben worden sind, genügen nicht. Ich meine, die Regierung sollte dafür sorgen, daß auch hierbei die Ernährung des Volkes möglichst gefördert wird. Die Verwertungsstellen können nach einem einheitlichen und sicher angelegten Plan zur Preissenkung im allgemeinen mit beitragen. Es sind nämlich ganz außerordentlich hohe Werte, die in die Hunderte von Millionen gehen, um die es sich dabei handelt, und es ist recht wohl möglich, daß bei methodischem Vorgehen durch diese Verkäufe durch die Reichsverwertungsstellen eine allgemeine Preissenkung erwirkt wird. Diese Preissenkung muß herbeigeführt werden, und einen anderen Weg, sie zu erzielen, gibt es nicht.

Ich wiederhole: wenn man sagt, die Liebe des Mannes zur Frau führt durch den Magen, so führt auch das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung durch die Ernährungsverhältnisse, und diese so günstig wie möglich zu gestalten, ist die Aufgabe der Regierung. Wenn sie dieser Aufgabe genügt, wird sie das Vertrauen des Volkes haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat als Vertreter des preußischen Kriegsministeriums der Herr Oberst Waitz.

Waitz, preußischer Oberst: Der Herr Abgeordnete Thiele hat darauf hingewiesen, daß in den **Heeresbeständen** noch **große Lebensmittelvorräte** vorhanden seien, die zweckmäßiger der Volksernährung zugute kämen. Daraufhin habe ich zu erklären, daß aus den militärischen Lebensmittellagern alles nicht unbedingt

Notwendige dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt ist. Die Militärverwaltung behält nur das, was sie zur Verpflegung der Truppen bis zur nächsten Ernte unbedingt braucht, und zwar ist die Berechnung der erforderlichen Mengen so knapp wie möglich gehalten. Soweit es sich hat feststellen lassen, sind im ganzen 130 000 Tonnen aus Heimatbeständen dem Reichsverwertungsamt überwiesen worden.

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thiele.

Thiele, Abgeordneter: Dann möchte ich den Herrn Vorredner ersuchen, sich einmal nach Torgau zu wenden. Die Hallesche Verwertungsstelle hat vom Proviantamt in Torgau wissen wollen, was dort freihändig verkauft worden war — wozu die Herren übrigens gar nicht berechtigt waren. Da ist ihr die Einsichtnahme in die Akten verweigert worden. (Hört! hört! links.)

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Die Aussprache ist geschlossen und damit die heutige Tagesordnung erledigt.

Ich schlage dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag, den 15. April vormittags ½10 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. Anfragen Nr. 96 bis 103, 111, 112, 113; 2. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen; 3. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft; 4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag; 5. Bericht des Ausschusses für die Wahlprüfungen über die Wahl im 10. Wahlkreis, Regierungsbezirk Oppeln, 2—9; 6. Bericht des Ausschusses für die Wahlprüfungen über die Wahl im 23. Wahlkreis, Reichstagswahlkreise 6—12 des Regierungsbezirks Düsseldorf.

Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Herr Präsident, ich möchte bitten, eine Umstellung der Tagesordnung vorzunehmen, und zwar in dem Sinne, daß die Ziffer 4 der Tagesordnung, die, wenn ich recht gehört habe, sich auf den Nationalfeiertag bezieht, als Ziffer 2 unmittelbar hinter den „Kleinen Anfragen" eingestellt wird. Ich glaube, man darf davon ausgehen, daß ziemlich zahlreiche Mitglieder des Hauses vorhanden sind, die einerseits den Wunsch haben, bei der Abstimmung über diese immerhin politische Frage teilzunehmen, und die andererseits den Wunsch haben und teilweise durch die Verkehrsverhältnisse auch genötigt sind, im Laufe des Tages abzureisen. Diesen beiden Bedürfnissen könnte durch meinen Vorschlag entsprochen werden.

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Ich habe meinerseits gegen diesen Vorschlag keine Einwendungen zu machen. Wenn aus dem Hause kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das Haus damit einverstanden ist und demgemäß beschlossen hat. —

Ich habe dann noch auf Wunsch des Bureaus die Bitte an die Herren und Damen zu richten, doch möglichst heute noch in der Kanzlei mitzuteilen, wann sie beabsichtigen abzureisen, damit festgestellt werden kann, welche Züge für die Abgeordneten zu belegen sind.

Die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 48 Minuten.

---

38. Sitzung.

Dienstag den 15. April 1919.

Anfragen. — 1. Mai als Nationalfesttag. — Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlaß von Verordnungen. — Regelung der Kaliwirtschaft.

Geschäftliches: Ausschüsse. — Entschuldigt.

Anfragen:

Nr. 96, Wallbaum, Veidt.

Nr. 97, Arnstadt usw.: Gefangennahme Saarbrücker Bürger wegen angeblicher Verbindung mit den Bolschewisten: Schiele (D. Nat.). — Dr. Hemmer, Regierungskommissar.

Nr. 98, Dr. Philipp usw.: Schutz der deutschen Kaolin- und Porzellanindustrie: Dr. Philipp (D. Nat.). — Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat.

Nr. 99, Bruhn: Klasseneinteilung der Beamten: Bruhn (D. Nat.). — Saemisch, Geheimer Regierungsrat.

Nr. 100, Frau Mende, Aßmann: Widerrechtliche Zurückhaltung deutscher Schwestern in Belgien: Frau Mende (D. Vp.). — Dr. Hemmer, Regierungskommissar.

Nr. 101, Aßmann, Beuermann.

Nr. 102, Katzenstein: Wohnungsmangel: Katzenstein (S.). — Dr. Löwe, Regierungskommissar.

Nr. 103, Dr. Mittelmann.

Nr. 111, Joos usw.

Nr. 112, Biener usw.

Nr. 113, Giebel usw.

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag: Dr. David, Reichsminister — als Abgeordneter, Ehrhardt (Z.), Dr. Pachnicke (D. D.), Dr. Költzsch (D. Nat.), Haase (Berlin) (U. S.), Dr. Mittelmann (D. Vp.), Hildenbrand (S.).

Zur Geschäftsordnung: v. Payer (D. D.). — Schultz (Bromberg) (D. Nat.). — Dr. Graf zu Dohna (D. Vp.). —

Namentliche Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf.

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen:

Waldstein (D. D.), Berichterstatter.

Außerhalb der Tagesordnung: Mitteilung über die Zusammensetzung des Friedensausschusses.

Ferner: Haase (Berlin) (U. S.). — Erzberger, Reichsminister.

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Regelung der Kaliwirtschaft:

Janschek (S.) Berichterstatter: Hineinarbeiten des Rätesystems. — Sachverständigenbeirat. — Verhinderung übermäßiger Gewinne. — Preiserhöhung.

Brey (S.): Lage der Kaliarbeiter. — Siebenstundenschicht. — Reichskalibeirat. — Antrag Cohn gegen die Arbeitergewerkschaften. — Mitarbeit der Kaliarbeiter gewährleistet.

Pohlmann (D. D.): Sozialisierungsgesetz angenommen. — Noch über das Erfurter Programm hinaus. — Dem Staat das Handelsmonopol. — Verschiedene Wege zur Regelung.

Behrens (D. Nat.): Nicht genügend Fühlung mit den landwirtschaftlichen Vertretungen. — Schwierigkeiten der Kaliausfuhr. Rätesystem; Gewerkschaften; Betriebsgemeinschaft. — Preispolitik. Verteilung.

Reineke (D. Vp.). — Dr. Cohn (U. S.). — Burlage (Z.). — Gräßner, Geh. Oberregierungsrat.

Absetzung von Gegenständen von der Tagesordnung.

Aenderung der Frist für Beantwortung von Anfragen.

Besondere Mitteilungen der Regierung: Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums.

Nächste Sitzung.

Anlage A: Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung.

Anlage B: Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden: Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Baerecke, Legendre, Ollmert, Blum, Dr. Heim, Behrens, Schiele, Pohlmann, Raschig, Baerwald, Koch (Merseburg) die Abgeordneten Koch (Düsseldorf), Herold, Nacken, Schirmer, Frau Schmitz, Dietrich (Potsdam), Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, v. Payer, Weinhausen, Hartmann (Berlin), Falk;

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Schmidt (Frankfurt) der Abgeordnete Hasenzahl; in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Waldstein, Schmidthals, Hesse, Frau Dr. Bäumer, Schultz (Bromberg) Thurow die Abgeordneten Bartschat, Nitzschke, Pick, Schneider (Sachsen), Schiele, Schumann.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Dr. Mayen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 96, Wallbaum, Veidt, und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Wallbaum.

(Zuruf des Abgeordneten Schiele.) — Ein anderer darf die Anfrage nicht verlesen, nur ein Anfrager, also hier Herr Wallbaum oder Herr Veidt. Da keiner von den beiden Herren da ist, ist die Anfrage erledigt.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 97, Arnstadt und Genossen. Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

In Saarbrücken sind die **Vorstandsmitglieder der Deutschnationalen Partei**, der Direktor des Reformgymnasiums Dr. Kneuper, Oberlehrer Dr. Cauer, Stadtgeometer Herzberg und Vorsteher der Arbeitslosenstätte Schrinner seitens der Franzosen unter der Beschuldigung der Verbindung mit den Bolschewisten gefangen genommen worden.

Wir fragen, ob die Waffenstillstandskommission bereit ist, Schritte zur Befreiung der ungerechtfertigt Beschuldigten zu tun.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Hemmer.

Dr. Hemmer, Kommissar der Reichsregierung: Von der deutschen Waffenstillstandskommission sind sofort die nötigen Nachforschungen angestellt worden. Dabei ist auf Grund einer Mitteilung von zuverlässiger Seite aus Saarbrücken festgestellt worden, daß dort **verhaftet** worden sind: 1. der Syndikus der Handelskammer Klenker, 2. der Direktor des Reformgymnasiums Dr. Kneuper, 3. Direktor Brettschneider von der Burbacher Hütte, 4. Bergrat Vogel, 5. Rechtsanwalt Zillesen, 6. Herr Heuber. Herr Klenker wird beschuldigt, für den Achtstundentag eingetreten zu sein. Er befindet sich in Saarbrücken in Haft. Die übrigen aufgezählten Personen sind angeblich wegen Kundgebung deutschnationaler Gesinnung anläßlich einer Bismarckfeier am 1. April verhaftet worden. (Hört! hört! rechts.) Sie sind bereits aus der Haft entlassen und nach dem rechtsrheinischen Gebiet abgeschoben worden.

Von einer Verhaftung der übrigen in der Anfrage erwähnten Persönlichkeiten ist in Saarbrücken nichts bekannt.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat ihre Vertretung in Spa ersucht, unter schärfstem Protest gegen die Verhaftung des Herrn Klenker dessen sofortige Freilassung zu erwirken.

Sie hat weiterhin Schritte unternommen, um eine Äußerung der verhafteten und dann freigelassenen und in das unbesetzte Gebiet abgeschobenen Personen über die Vorgänge herbeizuführen, die ihrer Verhaftung zugrunde gelegen haben, damit in Spa ein mit Tatsachen belegter Protest übergeben werden kann.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 98, Dr. Philipp und Genossen und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Philipp.

Dr. Philipp, Abgeordneter:

Seit Monaten führt **Böhmen** große Mengen **getrockneter** Porzellanerde der deutschen Industrie zu, da die deutsche, insbesondere sächsische Kaolinindustrie infolge zu geringer Kohlenzuteilung nicht in der Lage ist, einwandfrei trockene Porzellanerde zu liefern.

Dadurch erleidet die deutsche Kaolinindustrie schwere Schädigungen und wird die deutsche Porzellanindustrie, die auf Verarbeitung deutschen Kaolins eingerichtet ist, in ihrer Produktion gehemmt.

Erschwerend tritt hinzu, daß der tschechisch-slowakische Staat wohl die Ausfuhr von Porzellanerde nach Deutschland begünstigt, aber die Einfuhr deutscher Porzellanwaren nicht gestattet.

Ist das der Regierung bekannt und was gedenkt sie zum Schutze der deutschen Kaolin- und Porzellanindustrie zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Geheimrat Dr. Trendelenburg.

Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die deutsche Porzellan- und Papierindustrie ist auf den Bezug von **böhmischem Kaolin** angewiesen, weil die deutschen Kaolinwerke nicht in der Lage sind, den Bedarf dieser Industrie zu decken. Ein großer Teil des in Deutschland geförderten Kaolins ist für die Herstellung von feinem Porzellan und Papier nicht geeignet. Daher wurden vor dem Kriege dauernd große Mengen böhmischen Kaolins nach Deutschland eingeführt. Die Einfuhr ging während des Krieges wesentlich zurück und wurde im Laufe der letzten Monate durch Maßnahmen der tschechisch-slowakischen Regierung zeitweise völlig eingestellt. Da die Absperrung von der Zufuhr böhmischen Kaolins die Arbeitsmöglichkeit der deutschen Porzellan- und Papierindustrie in Frage stellen würde, ist die Freigabe der Kaolineinfuhr aus Böhmen bei dem tschechisch-slowakischen Staat durchgesetzt worden. Das Reichswirtschaftsministerium und der Reichskommissar für die Kohlenverteilung sind dauernd bemüht, die Kohlenversorgung der deutschen Kaolinindustrie nach Möglichkeit zu steigern. Das Reichswirtschaftsministerium bedauert, daß die deutsche Porzellanindustrie ihre Erzeugnisse zurzeit in Böhmen nicht absetzen kann, es glaubt jedoch, annehmen zu dürfen, daß hierdurch bei den sonstigen Absatzmöglichkeiten für die Porzellanindustrie besondere Nachteile nicht entstehen.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 99, Bruhn, und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter:

Die im vergangenen Jahre bei Gewährung der Kriegsbeihilfen an die **Beamten** eingeführte **Klasseneinteilung**, nach der in großen Orten höhere Teuerungszulagen gewährt werden als in den anderen, hat erhebliche Verstimmungen in Beamtenkreisen hervorgerufen. Bei den vom 1. Januar d. Js. an **gewährten** Demobilmachungs- (Betriebs-)

Zulagen ist eine weitergehende Klasseneinteilung durchgeführt worden, wobei die krassesten Benachteiligungen zutage treten. In gleich großen und gleich teuren benachbarten Orten sind die Zulagen verschieden.

In der nicht in Großstädten angestellten Beamtenschaft besteht die Befürchtung, daß beabsichtigt ist, auch bei den Kriegsteuerungszulagen weitere Abstufungen einzuführen, womit ein neuer Schritt zur Klassifizierung der Beamten getan würde.

Ist die Reichsregierung bereit, hierüber Auskunft zu geben?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Saemisch.

Saemisch, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Es liegt nicht in der Absicht der Reichsregierung, die in den Bestimmungen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sowie der Eisenbahnverwaltung über Demobilmachungs- (Betriebs-) Zulagen vorgenommene **Abstufung nach 10 Lohngruppen** auf die Kriegsteuerungszulagen für **Beamte** auszudehnen. Für Beamte gab es bisher nur zwei Ortsklassen: die als teuer anerkannten Orte und Bezirke, in denen ein Zuschlag von 20 vom Hundert zu den allgemeinen Sätzen gewährt wurde, und alle übrigen Orte. Um der Eisenbahnverwaltung entgegenzukommen, die gewünscht hatte, die Bezüge der Beamten dem hohen Lohneinkommen der Arbeiterschaft möglichst anzupassen, sind mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab drei Gruppen gebildet worden, indem die Ortsklasse A des Wohnungsgeldzuschußtarifs als besonders teure Gruppe I ausgesondert wurde. Dies war das einzig vorhandene und für alle Verwaltungen gleichmäßig verwendbare Mittel, da von besonderen Ermittlungen, die sich schon früher als unzweckmäßig erwiesen hatten, abgesehen werden mußte. Eine gleiche Bemessung der Zulagen für alle Orte würde zu offenbaren Ungerechtigkeiten führen, da die Teuerungsverhältnisse — man denke an Groß- und Industriestädte einer-, an ländliche Orte andererseits — sehr verschieden sind.

Bei der Anerkennung als teure Orte, die im Einvernehmen mit den Landesregierungen erfolgt, wird mit großem Entgegenkommen verfahren. Dem Wunsch einzelner Städte, die nicht zur Ortsklasse A gehören, in die Gruppe I eingereiht zu werden, kann im allgemeinen aber nicht entsprochen werden. Die Einbeziehung könnte nur im Wege einer Änderung der für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen maßgebenden Ortsklasseneinteilung erfolgen. Es würde aber gar nicht zu vermeiden sein, daß aus einer solchen Änderung sofort Folgerungen auf die Höhe des Wohnungsgeldzuschusses gezogen würden. An eine Änderung der Ortsklasseneinteilung kann aber sowohl wegen der zu lösenden Schwierigkeiten als auch wegen der Rückwirkung einer solchen Änderung auf andere Gebiete nur im Zusammenhang mit der für später in Aussicht genommenen Besoldungsregelung herangetreten werden.

Dagegen ist nicht zu verkennen, daß sich aus den jetzigen Bestimmungen für Nachbargemeinden der Ortsklasse A, insbesondere Vorortgemeinden von Großstädten, die selbst einer niedrigeren Ortsklasse als diese angehören, bei im übrigen gleichen Lebensbedingungen ganz besondere Härten ergeben können. Es ist deshalb in Aussicht genommen, diese zum Zwecke der Gewährung der höheren Teuerungszulagen der Gruppe I zuzuteilen. Als Voraussetzung dafür hätte zu gelten: einmal räumlicher Zusammenhang mit der Nachbargemeinde, unzweifelhaft gleiche wirtschaftliche Verhältnisse wie in dieser und gleich hohe Lohnsätze wie bei den Betriebsverwaltungen. In diesem Sinne ist mit der preußischen Finanzverwaltung bereits in Verbindung getreten, und die entsprechende Regelung steht unmittelbar vor ihrem Abschluß.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage 100, Frau Mende, Aßmann, und gebe zu ihrer Verlesung das Wort der Abgeordneten Frau Mende.

Mende, Abgeordnete:

Seit Beginn des Waffenstillstands werden in Belgien zahlreiche deutsche Schwestern, allein im Kriegslazarett III Schaerbeck bei Brüssel 169, widerrechtlich zurückgehalten. Sie werden als Gefangene behandelt, sind zum Teil in Kellerräumen untergebracht, erhalten kein Gehalt, werden unzureichend ernährt und dürfen neuerdings nicht einmal ausgehen.

Wir fragen an, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um diesen Schwestern die sofortige Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Hemmer.

Dr. **Hemmer,** Kommissar der Reichsregierung: Die Anfrage Nr. 100, wird wie folgt beantwortet:

Bereits im Januar haben angestrengte Bemühungen der Deutschen Waffenstillstandskommission um Freigabe der in den Lazaretten in **Brüssel** und **Antwerpen zurückgehaltenen deutschen Schwestern** eingesetzt. Als Einzelheiten über ihre ungünstige Lage bekannt wurden, wurde sofort auf Verbesserung der Beköstigung und der Unterbringung gedrängt, und außerdem den deutschen Chefärzten der vier Lazarette in Brüssel und Antwerpen zuerst Ende Januar insgesamt 10 000 und darauf Mitte Februar 80 000 Franken überwiesen, die unter anderem auch den deutschen Schwestern zur Verbesserung der Verpflegung zugute kommen sollten.

Die mehrfach geforderte Gehaltszahlung an die deutschen Schwestern wurde von der belgischen Regierung erst durch die Note vom 1. April 1919 der Waffenstillstandskommission zugesichert. Schriftlich und mündlich wurde die Auslieferung der Schwestern immer wieder verlangt. Aber erst in der Note vom 1. März 1919 an die Deutsche

Waffenstillstandskommission erklärte sich die belgische Regierung offiziell zur Freilassung sämtlicher deutscher Schwestern bereit. Die Organisation des Abtransportes nahm belgischerseits wieder lange Zeit in Anspruch. Schließlich konnten in der Zeit vom 3. bis zum 7. April fünf deutsche Lazarettzüge zum Abtransport der freizulassenden Deutschen nach Belgien abgehen, von denen der letzte kürzlich in die Heimat zurückgekehrt ist. Ein Transport allein bestand fast nur aus Schwestern, sodaß anzunehmen ist, daß sämtliche Schwestern abtransportiert sind.

Es ist jedoch noch einmal bei der belgischen Mission in Spa angefragt worden, ob noch etwa Schwestern zurückgeblieben seien. Die Antwort steht noch aus.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 101, Aßmann, Beuermann, und bemerke, daß die Regierung noch ohne Informationen darüber ist. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung § 31 b ist die Sache erledigt. Es heißt da:

> Anfragen, die an dem für sie bestimmten Tag nicht erledigt werden, scheiden aus, falls nicht der Fragesteller vor Schluß der Sitzung schriftlich ihre Erledigung in der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung verlangt.

Ich gebe bei diesem Fall wie auch bei den folgenden, die ähnlich gelagert sind, anheim, ob es nicht zweckmäßig ist, gegenüber der Regierung die Erklärung abzugeben, daß Sie sich mit einer schriftlichen Antwort begnügen. Dann wird ja die Auskunft erteilt, und der Wunsch des Fragestellers kann auf diese Art befriedigt werden. Die Anfrage 101 ist damit erledigt.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 102, Katzenstein, und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Katzenstein.

Katzenstein, Abgeordneter:

> Der Stillstand des Baugeschäfts und die Rückkehr des Heeres haben den Mangel an Wohnungen, namentlich in den Großstädten so sehr verschärft, daß sich eine Reihe der schlimmsten Mißstände ergeben haben. Gedenkt die Reichsregierung, neben der bereits unternommenen Förderung des Wohnungsbaues, hier durch sofort wirkende Maßnahmen einzugreifen, insbesondere
>
> 1. der teilweise sinnlosen Steigerung der Mieten durch Festsetzung von Höchstpreisen (Zuschlägen zum Preise vom Juli 1914), auch für möblierte und für bereits vermietete Wohnungen, verbunden mit scharfen Strafandrohungen entgegenzutreten;
> 2. die Anhäufung mehrerer Wohnungen in einer Hand zu verbieten;
> 3. das Angebot von Geld oder sonstigen Vorteilen für die Zuweisung von Wohnungen in Zeitungsinseraten zu verbieten;
> 4. erforderlichenfalls öffentliche Dienstgebäude, Schlösser, leerstehende Villen und über den vernünftigen Bedarf der Bewohner hinausgehende Wohnungen zur Beschaffung von Wohnungen nutzbar zu machen und, soweit das bestehende Recht nicht die erforderlichen Handhaben bietet, unverzüglich die notwendigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Dr. Löwe.

Dr. Löwe, Kommissar der Reichsregierung: Die praktische Bekämpfung der Wohnungsnot ist in erster Linie Sache der Einzelstaaten beziehungsweise der Gemeinden. Da zurzeit der Wohnungsnot durch das einzige dauernde und wirksame Mittel — das ist der Neubau von Wohnungen — nicht abgeholfen werden kann, bleibt dem Reich gegenwärtig nur die Möglichkeit, die Einzelstaaten und Gemeinden durch Verordnungen zu unterstützen, damit der vorhandene Wohnraum möglichst zweckdienlich ausgenutzt wird. Die Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918, die sich auch auf möblierte Wohnungen bezieht, gewährleistet nach den bisher gemachten Erfahrungen den unbedingt nötigen Schutz der Mieter nur insoweit, als es sich um die Verlängerung bestehender Mietsverhältnisse handelt. Eine wirksame Verstärkung des Schutzes der Mieter bei Neuvermietungen ist daher schon in Vorbereitung. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Wohnungen erscheint aber praktisch undurchführbar. Verstöße gegen die Mieterschutzverordnung haben als Rechtsfolge die zivilrechtliche Unwirksamkeit der Verträge.

Die Anhäufung von leeren Wohnungen in einer Hand, sei es zur eigenen Benutzung, sei es zu wohnungswucherischen Zwecken, können die in Frage kommenden Gemeindebehörden schon jetzt verhindern durch Anordnungen, zu denen sie auf Grund der §§ 4, 5 und 9 der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 von den Landeszentralbehörden ermächtigt werden können. Auf Grund solcher Anordnungen können sie auch unbenutzte Wohnungen und unbenutzte Räume jeder Art sowie entbehrliche Teile größerer Wohnungen zur Unterbringung von Wohnungslosen in Anspruch nehmen. In dieser Beziehung sind also weitere gesetzliche Maßnahmen nicht notwendig, sondern nur ein taktkräftiges Vorgehen der Gemeinden.

Ein Verbot der öffentlichen Aussetzung von Belohnungen für den Nachweis von Wohnungen erscheint erforderlich. Die nötigen Vorarbeiten sind bereits eingeleitet.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 103, Dr. Mittelmann. Für sie gilt das gleiche, was ich bei Anfrage Nr. 101 gesagt habe. Ich gebe anheim, ob nicht, um die Auskunft zu bekommen, der Regierung gegenüber erklärt wird, daß man sich mit einer schriftlichen Antwort begnügt. Für uns ist Anfrage Nr. 103 heute erledigt.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 111, Joos und Genossen. Diese Anfrage ist zu spät in die Hände der Regierung gekommen. Es ist natürlich klar, daß es bei dem Wechsel zwischen Weimar und Berlin nicht so

ordnungsmäßig gehen kann. Ich behalte mir vor, für die Beantwortung der Anfragen eine längere Frist festzusetzen.

Also Anfrage Nr. 111 müßte wiederholt werden. Ich gebe auch hier den Herren anheim, ob sie sich nicht mit einer schriftlichen Antwort begnügen wollen; es wäre auch eine Erleichterung für das Plenum.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 112, Biener und Genossen. Für diese gilt das gleiche, was ich für die Anfragen Nr. 101 und Nr. 103 bemerkt habe; ich füge auch das gleiche Anheimgeben daran. Ebenso bei Anfrage Nr. 113, Giebel und Genossen. Damit sind die Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag.

Ich eröffne die erste Beratung und gebe das Wort dem Herrn Reichsminister Dr. David.

Dr. **David**, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll ein **allgemeiner Feiertag** geschaffen werden, der den hohen Idealen des internationalen Arbeiterschutzes und des dauernd gesicherten Weltfriedens geweiht sein soll. Dem internationalen Charakter dieser Ideale entsprechend soll dahin gewirkt werden, daß dieser Feiertag zu einem Weltfeiertag werde, und als geeigneter Tag dafür wird der 1. Mai in Vorschlag gebracht.

Der **1. Mai**, ein uralter Naturfesttag, lebt noch heute vielerorts als solcher in Volkssagen und Gebräuchen fort. Man fühlt und feiert die neu aufquellende Lebenslust, die Wiederkehr von Licht und Sonne, das Wiedererwachtsein der im Blütenschmuck prangenden Natur.

Als die kämpfende Arbeiterschaft diesen Tag zum Feiertag wählte, trug sie in die alte Naturfeier ein hohes Kulturideal hinein. Mit dem Gefühl des von den Banden des Winters befreiten, gesteigerten natürlichen Lebens verband sich der Drang des Menschen nach Befreiung von der Fron einer übermäßigen, lebenzermürbenden Arbeit als der Voraussetzung eines höher entwickelten Kulturdaseins. Eine tiefste sittliche Idee liegt der **Forderung einer vernünftig begrenzten Arbeitszeit** zugrunde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeit ist für die menschliche Gesellschaft eine eherne Notwendigkeit, alle gesellschaftliche Kultur beruht auf ihr (sehr richtig!), sie ist für den einzelnen eine ernste Pflicht (sehr richtig!) und sie ist für ihn auch ein Segen. (Sehr gut!) Aber sie darf ihm nicht zum Fluche werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die moderne kapitalistische Wirtschaftsentwicklung mit ihrer Tendenz auf äußerste Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft be-

drohte in ihrem Aufkommen Millionen Menschen mit Gesundheitsschädigung, Lebensverkürzung und persönlicher Versklavung. Dagegen richtete sich der Wille der zum Kulturbewußtsein erwachten Arbeiterschaft.

Das Kantsche Sittengesetz, daß der Mensch seinen Mitmenschen nicht als bloßes Mittel zum Zweck mißbrauchen dürfe, rang hier nach Anerkennung. Die Anerkennung des persönlichen Wertes jedes Menschen, die Möglichkeit der Entfaltung seines höheren Wesens — das ist der ideale Gedanke, der der Forderung des Achtstundentages zugrunde lag.

Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft die Erfüllung dieser Forderung mit einem Schlage gebracht. Aber diese Forderung muß mit anderen sozialpolitischen Forderungen auch international gesichert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Völkern erheischt es, daß auch in den anderen Ländern gleicher Schritt auf der Bahn sozialpolitischer Gesetze und Einrichtungen gehalten wird. Darum ist die Forderung zu erheben: internationale Festlegung des Achtstundentags und anderer Arbeiterschutzforderungen auf der Friedenskonferenz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir befinden uns damit im Einklang mit den organisierten Arbeitermassen auch in den Ländern der Entente. An denen wird es nun in erster Linie sein, daß sie für sich nachholen und international sichern, was in Deutschland errungen wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der **1. Mai,** seither ein **Kampffeiertag** der proletarischen Arbeiterschaft, soll also nunmehr ein allgemeiner Volksfeiertag werden. Das Gefühl der politischen Gleichberechtigung, der sozialen Ebenbürtigkeit, der Persönlichkeitsanerkennung aller Glieder der Volksgemeinschaft soll an ihm gepflegt werden. Noch zerreißen zwar erbitterte Kämpfe zwischen Parteien und Schichten unser Volk; aber der ernste Wille, auf der neuen politischen Grundlage und auf dem Wege wirtschaftsorganisatorischer Gestaltung die Gegensätze zu überwinden, sollte von allen Seiten gefördert und am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein in diesem Geiste gefeierter 1. Mai wäre ein Volksfeiertag im edelsten Sinne des Wortes. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber noch ein zweites Ideal erhebt sich über einer in sich befriedeten Volksgemeinschaft: das Ideal **einer dauernd befriedeten Gemeinschaft der Völker.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch dafür hat die Arbeiterschaft aller Länder seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstriert. Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Krieg ein barbarisches, und nicht nur das, sondern auch ein zweckwidriges Mittel zur Austragung von Konflikten zwischen den Völkern ist, getragen von

der Überzeugung, daß die Volksmassen aller Länder gleichermaßen an der Sicherung des Friedens interessiert sind, hat die Arbeiterschaft gegen Kriegsprediger und Kriegsinteressenten angekämpft. Erschien die Forderung eines dauernd gesicherten Weltfriedens in der Zeit vor dem Kriege gewissermaßen als ein theoretisches Ideal einer fernen Zeit, so ist diese Forderung heute zu einer höchst aktuellen nächsten Forderung der Weltpolitik geworden. Der Satz in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom August 1914, daß wir hoffen, daß die grausame Schule des Weltkrieges Millionen neuer Herzen für den Gedanken eines dauernd gesicherten Weltfriedens gewinnen würde, ist in Erfüllung gegangen: tot ist alle Kriegsromantik! Die Lehre, daß der Krieg ein physisches Stahlbad für den Volkskörper sei, ist als Lüge erkannt worden. Als Lüge ist auch erkannt die Behauptung, daß er die sittliche Erneuerung der Volksgemeinschaft herbeiführe. Das Gegenteil von beiden ist die Wahrheit. Schwere physische Schwächung und eine furchtbare sittliche Verwilderung, das sind die Folgen des Krieges. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Immanuel Kant hat recht: Der Krieg macht viel mehr böse Menschen, als er hinwegnimmt. Diese Wahrheit ist uns allen vor Augen geführt worden.

Die Generation, die diesen Krieg durchlebt und durchlitten hat, draußen oder in der Heimat, will keinen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinder vor ähnlichen Katastrophen gesichert seien. Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit ist sich einig in dem Willen, keinen Krieg mehr zuzulassen. Anders steht es freilich noch in den siegreichen Ländern, wo imperialistische, auf territoriale Eroberungen und wirtschaftliche Beute eingestellte Politiker noch einen entscheidenden Einfluß haben. Wir sehen ja wieder an der Nachricht über die Absichten auf das Saargebiet, mit was für Plänen man sich drüben trägt. Gegen solche Pläne appellieren wir an die Arbeitermassen auch in den siegreichen Ländern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würden sie durchgesetzt, dann wäre ein dauernder Weltfriede unmöglich. (Sehr richtig!) Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann die Gewähr einer dauernden Befriedung der Völker geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die werktätigen Volksmassen in allen am Kriege beteiligten Ländern, auch in den siegreichen Ländern, haben Furchtbares erlitten. Sie rufen wir auf den Plan als die starken Träger und Schützer des Gedankens eines auf gleichem Recht für alle Völker aufgebauten Weltfriedensbundes. Jetzt ist die weltgeschichtliche Stunde.

Der Krieg hat bankerott gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sei aus mit ihm für alle Zeiten!

Meine Damen und Herren! So bitten wir Sie, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu geben. Die Reichsregierung akzeptiert die im Antrag der Herren v. Payer und Müller gegebenen Abänderungen. So möge denn das deutsche Volk sich rüsten zur allgemeinen Feier des 1. Mai. Möge es sie gestalten zu einer machtvollen Bekundung des Willens zum Frieden im Innern unserer Volksgemeinschaft und zum dauernden Frieden von Volk zu Volk! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ehrhardt.

Ehrhardt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ein großer Teil meiner Parteifreunde hat leider abreisen müssen, da sie annahmen, daß bereits am Sonnabend die Vertagung der Nationalversammlung eintreten würde. Sie bedauern, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen zu können. Die Mehrheit der Parteifreunde — und ich kann sagen: die große Mehrheit meiner Parteifreunde — hat mich beauftragt, unsere Stellung zu diesem Antrag zum Ausdruck zu bringen.

Uns liegt der Antrag auf **Einführung eines Feiertags** vor. Dieser Antrag ist der Ausfluß der Stimmung, die unter dem Eindruck der Umwälzung entstanden ist. Meine Parteifreunde und ich wissen die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu würdigen. Wir sind der Überzeugung und der Hoffnung, daß die Umwälzung nicht nur Schaden anrichtet, sondern daß eine solche Erschütterung auch den Sieg neuer, der menschlichen Gesellschaft nützlicher Ideen zur Folge haben muß. Gegenwärtig ist allerdings der Anblick traurig. Das Schlechte überwuchert im Augenblick so sehr, daß das Gute und Brauchbare überschattet wird. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Wir hoffen aber, daß am Ende dieser Umwälzung eine neue Zeitgeschichte beginnt. In der Vergangenheit haben soziale Kämpfe unser Volk nie zur Ruhe kommen lassen. Man darf von der Zukunft erwarten, daß mehr gegenseitiges Verständnis vorhanden sein wird als früher und damit der soziale Friede dem Wohle des Ganzen dienstbar gemacht wird.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, kann man der Ansicht sein, daß die Umwälzung auch den Sieg der Arbeit und der sozialen Idee bedeutet. Es ist zweifellos ein weltgeschichtliches Ereignis, wenn nach langer Entwicklung auch der arbeitende Mensch zur wahren Freiheit gelangt.

Auch dafür haben wir vollkommen Verständnis, wenn dieses weltgeschichtliche Ereignis durch eine **allgemeine Arbeitsruhe** in der ganzen Welt gefeiert würde. Da gegenwärtig die ganze arbeitende Welt eine

große Umwälzung durchlebt, so könnte man sich denken, daß der Friedenskongreß einen solchen Tag für alle Kulturvölker festlegen würde. Von dieser Erwägung ausgehend, können wir auch dem Abänderungsantrag zum größten Teil zustimmen. „Für Weltfrieden, Völkerbund und internationalen Arbeiterschutz wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, für den der Charakter eines Weltfeiertags festgesetzt wird.“ So könnte der Antrag lauten, der dem Friedenskongreß unterbreitet wird, dem wir ohne weiteres zustimmen würden.

Aber wissen wir denn, ob unsere Gegner gewillt sind, einen derartigen Feiertag anzunehmen oder einzuführen? (Sehr richtig! im Zentrum.) Vorläufig ist also die Einführung eines Weltfeiertags noch in der Schwebe. Da nun aber noch keine internationale Instanz einen Weltfeiertag festgelegt hat, so bedeutet die Annahme des Antrages für Deutschland einen **Nationalfeiertag.** Auch wir sind für Erhaltung der politischen und sozialen Fortschritte und selbstverständlich auch für einen gerechten Frieden mit baldiger Befreiung unserer Gefangenen.

Eine andere Frage ist es aber, ob man dazu einen Feiertag einführen muß, und ob die gegenwärtige Zeit dafür überhaupt geeignet ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Im Westen sind große Gebiete unseres Landes besetzt, und an dem deutschesten aller Ströme stehen die feindlichen Geschütze. Auf den Rathäusern wehen dort die Fahnen der Feinde. Im Osten ist die Entwicklung so verlaufen, daß sie bei vielen schmerzliche Empfindungen ausgelöst hat. (Zustimmung im Zentrum.) Alle stehen wir unter dem Eindruck der niederdrückenden Waffenstillstandsbedingungen, und noch wissen wir nicht, welche weiteren Demütigungen uns in Aussicht stehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie haben ja alle heute morgen und gestern gelesen, welche Vergewaltigungsbestrebungen insbesondere dem Saarrevier zugedacht sind. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den schärfsten Protest gegen derartige Vergewaltigungsbestrebungen zu erheben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Meiner Ansicht nach durchleben wir gegenwärtig eine Zeit der Demütigung, die an die ungünstigsten Zeiten in der deutschen Geschichte erinnert. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber auch im Innern ist keine nationale Geschlossenheit vorhanden. Die einstige große Arbeitsenergie ist durch die Arbeitsunlust abgelöst. Viele Kreise demonstrieren gegen die auf demokratischer Grundlage gewählte Volksvertretung und Regierung durch fortdauernde Arbeitseinstellungen. Das Wirtschaftsleben stockt nicht nur, es droht zu zerfallen. Bald hier, bald dort lodert der Aufruhr auf, und nur mit Mühe wird man der Aufstände Herr. Viele Familien sind in Angst und Sorge um das Schicksal ihrer Angehörigen, die imperialistische Feinde wie Sklaven behandeln. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Drohend erhebt sich das Gespenst

des Hungers. Mit Wehmut und Sorge kann man daran denken, wie sich die Zukunft der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen gestalten wird, wenn nicht bald allen Volksgenossen der Ernst der Verhältnisse zum Bewußtsein kommt. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Weite Kreise in unserem Volke sind angesichts einer solchen Lage der Ansicht, daß es zweckmäßiger wäre, einen Nationaltrauer- und -bußtag einzuführen (lebhafte andauernde Zustimmung im Zentrum), durch den alle Volksgenossen auf den furchtbaren Ernst der Lage hingewiesen würden. Für einen besonderen Feiertag hält die Mehrheit meiner Parteifreunde die gegenwärtige Zeit nicht für geeignet.

Wenn nun aber einmal ein Feiertag eingeführt werden sollte, dann möchte man doch wünschen, daß es ein Tag wäre, an dem die Einigkeit unseres Volkes zum vollen Ausdruck käme. Das ist aber bei dem 1. Mai leider nicht der Fall. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich sehe davon ab, darzulegen, wie heiße Kämpfe gerade die Arbeiterwelt in Deutschland gegenseitig um diesen Tag geführt hat. Die Vergangenheit läßt sich in der Erinnerung der Menschen nicht einfach ausradieren. Wäre nur für den Sieg der sozialen Gedankenwelt demonstriert worden, so wäre zum mindesten in der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands keine Meinungsverschiedenheit vorhanden. So aber wurde demonstriert auch für eine bestimmte Weltanschauung, die von einer bestimmten Gesinnung getragen wurde. Da ein erheblicher Bruchteil unseres Volkes eine andere Weltanschauung hatte und noch hat, so würde der 1. Mai zum Feiertag für eine bestimmte Parteirichtung und — wie der Herr Referent ganz richtig gesagt hat — zum „Tag des Gegensatzes und Kampfes“. Nur soll man die Gesinnung anderer Menschen achten, und wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn alle diejenigen, die vom Standpunkt ihrer Weltanschauung den 1. Mai feiern wollen, dieses auch tun. Jener Teil unseres Volkes aber, der eine andere Ansicht hat, nimmt auch das Recht auf Achtung der Gesinnung in Anspruch. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben ja in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, daß der Gesetzgeber bei allem Gesinnungszwang das Gegenteil von dem erreicht hat, was er beabsichtigte. Ist diese Auffassung richtig — und sie dürfte richtig sein —, dann ist der 1. Mai zur Hebung der nationalen Stimmung wohl kaum geeignet. (Zustimmung im Zentrum.) Der 1. Mai sollte ursprünglich ein Weltfeiertag sein für die Anhänger einer bestimmten Ideenrichtung. Er ist dies in der Vergangenheit nicht geworden, und es ist zum mindesten fraglich, ob er es in Zukunft sein wird. Wir machen also einen früher angestrebten internationalen Feiertag zunächst einmal zu einem deutschen Nationalfeiertag. Dadurch verblaßt der Inhalt dieses Tages noch mehr, und es ist überhaupt fraglich, welchen

Inhalt bei kritischer Betrachtung der 1. Mai vom deutschen Standpunkt überhaupt noch hat.

In voller Würdigung der gesamten Verhältnisse ist die große Mehrheit meiner Parteifreunde nicht in der Lage, dem abgeänderten Antrag zuzustimmen. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Pachnicke.

Dr. Pachnicke, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dem Antrage der Fraktion der Unabhängigen, den 9. November zu feiern, stimmen wir nicht zu. Ich untersuche nicht, inwieweit die Ereignisse des 9. November erklärlich sind. Ich stelle in einem Augenblicke, wo wir etwas schaffen wollen, was keine parteipolitischen, sondern nationale Züge trägt (oho! rechts), nicht die Frage nach der Ursache. Revolutionen treten ein — das lehrt uns die Geschichte —, wenn Reformen versäumt werden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.) Darum braucht nicht jede Revolution ein Glück zu sein, und vollends war die letzte Revolution in der militärischen Lage, in der wir uns befanden, kein Glück für uns, das wir zu feiern hätten. (Hört! hört! und sehr richtig! rechts.)

Anders steht es mit dem Antrag, den wir mit den Herren von der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion vorgelegt haben. Er lenkt das Auge des Volkes auf gemeinsame Ideale, auf das Ideal des Weltfriedens, des Völkerbundes, des Schutzes der Arbeitskraft in allen Ländern. Mit ihm nehmen wir — das hat der Herr Vorredner übersehen — dem Tag den Charakter eines Kampftages, den er früher hatte. Mit ihm fordern wir die Kulturwelt auf, uns auf dem betretenen Wege zu begleiten, sich mit uns zu vereinigen in der Verfolgung höchster Menschheitszwecke.

Auf welchen Tag die Feier gelegt wird, das zu bestimmen behalten wir uns vor. Das werden wir entscheiden, wenn der Friede abgeschlossen und das Verfassungswerk vollendet ist. Das hängt vom Gang der Dinge ab. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai das Gegebene, ist er die rechte Zeit (Widerspruch rechts); denn da stehen wir dicht vor der Entscheidung über unsere Zukunft. Da kann, nachdem die Vertretung des Volkes am Schluß der Etatsberatung jenen wuchtigen Appell an den Feind gerichtet hatte, nunmehr das Volk selbst zu erkennen geben, welchen Frieden es verlangt. Da kann es erklären, daß es bereit ist, nur Bedingungen anzunehmen, wie man sie einem Gegner bietet, der nach tapferer Gegenwehr der Übermacht erlag, nur Bedingungen anzunehmen, die uns nicht das Rückgrat brechen, die uns die Entwicklungsmöglichkeit belassen, im Friedensvertrag nichts zu versprechen, was wir nicht auch halten können.

Wie dieser Tag gefeiert wird, das kann jedem überlassen bleiben. Religiös gerichtete Naturen werden ihn kirchlich, freidenkende weltlich begehen. Das ist ihre eigene Sache.

Mehrere Einzelstaaten haben der Feier bereits zugestimmt. Jetzt will auch das Reich die Gelegenheit dazu geben und will damit Konflikten vorbeugen, wie sie früher eingetreten sind, als der 1. Mai noch ein Fest des Klassenkampfes war.

Lieber wäre es uns gewesen, wenn es dieses Abänderungsantrages nicht erst bedurft hätte. Die Regierung brauchte sich nur mit den Parteien rechtzeitig in Verbindung zu setzen. Dann waren alle Weiterungen vermieden und alle Schwierigkeiten behoben. Das parlamentarische Regime erfordert eine solche Fühlungnahme. Wir dürfen erwarten, daß unsere Regierung in Zukunft, ehe sie in wichtigen Fragen entscheidende Entschlüsse faßt, die Mehrheitsparteien zur Mitarbeit heranzieht.

Was die geschäftliche Behandlung dieses Antrages anlangt, so möchte ich anregen, daß wir heute nicht nur in die zweite Lesung, sondern auch in die dritte Lesung eintreten, und ich bitte diejenigen Herren, die sich auf den Boden dieses Antrages nicht glauben stellen zu dürfen, keine geschäftsordnungsmäßigen Bedenken zu erheben. Es handelt sich hier ja nicht um technische Einzelheiten, bei denen durch beschleunigte Beratung vielleicht etwas versehen werden könnte, sondern es handelt sich um eine mehr grundsätzliche Frage, die in einer einzigen Sitzung mit Ja oder Nein zu entscheiden ist.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Költzsch.

Dr. Költzsch, Abgeordneter: Was ich zu sagen habe, ist die Bitte an das Haus, von der Forderung abzustehen, den 1. Mai durch Gesetz zum **Nationalfeiertag** zu erheben. Die Frage des 1. Mai ist zuletzt eine politische Frage, eine Kulturfrage, und Fragen derart sind immer die beängstigendsten, brennendsten, beunruhigendsten. Sie sind und bleiben die letzten von allen Fragen, die uns hier beschäftigen können. Wir sitzen hier ja wohl in einem Raume zusammen, Schulter an Schulter. Wir können in einzelnen Punkten einmal geschlossen alle Parteien zusammengehen und zusammenstimmen. Aber dann bricht es immer wieder auf, daß Klüfte zwischen uns liegen, und was uns immer wieder trennt, ist die Weltanschauung. Sie kennen unsere Weltanschauung, die der Rechten. Sie kennen die Welten, in denen wir gewohnt, in denen wir glücklich gewesen sind, die zum Teil uns zerschlagen sind. Sie kennen die Ideale und Ziele, die wir früher gehabt haben, zu denen wir uns auch jetzt bekennen. Sie werden das nicht anders erwarten. Sie wollen selbst keine Wetterfahnen sein und werden's deshalb von uns nicht verlangen, welche zu sein. Zu

unseren Idealen gehört vor allem Religion und Christentum. Ja, hier ist der empfindlichste Punkt, bei dem wir angegriffen werden können. Und deshalb ist es, glaube ich, auch für die gegnerische Seite gut und geraten, nicht ohne Not an dem Punkte uns anzugreifen und etwa zu verwunden. Leider ist das manchmal schon geschehen. Es war verhängnisvoll geradezu, daß die Nationalversammlung eröffnet wurde mit einer Rede, die vom dritten Satze an den vollen Widerspruch einer ganzen Seite des Hauses erregt hatte. Es war verhängnisvoll, daß in demselben Tone dann vom Alterspräsidenten fortgefahren wurde, und verhängnisvoll, wenn derselbe Ton dann auch so manches Mal gerade von den Plätzen der Minister aus angeschlagen wurde. (Rufe von den Sozialdemokraten: Habt ihr es früher besser gemacht?) — Bitte, wir sind in die Nationalversammlung eingetreten wohl als Oppositionspartei, notgedrungen als solche, aber mit der ehrlichen Absicht, sachlich mit allen Parteien zu arbeiten, damit unser Volk aus dem ungemessenen Elend des gegenwärtigen Augenblicks herauskommt. Wir meinen, es ist dringend notwendig, daß wir zusammenstehen und zusammengehen, soviel wir können, und wenn wir Ihnen die Hand reichen, dann, bitten wir auch, stoßen Sie unsere Hand nicht zurück und verprellen Sie uns nicht unnötig.

Nun kommt heute der Antrag wegen des 1. Mai. Wie wirkt der Antrag auf uns? Ich muß sagen: Zunächst doch sehr befremdlich und erstaunlich. Daß man in dieser Zeit wieder einen Feiertag einführen will! Weiß man denn nicht Bescheid um diese unsere Zeit? Das Volk, so scheint es, kommt aus dem Feiern jetzt nicht groß heraus. Sie wissen alle, was hinter uns liegt. Nach dem Ausbruch der Revolution haben die Arbeiter ihre Arbeit unterbrochen mit ihren beständigen Versammlungen. Die Soldaten haben am hellen lichten Tage, an dem andere sonst arbeiten, ihre Demonstrationsumzüge gehalten. Hunderttausende haben dann die Arbeit niedergelegt auf Tage und auf Wochen, und viele haben die Arbeit überhaupt nicht aufnehmen wollen. Sie wissen, was wir unter den Arbeitsunwilligen in dieser Zeit zu leiden haben. Wenn Sie da rechnen: das sind Millionen nicht von Arbeitsstunden, sondern von Arbeitstagen, die vergeudet wurden, und Milliarden von nationalem Hab und Gut, das damit verschleudert wurde. Ist es wirklich notwendig, daß man in dieser Zeit dem ganzen Volk noch einen Feiertag aufdrängt und aufzwingt? Wenn man einen Tag für das Volk jetzt anordnen will — es ist das Wort vorhin schon einmal gefallen —, dann könnte es eher der Gedanke sein, einen Trauertag zu bestimmen (Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten), für die Millionen Gefallener unseres Volkes (lebhafte Zustimmung rechts), für unsere Kriegsgefangenen draußen, die noch immer im Feindeslande schmachten. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen Nationalfeiertag, in bezug auf den leider nicht alle Parteien im Hause einer Meinung sein können. Aber es handelt sich um einen Feiertag, und, ich meine, wir sollten die verschiedenen Anschauungen darüber ruhig aussprechen lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Für die Einleitung eines solchen Feiertages sind tumultuarische Szenen nicht sehr schön. Ich möchte bitten, davon Umgang zu nehmen und die einzelnen Redner ruhig ihre Anschauung vortragen zu lassen. (Sehr richtig!)

Dr. Költzsch, Abgeordneter: — Ich bin dem Herrn Präsidenten nur dankbar für das Wort. Was hier an Zwischenrufen und an tumultuarischen Szenen geschieht, das geht aus dem Haus hinaus, das geht ins Volk hinein und wird von breiten Kreisen gewürdigt. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, ob es zu Ihrer Sache (zu den Sozialdemokraten) Empfehlung dient. Wir haben Sie angehört, hören Sie unsere Anschauungen auch. — Kurz, wir halten es nicht für angebracht, jetzt einen Feiertag in dem Augenblick einzusetzen — um nur noch einmal das eine zu sagen —, in dem unsere Kriegsgefangenen draußen noch im Elend sitzen.

Nun der **1. Mai** selber! Ausgerechnet dieser Tag des Kalenders! Er erfährt seine besondere Beleuchtung jetzt dadurch, daß er einen **Bruder im Kalender** gefunden hat: das ist der **9. November.** Es ist nicht zu übersehen, daß von den Unabhängigen Sozialdemokraten der Abänderungsantrag eingegangen ist, es möchte nicht bloß der 1. Mai, sondern auch der 9. November gesetzlich als Feiertag eingeführt werden. Es ist nicht zu übersehen, daß beide Tage als gesetzliche Feiertage verlangt worden sind in Sachsen — in Dresden — und in Preußen — in Berlin —; und ich bin überzeugt, daß, wenn der 1. Mai erst einmal hier durch die Nationalversammlung eingeführt werden wird, der 9. November nachfolgen wird. Der 9. November mag manchem als der Tag des Glücks und der Freiheit erscheinen. Anderen ist er ein schwarzer Trauertag: Der Tag, der es zum Ausbruch gebracht hat, was schon lange unter der Haut des Volkskörpers gefressen und gewühlt hatte. Der Tag, der uns die Marine, der uns das Heer über den Haufen warf. Der Tag, der es unsern Feinden in die Hand gab, daß sie uns behandeln konnten, wie sie wollten, unwürdig wie ein Sklavenvolk. Der Tag, der all das in die Wege geleitet hat, was wir seitdem Dresden herab. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der 9. November gilt uns, gilt vielen bürgerlichen Kreisen im Volke nicht als ein Tag des Glücks und der Freiheit. Und Sie selbst wissen erlebt haben bis auf die Scheußlichkeiten des letzten Sonnabends in nicht, ob Sie auf die Dauer durch die Jahre hindurch sich dieses Tages in ungetrübter Freude weiter freuen können. (Sehr wahr! bei den

Deutschnationalen.) Dadurch wird der 1. Mai beleuchtet. Er ist doch zuletzt eine Herausforderung an die bürgerliche Gesellschaft. Eine Klasse im Volk hat den 1. Mai bis jetzt betrieben. Er ist vorhin als Kampfmittel anerkannt worden, um den Achtstundentag zu erreichen. Sie haben den Achtstundentag jetzt erreicht. Sie haben den Siebenstundentag. Sie bekommen vielleicht, selbst gegen Ihren Willen, noch den Sechsstundentag. Also weshalb eigentlich den 1. Mai noch weiter behalten? Aber Sie können ihn ja als Partei behalten. Warum nur soll ihn das Volk in seiner Gesamtheit übernehmen?

Ich versuche gerecht zu sein und mich auch in das Denken anderer einzufühlen. Es ist ja vorhin schon wieder gesagt worden, was für den 1. Mai zur Befürwortung nur gesagt werden kann. Er soll der internationale Tag, der Weltfeiertag sein. Ja, meine Herren, für den internationalen Gedanken habe ich viel Verständnis; er läßt sich christlich deuten: ein Hirt, eine Herde, ein Glaube, eine Taufe. Wir lassen uns auch den Glauben und die Hoffnung nicht nehmen, daß wir noch einmal eine große Völkerfamilie werden. Aber der Weg zu solchem kann nur der sein, den das Christentum zeigt: aus überzeugten, überwundenen Herzen heraus durch die Herzen wieder hindurch. Es tut's das nicht allein, daß man die Arme gegen die ganze Welt ausbreitet: diesen Kuß der ganzen Welt.

Wir haben wahrlich mit dem internationalen — früher hieß es: mit dem kosmopolitischen — Gedanken nur die schmerzlichsten Erfahrungen gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Das war im 17., im 18., im 19. Jahrhundert, dicht vor den Niederlagen, die das deutsche Volk gerade hier in der Gegend von Weimar erlitt. Es ist so geblieben nach 1813, 1815, nach 1848, 1870, und jetzt haben wir es wieder! Meine Herren! Haben wir an dem Internationalismus noch nicht genug? Was haben wir auf ihn gehofft, Sie von der Linken vor allen Dingen! Wir meinten, es müßte ein Bruderbund in allen Ländern erstehen, um uns beizuspringen. Es ist den Völkern nicht eingefallen. Sie haben alle gegen uns gestanden, auch die Arbeiter der fremden, uns feindlichen Völker. Statt des Bruderbundes ist eben nur die Internationale all der Völker gewachsen, die gegen uns gekämpft haben: Frankreich, England, Rußland, Italien und die zwanzig oder noch mehr anderen Staaten, die alle uns den Krieg erklärten, — Staaten, von deren Existenz wir kaum etwas geahnt hatten. Aber wir bleiben die unverbesserlichen Träumer und Schwärmer, die immer die ganze Welt glücklich machen und verbessern wollten, in dem Augenblick immer gerade, wo wir das eigene Haus nicht halten konnten und wo unsere Feinde uns wieder einmal das Fell über die Ohren zogen. Sie richten den 1. Mai zunächst ein als Nationalfeiertag, geben doch zugleich der Hoffnung Ausdruck: er soll ein Weltfeiertag werden und müssen nur im selben Atemzug bekennen: bis jetzt haben unsere Feinde

uns noch nicht folgen wollen, sondern sind abseits geblieben. Kurz, der internationale Welttag empfiehlt sich nur schwer.

Ob der Tag zur Ehre der Arbeit leichter befürwortet werden kann? Ich weiß, was es um die **Arbeit** ist. Auch sie hat ihre Ehre und Würde erst erhalten durch das **Christentum**, durch den, den wir unseren Heiland nennen, und wo im Namen der Arbeit eine Versammlung stattfindet, da sollte dieser Mann immer genannt werden. (Bravo! rechts.) Jeder Sonntag und jeder christliche Feiertag ist ja geradezu ein Ehrentag für die Arbeit, ein Aufatmen nach Staub und Hitze der Woche, ein Sammeln neuer Kraft für die neue Arbeit. Und mancher Festtag unter unseren christlichen Festtagen ist eigens dazu da und geeignet, der Arbeit ihre Würde und ihre Ehre zu bezeugen. Wenn ich nur — ich spreche als Evangelischer — den Erntedanktag nennen soll! An ihm gedenken wir nicht bloß des Landmannes, der sein Feld bestellt, sondern auch in der Großstadt innerhalb des Häusermeeres auf dem glühenden Asphalt unserer Straßen aller Arbeiter, die jahraus jahrein genau so ihre Arbeit tun, wie der Landmann draußen auf der Flur. Damit bin ich bei dem für uns wichtigen Punkt: daß in der Agitation für den 1. Mai immer die religiöse Note zu spüren war: die Frage: wird uns damit eine Kulturfrage?

Wenn ich von unseren Feiertagen geredet habe, so darf ich Ihnen sagen: es hat uns so oft bitter weh getan, wie man gegen unsere **Sonn- und Feiertage** gekämpft hat. Ich habe mir vor etwa 20 Jahren einmal Leitartikel von den hohen Festen gesammelt aus allen möglichen Zeitungen. Ich wollte sie verarbeiten zu einer Broschüre. Ich habe es nicht fertig gebracht, weil ich es psychisch und physisch nicht mehr aushalten konnte, was gerade aus Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Presse für ein Haß und für eine Wut schäumte gegen unsere christlichen Sonn- und Feiertage. Und nun der 1. Mai! Es ist bezeichnend, daß er, zusammen mit seinem Bruder, dem 9. November, in Dresden von einem der rabiatesten Kirchenaustrittsagitatoren, Menke, vertreten worden ist und in Berlin von Hoffmann. Wir wissen, wie wir ihn leider zu nehmen haben. Im **sozialdemokratischen Liederbuch** steht vielleicht seit drei Jahrzehnten, und seit so langer Zeit wird es aus dem sozialdemokratischen Liederbuch gesungen:

Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten,
Euren Festen nach der Reih
Von dem ältsten bis zum jüngsten
Gehn wir stolz und kalt vorbei.
Fahrt zum Himmel über Sterne
Fahrt zur Hölle — einerlei!
Alles lassen wir euch gerne,
Aber gebt uns dafür frei
Unsern Maientag.

Sehen Sie, das ist die religiöse Färbung der Frage, und das ist es, weshalb wir empfindlich sind.

Wir lehnen den Antrag ab. Wir bitten aber alle christlich Empfindenden im Hause, zu uns zu stehen. Es ist nicht bedeutungslos, daß in Dresden und in Berlin die Sozialdemokraten ganz allein für sich geblieben sind und alle bürgerlichen Parteien geschlossen gegen sich hatten. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß nicht, ob christlich Denkende es leicht auf ihr Gewissen nehmen können, für den Maiantrag zu stimmen. Aber ich rede nicht, um aufzureizen, ich rede, um zu versöhnen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich wende mich an Sie (zu den Sozialdemokraten), um Sie zu bitten: überspannen Sie den Bogen nicht! Sie tadeln es an unseren Feinden, daß sie jetzt nicht Maß halten können, daß sie uns das Unglaublichste an Beschimpfungen und an Lasten auferlegt haben und jedenfalls noch auferlegen werden. Sie sind überzeugt: die Feinde, die diesen Weg beschritten haben, gehen den Weg ihres eigenen Verderbens. — Überspannen Sie den Bogen nicht! Sie sind jetzt die Sieger und die Herren der Stunde, aber Sie können zuletzt nichts, wenn Sie nicht die Geschlossenheit des Volkes auf Ihre Seite bekommen. Deshalb stoßen Sie uns nicht ab, sondern verstehen Sie uns!

Wir lehnen den Antrag ab und bitten das Haus, uns beizutreten. (Lebhafter wiederholter Beifall rechts. — Wiederholtes Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Der Herr Vorredner hat darin recht, daß sich zwischen seiner Weltanschauung und der unsrigen eine unüberbrückbare Kluft auftut. Es kommt darauf an, welche Weltanschauung sich zum Siege durchringt, und wir zweifeln nicht, daß es die unsrige ist. Sie hat ihren Siegeslauf angetreten und wird ihn vollenden. Wir denken aber nicht daran, die Anschauung des Gegners zu verlästern, ihn zu beschimpfen oder ihm Haß entgegenzubringen. Die Arbeiterklasse hat allen Verfolgungen durch Regierung und Bourgeoisie zum Trotz bereits seit 29 Jahren den 1. Mai gefeiert, und sie wird ihn auch weiter feiern, ganz gleich, wie der Beschluß der Nationalversammlung ausfallen wird. Der 1. Mai ist im Bewußtsein der deutschen Arbeiter festgewurzelt. Die **Maifeier** hat dadurch ihre besondere Bedeutung erlangt, daß an diesem Tage die Arbeiter aller Länder ihre Macht für **Völkerverbrüderung** und für **Weltfrieden einsetzen**, und auch in diesem Jahre wird in den siegreichen Ländern von den sämtlichen sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften der 1. Mai in diesem Geiste gefeiert werden. Ganz im Gegensatz zu der Auffassung, die hier wiederholt zum Ausdruck

gekommen ist und die durch die Rede des Herrn Ministers David durchklang, stelle ich fest, daß in Frankreich, in England und Italien schon seit Wochen die sozialdemokratischen Parteien einen scharfen Kampf gegen die Kriegstreiber in ihren eigenen Ländern, gegen die Blockade Deutschlands, gegen die offene oder verschleierte Annexion des Saarbeckens und für die humane Behandlung unserer Gefangenen führen. Ermahnungen an die Arbeiterklasse dieser Länder sind deshalb nicht am Platze. Diejenigen, die dort Gewaltpolitik treiben, sind nicht die sozialistischen Arbeiter, sondern es sind gewisse Teile der Bourgeoisie, es sind diejenigen, die dieselben Anschauungen vertreten, die Sie (nach rechts) 4½ Jahre hindurch selbst vertreten haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fühlen uns mit den Arbeitern aller Länder, insbesondere auch mit den Arbeitern in Frankreich, England und Italien, in den Gedanken für Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung eins. Wir werden gegen jede Vergewaltigung unseres Volkes an diesem 1. Mai ganz besonders demonstrieren, wie wir die Vergewaltigung jedes anderen Volkes jederzeit bekämpft haben. Die vom sozialistischen Ideale erfüllten Massen unseres Landes wie aller anderen Länder werden sich am 1. Mai mit besonderem Nachdruck in dem Bestreben vereinigen, dem Krieg ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Für die Feier kommt in diesem Jahre wie in den kommenden Jahren gar kein anderer Tag in Betracht als der **1. Mai**; denn durch die Geschichte und Tradition ist die **Feier für Völkerfrieden und Sozialismus** mit dem 1. Mai verknüpft. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Für die Arbeiterklasse handelt es sich bei dieser Feier um das Gelöbnis zum Sozialismus, zur Überwindung des Kapitalismus. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf im Zentrum.) Der Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft ist früher und soll auch jetzt in ihr zum entschiedensten Ausdruck kommen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir verschleiern in keiner Weise diese Tatsache und wollen sie nicht verschleiern lassen. (Hört! hört! im Zentrum.) — Gewiß, wir sind offen. Der Antrag Payer-Müller will aber dem 1. Mai diesen Charakter rauben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die **Arbeiterklasse** denkt nicht daran, sich den **Weltfeiertag** dadurch verschandeln zu lassen. Sie läßt um das Recht, das sie sich selbst erobert hat und das jetzt ihr fester Besitz ist, nicht feilschen. Sie begeht den 1. Mai nach wie vor als einen Weltfeiertag für den Sozialismus und gegen jede Gewaltpolitik. Aus diesem Grunde können wir für den **Antrag v. Payer-Müller** (Breslau) nicht stimmen. Wir sind selbstverständlich mit den Gedanken, die im Abs. 1 enthalten sind, einverstanden. Wir sind auch, wie ich bereits hervorgehoben habe, der Meinung, daß sich

dieser 1. Mai eignet, dafür zu demonstrieren, daß der Friede kein Friede der Gewalt werde, daß man am 1. Mai insbesondere auch unserer Gefangenen gedenkt. Aber wir wollen es nicht im Zweifel lassen, ob der 1. Mai auch noch im nächsten Jahre als gesetzlicher Feiertag anzusehen ist, wie es nach dem Abs. 3 des § 1 durchaus möglich und wahrscheinlich ist, wenn sich bis dahin etwa die Kraft der bürgerlichen Parteien vorübergehend verstärken sollte. Nein, hier handelt es sich um eine klare Entscheidung, und die sozialistische Internationale — daran können Sie von den Mehrheitssozialisten doch nicht zweifeln — wird es geradezu als einen Verrat empfinden (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß Sie sich dazu hergegeben haben, mit den bürgerlichen Parteien ein solch verwaschenes Kompromiß abzuschließen und damit dem 1. Mai seinen wesentlichen Charakter zu nehmen. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben in unserem Antrage vorgeschlagen, nicht nur den 1. Mai zu feiern, sondern auch den 9. November als gesetzlichen Feiertag festzulegen. In Sachsen ist bereits wie der 1. Mai so der 9. November als Feiertag durch ein Gesetz eingeführt worden. Andere Bundesstaaten werden diesem Beispiel folgen. Wenn hervorgehoben werden sollte, daß in einem Bundesstaate schon ein früherer Termin gewählt worden ist, so steht das unserem Antrage nicht entgegen; denn durch das Reichsgesetz wird eine allgemeine Norm festgelegt, und es ist sicher, daß sich die anderen Staaten danach richten werden.

Am 9. November haben die Volksmassen das alte Regime beseitigt und die Neugestaltung Deutschlands angebahnt. Ich verstehe es sehr wohl, daß den Herren von der Rechten, ja auch den Herren in der Demokratischen Partei diese Erinnerung nicht angenehm ist, daß sie den 9. November am liebsten aus der Erinnerung des Volkes auslöschen möchten; denn sie haben die Revolution ja nur widerwillig über sich ergehen lassen. Aber die Massen, die die Revolution vorbereiteten, die ihre Träger geworden sind, würden es nicht verstehen, wenn über den 9. November wie über ein gleichgültiges Ereignis hinweggegangen werden würde. Geschieht dies trotz allem, so werden die Arbeiter sich erzwingen, was die Nationalversammlung ihnen versagt. Die Ablehnung unseres Antrages würde in der Arbeiterklasse das Gefühl erwecken, daß die Nationalversammlung der Revolution verständnislos, ja feindlich gegenübersteht. Sie wird sich mit dieser Tatsache abfinden; sie ist von der Überzeugung durchdrungen, daß die Revolution, die ja erst begonnen hat (hört! hört! bei den Deutschen Demokraten), sich bis zum siegreichen Ende fortsetzen wird. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister Dr. David.

Dr. **David,** Reichsminister: Der Herr Vorredner hat gesagt, aus meinen Worten sei herausgeklungen, daß auch ich den Sozialisten der anderen Länder den Vorwurf mache, daß sie nicht gegen imperialistische Tendenzen, die dort für den Friedensschluß zutage getreten sind, aufgetreten seien. Das ist ein Irrtum. Ich habe von **imperialistischen Politikern** gesprochen, die in den siegreichen Ländern noch einen entscheidenden Einfluß hätten, dabei aber in keiner Weise an die Arbeiter, die sozialistischen Arbeiter zuletzt, gedacht. Im Gegenteil, ich habe darauf hingewiesen, daß von der organisierten Arbeiterschaft drüben dieselben Auffassungen wie bei uns vertreten werden, - und habe appelliert, daß sie ihre Auffassung gegen imperialistische Eroberungs- und Beutetendenzen kraftvoll zur Anerkennung bringen sollten.

Damit möchte ich gleich ein paar weitere Bemerkungen verbinden. Der Vorschlag, den **9. November** heute ebenfalls zum **Feiertag** zu erklären, erscheint verfrüht. Die definitive Entscheidung darüber, welche Nationalfeiertage festgesetzt werden sollen, steht aus. Der 9. November ist noch lange hin. Es brennt also nicht. Darüber können wir uns später unterhalten, während die Feier des 1. Mai eine aktuelle Frage ist.

Der Herr Vorredner hat ferner gemeint, es sei unverzeihlich, daß man in diesem Gesetz nur den **1. Mai** für dieses Jahr als gesetzlichen Feiertag festlege. Die Gefahr wäre dadurch heraufbeschworen, daß man ihn im nächsten Jahre wieder in der Versenkung verschwinden ließe. Ich möchte dem Herrn Vorredner sagen: wenn die politischen Verhältnisse in unserem Lande sich so entwickeln sollten, daß eine Macht käme, die in der Lage wäre, im nächsten Jahre den 1. Mai als Feiertag wieder verschwinden zu lassen, so wäre dagegen doch auch keine Garantie dadurch gegeben, daß wir ihn heute gesetzlich für alle Zeiten festlegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn eine solche gesetzliche Festlegung würde diese gleiche Macht ohne weiteres auch wieder beseitigen. Diese Besorgnis ist also gänzlich unangebracht.

Wenn der Herr Abgeordnete Haase den **Antrag** der Herren **v. Payer und Müller** (Breslau) ein verwaschenes Kompromiß nennt, so hat dieser Antrag doch den großen Vorzug, daß er den Charakter dieses Feiertages, die Ideale, denen er geweiht ist, festlegt, und dadurch eine Norm gibt, daß überall, wo er gefeiert wird, auch von offiziellen Stellen, auch in den Schulen, der Feiertag seinen wahren Charakter unverrücklich erhält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Das ist der Vorzug.

Meine Herren, es wäre ja ein seltsames Zusammentreffen, wenn die Herren von der äußersten Linken ihre Stimmen mit der Rechten vereinigten, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Ich bin überzeugt, die große Masse der Arbeiterschaft **würde** darüber das **richtige** Urteil

zu treffen wissen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Dann ein paar Worte zu dem Redner der Rechten Dr. Költzsch. Er hat erklärt: „Ich rede nicht, um aufzureizen.“ Ich muß aber sagen, daß in der Tat seine Worte sehr stark diesen Eindruck gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Worte christlicher Versöhnung waren es wirklich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Wenn er an alle christlich Denkenden in diesem Hause appellierte, sie sollten den Antrag ablehnen, so ist mir doch nicht klar, inwiefern die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Maifeiertag geweiht sein soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich war im Gegenteil der Meinung, daß diesen Forderungen auch die ganze christliche Welt, wenigstens soweit sie sich zum praktischen Christentum bekennt, begeistert zustimmen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ist die Forderung der sozialen Schutzgesetzgebung, des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der menschlichen Persönlichkeitsentwicklung vor den Gefahren des modernen Produktionsbetriebes keine Forderung, die sich mit den christlichen Idealen deckt? (Zuruf von den Deutschnationalen: Das leugne ich doch gar nicht!) — Das leugnen Sie nicht? Warum wollen Sie denn nicht mit am 1. Mai für diese christliche Forderung auch demonstrieren?

Meine Herren! Ist das Ideal des Weltfriedens, die zweite Forderung, ein Ideal, das sich im Gegensatz zu dem Christentum befindet? Jedenfalls nicht im Gegensatz zu seinem Stifter, im Gegensatz zu den Lehren der Bergpredigt, im Gegensatz zu dem Weihnachtsrufe: Friede auf Erden! Warum also ruft der Herr Abgeordnete Költzsch die christlich Denkenden auf, sich dieser Feier, dieser Bekundung des Willens auf Erstrebung dieser doch auch christlichen Ideale zu widersetzen? Ich meine: das sind Ideale, die von den Vertretern aller Weltanschauungen, die auch von den Herren von der Rechten gepflegt werden und gemeinsam mit uns gefeiert werden können. Deshalb meinen wir: der 1. Mai solle ein Tag der Versöhnung, der gemeinsamen Bekundung der gemeinsamen Ziele sein. (Zurufe rechts.) Wir gingen davon aus, daß man den Kampf der Vergangenheit überwinden müsse durch den Gedanken, daß man doch auch gemeinsame Ziele und Ideale habe.

Und, meine Herren, ich dachte mir, daß Sie, die im engeren Sinne christlich-konfessionell diesen Tag gestalten wollen, daß die Vertreter des protestantischen Christentums zum Beispiel an die Protestanten aller Länder an diesem Tage appellieren könnten, damit auch sie einträten für den Gedanken eines Weltfriedens, für den Gedanken einer internationalen Befreiung der menschlichen Persönlichkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich dachte mir, daß die Anhänger

anderer christlicher Konfessionen an ihre Freunde in anderen Ländern an diesem Tage appellieren könnten, damit auch sie ihren Einfluß ausübten in ihren Ländern für die Durchsetzung dieser hohen Forderung. (Zurufe.)

Wenn Sie es mit dieser Forderung ernst nehmen, weshalb wollen Sie denn nicht auch am 1. Mai dafür demonstrieren? Weshalb wollen Sie gerade an diesem Tage nicht, wo alle sich miteinander vereinigen könnten, für diese Ziele eintreten? Ich bedauere, daß Sie diese Vorlage als etwas Trennendes ansehen, daß Sie diese Gelegenheit benutzen, um Gegensätze noch mehr aufzureizen. Meine Herren, ich appelliere da wirklich an Ihre bessere Einsicht. Hier ist eine Möglichkeit, gemeinsame Ideale gleichzeitig zu bekunden und ihre Durchsetzung zu fördern, unbeschadet, welche Weltanschauung man sonst hat. Ich möchte Sie wirklich bitten: seien Sie mindestens ebenso tolerant in bezug auf solche Feiertage wie die Freidenkenden, wie die große Mehrheit der Sozialdemokratie, die sich ja auf einen freireligiösen Standpunkt stellt, tolerant ist gegen die Feitertage konfessionell-christlicher Natur. Haben Sie von einem Anrennen von sozialdemokratischer Seite gegen diese Feiertage gehört? Der Herr Abeordnete Költzsch hat ja allerdings gemeint, von sozialdemokratischer Seite sei man wutschäumend gegen die christlichen Feiertage angegangen. Das ist mir ganz neu; dafür müßten denn doch erst Tatsachen beigebracht werden. Ich weiß aber aus der Gesetzgebung, daß meine Freunde jederzeit energisch eingetreten sind für die Sonntagsruhe, für die Feiertagsruhe, mit aller Kraft, die sie aufbieten konnten. Also da sind Sie vollkommen im Irrtum, und ich bitte Sie, selber die Toleranz zu üben gegen Andersdenkende, die Andersdenkende gegen Sie üben. (Bravo!) bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch die letzten Ausführungen des Herrn Reichsministers Dr. David können meine politischen Freunde nicht davon überzeugen, daß es notwendig ist, in der jetzigen Zeit, in der das ganze Volk arbeiten sollte, einen Feiertag einzurichten, an dem nicht gearbeitet werden soll. (Sehr richtig! rechts. — Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Herrn Reichsministers Dr. David können uns trotz seiner sanften Mahnungen nicht davon abbringen, auf das entschiedenste gegen ein Gesetz Stellung zu nehmen, in dem wir eine Herausforderung des gesamten deutschen Bürgertums erblicken. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wenn das den Herren von der Regierung bei Beratung der Gesetzesvorlage noch nicht klar gewesen sein sollte, so hätten ihnen die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haase zeigen müssen, daß der

1. Mai als Feiertag nichts anderes sein soll als ein **sozialdemokratischer Feiertag.** (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Ich stelle demgegenüber fest, daß die Mehrheit, die am 19. Januar in die Nationalversammlung gewählt worden ist, eine bürgerliche Mehrheit war, und es darum eine Herausforderung bedeutet, von dieser bürgerlichen Mehrheit zu verlangen, der Einführung eines sozialdemokratischen Feiertags zuzustimmen. (Sehr richtig! rechts.)

Am gestrigen Tage hat der Herr Reichsernährungsminister auf die Streiks und Unruhen hingewiesen und festgestellt, daß die Schäden, die durch die Ausstände hervorgerufen wurden, so schwer sind, daß sie selbst durch die eifrigste Arbeit in den nächsten Monaten nicht wieder wett gemacht werden könnten. Am folgenden Tage bittet uns ein anderer Vertreter derselben Reichsregierung, für einen Feiertag zu stimmen, der wieder einen Wochentag der Arbeit entzieht, der Arbeit, die doch auch der Herr Abgeordnete Wurm am gestrigen Tage als eine Staatsnotwendigkeit bezeichnet hat.

Im übrigen sind meine Freunde der Ansicht, daß es vielleicht nicht ganz mit den Aufgaben der Nationalversammlung in Einklang zu bringen ist, wenn man überhaupt eine derartige Gesetzesvorlage vorlegt; denn unsere Aufgabe besteht darin, eine Verfassung zu beraten und sonstige dringliche Gesetze zu erledigen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Die einzige Dringlichkeit, die für diese Vorlage angeführt werden könnte, ist die, daß der 1. Mai unmittelbar vor der Tür steht. (Sehr richtig!) Nach den Ausführungen des Herrn Reichsministers Dr. David glaube ich, annehmen zu dürfen, daß, wenn die Nationalversammlung im November etwa noch tagen sollte, die Regierung uns eine andere Gesetzesvorlage bringt, den **9. November als Nationalfeiertag** einzuführen, und zwar wiederum mit der Begründung: die Dringlichkeit sei gegeben, denn der 9. November stehe vor der Tür. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) Ich möchte mir vielmehr den Vorschlag erlauben, daß wir in der jetzigen Zeit, in der überhaupt kaum noch gearbeitet wird, endlich einmal einen Tag einführen, der **durch Gesetz als Arbeitstag festgelegt** wird. (Stürmische Heiterkeit. — Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Was das Gesetz in seiner äußeren Form betrifft, so ist uns angenehm aufgefallen, daß dieses Gesetz eines der wenigen ist, dem von der Regierung eine schriftliche Begründung beigegeben wurde. Aber wenn in der Begründung davon gesprochen wird, daß der 1. Mai als ein Weltfeiertag von seiten unseres Volkes von jeher gefordert wurde (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so ist diese Erklärung — verzeihen Sie diese Feststellung — entschieden nicht richtig und entspricht nicht den Tatsachen. Nicht von weiten Kreisen des Volkes wurde dies gefordert, sondern lediglich von dem klassenbewußten Proletariat (sehr

richtig! bei den Sozialdemokraten), das, wie die Wahlen vom 19. Januar ergeben haben, noch heutigen Tages aber nicht die Mehrheit in unserem Volke besitzt. Wer gibt der Regierung das Recht, von der Nationalversammlung zu verlangen, einem derartigen Gesetze zuzustimmen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Nationalversammlung selber!)

Was die Ausführungen des Herrn Dr. Pachnicke betrifft, so waren sie für uns außerordentlich interessant; denn sie bestätigten, was seit längerer Zeit im Hause und außerhalb des Hauses jeder weiß, daß der Block der Mehrheitsparteien reichlich brüchig ist. Der Herr Abgeordnete Pachnicke hat festgestellt, daß die **Regierung** die **Mehrheitsparteien** vor der Einbringung der Gesetzesvorlage gar nicht gefragt hat. (Hört! hört! rechts.) Wenn das der Fall ist, dann kann man es allerdings begreifen, daß selbständige Köpfe in der Regierung, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, es nach und nach vorziehen, doch lieber aus einer Regierung auszutreten, die sie nicht einmal mehr um ihre Meinung befragt. (Sehr gut! rechts.)

Dem Abänderungsantrag der Herren v. Payer und Müller können unsere Freunde auch nicht zustimmen; er ändert an den Tatsachen nicht das geringste, sondern gibt dem Gesetz nur eine etwas andere Form. Wenn § 1 besagen soll, der 1. Mai solle gefeiert werden als Volkskundgebung für einen gerechten Frieden, für sofortige **Befreiung der Kriegsgefangenen,** für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbund, so frage ich Sie, meine Herren von der Regierung: sind Sie wirklich der Ansicht, daß Sie durch diesen Feiertag der Verwirklichung solcher Wünsche des gesamten deutschen Volkes — und in der Beziehung gibt es doch wohl keine Unterschiede zwischen den Parteien dieses Hauses — auch nur um einen einzigen Schritt näher kommen? Glauben Sie, daß unsere Kriegsgefangenen auch nur das geringste davon haben, daß ihr hartes Los auch nur in etwas dadurch erleichtert wird, daß zu dem vielen Nichtstun unserer Tage nun noch ein Tag hinzukommt, an dem das Nichtstun zur offiziellen Pflicht des ganzen Volkes gemacht werden soll? (Sehr gut! rechts. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn es Ihnen wirklich ernst damit ist, diesen Tag im Interesse unserer Kriegsgefangenen und aus den anderen angeführten Gründen zu begehen, dann frage ich Sie: warum wählen Sie dazu einen Wochentag? Warum bestimmen Sie nicht einen Sonntag dazu? Warum verlangen Sie nicht von der Nationalversammlung, daß der erste Sonntag im Mai zum Gedächtnis unserer Toten und im Interesse unserer Kriegsgefangenen feierlich begangen wird?

Der Anregung von seiten des Zentrums, einen **allgemeinen Buß- und Trauertag** einzuführen, würden meine politischen Freunde

sehr sympathisch gegenüberstehen (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten), und wir würden selbstverständlich einem derartigen Antrage zustimmen.

An dem vorgelegten Gesetze mitzuarbeiten, verbietet uns unsere nationale und bürgerliche Pflicht. (Sehr richtig! rechts.) Wir bedauern es, daß auch in diesem Falle wieder von der Regierung eine Politik getrieben wird, die ihren Ausgangspunkt von der Rücksicht auf die Straße nimmt. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Huh! huh!) Wir bedauern es, daß sich die Regierung immer weiter zu einer reinen Vertretung der proletarischen Arbeiterschaft entwickelt, und sind unsererseits nicht gewillt, ihr auch nur um Haaresbreite auf derartigen, unser Volk ins Verderben führenden Wegen zu folgen. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir lehnen den Gesetzentwurf mit Entschiedenheit ab (bravo! rechts) und werden eine namentliche Abstimmung beantragen, um vor dem Lande und *vor der ganzen Geschichte festzustellen, wer aus den Reihen der bürgerlichen Parteien* (sehr gut! rechts) es über sich gebracht hat, dieser Gesetzesungeheuerlichkeit seine Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hildenbrand.

Hildenbrand, Abgeordneter: Meine Herren, wir begrüßen mit großer Genugtuung und mit Freude, daß die neue Reichsregierung die Initiative ergriffen hat, *den seit 30 Jahren von weiten Volkskreisen geforderten* **Weltfeiertag der Arbeit** *für das neu erstandene Deutsche Reich zu einem allgemeinen gesetzlichen Feiertag zu machen*; wir begrüßen es auch, daß die Herren Konservativen diese Gelegenheit wahrnehmen, durch eine namentliche Abstimmung vor dem ganzen deutschen Volke zu demonstrieren, wie ablehnend sie den großen idealen Gedanken des 1. Mai gegenüberstehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß vom Jahre 1889 in Paris hatte die Arbeiter aller Länder aufgefordert, dafür zu wirken, daß die grundlegenden Kulturforderungen des Proletariats — die Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie auf acht Stunden und die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes im Interesse der gesamten Arbeiterschaft — alljährlich den Behörden aller Länder zur Erfüllung unterbreitet würden. Die deutschen Arbeiter haben diese, nach ihrer Meinung außerordentlich wichtigen Forderungen mit heiligem Ernste aufgenommen; sie haben beschlossen, für diese Forderungen alljährlich am 1. Mai öffentlich Zeugnis abzulegen. Die deutschen

Arbeiter waren es, die zuerst als die würdigste Form der Maifeier die allgemeine Arbeitsruhe erklärt haben. So erscheint dieser Feiertag allerdings zunächst als eine Forderung der Arbeiterschaft. Leider mußte diese ideale Forderung in Deutschland im Kampfe gegen die Behörden und gegen das Unternehmertum durchgeführt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Niemand hat mehr bedauert, als die deutschen Sozialdemokraten, daß das deutsche Bürgertum, die deutschen Behörden und das deutsche Unternehmertum so wenig Verständnis diesen allgemeinen Kulturfragen entgegengebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus diesem Grunde ist der Maitag des Friedens, wie wir, die Arbeiter, ihn gewünscht hatten, zu einem Kampftage geworden, den sich das arbeitende Volk in Deutschland alljährlich immer aufs neue erringen mußte. Dieses ablehnende Verhalten ist mit ein Grund dafür gewesen, daß die Parteien in Deutschland sich so wenig verstehen konnten und daß das deutsche Volk immer mehr gespalten wurde.

Nun haben wir ein neues Deutsches Reich. Bis in die weitesten Kreise nach rechts wird zugestanden, daß die deutsche Arbeiterklasse während der ganzen Dauer des Krieges in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan hat. Es wird zugegeben, daß in und nach der Revolution die deutschen Arbeiter mit dazu beigetragen haben, daß die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft des Volkes weiter geführt und der Aufbau des Reichs wieder begonnen werden konnte. Sie allein (nach rechts) sind nicht in der Lage, die Zerstörungen des Krieges auch nur einigermaßen wieder zu beseitigen, den Aufbau des Reichs zu ermöglichen. Sie sind auf die freudige, entschlossene Mitarbeit des gesamten Volkes angewiesen. Wenn Sie die Mitarbeit des gesamten Volkes wollen, dann müssen Sie jedoch endlich davon abgehen, dem Volke bei Erfüllung seiner Wünsche auch im neuen Deutschland mit derselben Verständnislosigkeit, mit derselben Kurzsichtigkeit entgegenzutreten, wie es in früheren Jahren leider immer der Fall gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hat vollkommen recht, wenn sie in der Begründung zu dem Gesetzentwurf sagt, daß es ein Wunsch weiter Volkskreise gewesen ist, den **1. Mai** zu einem **allgemeinen Feiertag** zu machen. Dem Herrn Abgeordneten Mittelmann wird es schwer fallen, den Nachweis zu liefern, daß es nicht richtig sei, daß die weitesten Volkskreise diesen Wunsch haben. Wir danken es der Regierung, daß sie durch die Erfüllung dieses Volkswunsches zum Ausdruck bringt, daß es ihr Ernst ist mit der Durchführung der Programmsätze, die sie bei der Übernahme der Regierung ausgesprochen hat, namentlich mit dem Programmsatz, daß sie bereit sei, den Willen des Volkes nach jeder Richtung hin zu achten und zu erfüllen. Wir hätten gewünscht, daß alle bürgerlichen Parteien mit uns zusammen den Gesetzesvorschlag der Regierung akzeptiert hätten. Wir

hätten dadurch erreicht, daß jeder Grund für die Arbeiterschaft in Wegfall gekommen wäre, auch in Zukunft den 1. Mai auf dem Wege des Kampfes zu dem allgemeinen Weltfeiertag zu machen. Leider hat sich diese unsere Hoffnung nicht erfüllt. Die Rechte ist auch heute noch nicht willens, die in unseren Bestrebungen enthaltenen idealen Wünsche, die wir am 1. Mai seither zum Ausdruck gebracht haben, anzuerkennen.

Die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Költzsch könnte Veranlassung zu ernsten, langen Auseinandersetzungen darüber geben, ob es den Herren, die er vertreten hat, überhaupt ernst ist mit dem Gedanken des von ihm hier zur Schau getragenen Christentums. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe rechts.) Mit voller Überlegung sage ich: des hier zur Schau getragenen Christentums. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Steht es denn mit den Forderungen des Christentums in Widerspruch, wenn ein Volk den Schutz der Gesundheit des größten Teils seines Volkes, den Schutz der Arbeiter verlangt? Steht in Widerspruch mit den Anschauungen des Christentums, wenn durch einen solchen Feiertag der Gedanke des allgemeinen Völkerfriedens durch das ganze Volk gefördert wird? Der Herr Abgeordnete Dr. Költzsch hat davon gesprochen, er wolle ein Fest der Arbeiter anerkennen, aber bei dem Fest der Arbeiter müsse der Heiland unter den Arbeitern sein. Wir wollen einen wirklichen Arbeiterfeiertag, dem die großen idealen Gedanken des 1. Mai zugrunde liegen. Herr Dr. Költzsch hat durch seine heutige Rede zum Ausdruck gebracht, daß er nicht willens ist, die großen christlichen Gedanken zu unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) *Wenn heute Jesus von Nazareth auf Erden wäre, so würde er in der Frage des 1. Mai auf unserer Seite und nicht auf der Seite des Herrn Abgeordneten Költzsch stehen.* (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Bewegung rechts.)

Wir bedauern außerordentlich, daß es nicht möglich war, den Gesetzentwurf der Regierung ohne wesentliche Debatte einstimmig in diesem Hause zur Annahme kommen zu lassen und bedauern, daß wir gezwungen sind, uns zur Herbeiführung einer Mehrheit für die gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Feiertag mit den anderen Parteien auf dem Wege des **Kompromisses** zu verständigen. Uns kommt es darauf an, in der gegenwärtigen Zeit, in der die Mitwirkung des gesamten Volkes nötig ist, jede Entzweiung des Volkes die größte Gefahr für unseren Wiederaufbau ist, auch *den 1. Mai als ein Mittel zur Vereinigung und Zusammenführung des gesamten Volkes zu benutzen.* (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, meine Herren — und das möchte ich Ihnen dringend vor Augen führen —, daß die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs und die Ablehnung des Antrages, auf den wir uns mit der Demokratie verständigt haben, dazu beitragen wird, den Frieden

im Innern unseres Volkes herbeizuführen? (Unruhe.) Täuschen Sie sich nicht: die Ablehnung des Gesetzentwurfs ist ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterschaft zur Aufnahme des energischsten Kampfes, um den 1. Mai als Feiertag durchzuführen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Ablehnung dieses Antrags — das führe ich Ihnen besonders vor Augen — bedeutet nicht, wie Sie hoffen, Arbeit am 1. Mai, sondern sie bedeutet, daß die Arbeiter nun erst recht in der alten Form den Kampf für den 1. Mai aufnehmen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Herrgott, ist denn das Bürgertum nicht auch da! — Stürmische Rufe und Gegenrufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (Andauernde Unruhe.) Ich bitte um Ruhe!

Hildenbrand, Abgeordneter: Werte Damen und Herren! Ich will es unterlassen, in polemischer Weise auf die einzelnen Redner einzugehen, ich will die Herren, die den Gesetzentwurf und den gemeinschaftlichen Antrag ablehnen wollen, ernstlich bitten, sich ihre Stellungnahme im gegenwärtigen Augenblick genau zu überlegen, nicht kleinmütig, sondern weitblickend die gegenwärtige Situation ins Auge zu fassen und durch Annahme des Antrags Nr. 275 zu ermöglichen, daß am 1. Mai in diesem Jahre das ganze Volk zusammentreten kann, um sich für die in dem Antrag ausgesprochenen Forderungen vor aller Welt auszusprechen. Diese Forderungen gipfeln in dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes.

Dafür schlägt sowohl der Gesetzentwurf wie der Antrag Nr. 275 einen allgemeinen Feiertag vor. Ich meine, niemand, der es mit einer ruhigen Weiterentwicklung unseres politischen Lebens ernst meint, sollte die Gelegenheit vorbeigehen lassen, durch Zustimmung zu diesem Antrag die großen idealen Postulate zu unterstützen.

Wenn wir uns dazu bereit erklärt haben, die endgültige Festsetzung des Tags für den **allgemeinen Feiertag nach Friedensschluß** und nach Verabschiedung der Verfassung vorzunehmen, so tun wir das deshalb, weil wir davon ausgehen, daß bei einer derartigen definitiven Festsetzung alle Wünsche und Anschauungen der verschiedensten Parteien gegeneinander abgewogen werden können und dann ein Tag bestimmt werden kann, der im deutschen Volke allgemeine Zustimmung findet.

Für uns bleibt natürlich als der geeignetste Tag der 1. Mai bestehen, weil er nach Geschichte und Tradition nicht nur bei den deutschen Arbeitern, sondern bei den Arbeitern der ganzen Welt als der Feiertag der Arbeit bereits anerkannt ist und auch in Zukunft als solcher gelten wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Abgeordnete **Haase** aus diesem unserem Entgegenkommen den Schluß zieht, daß der Gedanke des Maifeiertages dadurch verwaschen würde, so möchte ich demgegenüber sagen: uns kommt es nicht in erster Linie darauf an, jetzt eine leere Demonstration zu machen, sondern uns kommt es jetzt darauf an, in der Nationalversammlung eine möglichst große Mehrheit zu vereinigen, um in diesem Jahre den 1. Mai zum allgemeinen gesetzlichen Feiertag zu machen in Deutschland als ein Vorbild für die Arbeiterklasse der übrigen Nationen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden in diesem Jahre bei dieser Volkskundgebung für den politischen und sozialen Fortschritt demonstrieren, wie wir das immer am 1. Mai getan haben. Wir werden in diesem Jahre an diesem allgemeinen Volksfeiertage den Willen des Gesamtvolks zum Ausdruck bringen, daß wir einen gerechten Frieden und die sofortige **Befreiung der Kriegsgefangenen** wünschen.

Wenn der Herr Abgeordnete Mittelmann diese Forderung für Befreiung der Kriegsgefangenen als nichts bedeutend erklärt und der Meinung ist, daß das unsere Kriegsgefangenen gar nicht unterstützen werde, so mache ich ihm gegenüber geltend, daß die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft, solange wir Kriegsgefangene haben, sich von niemandem in der Sorge für das Wohl und für die baldige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen hat übertreffen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Ihnen, Herr Kollege Mittelmann, sage ich: die Tatsache, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit am 1. Mai für die baldige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen öffentlich Zeugnis ablegt, ist ein Mittel, das alle Freunde der Gerechtigkeit im Auslande aufruft, für die Rückkehr der Gefangenen zu wirken; es ist auch geeignet, bei dem letzten unserer Kriegsgefangenen die Liebe zum Vaterlande und die Sehnsucht zur Heimkehr wieder zu stärken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Das können Sie am Sonntag machen!)

Ich bedaure die Kurzsichtigkeit, die in der ganzen Rede des Herrn Mittelmann zum Ausdruck gebracht worden ist. Seine ganzen Argumente wären verständlich, wenn er dadurch herbeiführen könnte, daß der 1. Mai nicht gefeiert wird. Das kann er aber nicht, und aus dem Grunde beweist er, daß er es nicht versteht und wohl *nie wird verstehen lernen, mit der Psyche des arbeitenden Volks zu rechnen.* (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen am 1. Mai auch die Gleichberechtigung im Völkerbunde. Ich glaube, das ist eine Forderung, die nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern von allen Parteien dieses Hauses mit gutem Gewissen hätte unterstützt werden können.

Wenn der Herr Kollege Mittelmann im Anschluß an die Rede des Herrn Abgeordneten Költzsch davon gesprochen hat, es wäre besser, an

Stelle eines solchen Feiertages einen **allgemeinen** Bußtag einzuführen, so kann ich ihm insoweit recht geben: ein Bußtag für Ihre Kreise wäre allerdings sehr am Platze (lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten), Sie haben Grund, Buße zu tun für die Sünde, das deutsche Volk in einen solchen Krieg geführt zu haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe rechts: Lächerlich!) Die deutsche Arbeiterklasse braucht keinen Bußtag, die büßt seit Jahren gründlich ab. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir den Antrag, den 1. Mai in diesem Jahre zu feiern, unterstützen, so tun wir es, weil wir davon ausgehen, daß durch die gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Feiertag die einzige Möglichkeit vorhanden ist, diesen 1. Mai als einen friedlichen Feiertag sich ausleben zu lassen. Würden Sie unseren Antrag ablehnen, so würden Sie uns persönlich, soweit wir als Partei hier sind, gar keinen besonderen Nachteil zufügen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere agitatorische Kraft, die agitatorische Wirkung wäre nach Ablehnung des Antrages viel stärker als nach Genehmigung dieses Kompromißantrages. Wem es auch in Ihrem Kreise darum zu tun ist, dem deutschen Volke einen baldigen gerechten Frieden zu schaffen, wem es darum zu tun ist, das deutsche Volk zu einigen und nicht weiter zu entzweien, den möchte ich bitten, dem Antrag 275 zuzustimmen und dadurch den 1. Mai als einen würdigen deutschen Volksfeiertag zu genehmigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Költzsch.

Dr. **Költzsch,** Abgeordneter: Der Herr Vorredner hat mich genannt und hat von mir behauptet, ich hätte es nicht ernst gemeint mit meiner christlichen Anschauung und es wäre ein zur Schau getragenes Christentum. Das ist beleidigend für mich. Mich hat noch jeder, der mich kennt, für einen ehrlichen Menschen gehalten, und ich kann auch von dem, der mich nicht kennt, verlangen, mich für einen ehrlichen Menschen zu halten. Ich achte und ehre auch die Anschauung des Gegners. Ich darf zum Schluß nur versichern: ich meine es bitter ernst mit meinen christlichen Anschauungen und sehe meine ganze Lebensarbeit darin, unter dem christlichen Gedanken das Volk in seinen Massen zu einen.

Präsident: Die Ueberweisung des Gesetzentwurfs an einen Ausschuß ist nicht beantragt. Wir treten also sofort in die

zweite Beratung

ein. (Zurufe von den Deutschen Demokraten. — Gegenrufe rechts.) — Ich bitte, doch die Privatunterhaltung zu unterlassen! —

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, die Beratung der §§ 1 und 2 zu verbinden. — Widerspruch erfolgt nicht. — Ich eröffne die Diskussion — schließe sie. Was nun die Abstimmung anbelangt, habe ich folgende Bemerkung zu machen. Die Regierung hat ja erklärt, daß sie sich auf den Standpunkt des Antrags — — (Zurufe rechts: Lauter!) — Ich rede, weiß Gott, laut genug; wenn die Herren in Ihrer Umgebung ruhiger sein wollten, werden Sie mich wohl verstehen. Wenden Sie sich an die Herren in Ihrer Umgebung! — Also: Die Regierung hat erklärt, daß sie mit dem Antrag v. Payer-Müller einverstanden ist. Wir könnten also gleich zur Beratung den Antrag v. Payer-Müller unterstellen. Nun liegt aber zu dem Gesetzentwurf, wie er von der Regierung vorgelegt wurde, ein Antrag Frau Agnes und Genossen vor, und der läßt sich nicht in den abgeänderten Antrag v. Payer-Müller hineinarbeiten. Ich möchte aber doch, daß auch der Antrag Frau Agnes und Genossen zur Abstimmung kommen kann. Es scheint mir nur auf die Art möglich zu sein, daß ich zunächst die Regierungsvorlage zur Abstimmung bringe und im Zusammenhang damit den Antrag von Frau Agnes und Genossen und schließlich, wenn er abgelehnt ist, dann den Antrag v. Payer-Müller. (Zustimmung.) Das Haus scheint damit einverstanden zu sein.

Das Wort hat der Herr Minister Dr. David als Abgeordneter.

Dr. David, Abgeordneter: Als Abgeordneter möchte ich doch einen anderen Weg der Abstimmung empfehlen. Ich meine, es wäre richtig, den Antrag v. Payer-Müller als Abänderungsantrag zu dem § 1 der Regierungsvorlage zunächst zur Abstimmung zu bringen. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Wird er angenommen, so erhält die Regierungsvorlage diese Gestalt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Dann enthält der Antrag der Frau Agnes und Genossen den 9. November als Neues, und Frau Agnes und Genossen könnten ja diesen Gedanken ihrerseits als Antrag auch noch zur Abstimmung bringen; dann wäre jedenfalls dem sachlichen Zusammenhange der Dinge am besten gedient.

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich glaube, daß der Vorschlag des Herrn Präsidenten am meisten den Absichten der einzelnen Parteien gerecht wird. Der Antrag Agnes und Genossen ist der weitgehendste. Er muß zunächst zur Abstimmung gebracht werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Drucker hat, wie ich hervorheben möchte, unseren Antrag aus Willkür geändert. Um klar hervortreten zu lassen, daß es sich um ein bloßes Amendement zum Regierungsentwurf handle, hatten wir beantragt, daß in dem Gesetzentwurf

hinter dem ersten Satz der Zusatz gemacht werde: „ebenso der 9. November". Ich glaube deswegen, daß die Abstimmung so vor sich gehen muß: es wird zunächst über den Abänderungsantrag Agnes und Genossen abgestimmt, dann über den Entwurf der Regierung, der auch weiter geht als der Antrag Payer-Müller; denn der will den 1. Mai für alle Zeit als Feiertag einführen. Dann kommt der Antrag v. Payer-Müller zur Abstimmung, der nur für dieses Jahr den 1. Mai als Feiertag einführen will.

Ich bitte, daß, wenn der Herr Präsident über den Antrag v. Payer-Müller abstimmen läßt, er die Abstimmung über die einzelnen Absätze getrennt vornimmt.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Ich habe doch Bedenken, ob der Vorschlag, den der Herr Präsident gemacht hat, glücklich gewählt ist. Wenn ich ihn recht verstanden habe, ging er dahin, zunächst über den Antrag Agnes und Genossen, dann über den Regierungsentwurf, wie er nach dieser Vorabstimmung gestaltet werden wird, abzustimmen, dann unter der Voraussetzung, daß der Regierungsentwurf abgelehnt wird, über den Antrag, den der Herr Abgeordnete Müller und ich eingebracht haben. Das kann aber doch zu Komplikationen führen. Ich meine, es wäre korrekter, abzustimmen zunächst über den Antrag Agnes und Genossen, dann über unseren Antrag und, wenn sich dafür keine Mehrheit ergibt, dann über den Regierungsvorschlag.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich schließe mich im Namen meiner Freunde diesem Vorschlage an. Es erscheint uns zweckmäßig, zunächst über den Antrag Agnes und Genossen abzustimmen, dann über den Antrag Müller-v. Payer und zuletzt über den Regierungsentwurf.

Präsident: Ich bin durchaus damit einverstanden. Es war mir nur darum zu tun, auch den Antrag Agnes und Genossen zu seinem Recht kommen zu lassen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Graf zu Dohna.

Dr. Graf zu Dohna, Abgeordneter: Ich wollte dasselbe vorschlagen. Da die Regierung für den Antrag Müller-v. Payer eingetreten ist, so liegt darin wohl sachlich eine Preisgabe der ursprünglichen Regierungsvorlage. Da aber die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten auf Abstimmung über ihren Zusatzantrag besteht, so nimmt sie damit die Regierungsvorlage wieder auf und stellt dazu einen Zusatzantrag.

Es müßte deshalb meines Erachtens zunächst über diesen Antrag abgestimmt werden. Einer Abstimmung über die Regierungsvorlage selbst aber bedarf es nicht.

Präsident: Ich werde also zunächst über den Antrag Agnes und Genossen abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen, die den § 1 nach dem Antrage Agnes und Genossen fassen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche den § 2 nach dem gleichen Antrage fassen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag v. Payer-Müller. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den ersten Absatz von § 1 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen, die den zweiten Absatz annehmen wollen, sich zu erheben beziehungsweise stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den dritten Absatz annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den vierten Absatz annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist ebenfalls die Mehrheit. Danach ist der § 1 in allen vier Absätzen nach dem Antrage v. Payer-Müller angenommen. Dieser befaßt sich nun nur mit dem § 1 der Regierungsvorlage.

Es käme jetzt der § 2 der Regierungsvorlage noch zur Abstimmung: „Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen § 2 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Nunmehr bitte ich diejenigen, die die Einleitung und Überschrift nach dem Antrag v. Payer-Müller in der Fassung: „Entwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Feiertag" annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Danach ist die zweite Lesung erledigt. Ich würde Ihnen nun vorschlagen, gleich zur

dritten Lesung

überzugehen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg): Abgeordneter: Herr Präsident, bevor die dritte Lesung vorgenommen wird, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ein Antrag von mir, meinen Freunden und anderen Herren auf namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz vorliegt. Es sind nicht

die genügenden Unterschriften darauf. Ich bitte um Feststellung der erforderlichen Unterstützung.

Präsident: Ich wollte eben den Antrag verlesen. Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz gestellt. Der Antrag auf namentliche Abstimmung bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus.

Wir treten in die dritte Beratung ein. Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort, — ich schließe sie.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich rufe auf § 1, — § 2, — Einleitung und Überschrift.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung, die eine namentliche ist. Ich bitte die Damen und Herren, ihre Plätze einzunehmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die Gesetzesvorlage in der in zweiter Lesung angenommenen Fassung nunmehr in der dritten Lesung annehmen wollen, eine Karte mit Ja, diejenigen, die sie ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln. (Geschieht.) Diejenigen Damen und Herren, welche eine Karte noch nicht abgegeben haben, bitte ich, sich hierher zu bemühen und sie hier abzugeben. (Pause.) Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige Resultat [1]) der Abstimmung ist folgendes: Es sind abgegeben worden 257 Stimmen; davon haben mit Ja gestimmt 161, mit Nein 86, enthalten haben sich 10 Abgeordnete. Die zur Abstimmung gestellte Frage ist demnach bejaht. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz ist damit in dritter Lesung angenommen [2]). (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

---

[1]) Vergl. das endgültige Ergebnis in der Anlage am Schluß der Sitzung.

[2]) Das hiermit angenommene und in Nr. 82 (S. 393) des RGBl. am 19. April 1919 verkündete Gesetz über einen allgemeinen Feiertag vom 17. April 1919 hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht ist und für den der Charakter eines Weltfeiertags erstrebt wird.

Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Verabschiedung der Verfassung.

In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert, zugleich als eine Volkskundgebung für politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbunde.

Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.

Wir kommen zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft (Nr. 271 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Waldstein. Antrag Nr. 262.

Ich eröffne die Beratung über § 1. Der Antrag Dr. Mayer (Schwaben) und Genossen — (Nr. 262 der Drucksachen) — ist durch die Beschlüsse des Ausschusses erledigt.

Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Im Auftrage der Kommission, die dieses Gesetz beraten hat, des Ausschusses für Volkswirtschaft, soll ich folgende kurze Bemerkungen machen.

Die Kommission ist der Auffassung gewesen, daß ein Gesetz wie das vorliegende nötig sei, nicht nur zu Zwecken der schnelleren Gesetzgebung, sondern namentlich auch, um die **Nationalversammlung zu entlasten**, weil ohne ein derartiges Gesetz außerordentlich zahlreiche Gesetze der Nationalversammlung vorgelegt werden müßten. Sie entnehmen aus der Drucksache Nr. 271 die Änderungen, die ich ausführlicher nicht zu begründen brauche. Wir haben die Worte: „oder aus dringenden sonstigen Gründen“ gestrichen, und wir haben statt eines Ausschusses von 15 Mitgliedern einen solchen von 28 Mitgliedern für notwendig gehalten, einmal wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit und dann, weil wir wünschen, daß dieser Ausschuß ein möglichst genaues Bild von der Zusammensetzung der Nationalversammlung selbst gebe und Zufallsmehrheiten nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Wir haben die Worte: „oder aus dringenden sonstigen Anlässen“ gestrichen, um das Gesetz auf einen bestimmten Zweck zu beschränken, nämlich auf den Zweck, der jetzt auch in der Überschrift zum Gesetz zum Ausdruck gelangt ist. Das Gesetz soll den Zwecken der **Übergangswirtschaft** dienen.

Ich will angesichts der Geschäftslage des Hauses das weitere, was ich mitteilen sollte, unterdrücken und nur noch folgendes hervorheben: Der Ausschuß ist der Auffassung gewesen, daß das Gesetz auch in der jetzigen eingeschränkten Form für alle Aufgaben der Übergangswirtschaft, also namentlich für Zwecke der Sicherung und Festhaltung des Heeresgutes, ausreichend ist.

Wir haben endlich beschlossen, daß das Gesetz auch von der **Nationalversammlung** einseitig **ohne Zustimmung des Staatenausschusses** und der Reichsregierung außer Kraft gesetzt werden kann. Wir gingen dabei von der Erwägung aus, daß die Nationalversammlung

durch dieses Gesetz ihre Mitwirkung an der Gesetzgebung auf einen Ausschuß übertragen hat, daß es infolgedessen auch ihr Recht ist, diese Delegation ihrer Rechte zeitlich zu begrenzen und ihre Fortdauer abhängig zu machen vom ausschließlichen Willen der Nationalversammlung.

Ich bitte Sie, nach diesen kurzen Bemerkungen das Gesetz in der Fassung der Drucksache 271 annehmen zu wollen.

Präsident: Das Wort zu diesem Paragraphen wird nicht weiter gewünscht; ich kann also wohl § 1 als angenommen erklären. Ich rufe auf § 2, — Einleitung und Überschrift. —

Wir kommen zur

dritten Beratung.

Ich eröffne die Generaldiskussion — und schließe sie.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich rufe auf § 1, — § 2, — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche das Gesetz im ganzen annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist angenommen [8]).

Es ist nun außerhalb der Tagesordnung eine Mitteilung zu machen über die Zusammensetzung des Friedensausschusses. Zunächst bitte ich den Herrn Schriftführer, sie zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Stücklen:

In den 9. Ausschuß für die Friedensverhandlungen sind gewählt: die Herren Präsident Fehrenbach, Vizepräsidenten: Dietrich (Potsdam), Haußmann, Schulz (Ostpreußen), Abgeordnete: Krätzig, Löbe, Molkenbuhr, Müller (Breslau), Frau Röhl (Cöln), Frau Schilling, Schumann, Dr. Sinzheimer, Stock, Vogel, Wels, Ehrhardt, Gröber, Dr. Heim, Dr. Mayer (Schwaben), Dr. Spahn, Trimborn, Falk,

---

[8]) Das hiermit angenommene und im RGBl. Nr. 82 (S. 394) am 19. April 1919 veröffentlichte Gesetz **über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft** vom 17. April 1919 hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Während der Dauer der Nationalversammlung kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses von 28 Mitgliedern diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anordnen, welche sich zur Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und dringend erweisen.

Diese Verordnungen sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihr Verlangen aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es ist von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen, sobald die Nationalversammlung es beschließt.

Dr. Herrmann (Posen), Dr. Quidde, Freiherr v. Richthofen, Dr. Wieland, Kraut, Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, D. Traub, Dr. Stresemann, Geyer (Leipzig), Haase (Berlin).

Der Ausschuß hat sich gebildet und gewählt: zum Vorsitzenden den Herrn Präsidenten Fehrenbach, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Herrn Vizepräsidenten Schulz (Ostpreußen), zu Schriftführern die Herren Abgeordneten Falk und Kraut.

Präsident: Ich erlaube mir gleich die Bemerkung hinzuzufügen, daß ich die erste Sitzung auf heute nachmittag 3 Uhr anberaume, und zwar im großen Ausschußsaal.

Ich habe letzthin bei der ersten Lesung des Ermächtigungsgesetzes den Herrn Abgeordneten Haase unterbrochen, und habe ihm in bezug auf eine Erklärung, die sich mit der Persönlichkeit des Herrn Reichsministers Erzberger befaßte, damals zugesagt, ihm außerhalb der Tagesordnung das Wort zu geben, nachdem ich Einsicht in das stenographische Protokoll und in seine vorzunehmenden Feststellungen genommen hätte. Ich erteile nun auf Grund dieser Zusage außerhalb der Tagesordnung dem Herrn Abgeordneten Haase das Wort.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Von der Erlaubnis des Herrn Präsidenten Gebrauch machend, teile ich dem Hause folgendes mit.

Herr **Erzberger** hat am 5. März 1919 in der Nationalversammlung nach dem stenographischen Bericht, Seite 528, folgendes behauptet:

> Die **Note vom 12. Dezember**, in der von dem Kampf gegen den Bolschewismus die Rede ist, ist von der deutschen Regierung und von mir gezeichnet; sie ist beschlossen in einer Kabinettssitzung der alten Regierung, an der damals lediglich die drei Unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen haben, weil die drei Mehrheitssozialisten durch Krankheit verhindert waren teilzunehmen.

Der Bericht verzeichnet an dieser Stelle: „Stürmische Rufe: Hört! hört!" Der Bericht fährt fort:

> Die Note ist in der Kabinettssitzung beschlossen worden; ich wurde beauftragt, sie mit dem Auswärtigen Amt abzufassen; sie hat nach eingehender Beratung die Billigung der damaligen Kabinettsmitglieder Haase, Barth und Dittmann gefunden.

Auch an dieser Stelle verzeichnet der stenographische Bericht: „Lebhafte Rufe: Hört! hört!"

Herr Erzberger hat in der Sitzung vom 27. März 1919 diese Behauptungen wiederholt und verharrte bei ihnen trotz meines Widerspruchs.

Ich habe für die Richtigkeit meiner Darstellung mich auf die **amtlichen Protokolle der Reichskanzlei** berufen.

Nach Einsicht in diese Protokolle stelle ich fest, daß in der Sitzung **vom 12. Dezember** nicht nur die drei Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern sämtliche Regierungsmitglieder anwesend gewesen sind (hört!

hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und daß das Kabinett sich damals mit einem ganz anderen Gegenstand beschäftigt hat.

Die **Sitzung**, um die sich der **Streit zwischen Herrn Erzberger und mir** dreht, ist am **27. Dezember** gewesen. In ihr wurden 3 Fragen behandelt:

1. Soll das Angebot der Polen, ihnen Waffen zu liefern und Wilna zu übergeben, angenommen werden?
2. Was kann geschehen, um den ungefährdeten Rücktransport unserer sämtlichen Truppen aus dem Osten am schnellsten zu erreichen?
3. Was ist der Entente zu antworten, die unter Berufung auf den Waffenstillstandsvertrag gegen die Wegschaffung unserer Truppen aus dem Osten protestiert hat?

An der Sitzung nahmen Vertreter des Soldatenrats von Oberost teil, und einer von ihnen führte aus:

> Die Verhältnisse haben sich nur deshalb zugespitzt, weil wir keine offizielle Verbindung mit den Bolschewisten haben. Eine Bewaffnung der Polen darf unter keinen Umständen stattfinden. Ein Erfolg ist nur zu erreichen bei Aufnahme der Verbindung zu den Bolschewisten, offiziell oder inoffiziell.

Das Kabinettsmitglied Barth erklärte:

> Es ist nicht mit Gewalt zu machen; man muß mit allen Teilen Verständigung versuchen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger führte aus:

> Ich will in der Antwort auf die Note Foch zu Ziff. 1 sagen, daß wir an unserer Auffassung festhalten. Foch wird die Gegenauffassung bringen, und Punkt 2 bietet dann die Brücke.
>
> Er beschwert sich, daß ohne vorherige Vereinbarung die Rückmarschbewegung begonnen hat. Wir müssen also darlegen, was wir alles getan haben, um die Truppen dort zu behalten, daß wir Freiwillige zu senden uns bemühen, aber wir können die von uns geforderten Linien nicht halten. Das geben wir genau bekannt, und die Entente muß dann sehen, was sie tun will. Der Vertragsentwurf der Polen darf der Entente nicht unterbreitet werden. Wir müssen von der Entente die Möglichkeit des schnellsten Rücktransports unserer Truppen fordern.
>
> Ist das nur möglich unter Abschließung eines Waffenstillstandes mit der russischen Regierung, so muß auch das erwogen werden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Vorschlag des Kriegsministers in bezug auf Estland und Livland ist einfach nicht diskutabel und widerspricht den Bedingungen des Waffenstillstandes.

Zum Schluß der Sitzung habe ich als Vorsitzender die **Auffassung des Kabinetts** wiedergegeben und die vom Kabinett gefaßten Beschlüsse nach dem Protokoll mit folgenden Worten bekannt gegeben:

> Wir sind nicht verpflichtet durch den Waffenstillstandsvertrag, uns in Kämpfe mit den Bolschewisten einzulassen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Brest-Litowsker Vertrag ist ungültig. Also haben die Russen das Recht, ihre Territorien wieder zu besetzen. Wenn wir den Letten und Esten nicht helfen können, so

> mag man das bedauern, aber es ist nicht zu ändern. Das Auswärtige Amt muß den Antrag des Generals Estorff ablehnen. Wir müssen die Ordnung in Wilna aufrecht erhalten und uns dabei auf die dort vorhandenen einheimischen Kräfte stützen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun kommt die **Beschlußfassung:**

> Den Vertrag mit den Polen werden wir ablehnen. (Auftrag erhält das Auswärtige Amt.) Es soll noch einmal ein Aufruf der Regierung an die Kameraden der Ostfront gerichtet werden. (Entwurf herzustellen von Ost-Delegation in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt.) Die Antwort an Foch soll nach Erzbergers Vorschlägen erfolgen. Die Zahl der Zugpaare im Osten soll nach Möglichkeit erhöht werden selbst auf Kosten des Eisenbahnverkehrs in der Heimat. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Entsprechenden Auftrag erhält das Kriegsministerium.

So das Protokoll der Reichskanzlei. Die Kabinettsmitglieder haben die abgesandte Note nicht unterschrieben, sie ist ihnen auch gar nicht vom **Auswärtigen Amt** vorgelegt worden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am Tage nach der erwähnten Sitzung, am 28. Dezember, bin ich mit meinen Parteifreunden aus der Regierung ausgetreten. Die von mir und meinen Freunden gefaßten Beschlüsse und gemachten Ausführungen enthalten nichts vom **Kampf gegen den Bolschewismus.** Wir lehnten vielmehr den Kampf mit den Bolschewiki ab, wir forderten den raschesten Rücktransport unserer sämtlichen Truppen, und Herr Erzberger stimmte uns darin bei (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), ja, er erklärte, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes mit der russischen Regierung zu erwägen sei. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Danach ist die Darstellung, die Herr Erzberger in der Nationalversammlung gegeben hat, in jedem Punkte unrichtig. (Hört! hört! und Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Erwiderung erteile ich das Wort dem Herrn Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Abgeordneten Haase dafür dankbar, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, auf diese Angelegenheit zurückzukommen, schon wegen der großen politischen Bedeutung derselben. Ich kann aber mit dem Herrn Abgeordneten Haase nicht darin einig gehen, daß meine Darstellung in der Nationalversammlung „in jedem Punkte unrichtig" ist.

Unrichtig ist das Datum. Die Sitzung hat nicht am 12. Dezember stattgefunden, sondern am 27. Dezember. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Na also!) — Das bedeutet gar nichts! Darauf legt auch der Herr Abgeordnete Haase keinen Wert.

Richtig ist und bleibt an meiner Behauptung, daß an dieser Sitzung nur die **Mitglieder der Minderheitssozialisten** teilgenommen haben, und richtig ist auch, daß im Verfolg dieser Sitzung eine **Note** folgenden Inhalts abgegangen ist — ich verlese nicht die ganze Note, sondern nur die springenden Punkte —:

Die Annahme der Entente, als ob unsere Truppen eigenmächtig oder gar auf höheren Befehl dem **Bolschewismus** absichtlich Vorschub leisten, sei es direkt oder durch Behinderung antibolschewistischer Maßnahmen, ist nicht zutreffend. Auch wir und unsere Truppen sehen in dem Bolschewismus eine außerordentlich große Gefahr und tun alles, um diese Gefahr abzuwehren. Die Entente wird zugeben müssen, daß diese Gefahr für uns viel größer ist als für sie selbst oder sonstige Staaten in der Welt, und kann davon überzeugt sein, daß wir schon im eigenen Interesse alle möglichen Maßnahmen treffen, um das Vordringen des Bolschewismus zu verhindern. Daß unsere Truppen nach vierjährigem Kampf und in Anbetracht der Lage nur noch den Wunsch nach Rückkehr in die Heimat hegen und daher dem Vorrücken der Roten Truppen nicht überall den Widerstand entgegensetzen, der uns selbst erwünscht ist, können wir nicht bestreiten. Wir tun aber alles, was in unseren Kräften steht, um dieser Kampfmüdigkeit der Truppen durch Ermahnung, Aufklärung und Ersetzung durch frische Truppenkörper entgegenzuwirken. Wenn die Entente die Auffassung hat, der Bolschewismus sei eine Gefahr, der auf jeden Fall und mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse, und wenn sie der Ansicht ist, daß unsere Kräfte dieser Aufgabe nicht genügen, wäre es zweckmäßig, wenn sie selbst ihre Lösung in die Hand nehmen oder wenigstens sich daran beteiligen würde. Jedenfalls müßten wir nochmals darauf hinweisen, daß wir die Aufgabe lediglich im Interesse der Allgemeinheit, der besetzten Gebiete und unserer selbst übernommen haben und auch gern weiter nach Möglichkeit unternehmen wollen, daß uns aber eine entsprechende Verpflichtung im Art. XII, wie die Entstehungsgeschichte der jetzigen Fassung klar ergibt, nicht auferlegt ist. Hiervon bitten wir Akt zu nehmen.

Vorsitzender der Waffenstillstandskommission.
gez. Erzberger.

Es ist also richtig, was ich beauptet habe, daß am 27. Dezember eine Note des Inhalts abgegeben worden ist, wie ich Ihnen eben vorgelesen habe. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Nicht von der Regierung unterschrieben, aber unterzeichnet von dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission. (Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich komme gleich auf den springenden Punkt. — Der Herr Abgeordnete Haase hat ganz richtig dargestellt, daß die Ausarbeitung dieser Note dem **Auswärtigen Amt** übertragen worden ist. In später Abendstunde am 27. Dezember ist mir diese Note vom Auswärtigen Amt zugegangen mit der Erklärung, daß alles in Ordnung sei. Darauf habe ich die Note unterschrieben und abgeschickt. Nach dieser Mitteilung vom Auswärtigen Amt mußte ich annehmen, daß diese Note vorher gemäß dem am Vormittag gefaßten Beschluß den Kabinettsmitgliedern unterbreitet worden sei. Das

war in der Sitzung ausdrücklich beschlossen worden. Als ich meine beiden Reden im März hielt, hatte ich keinen Grund, diese Annahme nicht irgendwie aufrechtzuerhalten. Herr Haase hat am 27. März nach meiner zweiten Rede erklärt, es sei nicht zutreffend, daß ihm diese Note bekanntgegeben worden sei, bevor sie an mich weitergegangen sei. Ich habe keinen Grund, an dieser Behauptung des Herrn Abgeordneten Haase irgendeinen Zweifel zu hegen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Kommt schon! Ich habe mich darauf ausdrücklich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt, und es hat erklärt, daß es entgegen dem am Vormittag gefaßten Beschluß diese Note nicht vorher Herrn Haase zur Kenntnisnahme vorgelegt habe. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Mich selbst kann aber in keiner Weise irgendein Vorwurf treffen; denn ich mußte annehmen, daß der am Vormittag vom Kabinett gefaßte Beschluß dort durchgeführt wurde. Die Behauptung also, daß Herr Haase und die Minderheitssozialisten den Wortlaut dieser Note vor ihrem Absenden gekannt hätten, ist nicht zutreffend. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Na also!) — Da trifft aber doch mich keine Schuld, auch wenn Sie immer das sehr deplacierte „Na also!" dazwischenrufen. (Abgeordneter Dr. Cohn: Behauptet haben Sie es aber zweimal!) — Herr Abgeordneter Dr. Cohn, mit Ihnen kann ich bei einer anderen Gelegenheit davon sprechen. Ihre 350 000 Verschleppten aus Polen werden Ihnen Ihr Leben lang anhängen.

Die andere Behauptung, daß ich für den **Abschluß des Waffenstillstandes mit Rußland** eingetreten bin, ist zutreffend. Ich bin heute noch dafür; denn ich wünsche das Ende des Kampfes und das Ende des Krieges, ganz allgemein, keine Fortsetzung an keiner Stelle. Wie auch in der Note zum Ausdruck gebracht worden ist, bringt die Note keinen Offensivkrieg gegen die Bolschewisten, sondern — wie wiederholt betont worden ist — die Abwehr gegen die anströmenden Bolschewisten; das Zurückwerfen der vordringenden Roten Garde soll als gemeinsames Ziel mit der Entente durchgeführt werden.

Ich glaube, daß nach dieser Darlegung die Sache hinreichend geklärt ist. Materiell bleibt bestehen, daß von der deutschen Regierung eine Note überreicht worden ist, die den gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus zum Ausdruck bringt. Es ist aber nicht richtig, daß diese Note vorher von den Minderheitssozialisten im Wortlaut genehmigt worden ist. Wenn eine andere Behauptung von mir am 27. März ausgesprochen worden ist, so beruht das darauf, daß ich nach dem Verlauf der Kabinettssitzung annehmen mußte, wenn man mir von einem anderen Ressort mitteilt, daß die Sache in Ordnung sei, daß das alle Teile umschließt, und daß auch Herrn Haase die Note vorgelegt worden ist. Ich wiederhole nochmals: das letztere ist nicht der Fall gewesen. Im übrigen bleiben meine Behauptungen bestehen.

Präsident: Damit ist diese Angelegenheit außerhalb der Tagesordnung erledigt.

Wir gehen über zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt. Berichterstatter: Abgeordneter Janschek.

Ich eröffne die Diskussion über Art. 1. Hierzu liegt ein Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 277 vor:

die Worte „innerhalb eines Monates nach der Vorlegung" zu streichen.

Dann ist ein handschriftlicher Antrag von den Abgeordneten Agnes und Genossen eingegangen, den ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Artikel 1 Absatz 1 Nr. 1 wie folgt zu fassen:
   Es hat alsbald eine gesetzliche Neuordnung der Kaliwirtschaft zu erfolgen, die unter Aufhebung des Kaligesetzes und seiner Abänderungsgesetze den gemeinwirtschaftlichen Betrieb der Kaliwirtschaft gemäß den nachstehenden Vorschriften regelt:
   1. Die Leitung der Kaliwirtschaft wird einem Reichskalirat übertragen. Dieser besteht aus den Vertretern der Bezirksräte der Arbeiter und der Angestellten und wählt einen geschäftsführenden Ausschuß von 5 Personen. Für jeden geschlossenen Bezirk des Kalibergbaues wird ein Bezirksrat gebildet, der besteht je aus einem Vertreter der auf jeder Schachtanlage gewählten Betriebsräte der Arbeiter und der Angestellten. Die Bezirksräte wählen im Verhältnis zur Zahl der in ihren Gebieten im Kalibergbau beschäftigten Vertreter in den Reichskalirat, wobei auf jeden geschlossenen Bezirk des Kalibergbaues mindestens ein Vertreter entfällt. Die Angestellten sind im Verhältnis zur Zahl ihrer Vertreter in den Betriebsräten zu berücksichtigen. Das Nähere über die Errichtung des Reichskalirats bestimmen im Einverständnis mit dem Sachverständigenrate die nach Ziffer 2 zu erlassenden Vorschriften.

      Die Reichsregierung schließt die Kalierzeuger zu einem Verbande (Betriebs- oder Vertriebsgemeinschaft) zusammen. An der Verwaltung des Verbandes sind die Arbeitnehmer entsprechend ihrer Bedeutung für die Kaliwirtschaft zu beteiligen; das Nähere usw. wie in der Drucksache Nr. 273.

Art. 2 wie folgt zu fassen:

Vor der im Art. 1 vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenbeirat für Kaliwirtschaft zu berufen, der dem Reichskalirat anzugliedern ist. Der Beirat besteht aus 15 Mitgliedern, von denen 2 aus den Kreisen des Kalihandels, 3 aus den Kreisen der Kali verarbeitenden Industrie, 3 aus dem

Kreise der technischen, 2 aus dem Kreise der kaufmännischen Betriebsleiter, 4 aus den landwirtschaftlichen Korporationen und Verbänden, 1 aus dem Kreise der Sachverständigen für Kalibergbau, Kaliverarbeitung und Kaliforschung zu entnehmen sind. Der Reichskalirat darf von Fall zu Fall noch andere Sachverständige heranziehen. Bei der Ernennung aus dem Kreise der Kaliverbraucher müssen die verschiedenen Teile des Reichs möglichst berücksichtigt werden.

Präsident: Das Wort zu Art. 1 erteile ich dem Herrn Berichterstatter.

Janschek, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Vorlage des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft, die Sie dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen haben, ist eng angegliedert an das Gesetz über die Kohlenwirtschaft. In jenem ist es der Reichskohlenrat, der die Leitung der Kohlenwirtschaft, in diesem der Reichskalirat, der die Leitung der Kaliwirtschaft zu übernehmen hat. Freilich, eine Redewendung wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf angewandt, die in dem für die Kohlenwirtschaft nicht zu finden war: das ist der Ausdruck „Neuordnung". Die Ursache liegt darin, daß für den Kalibergbau bereits aus früheren Jahren ein Gesetz besteht, wo die Preisfestsetzung der Produkte, die Regelung der Löhne sowie der Arbeitszeit der Arbeiter vorgesehen ist. Über die gesetzlich festgelegte **Entlohnung** hinaus besteht eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeiterorganisationen, die den Lohn um 2 und 1 Mark pro Schicht erhöht. Diese Vereinbarung läuft am heutigen Tage ab. Tritt eine Erhöhung der Kalipreise nicht oder unzureichend ein, so fällt diese vereinbarte Lohnzulage fort.

Die Einbringung des Gesetzes war somit zwingend. Die Bemängelung eines Kommissionsmitgliedes wegen der **späten Einbringung des Gesetzentwurfs** wurde aus der Kommission heraus gebührend zurückgewiesen, weil die Regierung mit Arbeit überhäuft ist. Auch die Mutmaßung von derselben Seite, als ob das Gesetz schon mit Hinsicht auf das noch zu erlassende Ermächtigungsgesetz erlassen werden sollte, wurde durch den Reichsminister Fischbeck durch die Mitteilung widerlegt, daß die Ausarbeitung vorliegenden Gesetzentwurfs erfolgte ohne jede Kenntnis des Ermächtigungsgesetzes.

Eine Generaldebatte über das Gesetz fand in dem Ausschuß nicht statt. Doch ergänzte Herr Regierungsvertreter Gräßner seine bereits im Plenum getanen Ausführungen. Diese liefen darauf hinaus, daß sich für die Kaliindustrie ein wenig günstiges Bild ergebe, abgesehen etwa von den ersten Jahren nach Friedensschluß, da zurzeit die Vorräte im Ausland erschöpft sind. Mit einer erheblichen **Steigerung des Kaliabsatzes** könne kaum gerechnet werden, denn die Steigerung sei bereits erheblich gewesen. Die deutsche Landwirtschaft habe im Jahre 1900

1 172 114 Doppelzentner Reinkali verbraucht, im Jahre 1913 5 361 026 Doppelzentner, im Jahre 1918 bereits 8 245 800 Doppelzentner. Damit kann man auf eine weitere Steigerung kaum noch zählen. Ungünstig beeinflußt wäre die deutsche Kaliindustrie durch die den Bedarf übersteigende Zahl der **Betriebsstätten.** Hier müsse durch Unterbindung neuer Aufschließung und angebrachte Stillegung von Werken eine Gesundung der Kaliindustrie herbeigeführt werden. In richtiger Erkenntnis der Sachlage habe die Kaliindustrie freiwillig neuerdings ein Institut geschaffen, das zur Aufgabe haben soll, auf wissenschaftlichem Wege neue, wirtschaftlichere Methoden wegen des Kalibergbaus und namentlich wegen der Kalibearbeitung zu erforschen. Hebung der Ausfuhr werde im wesentlichen Vorbedingung der vollen Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der deutschen Kaliindustrie sein.

Hieraus ergab sich, daß der zu schaffenden Vertriebsgemeinschaft die weitgehendste Bewegungsfreiheit namentlich in der Preisgestaltung zu geben ist.

Eine Anregung, nur den Art. 3, der sich mit der Preisfestsetzung befaßt, und einen abgeänderten Art. 2 anzunehmen, wurde entschieden entgegengetreten, weil mit der Preiserhöhung eine Sozialisierung der Kaliwirtschaft unbedingt erforderlich ist.

Zu diesem Artikel 1 lagen vier Anträge vor. Der eine wollte die **Hineinarbeitung des Rätesystems.** Die Ablehnung desselben erfolgte, obwohl auch andererseits die Zweckmäßigkeit des wirtschaftlichen Rätesystems zugestanden wurde, weil das Rätesystem in der Verfassung selbst verankert werden soll und ein Vorgreifen nicht angebracht sei. Ein weiterer Antrag wollte bei der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebsgemeinschaft die **Berücksichtigung der Minderheitsorganisationen** und **Angestelltenverbände** sichern. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Angenommen wurde der Antrag Nr. 78, der dem Artikel 1 Ziffer 2 als Absatz 4 angefügt wurde und folgenden Wortlaut hat:

> Unbeschadet der erlassenen Vorschriften erfolgt spätestens bis zum 1. April 1920 die **Aufhebung oder Abänderung des Kaligesetzes** und seiner Abänderungsgesetze durch besonderes Gesetz.

Zur Begründung des Antrages wurde folgendes vorgetragen: Die Worte im Eingang des Artikels 1 „unter Aufhebung des Kaligesetzes und seiner Abänderungsgesetze" geben Zweifeln Raum. Während einerseits behauptet worden sei, das Kaligesetz könne als Gesetz nicht im Wege der zu erlassenden Durchführungsvorschriften aufgehoben werden, sei dies von anderer Seite bejaht worden. Der letzteren Auffassung werde man zustimmen müssen. Die gegenwärtige Gesetzesvorlage über die Regelung der Kaliwirtschaft gebe im allgemeinen durch die Ausführungsvorschriften die Ermächtigung dazu, in das Kaligesetz einzugreifen. Dies hätte zur Folge, daß ein Teil der Kaligesetzgebung be-

seitigt würde, ein anderer Teil fortbestände und Zweifel entstünden, inwieweit die einzelnen Bestimmungen in Geltung geblieben oder abgeändert seien. Eine zweifelsfreie gesetzliche Grundlage zu schaffen, sei zweckmäßig. Durch die Worte „unbeschadet der erlassenen Vorschriften" würden die Bedenken wegen eines etwaigen Nichtzustandekommens des in Aussicht genommenen Gesetzes überflüssig.

Angenommen wurde der Antrag 81, der die Möglichkeit einer ganzen oder teilweisen **Außerkraftsetzung der erlassenen Vorschriften durch die Nationalversammlung** vorsieht. Damit will man die im Kabinett bestehende Streitfrage ausschalten, die dahin geht, ob man ein Gesetz oder eine Verordnung teilweise oder ganz aufheben kann.

Zu Artikel 2 lag ein Antrag vor, der eine Erhöhung des **Sachverständigenbeirats** bezweckte, und zwar bei den Arbeitnehmern von 8 auf 9, bei den Arbeitgebern von 5 auf 7. Außerdem sollten die von der Regierung ohne Vorschlagsrecht zu ernennenden Mitglieder von 14 auf 16 erhöht werden, so daß den landwirtschaftlichen Korporationen statt 4 6 Mitglieder zufallen sollten. Es sollte hierdurch eine Stärkung des Einflusses der Landwirtschaft und eine bessere Berücksichtigung der Landesteile erzielt werden. Dieser Antrag fand keine Annahme.

Annahme fand der Antrag, der bei der Zusammensetzung des Sachverständigenrats, der im Art. 2 vorgesehen ist, die Ernennung der Mitglieder aus seinen Berufsorganisationen unter Berücksichtigung der Minderheitsorganisationen fordert.

Zu Art. 3 lag ein Antrag meiner Partei vor. Dieser wollte die übermäßige **Gewinnerzielung** für die Unternehmer verhüten. Der erzielte Mehrwert sollte dem Staate zufallen. Er sah unter anderm vor: hat ein Werk einen Gesamtüberschuß, der eine höhere Dividende oder Ausbeute als 5 Prozent zulassen würde, so ist die Abgabe zu erhöhen, und zwar um 50 Prozent des Betrages, der zur Erhöhung der Dividende oder der Ausbeute von 5 bis 8 Prozent dienen würde, um 75 Prozent des Betrags, der zur Erhöhung der Dividende oder der Ausbeute von 8 bis 12 Prozent dienen würde, um 90 Prozent des Betrags, der zur Erhöhung der Dividende oder der Ausbeute über 12 Prozent dienen würde. Die Berechtigung dieses Antrages wurde allgemein anerkannt. Dennoch bestanden Bedenken, ihm zuzustimmen.

Regierungsseitig wurde erklärt, den Wünschen der Antragsteller würde Genüge geleistet durch die im Reichswirtschaftsministerium bestehende Absicht, die leistungsfähigen Werke entsprechend höher zu den Abgaben heranzuziehen. In der Kommission selbst hat man dann auch noch gesagt, daß der Sachverständigenrat, der später noch eingesetzt werden wird, sich mit dieser Frage gleichfalls befassen wird. Das ist die Beratung aus der Kommission.

Derweilen ist noch eine Petition eingeagngen, und zwar durch eine Eingabe an den Herrn Präsidenten der Nationalversammlung mittels

einer Depesche, worin Beschwerde darüber geführt wird, daß die Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium am 28. März d. J. den Mitgliedern der Nationalversammlung nicht vorgelegt sei. Das ist richtig. Aber die Zusendung ist nicht an die Nationalversammlung erfolgt, sondern an das Reichswirtschaftsministerium, und diese Petition hat eben dem Ausschuß zur Beratung nicht vorgelegen.

Wenn ich aber diese Petition kurz streifen darf, was ja eigentlich nicht in meinen Rahmen gehört, so ist eigentlich alles das, was in dieser **Petition** gesagt ist, bereits Gegenstand der Beratung im Ausschuß gewesen. Der Ausschuß hat sich mit allen Fragen, die hier angeführt wurden, befaßt. Insbesondere wird hier angeführt, daß die **Preiserhöhung**, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, die auf Antrag der Interessenten hereingesetzt wurde, nicht genüge. Es wäre nicht berücksichtigt, was durch die Einführung der verkürzten Arbeitszeit im westfälischen Kohlenrevier und auch durch die verkürzte Arbeitszeit im Kalibergbau beansprucht wird. Das ist aber nicht wahr; denn in der Kommission hat ausdrücklich mein Freund Sachse gesagt, daß auch für die Kaliindustrie die Siebenstundenschicht eine Notwendigkeit sei. Also besprochen ist die Sache gewiß. Ebenfalls ist die Rede von den Lohnerhöhungen und den notwendigen Zulagen gewesen. Die Petition stützt sich vor allen Dingen auch auf die Kohlenpreiserhöhung, die am 1. April vorgesehen war oder wenigstens gefordert wurde. Sie vergißt aber zu bemerken, daß dieser Kohlenpreiserhöhung bisher nicht stattgegeben wurde. Daß man bei der verkürzten Arbeitszeit mit einer Kohlenpreiserhöhung rechnen wird, ist möglich. Immerhin scheint aber doch, als wenn die bewilligte Preiserhöhung, wie sie einmal vorgesehen ist, ausreicht. Ich kann nur sagen, daß in der Kommission den landwirtschaftlichen Interessenten die Preise wie sie in der Vorlage vorgesehen sind, schon zu hoch erschienen. Selbst wenn wir diese Vorlage gehabt hätten, glaube ich kaum, daß irgend ein höherer Preis hineingesetzt worden wäre. Ich möchte daher bitten, die Petition als erledigt zu betrachten.

Im Namen der Kommission ersuche ich, der so abgeänderten Gesetzesvorlage, wie sie Ihnen vorliegt, zuzustimmen.

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brey.

Brey, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf, den die Nationalversammlung jetzt verabschieden soll, steht einmal im Zusammenhang die Lage der Kaliarbeiter und zum anderen die Lage der Kaliindustrie selbst. Die **Lage der Kaliarbeiter** ist eine solche der tiefsten Not. Bereits im Vorjahre gab die Regierung eine Denkschrift heraus, die darlegte, daß die Preise der notwendigsten Bedarfsartikel, die im Leben der Arbeiter in der Kaliindustrie eine wichtige Rolle spielen, ganz unverhältnismäßig gestiegen seien. Nach dieser Denkschrift

hatten die Preise für Beschuhung, für Wäschestücke, für Arbeitergarderobe eine Höhe erreicht, daß sie von den Arbeitern kaum mehr zu erschwingen gewesen sind. Dazu kam die unzulängliche und teuere Ernährung, die ebenfalls an die Arbeiter in der Kaliindustrie ungeheure Anforderungen an die Ausgaben stellte. Diese gewaltig gesteigerten Ausgaben bringen einmal den finanziellen Zusammenbruch der Arbeiter mit sich, und die mangelhafte Ernährung führt zur Zerrüttung der körperlichen und seelischen Kräfte. Preissenkung für die notwendigen Bedarfs- und Ernährungsmittel und Lohnerhöhungen sind Mittel gegen den finanziellen Zusammenbruch. Gegen den körperlichen und seelischen Verfall ist notwendig: Schutz beim Arbeitsprozeß, vor allen Dingen Verkürzung der Arbeitszeit. Die Kaliarbeiter unter Tage haben eine schwere und sehr oft recht ungesunde Arbeitsleistung zu verrichten. Durch die bereits vollzogene Reform ist die Arbeitszeit der Kaliarbeiter unter Tage nicht verkürzt worden. Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden hat ihnen eine Erleichterung der Arbeitsqual nicht gebracht. Es ist daher dringend notwendig, den Kaliarbeitern, soweit sie unter Tage beschäftigt sind, die **Siebenstundenschicht** zu gewähren, und es ist weiter zu prüfen, und zwar ganz ernsthaft, ob ungesunde, an Körper und Nerven starke Ansprüche stellende Arbeitsleistungen unter und auch über Tage eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig machen. Das ist erforderlich im Interesse der Arbeiter, ist aber auch notwendig, um eine Gesundung der Industrie mit herbeizuführen.

Die Notlage, in der nun die Kaliindustrie sich befindet, ist nicht ausschließlich eine Folge des Krieges, obwohl niemand bezweifeln kann, daß die Lage der Kaliindustrie durch den Krieg wesentlich ungünstiger gestaltet, ja geradezu vor eine katastrophale Wendung gebracht worden ist. Seit Jahrzehnten ist in der Kaliindustrie das Bestreben zu beobachten, ungeheure Geldsummen, ungeheure Werte dem Kalibergbau und der Kaliverarbeitung zuströmen zu lassen. Gestützt auf die Monopolstellung der Kaliförderung und die deutsche Kalierzeugung reihte sich im Laufe der Jahre Schacht an Schacht und Werk an Werk. Während eine ganz geringe Anzahl von Werken in der Lage gewesen sein würde, den Bedarf an Kali im In- und Auslande zu decken, war die **Zahl der mit Beteiligungsziffer ausgestatteten Werke** im Jahre 1910 bereits auf 68 gewachsen, und die Zahl der mit einer Beteilungsziffer ausgestatteten Werke stieg bis zum 1. August 1914 auf 191. Es war ganz unmöglich, im gleichen Verhältnis auch den Absatz zu steigern. Der Absatz betrug nach England, Frankreich und Rußland im Jahre 1910 615 718 Doppelzentner reinen Kalis. Im Jahre 1913 war der Absatz nach den drei Ländern auf 844 843 Doppelzentner gestiegen, hatte sich also um ein Drittel vermehrt. In der gleichen Zeit sind die Werke um das Dreifache gewachsen. Es ist ganz selbstverständlich, daß

in dieser ungesunden Vermehrung der Werke der Urgrund der Verschlechterung für die Kaliindustrie liegt. In der alles Maß übersteigenden Spekulation im Kalibergbau, in dem Gründungstaumel ist die Hauptursache der Notlage zu finden.

Meine Freunde sind nun der Auffassung und haben es auch bei den Kommissionsberatungen zum Ausdruck gebracht, daß hier der Hebel mitangesetzt werden muß. Das Spekulationsfieber in der Kaliindustrie muß bekämpft und in ganz erheblichem Maße eingedämmt werden. Der nach dem vorliegenden Gesetz zu bildende **Reichskalirat** muß alles daran setzen, **Neugründungen** unmöglich zu machen, und auch die bestehenden Werke müssen auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden. Das ist aber auch unbedingt erforderlich, um eine Sozialisierung in die Wege leiten zu können. Deutschlands Monopolstellung auf dem Kalimarkt ist durch die Entwicklung der Dinge ernsthaft bedroht, vielleicht ist diese Monopolstellung dauernd in Frage gestellt oder beseitigt. Gelingt es aber nicht, durch Minderung der Werke die Förderquote der einzelnen Werke so zu bemessen, daß die Betriebe wieder aufblühen und aufleben können, dann geht die Kaliindustrie noch schlimmeren Zeiten entgegen, als jene sind, in denen sie sich jetzt befindet.

Natürlich haben meine Freunde den lebhaften Wunsch, daß alle Hemmungen, die einer Inbetriebsetzung und Inbetriebhaltung der Kaliwerke entgegenstehen, beseitigt werden. So klagt das Kalisyndikat als Vertreter der Kaliindustrie und klagen andere Interessenkreise aus der Kaliindustrie mit Recht darüber, daß sie durch den **Kohlenmangel** gehindert sind, die Bedürfnisse des Inlandsmarktes zu befriedigen. Daß diese Bedürfnisse gerade in den letzten Wochen und Monaten groß waren, liegt für jeden auf der Hand. Nicht nur der Kohlenmangel, sondern auch der Mangel an Wagenmaterial zum Abfahren der Produkte hat die Lage in der Kaliindustrie wesentlich mit erschwert. Was den Kohlenmangel anbelangt, so ist er schon vor dem Kohlenarbeiterstreik zu verzeichnen gewesen. Da möchte ich zunächst feststellen, daß wir sowohl im vorigen Jahre, wo wir einen Kohlenbergarbeiterstreik nicht hatten, die Klagen aus der Kaliindustrie hörten, daß der Kohlenmangel sie an wirtschaftlicher Inbetriebhaltung ihrer Werke hindere. Aber ohne Zweifel ist der Kohlenmangel durch die Bergarbeiterstreiks gesteigert worden, und hier tut sich der tiefe Zusammenhang unserer Ernährung und Volkswirtschaft mit dem Arbeitsprozeß klar und deutlich auf. (Sehr richtig! rechts.) Hier zeigt er uns den ganzen Abgrund, in den wir geraten, wenn die Möglichkeit eines flotteren Arbeitstempos im Lande nicht geschaffen wird. Ohne Kohlen kein Kali, ohne Kali noch kleinere Bissen Brot, ohne Kali eine geringere Anzahl an Eiern, ohne Kali noch weniger Milch, mit einem Worte noch schärferes Anziehen des Schmachtriemens, der heute dem deutschen Volke, besonders

dem werktätigen Volke, leider schon stramm genug am Körper liegt. (Sehr richtig!) Ohne Kohlen aber auch keine Aussicht auf die Einfuhr von Rohstoffen, und, ich glaube, auch da haben wir vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ein lebhaftes Interesse daran, vom Ausland Rohstoffe zu erhalten.

Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter hat das auch anerkannt, daß wir ohne Arbeiten noch größeren Hunger leiden und noch schwereren volkswirtschaftlichen Schäden entgegengetrieben werden. Diesem Erkennungsprozeß in der Arbeiterklasse jede Förderung angedeihen zu lassen, muß die Aufgabe eines jeden sein, der es mit der Zukunft unserer Volkswirtschaft und dem Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung dieser Volkswirtschaft ernst meint. Steigendes Wirtschaftsleben bietet dem Sozialismus Möglichkeiten der Verwirklichung und der Betätigung, nicht aber ein volkswirtschaftliches Durcheinander, und wirtschaftlicher Zusammenbruch führt auch zum Versagen aller sozialen Rechtskörper, mögen diese sozialen Rechtskörper nun Arbeiterausschüsse, Arbeiterkammern, Arbeiterräte oder wie sonst heißen.

Der vorliegende Gesetzentwurf gibt nun den **Arbeitern** die Möglichkeit, in den **Erzeugungs- und Vertriebsprozeß** bestimmend mit einzugreifen. Aber da ist auch zunächst erforderlich, daß dieser Erzeugungs- und Vertriebsprozeß in Gang gebracht und in Gang gehalten wird. Der radikalste Arbeiterrat und Angestelltenrat wird eben durchaus nichts mehr zu beraten haben, wenn die Bergwerksschächte ersoffen sind und das ganze Wirtschaftsleben zur Erstarrung gebracht worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir können uns unmöglich zu der Doktor-Eisenbart-Kur bekennen, die die Mülheimer „Freiheit" verkündigte, die da ganz trocken meinte, die Industrie müsse unter Umständen vernichtet werden, um auf dem Trümmerhaufen ein neues Gebäude erstehen zu lassen. Ich meine, aus wirtschaftlichen Trümmerhaufen pflegen den Arbeitern Freiheit und Wohlergehen nicht zu erwachsen und zu erblühen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach alter Erfahrung erwachsen aus wirtschaftlichen Trümmerhaufen den Arbeitern Zwingburgen und neue Fesseln (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und aus diesem Grunde haben wir aus den angeführten Motiven heraus an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet, um einmal den Betriebsprozeß wirtschaftlicher und ergiebiger zu gestalten und ihn in Gang zu bringen.

Der Gesetzentwurf stellt im Artikel 1 der Regierung die Aufgabe, die Kalierzeuger zu einem Verbande, der **Vertriebsgemeinschaft**, zusammenzuschließen. Dem Verbande soll die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht des Reichskalirates obliegen.

Vertriebsgemeinschaft und Reichskalirat sehen abermals eine Be-

teiligung der Arbeiter vor, die auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft aus den angeschlossenen Berufsorganisationen von der Reichsregierung ernannt werden sollen. Die **Arbeitsgemeinschaft** ist ein Arbeitsinstrument, in dem Arbeitgeber und die Organisationen aller Richtungen mitarbeiten.

An dieser Stelle setzt der **Antrag Cohn** ein. Mit diesem Antrage können wir uns nicht befreunden, nicht etwa deshalb, weil wir einzelnen seiner Grundgedanken abhold sind, sondern weil nach unserer Ansicht der Antrag eine Bestimmung einführen will, die eine allgemeine Frage des Arbeiterrechts ist und allgemein für alle Industriezweige ausgebaut und aufgestellt werden muß. Wir sind aus folgenden Gründen nicht geneigt, dem Antrag Cohn unsere Zustimmung zu geben. Der Antrag Cohn ist geboren aus einer tiefen **Gegnerschaft gegen die Arbeitergewerkschaften**, und der Abgeordnete Cohn hat die Gewerkschaften in Verdacht, daß sie ausschließlich die Väter der Arbeitsgemeinschaft seien. Das trifft weder im allgemeinen noch im besonderen für die Arbeitsgemeinschaft in der Kaliindustrie zu. Am 15. November erschien eine Verordnung der Volksbeauftragten Ebert-Haase, die die mit den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer vereinbarten Arbeitsgemeinschaften in das Wirtschaftsleben einführt. Absatz 1 dieser Verordnung bestimmt: Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Der Veröffentlichung ist folgender Schluß angefügt:

> Diesen Vertrag veröffentlichen wir mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten; den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das gleiche empfohlen.

Die Bestrebungen, selbst unter Zuhilfenahme der Gesetzgebung eine Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kaliindustrie herbeizuführen, sind jahrelang vor dieser Verordnung von uns angestellt worden. Cohn und seine Freunde haben mitgearbeitet, um solche Vorläufer der Arbeitsgemeinschaft in der Kaliindustrie herbeizuführen. Sowohl der Abgeordnete Cohn wie verschiedene andere seiner näheren Fraktionsfreunde haben die Versuche, mit dem Kalisyndikat, mit den Interessentenvereinen der Kaliindustrie über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu einem Abkommen zu kommen, unterstützt. Das geschah erstens gemeinsam in einem Fraktionsverband, aber auch nach der Trennung hat dieses gemeinsame Arbeitsziel in bezug auf die Kaliindustrie noch bestanden. Weder Herr Cohn noch Herr Albrecht noch Herr Brandes haben damals den Warnungsruf ertönen lassen: Ihr verkauft gegen ein Linsengericht das Recht der Erstgeburt. Da haben sie wacker mitgearbeitet, und vor wenigen Tagen verkündete Herr Cohn, durch diese Arbeitsgemeinschaft hätten die Gewerkschaftsvertreter das Erstgeburtsrecht der Gewerkschaft gegen ein Linsengericht verkauft.

Wenn das wahr wäre, so wäre Herr Haase mitschuldig, dann ist Herr Cohn mitschuldig.

Aus den rohen Steinen, zugehauen vor dem 15. November, ist nun in gemeinsamer Beratung mit den Kaliindustriellen ein Gefüge entstanden, das in den organischen Ausbau des Arbeiterrechts eingefügt und eingebaut werden soll. Die Arbeiter und die Vertreter der Arbeiter haben nun die Aufgabe, diesen Ausbau für Wahrung ihrer Rechte und Interessen zu nützen und in der Zukunft zu fördern, ihn zu einem vollendeten sozialen Rechtsgebäude zu gestalten. Für uns ist es klar, daß dabei die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiter eine wichtige Rolle mitzuspielen haben, ganz gleich, wie in Zukunft sich etwa das Rechtsverhältnis der Arbeiterräte gestalten wird. Immer war es die Forderung der Gewerkschaften, Betriebsvertretungen für die Arbeiter zu erreichen, Betriebsvertretungen, die wirkliche Rechtsvollkommenheit und Machteinfluß haben. Es ist das Bestreben der Gewerkschaften gewesen, die Betriebsvertretungen zu ergänzen durch Bezirksvertretungen, durch Vertretungen des Landes, durch Vertretungen, ausgebaut in einem Netz über das ganze Reich, und so werden wir diesem Gedanken auch in Zukunft treu bleiben, und gerade der jetzige Gesetzentwurf fördert diesen Gedanken des Einflusses der Arbeiter in den Betrieben.

Wir sind wieder einmal an einem Zeitabschnitt der Prophezeiungen angelangt. Bei Beratung dieses Gesetzentwurfs ist Herr Cohn unter die Propheten geraten. Seine Prophezeiung lautet: die geschichtliche Rolle der **Gewerkschaften** im sozialen Klassenkampfe sei ausgespielt. Ich möchte sagen: auf diesem Gebiete haben Größere ihre Sehergabe versucht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sie bedeutend daneben prophezeit haben. Ich entsinne mich, daß es vor ungefähr 30 Jahren hieß, daß die Gewerkschaften in Deutschland die Ausdehnungsmöglichkeit nicht hätten wie in England, daß ihnen ein großes Gebiet der Betätigung durch die soziale Gesetzgebung genommen sei. Und was hat die Erfahrung gelehrt? Das Gegenteil der Prophezeiungen ist eingetreten, und so, glaube ich, wird es auch in Zukunft sein.

Was wir jetzt in der Gegenwart beobachten, läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften das Arbeiterrecht, den Arbeitsertrag und das Arbeitsverhältnis beinflussen und bestimmen wollen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß gerade in der jetzigen Zeit die Gewerkschaften in ihrer Mitgliederzahl sich mehr als verdoppelt haben, daß die Gewerkschaften in Arbeiterschichten eingedrungen sind, die bislang der Organisation ablehnend entgegengestanden haben. Selbst in der Kaliindustrie ist bis vor wenigen Jahren die Ablehnung des Organisationsgedankens zu verzeichnen gewesen, und gerade jetzt

hat er sich mit Elementargewalt zum Durchbruch verholfen. Wie wäre es weiter zu erklären, daß die Gewerkschaften jetzt in geographische Gebiete einziehen, in denen vor Ausbruch des Krieges nicht einmal Pionierarbeit für die Gewerkschaftsbewegung geleistet werden konnte!

Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die Arbeiter der gegenteiligen Auffassung sind, nicht der Auffassung, die Gewerkschaften hätten die geschichtliche Aufgabe in dem sozialen Klassenkampf erfüllt, sondern daß sie an diesem Kampf beteiligt sein wollen. Diese Auffassung ist besonders bei den **Arbeitern der Kaliindustrie** zu verzeichnen, und es wird durch den Gesetzentwurf in seiner Ausführung die Möglichkeit gegeben, den Kaliarbeitern diese Mitarbeit zu garantieren. Wenn bisher Arbeiterausschüsse, ohne im Zusammenhang mit den Gewerkschaften zu stehen, nichts bedeuteten, so werden in Zukunft die Arbeiterräte ohne Gewerkschaften eine Bedeutung auch nicht haben, und die Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften beschränkt sich auf eine Minderheit; sie entspringt nicht der wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, sondern entstammt der Idee, die gewerkschaftlichen Organisationen zu einem revolutionären politischen Übungsfelde zu benutzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle lösbaren und unlösbaren Fragen der inneren und äußeren Politik sollen mit Hilfe der Arbeiter durch Gewerkschaften durchgekämpft werden unter Beiseiteschiebung der politischen Kampfesmittel, die heute den Arbeitern und Arbeiterinnen gegeben sind. Wir möchten von dieser Stelle aus den Kaliarbeitern zurufen, daß vor allen Dingen dieses Gesetz dem Zweck dienen soll, einmal die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter günstiger zu gestalten, indem die Möglichkeit gegeben wird, eine Preisregulierung zu schaffen, die die Lage der Arbeiter günstiger gestaltet, zum andern sollen aber auch die Kaliarbeiter durch dieses Gesetz das Mitbestimmungsrecht bei Fragen der Förderung, der Erzeugung und des Vertriebes erhalten. Diese Dinge können durch politische Kampfesmethoden nicht erreicht werden. Hier ist nur möglich der organische Entwicklungsgang durch die Gesetzgebung; im Bunde mit den Vertretungskörpern der Arbeiter sind hier die Interessen der Arbeiter zu wahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles andere führt zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, zum Zusammenbruch in der Ernährung, zum moralischen Zusammenbruch, der die Gefahr heraufbeschwört, daß wirtschaftlicher und politischer Despotismus wieder Morgenluft wittern. Das liegt durchaus nicht im Interesse der Arbeiter.

Wir erblicken im Gesetzentwurf einen Schritt der Sozialisierung entgegen, wir erblicken in dem Gesetzentwurf ein Mittel, das den Arbeitern ein größeres Maß von Recht bei der Lohnregulierung gewährt, einen erstmaligen Rechtstitel bietet auf Beeinflussung von Förderung, Verarbeitung und Vertrieb. Aus diesen Gesichtspunkten heraus

geben meine Freunde dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Wir hatten bei der ersten Lesung des Gesetzes die Trennung der einzelnen Paragraphen beantragt. Unser Gedankengang war der, daß eine **neue Festsetzung der Kalipreise** unvermeidlich sei und sofort erfolgen müsse, daß aber in der kurzen Zeit bis zum heutigen Tage eine **gesamte Neuordnung** des Gegenstandes nicht erfolgen könne. Der Gegenstand sei schon durch das Kaligesetz geordnet und eine Nachprüfung des Gesetzes würde ein eingehendes Eingehen auf das Gesetz selbst und den Gegenstand zur Voraussetzung haben, was einige Wochen in Anspruch nehmen müßte. Herr Dr. Cohn hat aus diesen meinen Ausführungen bei der politischen Hochspannung, in der wir uns am Sonnabend durch die Schiffer-Krisis befanden, weitgehende Schlüsse gezogen. Er hat gewissermaßen eine Neuorientierung in der inneren Politik gewittert. Aber die Ausführungen des Herrn v. Payer bei Vorlegung des Haushaltsplanes, der ausdrücklich betont hat, daß wir fest auf dem Boden der getroffenen Vereinbarungen stehen, hätte ebensowenig Veranlassung bieten können wie die Person des Sprechenden; denn ein rein kapitalistischer Gedankengang, wie ihn Herr Dr. Cohn mir unterlegt, ist mir völlig fremd. Ich betrachte es als eine historische Aufgabe der Demokratischen Partei, an einer Versöhnung von Kapital und Arbeit, Unternehmer und Arbeiter mitzuarbeiten, und zu dieser Aufgabe beizutragen, ergibt sich dann als Folge meiner Parteizugehörigkeit.

Wir wollen einen Augenblick stillhalten in dem schnellen Fortschritt unserer Entwicklung und bei dem rasenden Tempo unserer Arbeit und eine kleine Umschau halten, die notwendig ist in der Atempause, die das Parlament sich gönnt, aus dem Grunde, weil wir in dieser Pause ja vor unsere Wähler treten müssen, um Rechenschaft abzulegen.

Wir haben unter dem 13. März das Sozialisierungsgesetz angenommen. Dieses bedeutet in § 2 Absatz 1 die Annahme des **Erfurter Programms.** Wir haben uns gar nicht mehr darüber unterhalten, wir haben uns auch gar nicht darüber gestritten, ob wir dieses Erfurter Programm, das ja nur ein Programm einer einzelnen Partei war, annehmen sollen, oder nicht. Soweit ich mich erinnere aus der Debatte, ist überhaupt der Begriff des Erfurter Programms und der Name des Erfurter Programms nicht genannt worden. Wir haben vielmehr ganz glatt die Folgerung aus dem Zusammenbruch des Krieges und der Revolution gezogen und haben das Erfurter Programm, wie die bürgerlichen Parteien, auch zu dem unsern gemacht. Dies muß

einmal klar ausgesprochen werden, damit die Folgen in der Gegenwart und in der Zukunft klar werden.

Aber wir sind doch noch weit über das Erfurter Programm hinausgegangen. Wir haben den § 2 Nr. 2 des Sozialisierungsgesetzes angenommen. Während das Erfurter Programm ja nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum verlangt, haben wir in Nr. 2 des § 2 des Sozialisierungsgesetzes dem Staat die Möglichkeit gegeben, jeden Handel und Verkehr in **Gemeinwirtschaft** zu überführen. Wir haben allerdings eine kleine Einschränkung durch das Wort „dringend" gemacht; aber solche Einschränkungen bedeuten ja in Wirklichkeit nichts. Wir haben also glatt dem Staat das **Handelsmonopol** auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens eingeräumt, und es scheint, als ob der Staat von dieser Befugnis Gebrauch machen will und nicht von der Überführung der Produktionsmittel in Gemeinwirtschaft; denn sowohl bei der Kohlenwirtschaft wie bei der Kaliwirtschaft ergibt sich folgendes: bei der Kohlenwirtschaft hat man auch nicht davon gesprochen, daß die Kohlenbergwerke verstaatlicht werden sollen; man hat im Gegenteil davon gesprochen, daß man sich in den Betrieb der Kohlenwerke möglichst wenig einmischen wolle. Die Produktion bleibt also bei dem privaten Unternehmer, das ganze Unternehmen bleibt Privatbesitz und Privatunternehmen. Ebenso geschieht es jetzt beim **Kali**. Auch hier hören wir nichts von einer Verstaatlichung der Werke, auch hier hören wir nichts von einem Eingriff in den Betrieb, sondern hören nur etwas von einer **Vertriebsgemeinschaft**. Es bleibt festzustellen, daß das alles geschieht nicht nur unter Zustimmung, sondern auf Betreiben der Sozialdemokratie. Auch die Sozialdemokratie stellt sich auf diesen Standpunkt, der von der Regierung eingenommen worden ist, und sie erklärt sogar diejenigen, die zunächst einen anderen Weg scheinbar gehen wollen, als Anhänger einer veralteten überlebten Wirtschaftsordnung.

Warum ich das ausführe? Damit Wahrheit und Klarheit herrscht. Wir wollen nicht Herrn Dr. Cohn Wasser auf seine Mühle liefern, wir wollen ihm nicht Anlaß geben, zu sagen, das, was hier geschehe, sei nur Schein, sei nur Lug und Trug, sei nur Fassade, eine Sozialisierung sei das nicht. Wenn wir nicht der Bevölkerung Sand in die Augen streuen wollen, müssen wir klar und offen aussprechen, daß sowohl die Bestimmungen über die Kohlenwirtschaft wie über die Kaliwirtschaft noch keine Sozialisierung bedeuten. Aber wir können ebenso klar und offen aussprechen, daß mit Hilfe und unter Zugrundelegung der Bestimmungen sozialisiert werden kann. Deshalb ist auch der **Antrag Cohn** zurzeit für uns nicht annehmbar. Er gehört für später in den Gegenstand der Erörterungen. Das, was heute geschieht,

muß zunächst genügen, und die große Masse der Arbeiter muß uns glauben, daß der politische Einfluß, den sie errungen hat, auch seine Folgen auf ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse haben muß, daß also die wirtschaftliche Demokratie kommen wird, nachdem die politische zur Tat geworden ist.

Man kann später durch Gesetz und durch Verordnung sozialisieren; die Technik in der Anwendung der Staatsgewalt ist nicht entscheidend. Unser Gedankengang war: man sollte durch Gesetz sozialisieren, nachdem einmal das Kaligesetz vorhanden war. Was fehlt denn eigentlich bei diesem **Kaligesetz** zur **Sozialisierung?** Man hat im Jahre 1910 bei Beratung des Kaligesetzes nur noch Bestimmungen über Minimallöhne, den Maximalarbeitstag, Lohntarif und Gewinnbeteiligung gefordert. Zum Teil sind diese Forderungen inzwischen schon erfüllt. Wären sie aber seinerzeit erfüllt worden, so wäre dieses Kaligesetz das erste vollkommene Sozialisierungsgesetz gewesen. Wir sagten uns also: Man versuche, nach dieser Richtung das Kaligesetz auszubauen; dann haben wir die erste wirkliche Sozialisierung, statt wiederum nur, wie bei der Kohlenwirtschaft, die Möglichkeit der Sozialisierung.

Daß unser Gedanke nicht ganz abwegig war, bewies in den Verhandlungen des Ausschusses ein Antrag Heim, der später zurückgezogen wurde, dann der Antrag Burlage, der in Artikel 2 Absatz 4 seine Annahme gefunden hat.

Nun haben wir uns aber im Ausschusse sagen lassen müssen, man könne im Wege des Gesetzes nicht vorwärts kommen; denn es habe sich gezeigt, daß sich der **freie wirtschaftliche Verkehr**, die Wirtschaft mit Kali durch Gesetz nicht einengen lasse; das gewöhnliche Leben jedes Tages stoße sich an der starren Form; man müsse darauf sehen, mehr Bewegungsfreiheit zu schaffen. Dieser Gedankengang war uns außerordentlich sympathisch. Wir sind grundsätzliche Anhänger des freien Handels und des freien Verkehrs, und wir haben gestern auch von dem Herrn Reichsernährungsminister ein frisches, fröhliches Bekenntnis zur Privatwirtschaft und zum Unternehmertum gehört. Wir heben diese Ausführungen besonders hervor und fordern dringend, daß auf allen Gebieten des Handels und Verkehrs die Freiheit des Unternehmers wiederhergestellt wird, damit wir wirtschaftlich zu einer Gesundung gelangen können. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei wünschen wir selbstverständlich, daß — wie der Herr Reichsminister Dr. David heute gesagt hat — der **Arbeiter** nicht als Mittel zum Zweck betrachtet wird; wir wünschen vielmehr, daß er sich nicht nur als Lohnbezieher fühlt, sondern als mittätig und infolgedessen allerdings auch als mitverantwortlich an dem Großen und Ganzen des Unternehmens. Wir wünschen, daß der

Arbeiter den Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen der wirtschaftlichen Vorgänge des Unternehmens begreift, daß er das Unternehmen versteht und daß er daran teil hat als Mensch, nicht bloß als Maschine. Wir wünschen, daß der Arbeiter auch über das Einzelunternehmen hinaus wirtschaftliches Verständnis gewinnt, nachdem er sich seine politische Stellung errungen hat, und daß sein wirtschaftliches und politisches Verständnis hinauswachse zu einem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen. Nur auf diese Weise glauben wir uns eine Verbindung aller Bevölkerungsschichten versprechen zu können.

Wir stellen aber nun hier fest, daß auch bei diesen Vorgängen die Sozialdemokratie sich nicht nur zustimmend in der Kommission verhalten hat, sondern auch treibend. Also auch die Sozialdemokratie rückt in diesem Falle von der Zwangswirtschaft bedeutend ab und stimmt einer Reichswirtschaft zu, damit das Reich als Unternehmer möglichst frei und unbehindert durch eine Gesetzesschranke hingestellt wird.

Dieser Vorgang hat im vorliegenden Falle gesetzestechnisch keine besondere Bedeutung. Wir haben noch das **Kaligesetz vom 25. Mai 1910.** Wir heben dieses Gesetz nicht auf, sondern wir geben einem kleinen Wirtschaftsparlament von Sachverständigen, einem Sachverständigenrat, einem Kalirat und einem Ausschuß der Nationalversammlung das Recht, dieses Gesetz aufzuheben. Wir hören gar nicht, warum das Gesetz aufgehoben werden soll. Wir hören auch nicht, wie weit es aufgehoben werden soll. Wir wissen nur, daß das Gesetz verschwinden soll. Es scheint beinahe so zu sein, wie heute bei einem politischen Beamten: man erklärt ihm, er habe nicht mehr das Vertrauen der Versammlung, und dann verschwindet er. So scheint es auch bei dem Kaligesetz zu sein: man begründet gar nicht weiter, warum das Kaligesetz kein Vertrauen mehr verdient, sondern es verschwindet einfach in der Versenkung, und die Nationalversammlung, die sich soeben für souverän erklärt hat, die sich alle politische Macht beigelegt hat, verzichtet im vorliegenden Fall auf die Ausübung ihrer Tätigkeit und überträgt diese einem kleinen Wirtschaftsparlament.

Wir stehen auch diesem Vorgang nicht unsympathisch gegenüber. Wir glauben vielmehr, daß er auch Perspektiven für die Zukunft gibt, daß sich vielleicht hieran eine Entwicklung des Parlamentarismus anschließen kann.

Kaum hatten wir nun aber diesen kühnen Entschluß gefaßt, von der Regelung des Gegenstandes durch Gesetz abzusehen, da kamen wieder die Bedenken über die Kühnheit, und der Antrag Burlage wurde angenommen. Der **Antrag Burlage** bedeutet, daß, wenn nunmehr die ganze Materie nicht durch Gesetz geregelt ist, nicht unter Hinzuziehung des Parlaments, sondern lediglich durch Zuziehung dieses kleinen Wirtschaftsparlaments, wieder die freie Form verlassen wird,

die ganze Materie wieder in die starre Form des Gesetzes gegossen wird. Es war also ein Sprung vorwärts und ein Sprung zurück, und daß dieser Antrag vom Zentrum ausgeht, scheint kein Zufall gewesen zu sein, sondern mehr eine Art liebe Gewohnheit.

Nach unserer Ansicht kann man nur den einen oder den anderen Weg gehen. Entweder man regelt die Materie durch Gesetz oder gewissermaßen im Betrieb, so wie ein Geschäftsmann seinen Betrieb durch einzelne Anordnungen regelt. Gesetzestechnisch nennt man das dann: durch Verfügung oder Verordnung oder Vorschrift. Im letzteren Verfahren, das nun eingeschlagen werden soll, begnügt sich das Parlament mit einer dürftigen Kontrolle. Denn wenn auch alle die Bestimmungen, die erlassen werden, dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen sind, wenn auch das Parlament die Bestimmungen abändern kann, wenn es auch jederzeit die ganze Materie vor sein Forum ziehen kann, so beweist doch die Erfahrung, daß diese Mitteilungen an das Parlament für gewöhnlich unter den Tisch fallen und keine große Beachtung finden. Aus diesem Grunde glaube ich also, daß das Parlament hier endgültig auf seine gesetzgeberische Tätigkeit verzichtet hat. Wir sind der Meinung: entweder Gesetz oder Verordnung — und werden deshalb für den Antrag Burlage, der in Artikel 2 Absatz 4 seine Berücksichtigung gefunden hat, nicht stimmen. Wir werden selbstverständlich trotz der Annahme des Artikel 2 Absatz 4 für das ganze Gesetz stimmen.

Nun noch eine kurze Bemerkung hinsichtlich der **Angestellten** und ihrer Vertretung in Artikel 2. Die Angestellten beklagen sich, daß sie nicht genügend berücksichtigt sind, daß die geistige Arbeit gegenüber der körperlichen nicht die Bewertung findet, die sie verdient. Wir haben nach der Richtung keine Anträge im Ausschuß gestellt und wir werden auch hier weitere Anträge nicht stellen. Wir sind aber der Meinung, daß in Zukunft und vielleicht bei Ausbildung der ganzen Materie durch die geschaffene Organisation doch noch mehr Rücksicht auf die Angestellten zu nehmen sein wird. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Meine Herren! Wir stehen nicht nur der Kaliwirtschaftsvorlage sehr kritisch gegenüber, sondern uns gefällt auch die Art und Weise nicht, wie der Nationalversammlung die Gesetze von der Regierung vorgelegt werden. Dieses **Kaliwirtschaftsgesetz** ist geradezu typisch dafür. Vor dem Lande muß bei dieser Gelegenheit einmal gesagt werden, wie jetzt die Gesetze entstehen. Die Kaliindustrie ist ja eigentlich sozialisiert. Mein Herr Vorredner hat ganz recht aus-

geführt, daß nur noch wenige Bestimmungen in das geltende Kaligesetz eingefügt zu werden brauchten, um alles zu erfüllen, was auch die weitestgehenden Sozialisierungsfreunde hätten verlangen können.

Statt dessen spielt sich etwa folgendes ab: Aus den gegebenen Verhältnissen heraus stellen die Kaliarbeiter Lohnforderungen, verlangen Verkürzung der Arbeitszeit usw. Daraufhin stellt das Kalisyndikat fest, daß die Kalipreise, die gesetzlich zulässig sind, nicht genügen, um die Lohnforderungen zu bewilligen. Das Syndikat stellt einen Antrag an die Reichsregierung, die Preise zu erhöhen. Diese Forderung ist sachlich durchaus begründet. Der Preiserhöhung wird so nebenbei gleichzeitig ein Sozialisierungsgesetz angehängt. Mit einer Plötzlichkeit, die uns alle wohl überrascht hat, bekommen wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt, der der Regierung die Vollmacht gibt, das bestehende Kaligesetz aufzuheben und durch Verordnungen in die wirtschaftlichen Verhältnisse der so wichtigen Kaliindustrie einzugreifen. Das alles geschieht so kurz vor Torschluß, daß wir nicht die Möglichkeit haben, die Verhältnisse in genügender Weise zu prüfen. Ich habe schon bei der ersten Beratung darauf hingewiesen, daß bei der Vorbereitung des Gesetzes die landwirtschaftlichen Vertretungen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, als die Hauptverbraucher, nicht gehört worden sind. Heute unterbreitet uns das Kalisyndikat schriftlich seine Beschwerde darüber, daß es keine Gelegenheit hatte, sich über die Vorlage zu äußern und darüber, daß eine Eingabe des Kalisyndikats vom 28. März dieses Jahres uns in der Begründung nicht zugänglich gemacht worden ist.

Nun hat man in der Begründung der Vorlage freilich einige **Schriftstücke des Kalisyndikats** abgedruckt. Wir hatten wohl den Eindruck, daß uns alle bedeutsamen Äußerungen des Syndikats mitgeteilt worden sind. Der Eindruck ist zweifelsohne erweckt worden. Einer der Herren Redner — ich glaube, es war Herr Dr. Cohn — hat sich sogar, auf das Datum der letzten abgedruckten Eingabe bezugnehmend, darüber beschwert, daß man mit der Vorlegung des Gesetzes so lange gezögert habe.

Ich meine, diese Eingabe vom 28. März, zu der ich weiter keine Stellung nehmen will, scheint doch so wichtig zu sein, daß sie uns hätte mitgeteilt werden müssen, damit wir sie wenigstens als Material zur Hand gehabt hätten. Auf jeden Fall bin ich der Auffassung, daß die Vorlage nicht genügend vorbereitet worden ist. Sie ist meines Erachtens auch nicht genügend daraufhin abgestimmt, wie ihre Fernwirkungen sind. Es kommt nicht nur darauf an, daß es der Kaliindustrie, den Kaliunternehmern und Kaliarbeitern gut geht, sondern es muß auch auf die Verbraucher und das Ausland Rücksicht genommen werden. Vor allem ist die Landwirtschaft sehr stark interessiert und durch die Landwirtschaft die Volksernährung. Das Kali

wird in Zukunft auch einer unserer bedeutendsten Ausfuhrartikel sein, womit wir uns Nahrungsmittel und Rohstoffe eintauschen können. Nach den Mitteilungen des Kalisyndikats wird die Ausfuhr ungefähr drei Viertel der gesamten Produktion umfassen. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Bedeutung die Kaliindustrie für die Landwirtschaft, für die Ernährung, für die Ausfuhr und für alles, was hiermit wiederum zusammenhängt, bedeutet, so ist es eine sehr starke Zumutung, dieses Gesetz noch so kurz vor Torschluß zu verabschieden. Wir haben die größten Bedenken, den Sozialisierungsbestimmungen des Artikel 1 und 2 zuzustimmen, während wir uns der Notwendigkeit der Preiserhöhung, obwohl es für die Landwirtschaft eine außerordentliche Belastung ist, nicht verschließen werden.

Ich habe der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie mit den **landwirtschaftlichen Vertretungen** nicht die genügende Fühlung genommen hat. Ich habe schon in der ersten Lesung darauf hingewiesen, daß wir die preußische Landwirtschaftsverwaltung nicht als die Vertretung der deutschen Landwirtschaft in diesen Fragen ansehen können. Aber ich muß doch auch an dieser Stelle dem Kalisyndikat denselben Vorwurf machen. Das Kalisyndikat hat seine Eingabe wegen Preiserhöhung usw. auch an die Regierung gerichtet, ohne sich mit der Landwirtschaft in Verbindung zu setzen. Das wäre doch sehr wünschenswert gewesen, um so mehr, wenn sich das Kalisyndikat darüber beschwert, daß seine Wünsche nicht genügend berücksichtigt sind. Dann sollte es sich selbst erst einmal ebenfalls mit den anderen Interessenten in Verbindung setzen. Man muß also wünschen, daß künftig ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Produzenten und Verbrauchern, insbesondere der Landwirtschaft, herbeigeführt wird.

Meine Herren! Es ist in der ersten Beratung die **Kaliabgabe** zur Sprache gebracht worden, auch in der Ausschußberatung ist darüber gesprochen, und die Bedenken, die ich gehabt habe, sind nicht eindeutig genug geklärt worden. Ich bin der Auffassung, daß das Gesetz zwar die Möglichkeit bietet, das Kaligesetz stückweise oder überhaupt aufzuheben. Aber ich bin der Auffassung, daß nicht klar genug ausgesprochen ist, ob durch Verordnung die Kaliabgabe zu erheben weiter bestimmt werden kann. In der Kommission war, soweit ich beobachtet habe, keine Einmütigkeit unter den Herren Vertretern der Reichsleitung. Ich möchte daher bitten, daß wir an dieser Stelle eine klare Erklärung dazu bekommen, ob die Reichsleitung der Auffassung ist, daß auch die Fortsetzung der Kaliabgabe zu den Befugnissen der Reichsleitung auf Grund dieses Gesetzes gehört.

Zu den Bedenken, die wir gegen die Sozialisierung dieser Industrie haben, ist vor allen Dingen die Stellung dieser Industrie als Ausfuhrindustrie in Betracht zu ziehen. Wir sind der Meinung, daß

eine Industrie, deren Vertrieb und Betrieb sozialisiert wird und deren Produkte zu drei Viertel auf dem Weltmarkt konkurrieren müssen, schwer konkurrenzfähig sein wird. Dadurch werden sich große Benachteiligungen für das deutsche Wirtschaftsleben ergeben. Welche Schwierigkeiten uns mit unserer **Kaliausfuhr** im Auslande erwarten, das geht schon daraus hervor, wie heute Frankreich auf dem Weltmarkt mit den elsaß-lothringischen Erzeugnissen arbeitet. Frankreich unterbietet in unfeiner Weise unsere Preise, und wir werden in Zukunft mit ähnlichen und anderen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Um der Preispolitik des Auslandes uns gegenüber jederzeit richtig begegnen zu können, dazu ist es notwendig, daß die Kaliindustrie in ihrem Ausfuhrhandel beweglich ist. Diese Beweglichkeit trauen wir weder dem Staatsbetrieb noch einem so stark sozialisierten Betriebe, wie es nach diesem Gesetze beabsichtigt ist, zu. Darum sehen wir große Schwierigkeiten und Nachteile für das Wirtschaftsleben voraus. Wir lehnen die Verantwortung für diese Schwierigkeiten und Nachteile, die sich aus der Sozialisierung ergeben, ab.

Dann aber haben wir auch gegen die Methode, wie die Sozialisierung nach diesem Gesetz vorgenommen werden soll, unsere größten Bedenken. Das Kaliwirtschaftsgesetz gibt der Regierung eine **Vollmacht**, auf dem **Verordnungswege** eine ganze Industrie zu reglementieren. Diese Vollmacht geht uns zu weit. Wir sind vielmehr der Meinung, daß eine solche Ausschaltung der gesetzgebenden Körperschaft nicht erwünscht ist. Darum haben wir beantragt, daß die Nationalversammlung jederzeit in der Lage sein soll, die Verordnungen nachzuprüfen und aufzuheben.

Die in Frage kommende Bestimmung in Art. 1 Ziff. 2 Abs. 3 bestimmt, daß die Verordnungen der Nationalversammlung vorgelegt werden sollen und innerhalb eines Monats nach der Vorlegung aufgehoben werden können. Bei der Bedeutung und der Wichtigkeit, die jetzt doch dieser Sprung ins Dunkle für unser Wirtschaftsleben hat, sind wir der Meinung, daß es zweckmäßig ist, die Beschränkung „innerhalb eines Monats" zu streichen. Damit erhält die Nationalversammlung die Vollmacht, daß sie, wenn sie zu der Auffassung kommt, daß ein Teil der Verordnungen unzweckmäßig und schädigend ist, dann deren Außerkraftsetzung verlangen kann. Wir bitten Sie, diesen unseren Antrag anzunehmen.

Der **Sachverständigenrat** und der **Reichskalirat** sind nicht zweckmäßig zusammengesetzt. Wir haben versucht, im Ausschuß eine zweckmäßigere Zusammensetzung herbeizuführen, haben leider keine Mehrheit gefunden. Aussprechen aber will ich, daß unserer Auffassung nach die Landwirtschaft in diesen Räten zu schwach vertreten ist. Wir hätten dringend gewünscht, daß statt vier sechs Vertreter gestellt werden. In

etwas sind wir ja beruhigt worden dadurch, daß uns von Regierungsseite in der Kommission gesagt wurde, daß der Staatenausschuß von den drei Vertretern, die er zu ernennen hat, beabsichtige, einen der Vertreter aus landwirtschaftlichen Kreisen zu nehmen. Wenn das geschieht, würden wir es sehr begrüßen.

Es sind uns aus süddeutschen Kreisen Wünsche zugegangen, daß unter den vom Staatenausschuß zu ernennenden Mitgliedern möglichst **zwei Süddeutsche** sein sollen. Ich gebe diesem Wunsch, der uns von beachtenswerter süddeutscher Stelle zugegangen ist, hiermit Ausdruck.

Es liegt ein Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn vor, der in klarer Weise das **Rätesystem** durch Abänderung der Vorlage einführen will. Wir sind entschiedene Gegner des Antrags des Herrn Abgeordneten Cohn (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und des Rätesystems. Wir werden diesen Antrag selbstverständlich ablehnen. Wir haben auch die größten Bedenken deswegen gegen die Vorlage, weil sie zuläßt, daß man das Rätesystem einführen kann. Wir sehen die großen Schwierigkeiten, die aus dem Rätesystem dem deutschen Wirtschaftsleben zum Schaden der Arbeiter erwachsen, und darum wollen wir in dieser Stunde schon unsere warnende Stimme erheben. Wir können zwar nicht erreichen, daß die Bestimmungen des Art. 1 und 2 abgelehnt werden, aber wir wollen um so nachdrücklicher davor warnen, das Rätesystem auf dem Wege über diese Bestimmungen des Art. 1 einzuführen.

Der Herr Kollege Brey hat eine begeisterte Rede für die Notwendigkeit der Erhaltung der **Gewerkschaften** gehalten. Ich muß aber sagen, Herr Dr. Cohn hatte recht, wenn er im Ausschuß ausführte, daß, wenn die Sozialisierung durchgeführt werde, dann die Gewerkschaften ihre Aufgabe ausgespielt hätten. Wir sollen uns keinen Illusionen hingeben und sollen auch den Arbeitern im Lande sagen, wie die Dinge liegen. Kommt es dazu, daß man dieses Rätesystem so aufbaut, wie es geplant ist, so bedeutet das tatsächlich die Abwürgung der Gewerkschaften. Der Kampf, der sich dann zwischen Gewerkschaften und Rätesystem abspielen wird, wird unser Wirtschaftsleben aufs äußerste stören müssen.

Wie werden sich nun die Dinge in der Kaliindustrie abspielen? Ob die Arbeiterausschüsse später Arbeiterräte genannt werden, ist schließlich eine Frage untergeordneter Bedeutung. Wir würden uns damit einverstanden erklären, wenn man den Arbeiterausschüssen erweiterte Befugnisse gibt und sie Arbeiterräte nennt. Aber wo es sich um die Verwaltung der **Betriebsgemeinschaft** handelt, da sind wir der Meinung, daß die Arbeitermitglieder nicht aus Wahlen der Arbeiterräte hervorgehen dürfen. Wenn sie daraus hervorgehen, dann bekommt die Vertriebsgemeinschaft einen ganz anderen Aufbau und ganz andere

Verbindungslinien mit der Arbeiterschaft als der Reichskalirat. Die Vertreter der Arbeiter, die den Betriebsleitungen und den Syndikaten angehören, müssen sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Betriebsleitung fügen, wenn sie nicht herbeiführen wollen, daß die Industrie und somit die Arbeiterschaft Schaden leidet. Sie werden besonders in Zeiten schwieriger Konjunktur Maßnahmen der Sydikatsleitung zustimmen müssen, die bei der Arbeiterschaft im großen und ganzen nicht beliebt sind. Wenn man dann diesen Arbeitervertretern solche Maßnahmen und Aufgaben zumutet, dann werden sie, wenn sie nicht die gewerkschaftliche Organisation hinter sich haben, sondern von den Arbeiterausschüssen beziehungsweise Räten gewählt und von ihnen abhängig sind, bei den betriebsangehörigen Arbeitern in ein schiefes Licht kommen. Die Folge wird sein, daß die Arbeitervertreter öfter abberufen und andere in diese Stellen gewählt werden. Das ist in keiner Weise erwünscht und liegt auch nicht im Interesse der Arbeiterschaft.

Auf der anderen Seite wird sich, wenn die Arbeiter in den Betrieben Wünsche und Forderungen geltend machen, denen die Betriebsleitung und die Betriebsräte nicht Folge geben können, dann ergeben, daß die gewerkschaftliche Organisation im Gegensatz zu den Räten steht. Dann sind die Kämpfe bitterer und schwerer und für die Industrie und die Arbeiterschaft störender als je zuvor. Wir können aber in Zukunft keine große **Streikbewegungen** mehr brauchen. Die Streikbewegungen der Vergangenheit und der Gegenwart haben *der Arbeiterschaft und dem deutschen Wirtschaftsleben schon so viel Schäden und Nachteile zugefügt*, daß mehr kaum erträglich sein wird. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen deshalb einer Politik und einer Organisation unseres Wirtschaftslebens zustreben, durch die möglichst wenig Streiks entstehen können. Streiks wird man aber am besten dadurch verhindern, wenn man die freien Organisationen des Wirtschaftslebens, auf Arbeiterseite die Gewerkschaften, auf Unternehmerseite die Unternehmerverbände, unmittelbar an der Industrieleitung beteiligt. Daher hatten wir im Ausschuß einen Antrag eingebracht, daß nicht bloß in den Sachverständigenrat und in den Reichskalirat die Arbeitervertreter auf Vorschlag der Gewerkschaften, soweit sie den Arbeitsgemeinschaften angehören, berufen werden sollen, sondern daß auch in die Vertriebsgemeinschaft die Arbeitervertreter auf Vorschlag der den Arbeitsgemeinschaften angeschlossenen Gewerkschaften berufen werden sollen. Dadurch wäre erreicht worden, daß einmal die Interessenvertretungen der Arbeiter, die im Kalirat und im Sachverständigenrat sitzen, mit den Interessenvertretungen der Arbeiter, die in der Verwaltung der Vertriebsgemeinschaft sitzen, die gleichen Interessen, den gleichen Geist und die gleichen Auffassungen haben. Andererseits wären dadurch in die Verwaltung der Vertriebsgemeinschaft die

gewerblichen Organisationen eingeschaltet worden. Ich habe zwar keine Mehrheit für den Antrag bekommen; aber auffallend war mir, daß sich die Regierungsvertreter darüber, wie die Arbeiter in die Verwaltung der Vertriebsgemeinschaft hineinkommen sollen, noch nicht recht einig waren. Von der einen Stelle hörten wir, daß der Sachverständigenrat ja die Verordnungen vorbereitet und daß man dem Sachverständigenrat die Gestaltung überlassen solle. Auf der anderen Seite hörten wir, und zwar auch von sehr namhafter Seite, daß die Sache ganz anders geplant ist, daß man die Betriebsräte als Wahlkörper für die Arbeitervertretung in der Vertriebsgemeinschaft vorsehen will. Auf das Ganze gesehen, scheint mir das hier sehr viel unklarer zu sein, und wir sind eigentlich in bezug auf die zukünftige Gestaltung der Vorlage mehr oder minder auf den guten Willen der Regierung angewiesen. Es wird nun Aufgabe des 28gliedrigen Ausschusses sein, darüber zu wachen, daß wir eine Zusammensetzung der Vertriebsgemeinschaft bekommen, durch die die Sache keinen Schaden leidet, sondern sich im Sinne unserer Wünsche vollzieht.

Ich sage also, wir sind Gegner des Rätesystems und werden diesem System allenthalben, wo seine Einführung versucht wird, Widerstand leisten. Wir sind der Auffassung, daß die Arbeitervertretung am besten und zweckmäßigsten durch die Gewerkschaften herbeigeführt wird. Herr Brey meinte, die Gewerkschaften hätten sich in der Vergangenheit bewährt und würden sich auch in der Zukunft bewähren. Herr Brey vergißt dabei eins: In der vergangenen Zeit hatten wir die reine Privatwirtschaft, in der Zukunft sollen wir die sozialisierte Wirtschaft bekommen. Daraus allein ergibt sich ein vollständig veränderter Zustand für die Aufgaben der Gewerkschaften. Bekommen wir das sozialisierte Erwerbsleben mit dem eingebauten Rätesystem, dann sind die Gewerkschaften überflüssig geworden, dann bekommen wir eine Bureaukratisierung und Schematisierung unseres Wirtschaftslebens, worüber wir gelegentlich erschrecken werden. (Sehr richtig! rechts.)

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zur **Preispolitik.** Die Preise, wie sie im Art. 3 für hochprozentiges Kali, das ausschließlich für das Ausland bestimmt ist, bieten der Kaliindustrie einen Anreiz zur Herstellung des Chlorkaliums, wobei die Landwirtschaft, der man die niedrigprozentigen Salze liefert, zu kurz kommen wird. Es wäre wünschenswert, auf die inländische Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen und sie mit Chlorkalium zu einem herabgesetzten Preise, entsprechend dem Preis für 40prozentiges Kali, zu beliefern.

Nun noch eine Bemerkung zu der **Verteilung.** Sie erfolgt durch Organisation und Handel. Hier hat sich der Mangel herausgestellt, daß die kleinen und kleinsten Landwirte nicht immer genügend bei der Verteilung berücksichtigt worden sind. Es wäre erwünscht, daß bei dieser Verteilung für die kleinen und kleinsten Landwirte, die durch die

Organisationen geschieht, soweit diese Organisationen ihre Pflicht nicht ganz erfüllen, regierungsseitig ein Druck ausgeübt würde; denn es ist wertvoll, daß das Kalidüngemittel nicht nur für die größeren, sondern auch für die kleinen und kleinsten Landwirte nutzbar gemacht wird. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Der Herr Reichswirtschaftsminister hat das Wort.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Ich will lieber nichts sagen. Ich verzichte aufs Wort. (Allseitiger heiterer Beifall.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reineke.

Reineke, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewußt, daß angesichts der vorgerückten Stunde, in der das hohe Haus von den schweren Kämpfen um Weltanschauungsfragen ganz ermüdet und bereits in Feiertagsstimmung versetzt ist, es mir nicht mehr möglich sein wird, Ihre Aufmerksamkeit zu fesseln. (Heitere Zustimmung.) Ich werde mich daher sehr kurz fassen. (Bravo!) — Nun, da sind wir uns ja einig. — Meine Fraktion ist bereit, dem vorliegenden Gesetzentwurf mit den von der Kommission angenommenen Anträgen zuzustimmen, da es sich ja doch nur um ein Provisorium auf ein Jahr handelt. Wir können aber unsere Bedenken gegen die Art, wie der Gedanke der Sozialisierung in das Gesetz hineingetragen worden ist, nicht verschweigen. Wir sind auch in bezug auf dieses Gesetz der Meinung, daß es unter dem Druck gewisser Vorgänge im Reiche eingebracht worden ist. Im Art. 1 heißt es:

> Die Leitung der Kaliwirtschaft wird einem zu bildenden **Reichskalirat** übertragen.

Ob dieser Reichskalirat gewissermaßen das Direktorium sein soll, ist nicht ganz klar ersichtlich. Das Kalisyndikat hat ja in einer Depesche, die uns allen zugegangen ist, scharf dagegen Stellung genommen und gesagt, daß der Apparat von 30 Mitgliedern — so groß muß er ja sein, weil er genau so wie der Sachverständigenrat zusammengesetzt ist — viel zu schwerfällig ist, um Geschäfte zu machen. Das trifft zu. Ich bin auch nicht der Meinung, daß dieser Kalirat nun die Geschäfte machen und führen soll. Ich bin der Meinung — und es ist nicht anders möglich —, daß dieser Kalirat nun sozusagen ehrenamtlich tätig ist und nur als eine Art von Aufsichtsrat fungiert, der vielleicht alle Monate oder alle drei Monate zusammentritt. Ich nehme an, daß das richtig ist. (Zustimmung am Regierungstisch.) Damit sind die von mir erwähnten Bedenken, die das Kalisyndikat gegen den Reichskalirat hat, hinfällig geworden.

Die Zusammensetzung dieses Kalirats soll genau der Zusammensetzung des **Sachverständigenrats** entsprechen. Nun haben wir bereits in der Kommission darauf hingewiesen, daß wir **Landwirte** in dem Sachverständigenrat eigentlich zu kurz gekommen sind. Wir haben nur vier Mitglieder, während die Arbeiter neun Mitglieder in diesem Sachverständigenrat haben. Ich weiß nicht, weswegen. Wir sind doch eigentlich die ausschließlichen Verbraucher des Kali. Ob man unsere Sachkenntnis so bedeutend höher einschätzt als die der Arbeiter und deshalb den Landwirten weniger Plätze gegeben hat? Ich glaube, unter den gegenwärtigen Umständen das als Grund nicht annehmen zu sollen. Jedenfalls muß ich konstatieren, daß die Landwirtschaft zu kurz gekommen ist, und daß leider unser Antrag, den wir bereits in der Kommission gestellt hatten, abgelehnt worden ist.

Dann heißt es im ersten Absatz:

> Die Reichsregierung schließt die Kalierzeuger zu einem Verbande (Vertriebsgemeinschaft) zusammen. An der Verwaltung dieses Verbandes sind die Arbeitnehmer zu beteiligen.

Dies ist die Stelle, die uns zu den schwersten Bedenken Veranlassung gibt. Wir sind der Meinung, und auch der Vertreter der Reichsregierung hat das in der Kommission erklärt, daß dieser Verband, die **Vertriebsgemeinschaft,** doch eigentlich der kaufmännische Faktor der ganzen Sache ist, und da können und gehören wir als Laien, gleichviel ob wir Landwirte oder Arbeiter sind, nicht hinein. Denn das ist ganz unmöglich, daß dieser durch Arbeiter oder Landwirte, überhaupt durch Personen, die nicht kaufmännisch geschult und nicht kaufmännisch gebildet sind, belastet wird. Man kann vielleicht einwenden, daß sie sich da hineinleben und hineinarbeiten könnten, um nachher auch mitreden zu können. Meine Damen und Herren! Wenn ich mich — ich bin selber langjähriger Führer und Leiter von genossenschaftlichen industriellen Unternehmungen und ich kann da etwas aus Erfahrung sprechen — in eine solche Sache hineinarbeiten will, so gehören Jahre dazu, und wenn ich schließlich so weit bin, daß ich die ganze Sache erfaßt habe und fähig bin, mitzureden, bin ich eben kein Arbeiter mehr, sondern ein Angestellter. Ich glaube aber doch nicht, daß wir ein Institut für Lehrlinge schaffen wollen. Wir müssen uns also ganz scharf dagegen aussprechen und dem auch vom Kalisyndikat geäußerten Bedenken recht geben, daß hier gewissermaßen Laienelemente mitzusprechen haben in Sachen, von denen sie überhaupt nichts verstehen.

Eine Bestimmung des Gesetzentwurfs ist mir nicht ganz klar. In Art. 2 heißt es, daß drei Mitglieder der Leitung des für die Kaliwirtschaft zu bildenden Verbandes (Vertriebsgemeinschaft) zu dem Sachverständigenrat heranzuziehen oder von der Regierung zu ernennen sind. Nun soll aber doch nach dem ersten Absatz dieser Sachverständigen-

rat die Vorbereitung treffen. Dann ist aber die Vertriebsgemeinschaft noch gar nicht vorhanden. Infolgedessen können aus dieser heraus doch auch nicht drei Mitglieder ernannt werden. Wie man über die Schwierigkeiten hinwegkommen will, weiß ich nicht; es ist vielleicht auch nur von nebensächlicher Bedeutung.

Es heißt dann auch, daß die **Regierung** die Oberaufsicht führen und die Art der **Preise** regeln soll. In der Kommission hat die Regierung auf eine Anfrage erklärt, daß der Kalirat die Preise festsetzen soll. Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, daß die Regierung die Art der Preisfeststellung regeln soll. Ich glaube, das wäre auch wohl Sache des Kalirats.

In bezug auf die Preise will ich nur darauf hinweisen, daß das Kalisyndikat, wie dies aus dem Inhalt der mitgeteilten Depeschen hervorgeht, mit der Art ihrer Festsetzung nicht einverstanden ist. Von meinem Standpunkt als Landwirt aus habe ich natürlich kein Interesse daran, einen Antrag zu stellen, daß die Preise erhöht werden sollen, oder den Antrag des Kalisyndikats zu unterstützen. Ob die **Staffelung der Preise** richtig ist, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Hier spielen noch andere Verhältnisse mit, besonders die zukünftigen Eisenbahnverhältnisse, und wir wissen noch nicht, wie die aussehen werden, ob und wie hoch durch diese Tarife namentlich die minderprozentigen Sorten belastet werden; diese werden ja in erster Linie durch die Eisenbahnfrachten betroffen. Uns im Osten war es bei den fortgesetzt steigenden Preisen des Kalis und der Eisenbahntarife nicht mehr möglich, niedrigprozentiges Kali, Karnalit usw. zu beziehen, weil es durch die Fracht viel zu sehr verteuert wurde.

Nun handelt es sich dabei auch noch um den **Absatz**, und ich habe neulich schon gesagt, wie vorhin auch der Herr Abgeordnete Behrens ausgeführt hat, daß die Vergangenheit in dieser Beziehung sehr viel zu wünschen übrig gelassen hat. Es ist Tatsache, daß der **Großgrundbesitz** im Kriege öffentlich verlangt hat, daß der ganze vorhandene Kunstdünger ihm zugeführt werden müsse, weil der kleine Bauer damit nicht umzugehen verstände. An und für sich ist die erhobene Forderung noch nicht so schlimm; schlimm ist aber, daß nach dieser Forderung im großen ganzen, wie ich mich habe überzeugen können, auch verfahren worden ist. Die Behauptung dieser Herren, daß sie im Kriege pro Morgen erheblich mehr abgeliefert hätten als die Bauern, ist tatsächlich richtig. Das hat aber daran gelegen, daß wir Bauern keinen Kunstdünger hatten, während die Güter vielfach gut versorgt worden sind.

In bezug auf den gestellten sozialdemokratischen Antrag möchte ich sagen, daß wir nicht nur die Hälfte **Zuckerrüben** wie vor dem Kriege geerntet haben, sondern auch nur die Hälfte von dem geerntet haben, was manches Gut geerntet hat. Deshalb braucht man aber noch keine

Zwangsenteignung zu verlangen, wie der sozialdemokratische Antrag meinte, deshalb braucht man die Bauern noch nicht zwingen zu wollen, Rüben anzubauen. Das geht einfach nicht, solange man ihnen keinen Kunstdünger geben kann.

Ich möchte noch kurz darauf zurückkommen, was der Vertreter der Sozialdemokratie in bezug auf die **Landwirte** sagte, daß sie nur das bauten, was hoch im Preise steht. Ja, meine Herren, das ist einesteils ganz natürlich, und zum anderen möchte ich sagen, daß die Waren, die hoch im Preise stehen, auch am meisten begehrt werden, und daß ihr Anbau geradezu geboten erscheint; sonst würde die Nachfrage nicht so groß und der Preis nicht so hoch sein. Das ist doch im kaufmännischen Leben bei allen Artikeln so. Nun wird man mir ja entgegenhalten: das ist im Kriege etwas anderes, da haben wir Höchstpreise, und der Landwirt baut diejenigen Früchte an, die die günstigsten Höchstpreise haben. Das ist ganz selbstverständlich. Aber diese Tatsache ist doch nur ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der Ansicht, daß die **Zwangswirtschaft** abgeschafft werden muß, weil sie keinen richtigen Preisregulator besitzt. Also die Konsequenz ist die, daß die ganze Zwangswirtschaft beseitigt werden muß. Könnten Sie wirklich die Preise richtig festsetzen, dann wird und muß der Bauer auch das anbauen, was am meisten begehrt wird. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, was in gewissen Zeitungen und Flugschriften, die Ihnen allen zugegangen sein werden, behauptet worden ist. Ich denke da insbesondere an die Ausführungen eines Herrn Professors Eisinger in Darmstadt. Wenn uns Bauern der Vorwurf gemacht wird, daß wir nicht auf der Höhe sind, wenn auf Dänemark hingewiesen wird, wo man soundso viel Stück Rindvieh auf den Morgen hat (Zurufe: Kaliwirtschaft!) — jawohl, das gehört zusammen, ich rede noch nicht so lange wie die anderen Herren —, so müssen wir das entschieden zurückweisen. Unser armer Boden, namentlich im Osten, kann nicht verglichen werden mit dem fruchtbaren Marschboden Dänemarks. Gerade dem Umstande entsprang der Vorwurf des Redners der Unabhängigen Partei, daß wir nicht alle **technischen Hilfsmittel** benutzten, sondern nur immer hohe Preise für das haben wollen, was wir produzieren. Wir wollen sehr gern alle technischen Hilfsmittel anwenden, wenn nur die Industrie und die Technik uns diese Hilfsmittel liefern. Aber ich muß sagen — es ist das von dem Redner von der Sozialdemokratischen Partei ganz besonders ausgeführt worden —, daß gerade für dieses Frühjahr die Aussichten ganz außerordentlich trübe sind, und ich kann auf den Zusammenhang hinweisen, auf den der Herr Redner hingewiesen hat, daß zwischen der **Kunstdüngerproduktion** und der Ernährungsfrage unseres Volks ein sehr enger Zusammenhang besteht. Es ist Tatsache, daß, wenn wir nicht ein gutes Frühjahr und einen

guten Sommer bekommen, wir vor einer Hungersnot stehen. (Sehr richtig!)

Der Herr Reichsminister Schmidt hat vor einiger Zeit gesagt, daß ein einziger Streik uns um 120 000 Zentner Stickstoff gebracht hat. Eine derartige Menge Stickstoff kommt doch für die Ernte als ein ganz wesentlicher Faktor in Betracht. Wir sind gern bereit, alle technischen Hilfsmittel anzuwenden, um die Ernährung unseres Volks sicherzustellen, aber dann müssen uns auch von den Arbeitern der Industrie diese Hilfsmittel geliefert werden. Wenn die Industriearbeiterschaft aber nicht arbeitet, so ist das nicht unsere Schuld. Vielleicht hat die Regierung im vorigen Herbst einen Fehler gemacht, als sie die **Arbeit** als **Staatsreligion** proklamierte. Ich bin mit meinen politischen Freunden der Meinung, daß die Religion niemals durch die Arbeit ersetzt werden kann, sondern daß Religion und Arbeit Hand in Hand gehen müssen. Wir tragen die schwersten Bedenken, einen solchen Religionswechsel vorzunehmen. Wir sehen, daß auch weite Arbeiterkreise große Bedenken tragen, diese neue Formel anzunehmen; sie stehen dieser Art von Religion sehr kühl und schroff und ablehnend gegenüber. (Zurufe: Kali!) — Wir haben kein Kali, wenn die Arbeiter nicht arbeiten; davon rede ich und von nichts anderem.

Natürlich bin ich mir bewußt, worauf ich zum Schluß ausdrücklich hinweisen möchte, daß auch noch andere Gründe da sind, die die Lust zur Arbeit hintanhalten oder töten. Wenn jemand, wie ich einen Fall aus meiner Gegend anführen kann, 200 000 Mark Kriegsgewinne gemacht hat und jetzt daher nicht mehr zu arbeiten braucht, und die anderen kommen aus dem Felde zurück und sollen nun arbeiten — dann arbeitet der eine nicht mehr, weil er die großen Kriegsgewinne gemacht hat, und der andere arbeitet nicht mehr, weil er verärgert ist, daß jener die Kriegsgewinne gemacht hat. Dieser Zankapfel der Kriegsgewinne bringt Unruhe in unser Volk und schädigt es, und es wird nicht eher Ruhe in unser Volk einziehen, bis der Herr Finanzminister diesen Zankapfel verspeist hat. (Zurufe.) — Eine Viertelstunde habe ich noch nicht gesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich will Ihrem Wunsche entsprechen und zum Schluß kommen. (Bravo! und Heiterkeit.) Ich will nur sagen: wir **Bauern** sind bereit, im freien Wettbewerb der Völker auf freier Scholle zu ringen, zu arbeiten und zu schaffen. Eins ist dabei notwendig: daß wir auch die Früchte unserer Arbeit genießen. Wenn wir jetzt aber einen Frieden bekommen, durch den wir Bauern und vielleicht alle Arbeiter jahrelang, lebenslang die Sklaven anderer Völker sein sollen, so ertragen wir das nicht als freie deutsche Landwirte. Dann muß und dann wird ein Tag kommen, wo das deutsche Volk und auch die deutsche Landwirtschaft diese Fesseln sprengt. (Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Der Beginn der **Sozialisierung** wird durch lange Ausführungen von meiner Seite nicht aufgehalten werden. (Bravo! und Heiterkeit.) Aber was uns vorliegt, ist, wie ich schon früher an dieser Stelle auseinanderzusetzen die Ehre hatte, wirklich keine Sozialisierung, es ist eine angebliche oder vermeintliche Sozialisierung. Ich bin eigentlich dem Herrn Abgeordneten Pohlmann zu einem gewissen Dank verpflichtet, daß er es heute offen zugegeben hat, daß man sich selber und der Öffentlichkeit etwas vormachen würde, wenn man dieses Gesetz und das Kohlengesetz und das allgemeine Sozialisierungsgesetz in der Öffentlichkeit als wirkliche Sozialisierungsgesetze ausgeben wollte. Es seien bestenfalls, meinte Herr Abgeordneter Pohlmann, Gesetze, die eine Sozialisierung in Zukunft ermöglichen.

Herr Abgeordneter **Pohlmann** hat davon gesprochen, daß er sich für verpflichtet halte, an dieser Gesetzgebung mitzuarbeiten, wie überhaupt an allen Bestrebungen, die die **Versöhnung von Kapital und Arbeit** zum Ziele haben. Ich will darüber mit ihm nicht streiten; vielleicht hält er eine solche Versöhnung für möglich, ich halte sie nicht für möglich.

Auffallender ist, daß anscheinend auch Herr Abgeordneter **Brey** die Überwindung des Kapitalismus durch eine Versöhnung von Kapital und Arbeit für möglich hält. So und nur so waren ja die Ausführungen zu verstehen, die er zum Ruhme der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden gemacht hat. Er sagte, gegen meinen Freund Haase und mich polemisierend, daß ja Herr Haase als Volksbeauftragter der Verordnung vom 15. November seine Unterschrift gegeben habe, die dieser Arbeitsgemeinschaft gewisse Rechte verliehen habe. Herr Abgeordneter Brey hat aber mit Unrecht daraus die Folgerung gezogen, daß Herr Haase und ich eigentlich in derselben Verdammnis seien, in der wir die Herren Brey und seine Freunde bei ihren Versuchen der Versöhnungspolitik zwischen Kapital und Arbeit sehen.

Es ist doch wohl ein Unterschied zwischen Maßregeln, die man vielleicht zur Hebung einer augenblicklichen Notlage im November für richtig hielt, und solchen Maßregeln, die dauernde, systematisch geordnete Zustände schaffen sollen. Man kann schon eine Notstandsaktion auf einen Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern oder auf eine Arbeitsgemeinschaft ihrer Verbände aufbauen. Aber dieselbe Arbeitsgemeinschaft etwa zur Grundlage von Sozialisierungsmaßregeln zu machen, das steht nicht auf derselben Linie. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dabei übersieht Herr Brey aber schließlich eins und das wichtigste. Der Film der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung rollt augen-

blicklich sehr, sehr schnell. Was am 15. November richtig gewesen sein kann, ist ganz sicher durch die Entwicklung überholt, die das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, und die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt, bei uns genommen haben. Man kann sich also auf die Arbeitsgemeinschaft vom 15. November durchaus nicht für den Zweck berufen, wozu es Herr Brey getan hat, nämlich um die Zustimmung zu diesem Gesetze damit zu stützen.

Geehrte Versammlung! Eine ernsthafte Sozialisierung muß — namentlich auf dem Gebiete des Kalis und der Kohle — ausgehen von der **Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft**, so wie ich das zusammen mit dem Herrn Abgeordneten Brey immer gelernt und mich auszuführen bemüht habe, solange wir noch in einer Fraktion vereinigt waren. Diese Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft muß folgen, oder es muß mit ihr Hand in Hand gehen die **Demokratisierung der Betriebe.** Dem letzten Zwecke dient der Antrag, den der Herr Präsident vorhin verlesen hat, und den ich bereits im Ausschuß gestellt habe. Inhaltlich stimmt der Antrag überein mit einem Antrage, den meine Freunde und ich schon bei der Beratung des Gesetzes über die Kohlenwirtschaft gestellt haben. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, diesen Antrag durchzuarbeiten und von neuem zu prüfen, und ich muß doch bei ruhiger Beurteilung sagen: ich finde den Antrag ausgezeichnet (Heiterkeit), und ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, ihn anzunehmen. Er bietet die einzige Möglichkeit, um den drängenden Kräften, die jetzt um die demokratische Beherrschung der Betriebe ringen, entgegenzukommen und Genüge zu tun.

Über diese Bestrebungen und über den Antrag, den ich heute stelle — ich wiederhole, er war schon bei dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft inhaltlich gleichgestellt worden —, hat eine Anzahl meiner politischen Freunde und habe auch ich in diesem Hause wiederholt Darlegungen gemacht. Ich werde sie Ihnen heute ersparen. Ich muß mit der Möglichkeit rechnen, daß noch nicht die Mehrheit des hohen Hauses von der Richtigkeit meiner Auffassung überzeugt ist; ich werde nicht mehr lange mit dieser Möglichkeit zu rechnen haben. Ich bin überzeugt, daß die Entwicklung sich in der Richtung bewegen wird, die unser Antrag einschlägt. Wir haben leider recht behalten — meine Freunde und ich — mit unserer Beurteilung der Kriegsverhältnisse, und mancher von Ihnen wird uns heute mindestens im Stillen recht geben. Nun, meine Damen und Herren, nach unserer Überzeugung wird auch bei der Beurteilung dieser neuen wirtschaftspolitischen Entwicklung die Zukunft uns recht geben und nicht Ihnen. Ich habe nur die eine Hoffnung und den einen Wunsch auszudrücken, daß dem deutschen Volke bei dieser wirtschaftspolitischen Entwicklung die Opfer an Blut und Tränen erspart werden, die es hat darbringen müssen, weil seine Vertreter und

weil es selbst in weitesten Teilen bei der Beurteilung der Kriegsverhältnisse im Irrtum verharrt hat. Ich habe den dringenden Wunsch, meine Damen und Herren, daß Sie sich überzeugen lassen werden, daß die Demokratie der Betriebe und die Sozialisierung auf Grund der Demokratie mit dem vielberufenen **Rätesystem** notwendig ist, bei dessen Nennung manch einer von Ihnen sich keine klare Vorstellung macht. Ich habe die Hoffnung, daß Sie sich rechtzeitig überzeugen lassen, ehe unsere Wirtschaft und unsere innere Entwicklung durch noch schwerere Katastrophen hindurchgeht, als es leider bisher schon der Fall gewesen ist. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich werde die Verpflichtung, nicht mehr als fünf Minuten zu sprechen, durchaus innehalten, wenn auch der Herr Abgeordnete Dr. Cohn seinem Versprechen nicht ganz gerecht geworden ist.

Ich bin eigentlich nur deswegen noch hier heraufgegangen, weil der Herr Abgeordnete **Pohlmann,** der Redner der Demokratischen Volkspartei, die Freundlichkeit hatte, meiner Partei einige Liebenswürdigkeiten in bezug auf den Absatz 4 der Ziffer 2 des Artikel 1 zu sagen. Der Herr Kollege hat gemeint, der hier einschlägige Antrag, der ja in der Kommission vom Zentrum ausgegangen ist, zeige rechte Zentrumsart; so zeige sich hier das echte Zentrum: zwei Schritte vorwärts und einen Schritt zurück. Anscheinend hat das Wort „echt" ihn veranlaßt, zu der Echternacher Springprozession überzugehen. Ich muß diese Liebenswürdigkeit jedoch mit derselben Freundlichkeit zurückweisen. Verehrter Herr Kollege Pohlmann, es hat viele Gelegenheiten gegeben — und die eine liegt sogar ziemlich nahe —, bei der Ihre Fraktion gezeigt hat, daß sie viel eleganter und viel geschlossener über den Stock springen kann, als es meine Fraktion fertig bringt. (Sehr richtig! und Heiterkeit im Zentrum.)

Nun noch ein Wort zu der Sache selber. Die Gelegenheit, uns so freundlich anzurempeln, war bei diesem Absatz 4 der Ziffer 2 ganz unglücklich gewählt. Jeder, der die Dinge ruhig beurteilt, wird sagen müssen — und der Ausgang unserer Verhandlungen in der Kommission spricht auch dafür —, daß diese Vorschrift durchaus angebracht ist. Wir wollen ja unser Kind nicht besonders loben, aber ich glaube, die Objektivität kann dabei bestehen. Man denke sich, wie die rechtliche Lage sein wird. Wir haben ein Kaligesetz. Dieses Kaligesetz bröckelt infolge der zu erlassenden Ausführungsvorschriften ab, die zur Durchführung des Gesetzes über die Kaliwirtschaft erlassen werden. Ein Teil des Kaligesetzes wird bestehen bleiben, beispielsweise die Vorschriften in den §§ 27 ff. über die Abgaben, ein Teil wird aufgehoben sein, und bei

einem Teile wird man leicht in Zweifel geraten, inwieweit diese Bestimmungen abgeändert sind oder nicht. Schon von diesen Gesichtspunkten aus erscheint es vorteilhaft, klare gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit man weiß, woran man ist Aber nicht das allein. Es ist überhaupt erwünscht, daß die **Nationalversammlung** am Schlusse der ganzen **gesetzlichen Entwicklung** noch einmal ein Wort wieder mitreden kann, daß sie, wo man diese neue Regelung der Kaliwirtschaft beendigt, der Sache unter allen Garantien der parlamentarischen Behandlung einen endgültigen klaren gesetzlichen Abschluß geben kann. Auch aus diesem Grunde ist die neue Vorschrift des Absatzes 4 der Ziffer 2 des Artikel 1 durchaus gerechtfertigt. Hier davon zu sprechen, es handle sich um Schritte vorwärts und um Schritte zurück, das war, meine ich, verfehlt. Es handelt sich tatsächlich um einen wesentlichen Fortschritt, und wenn je der Spott unangebracht war, ist er es hier, wo die Rechte der Nationalversammlung verstärkt werden sollen.

Ich will mich nun ganz kurz fassen. Ich will nur noch ein Wort sagen über den vorliegenden **Antrag Arnstadt,** der darauf abzielt, daß in dem vorletzten Absatz der Ziffer 2 die Worte **„innerhalb eines Monats"** gestrichen werden sollen. Der Antrag hat zur Folge, daß es ganz im Ungewissen bleibt, ob die erlassenen Vorschriften von der Nationalversammlung außer Kraft gesetzt werden sollen oder nicht. Auf den ersten Blick sieht man, daß eine solche Regelung nun einmal nicht geht. Ganz abgesehen davon, daß in dem Gesetz über die Kohlenbewirtschaftung schon das Gegenteil bestimmt worden ist, leuchtet ein, daß es nicht angängig ist, Vorschriften, die schon einige Monate hindurch bestanden haben, so weit ins Ungewisse zu stellen, als jeden Augenblick die Nationalversammlung in der Lage sein sollte, zu sagen: jetzt hat es mit diesen Vorschriften ein Ende. Hier muß eine Frist gesetzt werden, und die Frist von einem Monat ist ausreichend, sie ist angemessen.

Damit will ich schließen und glaube, mein Versprechen eingelöst zu haben.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Geheimen Ober-Regierungsrat Gräßner.

Gräßner, Geheimer Ober-Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Es ist von dem Herrn Abgeordneten Behrens moniert worden, daß die spätere **Eingabe des Kalisyndikats** nicht Berücksichtigung gefunden hat. Sie wissen, die Kaliindustrie hat eine Notabmachung getroffen, die bis zum 31. März abgeschlossen sein sollte und von der Voraussetzung ausging, daß bis zum 31. März ein betreffendes Gesetz erlassen werden sollte. Die zweite Eingabe ist vom 28. März. Sie konnte daher gar nicht Berücksichtigung finden. Ich habe das auch bereits gestern in der Kommission ausgeführt.

Im übrigen sind die **neuen Forderungen des Kalisyndikats** so erhebliche, daß die Prüfung dieser neuen Sätze erhebliche Zeit in Anspruch nehmen würde. Auch geben ja die bevorstehenden Verhandlungen im Sachverständigenrat Gelegenheit, der Sache näher zu treten, um so mehr, als im Gesetzentwurf vorgesehen ist, daß unter Leitung der später geschlossenen Gesellschaft, des jetzigen Kalisyndikats, einige Mitglieder dem Sachverständigenrat beziehungsweise dem späteren Kohlenrat angehören sollen.

Dem Herrn Abgeordneten Brey stimme ich darin bei: die Sanierung ist notwendig für die Sozialisierung. Ich möchte bei der vorgerückten Stunde nicht darauf eingehen; ich habe in der Kommission ausdrücklich auseinandergesetzt: die **Stillegung von Werken**, namentlich von Schächten, die im Abtäufen sind, ist die erste Voraussetzung für die spätere Prosperität der Kaliindustrie.

Der Herr Abgeordnete Brey hat auf den **Kohlenmangel** hingewiesen. Ich möchte hier die beruhigende Erklärung abgeben, daß der Herr Reichskohlenkommissar bemüht ist, in dieser Hinsicht Besserung zu schaffen.

Wenn der Herr Abgeordnete Pohlmann sagte, daß das Kaligesetz verschwindet, so weise ich darauf hin, daß ich gestern in der Kommission ausgeführt habe: das **Kaligesetz** soll in die **neuen Verordnungen** verwoben werden. In wieweit das Kaligesetz in seinen Bestimmungen erhalten bleibt, darüber sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen.

Der Herr Abgeordnete Behrens hat die Frage gerichtet, ob die **Abgaben** durch Verordnung geregelt werden sollen. Darüber schweben noch Erwägungen.

Dann hat der Herr Abgeordete Reineke von den **Staffeltarifen** gesprochen. Darüber ist ja eine Auskunft seitens des Reichswirtschaftsministeriums nicht möglich. Ich weise aber darauf hin, daß die Zusammensetzung des späteren Reichskalirats ja Gelegenheit gibt, derartige Fragen im Reichskalirat zu beraten. Wenn etwa eine ungünstige Finanzierung eintreten sollte, muß eben eine entsprechende Neuregelung der Preise zum Ausgleich stattfinden.

Ich möchte noch kurz auf die Zusammensetzung des **Reichskalirats** und der **Vertriebsgemeinschaft** eingehen. In dieser Hinsicht weise ich darauf hin, daß wohl so ziemlich allseitige Übereinstimmung in der Kommission festgestellt werden konnte, daß die Vertriebsgemeinschaft eine rein kaufmännisch zusammengesetzte Organisation ist, die in erster Linie sich an die bestehende Einrichtung des Kalisyndikats anschließen muß, bei der es notwendig ist, daß die Mitarbeit derjenigen Herren, die heute in der Direktion und im Aufsichtsrat tätig sind, uns erhalten bleibt. Aber auf der anderen Seite liegt es im Sinne des ganzen Gesetzes, daß auch die Arbeitnehmer einen Sitz in dieser Vertriebsgemeinschaft haben. Es kann dies in der Weise erfolgen, daß von den

Arbeitnehmern, die dem Reichskalirat angehören, eine kleinere Anzahl in die Vertriebsgemeinschaft deputiert wird.

Der Reichskalirat hat wesentlich andere Aufgaben. Er hat in erster Linie die Aufgabe, bei allen Vorschriften, die wegen der Bewirtschaftung der Kaliindustrie nötig werden, als Sachverständigenrat mitzuwirken. Dann sind ihm weitere Funktionen zugedacht, die zunächst aber vom Sachverständigenrat beraten werden müssen.

Nun möchte ich noch die Bitte an die Herren richten, den Antrag 277 aus den Gründen, die der Herr Abgeordnete Burlage hier vorgeführt hat, abzulehnen. Solange die ganzen Bestimmungen in der Schwebe bleiben, ist es, wenn die Nationalversammlung die Aufhebung oder die Abänderung beschließt, wünschenswert, daß das möglichst bald geschieht, und dann ist der Zeitraum eines Monats wohl angemessen, in dem dies längstens geschehen muß. Ich bitte also, den Antrag abzulehnen, im übrigen das Gesetz anzunehmen.

Präsident: Die Debatte zu Artikel 1 ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bringe zunächst zur Abstimmung den Antrag Agnes und Genossen. Es wird nicht nötig sein, ihn nochmals zu verlesen. (Zustimmung.) Der Sinn ist den Damen und Herren ja bekannt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 277, in Artikel 1 Ziffer 2 Absatz 3 Satz 2 die Worte „innerhalb eines Monats nach der Vorlegung" zu streichen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Herren — eine Abstimmung über die einzelnen Absätze wird nicht verlangt —, die den Artikel 1 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; Artikel 1 ist angenommen.

Wir kommen zu Artikel 2. Ich eröffne die Diskussion. — Ich schließe sie. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Agnes und Genossen zu Artikel 2. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die dem Artikel 2 in der Fassung des Ausschusses zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Artikel 2 ist angenommen.

Ich rufe auf Artikel 3. Die Diskussion ist eröffnet. — Ich schließe sie. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Artikel 3 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Artikel 3 ist angenommen.

Ich rufe auf Artikel 4. Die Diskussion ist eröffnet. — Ich schließe sie. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Artikel 4 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben, ebenso diejenigen, die der Einleitung und Überschrift ihre Zustimmung geben wollen. (Geschieht.) Angenommen.

Die zweite Lesung ist damit beendet.

Wir kommen zur

dritten Beratung.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Ich schließe sie.

Wir schreiten zur Spezialdiskussion. Ich rufe auf Artikel 1, — 2, — 3, — 4, Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Gesetz in seiner Gesamtheit zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist damit angenommen [4].

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen bei der vorgerückten Zeit vorschlagen, die weiteren Punkte der Tagesordnung, die zwei Wahlprüfungen, abzusetzen. (Zustimmung.) Das Haus ist damit einverstanden.

Ich habe Ihnen dann noch eine Mitteilung zu machen, daß sich die Zahl der **Anfragen** in letzter Zeit sehr beträchtlich und nicht ganz unbedenklich vermehrt hat. Wie die heutige Tagesordnung bewiesen hat, ist es auch nicht möglich, in so kurzer Zeit Fühlung mit der Regierung in Berlin zu bekommen. Wir kommen mit der bisher vorgesehenen Frist nicht aus. Ich bestimme infolgedessen für die Zeit, in der sich die Nationalversammlung in Weimar aufhält, daß die Anfragen, die bis zum Dienstag mittag 12 Uhr eingereicht sind, am nächsten Dienstag, also nach 8 Tagen Frist, und diejenigen, die bis zum Freitag mittag 12 Uhr eingereicht sind, an dem darauffolgenden Freitag zur Beantwortung kommen.

Nunmehr gebe ich zu einer

besonderen Mitteilung

das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Der Herr Reichspräsident hat mich gebeten, das Folgende hier zur Verlesung zu bringen:

---

[4]) Das in Nr. 88 des RGBl. (S. 413) am 25. April 1919 veröffentlichte Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft, vom 25. April 1919, ist in der Anlage B zu dieser Sitzung abgedruckt.

An die Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung als die berufene Vertreterin des deutschen Volks hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem **Frieden der Verständigung und Versöhnung** zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volks und der Menschheit preisgibt.

Ich begrüße diese Kundgebung als das Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volks, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll, und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundsatz der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein.

Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, **Frieden, Brot und Arbeit** und eine **neue Staatsform** für ein großes Volk zu schaffen. Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, solange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühle des Völkerhasses und der Rache beherrschen lassen und durch Hungerblockade und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben.

Bereits vor fünf Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlage für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir haben die schweren Auflagen des Waffenstillstandes erfüllt, unser Heer aufgelöst, die feindlichen Kriegsgefangenen herausgegeben. Aber immer noch wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blockade immer noch abgesperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte.

Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen und unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns, für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfter Stunde vor Augen halten.

Frieden, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampf verharren, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist viel gesündigt worden am deutschen Volk in vier schweren Kriegsjahren. Darum ist unsere erste Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für eine handvoll führender Unruhestifter, die planmäßig den Aufbau der deutschen Republik zu stören trachten.

Das **neue Deutschland** soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch den radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre.

(Sehr richtig!) Die **bolschewistische Diktatur der Minderheit** des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen. Aber sinnlose politische **Streiks** setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Schleuniger Friede nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von **Friede und Arbeit im Innern.** Darum wende ich mich in dieser ernsten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: „Laßt ab von der Selbstzerfleischung, überwindet Euch, tut die Augen auf vor dem Abgrund, arbeitet!"

Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich: Wohin Sie auch gehen während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Friede und Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht zuschanden werden.

(gez.) Ebert
Reichspräsident.

(gegengez.) Scheidemann
Präsident des Reichsministeriums.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir sind am Abschluß eines arbeitsreichen Tagungsabschnitts angelangt. Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Osterpause eintreten zu lassen, und ich erbitte von Ihnen die Ermächtigung für den Präsidenten, den Tag für den nächsten Zusammentritt sowie auch die Tagesordnung zu bestimmen. — Das Haus ist damit einverstanden. Ich wünsche Ihnen fröhliche Ostern und gute Erholung. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 2 Uhr 52 Minuten.)

Anlage A.

Namentliche Abstimmung

über den Gesetzentwurf zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag in dritter Beratung in der Sitzung am 15. April 1919.

Name	Abstimmung
Dr. Ablaß	fehlt
Aderhold	Nein
Frau Agnes	Nein
Allekotte	Nein
Alpers	fehlt
Andre	Ja
Arnstadt	Nein
Aßmann	fehlt
Astor	fehlt
Auer	fehlt
Bachmeier	Ja
Bader	Ja
Baerecke	Nein
Baerwald	fehlt
Frau Dr. Bäumer	Ja
Bahr	fehlt
Bartschat	fehlt
Baudert	fehlt
Bauer	Ja
Frau Dr. Baum	Ja
Becker (Arnsberg)	Nein
Dr. Becker (Hessen)	Nein
Becker (Nassau)	Ja
Becker (Oppeln)	Ja
Frau Behm	fehlt
Behrens	Nein
Beims	Ja
Dr. Bell	Ja
Bender (Magdeburg)	fehlt
Bergmann	Nein
Beuermann	Nein
Dr. Beyerle	fehlt
Bias	Ja
Biener	Nein
Binder (Pfalz)	fehlt
Bitta	fehlt
Blank	fehlt
Frau Blos	fehlt
Blum	Nein
Dr. Blunck	fehlt
Bock	Nein
Dr. Böhme (Magdeburg)	beurlaub
Dr. Böhmert (Bremen)	Ja
Dr. Boerschmann	Ja
Frau Bollmann	Ja
Bolz	fehlt
Brass	fehlt
Dr. Braun (Franken)	Ja
Braun (Düsseldorf)	Ja
Dr. Brauns (Cöln)	fehlt
v. Brentano di Tremezzo	fehlt
Brey	Ja
Brodauf	Nein
Frau Brönner	krank
Bruckhoff	enthalten
Brühl	fehlt
Brühne	Ja
Bruhn	Nein
Budde	Ja
Burgau	Ja
Burlage	Nein
Dr. Cohn	Nein
Colshorn	fehlt
Dr. David	Ja
Davidsohn	Ja
Deglerk	fehlt
Deichmann	fehlt
Dr. v. Delbrück	Nein
Delius	enthalten
Dr. Dernburg	Ja
Dietrich (Liegnitz)	Ja
Dietrich (Potsdam)	fehlt
Diez	fehlt
Dirr	fehlt
Dr. Graf zu Dohna	Nein
Frau Dransfeld	Nein
Dröner	Ja

Name	Abstimmung
Dr. Düringer	fehlt
Düwell	Nein
Dusche	fehlt
Ehrhardt	Nein
Eichhorn	fehlt
Frau Eichler	fehlt
Eisenberger	Ja
Frau Ekke	enthalten
Endres	fehlt
Engelhard	krank
Erkelenz	fehlt
Ernst	Ja
Ersing	fehlt
Erzberger	Ja
Falk	enthalten
Farwick	fehlt
Fehrenbach	Ja
Feldmann	Ja
Fischbeck	Ja
Fischer (Berlin)	Ja
Fischer (Hannover)	Ja
Dr. Fleischer	Nein
Franke	enthalten
Frerker	Nein
Frohme	Ja
Gandorfer	fehlt
Gebhart	Nein
Geck	krank
Gehl	Ja
Gerstenberger	Nein
Geyer (Leipzig)	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt
Giebel	Ja
Frau v. Gierke	fehlt
Giesberts	fehlt
Gilsing	fehlt
Girbig	Ja
Gleichauf	Ja
Gölzer	Ja
Gothein	Ja
v. Graefe	Nein
Gröber	Nein
Gruber	Ja
Grünewald	fehlt
Grunau	Nein
Günther	enthalten
Haack	Ja
Dr. Haas (Baden)	fehlt
Haase (Berlin)	Nein
Hagemann	fehlt
Hampe	fehlt
Hansmann	Ja
Hartmann (Berlin)	Ja
Dr. Hartmann (Oppeln)	Nein
Hasenzahl	Ja
Frau Hauke	Ja
Haußmann	beurlaub
Hebel	Nein
Heile	fehlt
Dr. Heim	Nein
Heimann	Ja
Heine (Dessau)	fehlt
Dr. Heinze	fehlt
Hellmann	Ja
Henke	fehlt
Henrich	fehlt
Hense	Ja
Hermann (Württemberg)	fehlt
Herold	fehlt
Dr. Herrmann (Posen)	fehlt
Dr. Herschel	Nein
Hesse	Ja
Hierl (Franken)	Ja
Hildenbrand	Ja
Dr. Hitze	Nein
Hoch	Ja
Frau Höfs	Ja
Hörsing	Ja
Hoffmann (Pfalz)	fehlt
Hofmann (Ludwigshafen)	fehlt
Hofmann (Schwarzburg)	Ja
Holl	fehlt
Hue	Ja
Frau Hübler	Nein
Hug	Ja
Dr. Hugenberg	fehlt
Dr. Hugo	fehlt
Imbusch	fehlt
Irl (Oberbayern)	Nein
Jäcker	Ja
Jandrey	fehlt
Janschek	Ja
Jantzen	beurlaubt
Dr. Jasper	fehlt

Name	Abstimmung
Jand	Nein
Joos	fehlt
Frau Juchacz	Ja
Jungnickel	Ja
Dr. Kaas (Trier)	fehlt
Frau Kähler	fehlt
Käppler	Ja
D. Dr. Kahl	Nein
Kahmann	Ja
Katzenstein	Ja
Keil	fehlt
Kempkes	Nein
Kenngott	Ja
Kerschbaum	fehlt
Frau Kloss	beurlaubt
Knollmann	Nein
Koch (Cassel)	fehlt
Koch (Düsseldorf)	fehlt
Koch (Hamburg)	fehlt
Koch (Merseburg)	enthalten
Koch (Münster)	Nein
Dr. Költzsch	Nein
Koenen	fehlt
König	Ja
Körsten	Ja
Koßmann	Nein
Kotzur	Ja
Krätzig	Ja
Kraut	fehlt
Kreft	fehlt
Kreutz	Nein
Kronen	Ja
Krüger (Mecklenburg)	fehlt
Krüger (Potsdam)	Ja
Kubetzko	Nein
Kürbis	fehlt
Kunert	Nein
Kunze	Ja
Landsberg	Ja
Dr. Ritter v. Langheinrich	fehlt
Langwost	fehlt
Laukant	Nein
Laverrenz	fehlt
Legendre	fehlt
Legien	Ja
Leicht	fehlt
Lensing	fehlt
Lesche	Ja

Name	Abstimmung
Liebig	Ja
Lippmann	fehlt
Lockenvitz	fehlt
Frau Lodahl	Ja
Löbe	Ja
Löffler	fehlt
Dr. Ludewig	Ja
Lübbring	fehlt
Frau Lührs	Ja
Lüttich	Ja
Dr. Luppe	fehlt
Frau Lutze	Ja
Malkewitz	fehlt
Dr. Maretzky	fehlt
Marx	fehlt
Mauerer	fehlt
Dr. Mausbach	fehlt
Dr. Maxen	entschuld.
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Meerfeld	Ja
Meier (Sachsen)	Ja
Frau Mende	Nein
Michelsen	Ja
Dr. Mittelmann	Nein
Molkenbuhr	Ja
Dr. Most	fehlt
Müller (Breslau)	Ja
Müller (Fulda)	fehlt
Müller (Potsdam)	Ja
D. Mumm	fehlt
Nacken	Nein
D. Naumann	Ja
Frau Neuhaus	Nein
Dr. Neumann-Hofer	Ja
Neyses	fehlt
Nitzschke	fehlt
Noske (Frankfurt)	fehlt
Noske (Sachsen)	fehlt
Nuschke	Ja
Dr. Oberfohren	Nein
Obermeyer	Ja
Oertel	fehlt
Ohler	Nein
Ollmert	Nein
Osterroth	Ja
Dr. Otte	fehlt

Name	Abstimmung
Dr. Pachnicke	Ja
Panzer	Ja
v. Payer	Ja
Dr. Petersen	fehlt
Pfannkuch	Ja
Dr. Pfeiffer	Ja
Frau Pfülf	Ja
Dr. Philipp	Nein
Pick	Nein
Pinkau	Ja
Pohlmann	Ja
Pokorny	Ja
Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner	Nein
Puschmann	fehlt
Dr. Quarck	fehlt
Dr. Quessel	fehlt
Dr. Quidde	Ja
Dr. Raschig	Ja
Rauch	Ja
Raute	fehlt
Reek	fehlt
Reineke	Nein
Reißhaus	Ja
Frau Reitze	Ja
Remmers	fehlt
Rheinländer	Nein
Richter (Ostpreußen)	Nein
Richter (Pfalz)	fehlt
Freiherr v. Richthofen	enthalten
Riedmüller	Ja
Dr. Rießer	fehlt
Rodewald	fehlt
Frau Röhl (Cöln)	Ja
Röhle (Sachsen)	Ja
Dr. Roesicke	fehlt
Rückert	Ja
Dr. Runkel	fehlt
Frau Ryneck	Ja
Sachse	Ja
Sagawe	Nein
Salm	beurlaubt
Schädlich	Ja
Schäfer	Ja
Schefbeck	krank
Scheidemann	Ja
Schiele	Nein

Name	Abstimmung
Schiffer (Magdeburg)	Ja
Schiffer (Münster)	fehlt
Frau Schilling	Ja
Schirmer	fehlt
Frau Dr. Schirmacher	Nein
Schlack	Nein
Schlicke	fehlt
Schlüter	Ja
Schmidt (Berlin)	Ja
Schmidt (Frankfurt)	Ja
Schmidt (Sachsen)	Ja
Schmidthals	enthalten
Dr. Schmidt (Hessen)	fehlt
Frau Schmitz	fehlt
Schneider (Franken)	fehlt
Schneider (Sachsen)	Ja
Schöpflin	Ja
Schreck	fehlt
Frau Schroeder	Ja
Frau Schuch	Ja
Dr. Schücking	fehlt
Schümmer	Ja
Schultz (Bromberg)	Nein
Schulz (Ostpreußen)	Ja
Schulz (Posen)	Ja
Schulz (Westpreußen)	Ja
Schumann (Forst)	Ja
Schwarz (Hessen-Nassau)	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	Nein
Seger	fehlt
Dr. Semmler	fehlt
Severing	fehlt
Dr. Seyfert	Nein
Sidow	Ja
Siehr	fehlt
Silberschmidt	Ja
Simon (Franken)	fehlt
Simon (Schwaben)	Ja
Frau Simon (Westpr.)	Ja
Dr. Sinzheimer	fehlt
Sivkovich	fehlt
Sollmann	Ja
Dr. Spahn	fehlt
Stahl	Ja
Stapfer	Nein
Starosson	krank
Stegerwald	fehlt
Steinkopf	Ja
Steinmayer	Ja
Steinsdorf	Ja

Name	Abstimmung
Stelling	Ja
Stock	Ja
Stolten	beurlaubt
Dr. Stresemann	Nein
Strzoda	Nein
Stücklen	Ja
Szczeponik	Nein
Tantzen	fehlt
Taubadel	Ja
Dr. Taucher	Ja
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Ja
Frau Teusch (Cöln)	Nein
Thabor	fehlt
Thiele	Ja
Thöne	fehlt
Thomsen	fehlt
Thurow	Ja
D. Traub	fehlt
Tremmel	fehlt
Trimborn	fehlt
Trinks	Ja
Ulitzka	Nein
Ulrich	fehlt
Veidt	fehlt
Dr. Veishofen	Ja
Vesper	fehlt
Vögler	fehlt
Vogel	Ja
Vogt (Württemberg)	krank
Vogt (Breslau)	Ja
Wachhorst de Wente	fehlt
Waldstein	enthalten
Wallbaum	Nein
Warmuth	Nein
Frau Weber	fehlt
Dr. Weidtman	fehlt
Weilnböck	fehlt
Weinhausen	fehlt
Weiß	Ja
Wels	Ja
Dr. Wendorff	fehlt
Wetzlich	Nein
Wieber	fehlt
Dr.-Ing. Wieland	fehlt
Winkelmann	fehlt
Winnefeld	Nein
Winnig	fehlt
Dr. Wirth	fehlt
Wissell	Ja
Witthoefft	beurlaubt
Wolff	Ja
Wurm	Nein
Zawadzki	Nein
Dr. Zehnter	Nein
Frau Zettler	Nein
Ziegler	Ja
Frau Zietz	fehlt
Dr. Zöphel	Nein
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung
Gestimmt haben: mit **Ja**	**159**
mit **Nein**	**85**
Der Abstimmung haben sich enthalten	**10**
Ungültig	—
Zusammen	**254**

Anlage B.

Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft.

Vom 24. April 1919 (vgl. oben S. 2631).

Art. 1. Es hat alsbald eine Neuordnung der Kaliwirtschaft zu erfolgen, die unter Aufhebung des Kaligesetzes und seiner Abänderungsgesetze den gemeinwirtschaftlichen Aufbau der Kaliwirtschaft gemäß der nachstehenden Vorschriften regelt.

1. Die Leitung der Kaliwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskalirat übertragen. Die Zusammensetzung des Reichskalirats soll der des Sachverständigenrats (Art. 2) entsprechen. Das Nähere über seine Errichtung wird im Einverständnisse mit dem Sachverständigenrate durch die nach Ziffer 2 zu erlassenden Vorschriften geregelt.

Die Reichsregierung schließt die Kalierzeuger zu einem Verbande (Vertriebsgemeinschaft) zusammen. An der Verwaltung dieses Verbandes sind die Arbeitnehmer zu beteiligen; das Nähere bestimmen die nach Ziffer 2 zu erlassenden Vorschriften. Dem Verbande liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht des Reichskalirats ob. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Art der Feststellung der Preise.

2. Die Reichsregierung erläßt die Vorschriften zur Durchführung. Sie kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark, im Falle der Wiederholung außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Die auf Grund des Abs. 1 zu erlassenden Vorschriften bedürfen der vorherigen Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung einzusetzenden Ausschusses von 28 Mitgliedern. Die Vorschriften sind spätestens bis zum 30. Juni 1919 dem Staatenausschuß vorzulegen.

Die erlassenen Vorschriften sind der Nationalversammlung, wenn sie versammelt ist, sofort, andernfalls unmittelbar nach ihrem Zusammentreten vorzulegen. Sie sind ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung es innerhalb eines Monats nach der Vorlegung verlangt.

Unbeschadet der erlassenen Vorschriften erfolgt spätestens bis zum 1. April 1920 die Aufhebung oder Abänderung des Kaligesetzes und seiner Abänderungsgesetze durch besonderes Gesetz.

3. Die Reichsregierung hat der Nationalversammlung bei der Vorlegung des Haushaltsplans über Förderung, Herstellung, Absatz und Preisgestaltung der Kalisalze und Kalisalzfabrikate sowie über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse einen besonderen Bericht zu erstatten. Auch zu anderer Zeit ist der Nationalversammlung auf deren Erfordern Aufschluß zu erteilen.

Art. 2. Zur Vorbereitung der im Art. 1 vorgesehenen Neuordnung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kaliwirtschaft zu berufen, der aus 30 Mitgliedern besteht.

Von den Mitgliedern des Sachverständigenrats werden 8 Arbeitnehmer- und 5 Arbeitgebervertreter auf Vorschlag der der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Reichsanzeiger vom 18. November 1918, Nr. 272) angeschlossenen Berufsorganisationen unter Berücksichtigung der Minderheitsorganisationen von der Reichsregierung ernannt. 3 Mitglieder ernennt der Staatenausschuß. Die übrigen 14 Mitglieder ernennt die Reichsregierung mit der Maßgabe, daß 3 der Leitung des für die Kaliwirtschaft zu bildenden Verbandes (Vertriebsgemeinschaft) — Artikel 1, Ziffer 1, Abs. 2 — 1 den technischen Kaliwerksangestellten, 1 den kaufmännischen Kaliwerksangestellten, 4 den landwirtschaftlichen Korporationen und Verbänden, 2 aus den Kreisen des Kalihandels und 2 aus den Kreisen der Kali verarbeitenden chemischen Industrie, von denen 1 ein Arbeitnehmer sein muß, sowie 1 Mitglied aus den Kreisen der Sachverständigen für Kalibergbau, Kaliverarbeitung und Kaliforschung zu entnehmen sind; die 2 Angestelltenvertreter sind der Reichsregierung durch die beteiligten Angestelltenverbände in Vorschlag zu bringen. Bei der Ernennung aus dem Kreise der Kaliverbraucher müssen die verschiedenen Teile des Reichs möglichst berücksichtigt werden.

Art. 3. Im § 20a des Kaligesetzes in der Fassung vom 23. Juli 1918

a) erhält Abs. 1 folgende Fassung:

§ 20a. Für die Zeit vom 1. April 1919 bis 15. Juli 1919 dürfen die Preise für das Inland

für Karnallit mit mindestens 9 v. Hundert und weniger als 12 v. Hundert K_2O	in gemahlenem Zustande	22,0 Pfg.
„ Rohsalze mit 12 bis 15 v. H. K_2O		26,0 „
„ Düngesalze mit 20 bis 22 v. Hundert K_2O		32,5 „
„ „ „ 30 „ 32 „ „ K_2O		35,0 „
„ „ „ 40 „ 42 „ „ K_2O		41,0 „
„ Chlorkalium „ 50 „ 60 „ „ K_2O		48,0 „
„ „ „ über 60 „ „ K_2O		55,0 „
„ schwefelsaures Kali m. über 42 v. „ K_2O		70,0 „
„ „ Kalimagnesia		68,0 „

für 1 vom Hundert (K_2O) im Doppelzentner nicht übersteigen.

b) wird als Abs. 2 neu eingefügt:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Geltungsdauer der im Abs. 1 aufgeführten Preissätze längstens bis zum 31. Dezember 1919 zu verlängern.

39. Sitzung,

abgehalten in der Neuen Aula der Universität Berlin,
Montag den 12. Mai 1919.

Kundgebung gegen den Gewaltfrieden.

Geschäftliches: Mandatsänderungen. — Urlaub. — Freistaat Reuß. — Telegramme.

Vor der Tagesordnung: Begrüßung durch D. Dr. Kahl (D. Vp.) (als Vertreter der Universität Berlin).

Erklärung der Reichsregierung:

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums.

Hirsch, preußischer Ministerpräsident.

Erörterung: Müller (Breslau) (S.). — Gröber (Z.). — Frau Schuch (S.). — Haußmann (D. D.). — Bitta (Z.). — D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner (D. Nat.). — Dr. Blunck (D. D.). — Schultz (Bromberg) (D. Nat.). — Dr. Stresemann (D. Vp.). — Haase (Berlin) (U. S.). — Frau Weber (Z.). — Löffler (S.). — Dr. Graf zu Dohna (D. Vp.). — Dr. Quidde (D. D.).

Schlußwort: Präsident Fehrenbach.

Nächste Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 13 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung der Nationalversammlung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Langheinrich hat sein Mandat für den 26. Wahlkreis der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung niedergelegt. An seiner Stelle ist der Herr Rechtsanwalt Meisner in Würzburg in die Nationalversammlung eingetreten. Ferner sind in die Nationalversammlung neu eingetreten die Herren: Professor Dr. v. Schulze-Gaevernitz für den 33. Wahlkreis, Schriftsteller Fischer in Briesnitz (Post Dresden) und Parteisekretär Bethke in Freiberg (Sachsen) für den 28. Wahlkreis.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Sachse, Liebig für drei Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Dr. Böhmert (Bremen) für 14 Tage wegen eines Trauerfalles in der Familie. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Von den beiden Freistaaten Reuß wird uns migeteilt, daß sie sich zu einem Volksstaat Reuß vereinigt haben.

Aus allen Teilen des Reichs sind uns eine ganze Menge von Telegrammen zugegangen des verschiedensten Inhalts, zum Teil mit Erklärungen und Protesten gegen die Absplitterung vom Reich, namentlich aus den hierfür vorgesehenen Gegenden, dann von wirtschaftlichen Korporationen gegen die wirtschaftliche Einschnürung, von Einzelpersonen und Korporationen gegen die Auslieferung des Kaisers. (Bravo! rechts.) Es ist unmöglich, diese sämtlichen Telegramme zur Verlesung zu bringen; sie liegen hier auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort dem Vertreter der Universität Berlin, in deren Heim wir unsere Sitzung abhalten, Herrn Abgeordneten Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter: Ich danke dem Herrn Präsidenten für die mir gebotene Gelegenheit, außerhalb der Tagesordnung, in diesem Augenblick ganz und gar außerhalb der Parteien stehend, eine ehrenvolle Pflicht zu erfüllen. Sie tagen im Festraume der **Berliner Universität.** Der zeitige Rektor, Herr Professor der Theologie D. Reinhold Seeberg, hat mir den Auftrag erteilt, die Deutsche Nationalversammlung namens der Universität hier willkommen zu heißen, zugleich einen heißen Segenswunsch ihr zu bringen für die schweren verantwortungsvollen Entschlüsse und Beschlüsse, die Sie in diesem Raume vielleicht zu fassen berufen sein werden.

Die Universität ist nicht in der Lage, räumlich und technisch Ihnen das zu bieten, was eine so große parlamentarische Versammlung beanspruchen kann. Darauf ist sie nicht eingerichtet. In diesem Raume versammeln wir Lehrer und Schüler uns zu stillen Feiern wissenschaftlicher Art, auf Höhepunkten oder an entscheidenden Wendepunkten unseres inneren akademischen Lebens.

Etwas aber kann Ihnen eben dieser Raum doch bieten, was in besonderer Weise dem tiefen Ernst der Lage Rechnung trägt und dazu beitragen mag, daß über dieser Versammlung der Geist schwebe und lebe, dessen das Vaterland in dieser ernsten Schicksalsstunde bedarf.

Hier hat vor neun Jahren, vom 10. bis 12. Oktober 1910, die Berliner Universität die **Jahrhundertfeier ihrer Begründung** begangen, begründet drei Jahre nach dem Frieden von Tilsit mit der Stiftung, durch geistige Kräfte das zu ersetzen, was der Staat an physischen Kräften verloren hatte. Diese Erinnerungsfeier haben wir begangen unter der Teilnahme der ganzen Welt. Kaum je mag ein Raum eine solche Versammlung gesehen haben. An dieser Stätte, ja unmittelbar von dieser Stelle aus, huldigte einer nach dem andern, Frankreich, vertreten durch Poincaré, den Mathematiker der Universität Paris, Italien, Großbritannien, Rußland, die Vereinigten Staaten, Japan — ich nenne nur diese Staaten —, huldigten sie dem deutschen Volke und dem deutschen Geiste, beiden, wie ein Redner sagte, als den unentbehrlichen

Kräften und notwendigen Elementen und Fermenten der Menschheitsgeschichte. Das sind die unversöhnlichen Feinde und die großmütigen Sieger von heute! Dieses deutsche Volk wollen sie vernichten, ein Volk, wiederum, nur noch tiefer als damals zu Zeiten der Gründung unserer Universität, am Boden liegend, geschlagen und besiegt.

Aber da lebt nun das andere Zeichen jener Zeit in dem Wandgemälde unseres Westraums: **Johann Gottlieb Fichte,** unser erstmals erwähnter Rektor der Universität, hält seine Reden an die deutsche Nation. Der Künstler hat die Szene aus dem geschlossenen Hörsaal der alten Akademie ins Freie, in die Öffentlichkeit verlegt. Denn so wie Fichte selbst in seiner ersten Rede sagt, spricht er nicht bloß zu seinen unmittelbaren Zuhörern, sondern zu allen, zu Männern und Frauen, zu alt und jung, zur ganzen deutschen Nation.

In tiefsinnigem Gedankenbau redet er von der Notwendigkeit und von den Mitteln der nationalen Erziehung des Volks. Wunderbar passen die Worte und Gedanken zu der Gegenwart. Da wendet er sich gleich in der ersten Rede „nicht an die Hörer, die aufgehen in dem Gefühl des Schmerzes, sondern nur an solche, die über dem gerechten Schmerze die Besinnung für die Ehre, für die Freiheit, für die Selbständigkeit, für den Entschluß zur Tat sich bewahrt" haben. In der achten Rede spricht er von dem Wesen „der wahren und allmächtigen Vaterlandsliebe in der Erfassung unseres deutschen Volks als eines ewigen" und in der letzten, der vierzehnten, daß „eine einzige fortfließende und zusammenhängende Flamme vaterländischer Denkungsart sich verbreiten und entzünden" müsse, mit dem ergreifenden Schlußwort:

> Es ist kein Ausweg: wenn Ihr versinkt, so versinkt die ganze Menschheit mit, ohne Hoffnung einer einstigen Wiederherstellung.

Dieser Mann, diese Feuerseele redet auch heute zu allen, zu uns, zu Ihnen, zu der ganzen deutschen Nation, das Urbild des rücksichtslosen Denkers und Täters zur Wahrheit, das Sinnbild des nie verzagenden Mutes, das Vorbild des großen Patrioten in schwerster Zeit, entschlossen, Leben und alles einzusetzen für Volkstum und Vaterland.

Werden in diesem Geiste hier Entschlüsse reif und Beschlüsse gefaßt und ausgeführt, dann ist es der Anfang zum Wiederaufstieg, vielleicht noch durch tiefere Schächte und durch noch dunklere Nächte, aber der Aufstieg zur Höhe gewiß. Daß Fichtes Kraft in Wort und Tat hier mächtig werde, das ist der innige Wunsch, mit dem ich namens der Berliner Universität und auf deren Boden die Ehre habe, die Nationalversammlung herzlich zu begrüßen. (Lebhaftes allseitiges Bravo.)

Präsident: Ich danke namens der Deutschen Nationalversammlung der Universität Berlin und ihrem Redner von ganzem Herzen für die freundlichen Begrüßungsworte.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Entgegennahme einer Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Die **Deutsche Nationalversammlung** ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volks gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner **Friedensbedingungen** nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (Lebhaftes Bravo!) Wir müssen beieinander bleiben. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volks. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: was unsern Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungen weisend), in dem hundert Absätze beginnen: „Deutschland verzichtet — verzichtet — verzichtet", dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das

Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (sehr wahr!) — dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (Stürmischer Beifall.)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des **Präsidenten Wilson.** Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (Lebhafte Zustimmung.) Aber eine Bemerkung konn ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (Sehr wahr!) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson? Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers — wie die Welt ihn sah und hoffte — hinter der finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb:

> Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (Rufe: Pfui!)

Meine Damen und Herren! überall in Berlin hängt das **Plakat,** das für unsere armen **Brüder in der Gefangenschaft** werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern. Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (lebhafte Zustimmung); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! 60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, — ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen. Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen oder Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, — alles, alles verschwindet!

Deutschland hat **im Ausland** aufgehört zu existieren. Aber das genügt noch nicht. Deutschland hat **Kabel** — die werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkenstationen — drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegamme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

Aber noch lange nicht genug, es könnte doch noch eine **deutsche Beziehung zum Auslande** bestehen, also bestimmte der Rat der Vier:

> Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben . . . ., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt.

Wie sagt Wilson so zutreffend:

> Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradieren, setzt sie durch diese Bestimmungen:

> **Kriegsmaßnahmen Deutschlands** in bezug auf die **Liquidation feindlichen Eigentums** sind sofort einzustellen oder wieder gutzumachen.

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (Hört! hört!)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe — denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel usw., — ich frage Sie: wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, nur als ehrlicher vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (Lebhafter Beifall.) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im **Inland**? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen,

um die wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle **deutschen Einkünfte,** in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (Hört! hört!)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der „Times":

> Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! und Pfui!)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: **„Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden,** die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, **verantwortlich?"** Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man willig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: „Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt oder indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', — offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: Deutschland verpflichtet sich alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Und nun genug! übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! und Zurufe.)

Wir haben Gegenvorschläge gemacht, wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. **Dieser Vertrag** ist nach Auffassung der Reichsregierung **unannehmbar!** (Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. — Die Versammlung erhebt sich. — Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Präsident: Ich bitte nunmehr, den Herrn Redner fortfahren zu lassen.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (Lebhafte Zustimmung.) Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den **neutralen Ländern,** in **Italien** und **England,** vor allem auch — und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Auflodern chauvinistischer Gewaltpolitik —, vor allem auch im **sozialistischen Frankreich** werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) **Brüder in Deutsch-Österreich,** die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen, wir grüßen euch, wir danken euch und wir halten zu euch. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das „deutsche Tier“ gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße. nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (lebhafte Zustimmung), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (Beifall.) Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber in Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder!

Ein **einiges Volk** vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht nur für sich selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung,

gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegen bliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue. (Lebhafte Zustimmung.)

Eine **Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe**, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadens Breite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seine Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!

Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende **Arbeitsfriede** wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (Lebhafte Zustimmung.) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundung führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die,

die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn preußischen Ministerpräsidenten.

Hirsch, Präsident des preußischen Staatsministeriums und Minister des Innern: Meine Damen und Herren! Im Namen der Regierungen sämtlicher deutschen Freistaaten habe ich folgende Erklärung abzugeben.

In allen Gauen Deutschlands lodert in diesen dunkelsten Tagen unseres Volkes die Erbitterung auf über den **Friedensvorschlag** unserer Feinde. Sie haben uns im Herbst vorigen Jahres feierlich einen Rechtsfrieden versprochen. Auf dieses Versprechen hin legten wir die Waffen nieder. Nun bieten sie den Wehrlosen einen Frieden der Gewalt. Nie war Zorn berechtigter als heute. Heute ist klar, was die Feinde mit uns vorhaben: sie wollen uns für alle Zeit aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und wieder wie einst zu völliger Ohnmacht herabdrücken. Sie wollen das arbeitsfreudige deutsche Volk zu einem Knechtsvolk erniedrigen.

Demgegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Freistaaten, vor aller Welt: Lieber tot, als Sklav! (Lebhafter Beifall.) Die Bedingungen, die dieser Frieden uns auferlegen will, sind selbst von dem entsagungsbereitesten Volke nicht zu ertragen. Ihre Ausführung ist eine Unmöglichkeit. Darum ist dieser **Friedensvertrag unannehmbar.** (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung. (Bravo!) Wir stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Bravo!) Wir sprechen ihr in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. (Bravo!) Wir bestärken sie durch unsere Zustimmung in ihrem Entschluß, diesem Friedensentwurf der Gewalt einen solchen des Rechts, der Wiedergutmachung und der Völkerversöhnung entgegenzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. (Bravo!) In der tiefsten und furchtbarsten Not, die unser Volk je heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebhafter Beifall.)

Das Deutschland von 1919 ist ein anderes als das von 1914. Es ist ein neues, freies, demokratisches Deutschland. (Bravo!) Das freie Volk wird auch aus diesem Unglück einen Aufstieg finden und dabei alle unterdrückten Völker

und Klassen der Erde mit sich emporführen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich unterstelle die Absicht des hohen Hauses, in eine Erörterung der Erklärung der Regierung einzutreten. — Ich stelle die Übereinstimmung des Hauses fest und erteile in der eröffneten Besprechung das Wort dem Herrn Abgeordneten Müller (Breslau).

Müller (Breslau), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In allen Ländern haben sich Millionen jahrelang nach den Tagen gesehnt, in denen zum erstenmal ernsthaft von dem kommenden Frieden in den Parlamenten die Rede sein konnte, und die Besten in allen Ländern kämpften dafür, daß dieser Friede ein „reinlicher Friede" werde, wie die Engländer sagten. Und sie atmeten auf, als Wilson der Welt den „Rechtsfrieden" versprach. Wer die **Bedingungen dieses Friedensentwurfs** durchgesehen hat, der muß feststellen, daß hier von einem „Rechtsfrieden" gar nicht die Rede sein kann. (Sehr richtig!) Der Herr Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen, daß dem deutschen Volke in diesem Buche über den Entwurf eines Friedensvertrages in Hunderten von Paragraphen alle möglichen Verzichte zugemutet werden. Aber der Wahrheit wird nicht die Ehre gegeben, sonst müßte in diesem Entwurf ein Paragraph sein, der lautet: das deutsche Volk verzichtet auf einen Rechtsfrieden. (Zustimmung.) Wir wollen uns darüber klar sein, daß dieser Friede nichts weiter ist als die **Fortsetzung des Krieges** mit anderen Mitteln. Er ist wahrlich ein echtes Produkt einer halbjährigen Geheimdiplomatie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wer in der ganzen Welt will glauben, daß mit diesem Frieden eine neue Ära des Völkerrechts beginnt? — ein Friede, an dem die Völker keines Landes mitgewirkt haben, und in dem weder von Recht noch von Gerechtigkeit die Rede ist! (Sehr richtig!)

Was ist aus all den Idealen geworden, von denen uns erzählt wurde, als die assoziierten Regierungen ihren Kreuzzug gegen Kaiserismus und gegen Militarismus führten? Deutschland soll in diesem Vertrage wehrlos gemacht werden; aber der französische Militarismus und der englische Marinismus sollen weiter blühen und ihr Wesen treiben dürfen, während Deutschland die letzte Gewehrpatrone zugezählt wird. Das ist kein Entwurf, mit dem die Ära des ewigen Friedens herbeigeführt werden kann. Wir können diesen Frieden verlangen insofern, als wir Sozialdemokraten auch in der Zeit, wo die militärische Lage Deutschlands noch günstig war, für einen **Frieden der Verständigung** und **der Versöhnung** der Völker eingetreten sind (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), das heißt für einen Frieden, der in Europa keinerlei Revanchegedanken zurückläßt. Uns ist ein solcher Frieden verheißen

worden; uns ist gesagt worden, daß die Völker nicht mehr verschachert werden dürfen, wie das noch vor hundert Jahren auf dem Wiener Kongreß der Fall gewesen ist.

Was ist aus diesen Verheißungen alles geworden? **Gebiete mit kerndeutscher Bevölkerung** — wie Danzig, wie der Bromberger Netzedistrikt und andere — sollen, ohne daß die Bevölkerung gefragt wird, unter das Joch der Fremdherrschaft gezwungen werden. Das reindeutsche Saargebiet soll durch wirtschaftliche Fesselung von Deutschland abgeschnürt werden, und die Bevölkerung soll nach 15 Jahren gefragt werden. Aber selbst wenn sie dann erklärt, daß sie bei Deutschland bleiben will, dann soll sie von Deutschland noch weggerissen werden können, wenn dieses in fünfzehnjähriger Schuldknechtschaft verarmte Deutschland nicht in der Lage ist, in Gold die Saarbergwerke zurückzuzahlen. (Pfuirufe.) Ist das nicht der reine Hohn auf das **Selbstbestimmungsrecht** des Volkes? Wir Sozialisten wollen die Wilsonschen Grundsätze ehrlich anerkennen, und wenn Dänen, die bisher im deutschen Reichsgebiet gewohnt haben, dänisch werden wollen, wenn Polen polnisch werden wollen, so müssen wir uns damit abfinden. Aber wir müssen verlangen, daß sie gefragt werden! (Sehr richtig!) Europa soll doch bedenken, welche Folgen es gehabt hat, daß Bismarck im Jahre 1871 Elsaß-Lothringen zu Deutschland geschlagen hat, ohne die Bevölkerung zu befragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe und Unruhe rechts.) Und jetzt gehen die assoziierten Regierungen daran und wiederholen denselben Fehler an allen Ecken und Enden des zentralen Europas!

Aber ich muß auch an dieser Stelle einige Worte über **Österreich** sagen. Ich stimme dem zu, was der Herr Ministerpräsident zu unseren österreichischen Brüdern gesagt hat, und ich danke insbesondere namens meiner Fraktion für die warmen Worte, die mein Parteifreund, der österreichische Staatskanzler Renner, für das deutsche Volk gefunden hat in diesen schweren Tagen seit dem 7. Februar. (Bravo!) Wir stellen fest: wir sind mit unseren österreichischen Brüdern ein Herz und eine Seele und wir werden nicht aufhören, zu verlangen, daß wir uns mit ihnen vereinigen können, die wir zu einer gemeinsamen Nation gehören. Nur die Gewalt kann uns zunächst daran hindern. (Bravo!)

Wir protestieren aber auch gegen jede gewaltsame **Lostrennung deutscher Volksteile** vom Körper der deutschen Nation. Wir fordern, daß die Regierung und ihre Unterhändler in Versailles mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen, daß nirgends ein Teil der deutschen Bevölkerung von Deutschland losgetrennt wird, ohne daß vorher die Abstimmung stattgefunden hat, die uns feierlich die Jahre über verheißen worden ist. (Sehr richtig!) Eine wirkliche Abstimmung, keine Be-

fragung unter dem Schutz der Bajonette, wie sie in Eupen und in Malmedy durch offene Listen vorgenommen werden soll, sondern eine geheime Abstimmung, unbeeinflußt von den Gewalthabern, die dort heute das Heft in der Hand haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hoffen, daß in dieser Beziehung bei den Verhandlungen etwas zu erreichen ist, und wir würden es für ein Unglück für Europa halten, wenn das nicht der Fall wäre, wenn auf anderen Wegen neue Herde geschaffen würden, an denen der Chauvinismus sein Feuer entzünden könnte. Wir wissen freilich, daß das deutsche Volk sich auf die Dauer nicht zerstückeln läßt, und dann der Tag kommen muß, an dem ein wirklicher Völkerbund, in dem die Arbeiter der Welt die Macht in der Hand haben, auch den Deutschen wieder ihr Recht geben muß, wenn es jetzt nicht gelingen sollte, dieses Recht durchzusetzen. (Sehr richtig!)

Aber der Herr Ministerpräsident hat mit Recht darauf hingewiesen: noch schlimmer als diese so schlimmen territorialen Veränderungen, die vorgenommen werden sollen, sind eigentlich die **finanziellen Fesselungen** und wirtschaftlichen Bindungen, die Deutschland auferlegt werden sollen und die nicht erfüllt werden könnten, wenn dem letzten Deutschen das letzte Hemd vom Leibe gezogen wird. (Bravo!) Wie sollen wir denn überhaupt noch ein zahlungsfähiges Volk bleiben, wenn wir mit aller Gewalt vom Weltmarkte abgeschnürt werden, wenn uns unsere Kolonien geraubt werden, wenn uns unsere Handelsflotte geraubt wird, wenn uns die Kabel weggenommen werden und, wie der Herr Ministerpräsident mit Recht geschildert hat, jeder Auslandsdeutsche einfach völlig wehrlos dasteht und, seiner Besitzungen beraubt, jeden Tag seiner Ausweisung gewärtig sein muß? —

Präsident Wilson hat uns feierlich versprochen, daß diesem Kriege kein **Wirtschaftskrieg** folgen dürfe. Was sind denn diese finanziellen und wirtschaftlichen Bindungen anders als ein Wirtschaftskrieg in der barbarischsten Form? (Sehr richtig!)

Und mehr noch als das. Diese Bindungen, die uns auferlegt werden, führen dazu, daß unsere jetzigen Kriegsgegner sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands in einer Weise einmischen können, wie das bisher noch keinem europäischen Staate zugemutet worden ist, und deshalb sagen wir: dieser **Friedensvertragsentwurf** ist unerträglich und unerfüllbar (sehr richtig!), und weil er das ist, ist er in der vorliegenden Form für uns **unannehmbar.** (Bravo!)

Ich habe das namens meiner Fraktion zu erklären und kann mich darin durchaus den Worten anschließen, die der Herr Ministerpräsident hierfür gefunden hat (bravo!); und wir stehen da nicht allein. Wir haben uns gefreut, heute zu hören, daß gestern unser Freund **Troelstra,** der Führer der holländischen Sozialdemokratie, in

einer großen Versammlung in Nymwegen diesen Frieden ebenfalls für unannehmbar für das deutsche Volk erklärt und gemeint hat, er sei ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit. (Sehr wahr!)

Aber was soll denn im Innern werden, wenn ein solcher oder ähnlicher Frieden Gesetz würde? Aus dem Vertragsentwurf geht hervor, daß die **assoziierten Regierungen** das Recht haben, auf alle **Einnahmen des Reichs** und der Gliedstaaten ein Vorrecht zu beanspruchen zur Befriedigung der Forderungen, die sie gegen uns haben auf Grund dieses Vertrages. Sie würden also unsere Steuergesetzgebung und unsern Haushalt völlig kontrollieren können. Ja, ich frage gerade vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus: wo soll noch das Geld herkommen zur Fortführung der deutschen Sozialpolitik? (Sehr richtig!) Wo soll denn das Geld herkommen zur Entschädigung unserer Kriegsverletzten? Woher sollen wir die Renten nehmen für die Hinterbliebenen unserer Krieger? (Sehr richtig!) Es würde so weit kommen, daß weite Kreise unseres Volkes auf die Straße betteln gehen müßten, wenn dieser Friedensvertragsentwurf Gesetz würde (sehr richtig!), und ich frage die assoziierten Regierungen: wie soll denn, wenn solche Zustände in Deutschland einreißen, die Ruhe und Ordnung überhaupt noch aufrecht erhalten werden? Ein Volk, das so malträtiert wird, muß auch eine Gefahr für seine Nachbarn werden. Denn der Bürgerkrieg macht nicht immer Halt an den Landesgrenzen. Wir sehen diesen Gefahren ins Auge, wir wollen sie vermeiden, und wir warnen deshalb.

Die **Politik des alten Regimes** hat uns vielfach in der Welt in den Ruf der Zweideutigkeit gebracht. Wir wollen ernsthaft die Sünden der Vergangenheit gut machen. Wir haben uns bereit erklärt, Schadenersatz zu leisten für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich. Aber man versuche nicht, darüber hinaus uns vertragliche Leistungen aufzuzwingen, die einfach über unsere Kraft gehen. In der ganzen Welt wurden wir verfemt, weil Deutschland trotz seiner Unterschrift die Neutralitätsverträge gegenüber Belgien und Luxemburg nicht gehalten hat, und hier will man uns mit Gewalt die Unterschrift unter einen Vertrag abpressen, der nimmermehr gehalten werden kann. (Sehr richtig!) Wir sollen zur Zweideutigkeit und zur Lüge gezwungen werden. Das darf nicht sein. Wir müssen uns dagegen wehren im Interesse des Rufes unserer jungen Republik. Gerade weil wir ehrliche Demokraten und ehrliche Republikaner sind, dürfen wir es mit unserer Unterschrift nicht so leicht nehmen wie diejenigen, die die Gewalt anbeten und nicht an das Recht glauben. (Sehr richtig!)

Dieser Friedensvertrag nimmt uns alles, und er bringt uns nichts. Die Arbeiter aller Länder sind in Leeds und in Bern zusammen-

gekommen und haben **Arbeiterschutzforderungen** aufgestellt. Diese Forderungen haben in dem Vertrag keine Erfüllung gefunden; sie werden hinausgeschoben auf Konferenzen, die später stattfinden sollen. Sie werden einem Gremium überantwortet, dessen Vertreter zur Hälfte Vertreter kapitalistischer Regierungen sind, und nur die andere Hälfte soll gleichermaßen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt werden. Wir sind der Auffassung, daß der Arbeiterschutz nach diesem vierjährigen Kriege keinen Aufschub mehr duldet und daß in diesem Frieden die Arbeiterschutzbestimmungen aufgenommen werden müssen, über die die Sozialisten und Arbeiter aller Länder sich geeinigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber es ist ja kein Zufall, daß dieser Friedensvertrag den Arbeitern aller Länder nichts bringt. Sein ganzer Inhalt sagt ja, daß es ein Friedensvertrag der siegreichen Ententekapitalisten insbesondere gegen den **deutschen Sozialismus** ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Volkswirtschaft soll geschädigt werden, ihr Leben soll unterbunden werden, die deutschen Arbeiter sollen versklavt werden, damit die deutsche Republik durch ihre Tätigkeit auf sozialem Gebiet keine moralischen Eroberungen in der Welt machen kann. (Lebhafte Zustimmung.) *In dem deutschen Sozialismus wollen die Ententekapitalisten im Grunde genommen den Sozialismus aller Länder treffen.* (Sehr richtig!) So ist dieser Friedensvertrag im Grunde genommen das größte und schwerste Sozialistengesetz, das jemals in der Welt erlassen worden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir hoffen, daß unsere französischen und englischen Parteigenossen das in steigendem Maße einsehen. Der Herr Ministerpräsident hat ja bereits auf die Opposition hingewiesen, die sich in diesen Ländern regt. Die sozialistischen Parteien sind in den Grundforderungen einig. In **Bern** haben sie sich über Abrüstungs- und territoriale Fragen und über Arbeiterfragen verständigt. Wir hoffen, daß die Opposition in diesen Ländern wächst, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der ganzen Welt. Denn der Versailler Entwurf geht ja über alle diese Forderungen einfach zur Tagesordnung über.

Es ist im übrigen kein Zweifel, daß die Völker in keinem Lande einen Gewaltfrieden wollen. Aber die Völker werden ja in den Ententeländern nicht gefragt. Wir sind der Meinung, daß bei uns, wenn die endgültige Fassung dieses Vertragsentwurfs vorliegt, das **Volk gefragt** werden muß, daß, wenn die Nationalversammlung entschieden hat, auch noch an das Volk appelliert werden muß. *Denn dieser Frieden ist entscheidend über die Zukunft, wenn nicht über die Existenz des deutschen Volks.* (Lebhafte Zustimmung.) Er richtet sich gegen ein Volk, das nach seinen militärischen Niederlagen auf der Bahn der Kultur den Siegern vorangeschritten ist, in dem es

den Achtstundentag und das Frauenwahlrecht in Deutschland einführte. Wir wollen auf diesen Bahnen weiterschreiten, und wir können sagen: Komme, was da wolle! In einer Zeit, in der selbst die letzten kleinen geschichtlichen Nationen zum selbständigen staatlichen Leben erweckt werden, — in einer solchen Zeit läßt sich das deutsche Volk nicht zur ewigen Sklaverei verurteilen. Das mag sich Europa an diesem dunklen Tage der deutschen Geschichte merken. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In tiefster Trauer und in herbstem Schmerze über das Unglück unseres Vaterlandes ergreife ich das Wort, um die Stellungnahme der Zentrumsfraktion zu den **Friedensbedingungen** darzulegen. Wohl ist uns der Wortlaut der Einzelbestimmungen erst unmittelbar vor dieser Sitzung zugestellt worden. Wir können deshalb zu den Einzelheiten jetzt noch nicht Stellung nehmen. Das ist aber auch nicht notwendig; denn wir haben in den letzten Tagen soviel über die wichtigsten Bestimmungen des geforderten Friedensvertrages erfahren, daß wir uns sehr wohl ein Bild, und zwar ein genügend getreues Bild machen können über den wesentlichen Inhalt des Friedensvertrages, so wie er nach den vorgeschlagenen Bedingungen sich gestalten würde. Da kann unsere Stellungnahme zu diesem Friedensvertrag in seiner Gesamtheit nur lauten: **wir lehnen ihn ab.** (Bravo!)

Es mag sich vielleicht, wenn wir in die Prüfung der Einzelheiten eintreten werden, eine kleine Verschiebung nach der einen oder anderen Seite ergeben, wahrscheinlich eine Verschiebung, daß das Ganze noch schlimmer aussehen wird als es heute schon erscheint. Wenigstens haben wir in den letzten Tagen wiederholt die Erfahrung gemacht: je mehr wir Einzelheiten erfahren haben, desto schlimmer hat die Sache ausgesehen.

Am 5. November vorigen Jahres hat Staatssekretär Lansing bekanntlich der deutschen Regierung mitgeteilt, die feindlichen Regierungen seien bereit, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen auf Grund der vom **Präsidenten Wilson verkündeten Grundsätze;** nur zwei Grundsätze waren dabei ausgenommen: die Freiheit der Meere und die Wiederherstellung der besetzten Gebiete. Das ist wichtig deshalb, weil durch die Ausnahme von zwei Grundsätzen die Geltung der übrigen Grundsätze um so mehr klargestellt ist. (Sehr richtig!) Die feindlichen Regierungen haben uns also eine ausdrückliche, rechtsverbindliche Zusage gemacht, auf Grund der Wilsonschen Grundsätze Frieden zu schließen. Dieser Zusage ist unsererseits das Anerbieten vorausgegangen, auf Grundlage dieser Wilsonschen Grundsätze den Frieden abzuschließen. Es lagen also von beiden Seiten rechtsverbindliche Zusagen vor. Was aber jetzt uns vorgelegt ist, das läßt von den Wilson-

schen Punkten auch nicht mehr den geringsten Schein und Schatten übrig. Es enthält sogar das gerade Gegenteil davon. Was uns jetzt vorgelegt ist, das ist ein Wortbruch in der vollsten Bedeutung des Wortes. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung.)

Die Wilsonschen Grundsätze sind aufgebaut auf dem **Selbstbestimmungsrecht** der Völker, ein Grundsatz, der ja auch von den übrigen alliierten Regierungen des öfteren ausdrücklich in den verschiedensten Formen betont worden ist, so insbesondere in einer Note an Wilson vom 10. Januar 1917, in welcher die alliierten Regierungen ihre Kriegsziele darlegten und erklärten, es solle eine Bürgschaft geschaffen werden für ein dauerhaftes Regime, das auf der Achtung der Nationalität und der Rechte aller kleinen und großen Völker begründet sei. Wo ist nun in den vorgelegten Friedensbedingungen noch eine Spur von Achtung vor der Nationalität des deutschen Volkes und vor seinen Rechten? Im Osten werden rein deutsche Gebiete an Polen, im Westen rein deutsche Gebiete an Frankreich und Belgien zugeteilt. In Nordschleswig gehen die Friedensbedingungen sogar noch über die Vorschläge der dänischen Regierung hinaus, in dem sie eine dritte Zone mit einer Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Dänemark oder Deutschland gebildet haben. Bekanntlich hat Wilson unter anderem auch in einer Rede vom 11. Februar 1918, die gerade für die maßgebenden Grundsätze in Betracht kommt, verlangt, daß allen klar umschriebenen nationalen Ansprüchen Befriedigung zu gewähren sei, die zugestanden werden können, ohne neue Elemente der Zwietracht und Gegnerschaft hervorzurufen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die geeignet wären, den Frieden Europas zu zerstören. Also die Wahrung der Nationalität, die Wahrung alter nationaler Ansprüche! Wo bleibt die Wahrung der alten nationalen Ansprüche gegenüber Deutsch-Österreich (sehr wahr! im Zentrum), das verhindert werden soll, sich Deutschland anzuschließen?

Alle diese Dinge sind unvereinbar mit den Wilsonschen Grundsätzen, mit jenen Grundsätzen, deren Einhaltung die feindlichen Regierungen rechtsverbindlich und ausdrücklich uns zugesichert haben.

Bezüglich der **Kolonien** hat Wilson bekanntlich verlangt eine „freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche". Diese Unparteilichkeit wird jetzt dadurch gewahrt, daß man alle deutschen Kolonien Deutschland wegnimmt und unter die Alliierten verteilt. Den Löwenanteil soll ja natürlich England bekommen; das entspricht seiner Uneigennützigkeit.

Hand in Hand mit diesen gewaltigen territorialen Verlusten geht nun die **Entwaffnung Deutschlands**, die gefordert wird, und die wir mit Annahme dieser Bedingungen auch noch zu genehmigen hätten. Während

England seine volle Rüstung namentlich zur See aufrechterhält, während Amerika die Rüstung zur See soviel als möglich betreibt, soll Deutschland in seiner Wehrmacht so geschwächt werden, daß das Heer nur noch 100 000 Mann betragen und nur noch für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Grenzpolizei verwendet werden darf. Die obligatorische Wehrpflicht soll aufgehoben werden, nur freiwillige Truppen sollen uns gestattet sein. Und eine besondere Schlauheit ist es, die Bestimmung treffen zu wollen, daß der Große Generalstab aufgelöst werden soll. Den Pfiffikus, der glaubt, mit einer solchen Bestimmung Deutschland die tüchtigen Heerführer nehmen zu können, will ich in dieser naiven Anschauung nicht stören. Die Kriegsmarine soll auf 15 000 Mann einschließlich der Offiziere beschränkt werden, und dabei dürfen nur ganz wenige Kriegsschiffe gehalten werden. Verboten ist für Deutschland jedes Unterseeboot. Deutschland darf sogar seine Küstenverteidigung nicht verstärken noch ihre Bewaffnung modifizieren. Der Feind nimmt also für sich in Anspruch, das Maß der deutschen Verteidigung festzustellen. In dem Maße der Verteidigung hat man doch sonst noch nie einem etwa Angegriffenen eine Schranke zu ziehen gewagt. Welche Angst muß das gewaltige England immer noch vor dem kräftigen Deutschen haben? Sind nicht Bedingungen solcher Art geeignet, das schlechte Gewissen Englands zu verraten? (Sehr gut! im Zentrum.)

Aber noch ungeheuerlicher als diese territorialen und militärischen Bedingungen scheinen mir die **finanziellen Friedensbedingungen** zu sein. Die Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen wird noch gar nicht festgestellt; es werden nur vorläufige Zahlen, und zwar sehr große Zahlen, genannt, zunächst einmal für die ersten zwei Jahre 20 Milliarden, dann 40 Milliarden, später noch einmal 40 Milliarden, zusammen 100 Milliarden. Das reicht aber noch nicht aus; denn es wird immer noch vorbehalten, schließlich noch eine nicht näher bestimmte Schlußabrechnung zu geben, vielleicht dann noch einmal eine Extraschlußrechnung vorzubehalten. Das alles wissen wir nicht. Daß diese 100 Milliarden nach unserer heutigen Valuta gleichbedeutend mit 300 Milliarden sind, will ich nur nebenbei bemerken. Das so gewaltig durch den Krieg und die Revolution geschwächte Deutschland ist nach meiner Überzeugung nicht imstande, solche Summen jährlich aufzubringen, besonders wenn dann noch die Abschwächungen durch die territorialen Abschneidungen dazu kommen.

Indessen ist das noch nicht das schlimmste. Viel schlimmer sehe ich die Bestimmung an, daß nun der gesamte **Besitz und alle Einnahmen Deutschlands** und aller deutschen Einzelstaaten an erster Stelle für alle Verpflichtungen haften sollen, die aus diesem Vertrage abzuleiten sind. Wenn mit diesen Friedensbedingungen ernst gemacht werden soll, wenn

also die Befriedigung der Feinde der Leistung innerer Verpflichtungen, insbesondere dem inneren Zinsendienst vorgehen soll, dann ist einfach der Bankrott von Reich und sämtlichen Einzelstaaten erzwungen. Es kann gar nicht anders sein, und nicht bloß das Reich und die Einzelstaaten, auch die Millionen kleiner Sparer sind ruiniert, welche ihre Kapitalien in Kriegsanleihe angelegt haben, und die man mit so beredten Worten seinerzeit veranlaßt hat, ihre Ersparnisse in der Kriegsanleihe anzulegen. Ruiniert sind auch alle die Versicherungsanstalten und Banken, welche ihr Geld doch auch zum großen Teil in Kriegsanleihe angelegt haben, und auch die Arbeiterschaft mit ihren Versicherungsanstalten wird in Mitleidenschaft gezogen werden durch den Ruin, der sich an eine solche Maßnahme knüpfen muß. Unter solchen Umständen wäre ja gar nicht daran zu denken, daß es möglich wäre, unsere Volkswirtschaft irgendwie in absehbarer Zeit wieder in die Höhe zu bringen.

Damit komme ich zu einem großen **inneren Widerspruch in den Friedensbedingungen** der Feinde. England und Frankreich sind einig im Hasse gegen Deutschland, sie sind aber nicht einig in ihrem Interesse. Frankreich will für seine übelgestellte Finanzlage eine Entlastung von Deutschland bekommen, muß also wünschen, daß Deutschland zahlungs- und leistungsfähig bleibt. England dagegen will einen unbequemen Konkurrenten auf dem Weltmarkt beseitigen, und da ist eben ein finanziell und wirtschaftlich schwaches Deutschland gerade recht. Alle Friedensbedingungen, die Deutschland finanziell und wirtschaftlich schwächen, führen zu einer Beeinträchtigung des Zweckes von Frankreich, aber zu einer Begünstigung der Absichten Englands. Der Geprellte ist Frankreich. Gleichzeitig beide Bedingungen zu erfüllen, ist unmöglich. Man kann nicht die Entschädigungsforderungen aufs höchste hinaufschrauben und gleichzeitig die Zahlungsfähigkeit aufs äußerste abschwächen, abschwächen durch Wegnahme von Kolonien, durch Abschneidung von Territorien in Europa, durch Wegnahme der Auslandswerte usw. Das Übermaß der feindlichen Forderungen steht sich also selbst im Wege und hindert ihre gleichzeitige Erfüllung. Solche innerlich sich widersprechenden Friedensbedingungen sind undurchführbar und unerfüllbar, sogar vom Standpunkt der Feinde aus.

Am allerschlimmsten sind aber schließlich die **wirtschaftlichen Friedensbedingungen**, welche gestellt werden und welche allen Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen. In der schon erwähnten Note vom 10. Januar 1917 haben die alliierten Regierungen als das Hauptziel bezeichnet, was sie vor allem wollen, die Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit. Was aber hier in den wirtschaftlichen Bedingungen dem deutschen Volke auferlegt werden soll, das ist das Gegenteil von Freiheit und Gerechtigkeit

Es ist auch sehr interessant, zu beobachten: während die übrigen Friedensbedingungen sich gegen den Staat, gegen die organisierte Gesamtheit des Volkes wenden, kehren sich die wirtschaftlichen Bedingungen gegen jeden einzelnen Volksgenossen, gegen jeden deutschen Staatsangehörigen. Damit kommen wir zu einem Rückschritt in der völkerrechtlichen Entwicklung, die glücklicherweise dahin geführt hatte, daß während des Krieges anzunehmen war: der Krieg wird nur zwischen der Militärmacht der beteiligten Staaten geführt, nicht aber zwischen den Staatsangehörigen der beiden Länder. Diese Entwicklung hatte dahin geführt, daß das **Privateigentum** in diesem Kampfe grundsätzlich unberührt gelassen worden ist. Nun aber soll, offenbar auf Englands Anregung, eine Regelung getroffen werden, die auch das Privateigentum hereinzieht und aufs tiefste schädigt.

Da steht an der Spitze die Bestimmung, daß alles Eigentum, alle Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger in den alliierten Ländern beschlagnahmt und liquidiert werden sollen. Mit einer solchen Vorschrift sind alle Handelsbeziehungen deutscher Bürger zu den Ländern der Alliierten und ihren Kolonien so gut wie vernichtet. Die deutschen Kaufleute sind im Ausland schutzlos und rechtlos. Der Wirtschaftskrieg, von dem man doch annehmen sollte, daß er mit einem Friedensvertrag sein Ende erreicht, wie der Krieg überhaupt, wird noch mit neuen Mitteln und auf unbestimmte Zeit fortgesetzt. Eine solche Ungerechtigkeit und Grausamkeit hat die Welt noch nicht erlebt (lebhafte allseitige Zustimmung); eine solche Ungerechtigkeit und Grausamkeit sollen wir noch durch unsere Zustimmung genehmigen. Das wird niemand von uns erwarten können.

Außerdem soll Deutschland seine Beziehungen zu Rußland und China abbrechen, in der Form, daß alle Beteiligungen und Konzessionen von Deutschen in diesen Ländern vom Reiche aufgekauft und dann an die Feinde abgegeben werden. Vervollständigt wird diese Absperrung Deutschlands bezüglich der russischen Gebiete noch durch die geforderte Abtretung des Nordostens der Provinz Ostpreußen.

Durch alle diese verschiedenen Bedingungen und Vorschriften soll die **Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen** zum Auslande möglichst erschwert und Deutschland vom Auslande so gut wie abgeschnürt werden.

Dann ist weiter noch vorgeschlagen, daß Deutschland — es ist bereits hervorgehoben worden, und ich will es deshalb nur kurz erwähnen — die **Meistbegünstigung** allen alliierten und assoziierten Staaten gewähren soll, und zwar ohne Gegenseitigkeit, so daß in Zukunft von dem Abschluß eines brauchbaren Handelsvertrages gar nicht mehr wird gesprochen werden können. Deutschland hätte ja nichts mehr zu bieten. Unsere deutsche Handelsflotte soll uns ganz genommen

werden. Die **deutschen Werften** sollen in den nächsten fünf Jahren jährlich 200 000 Tonnen Schiffe für Rechnung der Alliierten bauen, also mindestens die Hälfte des Schiffsraums abgeben, der überhaupt neu hergestellt werden kann. Damit wäre eine baldige Wiederaufrichtung unserer Handelsflotte ausgeschlossen.

Der Grundsatz, der diesen Vorschriften zugrunde liegt, daß wir alle vernichteten Schiffe im einzelnen wieder ersetzen müssen, ist falsch und ungerecht; denn die Vernichtung dieser Schiffe ist in berechtigter Abwehr der Hungerblockade erfolgt, die von England gegen uns durchgeführt worden ist (lebhafte Zustimmung); der ganze Kampf unserer Unterseeboote war die gerechte Abwehr gegen die Hungerblockade, unter der wir noch heute nach sechs Monaten nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes zu leiden haben.

Der Zweck aller dieser Vorschriften ist, den deutschen Welthandel zu vernichten oder mindestens dauernd so zu lähmen, daß er nicht mehr zu einer Blüte gelangen kann.

Dann wird — um das nur noch kurz zu erwähnen — endlich noch verlangt, daß der **Deutsche Kaiser** und eine Anzahl politischer und militärischer Führer von uns an ein Gericht unserer Feinde ausgeliefert werden müssen. Eine solche Zumutung weisen wir mit Entrüstung zurück. (Lebhafter Beifall.) Kein deutscher Mann darf nach uralten Rechtsgrundsätzen einem ausländischen Gericht ausgeliefert werden, er mag sein, wer er wolle. An diesem Grundsatz des Rechtes halten wir fest. (Erneuter Beifall.) Wir sehen darin auch einen der vielen und bedenklichen Rückschritte auf völkerrechtlichem Gebiete, — Rückschritte, die wir nicht mitmachen wollen. Es wird an diesen Punkten genügen, um unsere Stellungnahme zu den Friedensbedingungen zu rechtfertigen.

Der Friedensvertrag stellt sich in seiner Gesamtheit dar nicht als ein Rechtsfrieden, sondern als ein Gewaltfrieden voll Unrecht und Haß, voll von Keimen neuer Gewalttaten und Ungerechtigkeiten, als eine Quelle neuen Völkerstreites und endloser Kämpfe statt der Herbeiführung des wirklichen Friedens. In der Gesamtwirkung kann die Bedeutung eines derartigen Friedensvertrages nur sein, dem deutschen Volk das Schicksal von Irland zu bereiten (sehr richtig!) oder vielleicht ein noch traurigeres Schicksal als dem irländischen Volk. Die Verantwortung für die Herbeiführung eines solchen Schicksals müssen wir von unserem Standpunkte aus ablehnen.

Dabei wissen wir, daß es sich im Grunde genommen nicht bloß um das Schicksal von Deutschland allein handelt. In den **neutralen Staaten,** vor allem in Holland, Schweden, der Schweiz häufen sich Tag

für Tag die Stimmen, die aus einem solchen Gewaltakt die schwersten Nachteile für die ganze Kulturwelt befürchten, und mit ihnen stimmen auch manche Stimmen sogar in England und Frankreich überein. Vor allem erinnere ich an die Äußerung der **englischen Arbeiterpartei**, die sehr zu beachten ist. Ich muß allen diesen Stimmen recht geben; denn die Vergewaltigung und Versklavung eines alten Kulturvolkes von 70 Millionen, wie es das deutsche Volk ist, kann gar nicht ohne Rückwirkung auf die gesamte Menschheit bleiben. Was heute dem deutschen Volk geschieht, kann morgen einem anderen Volk begegnen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Geist des Materialismus, des rücksichtslosen, brutalen Gewinnstrebens, dieser Geist, der aus den Friedensbedingungen herausgrinst, wird seine bösen Konsequenzen im Völkerrecht und auf dem Gebiete der sozialen Frage ziehen. Das Vertrauen auf die Grundsätze der Gerechtigkeit und Freiheit, der Glaube an Ehre und Treue der Menschheit muß die tiefste Erschütterung erleiden, wenn die Feinde ein Volk niedertreten können, nachdem sie so lange Zeit Gerechtigkeit und Freiheit in Aussicht gestellt und ausdrücklich zugesichert haben. Deshalb muß gegen die drohende Gewalt nicht nur das deutsche Volk für sich allein, es muß die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, den entschiedensten Protest erheben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Schuch.

Schuch, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Die **Frauen** aller Länder haben während des Krieges Unsagbares gelitten. Alle, welche Sprache wir auch sprechen, trugen die quälende Sorge um das Leben unserer Lieben, die im Felde standen Alle trugen wir das bittere Weh, daß Menschen von Menschen getötet wurden, und sie waren doch alle Söhne von Müttern und alle von Frauen geboren. (Große Bewegung.) Das Leid der Frauen und Mütter war international, solange der Krieg tobte. Dieses Gefühl haben wir deutschen Frauen immer gehabt: uns einte ja mit den Frauen der ganzen Welt dasselbe unsagbare Leid. Wir haben gegen den Krieg gekämpft und haben geglaubt, unsere Schwestern jenseits der Grenzen müßten mit uns kämpfen. Wir glaubten, ihren Kampfprotest nicht zu hören, weil sie auch den unsrigen nicht hören konnten, weil der Donner der Kanonen all unser Leid, all unsere Klagen verschlang. Aber als dann der Waffenstillstand kam, zeigte es sich, daß wir einen anderen Weg hatten, daß wir den Kreuzesweg nun allein gehen mußten.

Ich weiß nicht, ob unsere Schwestern jenseits der Grenzen jemals ganz begriffen haben, welche Unmenschlichkeit in der **Hungerblockade** liegt. Wir deutschen Frauen und Mütter haben gehungert während des

Krieges! Wir haben es sehen müssen, wie die Kinder hungerten und verhungerten! Wir haben es sehen müssen im letzten Sommer, wie ganze Scharen blühender junger Menschen im Lande an den Hungerkrankheiten zugrunde gingen! (Bewegung.) Wenn die Ententeregierungen eine Rechnung aufmachen wollten der Leiden von Frauen und Kindern in ihren Ländern, dann, sage ich, haben wir eine Gegenrechnung zu präsentieren, die geradezu ungeheure Schuldposten enthält (lebhafte Zustimmung), die überhaupt nie im Leben wieder beglichen werden kann. (Erneute Zustimmung.) Und dieser Hungerkrieg gegen uns und unsere schuldlosen Kinder wurde auch nach Abschluß des Waffenstillstandes fortgeführt!

Man gab uns unsere Gefangenen nicht zurück.

Schwer hat es uns die Entente gemacht, nicht zu hassen. Aber wir wußten, daß der Haß der Keim zu neuen Kriegen sein würde und sein müßte, und wir kämpften mit unserem ganzen Frauengefühl gegen den Krieg, alle, in welchem Lager wir auch uns befinden mochten, zu welcher Parteirichtung wir uns auch bekennen mochten. Weil wir mit unserem ganzen Naturgefühl gegen den Krieg sind, darum wollten wir den **versöhnenden Frieden.** Wir hofften nicht auf die Gnade der kapitalistischen Ententeregierungen, aber wir glaubten an die Gerechtigkeit der Völker. Von ihnen erwarteten wir unseren Frieden, denn sie trugen dieselben Wunden wie wir. Uns erschienen die **14 Punkte Wilsons** als die Grundlage eines solchen Friedens der Gerechtigkeit. Und nun ist uns ein Friedensvertrag vorgelegt worden, der diesen Glauben an die Gerechtigkeit zerschlägt (sehr richtig!), der uns jede Hoffnung nimmt, daß wir in harter, ehrlicher Arbeit noch einmal unseren Kindern ein Leben ermöglichen, das besser ist als das unsere. (Sehr richtig!) Um unserer Kinder willen ist dieser Friede für uns unannehmbar. (Sehr richtig!) Der Friede, wie er jetzt vorgeschlagen, würde unseren Willen zerbrechen. Was Hunger und Not nicht konnten in viereinhalb Jahren, das würde dieser Friedensvertrag, wenn er durchgeführt würde, vollbringen. Er würde uns zu willenlosen, feigen Sklaven machen. (Sehr richtig!) Dieser Vertrag nimmt uns die Möglichkeit zur freien Arbeit, und er nimmt uns damit die Möglichkeit zum **Aufstieg im Sozialismus.** Dieser Vertrag legt uns Lasten auf, welche die Fortführung der Sozialpolitik im eigenen Lande zur Unmöglichkeit machen. Die Rentenansprüche, welche der Entente aus dem Kriege erwachsen sind, sollen wir restlos tragen, aber für unsere Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und -waisen soll nichts bleiben, die werden von der Entente schonungslos dem Untergang preisgegeben. (Hört! hört!)

Das ist kein Friede, das wäre nie und nimmer ein Friede; kein Mensch mit Gerechtigkeitsgefühl könnte ihn als solchen bezeichnen. Es wäre die Fortführung des Krieges gegen Wehrlose mit anderen Mitteln. (Sehr richtig!)

Wenn wir uns je wieder emporarbeiten sollen, muß die Quelle aller Volkskraft, muß die **Mutterschaft** geschützt werden. Wie soll es denn aber Deutschland möglich sein, eine Mutterschaftsfürsorge durchzuführen, wenn es keine Mittel besitzt, und die Mittel will man uns nehmen. Man will uns nicht den Ertrag unserer Arbeit lassen, ja man will uns sogar die Möglichkeit nehmen, überhaupt zu arbeiten. Wie sollen wir die Kinder- und Jugendfürsorge durchführen, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, dafür den Ertrag unserer Arbeit zu verwenden. (Sehr richtig!)

Im Vertrage steht, daß die Blockade aufgehoben werden soll; also man tut so, als ob man uns nicht weiter hungern lassen wollte. Man will uns etwas Mehl, etwas Milch, etwas Fleisch verkaufen, aber dafür nimmt man uns die Kornkammern des eigenen Landes, dafür nimmt man uns 140 000 Milchkühe, und der Erfolg wird sein, daß Tausende unserer Säuglinge verkümmern und verhungern müssen. Man nimmt uns 40 000 Stück Jungvieh, die den Grundstock bilden könnten, um die furchtbar gesunkene Milch- und Fettversorgung von neuem aufzubauen. Man nimmt uns 120 000 Schafe und verkauft uns etwas Gefrierfleisch und Baumwolle. Man verkauft uns Rohstoffe und nimmt uns die wertvollsten Rohstoffquellen. Damit aber **nimmt** man Hunderttausenden unserer Volksgenossen die **Heimat**. Man kann ja überall wohnen; denn überall ist die Erde schön, aber die Heimat hat man nur einmal in der Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht gleich, ob wir unsere Muttersprache sprechen oder eine andere, ob unsere Kinder dieselben Laute hören wie wir oder fremde, ob wir am Volksleben und am Schicksal unseres Vaterlandes mitarbeiten können oder nicht. Das konnten wir aber in unserer freien Heimat, in unserer jungen Republik, die wir durch treue Mitarbeit zu einem vorbildlichen Staatswesen, zu einem sozialistischen Staat emporbauen wollten.

Die Franzosen haben ein so starkes Nationalgefühl. Wir haben es während des ganzen Krieges bewundert. Aber jetzt sollen sie auch in erster Linie verstehen, daß auch wir ein Heimatsgefühl haben. (Lebhaftes Bravo.) Das sollen sie anerkennen; sie sollen in erster Linie dafür eintreten, daß unseren Volksgenossen die Heimat nicht genommen werden darf. Sie sollen aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit mit uns fordern, daß nur eine Volksabstimmung in diesen Gebieten entscheiden darf über die Staatszugehörigkeit. Unsere junge deutsche Republik hat dieses Heimat-

gefühl für alle in ihr lebenden fremden Nationen voll anerkannt, sie hat ihnen das Recht der Muttersprache wiedergegeben, und unseren Volksgenossen soll es genommen werden! Dazu können wir nie und nimmer ja sagen. Es gibt keine Macht der Welt, die einen gerecht denkenden Menschen zwingen könnte, dazu sein Ja zu sprechen. (Bravo!)

Unsere **Gefangenen** will man uns jetzt zurückgeben, wenn das ganze Volk sich freiwillig dafür zu Sklaven macht. Das steht in dem Vertrage, den wir unterzeichnen sollen. Die Bereitwilligkeit zur Rückgabe unter diesen Bedingungen ist die furchtbarste Grausamkeit und Härte, die überhaupt Menschen erdenken konnten. (Sehr richtig!) Eine Grausamkeit gegen das menschliche Fühlen der Frauen, gegen die heiligsten Gefühle, die überhaupt die Menschen bewegen können, gegen Eltern-, Gatten- und Kindesliebe. Unsere Sprache hat kein Wort, um dieses Verfahren zu kennzeichnen. (Sehr richtig!) Wir wollen unsere Gefangenen zurückhaben — ich spreche das heute vor dem Forum der Welt aus, wenn es überhaupt noch eine Gerechtigkeit gibt — bedingungslos, wie wir die anderen zurückgegeben haben. (Lebhaftes Bravo.)

Wir deutschen Frauen wollen aber auch, daß **dieser Krieg der letzte** gewesen ist. Wir haben so Unmenschliches gelitten, daß wir nicht wollen, daß die Menschheit noch einmal durch diese Leiden geht, durch dieses Meer von Blut, und wir denken, alle unsere Schwestern jenseits der Grenzen, jenseits der Gebirge und Meere müssen dasselbe Empfinden haben; denn sie haben dasselbe gelitten wie wir. Darum müssen sie mit uns fordern, im Namen der Menschlichkeit, daß Deutschland gleichberechtigt in den Völkerbund aufgenommen wird. Jede andere Koalition müßte wieder in absehbarer Zeit zu neuen kriegerischen Zusammenstößen führen. Dieser Gewaltfriede, wenn er so geschlossen würde, würde überhaupt nicht nur der Keim, sondern der Anfang eines neuen Krieges sein. (Sehr richtig!) Das wäre dann die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen aber unsere Kinder zu Kulturmenschen erziehen, sie sollen Teil haben an den Schönheiten und Freuden des Lebens. Wir Frauen sind die Trägerinnen des Lebens und nicht die Dienerinnen des Todes, und so fordern wir, daß unsere Schwestern überall in der Welt mit uns einstimmen in den Ruf gegen den Krieg; sie können nicht anders fühlen als wir.

Würde dieser Friede zur Wirklichkeit, dann bedeutete er auch für die übrigen Völker Europas Versklavung oder Aufruhr und neuen Krieg. Wir lehnen diesen Frieden ab um all dieser furchtbaren Konsequenzen willen, die er nach sich ziehen müßte. Wir fordern Verhand-

lungen auf Grund der deutschen Gegenvorschläge und auf Grund der 14 Punkte Wilsons.

Wir Frauen sind Gläubige, bis uns der Tod trifft, und so rufen wir noch einmal das Gewissen der Welt auf, mit uns auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons einen Frieden der Gerechtigkeit zu erkämpfen. (Beifall.)

Wir fordern Gerechtigkeit an Stelle von Gewalt und Rache. Wir wollen den Frieden, aber nicht dieses Zerrbild eines Friedens. Wir wollen die Freiheit zum Arbeiten und zum Leben behalten.

Meine Herren und Damen! Ich glaube, wir Frauen gerade sind uns in dieser Stunde der furchtbaren Verantwortung bewußt, welche wir tragen; denn jede einzelne Mutter hat für die Zukunft ihrer Kinder einzustehen, für jede einzelne Mutter bedeutet es nicht nur den eigenen Untergang, wenn die ganzen Härten dieses Vertrages ausgeführt würden. Wir leben in unseren Kindern, aber weil es so ist, darum wollen wir, daß sie ein freies Leben haben, und um ihretwillen müssen wir diesen Frieden ablehnen. (Lebhafter Beifall.)

In der Begrüßungsrede wurde uns ein großes Wort aus der Vergangenheit gesagt: Wenn ihr versinkt, versinkt die ganze Menschheit! Das ist nicht nur ein Wort aus der Vergangenheit, sondern es ist ein Wort, welches aus der Zukunft zu uns herüberklingt.

Es ist für uns Frauen eine furchtbare Stunde! Dieser Friede, den wir mit brennender Seele fast fünf Jahre lang ersehnt haben, wird uns nun in einer Form geboten, daß wir ihn um der Menschheit willen, um der Zukunft willen ablehnen müssen. Es ist nicht leicht! Aber es ist das, was wir unseren Kindern, was wir der Zukunft der Menschheit schuldig sind. Weil wir den Frieden der Völker wollen, darum ist dieses Zerrbild eines Friedens für uns unannehmbar, und aus diesen Gründen müssen unsere Schwestern in den heute uns noch feindlichen Ländern mit eintreten in den Kampf: auch sie müssen diesen Frieden ablehnen. Sie müssen mit uns eins sein, daß ein Frieden geschlossen wird, der auch wirklich garantiert, daß nicht wieder ein solches Blutvergießen über die Menschheit kommen kann. Ein Friede in des Wortes heiligster und höchster Bedeutung! (Lebhafter, andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Im Namen der deutschen Demokratie erhebe ich Anklage gegen die Demokratien von Frankreich, England und

Amerika, weil sie die **Grundsätze der Demokratie** vergewaltigen lassen wollen durch einen Frieden, von dem der englische Politiker Snowden ausgesprochen hat:

> Dieser Friede ist ein Verrat an der Demokratie und an den Gefallenen Englands.

(Lebhafte Zustimmung.) Der holländische Sozialistenführer Troelstra hat gestern in Nymwegen erklärt:

> Dieser Friede ist ein Bündnis der siegenden Nationen, um den Besiegten das Blut unter den Nägeln wegzuholen.

Und ich sage: Dieser Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Entente hat bis zum 7. Mai ihre Kriegsziele verborgen, sie hat geleugnet, daß Deutschland Grund habe, sich vor ihren gerechten Kriegszielen zu sorgen. Heute tritt uns ein Vernichtungswille der Entente Deutschland gegenüber entgegen, der die Todesangst Deutschlands rechtfertigt und damit die Notwehr und sogar die Notwehrexzesse, die vorgekommen sind.

Der weltpolitische **Inhalt des Friedensvertrages** charakterisiert sich darin, daß die Randvölker Europas den Blutumlauf der Mitte Europas unterbinden wollen, daß sie meinen, das tun zu können, ohne daß damit auch die übrigen Glieder in Mitleidenschaft gezogen werden. Inzwischen verteilen sie Afrika und Asien. Aber um als Verbündeten zu diesem Plan Amerika zu gewinnen, erteilen sie Amerika das „Mandat", Konstantinopel zu beherrschen. Das ist nicht nur das Symbol, sondern das ist der Grundstein der Herrschaft, die Amerika über Europa durch den Wahnsinn dieses europäischen Krieges antritt. (Sehr richtig!) Den Glanz der Krone von Byzanz soll die Demokratie Amerikas verblenden und blind machen gegen die ungeheuren Ungerechtigkeiten, welche gegen die deutschen Völker insgesamt verübt werden sollen.

Der Friede, der sich gegen Deutschland richtet, ist eine neue Form von **langsamer Folterung** eines ganzen Volks. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der Ausdruck und Anstiftung zu einer Verrohung des Völkerrechts, wie sie bisher noch niemals dagewesen ist. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Er entrechtet und entmannt die **Souveränität des deutschen Volks**; denn er verbietet Deutschland, Verträge zu schließen; er spricht aus, daß Deutschland Gesetze geben und Verträge schließen muß auch gegen seinen Willen, auf Befehl einer fremden Macht. Er verhindert Deutschland, die Politik, die seine Interessen fordern, und überhaupt Politik zu machen. (Sehr richtig!) So weit geht der Versuch einer Unterwerfung Deutschlands, daß man in dem Artikel 432 bei den „Sicherungen für die Ausführung" zu sagen wagt:

> Die Fragen betreffs der Besetzung, die nicht durch vorliegenden Vertrag geregelt werden, werden den Gegenstand späterer Abmachungen bilden, welche anzuerkennen Deutschland sich bereits jetzt verpflichtet.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Eine größere Zumutung als die Unterschrift unter diesen Blankoschein kann völkerrechtlich überhaupt nicht mehr geboten werden. (Zustimmung.)

Man verbietet Deutschland, sich mit **Österreich** zusammenzufinden, zu dem es durch eine tausendjährige Blutgemeinschaft gehört. Auch ich sage wie der Herr Ministerpräsident: es findet ein starkes Echo in unseren Herzen das, was der Staatskanzler von Österreich gestern in Wien ausgesprochen hat, indem er erklärte:

> Der großdeutsche Gedanke bleibt, und unsere deutsche Seele werden wir nicht preisgeben, wir Kinder der unglücklichsten Nation.

Man kann zwar versuchen, die legitime Verbindung Zusammengehöriger zu verbieten, die sich vermählen wollen, weil sie die Neigung im Herzen tragen. Aber die Geschichte des menschlichen Herzens und der Herzen der Völker lehrt, daß Neigung, Liebe und Treue unter solchen unsittlichen Verboten nur stärker werden. (Beifall.) Die Souveränität soll dadurch weiter getroffen werden, daß man die **Sicherheitstruppen**, die wir in Deutschland notwendig haben, nicht mehr uns bestimmen lassen will in einer Zeit, wo Ausstände und Aufstände in hundert Städten ausgebrochen sind, die das Sicherheitsgefühl der ganzen Nation erschüttert haben, und wo gleichzeitig die räuberischen Einfälle eines neuen Feindes an unserer Ostgrenze uns die ganzen Gefahren, die vor uns stehen, spiegeln.

Deutschland wird durch diesen Vertrag unter Kuratel gestellt (sehr wahr!) und wie eine Kolonie behandelt, von der der Vertrag sagt, daß die Kolonien von den höher zivilisierten Nationen unter Vormundschaft gestellt und geleitet werden müssen. (Hört! hört!)

Ist der Entwurf in der Richtung der Souveränitätsbeschränkung unerträglich, so ist er, was die **Gebietsentreißungen** und **Annexionen** anlangt, eine Amputation und eine Vivisektion. Man raubt die Kolonien, man reißt das deutsche **Elsaß** von Deutschland ohne auch nur die Elsässer zu hören und über ihren Willen abstimmen zu lassen, was man als Deutschlands Verbrechen erklärt hat. Man reißt die **Saarbevölkerung** vom deutschen Leib und stellt sie unter sogenannte Sicherheitsbedingungen, die so gehalten sind, daß man den Wunsch und den Willen merkt, sie sollen niemals eingehalten werden können; daß es also nur eine verschleierte Annexion ist (sehr richtig!), um sophistisch dem Wortlaut Wilsons getreu zu werden. Das gleiche gilt für das **Rheinland**, wo auch die Sicherheit für Verpflichtungen dadurch in das rechte Licht gerückt wird, daß die Summen, die wir als Entschädigung zahlen und für die wir das linke Rheinufer ver-

pfänden sollen, noch gar nicht zusammengestellt sind, sondern erst in den nächsten zwei Jahren auf Grund von Bestimmungen zusammengestellt werden sollen. Frankreich und Belgien haben ihren Bewohnern die unerhörtesten Einräumungen und Versprechungen gemacht, die wir noch gar nicht in ihren Wirkungen kennen, von denen wir aber wissen, daß wir sie unmöglich erfüllen können, so daß also die Nichterfüllung dieser Bedingungen zugleich den Gegnern das angebliche Recht geben soll, Cöln und Mainz und das ganze linke Rheinufer an sich zu reißen.

Schleswig soll in einem Umfang abgerissen werden, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Hanssen, der aus seinem dänischen Herz nie ein Hehl gemacht hat, Protest erhebt, daß 400 000 Einwohner aus Deutschland weg nach Dänemark genommen werden, wovon nur 120 000 Dänen sind. (Hört! hört!) Das charakterisiert diese „nationale Politik".

Danzig, das urdeutsche Danzig, Westpreußen, soll uns entrissen werden, und Danzig wird verhöhnt mit dem Wort, eine „freie Stadt" zu sein, in welcher die Polen schalten und walten können. (Hört! hört!) Und ewig denkwürdig ist die Bestimmung, daß in den Vertrag hineingeschrieben wird: die Einwohner der Stadt Danzig verlieren ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Die Ostpreußen sollen abgeschnürt werden, die — wie die Westpreußen — zu unseren treuesten Deutschen gehören. Posen soll entführt werden und ganz Oberschlesien und Memel sollen in anderen Besitz übergehen. Preußen soll zerfleischt werden, und ich — ein Süddeutscher! — spreche aus, daß das ein Streich gegen das Mark von Deutschland geführt ist, den wir alle aufs tiefste mitfühlen. (Lebhafter Beifall.) Schon aus diesen Gründen können wir niemals die Einwilligung zu diesem Vertrag geben, weil wir die Bruderhände, die sich nach uns ausstrecken, nicht zurückstoßen wollen, ohne das innere Band, das ewig sein soll, selbst zu erschüttern. (Bravo!)

Das **wirtschaftliche Deutschland** soll in ein Netz von Verpflichtungen verstrickt werden, das den Namen eines Stricks in des Wortes eigenster Bedeutung verdient. Entschädigungen über die Lansing-Note vom 5. November hinaus sollen festgestellt werden. Das Privateigentum der Deutschen im Auslande wird kassiert und geraubt. Man nimmt Deutschland alle wertvollen Schiffe. Man legt den Werften eine unerhörte Schiffsbaulast für die Fremdherrschaft auf. Man **internationalisiert die deutschen Flüsse,** alle deutschen Flüsse (hört! hört!), die Elbe, die in diesem Vertrag den Namen „Laba" führt, die Oder, den Rhein und die Donau, die bis Ulm, also ins tiefste Binnenland hinein internationalisiert, das heißt hegemonisiert werden soll, so daß in den verwaltenden Staaten Preußen bei der Oder eine Stimme haben soll, wie England, wie Polen und alle anderen Feinde sie haben sollen. (Rufe: Unerhört!) Man nimmt den badischen Rhein von Mannheim

bis Basel, indem man auch auf der rechten Seite die weitgehendsten Rechte sich zuschreibt und indem man die Wasserkräfte, die weiße Kohle, Baden entziehen will, nachdem man die schwarze schon beschlagnahmt hat. Man holt die Saarkohle, die oberschlesische Kohle und man verlangt noch weiter 50 Millionen Tonnen jährlich zu liefern von uns an das Ausland. Man verlangt, wie die Vorrednerin mit Recht hervorgehoben hat, unser Vieh und nimmt den Kindern die Milch. Man trifft die Bestimmung, daß die Geldforderungen der Gegner vorgehen sollen vor den deutschen Verpflichtungen. Man entwertet die Reichsanleihen und man macht alle Sparkassen und Arbeiterversicherungen bankerott und leistungsunfähig (sehr richtig!). Man gibt die Arbeiterbevölkerung Deutschlands der wachsenden Verelendung preis. Was können wir noch reden von Sozialisierung, was hat es für einen Sinn, von Arbeiterräten noch zu reden, durch die sich die Arbeiter eine neue Zukunft bauen wollten, wenn alle Mittel, die dazu nötig sind, weggeholt werden durch den Feind? Das heißt sich die Gesellschaft der Nationen und ist in der Wirklichkeit eine Löwengesellschaft, in der der „Tiger" zum Gärtner gemacht ist. (Sehr gut!) Die Interessen Deutschlands hat man überhaupt nicht zu Rate gezogen, sondern man hat nur alle Interessen der anderen summiert und dadurch ist man zu dem von Herrn Gröber hervorgehobenen Widersinn gekommen, daß man gleichzeitig die Industrie ruiniert, die allein in der Lage wäre, die Entschädigung zu zahlen, welche die Gegner verlangen.

Es ist eine vollständig sich kreuzende und widerspruchsvolle Politik, die zur Ruinierung, nie aber zu Entschädigungen führen wird.

Aber über das hinaus ist der **Vertrag rechtswidrig.** Denn er verstößt gegen die Vereinbarung, die unter dem 5. November von den Gegnern angenommen worden ist. Herr Gröber hat das einen „Wortbruch" genannt. Und ich spreche aus: Wenn unser Heer und unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt hätten, daß der Friede so aussähe, dann würde unser Heer und selbst die Soldatenräte die Waffen nicht niedergelegt haben und unsere Arbeiter würden ausgeharrt haben, bevor sie Deutschland so niederwerfen ließen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.)

Der Vertrag ist aber auch unsittlich. Wir lesen in diesem Vertrag, daß es eine solche **internationale Moral** gäbe. In dem § 227, von dem der Herr Abgeordnete Gröber in einem anderen Zusammenhang gesprochen hat, und der gegen das Staats- und Völkerrecht sich verfehlt, wird die öffentliche „Anklage wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral" erhoben, und es wird ein Gerichtshof eingesetzt, der die Achtung der internationalen Verträge sowie der internationalen

Moral sichern soll. (Hört! hört!) Also sie behaupten, eine internationale Moral zu schützen, und sie nehmen Akte vor, die den gröbsten Verstoß gegen die guten Sitten des Völkerrechts begehen, wie er jemals geübt worden ist. (Zustimmung.)

Besonders verletzend ist, daß die Gewalt sich den **Mantel des Rechts** umhängen will. Man will Beute machen in der Form des Rechts. Man will plündern in der Form der Zwangsvollstreckung. (Sehr gut!) Um diesen Schein des Rechts möglich zu machen, ist nur eins noch nötig, was sie nicht haben: unser Anerkenntnis dieses Vertrages, damit sie behaupten können, er sei Recht.

Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Der Feind kann offen Gewalt anwenden, er kann den Krieg fortführen gegen Waffenlose, er kann einen Landvogt ins Land setzen. Wir aber können und müssen erklären, und ich erkläre es namens meiner Freunde, daß dieser **Vertrag unannehmbar** ist. Das ist unser fester einmütiger Wille, komme was da kommen mag. Es kann nicht schlimmer kommen, als die Selbstauferlegung dieses Jochs für uns bedeuten würde. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Der Feind wird einmarschieren. Er kann die Hungerblockade machen. Er kann der Welt das Schauspiel und den Tatbestand einer Hungererpressung geben. Aber der Anblick dieses Martyriums der Vaterlandsliebe wird für uns nur für Gerechtigkeit werben, auch in den Herzen aller anständigen Ausländer. (Zustimmung.)

Und wenn ich noch einige Worte sagen darf zu den **Einwendungen**, die gegen uns angeführt werden, so ist die Behauptung, Deutschland habe sich nicht verändert und müsse deshalb gestraft werden für das **fortdauernde Regime**, ein Märchen, über das ich lachen müßte, wenn ich nicht als Vorsitzender des Verfassungsausschusses mit tiefstem Ernst aussprechen könnte und müßte, daß nie ein Volk eine freiere Verfassung haben wird als die Verfassung, aus dem Volksgeist geschaffen. (Beifall.) Die zweite Einwendung ist, wir hätten nie verhandeln wollen, so lange wir zu siegen gehofft haben. Auch das ist eine Unwahrheit. Am 15. Januar 1918, also vor der Friedensfrühjahrsoffensive, also vor Brest-Litowsk, habe ich auf Veranlassung eines Neutralen mit einem hochangesehenen Engländer konferiert und ihm die förmliche Erklärung abgegeben, daß **deutsche Parlamentarier** bereit sind, mit **englischen Parlamentariern** zu verhandeln, wenn Männer erschienen — ich bitte die auswärtige Presse, diese Namen zu notieren, damit die Herren es erfahren — wie Lord Buckmaster, Walter Runciman, Gilbert Murray, Lord Haldane, Lord Lansdowne, Lord Cavendish, Bendink, Thomas und Arthur Henderson. Auf deutscher Seite seien bereit, mit ihnen zu verhandeln: die Abgeordneten Fehrenbach, der damals noch nicht Präsident der Nationalversammlung war, der Abgeordnete Ebert, der

damals noch nicht Reichspräsident war, und der Abgeordnete Haußmann, die aber alle berechtigt waren, ihre Fraktionen und die Mehrheit des Reichstags in einer neuen Politik zu vertreten. Diese Mitteilung ist durch den englischen Botschafter von Bern nach England telegraphiert worden. Bis heute habe ich nie eine Antwort erhalten (hört! hört!), ob die Herren die Aufforderung jemals erhalten haben und nicht kommen wollten, oder ob es ihnen untersagt worden ist. (Erneute Rufe: Hört! hört!)

So glaube ich, zum Schlusse nur noch sagen zu müssen: wir Deutsche haben gelernt, den Krieg zu hassen. Zwinge man uns nicht, diese unsere Überzeugung zu verlernen, die kraftvoller bleiben wird, wenn sie gegenseitig ist! Wir sind bereit, dem Militarismus mit allen seinen Werken zu entsagen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. (Sehr richtig!) Weil wir alle, auch die Deutschen, Fehler schwerer Art gemacht haben, können die Deutschen und sollen alle vergessen, wenn nicht jetzt ein neues unerhörtes, grausames Unrecht an Deutschland neu verübt wird.

Wir bitten unsere Unterhändler und die Entente, auf anderer und gerechter Grundlage einen Frieden zu schließen. Wir werden ihn mit der Tat und mit dem Herzen erfüllen, wenn er erfüllt werden kann. Wir bitten die Regierung, hinter die wir nach ihrer heutigen Erklärung mit aller Entschlossenheit treten, die Sache Deutschlands in dem Geist zu führen, der heute verkündet worden ist. (Lebhafter Beifall.) Der Vertrag ist und er bleibt unannehmbar, wenn nicht eine andere Grundlage für ihn in den gefährlichen Punkten gefunden wird.

Die Parteiunterschiede in Deutschland werden klein; wir fühlen, wie ein Gemeinschaftsgeist wächst. Auch die Unabhängigen empfinden das Unerhörte dieses Vertrags; aber sie haben einen Trost, daß, wenn er komme, auch die Weltrevolution komme, und diese Wirkung und „Hoffnung" ist die furchtbarste Verurteilung des Werks. Es ist wahr, daß der Widerstand und der Wall, den der deutsche Ordnungsgeist gegen die Weltrevolution bildet, sich in dem Maße verringert, in dem man fatalistisch glauben müßte, daß doch alles von dem Feinde zerstört werde. (Sehr wahr!)

Ich will, da die Zeit abgelaufen ist, nicht das den Gegnern noch sagen, was ich den anständigen Leuten unter ihnen habe zurufen wollen, aber ich will zum Schluß ein Wort, das aus den Gefühlen vor hundert Jahren gesprochen ist, anführen und das in dieser Stunde ins tiefste Herz greift. Die **„drei Bekenntnisse"** eines Deutschen lauten:

> Ich sage mich los von der leichtsinnigen Hoffnung einer Errettung durch die Hand des Zufalls, von der dumpfen Erwartung der Zukunft, die ein stumpfer Sinn nicht erkennen will; von der kindischen Hoffnung, den Zorn eines Tyrannen durch freiwillige Entwaffnung zu beschwören,

durch niedrige Untertänigkeit und Schmeichelei sein Vertrauen zu gewinnen; von der falschen Resignation eines unterdrückten Geistesvermögens; von dem unvernünftigen Mißtrauen in die uns von Gott gegebenen Kräfte; von der schamlosen Aufopferung aller Ehre des Staats und Volks, aller persönlichen und Menschenwürde.

Ich glaube und bekenne, daß ein Volk nichts höher zu achten hat als die Würde und Freiheit seines Daseins; daß es diese mit dem letzten Blutstropfen verteidigen soll; daß es keine heiligere Pflicht zu erfüllen hat, keinem höheren Gesetz zu gehorchen; daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist; daß dieser Gifttropfen in dem Blute eines Volkes in die Nachkommenschaft übergeht und die Kraft später Geschlechter lähmen und untergraben wird; daß man die Ehre nur einmal verlieren kann; daß die Ehre des Staatsoberhauptes und der Regierung eins ist mit der Ehre des Volks und das einzige Palladium seines Wohls; daß ein Volk unter den meisten Verhältnissen unüberwindlich ist in dem großmütigen Kampf um seine Freiheit; daß selbst der Untergang dieser Freiheit nach einem blutigen und ehrenvollen Kampf die Wiedergeburt des Volkes sichert und der Kern des Lebens ist, aus dem einst ein neuer Baum die sichere Wurzel schlägt.

Ich erkläre und beteure der Welt und Nachwelt, daß ich die falsche Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will, für das verderblichste halte, was Furcht und Angst einflößen können; . . . . daß ich die warnenden Begebenheiten alter und neuer Zeit, die weisen Lehren ganzer Jahrhunderte, die edlen Beispiele berühmter Völker nicht in dem Taumel der Angst unserer Tage vergesse und die Weltgeschichte hingebe für das Blatt einer lügenhaften Zeitung; daß ich mich rein fühle von jeder Selbstsucht, daß ich jeden Gedanken und jedes Gefühl in mir vor allen meinen Mitbürgern mit offener Stirn bekennen darf, daß ich mich nur glücklich fühlen würde, einst in dem herrlichen Kampf um Freiheit und Würde des Vaterlandes einen glorreichen Untergang zu finden.

Das sind in der Stunde der höchsten Gefahr die Gefühle der Vaterlandsliebe, und wir alle wollen uns geloben, daß wir unser unglückliches Vaterland noch mehr lieben, als wir unser einst glückliches Vaterland geliebt haben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bitta.

Bitta, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Zu den vielen unerträglichen Bedingungen des Versailler Friedensangebots gehört auch die **Abtretung** des größten Teiles **Oberschlesiens** mit seiner Regierungshauptstadt Oppeln. Die Nachricht von dieser Bedingung hat größte Entrüstung und Bestürzung in Oberschlesien hervorgerufen, wie eine vieltausendköpfige Versammlung in Oppeln in den letzten Tagen bewiesen hat. Bisher hat die deutschgesinnte Bevölkerung Oberschlesiens die Siegeszuversicht der offenbar besser informierten Polen wenig beachtet, weil von amtlicher oder sonst gut informierter Seite stets betont worden ist, daß für Oberschlesien keine Gefahr drohe. Noch bei der letzten Konferenz der Sachverständigen in Berlin am 31. März ist diese

Auffassung von amtlicher Seite geteilt und gleichzeitig festgestellt worden, daß ein Vertrag, welcher die Abtretung Oberschlesiens enthielte, unter keinen Umständen unterschrieben werden würde. Und in der Tat, Oberschlesien ist für Deutschland wegen seines Kohlenreichtums unentbehrlich. Es ist auch unentbehrlich als Brücke für den Osten. Ich erinnere nur an die Eisenbahnverbindungen Oderberg—Wien, Oderberg—Budapest, Oderberg—Kaschau, Oderberg—Krakau und Oderberg—Lemberg. Andererseits bedarf das neue Polen der oberschlesischen Industrie nicht, da es dieselben Bodenschätze wie Oberschlesien in größtem Umfang besitzt und in der Lage ist, durch gesteigerte Produktion den Bedarf des polnischen Landes zu decken.

Die Abtretung Oberschlesiens widerspricht aber auch den als Rechtsgrundlage des Friedensvertrages vereinbarten Wilsonschen Punkten. Nach Punkt 13 soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließt. Dazu gehört aber die oberschlesische Bevölkerung in keiner Weise; denn Oberschlesien hat nur vorübergehend in den Jahren 999—1163, und zwar infolge von Eroberungen, zu Polen gehört. Seit also mehr als 700 Jahren gehört Oberschlesien nicht mehr zu Polen. Schon im 14. Jahrhundert war **Oberschlesien** ein ganz **eingedeutschtes Land.** Ich erinnere an die Gründung der deutschen Stadt Beuthen, ich erinnere an die freie Bergstadt Tarnowitz, ich erinnere an das von den Markgrafen von Brandenburg gegründete Städtchen Georgenberg und an die Gründungen des deutschen Prämonstratenser und Zisterzienserordens. Die Standesherrschaft Beuthen, welche den eigentlichen oberschlesischen Industriebezirk umfaßt, den wertvollsten Teil Oberschlesiens, war in den Jahren 1526 bis 1631 im Besitz der deutschen Markgrafen von Brandenburg. Im Jahre 1631 hat die urdeutsche Familie der Grafen Henckel aus dem Zipser Komitat diese Herrschaft erworben und besitzt sie noch heute. Seit der Besitznahme der Markgrafen von Brandenburg ist der Bergbau im oberschlesischen Industriebezirk geführt worden auf Grund deutscher Bergordnungen, deren eine ganze Anzahl erlassen worden sind, zum Beispiel in den Jahren 1526, 1598, 1641, 1652 und 1658. Seit 1742 hat die preußische Staatsverwaltung nach der Einnahme von Schlesien den Bergbau wieder in Gang gebracht, der durch den 30jährigen Krieg etwas in Verfall geraten war.

Im Jahre 1787 erklärte Graf Reden, der damalige Leiter des oberschlesischen fiskalischen Bergbaus, am Schlusse einer Denkschrift:

> Ich finde ein unbeschreibliches Vergnügen in der Vorstellung dieser vielleicht noch sehr fernen Zukunft und freue mich im voraus der Zeit, wo belebte Industrie, schnellere Zirkulation und Kultur diesen unbeachteten Winkel zur Perle der preußischen Krone erheben und dessen Bewohner aus armen bedrückten Sklaven zu gebildeten und beglückten Menschen umschaffen werden.

Sie sehen also, wie damals der Kulturzustand Oberschlesiens aussah. Das entspricht auch ganz dem Vers, den Goethe 1790 in das Fremdenbuch der oberschlesischen Friedrichsgrube eintrug und der bekanntlich anfängt mit den Worten: „Fern von gebildeten Menschen".

Und sehen Sie sich, meine Damen und Herren, heute Oberschlesien an. Wie der Augenschein ergibt, ist das Zukunftsbild des Grafen Reden in vollem Umfang eingetreten. **Oberschlesien** ist ein Land echter Kultur und industrieller Blüte, und zwar auf Grund deutscher Unternehmungs- und **deutscher Schaffenskraft.**

Abgesehen von einigen Banken, kleinen Ziegeleien und Genossenschaften, haben nur deutsche Unternehmungen an dieser Blüte teil. Im Jahre 1918 kam Einkommensteuer im Regierungsbezirk Oppeln auf aus deutscher Hand rund 21 611 148 Mark, aus polnischer Hand 1 800 691 Mark. (Hört! hört!) Grund- und Gebäudesteuern kamen auf aus deutscher Hand 3 416 747 Mark, aus polnischer Hand nur 910 335 Mark. Gewerbliche Betriebe waren vorhanden: deutsche 16 603, polnische nur 1047.

Die **oberschlesische Bevölkerung** zählte im Jahre 1910 2 207 981 Einwohner, davon sind 884 045 Deutsche, 1 169 340 polnisch Sprechende, von denen aber nach eigener Angabe 766 963 auch der deutschen Sprache mächtig sind. (Hört! hört!)

Die Sprache ist aber nicht allein bestimmend für die Staatszugehörigkeit, ausschlaggebend ist vielmehr die Gesinnung, und *die Gesinnung des Oberschlesiers ist weit überwiegend deutsch.* (Bravo!) Das beweist das Verhalten der Oberschlesier in den Feldzügen 1870/71 und im Weltkriege. Ich erinnere daran, daß gerade die polnisch sprechenden Oberschlesier sich in diesem Weltkriege der größten Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten zu erfreuen hatten. (Sehr wahr!)

Helden des Oberschlesiers sind nicht ein Jagello oder Koszjusko, sondern Helden auch des polnisch sprechenden Oberschlesiers sind *der Alte Fritz, Ziethen, Blücher, Moltke und Hindenburg.*

Meine Damen und Herren! Als ich im Jahre 1884 nach dem polnisch sprechenden Teile Oberschlesiens kam, war noch die Bezeichnung „Pollok" ein Schimpfwort und der polnisch Sprechende erwiderte darauf: Was, ich bin kein Pole, ich bin ein Deutscher! und zwar sagte er das in polnischer Sprache. Das ist ein Beweis, daß der Oberschlesier deutsch fühlt.

Die Sprache des Oberschlesiers ist auch nicht hochpolnisch, sondern sie ist ein Gemisch, das niemals Schrift- und Urkundensprache geworden ist.

Es ist bezeichnend, daß, nachdem die preußische Staatsregierung Ende des vorigen Jahres den polnischen Religionsunterricht in Ober-

schlesien einführte, sich bei 427 055 Kindern, von denen 248 376 polnisch sprachen, nur 93 121, also nur 21 Prozent, zum polnischen Religionsunterricht gemeldet haben, und von diesen haben sich nachträglich noch 7884 abgemeldet.

Vom völkischen Standpunkte aus läßt sich nachweisen, daß das oberschlesische Volk nach seinem ganzen Aufbau ein **Mischvolk** ist, dessen Bestandteile — ostgermanische Ureinwohner, slawische Eroberer, deutsche Kolonisten — unter polnischer, böhmischer, ungarischer und deutscher Beeinflussung allmählich sich so verbanden, daß ihre Auflösung in die früheren Bestandteile oder eine Sonderung nach klar erkennbaren nationalen Stämmen nicht mehr möglich ist. Kein Geringerer als der spätere Erzbischof Dr. v. Stablewski in Posen hat das im Jahre 1892 ausdrücklich anerkannt. Erst in den letzten 25 Jahren sind aus hochpolnischen Distrikten Redakteure, Ärzte, Anwälte und Bankleiter in Oberschlesien eingewandert, die dort großpolnische Agitation betrieben haben. Trotzdem ist es bezeichnend, daß noch heute in Oberschlesien 540 000 Zeitungsexemplare in deutscher Sprache, dagegen nur 120 000 Exemplare in polnischer Sprache verbreitet sind.

Für die Abtretung Oberschlesiens fehlt jeder innere und staatsrechtliche Grund. Das Band einer gewissen Sprachgemeinschaft begründet kein solches Anrecht. Das Hauptmotiv ist vielmehr der Machthunger Polens und das Interesse Frankreichs.

Für Oberschlesien würden aber im Falle der Abtretung große Nachteile eintreten. Zunächst ein kultureller Rückschritt. Ich weise darauf hin, daß in Kongreßpolen 590 von 1000 Analphabeten sind, in Oberschlesien nur einer von 1000. Ferner würde ein Verfall der sanitären Errungenschaften eintreten, da in Polen solche, wie z. B. die Schutzpockenimpfung, fehlen. Oberschlesien würde auch der Vorteile der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung beraubt werden, die Polen nicht kennt.

Es ist ein Lockmittel der polnischen Agitatoren, daß Oberschlesien an den Schulden Deutschlands nicht teilnehmen soll. Das trifft nach Art. 254 des Friedensangebots insofern zu, als die abgetrennten Gebiete von den Kriegsschulden Deutschlands befreit bleiben sollen, was sich als eine ungerechte und Deutschland schädigende Bevorzugung der abzutretenden Gebiete darstellt.

Die Grundlage der oberschlesischen Kultur, ihre weitere Fortbildung und ihre jetzige Blüte beruhen hiernach auf deutscher Betriebsamkeit, deutscher Technik und der Pflichttreue deutscher Beamten und deutscher Bürger, nicht zum wenigsten der oberschlesischen Lehrer.

Die Loslösung Oberschlesiens würde niemals Ruhe und Zufriedenheit, sondern infolge der erwähnten Nachteile eine neue Irredenta, einen Herd politischer Ruhestörung schaffen, der Oberschlesien bald zum

Schauplatz kriegerischer Verwicklungen der beiden feindlichen Nachbarvölker und zu einem zweiten Elsaß-Lothringen machen würde.

Meine Damen und Herren! Noch schlimmer sieht es mit den Teilen **Oberschlesiens links der Oder** aus. Dort sollen die reindeutschen Gebiete von Leobschütz, Bauerwitz, Katscher zu Polen, und meine Heimatstadt, Hultschin, zu Tschechien geschlagen werden, obgleich die Bewohner sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben.

Meine verehrten Anwesenden! Wo bleiben da die Wilsonschen Grundsätze von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, von der Gerechtigkeit ohne Abstufungen und ohne Begünstigungen, von der Herbeiführung eines dauerhaften Friedens, von der Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit?

In seiner Note vom 5. November 1918 hat, wie dies bereits der Herr Kollege Gröber hervorhob, Lansing namens der verbündeten Regierungen ausdrücklich die Bereitschaft erklärt, auf Grund der in der Kongreßbotschaft des Präsidenten vom 8. Januar 1918 aufgestellten Friedensbedingungen und der in seinen späteren Ansprachen verkündeten Grundsätze mit der Regierung Deutschlands Frieden zu schließen. Wie ich bei der Kürze der mir zur Verfügung gestellten Zeit nur andeutungsweise habe nachweisen können — ich verweise im einzelnen auf die vorhandenen Denkschriften —, steht die geforderte Abtretung Oberschlesiens mit den Grundsätzen Wilsons in schreiendem Widerspruch. Die englisch-amerikanischen Kommissionen in Oberschlesien, die zu begleiten ich zum Teil Gelegenheit hatte, haben auch ausdrücklich anerkannt, daß Oberschlesien ein deutsches Land sei. *Oberschlesien ist durch Schweiß und Blut seiner Väter deutsch und muß deutsch bleiben!* (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Schulz (Ostpreußen):** Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner, Abgeordneter:** Meine Damen und Herren! Die Mitteilungen der Zeitungen über die Bestimmungen dieses Friedensvertrages werden Sie überrascht haben. Dieses **Friedensangebot** ist ein Mischgericht aus **französischer Rachsucht** und **englischer Brutalität.** Die Engländer haben offenbar geglaubt, sie könnten uns so behandeln, wie sie seit Jahrhunderten die halbwilden Völker behandelt haben, die sie mit List und Gewalt unterjochten; so haben sie mehr als die halbe bewohnte Welt ihrer Kontrolle unterworfen. Und Frankreich? Frankreich glüht seit jeher und namentlich seit dem Jahre 1870 von Rachsucht gegen Deutschland. Frankreich kann es uns nicht vergessen, daß wir das uns geraubte deutsche Elsaß zurückerobert haben (sehr wahr!) in einem Kriege der Verteidigung. In Frankreich hat man die Legende verbreitet, wir hätten den Krieg damals künstlich

hervorgerufen. Aber die Berichte des früheren französischen Militärattachés Oberst Stoffel, die bekannte Runddepesche des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herzog von Gramont, die Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer, die Antwort auf unsere Kriegserklärung und zahlreiche andere Dokumente beweisen sonnenklar, daß Frankreich im Jahre 1870 den Angriff auf Deutschland plante. Wir haben nur das Geschick gehabt, rechtzeitig zuzuschlagen.

Frankreich hat seit Jahrhunderten die frivolsten Kriege der Welt geführt, Kriege einerseits unter den Burbonen und den Napoleoniden, um den Ruhm der herrschenden Dynastie zu heben, andererseits um Eroberungen zu machen.

Wenn man dieses **Friedensinstrument** auch nur flüchtig durchsieht, so ist man sich darüber zweifelhaft, ob die militärische Faust oder die bebrillte Bureaukratie die Entscheidung herbeigeführt hat. Präsident Wilson sagt in einer seiner vielen Kundgebungen über den Krieg: „Wenn die militärische Gewalt etwas ordnet und sie ordnet es falsch, dann ist es nicht geordnet, und die Frage wird sofort von neuem eröffnet". Die Regierungen in Paris und in London haben offenbar in allen Ressorts einseitig festgestellt, was auf ihrem besonderen Gebiete irgendwie herauszuschlagen ist, und so hat man immer tiefer gebohrt, die Schraube immer enger angezogen, aber augenscheinlich ohne alle Fühlung der einzelnen Ressorts untereinander. Denn sowohl den Beamten der französischen Ministerien wie den Beamten von Downing Street traue ich so viele volkswirtschaftliche Kenntnisse zu, daß, wenn sie in gemeinsamer Arbeit dieses Friedensinstrument entworfen hätten, sie nicht einen so völligen Mangel alles volkswirtschaftlichen Verständnisses bekunden würden. (Sehr richtig!)

In der Geschichte der diplomatischen Aktenstücke gibt es einen berüchtigten Vertrag, den sogenannten **Methuen-Vertrag**, den England seinerzeit mit Portugal abschloß, und dieser berüchtigte Vertrag, man kann sagen, ein Schandvertrag, der die portugiesische Industrie vollkommen vernichtete, galt bisher als besonderes Musterbeispiel von roher Gewalt und von Hinterlist. Durch dieses Friedensinstrument, das uns jetzt vorgelegt wird, ist allerdings der Methuen-Vertrag weit in den Hintergrund gestellt, er erscheint sogar noch als ein tugendhaftes Dokument.

Wir sollen für die **Kriegsschäden Ersatz** leisten, gleichzeitig aber durchschneidet man durch die Bestimmungen des Friedensvertrages alle Adern und alle Sehnen des deutschen Volkskörpers, man lähmt uns vollständig. (Sehr richtig!) Man legt uns eine ungeheure Brandschatzung an deutschem Golde auf. Was wird die Folge dieser Goldausfuhr sein? Unsere Valuta wird noch mehr herabgedrückt

werden als bisher, und dadurch mlutiplizieren sich natürlich die Leistungen, die wir aufbringen müssen, geradezu ins fabelhafteste; infolge dieser Herabdrückung der Valuta, infolge des Umstandes, daß unsere Banknoten nicht mehr durch Goldbestände der Reichsbank gedeckt sind, werden uns mithin Summen auferlegt, die sich in einer Weise multiplizieren, daß sie gar nicht aufzubringen sind; soviel besitzen wir überhaupt nicht.

Man hat uns schon in dem sogenannten Waffenstillstandsvertrag, der eigentlich gar kein Waffenstillstand war, (sehr richtig!) einen großen Teil unseres rollenden Eisenbahnmaterials geraubt, man hat uns einen Teil unserer Handelsflotte entzogen und jetzt durch diesen Vertrag entzieht man uns einen großen Teil unserer Handelsflotte und unserer Fischereiflotte; man gefährdet dadurch immer mehr nicht nur das wirtschaftliche Leben Deutschlands, unseren gesamten Handel, sondern auch die Ernährung des deutschen Volkes. Man verlangt die **Internationalisierung der Schiffahrt auf den deutschen Flüssen** zum schwersten Schaden natürlich der deutschen Schiffahrt. Präsident Wilson hat ausdrücklich erklärt: Die See soll frei sein für den internationalen Verkehr, aber nicht die Binnengewässer. Jetzt will man uns auch auf unseren deutschen Strömen eine ausländische Konkurenz zugunsten der englischen, amerikanischen und belgischen Schiffahrt aufdrängen, ein außerordentlich schwerer Verlust für Deutschland, entgegen den gesetzlichen Vorschriften aller anderen Staaten; denn soweit mir die ausländische Gesetzgebung bekannt ist, ist selbst die Küstenschiffahrt in den anderen Staaten der eigenen Flagge vorbehalten, geschweige denn die Flußschiffahrt.

Man will uns unsere **Kohlenbecken im Saargebiet und in Oberschlesien** rauben. Während man uns diese wichtigen Kohlenbecken, auf die unsere Industrie, unser Hausbrand angewiesen ist, fortnehmen will, legt man uns gleichzeitig ungeheure Lieferungen an Kohlen für Belgien, Frankreich und Italien auf. Dadurch raubt man unserer Industrie geradezu die bewegende Kraft und macht ihren Betrieb unmöglich, und was noch mehr ins Gewicht fällt: Wir werden sogar dazu kommen, daß unserem Volke die nötige Hausbrandkohle fehlen wird; damit wird unsere Ernährung und unsere Gesundheit aufs schwerste in unserem rauhen deutschen Winterklima gefährdet. Das ist die grausamste und nichtswürdigste aller dieser Bestimmungen. (Sehr richtig!)

Unser Viehbestand ist schon erheblich gelichtet. Unsere Fleischversorgung ist notorisch so ungenügend, daß selbst die ausländischen Sachverständigen, die Deutschland bereist haben, ausdrücklich erklärten: das deutsche Volk befindet sich in einem gefährlichen Zustand der Unterernährung. Deshalb hat Amerika sich endlich bereit erklärt, uns Speck, Fleisch, kondensierte Milch zu schicken. Während man diesen Notstand des deutschen Volkes also anerkennt, macht man gleichzeitig **ein Friedens-**

instrument, wo man uns ungeheure Massen des uns verbleibenden **Viehbestandes abfordert.** Was soll aus uns werden, wenn man die Zugkraft für den deutschen Pflug nimmt, wenn man uns das Vieh nimmt, das unbedingt notwendig ist zur Aufzucht und zur Ernährung des deutschen Volkes, wenn man uns gleichzeitig die Düngerkraft für unseren Acker entzieht, die mit dem Bestande unseres Viehstapels zusammenhängt? Also auch hier ein volkswirtschaftlicher Widersinn. Auf der einen Seite angebliche Belieferung Deutschlands mit Fleisch und Fett, und auf der anderen Seite nimmt man uns alles, was wir zu unserer Ernährung nicht entbehren können.

Schließlich reißt man an allen Grenzen aus dem Körper des deutschen Staatswesens Fetzen heraus. Und dieses verkleinerte Deutschland soll dann diese ungeheuren Kriegslasten tragen! Die abgetrennten Gebiete sollen nach dem Friedensvertragsentwurf nur die Lasten tragen, die bis zum August 1914 entstanden sind.

Von **Gegenrechnung** ist gar keine Rede. Wir haben große Kriegsvorräte in Feindesland zurücklassen müssen. Angeblich sind auch erhebliche Barbestände unseren Feinden in die Hände gefallen. Man macht Ansprüche auf unsere Handelsschiffe und will uns unsere Fischerfahrzeuge rauben. Wir haben in den Landesteilen, die uns entzogen werden sollen, aus den Mitteln der deutschen Steuerzahler gewaltige Summen angelegt in Eisenbahnen, in Kunststraßen, in öffentlichen Gebäuden. Alles das soll angeblich nicht gegengerechnet werden. Dadurch vergrößert sich die Kriegslast, die man uns auferlegt, noch ins Unendliche.

Präsident Wilson hat ausdrücklich erklärt, es sollen keine Kontributionen und keine **Straffkriegsentschädigungen** erhoben werden. Wenn die Herren schon die Zeit gehabt haben, das französische Aktenmaterial anzusehen, wonach die Entschädigungen, die uns auferlegt werden, auf Grund örtlicher Ermittlungen berechnet werden sollen, dann werden Sie finden, daß geradezu fabelhafte Summen von uns verlangt werden, und in dieser Form einer angeblichen Entschädigung wird man tatsächlich Kontributionen und Straffkriegsentschädigungen erheben. Wie sich solche Entschädigungen im einzelnen auf Grund der örtlichen Ermittlungen stellen, das können sich die Herren ungefähr denken.

Welcher Gegensatz herrscht doch zwischen den Worten des Herrn **Präsidenten Wilson** und seinen Taten? Man wird wohl in der ganzen diplomatischen Geschichte kein Aktenstück finden, wo gegenüber den erhabenen Gedanken von Völkerrecht, Völkerfrieden und von Selbstbestimmung der Völker ein so krasser Gegensatz zwischen den amtlichen diplomatischen Erklärungen und den nachfolgenden Taten besteht. (Sehr richtig!) Denn daß Präsident Wilson für diesen Vertrag mit verantwortlich ist als Alliierter, das kann keinem Zweifel unterliegen. (Sehr richtig!)

Herr Präsident Wilson hat unter anderem in einer Rede gesagt — ich glaube, es war in Mont Vermount, dem ehemaligen Sitz Washingtons —: „Amerika beabsichtige nicht, sich in die inneren Verhältnisse der anderen Staaten zu mischen." Und was tut Amerika? Amerika billigt einen Vertrag, worin Deutschland vorgeschrieben wird, wieviel Truppen es halten darf, und worin ihm verboten wird, die allgemeine Wehrpflicht aufrechtzuerhalten. (Sehr richtig!) Durch diesen Vertrag wird also Deutschland systematisch wehrlos gemacht, während in Amerika, in England die allgemeine Wehrpflicht eben eingeführt ist. Das nennt der Herr Präsident Wilson, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischen. Ebenso will man Österreich hindern, sich an das stammverwandte Deutschland anzuschließen.

Wilson sagte weiter: „Die Zeiten der Eroberungen und Annexionen sind vorbei; Völker und Provinzen sollen nicht umhergeschoben werden von einer Souveränität zur anderen wie Steine im Spiel oder wie Sachen." Und dann genehmigt er einen Vertrag, der uns unsere zum großen Teil deutsche Ostmark, unsere alte deutsche Westmark, einen Teil der Nordmark, das deutsche Danzig, das Saargebiet uns raubt!

Er sagt ferner: „**Selbstbestimmung der Völker** ist keine leere Redensart." Es ist eigentümlich: die Polen, die Slowaken, die Rumänen, die Serben, die Tschechen, alle sollen das Selbstbestimmungsrecht haben, nur die zu raubenden Teile Deutschlands nicht! Man will keine Abstimmung in Elsaß-Lothringen, man will keine Abstimmung in den Kreisen der Ostmark, die eine deutsche Mehrheit oder eine große deutsche Minderheit haben, man will keine Abstimmung im Elsaß, im Saargebiet, sondern es wird einfach dekretiert. Das nennt Präsident Wilson internationale Gerechtigkeit!

Der Präsident Wilson hat ferner eine freie, ehrliche, unbedingt unparteiische Regelung der Kolonialfragen zugesichert. Tatsache: **unsere Kolonien** werden uns samt und sonders **geraubt**, und zwar unter dem Vorwande, daß sie unter die Schutzherrschaft der alliierten Mächte gestellt werden sollen, weil Deutschland sich nicht als fähig erwiesen habe, fremde Völker zu regieren. Das wagt uns die englische Regierung zu sagen, die seit Jahrhunderten ungeheure Reichtümer aus Indien zieht (sehr richtig! rechts), aus Indien, wo Ausnahmegesetze nach russischem Muster bestehen, wo die Bevölkerung in Not und Elend lebt, wo die gebildeten Indier vom öffentlichen oder amtlichen Leben entweder vollkommen ausgeschlossen werden oder nur untergeordnete Stellungen innerhalb der englischen Regierung erhalten oder unter starken englischen Mehrheiten in den politischen Körperschaften völlig einflußlos sind.

Wenn einmal eine Abrechnung über die Kolonien oder ein Austausch von Kolonien — worauf wir vielleicht hinauskommen müssen —

in Frage kommt, dann muß man uns doch auch die Werte gutrechnen, die wir seit Jahrzehnten in die Kolonien hineingesteckt haben; sonst ist das nur ein purer, frivoler Raub. (Sehr wahr! rechts.)

Herr Wilson hat sich auch einmal ausdrücklich als ein aufrichtiger Freund Deutschlands bekannt. Er versicherte wörtlich in einer seiner Reden: „er wolle Deutschland nicht schädigen, er wolle Deutschlands berechtigten Einfluß oder Deutschlands Macht nicht schwächen (hört! hört! rechts); Amerika werde keinen Vorteil aus der Schwäche und Unordnung anderer Staaten ziehen oder seinen Willen einem anderen Volke aufzwingen." Derselbe Staatsmann Wilson unterschreibt aber diesen Vertrag, der Deutschland wirtschaftlich und politisch vernichtet.

Herr Wilson hat weiter gesagt, „er würde unparteiische Gerechtigkeit gegen Freund und Feind üben, er werde bereit sein, bei der Schlußabrechnung gegen das deutsche Volk Gerechtigkeit walten zu lassen." (Zuruf: Die Schlußabrechnung kommt erst!) — Die Schlußabrechnung wird kommen, aber das, was uns hier geboten wird, gibt uns schon einen Geschmack von dem, was wir zu erwarten haben. —

Herr Wilson hat auch ausdrücklich anerkannt: „das deutsche Volk hat diesen Krieg nicht angestiftet und nicht gewollt." Jetzt ist das deutsche Volk in des Wortes weitester Bedeutung in der Regierung vertreten; wir sind auf Grund der provisorischen Verfassung ein Volksstaat, in dem die Souveränität beim Volke liegt. Trotzdem wird jetzt dem deutschen Volke dieser Vertrag zugemutet, dem deutschen Volke, dem der Herr Präsident Wilson kein Unrecht antun will, und von dem er anerkannt hat, daß es diesen Krieg nicht angestiftet und nicht gewollt habe.

Wir sollen in den **Völkerbund** unserer Feinde eintreten. Der englische Dichter sagt zwar: „Die Not bringt wunderliche Bettgenossen zusammen." Aber mit solchen Bettgenossen in einem Bunde zusammen zu sein, würde für das deutsche Volk Gefahr für Leib und Leben bedeuten. (Hört! hört! rechts.)

Aber noch etwas Schlimmeres! Man will uns nicht nur unsere politische Stellung nehmen, man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, sondern man will uns auch die Ehre nehmen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das ist schlimmer als alles andere. Der ehemalige Deutsche **Kaiser Wilhelm II.** ist ein deutscher Staatsbürger, und auch die übrigen Männer, deren **Auslieferung** man verlangen will, sind deutsche Staatsbürger; die Amtshandlungen, die militärischen Handlungen, die sie vorgenommen haben, haben sie vorgenommen entweder auf deutschem Boden oder auf feindlichem Boden, der von uns im Kriege okkupiert war. Wie mir mitgeteilt wurde, hat eine französische Behörde auf dem linken Rheinufer vor kurzem auf eine Beschwerde den Bescheid

gegeben: das Land, das Frankreich okkupiert hat, steht jetzt unter französischer Staatshoheit. Trotzdem alle diese Kriegshandlungen, alle diese Amtshandlungen also entweder auf deutschem Gebiet vorgenommen worden sind oder unter deutscher Staatshoheit während der Okkupation, verlangt man die Auslieferung Wilhelms II. und einer Reihe anderer Persönlichkeiten, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Kriege verbunden sind. Das ist eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Eine Regierung, die das von uns fordert, leugnet überhaupt die Souveränität des Deutschen Reichs (sehr richtig! rechts), und kein Volk, das Ehrgefühl im Herzen trägt, kann diese Bedingungen genehmigen. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir müssen diese schmähliche Bedingung mit Entrüstung und mit Verachtung zurückweisen. (Wiederholter lebhafter Beifall rechts.)

Wir weisen diesen Vertrag zurück. Vielleicht wird dann der Feind versuchen, in den besetzten Gebieten nach dem Rezept Albas zu regieren Auch das kleine holländische Volk hat seine Freiheit errungen. Wenn uns dieser Friedensvertrag aufgedrängt wird, so sind das Drachenzähne, die unsere Feinde in deutschen Boden säen, und aus diesen Drachenzähnen werden einst bewaffnete Männer entstehen und auch uns wieder die Freiheit bringen. (Beifall.) Auch in den kleinsten Kreisen unseres Volks kann man das Schlagwort hören: diesen Frieden niemals! Sogar der Bund der deutschen Heimarbeiterinnen, dieser bedrücktesten Arbeiterklasse, hat mutig erklärt: Lieber wollen wir leiden und hungern, als diesem Frieden zustimmen. (Bravo! rechts.) Die Zukunft wird von dem lebenden Geschlecht ein hohes Maß von Widerstandskraft erfordern, aber wenn wir diese Widerstandskraft besitzen, dann wird auch der Tag wiederkommen, wo für Deutschland aus der Finsternis ein neues Licht entsteht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Ältestenausschuß hat die Dispositionen dieses Tages so getroffen, daß, abgesehen von den sechs Rednern der sechs Parteien, auch je ein Redner aus allen bedrohten Gebieten zum Wort kommen soll. Das gibt eine große Anzahl von Reden, die die Dauer der Versammlung vielleicht recht sehr verlängern könnten. (Zustimmung.) Ich möchte deshalb speziell die Herren Redner aus den bedrohten Gebieten ersuchen, sich auf wenige Minuten zu beschränken.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Blunck.

Dr. **Blunck**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als geborenem Schleswig-Holsteiner und Vertreter für Schleswig-Holstein nur einige wenige Worte. Ich will mich mit Rücksicht auf die Sachlage auf eine ganz kurze Erklärung beschränken.

Nach den Vorschlägen der Feinde soll eine **Volksabstimmung** unter einer im wesentlichen feindlichen Oberleitung vorgenommen werden in dem ganzen Gebiet nördlich einer Linie, die von der Schlei bis zur unteren Eider geht. Dieses Gebiet umfaßt beinahe das ganze Herzogtum Schleswig (hört! hört!) mit alleiniger Ausnahme eines kleinen, schmalen Streifens im Südosten, der die Städte Eckernförde und Rendsburg enthält. Wenn wir auf dieses Gebiet die Wilsonschen Grundsätze anwenden sollen, dann müssen wir als Schleswig-Holsteiner mit um so größerem Nachdruck und mit äußerster Entschlossenheit verlangen, daß diese Grundsätze auch ehrlich und loyal zur Anwendung gelangen. (Sehr richtig!) Der Präsident Wilson hat sein Selbstbestimmungsrecht nur für nationale Ansprüche proklamiert und es nur da angewandt wissen wollen, wo unzweifelhafte nationale Ansprüche eine Befriedigung verlangen. (Sehr richtig!)

Wie steht es in dieser Beziehung mit dem schleswigschen Gebiet? Das vorgeschlagene Abstimmungsgebiet umfaßt nach der letzten Volkszählung 412 543 Bewohner, davon nur 133 568 mit dänischer Muttersprache. (Hört! hört!) Dabei dürfen Sie nicht übersehen, daß sehr viele durchaus deutschgesinnte Leute dort oben im nördlichen Schleswig die plattdänische Sprache als Muttersprache und Umgangssprache sprechen, so daß diese Sprache keineswegs für die nationale Zugehörigkeit entscheidend ist. Den besten Maßstab für den Umfang der dänischen nationalen Gesinnung sehen Sie bei den Reichstagswahlen. 1912 sind im ganzen in Schleswig-Holstein nur 17 289 dänische Stimmen abgegeben worden. (Hört! hört!) Hätte man damals schon nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, so wäre in ganz Schleswig-Holstein nicht ein einziger dänischer Abgeordneter gewählt worden. (Hört! hört!)

Nun will man dieses Gebiet in drei Zonen teilen, die **erste Zone nördlich von Flensburg** beginnend quer über das Land und hinüber bis nördlich von Sylt in der Nordsee endigend. In diesem Gebiete wohnen allerdings die meisten Dänen, nämlich von 180 910 Einwohnern sind nach der Muttersprache 68,70 Prozent Dänen. In diesem Gebiet soll nun die Abstimmung — entgegen allen Forderungen der Völkerrechtslehrer — nach dem Willen der Entente nicht gemeindeweise stattfinden, sondern en bloc, und zwar mit dem offenbaren Willen, damit die im Süden belegenen rein deutschen Bezirke — ich nenne nur die Städte Tondern und Hoyer — und die Gebiete, die im Südwesten unmittelbar an das rein deutsche Gebiet anschließen, auf diese Weise durch die dänischen Stimmen majorisiert werden. Bezeichnend war ja, daß die offiziöse Depesche der „Agence Havas" vom 16. April, die die Beschlüsse des Viererrats über Schleswig proklamierte, mitteilte, in diesem nördlichen Gebiet solle en bloc abgestimmt werden, in dem anschließenden

Gebiete Mittelschleswigs solle aber gemeindeweise abgestimmt werden, „um eine unparteiische Befragung des Volkes zu ermöglichen". Wir müssen darauf bestehen, daß diese unparteiische Befragung des Volkes, die allein eine gerechte Grenzführung dort ermöglichen kann, auch im nördlichen Gebiete stattfindet! Nur auf dieser Grundlage wird ein gerechter und dauernder Ausgleich geschaffen werden können, den wir von ganzem Herzen wünschen, um zu einem ungestörten freundschaftlichen Verhältnis mit dem dänischen Nachbar zu gelangen.

Wenn man nun gar den zweiten Gürtel hineinnimmt, die **mittelschleswigsche Zone**, die 94 605 Einwohner hat, wovon nach der Volkszählung von 1910 nur 9,01 Prozent die dänische Muttersprache hatten, und wenn man gar die dritte Zone hineinnimmt, die das ganze südschleswigsche Gebiet mit Schleswig und Husum umfaßt, in welchem 137 028 Bewohner sind, von denen nur 0,56 Prozent die dänische Muttersprache haben, also einhalb Prozent, so ist es doch geradezu ungeheuerlich, wie man überhaupt hierauf die Grundsätze Wilsons anwenden will. Man kann sagen: laßt die Leute doch abstimmen. Ja, unter welchen Zwangsmaßnahmen stimmen die Leute ab? Die besitzenden Kreise auf dem Lande und in der Stadt werden jetzt damit geködert, daß man sagt: ihr kommt auf diese Weise frei von allen Verpflichtungen, die das deutsche Volk aus dem Kriege auf sich nehmen muß; und auf der anderen Seite will man die arbeitenden Kreise ködern durch die besseren Ernährungsverhältnisse, die in Dänemark sind. Da muß man nun sagen: wie kann man überhaupt die Nordschleswiger von der Kriegsschuld freilassen, da doch der dänische Abgeordnete Hanssen als unser früherer Reichstagskollege alle Kriegskredite bis zum letzten mit bewilligt und damit sich mit verantwortlich für alle diese Ausgaben gemacht hat und seine Wähler dazu? Und auf der anderen Seite, wie ist es zu verantworten, wenn man die Bevölkerung unter dem Druck einer solchen Hungerblockade, wie sie heute noch immer aufrechterhalten wird, zur Abstimmung zwingen will? Die Abstimmung soll doch eine freie sein, die wirklich nach nationalen Gesichtspunkten und nationalen Grundsätzen zu erfolgen hat. Deshalb müssen wir aufs allerschärfste Verwahrung gegen eine Abstimmung einlegen, die erfolgen soll, bevor die Wirkungen der Hungerblockade beseitigt sind.

Wir wissen uns in dieser Beziehung einig mit den Beschlüssen, die die Berner Konferenz der internationalen Sozialdemokraten erlassen hat, und wir wissen uns — das kann ich ja sagen — in bezug auf die Abstimmung wenigstens in der **dritten Zone** auch einig mit fast allen verständigen Leuten in Dänemark und mit der dänischen Regierung. Die dänische Regierung hat offiziös bekanntgegeben, daß sie durch diese Bestimmungen auf das höchste überrascht sei und ihrem Pariser Gesandten mitgeteilt habe, daß Regierung und Reichstag Dänemarks an ihrem früheren Standpunkt festhalten. Unser früherer Reichstagskollege

Hanssen, der Führer der Dänen, hat veröffentlicht, daß, als er mit der Delegation der Dänen in Paris gewesen sei, man ihm im französischen Ministerium einen Entwurf vorgelegt habe, der von einer Abstimmung in der dritten Zone gar nichts enthalten habe. (Hört! hört!) Und am Schluß seiner Erklärungen, die er in dem angesehenen Kopenhagener Blatt „Politiken" abgegeben hat, sagte er wörtlich, was folgt:

> Sollte die Abstimmung diese Gebiete unter Dänemark bringen, so würde dies für Dänemark einen Bevölkerungszuwachs von etwa 400 000 Menschen bedeuten, von denen in Wirklichkeit nur 120 000 Dänen wären. Dies würde ein nationales Unglück für unser Land sein und würde eine Fülle von Zerstörungen bringen, die um jeden Preis — um jeden Preis! — vermieden werden müssen. (Hört! hört!)

Und ganz dasselbe lesen wir fast in allen angesehenen dänischen Zeitungen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Führer der Dänen in dem Zustandekommen des Friedensvertrages auf dieser Grundlage ein nationales Unglück für Dänemark sieht, das man um jeden Preis vermeiden müsse, so ist das deutsche Schleswig-Holstein einmütig darin, diese Pläne mit aller Entschiedenheit und endgültig abzulehnen, da sie auch für unser Deutschtum ein nationales Unglück bringen und mit Notwendigkeit zu neuen Auseinandersetzungen mit Dänemark führen müßten. Als das schleswig-holsteinische Volk vor 70 Jahren zu den Waffen greifen mußte, um sein Recht auf Selbständigkeit und seine deutsche Freiheit zu verteidigen, da ist es wohl von den Regierungen der deutschen Bundesstaaten schließlich preisgegeben worden, es hat aber Hoffnung und Vertrauen auf die Zukunft daraus schöpfen können, daß das ganze deutsche Volk mit seinem Herzen treu zur schleswig-holsteinischen Sache als einer Sache des Deutschtums stand. Heute, in dem schwersten Augenblick unserer Geschichte, haben wir Schleswig-Holsteiner zu dem deutschen Volke, seiner Volksregierung und seiner Volksvertretung das felsenfeste Vertrauen, daß sie die deutsche Bevölkerung in Schleswig nie und nimmermehr preisgeben werden! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn mir heute die ehrenvolle, aber schmerzliche Aufgabe zuteil geworden ist, in dieser bewegten Stunde für die Deutschen der **Provinz Posen** das Wort zu nehmen, so lassen Sie mich an die Spitze meiner kurzen Ausführungen den Hinweis stellen, daß die Provinz Posen die Verbindungsbrücke zwischen den beiden vorgeschobenen Posten unseres Vaterlandes, zwischen Schlesien und Ostpreußen, ist. Ist diese

Verbindungsbrücke gestört, ist Posen und Westpreußen in fremder Hand, so ist die Straße von Königsberg nach Breslau gesperrt, dann sind dem preußischen Adler die Fittiche beschnitten, dann ist das Rückgrat preußisch-deutscher Machtstellung gebrochen.

Um was es bei der Provinz Posen geht, das ist uns klar. Aber trotzdem erkennen wir an, daß auch hier die Wilsonschen Bedingungen zugrunde gelegt werden müssen. Aber wir sind der Ansicht, daß auch nicht eine von ihnen und namentlich nicht der Punkt 13 auf die Provinz zutrifft. Ich muß mich jetzt mit Rücksicht auf die Mahnung des Herrn Präsidenten beschränken und kann nicht im einzelnen mit Zahlen aufwarten. Es kommt auch nicht in erster Reihe auf die nackten Zahlen an. Der Charakter des Landes und seine Nationalität wird bestimmt in ernster Arbeit, durch die Arbeit und die Leistungen, die es zu dem gemacht haben, was es ist. Wenn Sie aber das nackte Zahlenprinzip zugrunde legen, dann wollen wir hier noch einmal feststellen, daß die Provinzen Posen und Westpreußen zusammen mehr deutsche Bewohner als Polen in sich bergen, und wir wollen weiter feststellen, daß nur die östlichen Teile der Provinz Posen mit überwiegend polnischer Bevölkerung durchsetzt sind, diese östlichen Teile, die sich etwa decken mit den in den traurigen Dezember- und Januartagen von den Polen besetzten Gebieten, worauf sich dann die polnische Welle dort brach, wo sie sich bereits im Jahre 1848 bei dem damaligen Aufstand gebrochen hat. Ein klarer Beweis, daß dort, etwa wo die Demarkationslinie ihre Grenzen gezogen hat, auch deutsches Wesen und deutsche Kultur schon seine Oberhand hat.

Wenn ich in der leider gebotenen Kürze nur noch anführen darf, daß in dem **westlichen Teil der Provinz** von Lissa bis herauf zum Netzebruch 80 Prozent und in einzelnen Kreisen 90 Prozent Deutsche sind, dann werden wir wohl mit Recht sagen: hier kann es sich nicht, so vieldeutig die Wilsonschen Bedingungen sein mögen, um zweifellos polnisches Land handeln, auch nicht um seiner Nationalität nach zweifelhaftes Land, sondern *es handelt sich um Land, das unzweifelhaft deutsch ist und bleiben muß.* (Bravo!) Es ist unerhört, wenn man heute in diesen Friedensvorschlägen der Feinde liest, daß sie über die Demarkationslinie in dieses Gebiet eindringen wollen, und ich muß sagen: ich kann die Vermutung, den Verdacht nicht über der Hand abweisen, daß es bei diesen Vorschlägen nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Wollen Sie einen Augenblick einmal folgendes mit mir überlegen: Die geographischen Kenntnisse des Westlers, der Deutschen im Westen — ich will niemandem zunahe treten — vom Osten sind meistens gering. Wir aus dem Osten wissen vom Rhein, von seinen Zuflüssen und den bayerischen Bergen, von Thüringen, von allen diesen Stätten, die so oft unser wandernder Fuß betritt, viel genauer Bescheid, das tritt uns sinnfällig vor Augen. Ihnen im Westen, die Sie so selten

den kargen Osten besuchen, ist der Osten fremd. Wie fremd wird er den Franzosen und gar erst den Amerikanern gewesen sein! Woraufhin haben sie denn ihre Vorschläge gemacht, auf welche Informationen, auf welche Zahlen gegründet, welche eigene Sachkenntnis hat sie zu diesen Beschlüssen und Entschlüssen gebracht? Das beruht auf Informationen, die wir nicht kennen, die wir aber alle vermuten können, das sind falsche Zahlen, die den Herren vorgespiegelt worden sind. Es ist die Aufgabe unserer Delegierten, in erster Reihe diese Unkenntnis, die sich in den Köpfen unserer Feinde eingenistet hat, dort herauszubringen und ihnen klar zu machen, daß es sich um deutsches Leben und vollkommen deutsches Land in der Provinz Posen handelt. Und wenn der Präsident Wilson noch Wert darauf legen will, als ein Mann zu gelten, der sein Wort hält, und der als ein ehrlicher Mann durchs Leben geht, dann wird er diesen Vorstellungen Raum und Gehör geben müssen.

Ich will nur noch eins herausgreifen. Das ist der **Netzedistrikt der Provinz Posen.** Gleich nach der Erwerbung dieses Landesteils hat der große König den Gedanken gefaßt und ihn sofort in 16 Monaten in die Tat umgesetzt: die Schaffung einer Verbindung zwischen Oder und Weichsel durch den Netzekanal. Der Netzebruch, der menschenöde und menschenleer war, wurde entwässert. Die fruchtbaren Gefilde, wo jetzt fleißige Leute wohnen und arbeiten, dieses Land wurde erst geschaffen, und deshalb gehört es denjenigen, die durch ihre Arbeit dieses Land hervorgebracht, die es erst urbar und bewohnbar gemacht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind unsere Könige von Friedrich dem Großen an und die deutschen eingewanderten Bewohner gewesen. Sie haben ein heiliges Recht auf dieses Land, ein Recht, geheiligt durch ihre Arbeit und durch den Schweiß, den sie auf dieses Land verwendet haben. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Ich will das Weitere, was ich zu sagen habe, mit Rücksicht auf die Zeit fallen lassen. Nur eins! In schwerer dunkler Stunde sind wir versammelt, und in dieser ernsten Stunde richte ich das Wort und die Mahnung an die Herren, die dort in Versailles dem Feinde Aug' in Aug' gegenüberstehen, noch einmal und jetzt ihr Letztes und Bestes daran zu setzen, daß sie das Vertrauen rechtfertigen, unter dem wir einstmals die Waffen niederlegten. Die schwere Verantwortung, die einstmals übernommen worden ist, als wir uns bei dem Waffenstillstand wehrlos machten und auch auf das Vertrauen der Feinde bauten, muß jetzt in erster Reihe von den Männern getragen und gerechtfertigt werden durch ihre Tat, durch ihre Leistung auf der Friedenskonferenz. (Lebhafte Zustimmung.) Der Friede, wie er vorgeschlagen und von uns verlangt wird, kann für einen deutschen Bewohner in der Provinz Posen nicht in Frage kommen; er ist nicht erträglich, er ist nicht erfüllbar, er ist auch für alle Zeit unannehmbar. Ich schließe mit dem Wort, das

heute hier gesprochen ist: die deutsche Hand möge verdorren, die die Feder unter diesen Friedensvertrag setzt! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann,** Abgeordneter: Meine Herren, wenn man den **Friedensvertrag** auf sich wirken läßt in denjenigen Grundsätzen, die seinen ganzen Inhalt kennzeichnen, dann sieht man, daß er dreierlei beabsichtigt: unsere politische, unsere wirtschaftliche Vernichtung und unsere Entehrung. Aber ich glaube, es wird einmal das Urteil der Geschichte über diesen Friedensvertrag anders lauten: es wird so lauten, wie es herausklang aus all den Reden, die wir heute hier gehört haben: er entehrt nicht den Besiegten, er entehrt den Sieger. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.) Er würde ihn selbst dann entehren, wenn wir um Frieden auf Gnade und Ungnade hätten nachsuchen müssen Selbst wenn wir um einen solchen Frieden hätten nachsuchen müssen, auch dann wäre dieser Friedensvertrag ein Ausfluß des politischen Sadismus. Aber Deutschland ging den Waffenstillstand ein unter ganz bestimmten, feierlich vor der ganzen Welt verkündeten Bedingungen, und gegenüber diesen Bedingungen ist dieser Friedensvertrag, wenn er nicht geändert wird, der größte Weltbetrug, den jemals die Geschichte erlebt hat. (Sehr richtig! rechts. — Lebhafter Zuruf von den Sozialdemokraten.) Ein Sozialist, Herr Stampfer, sagte: Herr Wilson kam nach Europa, um den Frieden zu verkünden, und er kehrt zurück, nachdem er geholfen hatte, die Menschenrechte abzuschaffen.

Welch ein Hohn ist gegenüber denjenigen Bestimmungen, auf Grund deren Deutschland die Waffen niedergelegt hat, dasjenige, was in diesem Vertrage Deutsch-Österreich verbietet, sich mit seinen deutschen Volksgenossen zu verbinden!

Welch ein Hohn die Bestimmung, die Danzig gegen den ausgesprochenen Willen seiner Bewohner von Deutschland lostrennt, uns die Gebiete wie Memel und Heydekrug einfach ohne jede Begründung nimmt, unsere Kabel raubt, uns von den Weltnachrichten abschneidet und unsere Kolonien zynisch unter unsere Feinde verteilt, nachdem man uns eine absolut unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugesagt hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Wort über **Elsaß-Lothringen** sprechen. Der Herr Ministerpräsident hat heute davon gesprochen, daß die Wahlen in Elsaß-Lothringen verhindert worden sind und daß wir nicht die Möglichkeit gehabt haben, die Stimme Elsaß-Lothringens hier zu vernehmen. Ich hätte gewünscht, daß wir einen

Weg gefunden hätten, um auch ohne diese Wahlen die Stimme Elsaß-Lothringens in diesem Raum oder in der Nationalversammlung von Weimar hören zu können (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei); denn gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen sind die Bestimmungen, die dieser Friedensvertrag enthält, von einer ganz besonderen Verletzung aller Gebräuche, die bei Friedensverträgen in Betracht kommen müssen. Ich weise hin auf den Artikel 53 dieses Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, anzuerkennen und von vornherein zuzugestehen, daß es in keinem Moment und an keinem Orte solche Bürger als deutsche Staatsangehörige beansprucht, die unter irgendeinem Titel zu Franzosen erklärt worden sind. Vorher ist zum Ausdruck gebracht, daß bereits mit Wirkung vom Tage des Waffenstillstandes, also vom 11. November 1918, Elsaß-Lothringen als der französischen Souveränität wieder einverleibt gelten solle. Man untersagt den Elsaß-Lothringern das Recht der Option, das man allen anderen zugesteht, und dadurch sind beispielsweise diejenigen, die in jener Zeit in Deutschland gewesen sind, die hier für ihre elsaß-lothringische Heimat gewirkt haben in dem Sinne des Anschlusses an Deutschland, wenn diese Bestimmungen bleiben, wie sie sind, der Gefahr ausgesetzt, jetzt von Frankreich als Landesverräter verfolgt zu werden, da sie nach diesem Friedensvertrag vom 11. November vorigen Jahres ab bereits als Franzosen zu gelten haben. Das ist ungeheuerlich gegenüber alledem, was selbst in den Bestimmungen dieses Vertrages gegenüber anderen Gebieten zum Ausdruck gekommen ist.

Wirtschaftlich bedeutet dieser Vertrag die Ägyptisierung Deutschlands. Wenn man liest, welche Befugnisse den Kommissionen zugewiesen sind, die hier über alle unsere Reichsämter eine Oberaufsicht führen sollen, denen man zugestanden hat, die deutsche Steuergesetzgebung ihrerseits nicht nur zu kontrollieren, sondern auch eigentlich zu führen, dann versteht man eigentlich nicht, warum diese Kommission der Alliierten nicht die Regierung in Deutschland übernimmt, um auch den Beweis zu führen, daß die Bedingungen auszuführen sind, für die sie uns dann die Verantwortlichkeit überlassen will. (Sehr richtig!)

Alle Regelungen der wirtschaftlichen Fragen zeigen die vollkommene Willkür in bezug auf die Abgrenzung deutscher Rechte gegenüber fremden Rechten. **Deutschland** werden **alle internationalen Rechte geraubt,** die Alliierten halten ihre sämtlichen Ansprüche aufrecht. Das gilt bei Liquidierungen der Unternehmer ebenso, wie es beim Prisengericht gilt. Was soll das bedeuten, wenn in dem Anhang zu diesem Vertrage die Rede davon ist, daß ein **internationales Komitee für Arbeiterschutz** gebildet wird und daß man Deutschland von diesem internationalen Komitee ausschließt? Das ist eine Verhöhnung der volkswirtschaftlichen geschichtlichen Wahrheit, daß Deutschland auf sozialpolitischem Gebiete führend gewesen ist, als viele

Staaten der Entente noch gar nicht die Empfindung sozialer Gerechtigkeit in ihre Gesetze aufgenommen hatten. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die meisten von all den Regierungen, die uns jetzt hier als minderen moralischen Rechtes auch auf diesem Gebiete der Sozialpolitik glauben hinstellen zu können, haben viel nachzuholen, wenn sie erst denjenigen Stand deutscher Sozialpolitik erreichen wollen, den Deutschland längst erreicht hat (sehr gut! rechts) und den fortzuführen eine seiner ersten Aufgaben sein wird (sehr richtig! im Zentrum und rechts), eine Aufgabe, die ihm aber unmöglich gemacht wird und vielleicht mit Absicht unmöglich gemacht werden soll durch die Bestimmungen, die man hier uns gegenüber zum Ausdruck bringt. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Ich schließe mich im Namen meiner Freunde dem an, was die Herren Kollegen Gröber und Graf Posadowsky über die Bestimmungen des Vertrages gesagt haben, die von uns fordern, daß wir unsere Zustimmung geben sollen — denn staatsrechtlich wird auch unsere Zustimmung dabei mit in Betracht kommen — zur **Auslieferung des früheren deutschen Kaisers** und zur Auslieferung aller derjenigen Personen, die, wie es im Artikel 228 heißt: wegen einer gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßenden Handlung angeklagt sind. Bedenken Sie, was das bedeutet! Das bedeutet, daß alle Beamten Deutschlands, die überhaupt in besetzten Gebieten tätig gewesen sind, auf Grund irgendeiner Denunziation, daß sie irgendwie gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges gehandelt hätten, einem feindlichen Gerichte ausgeliefert werden müßten und in ihrer eigenen Heimat Recht nicht finden könnten. Diese beiden Bestimmungen und auch die Frage der Auslieferung Wilhelms II. sind keine Fragen, bei denen es sich handelt um einen Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern, sondern bei denen es sich um eine Frage der Ehre des deutschen Volkes handelt (sehr richtig! rechts) und um die Frage der Aufrechterhaltung des Rechts gegenüber jedermann. (Erneute Zustimmung.) Wenn wir dem zustimmen, daß ein deutscher Bürger in dieser Form vor ein feindliches Gericht gestellt wird, dann verstoßen wir gegen anerkannte, bisher von allen Völkern hochgehaltene Rechtsgrundsätze. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Wir verstoßen gegen den Grundsatz: nulla poena sine lege; denn hier setzen wir die Gesetzlosigkeit an Stelle des Gesetzes, anerkennen einen Areopag, der sich anmaßt, internationale Moral zu vertreten, an Stelle gesetzlicher Jurisdiktion. Wir haben den Rechtsgrundsatz, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Wir haben den ausgesprochenen Rechtsgrundsatz, daß kein zivilisierter Staat jemals einen Staatsangehörigen fremden Staaten aus-

liefern darf, vor allen Dingen niemals wegen politischer Delikte. Ich darf daran erinnern, wie gerade von sozialistischer Seite, meiner Meinung nach mit Recht — denn jeder muß das auch unterschreiben —, von ihrem Standpunkt aus früher dagegen Einspruch erhoben worden ist, daß Deutschland an Rußland Persönlichkeiten zur Bestrafung auslieferte, die sich nach russischer Anschauung politischer Delikte dort schuldig gemacht hätten. Hier handelt es sich darum, deutsche Staatsangehörige dem Feinde auszuliefern. Wenn wir diesem Artikel zustimmen, würden wir uns selbst als unzuständig erklären, über das Recht zu sprechen, was Schuld oder Nichtschuld des Krieges ist; dann würden wir damit verlieren, was niemand uns sonst nehmen kann: die Achtung vor uns selbst. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Aus diesem Grunde müssen wir uns dem entgegenstellen. Aber wir wollen auch — und wir können es! — eine Warnung an diejenigen richten, die hier in menschlicher Vermessenheit glauben, Recht sprechen zu können, als wären sie höhere Schicksalsgewalt, die das Recht dazu hätte. Ist wirklich England geneigt, zum zweiten Male die Rolle in der Weltgeschichte zu spielen, die es schon einmal in der Gegenüberstellung von Hudson Lowe auf der einen Seite und Napoleon auf der anderen Seite gespielt hat? (Sehr gut! links und rechts.) Diese Tage von St. Helena bilden kein Ehrenblatt in der Geschichte Englands, und England selber hat sich ja später bemüht, diese Seiten aus seiner Geschichte wieder herauszustreichen und das wieder gutzumachen, was damals zu gleicher Zeit Haß und fanatisch kalte Berechnung zum Ausdruck brachte, was sie auch hier zum Ausdruck bringt und was um so mehr verletzend wirken muß, als Partei und Richter in einer Person hier über eine Frage sprechen wollen, in der die Menschheit nach Jahrhunderten und nach Jahrtausenden noch tastend versuchen wird, das Recht zu finden.

Wir finden in dem uns vorgelegten Vertrag auch die Forderung, daß **wir Frankreich die Trophäen zurückgeben** sollen, die aus dem Kriege von 1870/71 in unseren Besitz gekommen sind. Es ist dieser Forderung hinzugefügt, daß die Rückgabe unter denjenigen Bedingungen erfolgen solle, welche die Alliierten ihrerseits zu bestimmen für gut befänden. Hier sieht man die beiden Federn, die diesen Vertrag redigiert haben: alles uns bis aufs tiefste Demütigende hat Frankreich hineingeschrieben, alles uns wirtschaftlich Vernichtende hat England in diesen Vertrag hineindiktiert. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Mögen sie versuchen, uns unter Gewalt hier zu demütigen, an den geschichtlichen Taten der deutschen Armee in jenem Kriege und in diesem Kriege wird dadurch nichts geändert. (Sehr gut!)

Wir werden in diesem Augenblick, jeder von uns, die Empfindung haben, daß wir zusammenstehen müssen, daß diese Stunde nicht dazu da ist, alte Wunden aufzureißen. Der Herr Kollege Haußmann hat vorhin das Wort ausgesprochen, das uns allen sehr tief gegangen ist, gleichgültig auf welchem Standpunkt wir stehen: hätte das deutsche Volk am 9. November gewußt, daß so der Friede aussähe, dann hätte es die Waffen nicht aus der Hand gelegt. (Sehr wahr!) Er erinnert damit an einen Satz, den, wenn ich nicht irre, der Herr Ministerpräsident einmal als Abgeordneter ausgesprochen hat, als er sagte: „Wehe dem Volke, das die Waffen zu früh aus der Hand legt!" Das **Ausderhandlegen unserer Waffen** war eingegeben von dem illusionären Idealismus der großen Mehrheit des deutschen Volks, die fest auf internationale Zusagen vertraute. Wenn dieses Vertrauen zusammenbricht, wenn heute selbst von jener Seite davon gesprochen wird, daß man Illusionen begrübe, so ist es ein um so bitterer Hohn, wenn an einer Stelle dieses Vertrages davon gesprochen ist, es sei die Aufgabe der Alliierten, die Weltharmonie herzustellen. Eine Weltharmonie, hergestellt durch einen solchen Vertrag! Was dieser Vertrag aus Deutschland macht, das ist ein zerstückeltes Reich, machtlos, rechtlos, ehrlos, auf ewige Zeit zur Fronarbeit verurteilt, von Fremdvölkern wie von Sklavenhaltern regiert. Es ist möglich, daß wir zugrunde gehen, wenn wir den Vertrag nicht unterzeichnen. Aber wir alle haben die Empfindung: es ist sicher, daß wir zugrunde gehen, wenn wir ihn unterzeichnen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich will nicht auf alle Einzelheiten dieses Vertrages eingehen und mich auf diese wenigen Gesichtspunkte hier beschränken. Wir haben heute einen Gruß entgegengenommen von dem Redner, der im Namen der Universität uns in diesen Räumen begrüßte. Er hat hingewiesen auf das Bild, das wir in diesem Raume vor uns sehen, auf den Mann, der einstmals das arme zerrüttete, wehrlose Preußen aufgerufen hat zu der sittlichen Idee, die seine Wiedererstarkung möglich machte. Was heute herausklang aus dem Nein, dem Nimmermehr, das alle Parteien ausgesprochen haben, das hat er in die Sätze gefügt, mit denen ich hier schließen möchte: Besiegt sind wir; aber ob wir nun zugleich auch verachtet und mit Recht verachtet sein und zu allem anderen Verlust auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird immer noch von uns abhängen! (Lebhafter Beifall. — Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die **Friedensbedingungen** stehen in schroffstem Widerspruch zu den Grundsätzen, die meine Freunde und

ich während der ganzen Kriegsdauer für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben deshalb gegen sie den schärfsten Protest (vielseitiges Bravo), und wir haben ein Recht zu diesem Protest, weil wir jederzeit, auch wenn die Kriegslage für Deutschland günstig war, den Gegnern den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit zugestanden haben, den wir für das deutsche Volk forderten. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben allen Schmähungen zum Trotz den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest abgelehnt und damit vor aller Welt den Beweis erbracht, daß wir die politische und wirtschaftliche Unterdrückung auch besiegter Völker verabscheuen. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben, als unser Volk von Siegesstimmung erfüllt war, den Elsaß-Lothringern, den Bewohnern von Nordschleswig, den Polen das Recht eingeräumt, nach freiem Willen ihr Schicksal zu bestimmen. Für uns war das Selbstbestimmungsrecht niemals nur ein tönernes Wort, sondern eine aus innerster Überzeugung fließende Forderung. (Sehr richtig!) Wir verurteilen es deshalb auf das entschiedenste, daß die Entente das **Selbstbestimmungsrecht der Völker,** das sie feierlich proklamiert hat, in geradezu schnöder Weise zum Nachteil des deutschen Volks verletzt. (Sehr richtig!) Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, die territorialen Grenzen willkürlich festzusetzen, ohne in freier unbeeinflußter Abstimmung den Willen der betroffenen Bevölkerung zu erforschen. (Sehr richtig!) Denn die Folge dieser Willkür ist die Erzeugung dauernder Unruhe, die Schaffung einer Irredenta, die die Gewähr neuer blutiger Konflikte in sich birgt. (Sehr richtig!)

Unsere Verpflichtung, Frankreich für die Zerstörung seiner Bergwerke Ersatz zu leisten, haben wir aus eigener Initiative unumwunden anerkannt. Der Anspruch Frankreichs auf die **Ausbeutung der Saarbergwerke** bis zur Herstellung der französischen Bergwerke ist für uns außer Zweifel gewesen, aber der Friedensvertrag begnügt sich nicht mit der Wiedergutmachung des Schadens, er verlangt die Abtretung des vollständigen und unbeschränkten Eigentums an den Kohlengruben. Die Regierung des Saarbeckens soll den deutschen Behörden entzogen und einer Kommission übertragen werden, die vom Völkerbunde eingesetzt wird. Es handelt sich hier in Wahrheit um eine wirtschaftliche und politische Angliederung des Gebietes an Frankreich (sehr richtig!), und die nach 15 Jahren vorgesehene Befragung der Bevölkerung vermag auch nicht einmal notdürftig diese Annexion zu verschleiern. (Sehr richtig!)

Als **Ostpreuße** weise ich besonders auf die **Vergewaltigung** hin, die der Bevölkerung dieser Provinz zugedacht worden ist. Der nordöstliche Streifen mit Memel, Schwarzort, Nidden wird über

den Kopf der Bevölkerung von Deutschland losgetrennt und, sei es an einen litauischen Staat, sei es an Polen, angegliedert. Fast 40 Jahre hindurch habe ich mit den Bewohnern der ganzen Provinz in enger Beziehung gestanden, niemals hat die Bevölkerung jenes Gebiets, das jetzt vom Deutschen Reich losgerissen werden soll, an eine Trennung gedacht, niemals die Vereinigung mit einem anderen Volke gewünscht, sie wird einfach durch einen Gewaltakt wie eine leblose Masse an einen anderen Staat verschoben. (Sehr wahr!)

In den südlichen Gebieten der Provinz, für die eine Abstimmung vorgesehen worden ist, sind ebenfalls Lostrennungsbestrebungen nie hervorgetreten. (Sehr richtig!) Die Art der Abstimmung bietet keinerlei Garantie, daß der wahre Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen und die neuen Grenzen bestimmen wird.

Durch die **Angliederung Westpreußens an Polen** ohne Befragung der Bevölkerung, durch die schlechtverhüllte Auslieferung der angeblich freien Stadt Danzig, die von einem fremden Kommissar verwaltet und von Polen nach außen vertreten werden soll, an den polnischen Staat wird Ostpreußen von den übrigen Teilen des preußischen Staates völlig abgeschnitten und muß, so verstümmelt und eingeschnürt, wirtschaftlich verkümmern. (Sehr wahr!) Für dieses grausame Schicksal ist keinerlei Begründung in den Wilsonschen Programmforderungen gegeben.

Ich will die übrigen Gewaltakte, die im Friedensvertrage enthalten sind, nicht im einzelnen anführen. Wir verlangen, daß nirgends der Wille der Bevölkerung bei Abänderung der Grenzen mißachtet wird. Wir wollen kein Volk wider seinen Willen unter deutsche Herrschaft zwingen, wir verlangen aber auch, daß das deutsche Volk nicht unter offenem oder verstecktem Zwange unter fremden Willen gebeugt wird. (Sehr gut!) Wir wollen nach den Forderungen des Friedensvertrages die **Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs** als unabänderlich, wie es dort heißt, anerkennen. Wir tun dies gern. Aus der Unabhängigkeit folgt aber auch das unabänderliche Recht Deutsch-Österreichs, sich nach seinem Willen mit dem deutschen Volke zu vereinigen. (Lebhaftes Bravo.)

Die **wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages** sind so hart, daß die Furcht wohl entstehen kann, das Volk müsse unter diesem Druck und unter dieser Last zusammenbrechen. Und sie sind zum Teil sicherlich unerfüllbar. (Sehr wahr!) Der Friedensvertrag schnürt die Volkswirtschaft so ein, daß sie kaum noch lebensfähig sein wird.

Die Gegner halten nun freilich dem deutschen Volke vor, daß die **deutschen Militaristen und Imperialisten** erbarmungslos den Krieg geführt und selbst die brutalsten Vergewaltigungspläne für den Fall des Sieges als ihr Kriegsziel aufgestellt haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wurde doch mit zynischer Offenheit den Gegnern, als sie zu unterliegen schienen, das „Wehe den Besiegten" zugerufen. Immer von neuem wird im Auslande den Parteien — mit Ausnahme der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei — entgegengehalten, daß sie kein Recht zum Klagen hätten, da sie doch in Brest-Litowsk und in Bukarest an Stelle des Rechts auch die Gewalt gesetzt hätten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das alles ist richtig, kann aber meine Fraktion nicht hindern, mit dem größten Nachdruck vor einem Frieden zu warnen, der unmittelbar für das deutsche Volk, schließlich aber für die ganze Welt unheilvoll sein muß, da er neue Konfliktsstoffe in geradezu unheimlicher Weise auftürmt. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk muß jetzt furchtbar für die Verbrechen und Sünden seiner Herrschenden büßen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die ausschweifendsten Gewaltpolitiker, die am meisten dazu beigetragen haben, daß das deutsche Volk in das tiefste Unglück gestürzt ist, versuchen jetzt, von den Spuren abzulenken und die **Revolution** für das **verantwortlich** zu machen, was das deutsche Volk zu erdulden hat und noch zu ertragen haben wird. Dieses unehrliche Bemühen muß erfolglos bleiben (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten); denn es ist historische Wahrheit, daß Hindenburg und Ludendorff Ende September vorigen Jahres der Regierung erklärt haben, daß der Krieg für das deutsche Volk nicht mehr zu gewinnen sei, daß sie seine Fortführung nicht mehr verantworten könnten, und daß deshalb ein sofortiger Waffenstillstand nachgesucht werden müßte. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Schuld an der Katastrophe tragen die deutschen und habsburgischen Militaristen, die in der imperialistisch überhitzten Atmosphäre des Sommers 1914 den Weltkrieg entzündet haben (lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), tragen alle diejenigen, die die Kriegspolitik der früheren Regierung unterstützt, die den Krieg verlängert und es auch noch nach dem Waffenstillstand verhindert haben, daß mit dem alten Regime endgültig gebrochen wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn in begeisterungsvollen Kundgebungen der letzten Tage betont wird, daß der Geist von 1914 wieder erwacht sei, wenn an einzelnen Stellen zu den Waffen gerufen wird, so soll man sich darüber klar sein, daß die Arbeitermassen nicht noch einmal einem nationalistischen Taumel verfallen werden. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unsere Aufgabe muß es sein, bei aller Erregung über den uns zugemuteten Frieden törichte und sinnlose Taten zu ver-

hüten, die das Volk noch tiefer in das Verderben hineinstoßen. Für unser Volk ist der Friedenszustand unentbehrlich, es braucht ihn schleunigst, um leben zu können. Unsere 800 000 Gefangenen treibt es zu Vater und Mutter, zu Frau und Kind, und sie dürfen nicht enttäuscht werden (lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr wahr!). Die gequälten und zermarterten Massen des Volkes wollen im Geiste der Revolution an den Aufbau der Gesellschaft herantreten, sie wollen nicht weiter bluten oder dem Hungertode preisgegeben werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In verschiedenen Zeitungen wird meiner Partei für den Fall einer Regierungskrise zugemutet, den Krieg formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), sie erachtet es für die Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß des Krieges herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wie der Friede nach den eingeleiteten Verhandlungen auch ausfallen mag, — die Massen des Volkes werden unter dem Druck der Friedensbestimmungen schwer zu leiden haben.

Wir erkennen mit Befriedigung an, daß die Sozialisten der anderen Länder sofort mit größter Entschiedenheit das Werk der eigenen Regierungen bekämpfen und für einen gerechten Frieden für Deutschland eingetreten sind. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ob sie schon jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär unterwühlt: die **Weltrevolution** ist auf dem Marsche (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), mag sie auch langsamer weiterschreiten, als es vielen von uns erwünscht ist. Sie wird überall die Befreiung des Proletariats und damit die Befreiung der Menschheit bringen, sie wird auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufgezwungen wird, revidieren. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben schon an die Sozialisten der anderen Länder den Appell zum gemeinsamen Kampfe gegen das internationale Kapital gerichtet. Nicht von der Revancheidee, die wir aus der Tiefe unseres Herzens heraus verwerfen (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), sondern von der revolutionären Entwicklung der Welt erwarten wir die Umwandlung des Friedensvertrages in ein Bündnis gleichberechtigter Völker. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dann wird das Wort Fichtes zur Wahrheit werden: Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt! (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unsere Regierung hat heute zu wiederholten Malen das Volk aufgefordert, daß es sich vertrauensvoll um sie schare. Es gehört eine

starke Kühnheit dazu (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), diese Aufforderung in dem Augenblick zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat so von der Regierung provoziert wird, wie es noch nie vorher versucht wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Noch nie waren die Gefängnisse so gefüllt wie in diesem Momente, sie reichen nicht aus, um die von der Regierung politisch Verfolgten aufzunehmen. So ist das Russengefängnislager in Münster mit politischen Gefangenen belegt worden. (Hört! hört! und lebhafte Pfuirufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Gestern ist der **General Maercker** im Auftrage der Regierung in die völlig friedliche Stadt **Leipzig** (Lachen bei den Mehrheitsparteien) mit allen modernen Mordwerkzeugen **eingerückt** und hat die freien Plätze in kriegerische Heerlager verwandelt. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! und Pfui! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Heeresbericht verkündet, daß die Besetzung kampflos erfolgt sei und daß die Ruhe nirgends gestört wurde. Das war nach dem bisherigen Verhalten der Leipziger Arbeiter selbstverständlich. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Leipziger Arbeiter haben den Belagerungszustand als ungesetzlich nicht anerkannt; aber niemals ist in Leipzig die geringste Gewalttat vorgekommen. (Lebhafter Widerspruch bei den Mehrheitsparteien. — Rufe: Geyer! Friedensvertrag! Zur Sache! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich glaube, es ist zweckmäßig, wenn auch die dissentierenden Parteien ruhig den Herrn Redner ausreden lassen. (Zustimmung. — Zurufe: Zur Sache!)

Haase (Berlin), Abgeordneter: Das gehört allerdings zur Sache, denn die Regierung hat uns aufgefordert, daß wir uns hinter sie stellen, und wir haben darzulegen, wie gerade diese Regierung in einem verhängnisvollen Augenblick der deutschen Geschichte die im Volke bestehenden Gegensätze noch vertieft. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Mehrheitsparteien. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Aus dem Grunde, Herr Redner, habe ich Sie auch diese Ausführungen machen lassen. Immerhin gestatte ich mir aber die ergebenste Bitte, zu bedenken, daß wir über die Friedensverhandlungen sprechen (Zustimmung und Zurufe bei den Mehrheitsparteien), und daß die Ausführungen — — (Zurufe und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Wenn der Präsident spricht, hat sonst niemand im Hause zu reden! — (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Ich bitte Sie, sich das zu merken! (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Also: ich bitte, zu bedenken, daß

es sich um die Friedensverhandlungen handelt, und daß alle Ausführungen, die in einem größeren Umfange gemacht werden, doch immer in einem gewissen engen Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen stehen müssen.

Haase (Berlin), Abgeordneter. — Ich halte mir das vor Augen und werde nur noch mit wenigen Sätzen auf diese Angelegenheit eingehen. —

Die Leipziger Messe hat sich noch zuletzt glatt abgewickelt, und die Sicherheit der Besucher ist in keiner Weise gefährdet worden. Die Heranziehung der Truppen muß aber die Arbeiter geradezu bis aufs Blut reizen (Widerspruch und Zurufe bei den Mehrheitsparteien) und trägt die Gefahr eines fürchterlichen Blutbades in sich. Um das Maß voll zu machen, hat General Maerker die „Leipziger Volkszeitung" besetzt, hat das Erscheinen dieser Zeitung, sowie der „Roten Fahne" verboten, ja er hat, obwohl nicht der geringste Widerstand entgegengesetzt worden ist, sofort das Standrecht verhängt. Diesen Taten sind andere gefolgt, die das Ansehen der Nationalversammlung selbst im In- und Auslande auf das schwerste gefährden müssen, und die die Behauptung des Herrn Ministerpräsidenten, daß wir in einem demokratischen Staate leben, Lügen strafen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Zwei Soldaten sind gestern unter Bruch der Verfassung in die Wohnung eines der ältesten Mitglieder dieses Hauses, des **Abgeordneten Fritz Geyer,** in Leipzig eingedrungen (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), haben sein Haus durchwühlt und auf Grund eines von Maerker ausgestellten Haftbefehls seine **Verhaftung vornehmen** wollen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Drei Personen in Zivil, darunter eine im Reitanzug, haben sich in die Wohnung des Mitgliedes dieses Hauses Dr. **Kurt Geyer** begeben, in seinem Hause eine Haussuchung vorgenommen und ihn selbst verhaften wollen. Als Frau Geyer nach ihrer Legitimation fragte, wurden ihr die Revolver ins Gesicht gehalten mit dem Bemerken: Das ist unsere Legitimation. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf: Friedensvertrag!) Schließlich legte der eine eine von dem Reichsminister Noske ausgestellte Legitimation vor. So ist das verfassungsmäßig garantierte Recht der **Immunität,** das schon vorher gegenüber drei anderen Mitgliedern des Hauses verletzt worden ist, in rohester Weise vergewaltigt worden. (Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, das gehört nicht mehr zur Sache (Sehr richtig!) Ich rufe Sie nunmehr zur Sache! (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke.) — Die Anordnungen des Präsidenten auszulachen, gehört nicht zu den Ruhmestaten von Parlamentariern. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Trotz dieser gewaltigen Herausforderung der Arbeiter fordert die Regierung heute fast in demselben Atemzug die Einigung des ganzen Volkes. Eine solche Handlungsweise ist politisch nicht normal; sie ist in diesem Augenblick heller Wahnsinn, geradezu Verbrechen. Das Volk hat überreichlich auf den Schlachtfeldern geblutet. Soll es noch durch Soldaten der eigenen Regierung dezimiert werden? Wir sagen erbitterte Feindschaft an dem Krieg im Innern wie dem Krieg nach außen. Unser Volk kann nicht untergehen, es wird nicht untergehen. Es wird durch die sieghafte Kraft des Sozialismus zur Höhe sich erheben, trotz alledem. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zischen bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Weber.

Weber, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Im Westen scheint die Weltgeschichte nicht zur Ruhe zu kommen. **Eupen und Malmedy** sollen an Belgien fallen, und ganz kurz und lakonisch heißt es: während 6 Monaten können Listen ausliegen. Aber diese Listen werden von den Belgiern ausgelegt, und von den Belgiern wird das Resultat auch der Liga der Nationen vorgelegt. Ist das das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Wilson uns versprochen hat? Eupen und Malmedy sind urdeutsche Gebiete (sehr richtig!), haben während der gesamten deutschen Geschichte immer zum Deutschen Reiche gehört, wirtschaftlich und kulturell von der Sprache bis zu den feinsten Bildungs- und Erziehungswerken. Gewiß sagen manche: in Eupen und in Malmedy wohnen Wallonen. In Eupen ist auch die ganz in der Minderheit befindliche wallonische Bevölkerung vollständig deutsch, und weil sie deutsch ist und — worauf es vor allem ankommt — weil sie deutsch bleiben will, deshalb protestieren wir dagegen, daß dieser Teil zu Belgien kommt. (Bravo!)

Malmedy hat in dem westlichen Teil gewiß wallonisch sprechende Bevölkerung, und nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker mag man dem westlichen Teil dieses Abstimmungsrecht geben; aber das östliche Gebiet ist deutsch, und deshalb fordern wir auch für diesen Teil von Malmedy das Recht, deutsch zu sein und — ich sage es noch einmal — deutsch zu bleiben. (Bravo!) Denn, meine Damen und Herren, wenn diese beiden Teile belgisch werden, dann ist zu gleicher Zeit auch das Schicksal der Stadt Aachen entschieden. Eupens Geschichte ist die Geschichte der Stadt Aachen, wirtschaftlich, politisch und kulturell. Aachen wird durch diesen Verlust nach Süden und Südosten vollständig abgeschnürt, und mir scheint: weil man jene Perle

drüben an der Grenze nicht bekommen konnte, deshalb sah man es auf Eupen und Malmedy ab.

Aber meine Blicke streifen weiter, und ich glaube, ich bin wie die Stimme des Rufenden in der Wüste, wenn ich von Eupen und Malmedy ausgehend an das **besetzte Gebiet** erinnere. Wenn ich es zum Ausdruck bringen könnte, was dieses Gebiet gelitten hat, was für eine Geschichte stummer Klage und des Zorns geschrieben werden müßte, was Mutter und Kinder und Väter gelitten haben, jene furchtbare Geschichte kleiner Leiden und Schikanen, die das besetzte Gebiet nicht selbst sagen kann! Ich spreche heute davon, weil in den Friedensbestimmungen steht, daß der linke **Rhein mit den Brückenköpfen** noch besetzt werden soll, **15 Jahre besetzt werden soll.** Das ist kein Frieden. Es steht wie begütigend dazwischen, daß bei genauer Ausführung der Bedingungen nach fünf Jahren Cöln und Umgebung, Koblenz und Umgebung nach zehn Jahren, Mainz und Umgebung nach fünfzehn Jahren frei sein sollen. Das ist kein Frieden. Wer dort gelebt hat und weiß, wie man das Leben einschnürt — es ist nicht nur das Wirtschaftliche, nicht nur das Materielle, es ist das Leben — Leben aber ist meine Persönlichkeit, die nicht Tag und Nacht unter der Beobachtung fremder Truppen stehen will. Leben ist Heimat, und die Heimat wird ausgelöscht, wo der Fremden Truppen stehen.

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen in der kurzen Zeit, die mir bemessen ist, die **stumme Klage des besetzten Gebiets** nicht ganz erzählen. Ich kann Ihnen nur eines sagen und ich sage es der Welt und denen, die den Vertrag geschlossen haben, die das stumm gelitten haben Tag für Tag. Sie wurden, wenn es möglich war, deutscher mit jedem Tag; sie sehnten sich nach der Heimat, und ihre Geschichte ist die der Sehnsucht. O, das alles wissen wir wohl. Aber wir möchten trotz und alledem nicht auf Kosten jenes Heimatsgefühls auch nur noch einen Tag länger die fremden Truppen im besetzten Gebiet dulden. Was bedeutet eigentlich die Besetzung für dieses Gebiet? Ist sie nur militärisch oder auch wirtschaftlich? Wir, die wir, wie eben die Vorredner so richtig gesagt haben, die furchtbaren Bedingungen gar nicht erfüllen können, sollen auch noch wirtschaftlich abgeschnürt werden vom linken Rhein? Was heißt Besetzung? Sollen alle jene menschlichen Beziehungen noch abgerissen werden? Der Freund vom Freunde, die Eltern von Kindern? Soll die Briefzensur die letzten Geheimnisse zwischen deutschen Brüdern und Schwestern einfach veröffentlichen? Soll jenes Verordnungswesen weiter quälen? Soll jenes Haß- und Rache- und Bitterkeitsgefühl noch höher emporzüngeln?

Ich spreche im Namen des besetzten Gebiets. Aber ich spreche heute auch als Frau. Wir sind in einer Zeit hier in die Politik eingetreten, da wir im Idealismus der großen Weihestunde den **Völker-**

bund der Welt wünschten, den Völkerbund, der durch die harten Bestimmungen getötet wird. Wir erheben Klage und sagen in großer Trauer, daß auch uns Frauen, die wir erst seit kurzer Zeit in der Politik stehen, ein Stück Glauben zerbrochen wurde, daß in uns etwas niedergestoßen wurde, was Treue und Hoffnung heißt. Ja, meine Damen und Herren, wir sind in die Politik eingetreten, weil wir für Deutschland den Frieden und für die Welt den großen Völkerfrieden ersehnten und schaffen wollten. Aber es scheint mir, als ob diese Stunde fortrücke in die Zukunft hinein, und als ob der Friedensstern bleicher und bleicher würde. Nur eins erhoffe ich: daß aus dieser furchtbaren Leidensstunde, die Deutschland jetzt erlebt, die eine Leidensstunde bleibt, wenn auch der Vertrag verändert wird, Deutschland Europa erlösen wird vom Imperialismus und von der Gewaltpolitik. Das erhoffen und ersehnen wir Frauen. Und eins kann in uns nicht erschüttert werden, möge auch ein Druck auf besetztem Land liegen, möge ein Schicksal kommen, schwer und hart: Nie — das zeigt das Bild da oben — konnte man die Idee töten und den Glauben und die Hoffnung! Höre es, o Welt: Deutschland wird, solange es den Glauben und die Hoffnung und seine Menschen hat, die der Zukunft entgegengehen, nicht untergehen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Löffler.

Löffler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Haase wurde polemisch. Ich will seinen Spuren nicht folgen, um den Tag nicht zu entweihen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Im November vergangenen Jahres legte das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Waffen nieder im Vertrauen auf einen Frieden, wobei man ihm das Selbstbestimmungsrecht gewährleiste. Der Friedensentwurf liegt nunmehr vor uns. Ein einziger Schrei der Entrüstung geht durch die deutschen Lande, weil man daran geht, Gebietsteile von Deutschland loszulösen, in denen nicht eine fremde, sondern nur die deutsche Sprache gesprochen wird. Im **Saarrevier,** in der Pfalz wohnen keine fremde Bevölkerungsschichten. Im Saarrevier und in der Pfalz wohnt ein rein deutscher Volksstamm. Man will weniger diesen Volksstamm, sondern man will seine Erze, will seine Bergwerke, man will die Produkte seiner Erde. Man will damit wirtschaftliche Vernichtung, wirtschaftlichen Tod für Deutschland. Genau dieselben Beweggründe wie für das Saargebiet und die Pfalz sind für das Vorgehen gegen Oberschlesien maßgebend, wo bei der Wahl zur Nationalversammlung von 1 300 000 Stimmberechtigten 800 000 ihre Vertretung in die Nationalversamlung wählten. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um größte Ruhe!

Löffler, Abgeordneter: Man will, sage ich, wirtschaftliche Vernichtung, wirtschaftlichen Tod. Das Saargebiet und die Pfalz förderten 1913, im letzten Jahre des Friedens, 14 Millionen Tonnen Steinkohlen, Oberschlesien förderte in demselben Jahre 43,4 Millionen Tonnen Steinkohlen; das sind insgesamt 57,4 Millionen. Unsere Ausfuhr im Frieden betrug 37,5 Millionen Tonnen. Man will uns durch die Loslösung dieser wichtigen Gebiete mehr nehmen, als Deutschland im Frieden aus freier Entscheidung hinausgeben konnte. Genau so wie mit den Kohlen ist es mit den Eisenerzen. In Deutschland wurden 1913 27,2 Millionen Tonnen gefördert, davon allein 20 Millionen in Elsaß-Lothringen. 7,2 Millionen Tonnen will man uns belassen. Man muß noch abrechnen, was davon in Oberschlesien gefördert wurde. Man will uns vier Fünftel unserer Zinkindustrie, ein Viertel unserer Kalisalze nehmen. Das sind Milliardenwerte, von deren Anrechnung im Friedensvertrag nichts zu spüren ist.

Ich will nicht darauf eingehen, wie viel Hunderttausende produktiver Arbeitskräfte: Bergarbeiter, Hüttenleute, Metallarbeiter durch die gewaltsame Annexion fremden Ländern zugeführt werden sollen. Sie lieferten uns durch ihre Tätigkeit Rohprodukte und Halbfabrikate, mit deren Verarbeitung weitere Hunderttausende Hüttenleute, Metallarbeiter, Maschinen- und Apparatebauer beschäftigt werden konnten. Rechnet man die Steinkohlen-, Eisenerz-, Blei- und Zinkerzförderung im bisherigen Umfang auf 100 Jahre weitergefördert, dann ergibt sich die Tatsache, daß man uns durch die Loslösung dieser wichtigen Gebiete der Saar, der Oberpfalz und Oberschlesiens rund 250 Milliarden Werte an Rohstoffen nehmen will.

Die **Bevölkerung des Saargebietes** soll nun nach dem Vertrag nicht annektiert werden. In 15 Jahren soll sie über ihre Zugehörigkeit entscheiden; aber diese Entscheidung soll nur dann maßgebend sein, wenn Deutschland, das man wehrlos und wehrunfähig macht, in der Lage ist, die Gruben und Hütten *dieses Gebiets in Gold wieder zurückkaufen zu können. Das ist der Hohn zu dem Leid, das man uns zufügt.* (Sehr richtig!)

Was wollen wir für diese Gebiete? Wir wollen **Selbstentscheidung.** Wir wollen Selbstbestimmungsrecht dieser Völker, die man mit Gewalt loslösen will. Wir wollen, was in dem Waffenstillstandsvertrag versprochen ist, was unter den 14 Punkten Wilsons versprochen ist. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und in diesem Willen, dieses Selbstbestimmungsrecht für die Pfalz, für das Saargebiet, für Oberschlesien durchzusetzen, müssen wir stark und einig sein. (Bravo!)

Ein Bergarbeiter des Saargebiets schreibt in einem Brief: alles soll geschehen, damit sie mit dem Mutterlande vereinigt bleiben können.

Er sagt in seinem Schreiben zum Schluß: „Wir hatten so manche verzweifelte Schicht und sahen die Sonne doch schimmern, nur einig, einig müssen wir sein, so fest geschlossen wie Erz und Gestein." Derselbe Wille, einig, fest und geschlossen wie Erz und Gestein muß von hier aus hinaus ins ganze Land gehen, damit die Pfalz, das Saargebiet, damit Oberschlesien Kraft erhalten, um im Rahmen des Deutschen Reichs bei Deutschland bleiben zu können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Grafen zu Dohna.

Dr. Graf zu **Dohna,** Abgeordneter: „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte aufgerichtet werden, der die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einzubegreifen hätte, dem ein freier und sicherer Zugang zur See zugesichert und dessen politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationales Übereinkommen garantiert werden sollten." So lautet der 13. unter den viel berufenen 14 Punkten, die der Präsident Wilson in seiner Kongreßrede vom 8. Januar zur Grundlage seines Friedensprogramms erklärt hat. Und nun haben wir aus dem Friedensvertrag unserer Feinde entnehmen müssen, daß die Absicht besteht, mit Ausnahme einiger äußerster Zipfel die gesamte **Provinz Westpreußen den Polen auszuliefern** und Danzig mitsamt einem beträchtlichen Vorgelände als freie Stadt unter den Schutz eines Völkerbundes zu stellen, von dem das Deutsche Reich ausgeschlossen ist. Kein Wort ist scharf genug, um die Empörung zu kennzeichnen, die jeden Westpreußen nicht nur, jeden Deutschen nicht nur, sondern jeden Menschen, der sich noch einen Rest von Rechts- und Anstandsgefühl bewahrt hat, erfassen muß. Es widerstrebt mir, den Protest, den ich namens der Provinz Westpreußen einzulegen habe, im einzelnen zu begründen. Denn jeder Versuch, Preußens und Deutschlands voll begründeten Anspruch auf diese Gebietsteile darzulegen und zu verteidigen, könnte den Verdacht erwecken, als seien diese Hoheitsrechte irgendwelcher Anzweiflung ausgesetzt. Und ich müßte vor diesem hohen Hause Tatsachen zur Sprache bringen, die bei uns jedem Kinde geläufig sind. Ich beschränke mich deshalb auf die folgenden Feststellungen.

Zu der Zeit, als die **deutsche Kulturarbeit an den Ufern der Weichsel** in Angriff genommen wurde, lebten dort keine Polen. Diese waren es vielmehr, welche zu Beginn des 13. Jahrhunderts den deutschen Ritterorden zu Hilfe riefen gegen den Ansturm ihrer Feinde. Dann freilich folgten drei Jahrhunderte polnischer Herrschaft und polnischer Zuwanderung. Aber eben diese Jahr-

hunderte wurden von den Bewohnern des Landes als Zeiten drückender Fremdherrschaft empfunden, und ein Gefühl der Befreiung ging durch die Lande, als endlich 1772 Friedrich der Große sie endgültig an Preußen brachte. Denn mit der Fremdherrschaft war eine beispiellose Mißwirtschaft Hand in Hand gegangen. Die deutsche Kulturarbeit war vernichtet, die Gemeinwesen waren verkümmert, das Land verarmt und, wie einer der besten Kenner seiner Geschichte es ausdrückt, buchstäblich in Schmutz und Elend verkommen. Und nun erst beginnt die Zeit des Aufschwungs und des Fortschritts, der Blüte und des Gedeihens. Alles, was Westpreußen an Kulturwerten und an wirtschaftlichem Reichtum besitzt, verdankt es der Arbeit seiner deutschen Bewohner und der Fürsorge des preußischen Staates. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dieses deutsche Land mit mehr als einer Million deutscher Bewohner an Polen auszuliefern, dem nicht einmal der zweifelhafte Rechtstitel der Eroberung zu Gebote steht, ist eine Zumutung von so ungeheuerlicher Dreistigkeit, daß man trotz des Ernstes der Stunde nicht geneigt ist, sie für ernst zu nehmen. Der Regierungsbezirk Danzig weist 72 v. H., der Regierungsbezirk Marienwerder 60 v. H. deutsche Bewohner auf. Danzig ist zu 97 v. H. deutsch. Lassen schon diese Zahlen an dem Übergewicht des deutschen Elements keinen Zweifel, so bedeutet es doch eine sehr mechanische Handhabung des Nationalitätenprinzips, wollte man den bloßen Gesichtspunkt der Mehrheit in ausschließlicher Anwendung auf die Sprache der Bevölkerung entscheiden lassen. Was einem Lande das Gepräge gibt, ist wahrlich nicht allein die Sprache seiner Bewohner, sondern es muß gefragt werden, aus welchem Volksteil die Quellen sprudeln, die dem Lande Kraft und Wohlstand verleihen. Mögen wir da den städtischen oder den ländlichen Grundbesitz, den Handel oder das Gewerbe, die Steuerleistungen oder die Bildungsstufe betrachten, das Bild ist immer das gleiche: die Überlegenheit des Deutschtums ist unverkennbar und unvergleichlich.

Sodann aber ist es offenbar unmöglich, irgend ein Gebiet in seiner Vereinzelung zu betrachten ohne jede Rücksicht auf seinen geographischen Zusammenhang und den Zusammenhang des Staates, dessen Bestandteil er ist. Westpreußen bildet die Brücke zwischen dem Herzen Deutschlands und seinen Ostmarken. Auf Westpreußen verzichten hieße gleichzeitig Ostpreußen preisgeben. Ostpreußen und Westpreußen gehören unzertrennlich zusammen, und das gibt mir als Ostpreußen das Recht, für unser Westpreußen hier einzutreten. Deshalb hat **Ostpreußen** schon in diesen Tagen gegen die **Abschnürung vom Reich** in gewaltigen Kundgebungen Protest erhoben. Nicht nur vom nationalen, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkt läge in einer solchen Abschnürung ein unermeßlicher Schade: denn unser agrarischer Osten allein hat es

uns ermöglicht, durchzuhalten mit unseren spärlichen Nahrungsmitteln durch fünf lange Kriegsjahre. Wir können es nicht dulden, daß diese wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen werden. Wir sind nicht blind gegenüber ähnlich gearteten Lebensnotwendigkeiten des polnischen Staates. Wir erkennen an, daß er auf einen Anschluß an das Meer einerseits nicht verzichten kann. Aber diesen Bedürfnissen kann auf dem Wege wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Konzessionen, durch Neutralisierung der Weichsel und des Danziger Hafens Rechnung getragen werden. Der Wasserweg kann den Polen geöffnet, der Landweg aber darf den Preußen nicht gesperrt werden.

Wie aber denkt sich eigentlich die Entente die **Ausführung dieses Vertrages?** Es würde nicht genügen, daß sich ein Staatsmann in Deutschland fände, der den Mut hätte, einen Frieden zu unterzeichnen der Westpreußen den Polen ausliefert. Dazu wäre weiter nötig, daß sich die deutsche Bevölkerung dieses Landes willens zeigte, sich einem solchen fremden Joche zu beugen. Wie ich aber unsere Westpreußen kenne, ist das Gegenteil der Fall. (Hört! hört!) Wie sie schon entschlossen waren, mit der Waffe in der Hand die Divisionen des Generals Haller zu empfangen, wenn er es versucht hätte, sich die Landung in Danzig zu erzwingen, so würden sie, des bin ich gewiß, mit Waffengewalt sich jeder endgültigen Besetzung des Landes erwehren. (Bravo! rechts.) Wilson aber hätte können in der Geschichte fortleben als der Mann, dem es gelungen ist, eine minderwertige Völkermoral zu ersetzen durch Grundsätze einer edleren Sittlichkeit und höheren Gerechtigkeit. (Sehr gut! rechts.) Sollte er aber wirklich sich entschließen, einem solchen Frieden Geltung zu verschaffen, so stünde er da als Verfechter einer Moral, die einen Triumph von Lug und Trug bedeutet. Noch ist das deutsche Volk nicht überzeugt davon, daß das letzte Wort über den Völkerfrieden gesprochen ist. Das Gemüt unseres deutschen Volkes lehnt sich voll innersten Abscheu auf gegen den furchtbaren Verdacht, daß alle die hochtönenden Worte von Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit, daß alle die Beteuerungen der Achtung und der mangelnden Feindseligkeit gegen Deutschland, die wir aus dem Munde des amerikanischen Präsidenten vernommen haben, wirklich nichts sein sollten als plumpe Mittel der Täuschung und Irreführung. Nicht die Wehrkraft der feindlichen Welt hätte uns dann überwunden, sondern die Macht des Bösen, die sich in ihr verkörpert. Nur zweierlei ist möglich: entweder Wilson meint es ernst mit diesem Friedensangebot, dann wird der Segen, der von seiner Wirksamkeit hätte ausgehen können, sich in Fluch verkehren; oder aber er meint es ernst mit seinen Grundsätzen, dann muß er es begrüßen, wenn er im deutschen Volke den Rückhalt findet, den ihm sein eigenes Land nicht zu bieten scheint.

In beiden Fällen aber kann für uns die Lösung nur dahin lauten, daß solche Bedingungen schlechthin unannehmbar sind.

Unsere Feinde aber mögen bedenken, daß sie mit der Erzwingung ihrer Forderungen drei Wirkungen auslösen würden: sie würden für ewige Zeiten mit dem Makel des Verrats, des Vertragsbruchs und der Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes belastet sein; sie müßten mit uns dem Gedanken des Völkerbundes entsagen, der auf solchem Fundament sich nicht errichten ließe, und sie würden endlich mit diesem Vertrag den Grund legen nicht zum ewigen Frieden, sondern zu einer Verewigung des Krieges. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Quidde.

Dr. **Quidde,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als letzter der Redner aus dem Hause darf ich hier vielleicht feststellen, daß in der **Verurteilung der Friedensbedingungen,** die uns vorliegen, in diesem Hause überhaupt kein Unterschied besteht (sehr richtig), und daß auch in der Schärfe der Verurteilung kein Unterschied zutage getreten ist, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Auf die einzige hier berührte Frage, die uns trennen könnte, auf die Beurteilung der Frage des Belagerungszustandes, gehe ich hier nicht ein. Der Herr Präsident würde es mir wahrscheinlich nicht gestatten, und ich bin auch der Meinung, wir sollen heute die Geschlossenheit des Hauses und die Einigkeit in der Verurteilung der Friedensbedingungen der Entente nicht beeinträchtigen und nicht stören lassen, indem wir irgend einen Gegensatz auf dem Gebiete der inneren Politik hier weiter verfolgen. (Lebhafte Zustimmung links, im Zentrum und rechts.)

Der Vorzug, an letzter Stelle hier noch sprechen zu können, ist mir zuteil geworden als einem Vertreter der Gedanken internationaler Verständigung, des **Pazifismus.** Niemand hat mehr Veranlassung als wir Pazifisten, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. (Hört! hört!) Man hat uns während des Krieges ja von mancher Seite verleumdet, wir seien die Leute, die den „Frieden um jeden Preis" wollten. Das war niemals wahr. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Unser Frieden hat ein ganz bestimmtes Gepräge, und zu diesem Frieden, den wir wollten, gibt es keinen schärferen Gegensatz als den Frieden, den uns die Entente darbietet. (Lebhafte Zustimmung und Bravo.) Diese Friedensbedingungen zerstören die Voraussetzungen internationaler Verständigung und des Völkerbundes. Der Völkerbund kann nur sein eine Gemeinschaft gleich-

berechtigter, freier Völker, eine Gemeinschaft von Völkern, die nach dem **Selbstbestimmungsrecht der Nationen** ihre Geschicke entscheiden Hier in diesem Frieden ist das Selbstbestimmungsrecht in den territorialen Streitfragen nirgends gewährt. Da, wo es anscheinend gewährt ist, indem man eine Abstimmung der Bevölkerung vorsieht, erweist es sich als bloßer Schein, sobald man den Bestimmungen nachgeht (sehr richtig!), ist es nur eine Verhöhnung wirklich freier Abstimmung. Und daß man in Gebietsteilen, in denen niemals der Wille sich zeigte, sich vom Deutschen Reich zu lösen, eine Abstimmung veranstaltet, indem man die Bevölkerung durch materielle Vorteile, die das Ausscheiden aus dem Deutschen Reich ihnen gewähren würde, verlockt, das ist noch schlimmer als die sonstige Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes, das ist eine politisch-moralische Missetat (stürmischer Beifall und Händeklatschen), das ist die Verleitung zum Landesverrat, die Verleitung zur Verleugnung der nationalen Rechte, des nationalen Bekenntnisses. (Erneuter Beifall links.)

Also was da von Selbstbestimmungsrecht in den Friedensbedingungen noch gewährt ist, das ist nur Schein und Schlimmeres. Man kann dann aber nicht sagen: nun soll der **Völkerbund** kommen, und der Völkerbund soll die Ideale internationaler Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes verwirklichen. Man kann diesen Völkerbund nicht für morgen schaffen wollen und dann heute noch hergehen und sagen: aber heute sündigen wir noch darauf los nach den Grundsätzen des alten Gewaltsystems, heute vergewaltigen wir noch, heute morden wir noch Nationen in ihrer Selbständigkeit, heute schaffen wir noch ein Volk minderen Rechts, ein Volk, das zu ewiger oder langandauernder Minderwertigkeit innerhalb der Völkergemeinschaft verurteilt ist. Heute gewalttätig sündigen und morgen das Ideal der Gerechtigkeit aufrichten wollen, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Sehr richtig! links.)

In den Bedingungen des Friedens, wie ihn die Entente uns bietet, liegt die größte Gefahr, daß wir in eine Entwicklung hineinkommen, die der Verwirklichung des Völkerbundes und internationaler Verständigung gerade entgegengesetzt ist. Es ist, als ob man zu neuen Kämpfen aufreizen wollte. (Zustimmung links.) Es ist doch kein Zweifel: Wenn dieser Friede Gestalt annehmen sollte, so entsteht eine **deutsche Irredenta,** und es werden in ganz Deutschland Millionen sagen: jetzt muß unser ganzes Dichten und Trachten darauf gerichtet sein, diesen Frieden wieder zu beseitigen (sehr wahr! links), und sie werden dann nicht haltmachen bei dem Gedanken, daß künftig der Völkerbund, wenn er einmal ein wirklicher Völkerbund geworden

ist, mit den Mitteln friedlichen Ausgleichs diesen Frieden beseitigt, sondern sie werden den Gedanken des Vergeltungskrieges pflegen. Und dieselbe nationalistische Bewegung wird durch das Ausland gehen! Dafür wird schon das schlechte Gewissen sorgen, das sie gegen uns haben. (Sehr gut! links.)

Also es ist, als ob man die Welt in neue Beunruhigung, in neuen Völkerhaß, in neue Kriege hineinstoßen wollte. Darum ist dieser Friede unannehmbar für jeden, der es ehrlich meint mit der Verständigung der Völker und mit der Aufrichtung einer neuen Rechtsordnung. (Sehr wahr! links.)

Wenn wir in die Verhandlungen hineingehen, die deshalb gepflogen werden sollen, dann dürfen wir unser Volk nicht in der Auffassung lassen, als ob nun nur die Wahl sei zwischen der Annahme dieses Friedens, der uns der Vernichtung preisgibt, und dem schweren Entschluß, diesem Frieden die Unterschrift zu verweigern. Wir müssen mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die Verhandlungen eintreten, daß es möglich ist, daran etwas Wesentliches zu ändern. (Sehr wahr! links.) Nur dann werden wir einen Erfolg erreichen. Wir müssen zugleich an alle diejenigen appellieren, die auch im Auslande nach ihrer Überzeugung sich diesem Frieden widersetzen müssen.

Meine Damen und Herren! Zu diesem Appell, meine ich, sind diejenigen besonders berufen, die während des Krieges zurzeit der größten deutschen Siege die Grundsätze verurteilt haben, auf denen sich dieser Friede aufbaut. Wer damals, als es gefährlich war, in Deutschland das deutsche Volk gewarnt hat, seine Siegerstellung zu mißbrauchen, der hat heute das Recht, dem Auslande zu sagen: jetzt gilt es für euch, die ihr während des Krieges immer das Wort der Gerechtigkeit im Munde geführt habt, daß ihr zu eurem Worte steht. (Sehr richtig! links.)

Die Interessen des deutschen Volkes dürfen wir alle miteinander ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Richtung mit Wärme, mit Leidenschaft vertreten. Aber der Appell an das Weltgewissen ist heute ein Vorrecht derer, die während des Krieges an das Gewissen des deutschen Volkes appelliert haben, daß es nicht als Sieger unrecht tue. (Bravo! und Händeklatschen.) Und nun lassen Sie mich — ich will versuchen, es so kurz zu machen wie möglich — lassen Sie mich noch auf zwei Gesichtspunkte hinweisen, die, wenn ich nicht irre, während der Debatte noch nicht berührt worden sind.

Welches sind die Gründe, mit denen man auf der Gegenseite die Auferlegung solcher Bedingungen zu rechtfertigen sucht, soweit nicht bloße

Raubgier oder Rachsucht unsere Gegner bestimmt? Sie berufen sich auf zweierlei. Sie sagen, besonders in Frankreich, man müsse dieses Deutschland wehrlos machen, um den Frieden zu sichern. Sie suchen die **Friedenssicherung** in einer **Vergewaltigung Deutschlands**, weil sie fürchten, es könnte sonst dieses Deutschland sich bald erholen und dann einen Vergeltungskrieg beginnen. Das ist eine Erwägung, die in Frankreich tatsächlich angestellt wird. Ich darf mich hier — Sie gestatten diese persönliche Note in meinen Ausführungen — auf etwas beziehen, was ich während des Krieges geschrieben habe, zu einer Zeit, als man in Deutschland einen ähnlichen Frieden dem Auslande aufzwingen wollte. Ich habe damals, im Sommer 1915, geschrieben:

> Diese Annexionen, — das heißt, die man damals in Deutschland forderte — sollen in Verbindung mit gewaltigen Kriegsentschädigungen unsere Feinde so schwächen, daß wir auf Menschenalter hinaus gegen einen neuen Krieg gesichert sind. Das klingt wie Hohn. Nur vollkommene Gedankenlosigkeit kann so sprechen. Kein Urteilsfähiger kann doch ernsthaft glauben, daß dieses Kriegsziel, die Sicherung des Friedens durch die dauernde Ohnmacht der Gegner, wirklich zu erreichen wäre.

Das galt für mich damals gegenüber Versuchen, das Ausland bis zum Weißbluten zu schwächen und zur Ohnmacht zu verdammen. Dasselbe gilt heute gegenüber dem feindlichen Ausland. *Eine Sicherung des Friedens durch Gewalt gibt es nicht.* (Sehr richtig!) So zur Ohnmacht kann man kein Land, kein Volk verdammen, daß, wenn der Widerstand gegen solche Gewalt in einem Volke wach würde, sich nicht im geeigneten Augenblick Verbündete fänden, stark genug, daß es in einem neuen Kriege den Versuch machen könnte, sich sein Recht wieder zu verschaffen. (Sehr richtig!) Aber das wollen wir nicht. Wir wollen nicht hineintreiben in die Stimmung des Vergeltungskrieges, wir wollen einen ehrlichen, einen dauernden Frieden, und darum dürfen unsere Gegner uns einen solchen Frieden nicht aufzwingen.

Und das andere. Man sagt: das **deutsche Volk muß jetzt büßen für die Sünden seiner Regierung**, es muß bestraft werden für das, was die Regierung gesündigt hat —, und man sagt weiter: diese deutsche Regierung, sie ist es, die allein die Verantwortung für den Ausbruch des Kriegs trägt, das ist die große schwere Schuld, die auf der Regierung und die auch auf dem deutschen Volke lastet, so lange es nicht Buße tut in Sack und Asche, so lange es diese Verschuldung nicht bekennt und die ganze Schuld des Kriegs nicht auf sich und seine Regierung nimmt. Nun, meine verehrten Damen und Herren, ich glaube, es gibt wenige, die seit vielen Jahren so bekannt waren als scharfe Gegner des alten Systems, nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande, wie ich. Es gibt wenige, die dem preußischen Militarismus jahrzehntelang so

gegnerisch gegenüber gestanden haben, wie ich, und ich glaube, es gibt wenige, die mit solcher Schärfe die deutsche Politik, wie sie etwa auf den Konferenzen im Haag zutage getreten ist, verurteilt haben, und gleichwohl muß ich sagen: wenn man dieses Bekenntnis von mir verlangte, daß die Regierungen der Mittelmächte die allein Schuldigen seien, so müßte ich, wie Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles es für sich erklärt hat, eine Lüge aussprechen; denn das glaube ich nicht. (Lebhaftes Bravo und Beifallklatschen.) Und wenn es Wahrheit sein sollte, dann soll man es uns beweisen! Wir verlangen eine **internationale Untersuchungskommission**, um alle diese Dinge aufzuklären. Aber die englische Regierung lehnt sie ab. Weshalb, wenn sie so sicher ist, daß die ganze Schuld auf uns fallen muß? (Sehr gut!) Weshalb? — Ich weiß es nicht. Weil sie ein schlechtes Gewissen hat? Das ist es vielleicht nicht einmal, sondern weil in dem ganzen großen feindlichen Auslande heute ein **Geist der moralischen Überhebung** gegenüber dem deutschen Volke umgeht. Das feindliche Ausland maßt sich an, politisch und moralisch zu Gericht zu sitzen über uns. Auf dieser Grundlage sind auch die unerhörten Auslieferungsforderungen erwachsen. Dieser Geist der Überhebung ist es, gegen den ich als deutscher Pazifist aufs allerentschiedenste protestieren möchte. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Meine verehrten Damen und Herren! Ich weiß, was vor dem Kriege, in den Zeiten des Friedens, vom deutschen Wesen und von deutscher Politik dem Auslande unsympathisch und verhaßt gewesen ist. Ich weiß, was während des Kriegs geschehen ist, um diese Gegnerschaft, diese Abneigung noch zu verstärken; aber ich weiß auch und erinnere mich, wie man vor dem Kriege im Auslande über Deutschland sonst geurteilt hat, und wieviele von denen, die sich jetzt nicht genug tun können in Verachtung des deutschen Volkes, die so sprechen, als ob Europa sich nicht in zwei Kriegslagern gegenüberstände, sondern als ob auf der einen Seite die moralisch vollkommenen Völker und auf der anderen Seite die moralisch Minderwertigen ständen, — ich weiß doch, daß viele von diesen in Friedenszeiten im deutschen Volke nicht bloß unser Organisationstalent anerkannt haben, nicht bloß unsere Tüchtigkeit, nicht bloß den Wert deutscher Literatur, deutscher Philosophie, deutscher Kunst, sondern anerkannt haben gerade die tiefsten **moralischen Grundlagen unseres deutschen Wesens.** Man könnte leicht Hunderte von Aussprüchen bringen, die bezeugen, wie die berufensten Männer des Auslandes diese Anerkennung dem deutschen Volke gewährt haben. Und das alles sollte jetzt nicht mehr wahr sein? Jetzt sollen wir wie die moralisch Aussätzigen behandelt werden?

Man wird vielfach in Deutschland meinen, das sei alles elende Heuchelei. Ich weiß es nicht. Ich kenne einige, die dergleichen jetzt

ehrlich glauben. Das ist ein Stück **Kriegspsychose.** (Sehr richtig!) Wir haben sie auch bei uns in Deutschland kennen gelernt. Dort ist dieser Teil der Kriegspsychose jetzt wohl einigermaßen überwunden; aber sie frißt im Auslande weiter. Wir müssen heute trotz allem, was wir in unserer Politik als Schuld, als Schuld der Regierung und des deutschen Volkes, einzugestehen haben, gegenüber diesem moralischen Hochmute der Gegner geschlossen erklären, daß wir keine Veranlassung haben, uns als die Demütigen, als Büßer vor sie hinzustellen, sondern *daß wir unser Recht verlangen, weil wir dasselbe sind, was wir früher gewesen sind, wo man uns als gleichberechtigt in der Gemeinschaft der Völker anerkannte.* (Sehr richtig! und Bravo!) Politisch sind wir etwas anderes geworden. Wir sind auf dem Wege, das zu beseitigen, was man uns als politische Rückständigkeit im Auslande vorgehalten hat. Wir wissen, daß nicht alles vom alten System beseitigt ist, nicht in den Einrichtungen und vielleicht auch nicht in uns, daß auch die Vertreter des alten Systems nicht mundtot gemacht sind; aber die Umwälzung in Deutschland ist gleichwohl so tiefgreifend, wie niemals eine in der deutschen Geschichte gewesen ist. Das Deutschland vor der Revolution und jenes nach der Revolution trennt ein tieferer Einschnitt, als jemals innerhalb einer so kurzen Spanne Zeit die Entwicklung des deutschen Volkes aufzuweisen hat. Und darum verlangen wir nicht bloß moralisch, sondern auch politisch die volle Gleichberechtigung, und diese Gleichberechtigung muß uns dann in einen echten **Völkerbund** hineinführen.

Meine Damen und Herren! Ich zweifle nicht, daß dieser Völkerbund kommen wird trotz alledem und alledem, daß er kommen wird, weil die Völker ihn brauchen, weil das richtig ist, was der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in jener Sitzung im November 1916 gesagt hat. Ich zweifle nicht, er wird kommen trotz dieser Friedensbedingungen. Aber diese Zuversicht, die ich für die Zukunft hege, kann mich nicht hindern, nochmals mit äußerster Entschiedenheit zu betonen: diese **Bedingungen,** wie sie uns jetzt vorgelegt werden, sind **unannehmbar,** sie sind insbesondere für diejenigen unannehmbar, die den Gedanken der Völkerverständigung, die Idee des Pazifismus vertreten. Sie müssen verworfen werden von den Pazifisten nicht nur Deutschlands, sondern von allen Gesinnungsgenossen im Ausland als Verhöhnung dessen, was uns in diesem Frieden beschert werden sollte.

Versprochen war uns ein Friede, der uns in eine neue Welt der internationalen Ordnung, der Gerechtigkeit hineinführen sollte, *und man bietet uns diese Bedingungen!* Was für eine Tragödie wäre es für das Menschengeschlecht, wenn diese Bedingungen nun Wirklichkeit werden sollten! Und darum heißt es: — Nein! noch-

mals Nein! — und zum dritten Male Nein! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Trotz der vorgerückten Stunde werden Sie wohl Ihrem Präsidenten ein kurzes zusammenfassendes Schlußwort gestatten.

Der Verlauf des heutigen Tages ist ein großer Trost in dieser schweren Zeit. Es ist eine machtvolle, einheitliche, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. Man kann kaum von verschiedenen Färbungen, von verschiedenen Temperamenten reden; nein, das Temperament war in allen Rednern gleich lebhaft: **den Frieden können wir nicht annehmen.** (Sehr wahr! und Bravo!) Ich gehe nicht auf die Gründe ein, warum wir ihn nicht annehmen können; sie sind von den verschiedensten Rednern eingehend behandelt worden. Wir haben gewußt und wissen, daß unter allen Umständen uns ein schwerer, schwerer Friede bevorsteht. Aber wir hatten von der Vernunft der feindlichen Völker immerhin erwartet, daß sie wenigstens etwas von dem wahr machen wollten, was sie gesagt haben: es solle ein Ende der Kriege geben, es solle ein Völkerfriede werden, es solle ein Völkerbündnis werden. Davon steht in diesem Friedenswerke auch nicht ein Wort. Es ist ein Werk der ödesten Selbstsucht, des Hasses und der Rache. *Von den großen Gedanken des Völkerfriedens ist nichts zu spüren.* (Lebhafte Zustimmung.) *Das deutsche Volk hat sich in* **machtvollen Kundgebungen** *bereits in diesen wenigen Tagen* **gegen diesen Gewaltfrieden** *gewandt.* Ich nehme an, daß von dem heutigen Tage ab aus diesem Saale heraus nun eine Welle in den nächsten Wochen hinausgetragen werden wird in das deutsche Volk, die es *dem Auslande klarmachen* wird: so können wir das deutsche Volk nicht behandeln; wir werden gezwungen sein, andere Friedensbedingungen mit ihm einzugehen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat den **neutralen Stimmen** bereits seinen Dank ausgesprochen. Ich glaube, es ist angezeigt, daß auch aus den Reihen der Volksvertretung dieser Dank in der herzlichsten Weise bekundet wird. (Lebhafter Beifall.) Es ist herzerhebend, in welch scharfer, zutreffender Weise von allen neutralen Staaten, beinahe von der gesamten Presse dieser neutralen Staaten dieser Friede bewertet wird. Sollte das ohne jeglichen Einfluß auf unsere Feinde bleiben? Sollten sie in dem Urteil der Neutralen nicht wenigstens eine objektive Würdigung ihrer Handlungsweise erblicken und sich noch in der letzten Stunde besinnen und von dem eingeschlagenen Wege umkehren? Zeichen dafür haben wir bei unseren Feinden nur wenige gesehen, zurückhaltende; aber dankbar anerkennen wir auch, *was in dieser Beziehung aus* **französischen Arbeiterkreisen,** *was*

aus **englischen politischen Kreisen** an vernünftigen Stimmen an unser Ohr gedrungen ist. (Lebhafter Beifall.) Aber wo bleiben denn die anderen einflußreichen Kreise in den fremden Ländern? Wo bleiben die **Vertreter der Religion** (lebhafte andauernde Zustimmung), die heiligen Gedanken des Christentums? (Sehr richtig!) Gibt es in den feindlichen Landen keinen Bischof mehr, keinen Prediger, keinen gotterleuchteten Mann, keine fromme Frau, die hinausrufen aus gepreßten Herzen in die feindliche Welt: das ist kein Friede der christlichen Ära; so schlimm haben die heidnischen Römer den unterlegenen Völkern keinen Frieden diktiert, wie ihr in der christlichen Zeit es tun wollt! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Es war ein hartes Wort im alten Rom, das Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam; aber es war barmherzig gegenüber dem lang hinhaltenden Morden dieses Friedensvertrages. (Lebhafte Zustimmung.)

Wo sind in den feindlichen Landen die **Vertreter des Rechts**, das mit uns geboren ward, der Gerechtigkeit, deren Quellen aus Ewigkeitsgründen fließen? Frankreich hat sich gerühmt, die „Menschenrechte" proklamiert zu haben. Sollen sie nur für Frankreich gelten? Sollen sie nicht auch für die übrigen Völker der Erde, für den benachbarten germanischen Stamm Geltung haben? (Sehr gut!) Und die englische „Magna charta", soll sie nur ein Paladium der Freiheit sein für die Briten und die ihnen befreundeten Völker? Soll sie ihnen, diesen Briten und den ihnen befreundeten Völkern, das Recht geben, allen übrigen Völkern Sklavenketten aufzuerlegen? (Sehr gut!)

Wo sind die **Vertreter der Kunst** in den feindlichen Ländern? Das kunstliebende Frankreich mußte nach Deutschland reisen, um seinen Berlioz würdig zu hören. Soll dieses Deutschland mit seinen großen Dichtern und Denkern vernichtet werden, die den Gedanken der Humanität hinausgetragen haben nicht bloß in deutsche Gaue, sondern in alle Welt? Soll das Land eines Beethoven, eines Mozart, eines Richard Wagner ewig nur verurteilt sein, Fronarbeit zu leisten und sich nicht mehr aufschwingen können zu hohen, großen künstlerischen Gedanken? (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Italien hat einst, auch in schwerer Zeit, den großen Menschenfreund **Franziskus von Assisi** geboren, den Mann, der sich auf die Sprache der Vögel verstand, der den wunderbaren Hymnus „An die Sonne" gesungen hat, der die ganze Kreatur, der insbesondere die Tierwelt mit einer inbrünstigen Liebe umfaßte. Sollte nicht ein Nachfahr dieses großen Mannes und Menschenfreundes in Italien erstehen, den wenigstens das Mitleid überkommen würde über unsere Frauen und Kinder, über unsere verstümmelten Krieger,

denen des Lebens Notdurft entzogen werden soll? Man soll mir nicht sagen, auch wir hätten in Belgien und in Nordfrankreich an feindlichen Frauen und Kindern übel gehandelt. Tod und Entsetzen sind Töchter des Krieges; aber der Friede will heitere Kinder gebären, Kinder des Lichts. Und dem Frieden wollen wir doch entgegengehen, und auch der soll unseren Frauen und Kindern nur Tod und Entsetzen bringen? (Bewegung.)

Meine Damen und Herren, der **Schweizer Komponist Hegar** hat in seinem schönen Männerchor „Totenvolk" die schönsten Akkorde gefunden auf den Text: „O, Himmel der Heimat, wie hart bist du, Hast deinen Söhnen nur Fluch!" Auch unser heimatlicher Himmel war im Laufe der Jahrhunderte oft hart gegen seine Bewohner. Viel Nebelschwaden und Regenschauer hat er auf unser geliebtes Vaterland herniederprasseln lassen. Aber auch viel Licht und Sonnenschein, viel Gnade und seliges Leben hat in unseren deutschen Gauen geblüht, viel Kraft und Tüchtigkeit bei unseren Vorfahren und auch bei uns. Und jetzt in dieser schweren Stunde gedenken wir dankbar all des Schönen und Großen, des Guten, des Idealen, was unsere Eltern und Großeltern uns hinterlassen, und was wir selber unter dem deutschen Himmel genossen haben. Und wir bitten nur unsere Kinder und Enkel, uns es nicht anzurechnen, daß wir sie der Not und dem Elend überliefern müssen. (Bewegung.)

Wir wissen es: **auch wir sind angefault gewesen** in der Zeit, wo wir uns noch höchststehend wähnten. Unsere Wissenschaft hat ihre Kerzen nicht mehr am ewigen, göttlichen Licht angezündet. Unsere Kunst ist vielfach in die Niederungen der Kloake herniedergestiegen. Unser Leben, fern von Idealen war vielfach hingegeben der Genußsucht, der Selbstsucht; dem äußeren Glanz fehlte die innere Kraft und Solidität. Unserem sozialen Zusammenleben fehlte es an der Liebe, und unserer staatlichen Ordnung an dem gern und willig geleisteten Gehorsam des freien Mannes. Aber wenn sie uns jetzt auch noch die Schuld an dem Kriege aufladen wollen, das weisen wir im Namen der Wahrheit und Gerechtigkeit zurück. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Das deutsche Volk, das friedliebendste Volk der Welt, hat an diesem Kriege keinen Anteil. (Bravo!) Es hat nur — ich habe das Wort einmal geprägt; leider ist es damals nicht in allen deutschen Gauen verstanden worden — es hat nur das Verlangen gehabt nach einem bescheidenen Platz an der Sonne. Es wollte kein anderes Volk verdrängen; es hat für sich auch nur das beanspruchen wollen, was es anderen Völkern gönnt. (Bravo!) Es mag sein — ich weiß es nicht —, daß die letzten Akte der Regierenden vor dem Kriege als Veranlassung für den Krieg gegen uns zeugen; aber die

Schuld der Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde. (Lebhaftes sehr gut! und Bravo!)

Meine Damen und Herren, wir hatten einen Frieden erhofft des Völkerbündnisses, der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Und jetzt richte ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen: **memores estote, inimici, ex ossibus ultor!** (Anhaltendes stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Wenn unsere Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal. Das hohe und niedere wurmstichige Treibholz bei uns wird rasch verschwinden, und je schneller es auf dem Pflaster zertreten wird und je rascher es in den Orkus fährt, desto besser für unsere Gesundung. (Bravo!) Aber auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und die Kinder, die in harter Fron aufwachsen, werden imstande sein, nicht nur die Hand zur Faust zu ballen, sie werden mit dem Willen erzogen werden, die Sklavenketten zu brechen und die Schmach abzuwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden will. (Anhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Meine Damen und Herren, wie in glücklichen Tagen, so jetzt in dieser ernsten Stunde bekennen wir uns zu unserem **vaterländischen Hymnus.** Er ist mißdeutet worden. Man hat gesagt, es sei eine Überhebung gegenüber den anderen Völkern. Nein, das ist er nicht. Er ist nur der Ausdruck unserer innigen, gemütstiefen Liebe zu unserer Heimat. Er war der Ausdruck der Verehrung für das Land unserer Väter. Er war der Ausdruck der Freude über seine Kraft und Stärke. Er war der Ausdruck des Heimwehs für alle die, die in fernen Landen deutsche Laute entbehren mußten. Wie in glücklichen Tagen so auch heute und für immer in schwerer Not und bedrängter Stunde rufen wir hinaus: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! (Anhaltendes stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich erbitte mir von dem hohen Hause die Ermächtigung, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. Das Haus ist damit einverstanden; ich stelle dies fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr.)

40. Sitzung.

Sonntag den 22. Juni 1919.

Neue Regierung. — Annahme der Friedensbedingungen. — Vertrauensvotum.

Geschäftliches: Mandatsänderungen. — Urlaub.

Erklärung der neuen Reichsregierung:

Bauer, Ministerpräsident. — Löbe (S.). — Gröber (Z.). — Schiffer (Magdeburg) (D. D.). — D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner (D. Nat.). — Haase (Berlin) (U. S.). — D. Dr. Kahl (D. Vpt.). — Hörsing (S.).

Zur Geschäftsordnung: Schultz (Bromberg) (D. Nat.). — Dr. Heim (Z.). — Dr. Rießer (D. Vpt.).

Namentliche Abstimmungen über Anträge Schulz (Ostpreußen)-Gröber, betreffend

1. Unterzeichnung des Friedensvertrags;
2. Vertrauen zur Regierung.

Nächste Sitzung.

Anlage: Zusammenstellung der namentlichen Abstimmungen.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung der Nationalversammlung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ihre Mandate haben niedergelegt die Herren Abgeordneten: Hug am 20. Mai 1919 für den 15. Wahlkreis, Günther am 1. Juni 1919 für den 30. Wahlkreis.

In die Nationalversammlung sind neu eingetreten: Frau Kurt, Dresden, für den 28. Wahlkreis, die Herren Expedient Jordan, Delmenhorst, für den 15. Wahlkreis, Oberpfarrer Ende, Lichtenstein-Callnberg, für den 30. Wahlkreis.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten: Dietrich (Liegnitz), Dr. Fleischer, Schulz (Posen), Starrosson, Vogt (Württemberg) für 8 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Meerfeld für 4 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Bauer, Präsident des Reichsministeriums*): Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hat mich mit der Bildung des neuen Kabinetts an Stelle der zurückgetretenen Regierung Scheidemann beauftragt. Ich kann als deren bisheriges Mitglied dem alten Kabinett keine Anerkennung zollen, kann aber die ausscheidenden Mitglieder, insbesondere den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann, nicht ohne Worte warmen Dankes für ihre hingebende, aufopfernde Tätigkeit scheiden lassen (bravo!), ein Dank, der auch die Arbeit der Friedensdelegation in ihrer Gesamtheit einschließen soll. (Bravo!) Der **Rücktritt des Kabinetts** ist erfolgt, weil eine einheitliche Haltung gegenüber dem uns vorgeschlagenen Friedensvertrage nicht ermöglicht werden konnte. Die Ansichten der einzelnen Kabinettsmitglieder standen einander unvereinbar gegenüber, nicht nach Parteien getrennt, sondern nach dem Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Ministers. Mitten durch die regierungsbildenden Parteien, und zwar durch jede einzelne, ging dieser Zwiespalt, trennte diese Frage, was für das deutsche Volk unerträglicher und zerstörender wirken müsse: die Annahme oder die Ablehnung. Es war für jeden von uns, die wir der zurückgetretenen Regierung angehört haben, ein bitter schwerer Kampf, zwischen empörtem Gefühl und kühler Erwägung Stellung zu nehmen. Und nicht minder schwer wurde uns allen der Entschluß, dieser neuen Regierung beizutreten, deren erste und schleunigste Aufgabe es ist, den Unrechtsfrieden zu schließen. Die Not von Land und Volk hat uns zusammengeführt, wir konnten uns nicht versagen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, Deutschland in einen regierungslosen, chaotischen Zustand verfallen zu sehen, aus dem es keinerlei Rettung mehr gibt. Wir stehen nicht aus Parteiinteresse und noch weniger — das werden Sie mir glauben — aus Ehrgeiz an dieser Stelle. Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist.

Daß die **Demokratische Partei** geglaubt hat, mit der Stellung der Mehrheit ihrer Mitglieder eine Teilnahme an der Regierung nicht vereinbaren zu können, bedauern wir außerordentlich. Unsere demokratischen Kollegen in der bisherigen Regierung waren uns loyale und wertvolle Mitstreiter in diesem Kampf um eine neue Staatsform und einen neuen lebendigen Staatsgedanken. Die Regierung, deren Präsidium zu über-

*) Bisher Reichsarbeitsminister (Sozialdemokratie).

nehmen ich die Ehre habe, stützt sich auf Zentrum und Sozialdemokratie. Das Programm des **neuen Kabinetts** wird dasselbe bleiben, wie es der Regierung Scheidemann zugrunde lag. Seine **Besetzung** ist die folgende:

Auswärtiges Amt: Hermann Müller*),
Reichsministerium des Innern: Dr. David*),
Reichsfinanzministerium: Erzberger**),
Reichsschatzministerium: Dr. Mayer**),
Reichswirtschaftsministerium: Wissel*),
Reichsernährungsministerium: Schmidt*),
Reichswehrministerium: Noske*),
Reichspostministerium: Giesberts**),
mit der Bildung des Reichsverkehrsministeriums und zugleich mit der ferneren Verwaltung des Reichskolonialministeriums betraut: Dr. Bell**),
Reichsarbeitsministerium: Schlicke*).

Das Reichsjustizministerium ist noch offengelassen.

Und nun, meine Damen und Herren, wird Ihre erste Frage, die Frage der Stunde sein: Wie steht dieses Kabinett, wie stehen diese Männer zu dem Problem des Friedensschlusses? Was ist ihre Antwort im Namen Deutschlands? Ja oder nein?

Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der **Friedensbedingungen** unserer Gegner eine helle Empörung den einzelnen wie die Gesamtheit fortreißt, und daß diese Empörung sich Luft machen muß. Aber wenn ich bei der Übernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: lassen Sie **Annahme** und **Ablehnung** nicht zur Parteisache werden! Glauben Sie auf der einen Seite nicht, die Befürworter der Ablehnung seien volksfremde Chauvinisten oder gar Interessenpolitiker, die ein Vorteil der Klasse oder des Geldbeutels zur Verweigerung der Unterschrift veranlasse. Und glauben Sie auf der anderen Seite nicht, daß die Frauen und Männer, die sich notgedrungen und unter Selbstüberwindung zur Annahme bekennen, feig und schlapp seien oder am Ende kein Gefühl für nationales Selbstbewußtsein hätten! Wer sich ernsthaft, mit ganzem Herzen mit der Prüfung der Frage beschäftigt hat, ob zu unterschreiben sei oder nicht, der weiß, wie ungeheuer schwer die Entscheidung ist. Auf beiden Seiten stehen eine Menge gewichtiger Gründe, die kein verantwortvoller Mensch überhören kann. Heute nun ist der Tag der Entscheidung, heute müssen sich die Wege zum einen und zum anderen Ziele voneinander trennen. Die Zeit der Erwägung und der Abwägung ist vorüber; die Stunde des Handelns ist gekommen und damit auch die Stunde der Verantwortung.

An dieser **Verantwortung** trägt jeder von Ihnen, meine Damen

*) Sozialdemokratie. **) Zentrum.

und Herren, sein Teil mit. Die Regierung ist sich vollkommen bewußt, daß die Zustimmung Ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne entlasten kann, daß sie im Geist einer parlamentarischen Verfassung handelt, wenn sie sich zur Vollstreckerin Ihres Mehrheitswillens macht. Aber sie weiß ebenso, daß sie trotz allen Vertrauenskundgebungen vor Volk und Geschichte nur eins wahrhaft rechtfertigen kann: rückhaltlosester Ernst in der Prüfung der Sachlage, verantwortungsbewußte Entscheidung und keinerlei Schielen nach vergänglichen Partei- und Einzelinteressen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Glauben Sie mir: wir hoffen in diesem Sinne geprüft und entschieden zu haben, entschieden zu haben angesichts der Gegenwart und der Zukunft unseres Volkes und zugleich in der notwendigen Berücksichtigung des Willens der Nationalversammlung. Wie immer jeder einzelne von uns zur Frage der Annahme und Ablehnung steht: in einem sind wir alle einig: in der schärfsten **Verurteilung des uns vorgelegten Friedensvertrages** (sehr richtig!), zu dem wir unter einem unerhörten Zwang unsere Unterschrift geben sollen! Als wir zum ersten Male diesen Entwurf lasen, brach aus dem ganzen Volk wie aus einem Munde der Protest der Empörung und Ablehnung. Wir hofften, allen Enttäuschungen zum Trotz, auf die Empörung der ganzen Welt, soweit sie nicht in den Fesseln des Imperialismus liegt. Wir haben Stimmen von einzelnen und von Parteien im Ausland gehört. Wir haben geharnischten Widerspruch vernehmen dürfen und flehentliche Bitten an uns, die Wehrlosen, im Interesse aller Völker unsern Namen nicht unter dieses Dokument zu setzen. Wir haben **Gegenvorschläge** gemacht, so weitgehend, so opferbereit, wie noch nie ein anderes Volk! Und die Wirkung all dieser Proteste, dieser Empörungen, dieses Entgegenkommens? Die Wirkung unserer Bereitschaft, wieder gut zu machen, weit über jede Billigkeit hinaus? Spärliche, im Verhältnis zum Ganzen verschwindende Abmilderungen, von Hohn und Beschimpfung begleitet.

Am Montag abend, ihr Frauen und Mädchen, soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist! Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch, zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk, das nur zwei Gebote kennt: nach außen wieder gutzumachen und nach innen seine im Zusammenbruch errungene Freiheit auszubauen. Und wenn wir tausendfach die Ohnmacht des Worts und des Protestes erlebt haben — in dieser Stunde auf Leben und Tod, unter den Kanonen des drohenden Einmarsches, als Sprecher von Ihnen allen, von Ihren Sorgen und Ihrer Empörung, rufe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland: **Protest gegen diesen Vertrag** der Gewalt und der Vernichtung!

(Bravo!) Protest gegen diese Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diese Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages!

Wer kann sich in irgendeinem Volk noch Demokrat nennen und verwirft diese Despotie der Sieger nicht? Wer kann sich noch Sozialist nennen und erhebt sich nicht gegen dieses Ausbeutertum der Imperialisten? Wer kann sich noch Pazifist nennen und kämpft nicht bis zum letzten gegen diese Friedensvertrag genannte Kriegserklärung? Keine Unterschrift entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören! (Bravo!)

„Ihr letztes Wort" — so hat die Entente ihre Vorschläge vom 16. Juni genannt.

Die Reichsregierung hat davon abgesehen, aus der fast unabsehbaren Reihe mehr oder minder unerträglicher Bedingungen die eine oder die andere noch abzuhandeln. Dieser Vertrag verliert seinen vernichtenden Charakter nicht durch Veränderungen von Einzelheiten. (Sehr richtig!) Die Äußerungen der Parteien der Nationalversammlung, welche über die Mehrheit der Stimmen verfügen, lassen kaum einen Zweifel, daß diejenigen in der Minderheit sind, welche die Zukunft unseres Volkes durch eine Annahme schwerer zu gefährden glauben als durch eine Ablehnung. Dem muß eine Regierung Rechnung tragen, die das Volk nicht nach 48 Stunden vor eine neue, vielleicht tödliche Krisis stellen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Nein wäre nur eine kurze Hinausschiebung des Ja! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Widerstandskraft ist gebrochen; ein Mittel der Abwendung gibt es nicht. Wohl aber bietet der Vertrag selbst eine Handhabe, die wir uns nicht entreißen lassen können. Ich denke hier an die feierliche Zusage der Entente in ihrem Memorandum vom 16. Juni 1919 [1]), wonach eine **Revision des heute vorliegenden Vertrages** von Zeit zu Zeit eintreten und diesen neuen Ereignissen und neu eintretenden Verhältnissen angepaßt werden kann. Das ist eines der wenigen Worte in diesem Friedensvertrag, das wirklichen Friedensgeist atmet.

Im Namen der Reichsregierung, meine Damen und Herren, habe ich daher zu erklären, daß sie in Würdigung aller dieser Umstände und

[1]) Vgl. „Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 284 vom 18. Juni 1919.

vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten **Friedensvertrag unterzeichnen** zu lassen! Sie wird diese Vollmacht erteilen, indem sie den Gegnern unumwunden erklärt, kein Volk, auch keine der alliierten und assoziierten Mächte könne dem deutschen Volke zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Glieder vom Körper des Deutschen Reichs ohne Befragung der in Betracht kommenden Bevölkerung abgetrennt, *die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen.* (Sehr richtig!) Wenn sie dennoch **unter Vorbehalt** unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der **Kriegsgefangenen** zu ersparen. Sie erwartet in Ansehung der gewaltigen Lasten, die das deutsche Volk übernehmen muß, daß sämtliche deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn vom 1. Juli an in ununterbrochener Folge und in kurzer Frist zurückgegeben werden. (Bravo!) Deutschland hat die feindlichen Kriegsgefangenen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhaltloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. (Sehr richtig! rechts.) Wir fühlen uns daher zu der Erklärung verpflichtet, daß wir alle Vorbehalte machen und jede Verantwortung ablehnen gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärffster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß.

Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß *wir den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von* **Deutschland** *fordert, sich als* **alleinigen Urheber des Krieges** *zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterschrift nicht decken.* (Beifall.)

Ebenso wenig kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, **Angehörige des deutschen Volkes**, die von den alliierten und assoziierten Mächten der Verletzung internationaler Gesetze und der Vornahme von

Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, zur **Aburteilung auszuliefern**[2]. (Bravo!)

Wir nehmen an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, wenn wir offen sprechen, offen, sowohl was unseren guten Willen als auch unsere Vorbehalte angeht.

Daher werden wir die **Vollmacht zur Unterzeichnung** in folgender Form geben:

> Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! Ich bin am Ende. Wer so über die düsterste Stunde im Leben seines Volkes reden muß, der scheut sich fast vor dem Vorwurf der Schönfärberei, wenn er seinen Glauben an eine Aufhellung, an die endliche Verwirklichung einer besseren Zukunft zum Ausdruck bringen will. Aber ich bin der Überzeugung, in der deutschen Republik könnte keiner im Amt oder im Erwerbsleben, in der Politik oder in der Wissenschaft mehr eine Hand rühren, wenn ihm der Glaube an das deutsche Volk nicht geblieben wäre. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen vor Arbeitsjahren für fremde Rechnung wie nie ein Volk vor uns. Wir haben vor unseren Kindern und Enkeln die Verpflichtung, Deutschland zusammenzuhalten, soweit es uns geblieben ist. Wir müssen in der Verwirrung dieser Zeit, die außer Rand und Band geraten ist, Ordnung und Regel der neuen Freiheit sicherstellen,

---

[2]) Die in folgendem vielfach erwähnten Artikel 227—231 des Friedensvertrages lauten:

227. Die verbündeten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, ehemaligen Deutschen Kaiser, unter öffentliche Anklage wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge.

Ein besonderer Gerichtshof wird gebildet werden, um den Angeklagten unter Wahrung der wesentlichen Garantien seines Verteidigungsrechtes zu richten. Der Gerichtshof wird aus vier Richtern bestehen, die von jeder der nachstehenden vier (?) Mächte ernannt werden, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan.

Der Gerichtshof wird sich bei seinem Urteil von den erhabensten Grundsätzen der internationalen Politik leiten lassen; er wird besorgt sein, die Achtung der feierlichen Verpflichtungen und der internationalen Verträge sowie der internationalen Moral zu sichern. Ihm steht es zu, die anzuwendende Strafe nach seinem Ermessen zu bestimmen.

Die verbündeten und assoziierten Mächte werden an die niederländische Regierung ein Ersuchen richten, ihnen den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Aburteilung auszuliefern.

228. Die Deutsche Regierung erkennt die Befugnis der verbündeten und assoziierten Mächte an, vor ihre Militärgerichte solche Personen zu stellen, die wegen einer gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßenden Handlung angeklagt sind. Auf die für schuldig Befundenen finden die in den Militärgesetzen vorgesehenen Strafen Anwendung. Diese Bestimmung gilt ohne Rücksicht auf

unbekümmert darum, ob uns Schwärmer und Wirrköpfe in diesem wahrhaft demokratischen Bestreben verstehen oder nicht. Nur dank einer Vertragstreue bis zur Grenze unseres Könnens, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenbleiben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur im Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin — so schlimm das Wort heute vielen klingt — und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen. (Bravo!) Es gibt keine Wundermittel und keine Märchen für die Gesundung eines Volkes. Selbst die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen, an der wir hinsiechen. Nur der Revolution unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, daß wir aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft emporsteigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Es sind zwei Anträge eingegangen, gestellt von den Herren Abgeordneten Schulz (Ostpreußen) und Gröber.

Der eine Antrag geht dahin:

> Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Der andere lautet:

> Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrags.

---

irgend ein Verfahren oder eine Verfolgung von einem Gerichte Deutschlands oder seiner Verbündeten.

Die Deutsche Regierung hat den verbündeten und assoziierten Mächten oder derjenigen von ihnen, die sie darum ersuchen wird, alle Personen auszuliefern, die angeklagt sind, eine Handlung gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben, und die ihr namentlich oder nach dem Rang, dem Amt oder die Beschäftigung in deutschen Diensten bezeichnet werden.

229. Sind die Handlungen gegen die Angehörigen nur einer der verbündeten oder assoziierten Mächte begangen, so werden die Täter vor die Militärgerichte dieser Macht gestellt.

Sind die Handlungen gegen Angehörige mehrerer der verbündeten oder assoziierten Mächte begangen, so werden die Täter vor Militärgerichte gestellt, deren Mitglieder Militärgerichten der beteiligten Mächte angehören.

In allen Fällen hat der Angeklagte das Recht, seinen Verteidiger selbst zu bestimmen.

230. Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu liefern, deren Mitteilung zur vollständigen Kenntnis der den Gegenstand der Anklage bildenden Handlungen, der Ermittelung der Schuldigen und der genauen Abwägung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachten wird.

231. Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortwortlich sind, welche die verbündeten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Löbe.

Löbe, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion in der großen Schicksalsfrage, die wir zu entscheiden haben, ist niedergelegt in der folgenden Darlegung, die ich zu verlesen habe:

Die Not Deutschlands drückt uns alle. So sehr wir voneinander abweichen in der Beurteilung des fürchterlichsten aller Kriege, der trostlosesten aller Friedensverträge: einig sind wir in der tiefsten Bedrückung unserer Gefühle! Gequält wie das ganze deutsche Volk, empfindet die Nationalversammlung, daß der traurigste Abschnitt deutscher Geschichte nun anhebt. Ob die den Beschluß der Nationalversammlung bestimmen, die die neue Regierung beauftragen, die Unterfertigung des Friedensinstrumentes anzuordnen, oder ob die die Entscheidung geben, die diesen Friedensvertrag weit von sich abweisen und erklären: komme, was da wolle, wir unterfertigen diesen Vertrag nicht: in jedem Falle beginnt eine Epoche äußerster Verarmung und nationalen Elends. (Sehr richtig!) Wir haben für jeden dieser Standpunkte Verständnis, wir haben Verfechter beider Ansichten in unseren Reihen. Wie sich auch die Nationalversammlung entscheidet, nicht nur uns, sondern auch Kindern und Kindeskindern wird bitterstes Schicksal beschieden sein. Materiell verarmt, moralisch niedergedrückt, geistig gefesselt geht das deutsche Volk durch das Tor des Friedensvertrags in die dunkelste Zukunft voller Sorgen und Pein.

Niemals wird die **Schuld an diesem Kriege** ausgelöscht werden; fürchterlichste Gewissensnöte werden die quälen, die an diesem Kriege die Schuld tragen. (Sehr wahr!)

Wir, die wir stets die Kriege bekämpft, die wir während dieses fürchterlichsten Krieges niemals die Pflicht der Versöhnlichkeit vergaßen, die wir in den Zeiten des Siegesrausches stets für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten waren, wir sind uns, wie stets während des Krieges, auch heute, wo der sehnsüchtig erwartete, aber dornenreiche Frieden von uns geschlossen werden soll, der gewaltigen Verantwortlichkeit bewußt. Wenn wir dafür sind, daß dieser **Friedensvertrag unterfertigt** wird, so nur um deswillen, weil wir noch Fürchterlicheres ahnen, falls er von uns abgelehnt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit schwerstem Herzen, nach unausgesetzten Verhandlungen, nach reiflichster Prüfung aller Folgen haben wir uns doch zuletzt entschließen müssen, dieses Friedensinstrument hinzunehmen. Wir wissen, daß wir damit vor der Weltgeschichte die Verantwortung tragen; wissen, daß wir die kommenden Generationen und nicht nur uns belasten. Aber, wenn einst unsere Kinder Rechenschaft verlangen werden

für die Verpflichtungen, die ihnen und noch ihren Nachkommen auferlegt worden sind, so sagen wir ihnen schon heute, daß für all dieses Unglück nicht die verantwortlich sind, die jetzt dem fürchterlichsten aller Kriege ein Ende machen, sondern daß jene die Verantwortung trifft, die ihn herbeigeführt haben. Der Kapitalismus und der Imperialismus haben diesen Krieg hervorgerufen. Sie schlagen der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt mit diesem uns aufgezwungenen Frieden tiefe Wunden. Wir können jetzt nicht anders. Über sein Können kann niemand verpflichtet werden. Jede Widerstandskraft gegen diesen Friedensvertrag fehlt uns, deshalb müssen wir ihn ertragen. Wir wissen auch, daß beim besten Willen und beim eifrigsten Bemühen, die Bedingungen des Feindes auszuführen, wir und auch die Feinde zur Erkenntnis gelangen werden, daß viele Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können.

Die sozialdemokratische Partei hat sich der Erkenntnis seit dem Zusammenbruch des alten Deutschlands nicht verschlossen, daß unser Volk große Opfer werde auf sich nehmen müssen, um zum Frieden zu gelangen.

Die Reichsregierung hat alles getan, den gegnerischen Regierungen die **Undurchführbarkeit ihrer Friedensbedingungen** nachzuweisen. Ihre **Gegenvorschläge** gingen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Unsere Parteigenossen in Frankreich, England und Italien und alle sonstigen Freunde eines gerechten und deshalb dauernden Friedens mit allen Ländern haben manchen entschiedenen und unwiderleglich begründeten Einspruch gegen die unmöglichen Friedensbedingungen erhoben. Aber alle diese Bemühungen haben nicht den erstrebten Erfolg gehabt. Die sozialdemokratische Partei hat stets die Zweideutigkeit der Staatsmänner alten Schlages bekämpft. Jetzt, da wir in unserem jungen Freistaat auf Grund des denkbar freiesten Wahlrechts die stärkste Partei in der Nationalversammlung und der Reichsregierung geworden sind, verlangen wir, daß die Regierung mit der früheren Unwahrhaftigkeit im Verkehr der Völker endgültig bricht und nicht lediglich formelle Verträge abschließt, um sie beiseite zu schieben, sobald es ihr zweckmäßig erscheint. Der neue Friedensvertrag soll vielmehr für alle Völker, also auch für uns, unbedingtes Gesetz, unerschütterliche Grundlage einer neuen Völkergemeinschaft werden. Die Absicht einer offenen oder versteckten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen darf niemals, weder bei unserm Volke, noch bei unserer Regierung auftauchen.

Im schreienden Gegensatz zu diesen Grundsätzen bestehen die **feindlichen Staatsmänner** auf der **Unterfertigung** dieses in wesentlichen Teilen undurchführbaren Friedensvertrages. Verweigern wir sie, so wird der Krieg von neuem aufflammen. Wir müssen uns deshalb entscheiden, ob wir einen Gewaltfrieden schlimmster Art, einen Frieden, dessen Er-

füllung über die Kraft unseres Volkes geht, unterschreiben oder ob wir unser Land und unser Volk grausamen Kriegsleiden wehrlos ausliefern wollen. Gäbe es ein Mittel, die undurchführbaren Kriegsbedingungen von unserm Volke fernzuhalten: kein Deutscher würde zögern, von ihm Gebrauch zu machen. Aber es gibt keine Möglichkeit. Wir wollen und können unser Volk nicht von neuem zu den Waffen rufen. Unser Volk ist durch den langen Krieg und seine Wirkungen wirtschaftlich, körperlich und seelisch zu sehr zermürbt, als daß es auch nur auf kurze Zeit der Übermacht der gegnerischen Regierungen standhalten könnte. Unsere Kriegsgefangenen würden auf unabsehbare Zeit in feindlicher Knechtschaft zu schmachten haben. Weitere hunderttausende Menschen würden in den Tod getrieben. Unser Land würde zur Wüste, die Ernte vernichtet, unsere Volkswirtschaft ihrer letzten Werte beraubt werden. Die Zufuhr von Lebensmitteln würde abgeschnitten, unsere wichtigsten Eisenbahnlinien lahmgelegt, auch die Verfügung über Lebensmittel im Inlande unmöglich gemacht werden. Sie können uns unsere letzten Kohlengruben rauben und alle Betriebe stillegen. Einem solchen furchtbaren Druck vermag unser Volk nicht lange standzuhalten. Jeder tätliche Widerstand aber würde nach den brutalen Regeln des Kriegsrechts zu unabsehbarem Blutvergießen und zu Zerstörungen führen. Nach kurzer Frist müßten wir uns bedingungslos unterwerfen und *einen Frieden unterschreiben, der noch schärfer werden würde*. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die gegnerischen Regierungen würden ihre Übermacht zur Vernichtung aller Freiheiten, die die Revolution unserem Volke gebracht, ausnützen, sie würden das Deutsche Reich völlig zerstückeln und der dauernden Fremdherrschaft unterwerfen. Das arbeitende Volk würde unter der doppelten Last des schärfsten Arbeitszwanges und des Hungers schrankenlos ausgebeutet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir aus diesen Erwägungen die **Annahme des Friedensvertrags** billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs. Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. (Sehr richtig!) Ein entrechtetes, verhungerndes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger. (Zustimmung.) Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. Will man das deutsche Volk befähigen, so viel von dem Friedensvertrag als überhaupt möglich ist, durchzuführen, dann darf man die weitgehende **Sozialreform in Deutschland** nicht vernichten und ihre Weiterentwicklung ausschalten. Kapitalistische und imperialistische Gegner haben jedes Vorbild der Sozialreform in Deutschland mit Furcht und Mißtrauen verfolgt, weil sie ihren eigenen

Arbeitern und Arbeiterinnen das versagen wollten, was die **deutsche Sozialdemokratie** und die Gewerkschaften zur Sicherung der Arbeiterklasse gegen die Verelendung durch den Kapitalismus erzwungen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland war den Staatsmännern der Entente stets verhaßt als Ursprungs- und Zukunftsland des Sozialismus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg des Kapitalismus und Imperialismus wird geschlossen mit Friedensbedingungen, die der deutschen Arbeiterklasse den Weg zur Erfüllung des Sozialismus versperren sollen. Es ist deshalb das härteste Schicksal der sozialdemokratischen Partei, der Vorkämpferin der Völkerversöhnung und Völkerverbrüderung, für diesen unseligen Friedensvertrag stimmen zu müssen. Niemals mehr als in dieser Stunde empfinden alle Glieder unserer Partei, daß wir bei voller Treue zur Internationale zu unserem Volke stehen und daß wir bereit sind, für unser Volk einzustehen und alles ihm zu opfern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Im bayerischen wie im preußischen Rheinland haben sich die **Arbeiter** als die treuesten **Hüter der nationalen Gemeinschaft** bewährt. (Beifall.) In Not und Gefahr, ohne Furcht vor Kerker und Deportation, stehen sie ein für die Einheit des deutschen Volkes. Wie die großen Vorkämpfer der Sozialdemokratie Marx und Engels, Bebel und Liebknecht, im Gegensatz zum Bismarckschen Großpreußentum, so treten wir für Großdeutschland, für die Einheit aller derer ein, die an der Donau, an der Etsch, wie an den Mündungen der Weser und Elbe, Oder und Weichsel von deutscher Mutter das Sprechen gelernt haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Schicksalsstunde verlangen wir heiß für bessere Zeiten die Vereinigung mit unseren, durch noch ärgere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Sudetenländern, wie in Wien und Klagenfurt, in Bozen und Meran. (Erneutes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Je tiefer das deutsche Volk niedergedrückt ist, desto treuer werden die deutschen Arbeiter zu ihm stehen. So hart die Friedensbedingungen auch sind, wir werden zeigen, daß deutsche Wissenschaft und Kunst, deutsche Technik und deutsche Arbeit unserem Volke die Wiedergeburt, die geistige und soziale Erneuerung bringen.

Beflügelt durch die Ideale des Sozialismus, gestählt durch die Not wird die deutsche Arbeiterklasse trotz des Unerhörten, das dieser Friedensvertrag ihr zumutet, alles an die Wiedergeburt des deutschen Volkes setzen. Wir wollen nicht mehr gefürchtet werden von Feinden, sondern geachtet und geliebt von Freunden. (Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Welt liegt in Trümmern. Wir wollen sie neu aufrichten helfen im Geiste der Völkerversöhnung, auf der Grundlage des Rechts, im

Bunde der ewigen Idee der Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der erste Antrag Schulz (Ostpreußen) und Gröber, der das allgemeine Vertrauensvotum enthält, hat jetzt folgende Fassung erhalten:

Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Verehrte Versammelte! Die **Zentrumsfraktion** der Nationalversammlung hat von der Erklärung der Regierung Kenntnis genommen. Sie stimmt diesem Programm zu und wird die neue Regierung, bei deren Zusammensetzung sie sich beteiligt hat, unterstützen. Für diese Stellungnahme der Zentrumsfraktion ist entscheidend der Gesichtspunkt, daß wir uns gezwungen sehen, einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden zu müssen. Das deutsche Volk hat nicht mehr die Kraft, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Dieser harten Notwendigkeit müssen wir uns beugen. Wir wissen, daß wir das nur mit schweren Opfern erkaufen können; wir wissen aber auch, daß ein neuer Krieg ein besseres Ende für das deutsche Vaterland nicht bringen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind, was **unsere Erklärung vom 12. Mai** über die Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit so vieler Bestimmungen des Friedensvertrags anbelangt, nicht anderer Ansicht geworden. Auch heute halten wir an der Überzeugung fest, daß der Friedensvertrag in sehr wesentlichen Bedingungen, so wie er lautet, auch mit den Milderungen, die inzwischen eingetreten sind, sich nicht vollständig erfüllen läßt.

Wenn wir bereit sind, eine **Zustimmung zum Vertrag** im ganzen auszusprechen, so kann das nur bedeuten, daß wir mit die Verpflichtung übernehmen, den Vertrag, soweit es menschenmöglich ist, auszuführen, aber nicht eine Verpflichtung anzuerkennen, daß alle Bestimmungen im einzelnen durchführbar, erträglich sind und als solche von uns übernommen werden.

Aber diesen so schweren und kaum erfüllbaren Bedingungen gegenüber mit allen ihren Schädigungen des deutschen Volks stehen andere Tatsachen gegenüber, die wir in Rechnung stellen müssen.

Erstens. Der Frieden bringt Hunderttausende von **Gefangenen** in die deutschen Familien alsbald zurück. Millionen von deutschen Angehörigen dieser Gefangenen *warten sehnsuchtsvoll auf den Augenblick, wo sie ihren Vater, ihren Sohn, ihren Bruder wieder in ihrer Mitte sehen werden.* (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Zweitens. Durch den Frieden wird die **Hungersnot** beendigt. Die Hungersnot fortdauern zu lassen mit all ihren mörderischen Wirkungen,

die schon die Statistik nachzuweisen imstande ist, muß man vermeiden; es sind der Opfer mehr als genug.

Drittens. Der Friede kann uns allein die Möglichkeit eines **wirtschaftlichen Wiederaufbaus** für Deutschland bringen, eine Möglichkeit, die freilich voraussetzt, daß wieder die deutsche Arbeit zur Geltung kommen wird; denn ohne eine sittliche Erneuerung sind alle Hoffnungen und alle Erwartungen für die Zukunft vergebens. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Viertens bietet der Frieden auch die Möglichkeit, unsere **deutsche Einheit**, wenn auch in geschwächtem Umfang, aufrechtzuerhalten und damit die Grundlage und Voraussetzung unserer ganzen künftigen politischen Entwicklung zu wahren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Vergessen wir nicht, was die Wirkung wäre, wenn Deutschland in eine Anzahl von Kleinstaaten zerrissen würde. Die Kleinstaaterei und deren Ohnmacht würde hundert Jahre oder noch länger dauern; vielleicht würde der Fall überhaupt nicht mehr eintreten, daß sich die getrennten Staaten wieder zu einer Einheit zusammenfinden könnten.

Aber unsere Zustimmung zu dem Inhalt des Friedensvertrages findet eine Grenze, eine unüberschreitbare Grenze in der Rücksicht auf die nationale Ehre des deutschen Volks. (Bravo! im Zentrum.) Wir können uns nicht dazu herbeilassen, eine Lüge anzuerkennen, wie sie in dem Artikel enthalten ist, wonach **Deutschland** anerkennen soll, der **allein schuldige Urheber** an all dem Elend des Krieges zu sein. Das ist eine Unwahrheit, und wir wollen diese Lüge nicht als eine Belastung des deutschen Volks für die Jahrhunderte festgesetzt wissen, wir machen diese Lüge nicht mit. Und wir weisen auch zurück die Schmach und Schande der **Auslieferung deutscher Angehöriger** an feindliche Kriegsgerichte wegen angeblicher Verfehlungen im Kriege. Wenn solche Verfehlungen vorgekommen sein sollten, dann sind wir Deutschen entschlossen und bereit, die Justiz eintreten zu lassen, die wir für diesen Zweck haben. Aber den feindlichen Rachegefühlen, den so wenig unparteiischen feindlichen Gerichten unsere tapferen Kämpfer auszuliefern, das können wir nicht mit unserer deutschen Ehre vereinigen, und von diesem Standpunkt lassen wir uns unter gar keinen Umständen verdrängen. (Bravo! im Zentrum.) Die Auslieferung deutscher Bürger an feindliche Regierungen und Gerichte kann auch unmöglich einen dauernden Frieden begründen, sie kann nur Gefühle des Hasses und der Rache hervorrufen und so zum Gegenteil eines wirklichen innerlichen Friedens Anlaß geben.

Wir haben uns lange beraten, bis wir unsere Stellung in der Fraktion gewonnen hatten. Es ist uns bitter schwer geworden, die von mir gekennzeichnete Stellung einzunehmen. Wir haben uns aber gesagt: wenn wir in militärischen, politischen, finanziellen, wirtschaftlichen Fragen der Not uns beugen wollen, gut, wir wollen das auf uns nehmen;

aber auch im Ehrenpunkt nachzugeben, die Ehre des deutschen Volkes preiszugeben, das kann uns kein Mensch zumuten. (Bravo! im Zentrum.) Wir hoffen, daß wir mit dieser Stellungnahme nicht bloß in Deutschland, sondern auch außerhalb Deutschlands die Zustimmung jedes gerecht und billig und vernünftig denkenden Menschen finden werden. Ehre verloren, alles verloren! (Sehr richtig! im Zentrum.) Uns leitet in dieser schweren Stunde allein die Liebe zum deutschen Vaterland, die Liebe zum Vaterland, dessen Ehre wir erhalten wollen. Wir wollen ein Vaterland, das seine Ehre auch in alle Zukunft fleckenlos trägt, eine gebeugte, aber doch eine ehrenhafte Nation, die im Kranze der übrigen Völker auch in Zukunft eine ehrenvolle Stellung einnehmen kann. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiffer (Magdeburg).

Schiffer (Magdeburg), Abgeordneter: Im Gegensatz zu den beiden Herren Vorrednern habe ich dem hohen Hause mitzuteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner politischen Freunde sich entschlossen hat, dem vorliegenden **Friedensvorschlag** und den auf diese Bedingungen bezüglichen Erklärungen der Reichsregierung ihre **Zustimmung zu versagen.** (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Diesen Entschluß hat meine Fraktion nicht in Erregung und Leidenschaft gefaßt, obgleich es uns schwer genug geworden ist, die Ruhe zu bewahren gegenüber dem, was uns hier geboten wurde. Im Hinblick aber auf die gewaltigen Entscheidungen, die wir unter eigener Verantwortung zu treffen hatten, haben wir versucht, die Ruhe zu bewahren, und uns der eingehenden gründlichen und sorgsamen Prüfung aller Einzelheiten, aller Fragen, die in Betracht kamen, nicht entzogen. Aber diese Prüfung hat nur das Ergebnis geliefert, daß die Stimme der Vernunft im Einklang blieb mit der Stimme des Herzens. Auch diese Prüfung hat uns überzeugt, daß ein solcher Frieden unvereinbar wäre mit der physischen wie mit der geistigen, mit der kulturellen wie mit der sozialen, mit der kulturellen wie mit der sittlichen Fortexistenz des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. (Sehr richtig! und Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Deshalb haben wir das Nein ausgesprochen und aussprechen müssen.

Ich habe gesagt, wir hätten den Entschluß gefaßt, unsere Zustimmung diesem Frieden zu versagen. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn ich gesagt hätte, wir haben keinen Anlaß gehabt, von unserer **Stellungnahme am 12. Mai** abzugehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Denn alle die Probleme, die jetzt vorliegen, haben damals bereits vorgelegen. (Sehr richtig! bei den Deutschen De-

mokraten) Alle die Ausführungen, die meine beiden Herren Vorredner gemacht haben, hätten alle damals schon gemacht werden können. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Alle die Ausblicke auf eine furchtbare Zukunft waren damals schon vor unseren Augen (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten), und doch hat an diesem 12. Mai die deutsche Volksvertretung einen Tag gehabt, der wirklich einmal ein großer war, nicht im Sinne eines Gepränges und einer Theatervorstellung, sondern im Sinne eines großen Erlebens. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn wir uns erinnern, wie der Sturm ausbrach in der Kuppelhalle der **Berliner Aula**, als der **Ministerpräsident** davon sprach, daß die Hand verdorren müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichne, da wußten wir, das war ein echter Ton, der aus der Seele des Volkes kam. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Und wenn wir uns daran erinnern, mit welcher elementaren Gewalt die Versammlung emporgerissen wurde, als der Ministerpräsident das Unannehmbar aussprach, da wußten wir, die Bewegung war echt und nicht gemacht. Was ist seitdem geschehen? Was konnte und kann uns veranlassen, diesen echten Ton nun zurückzunehmen, die Stellung aufzugeben, die wir damals in der Beurteilung des Friedensvertrages einmütig, in der Beurteilung der Konsequenzen beinahe einmütig eingenommen haben? Nichts oder doch so gut wie nichts. Gewiß hat die Antwort der Entente auf unseren **Friedensgegenvorschlag** einiges gebracht, insbesondere die Abstimmung für Oberschlesien, die ich nicht ganz gering veranschlagen will; denn wir haben das Zutrauen zu unseren Volksgenossen in Oberschlesien und weit hinaus im Osten, in Ermland und in Masuren, im Westen und im Norden, da wo Volksabstimmungen in Frage kommen — ich sage, wir haben das Zutrauen zu ihnen, daß sie trotz aller Verführungen und Bedrückungen sich ihres Deutschtums bewußt bleiben, daß sie, wie wir sie nicht verlassen wollen, auch weiter zu uns halten, und wir diesen Rest behalten, den uns dieser Friede noch läßt.

Aber das reicht nicht aus, um das Friedensinstrument, wie es im Anfang vorlag, zu einem anderen zu machen, so sehr zu einem anderen, daß wir unsere Stellung auch zu einer anderen hätten machen können. Wenn wir in unserem Urteil auch noch zweifelhaft sein konnten: die **alliierten** und **assoziierten Nationen** selbst haben uns ganz ausdrücklich die Handhabe gegeben, um dieses unser Urteil an dem ihrigen zu prüfen. Sie sagen in ihrer **Mantelnote** selbst, daß sie uns nur „praktische Konzessionen" gemacht hätten, und fügen hinzu, daß sie „die Grundsätze des Vertrages aufrecht erhalten" müssen. Praktische Konsequenzen ändern wenigstens in dem Umfange, in dem sie gegeben sind, am Geiste, am Bilde des Vertrages nichts — und das ist das Entscheidende für die Entscheidung, die wir zu treffen haben. Die Mantelnote fährt an dieser Stelle fort, daß die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht sind, „daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Erledigung dieses großen

Krieges darstellt, sondern daß er auch die Grundlage bietet, auf der die Völker Europas in Freundschaft und Gleichheit zusammenleben können. Ich stelle demgegenüber unsere Ansicht dahin fest: wenn dieser Vertrag, wenn dieser Friede zur Wirklichkeit wird, so hat der größte Krieg, den je die Weltgeschichte erlebt hat, seinen Abschluß gefunden mit dem größten Verbrechen, das je einem Volke zugefügt worden ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir hätten uns mit dieser Feststellung begnügen können, daß sich gegenüber den Verhältnissen vom 12. Mai nichts wesentlich geändert habe, und hätten uns mit ihr um so mehr begnügen können, als, soweit ich sehe, auch über diese Frage wie über die Beurteilung des Friedensvertrages selbst eine vollkommene Einmütigkeit in diesem Hause und im ganzen Volk besteht. (Sehr richtig! links.) Aber angesichts der entsetzlichen Folgen jeder Entscheidung, die zu treffen ist, glaubten wir selbst, uns damit nicht zufrieden geben zu können. Wir wollten immer noch nach Wegen suchen, die uns vielleicht doch die Möglichkeit einer Verständigung auf einer irgendwie erträglichen Grundlage schaffen können. Deshalb haben wir den **Gegenvorschlag der Reichsregierung**, trotzdem er bis an die alleräußerste Grenze des Möglichen und Erträglichen ging, gutgeheißen und haben uns noch in letzter Stunde bemüht, doch noch Bedingungen zu finden, die wenigstens die allerschlimmsten Übel dieses Vertrages beseitigen und auf dieser Grundlage uns ein Eingehen auf den Friedensvorschlag möglich machen sollten. Wir haben mit den Parteien, mit denen wir damals in der Regierung zusammen waren, lange und eingehende Verhandlungen hierüber geführt, die Ihnen aus der Öffentlichkeit, aus der Zeitung bekannt sind. Wir haben eine Reihe von Punkten aufgestellt, die das Mindestmaß dessen darstellten, was wir fordern zu müssen glaubten. Wir sind darüber zu einer Einigung gelangt, die nachträglich wiederum zerschlagen worden ist. Die anderen Parteien haben nicht geglaubt, diesen von uns gefundenen Boden festhalten zu müssen. So wurden wir wiederum vor die Entscheidung des Gesamtproblems gestellt, *nachdem wir wirklich unsererseits alles getan hatten, um aus Gründen der äußeren und inneren Politik das Menschenmögliche im Sinne einer Verständigung herbeizuführen.* (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben nunmehr noch einmal alle die Folgen, die aus der einen oder anderen Art der Entscheidung sich ergeben, vor unserem Auge vorüberziehen lassen. Wir haben uns klargemacht, was für Wirtschaft und Finanz, was für Ehre und Sittlichkeit, was für das äußere und innere Leben unseres Volkes sich ergeben würde, wenn wir Ja und wenn wir Nein sagten. Wir haben dabei *nicht die Überzeugung gewinnen können, daß das, was im Falle des Neinsagens eintreten müßte, schlimmer wäre als das-*

jenige, was im Falle des Jasagens unbedingt eintreten muß (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und wir haben uns dabei gesagt, daß, wenn ein Volk einmal dem Untergange ins Gesicht blicken muß, es ihm auch ins Gesicht blicken muß mit dem Entschluß, dann wenigstens mit Ehren unterzugehen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Wenn jemand hier die Berufung auf die Ehre unseres Volkes lächerlich findet, so mag er das mit sich abmachen! (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben auch die **Stimme** unserer **Kriegsgefangenen** gehört, und die Stimme ist uns zu Herzen gegangen, uns, die wir verschmachten in der Sehnsucht nach ihnen, in dem Verlangen nach ihrer Befreiung. Aber wir haben auch zahlreiche Stimmen gerade aus dem Lager der Kriegsgefangenen vernommen, die sagten: obgleich wir uns nach der Heimat sehnen mit allen Fibern — nehmt keine Rücksicht auf uns, das Vaterland ist wichtiger als wir! (Lebhafte Zustimmung bei den Demokraten und rechts. — Bewegung links.) Diesen Stimmen haben wir folgen zu sollen geglaubt!

Und wir haben uns endlich die einfache Frage vorgelegt, gewissermaßen als Gegenprobe für unsere eigene Entscheidung: wenn einer unserer Feinde in der Lage wäre, in der wir jetzt sind, würde er es sich zumuten lassen, jemals einen solchen Frieden abzuschließen? Die Antwort habe ich gerade in diesen Tagen in einem Aufsatz von **Austin Harrison** in der bekannten englischen Zeitschrift „English Review“ im neuesten Heft gefunden. Er sagt kühl und klipp: „Ich zweifle, daß Briten sich jemals einem solchen Vertrage fügen würden.“ Ich meine, wenn Briten zu stolz sind, wenn Briten zu vernünftig, wenn Briten zu klar sind, um sich einem solchen Vertrage zu fügen, dann sollen wir es auch nicht tun als Deutsche! (Bewegung.)

So sind wir in unserer überwiegenden Mehrheit zur **Ablehnung des Vertrages** gekommen, und nur eine Minderheit, die verhältnismäßig klein ist, hat geglaubt, die Folgen der Ablehnung des Vertrages, in dessen Charakterisierung sie durchaus mit uns einig ist, nicht übernehmen zu können. In dieser Stellungnahme kann uns auch die Erklärung der Regierung nicht beirren. Wenn wir auch mit dem Urteil, das in dieser Erklärung abgegeben ist, selbstverständlich in allen Teilen übereinstimmen, so sehen wir doch eine Abschwächung dessen, was der Vertrag bringt, in ihr nicht. Gewiß sind die starken Worte, die meine Herren Vorredner, insbesondere auch der Herr Abgeordnete Gröber, über die Zumutung, über die tief unsittliche Zumutung, daß wir wider besseres Wissen ein Schuldbekenntnis abgeben sollen, über die Zumutung, daß wir Reichsangehörige ausliefern sollen, gefunden haben, — gewiß sind

diese Worte auch aus unseren Herzen gesprochen. Aber dieser **Vorbehalt** ist doch nur ein papierner Vorbehalt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ich bemerke gleich, daß, wenn es selbst mehr wäre, wenn der Vorbehalt eine Bedingung wäre, von der das Ganze abhängig gemacht wäre, uns nicht genügen würde. Aber es ist nicht einmal eine Bedingung, die Unterzeichnung ist keineswegs abhängig gemacht. Mindestens ist es vollständig offen gelassen, ob nicht, wenn unsere Feinde nicht freiwillig aus sich heraus diesen Vorbehalt erfüllen, das, was der Herr Abgeordnete Gröber als Schmach und Schande bezeichnet, trotzdem noch von uns erfüllt wird (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten), und deshalb kann ich dieser Erklärung eine auf unsere Entscheidung maßgebende Einwirkung nicht zugestehen.

Diese Entschließung in der Friedensfrage hat nun aber auch Folgen für unsere innere Politik gezeitigt. Unsere politischen Freunde sind aus der Regierung ausgeschieden. Die **Koalition der drei Mehrheitsparteien** ist gesprengt. Daß dies geschehen mußte, war eigentlich selbstverständlich und mußte von allen Teilen erwartet werden. Wenn man in einer politischen Lebensfrage unseres Volkes nicht übereinstimmt, kann man als Regierung nicht zusammenbleiben, und deshalb mußten wir die Konsequenzen dieser Entschließung auch für die Gestaltung unserer inneren Politik ziehen.

Die Koalitionsperiode, die Epoche der Koalitionsregierung, ist damit abgeschlossen; wir blicken auf sie zurück gewiß mit geteilten Empfindungen, aber doch mit dem Bewußtsein, mit dem guten Gewissen der Pflichterfüllung. Denn wir sind in diese Koalition eingetreten aus vaterländischer Pflicht, in der klaren Erkenntnis, daß wir damit parteitaktisch, parteipolitisch in große und manchmal kaum erträgliche Schwierigkeiten kommen würden. Wir haben diese Pflicht übernehmen zu sollen geglaubt im nationalen und vaterländischen Interesse, weil nur auf diese Weise während der Periode des Abschlusses des Krieges bis zum Frieden einigermaßen das Schiff, das das Gut unseres Vaterlandes birgt, im Laufen erhalten werden konnte. Wir sind häufig genug in die Lage gekommen, bis hart an die Grenze dessen, was mit unserer Überzeugung noch vereinbar war, gehen zu müssen, hart bis an die Grenze dessen, was wir ertragen konnten, während wir allerdings auch eine Menge Gutes und Nützliches schaffen und auch vielleicht das eine und andere Nichtnützliche verhindern konnten. Jetzt ist diese Koalition zu Ende. Wir tragen die Kritik, die während dieser Periode geübt worden ist von denen, die diese Kritik nur ausüben konnten, weil wir dieses patriotische Opfer gebracht haben — wir tragen sie mit dem Bewußtsein, daß wir unsere Freiheit, soweit es nötig war, die Freiheit unserer Entschließung hingeben müßten im höheren Interesse, im Interesse des Vaterlandes.

Jetzt haben wir diese Freiheit wieder und wir werden von dieser Freiheit, von der **Freiheit unserer Entschließung**, nunmehr den Gebrauch

machen, den wir nach unserer Anschauung davon machen müssen. Das bedeutet, daß wir als obersten Leitstern unseres Handelns den Gedanken aufstellen, daß die Zukunft des Vaterlandes nur gerettet werden kann durch Erhaltung und Zusammenfassung aller Kräfte, die überhaupt im Vaterlande sind (Bravo! bei den Deutschen Demokraten), und daß die Entfaltung aller unserer Kräfte im Vaterlande nur geschehen kann, wenn wir die Kräfte frei machen, damit sie sich entfalten können. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Die Zukunftsentwicklung Deutschlands ist nur möglich auf Grundlage einer freiheitlichen Entwicklung. Die Freiheit, die nur durch die Gebote der Vaterlandsliebe, der Sittlichkeit und des Rechts geleitet und umgrenzt ist, das ist die Freiheit, die wir meinen, welche wir zur Grundlage unseres Vaterlandes machen wollen. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir lehnen die grundsätzlich **zwangsmäßige Gestaltung** unserer Verhältnisse, auch wenn sie unter der schamhaften Bezeichnung der Planmäßigkeit sich verbirgt, ab, weil diese zwangsmäßige Bindung der Kräfte eben nicht die Kräfte so frei macht, wie wir sie brauchen, damit sie im Dienste des Vaterlandes tätig sind. Wir lehnen ebenso ab jenes herzlose **Manchestertum,** das die Freiheit nur als Freibrief für skrupellose Ausbeutung der eigenen Macht für eigensüchtige und ehrgeizige Zwecke ansieht. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir wollen und verfechten die Freiheit, die nicht vom Staate weg, sondern zum Staate hinführt, und werden auf diesem Boden das Verhältnis zur Regierung, wie es sich jetzt gestaltet hat, von uns aus weiter ausgestalten.

So kommt es, daß wir uns unsere Stellungnahme zur Regierung nach allen Richtungen vorbehalten, vorbehalten können und müssen. Wir werden, soweit unsere Anschauungen mit den ihrigen übereinstimmen, mit ihr denselben Weg gehen, wo unsere Anschauungen sich aber scheiden, werden wir rückhaltlos von dem Recht und der Pflicht der Kritik Gebrauch machen. Wir sind geneigt, die Stellung, die wir jetzt haben, inne zu halten, weil wir eine gesteigerte Bewegungsfreiheit und Entschlußfreiheit erlangt haben. Wir wollen diese gesteigerte Bewegungs- und Entschlußfreiheit aber nicht benutzen, um in prinzipielle Opposition zu gehen, sondern um uns unsere Entschließung in Einklang mit unserer Überzeugung vorzubehalten.

Die Konsequenz für die Haltung, die bevorsteht, ist die, daß wir, mit Ausnahme derjenigen unserer Freunde, die ich vorhin bezeichnet habe, gegen die Zustimmung zu den Erklärungen der Regierung in der Friedensfrage stimmen werden, und daß wir, um uns die Freiheit unserer Entschließung in der inneren Politik vorzubehalten, bezüglich der **Vertrauensfrage,** die jetzt nicht mehr in Verbindung gebracht ist mit den Erklärungen der Regierung, uns der Stimme enthalten. Diese **Stimmenthaltung** ist nicht ein Zeichen von Halbheit und Entschlußlosigkeit. Nach

dem, was ich gesagt habe, werden Sie sehen, daß sie nichts weiter ist als die Bekundung der Freiheit und der Sicherheit unseres Handelns.

Und damit betreten wir an diesem unglücklichen Sonnenwendtage den schweren Weg, der von dunkler Gegenwart in dunkle Zukunft führt, gebeugt, aber nicht gebrochen, gedrückt, aber nicht verzweifelt, unsäglich unglücklich, aber nicht uns selbst aufgebend! Hoffnungen und Erwartungen auszusprechen, erscheint mir nicht am Platze. Große Worte zu machen, wäre jetzt weniger angemessen, als jemals. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es heißt die Zähne zusammenbeißen und arbeiten. Das wollen wir tun. Wir wollen in Liebe zu unserem Volke, im Glauben an seine unzerstörbare Kraft und im festen Vertrauen auf eine ewige Gerechtigkeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf freiheitlicher Grundlage mitarbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Von den Herren Abgeordneten Schulz (Ostpreußen) und Gröber ist namentliche Abstimmung über die beiden Anträge beantragt.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Unser Vaterland befindet sich im schwersten Augenblick seiner Geschichte. Vor unseren Toren steht der Feind, und im Innern unseres Landes machen sich bedenkliche Zeichen der Auflösung bemerkbar. Jede Regierung, die aus der Revolution hervorgegangen ist, wird selbstverständlich versuchen, eine neue Ordnung der Dinge herbeizuführen, aber es muß auch eine Ordnung sein. Bisher ist es der Regierung nicht gelungen, diese Ordnung herbeizuführen, die die Sicherheit des bürgerlichen Lebens und Eigentums gewährleistet. Wir waren deshalb auch nicht in der Lage, der vergangenen **Regierung** ein **Vertrauensvotum** zu erteilen, und wir sind ebensowenig in der Lage, ein solches Vertrauensvotum der gegenwärtigen Regierung auszusprechen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist auch ein überraschender Vorgang, daß eine Regierung, die eben auf die Bühne getreten ist, deren Leistungen man noch nicht kennt, schon jetzt ein Vertrauensvotum beansprucht. (Sehr gut! rechts.)

Es war ein großer Tag, der 12. Mai d. J., den wir in Berlin erlebten, als die Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Akademie tagte. Man hatte damals den Eindruck, daß so ziemlich alle Parteien, jedenfalls die ungeheure Mehrheit des Hauses, entschlossen war, diese Friedensbedingungen nicht anzunehmen. Man wurde in dieser Überzeugung bestärkt durch die ergreifende Rede unseres verehrten Herrn Präsidenten am Schlusse unserer Sitzung. (Sehr richtig! rechts.)

Ich frage nun: Was hat sich seitdem sachlich geändert? Die Änderungen des Friedensangebotes, die uns unsere Feinde zugestanden haben, sind für das Auge kaum sichtbar (sehr richtig! rechts), fallen

politisch und wirtschaftlich kaum ins Gewicht. (Sehr richtig! rechts.) Es wird Sache einer späteren Forschung sein, festzustellen, welche Erwägungen dahingeführt haben, daß die damalige große Mehrheit ohne Änderung der sachlichen Unterlagen gegenwärtig eine Mehrheit hervorzubringen scheint, die für diesen Friedensvertrag zu stimmen geneigt ist.

Wir haben uns in unserer Partei die schweren Folgen, welche eine **Ablehnung des Friedensvertrages** für unser Volk, für unser Land herbeiführen kann, vollkommen klar gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Aber die Übel, die daraus entstehen können, können nur vorübergehend sein (sehr richtig! rechts), während, wenn wir diesen Vertrag annehmen, wir für ungezählte Geschlechter unser ganzes Volk dem Elend preisgeben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Da muß das lebende Geschlecht den Todesmut haben, die gegenwärtigen Folgen im Interesse der zukünftigen Geschlechter zu ertragen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Für uns ist dieser Vertrag aus vielen Gründen unannehmbar. Zunächst aus militärischen Gründen! England, Amerika, die im Kriege die **allgemeine Wehrpflicht** eingeführt haben, wollen uns jetzt durch diesen Vertrag zwingen, in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und an die Stelle des vaterländischen Ehrendienstes ein Heer von Lohnsoldaten zu setzen. (Sehr wahr! rechts.) Die allgemeine Wehrpflicht war für Deutschland ein wahrer Jungbrunnen (sehr richtig! rechts), eine Erziehung des Volkes in hygienischer, in sittlicher Beziehung, die entscheidend für die ganze Entwicklung unseres Volkes gewesen ist. Jetzt sollen wir diese allgemeine Wehrpflicht, den Stolz Deutschlands, abschaffen; man geht sogar so weit, uns vorzuschreiben, in welcher Anzahl wir uns Polizeitruppen halten dürfen, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet einen ungeheuren sittlichen und hygienischen Verlust für unser ganzes Volk. (Sehr richtig! rechts.) Wir sollen jetzt wehrlos dastehen, ohne Reserven, ohne Flugzeuge, ohne Generalstab. Unsere technischen Rüstungen sollen beschränkt werden, unsere Festungen sollen wir schleifen, unsere 14 Kabel sollen uns geraubt werden. Man will eine Aufsicht über unsere Funkspruchstationen ausüben. Wir sollen keine militärischen Luftstreitkräfte unterhalten können. Was sagt das anderes, als daß wir jedem raubgierigen Nachbarn, jedem abenteuerlustigen, intriganten Staatsmanne anderer Staaten, wenn es ihm beliebt, gegen uns vorzugehen, wehrlos gegenüberstehen, soweit es der nebelhafte Völkerbund nicht verhindert. (Sehr richtig! rechts.) Die Abschaffung unseres stehenden Heeres, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Beschränkung auf 100 000 Mann bedeutet tatsächlich unsere Wehrlosmachung, und das Sprichwort sagt: „Wehrlos, ehrlos!" (Lebhafte Zustimmung rechts.) Diese Bestimmungen des Friedensangebots bedeuten geradezu die militärische Entmündigung

Deutschlands. Wir werden durch diese Bestimmungen zu einem Helotenvolk unserer Feinde herabgedrückt. Dazu kommt, daß uns diese Beschränkungen auferlegt werden, ohne daß wir irgendeine Sicherheit dafür haben, daß auch die anderen Staaten die allgemeine Wehrpflicht abschaffen oder ihre Truppen in dem gleichen Maße wie wir verringern werden.

An die Seite unserer Wehrlosmachung stellt sich der **Landraub.** Wir sollen ein Gebiet verlieren in der Größe von etwa drei Viertel der Größe Großbritanniens mit einer Einwohnerzahl von etwa 8 Millionen Menschen. Vor allen Dingen kommt hier **Elsaß-Lothringen** in Betracht. Es ist eigentümlich, wie schnell man sich in Deutschland mit der Abtretung von Elsaß-Lothringen — wie es scheint — stillschweigend abgefunden hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Immer greifen unsere Feinde, wenn sie über Elsaß-Lothringen sprechen, nur auf 1870/71 zurück, sie sprechen nicht von der Zeit, in der uns dieses deutsche Land — Elsaß ist überwiegend ein deutsches Land, mindestens zu 95 Prozent — durch bourbonische Raubgier geraubt worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Das ist um so wunderbarer, als man **Oberschlesien,** das seit 1253 von der Krone Polens getrennt ist, wieder für Polen fordert. (Sehr gut! rechts.) Das ist die ausgleichende Gerechtigkeit unserer Feinde! Man raubt uns ferner das **Saartal** mit seinen Bodenschätzen, ein ganz deutsches Land. Man hat Polen künstlich so gestaltet, daß es sich als ein breiter Gürtel längs der ganzen russischen Grenze zwischen Deutschland und dem ehemaligen Rußland hinzieht. So legt sich Polen mit Tschecho-Slowakien und Jugoslawien vor Rußland, unsere natürlichen Hinterlande, von der Ostsee bis zum Adriatischen Meer. Zu diesem Zweck nimmt man sogar noch einen Teil von **Ostpreußen** in Anspruch. Es ist ein teuflischer Plan, daß Deutschland so in die Zange genommen werden soll zwischen das rachsüchtige Frankreich und das nicht zu versöhnende Polen. Ostpreußen, ein Land, geschaffen durch den Deutschen Ritterorden, war 194 Jahre unter polnischer Herrschaft, und diese 194 Jahre waren eine Zeit des schwersten Verfalls unter polnischer Wirtschaft. Unsere Feinde sprechen fortgesetzt von Freiheit, von Selbstbestimmung der Völker. Sie nehmen für sich in Anspruch, auf einer höheren Kulturstufe zu stehen, und sagen uns jeden Tag, daß die Deutschen sich als ein Volk erwiesen hätten, das auf einer niedrigen Kulturstufe stehe; gleichzeitig aber führen sie den ganzen Osten einer niedrigeren Kulturstufe unter polnischer Herrschaft zu und beseitigen dort das in kultureller Beziehung so hochstehende deutsche Volk.

Ich habe schon gesagt: **Oberschlesien** war seit 1253 von der Krone Polens getrennt; wiederholt haben die polnischen Könige anerkannt, daß sie auf die Oberhoheit Oberschlesiens verzichten. Oberschlesien ist recht eigentlich eine deutsche, eine preußische Schöpfung. Noch in der Hälfte

des vorigen Jahrhunderts zweifelte man, ob es lohne, überhaupt eine Eisenbahn nach Oberschlesien hin zu bauen, diesem Lande mit vielem mageren Boden und großen Kiefernwäldern. Die reichen Naturschätze Oberschlesiens sind nur durch deutsche Arbeit erschlossen worden. Und jetzt will man uns dieses Land rauben ohne jegliche Entschädigung! Man hat eine **Abstimmung** in Oberschlesien in Aussicht gestellt, aber in der Antwort unserer Feinde ist ausdrücklich gesagt, daß eine militärische Besetzung notwendig sein werde und bis zur Abstimmung sehr lange Zeit vergehen dürfte. Daraus sieht man schon, welche Mittel man anwenden will, um die Abstimmung zugunsten unserer Feinde herbeizuführen.

Ich möchte die Regierung hierbei auf einen schwerwiegenden Umstand hinweisen. Durch die Anarchie, die jetzt auf so vielen Gebieten der Staatsverwaltung herrscht, hat leider auch jede geordnete Grenzkontrolle aufgehört, und mir ist glaubwürdig versichert worden, daß tausende Untertanen des ehemaligen Königreichs Polen nach Oberschlesien strömen und dort die Bevölkerung für den Anschluß an Polen bearbeiten. (Hört! hört! rechts.) Man kann sich danach auch ungefähr denken, wie diese Abstimmung ausfallen wird. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Nein, das ist nicht übertrieben, das ist durchaus richtig.

Man will uns auch **Posen** und **Westpreußen** nehmen: Posen, wo es rein polnische Kreise — um mit Herrn Wilson zu sprechen — überhaupt nicht gibt; Westpreußen, das überwiegend deutsch ist! Man raubt uns dadurch, daß man diese Provinzen für sich in Anspruch nimmt, die Verbindung mit Ostpreußen. Ostpreußen sinkt zu einer Streuparzelle Deutschlands herab. Dazu kommt, daß die große Ostbahn, die uns mit Ostpreußen verbindet, zum Teil in polnische Hände fallen wird. Der von Friedrich dem Großen gebaute Netzekanal, der die Verbindung zwischen Oder und Weichsel herstellt, hat seine Wasserzuflüsse in dem zukünftigen polnischen Staat. Man kann uns diese Wasserzuflüsse absperren, dadurch den Warthe—Netzekanal trocken legen und damit die Zufuhr zu Wasser, namentlich der ostpreußischen Hölzer, so gut wie unmöglich machen oder sehr erheblich verteuern. Gerade Mitteldeutschland ist aber auf die Zufuhr des Holzes durch den Netzekanal unbedingt angewiesen. D e r G e d a n k e d e r **Gründung eines Königreichs Polen** w a r d i e s e l b s t m ö r d e r i s c h s t e T o r h e i t, d i e j e e i n e R e g i e r u n g b e g a n g e n h a t (sehr richtig! rechts); man kann sich das nur daraus erklären, daß die Männer, die die Verantwortung dafür tragen, keine Ahnung von den Verhältnissen hatten und somit im höchsten Grade leichtfertig gehandelt haben. Von dieser Schuld wird sie die Geschichte niemals freisprechen. Dieser Vorwurf bleibt auf ihnen hängen. So sollen jetzt die Polen in die von Deutschland überhaupt erst kulturfähig gemachten Gebiete Posen und Westpreußen einziehen, wahrscheinlich nach dem bekannten Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Unsere **Kolonien!** Wir haben unsere Kolonien rechtmäßig erworben (Zuruf links) — rechtmäßig erworben. Jetzt wagt England uns zu sagen, das deutsche Volk habe sich nicht fähig gezeigt, fremde Kolonialvölker zu regieren; dieses England, das Indien seit Jahrhunderten knechtet, das aus Indien ungeheure Reichtümer herauszieht, während die indische Bevölkerung im fürchterlichsten Elend lebt; dieses England, das die große Schicht gebildeter Indier tatsächlich von der Verwaltung des Landes so gut wie ausschließt. Dieselbe Zumutung wagt uns Belgien zu machen, dessen schmähliche Kongoregierung noch in aller Erinnerung ist. (Sehr richtig! rechts.) Man spricht soviel bei unseren Feinden von der Selbstbestimmung der Völker. Warum führt England dieses Recht der **Selbstbestimmung der Völker** nicht in Irland ein? Warum führt es diesen Grundsatz nicht in Indien ein? Aber man jongliert eben, wie es gerade paßt. In Elsaß-Lothringen gibt es keine Selbstbestimmung der Völker, gibt es keine Abstimmung. In Oberschlesien soll abgestimmt werden und teilweise in Ostpreußen und Posen.

Dazu kommen zu dem Landraub die **wirtschaftlichen Klauseln.** Wir sollen durch diesen Friedensvertrag verlieren 70 Prozent unserer Eisenerze, 30 Prozent unserer Steinkohlen, unsere Zinkgruben, 12 Prozent unserer Nahrungsmittelzufuhr. Deutschland ist ein hochentwickeltes Land, man kann jetzt sagen, ein hochentwickeltes Industrieland, das 25 Prozent seiner Nahrungsmittel einführen muß. Wir hatten einen starken Einfuhrüberschuß, weil wir eine große Veredelungsindustrie hatten. Wir waren angewiesen zum Teil auf die Rohstoffe, die in unserem eigenen Lande vorhanden waren, zum Teil auf die Rohstoffe, die uns vom Auslande zugeführt wurden. Jetzt soll uns der größte Teil unserer Rohstoffe geraubt werden, und wir bleiben für die Zufuhr von Rohstoffen in der Hand unserer haßerfüllten Feinde. Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, daß die deutsche Industrie auch nur einigermaßen ihren bisherigen Bestand aufrechterhält. Aber nur durch unsere mächtige Industrie sind wir in der Lage, die finanziellen Lasten zu tragen, die wir auf uns genommen haben und auf uns nehmen sollen. (Sehr richtig! rechts.) Derselbe Gegner, der uns diese kolossalen finanziellen Lasten auferlegt, beraubt uns der Möglichkeit, die Mittel zur Tragung dieser Lasten zu erwerben.

Dabei sollen wir uns verpflichten, alle Eisenbahnen und Kanäle zu bauen, deren Bau unsere Feinde von uns verlangen werden. Ebenso sollen wir verpflichtet sein, alle Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die zur Ausführung des Friedensvertrages erforderlich sind. Das ist das Ende der deutschen Souveränität.

Dieser ganze **Friedensvertrag** ist eben ein **bureaukratisches Ressortwerk.** Jedes Ressort hat diesen Friedensvertrag einseitig be-

arbeitet, hat gesehen, was es herausschlagen kann aus Deutschland; es hat sich aber keine verständige Hand gefunden, die dieses unsinnige Dokument überarbeitet und wirtschaftlich überhaupt möglich gestaltet hätte. (Sehr wahr! rechts.)

Mit der Einfuhr der Rohstoffe, mit dem Besitz der eigenen Rohstoffe hängt unsere finanzielle Leistungsfähigkeit unmittelbar zusammen. Wer studiert hat, wie man in den Verhandlungen der französischen Kammer sich die Entschädigungsfrage denkt, dem wird klar, was es heißt: **Entschädigung unserer Feinde.** Und diese Entschädigung soll sich nicht nur auf Frankreich erstrecken, nein, auf Serbien, auf Montenegro, auf Rumänien, einschließlich der durch die Feinde selbst angerichteten Schäden; auch Italien sogar meldet sich, Rumänien und Italien, die uns den Krieg erklärt haben, sollen wir auch alle Kriegsschäden vergüten. Wenn man diese Verhandlungen zu dem französischen Entschädigungsgesetz prüft, so sieht man, daß da ungeheure Entschädigungsforderungen entstehen werden, die wir in einem Jahrhundert nicht abtragen könnten. Diese Entschädigungen werden selbstverständlich auf Grund der Berichte und der Schätzungen der örtlichen Behörde festgesetzt. Stellen Sie sich vor, welche Entschädigungsforderungen da gefordert werden, wenn es auf Kosten des verhaßten Feindes geht. Das ist der finanzielle Abgrund für uns.

Die frühere Regierung hatte sich bereit erklärt, **hundert Milliarden** als **einmalige Abstandssumme** zu zahlen. Ich war über diese Summe erschreckt, um so mehr erschreckt, als es sich bei dieser Summe nicht um hundert Milliarden handelt, sondern wahrscheinlich um zweihundert oder dreihundert Milliarden. Denn diese Entschädigungen sind in Gold zu zahlen, und es ist ziemlich hoffnungslos, daß sich unsere Valuta wieder auf den alten Stand heben wird, solange wir nicht in der Lage sind, durch unseren Außenhandel die ausreichende Zahl von Golddevisen zu bekommen und unsere Banknoten entsprechend dem Reichsbankgesetz zum Teil wieder mit Gold zu decken. Aber selbst diese Entschädigung von hundert Milliarden haben unsere Feinde abgelehnt. Sie wollen offenbar eine noch viel größere Entschädigung haben, und diese Entschädigung sollen wir in Gold zahlen, das heißt wahrscheinlich zum dreifachen Betrag in unserer Valuta. Das sind vollkommen unsinnige Forderungen; solche unsinnige Forderungen anzunehmen, dazu kann man meines Erachtens die Hand nicht bieten.

Dazu kommt für die zukünftige finanzielle Belastung Deutschlands noch in Betracht, daß sich unsere Feinde die **Konfiskation aller Ansprüche deutscher Staatsangehöriger** in den feindlichen Ländern vorbehalten; aber nicht nur der Ansprüche der deutschen Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern, sondern auch der Ansprüche der deutschen Staatsangehörigen in den Ländern, die jetzt von Deutschland abgetrennt werden

sollen. Das ist ein geradezu unerhörter Eingriff ins Privateigentum. (Sehr richtig! rechts.)

Schließlich die **strafrechtliche Klausel.** Man wagt einem großen Volk von fast 70 Millionen zuzumuten, daß es auf Grund eines Strafkodex, der erst geschaffen werden soll, auf Grund eines Strafkodex, der rückwirkende Kraft haben soll, deutsche Staatsangehörige dem Feinde zur Aburteilung ausliefert. Das ist wohl die ehrloseste Forderung, die bisher in der modernen Zeit an ein Kulturvolk gerichtet wurde. (Zustimmung und Rufe rechts: Unerhört!) Man verlangt die **Auslieferung** des ehemaligen Kaisers, man verlangt die Auslieferung von Heerführern, man verlangt die Auslieferung von Offizieren und Beamten, die ihre militärischen und zivilen Amtshandlungen innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes ausgeführt haben; denn auch die besetzten Gebiete, solange sie besetzt waren, standen unter deutscher Staatshoheit. Ich weiß, daß in einem Falle in dem besetzten linksrheinischen Gebiet die französischen Behörden nach dem gleichen Grundsatz ausdrücklich erklärt haben: das besetzte deutsche Gebiet steht unter französischer Staatsoberhoheit. Wir sollen also Personen, deren amtliche Handlungen sich auf deutschem Staatsgebiet, unter deutscher Staatshoheit vollzogen haben, der Gerichtsbarkeit eines fremden Staates ausliefern. Wir müßten meines Erachtens diese Forderung auch ebenso entschieden ablehnen, wenn es sich nicht nur um den deutschen Kaiser und deutsche Heerführer, sondern wenn es sich auch nur um den bescheidensten deutschen Staatsbürger handelte (lebhafte Zustimmung rechts), weil diese Forderung für das Selbstgefühl einer Nation einfach unerträglich ist. (Bravo! und sehr richtig! rechts.) Es ist der Raub unserer Souveränität. (Erneute Zustimmung rechts.)

Wenn dieser Friedensvertrag in Wirksamkeit treten sollte, so bedeutete es unzweifelhaft den vollkommenen wirtschaftlichen Niederbruch Deutschlands. Ich bedauere, daß sich weite Kreise unseres Volkes diese Folge noch nicht genügend klar gemacht haben. Wenn das wirtschaftliche Leben stillsteht, leidet jeder, der doch sein Leben erwerben muß. (Sehr richtig! rechts.) Sonst würde wahrscheinlich der Widerstand gegen diesen Friedensvertrag noch ein ganz anderer sein. Wenn aber der Steuerbote, wenn der Gendarm kommen wird, der dem deutschen Landwirt noch sein weniges Vieh aus dem Stall ziehen wird, dann wird das Heulen und Zähneklappern beginnen, dann wird man einen starken Tadel gegen diejenigen richten, die diesen Vertrag angenommen haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich komme mit einem Wort zur **Schuldfrage.** Es ist einer mit allen Mitteln der Technik ausgestatteten Presse gelungen, den Gedanken, daß Deutschland schuldig ist, in die Gehirne der Welt zu hämmern. Ich beschuldige die frühere bürgerliche Regierung, daß sie nicht rechtzeitig und wirksam gegen diese fortgesetzte Verleumdung Front gemacht hat.

(Sehr wahr! rechts.) Es ist nicht erwiesen, daß Deutschland schuldig ist. Selbst Präsident Wilson hat erklärt: „Die Schuldfrage kann man nicht so ohne weiteres entscheiden, die Entwicklung dieses Krieges und die Schuldfrage liegt tief in den Wurzeln der Geschichte.“ Also Präsident Wilson selbst hat nicht gewagt zu sagen: Deutschland ist der schuldige Teil. Selbst ein englischer Schriftsteller wie Bernard Shaw sagt öffentlich von Belgien: Belgien ist nie neutral gewesen. (Hört! hört! rechts.) Wenn Sie die neuesten Veröffentlichungen aus den russischen Archiven, Veröffentlichungen, die leider ein Jahr zurückgehalten worden sind, gelesen haben, so ist ja dort sonnenklar bewiesen, daß Rußland den Krieg wollte, daß Rußland schon mit starkem Truppenaufgebot an unseren Grenzen stand und vollkommen vorbereitet und entschlossen war, loszuschlagen (sehr richtig! rechts), daß Rußland die volle Absicht hatte, uns mit Krieg zu überziehen. Frankreich hat seiner Bündnispflicht genügt, und England hat es für eine sehr geeignete Gelegenheit gehalten, den Wirtschafts- und Flottenkonkurrenten niederzuschlagen. (Zustimmung rechts.) Wir haben leider in der Schuldfrage gewisse halbe Zugeständnisse gemacht, was ich für eine große Schwäche halte. (Sehr richtig! rechts.) Das war ja die Absicht unserer Feinde, uns den ewigen Makel dieses Weltkriegs in der Geschichte anzuhängen, und ich meine, die einfachste Pflicht für den eigenen Staat gebietet, wenn nicht der Beweis unserer Schuld sonnenklar geführt ist, diese Behauptung mit allem Nachdruck immer von neuem abzulehnen.

Auf der Schuldfrage ist das ganze Vertragswerk, die ganze Entschädigungsforderung aufgebaut. Ich hoffe, daß sich das Urteil über Deutschlands Stellung in diesem Kriege auch im Auslande mit der Zeit ändern wird. Ich weiß, daß es in allen Ländern auch gerecht urteilende Menschen gibt. Aber über dieses Friedensangebot konnten die Bevölkerungen unserer Feinde bisher leider nicht urteilen, weil sich die feindlichen Regierungen offenbar schämten, diesen Schandvertrag ihren Völkern mitzuteilen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ja etwas geradezu Unerhörtes in der Geschichte, daß man einen Friedensvertrag abschließen will, dessen Inhalt man in parlamentarisch regierten Ländern vor dem eigenen Volk, vor den eigenen Parlamenten verheimlicht. Darin liegt das Anerkenntnis des Gefühls der eigenen Schuld, des bösen Gewissens bei unseren Feinden. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn wir diesen **Vertrag ablehnen**, so stehen wir nur auf dem Standpunkt der letzten eben abgetretenen Regierung. In den **Gegenvorschlägen** dieser Regierung ist da ja Seite für Seite schlagend nachgewiesen, daß dieser Vertrag für uns unannehmbar, unerträglich, unerfüllbar ist. (Sehr richtig! rechts.) Was aber auf unsere Gegenvorschläge an diesem Vertrag geändert worden ist, wiegt federleicht.

Also wenn die letzte Regierung jetzt noch im Amte wäre, so müßte sie selbst die Ablehnung dieses Vertrags empfehlen; es sind ja aber verschiedene Minister der früheren Regierung in die gegenwärtige Regierung übergetreten.

Man warnt uns vor den **fürchterlichen Folgen**, die eintreten werden, wenn wir diesen Vertrag ablehnen! Gewiß, in solchen Entscheidungsstunden eines Volks muß man auch schweren Folgen entgegensehen. Moltke hat einmal gesagt: „Im Kriege ist alles gefährlich." Und wir sind eben noch im Kriege. Glaubt man denn, daß in Zukunft unsere Feinde gegebenenfalls nicht dieselben Zwangsmittel wie jetzt bei Ablehnung des Vertrags gegen uns anwenden werden? Es hat keinen Zweck, einen Vertrag, der paraphiert ist, unter Protest zu unterschreiben. Wenn man seine Unterschrift darunter setzt, bekennt man sich vor der Welt zu dem Inhalt des Vertrags; auf die Nebeneinrede eines mündlichen oder schriftlichen Protestes werden unsere Feinde nicht mehr den geringsten Wert legen. Die Regierung hat selbst erklärt, dieser Vertrag sei unerträglich und unerfüllbar, und da wir den Vertrag nicht erfüllen können, werden in Zukunft die feindlichen Regierungen dann dieselben Maßregeln gegen uns ergreifen, die sie uns jetzt androhen. (Sehr richtig! rechts.)

Man droht uns auch, die **Blockade** fortzusetzen. England hat die ganze Welt in Empörung gesetzt wegen der Versenkung der „Lusitania", obgleich die Schiffahrtslinie gewarnt war, sich in unser Seeschlachtgebiet, in unser Minenfeld zu begeben. England aber verhängt über Deutschland eine Blockade, infolge deren Hunderttausende von Menschen bereits ihr Leben verloren haben, und infolge deren ebenso Hunderttausende von Kindern einem elenden Siechtum entgegensehen oder an Unterernährung verstorben sind. Von diesem englischen Massenmorde spricht man nicht; ich hoffe, daß sich englische Seeleute zu diesem Henkersdienste nicht länger hergeben werden.

Wir haben uns gutgläubig den **14 Wilsonschen Punkten** gefügt. Jetzt erweist sich aber, daß diese 14 Wilsonschen Punkte ein einziger dunkler Punkt für unser Vaterland sind. Wenn man die Erklärungen des Präsidenten Wilson, die er über den Frieden abgegeben hat, durchliest, so muß man sich sagen: Jede einzelne Bestimmung dieses Friedensvertrags steht im schreienden Gegensatz zu den vielfachen Erklärungen des Präsidenten Wilson. (Sehr richtig! rechts.) Präsident Wilson hat uns enttäuscht, ich bin zu höflich, zu sagen, er hat uns getäuscht. Er bekannte sich als der reine „Freund" Deutschlands, er wollte, daß es in diesem Kriege weder Sieger noch Besiegte gäbe. Deutschland sollte kein Unrecht erfahren. Jedenfalls ist die Tätigkeit des Präsidenten Wilson in diesen ganzen Friedensverhandlungen ein psychologisches Rätsel, und sein Charakterbild schwankt in der Geschichte.

(Sehr richtig! rechts.) Dieser Vertrag ist ein Shylockvertrag: Präsident Wilson war aber nicht der Samuel, der weise Richter, diesen Wuchervertrag zuschanden zu machen.

Ich habe die Hoffnung ausgedrückt, daß sich, wenn dieser Friedensvertrag immer mehr bekannt wird, auch im Ausland Stimmen finden werden, die zu einer gerechteren Beurteilung des deutschen Volkes gelangen. In einem englischen Journal „The New Statesman" heißt es:

> „Zum ersten Male seit fünf Jahren bleibt uns nichts anderes übrig, als der Ansicht zu sein, daß das Recht nicht länger auf unserer Seite steht, sondern auf der Seite der Hunnen. Es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß die große Mehrheit der britischen Bürger und eine noch größere Mehrheit der englischen Soldaten diese Auffassung teilen. (Hört! hört! rechts.) Im öffenlichen Leben mögen die Bedingungen der Alliierten Verteidiger finden, im Einzelleben tritt niemand dafür ein." (Hört! hört! rechts.)

Ich hoffe, daß sich diese Stimmung in England immer weiter verbreiten wird.

Ich möchte nun zu einer ganz besonderen Angelegenheit übergehen Wie es scheint, werden wir ja die **Ostmark** verlieren, und unsere deutschen Landsleute in der Ostmark sind den schwersten Gefahren ausgesetzt durch eine unmenschliche und ungerechte Behandlung seitens der Polen. (Sehr richtig! rechts.) Ich richte an die Regierung die Bitte, mit dem größten Nachdruck bei den Regierungen der Entente dahin zu wirken, daß sie sich dazu verpflichten, daß unsere deutschen Mitbürger in den abgetretenen Landesteilen gerecht und menschlich behandelt werden. (Sehr richtig! rechts.) Unsere deutschen Landsleute können nicht alle Haus und Hof verlassen. Ich würde es für das größte Unglück halten, wenn jetzt im Osten eine Panik ausbräche und sich diese Massen hilfslos nach dem Westen stürzten und unsere schwierigen Verhältnisse noch schwieriger gestalteten. Ich glaube, die Bevölkerung, die Haus und Hof hat, tut recht, auszuhalten. (Sehr richtig! rechts.) Aber die Regierung muß auch nachdrücklich bei unseren Feinden dafür eintreten, daß sich unsere Feinde in dieser Beziehung für eine gerechte und menschliche Behandlung unserer Mitbürger einsetzen. Die feindlichen Regierungen mögen zeigen, daß sie wirklich einem Kulturvolk angehören. (Sehr richtig! rechts.)

Der Inhalt der griechischen Tragödien ist häufig die Darstellung der Hybris, des frevelhaften Übermuts der Menschen, der die Rache und die Strafe der Götter hervorruft; ich hoffe, auch für unsere Feinde wird dieser Tag kommen, wo die Rache der Götter auf sie niederstürzt. Wir müssen jedenfalls alles tun, um diesen Tag herbeizuführen. Vor allen Dingen werden wir in **Zukunft** die ernste **Aufgabe** haben, in den deutschen Stammesgenossen, die uns entrissen werden, die unter fremde Herrschaft kommen, das Gefühl der Vaterlandsliebe, der

inneren Zugehörigkeit zu Deutschland zu erhalten (lebhaftes Bravo rechts), sie davor zu bewahren, daß sie dem fremden Einfluß unterliegen und ihre Nationalität verlieren. (Wiederholtes lebhaftes Bravo rechts.) Wir hoffen von der ewigen Gerechtigkeit, daß dieses schändliche Spiel unserer Feinde zunichte werden wird.

Wir wollen aber in unserem Volke und vor allen Dingen in unserer Jugend die heilige Flamme der Vaterlandsliebe erhalten (bravo! rechts), die uns für die Zukunft besonders schwere Aufgaben und Prüfungen auferlegen wird.

Dieser Tag ist ein ernster Tag der Trauer, vielleicht ein Tag des Todes. Wir und unsere Nachkommen sollen stets an ihn denken. Aber nach unserem Glauben folgt dem Tode die Auferstehung (bravo! rechts), und wir wollen uns alle die Hand reichen, dahin zu wirken, daß das deutsche Volk, daß Deutschland wieder seine politische Auferstehung erleben kann und nicht dauernd dem politischen Tode verfällt.

Die Aufgaben, die uns für die Zukunft gestellt sind, sind gewiß schwer; Arbeit und Entbehrung sind die Losung der Zeit. Aber ich habe das Zutrauen zu dem guten Kern des deutschen Volkes, daß es sich besinnen und ihm gelingen wird, diese schweren Zeiten mannhaft zu ertragen und zu überwinden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Die Abgeordneten Schulz (Ostpreußen) und Gröber haben den Wortlaut ihres Antrags, betreffend die Unterzeichnung des Friedensvertrages, dahin abgeändert, daß der Antrag nunmehr lautet:

> Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden.

Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Bauer, Präsident des Reichsministeriums: Nur ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen meines Herrn Vorredners. Der Abgeordnete Graf v. Posadowsky hat sich darüber gewundert, daß die **Regierung,** noch bevor sie etwas geleistet habe, sich bereits ein **Vertrauensvotum** ausstellen lassen wolle. Diese Kritik ist unberechtigt. Der Herr Graf v. Posadowsky hat die Vorschriften des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt nicht beachtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) § 8 Absatz 2 dieses Gesetzes sagt:

> Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

Bevor sie also noch die Amtsführung übernehmen, muß festgestellt werden, ob wirklich das Vertrauen der Nationalversammlung vorhanden ist. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich also nicht um Vorschußlorbeeren, sondern um die Erfüllung einer verfassungsrechtlichen Vorschrift.

Dann hat der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky die Regierung aufgefordert, dafür einzutreten, daß, wenn wir einen Teil unserer **Ostprovinzen** verlieren, eine gerechte Behandlung unserer deutschen Landsleute sichergestellt wird. Ich kann Ihnen die Zusicherung geben, daß die Regierung alles tun wird, um diesen Schutz sicherzustellen. Auf Grund der Verhandlungen, die mit der Entente stattgefunden haben, ist ja erreicht worden, daß wenigstens der Schutz der nationalen Minderheiten festgelegt ist. Wir fühlen uns eins mit unseren Landsleuten, auch wenn sie in eine fremde Staatszugehörigkeit gezwungen werden; das Gefühl der Zusammengehörigkeit und das Bestreben, den von uns Gerissenen Hilfe zu leisten, wird, glaube ich, im ganzen deutschen Volke vorhanden sein.

Der Abgeordnete Graf v. Posadowsky hat dann in längeren Ausführungen die **Undurchführbarkeit** und die Härten **dieses Friedensvertrages** gekennzeichnet. Ich stimme ihm da in allem bei. (Sehr richtig! links.) Darüber sind wir ja völlig einig. Aber der Herr Abgeordnete hat es versäumt, Mittel und Wege anzugeben, die es uns ermöglichen, diesen grausamen Vertrag abzulehnen. (Sehr richtig! links.) Ich wäre ihm äußerst dankbar, und das ganze deutsche Volk würde ihm dankbar sein, wenn er uns einen solchen gangbaren Weg jetzt noch nachweisen könnte. (Zustimmung links.)

Präsident: Es sind vorhin bei der Verlesung der veränderten Fassung des Antrages Schulz (Ostpreußen)-Gröber einige Bemerkungen gefallen. (Rufe rechts: Lauter!) — Ich spreche recht laut! (Widerspruch rechts.) — Wenn die Herrschaften ruhig sind, verstehen sie mich! Ich verlese noch einmal die alte und die neue Fassung.

Die alte Fassung hieß:

> Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die neue Fassung lautet:

> Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden. (Erregte Zurufe rechts: Also vorbehaltlos!)

— Ich weiß nicht — ich habe mich nicht dazu zu erklären, ob in dieser Beziehung ein Unterschied in den beiden Wortlauten besteht. (Widerspruch rechts.) Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Der uns vorgelegte **Friedensvertrag** entspricht auch nach den Konzessionen, die uns die Gegner gemacht haben, nicht unseren Grundsätzen. Die letzten Vorschläge ändern an dem ursprünglichen Charakter der Friedensbedingungen nichts. Wenn wir trotz alledem den Vertrag annehmen, so geschieht es unter zwingender Gewalt. Wir handeln dabei aber in

voller Aufrichtigkeit: wir wollen den Vertrag erfüllen, weil uns internationale Zusagen nicht Papierfetzen sind. Aber es bestehen auch nach unserer Auffassung begründete Zweifel, ob wir ihn selbst bei der größten Anstrengung werden erfüllen können. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Tritt dieser Fall ein, so werden sich die Gegner damit abfinden müssen. Wo nichts ist, hat schließlich auch die Entente ihr Recht verloren. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wissen, daß durch den Friedensvertrag unserem Volke ungeheure Lasten auferlegt werden. Der materielle und der seelische Druck wird schwer zu ertragen sein. Aus vollem Herzen fühlen wir mit allen denen, die gegen ihren Willen von ihren Volksgenossen losgetrennt werden. Wir verkennen auch nicht, daß durch den Vertrag gerade das Proletariat bei seinem sozialen Aufstieg und bei seiner politischen Machtentfaltung gehindert wird. Dennoch bleibt nichts anderes übrig als die **Annahme des Vertrages.** Ablehnung vergrößert nicht nur die Übel — sie bedeutet vielmehr den sicheren Ruin. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß unser Volk in diese tieftraurige Lage gekommen ist, das verdankt es jenen ruchlosen Kriegstreibern und Kriegsverlängerern, derer es sich nicht beizeiten erwehrt hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das unwahre Gerede, daß unser Heer nicht besiegt worden sei, daß die Revolution uns den Gegnern wehrlos ausgeliefert habe, dient bloß dem Zweck, die Schuldigen zu decken. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Seit Juli 1918 war der militärische Widerstand gebrochen, folgte Niederlage auf Niederlage. Wäre nicht nach dem Wunsch und Willen der Heerführer der Waffenstillstand herbeigeführt worden, so hätte die deutsche Armee auf dem Schlachtfelde ein Débacle erlitten, wie es die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unser Volk war bis zum äußersten erschöpft, Reserven waren nicht mehr heranzuschaffen, das Vabanquespiel, das im Frühjahr 1918 begonnen wurde, war für Deutschland verloren und konnte nicht gut ausgehen. Das deutsche Volk hat in seiner überwältigenden Mehrheit, wenn auch leider zu spät, erkannt, wer es ins Verderben getrieben hat. Es lehnt sich jetzt mit aller Kraft dagegen auf, daß es noch tiefer ins Unglück gestürzt wird. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das wäre aber der Fall, wenn der Friedensvertrag verworfen würde. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sind doch die **Folgen** mit aller Sicherheit vorauszubestimmen. Die Heere der Gegner werden in Deutschland schnell vorrücken. Es ist müßig, zu untersuchen, wieweit ihr Vormarsch gehen wird; kein Mensch bezweifelt in diesem Augenblick mehr, daß sie mindestens das Ruhrgebiet besetzen und die Mainlinie abschneiden werden. Ist das Ruhrgebiet okkupiert,

so rollt nach zwei Wochen kaum mehr ein Eisenbahnzug, so raucht kein Schornstein mehr in Deutschland, das Millionenheer der Arbeitslosen schwillt dann um Millionen an. Wer will dieses Elend verantworten? Nach kurzer Zeit würde das Hungergespenst durch die Massen des Volkes schreiten, schrecklicher denn je. Denn die Entente wird nicht zögern, die Blockade auf das strengste durchzuführen und unserm Volk alle Lebensmittel zu entziehen. Diejenigen, die jetzt am lautesten rufen: „Möge kommen, was da wolle", — würden allerdings auch dann nicht hungern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie haben sich während des Krieges gut oder mindestens genügend ernährt und werden auch weiter dazu in der Lage sein. Die durch die grausigen Erlebnisse des Krieges, durch den Hunger und die Not in fünf Jahren schon jetzt körperlich aufgeriebenen und seelisch zermürbten Massen des Volkes würden geradezu zur Verzweiflung getrieben werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In den Massen grollt es ohnehin, die Blut- und Eisenpolitik der Regierung, die Verfolgung politischer Gegner, die Verhaftung von Tausenden unschuldiger Arbeiter, die außerordentlichen Kriegs- und Standgerichte haben eine Stimmung erzeugt, die eine weitere Belastung jedenfalls nicht mehr erträgt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir dürfen in dieser Stunde auch nicht die **800 000 Kriegsgefangenen** vergessen, die im fremden Lande Unsägliches leiden. Wir dürfen ihre Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat nicht zerstören, nachdem sie kaum in ihnen aufgekeimt ist. Wir dürfen nicht den Schmerz und Kummer ihrer Angehörigen, die in großer Zahl wirtschaftlich und seelisch zugrunde gegangen sind, noch vermehren. Unter den vielen Kundgebungen, die uns von Angehörigen der Kriegsgefangenen noch in letzter Stunde zugegangen sind, haben Sie wohl alle auch jene erhalten, die in Leipzig von mindestens 1500 Frauen von Kriegsgefangenen gefaßt wurde. In wie beredten, zu Herzen gehenden, alle packenden Worten wird dort ausgeführt, daß sie zwar, wenn Deutschland zu retten wäre durch Zurückbehaltung der Gefangenen, dann auch das Opfer bringen würden, noch länger von ihren Lieben getrennt zu bleiben, daß sie aber, da die Ablehnung der Friedensbedingungen noch zu größerem Unglück führe, dringend von der Nationalversammlung erwarten, daß sie einen Entschluß fasse, der die Heimkehr der Gefangenen ermögliche. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete Schiffer hat hingewiesen auf **Kundgebungen aus dem Lager der Kriegsgefangenen** selbst, in denen es heißt, daß ihnen die Befreiung Deutschlands wichtiger sei als ihre eigene Befreiung. Ich bestreite nicht, daß der eine oder andere Kriegsgefangene — mir sind selbst ähnliche Äußerungen zugegangen — sich so ausgesprochen hat; die Zahl ist jedoch gering. Aber wenn sie auch größer wäre, so hätten wir doch eine andere Verpflichtung ihnen gegenüber. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen

Sozialdemokraten.) Wir haben ihr Gefühl zu ehren, wir müssen uns aber klar darüber sein, daß wir durch Ablehnung des Friedensvertrages unser Land nicht retten und die Qual der anderen verlängern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wird der Friedensvertrag abgelehnt, so ist aber auch die **Zerstückelung des Deutschen Reichs** nach meiner Auffassung nicht länger aufzuhalten. (Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Rheinbund ist dann in greifbare Nähe gerückt, die in letzter Zeit in den Rheinlanden gespielte Posse kann dann zu einem ernsten Drama werden. Die süddeutschen Staaten, die jetzt im engen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche bleiben wollen, werden dem Ansturm ihres hungernden Volkes, vor allen Dingen auch dem Verlangen der Kapitalisten, die ihr Vaterland suchen, wo es ihnen gut geht, für die Dauer nicht widerstehen können, sie werden anderen Regierungen Platz machen müssen. Es besteht daher die dringende Gefahr, daß Süddeutschland von dem übrigen Deutschland abgetrennt wird. Auflösung des Deutschen Reichs führt aber — darüber sind wir uns stets klar gewesen — zur Verkümmerung seiner Einzelstaaten. Wir waren deswegen jederzeit Anhänger des Einheitsstaates, der uns die Vorbedingung höherer Entwicklung durch ein einiges geschlossenes Wirtschaftsgebiet ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich zweifle nicht daran, daß in diesem Augenblick jeder in der Nationalversammlung das furchtbare Dilemma fühlt, in dem wir uns befinden; aber es gibt kein Ausweichen, und das Notwendige muß entschlossen getan werden. Alle Versuche, in letzter Stunde an dem Vertrage noch herumzukorrigieren, können für Deutschland verhängnisvoll werden, können die Folgen herbeiführen, die die neue Regierung gerade vermeiden will. (Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Lage erheischt ein klares Nein oder Ja. Ein Ja mit Einschränkungen und Bedingungen bedeutet, wie im bürgerlichen, so im internationalen Recht ein Nein. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete Gröber hat mit Bestimmtheit und Entschiedenheit ausgesprochen, daß ein **neuer Krieg** unter allen Umständen vermieden werden müsse. Ich frage mich: wie steht dazu die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten? Nachdem der Herr Ministerpräsident in durchaus zutreffender Weise dargestellt hat, in welche Lage wir durch Ablehnung des Vertrages kommen, und sich für Annahme ausgesprochen hat, hat er schließlich zwei **Vorbehalte** an die Bereitwilligkeit zu der **Unterzeichnung** geknüpft. Die Regierung will es ablehnen, die Alleinschuld am Kriege anzuerkennen, und sie will die im Ultimatum uns auferlegte Verpflichtung verweigern, die Schuldigen auszuliefern. Ist die Regierung dessen ganz gewiß, daß die Alliierten diese Vorbehalte annehmen werden? Hat sie die Garantie, daß die Alliierten sich mit dieser eingeschränkten Erklärung zufrieden geben werden? Oder wiegt sie sich wie alle vorher-

gehenden Regierungen in dieser ernsten schicksalsschweren Stunde unseres Volkes wiederum in gefährliche Illusionen? Es wäre unverantwortlich, wenn eine Regierung, die gerade wie die gegenwärtige in Erkenntnis, welch fürchterliche Folgen ein Abbruch der Friedensverhandlungen hat, an zwei Punkten des Vertrages, und zwar gerade an diesen zwei Punkten (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), den Vertrag scheitern lassen würde. Was berechtigt die Regierung — so frage ich ausdrücklich — zu der Annahme, daß ihre Erklärung nicht als Ablehnung betrachtet wird? Wir erwarten darüber eine Aufklärung. Sie ist um so mehr erforderlich, als selbst gestern nacht im Friedensausschuß von diesen Vorbehalten noch keine Rede war. (Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! hört!) Unklarheiten, Zweideutigkeiten kann weder unser Volk, noch der internationale Verkehr mehr vertragen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Einen neuen Krieg zu verursachen, um etwa die Schuldigen der Verurteilung zu entziehen, das wäre nicht nur Wahnwitz, das wäre noch ein größeres Verbrechen als die Erklärung des Weltkrieges selbst. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch.)

Die **Schuld am Kriege** haben wir wiederholt im Reichstage sowohl wie in der Nationalversammlung erörtert. Ich will nicht noch einmal unsere Ansicht im einzelnen entwickeln. Nach den Ausführungen des Herrn Grafen v. Posadowsky mache ich folgende Bemerkung. Der Imperialismus aller kapitalistischen Staaten hat nach unserer Überzeugung die Gegensätze hervorgerufen, die zum Wettrüsten und schließlich zum Kriege führten. Alle Regierungen haben Pulver aufgetürmt; aber die habsburgische hat mit Billigung der deutschen Regierung die Lunte ans Pulverfaß gelegt und den Weltbrand entzündet. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jeder Politiker wußte, daß mit dem Ultimatum an Serbien das unheilschwangere Balkanproblem angeschnitten wurde. Die serbische Frage konnte nicht lokalisiert werden, sie war keine lokale, sie war eine europäische Frage. Da die Regierung Bethmann Hollweg nach ihrem eigenen Geständnis wußte, daß der serbische Krieg den Weltkrieg in sich schließen könne, und da sie sich trotz alledem hinter die österreichische Regierung stellte und ihr Vorgehen billigte, so hat sie eine Schuld auf sich geladen, über die die Akten für immer geschlossen sind. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unerträglich ist, glaube ich, nicht nur uns, sondern den Massen, die weit über unsern Parteirahmen hinausgehen, der Gedanke, daß wir wegen der Frage, ob Schuldige einem internationalen Gerichtshof ausgeliefert werden sollen, von neuem in den Krieg hineingerissen werden sollten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Frage hätte übrigens gar nicht die Friedensverhandlungen zu beschäftigen brauchen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemo-

kraten.) Wir haben von Anfang an gefordert, daß unsere eigene Regierung die Dokumente über den Ausbruch des Krieges veröffentliche und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehe. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben insbesondere schon in der ersten Sitzung der Nationalversammlung dieses Verlangen erhoben, und wir haben auch nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß, wenn unsere Forderung unbeachtet bleiben würde, wir schließlich in eine peinliche Lage versetzt werden würden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jetzt ist es so gekommen, wie wir erwartet haben. Da Deutschland nicht selbst den Urteilsspruch abgegeben hat, so verlangt die Entente, daß ein Gerichtshof, an dem wir nicht beteiligt sind, zu der Frage Stellung nimmt.

Wenn der Friede morgen nicht zustande kommt, so heißt das — darin stimme ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten überein — nicht etwa Abwendung, sondern lediglich Hinausschiebung des Friedensschlusses; denn jeder muß den Frieden unterschreiben, ganz gleich, aus welcher Partei er an die Spitze der Regierung gerufen ist, wenn erst einige Wochen ins Land gegangen sind. Aber dann ist nicht, wie einige der Redner meinten, die Lage dieselbe wie jetzt (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten); dann hat sie sich wesentlich verändert, dann sind Verwüstungen materieller und ideeller Volksgüter eingetreten, die nicht wieder gutzumachen sind. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Deswegen bleibt nichts anderes übrig, als den gegenwärtigen Augenblick zu nutzen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Daß schließlich nicht nur wir auf diesem Standpunkt stehen geblieben sind, daß andere zu ihm gekommen sind, auch Mitglieder der alten Regierung, rechtfertigt die Haltung, die wir vom ersten Augenblick an eingenommen haben. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir dürfen auch nach Äußerungen der Presse des Auslandes und nach sonstigen Mitteilungen annehmen, daß gerade unsere Stellungnahme nicht ohne Einfluß darauf gewesen ist, daß schließlich doch noch einige, wenn auch unzulängliche **Milderungen in den Friedensbedingungen** vorgenommen sind. (Lachen und lebhafte Zurufe: Ah! — Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Mitteilungen, die an uns gelangt sind, laufen begreiflicher- und logischerweise darauf hinaus, daß gerade, weil unsere Partei (Zuruf von den Demokraten: das größte Unglück für Deutschland war!), die stets dem Kriege den entschiedensten Kampf angesagt hat, die sich nie gescheut hat, die Kriegsregierung anzugreifen, auch unter Gefahren, den Vertrag als unerträglich und in vielen Beziehungen als unerfüllbar bezeichnet hat, das ein Gewicht beanspruchen durfte und eine Wirkung ausgelöst hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht richtig, daß wir den

Vertrag so gleich haben unterschreiben wollen; wir haben vielmehr stets, insbesondere am 12. Mai, ausgeführt, daß es selbstverständlich ist, daß unsere Regierung zunächst Verhandlungen führen, eifrig führen, Gegenvorschläge machen muß, und daß, wenn sie herausgeholt hat, was herauszuholen ist, dann allerdings am letzten Ende unterschreiben muß. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wir stehen im Gegensatz zu Ihnen allerdings auf dem Standpunkte, daß man nicht mit Roßtäuschermethoden internationale Verhandlungen führen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) Glauben Sie denn wirklich, daß Ihre Drohung, Sie würden den Vertrag nicht unterschreiben (Zurufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten), daß die Drohung, die Hand würde verdorren, die den Frieden unterschriebe, daß das laute, immer wieder ertönende „Unannehmbar!" auf die Entente irgendeinen Eindruck gemacht hat oder machen konnte? (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Zuruf von den Demokraten: Sie haben dafür gesorgt!) Die Entente merkte die Absicht und wurde verstimmt. Nein, ich will Ihnen sagen, wer sich über das dauernde „Unannehmbar" freute: Foch und Haigh waren es, denn sie spekulierten ja auf den Augenblick, in dem der Vertrag abgelehnt würde, in dem sie in Deutschland weiter vorrücken, in dem sie ihre militärischen Triumphe vollenden könnten. (Lebhafte Rufe: Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Ententeregierungen dagegen glaubten nicht daran, daß sich irgend eine Regierung in Deutschland finden könnte, die so töricht, so von allen guten Geistern verlassen wäre, daß sie nicht doch am letzten Ende den Vertrag unterschreibt. Was zu erreichen war, das mußte man auch von vornherein erkennen. Daß die Entente ein Friedenswerk, das sie in mühsamer Arbeit während einer Dauer von 6 Monaten zusammengezimmert hatte, nicht zerschlagen würde, das mußte jeder Verständige von vornherein wissen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es konnte sich nur darum handeln, welche Konzessionen im einzelnen bei Ausführung und Anwendung des Vertrages zu erreichen waren. Konzessionen sind erreicht, allerdings nicht in genügendem Maße. Die Entente selbst hat sich darüber ausgelassen, weshalb sie nicht mehr habe bewilligen können. In der Mantelnote heißt es ja, daß die Revolution zwar ein Ereignis sei, zu dem sich die Entente beglückwünsche (Hört! hört! und Zurufe rechts), — „sich beglückwünsche", so steht es — aber sie hat das Mißtrauen auch zu der Regierung nicht verloren, die nach der Revolution ans Ruder gekommen ist, nicht das Mißtrauen zu denjenigen Parteien verloren, die die Koalitionsregierung bilden; denn es heißt in der Mantelnote wörtlich:

> sie — nämlich die Parteien, die jetzt maßgebend sind — haben für die Kredite gestimmt, sie haben die Kriegsanleihen gezeichnet, sie haben allen Befehlen der Regierung, so roh auch diese Befehle sein mochten, gehorcht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben die Verantwortung für die Politik ihrer Regierung geteilt, hätten sie sie doch in jedem Augenblick, wenn sie nur gewollt hätten, stürzen können. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn diese Politik der deutschen Regierung geglückt wäre, so hätte das deutsche Volk ihr mit ebensoviel Begeisterung zugejauchzt, wie es den Kriegsausbruch begrüßt hat. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das mag bitter sein, wer will aber bestreiten, daß darin viel Wahres enthalten ist? (Rufe: Unerhört!)

Wir halten es vor allen Dingen auch, soll unsere Politik gesunden, für notwendig, daß man nicht unser Volk monatelang täuscht und im letzten Augenblick erklärt: wir haben euch aus taktischen Gründen bisher die Wahrheit nicht sagen können. Wahrheitspflicht gegen unser Volk steht uns an erster Stelle. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe.) Was haben wir durch Ihre Taktik erreicht? Diejenigen, die hinter Ihnen stehen, haben bis vor wenigen Tagen geglaubt, Sie seien gegen die Ablehnung des Vertrages, und erfahren jetzt, daß das Täuschung war. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie haben die nationalistische Stimmung bis aufs äußerste in einem Teil des Volkes gesteigert. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und wenn es — wie leider zu fürchten ist — infolge dieser überhitzten und überreizten **Stimmung im Osten** auch nach Annahme des Friedensvertrages zu **kriegerischen Verwicklungen** kommt, so fällt die Schuld auf die alte Regierung in ihrer Gesamtheit, die diese Agitation geduldet und zum Teil unterstützt hat. Sie fällt aber auch auf diejenigen Parteien, welche aus einer völlig verfehlten Taktik heraus nicht von vornherein für die Aufklärung des Volks gesorgt haben und dieser Stimmung entgegengetreten sind. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unerhört sind ja in dieser Beziehung die Aufrufe zweier Kommissare der Regierung, von denen ich mich wundere, daß sie von der Regierung nicht schon längst abberufen sind. Ich will annehmen, daß die neue Regierung das nachholen wird, was die alte versäumt hat.

Der erste **Aufruf** ist der **Aufruf des Volkskommissars** für den Osten, **Winnig.** Sie wissen alle, daß er die Bevölkerung dazu aufgefordert hat, einem polnischen Einmarsch in die strittigen Gebiete des Ostens mit bewaffneter Hand entgegenzutreten (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), auch wenn die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, den Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ja, er geht noch weiter und sagt:

Wenn die Regierung infolge Ablehnung des Gewaltfriedens durch eine anderswollende Minderheit gestürzt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit wären, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. (Bravo! rechts. — Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ist es schon jemals vorgekommen, daß ein Vertreter der Regierung eine solche Sprache führt, daß ein Regierungsvertreter ausdrücklich sagt, daß er sich den Beschlüssen einer künftigen Regierung nicht beugen werde?

In eine ähnliche Kerbe hat Herr Hörsing geschlagen. Sie sind mitverantwortlich, wenn im Osten Blut fließen wird.

Wenn einigermaßen Beruhigung eintreten soll, muß die Regierung eine andere Politik im Innern und im Äußern treiben. Das Volk erwartet, daß, wenn der Frieden geschlossen wird, daran sich auch ein Akt der Versöhnung im Innern anschließen wird; es verlangt, daß eine Amnestie gegeben werde, eine Politik der Verständigung an Stelle des brutalen Kampfes gegen die eigenen Volksgenossen tritt. Es erwartet, daß Freiheit an Stelle des Belagerungszustandes gesetzt wird. Nach außen hin ist es die allerhöchste Zeit, daß die Politik der Untätigkeit, der Halbheit, der Zerfahrenheit ein Ende nimmt. Wohin wir dadurch gekommen sind, daß wir gezögert haben, unsere **Truppen aus dem Osten herauszuholen,** wissen wir jetzt alle. Alles ist bis auf den i-Punkt eingetreten, was wir vorausgesagt haben: ein Teil unserer Truppen ist gefallen, der Haß der Letten und Esten ist gegen uns ins Maßlose gesteigert worden, und jetzt kommt die Entente und fordert von uns, daß wir das tun sollen, was wir längst aus eigenem Antriebe hätten tun müssen, nämlich unsere Truppen zurückzuziehen aus diesem Gebiete. Die Polen haben es gegenwärtig für klug gehalten, sogar mit der Sowjetrepublik Verbindungen anzuknüpfen, um den Streit ruhen zu lassen. Dadurch wird Polen gegenüber Deutschland gestärkt. Wie oft haben wir vergeblich die Regierung aufgefordert, daß sie diesen Weg einschlagen und mit der Sowjetrepublik endlich in friedliche Beziehungen kommen soll!

Zu den vorgelegten **Anträgen** habe ich folgendes zu erklären: Es versteht sich nach unserer Haltung von selbst, daß wir dieser Regierung ein Vertrauensvotum nicht erteilen können. Der ursprüngliche Antrag, der sich auf die Friedensfrage bezog, war für uns unannehmbar aus den Gründen, die ich ausgeführt habe. Mit der Unterzeichnung des jetzt eingereichten Antrages sind wir einverstanden; denn wir wollen die Unterzeichnung des Friedensvorschlages. Wir verstehen darunter einen Friedensschluß, der unumwunden ist, vorgenommen ohne Silbenstecherei und ohne Hintertüren.

Ich kann mir nicht versagen, die Regierung in diesem Augenblick nochmals dringend davor zu warnen, den geraden Weg auch nur um Fingersbreite zu verlassen. In der Mantelnote der Alliierten heißt es ausdrücklich:

> „Zum Schlusse müssen die Alliierten und Assoziierten es offen aussprechen, daß dieser Brief und die angeschlossene Denkschrift ihr letztes Wort in der Angelegenheit darstellen."

Aber das ist noch nicht alles, sondern daran knüpft sich eine weitere Bemerkung. Sie erklärten nämlich: „Es muß der Frieden in seiner

jetzigen Gestalt entweder angenommen oder abgelehnt werden". Sie lassen also eine Abänderung dergestalt, wie sie in den letzten Dokumenten vorliegt, nicht zu, und diese Ankündigung wird in ihrer Bedeutung noch verstärkt durch die Mitteilung der Friedenspräliminarien an unsere Delegation vom 7. Mai 1919. Darin nämlich ist von vornherein, um Klarheit zu schaffen, von der Entente bemerkt worden, daß der Oberste Rat nach Prüfung des deutschen Gegenvorschlages eine schriftliche Antwort an die deutsche Delegation richten wird „mit Angabe der Frist, binnen welcher sie ihre endgültige Gesamtantwort zu erteilen hat".

Die Entente läßt also eine geteilte Antwort, eine Antwort mit Vorbehalten, wie ich fürchte, nicht zu. Die Regierung darf sich auf den Boden dieser großen Gefahr nicht begeben, sie muß unterzeichnen. Wir brauchen den Frieden, denn sonst kommen wir nicht zum Wiederaufbau unseres Volkskörpers.

Der Ententekapitalismus will sich durch den Friedensvertrag stärken und das kapitalistische System in der Welt gegen den fortschreitenden Sozialismus stützen. Vergebliche Mühe! Nicht der bureaukratischen Planwirtschaft, sondern der sozialisierten Wirtschaft gehört die Zukunft. Ohne die Ausschaltung des Kapitalgewinns lassen sich schon die auf uns lastenden Verpflichtungen gar nicht erfüllen. Die Vorgänge der letzten Woche in Frankreich, in Italien, in England beweisen, daß die Arbeiterklasse dort überall erstarkt, daß große soziale Bewegungen im Gange sind. Aber es wäre durchaus töricht, wenn man etwa auf eine nahe, in den nächsten Wochen sich vollziehende **Weltrevolution** rechnen wollte. (Hört! hört! und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Weltrevolution schreitet vorwärts, sie schreitet unaufhaltsam vorwärts, aber nicht so rasch, wie wir es wünschen. Und aus diesem Grunde muß der Friedensvertrag unterschrieben werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben die volle Zuversicht und sind durch die lebhafte soziale Bewegung in den genannten Staaten in dieser Zuversicht gestärkt worden, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats, das überall zur Herrschaft kommen wird, abgeändert werden wird. Dem Ententekapitalismus können wir mit Fug und Recht zurufen: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht! (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Bauer, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Haase hat erklärt, die Regierung hätte eine Roßtäuscherpolitik getrieben, weil sie erklärte, der Friedensvertrag sei unannehmbar. Von Roßtäuscherpolitik verstehen alle Mitglieder der vergangenen Regierung nicht soviel wie Herr Haase. (Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Haase erklärte, kein Mensch, insbesondere nicht die Regierungen der Entente, hätten an das von uns erklärte „Unannehmbar" geglaubt. Ja, meine Damen und Herren, das mag zutreffend sein; aber wer trägt die Schuld daran? Die Unabhängige Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Die Unabhängige Sozialdemokratie, die fortgesetzt in allen Tönen geschrien hat, der Vertrag müsse unterschrieben werden. (Lebhafte Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Und Herr Erzberger!)

Der Herr Abgeordnete Haase meinte, der Kampf der verflossenen Regierung gegen diesen Friedensvertrag hätte lediglich Mißtrauen im eigenen Volke gesät. Da ist das Volk viel zu vernünftig, Herr Abgeordneter Haase. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter weiß, daß Ihre Taktik geradezu frevelhaft ist. (Zustimmung.) Denn wenn ich überhaupt noch über eine Sache verhandeln will — und mit der Verhandlung auf Abänderung des Vertrages hat sich Herr Abgeordneter Haase und seine Partei einverstanden erklärt —, wenn ich überhaupt noch verhandeln will, dann kann ich nicht von vornherein erklären, daß ich unterschreibe, auch wenn mir keine Konzessionen gemacht werden. (Erneute Zustimmung.) Dieses gesunde Bewußtsein, das tief in die Arbeitermassen hineingepflanzt ist durch die gewerkschaftlichen Organisationen, wird die Richtigkeit des Vorgehens der Regierung erkennen und die jetzt von dem Herrn Abgeordneten Haase vorgebrachten Argumente als das würdigen, was sie sind, nämlich lediglich als den Versuch, eine völlig verfehlte und das Volk schädigende Parteitaktik zu rechtfertigen. (Sehr richtig! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter: Meine Herren! Die Deutsche Volkspartei **lehnt** einmütig **diesen Frieden ab**, sieht sich daher zu ihrem Bedauern auch nicht in der Lage, einer Regierung, die eben zu dem Zweck sich gebildet hat, diesem Frieden die Unterschrift zu leisten, ihr Vertrauen zu bekunden, — wenn sie auch für die letztverflossenen Minuten ihre volle Übereinstimmung mit der Abrechnung erklären kann, die der Herr Ministerpräsident mit dem Herrn Abgeordneten Haase gehalten hat. Dabei kann ich in meinem und meiner politischen Freunde Namen ebenfalls erklären, daß wir einer von der unsrigen abweichenden Auffassung, sei es der Regierung, sei es einer anderen Partei, diejenige Würdigung und Achtung nicht versagen, die man jeder gewissenhaft begründeten Überzeugung des Gegners schuldig ist, daß ich insoweit also mich jeder Art von Kritik und Polemik enthalten werde. Ich muß andererseits für mich um so mehr in Anspruch nehmen, unseren Standpunkt mit der-

jenigen sachlichen Schärfe und Rücksichtslosigkeit zu vertreten, die der furchtbare Ernst der Stunde und der Zwang zur absoluten Wahrhaftigkeit erfordert.

Wir sprechen unser Nein in dem vollsten Bewußtsein der zentnerschweren Verantwortung, die wir damit übernehmen. Aber freilich, wir sind nach langen gewissenhaften Prüfungen zu der Überzeugung gelangt, daß diejenigen, die den Frieden annehmen, eine noch viel größere Verantwortlichkeit vor Volk und Geschichte zu tragen haben. Wir wissen, daß die Folgen im einen und anderen Falle, soweit man einem so dunkeln Ereignis gegenüber menschlich überhaupt etwas übersehen und abschätzen kann, ganz gewaltige sind. Wir täuschen uns darüber nicht, daß namentlich die erste Prüfungs- und Leidenszeit im Falle der Ablehnung besonders schwer sein wird. Wir sind aber ebenso felsenfest überzeugt, daß man hier Entschlüsse nicht bloß dem Augenblick gegenüber und für das lebende Geschlecht fassen darf, daß man nicht um einer vielleicht augenblicks erträglicheren Lage Deutschlands Zukunft etwas vergeben darf, ja, daß hinter all den Nützlichkeiten, die zweifellos für die Annahme sprechen, noch andere und höhere Werte liegen, die ein Volk niemals verlieren darf, soll es nicht auf ewig von der Weltgeschichte gerichtet sein.

Regierung und Volksvertretung waren am 12. Mai einig im Geist und in dem Entschluß: **Unannehmbar!** Es ist mir noch immer nicht verständlich geworden, wie ein großer Teil der damaligen Minister in das neue Kabinett übergehen konnte, wie andererseits einer, der damals nicht dem Kabinett angehörte, ihm aber heute angehört, eben derjenige war, der in der Berliner Versammlung am allerschärfsten betonte, niemand komme bei der Annahme eines solchen Friedens mehr zu Schaden als die Arbeiterwelt, unsere ganze Sozialpolitik, alles werde vernichtet sein. Hat sich denn in der Sache irgend etwas Wesentliches geändert? Ist uns an irgendeiner Stelle ein Wille zur Gerechtigkeit entgegengetreten, ein Geist der Versöhnung, ein Geist der Menschlichkeit, oder Erleichterungen, von denen auch nur als der Rede wert gesprochen werden könnte? Von manchen kann man geradezu das Gegenteil behaupten.

Von **äußerlichen Vorgängen** will ich nicht viel reden, weil sie auf die letzte Entscheidung keinen Einfluß haben; immerhin, auch sie verraten den Geist. Wie ist zum Beispiel unsere Friedensdelegation in Versailles behandelt worden? Man kann wohl sagen: vielfach in einer gegen alle guten Sitten und Gewohnheiten verstoßenden Weise. (Sehr richtig! rechts.)

Dann weiter: es ist der erste weltgeschichtliche Fall, daß ein **Friedensschluß ohne mündliche Verhandlung** abgeschlossen werden soll. Das ist nicht rein Äußerliches, sondern zugleich das Zeichen eines zugrunde liegenden Hasses, der Ge-

ringschätzung gegen uns und der selbstgefälligen, überhebenden Stimmung des Siegers. Unwillkürlich treten in die Erinnerung die Vorgänge bei Abschluß des Frankfurter Friedens im Jahre 1871. Da gingen die fremden Delegierten ungestört und unbeschränkt in der Stadt des Friedensschlusses, und Beleidigungen waren sie nicht ausgesetzt. Zu den Äußerlichkeiten zähle ich auch die Kürze der Frist, die uns gesetzt worden ist, wobei es doch nur darauf abgesehen wurde, uns in eine unentrinnbare Zwangslage des Unterschreibens zu bringen. Endlich den **Ton der Antwort und der Mantelnote.** Man darf ihn wohl als anmaßend, beleidigend, höhnisch bezeichnen. Man erinnere sich nur an die Stelle, in der der Begriff der „Gerechtigkeit" auf Deutschland angewendet wird, oder an die Stelle, wo zum Raube unserer Kolonien gesagt wird: „Deutschlands Versagen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich zutage getreten, als daß die alliierten und assoziierten Mächte ihre Hand zu einem zweiten Versuche bieten und die Verantwortung dafür übernehmen können, 13 bis 14 Millionen Eingeborene von neuem einem Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind." Die Feinde wissen ganz genau, daß das unwahr und heuchlerisch ist. Deutschland gegenüber mit seinen kulturellen Leistungen konnte man von dem angeblichen Volke der Ritterlichkeit einen anderen Ton erwarten.

Unserer **Friedensdelegation,** namentlich dem Vorsitzenden, Grafen Brockdorff-Rantzau, spricht die Deutsche Volkspartei ganz besonders *ihre Anerkennung und warmen Dank* aus (Bravo!) für die ausgezeichnete Arbeit, die in tage- und nächtelanger Mühewaltung schnell, sachlich vorzüglich und würdevoll von ihr geleistet worden ist. Überaus gründlich sind die Denkschriften, die in der kurzen Zeit von ihr ausgegangen sind. Vergleiche man damit die feindliche Methode: in aalglatten Wendungen oder in geschichtlich unwahren Behauptungen ist darüber hinweggegangen.

Aber das alles, so schwer es zu tragen und zu verwinden ist, kann natürlich kein Grund der Ablehnung sein. *Auf den* **Inhalt der Antwort** *kommt es an.* Ihm wende ich mich mit kurzen Worten zu.

Grundlagen und Geist sind in nichts verändert. Es würde ja wohl auch schwer gewesen sein, diese zu verlassen oder zu verändern. Denn das Ganze ist ein in sich zusammenhängendes, fein ausgeklügeltes System. Jeder der Feinde will in diesem Friedensvertrag sich seine Beute sichern. Da mag es schwer gewesen sein, aus der Einheit des Baues den einen oder anderen Stein herauszureißen. Ohne ins einzelne näher einzugehen, fasse ich kurz die Gründe unserer Ablehnung zusammen.

Wir lehnen ab, weil bei Annahme des Friedens der deutsche Staat als solcher vernichtet ist. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Die beiden Säulen der staat-

lichen Kraft, Finanzhoheit und Militärhoheit, sind vernichtet. Die hierin angebotenen Milderungen sind nicht der Erwähnung wert.

Wir lehnen ab, weil wir betrogen und belogen sind. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.) Auf den schmählichen Waffenstillstand haben wir uns nur eingelassen gegen die bestimmte Zusicherung eines Rechtsfriedens. An Stelle des Rechts ist die Ungerechtigkeit, an Stelle der Freiheit der Zwang und eine Sklaverei gesetzt, die schlimmer würde, als selbst der zaristische Absolutismus es je gewesen ist! (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir sollen gebunden werden an Händen und Füßen, 23 Kommissionen sollen unser staatliches Leben überwachen. Die Abschwächungen da oder dort sind lediglich theoretischer Art, bedeuten für die praktische Handhabung der Sache nichts. Wir sollen Verträge, die die Entente in Zukunft mit fremden Mächten abschließt, schon jetzt anerkennen, ohne von deren Inhalt etwas zu wissen. Das Unerträglichste ist, daß für dieses System der Knechtung die Figur des **Völkerbundes** erfunden und verwertet ist, des Bundes, der nach der ursprünglichen Idee des Erfinders die Weltbürgschaft für die Freiheit und die Gleichheit der Menschen und der Staaten sein sollte. Ob Wilson selbst falsches Spiel gespielt hat oder ob er seinerseits der Unterlegene ist, weiß ich nicht und kann ich nicht untersuchen. Im Ergebnis ist der Völkerbund nichts anderes als das Zerrbild von Freiheit und von Gleichheit. Die Verquickung des Völkerbundes mit dem Friedensinstrument ist das Musterbeispiel der versteckten Heuchelei, die diesem Friedensvertrag zugrunde liegt: unter dem Scheine der Gerechtigkeit der Wille, den gefürchteten und verhaßten Feind auf unabsehbare Zeit in Fesseln zu schlagen. Dieser Völkerbund ist nur in den Friedensvertrag eingefügt und ihm vorangestellt, um die Durchführung der grausamen Friedensbedingungen selbst zu erleichtern. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Ich habe in den letzten Tagen diese Frage zum Gegenstand näherer Prüfung gemacht. An 40 und einigen Stellen der Urkunde ist der Völkerbund zur Mitwirkung bei der Ausführung der Friedensbedingungen berufen. Der Gedanke einer gleichberechtigten Mitgliedschaft ist von vornherein grundsätzlich ausgeschlossen. Den 32 ursprünglichen und 13 zum Beitritt aufzufordernden Mitgliedern steht Deutschland, falls es durch sein Wohlverhalten jemals die Aufnahme erreichen wird, von Anfang an als das gezüchtigte und gedemütigte Mitglied gegenüber.

Wir lehnen ab, weil von den vierzehn Punkten, die wir als Grundlage des Friedens ehrlich angenommen haben, sozusagen nichts übrig geblieben ist. Sie sind in der Antwort der Entente überall entweder in ihrem ursprünglichen Sinne

umgebogen oder in ihr Gegenteil verkehrt, Treu und Glauben sind aufs schmählichste dadurch verletzt, namentlich im Punkte des Rechtes der Selbstbestimmung. Was von diesem Rechte noch übrig bleibt, ist wertlos, weil der Apparat so eingerichtet ist, daß unter keinen Umständen eine wirklich freie Willensäußerung des Volkes sich geltend machen kann. Sehen wir doch jetzt schon die Spuren und Wirkungen der beispiellosen Agitation in unseren besetzten Gebieten.

Wir lehnen ab, weil wir es nie und nimmer verantworten können, freiwillig und wehrlos die kostbarsten Teile deutscher Erde, zunächst **unsere Ostprovinzen, vom Mutterlande abschneiden zu lassen.** Wir können es nicht, weil wir geschichtlich mit diesen Volksgenossen aufs engste verwachsen sind, weil wir uns dadurch der wertvollsten wirtschaftlichen Kräfte und Quellen berauben, weil wir die Möglichkeit einer nationalen Siedlungspolitik endgültig verlieren würden. Und hat man auch das eine genügend bedacht, daß die Deutschen in den gefährdeten Gebieten mit Eintritt dieses Friedens automatisch zu Polen werden (sehr richtig! rechts), also als aufrührerische Hochverräter gegen ihren polnischen Staat in Anspruch genommen werden können, sobald sie uns Deutschen die Treue halten wollen? (Erneute Zustimmung rechts.)

Wir lehnen ab, weil diese im Friedensvertrag erdachte Art der Selbstbestimmung uns mit Sicherheit auch unsere Nordmark und das Saargebiet kosten wird. Wir sehen schon jetzt die **feindliche Hetze** und den Bekehrungsapparat in den **rheinischen Gebieten** tätig. Freilich und Gott sei Dank, aller Machenschaften und gegenteiligen Gerüchte ungeachtet sind noch jetzt die Deutschen am Rhein, die Preußen, Bayern und Hessen, in ihrer überwiegenden Mehrheit treue, überzeugte Deutsche (bravo! rechts), entschlossen zu unentwegtem Festhalten am Reiche trotz der Bedrückung, die sie durch die feindliche Besetzung erleiden müssen. Aber der Friede ist darauf angelegt, sie mürbe zu machen und abzusplittern.

Wir lehnen ab, weil wir **Deutsch-Österreich** nicht preisgeben wollen. Wie kann der Feind sich anmaßen, in die engsten, Jahrhunderte alten Beziehungen deutscher Geschichtsentwicklung mit dem kategorischen Befehl einzugreifen, daß wir uns nicht vereinigen dürfen? Diese Anmaßung weisen wir zurück. Der Zeitpunkt in der Entwicklung wird kommen, wo wir trotz alledem uns die Hand reichen müssen und werden. (Lebhaftes Bravo.)

Wir lehnen ab, weil unsere Deutschen im Auslande, soweit sich noch welche finden werden, rechtlos sein würden in ihrem wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Leben.

Wir lehnen ab, weil wir andernfalls wirtschaftlich zugrunde gehen müssen. Ich brauche mich nur auf die eigene Note der Reichsregierung

vom 13. Mai 1919 zu berufen, die überzeugend dargetan und ausgesprochen hat: „werden die Friedensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß in Deutschland viele Millionen zugrunde gehen müssen“.

Wir lehnen ab, weil wir andernfalls an uns selbst zu Lügnern werden müssen; denn der Vertrag ist unerfüllbar. Wir hatten ein weitgehendes, ein uns fast beängstigendes Finanzangebot dem Feinde gemacht. Wir hatten's ehrlich berechnet, daß wir bei harter Arbeit und vieler Entbehrung immerhin imstande sein würden, dieses Versprechen zu erfüllen. Wir sind damit abgewiesen! Man mutet einem schwerverwundeten, todkranken Körper zu, eine Arbeit zu leisten, die er einfach nicht leisten kann. Insbesondere kann man Schulden nicht bezahlen, deren schwindelhafte Höhe man nicht kennt. Die Feinde aber wissen das, sie kennen unsere Leistungsfähigkeit; nicht trotzdem, sondern eben deshalb werden diese unerhörten Forderungen an uns erhoben (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei); denn damit hat man das Mittel in der Hand, den säumigen Schuldner einer nichterfüllten Pflicht anzuklagen und ihn noch weiter unter Zwang und Drang zu stellen.

Wir lehnen ab, weil uns die Schändlichkeit der **Auslieferung von Deutschen** zugemutet wird. Das ist der einzige Punkt, in dem wenigstens alle übereinstimmen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt: nicht auf die Person des Kaisers, auch wenn sie manchem Herzen und auch meinem noch besonders teuer ist, aber nicht auf die Person des Kaisers kommt es an, sondern darauf, daß wir Deutsche ausliefern sollen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das ist die Schamlosigkeit! Und nicht nur den deutschen Mann, sondern wir sollen uns auch verpflichten, alle Urkunden und Beweismittel seiner angeblichen Schuld auszuliefern. In einigen Wochen will man gnädigst eine Liste der Personen einreichen, die den fremden Gerichten übergeben werden sollen. Wahrhaftig, die Feinde müssen uns heute bereits tief einschätzen (lebhafte Rufe rechts: Sehr wahr!), wenn sie es wagen, mit einer solchen Forderung an uns heranzutreten. Hierin sind wir einig.

Aber wie nun — möchte ich fragen — wenn der Feind auf das Ansinnen der Regierungserklärung, darauf zu verzichten, nicht eingeht? Wird die Regierung gesonnen sein, trotzdem zu unterzeichnen? Auf der Linie dieser Gedanken scheint mir die Wortänderung des Antrages Gröber zu liegen, von der vorhin die Rede war. Der erste Antrag, wie ich ihn hier aufgeschrieben habe, lautete:

> Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage des Friedensvertrages.

Die neue Fassung lautet:

> Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.

Darin sehe ich allerdings eine sachliche Änderung (sehr richtig! rechts),

nämlich die, daß man unter allen Umständen einverstanden wäre, vorbehaltlos zu unterzeichnen. Ich lege Gewicht darauf, das festzustellen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir lehnen ab, weil wir nicht unser eigenes falsches **Schuldbekenntnis** unterschreiben können. Wilson selbst hat noch 1917 gesagt: „das deutsche Volk hat diesen entsetzlichen Krieg nicht angestiftet, nicht gewollt, auch nicht gewünscht". Die uns hier untergeschobene Schuld ist in der angebrachten Art und in den angebrachten Maßen eine Lüge! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Prüfen Sie die Noten, die Antwort der Entente! Sie wimmelt in ihrem geschichtlichen Teil — man kann geradezu sagen: von schülerhaften Fehlern, von Entstellungen, von Unkenntnis und von Einseitigkeit. Allerdings nicht erst im Juli 1914 hat die Schuld am Kriege begonnen, sondern zehn Jahre vorher, da aber haben den Löwenanteil England, Frankreich und Rußland. (Sehr richtig! rechts.) Die geschichtlichen, literarischen und Quellenzeugnisse dafür häufen sich von Tag zu Tag. Werfen Sie gelegentlich einen Blick in die Schriften von Höninger oder des früheren serbischen Geschäftsträgers Boghitschewitsch, die die Zusammenhänge klar und deutlich aufrollen. Die deutsche Rechtfertigungsschrift über die deutsche Schuld ist, möchte man sagen, geradezu ein Muster von Überobjektivität. Das ist der einzige Punkt, in dem ich nicht mit Herrn Grafen Brockdorff völlig übereinstimmen kann. Er ging zu weit darin, daß er eine deutsche Schuld im Haag, im Juli 1914 und vor allem wegen der Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reich auf unsere Schultern genommen hat. Darüber habe ich mich früher schon mit ihm auseinandergesetzt.

Aber selbst wenn die in der deutschen Denkschrift übernommenen Schuldanteile völlig richtig und nachweisbar wären, so bleibt doch die Lüge von der Gesamtschuld des deutschen Volkes bestehen. Merkwürdig, von dem Verbrechen an Serbien ist in der Antwort der Entente die Rede, aber von dem Mord, der dem Ultimatum an Serbien vorangegangen war, und an dem Serbien und Rußland amtlich beteiligt waren — von dem wird nicht gesprochen. (Sehr richtig! rechts.)

Aber freilich, der Feind muß diese unsere Schuld festlegen, weil sie die alleinige Unterlage bildet für die maßlose **Entschädigungslast**, die man uns auferlegen will, für Strafe und Wiedergutmachung. Denn nur einen schuldigen Verbrecher kann man so behandeln. Und welche schiefen und falschen Konstruktionen finden sich da im einzelnen! Um nur eins herauszugreifen: daß man schlankweg überall **Belgien und Nordfrankreich auf ein und dieselbe Linie** stellt, als ob es selbstverständlich wäre, daß, weil wir Belgien Schadenersatz leisten, wir ihn auch an Nordfrankreich zu leisten hätten. Die Dinge liegen jedoch in Wirklichkeit anders. Belgien gegenüber waren wir im Notstand, aber selbst

die gerechte Ausübung des Notstandes enthebt nicht von der Verpflichtung, Schaden zu ersetzen. Aber innerhalb Nordfrankreichs war es nicht die Ausübung eines Notstandsrechts, sondern, nachdem wir durch Belgien eingedrungen waren, die rechtmäßige Ausübung einer Kriegshandlung, bei der von Schadenersatzpflicht nicht die Rede sein kann, ebensowenig von Wiedergutmachung. (Sehr richtig! rechts.) Man muß ja die Dinge an Ort und Stelle nun erlebt und gesehen haben. Wer hat denn überflüssigerweise die schönen französischen Dörfer und Städte zusammengeschossen? Wir nicht, sondern die Engländer und Franzosen. Das Schicksal der Kathedrale von St. Quentin und ähnlicher monumentaler Werke ist der Vernichtung englischer Geschosse, nicht deutscher Brutalität, zu verdanken.

Wir lehnen endlich ab, **weil wir uns sonst ehrlos machen würden** vor uns selbst und vor der ganzen Welt, ehrlos vor den Neutralen, verächtlich vor allem vor den Feinden, die jetzt an uns diese Zumutung stellen. Glauben Sie denn, daß ein Franzose oder ein Brite eine derartige Unterschrift leisten würde? Wir haben in unseren amtlichen Drucksachen in den letzten Tagen den Aufsatz von Harrison in der „English Review" vom Juni 1919 erhalten. Nur ein paar Worte daraus mögen vor der Öffentlichkeit gesagt werden. Ein Engländer spricht hier (Zurufe: Ja! Ja!): — Wenn Sie es gelesen haben, gut! Ich habe das Bedürfnis, es auch anderen mitzuteilen. — Harrison sagt u. a.:

> „Aber der Vertrag geht weiter als ein Dekret irgend eines Gewaltherrschers. Ludwigs XIV. und Napoleons Schaffung neuer Landkarten waren zwerghaft dagegen. Solche Bedingungen machen die Deutschen ehrlos. Vergeblich sind die Lehren der Geschichte! Die Franzosen haben Bismarck weit übertrumpft, der von allen wirtschaftlichen Bestrafungen 1871 abstand; sie kehrten zum Kampfwagen des Korsen zurück. Die wirtschaftlichen Klauseln sind noch furchtbarer als die militärischen, mit teuflischer Gerissenheit ausgearbeitet. Kein Soldat würde einen solchen Bluttributfrieden gemacht haben. Soweit Deutschland in Frage kommt, bedeuten die Bedingungen wirtschaftliche Lähmung, ausgedehnte Armut, unsagbares Elend, Hungersnot, Chaos. Es ist ein Tilsit des Kapitals, der Anschlag eines unersättlichen Kapitalismus. Nicht das Leben allein, auch die Ehre wird den Feinden genommen. Ich zweifle, daß Briten sich jemals einem solchen Vertrage fügen würden. Endlich noch: der Völkerbund ist entweder der größte Ulk der Geschichte oder" usw. (Hört! hört! rechts.)

Dieses vielfache „wir lehnen ab" — ist wohlüberlegt. Über die fürchterliche Lage, in der wir uns befinden, täuschen wir uns in keinem Stücke. **Sie marschieren ein,** so droht man uns. Wohl, der Gedanke ist grauenhaft, aber: laßt sie doch einmarschieren und losgehen gegen ein wehrloses Land, ja ein wehrloses Land! (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Laßt sie mit diesem ewigen Ruhm sich belasten! Gerade aus den Gebieten, denen die nächste Gefahr droht, erhalten wir die dringende Bitte — wenn ich nicht irre, hat auch Herr Abgeordneter

Schiffer das erwähnt —, daß wir nicht mit Rücksicht auf ihre zu erwartende Not das ganze Vaterland zugrunde gehen lassen möchten. Die Nichtunterzeichnung ist das einzige Mittel, wodurch wir unsere Achtung in der Welt behaupten können. In der Zwischenzeit werden sich aus dem erschreckten Weltgewissen, im Dienste der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit Kräfte zu unseren Gunsten lösen, ja, wenn ich recht sehe, haben sie schon angefangen, sich zu lösen. Gewiß, wir sind in einer schlimmen, ja erbärmlichen Lage. Ich hätte die **Frage der Schuld** mit gegenseitigen Vorwürfen in dieser Stunde nicht noch einmal erhoben, wenn nicht der Abgeordnete Haase den Drang empfunden hätte, sie aufzuwerfen, um sie falsch zu beantworten. Schuld an unserer traurigen Lage ist die Auflösung des Heeres (sehr richtig! rechts), die Entblößung von allen Machtmitteln, die Selbstschwächung durch Generalstreiks gewissenloser Art usw. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.) Das sind vom Kriegsausgange gänzlich unabhängige Kausalzusammenhänge. Ich hätte nicht weiter davon angefangen, habe auch nicht die Absicht, mich weiter in dieser Frage auseinanderzusetzen; ich stelle nur fest, daß Herrn Haases Antwort auf diese Frage eine falsche war.

Ja, hätten wir noch ein Schwert in der Hand! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dann wäre die Antwort leicht zu finden! (Sehr richtig! rechts.) Das ist die Meinung eines jeden ehrliebenden Germanen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Sie haben nach den Mitteln gefragt, die wir entgegensetzen könnten. Wir sind zwar waffenlos; aber wir können doch Großes entgegenstellen. Wir können — unterschätzen Sie es nicht — die sittliche Kraft des Leidens eines großen stolzen Volkes entgegensetzen. (Unruhe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir können den passiven Widerstand entgegensetzen, können dulden, und darin liegt eine Kraft, an der sich der Gegner zuletzt aufreiben muß.

Im übrigen ist die Deutsche Volkspartei einig in der Überzeugung, daß wir von der Ablehnung jedenfalls mehr zu hoffen haben als aus der Annahme. Wir wissen uns darin auch eins mit dem Gutachten des Grafen Brockdorff, dessen näheren Inhalt ich nicht kenne, weil uns merkwürdigerweise so vieles vorenthalten wird, was wir kennen sollten. (Sehr richtig! rechts.) Wir wissen uns eins mit den Sachverständigen-Delegierten, denen wir wirkliche Sachkunde zutrauen können, die an Ort und Stelle wahrlich einen besseren Eindruck von der Gesamtsituation gewinnen konnten als wir hier im Lande. Die Überzeugung, daß Ablehnung der einzig richtige Weg sei, ist bei ihnen so stark gewesen, daß die Sachverständigen-Delegierten, wenn ich recht unterrichtet bin, ihr Amt jetzt ebenfalls niedergelegt haben. (Lebhafte Rufe rechts: Hört: hört!)

Sollten wir uns freilich in den Berechnungen, die wir anstellen, getäuscht haben, dann sind nicht wir daran schuld, sondern die Regierung; denn ich muß den Vorwurf nochmals wiederholen — er trifft nicht die jetzige, sondern die frühere Regierung —, daß nicht genug geschehen ist, um das deutsche Volk aufzuklären, namentlich auch die Abgeordneten selbst. Sind wir doch in den letzten kritischen Wochen nahezu außer Fühlung mit der Reichsregierung gewesen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir von den Minderheitsparteien haben das natürlich noch stärker empfinden müssen als die Mehrheitsparteien. Es war geradezu ein Mißbrauch — das spreche ich offen aus — des parlamentarischen Systems, daß man selbst in diesen Fragen, in denen es um Tod und Leben geht, um das Höchste und Letzte, die Konsequenzen des parlamentarischen Systems ziehen zu müssen glaubte und uns von der Kenntnisnahme alles dessen, was vor sich ging, ausschaltete, von der Kenntnisnahme neuer Vorschläge über den Frieden, und was immer es gewesen sei. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich erhebe keine weitere Anklage, sage nur: haben wir uns in unserer Berechnung, in den Unterlagen unseres Vertrauens getäuscht, sind wir zu vertrauensselig, stellen wir falsche Erwartungen an die Zukunft, so sind nicht wir schuld daran, sondern Regierung und Mehrheit des Parlaments. (Sehr richtig! rechts.)

Aber wir sind trotzdem in unserer Überzeugung fest. Wir glauben auch nicht, daß uns die vorbehaltene Revision, wie der Herr Ministerpräsident vertrauensvoll glaubt, irgend wie Besseres bringen werde. Dieses Vertrauen kann man nach den bisherigen Vorgängen nicht mehr von uns verlangen! (Sehr richtig! rechts.) Auch der bloße Protest hilft nichts. Unterzeichnen mit Protest ist eben Unterzeichnung. Das Zukunftsziel, das in ansprechender Weise als erster Redner heute der Abgeordnete Löbe entwickelt hat, billigen wir alle. Aber es kann nicht dadurch erreichbar sein, daß man sich bedingungslos einem grausamen Feinde unterwirft. (Sehr richtig! rechts.) Darum — ich weiß, daß es nichts mehr hilft, aber Gewissenssache ist es mir trotzdem — möchte ich Sie vor der Ratifikation bitten und beschwören: Versuchen Sie noch einmal, auch die Gründe der Ablehnung dieses Friedens unbefangen zu würdigen. Lassen Sie, soweit Ihre Kraft und Ihr Einfluß reichen, einen Appell an das deutsche Volk ausgehen zum Durchhalten, einen Protest gegen alle Verbrechen gemeingefährlicher Streiks und alle Unternehmungen, die unsere wirtschaftliche Kraft und unsere anderen Kräfte schwächen! (Sehr gut! rechts.) Gehen Sie dem deutschen Volke mit gutem Beispiel voran! Unterschätzen Sie nicht die im deutschen Volke liegenden Kräfte des passiven Widerstandes, des Entschlusses zu leiden, des Entschlusses durchzuhalten. Stärken Sie sie! (Zustimmung rechts.)

Ich selbst glaube, daß, wenn heute angenommen wird, dies im ersten Augenblick eine Art von Erleichterung, von Entspannung im deutschen

Volke notwendig auslösen wird, schon mit Rücksicht auf die Gefangenen, auf die Nichtwiederkehr schwerster, unmittelbarer wirtschaftlicher Nöte und dergleichen. Aber glauben Sie mir das eine: dem ersten Gefühl der Erleichterung wird sehr bald ein trauriges Erwachen folgen (lebhafte Zustimmung rechts), die Erkenntnis, daß man sich lieber kürzeren schwereren Leiden unterzogen hätte, als lang andauernden, auf Jahrzehnte hinaus berechneten Qualen. (Sehr richtig! rechts.) Im deutschen Volke gibt es noch viele — vielleicht mehr, als Sie ahnen und glauben —, denen das innerste Gewissen sagt: sie sollen sich jetzt vor der Gewalt nicht beugen, sondern über sich ergehen lassen, was unvermeidlich an Leiden ist. Diese Volksgenossen im Lande rufe ich von dieser Stelle an und bitte: Stärkt Eure Abgeordneten, versucht einen Einfluß auf sie auszuüben. In diesem Sinne rufe ich dem deutschen Volke draußen zu:

Deutsches Volk, verzage nicht!
Tu, was dein Gewissen spricht!

(Stürmischer Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hörsing.

Hörsing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der deutschen Gebietsteile, die durch den zur Entscheidung stehenden Friedensvertrag unmittelbar vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich folgendes zu erklären.

Wir erheben voll tiefsten Schmerzes unsere Stimme, um unserem leidenschaftlichen **Protest gegen die Trennung** unserer Heimat **von ihrem Mutterlande** Ausdruck zu geben. In uns bäumt sich alles auf gegen die furchtbare Notwendigkeit, diesem sogenannten Friedensvertrage, der den inneren Zwiespalt und den Bruderzwist in unseren Provinzen heimisch machen wird, unsere Zustimmung zu geben. Um unsere Heimat aber nicht zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere durch den furchtbaren Weltkrieg völlig erschütterten Frauen und Kinder nicht den Schrecknissen eines neuen Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Friedensentschluß unserer Fraktion zuzustimmen. (Hört! hört! rechts.) Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und die Männer und Frauen, die uns durch ihr Vertrauen in die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung entsandt haben, deutsch sind und deutsch bleiben wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Machtgebot eines kurzsichtigen und haß-

erfüllten Siegers von ihrer Heimat getrennten Gebiete dem deutschen Vaterlande zurückgegeben werden. Wir gründen diese Hoffnung auf den Sozialismus (Zurufe rechts) und den Völkerbund der Zukunft, der alle Nationen gleichberechtigt und zum Zwecke der Versöhnung der Völker umfassen und wieder gut machen wird, was die von Völkerverhetzung und nationalem Haß erfüllte Gegenwart uns antut. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Erklärung ist unterschrieben von den Abgeordneten Josef Lübbring, Willy Steinkopf, Peter Kronen, Heinrich Schulz, Wilhelmine Kähler aus Ostpreußen; Dr. Boerschmann, Bärtenstein und Memel; Julius Gehl, Walter Reck, Danzig-Westpreußen; Hermann Schulz und Anna Simon aus Westpreußen; Wilhelm Schulz und Gertrud Lodahl aus Posen; Roman Becker, Frieda Hauke, Anton Bias und Otto Hörsing aus Oberschlesien; Franz Pokorny für das Saargebiet, von dort ausgewiesen; Paul Michelsen, Luise Schröder, Karl Legien, Karl Frohme, Heinrich Kürbis aus Schleswig. (Zurufe rechts: Die werden wir uns merken!)

Präsident: Die Herren Abgeordneten Löbe und Gröber beantragen den Schluß der Debatte. Der Antrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern des Hauses. Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Pause.) — Die Unterstützung reicht aus.

Wir stimmen nunmehr ab über den Schluß der Debatte. (Zuruf des Abgeordneten Schultz [Bromberg]: Ich habe ums Wort zur Geschäftsordnung gebeten!) — Nach der Abstimmung! Vor der Abstimmung gibt es keine Diskussion. (Erneuter Zuruf.) Es heißt in der Geschäftsordnung im § 53 Absatz 1:

> . . . . so wird demnächst ohne weitere Motivierung des Antrags und ohne Diskussion über denselben abgestimmt.

Ich kann hernach zur Geschäftsordnung das Wort geben, aber vor der Abstimmung über den Schlußantrag gibt es keine Diskussion. (Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Der Präsident kann doch das Wort zur Begründung der Ablehnung erteilen!) — Nein, auch das gibt es nicht; es geht ohne Diskussion. Ich bitte, sehen Sie den § 53 der Geschäftsordnung nach.

Ich bitte, daß diejenigen Herren und Damen, welche dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmen, sich von den Plätzen erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; der Schluß der Debatte ist angenommen.

Nun kann ich, wenn Sie zur Geschäftsordnung das Wort wünschen, Ihnen das Wort geben.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, ich verlange nichts Geschäftsordnungswidriges. Der

Herr Präsident ist berechtigt, einem Abgeordneten jederzeit das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen. Und ich hätte die Erfüllung der Bitte ums Wort um so mehr gewünscht, als es sich darum handelte, das Haus davon zu überzeugen, daß es mit der Debatte noch nicht Schluß machen sollte.

Meine verehrten Herren und Damen! Die Frage ist hier ungeklärt geblieben: Wie ist die letzte Fassung des Antrages der Mehrheitsparteien aufzufassen? Dieser Antrag lautet, wenn ich ihn recht in der Erinnerung habe: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags einverstanden. In diesem Antrag findet sich nirgends ein Vorbehalt, während der Herr Ministerpräsident, soweit wir ihn verstanden haben, deutlich hier erklärt hat, daß zwei Vorbehalte gemacht werden sollen, daß vor der Erledigung dieser Vorbehalte nicht unterzeichnet werden sollte, nämlich Auslieferung und Schuldfrage. Diese Vorbehalte sollten bestehen bleiben. Der Herr Vertreter des Zentrums hat erklärt: Ohne die restlose Erledigung dieser Vorbehalte gibt es keine Annahme dieses Vertrauensvotums zur Regierung in der Friedensfrage. Trotzdem wird hier ein Antrag gestellt, der von diesem Vorbehalt kein Wort und keine Silbe enthält, und darum wäre es uns natürlich erwünscht gewesen, daß im Wege der Geschäftsordnung durch einen Redner, der gemeldet war, diese Angelegenheit zur Klärung gebracht wird, daß die Regierung auf solche Vorbehalte hin klarstellt, was sie beabsichtigt, wenn dieser Antrag angenommen wird. (Zurufe.) Hier ist heute von allen Rednern gesagt worden, daß es der schwerste, verantwortungsvollste, traurigste Tag ist — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie sprechen nicht mehr zur Geschäftsordnung, Sie sprechen schon einige Zeit zur Sache. Wir sind jetzt mit der Sache fertig. Ich muß bitten, nur zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich wollte nur feststellen, daß den Rednern bei einer Debatte von dieser Wichtigkeit das Wort abgeschnitten worden ist wie bei einer Etatsdebatte, wo man die Debatte über einen Artikel schließt, während es sich hier um das Schicksal des deutschen Volkes für die fernste Zukunft handelt. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Herr Abgeordneter, um die Geschicke des deutschen Volks handelt es sich für alle Parteien. (Sehr richtig! — Lebhafte Zurufe rechts.) Die übrigen Parteien haben auf einen weiteren Redner verzichtet, und nachdem alle Parteien zum Worte gekommen waren, ist der Antrag auf Schluß der Debatte gekommen.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Die Debatte ist mit einem einzigen Redner jeder Partei in dieser Stunde geschlossen, die die

schwerste Stunde des deutschen Volkes ist und für alle Zukunft bleiben wird!

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heim.

Dr. **Heim**, Abgeordneter: Ich bin auch persönlich berührt und ergreife das Wort nach Artikel 44 der Geschäftsordnung in seinen beiden Teilen, sowohl zur Geschäftsordnung sowie zu einer persönlichen Bemerkung. Ich bedauere ungemein, daß es mir unmöglich gemacht worden ist, das Wort zur Sache zu ergreifen. Ich war nämlich der nächste Redner, der auf der Rednerliste stand; so viel ich weiß, war die Rednerliste noch ganz knapp, und es hätte uns wohl keine halbe Stunde mehr gekostet. (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls hätte ich nur fünfzehn Minuten ganz sachlich gesprochen, und ich möchte hier, da es sich um die Geschichte handelt, konstatieren, daß mir dies unmöglich gemacht ist durch einen Schlußantrag meiner Partei. (Hört! hört! rechts.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter: Wenn wir keine Auslegung des Antragstellers darüber bekommen, was im Antrage gemeint ist, so entscheidet die rechtliche Auslegung, und die geht dahin: Vorher hat im zweiten Antrag gestanden, die Nationalversammlung — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das ist nicht zur Geschäftsordnung! Ich muß streng darauf halten, daß zur Geschäftsordnung gesprochen wird. Das ist zur Sache gesprochen. (Widerspruch rechts.) Ich bitte, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter: Ich spreche gerade zur Geschäftsordnung; denn dazu gehört die Feststellung, in welchem Sinne ein zur Abstimmung gelangender Antrag gemeint ist. Ich wollte also sagen, daß der Wortlaut so auszulegen ist, daß jetzt vorgeschlagen wird, die Nationalversammlung möge mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags einverstanden sein, also unbedingt, mögen Vorbehalte gemacht werden oder nicht, während man dies vorher nicht vorgeschlagen hatte.

Präsident: Ich erteile das Wort zu einer persönlichen Bemerkung dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Der Herr Ministerpräsident hat einige Liebenswürdigkeiten an meine Adresse gerichtet. Ich werde nicht in einem persönlichen Tone antworten. Ich will zur Richtigstellung nur folgendes sagen: Die Gewerkschaftstaktik habe ich in ihrer Berechtigung

gar nicht bestritten. Sie ist aber nicht schlankweg auf die internationale Politik anwendbar; sie ist ganz ausgeschlossen, wenn ein Vertragsteil wehrlos und gefesselt dem anderen gegenübersteht, ihm auf Gnade und Ungnade überliefert ist. Daß die Massen unsere Taktik voll verstehen und ihr zustimmen, beweisen die sämtlichen Wahlen der letzten Monate. Ich erinnere den Herrn Ministerpräsidenten an die ihm vielleicht weniger erfreulichen Wahlen in Bayern.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Einem Wunsche aus dem Hause entsprechend, schlage ich vor, zunächst zur Abstimmung zu bringen den Antrag, der dahin lautet — (Zuruf rechts. — Unruhe links.) Ich bitte die Herren um Ruhe.

Wir stimmen ab über den Antrag:

> Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlags einverstanden.

Die Abstimmung ist eine namentliche. Ich bitte die Herren, ihre Plätze einzunehmen. Diejenigen Herren, die den Antrag annehmen wollen, bitte ich, eine Karte mit Ja, diejenigen, die dies nicht wollen, eine Karte mit Nein abzugeben. Ich bitte die Herren Schriftführer, dann die Karten einzusammeln. (Geschieht.) Die Damen und Herren, die eine Karte noch nicht abgegeben haben, bitte ich, sich hierher zu bemühen und hier die Karte abzugeben. (Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt. Das vorläufige Resultat [3]) der Abstimmung ist folgendes. Es sind Karten abgegeben worden 380; davon mit Ja 237, mit Nein 138, enthalten haben sich 5. Damit ist die zur Abstimmung gestellte Frage bejaht.

Wir kommen nunmehr zu der Abstimmung über den Antrag:

> Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Auch diese Abstimmung ist eine namentliche. Ich bitte abermals die Damen und Herren, ihre Plätze einzunehmen. — Diejenigen Damen und Herren, welche diese Frage bejahen wollen, bitte ich, eine Karte mit Ja, die andern eine solche mit Nein abzugeben. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzuziehen. (Geschieht.) Diejenigen Damen und Herren, welche ihre Karte noch nicht abgegeben haben, bitte ich, hierher zu kommen und sie hier abzugeben. (Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.) Das vorläufige Ergebnis [3]) der Abstimmung ist folgendes. Es sind abgegeben worden 393 Stimmen; davon haben mit Ja gestimmt 236,

---

[3]) Vergl. das endgültige Ergebnis in der Anlage zu dieser Sitzung.

mit Nein 89, enthalten haben sich 68 Abgeordnete. Damit ist die zur Abstimmung gestellte Frage bejaht.

Damit, meine Damen und Herren, ist unsere heutige Tagesordnung erledigt. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Montag den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, und folgende Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Schleuniger Antrag der Abgeordneten Dr. Ablaß und Genossen, betreffend Aufhebung eines gegen den Abgeordneten Sivkovich beim Schöffengericht zu Schwerin schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Session; 2. schleuniger Antrag der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen, betreffend Einstellung eines gegen den Abgeordneten Brass beim außerordentlichen Kriegsgericht in Essen schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session; 3. Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen, betreffend Beamtenfragen; 4. Interpellation Gröber und Genossen, betreffend Revolutionsschäden; 5. Interpellation Auer und Genossen, betreffend steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.; 6. Interpellation Auer und Genossen, betreffend die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger; 7. Interpellation Arnstadt und Genossen, Dr. Heinze und Genossen, betreffend Planwirtschaft; 8. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht; 9. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919; 10. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft — dazu bemerke ich, daß der betreffende Gesetzentwurf morgen vormittag verteilt werden wird —; 11. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Landkrankenkassen, Kassenangestellte und Ersatzkassen.

Die Tagesordnung ist nicht so schrecklich, wie sie aussieht. Es stehen darauf fünf Interpellationen, zu welchen allen die Regierung nur noch zu erklären hat, ob und wann sie dieselben beantworten will. Zu der einen oder anderen ist schon früher eine Regierungserklärung abgegeben worden. In der Zwischenzeit haben wir aber eine neue Regierung bekommen, und deswegen ist für diese Interpellationen auch die Erklärung der neuen Regierung über die Zeit der Beantwortung notwendig. Ein Widerspruch gegen meinen Vorschlag erhebt sich nicht; die Tagesordnung für die morgige Sitzung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 22 Minuten.)

Anlage.

Namentliche Abstimmungen

1. über den Antrag Schulz (Ostpreußen)-Gröber: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden — in der Sitzung am 22. Juni 1919;

2. über den Antrag Schulz (Ostpreußen)-Gröber: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus — in der Sitzung am 22. Juni 1919.

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Dr. Ablaß	Nein	enthalten
Aderhold	Ja	Nein
Frau Agnes	Ja	fehlt
Allekotte	Ja	Ja
Alpers	Nein	Ja
Andre	Ja	Ja
Arnstadt	Nein	Nein
Aßmann	Nein	Nein
Astor	Ja	Ja
Auer	krank	krank
Bachmeier	enthalten	enthalten
Bader	Ja	Ja
Baerecke	Nein	Nein
Baerwald	Nein	enthalten
Frau Dr. Bäumer	Nein	enthalten
Bahr	Nein	enthalten
Bartschat	Nein	enthalten
Baudert	Ja	Ja
Bauer	Ja	Ja
Frau Dr. Baum	Nein	enthalten
Becker (Arnsberg)	Ja	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Nein	Nein
Becker (Nassau)	Ja	Ja
Becker (Oppeln)	Ja	Ja
Frau Behm	Nein	Nein
Behrens	Nein	Nein
Beims	Ja	Ja
Dr. Bell	Ja	Ja
Bender (Magdeburg)	Ja	Ja
Bergmann	Ja	Ja
Bethke	Ja	Ja
Beuermann	Nein	Nein
Dr. Beyerle	Ja	Ja
Bias	Ja	Ja
Biener	Nein	Nein
Binder (Pfalz)	fehlt	fehlt
Bitta	Nein	Ja

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Blank	Ja	Ja
Frau Blos	Ja	Ja
Blum	Ja	Ja
Dr. Blunck	Nein	enthalten
Bock	Ja	Nein
Dr. Böhme (Magdeburg)	Nein	enthalten
Dr. Böhmert (Bremen)	Nein	fehlt
Dr. Boerschmann	Ja	Ja
Frau Bollmann	Ja	Ja
Bolz	Ja	Ja
Brass	fehlt	fehlt
Dr. Braun (Franken)	fehlt	Ja
Braun (Düsseldorf)	fehlt	Ja
Dr. Brauns (Cöln)	Ja	Ja
v. Brentano di Tremezzo	Ja	Ja
Brey	Ja	Ja
Brodauf	Nein	Nein
Frau Brönner	Nein	Nein
Bruckhoff	Nein	enthalten
Brühl	Ja	Nein
Brühne	Ja	Ja
Bruhn	Nein	Nein
Budde	Ja	Ja
Burgau	Ja	Ja
Burlage	Ja	Ja
Dr. Cohn	Ja	Nein
Colshorn	Nein	Ja
Dr. David	Ja	Ja
Davidsohn	Ja	Ja
Deglerk	Nein	Nein
Deichmann	fehlt	Ja
Dr. v. Delbrück	Nein	Nein
Delius	Nein	enthalten
Dr. Dernburg	Nein	enthalten
Dietrich (Liegnitz)	beurl.	beurl.

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Dietrich (Potsdam) . .	Nein	Nein
Diez	Ja	Ja
Dirr	enthalten	enthalten
Dr. Graf zu Dohna .	Nein	Nein
Frau Dransfeld	Ja	Ja
Dröner	Ja	Ja
Dr. Düringer	Nein	Nein
Düwell	Ja	Nein
Dusche	Nein	Nein
Ehrhardt	Ja	Ja
Eichhorn	fehlt	fehlt
Frau Eichler	Ja	Ja
Eisenberger	enthalten	enthalten
Frau Ekke	Nein	enthalten
Ende	Nein	enthalten
Endres	Ja	Ja
Engelhard	fehlt	fehlt
Erkelenz	Nein	enthalten
Ernst	Ja	Ja
Ersing	Ja	Ja
Erzberger	Ja	Ja
Falk	Nein	enthalten
Farwick	Ja	Ja
Fehrenbach	Ja	Ja
Feldmann	Ja	Ja
Fischbeck	Nein	enthalten
Fischer (Berlin)	fehlt	Ja
Fischer (Hannover) . .	Ja	Ja
Dr. Fleischer	beurl.	beurl.
Franke	Nein	enthalten
Frerker	Ja	Ja
Frohme	Ja	Ja
Gandorfer	fehlt	fehlt
Gebhart	Nein	Nein
Geck	Ja	Ja
Gehl	Ja	Ja
Gerstenberger	Ja	Ja
Geyer (Leipzig)	Ja	Nein
Dr. Geyer (Sachsen) .	Ja	Nein
Giebel	Ja	Ja
Frau v. Gierke	Nein	Nein
Giesberts	Ja	Ja
Gilsing	Ja	Ja
Girbig	Ja	Ja
Gleichauf	Nein	enthalten
Gölzer	Ja	Ja
Gothein	Nein	enthalten

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
v. Graefe	Nein	Nein
Gröber	Ja	Ja
Gruber	Ja	Ja
Grünewald	fehlt	fehlt
Grunau	Ja	Ja
Haack	Ja	Ja
Dr. Haas (Baden) . .	Nein	enthalten
Haase (Berlin)	Ja	Nein
Hagemann	Ja	Ja
Hampe	Nein	Nein
Hansmann	Ja	Ja
Hartmann (Berlin) . .	Nein	enthalten
Dr Hartmann (Oppeln)	Nein	Nein
Hasenzahl	Ja	Ja
Frau Hauke	Ja	Ja
Haußmann	Nein	enthalten
Hebel	Ja	Ja
Heile	Nein	enthalten
Dr. Heim	enthalten	enthalten
Heimann	Ja	Ja
Heine (Dessau)	fehlt	fehlt
Dr. Heinze	Nein	Nein
Hellmann	Ja	Ja
Henke	Ja	Nein
Henrich	Nein	enthalten
Hense	Ja	Ja
Hermann (Württembg.)	Ja	enthalten
Herold	Ja	Ja
Dr. Herrmann (Posen)	Nein	enthalten
Dr. Herschel	Nein	fehlt
Hesse	Nein	enthalten
Hierl (Franken)	fehlt	Ja
Hildenbrand	Ja	Ja
Dr. Hitze	Ja	Ja
Hoch	Ja	Ja
Frau Höfs	Ja	Ja
Hörsing	Ja	Ja
Hoffmann (Pfalz) . . .	fehlt	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja	Ja
Hofmann (Schwarzburg)	Ja	Ja
Holl	Ja	Ja
Hue	fehlt	fehlt
Frau Hübler	Ja	Nein
Dr. Hugenberg	Nein	Nein
Dr. Hugo	Nein	Nein
Imbusch	Ja	Ja
Irl (Oberbayern) . . .	enthalten	Ja

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Jäcker	Ja	Ja
Jandrey	Nein	Nein
Janschek	Ja	Ja
Jantzen	Ja	Ja
Dr. Jasper	Ja	Ja
Jaud	Ja	Ja
Joos	Ja	Ja
Jordan	fehlt	fehlt
Frau Juchacz	Ja	Ja
Jungnickel	Ja	Ja
Dr. Kaas (Trier)	Ja	Ja
Frau Kähler	Ja	Ja
Käppler	Ja	Ja
D. Dr. Kahl	Nein	Nein
Kahmann	Ja	Ja
Katzenstein	Ja	Ja
Keil	Ja	Ja
Kempkes	Nein	Nein
Kenngott	Ja	Ja
Kerschbaum	fehlt	fehlt
Frau Kloss	Nein	enthalten
Knollmann	Nein	Nein
Koch (Cassel)	Nein	enthalten
Koch (Düsseldorf)	Nein	Nein
Koch (Hamburg)	Nein	enthalten
Koch (Merseburg)	Nein	enthalten
Koch (Münster)	Ja	Ja
Dr. Költzsch	Nein	Nein
Koenen	Ja	Nein
König	Ja	Ja
Körsten	Ja	Ja
Koßmann	Nein	Ja
Kotzur	fehlt	Ja
Krätzig	Ja	Ja
Kraut	Nein	Nein
Kreft	Nein	Nein
Kreutz	Ja	Ja
Kronen	Ja	Ja
Krüger (Mecklenburg)	Ja	Ja
Krüger (Potsdam)	Ja	Ja
Kubetzko	Ja	Ja
Kürbis	Ja	Ja
Kunert	Ja	Nein
Kuntze	Ja	Ja
Frau Kurt	Ja	Ja
Landsberg	fehlt	fehlt
Langwost	Nein	Nein

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Laukant	Ja	Nein
Laverrenz	Nein	Nein
Legendre	Ja	Ja
Legien	Ja	Ja
Leicht	Ja	Ja
Lensing	Ja	Ja
Lesche	Ja	Ja
Liebig	Ja	Ja
Lippmann	Nein	enthalten
Lockenvitz	Nein	Nein
Frau Lodahl	Ja	Ja
Löbe	Ja	Ja
Löffler	Ja	Ja
Dr. Ludewig	Nein	enthalten
Lübbring	Ja	Ja
Frau Lührs	Ja	Ja
Lüttich	Ja	Ja
Dr. Luppe	Nein	enthalten
Frau Lutze	Ja	Ja
Malkewitz	Nein	Nein
Dr. Maretzky	Nein	Nein
Marx	Ja	Ja
Mauerer	Ja	Ja
Dr. Mausbach	Ja	Ja
Dr. Maxen	Ja	Ja
Dr. Mayer (Schwaben)	Ja	Ja
Meerfeld	krank	krank
Meier (Sachsen)	Ja	Ja
Meisner	Ja	enthalten
Frau Mende	Nein	Nein
Michelsen	Ja	Ja
Dr. Mittelmann	Nein	Nein
Molkenbuhr	Ja	Ja
Dr. Most	Nein	Nein
Müller (Breslau)	Ja	Ja
Müller (Fulda)	Ja	Ja
Müller (Potsdam)	Ja	Ja
D. Mumm	Nein	Nein
Nacken	Ja	Ja
D. Naumann	Nein	enthalten
Frau Neuhaus	Ja	Ja
Dr. Neumann-Hofer	Nein	enthalten
Neyses	Ja	Ja
Nitzschke	Nein	enthalten
Noske (Frankfurt)	Nein	Nein
Noske (Sachsen)	Ja	Ja
Nuschke	Nein	enthalten

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Dr. Oberfohren	Nein	Nein
Obermeyer	Ja	Ja
Oertel	Nein	Nein
Ohler	Nein	Nein
Ollmert	Nein	enthalten
Osterroth	Ja	Ja
Dr. Otte	Ja	Ja
Dr. Pachnicke	Nein	enthalten
Panzer	Ja	Ja
v. Payer	Ja	enthalten
Dr. Petersen	Nein	enthalten
Pfannkuch	Ja	Ja
Dr. Pfeiffer	Ja	Ja
Frau Pfülf	fehlt	Ja
Dr. Philipp	Nein	Nein
Pick	Nein	Nein
Pinkau	Ja	Ja
Pohlmann	Nein	Nein
Pokorny	Ja	Ja
Dr Graf v. Posadowsky-Wehner	Nein	Nein
Puschmann	Ja	Ja
Dr. Quarck	fehlt	Ja
Dr. Quessel	Ja	Ja
Dr. Quidde	Nein	Nein
Dr. Raschig	Nein	enthalten
Rauch	Ja	Ja
Raute	Ja	Nein
Reck	Ja	Ja
Reineke	fehlt	fehlt
Reißhaus	Ja	Ja
Frau Reitze	Ja	Ja
Remmers	Nein	enthalten
Rheinländer	Ja	Ja
Richter (Ostpreußen)	Nein	Nein
Richter (Pfalz)	fehlt	fehlt
Freiherr v. Richthofen	Ja	enthalten
Riedmüller	Ja	Ja
Dr. Rießer	Nein	Nein
Rodemann	fehlt	fehlt
Frau Röhl (Cöln)	Ja	Ja
Röhle (Sachsen)	Ja	Ja
Dr. Roesicke	Nein	Nein
Rückert	Ja	Ja
Dr. Runkel	Nein	Nein
Frau Ryneck	Ja	Ja

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Sachse	Ja	Ja
Sagawe	Ja	Ja
Salm	Ja	Ja
Schädlich	Ja	Ja
Schäfer	Nein	Ja
Schefbeck	Ja	Ja
Scheidemann	fehlt	fehlt
Schiele	Nein	Nein
Schiffer (Magdeburg)	Nein	enthalten
Schiffer (Münster)	Ja	Ja
Frau Schilling	Ja	Ja
Schirmer	Ja	Ja
Frau Dr. Schirmacher	Nein	Nein
Schlack	Ja	Ja
Schlicke	Ja	enthalten
Schlüter	Ja	Ja
Schmidt (Berlin)	Ja	Ja
Schmidt (Frankfurt)	Ja	Ja
Schmidt (Sachsen)	Ja	Ja
Schmidthals	Nein	enthalten
Dr. Schmidt (Hessen)	Ja	Ja
Frau Schmitz	Nein	Ja
Schneider (Franken)	Nein	enthalten
Schneider (Sachsen)	Ja	enthalten
Schöpflin	fehlt	Ja
Schreck	Ja	Ja
Frau Schroeder	Ja	Ja
Frau Schuch	fehlt	Ja
Dr. Schücking	Nein	enthalten
Schümmer	Nein	Ja
Schultz (Bromberg)	Nein	Nein
Schulz (Ostpreußen)	Ja	Ja
Schulz (Posen)	krank	krank
Schulz (Westpreußen)	Ja	Ja
Dr. v. Schulze-Gaevernitz	Nein	enthalten
Schumann (Forst)	fehlt	fehlt
Schwarz (Hessen-Nassau)	Ja	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	Ja	Ja
Seger	Ja	Nein
Dr. Semmler	Nein	Nein
Severing	Ja	Ja
Dr. Seyfert	Nein	enthalten
Sidow	Ja	Ja
Siehr	Nein	enthalten
Silberschmidt	Ja	Ja
Simon (Franken)	Ja	Nein
Simon (Schwaben)	Ja	Ja

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Frau Simon (Westpr.)	Ja	Ja
Dr. Sinzheimer	Ja	Ja
Sivkovich	Nein	enthalten
Sollmann	Ja	Ja
Dr. Spahn	Ja	Ja
Stahl	Ja	Ja
Stapfer	Ja	Ja
Starosson	krank	krank
Stegerwald	fehlt	Ja
Steinkopf	Ja	Ja
Steinmayer	Ja	Ja
Steinsdorff	Nein	enthalten
Stelling	Ja	Ja
Stock	Ja	Ja
Stolten	Ja	Ja
Dr. Stresemann	Nein	Nein
Strzoda	Ja	Ja
Stücklen	Ja	Ja
Szczeponik	Nein	Ja
Tantzen	fehlt	fehlt
Taubadel	Ja	Ja
Dr. Taucher	Ja	Ja
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Ja	Ja
Frau Teusch (Cöln)	Ja	Ja
Thabor	Ja	Ja
Thiele	fehlt	Ja
Thöne	Ja	Ja
Thomsen	Nein	Nein
Thurow	Ja	Ja
D. Traub	Nein	Nein
Tremmel	Ja	Ja
Trimborn	Ja	Ja
Trinks	Ja	Ja
Ulitzka	Ja	Ja
Ulrich	Ja	Ja
Veidt	Nein	Nein
Dr. Vershofen	Ja	enthalten
Vesper	Ja	Ja
Vögler	Nein	Nein
Vogel	fehlt	Ja
Vogt (Württemberg)	krank	krank
Vogt (Breslau)	fehlt	Ja
Wachhorst de Wente	Nein	enthalten
Waldstein	Nein	enthalten
Wallbaum	Nein	Nein
Warmuth	Nein	Nein
Frau Weber	Ja	Ja
Dr. Weidtman	Nein	fehlt
Weilnböck	Nein	Nein
Weinhausen	Nein	enthalten
Weiß	Nein	enthalten
Wels	Ja	Ja
Dr. Wendorff	fehlt	fehlt
Wetzlich	Nein	Nein
Wieber	Ja	Ja
Dr.-Ing. Wieland	Nein	enthalten
Winkelmann	fehlt	Ja
Winnefeld	Nein	Nein
Winnig	fehlt	fehlt
Dr. Wirth	Ja	Ja
Wissell	Ja	Ja
Witthoefft	Nein	Nein
Wolff	fehlt	Ja
Wurm	Ja	Nein
Zawadzki	Ja	Ja
Dr. Zehnter	Ja	Ja
Frau Zettler	Ja	Ja
Ziegler	Nein	enthalten
Frau Zietz	Ja	Nein
Dr. Zöphel	Ja	enthalten
Zubeil	Ja	Nein

Zusammenstellung.

	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Gestimmt haben: mit **Ja**	**237**	**235**
mit **Nein**	**138**	**89**
Der Abstimmung haben sich enthalten	**5**	**69**
Ungültig	**1**	**1**
Zusammen	**381**	**394**

Inhalt des vierten Bandes.

Hauptteil, vierte Abteilung.

(29. bis 40. Sitzung.)

